

8

JACKSON LIBRARY-UNCG

July 1984



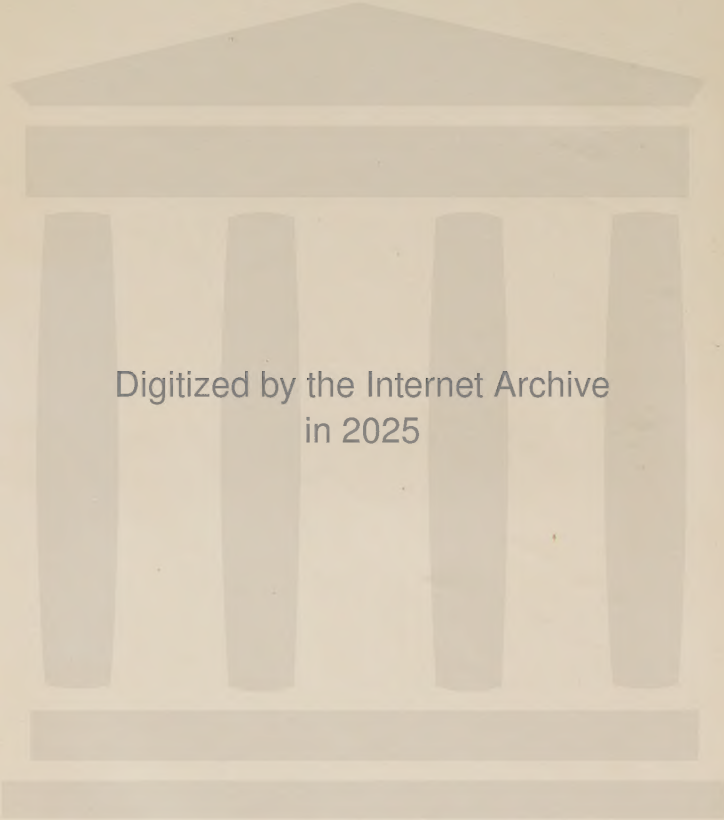
3 0510 0223547W

The University of North Carolina
at Greensboro

JACKSON LIBRARY



For Building Use Only



Digitized by the Internet Archive
in 2025

Frank Haloy Anderson

BERLINER MONATSHEFTE

für internationale Aufklärung



*Herausgegeben von der Zentralstelle
für Erforschung der Kriegsursachen
Leitung: Dr. h.c. Alfred von Wegerer*

8. Jahrg. / Nr. 7 / Juli 1930 / Einzelpreis: 1,50 M.

Quaderverlag G.m.b.H. Berlin NW 6

BEZUGSBEDINGUNGEN:

Vierteljahresabonnement

für Deutschland und Österreich RM 4,—

für das Ausland RM 4,20

Einzelpreis RM 1,50

Buchhandlungen bestellen die Zeitschrift durch K. F. Koehler, Kommissionsgeschäft, Leipzig.

Abonnementszahlungen aus dem Auslande erfolgen am zweckmäßigsten durch Schecks auf Reichsmark oder durch Einsendung von Bargeld im Briefumschlag.

TERMS OF SUBSCRIPTION:

Quarterly Subscription RM 4,20

Single Copy RM 1,50

Subscribers living abroad can pay the sums due for subscription either by cheque made payable in marks or by forwarding the amount in cash enclosed in an envelope.

CONDITIONS DE LIVRAISON:

Abonnement trimestriel RM 4,20

Le numéro RM 1,50

Il est à recommander de payer l'abonnement à l'étranger par chèques en Reichsmark ou bien de nous faire parvenir le montant en espèces sous enveloppe.

QUADER-VERLAG G. M. B. H.

Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a / Tel.: Norden 5836

Postscheckkonto: Berlin 24 197

Bankkonto: Delbrück, Schickler & Co., Berlin W 8

*

Nachdruck ganzer Aufsätze nur mit vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung,
auszugsweise Veröffentlichung nur mit Quellenangabe gestattet.

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT

Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark

HAUPTSITZ BERLIN

Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande

Schnelle und zuverlässige Erledigung
aller bankmäßigen Geschäfte

An- und Verkauf von Effekten, Devisen,
ausländischen Geldsorten, Verwahrung
und Verwaltung von Wertpapieren
Vermietung von Schrankfächern in
unserer Stahlkammer, Aufbewahrung
verschlossener Depots

*Korrespondenten
an allen bedeutenden Plätzen der Welt*

SOMMERKURORTE

in denen die „Berliner Monatshefte“ ausliegen!

O S T S E E B A D ARENDSEE

in Mecklenburg

Geschützte Lage durch herrl. Nadel- und Laubwälder – Vielseitige Unterhaltungen – Dampferausflüge – Segeln, Rudern, Tennis – **Ermäßigte Kurtaxe** – Baden am Strand und in der Seebadeanstalt kostenlos – Reichsbahnstation

Man verlange Führer von der Badeverwaltung **Ostseebad Arendsee** in Mecklenburg

DEUTSCHES NORDSEEBAD

Büsum

in Schleswig-Holstein, Reichsbahnstation auf einer in die Nordsee vorspringenden Landzunge. Kurzeit: Mai bis Oktober; bis Ende Mai keine, in der Vor- und Nachsaison ermäßigte Kurtaxe.

Frühjahrs-, Herbst- und Winterkuren.

Auskunft und Führer kostenlos durch die Badeverwaltung.

BAD MEINBERG



Teutoburger Wald

Schwefelmoor- und radioaktive Kohlen-säure-Bäder, Inhalatorium, Trinkkuren. Kurzeit vom 15. April bis 15. Oktober. Gegen Gicht, Rheuma, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten.

Badeschrift durch die Kurverwaltung.

Bad Salzig

**am Rhein
bei Boppard**

Kohlensäurereiche Thermalquellen. / Heilanzeigen: Gicht, Rheumatismus, Erkrankungen des Herzens, alle Stoffwechsel-leiden. / Bade- und Trinkkur. Luft- u. Sonnenbad. / Kurmusik. **Geringe Kurtaxe**

Waldreiche Umgebung. / Herrliche Partien am Mittelrhein. Billige Pensionspreise. / Prospekte frei durch die Badeverwaltung

SOMMERKURORTE

in denen die „Berliner Monatshefte“ ausliegen!

Schierke am Brocken

650—1142 m ü. d. M.

Der alpine Luftkurort des Harzes

SOMMER- UND WINTERKUREN

Indikationen: Anämien / Zirkulationsstörungen / Skrofulosen
Funktionelle Neurosen / Bronchitiden / Basedow

Prospekte und Auskunft durch die Kurverwaltung — Verkehrsamt — der Gemeinde Schierke im Harz / Tel. 50

Bad Suderode

„im Sonnenlande des Harzes“ gelegen mit seinem wundervollen Klima und seiner allheilenden **Calciumsolquelle** wirkt Wunder bei: Arterienverkalkung, Herz-, Nerven-, Nieren-, Drüsen-, Stoffwechsel- und Frauenleiden.
Unser Prospekt erzählt Ihnen davon.

Kostenlos durch die Kur-Verwaltung.

BAD WARMBRUNN

das Thermal- und Moorbad des Riesengebirges
heilt

Rheuma, Gicht, Ischias,

Alterserscheinungen und Verkalkung

430—570 m
ü. d. Meere

WILDBAD

23 000 Gäste

im Schwarzwald

Naturwarme **Heilquellen** gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Nervenleiden u. a. / Luftkurort / Bergbahn auf den Sommerberg

Prospekte u. Auskunft durch Badeverwaltung od. Kurverein, sowie sämtliche Reisebüros / In Berlin eigene Auskunftsstelle im Kiosk, Rankestraße 1, bei der Gedächtniskirche / Tel.: Bismarck 3506

So urteilt man über „Schönere Zukunft“

Fürst Alois Löwenstein: „Von allen Zeitschriften, die ich kenne, erscheint mir die ‚Schönere Zukunft‘ als die bestgeleitete, inhaltsreichste, wertvollste.“

Bischof Dr. Groß: „Schönere Zukunft‘ wird bald alle Katholiken von Intelligenz an sich ziehen.“

Schriftsteller Hermann Bahr: „Die wunderbar große Haltung, in der ‚Schönere Zukunft‘ sich niemals beirren läßt, reizt mich immer wieder zu freudiger Bewunderung hin.“

Univ.-Prof. Dr. Hermann Gesele: „Schönere Zukunft‘ ist die reichste, bestunterrichtete Wochenschrift, die ich kenne; die einzige lebendige, weil sie den Mut zu Radikalismen hat; weil sie weiß, daß alles Leben aus dem Kampf kommt.“

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Hermelink (Protestant): „Eberles ‚Schönere Zukunft‘ ist der aktivste Propagandist des Glaubens, daß der Katholizismus die Erfüllung der Gegenwart sei.“

Father Mathert S. V. D.: „Schönere Zukunft‘ ist eine journalistische Tat ersten Ranges, die vielfach an die Leistungen des alten Joseph von Görres, den Napoleon die fünfte Großmacht nannte, erinnert.“

„Rottenburger Monatschrift“: „Schönere Zukunft‘ erfreut sich des größten Ansehens in allen gebildeten Kreisen Mitteleuropas.“

„Niederrheinische Landeszeitung“: „Schönere Zukunft‘ besitzt einen Mitarbeiterstab, wie ihn wohl keine zweite Zeitschrift deutscher Bunde aufzuweisen hat.“

„Zentralschweizerisches Volksblatt“: „Schönere Zukunft‘ ist unstreitig die großartigste katholische kulturelle Wochenschrift des deutschen Sprachgebietes.“

„The Commonweal“: „Schönere Zukunft‘ ist geradezu ein Muster unabhängiger Pressearbeit. Vielleicht ist diese Offensive katholischer Kräfte im alten Wien die Bewegung, die, langerwartet und ernstlich herbeigesehnt, schwankenden Seelen zur Rettung wird.“

„Schönere Zukunft“ ist die größte und verbreitetste Wochenschrift der gebildeten Katholiken deutscher Sprache. (Wochenanfrage 19200.) Verleger und Herausgeber Dr. Joseph Eberle, Druck und Versand Friedrich Pustet. Die Wochenschrift bringt aus allerersten Federn programmatische Aufsätze über alle aktuellen Fragen der Kultur, Politik und Volkswirtschaft und sammelt in großen Rundschau das interessanteste und wertvollste Material aus der Weltpresse zu den Fragen von Religion, Wissenschaft, Erziehung, Literatur, Kunst, Theater, Film, Rundfunk, Politik und soziale Frage.

Bestellungen (Preis pro Vierteljahr RM. 4.50) nimmt jede Postanstalt entgegen. Vom Verlag selber (Wien XIX, Nußwaldgasse 14, Österreich) können Sie unentgeltlich Probenummern, eventuell einen verbilligten vierteljährigen Probebezug (Preis RM. 3.—) beziehen.

----- Hier abtrennen -----

Ich bitte um viermalige kostenlose Zusendung von „Schönere Zukunft“ (Nichtabbestellung nach dieser Probezusendung gilt als Bezugsanmeldung.)

Name:

Ort, Land und Datum:

Sie müssen lesen!



Benito Mussolini

Mein Kriegstagebuch

Übersetzt von E. C. Conte Corti

228 Seiten und 8 Bilder, Leinen RM. 6.50

*

Der kraftvollste Staatsmann der Gegenwart, der zum Heil seines Landes die faule Sozialisierung, die verderblichen Kompromisse in Politik und Wirtschaft mit eisernem Besen wegfegte, schildert schlicht, wahr und anschaulich

seine Erlebnisse als einfacher Frontsoldat.

Deutschlands Innenpolitik und Gesamtwirtschaft stehen heute zwangsläufig am Scheideweg. Deshalb interessiert heute Mussolini mehr denn je: Jeder, gleichviel welcher Partei angehörend, ist Interessent.

Amalthea-Verlag

Zürich · Leipzig · Wien

NATION UND STAAT

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von

Jacob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann,
Johannes Schmid-Wodder

Ganzjährig RM. 20.—, Halbjährig RM. 10.—, Einzelheft RM. 2.—

3. JAHRGANG

bringt Aufsätze über aktuelle und allgemeine Minderheitenfragen, Berichte über Tagungen und Institute und ständige Lageberichte über die Minderheiten in:

Elsaß-Lothringen, Estland, Eupen-Malmedy, Lettland, Litauen, Memelgebiet, Nordschleswig, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Südslawien, Südtirol, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Wolhynien

JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, LEIPZIG:

„Einen Überblick über dieses große, insbesondere uns Deutsche nicht bloß interessierende, sondern wahrhaft auf den Fingern brennende Problem konnte selbst der eifrigste Forscher nur schwer gewinnen; hier wird er geboten. Die Zeitschrift bekennt sich als eine wissenschaftlich-politische; sie versucht es ebenso sehr, rein wissenschaftlich die rechtliche Seite des Problems zu behandeln, als sie auch nicht vor politischer Ausdeutung desselben innehält, wie dies ja auch der Stellung der Herausgeber als Vorkämpfer ihres Volkes entspricht.“

Hofrat Prof. Dr. Karl Brockhausen, Wien

PROBEHEFTE KOSTENLOS

Soeben erschien

ETHNOPOLITISCHER ALMANACH 1930

Ein Führer durch die europäische Nationalitätenbewegung

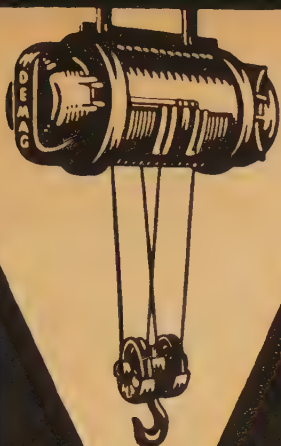
Im Auftrage des „Institut für Grenz- und
Auslandstudien“ herausgegeben von

OTTO JUNGHANN und MAX HILDEBERT BOEHM

8° VIII, 182 Seiten, Ganzleinen RM 5,50

Inhalt: Abhandlungen und Berichte, Dokumente,
Materialien zur ethnopolitischen Länderkunde Europas

WILHELM BRAUMÜLLER, WIEN, LEIPZIG



Das betriebssicherste
**Elektro-
 Hebezeug**
 ist der

**DEMAG
 ZUG**

**¼-10 tons Tragfähigkeit, wetter-
 fest gekapselt, daher unempfind-
 lich gegen Regen und Staub.**

DEMAG
 AKTIENGESELLSCHAFT DUISBURG.

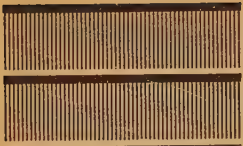
Breußische Druckerei= und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
 zur preiswerten Anfertigung
 sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen
 Zeitschriften / Zeitungen
 Werke

Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 11, Postschließfach 57

Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123 — 3125



Der Ring

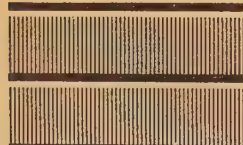


Wochenschrift für Politik

Herausgeber:

Heinrich von Gleichen

„Der Ring“ ist das führende Organ einer überparteilichen konservativen Politik, die die Gegenwartsprobleme mit geistiger Initiative angreift. In grundsätzlichen Aufsätzen wird Stellung genommen zu den Zeitereignissen und zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen. Damit sollen die Kräfte der maßgebenden Oberschicht politisch aktiviert werden auch zu dem verfassungspolitischen Ziel, die Unabhängigkeit der Staatsführung von Massenherrschaft und Interessenwirtschaft wiederherzustellen.



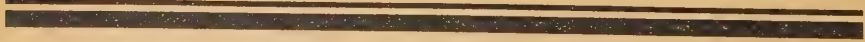
Politische Wochenschrift

Monatsbezug RM. 3.50

Preis des Einzelheftes RM. 1.—

Durch Buchhandel und Post zu beziehen
Probehefte vom Verlag

„Der Ring“, Schriftenvertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 8





Carl Hosse

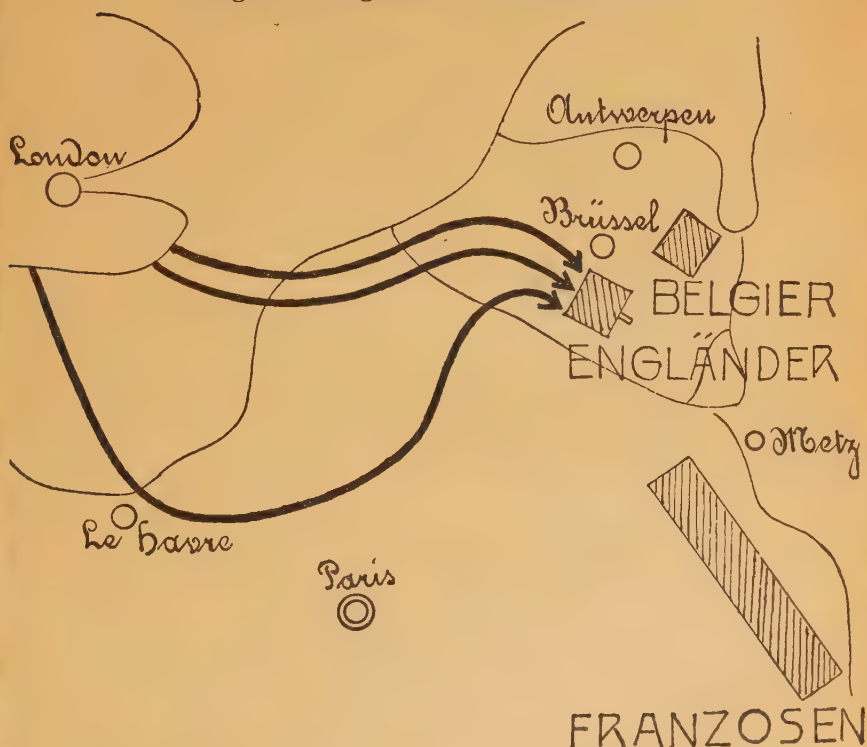


Die englisch-belgischen
Aufmarschpläne

gegen Deutschland vor dem Weltkriege

Eine militärische Studie über die
»Conventions anglo-belges« mit neuen Dokumenten

Englisch-belgischer Aufmarsch 1906



Die Karte allein schon gibt die Antwort auf die Frage:
War Belgien neutral? oder war es mit den Engländern verbündet?

Amalthea-Verlag
Zürich · Leipzig · Wien

Österreich-Ungarns letzter Krieg

Amtliche Darstellung der Kämpfe Österreich- Ungarns im Weltkrieg 1914—1918

Das Werk wird sechs Bände umfassen, von denen der erste zu Weihnachten 1929 erschienen ist. Je ein weiterer Band erscheint in den Jahren 1930 bis 1934.

Preis pro Band in Ganzleinen gebunden mit einer Kassette für die Beilagen Mk. 29.—, auch zahlbar in Raten

**Verlag der
„Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“**

Wien, I., Stubenring 1

Prospekte auf Verlangen kostenlos

Pressestimmen:

Neue Freie Presse, 2. März 1930. „... Aufbau und lebendige, oft packende Schilderung des Verlaufes der Ereignisse machen das Buch nicht nur zu einer befriedigenden Lektüre, sondern auch kraft seiner klaren, nie einen Zweifel lassenden Darstellung zu einem verlässlichen, ersten Studienbehelf.

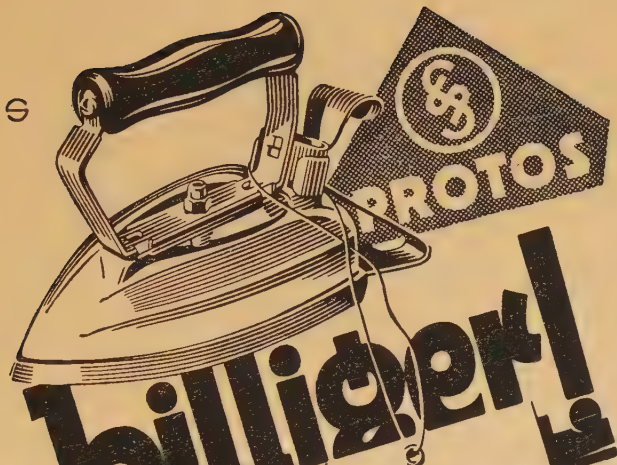
Lektüre und Studien werden wertvoll unterstützt durch die zahlreichen, ausgezeichneten, bis ins Detail genau jede Lage darstellenden Skizzen und Karten, die an sich allein schon ein plastisches, leicht zu erfassendes Bild über die Vorgänge und Begebenheiten des Feldzuges im ersten Kriegsjahre geben. Ich möchte diese höchst willkommenen graphischen Beilagen nach Wert, Inhalt und Schönheit als das vollkommenste bezeichnen, was es auf diesem Gebiete gibt — sie sind eine wertvolle und würdige Ergänzung des stattlichen ersten Bandes des vom österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv zur Ausgabe gelangenden großangelegten Werkes: „Österreich-Ungarns letzter Krieg.“

Generaloberst Artur Baron Arz.

Neues Wiener Tagblatt, 5. Juni 1929. „Das amtliche österreichische Kriegswerk wird trotz der Not des Tages auch in der Ausstattung durch Karten und Skizzenbeilagen den besten Vorkriegsüberlieferungen gerecht, was bei dem billigen Preis, zu dem das Werk bezogen werden kann, besonders anerkannt werden muß.“

Deutschösterreichische Tageszeitung, 27. August 1929. „Was die Ausstattung des Werkes mit Karten und Plänen betrifft, so ist sie für den Rahmen desselben ausreichend, in Anbetracht des Preises geradezu glänzend. Jedenfalls hat sich der rührige Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“ ein großes Verdienst erworben.“

Wiener Neueste Nachrichten, 9. Juni 1929. „... Nicht vergessen werden darf auch der zahlreichen prächtigen Karten und Skizzen, an deren vollendete Ausführung keines der Kriegswerke des Auslandes heranreicht.“



billiger!

2 kg bisher RM 6,75
 jetzt RM 6,00
 2,5 kg bisher RM 7,20
 jetzt RM 6,30
 3 kg bisher RM 7,50
 jetzt RM 6,60
 3,5 kg bisher RM 7,80
 jetzt RM 6,90
 Aufsteller für alle Größen
 RM 0,30

RM 6,60
~~7,50~~
 RM

SIEMENS-SCHUCKERT

I N H A L T

	Seite
Gottlieb von Jagow: Herr Poincaré	601
René Gerin	612
Georges Demartial: „Les Responsabilités de la Guerre“	628
Gunther Frantz: War 1914 Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg?	632
Alfred von Wegerer: Die systematische Verfäschung der russischen allgemeinen Mobilmachung	645
Dr. K. Schwendemann: Frankreich und die Kriegsschuldfrage	666
Paul Ostwald: Der Vertrag von Björkoe und die Einkreisung Deutschlands	680
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	689



Herr Poincaré.

Von Gottlieb von Jagow.

In dem nachstehenden Aufsatz nimmt Staatsminister von Jagow, 1914 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, auf unsere Anregung zu einigen Ausführungen Poincaré's Stellung, wie sie in seinem soeben erschienenen Buch „Les Responsabilités de la Guerre“ enthalten sind.

Im nächsten Heft bringen wir noch eine ausführliche Abhandlung von Graf Max Montgelas über das gleiche Buch.

Die Schriftleitung.

Herr René Gerin hat 14 Fragen über den Kriegsausbruch an den früheren französischen Staatschef, Herrn Poincaré, gerichtet, die letzterer beantwortet hat.¹⁾ Die Kontroverse gruppiert sich in der Hauptsache um die Frage, welche Verpflichtungen Frankreich aus seinem Bündnis mit Rußland erwachsen sind, ob Poincaré eigenmächtig über diese Verpflichtungen in den Jahren 1912 und 1914 hinausgegangen ist, und inwieweit Mobilmachung als Bedrohung und als gleichbedeutend mit Krieg aufzufassen ist.

Die alten Bündnisverträge waren auf den Fall eines Angriffs ohne unmittelbare Herausforderung, also theoretisch und formal auf den Defensivkrieg abgestellt. Praktisch aber kann sich eine Lage ergeben, bei der die Frage, ob Herausforderung, Angriff oder Verteidigung vorliegt, sich nicht nach dem Buchstaben beantworten läßt. Es kann dann der Fall eintreten, daß ein Teilhaber dieser oder jener Gruppe seine Verpflichtungen verschieden interpretiert und dies eventuell in dem Sinn tun wird, von dem er glaubt, daß es seinen eigenen Interessen am besten entspricht. Vide Italien, welches — wenigstens ehrlich — das Prinzip des „Sacro egoismo“ als Norm für sich aufgestellt hat. In seinen Antworten geht Herr Poincaré den Dingen nicht auf den Grund und seine Ausführungen werden zu einem geschickten Advokatenplaidoyer, in dem er durch Deuteln und Folgern aus Noten, Reden und Ausreden seine These: „der Gegner ist schuldig“ — quod erat demonstrandum — verfißt.

So unsinnig und unhistorisch es ist, aus einem Kriege eine „moralische Schuld“ zu deduzieren und daraus politische Folgen zu ziehen, so muß derjenige, der sich ein Richteramt anmaßt, wenigstens die Entwicklung der Dinge, die zum Kriege geführt haben, prüfen und berücksichtigen. Da Poincaré auf Grund der 14 Punkte

¹⁾ „Les Responsabilités de la Guerre.“ — Quatorze Questions par René Gerin. — Quatorze réponses par Raymond Poincaré. Payot, Paris 1930.

von Gerin sozusagen eine Darstellung des Kriegsausbruches gibt, möchte ich ebenfalls eine kurze Wiedergabe der Vorgänge bringen, die zu der Katastrophe von 1914 geführt haben.

Im Juni 1914 wurde in Sarajewo der österreichische Thronerbe von serbischen Mördern (wenn auch österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit) umgebracht. Die Fäden der Verschwörung gingen nach Belgrad. Die Schreckenstat warf ein blitzartiges Licht auf das dortige politische Treiben und seine Ziele, die auf die Gründung eines großserbischen Staates hinausgingen und sich gegen den Bestand der Donaumonarchie richteten.

Es kann heute nicht mehr zweifelhaft sein — und war es schon 1914 der Wiener Regierung nicht —, daß die serbischen Machthaber mitschuldig an der Mordtat gewesen sind. Eine Widerlegung der Aussage des Ministers Ljuba Jovanowitsch ist von serbischer Seite zwar seit langem angekündigt, aber nie erfolgt.

So bleibt denn die Tatsache bestehen, daß Pasitsch und Mitglieder seines Kabinetts davon unterrichtet waren, daß junge Leute die Grenze zur Ausführung des Attentats auf den Erzherzog überschritten hatten und die serbische Regierung, trotzdem ihr dies bekannt geworden war, keine Veranlassung genommen hatte, die Wiener Regierung von dem geplanten Attentat in Kenntnis zu setzen oder zu warnen.²⁾ Es ist daher erstaunlich, wenn Herr Poincaré noch heute sagt, alle Nachforschungen während des Krieges und seitdem hätten in keiner Weise erwiesen, daß die serbische Regierung bei der Ermordung des Erzherzogs und seiner Gemahlin eine Rolle gespielt hätte.

Unzutreffend ist es auch, wenn Herr Poincaré schreibt, daß man lediglich die Mitwisserschaft untergeordneter Agenten der beiden Organisationen „Schwarze Hand“ und „Narodna Odbrana“ habe ermitteln können.³⁾ Die Führer der Verschwörung gegen den Erzherzog Thronfolger waren keineswegs untergeordnete Agenten, sondern der Oberst im serbischen Generalstab Dragutin Dimitrijevič, der gleichzeitig Führer der „Schwarzen Hand“ war, und Major Tankositsch.⁴⁾

Für die Donaumonarchie handelte es sich um ihre Existenz, die verantwortlichen Staatslenker erkannten die Notwendigkeit —

²⁾ S. den Aufsatz von Alfred von Wegerer: „Die serbische Warnung“, „Berliner Tageblatt“, 8. Mai 1930, Nr. 214.

³⁾ „Les Responsabilités de la Guerre“ a. a. O. Seite 160.

⁴⁾ Vergleiche zu dem Stand der Forschung über den Mord von Sarajewo die Arbeiten von Friedrich von Wiesner in den „Berliner Monatsheften“, Jahrgang 1926, Seite 639 ff., Jahrgang 1927, Seite 492 ff. und Jahrgang 1928, Seite 307 ff., sowie den Aufsatz von Alfred von Wegerer im Jahrgang 1926, Seite 400 ff.

sie hatten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht —, den bedrohlichen Ränken des kleinen Nachbarstaates einen Riegel vorzuschieben. Sie teilten uns ihren Entschluß mit. Die Berechtigung einer Strafaktion mußten wir anerkennen. Es war Selbstverteidigung, Notwehr.

Ich habe mit besonderem Interesse den Auszug aus dem Brief gelesen, den der britische Botschafter in Wien, Sir F. Cartwright, am 31. Januar 1913 an Sir Arthur Nicolson geschrieben hat und den Harold Nicolson jetzt in der Biographie seines Vaters veröffentlicht.⁵⁾ Er bestätigt unsere Auffassung. Cartwright schrieb damals:

„Serbien wird noch eines Tages alle Staaten Europas gegeneinander aufhetzen und auf dem Kontinent einen allgemeinen Krieg verursachen. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie gereizt die Menschen hier über die ewigen Sorgen sind, die dieses kleine Land, von Rußland ermutigt, Österreich bereitet. Es wäre ein Glück, wenn es Europa gelingen würde, einen Krieg zu vermeiden, zu dem die jetzige Krise führen könnte. Kommt es wieder zu einer serbischen Krise, so bin ich überzeugt, Österreich-Ungarn wird keine Einmischung Rußlands mehr dulden und wird die Streitigkeit mit seinem kleinen Nachbar coûte que coûte selbst austragen.“

Wir erklärten den Konflikt für eine Frage, die lediglich Österreich und Serbien anging. Für den Fall jedoch, daß die Sache weitere Kreise ziehen und Rußland, das sich ohne ein besonderes Recht dazu zu haben das Protektorat über alle slawischen Balkanstaaten annahm, sein Schwert in die Wagschale werfen und Österreich angreifen sollte, trat für uns der casus foederis ein.

Österreich stellte ein Ultimatum, daß die Serben nur teilweise annahmen. Österreich bereitete sich zur Exekution vor. Rußland drohte mit Intervention, es stellte sich vor die serbischen Mörder. Nun setzten die Verhandlungen der Kabinette ein. Sasonow sagte zu dem französischen Botschafter in Petersburg: „Jusqu'au dernier moment, je négocierai.“⁶⁾ Aber noch während die Verhandlungen liefen — wir hatten sie auf den Weg direkter Aussprache zwischen Wien und Petersburg geleitet —, erklärte Rußland plötzlich die Gesamtmobilisation, die uns, die Vermittler, mit Krieg bedrohte. Unsere geographische und strategische Lage zwang uns, zur Abwehr zum Schwert zu greifen.

⁵⁾ Harold Nicolson: „Sir Arthur Nicolson, Bart. First Lord Carnock.“ A Study in the Old Diplomacy. Constable & Ltd. London 1930. Deutsche Ausgabe Seite 411.

⁶⁾ Das Französische Gelbbuch von 1914. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, 5. Heft, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, Nr. 102, II.

Mit Frankreich hatten wir keinen Konflikt und ebensowenig den Wunsch, mit ihm in einen Krieg verwickelt zu werden. Aber es war der Alliierte Rußlands. Sollte es auf Seiten Rußlands treten, so standen wir vor einem Zweifrontkrieg. Wir standen einer bedeutenden Übermacht gegenüber. Unsere einzige Rettung war die Schnelligkeit der Aktion; d. h. wir mußten versuchen, erst den einen Gegner zu schlagen und uns dann gegen den anderen zu wenden: Defensive im Wege der Offensive nach einer Seite. Fraglich konnte höchstens sein, ob wir uns erst nach Osten oder nach Westen wandten. Der für den Zweifrontenkrieg aufgestellte Schlieffen-Moltkesche Operationsplan hatte den Westen gewählt, weil Rußland, wenn seine Armee sich, wie 1812, in das Innere des Reiches zurückzog, nur schwer und langsam zu fassen sein würde.

Der Satz: „La mobilisation c'est la guerre“ ist von den Generalen Boisdeffre, Miribel, Obrutscheff und Dobrorolski als maßgebend anerkannt worden.⁷⁾ General Gurko hat gesagt: „Für Deutschland mußte die Mobilmachung maschinenmäßig nicht nur die Kriegserklärung, sondern auch die unverzügliche Eröffnung der Kriegshandlungen nach sich ziehen. Anders zu handeln wäre für die deutsche Armee und ihre Führer gleichbedeutend gewesen mit dem Verzicht auf die ungeheuren Vorteile, die ihnen durch die Möglichkeit gegeben wurden, die eigene Armee viel früher in kriegsfähigen Zustand zu versetzen, als die russische Armee es vermochte.“⁸⁾ Sasonow kannte diese Sachlage, als er auf Drängen des Militärs dem Zaren den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung abrang. Auch Nikolaus II. erkannte die Konsequenzen. Er sagte zu Sasonow: „Bedenken Sie, daß es sich darum handelt, Tausende und Abertausende von Menschen in den Tod zu schicken.“⁹⁾ Jedermann, der von Strategie eine Ahnung hat, muß die Zwangslage erkennen, in der sich Deutschland durch die Notwendigkeit, einen Krieg nach zwei Fronten zu führen, befand. Aber diese Zwangslage gleichzusetzen mit einem angeblichen deutschen Plan eines Präventivkrieges, wie es Herr Poincaré tut, ist eine Verdächtigung, die jeder Begründung entbehrt, und die aufs schärfste zurückzuweisen ist.

Völlig abwegig ist es auch, wenn Herr Poincaré in diesem Zusammenhang behauptet, Deutschland hätte in der Defensive bleiben

⁷⁾ Documents diplomatiques. L'alliance franco-russe, Imprimerie Nationale, Paris 1918, Nr. 71, Seite 95.

⁸⁾ General Gurko: „Rußland. 1914—1917. Krieg und Revolution.“ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1921, S. 13.

⁹⁾ Paléologue: „La Russie des Tsars“ I S. 39.

und der Durchführung der Mobilmachung Frankreichs und Rußlands Gewehr bei Fuß entgegensehen können. Und noch weniger wird man der Behauptung Poincarés zustimmen können, daß Deutschland auch dann noch mit gleichen Waffen gekämpft hätte. Die rein zahlenmäßige Überlegenheit der französischen und russischen mobilen Armee gegenüber derjenigen Deutschlands und Österreichs im Jahre 1914 dürfte auch Herrn Poincaré bekannt sein. Sie betrug nach den Feststellungen des Grafen Montgelas 1 700 000 Mann. Im übrigen war unsere Ostgrenze auch so gut wie ungeschützt, wie der Einfall der Russen in Ostpreußen bald zeigte.

Poincaré gibt zwar zu, daß die Verhandlungen Boisdeffres seiner Zeit vom Präsidenten Felix Faure gebilligt worden seien. Er wußte ferner aus der Zustimmung Kaiser Alexanders III., daß außer dem französischen Staatschef die höchste und autokratische Instanz in Rußland dem Standpunkt Boisdeffres beigetreten war.¹⁰⁾ Aber keine französische Regierung, sagt er weiter, habe sich diese Ansicht Boisdeffres zu eigen gemacht. Die militärische Theorie habe ihre Einschränkung durch die Verfassung gefunden, die für eine Kriegserklärung die Zustimmung des Parlaments verlangte — im Gegensatz zu Rußland und Deutschland. Es ist richtig, daß bei uns es dem Kaiser zustand (mit Zustimmung des Bundesrates), den Krieg zu erklären. Aber die Bewilligung der Kriegskredite war das Recht des Reichstages. Ohne Geld läßt sich kein Krieg führen. Kein Kaiser und kein Kanzler hätte in den Krieg eintreten können, ohne der Zustimmung der Volksvertreter sicher zu sein.

Herr Poincaré will die Ergebnisse und Besprechungen des russischen und französischen Generalstabs nicht gekannt haben.¹¹⁾ Hat er vielleicht wie Sir Edward Grey sie nicht kennen wollen, weil er dadurch die Regierung, dem Anschein nach, nicht verpflichten wollte? Aber auch Grey mußte erkennen, daß durch seine Abmachungen mit Frankreich (Briefwechsel mit Cambon), obwohl dieselben viel unverbindlicher waren, als der russisch-französische Bündnisvertrag, und dem Wortlaut nach der englischen Regierung die Freiheit des Entschlusses vorbehielten, viel weiter verstrickt war, als er selbst sich hatte klarmachen wollen. Herr Cambon hat zu Mr. Steed gesagt: „Ich warte darauf zu erfahren, ob das Wort

¹⁰⁾ 1887 antwortete der Präsident Grévy dem General Boulanger auf dessen Antrag zur Mobilmachung: „Ihr Vorschlag ist verrückt, wissen Sie nicht, daß das den Krieg bedeutet.“

¹¹⁾ Notabene wurden die Protokolle von 1911 ab den Regierungen vorgelegt!

Ehre aus dem englischen Wörterbuch gestrichen werden muß“.¹²⁾ Hat Herr Poincaré über Frankreichs Verpflichtungen Rußland gegenüber nicht ebenso gedacht wie sein Botschafter hinsichtlich Englands?

Herr Poincaré hat gesagt, die Mobilmachung sei „un acte intérieur“, bei dem derjenige, der sie angeordnet hat, die Freiheit, behielte, ihr blutige Folgen zu geben oder nicht. Er führt als Beispiel hierfür die Schweiz an. Doch, wie Herr Poincaré sagt: *comparaison n'est pas raison*. Wenn die Schweiz oder Holland angesichts einer europäischen Konflagration mobilisiert haben, so hat gewiß kein Mensch ihnen offensive Absichten zugeschrieben; man war überzeugt, das dies aus Gründen der Sicherheit geschah. Aber ganz etwas anderes ist es, wenn eine Großmacht ihre Riesenarmeen, mitten aus dem Frieden heraus, mobilisiert und an der Grenze aufmarschieren läßt. Der Nachbar wird und muß das als eine Bedrohung ansehen. Die These Herrn Poincarés ist — Verzeihung! — Rabulistik.

Im übrigen widerlegt Herr Poincaré seine Auffassungen selbst. Er berichtet nämlich, daß der französische Generalissimus Joffre am Morgen des 1. August schon angesichts der deutschen Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr dringend die französische Mobilmachung gefordert habe, die ihm daraufhin auch bereitwilligst zugestanden wurde. Daraus dürfte hervorgehen, daß Joffre und mit ihm die französische Regierung nicht einmal den Kriegsgefahrzustand, der keineswegs als Mobilmachung hingestellt werden kann, als „acte intérieur“ angesehen hat. Eine Mobilmachung wird man nur dann als einen „acte intérieur“ ansehen können, wenn es sich darum handeln sollte, ein Revolutions- oder Insurrektionsheer zu bekämpfen.

Freilich war die Lage Frankreichs und Deutschlands auch eine durchaus verschiedene. Das bedrohte Deutschland mußte sich seinen einzigen Vorteil, den einer schnellen Aktion, sichern und sogleich zum Angriff schreiten. Frankreich konnte warten, es war sogar sein Vorteil, wenn es temporisierte, denn jeder Tag der Verzögerung förderte den russischen Aufmarsch und brachte den Moment näher, wo wir in der rechten und linken Flanke von zwei schlagfertigen Armeen eingeklammert wurden. Auf diesen Gedanken wie auf den Wunsch, dem Gegner das Odium der ersten Kriegserklärung oder des ersten tätlichen Friedensbruchs zu überlassen, war auch die politische Taktik in Paris eingestellt. Nach einem Bericht Iswolskys hat Poincaré dem russischen Botschafter am Abend des 1. August ausdrücklich erklärt, er würde es vor-

¹²⁾ Harold Nicolson, a. a. O., S. 440.

ziehen, „wenn die Kriegserklärung nicht von Seiten Frankreichs, sondern von Seiten Deutschlands erfolgte“.¹³⁾

Für die friedlichen Absichten der französischen Regierung führt Herr Poincaré auch den Befehl, die 10 km-Linie von der Grenze nicht zu überschreiten, wieder ins Treffen. Die Welt weiß aber, daß diese Maßregel nicht dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, sondern der Rücksicht auf die Haltung Englands ihren Ursprung verdankt. In dem Befehl vom 30. Juli begründet General Joffre sie mit „diplomatischen Gründen“, und in dem Telegramm vom 1. August spricht sich der Kriegsminister noch deutlicher aus, wenn er erklärt, „mit Rücksicht auf die Mitwirkung unserer englischen Nachbarn bleibt es immer noch unerläßlich, daß die im Telegramm vom 30. Juli angegebene Linie nicht von Patrouillen oder kleineren Abteilungen überschritten wird, ausgenommen im Falle eines klaren Angriffs“.¹⁴⁾

In der Befürchtung, daß militärische Mobilisierungsmaßregeln Rußlands gegen uns den Krieg unvermeidlich machen könnten, — eine Befürchtung, die sich nur als allzusehr begründet gezeigt hat — hatten wir schon frühzeitig davor gewarnt: eine Teilmobilmachung Rußlands gegen Österreich könnten wir zwar mitansehen, eine auch gegen uns gerichtete Mobilisation aber nicht. Nicht nur Petersburg, sondern auch Paris und London waren hiervon unterrichtet.¹⁵⁾

Die erfolgte russische Gesamtmobilmachung habe man, sagt Herr Poincaré, in Paris erst durch die Mitteilung unseres Botschafters vom 31. Juli erfahren. Über den Ernst der Lage aber muß man dort durch die Telegramme Herrn Jules Cambons vom 27. und 30. Juli unterrichtet gewesen sein.¹⁶⁾ Im übrigen steht heute fest, daß die französische Regierung schon vor der Unterredung unseres Botschafters mit Herrn Viviani drei Mitteilungen über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung erhalten hat: durch 2 Telegramme von Jules Cambon und durch ein Telegramm der Agentur Havas aus Berlin.

Unsere Warnungen will Herr Poincaré mit der Bemerkung abtun, Deutschland hätte gerne „la politique du bluff“ geübt. Er

¹³⁾ Das Russische Orangebuch von 1914. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. 4. Heft. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925, Nr. 170.

¹⁴⁾ Les Armées Françaises dans la Grande Guerre, tome 1, 1^{er} volume, annexe Nr. 25, Seite 66.

¹⁵⁾ Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 219, 342, 491 und 492.

¹⁶⁾ Französisches Gelbbuch Nr. 67 und 109.

sagt ferner, die französische Regierung habe in Petersburg wiederholt gemahnt, keine militärischen Maßregeln zu ergreifen, die die Krisis verschärfen könnten. Im französischen Gelbbuch findet sich nur ein einziges Telegramm — das von Herrn Poincaré zitierte — welches eine derartige Weisung enthält.¹⁷⁾ Es ist vom 30. Juli und nach Herrn Paléologues Aufzeichnungen um 6 Uhr nachmittags in Petersburg eingetroffen.¹⁸⁾ Die russische Gesamtmobilmachung war schon 2 Stunden vorher vom Zaren befohlen worden. In dem Telegramm sagt Herr Viviani, daß es nach seiner Meinung zweckmäßig sei, „wenn Rußland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, zu denen es glaube schreiten zu müssen, unmittelbar keinerlei Anordnungen träfe, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würde“. Letztere hatte Rußland schon angeordnet! Die Weisung Vivianis wird übrigens durch die Meldung illustriert, die der russische Militärattaché in Paris an demselben Tage nach einer Beratung von Poincaré, Viviani und dem Kriegsminister nach Petersburg drahtete, man habe ihm gesagt, „wir könnten erklären, daß wir im höheren Interesse des Friedens bereit sind, unsere Mobilmachungsvorbereitungen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, unsere Vorbereitungen fortzusetzen und sogar zu verstärken, wobei wir uns nach Möglichkeit größerer Truppentransporte zu enthalten hätten“.¹⁹⁾ Wirft das nicht ein eigentümliches Licht auf das russisch-französische Zusammenspiel? Auch erklärt sich die Pariser Haltung — oder Zurückhaltung — erst aus dem Schluß des Telegramms, das Sasonow am 27. Juli an den Pariser Botschafter gesandt hatte: „Wenn die Rede davon sei, irgendeine mäßigende Einwirkung in Petersburg auszuüben, so wiesen wir sie von vornherein ab . . .“.²⁰⁾

Herr Poincaré betont immer wieder, daß Frankreich vertragsmäßig nur dann zur Hilfeleistung verpflichtet gewesen wäre, wenn Rußland von uns angegriffen wurde. Wie war es nun aber, wenn Rußland uns zum Angriff zwang? Konnte der Präsident der französischen Republik — wenn er so friedliebend war, wie er sagt, und der Vertrag ihn nur für den (selbstverständlich spontanen) Angriff band — sich nicht für die Neutralität erklären? Der Krieg, den Rußland heraufbeschworen, wäre lokalisiert und für Frankreich der Friede erhalten worden. Wie wenig wir wünschten, in einen Krieg mit Frankreich hineingezogen zu werden, beweist auch unser

¹⁷⁾ Das Französische Gelbbuch a. a. O., Nr. 101.

¹⁸⁾ Paléologue, „La Russie des Tsars“, I, S. 39.

¹⁹⁾ Das Russische Orangebuch a. a. O., Nr. 116.

²⁰⁾ A. a. O. Nr. 42.

Angebot vom 1. August in London, wonach wir, wenn Frankreich neutral bliebe, von jedem Angriff auf dasselbe absehen und unsere Truppen anderweitig verwenden würden.²¹⁾

Aber der russische Militärattaché in Paris hatte nach einem Ministerrat vom 31. Juli schon melden können: „Der französische Kriegsminister eröffnete mir in gehobenem und herzlichem Ton, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei etc.“²²⁾ Das war notabene 16 Stunden, bevor wir Rußland den Krieg erklärten und 2¹/₂ Tage vor unserer Kriegserklärung an Frankreich!

In seinen Antworten wärmt Herr Poincaré auch die deutschen Grenzverletzungen auf, die die französische Regierung in den kritischen Tagen schon in London auszubeuten versucht hat. Mindestens ebensoviele haben nach unseren Feststellungen von französischer Seite — trotz der 10 km-Linie — stattgefunden.²³⁾ Die eine oder andere Meldung von hüben und drüben mag irrtümlich gewesen sein, auf Halluzinationen beruhend, wie sie in Zeiten höchster Erregung vorkommen. So hat sich unsere Meldung von den Fliegern, die bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben auf die Bahnen geworfen hätten, wie wir zugeben müssen, als irrtümlich herausgestellt.

Aber auch Frankreich hat, wie aus der Meldung Paul Cambons vom 31. Juli hervorgeht, und wie kürzlich Dr. von Wegerer im Maiheft 1930 der „Berliner Monatshefte“ nachgewiesen hat, Maßnahmen des deutschen Grenzschutzes irrtümlicherweise als auf französischem Boden stattfindend gemeldet. Wie wir von Nicolson jetzt erfahren haben, hat diese Meldung in London die größte Beunruhigung hervorgerufen und wurde mit dazu benutzt, die Haltung der Konservativen zu beeinflussen. Auf den Gang der Ereignisse haben die Grenzverletzungen keinen durchschlagenden Einfluß gehabt.

In dem Umstand, daß die Abfassung unserer Sommatation an Belgien schon am 26. Juli erfolgt ist, will Herr Poincaré einen Beweis für unseren Kriegswillen erblicken (S. 76). Besorgnisse wegen eines bevorstehenden Krieges erfüllten damals schon alle Kabinette. Vorbereitungen für alle Fälle zu treffen, ist wohl jeder Behörde erlaubt, ja bei richtiger Arbeitseinteilung sogar geboten. Harold Nicolson erzählt,²⁴⁾ daß, nachdem England den Krieg erklärt

²¹⁾ Deutsche Dokumente III, Nr. 575 und 578.

²²⁾ Russisches Orangebuch, a. a. O., Nr. 147.

²³⁾ Vergleiche Graf Montgelas: „Grenzverletzungen vor Kriegsausbruch 1914“, Berliner Monatshefte, Jahrgang 1927, Seite 977 ff.

²⁴⁾ H. Nicolson a. a. O., Seite 443.

hatte, die Beamten des Foreign Office am Abend des 4. August nur noch das Wort „Deutschland“ in die Formulare zur Warnung der britischen Konsule einzufügen brauchten. Die Formulare waren schon seit Jahren fertiggestellt. Würde Herr Poincaré hierin vielleicht einen Beweis für einen langgehegten Kriegswillen Englands erblicken? Ich weiß nicht. Anders steht die Sache allerdings hinsichtlich der französischen und englischen jahrelangen militärischen Vorbesprechungen mit dem neutralen Belgien. Wenn Sir A. Nicolson Anfang Januar 1913 dem Gesandten in Brüssel schreibt,²⁵⁾ er möchte festzustellen suchen, welches die Haltung Belgiens sein würde, falls französische und britische Streitkräfte sich gezwungen sähen, die belgische Neutralität zu verletzen; für die Militärs wäre es wichtig zu wissen, ob sie dann auf ihrer linken Flanke Freunde und nicht unzuverlässige Feinde hätten — ist das keine Vorbereitung?

Die französische Regierung hatte es leicht, dem Manifest vom 1. August den Satz hinzuzufügen: „La mobilisation n'est pas la guerre“. Was war das anderes als beabsichtigte Täuschung des Gegners, des eigenen Volkes und von England!

Zum Schluß möchte ich noch auf die Ausführungen eingehen, in denen Herr Poincaré Zweifel in die Echtheit des russischen Dokuments vom 21. November 1912 setzt (S.109/10). Es ist das Protokoll einer Beratung der russischen Generäle und enthält die Aufhebung des Befehls vom 29. März/11. April 1912 betreffend die Aufhebung der Bestimmung, daß Mobilmachung gleichzeitig als Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich oder Deutschland zu gelten habe. Die Maßnahme wurde folgendermaßen begründet:

„Es kann sich als vorteilhaft erweisen aufzumarschieren, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiderfürlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Maßnahmen können hierbei durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern. Wenn solche Maßnahmen die Möglichkeit geben, einige Tage zu gewinnen, so müssen sie unbedingt ergriffen werden.“²⁶⁾

Das Original befindet sich in unserem Reichsarchiv. Herr Poincaré wird durch das in diesem Heft veröffentlichte Faksimile selbst die Authentizität prüfen können. Vielleicht wird er auch seine Auffassung von der Harmlosigkeit der russischen Mobilmachung nachprüfen.

²⁵⁾ H. Nicolson a. a. O., Seite 419/20.

²⁶⁾ Gunther Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“, Berlin 1924, Anlage 82. Vgl. a. den Aufsatz von Gunther Frantz in diesem Heft.

Ich habe hier nur schon längst Bekanntes wiederholt. Ich resümiere: Durch Serbiens Umtriebe war der Konflikt entstanden. Rußland hatte den Krieg heraufbeschworen. Es hatte den Zünder in das Pulverfaß geworfen. Nicht die erste Kriegserklärung war das entscheidende Ereignis, sondern die Handlung, die den Krieg unvermeidlich machte. Diese Handlung war die uns bedrohende Gesamtmobilmachung Rußlands.²⁷⁾ Unsere Kriegserklärung wurde durch die Umstände zu einem formalen Akt.²⁸⁾ Die Begriffe Mobilmachung, Bedrohung, Angriff beziehungsweise Verteidigung lassen sich in ihrer Wirkung nicht ohne weiteres trennen, ihr Zusammenhang und ihre Zwangsläufigkeit hängt von den Begleitumständen ab.

Vier Kriegs- und zwölf Friedensjahre haben wir gegen die Schuldflüge kämpfen müssen, die die feindliche Propaganda ausgesät hat. Jetzt geht den Völkern die Erkenntnis auf, daß sie getäuscht worden sind, daß die These von der Alleinschuld Deutschland nur ein wohlberechnetes politisches Strategem war. Sie fangen an, sich des Versailler Schuldspruchs zu schämen. Nur Herr Poincaré bleibt halsstarrig bei seinem Crucifige. Ich will gern glauben, daß er 1914 so gehandelt hat, wie es seiner Überzeugung nach die Interessen seines Landes geboten. Wenn *victrix res deis placuit*, so kann er sich zu den Göttern zählen. Aber warum verschließt er sich jetzt noch, trotz aller Gegenbeweise, jeder besseren Einsicht betreffs der zwingenden Motive des Gegners? Auf der These der „deutschen Schuld“ ist das Diktat von Versailles aufgebaut. Die Fesseln, die dieses uns auferlegt hat, will der Politiker Poincaré um keinen Preis lockern lassen. Dem Politiker muß der Advokat Poincaré zu Hilfe kommen, dessen Plaidoyer auf „schuldig“ lautet.

²⁷⁾ Graf Montgelas: „Leitsätze zur Kriegsschuldfrage“ Nr. 16, S. 8.

²⁸⁾ Alfred von Wegerer: „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese.“ Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1928, Seite 167 ff.

René Gerin.

I.

Gerins Eintreten für Demartial.

Im März 1926 veröffentlichte Georges Demartial in der amerikanischen Zeitschrift „Current History“ und gleichzeitig auch in unserer Zeitschrift einen Aufsatz über „Die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Frankreich“. Daraufhin setzte der Großkanzler des Ordens der Ehrenlegion im Dezember 1927 eine Kommission ein, die untersuchen sollte, ob Demartial durch diese Veröffentlichung die Ehre Frankreichs verletzt habe. Der Disziplinarrat der Ehrenlegion fällte am 11. Mai 1928 sein Urteil, das Demartial für 5 Jahre aus der Ehrenlegion ausschloß. Jetzt wandte sich René Gerin mit der Bitte an den Großkanzler der Ehrenlegion, ihn ebenfalls zu maßregeln, da er in der Kriegsschuldfrage die gleichen Ansichten vertrete wie Demartial. Sein Schreiben blieb unbeantwortet. Gerin griff zur Selbsthilfe und versandte im Januar 1929 an die Chefredakteure der großen französischen Zeitungen und an hervorragende politische Persönlichkeiten eine kleine Broschüre, die den Titel trug „Trois Historiens Qualifiés“. Diese Broschüre umfaßte drei Aufsätze von Demartial und war eingeleitet von nachstehendem Schreiben:

Paris, Januar 1929.

Sehr geehrter Herr!

Sie sind jedenfalls über die Affäre Demartial orientiert. Sie wissen, daß dieser hervorragende Mann, ehemals ein hoher Beamter, für 5 Jahre von der Ausübung der Rechte der Ehrenlegion und der Prärogative ausgeschlossen worden ist, weil er, aufgefordert von einer großen amerikanischen Zeitschrift*), den Stand der Kriegsschuldfrage in Frankreich darzulegen, behauptet hatte — wobei er sich übrigens auf zahlreiche Personen in Frankreich und im Auslande berief —, daß die Regierungen der Entente einen großen Teil der Verantwortung zu tragen haben.

Ich kenne Herrn Demartial nicht, aber ich habe seine Werke — „Die Mobilmachung der Gewissen“ und „Das Evangelium des Quai d'Orsay“ — gelesen und bin von ihnen überzeugt worden. Empört darüber, ihren Verfasser zur Verantwortung über eine Meinung gezogen zu sehen, deren Wahrheit mir zutreffend erschien und die ich

*) „Current History“, New York. Die Schriftleitung.

selbst öffentlich vertreten habe, bat ich den Großkanzler, mir eine ebensolche Behandlung zuteil werden zu lassen. Ich erhielt keinerlei Antwort.

Da es mir seitdem mißfällt, aus ritterlichem Empfinden heraus einen persönlichen Vorteil zu ziehen, habe ich mich entschlossen, jedes Jahr eine Schrift über Herrn Demartial zu verbreiten. Ich beginne heute damit, Ihnen ein Exemplar zugehen zu lassen, das ich im Anschluß an die Artikel von Sasonow und Herrn Poincaré nach deren Memoiren geschrieben habe, soweit sie sich auf den Kriegsausbruch beziehen. Herr Demartial hat einige vorher unveröffentlichte Seiten über die Memoiren von Asquith angefügt.

Sasonow und Asquith, heute beide verstorben, versuchen umsonst, ihre Politik für unschuldig zu erklären. Herr Poincaré tut dasselbe und besteht darauf, zu behaupten, daß die Teilnahme Frankreichs an dem Krieg von 1914 eine rein defensive war. Herr Demartial beweist, daß diese These den Tatsachen, den Dokumenten und dem guten Glauben widerspricht. Täuscht er sich, so war es für Herrn Poincaré sehr leicht, seine Gründe gänzlich zu zerstören: ihm steht die Presse, die Diplomatie und die offizielle Wissenschaft zur Verfügung. Der Artikel des Herrn Demartial wurde gänzlich totgeschwiegen.

Wird man sagen, daß es das Schweigen der Geringschätzung ist, und daß ein Mann von der Bedeutung des Herrn Poincaré sich eine Verteidigung ersparen kann? — Es handelt sich nicht um die persönliche Bedeutung des Herrn Poincaré, sondern um den historischen Wert der „Union Sacrée“. „Die Historiker, die sich mit der Kriegsschuldfrage befassen, sollten sich dazu zwingen, diese 500 Seiten zu lesen, aber es lohnt sich kaum. Ihr ganzes Interesse bezieht sich auf die Gewandtheit der Beweisführung.“ So schrieb in der „New Republic“ vom 1. August 1928 ein Amerikaner, Herr William Langer, ein angesehener Gelehrter, Professor der modernen europäischen Geschichte an der „Clark University“ von Worcester, und zeigte an Beispielen, daß diese Gewandtheit darin besteht, alles zu verschweigen, was der dargelegten These zuwiderläuft, „eine oberflächliche Gewandtheit, da nur wenige der Leser die Akten kennen.“

Es könnten noch weit strengere Urteile gefällt werden; dies eine genügt, um glauben zu machen, daß, wenn man auf den Artikel des Herrn Demartial nicht antwortet, dies nicht geschieht, weil das Buch des Herrn Poincaré über der Kritik steht, sondern vielmehr ihr zu sehr ausgesetzt ist. Und was dies besonders zu bestätigen scheint, ist der Umstand, daß der über die Kriegsschuldfrage in Frankreich am besten unterrichtete Mann, der darüber an der Sorbonne gelehrt hat, Herr Renouvin, pathetisch von Herrn Demartial

zu einer kontradiktorischen Behandlung des Werkes aufgefordert, diese abgelehnt hat.

Man sieht sich also einer geradezu unglaublichen Situation gegenüber. Das französische Volk ist selbstherrlich; seine Leiter — die sich seine Diener nennen —, wiederholen es ihm in allen Tonarten. Wenn es aber eine Frage gibt, in der das Volk von der Wahrheit überzeugt sein muß, so ist es sicherlich diejenige über den Ursprung und die Ursachen des gewaltigen Sturmes. Die Politik und ihre Ansicht über den Krieg werden offenbar alles ändern, je nachdem das Volk glaubt, daß es sich nur um die Verteidigung gegen einen wilden Angriff der Hunnen geschlagen hat oder daß es verstehen wird, es sei nur so wie die andern Völker ein Stein auf dem Schachbrett der Interessen gewesen, über die es nicht einmal befragt wurde. Aber noch heute haben die leitenden Diener des Volkes keine andere Sorge, als zu verhindern, daß die Wahrheit zu ihm durchdringe.

Durch diese Verschwörung des Schweigens und der Lüge erhöhen sie bedeutend ihre Verantwortung. „Was wir an Herrn Poincaré tadeln — schreibt einer meiner jungen Kameraden aus der École Normale —, ist weit weniger seine Tätigkeit bei Ausbruch des Krieges, wie daß er seine Memoiren herausgegeben hat. Denn den Krieg hat er nicht allein gemacht, während er es war, der seine Memoiren geschrieben hat.“ („La Notion des Responsabilités de la guerre“ in den „Libres Paroles“ von Mai 1928, von M. Garnuchaud.)

Da es Ihre Aufgabe ist, das Publikum zu unterrichten, es aufzuklären und das sehr wohl ebenso viel wert ist, wie das, wovon man es täglich unterhält, so gestatten Sie mir, mein Herr, zu hoffen, daß Sie den Artikeln des Herrn Demartial einige Aufmerksamkeit widmen werden. Der ich seinerzeit selbst den Krieg miterlebt habe wie so viele andere —, im Vertrauen auf das, was man uns über seine edlen Motive und die nicht weniger edlen Ziele gesagt hat —, ich bin heute der Ansicht — und wie viele andere Mitkämpfer würden ebenso denken, wenn sie besser unterrichtet wären! —, daß es unser hauptsächlichstes Recht und die erste unserer Pflichten ist, zu verhindern, daß der Betrug sich wiederhole, der Schande bedeutet und der Menschheit so viel Unsegen bringt.

René Gerin,
ehemals Schüler der École Normale
Supérieure,
Agrégé des Lettres,
Infanterie-Kapitän in Reserve,
Ritter der Ehrenlegion.

II.

Gerins Fragen an Poincaré.

Von allen Persönlichkeiten, an die Gerin seine Broschüre mit dem vorstehend abgedruckten Brief gerichtet hatte, antwortete nur Poincaré. Er gab dem Wunsch Ausdruck, Gerin persönlich kennenzulernen, und in einer Aussprache im Frühjahr 1929 gab Poincaré die Zusage, auf einige Fragen, die Gerin formulieren sollte, öffentlich zu antworten. Im Juni 1929 übersandte Gerin 14 Fragen an Poincaré. Erst im April dieses Jahres konnte Poincaré, der infolge seiner langwierigen Krankheit Monate hindurch an jeder Arbeit verhindert war, Gerin seine Antworten zuschicken. Gerins Fragen und Poincarés Antworten liegen nunmehr in Buchform vor.*)

Wir geben nachstehend auszugsweise die wesentlichsten Punkte aus den vierzehn Fragen von Gerin wieder:

I.

Gerin leitet seine erste Frage mit folgenden Bemerkungen ein, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen in extenso veröffentlichen:

„Ich erlaube mir, Ihnen heute einen Fragebogen vorzulegen. Aber es ist vor allem notwendig, den Sinn dieser Fragen genau zu bestimmen.

1. Ich gehöre nicht zu denen, die Sie allein und persönlich des Verbrechens beschuldigen möchten, den Krieg gewollt und möglich gemacht zu haben. Sie waren im Juli 1914 nur Präsident der Republik. Aber Sie waren Ministerpräsident und Außenminister bei einer — so scheint es — parallelen Politik von 1912. Und jedenfalls können Sie nicht leugnen, daß Sie der Mann sind, der am besten Erklärungen über die Politik Frankreichs seit 20 Jahren geben kann.

2. Ich will nicht einmal die Handlungsweise der Regierungen von 1914 als Verbrechen bezeichnen. Ich werfe ihnen nicht vor, den Krieg hervorgerufen zu haben. Im Jahre 1914 war der Krieg ein regelrechtes, gesetzliches und von der Politik sehr geschätztes Mittel. Der große Sturm, den wir erlebt haben, ist diplomatisch in nichts zu unterscheiden von den Koalitionskriegen, die seit Erfindung des Gleichgewichts, Europa mit Blut beflecken. Man hat sich um die

*) Les Responsabilités de la Guerre. — Quatorze Questions par René Gerin. — Ancien élève de l'école normale supérieure, agrégé des lettres. Quatorze réponses par Raymond Poincaré, de l'Académie Française. Payot, Paris 1930.

Meerengen, um den Rhein, um die Herrschaft zur See geschlagen: Besonders klassische Kriegsziele. Die Völker waren einverstanden zu marschieren und haben ihre Regierungen fast zum Marsch gezwungen. Ich selbst bin auch marschiert, ich auch.

3. Der Vertrag von Versailles erklärt die Länder der Entente für unschuldig. Gewisse Historiker tun dasselbe mit den Mittelmächten. Zwischen diesen beiden Thesen ist noch Platz für eine dritte, die jedem der Völker, die ihrer eignen Verantwortlichkeit widersprechen, ihren Teil daran zuweist. Wenn mein Fragebogen sich nur auf die Verantwortlichkeit der Entente bezieht, so darf man daraus nicht schließen, daß ich Deutschland für unschuldig erkläre. Aber meiner Ansicht nach muß jeder sein Unrecht einsehen. Das unserer alten Gegner ist uns bekannt. Ich möchte dazu beitragen, daß die Franzosen das ihrige erkennen.

4. Ich möchte auch hervorheben, daß, wenn man eine Kontroverse über die Kriegsursachen anregen würde, dies Frankreich nicht schaden würde, selbst wenn sich daraus für Frankreich ein Teil von Verantwortlichkeit ergeben sollte. Kein moralischer Schaden natürlich; wenn Frankreich wirklich die erste moralische Macht der Welt ist, so muß es seinen Ruf dadurch stützen und unterhalten, indem es beweist, daß es von denjenigen nichts zu fürchten hat, die die Wahrheit suchen, und daß es im Notfalle seine Fehler zu erkennen versteht. Ebensowenig ein materieller Schaden; zu wiederholten Malen hat die deutsche Regierung, die sich trotzdem sehr wohl hinter gewisse Erklärungen von Ihnen hätte zurückziehen können, um die Kriegsschuldfrage mit derjenigen der Reparationen zu verbinden, bereits „frei heraus“ erklärt — und Reichskanzler Müller hat dies noch am 23. April im Reichstag bestätigt —, daß sie aus der Frage der Verantwortlichkeit eine Ehren- und keine Geldfrage mache, und daß sie bezahlen würde, nicht als Schuldiger, sondern als Besiegter.

Was heute Erklärungen von Ihnen über die Ursachen des Krieges nötig macht, ist, daß eine große Anzahl von denjenigen, die sich mit der Frage befaßt haben, dazu verleitet worden sind, trotz aller Gewissenhaftigkeit die Äußerungen für falsch zu erklären, durch die unablässig seit 15 Jahren die Regierungen der Entente versichern, sie hätten kein egoistisches Ziel verfolgt, sie seien nur in den Krieg gezogen, um sich gegen einen Angriff Deutschlands zu verteidigen und die Freiheit der Welt, die von dessen Herrschaft bedroht sei, zu retten; ferner, weil die Erklärungen Deutschlands zu Versailles unter Bedrohung unserer Kanonen und Mitrailleusen gezwungen waren, anzuerkennen, daß in ihnen die Wahrheit liege, und daß jeder mit Gewalt aufgedrängte Friede moralisch widerlich

und juristisch null und nichtig sei; und schließlich, daß wir die Erinnerung an die Millionen von Kämpfern noch nicht vergessen haben und nie vergessen dürfen, die gefallen sind, ohne wahrscheinlich eine richtige Idee von der Sache zu haben, für die sie sich schlugen.

Die Fülle dieser Fragen überwältigt uns, Herr Präsident, Sie und mich. Aber es will mir scheinen, daß Sie derjenige sind, der sie am besten stellen kann, weil Sie derjenige sind, der am besten darauf zu antworten vermag. Das soll Ihnen sagen, mit wie großer Freude ich Ihre Zustimmung dazu empfunden habe.

Ich, ein einfacher Bürger, füge hinzu, daß ich sicher bin, die Ansicht einer großen Anzahl meiner Landsleute zu vertreten.

Ich füge weiter hinzu, daß die neulichen Kundgebungen der Normalisten, der zukünftigen Erzieher der Jugend, ein Anzeichen sind, daß die offiziellen Thesen über die Verantwortung für den Krieg in wenigen Jahren einen flammenden Widerspruch erfahren werden. Man hat uns gesagt, daß diese jungen Leute hauptsächlich für die Freiheit, ihre Meinung sagen zu dürfen, gekämpft haben; ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß, nach dem Beispiel einer großen Anzahl ihrer Älteren, die Masse bereits Gewißheiten, entgegengesetzt der These, die einzig und allein die Regierungen der Entente freispricht, sich zu eigen gemacht hat.

Ich füge schließlich noch hinzu, daß im Auslande die Mehrzahl der Historiker die These von Versailles für unhaltbar erklären.

Aus allen diesen Gründen, Herr Präsident, bitte ich Sie, mit dem von mir Ihnen vorgelegten Fragebogen die Antworten veröffentlicht zu wollen, die Sie daraufhin zu geben beabsichtigen — sei es in Form einer Broschüre, sei es in einer Reihe von Artikeln in einer großen Zeitung oder einer von Ihnen gewählten Zeitschrift —; alle irgendwie sich ergebenden Gewinne werden dann Ihren Dispositionen entsprechend den Opfern des Krieges zugeleitet werden.

Wenn Sie diesen Vorschlag annehmen wollen, so verpflichte ich mich, kein einziges Wort Ihren Antworten hinzuzufügen; zufrieden damit, Sie zu einer Diskussion angeregt zu haben, die der Wahrheit und infolgedessen dem Herannahen des Friedens nur nützlich sein wird, würde ich Ihnen danken, und viele gute Franzosen — das versichere ich Ihnen — werden Ihnen auch dankbar sein, daß Sie meinen Vorschlag angenommen haben.

Erscheint diese Erwägung Ihrer Aufmerksamkeit würdig, so wird meine erste Frage sein:

Glauben Sie nicht, daß es — 10 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten — wichtig wäre, daß die öffentliche Meinung dieses

große Problem der Kriegsverantwortlichkeit prüfen würde, und zwar ausschließlich unter der Voraussetzung von Wahrheit und Gerechtigkeit, die jenseits aller privaten Interessen, ja jenseits der Interessen des eigenen Vaterlandes stehen, sei es, um die Ungerechtigkeit eines von den Siegern auferlegten und ohne ausreichende Garantie der Unparteilichkeit ausgesprochenen Urteils wieder gut zu machen, sei es, um den Völkern das Unmoralische des Krieges begreiflicher zu machen und dadurch zu seiner Verhinderung mit Unterstützung Ihrer Regierung beizutragen?“

II.

In seiner zweiten Frage geht Gerin von der Behauptung aus, die Poincaré im vierten Band seiner Memoiren aufgestellt hat, wo er sagte: „Die Mobilmachung ist ein innerer Akt, dem das Volk, das ihn befiehlt, Herr bleibt, um ihm keine blutige Folge zu geben.“

Diese Behauptung zieht Gerin unter Hinweis auf die bei Abschluß der französisch-russischen Militärkonvention erfolgten Erklärungen des französischen und russischen Generalstabschefs stark in Zweifel. Gerin richtet daher an Poincaré folgende Frage:

„Wenn Deutschland zuerst mobilisiert, den Hauptteil seiner Truppen gegen Frankreich zusammengezogen und uns dadurch mit einem Angriff bedroht hätte, ehe Rußland in der Lage war, uns zu helfen, hätten Sie in diesem Fall die deutsche Mobilmachung als eine „innerpolitische Angelegenheit“ („acte intérieur“) aufgefaßt, aus der sich nicht das Recht des Widerstandes herleiten ließ, solange keine kriegerischen Handlungen erfolgten?

Und welche Beweisgründe könnten Sie bejahendenfalls zur Widerlegung der ganz entgegengesetzten Auffassung unserer Generäle anführen?“

III.

Die dritte Frage von Gerin behandelt die Haltung Poincarés während der Balkankrise 1912. Gerin bittet um Auskunft darüber, ob Poincaré die Unterstützung Frankreichs nur im Falle eines Angriffes Rußlands durch Österreich und nicht auch für den gegenteiligen Fall zugesichert habe. Seine Frage lautet daher:

„Wollen Sie nicht — da gerade diese Erklärung selbstverständlich in allen Köpfen zuerst auftauchen wird — die Dokumente bekanntgeben, aus denen hervorgeht, daß, falls Sie auf Bitten Rußlands ihm die Unterstützung Frankreichs zugesagt haben, dieses nur für den Fall eines österreichischen Angriffes auf Rußland vorgesehen war und nicht auch für das Gegenteil?“

IV.

Gerin weist auf die Rede hin, die Poincaré am 6. Juli 1922 in der französischen Kammer gehalten hat, in der er sagte:

„Ich habe nicht behaupten wollen, daß ich Rußland im Stiche lassen würde, weil ich weiß, was sich ereignet hätte. Die Alliance wäre endgültig gebrochen worden. Deutschland hätte irgendwann Rußland angegriffen und dann Frankreich, und wir wären von Anfang an allein gewesen.“

Dazu schreibt Gerin:

„Ich weiß nicht, welche positiven Tatsachen Sie zu der Bemerkung veranlaßt haben, daß die französisch-russische Allianz gebrochen worden wäre, und daß Deutschland ohne dieselbe eines Tages Rußland und dann Frankreich angegriffen hätte! Zahlreiche Dokumente könnten Ihnen entgegengehalten werden, und wenn es auch nur das eine wäre, das Sie selbst anerkennen, daß Deutschland „sich Frankreich mit einem unbesiegbaren Eigensinn zu nähern versuche.“ Wenn eine Macht an dem status quo ein wirkliches Interesse hatte, so war es diese; im Laufe unserer Unterredung haben Sie mir sogar erklärt, daß Ihrer Ansicht nach Wilhelm II. den Krieg nicht gewollt habe, ausgenommen in dem letzten Moment, wo er dem Drängen Moltkes nachgab. Doch diese Frage zu klären, würde sehr viel Arbeit kosten. Ich will Sie daher nur dies fragen:

Ist Ihr Beweis nicht eher derjenige eines Präventiv- als eines Defensivkrieges?

Sind Sie im Grunde nicht viel mehr für einen Präventivkrieg als für einen Verteidigungskrieg?“

V.

Gerin erinnert Poincaré an eine Resolution, die im November 1912 von der französischen sozialistischen Partei gefaßt wurde und die folgendermaßen lautete:

„Unter keinem Vorwande darf Frankreich sich in den imperialistischen Konflikt Österreichs und Rußlands einmischen. Es darf sich durch geheime Verträge, deren Paragraphen es nicht kennt, nicht in den furchtbarsten aller Kriege hineinreißen lassen.“

Dazu bemerkt Gerin:

„Hätten Sie dem Parlament Ihre damals Rußland gegebenen Versprechungen unterbreitet, so würde es wahrscheinlich nicht sich dafür verbürgt haben.

Die Konstitution von 1875 untersagt der ausübenden Gewalt nicht nur, den Krieg zu „erklären“, sondern auch, ihn ohne Zustimmung des Parlaments zu „unternehmen“; der Referent Laboulaye spezifiziert dies folgendermaßen: „Was wir verlangen, ist, daß Frankreich Herrin seines Geschicks sei, daß man weder einen Krieg unternehmen noch erklären kann ohne seine Zustimmung.“

Durch Ihre Versprechungen, Rußland in einem von ihm begonnenen Kriege zu unterstützen, haben Sie da nicht ohne Wissen des Parlaments den Krieg unternommen und den von 1914 vorbereitet?

Haben Sie nicht ohne Wissen des Parlaments den Krieg beschlossen, indem Sie Rußland Unterstützung für den Fall eines von ihm begonnenen Krieges zusagten, und haben Sie nicht den Weg für den Krieg von 1914 vorbereitet?“

VI.

Die Krise vom November 1912 wiederholte sich in der gleichen Form im Juli 1914. Gerin richtet an Poincaré die Frage, welche Rolle in den Julitagen 1914 das französisch-russische Bündnis gespielt hat. Er schreibt:

„Hat die französische Regierung im austro-serbischen Konflikt, indem sie sich an die Allianz von 1892 hielt, einfach Rußland versprochen, daß Frankreich es unterstützen würde, wenn es von Österreich und Deutschland angegriffen würde oder hat es ihm dieselbe Unterstützung zugesagt, wenn es Österreich angriffe und so selbst die Intervention Deutschlands veranlaßte?

Aber Rußland hat sich nicht damit zufrieden gegeben, zuerst gegen Österreich zu mobilisieren, sondern es hat auch gegen Deutschland mobil gemacht. War ihm die Unterstützung Frankreichs auch in diesem Falle versprochen worden?

Hat die französische Regierung angesichts des österreichisch-serbischen Konfliktes Rußland auf Grund des Bündnisses von 1892 die Unterstützung Frankreichs nur für den Fall zugesichert, daß Österreich, unterstützt von Deutschland, Rußland angreifen würde, oder hat sie die Unterstützung auch für den Fall vorgesehen, daß Rußland Österreich angreifen und damit ein deutsches Eingreifen herausfordern würde?

Rußland hat nicht nur zuerst gegen Österreich mobilisiert, es hat auch gegen Deutschland zuerst mobil gemacht. War ihm die Unterstützung Frankreichs auch für diesen Fall zugesichert?“

VII.

Im Oktoberheft 1925 der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ hatte Poincaré geschrieben:

„Deutschland konnte mobil machen, ohne den Krieg zu erklären, und die Verhandlungen fortsetzen.“

Dazu bemerkt Gerin:

„Es erscheint schwer, Ihre Aussage gutzuheißen.

1. Deutschland, das war allgemein bekannt und veröffentlicht worden, war, obwohl schwächer als seine vereinigten Feinde, aber schneller in der Mobilmachung wie diese; es hatte Hoffnung, sie nur getrennt zu schlagen, indem es einen oder den andern so schnell wie möglich angriff, bevor sie sich zum gemeinsamen Angriff zusammenschließen konnten. Hätte Deutschland seine Gegner, ohne einen von ihnen anzugreifen, mobil machen lassen, so hätte es seine Siegeshoffnungen stündlich sinken gesehen. Hier sieht man wieder, daß die Frage, ob eine Mobilmachung den Krieg zur Folge hat oder nicht, keine prinzipielle, sondern eine Frage der Hoffnung ist. Gegenüber einer serbischen oder österreichischen Mobilisierung allein, sogar einer französischen und russischen allein hätte Deutschland sich mit seiner eignen Mobilmachung begnügen und den Feind herankommen lassen können. Aber die doppelte Mobilmachung auf seinen beiden Flanken, hier eine Armee, die kaum weniger groß war als seine eigne und deren Begeisterung und inneren Wert es kannte, machten ihm jedes Zaudern in diesem Sinne unmöglich. Das sogenannte Versprechen dieser Armeen, die Grenzen nicht zu überschreiten, war nur ein Scherz: da sie mobil waren, geschah dies nur, um sich zu schlagen oder um Deutschland zu Vertragsbedingungen zu zwingen.

Auf die Provokation der russischen Mobilmachung hätte Deutschland in der Tat durch Ablehnung eines Krieges antworten können, also nicht zu mobilisieren brauchen. Hätte es recht getan, so seinen Degen wegzuwerfen? Das ist eine Frage, die wir nicht zu prüfen haben, weil Sie selbst erkannt haben, daß es „sein unbestrittenes Recht“ sei, auf die russische Mobilmachung hin mit der seinigen zu antworten.

Man kann kaum zweifeln, daß das Urteil der Geschichte dasselbe sein wird wie dasjenige des italienischen Historikers Barbagallo, einer, der wohl am wenigsten verdächtig erscheint, Deutschland bevorzugt zu haben: „Trotz der Fehler, die die deutsche Regierung begehen konnte, muß man ihr vollkommen zustimmen, und das ist die Hauptsache, daß sie auf die russische Mobilmachung mit

einer Kriegserklärung schnell geantwortet hat. Wenn man sie tadeln will, so nur deswegen, daß sie mehrere Tage gewartet hat.“

2. Sie sagen nicht nur, Deutschland hätte mobil machen können, ohne den Krieg zu erklären, sondern auch, es hätte weiter verhandeln sollen.

In seinem Bericht über die russische Mobilmachung, der vom 26. Juli datiert ist, jenem Tage, an dem die russische Mobilmachung, genannt die geheime, „Vorbereitungen für den Krieg betreffende“, befohlen wurde, schreibt General Dobrorolski:

„Der Krieg war bereits beschlossene Sache, und die ganze Flut von Telegrammen zwischen den Regierungen Rußlands und Deutschlands stellte nur eine *mis en scène* eines historischen Dramas dar.“

Unter dem 28. schreibt Sasonow in seinen Memoiren: „Die Kriegserklärung Österreichs an Serbien nahm den Verhandlungen jede Bedeutung. Ich widersetzte mich nicht, aber sie waren unnötig.“ Tatsächlich befahl Sasonow die teilweise Mobilmachung gegen Österreich infolge der österreichischen Kriegserklärung an Serbien und ließ durch den Zaren die erste Order zu einer allgemeinen Mobilmachung unterzeichnen.

Am 31. schrieb der Präsident des serbischen Ministerrats an den Chef des Generalstabes: „Die Berichte unseres Gesandten in Petersburg besagen, Rußland verhandle augenblicklich und ziehe die Verhandlungen in die Länge, um Zeit für seine Mobilmachung und die Konzentration seiner Armee zu gewinnen. Sobald sie bereit ist, wird sie Österreich den Krieg erklären.“

Würden Sie, wenn Sie der Kanzler des Deutschen Reiches gewesen wären, fortgefahren haben, zu unterhandeln, nachdem Sie mobilisiert hatten?

Hätten Sie an Stelle des deutschen Reichskanzlers auch nach der Mobilmachung weiter verhandelt?“

VIII.

Die Beantwortung der russischen Mobilmachung mit der Kriegserklärung durch Deutschland habe, sagt Gerin, niemanden überraschen können, da Deutschland seine Gegner vorher loyal informiert hätte und diese auch genau wußten, „welche Folgen ihre Mobilmachung gegen Deutschland haben würde“. Daher richtet Gerin folgende Frage an Poincaré:

„Was halten Sie von der russischen Regierung, die am 30. Juli nichts besseres zu tun hatte als die allgemeine Mobilmachung anzu-

ordnen, trotzdem die deutsche Regierung schon am 26. Juli mitgeteilt hatte, daß die Fortsetzung der Kriegsvorbereitungen Deutschland zu gleichen Maßnahmen zwingen würde, und daß die deutsche Mobilmachung den Krieg gegen Rußland und Frankreich bedeuten würde? Können Sie eine „pazifistische“ Erklärung für diese Maßnahme finden, aus der sowohl die Verantwortung von Paris wie von Petersburg herzuleiten ist?

Und wenn es wahr ist, wie Sie in Ihrem Buch „L'Union Sacrée“ versichern — was ich nicht ohne weiteres gelten lassen kann —, daß die zaristische Regierung so unverschämt und unvorsichtig zugleich war, nicht nur ohne Wissen, sondern gegen die Zustimmung Frankreichs den Rubikon zu überschreiten, wie kommt es dann, daß Sie Rußland bis zu seiner Revolution mit Beweisen Ihrer Dankbarkeit überhäuft haben, während Sie Deutschland als „den Feind des Menschengeschlechtes“ bezeichnen?“

IX.

Gerin zitiert die Befehle des russischen Generalstabes vom 12. März 1912 und vom 30. September 1912, in denen gesagt war, daß die Mobilmachung gleichzeitig auch die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Deutschland und Österreich bedeute. Er erwähnt ferner den Befehl vom 21. November 1912, der die Anordnungen vom März und September aufhob, aber gleichzeitig anordnete, daß die Eröffnung der Feindseligkeiten „in Einklang mit unserer Bereitschaft zu bringen“ seien. Die Maßnahmen könnten hierbei „durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern“. Wenn daher die französische Regierung, erklärt Gerin, am 1. August 1914 behauptet habe, die Mobilmachung sei das beste Mittel, unter den gegenwärtigen Umständen den Frieden zu sichern, so habe sie gewußt, daß sie nicht die Wahrheit spreche.

„War dies nicht der Fall — wenn die russische und französische Regierung ohne Hintergedanken gesprochen haben —, wie soll man sich erklären, daß der Zar so heftig mit sich gekämpft hatte, ehe er die Mobilmachungsorder unterschrieb, und nur unter Klagen dazu gestimmt habe, „daß man ihn den Tod so vieler Soldaten unterzeichnen lasse“? Wie soll man erklären, daß seit dem Bestehen der russischen Mobilmachung im Jahre 1914 General Dobrorolski sagen konnte: „Ich will auseinandersetzen, was das für ein Dienstbetrieb war, dessen Chef ich war und der dazu berufen war, in technischer Beziehung das Feuer unter dem Weltherd anzulegen.“

Wie soll man sich erklären, daß am Abend des Tages, an dem man in Paris die russische Mobilmachung erfuhr, Abel Ferry, der Unterstaatssekretär im Außenministerium 1914, festgestellt hatte: „Alles ist zu Ende!“? Wie erklären, daß am folgenden Tage der Kriegsminister Messimy unsere eigne Mobilmachungsorder die „verhängnisvolle Order“ genannt hat?

Können Sie dem Satz: „Mobilmachung ist nicht gleichbedeutend mit Krieg“, in Ihrer Eigenschaft als Minister des Äußeren 1912, als Präsident der Republik 1914 und als Unterzeichner der Bekanntmachung vom 1. August eine andere Erklärung geben, falls die vorhergehende ungenau ist?“

X.

Gerin zieht in der Einleitung zu seiner zehnten Frage eine Parallele zwischen dem Verhalten der deutschen und französischen Regierungen in den ersten Augusttagen 1914, insbesondere hinsichtlich des beiderseitigen Wunsches, eine Kriegserklärung an Frankreich bzw. Deutschland zu vermeiden. Gerin führt dann weiter aus:

„So war die Haltung der deutschen und französischen Regierung während des 2. und 3. August absolut identisch. Sie kämpften darum, wer den Krieg beginnen sollte, obwohl sie beide in gleicher Weise dazu entschlossen waren. Die Kriegserklärung Deutschlands hat nur eine Tatsache geregelt und Sie von einer großen Last befreit: derjenigen — Sie haben es Iswolski gestanden — vor dem Parlament die Allianz zu vertreten, einen nicht existierenden casus foederis zu rechtfertigen, um selbst den Krieg zu erklären. Niemals wurde eine Regierung weniger von einer Erklärung des Krieges überrascht wie die französische im August 1914; man ist versucht hinzuzufügen: niemals hat eine Regierung sie mit weniger Befriedigung empfangen, — um nicht zu sagen: mit mehr Genugtuung.

Aber die ganze Kriegspropaganda und der Friedensvertrag beruhen auf der Forderung, daß, da der Krieg ein Verbrechen und die Verteidigung heilig war, Deutschland einen Angriffskrieg geführt hat und Frankreich einen Krieg der reinen Verteidigung.

Glauben Sie nicht, daß es im Interesse des zukünftigen Friedens sehr wichtig wäre, wenn die Völker sich Rechenschaft geben würden über den spitzfindigen Unterschied zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg? Voltaire hat in seiner Schrift über das Recht des Krieges gesagt: „Ich weiß nicht, was ein Verteidigungskrieg ist, ich kenne diese Art von Krieg nicht“. Hat er Unrecht gehabt?“

XI.

Gerin nimmt zu den Fälschungen des französischen Gelbbuches Stellung, insbesondere zu der Nummer 118. Er schreibt dazu:

„In Nr. 118 des französischen Gelbbuchs findet sich ein Telegramm des Petersburger Botschafters, das ankündigt, „die russische Mobilmachung sei befohlen worden im Hinblick auf die österreichische Generalmobilmachung“. Sie selbst haben in der „Union sacrée“ den Wortlaut des authentischen Telegramms veröffentlicht. Die Worte „im Hinblick auf die österreichische Mobilmachung“ finden sich dort nicht. Also sind sie betrügerischerweise dem Gelbbuch beigelegt worden, um die wirklichen Daten der russischen und österreichischen Mobilmachungen zu verschleiern.

Diese Fälschungen sind das Geständnis, daß die russische und die französische Regierung keineswegs die Bedeutung der russischen Generalmobilmachung verkannt haben. Wenn sie wirklich geglaubt hätten, daß die Mobilmachung eine Garantie des Friedens sei, so hätten sie sich nicht zu derartigen Praktiken erniedrigt, um Rußland von der Schuld, zuerst mobilisiert zu haben, frei zu sprechen.

Diese Fälschungen sind nicht Ihr Werk. Aber Sie haben sie noch 7 Jahre nach ihrer Veröffentlichung in Ihren Vorträgen von 1921 über die Ursachen des Krieges zu Ihren Zwecken benutzt. Ist es erlaubt, Sie zu fragen, wann und wo Sie erfahren haben, daß es Fälschungen waren?“

XII.

Diese Frage schließt sich unmittelbar an die vorhergehende an und behandelt gleichfalls das französische Gelbbuch. Wir bringen sie daher im vollen Wortlaut:

„Man behauptet — und Sie selbst haben es mir wörtlich erklärt —, daß man diesen „Ungenauigkeiten“ keinen Wert beilegen müßte, weil sie bei der Publikation diplomatischer Dokumente üblich seien. Sie würden durch die Notwendigkeit hervorgerufen, dem Auslande oder dem Feinde die Dechiffrierung dieser Dokumente nicht zu erleichtern.

Diese Erklärung scheint im vorliegenden Falle nicht gültig zu sein. Es handelt sich ja nicht darum, daß die Redakteure des Gelbbuches in den Dokumenten, deren Echtheit bestritten wird, Worte verwechselt haben, sondern den Sinn geändert und zwar in den wesentlichsten Teilen; wenn neun von zehn Zeilen der Nr. 118 erfunden worden sind, so hat die Frage der Chiffer natürlich nichts mehr zu sagen. Die Ungenauig-

keiten des Gelbbuches haben den Zweck, das ist unbestritten, das Publikum in die Irre zu leiten über die Umstände, unter denen der europäische Krieg ausgebrochen ist. Daß dies ein diplomatischer Gebrauch sei, ist keine Entschuldigung, wenn man sich an die Stelle der Publikums denkt, dem dieser Gebrauch unbekannt und dem die diplomatischen Bücher wie ein Wort des Evangeliums gelten. Man könnte Beispiele zitieren, die ebenso außerordentlich wie traurig sind, von der Manier, mit denen die Menschen getäuscht wurden, deren Charakter und Kultur sie besonders gegen die Trügereien hätte schützen sollen. Hinsichtlich eines falschen diplomatischen Dokumentes, das von einem Abenteuerer fabriziert worden ist, schrieb einer kürzlich: „Ein in jeder Weise zurecht gedichtetes Dokument zu fabrizieren, ist ein Verbrechen, und zwar eins, das viel schlimmer ist, weil es mehr Folgen nach sich zieht.“ Was würde der Mann von den Fälschungen des Gelbbuchs gesagt haben? Aber er ahnt sie nicht einmal.

Glauben Sie nicht, daß man damit aufhören sollte, die Fälschung als eine diplomatische Industrie zu betreiben?“

XIII.

Gerin weist Poincaré auf die widerspruchsvolle Beurteilung der Kriegsverantwortlichkeit der Mittelmächte hin, insbesondere auf die nach seiner Ansicht zu unrecht erfolgte starke Belastung Österreich-Ungarns. „Geben wir zu — sagt er —, daß die tugendhaften Entente-Staaten die Idee nicht ertragen konnten, die österreichische Regierung Agenten nach Serbien schicken zu sehen, wenn es auch nur war, um die Gründe und die Komplizen eines Komplotts zu suchen, das dem praesumptiven Thronfolger das Leben gekostet hatte. Nehmen wir an, Österreich habe alles Unrecht, Serbien kein einziges getan Warum haben die Staaten der Entente, anstatt sich auf den vermeintlichen Krieg Deutschlands zu berufen, nicht offen erklärt, daß sie, die neuen Don Quichottes, den Krieg mit den Zentralmächten führten, um Serbien zu verteidigen? Warum haben sie es im Gegenteil so sehr in Abrede gestellt? Warum hat Sir Edward Grey am 3. August im Unterhause erklärt, daß eine ähnliche Idee niemals der französischen Regierung gekommen sei? Wie kann man unter solchen Bedingungen von der Tätigkeit Österreichs sagen, sie haben die Grenzen der Kriegsverantwortlichkeit festgelegt?

Von zwei Dingen kann nur eines zutreffen:

Entweder haben die Alliierten den Krieg gegen ihren Willen nur als Verteidigung gegen den Angriff Deutschlands geführt, — und in diesem Fall ist nicht Österreich für den Krieg verantwortlich;

oder aber sie haben den Krieg geführt, um Serbien gegen Österreich zu verteidigen, — und dann ist nicht Deutschland der Angreifer gewesen, sondern sie haben Deutschland als Bundesgenossen von Österreich angegriffen.

Merken Sie nicht, daß hier ein Widerspruch liegt?“

XIV.

In seiner letzten Frage wendet sich Gerin ganz persönlich an Poincaré und bittet ihn, zu seinem Teil dazu beizutragen, durch eine Äußerung „die letzten Kriegstreiber zu bekehren“. In der einleitenden Begründung seiner Frage führt Gerin folgendes aus:

„Die Geschichte wird gewiß die Ehrerbietung zu der ihrigen machen, die eines Ihrer Familienmitglieder Ihnen am 14. Dezember angetan hat, — d. h. in dem Wahnsinn des Sieges, bevor noch die Kehrseite sich zeigte —, „daß Sie mehr als irgendein anderer vor und während des Krieges zu einer geschickten Ausdauer, Elsaß-Lothringen wieder zu erobern, beigetragen haben durch eine Politik, die, wenn es nötig war, die Mittel heiligte, die Menschen zum Werk machte“. Mehr wie jeder Andere allerdings. Wenn unsere Generale den Krieg gewonnen haben, so geschah dies, weil sie zu ihrer Verfügung die Menschen, das Material, fast das ganze Gold der Welt hatten und diese Mittel, sie danken sie Ihrer Diplomatie. Sie sind der wahre Triumphator. Glücklicher wie Napoleon, haben Sie Deutschland wie damals, als er England nicht besiegen konnte, auf die Knie gezwungen.

Aber dieser Ruhm — und es ist nur paradox, darauf zu sehr zu bestehen — muß von Ihnen abgelehnt werden. Sie sind gezwungen, zu erklären, daß Sie alles getan hätten, um den Krieg zu verhüten, und wenn Frankreich Elsaß-Lothringen zurückerhalten hätte, so geschah es nicht Ihretwegen, sondern durch den Fehler des deutschen Kaisers.

Unsere Verbündeten waren genötigt, eine ähnliche Haltung anzunehmen.

Die russische Regierung nannte sich, wie die französische, das Opfer eines „unerwarteten Angriffs“ Deutschlands, anstatt zu erklären, sie wolle sich zum Verwirklicher des hundertjährigen Ehrgeizes der russischen Politik machen, die Meerengen zu besitzen.

Anstatt zu sagen, daß England gegen Deutschland aus demselben Grunde den Krieg führe, wie seiner Zeit gegen Spanien, gegen Holland, gegen das Frankreich Ludwigs XIV. und Napoleon I., hat die englische Regierung erklärt, daß sie nur hineingegangen sei, um

das ohne Grund angegriffene Frankreich und die Heiligkeit seiner Verträge, die in der Person Belgiens verletzt worden waren, zu verteidigen.

Man hat ihnen geglaubt trotz des Protestes der ganzen Geschichte.

Allein die deutsche Regierung hat den Mut gehabt, am 4. August im Reichstag zu sagen, daß, wenn sie das Risiko eines Krieges mit Rußland auf sich genommen hätte, dies nur geschehen sei, weil sie es für ihre Pflicht und im Interesse des kaiserlichen Deutschlands liegend gehalten hätte, seinen Bundesgenossen Österreich in der gerechtfertigten Handlung gegen Serbien zu unterstützen. Anstatt ihm diese Offenheit gutzuschreiben, hat man in ihr nur den Cynismus eines Verbrechers sehen wollen.

Da der Krieg heutzutage nicht ohne weiteres hervorgerufen werden kann und nicht einmal Ruhm einbringt, wäre das nicht Grund genug, um auf ihn zu verzichten? Wenn Sie durch eine diesbezügliche Äußerung dazu beitragen könnten, die letzten Kriegstreiber zu bekehren, so wäre Ihnen die Allgemeinheit für die Diskussion zu allergrößtem Dank verpflichtet.“

„Les Responsabilités de la Guerre“.

Georges Demartial.

Die 150 Seiten von Herrn Poincaré würden eine mindestens ebenso lange Kritik erfordern. Es kommt daher nicht in Frage, sich hier mit einer solchen zu befassen. Wenn Herr Poincaré überdies, ohne sich im geringsten um einen Berg von entgegengesetzten Beweisen zu kümmern, mit Berufung auf Herrn Viviani beispielsweise behauptet, die französische Regierung habe noch im Jahre 1922 nicht gewußt, daß die allgemeine russische Mobilmachung vor der allgemeinen österreichischen Mobilmachung stattgefunden hat, so beweist er damit eine Parteinahme, vor der man sich schließlich entwaffnet fühlen muß. Ich lasse ebenfalls alles beiseite, was er über Deutschland sagt, das von dem Streit gar nichts zu erwarten hatte, denn — wie Herr Gerin in seinem Vorwort sagt — seine Fehler sind uns zur Genüge bekannt, und es muß nun unsere Aufgabe sein, um der Gerechtigkeit und des Friedens willen den Fehlern

Frankreichs nachzuforschen. Obwohl Herr Poincaré für gewöhnlich einen sehr klaren Stil hat, wirft er in die Diskussion eine Fülle von Zitaten aus den in Frage kommenden Dokumenten und unbekannten Werken und verdunkelt dadurch den Kampf. Da also Deutschland für ihn erledigt ist, will ich mich darauf beschränken, obwohl ich weit, sehr weit von seinem Urteil entfernt bin, die Teile seiner Antwort zu prüfen, die sich auf Frankreich beziehen.

Vom französischen Standpunkt aus wirft das Problem der Verantwortlichkeit am Kriege zwei grundlegende Fragen auf: warum hat Frankreich zugelassen, daß Petersburg zuerst gegen Österreich und darauf gegen Deutschland mobilisiert hat? Und wenn dies ohne sein Einverständnis geschah, warum hat es sich durch den alleinigen Willen von Petersburg in den Krieg hineinziehen lassen? Die 14 Fragen zielen alle darauf hin, Herrn Poincaré dazu zu bringen, diese beiden Punkte historisch festzulegen. Seine Antworten lauten: Paris hat Rußland zu nichts die Erlaubnis gegeben, Rußland hat ohne seine Zustimmung gegen die Mittelmächte mobil gemacht. Frankreich hat den Krieg nicht geführt, um Rußland zu unterstützen, sondern aus dem einzigen Grunde, um sich gegen den Angriff Deutschlands zu verteidigen.

Die Beweisführung ist folgende. Herr Poincaré sagt: Paris hat die russische Mobilmachung nicht zugelassen, denn es hat sowohl 1912 wie 1914 Rußland nur versprochen, in Aktion zu treten, wenn der in der französisch-russischen Militärkonvention vorgesehene casus foederis eintrat, d. h. die Unterstützung Frankreichs für den Fall, daß Rußland von Deutschland oder von dem von Deutschland unterstützten Österreich angegriffen wurde. Die Unterstützung von seiten Frankreichs konnte daher nicht in Frage kommen, wenn Rußland selber Österreich oder Deutschland angriff, anstatt von dem von Deutschland unterstützten Österreich angegriffen zu sein.

Unglücklicherweise hat Rußland gerade das Gegenteil verstanden, denn, wenn 1912 ein europäischer Krieg drohte, so ist es deshalb, weil Rußland im Begriff stand, Österreich anzugreifen, und wenn man 1914 in diesen Krieg hineingeriet, so deshalb, weil Rußland gegen Österreich mobilisierte und nicht nur gegen Österreich, sondern auch gegen dessen Bundesgenossen, Deutschland. Ein zweiter Punkt ist der, obwohl Rußland 1914 vor der Mobilmachung gegen Österreich und Deutschland Frankreich nicht befragt, ja sogar trotz der gegenteiligen Ratschläge Frankreichs gegen Deutschland mobilisiert hat, ist in keinem einzigen Dokument auch nur die geringste Spur davon zu finden, daß sich die französische Regierung darüber beklagt hätte.

Herr Poincaré kommt deswegen nicht in Verlegenheit. Seiner Auffassung nach hatte das alles keinerlei Bedeutung, einmal weil die russischen Mobilmachungen den Frieden nicht bedrohten, und zweitens weil das demokratische Frankreich erst nach einer Abstimmung im Parlament in den Krieg eintreten konnte, und das Parlament hätte die Unterstützung Rußlands verweigern können. Frankreich ist nur in den Krieg eingetreten, weil Deutschland ihm den Krieg erklärt hat.

Aber hätte Deutschland Rußland den Krieg erklärt, wenn Rußland nicht selbst gegen Österreich und dann gegen Deutschland mobilisiert hätte, und hätte Deutschland Frankreich den Krieg erklärt, wenn dieses nicht der Bundesgenosse von Rußland gewesen und als solcher aufgetreten wäre? Das wird sicherlich niemand behaupten können, denn Deutschland wollte von Anfang an die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konfliktes. Man kommt also immer wieder auf jene Frage zurück, die weder Poincaré noch Gott oder der Teufel beantworten können: wenn Rußland den Krieg nicht wollte, warum hat es gegen Deutschland mobilisiert? Und wenn Frankreich den Krieg ebenfalls nicht wollte, warum hat es der russischen Mobilmachung seine eigene folgen lassen?

Wenn man aber zugibt, daß sowohl Rußland wie Frankreich ein Interesse daran hatten, gegen Deutschland Krieg zu führen, daß sie eine Gelegenheit wie diese aufgriffen und sich eben diese Verantwortlichkeit Deutschlands mehr oder weniger bewußt dienlich sein ließen, so versteht man sehr wohl, daß sie gegen Deutschland mobilisiert haben, denn, indem sie auf diese Weise den Krieg herausforderten, ohne ihn erklären zu müssen, konnten sie sich auf den Zustand der rechtmäßigen Verteidigung berufen, wodurch jeder Krieg schmackhaft gemacht wird, seitdem der Soldat, der ihn führen muß, gleichzeitig der Bürger ist, der ihn bewilligt.

Ich habe keine Berechtigung, Herrn Poincaré¹⁾, der sich lebenswürdigerweise in eine öffentliche Diskussion eingelassen hat, vorzuschlagen, die Frage einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Es wäre allerdings das einzige Mittel, sie zu klären.

¹⁾ Im Laufe seiner Unterhaltung mit Herrn Gerin hatte Herr Poincaré Gelegenheit, diesem zu sagen, daß er mich als Mann des M. C. betrachte und daß ich überdies als administrateur de sociétés keine Berechtigung habe, mich mit Geschichte zu befassen. Ich habe die fragliche hohe Persönlichkeit nie gesehen, habe ihr nie geschrieben, habe niemals irgendeine, auch nicht indirekte Beziehung zu ihr gehabt. Ich hätte administrateur de sociétés werden können; aber ich bin es von niemand; ich habe darauf verzichtet, um mich dem Kampf gegen die offizielle These von der Kriegsverantwortlichkeit zu widmen.

Die Auseinandersetzung wird trotzdem nicht nutzlos gewesen sein. Wenn die französisch-russische Militärkonvention von den Russen wirklich in entgegengesetztem Sinne, als die Franzosen annahmen, ausgelegt worden ist, — welche Verurteilung der Geheimdiplomatie würde das bedeuten! Wenn sich sowohl 1912 wie 1914 bei keinem der Vertragschließenden jemand gefunden hat, der genau festlegte, wozu dieser bekannte casus foederis, von dem immer die Rede war, ohne ihn jemals näher zu bestimmen, verpflichtete oder nicht verpflichtete, so zeigt dies, daß mit einem Leichtsinn vorgegangen worden ist, wie ihn sich der erste beste nicht einmal beim einfachsten Geschäft leisten würde. Wenn Rußland wirklich gegen den Willen Frankreichs gegen Deutschland mobil gemacht hat, warum bedankt sich dann Herr Poincaré in seinem Schreiben vom 4. August, daß Rußland „seinen Bundesgenossen Frankreich treulich unterstützt“ habe? Und so geht es weiter.

Trotz dieser neuen Beweisführung Herrn Poincarés denke ich nach wie vor folgendes. Herr Poincaré hat aus der Überzeugung heraus gehandelt, daß es zur Ehre und zum Wohlergehen Frankreichs geschieht, und aus dieser Überzeugung heraus hat er — wie die anderen übrigens auch — die Kraft aufgebracht, dem Krieg entschlossen ins Auge zu sehen und ihn als Verteidigungskrieg hinzustellen. Aber ein Volk, besonders wenn es auf seine demokratischen Einrichtungen pocht, hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß man sein Glück nicht durch den Krieg zu machen sucht, den man nicht nur ohne seine Einwilligung inszeniert, sondern über dessen Ursachen man es noch hinwegtäuscht. Das Interesse für die Frage der Verantwortlichkeiten ist zur Genüge vorhanden. Die Zukunft hängt davon ab.

War 1914 Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg?

Von Gunther Frantz.

In seinem Buch „Les Responsabilités de la Guerre“ hatte Poincaré die Echtheit von Dokumenten angezweifelt, die Gunther Frantz in seinem bekannten Buch „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“ veröffentlicht hat. Unserer Bitte entsprechend hatte Major a. D. Frantz, Archivrat im Reichsarchiv, die Liebenswürdigkeit, uns Faksimiles der nachstehenden Dokumente zur Verfügung zu stellen und durch einen kurzen Kommentar zu erläutern.

Die Schriftleitung.

In der Auseinandersetzung Gerin-Poincaré ist auch die Frage, ob 1914 Mobilmachung Krieg bedeutete, zur Erörterung gelangt, ohne zu einer Angleichung der beiderseitigen Auffassungen zu führen. Da Gerin auf Poincarés Erwiderungen nicht mit einer Replik antworten durfte, muß eine solche um so mehr von anderer Seite erfolgen, als Poincarés Äußerungen zu Richtigstellung und entschiedener Ablehnung herausfordern.

Es ist faute de mieux das letzte Mittel des in eine fatale Lage gedrängten Verteidigers einer schwachen Position, die Echtheit unbequemer Dokumente anzuzweifeln, — ein Weg, den ein die Wahrheit suchender Historiker meidet, den Poincaré aber betritt. Er tut das in folgender Form (Sperrungen vom Verfasser):

„Ich habe es nicht nötig zu sagen, daß die französische Regierung die echten oder falschen Befehle, die der russische Generalstab am 12. März und 30. September 1912 übersandt haben soll, niemals gekannt hat. Ich habe — und darüber ist keine Diskussion möglich — bewiesen, daß wir das Datum der Balkanverträge nicht gekannt haben und daß ich den Text erst im August 1912 in Petersburg kennen gelernt habe. Aber ich kann nicht umhin, die in Frage kommenden Dokumente sehr verdächtig und sogar unwahrscheinlich zu finden. Sie sagen, sie seien im Reichsarchiv aufbewahrt, aber das ist kein Grund der Beruhigung für mich. Wenn sie wirklich im Reichsarchiv aufbewahrt sind, so bleibt die Frage offen, wie das Reich ihre Authentizität beglaubigt hat“ (S. 107).

„Ich weiß nicht, was an den Beratungen, die man den russischen Generalen zuschreibt, Wahres sein kann. Besonders die Authentizität der Sitzung vom 21. November erscheint mir sehr zweifelhaft, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist. Jedenfalls aber fügen Sie nach Anführung dieser Sitzung hinzu: „im Jahre 1912 wären die russische und französische Regierung also übereingekommen — denn es ist nicht annehmbar, (?!) daß diese Entscheidung ohne Wissen Frankreichs getroffen worden sei — nicht, daß ihre Mobilmachung fernerhin keinen Krieg bedeuten würde, sondern daß sie mit der Kriegserklärung nicht mehr gleichbedeutend sei und daß sie nicht mehr von der Eröffnung der Feindseligkeiten begleitet sein würde“; auf diesen sonderbaren Satz hin erlaube ich mir, mein Herr, Sie zu unterbrechen. Ich unterbreche Sie vor allem, um Ihnen zu sagen, daß Sie mir leid tun. Ja, es tut mir leid, Sie in einer derartigen Geistesverfassung zu sehen, daß Sie es — ohne eine Spur von Voreingenommenheit — wagen, die französische Regierung zu beschuldigen, sie sei an Maßnahmen beteiligt gewesen, die Ihrer Ansicht nach dazu dienten, die Wahrheit zu fälschen. Ich wiederhole also, daß meiner Kenntnis nach, und zwar lange vor 1912, keine der französischen Regierungen, denen ich angehört habe, eine Verquickung der Mobilmachung mit Krieg zugelassen hat. Ich wiederhole weiter, daß ich 1912 niemals etwas von der vorgeblichen Sitzung der russischen Generale gewußt habe und daß ich bis heutigen Tages noch nicht weiß, ob diese Beratung wirklich stattgefunden hat und zwischen wem. Der Text, den Sie anführen, erscheint mir entweder unglaublich zynisch oder aber einfältig. Ich glaube Ihnen sagen zu dürfen, wenn dieser Text in Frankreich bekannt gewesen wäre, so würden sich selbst die Militärs gegen den Gedanken aufgelehnt haben, man könnte den Gegner durch diplomatische Verhandlungen einschläfern, indem man ihn glauben machte, der Krieg könnte vermieden werden. Jedenfalls belastet diese seltsame Sitzung die russische Regierung nicht. Noch viel weniger aber belastet sie die französische Regierung, der sie vollkommen unbekannt gewesen ist.¹⁾ (S. 109/10.)“

¹⁾ Sie erwähnen diese Texte in zweifelhafter Form, und für den vom 21. November geben Sie mir überhaupt keine Quelle an. Sie schreiben indessen, daß niemand die Authentizität der ersten anzweifle. Aber wer sollte sie auch anzweifeln? Etwa die deutsche Armee, die behauptet, sie in dem ehemaligen Russisch-Polen gefunden zu haben? Oder die Sowjets? Was mich betrifft, so habe ich keine Möglichkeit, mich zu informieren und kenne keines dieser Schriftstücke, ich kann also ihre Richtigkeit weder leugnen noch bestätigen.

Die „echten oder falschen Befehle“, die „sehr verdächtigen und sogar unwahrscheinlichen“ Dokumente, um die es sich handelt, sind folgende:

I.

**Der Chef des russischen Generalstabes an den Oberbefehlshaber
des Militärbezirks Warschau:¹⁾**

Der Chef des russischen Generalstabes an den Oberbefehlshaber des Militärbezirks Warschau 29. 3./11. 4. 1912.
Siehe nebenstehendes Faksimile, Kunstdruckbeilage.

Deutsche Übertragung.

Chef des Generalstabes

Ganz geheim.

Generalquartiermeister

29. März/11. April 1912

Nr. 545

Petersburg.

Hochverehrter Herr Georg Antonowitsch!

Bei der Beratung der Oberbefehlshaber und Stabschefs der Militärbezirke am 21. Februar/5. März dieses Jahres in Moskau unter dem Vorsitz des Kriegsministers gelangte die Frage der Eröffnung der Feindseligkeiten im Falle eines Krieges mit den Mächten des Dreibundes zur Erörterung.

In Übereinstimmung mit der Beurteilung in dieser Beratung erfolgte am 28. Februar/12. März die Allerhöchste Bestätigung, daß bei Verkündung der allgemeinen Mobilmachung der Bezirke des europäischen Rußlands, anläßlich politischer Verwicklungen an den westlichen Grenzen, das Telegramm betreffend Mobilmachung gleichzeitig auch als Allerhöchster Befehl betreffend Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland zu gelten habe.

¹⁾ Veröffentlicht bei Gunther Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg.“ Mit Genehmigung des Reichsarchivs und unter Benutzung amtlicher Quellen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Was Rumänien anbetriff, so darf mit Rücksicht darauf, daß diese Macht sich auch nicht sogleich der Zahl unserer Gegner anschließen kann, die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen letzteres erst auf Eingang eines besonderen Telegramms erfolgen.

Von solcher Allerhöchsten Entschließung gebe ich Euer Exzellenz Kenntnis.

Ich bitte die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung und Ergebenheit entgegenzunehmen.

Ihr ergebener Diener
Ja. Shilinski

Seiner Exzellenz
G. A. Skalon
Oberbefehlshaber des Militärbezirks
Warschau.

II.

Das Protokoll der Konferenz russischer Generale vom 8./21. November 1912.

Da das Protokoll insgesamt 29 Seiten umfaßt, so sind nur Kopf und Unterschrift sowie diejenigen Abschnitte in photographischer Wiedergabe gebracht, die in der Diskussion eine Rolle spielen.

Der Kopf des Protokolls. (Faksimile.)

N2	I. <u>Секретъ</u> <u>Капитъ</u>
Ж У Р Н А Л Ъ	
особаго совѣщанія по выполнению подготовитель- ныхъ къ войнѣ работъ въ отношеніи организаціи тыловой службы на юго-западномъ фронтѣ по пла- ну А.	
8-го Ноября 1912 года.	

Deutsche Übertragung.

Geheim.

N 2.

Kopie.

Protokoll

der Sonderkonferenz für Erledigung von Vorarbeiten für den Krieg hinsichtlich der Organisation des Nachschubdienstes an der Südwestfront nach dem Plane A.

8./21. November 1912.

Abschnitt aus dem Protokoll.

(Faksimile.)

Исходя из этих соображений, совещание считает необходимым особенно подчеркнуть необходимость 1-х и 2-х минутных объявлений мобилизации, дабы акт этот мы могли выполнить более или менее одновременно с противником; во 2-х объявить войну с таким расчетом, чтобы наши действия могли получить полное развитие в то время, когда Австрия еще не закончит борьбы с Сербией.

Deutsche Übertragung.

.... Von diesen Erwägungen ausgehend, hält es die Kommission für erforderlich, die Notwendigkeit besonders zu unterstreichen:

1. keine Minute zur Verkündung unserer Mobilmachung zu verabsäumen, damit wir diesen Akt mehr oder minder gleichzeitig mit dem Gegner zur Ausführung bringen;
2. den Zeitpunkt für unsere Kriegserklärung so abzapassen, daß unsere Operationen zur vollen Entwicklung gelangen können, wenn Österreich den Kampf mit Serbien noch nicht beendet hat.

Weiterer Abschnitt aus dem Protokoll.
(Faksimile.)

Редакция: 1. Telegramm.
2. Мобилизация.

Необходимо отменить сделанное распоряжение о том, что объявление мобилизации есть также объявление войны. Подобное распоряжение может повести к крупным недоразумениям в отношении тех держав, с которыми по тем или другим политическим обстоятельствам не предполагено вести войну или, по крайней мере, не предполагено открывать с самого начала военных действий.

С другой стороны может представиться выгодным вести сосредоточение, не открывая военных действий, дабы не отнимать у противника безвозвратно надежду, что война может быть

избегнута. Наши действия могут при этом маскироваться искусными дипломатическими переговорами, по возможности усыпляющими опасения противника.

Если подобные действия дадут возможность выиграть несколько дней, то прибегнуть к ним необходимо.

В виду изложенного представляется пожеланным:

1/ Отменить распоряжение, что объявление мобилизации есть и объявление войны.

2/ Сообщать еще до объявления мобилизации, незадолго до этого акта, руководящим распоряжением относительно открытия военных действий против того или другого из государств, могущих принять участие в войне.

3/ Самое открытие военных действий соотносить с нашей готовностью к тому, стараясь выиграть нужное время, для чего без надобности не открывать военных действий. Отступление от этого правила допускать в случаях явных агрессивных действий противника.

Deutsche Übertragung.

Redigierung
des Tele-
gramms über
die Mobil-
machung.

Es ist unbedingt erforderlich, daß die Anordnung, die Verkündung der Mobilmachung sei auch die Verkündung des Krieges, geändert wird. Ein solche Anordnung kann zu schweren Mißverständnissen in den Beziehungen zu denjenigen Mächten führen, mit denen auf Grund irgendwelcher politischer Umstände Krieg oder die Eröffnung der Feindseligkeiten wenigstens nicht gleich von Anfang an beabsichtigt ist.

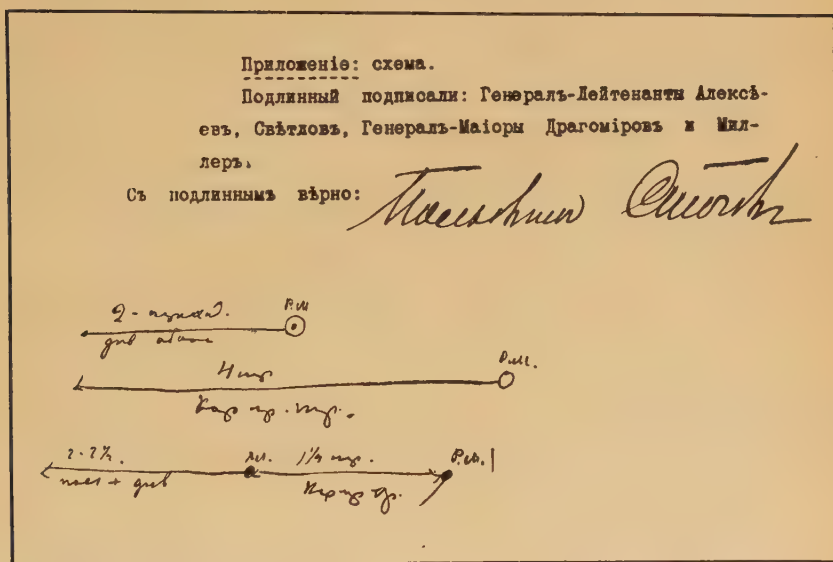
Andererseits kann es sich als vorteilhaft erweisen, aufzumarschieren, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiederbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Maßnahmen können hierbei durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern.

Wenn solche Maßnahmen die Möglichkeit geben, einige Tage zu gewinnen, so müssen sie unbedingt ergriffen werden.

In Anbetracht dieser Ausführungen erscheint es nützlich:

1. die Anordnung, daß die Verkündung der Mobilmachung gleichbedeutend mit der Verkündung des Krieges ist, ist abzuändern;
2. noch vor der Verkündung der Mobilmachung, kurz vor diesem Akt, entsprechende Anweisungen hinsichtlich der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die eine oder andere der Großmächte, die möglicherweise am Kriege teilnehmen, zu geben;
3. die Eröffnung der Feindseligkeiten selbst in Einklang mit unserer Bereitschaft zu bringen. Dabei ist anzustreben, die erforderliche Zeit zu gewinnen, weshalb ohne Notwendigkeit die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen sind. Ein Abweichen von dieser Richtlinie darf nur im Falle offenkundiger aggressiver Handlungen des Feindes stattfinden.

Unterschrift des Protokolls.
(Faksimile.)



Deutsche Übertragung.

Anlage: eine Karte.

Das Original haben unterschrieben: Die Generalleutnants Alexejew,²⁾ Swjetlow,³⁾ die Generalmajore Dragomirow⁴⁾ und Miller.⁵⁾

Mit dem Original richtig: Oberst Stogow.⁶⁾

Die Bedeutung der unter dem Protokoll befindlichen Linien und Schriftzeichen ist nicht bekannt.

²⁾ Damals Kommandierender General des XIII. Armeekorps; war als langjähriger Generalquartiermeister und Chef des Stabes im Militärbezirk Kiew, als Verfasser vieler operativer Denkschriften mit der Leitung der Konferenz beauftragt.

³⁾ Vermutlich Chef des Stabes im Militärbezirk Kasan.

⁴⁾ Chef des Stabes im Militärbezirk Kiew.

⁵⁾ Chef des Stabes im Militärbezirk Moskau.

⁶⁾ Von der Hauptverwaltung des Generalstabes.

III.

Letzte Seite des Aktenbandes.

Letzte Seite des Aktenbandes mit amtlichem Schlußsiegel.
Siehe nebenstehendes Faksimile, Kunstdruckbeilage.

Um die Echtheit des ganzen Aktenbandes, der die vorliegenden Schriftstücke enthält, noch einmal zu beweisen, geben wir nebenstehend auch die letzte Seite des Bandes wieder, die das amtliche Schlußsiegel und den lilafarbenen Heftfaden, mit dem der Band geheftet ist, deutlich erkennen läßt.

Deutsche Übertragung:

Insgesamt sind in diesem Aktenstück mit Nummer versehen, geheftet und mit amtlichem Siegel versehen zweihundertzweiund-siebig (272) Blätter.

Beauftragt mit der Leitung
der operativen Abteilung im Stabe
des Höchstkommmandierenden der
Armeen der Westfront. Oberstleutnant Sholynski.

? . September 1916.

Beglaubigt:

Unteresaul. Sytschew.

?/IX. 1916.

Betrachtungen.

Um die Bedeutung der Frage und die Lage, in deren Rahmen die inkriminierten Dokumente entstanden sind, zu verstehen, ist der Hinweis auf einige militärpolitische Vorgänge des Jahres 1912 nötig.

Ende 1908 war Suchomlinow Generalstabschef, im März 1909 Kriegsminister geworden. Von seinen Vorgängern hatte er nur ganz geringe Ansätze zur Reorganisation der noch schwer unter den Nachwehen des verlorenen Krieges in Ostasien leidenden Armee und einen Aufmarsch übernommen, der im Gegensatz zu den offensiven Plänen Kuropatkins Anfang des Jahrhunderts defensiv war, Westpolen sowie das Gebiet zwischen Narew und der Grenze Ostpreußens preisgab und die Versammlung der Masse des Heeres weit abgesetzt von der Weichsel nach Osten etwa in die Linie Grodno—Bialystok—Brest verlegte. Suchomlinow ging 1910

Итого въ семь дѣлъ пронумерованныхъ, прошну-
рованныхъ и казенной печатью припечатанныхъ двѣ-
сти семьдесятъ два /272/ листа.

И. д. Начальника Оперативнаго
Отдѣленія Штаба Главнокоман-
дующаго арміями Западнаго
Фронта, Подполковникъ

Подпись

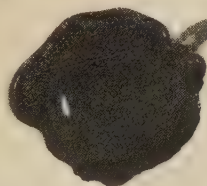
" 11 " Сентября 1916 года

Свѣрять:

Подъесауль

Подпись

191-
1 IX 1966.



noch einen Schritt weiter. Er erwirkte vom Zaren die Auflassung der Festungen an der Weichsel und am Narew, mit Ausnahme von Nowogeorgiewsk. Er wollte also auch die Weichsel- und Narewlinie und ganz Polen kampflos preisgeben. Das Moment der Sicherheit: die ungestörte Versammlung des gesamten Heeres, war in den operativen Erwägungen ganz in den Vordergrund getreten. In der folgenden kurzen Zeit bis zum Mai 1912 vollzog sich eine vollkommene Wandlung der strategischen Auffassung. Inwieweit dabei französische Einwirkung und politische Einflüsse mitgesprochen haben, mag hier unerörtert bleiben. Der Leitgedanke des neuen Offensivplanes vom Frühjahr 1912, der auch 1914 noch in Kraft war und zur Ausführung kam, war: Angriff auf der ganzen Front vom Njemen bis zu den Karpathen, also auch nach Ostpreußen hinein; dem gemäß Vorverlegung des Aufmarsches bis an und über die Flußschränke, die Ostpreußen umschloß.

Ehe dieser Plan aber endgültige Form gewann, fanden sehr eingehende Besprechungen der Oberbefehlshaber und ihrer Chefs Anfang März in Moskau unter dem Vorsitz des Kriegsministers und im Laufe des März in Petersburg unter dem Vorsitze des Zaren statt. Als Folge der Moskauer Erörterungen vom 21. Februar/5. März entstand der Befehl des Zaren vom 28. Februar/12. März, den der Chef des Generalstabes am 29. März/11. April an den Militärbezirk Warschau weitergab.⁷⁾ Diese Regelung erfolgte also, bevor am 1./14. Mai der neue Aufmarschplan in Kraft trat.

Im Herbst hatte sich nach dem Ausbruch des Balkankrieges die politische Lage wesentlich geändert; ein Krieg mit der Donaumonarchie war in den nahen Bereich der Möglichkeit gerückt. Angesichts der beunruhigenden und veränderten politischen Lage fanden sich die Stabschefs im November wieder zusammen, um über die möglichen Operationen auf Grund des neuen Planes vom Frühjahr zu beraten. Man hatte nicht nur Bedenken gegen die bisherige Regelung der Kriegseröffnung, die besonders für den an beide Mittelmächte grenzenden Militärbezirk Warschau dann zu schweren Mißverständnissen führen mußte, wenn Deutschland aus irgendeinem Grunde nicht gleichzeitig mit seinem Verbündeten loszuschlug, sondern man glaubte sogar, außerordentliche politische Vorteile in einer Trennung von Mobilmachung und Eröffnung der Feindseligkeiten zu finden, — Vorteile, die sich in diplomatischen Verhandlungen zur Irreführung des Gegners dahin auswirken sollten, Zeit zu gewinnen und dem Gegner den verhängnisvollen Vorsprung der Operationsbereitschaft abzujagen. Denn der Sinn der ganzen

⁷⁾ Der Befehl wurde von Warschau am 7./20. Juni an die Grenzwache weiter geleitet (Nr. 1936).

Aufrüstung Rußlands an seiner Westfront seit dem Balkankriege 1877/78, Zweck und Ziel der allmählichen Ausgestaltung des Aufmarschplanes, aller Bahnbauten und organisatorischen Veränderung im Heerwesen in dieser Zeit war es ja, der Mobilmachungsschnelligkeit der westlichen Nachbarn möglichst nahe zu kommen. Diesem Ziele sollte auch die diplomatische Täuschung dienstbar gemacht werden.

Die daraufhin erfolgte Neuregelung⁸⁾ ist also nicht als eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen These: Mobilmachung gleich Krieg aufzufassen, sondern nur als eine andere formale Behandlung, die praktischer und bei der neuen Lage zweckmäßiger erschien. Denn der Zweck des ganzen Verfahrens war es, mit Österreich in den Kampf zu treten, ehe es Serbien geschlagen haben konnte und ehe Deutschlands Hilfe wirksam wurde. Deshalb schnelle Mobilmachung und Hinhalten Deutschlands. Für diesen großen Zweck sollte kein Mittel gescheut werden. Die Kriegsvorbereitungsperiode erscheint im Rahmen dieser Kombination erst in ihrem wahren Charakter. Bemerkenswert in diesem Sinne sind auch die Ausführungen eines russischen Autors. General Saiontschkowski schreibt im Jahr 1926⁹⁾: „Der Operationsplan an der österreichischen Front war durch die bekannte Denkschrift Alexejews im März 1912 festgelegt und fand seine Ergänzung in dem Protokoll der besonderen Konferenz des Stabschefs der Militärbezirke Kiew, Kasan und Moskau im November 1912 unter der Leitung Alexejews. Dieses Jahr zeichnete sich, wie erwähnt, durch die sehr gefährliche und verwickelte politische Lage auf dem Balkan aus. Österreich-Ungarn ergriff ganz eindeutige Maßnahmen, um Serbien um die Früchte seines Kampfes mit den Türken zu bringen und es nicht an die Küste des Adriatischen Meeres zu lassen. Die geheime Mobilmachung Österreichs¹⁰⁾ und die sehr kriegerische Stimmung der leitenden Kreise Frankreichs gestalteten die Lage höchst nervenerregend, was auch bei den Arbeiten oben erwähnter Konferenz zum Ausdruck kam. Obgleich die Österreicher mit Kräften nach Süden gebunden waren und dank dieser Tatsache an

⁸⁾ Sie erfolgte durch den Zaren am 13./26. November und wurde vom Chef des Generalstabes am 19. November/2. Dezember 1912 unter Nr. 6509 dem Militärbezirk Warschau mitgeteilt. Als Grund der Neuregelung wurde in diesem Schreiben sehr vorsichtig angegeben, daß „Deutschland bei einem Zusammenstoß von uns mit Österreich sich wenigstens in der ersten Zeit neutral verhalten“ könne. Vergl. Gunther Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“, Dok. Nr. 83.

⁹⁾ „Rußlands Vorbereitung zum Weltkriege“, Staatsmilitärverlag Moskau 1926.

¹⁰⁾ Der russische Generalstab glaubte zu wissen, daß Österreich Anfang 1912 seine Armee in Galizien insgeheim mobil gemacht habe.

der russischen Front nach Berechnung des russischen Generalstabes nur 466 Bataillone und 337 Schwadronen, außerdem 124 Marschbataillone einsetzen konnten, war die Konferenz doch der Meinung, daß sie den Krieg mit einem Angriffe beginnen würden, um den russischen Truppen vor der Beendigung ihrer vollen Versammlung Teilniederlagen beizubringen. Nur falls Rußland für einen mit Serbin gleichzeitigen Kriegsbeginn Zeit verlöre, könnte Österreich eine erdrückende Übermacht nach Süden werfen, um in schnellen und entscheidenden Schlägen mit den Serben abzurechnen; hierzu würde es an der russischen Front vorübergehend zur Verteidigung übergehen. Deshalb stellte die Konferenz zwei Bedingungen: 1. keine Minute für den Ausspruch der Mobilmachung in Rußland zu verlieren, damit dieser Akt möglichst gleichzeitig mit dem Gegner erfolgte, und 2. den Krieg so zu erklären, daß die Operationen der russischen Armeen voll zur Entwicklung kämen, bevor Österreich den Kampf mit Serbien abgeschlossen hat.“

Diese bedeutsamen Ausführungen des ehemaligen zaristischen Gardegenerals lassen keinen Zweifel mehr an den tiefer liegenden Gründen für die Behandlung der Mobilmachungs- und Kriegserklärung und sie lassen auch den wahren Grund dafür erkennen, weshalb es Rußland 1914 im Juli so eilig mit seiner Mobilmachung hatte: nicht weil Rußland sich durch die gegen Serbien gerichtete Mobilmachung der Monarchie bedroht fühlte, beschloß es am 29. Juli die Mobilmachung, sondern weil es fürchtete, bei der serbsich-österreichischen Auseinandersetzung zu spät zu kommen!

Unzweifelhaft hat Saiontschkowski das Sitzungsprotokoll gekannt. Denn in seinen Worten lehnt er sich eng an den Worlaut des Protokolls an. Es heißt nämlich in diesem: „Indem die Konferenz an die ihr gestellte Aufgabe herantritt, hat sie es für notwendig befunden, unter Beachtung der augenblicklichen politischen und militärischen Lage vorerst die Aufgaben endgültig zu formulieren, die den Armeen der Südwestfront zufallen. Ein Krieg mit Österreich-Ungarn kann die Folge des Bemühens dieser Macht sein, Serbien um die Früchte seines siegreichen Kampfes mit den Türken zu bringen und es nicht an die Küste des Adriatischen Meeres zu lassen, um es wirtschaftlich und politisch in seine Abhängigkeit zu bringen. Deshalb wird Österreich-Ungarn gezwungen sein, den Kampf gleichzeitig nach zwei Fronten zu führen: im Süden gegen Serbien, im Nordosten gegen Rußland. Das wird eine mehr oder weniger beträchtliche Schwächung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte zur Folge haben, die ursprünglich für den Kampf mit Rußland vorgesehen sind“. Alsdann bringt das Protokoll eine Stärkeberechnung der österreichisch-ungarischen Kräfte in Galizien,

der obige Zahlen Saiontschkowskis entnommen sind. Über die Aufgaben, die der Konferenz gestellt waren, heißt es in einem Anschreiben zu der Übersendung der Protokolle seitens des Generalstabschefs am 29. November/12. Dezember 1912 (Abteilung des Generalquartiermeisters Nr. 6576), daß die Konferenz in Petersburg zusammentrat, um über operative Fragen und solche des Nachschubes zu beraten; die Protokolle seien dem Kriegsminister vortragen und von diesem genehmigt.

Es konnte nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, das Problem der Kriegseröffnung nach allen Seiten hin zu durchleuchten. Verwiesen sei nur auf die Urteile von russischen Generalen wie Gurko und Palizyn¹¹⁾, die sich ganz der deutschen Auffassung nähern, daß es nämlich ein verhängnisvoller Fehler Deutschlands gewesen wäre, mit dem Beginn der Feindseligkeiten zu warten. Das verlangte aber Poincaré, wieder unter der ganz irrigen Voraussetzung, daß die Mittelmächte der Entente in gleicher Stärke hätten entgegentreten können. Die ganze Schwierigkeit dieses Fragenkomplexes sei auch durch den Hinweis angedeutet, daß sich zwischen die Mobilmachung und den Beginn der Feindseligkeiten die sehr wichtige Periode des Aufmarsches einschleibt, bzw. neben beiden einhergeht oder beide überschneidet. Hält Poincaré die Mobilmachung auch dann für eine „interne Handlung“, die den Nachbar nichts angeht, wenn während der Mobilmachung Truppenverschiebungen stattfinden, die dem Aufmarsche vorgreifen oder ihn einleiten? Weiß Poincaré, daß in Rußland schon vor Ausspruch der Mobilmachung Truppenverschiebungen aus dem Innern des Reiches an die Grenze in Angriff genommen wurden¹²⁾ und daß der Aufmarsch automatisch der Mobilmachung folgen sollte?¹³⁾

Wir hatten die begrenzte Aufgabe, Herrn Poincaré die angezweifelte Dokumente so nahezubringen, daß er sich von ihrer Echtheit ebenso überzeugen konnte wie von der Tatsache, daß im November 1912 jene Beratungen stattgefunden haben! Da es Herrn Poincaré nicht schwer werden kann, durch in Paris lebende russische Emigranten die Handschriften identifizieren und sich die büromäßige Behandlung solcher Schriftstücke erläutern zu lassen, hoffen wir, daß die obigen Ausführungen ihren Zweck erfüllt haben, und sehen den nunmehrigen Auslegungen Herrn Poincarés mit Spannung entgegen.

¹¹⁾ Vgl. Gunther Frantz: „Rußland auf dem Wege zur Katastrophe“; S. 156.

¹²⁾ Vgl. Dok. 94 aus Gunther Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“.

¹³⁾ A. a. O., Dok. 86.

Die systematische Verfälschung der russischen allgemeinen Mobilmachung.

Gelbbuch 118, die „Königin aller Fälschungen“.¹⁾

Alfred von Wegerer.

Durch das soeben herausgegebene Buch von Poincaré „Les Responsabilités de la Guerre“, in dem Poincaré 14 Fragen des Franzosen René Gerin beantwortet hat, ist in eine Angelegenheit neues Licht gebracht worden, die seit Jahren die Kriegsschulforscher auf das eifrigste beschäftigt hat.

1914.

Am 29. Juli abends wurde vom Zaren die allgemeine russische Mobilmachung angeordnet und gegen 11 Uhr abends in eine Teilmobilmachung, die die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan betraf, umgewandelt. Der Grund hierfür war ein Telegramm des deutschen Kaisers, in dem der Kaiser seinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens noch einmal stark betonte. Erst am 30. Juli, wohl um 4 Uhr nachmittags, wurde die allgemeine russische Mobilmachung zum zweiten Male und endgültig angeordnet. Während Deutschland in der Teilmobilmachung Rußlands gegen Österreich für sich noch keinen Grund zur Mobilmachung oder zum Kriege erblickte, war der russischen Regierung seit dem 26. Juli wiederholt mitgeteilt worden,²⁾ daß eine allgemeine russische Mobilmachung für Deutschland den Krieg bedeute. Der Grund hierfür lag darin, daß Deutschland bei der russischen Mobilmachung auch mit der französischen rechnen und zur Abwehr des hiermit drohenden Zweifrontenkrieges mit der Eröffnung der Feindseligkeiten beginnen mußte, um die Vollendung des Aufmarsches der beiden ihm in der Gesamtzahl weit überlegenen Heere zu verhindern. Die deutsche Regierung beantwortete die russische allgemeine Mobilmachung daher mit einem Ultimatum, das die sofortige Einstellung der Rüstungen gegenüber Deutschland und Österreich verlangte. Nach

¹⁾ In seinem Buch „Das Evangelium des Quai d'Orsay“ hat Demartial Gelbbuch 118 die „Königin aller Fälschungen“ genannt.

²⁾ Vgl. Deutsche Dokumente Nr. 219. Siehe auch Graf F. Pourtalès, „Meine letzten Verhandlungen in St. Petersburg Ende 1914“, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Seite 27.

Ablauf des Ultimatums, auf das keine Antwort erfolgte, teilte Deutschland der russischen Regierung mit, daß es sich als im Kriegszustand mit Rußland betrachte.

Aus dieser Tatsachenfolge geht hervor, daß die russische allgemeine Mobilmachung, die der deutschen Regierung weder mitgeteilt noch ihr gegenüber begründet wurde, der Akt war, der im letzten Stadium der Krisis den Krieg herbeigeführt hat.

Dieser klare Tatbestand, nach dem Rußland militärisch als der Angreifer im Weltkrieg bezeichnet werden muß, wurde sowohl während der Vorgänge selbst wie bei der späteren Veröffentlichung der offiziellen Dokumente absichtlich und mit Erfolg verdunkelt und verfälscht.

Die falsche Meldung Schebekos.

Am 28. Juli 1914 meldete der russische Botschafter in Wien, Schebeko, an Sasonow: „Der Befehl zur allgemeinen Mobilisation ist unterschrieben worden.“³⁾ Das Telegramm entsprach nicht den Tatsachen. Eine Richtigstellung dieses Telegramms ist nach den vorliegenden russischen Dokumenten nicht erfolgt. Das nächste Telegramm Schebekos datiert vom 30. Juli, wo der Botschafter Schebeko mitteilt, „daß Österreich sich angesichts unserer Mobilmachung gezwungen sehe, ebenfalls seine Truppen an unserer Grenze zu mobilisieren.“⁴⁾ Man hat daher vielfach angenommen, daß die vorerwähnte kurze Meldung Schebekos über die österreichische allgemeine Mobilmachung vordatiert worden ist. Es erscheint jedoch sehr fraglich, ob dieses Telegramm überhaupt echt ist, weil nirgends auf diese wichtige Meldung in den Dokumenten der Alliierten oder in den Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums Bezug genommen worden ist. Auch trägt das Telegramm keine Nummer.

Sasonows Vortrag beim Zaren.

Am 30. Juli hatte Sasonow im Beisein des russischen Militärbefullmächtigten in Berlin, General Tatischtschew, Vortrag beim Zaren. Der Zweck des Vortrags war, den Zaren zu bestimmen, die am 29. abends abgesagte allgemeine Mobilmachung, an deren Stelle die Teilmobilmachung nur gegen Österreich getreten war, erneut

³⁾ Siehe „Das Russische Orangebuch von 1914,“ ergänzt durch die inzwischen bekannt gewordenen neuen Dokumente. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925. Seite 80.

⁴⁾ A. a. O., lfd. Nr. 113.



Nikolaus Schebeko
1914 russischer Botschafter in Wien

und endgültig anzuordnen. Über diesen Vortrag liegen uns drei Berichte vor. Der eine findet sich in den Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums,⁵⁾ der zweite in den Memoiren Sasonows „Sechs schwere Jahre“⁶⁾ und der dritte ist in den Aufzeichnungen des Generals Sergei Dobrorolski „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914“⁷⁾ enthalten.

Nach den Tagesaufzeichnungen begründete Sasonow die Notwendigkeit der allgemeinen Mobilmachung damit, Deutschland sei nach seiner Ansicht entschlossen, „es zu einem Zusammenstoß kommen zu lassen, da es sonst nicht alle Versöhnungsvorschläge ablehnen, sondern seine Verbündeten mit Leichtigkeit zur Vernunft bringen würde.“⁸⁾ Der Zar gab schließlich zu, „daß unter den gegenwärtigen Umständen es am gefährlichsten wäre, sich nicht rechtzeitig zu dem offenbar unvermeidlichen Krieg vorzubereiten“ und erteilte daher seine Erlaubnis, direkt zur allgemeinen Mobilmachung zu schreiten.

Nach Sasonow „Sechs schwere Jahre“ hatte Sasonow bei seinem Vortrag auseinandergesetzt, daß auf Grund der Nachrichten aus Österreich und Deutschland „keine Hoffnung mehr auf Erhaltung des Friedens blieb. Er begründete dies mit der Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge“. Weiter gab Sasonow, sich auf die Ansichten der Generale Januschkewitsch und Suchomlinow stützend, bekannt:*)

„Nach den Nachrichten, in deren Besitz sie seien, sei die deutsche Mobilmachung, obwohl sie noch nicht offiziell erklärt worden sei, trotzdem bereits erheblich vorgeschritten, dank der Vollkommenheit der deutschen militärischen Organisation, die es gestatte, ohne Aufsehen durch persönliche Einziehung einen beträchtlichen Teil der Mobilmachungsarbeiten zu erledigen und diese nach der Erklärung der Mobilmachung in kürzester Frist zu vollenden. Dieser Umstand bilde für Deutschland einen ungeheuren Vorteil, der von uns aber nur bis zu einem gewissen Grade durch rechtzeitige Ergreifung von Mobilisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden könne.“

⁵⁾ „Der Beginn des Krieges 1914“. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums; Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

⁶⁾ S. D. Sasonow „Sechs schwere Jahre“. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927. S. 248 ff.

⁷⁾ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922. S. 28.

⁸⁾ „Der Beginn des Krieges 1914“, a. a. O. Seite 29 ff.

⁹⁾ Sasonow, a. a. O., Seite 250.

Sasonow führt dann in seinen Memoiren mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers¹⁰⁾ folgende Äußerung des Zaren an:¹¹⁾

„Er (Kaiser Wilhelm) fordert Unmögliches von mir. Er hat vergessen oder will nicht zugeben, daß die österreichische Mobilmachung vor der russischen begonnen worden ist, und fordert jetzt, daß wir die unsrige einstellen, ohne die österreichische mit einem Wort zu erwähnen. Sie wissen, daß ich den Mobilmachungsukas zweimal zurückgehalten habe und schließlich einer Teilmobilmachung zugestimmt habe. Wenn ich jetzt mein Einverständnis zu den Forderungen Deutschlands erklären würde, würden wir der mobilisierten österreichischen Armee waffenlos gegenüberstehen. Das ist Wahnsinn.“

Nach den Aufzeichnungen des Generals Sergei Dobrorolski hatte Januschkewitsch Sasonow überredet,¹²⁾

„beim Kaiser auf die ganze Gefahr der Vornahme einer Teilmobilmachung in politischer Beziehung als einer Verletzung unserer Bündnispflichten gegenüber Frankreich hinzuweisen, die es Wilhelm gestatten würde, von der französischen Regierung das Versprechen der Neutralität abzutrotzen, und wenn wir in unserer Teilmobilmachung stecken blieben, so werde er uns den Krieg erklären und unsere Unfertigkeit in einer für ihn sehr vorteilhaften Weise ausnutzen.“

Ferner erfahren wir noch von Dobrorolski, daß Sasonow nach dem Vortrag beim Zaren Januschkewitsch telefonisch angerufen und ihm mitgeteilt habe, der Zar habe es für richtig befunden, „auf Grund der letzten Nachrichten aus Berlin die allgemeine Mobilmachung der gesamten Armee und Flotte zu verkünden“.

Zusammenfassend läßt sich sagen: die wesentlichsten Gesichtspunkte, durch die Sasonow den Zaren bewog, den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zu erlassen, waren folgende:

1. geheime militärische Rüstungen Deutschlands,
2. die allgemeine österreichische Mobilmachung.

Wie wir wissen, entsprachen diese Angaben keineswegs den Tatsachen. Aber wir müssen feststellen, daß diese beiden Gesichtspunkte, die Sasonow gegenüber dem Zaren zur Begründung der russischen allgemeinen Mobilmachung vorbrachte, von nun ab in den Dokumenten der Alliierten sowie in der Kriegsschuld-literatur, soweit die Alliierten in Frage kommen, stets wiederkehren und zum Teil auf Fälschungen der betreffenden Dokumente beruhen.

¹⁰⁾ Deutsche Dokumente Nr. 359.

¹¹⁾ Sasonow, a. a. O., Seite 250.

¹²⁾ Dobrorolski a. a. O. S. 28.

Die Meldungen Buchanans über die russische Mobilmachung.

Der britische Militärattaché hatte am 31. Juli eine Meldung an seine Botschaft gegeben, die in nachstehender Form in den Britischen Dokumenten zum Kriegausbruch Aufnahme gefunden hat:¹³⁾

(Tel.) Nr. 194.

St. Petersburg, den 31. Juli 1914.

A. 1. August 3.10⁰ nachm.

E. 1. August 3⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Kriegsministerium:

„Mobilmachung am 30. Juli in Militärbezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan angeordnet. Marinereservisten am gleichen Tage in Petersburg einberufen.

Zettel mit Befehl allgemeiner Mobilmachung am 31. Juli 4 Uhr früh angeschlagen. Alle Petersburger Reservistenklassen haben sich am 1. August 6 Uhr vormittags zu melden. Jedes Linienregiment wird Reserveregimenter aufstellen. Befehl gilt für sieben europäische Bezirke. Unbekannt, ob Einheiten im Kaukasus und Asien auf Kriegsstärke gebracht werden, halte es aber für wahrscheinlich. Alle beurlaubten Jahrgänge europäischer Kosaken einberufen. Berechnungen mobilisierter Einheiten ergeben 27 reguläre und 15 Korps zweiter Linie.

In Deutschland auf Linie Berlin—Schneidemühl—Dirschau—Königsberg—Eydtkuhnen keine Truppenbewegungen wahrgenommen, aber alle Brücken bewacht. In Ostdeutschland erst Hälfte der Ernte geschnitten und diese liegt in meisten Fällen noch auf Feldern. Ernte soll in Südpolen und Südrußland eingebracht sein.

Rußland hat unauffällig Truppen, hauptsächlich Kavallerie und Artillerie, an Grenze abbefördert. In einer Nacht sollen 16 Züge Petersburg verlassen haben. Kowno wurde vergangene Nacht von Wilna verstärkt. Es verlautet, daß zweite Gardekavalleriedivision Marschbefehl nach Suwalki hat. Militärzensur beginnt offiziell 1. August.

Gesamter ziviler Gütertransport an Ostgrenze hört heute auf. Von morgen an wird auf finnischen Bahnen nur je ein Zugpaar für allgemeinen Gebrauch verkehren.“

Zu welcher Stunde die Meldung am 31. Juli dem Botschafter vorgelegt worden ist, wissen wir nicht. Man darf wohl annehmen, daß das Ankleben der roten Mobilmachungszettel dem Militärattaché bereits am frühen Morgen bekannt geworden ist und er die Meldung in Anbetracht ihrer großen Wichtigkeit der Botschaft bereits am 31. vormittags vorgelegt hat. Schwer zu verstehen ist, daß diese so dringende Meldung ausweislich der Britischen Dokumente erst am 1. August um 3.10 Uhr nachmittags abgesandt worden ist, mithin etwa 30 Stunden auf der Botschaft liegen blieb. Und gar nicht zu verstehen ist, daß ausweislich der Britischen Dokumente die Meldung am 1. August schon 10 Minuten vor der Absendung, d. h. um 3 Uhr nachmittags eingetroffen sein soll. Das Telegramm mit der Meldung des Militärattachés ist dann sehr schnell befördert worden,

¹³⁾ Britische Dokumente Nr. 410.

da es bereits nach einer Stunde und 50 Minuten in London eingetroffen ist.

Die zweite Meldung, die Buchanan über die russische Mobilmachung an Grey abgehen ließ, war nachstehendes Telegramm, das in den Britischen Dokumenten die Nr. 347 trägt.

St. Petersburg, den 31. Juli 1914.

A. 6.40 nachm.

E. 5.20 nachm.

„Es wurde beschlossen, Befehl für allgemeine Mobilmachung zu erlassen.

Dieser Beschluß wurde infolge eines vom russischen Botschafter in Wien eingegangenen Berichts gefaßt, daß Österreich entschlossen ist, Intervention der Mächte keine Rechnung zu tragen, und daß es Truppen sowohl gegen Rußland wie gegen Serbien in Bewegung setzt.

Rußland hat auch Grund zur Annahme, daß Deutschland aktive militärische Vorbereitungen trifft, und es darf sich darin nicht zuvorkommen lassen.“

Hierzu bemerken die Herausgeber der britischen Dokumente folgendes:

„Das Datum des Telegramms scheint falsch zu sein. Der Zar hat am Nachmittag des 30. Juli endgültig beschlossen, die allgemeine Mobilmachung zu verfügen, und der amtliche Mobilisierungsbefehl wurde um 6 Uhr an jenem Abend abtelegraphiert. Im Laufe der Nacht wurden die Mobilmachungszettel in den Straßen St. Petersburgs angeschlagen. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, daß Sir George Buchanan am Abend des 31. Juli ein Telegramm mit der Meldung abgesandt haben sollte, die allgemeine Mobilmachung sei beschlossen worden; denn er hätte an jenem Tag sagen müssen, daß die allgemeine Mobilmachung befohlen worden sei. Wahrscheinlich verhält sich die Sache so, daß das Telegramm am 30. Juli 6.40 nachm. abging, unterwegs eine Verzögerung erlitt und daß der Beamte, der das Originaltelegramm entzifferte, einen Fehler machte. Das kann jedoch nicht mehr festgestellt werden, da die vom Telegraphenamt zugestellten Original-Chiffretelegramme nicht aufbewahrt werden.“

Zur Frage, welches wohl das richtige Datum dieses Telegramms ist, der 30. oder der 31. Juli, ist folgendes zu sagen:

Zieht man nur den ersten Satz des Telegramms in Betracht, so sind wir der gleichen Auffassung wie die Herausgeber der Britischen Dokumente, daß das Telegramm das Datum des 30. tragen muß. Ganz anders liegt aber der Fall, wenn man den zweiten Satz des Telegramms unter die Lupe nimmt. Hier wird erwähnt, daß der Beschluß für die allgemeine Mobilmachung „infolge eines vom russischen Botschafter in Wien eingegangenen Berichts gefaßt“ worden ist. Dieser Bericht kann unseres Erachtens nur die Meldung Schebekos vom 17./30. Juli sein, die erst nach dem Krieg bekannt

geworden ist.¹⁴⁾ In diesem Bericht wird erwähnt, „daß Österreich sich angesichts unserer Mobilmachung gezwungen sehe, ebenfalls seine Truppen an unserer Grenze zu mobilisieren“, und an anderer Stelle, daß Österreich „es aber nicht für angängig hält, seine Operationen gegen Serbien einzustellen, bevor man nicht volle Genugtuung und ernsthafte Garantien für die Zukunft erhalten habe“. Diese beiden Stellen decken sich inhaltlich mit dem zweiten Satz der Britischen Dokumente Nr. 347.

Die nächste Frage ist, wann dieser Bericht Schebekos in Petersburg eingegangen ist. Die Abgangs- und Eintreffedaten sind nicht bekannt. Wir können aber aus den österreichischen Dokumenten Nr. 11 092 und 11 093 den Schluß ziehen, daß die Unterredung zwischen dem Grafen Berchtold und dem russischen Botschafter in Wien, Herrn Schebeko, in den Nachmittagsstunden des 30. Juli stattgefunden hat. In Dokument 11 092, das am 30. Juli um 1,20 Uhr nachm. nach Petersburg an den österreichischen Botschafter Grafen Szapary abgeht, wird die Unterredung zwischen Berchtold und Schebeko noch nicht erwähnt. Dagegen sagt Graf Berchtold in dem zweiten Telegramm, das er an Szapary schickt: „Ich habe heute Herrn Schebeko zu mir bitten lassen, um ihm usw.“ Da dieses Telegramm erst am 31. Juli 1,40 Uhr morgens abgeht, ist wahrscheinlich, daß die Unterredung zwischen dem Grafen Berchtold und Herrn Schebeko erst in den Nachmittagsstunden stattgefunden hat. Und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß dieser Besuch Schebekos beim Grafen Berchtold in der üblichen Zeit zwischen 5 und 7 Uhr nachmittags stattgefunden hat. Der Botschafter Schebeko dürfte daher sein Telegramm über die Unterredung mit dem Grafen Berchtold, d. h. der in den Britischen Dokumenten Nr. 347 erwähnte Bericht, erst am späten Nachmittag zur Absendung gebracht haben. Bei Zugrundelegung dieser Berechnung ist es nicht möglich, daß der erwähnte Bericht Schebekos am 31. Juli schon gegen 6 Uhr nachmittags inhaltlich auch Buchanan bekanntgeworden ist. Dies führt uns zu dem Schluß, daß der zweite Satz der Britischen Dokumente 347 nicht richtig sein kann, wenn man als Datum den 30. Juli annimmt.

Zusammenfassend würde das bedeuten, daß, soweit der erste Satz der Britischen Dokumente Nr. 347 in Frage kommt, das Datum des 31. Juli so gut wie unmöglich ist. Soweit der zweite Satz in Frage kommt, ist das Datum des 30. Juli nicht möglich. Mit anderen Worten: die Meldung läßt sich mit diesem Wortlaut nicht unter ein Datum bringen. — Wir wären sehr dankbar, wenn die Herausgeber

¹⁴⁾ Vgl. „Das russische Orangebuch von 1914“, a. a. O. lid. Nr. 113.

der Britischen Dokumente dazu beitragen würden, diese sehr wichtige Frage einer Klärung näher zu bringen.

Nach dieser Extratour kehren wir wieder zur Begründung der russischen Mobilmachung zurück, wie sie in dem Telegramm, dessen Wortlaut wir wie vorliegend annehmen müssen, zum Ausdruck kommt. Drei Punkte werden hier zur Begründung der russischen Mobilmachung angegeben.

1. Österreich ist entschlossen, der Intervention der Mächte keine Rechnung zu tragen.
2. Es wären Truppen sowohl gegen Rußland wie gegen Serbien in Bewegung gesetzt worden.
3. Rußland hätte Grund zu der Annahme, daß Deutschland aktive militärische Vorbereitungen trifft und Rußland sich darin nicht zuvorkommen lassen darf.

Zu dieser Begründung ist folgendes zu sagen:

1. Um zum Ausdruck zu bringen, daß Rußland gegen den Entschluß Österreichs, eine Intervention der Mächte auszuschalten, seinen Widerstand dokumentieren wollte, war die russische Teilmobilmachung ausreichend. Der allgemeinen russischen Mobilmachung bedurfte es hierzu nicht.

2. Daß Truppen sowohl gegen Rußland wie gegen Serbien in Bewegung gesetzt worden sind, führt Buchanan auf den erwähnten am 30. Juli abgesandten Bericht Schebekos zurück. Schebeko sagt hier, „daß Österreich sich angesichts unserer Mobilmachung gezwungen sehe, ebenfalls seine Truppen an unserer Grenze zu mobilisieren“. Es ging demnach aus diesem Bericht ganz klar hervor, daß es sich bei der österreichischen Mobilmachung um eine in Aussicht genommene Gegenmaßregel handelte. Hiergegen war aber die russische Teilmobilmachung ausreichend, die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung kann als Begründung nicht anerkannt werden. Im übrigen traf dieser Bericht, wie wir gesehen haben, in Petersburg erst ein, nachdem die russische allgemeine Mobilmachung bereits angeordnet war.

3. Die Auffassung, daß Deutschland geheime militärische Vorbereitungen trifft, war, wie heute einwandfrei festgestellt ist, nur eine Einbildung des russischen Generalstabes, die wohl auf falschen Agentenmeldungen beruhte.

Wir haben somit gesehen, daß in den Meldungen Buchanans für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung ebenfalls Begründungen angeführt worden sind, die den Tatsachen nicht

entsprachen. Den Kernpunkt dieser unzutreffenden Begründungen bildet auch hier die allgemeine österreichische Mobilmachung und geheime Rüstungen Deutschlands.

Der Aufklärungsversuch des Königs von England.

Kaiser Wilhelm hatte nach Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung in Berlin dem König von England telegraphiert, „daß Nicky heute nacht die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte angeordnet hat. Er hat nicht einmal die Ergebnisse der Vermittlung abgewartet, an der ich arbeite und mich ohne jede Nachricht gelassen.“¹⁵⁾ Der König von England hat anscheinend zunächst auf dieses Telegramm hin nichts weiter veranlaßt. Erst um Mitternacht des gleichen Tages ist dem König die Nähe des Krieges vor Augen geführt worden. Der deutsche Botschafter, Fürst Lichnowsky, hatte dem Foreign Office inzwischen ebenfalls mitgeteilt, daß Graf Pourtalès die Mobilmachung der gesamten russischen Armee und Marine gemeldet hätte. Mit dieser Mitteilung fuhr der englische Ministerpräsident, Sir H. H. Asquith, in einer Droschke 1,30 Uhr nachts mit Sir William Tyrell zum Buckingham Palast, um den König, der deswegen aus dem Bett geholt werden mußte, von dieser Nachricht in Kenntnis zu setzen.¹⁶⁾ Das Ergebnis der Besprechung mit dem König war, daß der König von England eine Botschaft an den Zaren aufsetzte, die der englische Botschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, dem Zaren übermitteln sollte. Das Telegramm Greys mit der entsprechenden Anweisung an Buchanan ging am 1. August 3,30 Uhr morgens ab. In der Botschaft selbst teilte der König von England dem Zaren mit, er könne sich des Gedankens nicht erwehren,

„daß irgendein Mißverständnis in diese Sackgasse geführt hat. Ich möchte keine Gelegenheit zur Verhütung des schrecklichen Unglücks, das die ganze Welt bedroht, versäumen. Ich wende mich daher persönlich an Dich mit der Bitte, die Mißverständnisse, die, wie ich fühle, bestehen, aufzuklären und einen Weg zu Verhandlungen und zur Erhaltung des Friedens offen zu lassen. Wenn Du denkst, ich könnte in irgendeiner Weise dieser allerwichtigsten Sache dienen, so will ich alles in meiner Macht Stehende tun, um die Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen der interessierten Mächte zu ermöglichen. Ich vertraue Dir und glaube, Du bist ebenso besorgt wie ich, daß alles nur Mögliche geschehe, um der Welt den Frieden zu sichern.“¹⁷⁾

¹⁵⁾ Deutsche Dokumente Nr. 477.

¹⁶⁾ *Memories and Reflections 1852—1927.* By the Earl of Oxford and Asquith. Cassell and Company Limited, London 1928. Seite 7.

¹⁷⁾ Britische Dokumente Nr. 384.

Das Telegramm gelangte merkwürdigerweise erst um 5 Uhr nachmittags am gleichen Tage in die Hände Buchanans. Auch war Buchanan trotz der Dringlichkeit und der Bedeutung des Telegramms erst für 10 Uhr abends zur Audienz beim Zaren angesagt worden. Um $\frac{1}{4}$ nach 7 Uhr rief Sasonow Buchanan an und teilte ihm mit, daß der deutsche Botschafter Graf Pourtalès ihn soeben verständigt habe, Deutschland betrachte sich als im Kriegszustand mit Rußland. Irgendein Versuch, die Audienz beim Zaren nun früher stattfinden zu lassen, fand nicht statt. Um 8 Uhr abends dinierten Sasonow und Buchanan zusammen, wobei Sasonow einen Entwurf auf die Antwort des Telegramms des Königs mitbrachte, das Buchanan dem Zaren vorlegen sollte. Um 9 Uhr abends fuhr dann Buchanan, wie er in seinen Memoiren „Meine Mission in Rußland“ mitteilt¹⁸⁾, nach Peterhof. Der Chauffeur hätte sich aber verirrt, weil das elektrische Licht in seinem Auto irgendwie versagt hatte, und der Botschafter erreichte Peterhof erst um $\frac{1}{4}$ vor 11 Uhr. An dieser Mitteilung ist merkwürdig, daß der Chauffeur, der diesen Weg sicherlich schon des öfteren gefahren war, sich wegen einem Versagen des elektrischen Lichts verirrt haben soll. Anfang August geht in Petersburg die Sonne erst sehr spät unter und der 1. August „war ein wunderbarer ganz sommerlicher Tag“. ¹⁹⁾

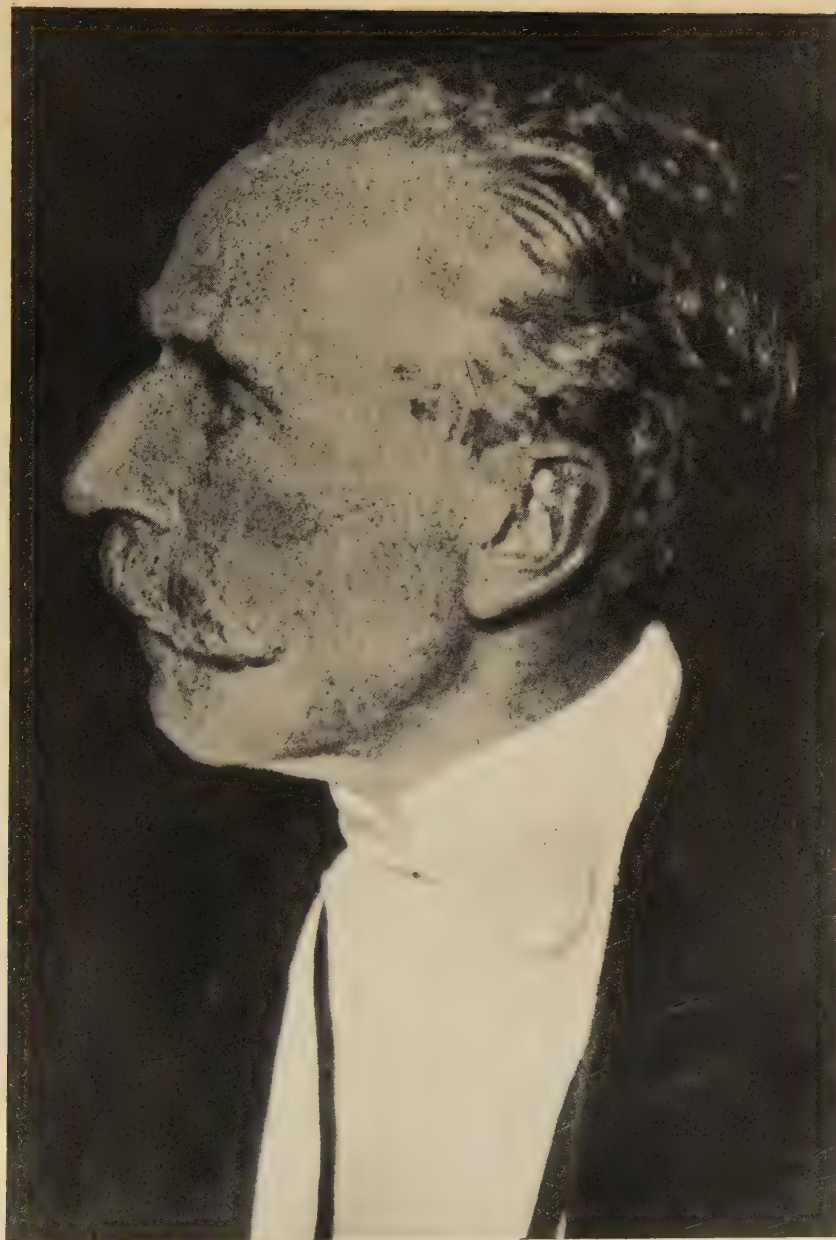
Buchanan übergab dem Zaren den Entwurf Sasonows, äußerte aber den Wunsch, der Zar möge doch mit seinen eigenen Worten dem König von England antworten. Der Zar war hierzu gerne bereit, wenn ihm Buchanan bei der Formulierung des englischen Textes behilflich sein würde. Die Antwort des Zaren hatte folgenden Wortlaut: ²⁰⁾

„Ich würde mit Freuden Deine Vorschläge angenommen haben, wenn der deutsche Botschafter nicht heute Nachmittag meiner Regierung die Kriegserklärung überreicht hätte. Seit der Überreichung des Ultimatums in Belgrad hat sich Rußland bemüht, eine friedliche Lösung der durch Österreichs Handlungsweise aufgeworfenen Frage zu finden. Serbien sollte vernichtet und zu einem Vasallen Österreichs gemacht werden. Das hätte das Gleichgewicht der Mächte auf dem Balkan, das für mein Land von so wesentlichem Interesse ist, gestört. Alle Vorschläge, einschließlich der Deiner Regierung, wurden von Deutschland und Österreich verworfen, und Deutschland zeigte erst Neigung zu vermitteln, als der günstige Augenblick, auf Österreich einen Druck auszuüben, vorüber war. Selbst dann machte es keinen bestimmten

¹⁸⁾ Verlag für Kulturpolitik, Berlin, S. 112.

¹⁹⁾ Jury Daniloff, „Rußland im Weltkrieg 1914—15“, Frommannsche Buchhandlung, Jena 1925, S. 88.

²⁰⁾ Wortlaut nach Buchanan, „Meine Mission in Rußland“, Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926. S. 113. Vergl. auch Britische Dokumente Nr. 490.



Sir George Buchanan
1914 englischer Botschafter in Petersburg

Vorschlag. Österreichs Kriegserklärung an Serbien zwang mich, eine teilweise Mobilmachung anzuordnen, obgleich meine militärischen Ratgeber im Hinblick auf die bedrohliche Lage und in Anbetracht der Schnelligkeit der deutschen Mobilmachung im Verhältnis zur russischen zu einer allgemeinen Mobilmachung geraten hatten. Die vollkommene Mobilisierung Österreichs, das Bombardement Belgrads, die Konzentration österreichischer Truppen in Galizien und die geheimen militärischen Vorbereitungen Deutschlands haben mich genötigt, diesen Weg zu beschreiten. Die plötzliche Kriegserklärung Deutschlands, die ich durchaus nicht erwartet habe, da ich Kaiser Wilhelm ganz kategorische Versicherungen gegeben hatte, daß sich meine Truppen, solange Vermittlungsverhandlungen liefen, nicht rühren würden, hat mir Recht gegeben. In dieser feierlichen Stunde möchte ich Dir noch einmal versichern, daß ich alles in meiner Macht Stehende getan habe, um den Krieg zu verhindern. Jetzt, da er mir aufgezwungen wurde, vertraue ich darauf, daß Dein Land Frankreich und Rußland unterstützen wird. Gott segne und behüte Dich!“

Dieses Telegramm, das der Zar in der Nacht des 1. August aufgesetzt hatte, wurde erst am 2. August, nachmittags 3,10 Uhr, abgesandt und langte nach zwei Stunden bei Sir Edward Grey an. Der König von England hatte demnach über 40 Stunden warten müssen, bis er eine Antwort vom Zaren erhielt. Man wird nicht gerade behaupten können, daß der englische Botschafter den Auftrag seines Hohen Herrn sehr schnell erledigt hätte. Mit Recht ist daher verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden, daß es sich hier vielleicht um eine absichtliche Verschleppung von seiten Sasonows oder auch Buchanans gehandelt hat.

Das wichtigste für unsere Betrachtung ist aber die Begründung, die der Zar für seinen Entschluß der allgemeinen Mobilmachung dem König von England gegenüber gegeben hat. Es sind folgende Punkte:

1. Die vollkommene Mobilisierung Österreichs,
2. das Bombardement Belgrads,
3. die Konzentration österreichischer Truppen in Galizien,
4. geheime militärische Vorbereitungen Deutschlands.

Zu dieser Begründung ist folgendes zu sagen.

Zu 1. Die vollkommene Mobilisierung Österreichs war zu jener Zeit noch nicht angeordnet. Der Befehl zur allgemeinen österreichischen Mobilmachung ist erst am 31. Juli, 12.23 Uhr, ausgegeben worden.

Zu 2. Das Bombardement von Belgrad war ein lokales militärisches Ereignis von untergeordneter Bedeutung, das natürlich keineswegs notwendig machte, gegenüber Deutschland mobil zu machen.

Zu 3. Eine Konzentration österreichischer Truppen in Galizien ist zu jener Zeit nicht erfolgt. Selbst wenn sie sattgefunden hätte, wäre die russische Teilmobilmachung gegenüber Österreich vollkommen ausreichend gewesen, militärisch die hieraus Rußland etwa erwachsende Gefahr auszugleichen.

Zu 4. Geheime militärische Vorbereitungen hat Deutschland nicht getroffen. Die von Agenten der Alliierten verbreiteten Meldungen waren falsch. Offizielle Mitteilungen von seiten der in Berlin akkreditierten Botschafter der Alliierten oder ihrer Militärattachés über deutsche Rüstungen sind nicht ergangen. Im Gegenteil hat der britische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, auf Grund einer Meldung seines Militärattachés, Oberstleutnant Russell, noch am 1. August, 12.20 Uhr nachmittags, die Meldung an Grey geschickt, daß „noch keine Mannschaften einberufen sind“.

Aus dieser kurzen Kritik dürfte ersichtlich geworden sein, daß der Zar infolge des Vortrages von Sasonow und Buchanan völlig falsche Vorstellungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen russischen Mobilmachung erhalten hatte und der König von England durch den Zaren ebenfalls total irregeführt worden ist. Bei den Imponderabilien, die zum Krieg geführt haben, hat die Verlogenheit oder Leichtfertigkeit der Diplomaten im Ententelager eine Rolle gespielt, die in ihrer Bedeutung meist unterschätzt wird.

„Die Königin der Fälschungen.“

Wir wollen nun verfolgen, welche Meldungen über die russische allgemeine Mobilmachung nach Paris gelangten, und welche Begründungen in diesen Meldungen angeführt werden.

Am 31. Juli meldete der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, er habe erfahren, der deutsche Botschafter soll telegraphiert haben, „daß Rußland die allgemeine österreichische Mobilmachung mit der allgemeinen Mobilmachung beantwortet habe“. „Unter diesen Umständen müsse man“, drahtet Jules Cambon weiter, „mit dem fast sofortigen allgemeinen deutschen Mobilmachungsbefehl rechnen“. Das Telegramm Jules Cambons teilte Poincaré im 4. Band seiner Memoiren zum erstenmal mit.²¹⁾ Im französischen Gelbbuch ist es nicht enthalten. Das Telegramm trägt das Datum 31. Juli, Nr. 235, 2,17 Uhr, eingegangen 15,30 Uhr.²²⁾

²¹⁾ Deutsche Ausgabe, Seite 489.

²²⁾ In Bourgeois und Pagès „Die Ursachen und Verantwortlichkeiten des Großen Krieges“ wird ein Telegramm ähnlichen Inhalts als um 12,57 Uhr aufgegeben, mitgeteilt, deutsche Ausgabe von Schwertfeger Seite 33.

Jules Cambon stellt demnach die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung fälschlicherweise als eine Folge der österreichischen Mobilmachung hin. Vom deutschen Botschafter in Petersburg Graf Pourtalès liegt ein derartiges Telegramm nicht vor. Die Auffassung Jules Cambons ist nicht zutreffend. Wer Jules Cambon die falsche Mitteilung gemacht hat, wissen wir nicht.

Eine weitere Meldung Jules Cambons, die 16,25 Uhr einging, bestätigte, daß tatsächlich die russische allgemeine Mobilmachung angeordnet war und Deutschland darauf den „Zustand drohender Kriegsgefahr“ erklärt hätte. Auf Grund dieser Mitteilung konnte sich die französische Regierung sagen, daß Deutschland mit seiner Mobilmachung noch nicht begonnen hatte.

Das dritte Telegramm, das die russische allgemeine Mobilmachung meldete, ging am 31. Juli um 8,30 Uhr abends in Paris ein. Poincaré sagt in seinen Memoiren hierüber folgendes:²³⁾

„Ich habe noch die Abschrift in Händen, die für mich bestimmt war. Er ist der dritte Durchschlag der Entzifferung: Petersburg, 31. Juli 1914, Nr. 318, 10,45 Uhr, eingegangen 20,30 Uhr. Die (ein Wort fehlt) allgemeine Mobilmachung des russischen Heeres ist befohlen.“

Im französischen Gelbbuch,²⁴⁾ das am 1. Dezember 1914 herausgegeben worden ist, wurde an Stelle dieses kurzen Telegramms von Paléologue unter Nr. 118 ein frei erfundenes Telegramm mit nachstehendem Wortlaut gesetzt:

„St. Petersburg, den 31. Juli 1914.

Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben. Paléologue.“

Wenn man die fast gleichlautende Begründung der russischen Mobilmachung, wie sie Buchanan in seiner Meldung nach London gegeben hat, auf eine falsche und absichtlich irreführende Information von Seiten Sasonows zurückführen kann, so ist für die Fälschung des Gelbbuchs 118 dieser Entschuldigungsgrund nicht mög-

²³⁾ Poincaré, Band IV, „L'Union Sacrée“, S. 445, deutsche Ausgabe, „Der Ausbruch der Katastrophe“, S. 488.

²⁴⁾ „Das französische Gelbbuch von 1914“, herausgegeben von Alfred Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1926. S. 144.

lich. Das mußte jetzt auch Poincaré in seinem soeben herausgekommenen Buch „Les Responsabilités de la Guerre“ eingestehen.²⁵⁾ Hören wir, was Poincaré hier zu sagen hat:

„Als das Gelbbuch in den ersten Wochen des Krieges zusammengestellt wurde, ist es wohl wahrscheinlich, daß die Redakteure es für möglich hielten, die Worte, in denen Sie (gemeint ist Gerin) eine Fälschung sehen, hinzuzufügen, um die chronologische Reihenfolge der Ereignisse, so wie man sie für richtig hielt, genau festzuhalten. Ich habe diese Hinzufügung nicht gekannt, aber sie entsprach der tiefen Überzeugung des Ministers und verdient daher keineswegs die Schärfe Ihrer Beurteilung.

Obwohl die in den Gelbbüchern veröffentlichten Schriftstücke mehr oder weniger mit Rücksicht auf den Chiffreschlüssel immer abgeändert sind, hatte ich selbst ein derartiges Vertrauen in die unbedingte Echtheit der 1914 erschienenen Dokumente, daß ich sie in der Tat, wie Sie angeben, so wie sie waren, in meinen Vorlesungen von 1921 zitiert habe.“

„Ich gebe im übrigen gerne zu, daß mit Ausnahme der notwendigen leichten Abänderungen zur Geheimhaltung des Chiffreschlüssels die Gelbbücher immer die diplomatischen Dokumente so veröffentlichen mußten wie sie sind.“

Hierzu ist folgendes zu sagen. Es mag sein, daß das Gelbbuch in den ersten Wochen des Krieges zusammengestellt worden ist, fest steht aber, daß es erst am 1. Dezember 1914 herausgegeben worden ist. Es war also genügend Zeit, ein exaktes Gelbbuch herauszubringen. Wenn Poincaré weiter behauptet, daß die Redakteure die Worte hinzugefügt hätten, um die chronologische Reihenfolge der Ereignisse festzuhalten, wie man sie für richtig hielt, so kann man dem nicht beipflichten. Aus der Meldung des französischen Botschafters in Wien, Dumaine, die am 31. Juli 6 Uhr abends aufgegeben worden ist, und 8,30 Uhr abends in Paris einging, konnte Poincaré zwar nicht genau wissen, zu welcher Stunde die österreichische Mobilmachung angeordnet worden ist.²⁶⁾ Aus der Meldung des französischen Militärattachés in Wien war die französische Regierung aber genau darüber unterrichtet, daß die österreichische allgemeine Mobilmachung erst am Nachmittag des 31. Juli angeordnet worden ist. Poincaré teilt uns dieses Telegramm in seinen Memoiren selbst mit:²⁷⁾

„Wien, 31. Juli 1914, Nr. 130, 5 Uhr abends, eingegangen 19,30 Uhr. Militärattaché an Kriegsminister. Wie nach meinem Telegramm 122 vorherzusehen war, ist soeben Mobilmachungsbefehl an österreichisch-ungarische Heere ergangen. Ich erfuhr diesen Befehl im Kriegsministerium. Über Deutschlands Absichten konnte ich nichts erfahren“ . . .

²⁵⁾ Payot, Paris 1930. S. 154/155.

²⁶⁾ Vgl. Poincaré, „L'Union Sacrée“, Band IV, Seite 459. Deutsche Ausgabe Seite 498.

²⁷⁾ Vgl. Poincaré a. a. O. Seite 459. Deutsche Ausgabe 497.



Maurice Paléologue, 1914 französischer Botschafter in Petersburg

Der Behauptung Poincarés, daß die Redakteure des Gelbbuchs die Chronologie der Ereignisse, wie sie in Gelbbuch 118 wiedergegeben worden sind, für die richtige hielten, können wir daher nicht beipflichten. Wollten die Redakteure die Chronologie in einer hinzugefügten Begründung festhalten, so hätten sie als Unterlage hierfür nicht ihre Phantasie, sondern das erwähnte Dokument des französischen Militärattachés in Wien heranziehen müssen. Die Gründe, mit denen Poincaré die Entstehung von Gelbbuch 118 erklären will, können wir daher nicht anerkennen.

Aber wir kommen hier auf eine neue Fälschung, und zwar die des Gelbbuchs Nr. 115, die in der gleichen Richtung liegt. Nach dem Wortlaut Gelbbuch 115 lautet die Mitteilung über die österreichische Mobilmachung vom 31. Juli folgendermaßen:

„Wien, den 31. Juli 1914.

Die allgemeine Mobilisierung, die alle Männer von 19—35 Jahre betrifft, ist heute früh am Morgen (ce matin à la première heure) von der österreichisch-ungarischen Regierung verfügt worden. Mein russischer Kollege ist noch der Meinung, daß diese Maßnahme nicht unbedingt im Widerspruch mit den gestrigen Erklärungen des Grafen Berchtold stehe. Dumaine.“

Auch dieses Telegramm hat lange Zeit die Aufmerksamkeit der Forschung in Anspruch genommen. Nachdem bekannt geworden war, daß der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung in Wien erst am 31. Juli, 11,30 Uhr vormittags, aus der kaiserlichen Kanzlei abgesandt worden und 12,23 Uhr nachm. beim Generalstab und im Kriegsministerium eingetroffen ist, war es klar, daß die Angabe im Gelbbuch 115, wonach die Mobilmachung bereits „heute früh am Morgen“ angeordnet sein sollte, nicht zutreffen konnte.

Um diese Unstimmigkeit aufzuklären, wandte sich im Dezember 1924 die französische Liga für Menschenrechte an Herriot, der damals Ministerpräsident war, und bat um eine Mitteilung der genauen Abgangs- und Ankunftszeiten dieses Telegramms. Hierauf teilte am 18. Februar 1925 Herriot der französischen Liga für Menschenrechte folgendes mit:²⁸⁾

„Nach den im Chiffrierbüro angestellten Untersuchungen ist das Telegramm Nr. 115 von Wien am 31. Juli um 6 Uhr morgens expediert worden und in Paris am gleichen Tage um 20,30 Uhr eingetroffen.“

Aber auch diese Angabe war, wie sich nach drei Jahren mit dem IV. Band der Memoiren Poincarés herausstellte, nicht zutreffend. Das Telegramm Gelbbuch 115 ist nicht um 6 Uhr morgens expediert worden, sondern um 6 Uhr abends. Daraus geht hervor,

²⁸⁾ „Les Cahiers des Droits de l'Homme“, 25. März 1925.

daß es sich die Beamten des Quai d'Orsay noch 1925 erlauben konnten, den Ministerpräsidenten Herriot, die Liga für Menschenrechte und die ganze Kriegsschuldforschung absichtlich hinters Licht zu führen. Der Zweck der falschen Mitteilung war natürlich der gleiche, wie er bei den bisher mitgeteilten falschen Meldungen bzw. Fälschungen verfolgt wurde. Aber das Gelbbuch 115 war nicht nur falsch datiert, sondern hatte, wie aus Poincarés Memoiren hervorgeht, einen wesentlich veränderten Wortlaut. Insbesondere fehlten die Worte „heute früh am Morgen“, durch die das gefälschte Datum gestützt worden war.

Nachstehend geben wir den Wortlaut von Gelbbuch 115 wieder, wie er bei Poincaré veröffentlicht ist:²⁹⁾

„Wien, 31. Juli, Nr. 131, 6 Uhr abends,
eingegangen 20,30 Uhr.

Die allgemeine Mobilmachung aller Leute von 19 bis 42 Jahren ist von der österreichisch-ungarischen Regierung befohlen. Mein russischer Kollege glaubt noch, diese Maßnahme stehe nicht in offenem Widerspruch mit Graf Berchtolds Erklärungen. Er nimmt an, daß Österreich durch diesen Aufmarsch seiner Truppen an der Grenze die Lokalisierung des Konfliktes zu erzwingen sucht, gibt aber zu, daß das Wiener Kabinett Gefahr läuft, durch dieses Zwangsmittel die Krise, die es angeblich verhüten will, herbeizuführen. Die öffentliche Meinung in Wien hält den allgemeinen Zusammenstoß für dicht bevorstehend“...

Hier bricht Poincaré das Telegramm ab. Der Schluß bleibt bis auf weiteres geheim! —

Von besonderer Bedeutung ist aber die Behauptung Poincarés, er habe die Hinzufügung zu Gelbbuch 118 nicht gekannt, „aber sie entsprach der tiefen Überzeugung des Ministers“. Dieser Minister war Viviani. Er ist tot. Die Behauptung Poincarés läßt sich daher nicht mehr nachprüfen. Nehmen wir aber einmal an, Poincaré hat recht, so würde dies nur bedeuten, daß Viviani sich eingebildet hätte, die russische allgemeine Mobilmachung sei wegen der österreichischen allgemeinen Mobilmachung und geheimer Rüstungen Deutschlands notwendig geworden. Das würde sagen, daß Frankreich unter gänzlich falschen Voraussetzungen die allgemeine Mobilmachung Rußlands gebilligt hat.

Poincaré, dessen Eifer in Staatsgeschäften bekannt ist, sagt weiter, er habe die Hinzufügung, alias Fälschung, nicht gekannt. Dies ist höchst merkwürdig, da er nach seinen eigenen Mitteilungen eine Kopie dieses Telegramms in Händen hatte. Zumindest wäre es ein außerordentlich waghalsiges Spiel der Redakteure des Gelbbuches gewesen, wenn sie hätten annehmen müssen, daß Poincaré, wenn er

²⁹⁾ Vgl. Poincaré a. a. O. Seite 459. Deutsche Ausgabe Seite 498.

Faksimile eines russischen Mobilmachungsbefehls, wie er am 31. Juli 1914 in Olkusch, Gouvernement Kelez (Polen), angeschlagen worden ist

Der Herr und Kaiser

hat ALLERHÖCHST zu befehlen geruht

Armee und Flotte in den Kriegszustand zu versetzen.

Als erster Mobilmachungstag ist der 18. *) Juli 1914, Freitag
bestimmt.

Bekanntmachung

der Kreiswehrpflichtkommission von Olkusch
über die Einberufung der Reservisten
der Stadt Olkusch.

In Ausführung des ALLERHÖCHSTEN Befehls, Armee und Flotte in den Kriegszustand zu versetzen, wird angeordnet:

1. Die Reservisten mit Entlassungsscheinen, die aber nicht im Besitz von Aufenthaltsscheinen oder Personalausweisen sind, haben sich am Sammelpunkt des Kreiswehrpflichtchefs im Dorf Andrejew am 3. Mobilmachungstag, Sonntag, den 20. Juli morgens, einzufinden.

2. Die Reservisten der Stadt Olkusch haben sich in der Stadt Olkusch am 2. Mobilmachungstag, Sonnabend, den 19. Juli, um 1 Uhr nachts einzufinden, worauf sie zum Sammelpunkt abtransportiert werden.

3. Alle Institutionen und Personen, bei denen Reservisten in Stellung sind, haben mit diesen unverzüglich abzurechnen und ihnen die Entlassungsscheine auszuhändigen, sofern solche bei den Arbeitgebern vorhanden sind.

(L. S.)

Gouvernementsdruckerei Kelez.

*) 31. Juli neuen Stils.

die Fälschung entdeckt hätte, energisch eingeschritten wäre. Wie wir aber aus der Mitteilung Herriots gesehen haben, hat die französische Regierung sich mit den Redakteuren des Gelbbuchs in punkto Fälschung sehr lange solidarisch erklärt. Die Redakteure hatten demnach nichts zu befürchten. Der Umstand, daß bei der Herausgabe der französischen Akten die Dokumente aus der Krisis 1914 erst am Schluß der Publikation erfolgen sollen, läßt auch nicht gerade darauf schließen, daß es der französischen Regierung darum zu tun ist, die Fälschungen des Gelbbuchs offiziell so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen. Im Gegenteil, man erkennt deutlich die Taktik, durch tropfenweises Bekanntwerdenlassen der Fälschungen jedes Aufsehen zu vermeiden.

Was die Amerikaner meldeten.

Auf Grund der vielen falschen Meldungen, wie sie von russischer, englischer und französischer Seite über die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung in Rußland und in Österreich vorgelegen haben, könnte man vielleicht zu der Auffassung kommen, daß es für die Diplomaten besonders schwer gewesen sei, die richtigen Zeiten für die Anordnung der russischen und österreichischen allgemeinen Mobilmachung zu erhalten. Wie wenig diese Auffassung zutrifft, geht aus den Meldungen hervor, die die Vertreter der U. S. A. in Petersburg und Wien über die beiden Mobilmachungen haben nach Washington ergehen lassen.

So meldete der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Petersburg, Wilson, schon am 30. Juli um 3 Uhr p. m., daß der Mobilmachungsbefehl herausgegeben worden sei. („Mobilization decree issued“.)³⁰⁾

Die Anordnung der allgemeinen österreichischen Mobilmachung meldete der Botschafter der Vereinigten Staaten in Wien, Penfield, am 31. Juli, 6 Uhr nachmittags. Die Meldung lautet wörtlich: „Emperor this afternoon orders general mobilization all armed forces Austria-Hungary including Landsturm“.³¹⁾ Die amerikanische Regierung ist also sehr schnell und sehr genau über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung wie auch über die Anordnung der allgemeinen österreichischen Mobilmachung unterrichtet worden. Was den amerikanischen, der Sache nach weniger interessierten Diplomaten möglich war, hätten die englischen und französischen Diplomaten doch erst recht fertigbringen können.

³⁰⁾ „Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1914“, Supplement „The World War“, file Nr. 763. 72/22, Seite 20.

³¹⁾ A. a. O. file Nr. 763. 72/36, Seite 24.

Die gefälschten Berichte bei der Abfassung des „Rapport“.

Das Vorbringen falscher Gründe beim Vortrag Sasonows gegenüber dem Zaren sowie die falschen, beziehungsweise gefälschten Meldungen über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung von seiten der Alliierten findet auch in dem Gutachten, das die Kommission der Alliierten während der Friedensverhandlungen in Paris abgegeben hat, dem sogenannten „Rapport“ ihren Niederschlag. Allerdings ist es ein rein negativer, denn in dem „Rapport“ wird weder die Anordnung der russischen Teilmobilmachung noch die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung auch nur mit einem Wort erwähnt. Hierauf hat zuerst Demartial aufmerksam gemacht. Die fragliche Stelle im „Rapport“, in der die russische Mobilmachung nach der Reihenfolge der Ereignisse hätte erwähnt werden müssen, hat folgenden Wortlaut:³²⁾

„Die deutsche Mobilisierung hatte mit dem 21. Juli begonnen,³³⁾ zunächst durch die Einberufung einer Reihe der Reservejahrgänge, dann der deutschen Offiziere in der Schweiz, und darauf am 25. Juli der Garnison Metz. Am 26. Juli war die deutsche Flotte aus Norwegen zurückgerufen worden.

Nichtsdestoweniger setzte die Entente ihre vermittelnden Bemühungen fort; aber die deutsche Regierung machte systematisch alle ihre Versuche zunichte. (Hier hätte die russische Mobilmachung erwähnt werden müssen! Der Verfasser.) Als am 31. Juli Österreich zum ersten Male einwilligte, mit der russischen Regierung den Inhalt der serbischen Note zu erörtern, und der österreichisch-ungarische Gesandte den Befehl erhielt, sich mit dem Minister des russischen Auswärtigen Amtes „auszusprechen“, machte Deutschland jede Verhandlung unmöglich, indem es sein Ultimatum an Rußland richtete.“

Aus dem vollständigen Fehlen jeglicher Angaben über die russische Mobilmachung kann man wohl mit Recht schließen, daß die Bearbeiter des „Rapports“ sich der Schwäche der Position der Alliierten durchaus bewußt waren. Ließ man die russische Mobilmachung aus, so fielen damit alle Schwierigkeiten fort, die der Kommission aus einer Beurteilung der Begründungen hätte entstehen können. Auch die Gefahr, daß die Fälschungen des französischen Gelbbuchs hätten aufgedeckt werden können, war dadurch vermieden worden.

Baron Rolin Jacquemyns hat in seinem Beitrag im Augustheft der „Current History“ 1928 zu meiner bereits damals erhobenen Anklage, daß der „Rapport“ sich auf gefälschtem Material aufbaute,

³²⁾ Siehe das Buch des Verfassers „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese“, Reimar Hobbing, Berlin 1928. Seite 229.

³³⁾ Die Behauptung trifft nicht zu. Vgl. Alfred von Wegerer, a. a. O. Seite 80 ff.

zur Fälschung des Gelbbuch 118 Stellung genommen. Baron Rolin stellt hier die Frage, „in welcher Weise diese Änderung oder Fälschung, die, wenn sie überhaupt vorgenommen worden ist, zweifellos bedauernswert ist, die Kommission, die ihre Schlußfolgerungen auf bewiesene Tatsachen und nicht auf Dokumenten beruhenden Konsiderationen stütze, beeinflussen konnte“. Hierzu möchte ich folgendes bemerken:

Daß die Fälschung vorgenommen worden ist, darüber dürfte nunmehr auch Baron Rolin Jacquemyns nach dem erwähnten Buch von Poincaré keinen Zweifel mehr haben. Wenn Baron Rolin aber glaubt, daß die Aufdeckung dieser Fälschung das Urteil der Kommission nicht beeinflussen haben könnte, so kann man über eine derartige Konsideration wohl zur Tagesordnung übergehen.

Schlußbetrachtungen.

René Gerin hat in dem mit Poincaré zusammen herausgegebenen Buch „Les Responsabilités de la Guerre“ das Wort geprägt, daß die Fälschungen eine „diplomatische Industrie“ seien.³⁴⁾ Dieses Wort charakterisiert treffend das System, das die Alliierten von Anfang an bei der russischen Mobilmachung angewandt haben. Die russische Regierung, vertreten durch den Außenminister Sasonow, den Kriegsminister Suchomlinow und den Chef des Generalstabes Januschkewitsch, war bereits am 29. Juli fest entschlossen, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen. Zu jener Zeit spielten weder die angebliche österreichische allgemeine Mobilmachung noch falsche Meldungen über geheime deutsche Rüstungen eine Rolle. Es gelang vielmehr dem russischen Generalstab, unter dem augenblicklichen Eindruck, den die Meldung von dem Bombardement auf Belgrad in Petersburg hervorrief, die Erlaubnis des Zaren für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu erwirken. Ein Telegramm des deutschen Kaisers machte den Befehl wieder rückgängig. Immerhin bleibt die Verantwortung für den Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung vom 29. Juli ab, soweit die russische Regierung in Frage kommt, bestehen. Nur der Zar allein war vorübergehend anderer Ansicht. Am nächsten Tage, dem 31., gelingt es Sasonow, hinter dem die Generale standen, den Zaren in einstündiger Unterredung zur erneuten und damit endgültigen Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung zu bewegen. Hierbei wurden von Sasonow falsche Gründe angeführt. Die falschen Gründe werden nach London und Paris und vielleicht auch noch an andere Hauptstädte

³⁴⁾ „Les Responsabilités de la Guerre“ a. a. O. S. 36.

weitergegeben. Der König von England bekommt die falschen Gründe vom Zaren persönlich mitgeteilt. Sein eigener Botschafter hat dabei die Hand im Spiel. In den britischen Dokumenten findet sich eine Mitteilung Buchanans, die sich, wie wir gezeigt haben, nicht unter ein Datum bringen läßt. Die Franzosen bringen die falschen Gründe am 1. Dezember in einem gefälschten Dokument in ihr Gelbbuch. Ein weiteres Telegramm Nr. 115 wird im Gelbbuch gefälscht, um die Fälschung von Paléologues Meldung zu stützen. Während des ganzen Krieges und in der Nachkriegszeit wird an der falschen Begründung und der Richtigkeit der gefälschten Dokumente mit größter Zähigkeit festgehalten.

Während des Krieges wird noch eine neue Lüge erfunden, um die allgemeine russische Mobilmachung zu begründen: Die Einwirkung des Extrablattes des Lokalanzeigers. Der Zweck der Legende war, die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung in den Augen der Welt damit zu begründen, daß, wie im Extrablatt des Lokalanzeigers stand, die deutsche allgemeine Mobilmachung bereits angeordnet worden sei. Wie wir heute wissen, ist ein derartiges Telegramm überhaupt nicht nach Petersburg gelangt. Auch an dieser Legende wurde bis vor kurzem krampfhaft festgehalten.³⁵⁾

Im „Rapport“ wird die Frage ganz umgangen, nur die falsche Behauptung von der vorzeitigen deutschen Mobilmachung wird aufrechterhalten. Die österreichische Mobilmachung wird mit keinem Wort erwähnt. Der Zweck hierbei ist, mit der Verantwortung für den Weltkrieg möglichst Deutschland zu belasten, weil im Friedensvertrag nur aus Deutschland etwas herauszuholen war. So schonte man bewußt den Bundesgenossen Deutschlands.

Noch im Jahre 1925 gibt Herriot der Liga für Menschenrechte ein falsches Datum an, das geeignet ist, die Lüge von einer vorzeitigen Anordnung der allgemeinen österreichischen Mobilmachung zu stützen. Nur wenn es gar nicht mehr anders ging, wird Stück für Stück dieses gewaltigen Lügengewebes preisgegeben. Poincaré behauptet noch heute, er und sein verstorbener Außenminister seien selbst getäuscht worden.

Die Frage, ob die russische allgemeine Mobilmachung als eine Verteidigungsmaßnahme gegenüber dem Vorgehen der Zentralmächte betrachtet werden kann, ist grundlegend. Fehlt der russischen allgemeinen Mobilmachung das Attribut einer Verteidigungsmaßnahme, wie es nach Beseitigung der falschen und gefälschten Gründe der Fall ist, so steht die russische allgemeine Mobilmachung

³⁵⁾ Vgl. Alfred von Wegerer, „Das Extrablatt des Lokalanzeigers.“ „Berliner Monatshefte“, November 1929.

als eine Angriffshandlung da, die Deutschland zwang, seine bedrohte Sicherheit mit dem Schwert zu verteidigen.

So haben wir es hier mit einem ganzen System von Fälschmeldungen und Fälschungen zu tun, um die Gründe für die russische allgemeine Mobilmachung zu verdunkeln und auf diese Weise Deutschland mit der Schuld am Kriege zu belasten. Ein teuflisches Spiel! Doch die Position, die die Alliierten mit Erfolg von 1914 bis 1930 gehalten haben, ist erschüttert. Die Tatsache, daß Poincaré durch die Fragen René Gerins gezwungen ist, die Fälschung des Gelbbuchs 118 offen einzugestehen, ist ein Beweis dafür, daß der Rückzug eingesetzt hat. Schon als der 4. Band der Memoiren Poincarés, „L'Union Sacrée“, erschienen war, konnte man feststellen, daß Poincaré selbst erkannt hatte, die bisherige Deutung der russischen allgemeinen Mobilmachung sei nicht mehr zu halten. Wie ein kluger Feldherr kämpfte er in der alten Position weiter, bereitete aber gleichzeitig eine rückwärtige Stellung vor, auf die er sich im gegebenen Moment zurückziehen kann. Diese rückwärtige Stellung ist die von Poincaré neuerdings aufgestellte These, daß die russische allgemeine Mobilmachung ein „acte intérieur“ gewesen sei. Wie jede rückwärtige Stellung ist sie schwächer als die Hauptstellung und kein vernünftiger Mensch wird diese „Konsideration“ wirklich ernst nehmen können, da sie das erlaubte Maaß für Zivilstrategie doch zu weit überschreitet. So wird es nicht mehr lange dauern, bis Poincaré und seine Trabanten den „acte interieur“ als eine nicht zu haltende Position erkennen und den allgemeinen Rückzug in der Kriegsschuldfrage antreten müssen.

Der § 231 des Versailler Friedensvertrages enthält die Behauptung, daß der Krieg den Alliierten „durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen“ worden ist. Diese Behauptung beruht, wie wir gesehen haben, zum großen Teil auf der tatsächlichen und dokumentarischen Fälschung, daß die russische Mobilmachung, die den Krieg bedeutete, eine Folge der österreichischen allgemeinen Mobilmachung und geheimer deutscher Rüstungen gewesen sei. Mit anderen Worten: § 231 beruht im wesentlichen auf den Fälschungen, die die „diplomatische Industrie“ der Alliierten zum Nachteil Deutschlands erzeugt hat. Halten wir unentwegt daran fest, die Erzeugnisse dieser „diplomatischen Industrie“ Stück für Stück zu zerstören und die Kriegsschuldfrage geht an sich selbst zugrunde.

Frankreich und die Kriegsschuldfrage.

Von Dr. K. Schwendemann.

Man kann in Deutschland öfter die Meinung äußern hören, daß eigentlich kein vernünftiger Mensch auf der Welt mehr an die Versailler Kriegsschuldthese glaube, d. h. davon überzeugt sei, die Verantwortung für die Entfesselung des Weltkrieges ruhe auf Deutschland, das den Krieg von langer Hand geplant, zu dem ihm genehmen Zeitpunkt entfesselt habe und damit der Störer des Friedens der anderen Völker geworden sei. Wer die Diskussion über die Kriegsschuldfrage in anderen Ländern aufmerksam verfolgt hat, kann sich diesem optimistischen Glauben leider nicht hingeben. So wenig zu leugnen ist, daß die Aufklärung der Welt über die Kriegsursachen große Fortschritte gemacht hat, so wenig darf man die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Versailler Kriegsschuldthese noch in vielen Köpfen festsitzt, und daß sogar einiges getan wird, um zu verhindern, daß sie daraus verschwindet. Das Maß der Aufklärung im Sinne objektiver Erkenntnis der Kriegsursachen, das in den einzelnen Ländern bisher erreicht wurde, ist sehr verschieden. Leider muß man konstatieren, daß es bei unseren westlichen Nachbarn in Frankreich noch am geringsten ist. Ein kurzer Überblick über Äußerungen aus den verschiedensten Kreisen Frankreichs über die Kriegsschuldfrage soll das im folgenden darstellen. Dabei wird auch zu untersuchen sein, wieso die öffentliche Meinung Frankreichs in der Kriegsschuldfrage so wenig Neigung zeigt, vom Vorurteil zur Wahrheit fortzuschreiten, und welche verschiedenartigen politischen Wirkungen diese bedauerliche Tatsache in verschiedener Richtung ausübt.

Zunächst seien einige Äußerungen von offizieller Seite aus den letzten Jahren zitiert. Es wird absichtlich alles, was vor 1927 liegt, übergangen, um nur einiges aus der letzten Zeit anzuführen, nachdem die Politik von Locarno und der Gedanke der deutsch-französischen Verständigung sich schon in erheblichem Maße in Frankreich ausgewirkt hatten. Als der Präsident der Republik Doumergue im Mai 1927 einen offiziellen Staatsbesuch in London machte, äußerte er auf einem Bankett in Guild Hall am 18. Mai in einer Antwortrede auf den Toast des Lordmajors u. a.: „Die unparteiische Geschichte wird Großbritannien und Frankreich die Gerechtigkeit angedeihen lassen festzustellen, daß sie im Jahre 1914 bis zur letzten Minute alles getan haben, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern.“ Bei der Einweihung eines Denkmals für die bei der Ver-

teidigung von Dinant gefallenen französischen Soldaten am 12. 9. 1927 hielt als Vertreter der französischen Regierung Marschall Pétain eine Rede, in der er Belgien als die Vorhut Frankreichs und den Vorposten der lateinischen Zivilisation feierte und wörtlich äußerte: „Unsere beiden Länder müssen Seite an Seite kämpfen, um den Feind zu verhindern, seinen Angriff von 1914 zu wiederholen.“ In seinem Bericht für die Finanzkommission des Senats über das Budget des Außenministeriums für das Jahr 1929 (Senatsdrucksache Nr. 748 S. 6) konstantiert der Senator Reynald trocken: „Der Vertrag von Versailles hat die Schuld Deutschlands ausgesprochen und, um den Alliierten eine Garantie für eine genaue Ausführung seiner Verpflichtungen durch Deutschland zu geben, hat er die militärische Besetzung des Rheinlandes mit gestaffelten Fristen vorgesehen.“ Der französische Außenminister Briand hat sich in seinen Reden bezüglich der Kriegsschuldfrage einer anerkennenswerten Zurückhaltung befleißigt. Als er jedoch auf die Rede des Reichskanzler Müller in Genf am 10. 9. 1928 jene aufsehen-erregende Antwort gab, in der er das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs gegenüber Deutschlands angeblichem Kriegspotential hervorhob, da tönte aus seiner Rede indirekt doch auch die alte Anklage gegen Deutschlands Angriffswillen, und der sozialdemokratische Pressedienst in Berlin äußerte dazu ganz mit Recht, hinter den Äußerungen Briands verberge sich unausgesprochen die Verdächtigung, daß Deutschland unter den Völkern eine Ausnahmestellung einnehme und daß es mit Vorsicht und Mißtrauen beobachtet werden müsse. Damit werde Deutschland die Gleichberechtigung bestritten. Wie stark tatsächlich hinter dem ewigen Schrei nach Sicherheit in Frankreich der Glaube an die deutsche Kriegsschuld steht, darüber wird noch zu reden sein. Der Glaube an sie und ihre Erwähnung in Reden von Regierungsmitgliedern sind in Frankreich noch ziemlich selbstverständlich; dafür einige weitere Beispiele. Der Unterstaatssekretär Oberkirch äußerte in einer bei der Grundsteinlegung des französischen Krankenhauses in Berghem in Belgien am 3. 12. 1928 gehaltenen Rede, Belgien habe sich 1914 entschlossen auf die Seite der Verteidiger des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Unverletzlichkeit der Verträge gestellt. Oberkirch vertritt also weiter die Kriegspropaganda-These vom Kampf für Recht und Gerechtigkeit. Daß Poincaré das früher in unzähligen Sonntagsreden getan hat, ist wohl noch allgemein in Erinnerung. Er hat es aber auch noch während seiner letzten Regierungstätigkeit im Jahre 1929 getan und anläßlich der Trauerfeier für den amerikanischen Botschafter Herrick am 4. 4. 1929 ausgeführt, die Vereinigten Staaten seien aus nationalen und univer-

salen Gründen in den Krieg eingetreten, vor allem auch, weil sie die moralische Verpflichtung gefühlt hätten, dem verletzten Rechte zu Hilfe zu eilen; die Schlacht von Verdun sei ein Sieg des Rechtes und der Freiheit gewesen, und die Franzosen hätten dort gegen den deutschen Angriffswillen für die Gerechtigkeit gekämpft. Anlässlich der Feier für die Vollendung der Wiederaufbauarbeiten von Verdun hielt der Präsident der Republik, Doumergue, am 23. 6. 1929 in Anwesenheit Poincarés und anderer Regierungsmitglieder eine Rede, in der er u. a. sagte: Das republikanische Frankreich hat vor dem Kriege mannigfache Beweise seiner starken Friedensliebe gegeben. Kurz bevor es überfallen und angegriffen wurde, hat es weitere derart schlagende und unbestreitbare Beweise dafür erbracht, daß niemand in der Welt seinem entschlossenen Willen, jeden Konflikt zu vermeiden, in Zweifel ziehen könnte. Ähnlich aber präziser äußerte sich der französische Marineminister Dumesnil am 4. Mai d. J. bei der Jahrhundertfeier der Eroberung Algeriens in Anwesenheit des Präsidenten der französischen Republik und vieler anderer offiziellen Persönlichkeiten, in dem er den bekannten Befehl vom 2. August 1914 zur Zurückziehung der französischen Truppen auf zehn Kilometer von der Grenze als Beweis für Frankreichs Friedenswillen und als eine heroische Tat feierte, ganz als ob nicht längst nachgewiesen wäre, daß es sich dabei um eine Propagandamaßnahme ohne jede militärische Bedeutung gehandelt hätte, hauptsächlich dazu bestimmt, um Englands Mitgehen zu sichern. Bei der gleichen Gelegenheit hielt der Unterstaatssekretär für physische Ertüchtigung, Morinaud, am 7. Mai dieses Jahres in Constantine bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine Rede, in der er wieder einmal vom Sieg des Rechtes sprach, für den die Toten Frankreichs gefallen seien, und von dem Kriege, der Frankreich aufgezwungen worden sei. Schließlich hat der französische Ministerpräsident Tardieu am 18. Mai 1930 auf dem Kongreß der Union Nationale des Combattants folgendes ausgeführt: „An einem Kreuzungspunkt viel begehrter Verkehrswege gelegen, haben die Franzosen den Besitz ihres Bodens immer von neuem verteidigen müssen, und im Jahre 1914 hat sich das ganze Volk gegen den Angriff zur Verteidigung der Heimat erhoben und hat dem siegreichen Ausgang des Krieges den unauslöschlichen Stempel der Gemeinschaft aufgedrückt“. In anderer Form vertrat Tardieu dieselbe Überzeugung, als er in einer Rede in Bijon am 1. Juni d. J. erklärte, Frankreich habe seit 1918 nicht das Spiel der Hegemonie gespielt, das nach 1871 Bismarck und seine Nachfolger zu den Exzessen brachte, aus denen sich die deutsche Niederlage von 1918 ergeben habe. Heute wie vor dem Kriege wolle Frankreich den Frieden.

Diese Äußerungen verantwortlicher Politiker Frankreichs erfahren durch die Stellungnahme der französischen Presse die nötige Ergänzung von der journalistischen Seite her. Natürlich ist es hauptsächlich die nationalistische französische Presse, in erster Linie der Temps, die jede Gelegenheit wahrnimmt, um die deutsche Kriegsschuld ins Licht zu setzen. Aber auch die große Nachrichtenpresse tut das und sogar Linkszeitungen, nur weniger oft, aber immer mit der Selbstverständlichkeit, mit der man von Dingen spricht, die nun einmal so sind, wie sie sind. Eine Ausnahme macht nur die linksradikale Volonté, die als einzige französische Tageszeitung energisch für eine sachliche Aufklärung über die Kriegsursachen eintritt, und sozialistische Blätter wie Peuple und Populaire. Alle übrigen finden bei Jahrestagen von Kriegsereignissen oder bei Diskussionen über Reparationen und interalliierte Schulden immer wieder Gelegenheit, die deutsche Kriegsschuld anzuprangern. So schrieb der Temps vom 11. 11. 1928 zum zehnjährigen Jahrestag des Waffenstillstandes, es sei ungerecht gewesen, daß die Nationen, denen der Krieg aufgezwungen worden sei, aus eigenen Mitteln ihre zerstörten Gebiete wieder aufbauen mußten, es sei unmoralisch gewesen, daß die Schuldigen und Verantwortlichen nicht die vor der Geschichte verdiente Strafe erlitten hätten. Man habe Deutschland viele Konzessionen gemacht, die jedes ehrliche Gewissen revoltiert hätten. Als Anfang August 1928 deutsche und französische Demokraten sich am Chemin des Dames trafen, schrieb der Figaro unwillig, es wäre besser, am Jahrestag des 2. August dem Band der offiziellen englischen Aktenpublikation Aufmerksamkeit zu schenken, aus dem sich ergebe, daß vor 1914 die Alliierten alles getan hätten, um den von Deutschland gewollten und provozierten europäischen Konflikt zu vermeiden. Diese Wahrheiten seien für die gesamte Nation heilsamer als sentimentale Kundgebungen. Die Aktenveröffentlichungen zeigten, daß zwischen 1900 und 1914 der Krieg von Deutschland allein gewollt wurde, ja daß Deutschland der böse Geist gewesen sei, daß aber englischerseits alles getan worden sei, um den Krieg zu vermeiden. Zur Jahresfeier der Marneschlacht schrieb das Journal des Débats am 13. September 1927, man könne nicht genug an die Ursachen des Weltkrieges erinnern. Der Kampf von 1914 sei Frankreich aufgezwungen worden von Deutschland, das Europa seine Hegemonie habe aufzwingen wollen. Der 70. Geburtstag Wilhelms II. gab einer Anzahl französischer Zeitungen Anlaß, sich in ähnlichem Sinne zu äußern. So schrieb der Intransigeant am 27. 1. 1929, der Kaiser wage die Anklagen zurückzuweisen, die durch sein Vorgehen die Sieger dem deutschen Volke zur Last legten. Man müsse ernste Vorsichtsmaßnahmen gegen ein

Volk aufrechterhalten, das sich so wenig in die Anerkennung seiner Fehler und die Annahme seines Schicksals gefunden habe. Im Journal des Débates vom gleichen Tage schrieb Auguste Gauvain, übrigens einer der Hauptrüfer im Streit um die Kriegsschuldfrage im Sinne der Versailler Kriegsschuldbehauptung, der Kaiser schmeichle jedenfalls mit seinen Erklärungen über die Unschuld Deutschlands und über seine eigene Unschuld bei der Kriegsverantwortung der Mehrzahl der Deutschen, die beharrlich ihre Augen gegenüber den vielfachen Enthüllungen verschlossen hätten, die für Wilhelm II. und seine Minister erdrückend belastend seien. In Deutschland sei die patriotische Lüge zu einem Staatsdogma geworden. Die Alliierten hätten sehr unrecht gehabt, die deutsche Unschuldskampagne als einen schlechten Scherz anzusehen, dessen Bekämpfung nicht der Mühe lohne. Am lapidarsten drückte sich, wie so oft, der Temps aus, der sagte, der Kaiser verdiene weder Mitleid noch Verzeihen oder Vergessen. Er habe den großen Krieg gewollt, vorbereitet, anbefohlen und überlegt, Millionen menschlicher Leben, eine ganze Generation dem geopfert, was man seinen Ruhm zu nennen wagte. Was er auch sagen und schreiben möge, er bleibe in der Geschichte der Hauptschuldige der Welttragödie. Diese These, also die integrale Versailler Kriegsschuldthese, die These der Mantelnote verteidigt der Temps bei jeder Gelegenheit, so auch anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1929, wo er sich sogar zu der Behauptung verstieg, alle bekannten Dokumente bestätigten die Verantwortlichkeit der ehemaligen kaiserlichen Regierung, mit der sich alle deutschen Parteien in den tragischen Stunden des August 1914 einverstanden erklärt hätten, und kein Protest und keine Ablehnung könne diese gerechte Anklage abschwächen. Der offiziöse Petit Parisien, bekanntlich die verbreitetste Zeitung Frankreichs, äußerte bei der gleichen Gelegenheit, man müsse das deutsche Volk und seine Führer doch daran erinnern, daß der Versailler Vertrag der Abschluß eines von den Mittelmächten entfesselten Krieges und eine nicht nur von den alliierten Nationen, sondern von der gesamten zivilisierten Welt gebilligte Konklusion gewesen sei.

Natürlich bot die Reparationsfrage und die der interalliierten Schulden der französischen Presse und französischen Politikern immer wieder Gelegenheit, auf die Kriegsschuldfrage zurückzukommen, wobei die moralische Seite der Kriegsschuldenfrage den Amerikanern gegenüber immer wieder in den Vordergrund geschoben wurde. So führte der Abgeordnete und frühere Minister Le Trocquer nach der Journée Industrielle vom 13. 12. 1928 in

einem Vortrag über Revision des Dawesplanes und die interalliierten Schulden aus, es bestehe sehr wohl eine rechtliche Verbindung zwischen den französischen Reparationsforderungen und den interalliierten Schulden, und man müsse verstehen, daß Frankreich sich auf jeden Fall die Mittel sichern wolle, den Verpflichtungen zu begegnen, die es selbst für einen Krieg habe übernehmen müssen, der ihm aufgezwungen worden sei. Der Intransigeant vom 22. 4. 1929 bemerkte in einer Polemik gegen den amerikanischen Senator Borah, man könne unmöglich die Forderungen Amerikas an Frankreich und die Schulden, die Deutschland an die Alliierten zu bezahlen habe, auf dieselbe Stufe stellen. Die Schulden Frankreichs in Amerika seien doch kontrahiert worden, um den Feind der Zivilisation zu vernichten, der von der Washingtoner Regierung als solcher gebrandmarkt worden sei. Der Krieg sei Frankreich erklärt worden, ohne daß es ihn provoziert habe. Bei einer Demonstration der Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer und Kriegerhinterbliebenen gegen die Ratifizierung der Kriegsschuldenabkommen am 19. 3. 1929 wurde eine Entschliebung angenommen, die die Schuldenregelungen mit Amerika und England als eine 62 Jahre lange Knechtschaft des siegreichen Frankreich bezeichnet, das geblutet habe, um der Welt den Frieden zu erhalten. Die Note vom gemeinsamen Kampf für Recht und Freiheit, der es als geradezu unmoralisch erscheinen lasse, wenn Amerika von Frankreich die Zahlung der im Kriege kontrahierten Schulden verlange, wurde in Frankreich immer und immer wieder angeschlagen, so daß sich schließlich Präsident Coolidge im September 1928 veranlaßt sah, in einer Rede dagegen Stellung zu nehmen und ausdrücklich festzustellen, die Theorie vom Krieg für die gemeinsame große Sache müsse bei der Behandlung der Frage der interalliierten Schulden ganz aus dem Spiel bleiben.

Die deutschen Forderungen auf Herabsetzung der Reparationslasten wurden in der französischen Presse immer wieder mit Bezugnahme auf die Kriegsschuldfrage beantwortet, besonders wurde das Argument zurückgewiesen, daß die deutschen Leistungen von Deutschlands Zahlungsfähigkeit abhängig gemacht werden müßten. Der sonst verständigungsgesinnte Henri Barde gab nur einer weitverbreiteten Ansicht Ausdruck, als er im Oeuvre, der bekannten Linkszeitung, am 2. 1. 1929 darlegte, es wäre nicht nur dem Versailler Vertrag zuwiderlaufend, sondern auch ungerecht, wenn letzten Endes der Besiegte, der doch der Angreifer gewesen sei, weniger verschuldet wäre als die Sieger, die angegriffen wurden. Dasselbe meinte der radikale Senator und Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Lucien Hubert, als er

bei einem Bankett in Brüssel am 19. 1. 1929 ausführte, die Franzosen und Belgier verlangten in der Reparationsfrage nur das eine, daß nicht auf den Nationen, die für ihre Existenz gekämpft und dem Recht zum Triumph verholten hätten, alle Folgen eines Kampfes sitzenblieben, den alle diese Nationen nicht gewollt hätten. Der Temps kleidete die Sache mit gewohnter Deutlichkeit in die Worte „es wäre eine wirkliche Herausforderung des gesunden Menschenverstandes und des einfachsten Gerechtigkeitsgefühls, wenn man den Nationen neue Opfer aufzwingen würde, die die schwergeprüften Opfer des Krieges gewesen sind, während diejenigen, die für den Weltkonflikt verantwortlich waren, gerade dadurch eine Bevorzugung erreichen würden.“ Zitate dieser Art ließen sich beliebig häufen. Es sei nur noch eine Äußerung von Louis Marin, dem bekannten Vorsitzenden der Republikanischen Vereinigung, der großen französischen Rechtspartei, erwähnt, die er auf der Jahrestagung der Partei am 18. 12. 1928 getan hat und die dahin lautete, gerechterweise hätte Deutschland dazu verurteilt werden müssen, abgesehen von den Reparationen noch eine Strafkontribution und gleichzeitig die Kosten für die Kriegführung zu zahlen. Die Amerikaner hätten verlangt, daß dies nicht gefordert werde, und heute kämen sie, um von Frankreich die Erstattung der eigenen Kriegsausgaben zu verlangen.

Daß die Diskussion über die Frage der Rheinlandräumung der französischen Presse oft Gelegenheit gab, der Kriegsschuldfrage zu gedenken, ist nach dem Gesagten nicht verwunderlich. Der Intransigeant vom 10. 9. 1928 sprach nur einen oft variierten Gedanken aus, als er sagte, wenn Frankreich aus dem Rheinland abgezogen sein werde, sei kein Grund mehr vorhanden, daß nicht der jahrhundertelange Kampf um den Rhein, in dem Frankreich stets angegriffen worden sei, nicht andere Episoden habe. Hier finden wir also die Anschauung, daß Frankreich seit Jahrhunderten immer wieder von Osten her angegriffen worden sei, eine These, zu deren Beweis in Frankreich ja von ernsten Wissenschaftlern dicke Bücher geschrieben worden sind. Sie wird immer wieder hervorgeholt, wenn die Sicherheitsfrage diskutiert wird. So äußerte der bekannte Sozialistenführer Paul-Boncour, während langer Jahre Frankreichs Vertreter bei den Abrüstungs- und Sicherheitsverhandlungen in Genf, auf einer Generalversammlung der französischen Völkerbundsliga am 15. 12. 1928, die Stellungnahme Frankreichs in der Sanktionsfrage werde ihm vorgeschrieben durch seine Sicherheit. Frankreich habe zweimal in einem halben Jahrhundert eine Invasion erlebt und müsse Sicherheit haben, daß derartiges sich nicht wiederholen werde. Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in

Reims sagte Kriegsminister Maginot zur Begründung der französischen Rüstungen, wenn ein Volk innerhalb eines Jahrhunderts drei Invasionen zu erdulden gehabt habe, dann habe es die Pflicht, nichts außer Acht zu lassen, was seine Sicherheit angehe. Die Überzeugung davon, daß Frankreich 1914 das schuldlose Opfer eines deutschen Angriffs geworden sei, ist eben geradezu ein Grundstein für die französische Theorie und Praxis von der Sicherheit, und deshalb hat sie selbst Briand in seiner oben zitierten Antwortrede in Genf an Reichskanzler Müller sich zu eigen gemacht. Schließlich beruht ja auch die deutsche Abrüstung, wie sie im Versailler Vertrag festgesetzt worden ist, moralisch auf der Kriegsschuldfrage. Wenn die deutsche Entwaffnung die notwendige Voraussetzung für jede allgemeine Abrüstung sein mußte, so eben deswegen, weil Deutschland der Urheber des Weltkrieges und der Sitz des Imperialismus und der Aggressivität war, und es ist nur logisch, wenn französischerseits jede Forderung, die Abrüstung nun auch auf Frankreich auszudehnen, mit dem Hinweis darauf beantwortet wird, Deutschland sei doch noch immer eine Gefahr.

Von hier aus versteht man die in Frankreich unendlich diskutierte Lehre von den zwei Deutschlands, dem alten militaristischen, imperialistischen und autokratischen von Potsdam und dem republikanischen, friedfertigen und demokratischen von Weimar. Dem letzteren kann man es nicht verzeihen und findet es besorgniserregend, daß es, wie man sich ausdrückt, die Sünden des kaiserlichen Deutschlands nicht offen bekennen will, d. h. sich gegen die Kriegsschuldfrage wehrt. Man findet, daß das geradezu dem Geist von Locarno widerspreche und darauf hinweise, daß die Deutschen eben ihren alten Adam doch nicht ausgezogen hätten und deshalb nach wie vor ein gefährliches Volk blieben, demgegenüber Mißtrauen am Platze sei. Das verhindert allerdings nicht, daß z. B. in den Tagen der Unterzeichnung und Ratifikation des Kellogg-Paktes ein Fortschritt Deutschlands im Sinne des Friedensgedankens konstatiert wurde. So schrieb der offiziöse Petit Parisien am 28. 8. 1928, seit gestern binde eine Verpflichtung, nicht mehr zum Kriege zu greifen, formell fünfzehn Mächte, darunter acht europäische. Wen finde man in der ersten Reihe dieser Mächte? Deutschland, das vor 14 Jahren den fürchterlichsten Zusammenstoß entfesselte, der jemals die Welt in Blut tauchte. Die linksradikale Ere Nouvelle vom 3. 2. 1929 schrieb im Anschluß an eine Rede Stresemanns im Reichstag zur Ratifizierung des Kellogg-Paktes, Stresemanns Glaubensbekenntnis sei wichtig. Deutschland habe während langer Jahre den Göttern des Krieges Gefolgschaft geleistet, heute ver-

zichte es auf einen Teil seiner Souveränität. Daß in der Stadt Friedrichs II. die „nationale Industrie“ außerhalb des Gesetzes gestellt werde, sei doch ein großer Fortschritt. Auch aus diesen Äußerungen an sich wohlmeinender Blätter ergibt sich, wie selbstverständlich in der französischen öffentlichen Meinung die Überzeugung von der Richtigkeit des Versailler Kriegsschuldurteils ist. Dafür kann als besonders deutliches Beispiel ein Artikel von Lucien Romier im *Petit Parisien* vom 27. Mai d. J. über den Expansionswillen Italiens gelten. Romier ist einer der besten Köpfe Frankreichs, ein Mann von großer Horizontweite, Bildung und Urteilkraft, der viel zu hoch steht, um in den Verdacht chauvinistischer oder anti-deutscher Gesinnung zu kommen. Trotzdem schrieb er in dem genannten Artikel, in Europa könne heutzutage keine einzige Nation isoliert das Problem ihres eigenen Lebensgleichgewichts lösen. Auch Deutschland glaubte 1914 sich durch ein Abenteuer Absatzmärkte erschließen zu können. Heute habe es 2 Millionen Arbeitslose. Romier vertritt also die in Frankreich viel variierte These, daß Deutschland den Krieg 1914 entfesselt habe, um sich die Weltmärkte zu erobern, also aus wirtschaftlichem Imperialismus. Es ist nur eine Spezialisierung dieser Auffassung, wenn in Frankreich, was oft geschieht, der „Drang nach dem Osten“ als hauptsächlichster Kriegsgrund für Deutschland bezeichnet wird.

Bei kaum einer Gelegenheit kam die französische Auffassung so energisch und allgemein zum Ausdruck wie nach der Rede des Reichspräsidenten in Tannenberg im September 1927. Damals erhob sich die öffentliche Meinung Frankreichs einmütig zu einem Glaubensbekenntnis für die Versailler Kriegsschuldthese. Ähnliches geschah, als zwischen der deutschen und der belgischen Regierung Besprechungen über eine Bereinigung der Franktireurfrage durch Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission stattfanden, zu der sich damals der belgische Außenminister spontan bereiterklärt hatte. Vandervelde wurde bekanntlich von seinem Ministerkollegen desavouiert und zog sein Angebot zurück. Die französische Presse kommentierte diese Vorfälle vielfach in scharfen Worten. Sie führte aus, die Einsetzung einer derartigen internationalen Untersuchungskommission wäre äußerst gefährlich. Sie würde einen Präzedenzfall bedeuten, der es Deutschland ermöglichen würde, alsdann alle Klauseln des Versailler Vertrages betreffend die Schuld zur Diskussion zu stellen. Dadurch würde der Anfang mit einer Unterhöhlung der Grundlagen des Versailler Vertrages gemacht. Es wäre auch völlig unzulässig gewesen, daß ein derartiger Präzedenzfall ohne Verständigung der in gleicher Weise an der Frage

der Verantwortung am Kriege interessierten Mächte geschaffen worden wäre. Hier wurde also das solidarische Interesse der früheren Gegner Deutschlands an der Aufrechterhaltung der Kriegsschuldfrage ins Treffen geführt.

Auch Deutschlands ganz natürliche bedeutende Stellung in der sozialistischen Internationale gibt Blättern wie dem Temps (10. 8. 1928) Anlaß, der Kriegsschuldfrage Erwähnung zu tun, und er schrieb, nachdem man versucht habe, die germanische Hegemonie in der Welt durch die Methoden des Militarismus und des Imperialismus, durch brutale Eroberung und Angriff aufzurichten, bemühe sich das neue Deutschland, sie jetzt durch den Einfluß seiner Sozialdemokratie zu verwirklichen, die innerhalb der sozialistischen Internationale allmächtig sei. Als man sich in Paris darüber stritt, ob der Miß Cavel-Film gezeigt werden solle, widersprach der linksgerichtete Quotidien (12. 8. 1928) der Aufführung und meinte, es sei inopportun, den Zorn wieder wachzurufen. Man müsse die Kraft haben, Vergessen vorzutäuschen. Das heißt also nicht, sein Urteil ist man bereit zu revidieren, aber man will eventuell die „deutschen Verbrechen“ vergessen!

Wer die Kriegsschuldforschung und ihre Ergebnisse etwas übersieht und sich z. B. der Schlußfolgerungen erinnert, zu denen ein so kompetenter Forscher wie der Amerikaner Fay in seinem Standardwerk über die Kriegsursachen kommt, dem muß die Haltung weitester französischer Kreise in der Kriegsschuldfrage geradezu verblüffend erscheinen, und er wird sich fragen, wie sie zu erklären sei? Zweifellos hat sie vielerlei Gründe, die sowohl im Charakter des französischen Volkes wie in der politischen Interessenlage und im manchen anderen liegen. Es ist schwer, gegen verbreitete Anschauungen und Vorurteile vorzugehen. In Frankreich ist das aber besonders schwer, erst recht, wenn sie irgendwie mit nationaler Ideologie und nationalem Interesse zusammenhängen. Nun ist aber der Glaube, daß Frankreich immer an der Spitze der Zivilisation marschiert sei und immer für große Ideen und für das Recht gekämpft habe, ein wesentlicher Bestandteil nationaler französischer Ideologie, und daß Frankreich den größten und schwersten Krieg seiner Geschichte nicht für Recht und Freiheit und nicht in der Verteidigung edelster Menschheitsgüter geführt habe, das zu beweisen, betrachten die meisten Franzosen eben als einen Angriff gegen heiligste Überzeugungen. Dazu kommt, daß die Unverletzlichkeit und Unveränderlichkeit des Versailler Vertrages das A und O der Politik Frankreichs ist. Wie könnte man da daran denken, den Schuldparagraphen 231 ins Wanken kommen zu lassen, der so oft als die moralische Basis des ganzen Vertrages

bezeichnet wurde? Da würde man ja die höchsten politischen Interessen des Landes in Frage stellen. So bewegt man sich in einem *Circulus vitiosus*, der den Blick ins Freie verwehrt.

Wenn man den Kreis der Betrachtung auf die französische Geschichtswissenschaft ausdehnen wollte, müßte man einigermaßen ins Detail gehen. Es erforderte eine eigene Untersuchung, darzulegen, wie die französische Geschichtswissenschaft sich mit dem Kriegsschuldproblem auseinandergesetzt hat. Die Evolution ist auch hier langsam, aber sie ist wenigstens vorhanden, und auch Männer wie Poincaré haben ihr ihren Tribut zahlen müssen. Vorläufig ist allerdings noch wenig davon zu spüren, daß die richtigeren und den wahren Zusammenhängen entsprechenderen Erkenntnisse mancher französischen Historiker sich in der öffentlichen Meinung in irgendwie erheblichem Maße ausgewirkt hätten.

Sehr viel oder sogar das meiste fehlt in dieser Hinsicht auch in den französischen Schulbüchern. Ein amerikanischer Professor an der Columbia-Universität, Carlton I. H. Hayes, hat darüber in einem auch sonst bemerkenswerten Buche (*France a Nation of Patriots*, New York Columbia University 1930) ausführliche Untersuchungen angestellt und das Material für seine Schlußfolgerungen ziemlich ausführlich mitveröffentlicht. Er hat etwa neunzig typische französische Schulbücher u. a. daraufhin untersucht, was sie über die Frage der Kriegsursachen enthalten, und zwar hat er, wie er Seite 51 sagt, immer die neuesten Auflagen herangezogen. Das Ergebnis seiner Untersuchung ist, daß die Mehrzahl dieser Bücher „Deutschland und Deutschland allein für den Krieg für verantwortlich halten, daß sie frühere Angriffe Deutschlands auf Frankreich erwähnen, aber von keinem jemals von Frankreich ausgeführten Angriff sprechen, daß sie Deutschland als barbarisch, kriegerisch und brutal und Frankreich als groß, friedlich, gerecht und großherzig bezeichnen, und daß sie deutsche Grausamkeiten und französischen Heroismus während des Krieges unterstreichen“ (Seite 54). Den Nachweis für diese Schlußfolgerung bringt der Verfasser durch zahlreiche wörtliche Zitate aus französischen Schulbüchern auf Seite 343 bis 399 seines Werkes. Einige davon seien angeführt, zunächst aus Büchern für Kinder von sechs bis sieben Jahren. So heißt es in einem in 111. Auflage vorliegenden Geschichtsbuch über die Kriegsursachen: „die Deutschen waren durch Handel und Industrie sehr reich und mächtig geworden. Sie wollten noch reicher und noch mächtiger werden, und da sie eine gewaltige Armee hatten, erklärten sie Frankreich und Rußland den Krieg.“ In einem anderen Buche heißt es: „Frankreich hatte 1871 nicht vergessen, aber großherzig, wie es ist, wünschte es nur den

Frieden. Am 28. Juli 1914 wurde der Erzherzog und Thronerbe Österreichs und seine Frau durch Anarchisten ermordet. Österreich hielt Serbien für diesen Mord für verantwortlich und erklärte ihm den Krieg. Nun mußte Rußland Serbien helfen, und Frankreich war der Verbündete Rußlands. Beide versuchten den Konflikt zu vermeiden, und auch England bemühte sich um die Aufrechterhaltung des Friedens, aber Deutschland wollte den Krieg, für den es sich seit 43 Jahren vorbereitet hatte. Wilhelm II. erfand Vorwände und erklärte uns den Krieg.“ In einem anderen in 20. Auflage gedruckten Buch heißt es lapidarisch: „der deutsche Kaiser Wilhelm II. erklärte ohne Grund den Krieg. Deutschland wollte unser Land niederwerfen und vernichten. Wir verdienten keinerlei Vorwurf.“ In einem weiteren Buche heißt es: „Erinnert Euch, kleine französische Kinder, daß es Deutschland war, das Frankreich angriff und es zwang, den Krieg auf sich zu nehmen. Erinnert Euch daran, daß während mehr als vier Jahren Belgien und Nordfrankreich von den Deutschen besetzt war. Unsere Feinde benahmen sich wie Barbaren, indem sie die Maschinen aus den Fabriken, die Möbel aus den Häusern und die herrlichen Meisterwerke aus den Museen raubten.. Ewige Schande über Deutschland! Ewiger Ruhm dem süßen Frankreich und seinen Alliierten!“ In einem bereits in 256. Auflage vorliegenden Buche für sieben- bis neunjährige Kinder heißt es: „Frankreich wünschte mit allen Nationen im Frieden zu leben, aber 1914 provozierte Deutschland einen allgemeinen Krieg. Mit seinen Alliierten England, Rußland und den Vereinigten Staaten kämpfte Frankreich tapfer für Recht und Gerechtigkeit.“ Ein weiteres Lehrbuch schreibt in seiner 86. Auflage folgendes: „Nach der Eroberung des Elsaß und eines Teils von Lothringen wuchs der Ehrgeiz des deutschen Kaisers und seines Volkes unaufhörlich. Jetzt wollten sie einen großen Teil Frankreichs haben, weil unser Vaterland ein mildes Klima, fruchtbaren Boden und zahlreiche Bergwerke, Quellen des Wohlstandes, hat. Die Deutschen gleichen gewissen Verbrechern, die auf eine günstige Gelegenheit warten, um sich auf diejenigen zu stürzen, die sie ausplündern wollen. Wilhelm II. war siegesbewußt wegen der Zahl seiner Soldaten und der furchtbaren Waffen, die seine Fabriken produzierten, und er versuchte den Krieg zu provozieren, aber Frankreich wünschte den Frieden und setzte seinen Provokationen nur Geduld entgegen. Dann reizte Wilhelm II. Österreich zu einem Streit mit Serbien auf. Sobald Rußland mobilisierte, um Serbien zu helfen, ergriff der deutsche Kaiser die Gelegenheit, Rußland den Krieg zu erklären. Durch unser Defensivbündnis mit Rußland wurden wir so in den Krieg hineingezogen, den Wilhelm II. wollte.“ Ein anderes von dem berühmten

Historiker Ernest Lavisse verfaßtes Elementar-Lehrbuch sagt in seinem 1832. Tausend nach Beschreibung der Schrecken des Krieges: „Alle diese furchtbaren Dinge passierten, weil Deutschland die Weltherrschaft erstrebte, deshalb wollte es Frankreich vernichten.“

Die Zahl solcher Zitate könnte nach der Zusammenstellung von Carlton Hayes noch seitenlang fortgesetzt werden. Nun wenige der von ihm herangezogenen Lehrbücher erwähnen die Kriegsschuldfrage nicht oder in einwandfreier Weise. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß auch die Lehrbücher für die reifere Jugend bis zu 16 Jahren vielfach nur eine Variation der Versailler Kriegsschuldthese geben, wenn sie von den Kriegsursachen sprechen.

Wer durch die Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung Frankreichs in der Kriegsschuldfrage, wie sie oben dargelegt wurde, in Erstaunen versetzt worden ist, wird nach Kenntnisnahme der Untersuchungen von Hayes weniger verwundert sein. Wenn alle Lehrbücher für die Schulen die Versailler Kriegsschuldthese aufrechterhalten, kann man sich nicht wundern, daß wenig Anzeichen vorhanden sind für eine richtigere Einsicht in die Zusammenhänge. Übrigens stehen die militärischen Lehrbücher den zivilen nicht nach. Eines von ihnen, das der militärischen Vorbereitung der Jugend dient, formuliert die Kriegsschuldfrage in einer Weise, die mit der Mantelnote von Versailles an Eindringlichkeit wetteifert, wie folgt: „Was immer Deutschland behaupten mag, es ist heute einwandfrei bewiesen und festgestellt: daß Deutschland den Krieg wollte; daß es ihn zu dem ihm genehmen Zeitpunkt in der unentschuldigsten Art und Weise entfesselte; daß es absichtlich alle Versuche, ihn zu verhindern, vereitelte; daß es französisches Gebiet schon vor der Kriegserklärung verletzte; daß es infolgedessen für alle Zeit die Verantwortung für diesen Weltkrieg trägt, den es gewollt, vorbereitet, provoziert und aufgezwungen hat.“ So also wird die französische Jugend belehrt, wenn sie die erste Anleitung zum Kriegsdienst erhält! Da kann man sich allerdings nicht wundern, wenn in Frankreich alles nach Sicherheit ruft. Denn wer einen solchen noch dazu zahlenmäßig überlegenen Nachbarn hat, wie er in den französischen Schulbüchern dargestellt wird, der hat allen Grund, in steter Sorge zu leben!

Die französischen Lehrer haben sich den Gefahren nicht verschlossen, die die chauvinistischen Lehrbücher in vieler Hinsicht bedeuten, und diejenige ihrer Organisationen, die wohl die größte Mitgliederzahl hat, nämlich das Syndicat National des Institutrices et Instituteurs de France et ses Colonies, mit etwa 80 000 Mitglieder, die sich politisch zur Linken zählen, hat energische Resolutionen

gegen den chauvinistischen Geist in den Schulbüchern gefaßt. Wie weit diese Bestrebungen zur Ausmerzung des Chauvinismus aus den französischen Schulbüchern schon Erfolg gehabt haben, ist schwer zu sagen. Die Ergebnisse von Carlton Hayes stimmen allerdings nicht sehr optimistisch.

Will man aus dem Vorstehenden Schlüsse ziehen, so wären es etwa folgende: In Frankreich wird die Kriegsschuldfrage noch ziemlich allgemein als eine Cause jugée im Sinne des Versailler Vertrags und inhaltlich im Sinne der Mantelnote aufgefaßt. Durch die Schulbücher wird diese Auffassung der heranwachsenden Jugend immer von neuem eingeprägt. Soweit die Presse die Frage der Kriegsursachen erwähnt, bringt sie dieselbe Auffassung zum Ausdruck, die Presse der Rechten öfter und mit aggressiverem Ton als die der Linken, aber beide im Grunde von derselben Überzeugung ausgehend. Diejenigen Organe, die das nicht tun, wie die Tageszeitung *Volonté* und die Zeitschrift *Evolution* sind Ausnahmen. Ebenso Männer, wie Demartial, Fabre-Luce und Victor Marguerite, deren mutige Bücher in Frankreich anscheinend ohne tiefere Wirkung geblieben sind. Ansätze zu einer objektiven Betrachtung der Dinge finden sich zuweilen in Artikeln von Zeitschriften von einzelnen Historikern wie Vermeil oder Elie Halevy, wobei die Zeitschrift *L'Europe Nouvelle* sich besonders bemüht hat. Aber von einer Aufklärung weiterer Kreise sind wir noch sehr entfernt.

Welche politischen Wirkungen diese Tatsachen haben, ist im Vorstehenden verschiedentlich angedeutet worden. Es wird daraus auch klar geworden sein, daß die Kriegsschuldfrage in Frankreich keineswegs nur akademischen Charakter besitzt, sondern daß sie zu verschiedensten der wichtigsten politischen Fragen bedeutsame innere Beziehungen hat und daß sie, man denke nur an die Sicherheits- und Abrüstungsfrage, in dieselben stark hineinwirkt. Diejenigen Kreise in Frankreich, die eine Verständigung mit Deutschland ehrlich wünschen, hätten allen Grund, sich diese Seiten der Kriegsschuldfrage einmal zu überlegen und zu prüfen, ob es nicht für Frankreich selbst auch besser wäre, wenn die Kriegsschuldfrage eine befriedigende Lösung fände.

Der Vertrag von Björkoe und die Einkreisung Deutschlands.

Paul Ostwald.

Am 24. Juli d. J. werden es 25 Jahre, daß der deutsche Kaiser und der russische Zar sich in den finnischen Schären bei Björkoe trafen und einen gegenseitigen Defensivvertrag unterzeichneten, der, wenn er Wirklichkeit geworden wäre, eine völlige Veränderung der damaligen machtpolitischen Situation in Europa bedeutet und die von englischer Seite betriebene Einkreisung Deutschlands unmöglich gemacht hätte. Man mag den Bericht des Kaisers, den er am 25. Juli über seine Zusammenkunft mit dem Zaren auf dessen Schiff „Polarstern“ an den Reichskanzler Bülow schrieb, wegen seiner phantastischen und schwärmerischen Ausdrucksweise belächeln, aber man wird auf der anderen Seite dem deutschen Kaiser doch recht geben müssen, wenn er den von ihm und dem Zaren unterzeichneten Vertrag einen Wendepunkt in der Geschichte nannte. Er gab sich dabei allerdings dem schweren Irrtum hin, daß durch den Zaren auch die russische Diplomatie ohne weiteres gewonnen sei, und er unterschätzte die Widerstände, die von dieser Seite dem Abkommen zwischen den beiden Monarchen erwachsen konnten und auch erwachsen mußten. An ihnen ist ja dann auch schließlich der Björköer Vertrag gescheitert, aber es wäre deshalb doch verkehrt, die damalige deutsche Politik, die auf eine Neubegründung einer deutsch-russischen Freundschaft ausging, als verkehrt zu bezeichnen. Vielmehr lagen die Dinge so, daß damals eine letzte Chance gekommen schien, die Einkreisung zu verhindern, und es war ein Verzweiflungsvorstoß der deutschen Politik in letzter Minute, das drohende Verhängnis zu bannen. Das richtig zu beurteilen, wird aber nur möglich, wenn wir den Vertrag von Björkoe mitten hineinstellen in die damalige europäische Situation, die charakterisiert wird durch den am 8. April 1904 erfolgten Abschluß der Entente cordiale zwischen England und Frankreich, durch den russisch-japanischen Krieg und durch die Marokkokrise in ihrer Auswirkung auf das deutsch-französische Verhältnis.

Die Bemühungen der Berliner Politik, die Fäden zwischen Deutschland und Rußland wieder enger zu knüpfen und damit der englischen Einkreisungspolitik entgegenzuarbeiten, werden zum ersten Male deutlich im Herbst des Jahres 1904, und zwar in einem Augenblick stärkster politischer Spannung zwischen Rußland und England. Denn am 22. Oktober 1904 hatte die russische Ostseeflotte, die sich auf dem Wege nach Ostasien befand, bei der Doggerbank englische Fischerboote beschossen, die sie für japanische Torpedo-

boote angesehen hatte. Nichts konnte Rußland, das sich seit dem Februar d. J. im Krieg mit Japan befand, jetzt gefährlicher werden, als wenn England aus diesem Zwischenfall bei der Doggerbank einen Anlaß zum bewaffneten Eingreifen auf seiten Japans machte, wie das auch von der erregten öffentlichen englischen Meinung gefordert wurde. Auf Frankreich, das erst vor einem halben Jahr die Entente cordiale mit England geschlossen hatte, und das seine Bündnispflicht Rußland gegenüber nur in einem deutsch-russischen Konflikt als gegeben sah, konnte sich die Petersburger Politik wenig verlassen. Die einzige Macht, die mit wirklichem Wohlwollen damals auf Rußlands Seite stand, war Deutschland, das zum großen Ärger Englands ja auch die russische Flotte mit Kohlen versorgt hatte. Der Augenblick, Rußland jetzt wieder ganz auf die deutsche Seite hinüberzulenken, schien darum der deutschen Politik für gekommen, und sowohl der im Berliner Auswärtigen Amt noch allmächtige Holstein wie Reichskanzler Bülow sondierten noch in den Oktobertagen den Berliner russischen Botschafter von Osten-Sacken über die Möglichkeit eines deutsch-russisch-französischen Bündnisses, und bereits am 30. Oktober sandte der deutsche Kaiser einen Vertragsentwurf an den Zaren, dessen drei Artikel ein deutsch-russisches Defensivbündnis vorsahen und die Aufforderung an Frankreich, seine Rußland gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen. In Petersburg geriet man durch diesen deutschen Vorschlag in einige Verlegenheit. Abweisen konnte man den deutschen Vorschlag in der gegebenen Situation kaum, denn wie der russische Außenminister Lambsdorff ganz richtig an Osten-Sacken am 28. Oktober schrieb, brauchte Rußland die Freundschaft seines mächtigen Nachbarn sehr nötig wegen der Sicherheit der ausgedehnten Grenzen, wegen der Versorgung mit Kohlen und mit anderer Konterbande, aber man merkte auch sofort die Absicht der Berliner Regierung, die eben darauf hinausging, die Unstimmigkeiten zwischen Rußland und England zu vermehren und Rußland an Deutschland zu fesseln. Man war sich klar darüber, daß ein deutsch-russischer Vertrag das Ende des russisch-französischen bedeuten mußte, da Frankreich nach dem Abschluß der Entente mit England keinesfalls gewillt sein würde, sich einer gegen England gerichteten Koalition anzuschließen, am allerwenigsten einer Koalition, in der sich Deutschland befand. Dazu kam weiter, daß man in Petersburg über die Ziele der englischen Politik besser orientiert war als in Berlin. Denn schon eine Woche nach der Unterzeichnung der Entente mit Frankreich hatte der englische König Eduard VII. dem russischen Gesandten in Kopenhagen, Iswolski, erklärt, es sei sein lebhafter Wunsch, die bisherigen Gegensätze zwischen Rußland und England durch eine ähnliche Entente wie mit Frankreich aus

der Welt zu schaffen. Damit aber hatte die englische Regierung deutlich genug zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt war, sich in den russisch-japanischen Krieg einzumischen, und man konnte daher in Petersburg die berechtigten Hoffnungen hegen, daß die Londoner Politik, trotz des fatalen Zwischenfalls an der Doggerbank, an dem einmal eingeschlagenen Kurs festhalten würde, daß sie sich den russischen Wünschen gegenüber, diesen Zwischenfall auf friedliche Weise zu bereinigen, entgegenkommend erweisen würde. Je mehr sich auch diese Hoffnungen erfüllten, um so vorsichtiger wurde die Petersburger Regierung dem deutschen Drängen gegenüber, wie sich das deutlich genug in Lambsdorffs Schreiben an Osten-Sacken vom 28. Oktober ausspricht, in dem der russische Außenminister an den Berliner Botschafter die Weisung ausgab, die Beziehungen zu Berlin durch nichts zu verschlechtern, aber auch Paris nicht außer acht zu lassen. Lambsdorff hatte darum auch den deutschen Vertragstext dahin umgeändert, daß der Zar die notwendigen Schritte ergreifen sollte, um Frankreich mit dem Vertrag bekannt zu machen und es dazu zu bewegen, sich ihm in der Eigenschaft als Verbündeter anzuschließen. Diese Änderung war selbstverständlich gleichbedeutend mit der Vernichtung der deutschen Absichten, da Frankreich mit Hilfe Englands alles daran gesetzt haben würde, den deutsch-russischen Vertrag zu verhindern. Doch in Berlin gab man noch nicht alles verloren. Da man gemerkt hatte, daß Rußland weiter fest an Frankreich festhalten und dieses Bündnis auf keinen Fall opfern wollte, so suchte man Petersburg dahin zu überzeugen, daß sich der deutsch-russische und der russisch-französische Vertrag in keiner Weise widersprächen, da sie ja beide rein defensiver Natur wären, und daß Frankreich, wenn es vor ein fait accompli des deutsch-russischen Vertrages gestellt sei, sich genötigt sehen würde, ihm beizutreten. Diese in dieser Richtung von Holstein und Bülow zu Osten-Sacken gemachten Äußerungen und diese in gleicher Richtung gehenden schriftlichen Äußerungen des Kaisers an den Zaren waren von deutscher Seite kaum allzu ehrlich gemeint, aber es gab ja keinen anderen Weg, Rußland den vorgeschlagenen Vertrag einigermaßen mundgerecht zu machen. Für Deutschland konnte es nur darauf ankommen, Rußland zu gewinnen, und wie sich Frankreich später damit abfand, war seine Sache. Doch alle Bemühungen Berlins, erst den deutsch-russischen Vertrag perfekt zu machen, und Frankreich dann zum Beitritt einzuladen, scheiterten an dem von Lambsdorff eingenommenen festen Standpunkt, nicht ohne Paris mit Berlin zu verhandeln. Er wurde in dieser seiner Stellungnahme sowohl von von Osten-Sacken, dem Berliner Botschafter, wie auch von Nelidow, dem Pariser Botschafter, gründlich unterstützt, und der Zar gab

nach. Im November 1904 mußten die Hoffnungen der Berliner Politik als gescheitert angesehen werden, und der deutsche Kaiser sah sich am 26. November 1904 dazu gezwungen, an den Zaren zu schreiben: „Wenn Du es jedoch für unmöglich halten solltest, mit mir einen Vertrag zu schließen, ohne vorherige Zustimmung Frankreichs, dann wäre es besser, darauf zu verzichten, irgendeinen Vertrag zu schließen.“ Zwar hat der Zar seinen Außenminister Mitte November noch einmal zu einem ausführlichen Exposé über den deutsch-russischen Vertrag aufgefordert, aber da Lambsdorff auch hierin es noch einmal für gefährlich erklärte, die Unterzeichnung ohne Benachrichtigung Frankreichs zu vollziehen und eine vorherige vorsichtige Sondierung der Pariser Regierung empfahl, so blieben auch weitere Schreiben des deutschen Kaisers an den Zaren ergebnislos, auch wenn er in ihnen an den Zaren, als den mächtigen Monarchen, als seinen Vetter und Freund appellierte, der sich in einer solchen Vertrauensfrage wohl mit dem deutschen Kaiser, nicht aber mit Loubet und Delcassé auf denselben Fuß stellen dürfe.

Der deutsche Vorstoß war gescheitert, und man hat in Berlin ihn auch wohl als für immer gescheitert angesehen. Denn hätten Bülow und Holstein noch Hoffnungen gehabt, dann wäre ihre Haltung in der im Frühjahr 1905 ausbrechenden Marokkokrise kaum erklärlich. Petersburg war, wie es sich herausgestellt hatte, nur über Paris zu gewinnen, und dieses Ziel war um so unerreichbarer, als sich der deutsch-französische Gegensatz verschärfte. Aber gerade Bülow und Holstein waren es, die den deutschen Kaiser, der persönlich widerstrebte, dazu zwangen, in Tanger zu landen und dadurch Deutschlands Einspruch gegen die englisch-französischen Abmachungen über Marokko in aller Form, wenn auch gerade nicht in der geschicktesten, anzumelden. Daß Bülow an eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Rußland nicht dachte, wird auch dadurch bestätigt, daß er dem deutschen Kaiser abriet, sich mit dem Zaren während des Sommers zu treffen. Umsomehr aber hielt der deutsche Kaiser fest an der Hoffnung, daß sich neue Gelegenheiten bieten würden, um noch einmal einen Vorstoß zu wagen, und er hielt diese Gelegenheit für gekommen, als Rußland durch den unglücklichen Verlauf des Krieges gegen Japan und durch die Revolution in neue Schwierigkeiten gekommen und der Zar dadurch erst recht ratlos und unsicher geworden war. Der Kaiser bestand darum auch auf seinem Plan, sich im Sommer mit dem Zaren zu treffen, um mit ihm persönlich noch einmal die Möglichkeiten eines deutsch-russischen Defensivvertrages durchzusprechen, und es gelang ihm schließlich auch, Bülow dafür zu gewinnen. Denn wie aus den deutschen Akten hervorgeht, hat Bülow sich vom 20. Juli 1905 ab dafür eingesetzt, die Zusammenkunft der beiden Herrscher gut

vorzubereiten. Der Vertragsentwurf wurde erneut aufgestellt, und sein Artikel 4 enthielt wieder die deutsche Bedingung, daß Frankreich erst nach Abschluß des deutsch-russischen Übereinkommens davon in Kenntnis gesetzt und zum Beitritt aufgefordert werden sollte. Die Möglichkeit dieses Beitritts von seiten Frankreichs hielt man im Berliner Auswärtigen Amt jetzt nicht mehr für so ganz unmöglich, da an die Stelle Delcassés der versöhnlichere Rouvier getreten war, und man hoffte deshalb auch, daß die Tatsache des Wechsels im französischen Außenministerium die russische Diplomatie leichter dazu überreden würde, den Vertrag mit Deutschland zu schließen, und zwar in der Hoffnung, daß Frankreich dann sicher folgen werde.

Tatsächlich gelang es nun dem deutschen Kaiser, den Zaren zur Unterschrift unter den Vertrag zu überreden, nachdem er im Text noch eine kleine Änderung vorgenommen hatte, daß beide Mächte sich ihre gegenseitige Unterstützung nur für Europa versprachen. Endlich schien das heiß ersehnte Ziel erreicht und der große Wurf gelungen. Doch man hatte die Rechnung eben ohne die russische Diplomatie gemacht. Lambsdorff setzte sich sofort in Beziehung mit dem Pariser Botschafter, um von ihm Erkundigungen über das voraussichtliche Verhalten Frankreichs zu einem deutsch-russischen Vertrag einzuziehen. Nelidow hat dann auch, wie aus seinem Bericht an Lambsdorff vom 18. Oktober hervorgeht, Rouvier direkt die Frage gestellt, ob es nicht gut wäre, dem englisch-japanischen Bündnis eine Liga der Kontinentalmächte entgegenzustellen, und er erhielt vom französischen Außenminister folgende, die französische Einstellung sehr bezeichnende Antwort: „Wir haben nichts von den Engländern zu erwarten; wir haben ihnen das konzediert, was sie faktisch schon besaßen (Ägypten), und für uns ist es sehr schwer, davon Besitz zu ergreifen, wozu uns die Genehmigung gegeben worden ist (Marokko) . . . Wir sind im übrigen in keinem Falle geneigt, unsere Beziehungen zu den Großmächten zu ändern. Mit England und Italien sind wir befreundet; wir tun alles, um gute Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten, aber unser einziges Bündnis ist das mit Rußland, und dieses ist uns wertvoll . . . Wir hegen niemand gegenüber Eroberungsgelüste, wir haben klare Beweise unserer Friedensliebe gegeben. Nun sind es 35 Jahre her, daß uns nach dem für uns unglücklichen Kriege zwei Provinzen fortgenommen sind und wir für den Frieden mehrere Milliarden zahlen mußten. Unsere Nation hat sich dem gebeugt, und seitdem sind wir bemüht, jeden Anlaß zu Streitigkeiten und Mißverständnissen zu vermeiden. Um Schwierigkeiten (Marokkofrage), die sich zuzuspitzen drohten, zu vermeiden, erkühnte ich mich kürzlich, die Eigenliebe meines Vaterlandes ein wenig zu



Der kleine Kreuzer „Berlin“ im Kielwasser der „Hohenzollern“, im Hintergrund der „Polarstern“ mit dem Begleitschiff, in den finnischen Gewässern bei Björköe

verletzen. Mehr kann man von mir nicht verlangen. Die Nation würde eine stärkere Annäherung an Deutschland nicht dulden. Sie kann nicht vergessen, was sie von diesem erlitten hat . . . Ein Bündnis mit Deutschland ist ausgeschlossen.“ Die Hoffnungen, die man in Berlin auf Rouvier gesetzt hatte, erwiesen sich also als ein Irrtum, wie das eigentlich auch gar nicht anders erwartet werden konnte. Wollte man auf deutscher Seite diesen das deutsch-französische Verhältnis so schwer belastenden Imponderabilien der französischen Revancheidee überhaupt energisch zu Leibe rücken, dann gab es nur ein Mittel: Verzicht auf Marokko. Tatsächlich hat auch Bülow diesen kühnen Gedanken gehabt, wie das seine Anweisungen an das Auswärtige Amt vom 31. Juli erkennen lassen. Aber es genügte dann nicht, wie es geschah, Frankreich Marokkos wegen plötzlich in Frieden zu lassen, sondern man hätte offen zwischen Paris und Berlin über das do ut des verhandeln müssen. So aber wirkten das Stillschweigen Deutschlands und seine Zurückhaltung in der Marokkofrage auf Frankreich mehr als sonderbar, und der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Radowitz, kam in eine schwierige Lage, das augenblickliche Verhalten seiner Regierung gegenüber dem bisherigen „lärmenden“ Vorgehen Herrn Rouvier gegenüber zu erklären. Ob allerdings nun eine deutsche Politik, die den französischen Stier energischer bei den Hörnern gepackt hätte, zu einem wirklichen Erfolg geführt hätte, muß auch bezweifelt werden, zumal sie einer von Paris aus gewünschten direkten Regelung der Marokkofrage zwischen Deutschland und Frankreich widerstrebt und auf einer internationalen Konferenz bestanden hatte, so daß dadurch die Revancheidee und der Haß gegen Deutschland neu belebt worden waren. Zwar behauptet der englische Unterstaatssekretär Crowe in seinem Memorandum vom 1. Januar 1907, daß Deutschland durch einen Verzicht auf Marokko damals einen günstigen Augenblick, Frankreich für sich zu gewinnen, versäumt habe, aber auch er beurteilt wohl die Dinge zu sehr vom englischen Standpunkt aus. Zwischen Frankreich und England lagen eben die Verhältnisse doch wesentlich anders als zwischen Deutschland und Frankreich, und der Rhein galt der französischen Volksseele immer mehr als irgendeine Kolonie. Wir können daher Herrn Crowe in seinem Memorandum nur insoweit recht geben, daß die deutsche Politik in dem damaligen kritischen Augenblick unter der geschickten Leitung eines Bismarck die Situation besser auszunutzen verstanden hätte, aber der Bismarck fehlte eben.

Die Berichte Nelidows bestimmten Lambsdorff selbstverständlich zu größter Vorsicht; an ein Aufgeben des Bündnisses mit Frankreich war auch bei ihm nicht zu denken. „Auf Grund langjähriger Erfahrung“, so schrieb er am 9. Oktober an Nelidow, „bin

ich zu der Überzeugung gelangt, daß das Bündnis mit Frankreich nötig ist, um wirklich gute Beziehungen zu Deutschland zu haben. Andernfalls verlieren wir die Unabhängigkeit, denn ich kenne nichts Schwereres, als das deutsche Joch.“ Immerhin konnte er sich aber doch auch nicht ganz den Vorteilen verschließen, die sich für Rußland ergeben konnten, wenn es gelang, die drei Mächte enger zusammenzuschließen, da ihn das im August 1905 erneuerte englisch-japanische Bündnis mit einer gewissen Besorgnis erfüllte. Die englisch-französische Entente hielt er nicht für dauerhaft und hoffte, daß man in Paris sehr bald auch zu dieser Meinung kommen würde, so daß dann der Zeitpunkt gekommen sei, Frankreich zu einer Durchsicht und eventuellen Abänderung gemäß den augenblicklichen Bedingungen der Weltpolitik zu veranlassen. Nach wie vor war er aber gegen jedes Übergehen der Pariser Politik und vertrat damit seinen alten und den Absichten Berlins völlig konträren Standpunkt. Kräftigste Unterstützung fand er hierbei bei dem aus Portsmouth nach dem Abschluß des Friedens mit Japan zurückgekehrten Grafen Witte. Dieser war bereits in Paris durch Nelidow über die schwebenden deutsch-russischen Verhandlungen in Kenntnis gesetzt, und wie Nelidow am 5. Oktober an Lambsdorff berichtete, war Witte einem Bündnis mit Deutschland zwar nicht abgeneigt, aber wichtiger erschien ihm die Notwendigkeit einer Verständigung mit England. Der Einfluß der englischen Diplomatie, die Rußland in Portsmouth in der Frage der Verweigerung der Zahlung der Kriegskosten so erfolgreich beigesprungen war, und die sich durchaus auf der Linie der oben bereits erwähnten Äußerung Eduards VII. zu Iswolski bewegte, war also auf Witte nicht ohne nachhaltigen Eindruck geblieben. Ganz ehrlich ist darum auch Witte wohl zum deutschen Kaiser nicht gewesen, als er mit diesem wenige Tage nach seinem Pariser Aufenthalt in Rominten zusammentraf und ihm auf seine Frage, ob er die Allianz zu dreien billige, mit einem Ja beantwortete. Witte sucht sich in seinen Memoiren zwar damit zu entschuldigen, daß der Kaiser ihm den Vertragstext nicht gezeigt habe, daß er ihm nur gesagt hätte, es seien seine (Wittes) Ideen, die man durchgeführt habe, so daß er gar nicht anders habe antworten können, aber er war doch Staatsmann genug, um sofort zu erkennen, daß eben diese Allianz zu dreien sich nur gegen England richten konnte, mit dem er eine Verständigung eben noch in Paris für unbedingt nötig erklärt hatte. Witte ist darum auch sicher nicht erst durch die Kenntnisnahme des Vertragstextes gegen die Abmachungen von Björköe umgestimmt worden, wie er es uns glauben machen will, und nicht zum wenigsten sind es gerade seine zornwütigen Äußerungen Lambsdorff gegenüber, daß Rußland durch das deutsche Vertragsangebot in den Augen Frankreichs entehrt würde,

die uns Aufschluß darüber geben, wie er jetzt nach Gründen suchte, um seinen politischen Umfall plausibel zu machen. Vorübergehend scheint Witte allerdings tatsächlich den Gedanken einer deutsch-russisch-französischen Kombination nach seiner Rückkehr aus Portsmouth ernstlicher erwogen zu haben, wie das die Britischen Dokumente ergeben. Sir Hardinge hatte jedenfalls den Eindruck von ihm, „daß er als begeisterter Bewunderer des deutschen Kaisers und als warmer Anhänger einer Politik der Annäherung an Deutschland zurückgekehrt sei.“ Die Gründe dazu aber werden offenbar aus einer Unterredung zwischen Witte und dem französischen Botschafter in Petersburg, Herrn Bompard, über die Sir Hardinge am 4. Oktober folgendes nach London berichten konnte: „Heute nachmittag suchte mich der französische Botschafter auf und sagte mir, er habe eine Unterredung mit Graf Witte gehabt, den er völlig unter dem Eindruck von seinem Empfang neulich in Deutschland stehend und in einem Zustand wütender Gereiztheit über das englisch-japanische Bündnis gefunden habe.“ Jedenfalls scheint Witte diesen „Zustand wütender Gereiztheit“ unter dem besänftigenden Einfluß der französischen und englischen Diplomatie sehr bald wieder überwunden zu haben, denn er hat dann zusammen mit Lambsdorff und dem Großfürsten Nikolaus dem russischen Kaiser es klar zu machen verstanden, daß Rußland auf den Vertrag mit Deutschland nicht eingehen könnte, wenn Frankreich nicht freiwillig sich beiden Mächten anschließen würde. Da letzteres ausgeschlossen war, war damit auch der zweite deutsche Vorstoß als erledigt anzusehen. Nochmalige Versuche des deutschen Kaisers, dem Zaren klarzulegen, daß der deutsch-russische Vertrag dem russisch-französischen nicht widerspräche, daß beide Verträge sich nur ergänzten, mußten erfolglos bleiben. Die russische Politik befand sich bereits voll im Fahrwasser der Entente, denn zu dem Einfluß von Paris auf Petersburg war bereits der von London getreten. Wie aus dem 4. Bande der Britischen Dokumente jetzt unwiderlegbar hervorgeht, hatte man von London aus die Erneuerung des Bündnisses mit Japan vor allem unter dem Gesichtspunkt betrieben, Rußland jede Möglichkeit einer Revanchepolitik im Fernen Osten zu nehmen, es dadurch von Asien fort und nach Europa zu lenken und somit an die Seite der englisch-französischen Entente. Um so größer waren darum aber auch die Befürchtungen in London, daß die Björköer Monarchenzusammenkunft diese Pläne zunichte machen konnte, und man setzte alles daran, etwas Genaueres darüber zu erfahren. Die russischen Stellen hielten dieses Mal aber dicht, und der englische Botschafter in Petersburg, Sir Hardinge, konnte nur berichten: „Alles was man weiß, ist, daß der Kaiser hoch befriedigt von seiner Unterredung nach Peterhof zu-

rückkehrte, und danach nimmt man allgemein an, daß Kaiser Wilhelm es sich angelegen sein ließ, dem Kaiser Nikolaus zu schmeicheln und es zu vermeiden, ihm einen Rat zu geben, der Seiner Majestät unangenehm sein könnte.“ Dennoch vermutete man natürlich in London, daß irgend etwas zwischen Deutschland und Rußland im Gange war, und auch hier geben die Britischen Dokumente heute genügenden Aufschluß darüber, welche Mühe man sich bis Mitte Oktober auf englischer und französischer Seite gab, um vor allem Lambsdorff und Witte von der Harmlosigkeit und keineswegs sich gegen Rußland richtenden Tendenz des zweiten englisch-japanischen Bündnisses zu überzeugen. Es kam zwar zu ziemlich erregten Auseinandersetzungen zwischen den Botschaftern Englands und Frankreichs mit Lambsdorff und Witte über das erneuerte und auf ganz veränderter Grundlage abgeschlossene englisch-japanische Bündnis, „mit dem man Rußland vor den Kopf gestoßen habe“, aber da sich die Unmöglichkeit einer deutsch-russisch-französischen Kombination deutlich ergeben hatte, da beide russischen Staatsmänner für eine Allianz mit Deutschland allein und ohne Frankreich auf keinen Fall zu haben waren, da schließlich für Lambsdorff wie Witte das englisch-japanische Bündnis den einzigen Stein des Anstoßes bildete, so hatte die englische Politik kein allzu schweres Spiel, Petersburg an die Seite von London und Paris zu drängen. Als Sir Hardinge am 24. Oktober vor seiner Urlaubsreise in Abschiedsaudienz vom Zaren empfangen wurde, konnte er von diesem jedenfalls die Versicherungen mit nach Hause nehmen, daß man in Rußland keinen Groll mehr wegen des englisch-japanischen Bündnisses hege, und daß man bereit sei, sich über die einzige in Asien noch ausstehende strittige Frage, nämlich über die persische, sobald wie möglich mit England in Beziehung zu setzen. Rußland war durch die geschickte englische Politik und durch die unveröhnliche Haltung der französischen Politik Deutschland gegenüber für die Einkreisung gewonnen.

So endete also auch der zweite in Björköe von deutscher Seite eingeleitete Versuch einer deutsch-russischen Verständigung mit einem vollen Mißerfolg. Daraus aber zu folgern, daß der deutsche Versuch, zu einem engeren Verhältnis mit Rußland zu gelangen, am besten überhaupt unterblieben wäre, wäre falsch. Mit vollem Recht könnte man heute vielmehr dann der deutschen Politik den Vorwurf machen, daß sie günstige Momente, die Einkreisung zu verhindern, versäumt hätte. Wohl aber gibt dieser mißglückte deutsche Versuch zu denken, ob es richtig gewesen war, durch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages die Bahnen der Bismarck-schen Politik zu verlassen und Rußland dadurch sein Hindrängen zu Frankreich allzu leicht zu machen.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Morrow cites naval rivalry as root of war.

„The New York Herald“, June 8, 1930.

Der bisherige Botschafter der Vereinigten Staaten in Mexiko, Morrow, der als republikanischer Kandidat für einen Senatssitz im Staate New Jersey kandidierte, hielt eine Wahlrede, über die „New York Herald“ berichtet:

„Fear and the pressure of large naval competition“ started the World war, and the popular attitude of blaming Germany for full responsibility is „unfair“. Ambassador Dwight W. Morrow declared here last night in the course of his campaign for the Republican nomination as senator. Mr. Morrow, who is being boomed by many New Jersey political clubs and individuals as an candidate for the presidency in 1936, temporarily left the soaking wet plank of his platform to delve into the field of world politics.“

Auch die deutsche Presse hat ausführlich die Rede Morrows gebracht. Wir zitieren noch folgende Stelle nach dem „Tag“ vom 8. Juni 1930 Nr. 136:

„Zu Beginn des Krieges war es allgemein üblich, Deutschland für den Weltkrieg verantwortlich zu machen. Dies ist unfair, denn der Krieg entstand aus der Angst der Völker voreinander und unter dem Druck des Wettrüstens. Jeder Staat rannte damals im Kreise herum und erzählte, wie weit die anderen Nationen schon mit ihren Kriegsvorbereitungen gediehen seien. Ich habe bedauert, daß Deutschland nicht auf der Londoner Flottenabrüstungskonferenz vertreten war. Im Jahre 1935 wird jedoch eine neue Konferenz stattfinden, und ich hoffe, daß Deutschland dann zugegen sein wird. Alle großen Nationen der Welt werden dort voll gleichberechtigt sein . . . Rüsten verursacht Rüsten. In dieser schlechten Atmosphäre sind internationale Streitigkeiten und Mißverständnisse unvermeidlich. Als 1914 der große Krieg über die Welt hereinbrach, waren wir alle geneigt, die Ursache dieser Verruchtheit einer oder zwei Nationen zuzuschreiben. Mit der Zeit haben wir klarer sehen gelernt. Jetzt können wir sehen, wie 1914 alle Nationen von Furcht ergriffen wurden, und wir können ermessen, wie sehr diese Furcht durch das internationale Wettrüsten der Vorkriegszeit hervorgerufen wurde!“

★

DEUTSCHLAND.

Eine Rede des Reichskanzlers a. D. Marx in Salzburg.

„Der Tag“, 10. Juni 1930, Nr. 137.

Auf der Pfingsttagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande hielt der Reichskanzler a. D. Dr. Marx eine Rede, in der er unter anderem auch auf die Friedensverträge und auf das Kriegsschuldgeständnis zu sprechen kam. Reichskanzler Marx sagte am Schluß seiner Darlegungen:

„Wir haben die Aufgabe, die Lüge von der deutschen Alleinschuld am Kriege mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.“

Kriegsminister Haldane, der „Deutschenfreund“.

Von Dr. Franz Zorger.

„Kassler Post“, 19. Juni 1930, Nr. 167.

Zorger charakterisiert auf Grund der Erinnerungen Haldanes die Persönlichkeit dieses englischen Staatsmannes. Er zeigt, wie dieser Mann von universalem Wissen von Stufe zu Stufe steigt, bis er im Jahre 1905 zum Kriegsminister ernannt wird. Unverständlich erscheint es Zorger heute, daß man Haldane 1906 Einblick in das Berliner Kriegsministerium und den Generalstab nehmen ließ. Kurz skizziert Zorger dann die sogenannte Mission Haldanes im Frühjahr 1912, über die Zorger selber 1928 eine wertvolle Arbeit veröffentlicht hat. „Haldane — schreibt Zorger — hatte für einen Augenblick das Schicksal Europas in seiner Hand. Von seiner Interpretation der Berliner Besprechungen mußte es abhängen, was London in der Folgezeit tun würde. Daß es sich auch für England um einen ernsthaften Verständigungsversuch handelte, daran ist heute nicht mehr zu zweifeln. Wir wissen, daß die Verhandlungen erfolglos verliefen. England war es, das die Verhandlungsbasis verschob, als der akute russisch-englische Gegensatz in Persien beigelegt wurde und es sich herausstellte, daß die in England gefürchtete deutsche Flottennovelle unter den Händen des verständigungsbereiten Bethmann schon arg zusammengeschmolzen war.“

Arthur Nicolson, der Deutschenfeind. Von Dr. Franz Zorger.

„Kassler Post“, 13. Juni 1930, Nr. 161.

Eine kritische Besprechung der Biographie Nicolsons. „Wohl niemand — schreibt Zorger — hat in der Vorkriegszeit so entscheidend die englische Politik beeinflußt wie dieser Mann, der 35 Jahre als englischer Diplomat in unzivilisierten Ländern zubrachte und

dort Taten mehr als Ideen schätzen gelernt hat. An Bildung war er dem Kriegsminister Haldane unterlegen, an Gedankenreichtum einem Grey, an Konsequenz übertraf er beide. Und doch ist seine Politik eine Politik der Angst . . . Aus Furcht vor Deutschland schließt Nicolson die Ententen, aus Furcht, sie zu verlieren, erweist er sich als der zuverlässigste Bundesgenosse . . . Nicolson wäre ein anderer Außenminister gewesen als Grey. Er, der nie seine Antipathie gegen Deutschland verborgen hat, hätte jedenfalls den Deutschen beizeiten die trügerische Hoffnung genommen, daß England im Falle eines deutsch-französischen Krieges neutral bleiben würde.“

Das Leben und Werk Sir Arthur Nicolson.

„Deutsche Allgem. Zeitung“, 19. Juni 1930, Nr. 279.

In einer Würdigung der Persönlichkeit Nicolson's wird gesagt:

„Nicolson gehörte nicht zu den Chauvinisten im konservativen Lager, die wie der General Wilson durch ihre Intrigen der Politik des Foreign Office mancherlei Schwierigkeiten bereiteten, aber doch zu den Kreisen, für die die belgische Neutralität auch nur „ein Fetzen Papier“ war. Kaum wird man von Nicolson sagen können, daß für ihn wie später für Lloyd George der Krieg ein fatalistisches Hineinstolpern in die Katastrophe war. Er hatte als Botschafter in St. Petersburg alles getan, um das russisch-englische Bündnis zu sichern. Er hielt den Krieg gegen Deutschland für unvermeidlich und sorgte dafür, daß England in der großen Auseinandersetzung die diplomatische Rückendeckung fand. Nicolson handelte in dem Glauben, den Interessen seines Landes zu nützen. Seine Politik war von Staatsräson diktiert, wie er sie verstand. Nicht beeinflußten ihn, wie den zweiten Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Eyre Crowe, Haßgefühle gegen Deutschland. Den § 231 des Versailler Diktates lehnte er ab. Ja er sah in dem Diktat selbst nur den neuen Keim für künftige Kriege.“

Die alte Diplomatie und die Kriegsschuldfrage. Von Gustav Warburg.

„Neue Blätter für den Sozialismus“, Juni 1930.

An Hand der Biographie Nicolson's kommt Warburg zu einer Kritik der Kriegsschuldforschung, deren entscheidender Fehler nach seiner Ansicht darin liegt, „daß sie von der heutigen Stellung der Völker zum Krieg ausgeht. Im Volksbewußtsein — bis weit in die nationalistischen Kreise hinein — gilt heute der Krieg als ein Verbrechen. Der Kelloggpackt, dessen praktischer Wert nicht hoch eingeschätzt werden darf, entspringt diesem Bewußtsein und ist

im Grunde nichts als die juristische Formulierung dieser neuen Einstellung zum Kriege, die aufs wärmste begrüßt werden muß. Aber bis 1914 war die Einstellung zum Krieg eine ganz andere. Auch wer den Krieg nicht geradezu herbeisehnte, rechnete doch mit ihm als mit einer politischen Tatsache. Der Krieg war eben ein Mittel der Politik, das auch vom Völkerrecht als ein Rechtsinstitut anerkannt wurde. Nur eine Minderheit — neben den Sozialisten einige wenige bürgerliche Pazifisten — wehrte sich gegen die herrschende Auffassung. Der Satz „*si vis pacem para bellum*“ (wenn Du den Frieden willst, so rüste zum Kriege) stand in hohem Ansehen. Ist es da nicht geradezu widersinnig, den Staatsmännern der Vorkriegszeit — ganz gleich in welchem Lager — einen moralischen Vorwurf aus der Kriegsvorbereitung zu machen? Man mag den Staatsmännern Torheit oder Kurzsichtigkeit vorwerfen, aber es ist ungerecht, an sie auch moralisch den Maßstab der heutigen Auffassung zu legen und zu übersehen, daß damals andere Voraussetzungen galten. Gerade wer wie wir voll und ganz auf dem Boden der heutigen Auffassung steht, ist aus Gerechtigkeitsgefühl verpflichtet, die alten Staatsmänner gegen ungerechte Vorwürfe zu verteidigen.“

Harold Nicolson erkenne die Dynamik der Politik, und soweit er urteile oder verurteile, gelte es nicht den Männern, nicht einmal den Staaten, sondern dem System der alten Diplomatie, zu deren hervorragendsten Vertretern sein Vater gehört habe. „Die Lebensbeschreibung seines Vaters dient Harold Nicolson nur dazu, ein großartiges Gemälde der alten Diplomatie zu malen, wie es mit gleicher schriftstellerischer Meisterschaft wohl selten geschehen ist.“

Die belgische Neutralität im Lichte neuer Dokumente. Von Alfred von Wegerer.

„Deutsche Allgem. Zeitung“ (Reichsausgabe), 12. Juni 1930.

In seiner Besprechung der soeben erschienenen Schrift von Carl Hosse: „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg“ kommt Wegerer für das Jahr 1906 zu folgendem Ergebnis: Ob es richtig ist, die englisch-belgischen Abmachungen von 1906 als „Militärkonvention“ zu bezeichnen oder nicht, kann der Entscheidung zünftiger Völkerrechtler überlassen bleiben. Aus dem gesamten Material geht unseres Erachtens aber jedenfalls hervor, daß zwischen England und Belgien 1906 militärische Abmachungen vorbereitet worden sind, wie sie mit den Pflichten eines neutralen Staates „im Geiste loyaler Unparteilichkeit“ nicht verträglich sind.“

Die stärkste Belastung ergibt sich aus den Ausführungen von Hosse für England, und zum Beweise, daß auch Frankreich hinsichtlich der Verletzung der belgischen Neutralität keinerlei Skrupel hegte, zitiert Wegerer die bekannten Äußerungen des Generals Percin, der bis 1914 zum französischen Obersten Kriegsrat gehörte.

„Es wäre daher wohl an der Zeit — schreibt Wegerer abschließend —, daß Engländer, Franzosen und Belgier sich von ihrer einseitigen, oft übertrieben scharfen Beurteilung des deutschen Einmarsches in Belgien lösen und anfangen würden, die Dinge objektiver zu betrachten. Die kleine Schrift von Hosse dürfte sehr geeignet sein, einen Ausgleich der Ansichten anzubahnen.“

Die Diskussion Poincaré—Gerin: Morgendämmerung der Wahrheit in Frankreich.

„Deutsche Tageszeitung“, 15. Juni 1930, Nr. 277.

Der Pariser Korrespondent der Deutschen Tageszeitung, der über die Diskussion Poincaré-Gerin berichtet, sieht ihr sachliches Ergebnis darin, daß Gerin Englands und Frankreichs Schuld am Kriege nicht mehr bestreitet und Rußland als Hauptschuldigen für den Kriegeausbruch haftbar macht, während andererseits Poincaré es aufgibt, Rußland wie bisher völlig reinzuwaschen, und seine Anklagen gegen Deutschland noch stärker als bisher abschwächt. Noch wichtiger aber erscheint dem Verfasser die Frage nach dem moralischen Erfolg des Buches besonders in Frankreich. Er schreibt dazu:

„Der größte Teil der französischen Presse übersieht das Buch einfach absichtlich und bewußt in einer, wie es Gerin selbst nennt, gemeinsamen „Verschwörung des Stillschweigens“. Die große politische Presse, wie z. B. „Temps“ und „Journal des Débats“, bringen lange Auszüge aus den Antworten Poincarés, ohne eine einzige Frage Gerins überhaupt zu erwähnen, und begnügen sich, indem sie selbstverständlich Poincaré recht geben, mit der Feststellung, daß Poincarés Antworten „alle französischen Gewissen beruhigen, die nicht von der Manie besessen sind, im eigenen Auge den Balken zu suchen, der sich im Auge des Nachbarn befindet“.

Gerin—Poincaré—Demartial. Von Alfred von Wegerer.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 20. Juni 1930, Nr. 281.

Wegerer gibt in seinem Aufsatz zunächst sehr eingehend die Vorgeschichte zu der jetzt stattgefundenen Diskussion zwischen Poincaré und Gerin wieder. Er sieht in dieser Diskussion den ersten Anfang zur Rehabilitierung von Demartial und zur offiziellen

Aufrollung der Schuldfrage in Frankreich. Wegerer ist der Ansicht, daß Gerin sicherlich einen vollen Sieg davongetragen hätte, „wenn Poincaré den Kampf wirklich aufgenommen, die Fragen klar und vollständig beantwortet und Gerin gestattet hätte, auf seine Antworten zu erwidern. Aber dazu reichte die Kraft Poincarés nicht mehr aus, und sein Fall ist auch angesichts der heute vorliegenden Dokumente zu aussichtslos, als daß er bei einer freien Diskussion den Prozeß in der Kriegsschuldfrage noch gewinnen könnte“. Den Wert der Veröffentlichung sieht Wegerer darin, „daß die Diskussion in der Kriegsschuldfrage auch in Frankreich in Zukunft nicht mehr zurückgedrängt werden kann. Jener einfältige Ausspruch, die Kriegsschuldfrage als eine „chose jugée“ hinzustellen, hat mit den 14 Antworten Poincarés auch offiziell seine Geltung verloren, und die in Frankreich fast schon begrabene Frage über die Verantwortlichkeit am Kriege hat sich durch das mutige Eintreten René Gerins für Demartial wieder zum Problem des Tages verjüngt“.

Poincarés Kriegsschuld vor dem Richterstuhl. Von Generalleutnant a. D. Ernst Kabisch.

„Kölnische Zeitung“, 24. Juni 1930, Nr. 339.

In seiner Kritik der Diskussion Poincaré—Gerin schreibt Kabisch: „Gerin hat seinen Kampf aufgenommen aus Entrüstung über die Ausstoßung Demartials aus der Ehrenlegion, weil dieser Deutschland für nicht allein schuldig erklärt hatte. Das Wort „Verbrechen“ lehnt er, trotzdem er Pazifist ist, für die Kriegsurheber von vornherein ab. „Der Krieg war 1914 ein übliches, legitimes, in Ehren stehendes Mittel der Politik.“ Man habe genug Kriege vorher um alles mögliche erlebt. Er lehnt es auch ab, daß er Deutschland für unschuldig erklären wolle; er wolle nur, daß auch Frankreich seinen Schuldanteil erkenne. Damit tue er ihm kein Unrecht, denn Irrtümer erkennen sei keine Belastung des moralischen Ansehens; eine materielle Schädigung aber komme ebensowenig in Frage, weil die deutsche Regierung (so am 23. April 1929 der deutsche Reichskanzler Müller im Reichstag) sehr „sportlich“ erklärt habe, sie mache aus der Schuldfrage eine Ehren-, nicht eine Geldfrage. Das deutsche Volk kann es sich leisten, materielle Lasten très „sportive“ (Anführungsstriche von Gerin) zu behandeln! Tatsächlich aber und obwohl Gerin betont, staatsrechtlich sei Poincaré als Staatspräsident nicht verantwortlich gewesen, spitzen sich doch seine 14 Fragen zu einer scharfen Anklage gegen Poincaré zu — worüber dieser sich auch völlig klar ist.“

**14 Fragen — 14 Antworten. Die Diskussion Poincaré—Gerin.
Von August Bach.**

„Berliner Börsenzeitung“, 18. 6. 1930, Nr. 278.

Aus der Gesamtheit der Fragen und Antworten greift der Verfasser drei wesentliche Punkte heraus; erstens: war 1914 Mobilmachung gleich Krieg? Zweitens: ist die französische Regierung 1914 in ihren Versprechungen an Rußland über die Bestimmungen des russisch-französischen Zweibundes hinausgegangen? Drittens: inwieweit war die französische Regierung über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung unterrichtet? Der Verfasser kommt zu den Ergebnissen, daß auch für Frankreich 1914 die Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg war, daß ferner die französische Regierung in ihren Versprechungen an Rußland 1914 über die russisch-französischen Vertragsbestimmungen hinausgegangen ist, und daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die französische Regierung bereits am späten Abend des 30. Juli über die Anordnungen der russischen allgemeinen Mobilmachung unterrichtet war.

*

FRANKREICH.

Klotz †.

C. L. Klotz, dessen Tod aus Paris gemeldet wird, war bis 1911 Finanzminister. Seine letzte Tat war, daß er im November jenes Jahres ein Abkommen mit der Staatsbank schloß, durch das diese der Regierung bei Ausbruch eines Krieges sofort 2900 Millionen Goldfrancs zur Verfügung stellte, eine Summe, die damals, als man noch nicht mit Milliarden zu jonglieren gewohnt war, ungeheuerlich erschien. Zählte doch der berühmte Goldschatz im Juliusturm nur 240 Millionen Goldmark! Bei Kriegsausbruch wurde er dem Generalstab des Gouverneurs von Paris zugeteilt. In dieser Eigenschaft organisierte er die Sicherstellung des Goldschatzes und der Depositen der Banken, als der deutsche Vormarsch die französische Hauptstadt bedrohte.

Klotz hat 1924 in seinem Buche „De la Guerre à la Paix“ (Vom Kriege zum Frieden) diese Vorgänge und die späteren schwierigen Finanzverhandlungen mit den Bundesgenossen geschildert, die keineswegs immer gewillt waren, die sehr weitgehenden französischen Ansprüche zu befriedigen.

Als Clemenceau das Ministerpräsidium übernahm, berief er Klotz wieder als Finanzminister. Als die Kommission der Friedenskonferenz für Wiedergutmachungen im Februar 1919 zusammentrat,

fanden sie eine Denkschrift von Klotz vor, in der ausgeführt wurde, Grundsatz des modernen Rechtes in allen Staaten sei, daß jeder, der ein Unrecht begangen habe, für dessen Folgen hafte und sie wieder gutzumachen habe. Dies sei auch in den §§ 249, 823 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches festgelegt. Die Amerikaner widersprachen durch den Mund von Jam Forster-Dulles. Die Klotzschen Ausführungen gingen von der falschen Voraussetzung aus, daß Kriegführen an sich ein unsauberer Akt sei, das sei 1914 aber nicht Rechters gewesen.

Die Engländer und Italiener stimmten den Franzosen zu. Klotz muß also einer der intellektuellen Urheber des Kriegsschuldartikels bezeichnet werden. Nach dem Kriege wurde Klotz in den ungeheuren Finanzskandal der Frau Hanau (*Gazette du Franc*) verwickelt und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er 9 Monate verbüßt hat. Er ist vergessen und gemieden gestorben.

Ludwig Herz.

Les Mensonges de la Diplomatie Française en 1914. L'Histoire des canons allemands de Pagny, von Gabriel Gobron.

„Le Réveil Ouvrier“, Nr. 41.

In seiner Kritik der Biographie Sir Arthur Nicolson's hat Alfred von Wegerer im Maiheft der „Berliner Monatshefte“ nachgewiesen, daß in dem Telegramm des französischen Außenministers an den französischen Botschafter in London vom 31. Juli 1914 (britische Dokumente Nr. 364) die Angaben über die deutschen militärischen Vorbereitungen nicht zutreffend sind. U. a. hatte der französische Außenminister behauptet, daß deutsche Truppen in Pagny Geschütze in Stellung gebracht hätten. Diese Behauptung greift Gobron gleichfalls auf und erklärt, daß er bei Kriegsausbruch 1914 in Pagny gewesen sei, und daß die Behauptungen, die in dem Telegramm des französischen Außenministers aufgestellt werden, vollkommen unbegründet sind.

Les Origines De La Guerre. L'attentat de Serajevo et la Serbie dans les Responsabilités de la Guerre.

„Les Documents Politiques Diplomatiques et Financiers“,
Mai 1930, Nr. 5.

Richard Mennevée beginnt in dem vorliegenden Heft eine größere Arbeit über die serbische Kriegsverantwortlichkeit. Er geht aus von dem vor einigen Monaten erschienenen Werk über den Prozeß der Mörder von Sarajevo, das Albert Mousset veröffentlicht hat. Mousset war bis vor kurzer Zeit Direktor der Agentur Avalla, der offiziellen Nachrichtenagentur in Belgrad.

Mennevée knüpft an diese Tatsache die Bemerkung, daß die Presseattachés der jugoslawischen Gesandtschaften fast alle über außerordentliche Mittel verfügen, die sie zur Beeinflussung der Presse der jeweiligen Länder und zur Unterstützung von Publikationen verwerten, die im Interesse und zugunsten Jugoslawiens veröffentlicht werden. Insbesondere nennt Mennevée in Paris den Attaché der dortigen jugoslawischen Gesandtschaft, Herrn Tomitch, der ganz speziell in der Pariser Presse und in den französischen Zeitschriften die Nichtverantwortlichkeit Serbiens für das Attentat von Sarajevo und für den Kriegausbruch vertritt.

Mennevée führt als besonderes Beispiel das Erscheinen der französischen Ausgabe des ersten Buches von Dr. Boghitschewitsch an, bei dessen Erscheinen Tomitch sich die größte Mühe gab, durch Aufsätze in der Pariser Presse und in Zeitschriften gegen die in dem Buch von Dr. Boghitschewitsch vertretene Auffassung anzukämpfen. Mennevée wird seine Arbeit in den nächsten Heften fortsetzen.

Bücherschau.

Voranzeige.

Zwischen der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas und dem Staatsverlag des Rätebundes ist ein Vertrag über die Herausgabe der russischen Dokumente über die Vorkriegsgeschichte und den Kriegausbruch 1914 abgeschlossen worden. Die Gesellschaft hat das ausschließliche Recht der Veröffentlichung der russischen Akten in ausländischen Sprachen erhalten. Der erste Band dieser Publikation wird bereits am 15. November und ein weiterer Band, der die Dokumente aus der Zeit vom 28. Juni bis zum 23. Juli 1914 umfassen wird, am 15. Dezember erscheinen.

Neuerscheinungen.

Die europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges. Konstantinopel und die Meerengen. Nach den Geheimdokumenten des ehem. Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Unter der Redaktion von E. Adamow. Einzige vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten genehmigte deutsche Ausgabe. Carl Reißner Verlag, Dresden 1930, 2 Bände, 227 u. 468 S.

Der erste Band der vorliegenden Publikation umfaßt eine Darstellung über „Die Meerengen- und Konstantinopelfrage in der internationalen Politik 1908—1917“ aus der Feder von Professor E. Adamow. Diese Arbeit

stellt einen der bedeutendsten Beiträge zur Geschichte der europäischen Politik in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch dar. Adamow behandelt besonders eingehend die Politik der Großmächte während der Balkankriege. Er kritisiert außerordentlich scharf und gestützt auf das gesamte vorhandene Dokumentenmaterial die Politik der französischen Regierung und insbesondere die Politik Poincarés. Er erbringt den überzeugenden Nachweis, daß die Schilderung, die Poincaré in seinen Memoiren über die erste Balkankrise Oktober bis November 1912 gibt, den Ergebnissen der heutigen Forschung nicht entspricht. Adamow veröffentlicht auch zum erstenmal den im Auszuge bereits durch Friedrich Stieve bekanntgegebenen Bericht über die Unterredung des russischen Militärattaché in Paris, Oberst Ignatiew mit dem französischen Kriegsminister Millerand vom 6./19. Dezember 1912. Der Bericht trägt die Nummer 505 und befindet sich im Kriegswissenschaftlichen Archiv in Moskau unter der Aktennummer 130 328. Millerand hatte bekanntlich dem russischen Militärattaché klar zu verstehen gegeben, daß Frankreich zur Unterstützung Rußlands bereit sei, wenn Rußland in den österreichisch-serbischen Konflikt eingreifen sollte. Der bisher unbekannte Schluß des Berichtes lautet:

„Ich kann mit Sicherheit annehmen, daß Millerand u. a. den Hintergedanken hatte, daß es Österreich, nachdem es mit Serbien fertig geworden war, gelingen würde, im Falle unseres verspäteten Eingreifens alle seine Kräfte an unsere Grenze zu werfen. Werden wir auch in diesem Augenblick noch nicht zu aktiven Kriegsoperationen bereit sein, so werden die österreichischen Armeen genügen, um uns an die Südwestgrenze zu ketten. Dadurch wird Deutschland die entscheidende Konzentration aller seiner Armeen gegen Frankreich erleichtert.“

Dazu schreibt Adamow: „Poincaré und Millerand konnten, indem sie die präventive Mobilmachung Rußlands zu erreichen suchten, natürlich nichts anderes tun als für Frankreich die Verpflichtung zu übernehmen, einen Krieg zu führen, falls Rußland das Auftreten Österreichs gegen Serbien mit einer Mobilmachung beantworten würde.“ Auch Professor Adamow kommt zu dem Schluß, der stets von deutscher Seite vertreten worden ist, zuletzt noch von Hans Delbrück in seiner nicht mehr gehaltenen Rede für den 28. Juni 1929, daß Frankreich, daß insbesondere Poincaré während der ersten Balkankrise der treibende Faktor gegenüber Rußland gewesen ist. Adamow drückt dies mit den Worten aus: „Seit Beginn der Weltkrise 1911 bis 1914 war die kriegspolitische Konjunktur des Ausganges dieser Krise durch die Militärabkommen und Pläne der Generalstäbe Frankreichs und Rußlands im voraus bestimmt, und diese Lage wurde im Augenblick der Zögerungen in Petersburg von Paris aus mit der Hartnäckigkeit ultimativer Art diktiert.“

Sehr aufschlußreich ist in dem Buche von Adamow auch das Kapitel über „Die Mission Liman von Sanders“. Dechiffrierte Telegramme der französischen Botschaft in Petersburg zeigen auch hier wieder die Tendenz, den deutsch-russischen Konflikt dazu zu benutzen, die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg zu verschärfen und, wie sich ein Sekretär der französischen Botschaft in Petersburg äußerte, „um die Brücke zwischen Petersburg und Berlin endgültig abubrechen“. Gleichzeitig eröffnete die französische Regierung in der russischen Presse einen intensiven, aggressiven Feldzug gegen Deutschland, der sogar die Verstimmung Sasonows hervorrief, wenn im übrigen auch gerade Sasonow geneigt war, den Liman Sanders Konflikt zu benutzen, um die Frage von

Konstantinopel und den Meerengen neu aufzurollen. Er richtete am 23. Dezember 1913 a. St. eine Denkschrift an den Zaren, die Adamow in seinem Buche erstmalig in ihrem Wortlaut veröffentlicht. Aus dieser Denkschrift ergibt sich, daß Sasonow den Gedanken erwog, für den Fall einer deutschen Unnachgiebigkeit gegenüber der Türkei Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Dabei ist sich Sasonow natürlich völlig klar darüber, daß diese „Zwangsmaßnahmen“ zu einem europäischen Kriege führen können. Mit dieser Möglichkeit rechnet er auch und schlägt dem Zaren vor, bei Frankreich und England zu sondieren, ob sie „im Prinzip zu solchen Zwangsmaßnahmen geneigt sind“. „Sollte es beschlossen werden — fährt Sasonow fort —, die Verwirklichung unserer Forderungen vollends durchzusetzen, so muß natürlich das Risiko ernster europäischer Verwicklungen in Betracht gezogen werden, wenn auch die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die feste Entschlossenheit, die von uns einzunehmende Position zu halten, sich als genügend erweisen würde, um unsere Wünsche entsprechend zu befriedigen.“ Sasonow versuchte, gegenüber dem Zaren seine Politik damit zu motivieren, daß er die Befürchtung aussprach, es könne sich „in Frankreich und England die gefährliche Überzeugung befestigen, daß Rußland um der Erhaltung des Friedens willen zu beliebigen Zugeständnissen bereit“ sei.

In seinen weiteren Ausführungen behandelt Adamow die Verhandlungen, die von Kriegsausbruch 1914 bis zum Oktober 1917 über die Lösung der Meerengen-Frage zwischen Rußland und den Ententemächten geführt wurden.

Der zweite Band des vorliegenden Werkes bringt die Dokumente aus den russischen Archiven von 1914—1917 über die diplomatischen Verhandlungen betreffend Konstantinopel und die Meerengen. A. B.

Documents Diplomatiques Français, Relatifs aux Origines de la Guerre de 1914 (1871—1914), 2^e Série (1901—1911) Tome Premier (2 janvier-31 décembre 1901), Alfred Costes, Paris 1930.

Haller, Johannes: „Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen“. J. G. Cotta Nachfolger, Stuttgart 1930.

Herrick, Myron T.: „Souvenirs“. Recueillis par le colonel T. Bentley Mott, son attaché militaire, préface de Raymond Poincaré de l'académie française, Paris, Librairie Plon, 1930, 321 Seiten.

Horvath, v. E.: „So starb der Friede“. Unbekanntes über die Entstehung des Weltkrieges. Brückenverlag, Berlin, 1930, 85 Seiten.

Ein hervorragender Kenner der Balkanverhältnisse ergreift in dieser interessanten Arbeit das Wort zur Kriegsschuldfrage und beleuchtet fachgemäß — besonders wirtschaftspolitisch — die Vorkriegsverhältnisse im serbischen Königreich. Von den Anfängen der „panslavistischen Idee“ bis zum Serajewer Thronfolgermord werden die stets vulkanartigen Ereignisse des Balkans und deren Rückwirkungen auf Zentraleuropa recht

fesselnd geschildert. Der Verfasser war lange Jahre in amtlicher Tätigkeit in Serbien. Er hatte dort wertvolle wirtschaftliche Beziehungen für Ungarn angeknüpft und stand mit den führenden amtlichen Kreisen in dauerndem Kontakt.

Soweit die wirtschaftlichen Fragen in Betracht kommen, können wir den Ausführungen Horvath's in den meisten Punkten zustimmen, besonders dort, wo er die Kanonenkonfliktsfrage beschreibt. Es ist bekannt, in welcher aggressiver Weise die Kanonenfrage zum Angelpunkt der Propaganda gegen Österreich-Ungarn geworden ist, und wie die serbische Regierung selbst davor zurückschrak. Schon damals hieß es, daß die serbische Regierung die notwendigen Kanonen nicht in Österreich-Ungarn bestellen dürfte, die in erster Linie gegen die Österreichisch-ungarische Monarchie gebraucht werden könnten.

Seine Beurteilung der Kriegsschuldfrage müßte noch weitere Ergänzung erfahren. Seine Schlußfolgerung nach dieser Richtung hin lautet: „Allein das zaristische Rußland trägt die Schuld am Kriege, das ebenso wie die Serben auch die andern Völker Europas dadurch für seine Ziele und Zwecke einzufangen wußte, das wie bei den Serben geschickt den Hebel dort einsetzte, wo er wirksam war.“

Die Frage der Schuld am Kriege ist eine so komplizierte, und eine nach so vielen Richtungen verzweigte, mit den Kriegszielen auch der übrigen Entente-Staaten so eng verflochten, daß man sie nicht allein nur durch die Politik des zaristischen Rußlands motivieren kann.

In dem vorletzten Kapitel seiner Arbeit, bei der Erörterung der bosnisch-herzegovinischen Annexionsfrage, schreibt der Verfasser u. a.: „Die Idee des Thronfolgers, die Schaffung des südslavischen Staates und die damit verbundene Errichtung eines Staatentrialismus im Rahmen der Monarchie hätte auch innerpolitische Vorteile für Österreich-Ungarn gebracht; denn sie hätte die beiden Staaten entslavisiert, eine Kur, die beiden sehr zu statten gekommen wäre.“ Über diese Idee ließe sich sehr viel sagen. Daß dieser Gedanke des verstorbenen Thronfolgers weder in Wien noch in Budapest Anhänger fand, ist nur natürlich. Zweifelsohne haben so manche Staatsbürger der österreichisch-ungarischen Monarchie slavischer Nationalität Hervorragendes geleistet, aber bei einer trialistischen Verfassung der Monarchie wäre durch die Schwächung der numerisch überlegenen staaterhaltenden Kräfte der beiden Reichshälften auch ihre Stellung geschwächt worden. Die Ungarn haben gegen diese Idee des ermordeten Thronfolgers stets ihre Stimme warnend erhoben, und kein Geringerer als der ehemalige Ministerpräsident Graf Tisza erkannte die Gefahr des trialistischen Gedankens für Ungarn, wie auch für die Existenzmöglichkeit der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Géza Lukacs.

La Patrie Belge, Pour la commémoration du Centenaire de notre indépendance, 1830—1930, Les Editions illustrées du „Soir“, Bruxelles 1930.

Die vorliegende Festschrift zur Jahrhundertfeier der belgischen Unabhängigkeit ist in Deutschland fast kaum bekannt oder beachtet worden. Und doch verdient sie gerade von deutscher Seite aus starkes Interesse. Sie zeigt, wie ungeheuer stark heute noch in Belgien der Haß

gegen Deutschland lebendig ist und sie beweist durch die Wiedergabe zahlreicher Gefallenendenkmäler und Erinnerungsmale, wie dieser Haß auch in diesen Denkmälern plastischen Ausdruck gefunden hat. Ein ganzes Kapitel widmet die Festschrift dem Kriegausbruch 1914. In einer Form, die an die schlimmsten Auswüchse der Kriegspropaganda erinnert, werden hier die Ereignisse, die zur Katastrophe von 1914 geführt haben, in entstellter und bewußt falscher Darstellung wiedergegeben. Zur Charakterisierung des angeblich kriegerischen Charakters des deutschen Volkes werden die dunkelsten und in Deutschland unbekanntesten Broschüren und Flugschriften irgend welcher nationalistischer Organisationen zitiert, die auf die Politik der deutschen Regierung niemals einen Einfluß ausgeübt haben. Ein ganzes Kapitel widmet die Festschrift sogar den Gedankengängen des Generals von Bernhardt, obwohl auch die Herausgeber heute wissen könnten, daß dieser General in Deutschland selbst politisch niemals eine einflußreiche Rolle gespielt hat. —

An dieses Kapitel schließt sich eine Skizzierung der Julikrise 1914 an, die auf einem Niveau steht, das jede Kritik erübrigt.

Michael, Horst: „Bismarck England und Europa (vorwiegend von 1866—1870)“ Verlag der Münchner Drucke, München 1930, 446 S.

Dies Buch führt in eine Zeit, die in der Regel von der Kriegsschulddiskussion nur gestreift wird. Doch zu Unrecht; denn die Brandmarkung der deutschen Politik als Politik der rücksichtslosen Gewalt, ein Bestandteil der Versailler Kriegsschuldthese, nimmt sich ihre Grundlage aus einer Verzerrung der Bismarckschen Politik der Reichsgründungszeit. Die Kriegsschuldforschung darf neben der Aufklärung und Widerlegung der einzelnen Anklagen und Beschuldigungen Deutschlands wegen Vorbereitung des Weltkrieges von langer Hand und seiner schuldhaften Herbeiführung im Juli 1914 auch die schwierige Aufgabe nicht scheuen, gegen dies sehr fest eingewurzelte negative historische Werturteil anzukämpfen. Onckens dreibändige Aktenpublikation, „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71“, hat das Verdienst, den ersten großen Vorstoß in dieser Richtung unternommen zu haben.

Michaels Werk, eine schöne Leistung aus der Schule Erich Marcks', hat an sich keinerlei Berührung mit den Fragestellungen der Kriegsschulddiskussion. Dennoch wird es zu einem beredten Zeugen für ein echtes Urteil über die Außenpolitik Bismarcks von 1866—1871 und damit auch zu einem beträchtlichen Gewinn für die Kriegsschuldforschung, der ein historisch wahres Bismarckbild eine Waffe im Kampfe ist.

Michael hat historisches Neuland erschlossen, eine wesentliche Lücke unseres Wissens ausgefüllt. Er hat neben anderem wertvollen Material in gewissenhafter Arbeit im Auswärtigen Amt sämtliche wichtige Akten zur Außenpolitik dieser Jahre, die Heinrich von Sybel für sein Werk bis auf kleine Bruchstücke verschlossen wurden, eingesehen und ausgewertet. Zum größten Teile liegen die Akten jetzt selber vor in den von Friedrich Thimme im Rahmen der großen Friedrichsruher Bismarckausgabe herausgegebenen Politischen Schriften. Der letzte erschienene Band (VIa, 1867—1869) kam eben jetzt gleichzeitig mit Michaels Buch

heraus. Wer wie ich bei Thimme sämtliche Bismarckakten jener Zeit durchgearbeitet hat, kann nur seiner lebhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß wir das bisher leider seltene Glück haben, neben den Akten eine ausgezeichnete Darstellung über sie zu besitzen.

Die Einigung Gesamtdeutschlands beherrschte seit 1866 das europäische Interesse. An diesem Problem mußten sich die Mächte scheiden. Historische Forschung hat uns die Reichsgründung als eminent außenpolitisches Problem erkennen gelehrt. — Nebenbei sei bemerkt, daß eigentlich erst heute durch die neuen Thimme-Akten und seit Schüblers Buch über Süddeutschland eine „innere“ Reichsgründungsgeschichte möglich ist, und daß sich auch auf diesem Felde Bismarcks Politik als das Gegenteil der „Politik mit dem Kürassierstiefel“ erweist. — Trotz einiger Hinweise Sybels auf die Bedeutung der östlichen Fragen war unser Blick fast ausschließlich auf den Westen gerichtet. Durch Onckens Werk rückte die Rheinpolitik der Franzosen erneut in den Brennpunkt. Kein Zweifel, hier lag und erfolgte die Entscheidung. Der Widerstand Napoleons war die Größe, mit der Bismarck hauptsächlich rechnen mußte, seitdem dessen Kompensationsforderungen 1866 gescheitert waren. Im Laufe der Jahre hat er den Krieg wohl auch für unvermeidlich gehalten. Zielbewußt auf ihn hingearbeitet hat er dennoch nicht. Alles gedankenlos nachgesprochene Gerede davon wird durch die Tatsachen widerlegt. Wenn irgend möglich, hat Bismarck die Einigung Deutschlands friedlich gewollt, in Verständigung mit Frankreich. Gefürchtet hat er den Krieg nicht. Bei dem Charakter der Franzosen war er sich klar, daß die feste, furchtlose Haltung, die er jeder Beunruhigung von jenseits des Rheins gegenüber bewahrte, die wesentlichste Potenz war, der Preußen-Deutschland die Erhaltung des Friedens verdankte. Ausgewichen wäre er einer ihm aufgedrängten Waffenentscheidung nicht, aber er hat sie nicht gesucht und sie nicht für nötig gehalten. Mir will scheinen, daß Bismarck wohl die Richtung der Napoleonischen Politik gegen den Rhein in die jahrhundertalte Tendenz Frankreichs einreichte, daß er aber die einzelnen Vorstöße selbst sich mehr aus dem Bedürfnis Napoleons nach Prestigegewinn erklärte, für das er Verständnis hatte, dem er goldene Brücken zu bauen bereit war, sofern es nicht auf Kosten des Territorialbestandes und des Nationalbewußtseins Deutschlands ging.

Die friedfertige Tendenz der Bismarckschen Politik betont auch Michael, hierbei ganz im Einklang mit Oncken, dessen Werk heute ganz unwegdenkbar ist, und er bringt noch ein paar neue charakteristische Beispiele hinzu. Aber er geht darüber hinaus und erweitert den außenpolitischen Rahmen, in den wir die Reichsgründung zu stellen haben. Michael analysiert das Verhältnis Bismarcks zu England. Er beruhigt sich nicht dabei, Englands Politik der Neutralität, der no-intervention, als matt, schwächlich und fruchtlos zu konstatieren, sondern verfolgt ihre Wirkungen und untersucht die einzelnen Stadien, wo es Bismarck gelang, dennoch mit ihr politische Geschäfte zu machen. So stößt er in den europäischen Raum vor. Es ist sein Verdienst, schon für diese Jahre Bismarck als fruchtbaren europäischen Staatsmann erwiesen zu haben, der bei seinem Handeln im Interesse Preußen-Deutschlands doch die Lebensinteressen der andern Mächte nicht außer acht ließ und damit für Europa im Sinne der Erhaltung des Friedens wirkte. Was diese Erkenntnis für das Gesamtbild Bismarcks bedeutet, werde ich in anderem Zusammenhang würdigen.

Michael gewinnt diesen neuen Einblick, indem er neben dem westlichen Brennpunkt am Rhein die Bedeutung des östlichen im Orient betont. Napoleon III. ist der historischen außenpolitischen Tendenz Frankreichs auch insofern treu geblieben, als er in beiden Richtungen vorzustoßen suchte, die sie ihm seit Ludwig dem Heiligen wies, die Ludwig XIV. wie Napoleon I. befolgten, die eine an den Rhein und die andere ins Mittelmeer, und zwar hier zweigespalten, nach Italien und in den nahen Orient. Unverkennbar wurde nach 1866 die orientalische Linie verstärkt und ausgenutzt durch die seit Mitte 1867 enger werdende Entente mit Österreich. Beust, Österreichs leitender Staatsmann, suchte in schlauer Berechnung Revanche für Königgrätz, indem er Bismarck in einen orientalischen Konflikt zu verwickeln suchte. Die Front sollte nach diesem Plan derart verschoben werden, daß die deutsche Einigung hintenherum von der orientalischen Frage her zunichte gemacht wurde durch einen Krieg, in den Bismarck ohne nationales Ziel, also auch ohne nationale Geschlossenheit hätte eintreten müssen. Aber Bismarck hat die ungeheure Gefahr erkannt.

Gerade im Orient war er Anfang 1867 bereit gewesen, Napoleons Prestigebedürfnis entgegenzukommen und so sein Kompensationsbegehren von Preußen-Deutschland abzulenken. Eben hier offenbarte sich der europäische und dabei wiederum friedliche Zug seiner damaligen Außenpolitik. Am 30. Januar 1867 schrieb er die denkwürdigen Sätze: „Wir selbst sind politisch unbeteiligt an den praktischen Ergebnissen einer neuen Konfiguration des Orients. . . . Dagegen kann das Ergebnis der orientalischen Frage ein hohes Interesse für uns gewinnen, wenn sie zu einem System von Kompensationen führen sollte, welches geeignet wäre, vor allem Frankreich Beruhigung zu gewähren und zugleich die übrigen Mächte oder einige derselben mit der Art auszusöhnen, wie diese Beruhigung gewonnen würde. Auf eine derartige Beruhigung Frankreichs muß es vor allen Dingen bei der Sache ankommen. Das Gefühl der Nichtbefriedigung und Verstimmung, das bei demselben hervortritt, ist in unsern Augen das einzige Moment, welches bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Verhältnisse die Erhaltung des Friedens zweifelhaft erscheinen läßt. Ist es daher möglich, der orientalischen Frage eine Wendung zu geben, welche aus Frankreich ein zufriedenes und friedliebendes Mitglied der europäischen Gemeinschaft macht, so würde eine solche Aussicht der preußischen Politik ein lebhafteres Interesse an der orientalischen Frage erwecken, als die Aussicht auf die eine oder die andere territoriale Gestaltung des Orients an sich es vermag.“

Das Zusammengehen mit Napoleon im Orient ist gescheitert, wie kurze Zeit darauf der von Bismarck beabsichtigte friedliche Ausgleich über Luxemburg. Beust gewann bei Napoleon die Oberhand. Beide haben erst die Türkei gegen Rumänien, dann gegen Griechenland vorgetrieben, um es hier womöglich zu dem für Bismarck verhängnisvollen Kriege zu bringen. Beide Male vergeblich. In raschem Eingriff hat Bismarck in Bukarest das schwelende Feuer ausgetreten. Er war es dann, der auf der Wende 1868/69 die sog. Kretakonferenz in Paris erzwang, zu der er mit kluger Rücksichtnahme Napoleon die Initiative und den Vorrang zuschob. In Vereinigung von geduldigem, geschmeidigem Zuwarten und raschem, energischem Druck, die der Kunst seiner späteren Jahre in nichts nachsteht, hat er ein Zusammenwirken aller europäischen Mächte erreicht und damit den Frieden Europas gerettet und den Orient vor-

läufig als Gefahrenherd ausgeschaltet. Wir versagen es uns hier, nahe-
liegende Parallelen zu ziehen.

Nicht der umstürzende, sondern der bauende, befriedende und be-
friedigende Bismarck ist das Bild jener Jahre, gerade das Gegenteil
von dem, das uns aus der Versailler Kriegsschuldthese entgegentritt.
Michaels Forschungsergebnisse erscheinen mir durchaus zutreffend und
mit dem Aktenbefund übereinstimmend. Wegen ihrer weittragenden Be-
deutung kann auch die Kriegsschuldforschung seine neuen, lichtvollen
historischen Erkenntnisse nur dankbar begrüßen.

Werner Frauendienst.

Nicolson, Harold: „Die Verschwörung der Diplomaten“. Aus
Sir Arthur Nicolson's Leben (1849—1928), Frankfurter Societäts-
Druckerei G. m. b. H., Frankfurt am Main 1930. 463 Seiten.

Wir suchen dringend!

„Berliner Monatshefte“ (Die Kriegsschuldfrage)

Jahrgang I (1923) Juliheft,

„ II (1924) April- bis Oktoberheft,

„ III (1925) Januar-, Februar- und Märzheft,

„ VI (1928) Januarheft.



innenmatt 15-100 Watt

DIE HILFE

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

„Die Hilfe“, die am 1. Januar 1929 ihren 35. Jahrgang begonnen hat, wurde von **Friedrich Naumann** als Organ der national-sozialen Bewegung gegründet. Nach Naumanns Tode von **Anton Erkelenz** und **Gertrud Bäumer** weitergeführt, steht „Die Hilfe“ heute wie früher im Dienst national-freiheitlicher Aufbaupolitik. Sie umfaßt alle Gebiete des öffentlichen Lebens und berücksichtigt gleichmäßig auswärtige und innere Politik, wirtschaftliche und soziale Fragen, Literatur, Kunst und Musikleben. Das besondere Interesse des politischen Teils gehört dem Grenz- und Auslandsdeutschtum, über das Sachverständige aus den einzelnen Gebieten berichten. Im Geist ihres Begründers räumt „Die Hilfe“ den lebendigen religiösen Kräften der Zeit, vor allem der Friedensarbeit der Kirchen, größeren Platz ein. Die „politischen Notizen“ aus der Feder eines führenden Journalisten orientieren regelmäßig über den Gang der Politik, fortlaufende Berichte über Theater, bildende Kunst und Musik über die Entwicklung der künstlerischen Gegenwartskultur.



Die Hefte erscheinen jeweils am 1. und 15. des Monats.
Die Bezugsgebühr beträgt 4,50 RM für das Vierteljahr
Probehefte kostenlos durch die

**Sieben Stäbe - Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H.,
Berlin NW 6**

Zeitschriften

der Verlagsbuchhandlung Dr. Walther-Rothschild,
Berlin-Grunewald

Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie

Herausgegeben von *Leopold Wenger*, München, *Wilhelm Sauer*,
Königsberg i. Pr., *Goetz Briefs*, Berlin.

Jeder Jahrgang (4 Hefte) M. 24.—

Deutsch-Französische Rundschau

Herausgegeben von *Otto Grautoff*, *Heinrich Eduard Jacob*,
Rudolf Meerwarth, *Fritz Norden*, *Gottfried Salomon*, *Edgar*
Stern-Rubarth, *Maurice Boucher*, *Edmond Jaloux*, *Henri*
Lichtenberger.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Die Justiz

Monatsschrift zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens.
In Verbindung mit *Wolfgang Mittermaier*, Gießen, *Gustav*
Radbruch, Heidelberg, *Hugo Sinzheimer*, Frankfurt a. M.
Herausgegeben von *Wilhelm Kroner*, Berlin.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Eisenbahn- und Verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen

Zeitschrift für Eisenbahn- und Verkehrsrecht. Redigiert von
Gerhard Eger, Berlin, *Roderich v. Kienitz*, Berlin, *Kurt*
Gordan, Berlin.

Jeder Band (4 Hefte) M. 20.—

Europa - Wirtschaft

Monatshefte für den wirtschaftlichen Aufbau Europas.
Herausgegeben von *Wilhelm Grotkopp*

Halbjährlich (6 Hefte) M. 5.—

Europäische Gespräche

Monatshefte für auswärtige Politik. Herausgegeben von
A. Mendelssohn Bartholdy, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 12.—

Markenschutz und Wettbewerb

Monatsschrift für Marken-, Patent- und Wettbewerbsrecht.
Herausgegeben von *Martin Wassermann*, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 18.—

Mehrere 100 Werke aus den durch die Zeitschriften bezeichneten Gebieten
Verlagsverzeichnis zu Diensten

DIE WIDERLEGUNG DER VERSAILLER KRIEGSSCHULD- THESE

von ALFRED von WEGERER

240 Seiten Oktav

Kartoniert 7,20 RM. — Gebunden 8,40 RM.

AUS DEN URTEILEN DER PRESSE:

„Das Buch erscheint in vorzüglicher Weise geeignet, in das Fragegebiet kurz und klar einzuführen.“

AMTSBLATT DES BAYER. STAATSMINISTERIUMS FÜR
UNTERRICHT UND KULTUS, München, Nr. 5, 22. Mai 1929.

„Der vorliegende Band, dessen Verfasser der Herausgeber von „Die Kriegsschuldfrage“ ist, verkörpert die ernsteste und vollständigste Anstrengung, die von der deutschen Wissenschaft zu dem Zweck gemacht worden ist auseinanderzusetzen, was der Verfasser und diejenigen, die mit ihm zusammen arbeiten, in Deutschland und anderswo einschließlich der Vereinigten Staaten unter dem Artikel 231 verstehen. Es verdient daher vollste Beachtung und gründlichste Aufmerksamkeit.“

PROFESSOR PITMAN B. POTTER im Aprilheft 1929 des
„American Journal of International Law“, Washington D. C.

„Ich weiß es nicht sicher, glaube aber, daß in der ungeheuren „Kriegsschuld-literatur“ dieses Buch als das endgültige betrachtet werden muß, was den deutschen Standpunkt anbetrifft Es ist wirklich schwer, sich ein Buch vorzustellen, das treffendere Schlußfolgerungen enthielte und das besser dokumentiert wäre als dieses Die Geschichte ist hier zu exakter Wissenschaft geworden“

GRAF BOSDARI, ehemaliger italienischer Botschafter in
Berlin (1929 gestorben) in der Zeitschrift „Rivista di Roma“
August/Septemberheft 1929.

VERLAG VON REIMAR HOBGING IN BERLIN SW 61

Das Ausland urteilt!

AMERIKANER

ENGLÄNDER

FRANZOSEN

ITALIENER

JAPANER

RUSSEN

NEUTRALE

GEGEN

DAS VERSAILLER URTEIL

HERAUSGEGEBEN VON

ALFRED VON WEGERER

Die Urteile sind in drei Sprachen
(deutsch, englisch, französisch)
wiedergegeben.

156 Seiten

Preis M. 4,50

VERLAG GEORG STILKE / BERLIN 1929

SOMMERKURORTE

in denen die „Berliner Monatshefte“ ausliegen!

O S T S E E B A D ARENDSEE

in Mecklenburg

Geschützte Lage durch herrl. Nadel- und Laubwälder — Vielseitige Unterhaltungen — Dampferausflüge — Segeln, Rudern, Tennis — **Ermäßigte Kurtaxe** — Baden am Strand und in der Seebadeanstalt kostenlos — Reichsbahnstation

Man verlange Führer von der Badeverwaltung **Ostseebad Arendsee** in Mecklenburg

DEUTSCHES NORDSEEBAD

Büsum

in Schleswig-Holstein, Reichsbahnstation auf einer in die Nordsee vorspringenden Landzunge. Kurzeit: Mai bis Oktober; bis Ende Mai keine, in der Vor- und Nachsaison ermäßigte Kurtaxe.

Frühjahrs-, Herbst- und Winterkuren.

Auskunft und Führer kostenlos durch die Badeverwaltung.

BAD MEINBERG



Teutoburger Wald

Schwefelmoor- und radioaktive Kohlensäure-Bäder, Inhalatorium, Trinkkuren. Kurzeit vom 15. April bis 15. Oktober. Gegen Gicht, Rheuma, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten.

Badeschrift durch die Kurverwaltung.

Bad Salzig

**am Rhein
bei Boppard**

Kohlensäurereiche Thermalquellen. / Heilanzeigen: Gicht, Rheumatismus, Erkrankungen des Herzens, alle Stoffwechsel-leiden. / Bade- und Trinkkur. Luft- u. Sonnenbad. / Kurmusik. Geringe Kurtaxe

Waldreiche Umgebung. / Herrliche Partien am Mittelrhein. Billige Pensionspreise. / Prospekte frei durch die Badeverwaltung

SOMMERKURORTE

in denen die „Berliner Monatshefte“ ausliegen!

Schierke am Brocken

650—1142 m ü. d. M.

Der alpine Luftkurort des Harzes

SOMMER- UND WINTERKUREN

Indikationen: Anämien / Zirkulationsstörungen / Skrofulosen
Funktionelle Neurosen / Bronchitiden / Basedow

Prospekte und Auskunft durch die Kurverwaltung — Verkehrs-
amt — der Gemeinde Schierke im Harz / Tel. 50

Bad Suderode

„im Sonnenlande des Harzes“ gelegen mit
seinem wundervollen Klima und seiner all-
heilenden **Calciumsolquelle** wirkt Wunder bei:
Arterienverkalkung, Herz-, Nerven-, Nieren-,
Drüsen-, Stoffwechsel- und Frauenleiden.

Unser Prospekt erzählt Ihnen davon.

Kostenlos durch die Kur-Verwaltung.

BAD WARMBRUNN

das Thermal- und Moorbad des Riesengebirges
heilt

Rheuma, Gicht, Ischias.

Alterserscheinungen und Verkalkung

430—570 m
ü. d. Meere

WILDBAD

23 000 Gäste

im Schwarzwald

Naturwarme **Heilquellen** gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven-
leiden u. a. / Luftkurort / Bergbahn auf den Sommerberg

Prospekte u. Auskunft durch Badeverwaltung od. Kurverein, sowie
sämtliche Reisebüros / In Berlin eigene Auskunftsstelle im Kiosk,
Rankestraße 1, bei der Gedächtniskirche / Tel.: Bismarck 3506

Das brennendste Problem der Gegenwart



Prozeß der Diktatur

Herausgeber

Otto Forst de Battaglia

416 Seiten. 16 Abbildungen. Geheftet RM. 12.—, gebunden RM. 15.—

3.—5. Tausend

Eine englische und amerikanische Ausgabe in Vorbereitung

Glänzende Besprechungen:

„*Kasseler Neueste Nachrichten*“: „Alles in allem bedeutet dieses Buch einen bahnbrechenden Vorstoß zur Belebung und Vertiefung der politischen Debatte.“

„*Kölnische Volkszeitung*“: „Führende Persönlichkeiten der verschiedensten politischen Parteien, Konfessionen und Länder kommen hier über die allgemeinen Aspekte der Diktatur oder über ihre konkreten Erscheinungen zu Worte. Glänzend geschrieben, bringt es jedem viel. Wir gehen mit dem Herausgeber einig in der Meinung, Eines schickt sich nicht für alle.“

„*Kölnische Zeitung*“: „Das Werk stellt im ganzen eine bedeutende Arbeit dar und ist als eine erfreuliche Bereicherung der politischen Literatur zu begrüßen. Kein denkender Leser wird es ohne Gewinn aus der Hand legen.“

„*Aargauer Tageblatt*“, Aarau: „Dieses Werk des Amalthea-Verlages ist ein sehr gewichtiges Zeitdokument zur Kulturgeschichte. Dieser ‚Prozeß der Diktatur‘ ist ein großes Schauspiel vor dem freigesinnten Europa.“

„*Pester Lloyd*“, Budapest: „Unter allen Umständen ein glücklicher Einfall. Überaus wertvolle und instruktive Essays erschöpfen das Problem sowohl von der historischen wie auch von der zeitgenössischen Warte aus.“

Amalthea-Verlag

Zürich • Leipzig • Wien

NATION UND STAAT

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von

Jacob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann,
Johannes Schmid-Wodder

Ganzjährig RM. 20.—, Halbjährig RM. 10.—, Einzelheft RM. 2.—

3. JAHRGANG

bringt Aufsätze über aktuelle und allgemeine Minderheitenfragen, Berichte über Tagungen und Institute und ständige Lageberichte über die Minderheiten in:

Elsaß-Lothringen, Estland, Eupen-Malmedy, Lettland, Litauen, Memelgebiet, Nordschleswig, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Südslawien, Südtirol, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Wolhynien

JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, LEIPZIG:

„Einen Überblick über dieses große, insbesondere uns Deutsche nicht bloß interessierende, sondern wahrhaft auf den Fingern brennende Problem konnte selbst der eifrigste Forscher nur schwer gewinnen; hier wird er geboten. Die Zeitschrift bekennt sich als eine wissenschaftlich-politische; sie versucht es ebenso sehr, rein wissenschaftlich die rechtliche Seite des Problems zu behandeln, als sie auch nicht vor politischer Ausdeutung desselben Innehält, wie dies ja auch der Stellung der Herausgeber als Vorkämpfer ihres Volkes entspricht.“

Hofrat Prof. Dr. Karl Brockhausen, Wien

PROBEHEFTE KOSTENLOS

Soeben erschien

ETHNOPOLITISCHER ALMANACH 1930

Ein Führer durch die europäische Nationalitätenbewegung

Im Auftrage des „Institut für Grenz- und
Auslandstudien“ herausgegeben von

OTTO JUNGHANN und MAX HILDEBERT BOEHM

8° VIII, 182 Seiten, Ganzleinen RM 5,50

Inhalt: Abhandlungen und Berichte, Dokumente,
Materialien zur ethnopolitischen Länderkunde Europas

WILHELM BRAUMÜLLER, WIEN, LEIPZIG

Die **Ostdeutschen Monatshefte**

Herausgeber: Carl Lange

XI. Jahrgang

**Die wertvolle Kulturzeitschrift
für den deutschen Osten**

Aus dem Inhalt: Reichbebilderte Aufsätze über alle Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft; Novellen, Erzählungen, Skizzen, Gedichte, Bücherschau und wertvolle literarische Beilagen in zwangloser Folge.

Vierteljährlich 3 Hefte zu 3,75 RM.

Aus Kritiken der führenden Blätter der letzten Zeit:

Die Ostdeutschen Monatshefte haben ihren elften Jahrgang angetreten. Der Herausgeber stammt aus der Heimat Wilhelm Raabes und hat mit ihm das tiefe deutsche Gemüt gemeinsam. Da das Herz immer noch die bedeutendste Macht ausübt und den rechnenden Verstand überwiegt, so mag es kommen, daß die Zeitschrift trotz der Notzeit an Lesern zunimmt. Ja, man konnte es wagen, die Zeitschrift neu auszustatten, Literarische Beilagen hinzuzufügen, und so erscheint sie mit neuem Umschlag, neuem Format und wirkungsvollen Bildern . . .

Carl Lange hat dies Fingerspitzengefühl. Er meidet mit sicherem Takt alles was spaltet und klüftet; er will zusammenführen, zusammenschließen. So steht seine Zeitschrift über den Konfessionen und über den Parteien. Man kann schon dem arbeitsfrohen, feinfühligen und aristokratischen Führer für die Zukunft ein tapferes Ausharren im Osten und seiner nunmehr weiter ausgebauten Zeitschrift, die fernerhin den Geist innerer Wahrhaftigkeit atmen möge, ein weiteres Blühen und Gedeihen wünschen; schon um unserer selbst willen.

Zu beziehen durch den Buchhandel, durch die Post oder den Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 65

Zeitschriften

der Verlagsbuchhandlung Dr. Walther-Rothschild,
Berlin-Grunewald

Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie

Herausgegeben von *Leopold Wenger*, München, *Wilhelm Sauer*,
Königsberg i. Pr., *Goetz Briefs*, Berlin.

Jeder Jahrgang (4 Hefte) M. 24.—

Deutsch-Französische Rundschau

Herausgegeben von *Otto Grautoff*, *Heinrich Eduard Jacob*,
Rudolf Meerwarth, *Fritz Norden*, *Gottfried Salomon*, *Edgar*
Stern-Rubarth, *Maurice Boucher*, *Edmond Jaloux*, *Henri*
Lichtenberger.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Die Justiz

Monatsschrift zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens.
In Verbindung mit *Wolfgang Mittermaier*, Gießen, *Gustav*
Radbruch, Heidelberg, *Hugo Sinzheimer*, Frankfurt a. M.
Herausgegeben von *Wilhelm Kroner*, Berlin.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Eisenbahn- und Verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen

Zeitschrift für Eisenbahn- und Verkehrsrecht. Redigiert von
Gerhard Eger, Berlin, *Roderich v. Kienitz*, Berlin, *Kurt*
Gordan, Berlin.

Jeder Band (4 Hefte) M. 20.—

Europa-Wirtschaft

Monatshette für den wirtschaftlichen Aufbau Europas.
Herausgegeben von *Wilhelm Grotkopp*

Halbjährlich (6 Hefte) M. 5.—

Europäische Gespräche

Monatshette für auswärtige Politik. Herausgegeben von
A. Mendelssohn Bartholdy, Hamburg.

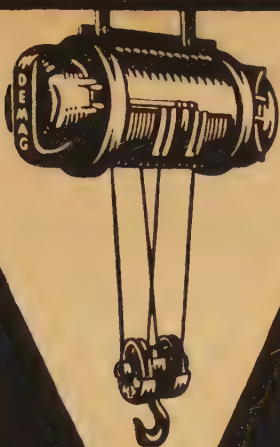
Halbjährlich (6 Hefte) M. 12.—

Markenschutz und Wettbewerb

Monatsschrift für Marken-, Patent- und Wettbewerbsrecht.
Herausgegeben von *Martin Wassermann*, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 18.—

Mehrere 100 Werke aus den durch die Zeitschriften bezeichneten Gebieten
Verlagsverzeichnis zu Diensten



Das betriebssicherste
**Elektro-
 Hebezeug**
 ist der

**DEMAG
 ZUG**

$\frac{1}{4}$ -10 tons Tragfähigkeit, wetter-
 fest gekapselt, daher unempfind-
 lich gegen Regen und Staub.

DEMAG
 AKTIENGESELLSCHAFT DUISBURG.

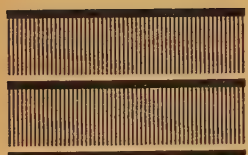
Breußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
 zur preiswerten Anfertigung
 sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen
 Zeitschriften / Zeitungen
 Werke

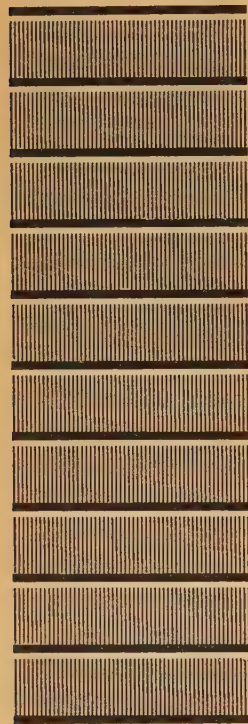
Setzmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 11, Postschließfach 57

Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123 — 3125



Der Ring



Politische Wochenschrift



Wochenschrift für Politik

Herausgeber:

Heinrich von Gleichen

„Der Ring“ ist das führende Organ einer überparteilichen konservativen Politik, die die Gegenwartsprobleme mit geistiger Initiative angreift. In grundsätzlichen Aufsätzen wird Stellung genommen zu den Zeitereignissen und zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen. Damit sollen die Kräfte der maßgebenden Oberschicht politisch aktiviert werden auch zu dem verfassungspolitischen Ziel, die Unabhängigkeit der Staatsführung von Massenherrschaft und Interessenwirtschaft wiederherzustellen.

Monatsbezug RM. 3.50

Preis des Einzelheftes RM. 1.—

Durch Buchhandel und Post zu beziehen

Probehefte vom Verlag

**„Der Ring“, Schriftenvertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 8**

•N•



Ein Spaziergang durch's Zimmer

mit dem elektrischen PROTOS-Bohner verwandelt den Fußboden in eine spiegelnde Fläche! Abziehen und Reinigen, Einwachsen und Polieren alles gleich mühelos mit dem PROTOS-Bohner

Preis RM. 185,—
Mit Abziehwalzen RM. 215,—



SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS

Überall im Einzelhandel

INHALT

	Seite
Graf Max Montgelas: Ein zweites Plädoyer Poincarés	705
Alfred Rappaport: Mazedonien und die Komitadschis	731
Die Parlamentsreden bei Kriegsausbruch 1914.	748
Bethmann Hollwegs Rede im Reichstag am 4. August 1914 . .	749
Vivianis Rede in der Kammer am 4. August 1914	753
Sasonows Rede in der Duma am 8. August 1914	766
Greys Rede im englischen Unterhaus am 3. August 1914 . . .	770
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	787

Ein zweites Plaidoyer Poincarés.

Graf Max Montgelas.

In seinen Memoiren „Au Service de la France“ hat Herr Raymond Poincaré die französische Politik zu rechtfertigen versucht, die er von Anfang 1912 bis August 1914 zuerst direkt als Premier- und Außenminister, dann indirekt als Präsident der Republik geleitet hatte. Doch er vermochte seine Gegner im eigenen Lande nicht zu überzeugen. Der Hauptmann der Reserve Gerin hat ihm 14 Fragen vorgelegt, die ebenso viele Anklagepunkte darstellen, und darauf sehr ausführliche Antworten erhalten. Dieses zweite Plaidoyer Poincarés ist im Juliheft dieser Zeitschrift durch vier Besprechungen schon in allen wesentlichen Punkten gründlich widerlegt worden¹⁾. Bei dem großen Einfluß, den der frühere Staatschef Frankreichs auch heute noch auf die öffentliche Meinung seines Landes ausübt, ist es für manche Leser vielleicht von Interesse, den Gedankengang der 143 Druckseiten füllenden Verteidigungsschrift tunlichst vollständig kennen zu lernen. Dabei müssen freilich sehr viele Wiederholungen in den Kauf genommen werden, da Poincaré der Lehre huldigt, daß die Wiederholung die stärkste Form der Rhetorik sei. Der Übersichtlichkeit halber sind im nachstehenden auch die Fragen Gerins in kurzem Auszug nochmals wiedergegeben.

Erste Frage.

„Meinen Sie nicht, daß das große Problem der Verantwortlichkeit für den Krieg ausschließlich vom Standpunkt der Wahrheit und Gerechtigkeit untersucht werden soll?“

Es ist selbstverständlich, daß Poincaré diese Frage bejaht. Auch sein Verlangen ist gerechtfertigt, man solle bei der Untersuchung nicht nur zwei oder drei Fragen herausgreifen. Wenn er jedoch hinzufügt, man dürfe die „unzweifelhaften Beweise der Schuld der beiden kaiserlichen Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht völlig im Dunkeln lassen“, so ist das ein Versuch, das Urteil des Lesers von vorneherein in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen.

¹⁾ G. von Jagow: „Herr Poincaré“; G. Demartial: „Les Responsabilités de la Guerre“; G. Frantz: „War 1914 Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg?“; A. von Wegerer: „Die systematische Verfälschung der russischen allgemeinen Mobilmachung“.

Zweite Frage.

„Würden Sie, wenn Deutschland zuerst mobilisiert und die Masse seiner Truppen gegen Frankreich hätte aufmarschieren lassen, diese Mobilmachung Deutschlands als einen innerpolitischen Akt (*acte intérieur*) angesehen haben, dem Sie Gewalt nicht entgegensetzen durften, solange darauf nicht Kriegshandlungen gefolgt waren?“

Die Antwort wendet sich gegen den von Gerin gebrauchten Vergleich: „Wenn mein Feind, der mir als guter Schütze bekannt ist, einen Revolver auf mich richtet, so muß ich daraus schließen, daß er mich töten will; soll ich warten, bis er geschossen hat?“ Poincaré ist der Ansicht, daß man eine Nation, die ihre Truppen „mobilisiert, aber noch nicht an den Grenzen aufmarschieren läßt“²⁾ nur mit einem Manne vergleichen dürfe, der „im Glauben, bedroht zu sein, aus Vorsicht einen Revolver aus der Tasche zieht, sich jedoch hütet, ihn gegen irgend jemand zu richten“.

Die Antwort unterscheidet also zwischen der Mobilmachung im engeren Sinne, das ist der Ergänzung der Truppen von Friedens- auf Kriegsstärke, und dem Aufmarsch (*concentration*) an den Grenzen. Das sind in der Tat zwei verschiedene Dinge und sie wurden in früheren Zeiten auch auf Grund gesonderter Befehle ausgeführt. Aber schon lange vor 1914 erfolgte in allen europäischen Heeren auf Grund des einen Befehles zur allgemeinen Mobilmachung nicht nur die Ergänzung auf Kriegsstärke, sondern auch der Aufmarsch, ohne daß es noch eines besonderen „Aufmarschbefehles“ der Regierung bedurft hätte. Im Jahre 1914 waren in Frankreich die Reservisten im allgemeinen bis zum 5. August bei ihren Truppenteilen eingerückt, am 6. August begann ohne weiteren Befehl der Regierung der Aufmarsch an den Grenzen (unter Berücksichtigung der am 2. angeordneten Variante, die den Aufmarsch weiter gegen Norden verschoben hatte). Die 11 Infanterie- und 4 Kavalleriedivisionen des französischen Grenzschatzes waren sogar schon am 31. Juli ohne Reservisten an die deutsche Grenze abgerückt; bei ihnen ging also der Aufmarsch der Ergänzung auf Kriegsstärke voraus! Man zog auf Grund des Mobilmachungsbefehls in Frankreich wie in allen anderen Ländern den Revolver nicht nur aus der Tasche, sondern richtete ihn schon auf einen ganz bestimmten Gegner. Es war überall so, wie es der Chef der Mobilmachungsabteilung des russischen Generalstabes Dobrorolski schil-

²⁾ Sperrdruck von mir.

dert: „Ist der Zeitpunkt der allgemeinen Mobilmachung einmal festgesetzt, so ist alles erledigt. Es gibt kein Zurück mehr. Er bestimmt mechanisch den Beginn des Krieges im voraus.“

Mit keinem Wort geht Poincaré auf das wichtige Argument Gerins ein, daß die als „acte intérieur“ bezeichnete Mobilmachung doch gegen jemand „de l'extérieur“ gerichtet sei. Gerin führt zahlreiche Beweise dafür an, daß nach Ansicht der Unterhändler der französisch-russischen Militärkonvention die Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg war. Poincaré greift nur die Äußerung des Vizechefs des französischen Generalstabes Boisdeffre auf: „Die Mobilmachung ist die Kriegserklärung.“ Er übergeht mit Stillschweigen die dasselbe sagenden Worte des französischen Generalstabschefs Miribel sowie des russischen Generalstabschefs Obrutchenow und erklärt, die Auffassung Boisdeffres sei nach seiner Kenntnis nie die Ansicht irgendeiner französischen Regierung gewesen. Er weiß offenbar nicht, daß schon Präsident Jules Grévy 1887 die französische Mobilmachung als gleichbedeutend mit Krieg bezeichnete.³⁾ Wie 1887 Grévy, so dachte 1892 Zar Alexander III., als er Boisdeffre mit den Worten zustimmte: „Das ist ganz meine Auffassung.“

Es kann auch kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Verhandlungen über die französisch-russische Militärkonvention von jedem französischen Staatschef genau studiert worden sind. Hat jemals einer von ihnen gegen die Ansichten Alexanders III., Miribels, Boisdeffres und Obrutchenows Einspruch erhoben und auf Berichtigung der Auffassung des Generalstabes gedrungen? In den späteren, schließlich fast alljährlichen Konferenzen des französischen und russischen Generalstabes wurden Aufmarsch an den Grenzen und Beginn der militärischen Operationen stets als automatische Folge der Mobilmachung behandelt. Die Protokolle dieser Konferenzen wurden seit 1911 den Regierungen zur Genehmigung unterbreitet; wurde jemals der Einwand erhoben, daß der Aufmarsch erst auf einen besonderen Befehl der Regierung erfolgen könne?

Wie stand es nun im Jahre 1914 um den „acte intérieur“ in Rußland und Frankreich? Was Rußland betrifft, so hat Minister Sasonow durch die Schilderung der Unterredung vom 30. Juli, worin er Kaiser Nikolaus II. zum zweiten Male den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung abpreßte, den unanfechtbaren Beweis erbracht, daß sowohl der russische Monarch wie auch sein Außenminister die Mobilmachung als gleichbedeutend mit Aufmarsch und

³⁾ Herr von Jagow Juliheft S. 605 Fußnote 10.

Krieg ansahen.⁴⁾ Nicht anders dachte in Frankreich Kriegsminister Messimy. Als er in der Nacht 31. Juli/1. August — vor jeder deutschen Kriegserklärung und vor der deutschen Mobilmachung — an die Kommandierenden Generale drahtete, der französische Mobilmachungsbefehl werde voraussichtlich im Laufe des kommenden Nachmittags erlassen werden, sagte er gleichzeitig dem russischen Militärattaché: „Die Regierung ist zum Kriege fest entschlossen“ (R 147).⁵⁾ Als Messimy sodann am 1. August 3 Uhr 40 nachm. den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung wirklich erließ — gleichfalls noch vor jeder deutschen Kriegserklärung und vor der deutschen Mobilmachung —, richtete er gleichzeitig die Bitte an Rußland, es möge auf Serbien einwirken, schneller zur Offensive überzugehen, und es möge Frankreich über den Beginn der russischen Offensive auf dem laufenden halten (R 169).

Sollen der mit dem Entschluß zur Mobilmachung zusammenfallende Entschluß zum Kriege und der mit dem Erlaß des Mobilmachungsbefehls zusammenfallende Wunsch nach serbischer und russischer Offensive wirklich „*actes intérieurs*“ gewesen sein? Oder sollen die Ansichten des Kriegsministers nicht mit denen der französischen Regierung übereingestimmt haben?

Dritte Frage.

„Sind Sie bereit, die Dokumente vorzulegen, die beweisen, daß Sie den Russen die Unterstützung Frankreichs nur im Falle eines österreichischen Angriffs auf Rußland und nicht im Falle eines russischen Angriffs auf Österreich versprochen haben?“

Poincaré verweist in seiner Antwort zunächst auf die Erklärung des späteren Ministerpräsidenten Herriot in der Kammer-sitzung vom 6. Juli 1922, er habe das Livre Noir Seite für Seite genau gelesen, darin jedoch nichts für Frankreich Belastendes gefunden. Diese Erklärung hat Herriot allerdings abgegeben und damit bei allen vorurteilsfreien Lesern des Livre Noir großes Erstaunen hervorgerufen.

Gerin hatte in seiner Frage sechs Meldungen Iswolskis bezeichnet, nach denen Poincaré im Herbst 1912 Rußland zum Angriff auf Österreich ermutigt habe. Die Antwort führt zur Ent-

⁴⁾ S. D. Sasonow: „Sechs schwere Jahre“ S. 249—52.

⁵⁾ D = Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, E = Britische Dokumente zum Kriegsausbruch, F = französisches Gelbbuch 1914, R = ergänztes russisches Orangebuch, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen.

lastung zunächst Dokumente aus dem Frühjahr und Sommer 1912 an und rechtfertigt eine Äußerung vom 12. September.⁶⁾ Nun sei gerne zugegeben, daß Frankreich bis zum Ausbruch des Balkankrieges im Oktober bestrebt war, den europäischen Frieden zu erhalten; aber nach den raschen und entscheidenden Siegen der Balkanstaaten hat im November und Dezember eine grundsätzliche Schwenkung der französischen Politik stattgefunden. Poincaré geht nur auf eine einzige der von Gerin angeführten Meldungen Iswolskis aus diesen beiden Monaten ein, nämlich auf seine Worte zum russischen Botschafter vom 17. November: „Wenn Rußland in den Krieg geht, so wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen wird.“ Er sucht ebenso wie in seinen Memoiren diese Worte durch einen tags vorher an Iswolski gerichteten Brief zu entkräften. Doch dieser im Ministerrat vom 16. festgelegte Brief beweist keineswegs, daß der Botschafter die Äußerungen vom 17. falsch berichtet habe. Allerdings hat Poincaré auch nachträglich, als ihm Iswolski einen Bericht über die Unterredung vorlas, die angeführte Formel als „zu allgemein“ bezeichnet und sie auf den Wortlaut der Militärkonvention einzuschränken versucht. Allein die anderen, von Gerin bezeichneten Stellen des Livre Noir, die noch durch weitere vermehrt werden können,⁷⁾ genügen, um zu beweisen, daß im Gegensatz zu früher Frankreich nunmehr in einem Gebietserwerb Österreichs auf dem Balkan „eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts und damit der eigenen Interessen Frankreichs erblickte und daß es nicht mehr befürchtete, durch Rußland in einen Krieg für fremde Interessen hineingezogen zu werden, sondern eher besorgte, daß Rußland in einer Sache, welche die Lage und das Prestige der ganzen Entente berühre, sich zu passiv verhalte“.^{7a)}

Richtig ist, daß am 23. November Poincaré auf Rußland einwirkte, es möge die Aneignung albanischen Gebietes durch Serbien nicht unterstützen. Doch diese Mahnung an Rußland war veranlaßt durch die wenige Tage vorher abgegebene Erklärung des italienischen Botschafters in Paris, daß Italien „verpflichtet sei, die Integrität Albaniens zu verteidigen, und daß es im Falle eines Krieges wegen dieser Frage Österreich bewaffneten Beistand leisten müsse“.⁸⁾ Eine allgemeine Konflagration aus diesem Anlaß würde somit den

⁶⁾ Livre Noir I. S. 326.

⁷⁾ Hans Delbrück: „Der Friede von Versailles“, 3. Auflage, Berlin 1930, S. 23.

^{7a)} Livre Noir I. S. 342 und 372.

⁸⁾ Livre Noir I. S. 347 Abs. 2.

Dreibund geschlossen gegenüber Frankreich und Rußland gefunden haben und mußte um jeden Preis vermieden werden. Das Dokument entkräftet daher in keiner Weise die früheren und späteren Zusagen des französischen Ministerpräsidenten. Es entkräftet insbesondere auch nicht die Erklärung des Kriegsministers Millerand, der am 18. Dezember 1912 dem russischen Militärattaché seinen Unwillen darüber aussprach, daß Rußland „anscheinend Serbien seinem Schicksal überlassen wolle, obwohl Frankreich bereit sei, was in Rechnung gestellt werden müsse“.⁹⁾

Dieses Revirement der französischen Politik entsprach dem schon länger, seit der Krise von Agadir, bestehenden Wunsche des nationalistischen Teiles des französischen Volkes. Der einflußreiche Deputierte Graf Albert de Mun schildert die damalige Bewegung in begeisterten Worten: „Im vorigen Jahre hat die in ihrem Stolz verletzte Nation, von kühnem Schwunge beseelt, mit einem plötzlichen Ruck sich aufgerichtet. Seitdem hat sie sich nicht wieder der Ruhe hingegeben. Ihr Erwachen war nicht nur der plötzliche Ausbruch vorübergehenden Zornes, sondern die Offenbarung einer neuen Geistesrichtung in der französischen Jugend. Darin liegt unsere Stärke. Dieser Jugend, auf der die Zukunft des Vaterlandes beruht, muß man laut die Wahrheit sagen. Es gibt in der Geschichte der Völker entscheidende Stunden. Wir nähern uns einer dieser Stunden.“¹⁰⁾ Die nach Agadir ans Ruder gekommene Regierung Poincaré-Delcassé-Millerand war der Exponent der von de Mun gepriesenen neuen Geistesrichtung.

Vierte Frage.

„Sie haben selbst anerkannt, daß Deutschland sich mit unermüdlicher Hartnäckigkeit Frankreich zu nähern trachtete. Sie haben mir zugegeben, daß Wilhelm II., abgesehen vom letzten Augenblick, den Krieg nicht gewollt hat. Ist angesichts dieser Haltung Deutschlands Ihre Erklärung in der Kammersitzung vom 6. Juli 1922: „Wenn wir Rußland preisgegeben hätten, würde Deutschland eines Tages — nach Durchführung des Angriffes gegen Rußland — Frankreich angegriffen haben“ nicht das Eingeständnis, daß der Krieg Frankreichs nicht ein Verteidigungskrieg, sondern ein Präventivkrieg gewesen ist?“

⁹⁾ Fr. Stieve: „Iswoiski und der Weltkrieg“ S. 118 nach E. Adamow in der „Iswestija“ 29. Juli 1924 Nr. 171.

¹⁰⁾ Comte Albert de Mun: „L'Heure décisive“, Paris 1913, S. 22. Das Buch tritt für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit ein. Unter „im vorigen Jahre“ ist der Herbst 1911 zu verstehen.

Die Antwort geht auf die Argumente Gerins überhaupt nicht ein. Poincaré sagt nichts über die Annäherungsversuche Deutschlands und erläutert seine Erklärung über dessen Friedensliebe im Jahre 1912 durch den schon in der Kammer 1922 gemachten ironischen Zusatz: „Deutschland war noch nicht bereit“. Um diese Bereitschaft zu erreichen, so behauptet er, sei die deutsche Heeresverstärkung vom Frühjahr 1913 vorgenommen worden.

Fühlt Poincaré nicht den Widerspruch zwischen dem Eingeständnis, daß Kaiser Wilhelm „abgesehen vom letzten Augenblick“ den Krieg nicht wollte, und der Behauptung, daß der Kaiser anderthalb Jahre vor dem letzten Augenblick eine Heeresverstärkung zum Zwecke baldigen Angriffskrieges verlangte? Die deutsche Wehrvorlage 1913 war keineswegs auf baldigen Krieg berechnet, vielmehr eine Maßnahme auf lange Sicht. Für einen baldigen Krieg bedeutete sie wenig. Bei Kriegsausbruch 1914 war das um 60 000 Mann verstärkte Rekrutenkontingent erst ein einziges Mal, im Oktober 1913, eingestellt worden. Die geplante Verstärkung würde sich für das aktive Heer erst im Frühjahr 1915, für die Reserve erst 1919, für die Landwehr erst 1931, für den Landsturm erst 1936 ausgewirkt haben. Die geplanten Befestigungen an der Ostgrenze waren noch lange nicht fertig. Sogar die nach den Erfahrungen der Balkankriege dringend nötige Vermehrung der Artilleriemunition sollte nur allmählich, in den Jahren 1915, 1916 und 1917 durchgeführt werden.¹¹⁾

Im Gegensatz dazu war die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich ohne jede Ausnahme nicht auf lange Sicht, sondern auf baldigen Krieg berechnet. Sie verstärkte das aktive Heer sofort um 30 Prozent und stellte bei der Mobilmachung mit einem Schlage vier volle Jahrgänge mehr zur Verfügung.¹²⁾ Für die wissenschaftlichen Berufe war die Verpflichtung, daß jeder Mann drei volle Jahre unter der Fahne bleiben mußte, nur für kurze Zeit tragbar. Frankreich mußte binnen kurzer Frist entweder die dreijährige Dienstzeit wieder abschaffen oder die große Krise herbeiführen.

Nach den unzutreffenden Bemerkungen über die deutsche Wehrvorlage 1913 beschränkt sich die Antwort auf die Behauptung, es

¹¹⁾ Kriegsminister von Falkenhayn an Reichskanzler von Bethmann Hollweg 18. Juni 1914, Kriegsministerium Nr. 1140/14 g R 4.

¹²⁾ Drei Jahrgänge durch Verlängerung der Wehrpflicht vom 45. bis zum 48. Lebensjahre, einen vierten Jahrgang durch Einstellung der Rekruten mit dem 20. statt wie bisher mit dem 21. Lebensjahre.

genüge, die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms zu lesen, um zu erkennen, daß „der Gedanke, Serbien zu vernichten, sofort nach dem Attentat von Sarajewo die ganze österreichische und deutsche Politik beherrscht habe“. Will Poincaré bestreiten, daß nach Kenntnisnahme der serbischen Antwort in der deutschen Politik, und zwar gerade auf Anregung Kaiser Wilhelms, ein völliges Revirement stattgefunden hat? Weiß er nicht, daß der anfänglich bei einigen Mitgliedern des Wiener Kabinetts bestehende Plan einer Vernichtung Serbiens schon im Ministerrat vom 7. Juli endgültig aufgegeben wurde?

Fünfte Frage.

„Haben Sie durch Ihre Versprechungen vom November 1912, Rußland in einem Kriege zu unterstützen, zu dem es die Initiative ergriffen hätte, nicht eine Verpflichtung zum Kriege ohne Vorwissen des Parlaments übernommen, und haben Sie dadurch nicht den Weg zum Kriege von 1914 vorbereitet?“

Poincaré erledigt diese Frage durch einfachen Hinweis auf seine Antwort zur dritten Frage. Es ist gezeigt worden, wie wenig überzeugend diese Antwort ist. Er fügt hinzu, daß er im Jahre 1912 im Ministerrat einmal ausgesprochen hat: „Auch wenn ich im voraus sicher wäre, daß ein Krieg uns zum Siege führen wird, so würde ich doch niemals die Verantwortung auf mich nehmen, den Krieg erklären zu lassen.“ Auf die Stellung Poincarés zur Kriegserklärung wird bei der zehnten Frage ausführlich eingegangen werden.

Die Antwort bezieht sich sodann darauf, daß in der schon erwähnten Kammersitzung vom Juli 1922 Viviani als Außenminister des Juli 1914 die Verantwortung für die damalige französische Politik für sich in Anspruch genommen hat. Jene Rede Vivianis strotzte nun aber von unrichtigen Angaben und wiederholte sogar noch die gefälschten Mobilmachungsdaten, sodaß man sich wundern muß, wie ein die Tatsachen kennender Schriftsteller sich auf jene Rede berufen kann. Auch vergißt Poincaré, daß er sich Iswolski gegenüber rühmte, als Staatschef die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ebenso in der Hand zu behalten wie als Außenminister. Diesen Einfluß Poincarés meldete nicht nur Iswolski, dem so viele Mißverständnisse vorgeworfen werden, sondern ebenso der russische Botschafter in London Graf Benckendorff, der aus den Unterredungen mit seinem französischen Kollegen Paul Cambon und aus der Haltung Poincarés den Schluß zog, daß von allen

Mächten Frankreich diejenige sei, die einen Krieg mit dem größten Gleichmut hinnehmen würde.¹³⁾

Sechste Frage.

„Rußland hat 1914 nicht nur früher als Österreich, sondern auch früher als Deutschland mobilisiert. Ist Rußland die Unterstützung Frankreichs auch für diesen Fall zugesichert worden?“

Poincaré erwidert, daß Frankreich 1914 Rußland nichts versprochen habe als die genaue Ausführung des Allianzvertrages von 1892. Die Tatsachen liegen doch etwas anders.

Während ihres Besuches in Petersburg (20.—23. Juli) erteilten Poincaré und Viviani dem russischen Außenminister einen Blankowechsel für alle Maßnahmen, die Rußland zum Schutze Serbiens treffen würde. Diese Vereinbarung wurde in London für so belastend angesehen, daß sie im britischen Blaubuch 1914 unterdrückt und zwölf Jahre geheim gehalten wurde.

Nach Bekanntwerden des österreichischen Ultimatus am 24. Juli beteuerte in einer Unterredung mit Sasonow der französische Botschafter Paléologue die Bundestreue Frankreichs so stark, daß dessen britischer Kollege den Eindruck gewann, die Sprache Paléologues sei noch entschiedener gewesen als die des russischen Ministers. Der Bericht über diese Unterredung erweckte im Londoner Auswärtigen Amt den Eindruck, daß nicht nur Rußland, sondern auch Frankreich jetzt schon zum Kriege entschlossen sei.¹⁴⁾ Sollte man in Petersburg nicht denselben Eindruck von Frankreichs Kriegswillen gewonnen haben?

Es ist richtig, daß während der Krise Frankreich immer nur von Erfüllung der Bündnispflichten sprach. Es hat jedoch diese Zusicherung ständig wiederholt, auch als Rußland militärische Maßnahmen traf, die mit dem Geiste und sogar mit dem Buchstaben des Bündnisvertrages nicht mehr vereinbar waren. Frankreich hätte schon am 26. und noch bestimmter am 29. Juli erklären sollen: „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflichten zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns durch voreilige und ungerechtfertigte militärische Maßnahmen Rußlands in einen Krieg für ausschließlich russische Balkaninteressen hineinziehen zu lassen.“ Statt dessen ging das einzige Streben in Paris dahin, mit den Kriegsrüstungen Rußlands gleichen Schritt zu halten.

¹³⁾ Livre Noir II, S. 303 ff.

¹⁴⁾ E XI. 101, Randbem. Sir E. Crowes.

Siebente Frage.

„Würden Sie an Stelle des deutschen Reichskanzlers nach der Mobilmachung die Verhandlungen noch fortgesetzt haben?“

Poincaré hält daran fest, daß Deutschland auch nach der Mobilmachung die diplomatischen Verhandlungen hätte fortsetzen können, und wirft Gerin abermals vor, daß er Mobilmachung und Aufmarsch verwechsle. Es ist schon bei der zweiten Frage nachgewiesen worden, daß in den europäischen Heeren Mobilmachung und Aufmarsch untrennbar zusammenhängende Handlungen geworden waren, und daß der Irrtum nicht auf Seite Gerins, sondern auf der Poincarés liegt.

Unrichtig ist die Behauptung, Deutschland habe die allgemeine russische Mobilmachung mit der Kriegserklärung beantwortet. Deutschland hat am 31. Juli nicht mit der Kriegserklärung, sondern mit der Sömation geantwortet, die Mobilmachung einzustellen. Sasonow verweigerte dieses Verlangen als „technisch unmöglich“ und lehnte eine Garantie dafür ab, daß Rußland auch beim Fehlschlag einer Einigung mit Österreich Frieden halten werde (D 536). Erst nachdem der russische Minister am folgenden Tag (1. August) nochmals auf dreimaliges Befragen die Einstellung der Mobilmachung verweigert hatte, wurde die Kriegserklärung übergeben (D 588). Da die russische Mobilmachung ohne weiteres den Aufmarsch in sich schloß, würde sich für die Zentralmächte eine militärisch aussichtslose Lage ergeben haben, wenn während wochenlanger Verhandlungen¹⁵⁾ die russischen Heere sich ungestört an den deutschen und österreichischen Grenzen hätten versammeln können. Unverständlich ist die Behauptung, Deutschland hätte dann „à armes égales“ kämpfen können. 202 französische und russische Divisionen hätten gegen 135 deutsche und österreichische gestanden, mehr als fünf Millionen Streiter gegen dreieinhalb Millionen.

Es ist richtig, daß die russische Mobilmachung langsamer war als die deutsche und französische. Sie war jedoch nicht so langsam, wie Poincaré seine Leser glauben machen möchte. Auf Grund der Besprechungen mit dem russischen Generalstab rechnete der für 1914 gültige französische Operationsplan XVII damit, daß die russische Armee bald nach dem 15. Mobilmachungstag die Operationen

¹⁵⁾ In den acht Fällen, in denen zwischen 1907 und 1914 der Haager Schiedshof angerufen wurde, vergingen zwischen der Einigung zu schiedlicher Schlichtung und der Fällung des Schiedsspruches jeweils 4 bis 27, im Durchschnitt 14 bis 16 Monate. Genaue Angaben s. W. Schücking. „Das Werk vom Haag“, 1917.

gegen Deutschland beginnen, zwischen dem 20. und 23. Mobilmachungstag die Offensive mit 24 Armeekorps zur vollen Entfaltung bringen und am 35. Mobilmachungstag fast ganz Ostpreußen besetzt haben könne.¹⁶⁾

Poincaré kommt dann wieder auf die Äußerung Boisdeffres zurück: „Die Mobilmachung ist die Kriegserklärung“. Während er bei der zweiten Frage erklärt hatte, diese Auffassung sei nie die einer französischen Regierung gewesen (S. 46), gibt er diesen Standpunkt nunmehr auf und führt die ganz verschiedene Argumentation Renouvins an (S. 80). Danach hätten die französischen Generale und Staatsmänner (les généraux et hommes politiques français) von 1892 und 1893 zwar nicht die russische und französische, wohl aber die Mobilmachung ihrer Gegner (de leurs adversaires) als Kriegserklärung angesehen. Welche Auffassung gilt nun, die Poincarés oder die Renouvins? Wenn die letztere gilt, warum soll eine deutsche, österreichische und italienische Mobilmachung den Krieg bedeuten, nicht aber eine französische oder russische? Da niemand, auch nicht Renouvin, bestreitet, daß Deutschland auf die russische Mobilmachung mit der seinigen antworten mußte, so war doch die russische Mobilmachung ein Akt, der automatisch die den Krieg bedeutende deutsche Mobilmachung nach sich zog.

Achte Frage.

„In Ihrem Buche „L'Union Sacrée“ behaupten Sie, daß die zaristische Regierung die Unverschämtheit und Unklugheit begangen habe, den Rubikon nicht nur ohne die Zustimmung, sondern gegen den Rat Frankreichs zu überschreiten. Warum haben Sie dann Rußland mit Dankesbezeugungen überhäuft, während Sie Deutschland den Feind des Menschengeschlechts nannten?“

Zum Beweise, daß Rußland gegen den Rat Frankreichs gehandelt habe, führt Poincaré das französische Telegramm vom 30. Juli, 7 Uhr morgens an: „Rußland möge keine Maßregel treffen, die Deutschland einen Vorwand böte für eine vollständige oder teilweise Mobilmachung seiner Streitkräfte.“¹⁷⁾ In dieser richtigen Form verlangt Frankreich nicht, daß Rußland auf die von Sasonow

¹⁶⁾ Amtliches französisches Werk über den Weltkrieg „Les Armées Françaises dans la Grande Guerre“ I, S. 47.

¹⁷⁾ F 101. Wegen der gänzlich unrichtigen Wiedergabe dieses Telegramms in der „Union Sacrée“ (S. 386) siehe „Kriegsschuldfrage“ 1928, S. 153 ff.

angekündigte allgemeine Mobilmachung verzichte, sondern nur, daß es dabei vorsichtig zu Werke gehe und Deutschland keinen Anlaß zu Gegenmaßregeln biete. Der russische Militärattaché in Paris hatte denn auch Zweifel, was mit den unklaren Ausdrücken des Telegramms eigentlich gemeint sei, und erkundigte sich beim französischen Kriegsminister. Dieser empfahl, „die Mobilmachungsvorbereitungen zeitweilig zu verlangsamen, was nicht hindern würde, sie fortzusetzen und sogar zu verstärken,¹⁸⁾ wobei nach Möglichkeit größere Truppentransporte zu unterbleiben hätten“ (R 116). Diesen Rat wollte Petersburg befolgen, und am Abend des 30. erhielt Paris die Meldung: „Die russische Regierung hat beschlossen, insgeheim die ersten Maßregeln der allgemeinen Mobilmachung durchzuführen.“^{18a)} Die Behauptung (S. 92), der Kriegsminister habe Rußland „die Einstellung der Mobilmachung und insbesondere die Einstellung von Massentruppentransporten“ empfohlen, ist unrichtig. Nicht die Einstellung, sondern die Fortsetzung und Verstärkung der Mobilmachung wurde empfohlen, die Einstellung von Truppenmassentransporten nicht unbedingt, sondern „nach Möglichkeit“.

Wenn jedoch Rußland wirklich gegen den Rat Frankreichs gehandelt hat, warum hat Frankreich dann nicht protestiert? Warum hat Frankreich das Verlangen zum Verzicht auf Mobilmachung nicht in unzweideutiger Sprache wiederholt? Warum hat es während des Krieges und noch viele Jahre nach dem Kriege die Priorität der russischen Mobilmachung gelehnet?

Nachdem Poincaré die russische Regierung — leider erst nachträglich — so schwer beschuldigt hat, sucht er sie wieder zu entschuldigen durch die Behauptung, daß der russische Generalstab beunruhigende Nachrichten über die bevorstehende deutsche Mobilmachung erhalten habe. Dabei kann es sich nur um Falschmeldungen gewissenloser Agenten gehandelt haben, die sogar wissen wollten, was Deutschland binnen der kommenden 24 Stunden tun werde. Man muß auch fragen, warum Minister Sasonow solche Nachrichten nicht zum Anlaß von Beschwerden gegenüber dem deutschen Botschafter gemacht hat.

Unverständlich ist der gegen Deutschland erhobene Vorwurf, die Beschießung Belgrads am 29. Juli nicht verhindert zu haben. Es ist doch bekannt, daß diese Beschießung eine eigenmächtige

¹⁸⁾ Sperrdruck von mir.

^{18a)} In F 102 unterdrückt.

Handlung österreichischer Unterführer darstellte, auf die Deutschland wahrlich einen Einfluß nicht auszuüben vermochte.

Gänzlich unberechtigt ist ebenso der Vorwurf, daß General von Moltke am 30. Juli Österreich geraten hat, auf die gegen die Donaumonarchie gerichtete sogenannte „Teilmobilmachung“ Rußlands mit der eigenen zu antworten. Was hätte Österreich denn tun sollen? Die Hälfte seiner Armee war gegen Serbien mobilisiert, nichts gegen die russische Grenze. Österreich hat die zweite Hälfte seiner Armee nicht zu früh, sondern mehr als 24 Stunden zu spät mobilisiert. Es war die Pflicht Moltkes, einer solchen Verzögerung entgegenzuwirken. Renouvin, auf den sich Poincaré so gerne beruft, gibt ausdrücklich zu, daß Österreich-Ungarn berechtigt war, auf die russische „Teilmobilmachung“ mit seiner allgemeinen zu antworten.¹⁹⁾

Neunte Frage.

„Zar Nikolaus II., der Chef der Mobilmachungsabteilung des russischen Generalstabes Dobrorolski, der Unterstaatssekretär im französischen Außenministerium Abel Ferry und der französische Kriegsminister Messimy haben die Mobilmachung als gleichbedeutend mit Krieg angesehen. Die gleiche Auffassung vertraten mehrere frühere Befehle des russischen Generalstabes. Wie können Sie die Worte in der von Ihnen unterzeichneten Proklamation vom 1. August 1914 erklären, daß die Mobilmachung nicht den Krieg bedeute?“

Poincaré bezweifelt die Echtheit der russischen Generalstabsbefehle von 1912 über die Mobilmachung; diese Zweifel dürften durch die Faksimiles im Juliheft dieser Zeitschrift behoben sein. Daß der russische Generalstab die Befehle ohne Vorwissen Sasonows erlassen hat, ist bei der geringen Einheitlichkeit der russischen Geschäftsführung möglich; auffällig wäre es indessen, wenn der Minister nicht nachträglich davon erfahren haben sollte. Die Tatsache, daß Rußland 1912 nicht an Krieg gegen Deutschland dachte, beweist nichts gegen die Echtheit der Befehle. Auch 1892 dachten Rußland und Frankreich nicht an Krieg gegen Deutschland, und trafen doch sehr genaue Abmachungen für den Fall eines solchen Krieges.

Die Worte der französischen Proklamation vom 1. August: „Die Mobilmachung bedeutet nicht den Krieg. Unter den gegen-

¹⁹⁾ P. Renouvin: „Les Origines immédiates de la Guerre“, 2. Auflage, 1917, S. 196.

wärtigen Umständen erscheint sie im Gegenteil als das beste Mittel, den Frieden in Ehren zu sichern“ stehen in seltsamem Widerspruch damit, daß — wie schon bei der zweiten Frage erwähnt — Kriegsminister Messimy gleichzeitig mit dem Entschluß zur Mobilmachung den Entschluß zum Kriege mitteilte und daß er gleichzeitig mit dem Erlaß des Mobilmachungsbefehls Serbien und Rußland zur Offensive aufforderte (R 147 u. 169). Wenn die Worte der Proklamation aufrichtig gewesen wären, so würde man nicht geaugnet, sondern laut betont haben, daß Rußland als erste Großmacht diese „beste Friedenssicherung“ vorgenommen hatte. Statt dessen hat die Propaganda der gesamten Entente beharrlich die Unwahrheit verbreitet, daß Österreich vor Rußland und Deutschland vor Frankreich mobilisiert hätte, und hat diese angebliche Priorität der Mobilisierungen der Zentralmächte zum Hauptanklagepunkt gegen sie gemacht.

Einige Schwierigkeiten bereitet es Poincaré, daß der Mobilmachungsbefehl vom Zaren Nikolaus II. als das „Todesurteil für Hunderttausende“, vom Kriegsminister Messimy als „verhängnisvoller Befehl“ bezeichnet wurde, und daß Unterstaatssekretär Ferry auf die Nachricht von der russischen Mobilmachung ausrief „alles ist zu Ende“. Poincaré findet nun plötzlich, daß der als Sicherung des Friedens gepriesene Befehl doch eine „schwerwiegende Handlung“ bedeutete, und daß es „natürlich“ war, wenn der Zar zögerte, und wenn Ferry und Messimy „sehr große Sorge hatten, was sich ereignen könnte“ (S. 116). Die Sorge war berechtigt, doch von Ungewißheit über das Kommende konnte in Paris keine Rede sein; der Kriegsminister hatte es ja dem russischen Militärattaché gesagt, hatte vom festen Entschluß zum Kriege und von serbischer und russischer Offensive gesprochen.

Das von Gerin angeführte besonders wichtige Zeugnis Dobroolskis wird von Poincaré mit Stillschweigen übergangen, weil gegenüber diesem Zeugnis jede Dialektik versagt.

Zehnte Frage.

„Würde es nicht im Interesse der Organisation des Friedens wichtig sein, daß die Völker sich darüber klar werden, wie spitzfindig die Unterscheidung zwischen einem Angriffskrieg und einem Verteidigungskrieg sein kann?“

Nach einem Ausfall gegen die russischen Dokumente beweist Poincaré in großer Breite, daß Deutschland einem bewaffneten Vorgehen Österreichs gegen Serbien zugestimmt habe. Das heißt offene Türen einrennen; denn diese Tatsache wird von deutscher

Seite nicht bestritten. Die Zentralmächte haben dadurch, wie Fabre-Luce es treffend formuliert, den großen Krieg „möglich“ gemacht, aber noch nicht „unvermeidlich“. Unvermeidlich wurde er erst durch die von Rußland im Einverständnis mit Frankreich getroffenen militärischen Maßnahmen.

Wenig glücklich ist die Frage, was man sagen würde, wenn Frankreich das Zarenreich zu einem Kriege gegen die Türkei ermutigt hätte. Das Verhalten der Türkei gegen Rußland kann doch nicht mit dem Serbiens gegen Österreich verglichen werden! Serbien begehrte österreichisch-ungarisches Gebiet, es trieb in Bosnien irredentistische Propaganda, es war zu einer Gefahr für die Integrität der Habsburger Monarchie geworden. Welche Gefahr drohte Rußland von seiten der Türkei?

Unzutreffend ist die Behauptung, Deutschland hätte eine Milderung des österreichischen Ultimatums erreichen können, da es von der Note 24 Stunden vor ihrer Übergabe in Belgrad Kenntnis erhielt. Ein solcher Druck auf einen gleichberechtigten Bundesgenossen konnte doch nur auf Befragen und mit Genehmigung des deutschen Kaisers erfolgen, der sich in den norwegischen Gewässern aufhielt.²⁰⁾ Sehr berechtigt war die Vorsicht des Wiener Kabinetts, die Note erst nach der Abreise Poincarés von Petersburg überreichen zu lassen. Leider verfehlte die Vorsicht ihren Zweck, da Sasonow schon vorher die französische Blankovollmacht zum Kriege gegen Österreich erhalten hatte.

Poincaré gibt zu, daß Deutschland den „Zustand drohender Kriegsgefahr“ erst anordnete, nachdem am 31. Juli gegen Mittag das Telegramm des Grafen Pourtalès über die allgemeine Mobilmachung eingetroffen war (S. 131). Diesem Zugeständnis ist das einige Seiten vorher (S. 111) gemachte hinzuzufügen, daß die russische Kriegsvorbereitungsperiode dem deutschen Kriegsgefahrzustand analog gewesen sei. Mit diesen beiden Zugeständnissen stürzt die ganze Kriegspropaganda gegen Deutschland zusammen. Deutschland hat nach dem jetzigen Zeugnis Poincarés am 31. Juli mittags als Antwort auf die allgemeine russische Mobilmachung zunächst eine

²⁰⁾ Man errechne sich den Zeitbedarf für das Verziffern und Entziffern einer Note von 1400 Worten. Außerdem würde ein Ziffertelegramm das Ziffergeheimnis preisgegeben haben, da am nächsten Tage der Wortlaut der österreichischen Note in der Presse zu lesen war. In Klarschrift aber konnte das vertraulich mitgeteilte Ultimatum nicht nach Norwegen telegraphiert werden.

militärische Maßnahme getroffen, die Rußland schon am frühen Morgen des 26. angeordnet hatte.

Recht unklar ist das Herumdeuteln an der in Paris am Abend des 31. Juli übergebenen deutschen Anfrage über das Verhalten Frankreichs in einem deutsch-russischen Kriege. Aus dem Satz der Anfrage „die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg“ sucht Poincaré zu folgern, Deutschland habe zugegeben, daß nur die deutsche, nicht aber die französische oder russische Mobilmachung den Krieg bedeute. Eine solche mit jeder Logik unvereinbare Interpretation lag den Verfassern der deutschen Anfrage sicherlich fern. Das Verlangen, Frankreich solle im Falle seiner Neutralität die Festungen Toul und Verdun ausliefern, ist in Paris nicht gestellt worden; es hat daher, so sehr man dieses Ansinnen verwerfen muß, mit dem tatsächlichen Kriegsausbruch nichts zu tun.

Noch einmal versucht Poincaré, die Mobilmachung als nicht gleichbedeutend mit Krieg hinzustellen, und zieht dazu den Gedanken Sir Edward Greys heran, die deutschen und französischen Heere könnten sich nach vollendetem Aufmarsch an den Grenzen gegenüberstehen, ohne einen Schuß abzugeben. Der britische Staatssekretär erhält dafür das Zeugnis eines intelligenten und erfahrenen Staatsmannes. Nur wenige werden diesem Vorschlag gleiches Lob zu spenden bereit sein.

Nun zur Stellungnahme Poincarés gegenüber einer Kriegserklärung Frankreichs. Als Iswolski gegen Mitternacht 1./2. August die deutsche Kriegserklärung an Rußland dem Präsidenten der Republik mitteilte, erklärte dieser in der allerkategorischsten Form den festen Entschluß Frankreichs zur Erfüllung aller Bündnispflichten. Eine sofortige Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland wünschte er jedoch zu vermeiden, und zwar aus drei Gründen: 1. weil zur Kriegserklärung die Einwilligung des Parlaments erforderlich sei, was eine öffentliche Debatte über die Anwendung des Bündnisvertrages notwendig machen würde; 2. aus Rücksicht auf England; 3. aus militärischen Erwägungen, weil es vorteilhaft wäre, daß Frankreich die militärischen Operationen erst beginne, wenn die französische Mobilmachung beendet wäre, wozu zehn Tage erforderlich seien (R 170 und 173). Es handelte sich also:

Um den außenpolitischen Grund, in England die Täuschung zu erwecken, daß der Angriff nicht von Rußland mit Zustimmung Frankreichs, sondern von Deutschland ausginge;

um den auf den schlimmen Erfahrungen von 1870 beruhenden militärischen Grund, erst nach vollständiger Durchführung von Mobilmachung und Aufmarsch loszuschlagen;

um den innerpolitischen Grund, eine Debatte über den Bündnisvertrag zu vermeiden, die bei einer Befragung des Parlaments notwendig würde.

Warum wollte man diese Debatte vermeiden? Zunächst wohl gleichfalls aus Rücksicht auf England, weil man diesem nicht vorzeitig die in so kriegertischem Tone gehaltene Militärkonvention mitteilen wollte, dann aber auch deshalb, weil Frankreich mobilisiert hatte, ohne durch den Bündnisvertrag dazu verpflichtet zu sein! Durch die von den beiderseitigen Regierungen genehmigten Generalstabsprotokolle von 1911, 12 und 13 war nämlich die französisch-russische Militärkonvention abgeändert worden wie folgt:

„Die deutsche Mobilmachung verpflichtet Rußland und Frankreich, bei der ersten Nachricht hiervon sofort und gleichzeitig alle ihre Streitkräfte zu mobilisieren, ohne daß es einer vorhergehenden Verabredung bedarf. Dies gilt auch für den Fall jeder feindlichen Haltung des deutschen Heeres gegen die eine oder andere der verbündeten Mächte. Wenn aber Österreich und Italien eine Teilmobilmachung oder sogar eine allgemeine Mobilmachung vornehmen, so ist eine derartige Verabredung unerläßlich.“²¹⁾

Als Frankreich am Nachmittag des 1. August seine allgemeine Mobilmachung anordnete, hatten erst Rußland und Österreich mobilisiert, Deutschland noch nicht. Die wichtige Änderung der Militärkonvention ist im französischen Gelbbuch „L'Alliance franco-russe“ nicht erwähnt und wird dem französischen Volke heute noch verheimlicht. Da man den französisch-russischen Vertrag nicht gelten machen wollte und auch nicht gelten machen konnte, erfand man die „agression allemande“ und behauptete wider besseres Wissen, daß der Zustand drohender Kriegsgefahr nur ein Deckmantel für die richtige Mobilmachung sei (F 127). Wider besseres Wissen, denn der französische Generalstab hatte sich im Mai 1914 den deutschen Mobilmachungsplan verschaffen können²²⁾ und wußte daher genau, daß die wirkliche Mobilmachung erst auf Grund

²¹⁾ Materialien zur Geschichte der russisch-französischen Beziehungen 1910—1914. Moskau 1922, S. 697. Sperrdruck von mir.

²²⁾ „Les Armées Françaises dans la Grande Guerre“ I, S. 39.

des Mobilmachungsbefehles erfolgen könne, eine Tatsache, die nunmehr auch Poincaré zugibt (S. 111).

Es ist schwer, mit höflichen Worten zu schildern, wie Poincaré den Inhalt seiner Unterredung mit Iswolski um Mitternacht 1./2. August wiedergibt (S. 143). Er wiederholt die empörende Behauptung Vivianis, er habe gesagt, Frankreich wolle sich „noch nicht verpflichten, in den Krieg einzutreten“ (S. 73). Die beiden Hauptgründe, warum er die Kriegserklärung vermeiden wollte, die Rücksicht auf England und die militärischen Erwägungen, werden völlig verschwiegen. Nur die Notwendigkeit, das Parlament zu befragen, wird erwähnt, dabei jedoch nicht gesagt, warum man es nicht befragen wollte. Einen Zweifel daran, daß das Parlament die Kriegserklärung genehmigen würde, hegte Poincaré nicht (R 170); nur den Bündnisvertrag wollte er nicht öffentlich erörtern lassen.

Doch schon im Laufe des 2. August wechselte die Auffassung der französischen Regierung. Sie beabsichtigte, die Grenzverletzungen, die auf beiden Seiten stattgefunden hatten, als einen Überfall Deutschlands auf Frankreich hinzustellen, und am Dienstag, 4. August, den zu diesem Tage einberufenen Kammern zu erklären, daß durch den Überfall der Kriegszustand mit Deutschland hergestellt sei (R 184). Dieser von Iswolski gemeldete Plan, ohne förmliche Kriegserklärung den Krieg zu beginnen, ruft eine Meldung der deutschen Botschaft vom November 1912 (Große Politik 12 359) ins Gedächtnis. Damals soll einem verlässigen Vertrauensmann zufolge Poincaré im Ministerrat die Notwendigkeit dargelegt haben, „in dem Augenblick, wo ein kriegerischer Konflikt notwendig wird, mit einem überraschenden Vorstoß über die deutsche Grenze den französischen Waffen einen Vorsprung und den für das französische Temperament so wichtigen ersten moralischen Erfolg zu sichern. Zu diesem Zwecke müsse man sich des Zeitgewinns halber kühn über konstitutionelle Bedenken hinwegsetzen und das Parlament, ohne es über die Kriegserklärung zu befragen, vor ein fait accompli stellen“.²³⁾

Schließlich kehrt auch die unrichtige Behauptung wieder, daß Grenzverletzungen in der Zeit zwischen 1. und 3. August nur von

²³⁾ Noch peinlicher wäre es für Poincaré, wenn die Mitteilung sich als zutreffend erweisen sollte, daß der Präsident der Republik schon am 1. August 1914 im Ministerrat die Kriegserklärung an Deutschland verlangt habe, damit jedoch nicht durchgedrungen sei; Caillaux „Les Responsables“.

deutscher Seite stattgefunden hätten. Ich verweise dem gegenüber nochmals auf die im Reichsarchiv liegenden, vor mehreren Jahren veröffentlichten Dokumente.²⁴⁾

Elfte Frage.

„Noch sieben Jahre nach Kriegsbeginn haben Sie in Ihren Vorträgen über den Kriegsausbruch gefälschte Dokumente des russischen Orangebuches und französischen Gelbbuches benützt. Wann und auf welchem Wege haben Sie erfahren, daß es sich um Fälschungen handelt?“

Poincaré antwortet, zur Zeit der Veröffentlichung des Gelbbuches (November 1914) sei die französische Regierung des guten Glaubens gewesen, daß die allgemeine Mobilmachung Österreichs der russischen vorangegangen war.

Es ist beim besten Willen unmöglich, dem französischen Auswärtigen Amt von 1914 diesen guten Glauben zuzubilligen. Es hatte von seiner Wiener Botschaft bis zum Abend des 31. Juli über österreichische Maßnahmen an der russischen Grenze nur eine (unzutreffende) Meldung über Mobilmachung von Kavallerie in Galizien erhalten.²⁵⁾ Alle anderen Nachrichten bezogen sich auf die serbische Front.

Von Rußland aber wußte man am Quai d'Orsay, daß es am 29. gegen Österreich mobilisiert habe, und Österreich würde berechtigt gewesen sein, sofort mit seiner allgemeinen Mobilmachung zu antworten, wie auch Renouvin feststellt.²⁶⁾ Das geschah nicht, sicherlich zum großen Erstaunen des französischen Generalstabes. Hingegen erhielt man in Paris am 30. abends 10,30 das schon erwähnte Telegramm, daß Rußland beschlossen habe, „insgeheim die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung durchzuführen“. Am Nachmittag des 31. erhielt man sodann nicht weniger als drei Nachrichten, daß Rußland die allgemeine Mobilmachung auch öffentlich durchführe.²⁷⁾ Nach dieser viermaligen Benachrichtigung konnte Viviani nicht guten Glaubens

²⁴⁾ „Kriegsschuldfrage“ 1927, S. 977—982.

²⁵⁾ F 90, von Poincaré (S. 150) ungenau angeführt; „5“ Kavalleriedivisionen gab es in Galizien überhaupt nicht.

²⁶⁾ Siehe Fußnote 19.

²⁷⁾ von Jagow, Juliheft S. 607.

sein, als er dem deutschen Botschafter gegenüber jedwede Kenntnis der angeblichen russischen Mobilisierung ableugnete (F 117).

Noch weniger kann man Viviani den guten Glauben für seine ständigen späteren Behauptungen zugestehen, daß Österreich früher als Rußland mobilisiert habe. Denn alsbald nach seiner Unterredung mit Herrn von Schoen wurden dem Minister folgende drei Telegramme vorgelegt:

- a) Wien ab 5 Uhr abends, Paris an 7,30 abends. Inhalt: *So eben Mobilmachungsbefehl für österreichisch-ungarisches Heer;*
- b) Wien ab 6 Uhr abends, Paris an 8,30 abends. Inhalt: *Allgemeine Mobilmachung in Österreich-Ungarn;*
- c) Petersburg ab 10,45 vormittags, Paris an 8,30 abends. Inhalt: *Allgemeine Mobilmachung in Rußland.*²⁸⁾

Ein Minister des Auswärtigen liest doch nicht nur die Eintreffzeiten, sondern auch die Abgangszeiten wichtiger Telegramme!

Völlig ungenügend ist das jetzige Zugeständnis Poincarés: „Die Mobilmachung Österreichs ist der russischen nicht vorangegangen, sie war aber auch nicht durch sie beeinflusst und wurde nicht als Gegenmaßnahme (*réplique*) angeordnet. Bis auf wenige Stunden bestand in Wirklichkeit Gleichzeitigkeit.“ Dem gegenüber muß nochmals wiederholt werden, daß die allgemeine Mobilmachung Österreichs eine voll gerechtfertigte Replik schon auf die „Teilmobilmachung“ Rußlands war, die ja einer „Vollmobilmachung gegen Österreich“ gleichkam. Man muß also vergleichen den Zeitpunkt der russischen „Teilmobilmachung“ mit der Generalmobilisation in Österreich. Der Zeitunterschied beträgt nicht weniger als 36 Stunden (Mitternacht 29./30. Juli bis Mittag 31. Juli).

Statt Entrüstung über die Fälschungen des Gelbbuches zu äußern, sucht Poincaré sie zu rechtfertigen und antwortet: „Es ist wahrscheinlich, daß die Bearbeiter, um in einer nach ihrer Meinung zutreffenden Weise die zeitliche Reihenfolge der Ereignisse genauer festzustellen, es für zulässig erachteten, dem Telegramm über die russische Mobilmachung (F 118) die von Ihnen als Fälschung angesehenen Worte hinzuzufügen“. Nein! So war es nicht. Wenn man

a) in dem Petersburger Telegramm vom 30. Juli abends (F 102) die Worte streicht, „die russische Regierung hat beschlossen, ins-

²⁸⁾ Poincaré: „*L'Union Sacrée*“ S. 445 und 459.

geheim die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung durchzuführen“,

b) den acht Worten des Petersburger Telegramms vom 31. Juli vormittags über die allgemeine russische Mobilmachung (F 118) achtzig Worte hinzufügt, die in jedem Satz eine Unwahrheit enthalten,

c) in dem Wiener Telegramm vom 31. Juli abends über die österreichische Mobilmachung (F 115) die Worte einsetzt „am frühen Morgen“ (à la première heure²⁹⁾,

d) ein anderes Wiener Telegramm vom 31. Juli abends unterschlägt, daß die österreichische Mobilmachung „soeben“ erst angeordnet wurde,

dann bezweckt man nicht, die Wahrheit genauer festzulegen, sondern man bezweckt, die Unwahrheit zu sagen. Angesichts dieser tief bedauerlichen Beschönigung von Fälschungen sei noch eine Feststellung allgemeiner Art gestattet. Österreich, Deutschland und in sehr großem zeitlichen Abstand auch England haben die Veröffentlichungen der Vorkriegsakten mit der Krise des Sommers 1914 begonnen. Nur Frankreich hat einen anderen Weg eingeschlagen, so daß die französischen Akten über die tragischen Wochen vielleicht erst in zehn Jahren das Licht der Öffentlichkeit erblicken werden. Man scheut sich offenbar in Paris noch heute, die ungeheuren Fälschungen des Gelbbuches, die sich nicht auf die erwähnten vier Telegramme beschränken, amtlich preiszugeben.

Zwölfte Frage.

„Meinen Sie nicht, daß Fälschungen nicht länger eine Aufgabe der Diplomatie sein sollten?“

Poincaré kann selbstverständlich nicht umhin, diese Frage zu bejahen, bleibt jedoch darauf bestehen, daß die Fälschungen des Gelbbuches nicht deshalb vorgenommen wurden, um das Publikum zu täuschen. Nun ist es gewiß eine lobenswerte Eigenschaft eines Vorgesetzten, für die Fehler seiner Untergebenen in der Öffentlichkeit einzutreten. Die Bearbeiter des französischen Gelbbuches jedoch, die noch 1922 Minister Viviani verleitet haben, in öffentlicher

²⁹⁾ Es bleibe Franzosen überlassen, zu entscheiden, ob Viviani berechtigt war, außerdem noch die unbestimmte Zeitangabe „à la première heure“ durch die bestimmte „une heure du matin“ zu ersetzen.

Kammersitzung gänzlich unrichtige Tatsachen vorzubringen, verdienen solche Rücksichten nicht.

Dreizehnte Frage.

„Entweder haben die Alliierten den Krieg wider Willen gemacht, einzig und allein um sich gegen einen Angriff Deutschlands zu verteidigen — in diesem Falle ist Österreich nicht für den Krieg verantwortlich. Oder die Alliierten haben den Krieg geführt, um Serbien gegen Österreich zu verteidigen — dann hat nicht Deutschland die Alliierten angegriffen, sondern die Alliierten haben Deutschland, den Verbündeten Österreichs, angegriffen. Fühlen Sie diese Widersprüche nicht?“

Die Ausführungen Poincarés über die vergeblichen Versuche, Österreich zu einem Sonderfrieden zu verleiten, können hier übergangen werden, ebenso sein Bestreben, durch die Unterscheidung zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke die Einheitsfront gegen die Versailler Schuldthese zu erschüttern.

Bei einem geschichtlichen Rückblick auf die österreichisch-ungarische Politik übersieht die Antwort, daß Österreich die Annexion von Bosnien und Herzegowina von Rußland wiederholt zugestanden worden war, zum letzten Male von Iswolski im Herbst 1908. Ein Irrtum ist es, daß Österreich 1913 versucht habe, Italien in einen Kampf gegen Serbien hereinzuziehen; der auf deutschen Rat sofort aufgegebene Plan vom Juli jenes Jahres hatte lediglich ein lokalisiertes Vorgehen Österreichs gegen Serbien im Auge.

Unrichtig ist es, daß Österreich schon v o r dem Attentat (S. 161) den Plan gefaßt habe, Serbien als unabhängige Macht auf dem Balkan auszuschalten. Die am 5. Juli 1914 in Berlin überreichte Denkschrift schlug in ihrem v o r dem Attentat verfaßten Hauptteile ausschließlich diplomatische Mittel vor, um eine günstigere Lage auf dem Balkan zu schaffen. Erst ein n a c h dem Attentat verfaßter kurzer Zusatz zur Denkschrift und der gleichfalls n a c h dem Attentat geschriebene Brief Kaiser Franz Josephs erachteten ein militärisches Vorgehen als nötig. Eine Ausschaltung Serbiens als unabhängige Macht kam nach dem Wiener Ministerrat vom 7. Juli nicht mehr in Frage.

Auf die recht anfechtbare Darstellung des weiteren Verlaufes der Krise soll hier nicht zurückgekommen werden, da alle einschlägigen Punkte durch die Ausführungen Staatssekretärs von

Jagow erledigt sind.³⁰⁾ Hingegen muß der Schluß der Antwort Poincarés zur dreizehnten Frage beleuchtet werden. Er lautet:

„1. Die Ententemächte haben nicht erklärt, daß sie nach dem Beispiele Don Quichotes Serbien zu Hilfe eilen würden. Aber Österreich hat, indem es sogar gegen den Willen Deutschlands Serbien den Krieg erklärte, einen vollständig unmoralischen Gewaltakt begangen und eine Lage geschaffen, deren Ernst ihm nicht entgehen konnte.

2. Frankreich hat wider Willen Krieg geführt, nachdem es von Deutschland angegriffen war.“

Diese Antwort macht einige Gegenbemerkungen nötig:

1. Rußland soll nicht erklärt haben, daß es Serbien zu Hilfe eile? Sasonow betonte diese Hilfsleistung sehr stark. Er setzte am 30. Juli dem Zaren auseinander, daß der Krieg Rußland aufgezwungen sei, weil die Feinde beschlossen hätten, Rußlands „natürlichen Bundesgenossen auf dem Balkan“ zu unterjochen und den historischen Einfluß Rußlands auf der Halbinsel zu vernichten.³¹⁾ Ebenso erklärte der Minister in seinem Runderlaß vom 2. August, daß Rußland dem Schicksal Serbiens gegenüber nicht gleichgültig bleiben konnte (R 181, Abs. 7). Am 24. August schreibt Sasonow nochmals nach Paris, daß „als der Hauptgrund des Krieges der Schutz der Unabhängigkeit Serbiens erscheine“.³²⁾

2. Vom Standpunkt der Moral war die Kriegserklärung Österreichs an Serbien nicht verwerflicher, sondern angesichts der pan-serbischen Wühlereien mehr gerechtfertigt als die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland 1870, der Krieg Rußlands gegen die Türkei 1877, der Krieg Englands gegen die Buren, die Eroberung Marokkos durch Frankreich und der Angriff Italiens auf Tripolis.

3. Frankreich hat nicht „wider Willen Krieg geführt, nachdem es von Deutschland angegriffen war“, sondern es hat den festen Entschluß zum Kriege ausgesprochen zweieinhalb Tage vor der deutschen Kriegserklärung an Frankreich, und es hat Serbien und Rußland zur Offensive aufgefordert zwei Tage vor dieser Kriegserklärung.

³⁰⁾ Juliheft S. 601 ff.

³¹⁾ Sasonow loc. cit. S. 251.

³²⁾ Sasonow an Iswolski Nr. 2105, Fr. Stieve: „Iswolski im Weltkrieg“ Nr. 138 S. 73.

4. Es ist völlig abwegig, den Krieg von 1914 als einen Angriffskrieg Deutschlands gegen Frankreich hinzustellen. Diese Fiktion beruht darauf, daß Deutschland in dem ihm durch Rußland mit Einwilligung Frankreichs aufgezwungenen Zweifrontenkrieg seine Hauptmacht zuerst gegen Westen gerichtet hat. Aus einer offensiven Kriegführung darf indessen nicht gefolgert werden, daß es sich um einen Angriffskrieg im politischen Sinne handelt. In dem den Regierungen vorgelegten und von ihnen gebilligten Protokoll von 1911 erklären die Chiefs des französischen und russischen Generalstabes übereinstimmend, daß „das Wort Verteidigungskrieg nicht in dem Sinne eines Krieges ausgelegt werden darf, den man in defensiver Weise führen wird. Vielmehr erklären sie mit Bestimmtheit, daß für die russische und französische Armee die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine kraftvolle und soweit als möglich gleichzeitige Offensive zu ergreifen gemäß dem Wortlaut des Art. 3 der Konvention, wonach die Streitkräfte der beiden Vertragsmächte ungesäumt mit allem Nachdruck einzusetzen sind“.³³⁾

5. Während der französisch-russische Kriegsplan einen gleichzeitigen Angriff auf Deutschland von Westen und Osten vorsah, war der deutsche Generalstab zu der Überzeugung gelangt, daß ein Erfolg gegen die große gegnerische Übermacht nur möglich sei bei Offensive im Westen und Defensive im Osten. Viele militärische Autoritäten des Auslandes waren derselben Ansicht, darunter Marschall Foch, der auf die Frage, ob Deutschland im Westen defensiv bleiben und eine starke Offensive gegen Rußland hätte führen sollen, geantwortet hat: „Ich glaube nicht, daß ein solcher Entschluß selbst im Falle eines überwältigenden Sieges über Rußland für Deutschland günstig gewesen wäre. Rußland würde dieselbe Taktik angewendet haben wie einst gegen Napoleon und sich weit ins Innere des Landes zurückgezogen haben.“³⁴⁾

Vierzehnte Frage.

„Ihre Freunde rühmen Sie, daß Sie vor und nach dem Kriege mehr als irgend ein anderer dazu beigetragen haben, Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Aber Sie müssen diesen Ruhm ablehnen und sagen, der Krieg sei Frankreich aufgezwungen worden. Auch die russische Regierung sprach nicht von der Eroberung der Meerengen, sondern von dem Überfall durch Deutschland, England

³³⁾ S. Fußnote 21.

³⁴⁾ Interview in der „Neuen Freien Presse“ 2. August 1928.

nicht von der Vernichtung der deutschen Seemacht, sondern von der Heiligkeit der Verträge und von Belgien. Man schenkte diesen Versicherungen Glauben, obwohl ihnen die ganze Geschichte der drei Länder widersprach. Nur die deutsche Regierung war aufrichtig genug, zu erklären, daß sie Österreich-Ungarn und sein gerechtfertigtes Vorgehen gegen Serbien unterstütze. Da man nun heute das Ziel eines Krieges nicht offen eingestehen kann, der Krieg somit nicht einmal mehr Ruhm einbringt, ist das nicht ein letzter Grund, um auf den Krieg zu verzichten?“

Wie nicht anders zu erwarten, bejaht Poincaré diese Frage, bestreitet jedoch, daß er an eine Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens durch Krieg gedacht habe. Seine Wünsche und Hoffnungen seien andere gewesen. „Vielleicht“, so habe er sich gesagt, „kommt einmal der Tag, an dem Europa auf friedliche Weise eine Regelung aller Fragen vornimmt, die es veruneinigen, und an dem Frankreich hoffen kann, das ihm durch Krieg Genommene wieder zurückzuerlangen. Vielleicht kommt auch einmal der Tag, da das mehr und mehr von Größenwahnsinn erfaßte Deutsche Reich den Entschluß faßt, uns anzugreifen. Bleiben wir daher stark. Suchen wir, wenn möglich, Verbündete. Wenn je der Krieg uns erklärt wird, halten wir ihn durch bis zum Siege und stellen wir die Einheit Frankreichs wieder her.“

Es ist schwer zu glauben, daß ein französischer Staatsmann sich der Täuschung hingegen haben sollte, Deutschland werde im Frieden auf die gesamten Reichslande verzichten. Wohl wurde mitunter in manchen Kreisen erwogen, ob man nicht die französischen Teile Lothringens bis zur anderthalbtausend Jahre alten Sprachgrenze dem westlichen Nachbarn überlassen solle, um dessen Revanchegehlüsten den Boden zu entziehen. Auf das zu neun Zehnteln nach Sprache, Sitte und Kultur kerndeutsche Elsaß, das Ludwig XIV. größtenteils mitten im Frieden geraubt hatte, wollte kein Deutscher ohne Kampf je verzichten.

Das Ziel des nationalistischen Frankreich, von dem 1912 das Kabinett Poincaré-Delcassé-Millerand und 1913 die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik so warm begrüßt wurde, war und blieb die Wiedergewinnung nicht nur von Französisch-Lothringen, sondern auch des ganzen Elsaß. Selbst der nicht zu den extremen Nationalisten gehörende französische Botschafter am Zarenhofe Georges Louis schrieb 1910: „Elsaß-Lothringen und die Meerengen bilden in dem französisch-russischen Bündnis die beiden Gegenposten, die in keinem Vertrag schriftlich niedergelegt sind, jedoch

das erhabene Ziel darstellen, an das jeder denkt, ohne davon zu sprechen.“³⁵⁾

Konnte irgend jemand im Ernste glauben, daß diese beiden Ziele ohne Krieg zu verwirklichen seien?“

Wenn Deutschland aus „Größenwahnsinn“ Frankreich hätte angreifen wollen, so würde es dazu viele günstige Gelegenheiten gehabt haben: 1898, als wegen Faschodas ein englisch-französischer Konflikt drohte; 1899—1902, als Englands ganze Landarmee durch den Burenkrieg gefesselt war; 1904—1906, als Rußland durch den Krieg mit Japan und die folgende Revolution militärisch gelähmt war; 1908—1909, als Rußland von Niederlage und Revolution sich noch nicht erholt hatte.

Frankreich hat, um die Niederlage von 1870—71 in politischer, militärischer und territorialer Hinsicht wettzumachen, 1914 Rußland bei seinem Angriff auf Österreich und Deutschland Beistand geleistet, dabei noch über den Geist und Wortlaut des Bündnisses hinausgehend. So wurde nach den Worten eines anderen Botschafters am Zarenhofe, eines getreuen Gefolgsmannes Poincarés, „Europa durch Feuer und Schwert verwüstet wegen einer Angelegenheit, an der in erster Linie Rußland ein Interesse hatte, einer vor allem slawischen Angelegenheit, die weder Frankreich noch England anging“.³⁶⁾

³⁵⁾ E. Judet: „Georges Louis“ S. 143.

³⁶⁾ Paléologue: „La Russie des Tsars“ I S. 120.

Mazedonien und die Komitadschis.

Von Alfred Rappaport, Wien.

Von der Natur zu einem irdischen Paradiese bestimmt, ist Mazedonien mehr als einmal in seiner Geschichte durch den Völkerzank zur Hölle geworden. Schon im Mittelalter rangen Byzantiner, Bulgaren und Serben mit wechselndem Erfolge um das Land, von dem blauen See, über den sich die altbulgarische Patriarchenstadt Ochrida und das ehrwürdige Kloster Sveti Naum erheben, bis zu den fruchtbaren Niederungen an der Struma und an der Mesta, von dem schneebedeckten Schargebirge, wo der Vardar entspringt, bis zu dessen Mündung in den Golf von Salonik, gegenüber diesem alten Emporium und dem Götterberge Olymp, bis die fünfhundertjährige Türkenherrschaft dem Streite ein Ende machte.

Vielfach unter Hintansetzung der Gebote der Menschlichkeit bekämpften die Türken den Freiheitsdrang der Mazedobulgaren, jenes Teils des bulgarischen Volkes, der seit den Zeiten der Heiligen Kyrill und Method sich im Geistesleben der Nation besonders hervorgetan hatte, dem der Athosmönch Paissy angehörte, der Vater der bulgarischen Wiedergeburt. Dann traten die Serben und Griechen auf den Plan. Erstere legten sich zur Begründung ihrer stets wachsenden Ansprüche die gekünstelte These zurecht, die Mazedonier seien ein Mittelding zwischen Bulgaren und Serben, aus dem sich sowohl das eine als das andere machen lasse. Anachronistisch erscheint im Zeitalter des Nationalismus die griechische These, die, so wie die Verfassung von Epidauros (1822), auch in Mazedonien jeden Christen als Hellenen in Anspruch nimmt.¹⁾

Die ersten Anfänge auch des mazedonischen Teiles des Welt-dramas reichen in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Das vierzigjährige Ringen der Bulgaren um ihre nationale Kirche hatte dank russischer Unterstützung im Jahre 1870 mit einem Siege geendet: dem großherrlichen Fermane über die Errichtung des Exarchates. Neben der exarchistischen Mehrheit blieb aber in Mazedonien eine patriarchistische Minderheit (zwar ebenfalls bulgarischen Stammes) bestehen. War das Exarchat gewissermaßen eine Voranerkennung des großbulgarischen Standpunktes, so sollte

¹⁾ Vgl. u. a. G. Weigand, *Ethnographie von Mazedonien*, Leipzig 1924, ferner J. Ivanoff, *Les Bulgares devant le Congrès de la Paix*, Berne 1919, sowie J. Ivanoff, *La Question macédonienne*, Paris 1920.

jene Minderheit den Angriffspunkt bilden, wo die gegnerischen Propaganden einsetzten.²⁾

Als 1876 auf der ganzen Halbinsel und vor allem in den bulgarischen Provinzen der Türkei die Flamme des Aufruhrs loderte, als der Zarbefreier das Schwert zog und der Pforte den Frieden von San Stefano aufzwang, stand abermals die großbulgarische Lösung im Vordergrund. Man ging freilich nicht so weit, als es der russische Generalgouverneur Fürst Tscherkasky des besetzten Bulgariens gewollt hatte³⁾, sondern beließ Thrazien (offenbar des russischen Schwarzen-Meer-Interesses halber) größtenteils der Türkei und überantwortete mit den am linken Ufer der bulgarischen Morava wohnenden Albanern auch die rechts davon sitzenden Bulgaren an Serbien. Immerhin bedeutete aber das Bulgarien von San Stefano ein annähernd den nationalen Wünschen entsprechendes Großbulgarien.

Anders sah die Sache freilich vom Standpunkte der Erhaltung der europäischen Türkei aus, woran die übrigen Großmächte im Interesse des Friedens festhielten. Während die bisherige Befreiung der Rumänen, Serben und Griechen nur eine peripherische Minderung der europäischen Türkei bedeutet hatte, hätte das Mazedonien umfassende Großbulgarien von San Stefano sie ganz in Stücke gerissen und ihre weitere Existenz unmöglich gemacht. So kam es, daß der Berliner Kongreß das bulgarische Volk und namentlich die Mazedonier tief enttäuscht und den Grund zu späteren schweren Verwicklungen gelegt hat. Die widernatürliche Trennung Ostrumeliens vom Fürstentum hat zwar kaum sieben Jahre gedauert, viel länger und verhängnisvoller war aber die Belassung Mazedoniens unter unmittelbarer türkischer Herrschaft und die Nichterfüllung des ohnehin recht vagen Autonomieversprechens des Artikels 23.

Wenn einzelne bulgarische Schriftsteller,⁴⁾ wenn auch nur mittelbar, das Unheil, das der Berliner Vertrag über Mazedonien gebracht hat, Österreich-Ungarn wegen seines Strebens nach der Okkupation Bosniens und der Herzegowina zuschreiben, so ist der Gedanke mit der Meinung mancher Mitteleuropäer verwandt, die Okkupation habe den Grund zum späteren Untergange des Habsburgerreiches gelegt. Beides ist jedoch nichts anderes als eine

²⁾ Vgl. D. Rizoff, Die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen (Atlas), Berlin 1917, S. 55—56.

³⁾ Vgl. D. Rizoff, Die Bulgaren usw. (Atlas), Berlin 1907, S. 59—62.

⁴⁾ Vgl. J. Ivanoff, La Question macédonienne, Paris 1920, S. 110.

völlige Verkennung der Lage im Jahre 1878. Denn auch Großbritannien hätte damals die großbulgarische Lösung kaum zu-gegeben, und Wien war durch die Unhaltbarkeit des Fortbestandes der türkischen Verwaltung Bosniens und der Herzegowina vor die Wahl gestellt, das Land entweder selbst zu besetzen oder Serbien und Montenegro zu überlassen. Von vielen Gesichtspunkten aus, namentlich auch vom kulturellen, verdiente damals erstere Lösung den Vorzug. Was aber den Ausbruch des Weltkrieges anbelangt, so hätte es ihn nicht verhindert, ja vielleicht sogar beschleunigt, wenn Bosnien und die Herzegowina schon 1878 serbisch geworden wären. Denn statt nach Bosnien wäre diesfalls schon früher die Agitation von dort aus nach Dalmatien oder Südungarn hinein-getragen worden.

Eine von dieser ganz verschiedene Frage ist es, ob bei den Berliner Verhandlungen und später nicht sonst folgenschwere Fehler begangen worden sind, z. B. daß keine bessere Garantie als der Artikel 23 des Berliner Vertrages für die Verwaltung Mazedoniens geschaffen wurde; daß das im Vertrage von San Stefano Serbien überlassene albanisch-bulgarische Dreieck beiderseits der bulgarischen Morava noch um die Gegend von Pirot vermehrt und so die Belgrader Machthaber geradezu ermutigt wurden, ihre Aspirationen auch auf nicht von Serben bewohnte Gebiete aus-zudehnen; daß endlich in dem österreichisch-ungarisch-serbischen Geheimvertrage von 1881 gegen die höchst problematische Ver-zichtleistung auf „*menées politiques, religieuses et autres*“ in der Monarchie und im Okkupationsgebiete Serbien freie Hand nach dem Süden (bei der Vertragserneuerung von 1889 hieß es sogar ausdrück-lich „*dans la direction de la vallée du Wardar, autant que les circon-stances le permettront*“) gegeben wurde,⁵⁾ was sich ab 1885 durch eine rege Propaganda in Mazedonien fühlbar zu machen begann.

Man kann diese Politik und die Intervention Österreich-Ungarns im serbisch-bulgarischen Kriege (1885) aus zwischenstaat-lichen Notwendigkeiten oder Spannungen, ferner aus verkehrs-politischen Erwägungen ⁶⁾ erklären, kommt aber doch darüber nicht

⁵⁾ Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, Wien-Leipzig 1920, I., S. 19 ff.

⁶⁾ So haben das Interesse am Bahnanschluß durch Serbien nach Salonik und Konstantinopel sowie an den Orientbahnen überhaupt (einen Augenblick lang auch die Verstimmung über die bulgarische Beschlag-nahme der Orientbahnstrecke Bellova-Vakarel) noch lange die Stellung-nahme des Ballplatzes und seiner Vertreter beeinflußt, so daß man sich erst ganz allmählich und verhältnismäßig spät zu einer den Bulgaren günstigeren Auffassung durchgerungen hat.

hinaus, daß österreichischerseits darin eine Verkennung der feindlichen Tendenzen des Serbentums lag, denen König Milan bloß ein fadenscheiniges Mäntelchen umgehängt hatte, dann aber auch eine arge Beeinträchtigung der Bulgaren, die sich später schwer gerächt hat und nicht mehr gutgemacht werden konnte.

Die Erbitterung über das Schicksal Mazedoniens und über die Nichtgewährung der Selbstverwaltung, für die das türkische Vilajetsgesetz (1880) keinen Ersatz bot, hatte schon vorher zu revolutionären Ausbrüchen geführt: im Jahre 1878 zu den Aufständen von Kresna und Razlog und 1880 zur Verschwörung von Ochrida. Die Pforte schritt mit rücksichtsloser Strenge ein und hielt nicht nur die revolutionäre, sondern auch die geistige und wirtschaftliche Betätigung der mazedonischen Bulgaren gewaltsam nieder.⁷⁾

Es folgte eine Pause. Die Ruhe vor dem Sturme. Denn zwecks Widerstandes gegen die türkische Verwaltung, Verhütung der Landflucht und des Abfalles zum Griechen- oder Serbentum, schließlich behufs Erkämpfung der Selbstverwaltung legten in den Jahren 1893—1896 D. Gruëff, G. Deltscheff, P. Toscheff, Chr. Matoff, Dr. Tatartscheff u. a. (alles mazedonische Landeskinder) den Grund zu der „Inneren Organisation“, die die gewaltigste Verschwörung werden sollte, die selbst die an derlei Erscheinungen reiche Balkangeschichte kennt. Gleichzeitig trat aber bezeichnenderweise auch die mazedonische Emigration in Bulgarien unter Kitantscheff in Aktion. B. Sarafoff und Protogeroff organisierten 1895 einen Aufstand im Strumatale, der nach mehrmonatlichem Widerstande vor der ottomanischen Übermacht zusammenbrach.

Hierdurch belehrt, wollte die „Innere Organisation“ sich ganz der stillen Vorbereitung einer großen Aktion widmen. Allein in den Jahren 1897 bis 1902 kamen die Türken der Tätigkeit des Geheimbundes wiederholt und an verschiedenen Punkten Mazedoniens auf die Spur, und brachen an andern vereinzelt Aufstände aus. Die türkische Repression nahm so gewaltsame Formen an, daß die Großmächte, die schon anläßlich der armenischen Wirren von dem Grundsatz der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des Osmanenreiches abgekommen waren, auch in Mazedonien allmählich in die Reformpolitik hinüberglitten. Im Dezember 1902 machte ihnen die Pforte bereits Zugeständnisse, so insbesondere

⁷⁾ Näheres über die hier und auf den folgenden Seiten behandelten Vorgänge enthalten die in der Fußnote ¹⁾ angeführten Werke Ivanoffs, ferner das von der „Inneren Organisation“ 1904 (ohne Angabe des Druckortes) herausgegebene *Mémoire „La Macédoine et le Vilayet d'Andrinople“*.

durch die Ernennung des Generalinspektors Hilmi Pascha für die drei Vilajete, und zwei Monate später brachte das „Februarprogramm“ den Reformgedanken des Wiener und des Petersburger Kabinetts deutlich zum Ausdruck.

Unterdessen war der unterirdische Ausbau der „Inneren Organisation“ weitergediehen. Um ihn zu verstehen, muß man sich in die Geistesart der Balkanvölker hineinversetzen, bei denen seit Jahrhunderten die Rechtlosigkeit die Regel und das Vertrauen in die Behörde die seltene Ausnahme bildeten.⁸⁾ Denn es ist keine Übertreibung, daß, seitdem der Griechenkaiser Basilios II. 15 000 bulgarische Gefangene hatte blenden lassen und sich stolz „Bulgarktonos“ (Bulgarentöter) nannte, seitdem Harald Hardrade, der norwegische Bannerherr seiner Nachfolger, den Beinamen „Bolgara-brennir“ annahm, für Mazedonien die Geschichte bloß eine nur selten und kurz unterbrochene Reihe von Gewalt- und Bluttaten gewesen ist. Man kann es daher zwar nicht gutheißen, muß es aber einsehen und begreifen, warum der mazedonische Geheimbund die althergebrachte, gewaltsame Methode nicht aufgegeben, sondern weiter ausgebaut hat.

Sein Hauptwerkzeug ist die „Tscheta“ (Bande) geblieben, eine Einrichtung, die, wie das Wort, fast allen Völkern des europäischen Südostens von altersher gemeinsam ist. Ursprünglich hießen die Teilnehmer „Räuber“ (Haiduken, griechisch Klephten) und waren es auch zum Teil. Den Übergang von der Kriminalität zur Politik hat man sich in der Weise vorzustellen, daß unter dem türkischen Drucke für den christlichen Patrioten, der weder das geistliche Gewand anziehen mochte, noch ins Ausland flüchten konnte, es nur zwei Zufluchtstätten gab: das Piratenschiff oder die Bande. Mit der Politisierung letzterer änderte sich auch die Bezeichnung der Mitglieder. Komitadschis nannten sie die Türken, die Slawen „Četnik“, die Griechen „Antarten“.

Ein weiteres Rüstzeug, das die Mazedonier von den anderen Balkanvölkern übernommen haben, war das Kalkül auf die Erregung, die türkische Greuelthaten an der christlichen Bevölkerung in Europa auszulösen pflegten. Ohne die Metzeleien auf Morea wäre der Philhellenismus nicht so rasch gewachsen, die Schlacht bei

⁸⁾ Dieser Jahrhunderte alte Vertrauensmangel, in den wir Mitteleuropäer uns überhaupt kaum hineinzudenken vermögen, ist eines der Hauptmerkmale balkanischer Geistesart, gleichzeitig auch eine wichtige Erklärung der auf der Halbinsel üblich gewesenen und teilweise noch üblichen Selbsthilfe.

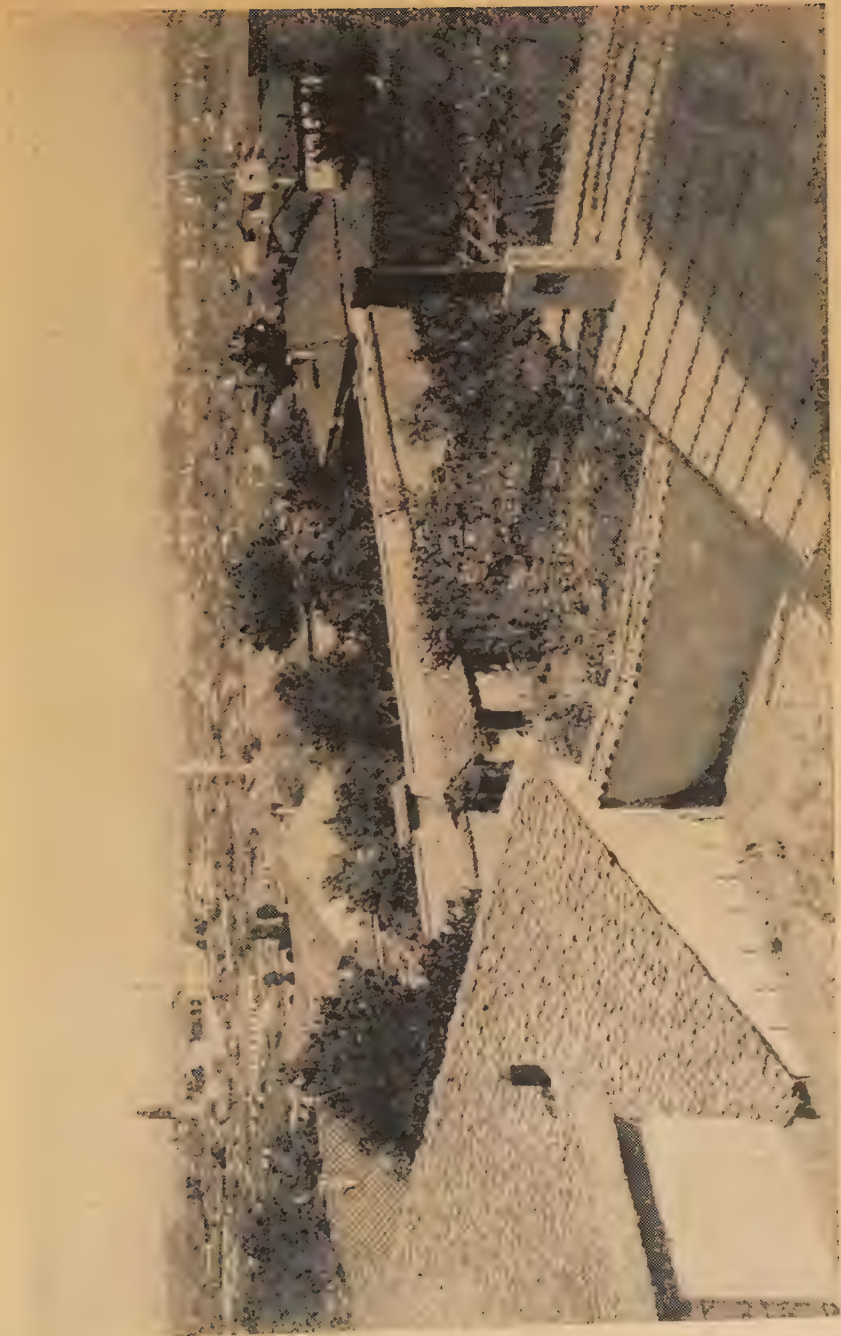
Navarin nicht geschlagen und Griechenland nicht schon kurz darauf befreit worden. Nicht minder wichtig waren die „Bulgarian Horrors“, die kein Geringerer als Gladstone geschildert, für die Befreiung der Bulgaren gewesen. Daß die Armenier damit weniger Glück hatten, hielt die Mazedonier nicht davon ab, sich die erwähnte Taktik anzueignen.

Die auffallendste, aber für unsere Rechtsbegriffe auch befremdendste Neuerung, die die „Innere Organisation“ in das eben geschilderte traditionelle Rüstzeug der Balkanpolitik hineinbrachte, bestand darin, daß sie sich zu einer geheimen Nebenregierung aufgeworfen, alle Gewalt an sich gerissen, ihr Ziel — die Selbstverwaltung — gewissermaßen vorweggenommen, und dementsprechend die Gerichts-, Verwaltungs- und Heeresfunktionen der künftigen autonomen Landesgewalt, noch dazu in höchst drakonischer Weise ausgeübt hat. Daher Todesurteile gegen Verräter, Einhebung von Kontributionen, Strafexpeditionen usw.

Wenn sich der Geheimbund und damit auch die Nebenregierung spaltet, wie dies schon früher bisweilen und jetzt wieder vorgekommen ist, treten natürlich noch weit ärgere Dinge, die Brudermorde der Mazedonier untereinander, ein.

Die in alledem liegende furchtbare Geringschätzung des Menschenlebens darf uns aber andererseits nicht davon abhalten, festzustellen, daß in kaum einer anderen revolutionären Bewegung soviel Vaterlandsliebe und Selbstaufopferung, Tatkraft und Ausdauer, Heldentum und Wagemut zu finden ist, wie in der mazedonischen. Sowohl in dieser Beziehung als auch in der Präzision der Vorbereitung ist der „Ilinden“-Aufstand vom August 1903 ein Unikum gewesen und geblieben.

Bevor er ausbrach, hatte sich in einem Nachbarlande eine Katastrophe ereignet, die auch für Mazedonien nicht ohne Folgen geblieben war. Die tiefgehende Mißstimmung gegen den König Alexander Obrenović von Serbien und dessen Gemahlin Draga machte sich in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni in furchtbarer Weise Luft. Als die Verschwöreroffiziere wenige Tage später den Präkandidaten Peter Karagjorgjević auf den Thron erhoben, wetteiferten Österreich-Ungarn und Rußland in der Anerkennung des neuen Königs. Wien hat dafür keinen Dank geerntet, denn die serbische Wühlarbeit in der Monarchie und im Okkupationsgebiete nahm von diesem Augenblicke an, genau so wie auch in Mazedonien, eine größere Intensität, bald auch gewaltsame Formen an. Das einzige England hat hinsichtlich der Wiederaufnahme der diplomatischen



Uesküb. Vom Balkon des Kadi aus gesehen.

Beziehungen mit Belgrad Schwierigkeiten gemacht, ja, die für König Peter schwer erfüllbare Bedingung der Entfernung der Verschwörer gestellt. War diese großbritannische Forderung, die Sir Edward Grey am 24. Juli 1914 gänzlich vergessen zu haben scheint, nicht für den Serbenkönig ebenso „formidabel“ als das österreichisch-ungarische Ultimatum gewesen?⁹⁾

Nicht ganz zwei Monate später brach der mazedonische Aufstand plangemäß aus:

Während in den Generalgouvernements Salonik und Kossovo die Aktion der Banden und eine Reihe von Dynamitanschlägen, unter denen die in der Stadt Salonik verübten besonderes Aufsehen erregt haben, lediglich den Zweck verfolgten, die türkischen Streitkräfte von dem Vilajet Monastir abziehen, sollten nördlich und südlich von der Hauptstadt letzterer Provinz die Komitadschis sich einer Reihe von Punkten bemächtigen und sie so lange halten, bis die Mächte eingeschritten wären und der Pforte die Autonomie des ganzen Landes auferlegt hätten. Auch der Aufstand im Vilajet Adrianopel verfolgte denselben Zweck: Diversion und Herbeiführung der fremden Intervention.

Militärisch war alles wohl berechnet, allein diplomatisch versagte das Kalkül insofern, als die Komitadschis trotz ihres Heldenmutes sich der Übermacht der türkischen Einsatztruppen gegenüber, die allseits heranrückten und Landschaften und Dörfer, wo der Aufstand stattgefunden hatte, in der furchtbarsten Weise verwüsteten, doch nicht so lange halten konnten, als nötig gewesen wäre, um dem langsam und unter Hemmungen arbeitenden Apparat der internationalen Diplomatie wider Willen den Übergang von der Reform- zur Autonomiepolitik aufzunötigen. Auch in Kastoria, wo die Aufständischen verhältnismäßig den längsten Widerstand leisteten, war die Bewegung schon beinahe zusammengebrochen, als anfangs Oktober Kaiser Franz Joseph und Zar Nikolaus auf dem steirischen Jagdschlosse Mürzsteg zusammenkamen. So erklärt es sich, daß das Mürzsteger Programm Mazedonien zwar eine vertiefte Reformaktion, nicht aber die ersehnte Autonomie brachte.

Daß die Komitadschis und die mit ihnen gleichgesinnte mazedonische Bevölkerung enttäuscht und unzufrieden waren, dafür

⁹⁾ Grey hat das Ultimatum dem Grafen Mensdorff gegenüber als das formidabelste Dokument bezeichnet, das je von einem Staate an den andern gerichtet wurde. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Wien 1919, II. Nr. 14 und Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, VIII. Nr. 10 600.

hatte ich selbst im Sommer 1904 die Beweise in Händen: Unmassen gleichlautender Eingaben, worin die „faulen Reformen“ abgelehnt und die Autonomie gefordert wurde, und die den Zivilagenten Österreich-Ungarns und Rußlands bei ihrem Besuche in Ochrida von allen Seiten überreicht wurden.

Noch weniger als den Mazedoniern war die Mürzsteger Reform dem Sultan Abdul Hamid genehm, der sich dagegen von Anbeginn und in jedem weitem Stadium sträubte;¹⁰⁾ vielleicht ahnte er, daß das europäisierte Mazedonien bald zum Mittelpunkt der gegen ihn gerichteten jungtürkischen Bewegung werden sollte.

Ein österreichisch-ungarischer und ein russischer Zivilagent, der italienische Gendarmeriegeneral (mit dessen Beiziehung man Italiens anfängliche Opposition beschwichtigte), sechs Militäradjoints und zahlreiche Reformoffiziere, wozu nach einem Jahre noch die internationalen Finanzdelegierten hinzukamen, waren ein sehr komplizierter und schwerfälliger Apparat. Daß trotzdem die Reform nicht ein offenkundiges Fiasko erlitt, ja sogar wesentliche, verwaltungstechnische Fortschritte erzielte, für die die Mazedonier heute nachträglich mehr Verständnis als damals aufbringen, war in erster Linie das Verdienst des ebenso begabten als versöhnlichen und aufgeklärten Generalinspektors Hilmi Pascha, in zweiter des Pflichtgefühls und des wider Erwarten harmonischen Zusammenwirkens der internationalen Reformorgane und vor allem der Zivilagenten Demeric und Oppenheimer.

Eine sonderbare Situation ergab sich freilich für die russischen und die k. u. k. Funktionäre in Mazedonien, als im ersten Reformjahre der ostasiatische Krieg ausbrach. Auf meinen Reisen sah ich in jedem türkischen Amtszimmer die Kriegskarte mit den die japanischen Siege bezeichnenden Fähnchen hängen, und die unverhohlenen Sympathien der Beys und Effendis für die Japaner machten sich in hämischen Bemerkungen über die Niederlagen der Russen und in der Verwunderung darüber Luft, daß Graf Goluchowski auch jetzt noch Hand in Hand mit dem Petersburger Kabinette vorzugehen fortfuhr.

Vielleicht hatten die Türken nicht so ganz unrecht. Denn im weiteren Verlaufe der mazedonischen Reformaktion zeigte sich immer von neuem das Widernatürliche der österreichisch-ungarisch-russischen Kombination. Abwechselnd flüchtete man aus dem tête-à-tête mit Rußland in das schon recht dissonant gewordene

¹⁰⁾ G. P. Bd. 22 Kap. CLXI und CLXII.

Konzert der Großmächte und aus den Verlegenheiten, die britische oder italienische Sonderwünsche bereiteten, wieder in die Gemeinschaft mit Rußland zurück, ein wahrer Eiertanz der Nebensächlichkeiten um die eigentlichen Balkaninteressen Österreich-Ungarns herum, zu deren realpolitischer Behandlung, namentlich hinsichtlich des bosnisch-herzegowinischen Problems, der ostasiatische Krieg und die darauffolgende erste russische Revolution vielleicht die letzte, nimmer wiederkehrende Gelegenheit geboten hatten.

Um auf die Reformaktion zurückzukommen, hat sich als sachlich geradezu verhängnisvoll der Punkt III der Münzsteger Beschlüsse erwiesen, der eine künftige Neueinteilung des Landes auf nationaler Grundlage durchschimmern ließ. Ob bloß als Vorwand oder als wirklicher Grund, jedenfalls spielte dieser Punkt bei dem nunmehr auf mazedonischem Boden einsetzenden schauerlichen Bruderkriege der Balkanvölker eine ansehnliche Rolle. Es war also seine Ausschaltung durch eine Neuauslegung wünschenswert, um die ich mich lange in Wien bemüht habe, bis sie endlich mit St. Petersburg vereinbart werden konnte und, allerdings spät, im September 1907 verlautbart wurde.¹¹⁾

Darstellung der Entwicklung, nicht aber Schilderung von Schaulerszenen ist der Zweck dieses Aufsatzes. Statt die Greuel des Bruderkrieges wiederaufzurollen, denen gegenüber sich die Reformaktion als ohnmächtig erwiesen hat, will ich lieber aus jener Zeit stammende Aussprüche einfacher Leute einschalten, die die mazedonische Mentalität beleuchten.

Als im Juli 1904 mein Diener, ein junger Mazedonier, erfuhr, daß der Zug, der mich nach Salonik brachte, nur durch Zufall dem Dynamitanschlage der Komitadschis bei Amatowo entgangen war, sagte er mir ganz gelassen: „Noch viele Menschen werden ihr Blut vergießen, bevor Mazedonien befreit werden wird!“, eine Prophezeiung, die nur zu buchstäblich eingetroffen ist. — Als ich im August 1906 mit einem Reformoffizier den Schauplatz einer Bluttat im Dorfe Gorno Vodno bei Üsküb besuchte und die Witwe eines Opfers um die Erlaubnis bat, die auf der Bahre liegende Leiche photographieren zu dürfen, antwortete sie energisch: „Es ist gut, daß die Welt sehe, wie die Kinder Mazedoniens ermordet werden!“ Bei meinen Inspektionen der türkischen Gefängnisse gewann ich einen Einblick in die Geistesart der Komitadschis selbst, teils

¹¹⁾ K. u. k. Ministerium des Äußern, Diplomatische Aktenstücke über die Reformaktion in Mazedonien, Wien 1907 (Nr. 171).

schlichter Landleute, die ein grausames Geschick dem Pfluge ent-rissen hatte, teils begeisterter Patrioten, die aber nicht mit ihren Idealen prunkten, sondern sie hinter halfatalistischen Redensarten verbargen. Jedenfalls keine Spur von der Ruhmredigkeit, die für andere balkanische und außerbalkanische Revolutionäre so be-zeichnend ist.

Was das wichtige Verhältnis der an Mazedonien grenzenden Balkanstaaten zu dem Bandenkriege betrifft, so hat zur Reformzeit der Engländer Brailsford (*Macedonia, its races and their future*, London 1906) bereits die politisch bedeutsame Beobachtung gemacht, daß die stets an Zahl und Einfluß zunehmende, eine hervor-ragende Rolle im Geistes- und Wirtschaftsleben des Landes spielende mazedonische Emigration in Bulgarien das ausschlag-gebende Bindeglied war, während er das griechische und serbische Bandenwesen in Mazedonien unmittelbar mit den betreffenden Regierungen und deren Konsuln in Verbindung bringt. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Banden haben tatsächlich die bulgarischen immer nur aus Landeskindern und heimgekehrten Emigranten be-standen, wogegen bei den anderen, außer den für die betreffende Sache gewonnenen Patriarchisten, auch viele landfremde Elemente (z. B. Kretenser, Montenegriner, Bosnier) festgestellt worden sind.

*

*

*

Während des gegenseitigen Vernichtungskampfes der bul-garischen, serbischen und griechischen Banden war die von Öster-reich-Ungarn „mit Rußland geführte und von den andern Mächten unterstützte Reformpolitik in Mazedonien“, wie Graf Aehrenthal schon bald nach seinem Amtsantritte vorausgesehen hatte, auch diplomatisch „auf den Sand“ gekommen.¹²⁾ Nicht die Ablösung der für die Türkei verhältnismäßig schonenden austro-russischen Reformemente durch eine ungleich schärfere russisch-englische sollte aus der Sackgasse herausführen, sondern die Revaler Ab-machungen vielmehr im Juli 1908 ein ganz anderes Ereignis aus-lösen, das leider schließlich das ganze Orient- und Balkanproblem neu aufgerollt, und so zweifellos das Herannahen des großen Welt-

¹²⁾ Vgl. „Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914“ III Nr. 2547. In diesem Erlasse an den Gesandten in Sofia vom 13. Juni 1911 nennt Graf Aehrenthal ferner Bulgarien den „natürlichen Hauptboden der Türkei“ und bezeichnet es als jenen Faktor, „dessen nationale Aspirationen nicht auf das Hoheitsgebiet der Monarchie übergriffen, vielmehr mit jenen des uns übe¹-wollenden Serbiens kollidierten“.

brandes beschleunigt hat: Enver Bey, der in Hilmi Paschas Kanzlei die Bandenbekämpfung zu leiten hatte, wurde mit seinen Kameraden vom Komitee für Einheit und Fortschritt selbst ein Komitadschi und zog in die Berge: Die jungtürkische Revolution hatte begonnen.

Die Verbrüderung, die nach dem raschen und unblutigem Erfolge der Jungtürken in ganz Mazedonien einsetzte, und bei der die



Prilep. Bulgarischer Glockenturm.

Komitadschis aller Richtungen in den Straßen Saloniks und der anderen Städte friedlich paradierten, war keine bloße Komödie. Die Massen waren wirklich begeistert, sowohl über die Erlösung von der hamidischen Tyrannei, deren Methode dem (nicht zuletzt auch durch die Reformaktion gehobenen) Kulturgrade des Landes nicht mehr entsprach, als auch über das erhoffte Ende des blutigen und das Wirtschaftsleben schädigenden Bandenkrieges. Die Führer der verschiedenen Nationen und Organisationen hielten daher mit ihrer Skepsis zurück und warteten geduldig, daß ihre Stunde wiederkomme.

Sie kam auch. Der Widerstand gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina hatte einen zeitweiligen Parallelismus der Interessen der Serben und der Türken hervorgerufen, die Unabhängigkeitserklärung des Zaren Ferdinand aber das Mißtrauen der Türken gegen die Bulgaren wieder erweckt. Das übrige tat der Zentralismus der Pforte, zu dem auch die Jungtürken schon sehr bald, namentlich nach der Übersiedlung des Zentralkomitees nach Konstantinopel, sich bekannten. So geschah es, daß die Entwicklung Mazedoniens rückläufig ward. Gegenseitiger Hader der Nationalitäten, zunehmende Auflehnung dieser gegen die Jungtürken, schließlich neuerlicher Kampf aller gegen alle, rücksichtslose Repression der Türken gegen die Auführer und Verschwörer, kurz, Wiederholung des Zustandes, der das letzte Jahrzehnt der Regierung Abdul Hamids mit Schrecken erfüllt hatte. Nur war die Lage in zwei Hinsichten noch ärger geworden: auch die Albaner lehnten sich auf, in Mazedonien fehlte aber die (ab August 1908 de facto und ab September 1909 auch de jure eingestellte) internationale Reformaktion, die trotz aller ihrer Mängel die äußeren und inneren Spannungen doch ein wenig gemildert hatte. Das Ende der Türkenherrschaft über Rumelien nahte. Zu spät, erst im August 1912, deutete der neue Großwesir Ghazi Mukhtar Pascha eine schüchterne Abkehr vom Zentralismus an; zu spät schlug Graf Berchtold, an dessen Depesche vom 13. August der Verfasser dieses Aufsatzes mitgearbeitet hatte, eine ähnliche Note an¹³⁾; zu spät wollte Kiamil Pascha sich sogar dazu verstehen, wiederum den Mächten „die Ausföhrung der für Mazedonien notwendig erachteten Reformen in die Hand zu geben“¹⁴⁾.

Denn um dieselbe Zeit waren auch die letzten militärischen Vereinbarungen zu dem längst abgeschlossenen Bündnisse der vier Balkanstaaten bereits perfekt geworden. Daß die Sache außer gegen die Türkei auch gegen Österreich-Ungarn gerichtet war und mit der baldigen Zertrümmerung auch dieses Reiches rechnete, fällt außerhalb des Rahmens dieser Skizze ebenso wie das pikante Detail, daß ein Teil der Verhandlungen während der Anwesenheit der Könige von Bulgarien und Montenegro in der Wiener Hofburg geführt worden war¹⁵⁾. Das Unbegreifliche an dem Balkanbunde lag sicher-

¹³⁾ K. u. k. Ministerium des Äußern, Diplomatische Aktenstücke, betreffend die Ereignisse am Balkan, Wien 1914 (Nr. 1), desgl. Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, IV Nr. 3687.

¹⁴⁾ Vgl. Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, IV. Nr. 4012.

¹⁵⁾ J. E. Guéchoff, La genèse de la guerre mondiale. — La débâcle de l'Alliance Balkanique, Berne 1919, S. 19, 36—37.

lich nicht in dem Verhalten der Regierungen von Athen, Belgrad und Cetinje, deren Zielen die Kombination vollauf entsprach, sondern in der Frage, wieso die russophilen Staatsmänner in Sofia, die ja doch ihre Partner gründlich kennen mußten, sich dazu verstanden haben, abzuschließen, ohne vorher klare, bindende und auf alle Fälle anwendbare Vereinbarungen hinsichtlich der Zukunft Mazedoniens zu treffen.¹⁶⁾ Weder die Gefahr einer Entnationalisierung Mazedoniens durch die Türken und die anderen Gegner, noch die Furcht vor der Bekämpfung eines ausdrücklichen Teilungsplanes durch den mazedonischen Geheimbund, noch die Verdächtigungen, die Herr Geschoff gegen Österreich-Ungarn erhebt,¹⁷⁾ noch endlich das Vertrauen in die Gerechtigkeit des russischen Zaren hinsichtlich der endgültigen Entscheidung über die „strittige Zone“ können es rechtfertigen, daß mit einer unglaublichen Leichtfertigkeit und Vertrauensseligkeit vorgegangen wurde.

Dabei war es zur Zeit des Abschlusses des Balkanbundes bereits ein offenes Geheimnis, daß Rußlands Sympathien sich immer mehr von Bulgarien (und Montenegro) ab- und Serbien zugewendet hatten, das man gegen Österreich-Ungarn als Sturmbock benützen wollte. Kaum hatten die Verbündeten die ersten Erfolge gegen die Türken errungen, da sagte bereits der russische Gesandte Hartwig in Belgrad zu seinem rumänischen Kollegen, „Rußland werde die Serben bestimmt nicht im Stiche lassen. Jetzt wird die Türkei aufgeteilt, bald wird dasselbe Los Österreich-Ungarn treffen. Rumänien täte gut, sich auf diese Eventualität gefaßt zu machen. Er sprach von einem mächtigen serbischen Reiche, das auch Montenegro, Bosnien und Süd-Ungarn umfassen würde. Rumänien könnte seinen Teil in Siebenbürgen nehmen“. — Ein Jahr später hat Hartwig in einem, allerdings nachträglich dementierten, aber

¹⁶⁾ König Ferdinand von Bulgarien hat in seiner Unterredung mit dem Grafen Berchtold am 6. November 1913 die „unselige Russenpolitik“ verantwortlich gemacht. (Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, VII Nr. 8969.) Hartwig schrieb im Geheimtelegramm vom 23. September/6. Oktober 1911 Nr. 147 nach St. Petersburg Rizoff die Hauptrolle bei den Vorverhandlungen zum Balkanbunde zu (siehe Jahrgang 1929 dieser Monatshefte S. 707). Letzterer suchte am 30. Januar 1913 sich Herrn von Mérey gegenüber darauf auszureden, man habe in Sofia auf einen österreichisch-ungarischen Einmarsch nach dem Sandschak und sogar nach Mazedonien gerechnet (Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, V Nr. 5613), während alles dafür spricht, daß die bulgarischen Russophilen sich davor geradezu fürchteten, daß man in Wien von dem Balkanbunde vorzeitig Wind bekommen und Mittel und Wege zur Vereitelung der Aktion finden könnte.

¹⁷⁾ J. E. Guéchoff, a. a. O. S. 28 u. a. a. St.

doch für die damalige Politik Rußlands bezeichnenden Gespräche mit dem bulgarischen Schriftsteller Dantscheff den Gedanken noch durch den Zusatz ergänzt: „Vous recevrez la Macédoine le jour où la Serbie reprendra sa Bosnie et Hercégovine!“¹⁸⁾

Mannhaft kämpfte die mazedonische Legion im ersten und im zweiten Balkankriege an der Seite der bulgarischen Heere. Inmitten der Schlachten, inmitten der Greuel, die durch den Bericht der Carnegie-Kommission bekanntgeworden sind, vollzog sich ein folgenschwerer Akt des mazedonischen Trauerspiels. Den diplomatischen Hergang hat Übersberger an der Hand des neuen österreichischen Aktenwerkes mit unübertrefflicher Klarheit zusammengefaßt:¹⁹⁾ „Da für Österreich ein siegreiches Serbien, das auf Kosten Bulgariens zu dem dominierenden Balkanstaat wurde, die Gefahr für seine südslawischen Provinzen noch mehr steigerte, als dies ohnehin schon der Fall war, ist es begreiflich, daß Berchtold einer Vernichtung Bulgariens nicht ruhig zusehen wollte. Aber von Berlin und Rom aus wurde ihm gleichzeitig in den Arm gefallen, und die unehrliche Politik Geschoffs und Daneffs erschwerte die Hilfeleistung Wiens. Und so kam es zum Bukarester Frieden, der, entgegen den Versprechungen des rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu gegenüber dem Ballplatz, Bulgarien fast um alle Früchte seiner Siege brachte. Den Bulgaren, deren Hauptstadt die Rumänen bedrohten und an deren alter Südgrenze die Türken nach der Wiedereinnahme von Adrianopel standen, war nicht mehr zu helfen. Die Bemühungen Berchtolds um die Revision des Bukarester Friedens fanden in Berlin Rumäniens und Griechenlands wegen keine Unterstützung, und Rußland war wohl zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Türkei, eventuell Kavallas wegen gegen Griechenland, aber niemals gegen Serbien zu haben. Daran scheiterte die Revision des Bukarester Friedens zugunsten Bulgariens. Die Unterstützung, die Österreich dem austrophilen Ministerium Radoslawov gewähren konnte, war nicht groß. Trotz alledem blieb es allen Verlockungen von russischer und französischer Seite zum Trotze seiner österreichfreundlichen Orientierung treu. Schon Ende Juli hatten Radoslawov und Genadiev Österreich den Abschluß eines Bündnisses vorgeschlagen, das aber durch den Widerstand Berlins und die Abneigung Wilhelms II. gegen die Bulgaren und ihren König erst nach dem Kriegeausbruch zustande kam.“

¹⁸⁾ Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, IV Nr. 4381 und VII Nr. 9022 Beil.

¹⁹⁾ In „Der Weg zur Freiheit“, 9. Jahrgang (1929) S. 407.

Was in Mazedonien nach dem Bukarester Frieden geschehen ist, läßt sich in wenigen Worten sagen. In dem an die Sieger gegebenen größten Teile wurde die exarchistische Kirchenorganisation vernichtet. Nicht minder folgerichtig war es vom Standpunkte der eingangs erwähnten serbischen These, daß in „Südserbien“ das berüchtigte Reglement vom 21. September 1913 eifrigst angewendet, daß alles verboten wurde, was die Mazedonier an ihr Bulgarentum erinnerte, bis auf die Endsilbe „off“ ihrer Namen, die mit dem serbischen Suffix „ović“ vertauscht werden mußte. Die Gewalt löste wiederum Gewalt aus, was der schwergeprüften Bevölkerung neue furchtbare Opfer auferlegte. Ein neuer Aufstand brach nördlich vom Ochridasee aus unter den Bandenführern Tschauleff, Christoff und Matoff. Sie hielten sich einige Zeit, mußten sich aber dann nach Albanien zurückziehen. Denn sie standen überlegenen serbischen Truppen gegenüber.

Manche der in Mazedonien überflüssig gewordenen serbischen Komitadschis fanden aber ein anderes Betätigungsfeld, über das uns folgender Passus der Depesche unterrichtet, mit der Graf Berchtold den k. u. k. Botschaftern bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages das an Serbien zu richtende Ultimatum mitteilte: „L'esprit conspirateur des politiciens serbes, esprit dont les annales du Royaume portent les sanglantes empreintes, a subi une recrudescence depuis la dernière crise balcanique; des individus ayant fait partie des bandes jusque là occupées en Macédoine, sont venus se mettre à la disposition de la propagande terroriste contre l'Autriche-Hongrie.“²⁰⁾ Vollauf bestätigt wird dies in der Broschüre des serbischen Professors Stanoje Stanojević „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“,²¹⁾ wo erzählt wird, daß die geheime Organisation „Ujedinjenje ili smrt“ (Einigung oder Tod) die Aufgabe hatte, an der revolutionären Propaganda in der Türkei, d. h. in Mazedonien, zu arbeiten, und es später heißt: „Als junger Leutnant hatte Tankosić an der Verschwörung gegen König Alexander teilgenommen und die Erschießung der beiden Brüder der Königin befehligt. Danach hatte sich Tankosić lange in Macedonien als Bandenführer betätigt und sich durch seine wilde Strenge gegen seine Leute, durch seine Heldenhaftigkeit, seine persönliche Tapferkeit und Geistesgegenwart einen Ruf erworben.“

²⁰⁾ K. u. k. Ministerium des Äußern, Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Wien 1915 (Nr. 8), Österreich-Ungarns Außenpolitik 1908—1914, VIII Nr. 10 399.

²¹⁾ Übersetzung von H. Wendel, Frankfurt 1923 S. 48 und 52.

Kenner der Balkangeschichte wissen, daß die gewaltsamen Methoden der dortigen Politik die bedauerliche, aber notwendige Folgeerscheinung der Jahrhunderte sind, wo es auf der Halbinsel kein Recht, sondern immer nur Gewalt gegeben hat. Keinem vernünftigen und billig denkenden Menschen kann es beifallen, dieses schauerlichen Erbes der Vergangenheit halber auf die Balkanvölker als solche mit Geringschätzung herabzublicken. Andererseits durfte man aber einem Reiche, dessen Bevölkerung das Glück hatte, daß seit Jahrhunderten das Recht immer den Vortritt vor der Gewalt gehabt hat, es nicht verübeln, wenn es sich entschlossen hat, sich gegen das Hereintragen der gewaltsamen Methode des Südostens auf sein Gebiet mit allen Mitteln zu wehren. Dieser Gedanke schwebte zweifellos in den kritischen Sommertagen 1914 manchem Staatsmanne der Entente vor. Da er aber den politischen Tendenzen der Gruppe zuwiderlief, glitt die Diplomatie des Dreiverbandes über jenen Satz in Graf Berchtolds Zirkulardepesche einfach hinweg.

Im Weltkriege war Mazedonien zuerst der Preis, um den der Dreiverband Bulgarien zu gewinnen hoffte, dann die Klippe, an der dieser Plan gescheitert ist,²²⁾ die Hoffnung, die Bulgarien den Mittelmächten zugesellt hat, endlich das Schlachtfeld, auf dem diese Hoffnung zerronnen ist.

²²⁾ Vgl. das Zaristische Rußland im Weltkriege, Berlin 1927, S. 63 ff.

Die Parlamentsreden bei Kriegsausbruch 1914.

In den ersten Augusttagen 1914 wurden die Parlamente der europäischen Großmächte, mit Ausnahme von Österreich-Ungarn, zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

Den Rechenschaftsbericht erstattete in Deutschland Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstag am 4. August, in England der Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey im Unterhaus am 3. August, in Frankreich der Ministerpräsident Viviani in der Kammer am 4. August und in Rußland der Außenminister Sasonow in der Duma am 8. August.

In Deutschland und in Rußland gingen diesen Parlamentstagungen feierliche Eröffnungssitzungen voraus, in denen die Monarchen, Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus, Thronreden zur Verlesung brachten. In Frankreich gab der Ministerpräsident Viviani am 4. August im Senat und in der Kammer eine Botschaft des Präsidenten der Republik, Raymond Poincaré, an das Parlament bekannt.

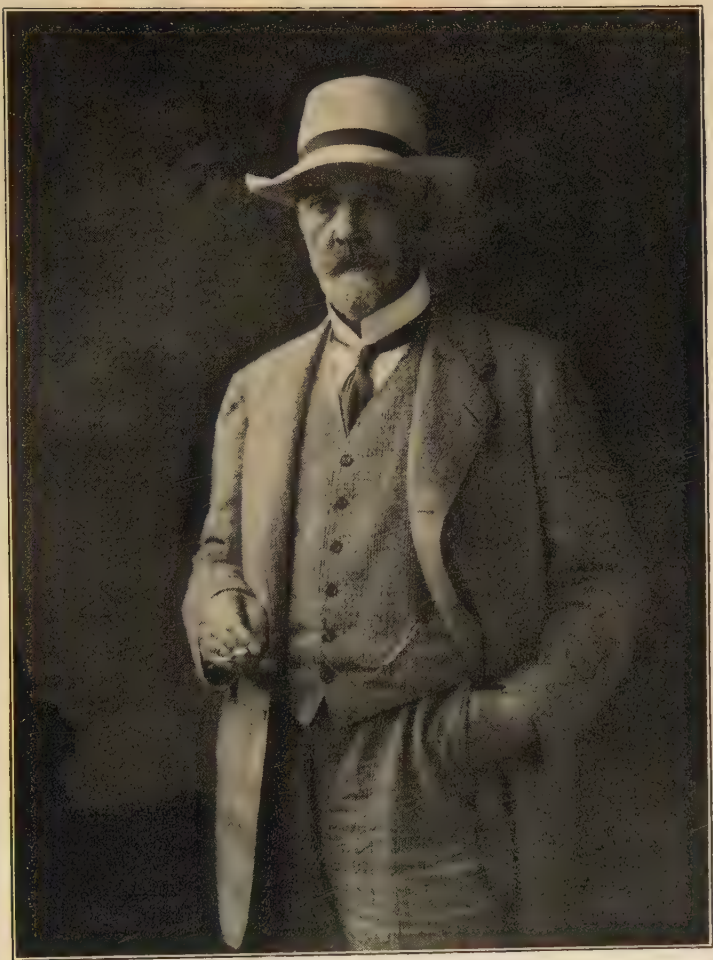
Wir geben hier die Reden der verantwortlichen Staatsmänner nachstehend in ihrem Wortlaut wieder und behalten uns vor, auch die Thronreden und die Botschaft des französischen Präsidenten zu bringen.

Wir sind der Ansicht, daß diese Parlamentsreden wichtige Dokumente zur Geschichte des Kriegsausbruches darstellen, und wir glauben, durch ihre Wiedergabe allen Forschern einen Dienst zu erweisen.

Die Reden selbst zeigen für den Kenner der tatsächlichen Vorgänge, in wie mangelhafter und in vieler Hinsicht irreführender Weise den Völkern im August 1914 mitgeteilt worden ist, warum von ihnen Gut und Blut für die allen Regierungen „gerecht“ erscheinende Sache gefordert wurde.

Die in Kursiv gesetzten Fußnoten sind von der Schriftleitung hinzugefügt worden, um auf wesentliche, oft weniger bekannte Irrtümer aufmerksam zu machen.

Die Schriftleitung.



Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Bethmann Hollwegs Rede im Reichstag am 4. August 1914.

Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns das Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, daß Deutschland kriegslüstern sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesäet wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen — gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich.

Meine Herren! Eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drange der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen.¹⁾ Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen.

Vom ersten Augenblick des österreichisch-serbischen Konflikts an erklären und wirken wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn beschränkt bleiben müsse. Alle Kabinette, insonderheit auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur Rußland erklärt, daß es bei der Austragung dieses Konflikts mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr drohendes Haupt. Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Rußland vorliegen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich aber nachdrücklich erklären, daß kriegерische Maßnahmen gegen Österreich uns an der Seite unseres Bundesgenossen finden würden, und daß militärische Vorbereitungen gegen uns selbst uns zu Gegenmaßregeln zwingen würden. Mobilmachung aber sei nahe dem Kriege. Rußland beteuert uns in feierlicher Weise seinen Friedenswunsch, und daß es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe. Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird. Am

¹⁾ *Deutsches Weißbuch 1914, Denkschrift und Aktenstücke mit den Originaltelegrammen und Noten, Berlin 1914, 48 S.*

28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterhöhlen drohten. Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Serajewo hin. Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen, um den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg auszugleichen. Ungefähr zu derselben Stunde und vor Empfang des Telegramms bittet der Zar seinerseits den Kaiser um Hilfe, er möge doch in Wien zur Mäßigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle. Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion in Gange, so mobilisiert Rußland alle seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte. Österreich-Ungarn selbst aber hatte nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet sind, mobilisiert. Gegen Norden zu nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze.

Der Kaiser weist sofort den Zaren darauf hin, daß durch die Mobilmachung der russischen Streitkräfte gegen Österreich, die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen hatte, erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Trotzdem setzen wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis an das Äußerste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war. Während der Zeit erneuert Rußland spontan seine Versicherungen, daß es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe.

Es kommt der 31. Juli. In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits durch unsere Vorstellungen erreicht, daß Wien in dem eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr die Aussprache mit Petersburg wieder aufgenommen hat. Aber noch bevor die letzte Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns mobil gemacht hat. Die russische Regierung, die aus unseren wiederholten Vorstellungen wußte, was Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei aufklärenden Aufschluß. Erst am Nachmittag des 31. trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, indem er sich dafür verbürgt, daß seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehmen werde. Aber die Mobilmachung an unserer Grenze ist schon seit der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange. Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen.



Die Reichstagssitzung vom 4. August 1914

Und wir? Wir hatten absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe! Sollten wir jetzt weiter geduldig warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten? Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen! Darum fordern wir noch am 31. Juli von Rußland die Demobilisierung, als einzige Maßregel, welche noch den europäischen Frieden retten könnte. Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, daß wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müßten.

Der Kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Rußland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir heute noch nicht. Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt, obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelt.

So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen.

Zugleich mußten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen geböten. Das war eine ausweichende Antwort auf unsere Frage, wenn nicht eine Verneinung unserer Frage.

Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, daß die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde strengstens befolgt, bis auf eine einzige Ausnahme.²⁾ Frankreich, das zu derselben Stunde, wie wir, mobil machte, erklärte uns, es werde eine Zone von 10 km an der Grenze respektieren. Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger,³⁾ Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene französische Kompagnien! Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen und uns tätlich angegriffen.

Was jene Ausnahme betrifft, so habe ich vom Chef des Generalstabs folgende Meldung erhalten:

Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrück-

²⁾ Vergl. hierzu den Aufsatz von Graf Max Montgelas: „Grenzverletzungen vor Kriegsausbruch 1914“, *Berliner Monatshefte* 1927, S. 977 ff. S. f. Reichsarchiv „Der Weltkrieg 1914—1918“, Bd. I, S. 105, Fußnote 1.

³⁾ Die Meldungen über Bomben werfende Flieger waren nicht zutreffend.

lichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des XIV. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten. Sie ist scheinbar abgeschossen, nur ein Mann ist zurückgekehrt. Aber lange, bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen, haben am Schluchtpaß französische Truppen unsere Grenzschutztruppen angegriffen. Unsere Truppen haben sich, dem Befehle gemäß, zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt.⁴⁾

Soweit die Meldung des Generalstabs.

Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen —, das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn.⁵⁾

Was die Haltung Englands betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhaus abgegeben hat, den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt, und ich kann hinzusetzen, daß, solange England neutral bleibt,

⁴⁾ S. Anmerkung 2 und 3.

⁵⁾ Die „Notwehr“ war nicht durch die vorerwähnten und teilweise nicht zutreffenden Grenzverletzungen bedingt, sondern lag in der strategischen Gesamtlage begründet, die leider vom Reichskanzler nicht hervorgehoben wurde. Vergl. hierzu Alfred v. Wegerer „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese“ S. 183.

wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschifffahrt vorzunehmen.

Meine Herren, soweit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: „Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!“ Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die 50 Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Moltke sprach, daß wir gerüstet dastehen müßten, um das Erbe, um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen. Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit — hinter ihr das ganze deutsche Volk! — Das ganze deutsche Volk einig bis auf den letzten Mann!

Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung.

Vivianis Rede in der Kammer am 4. August 1914.

Meine Herren!

Der deutsche Botschafter hat gestern Paris verlassen, nachdem er uns den Kriegszustand angekündigt hatte.

Die Regierung schuldet dem Parlamente den wahrheitsgetreuen Bericht über die Begebenheiten, die in weniger als zehn Tagen den europäischen Krieg entfesselt und das friedliebende und starke Frankreich gezwungen haben, seine Grenze gegen einen Überfall zu verteidigen, dessen wohlberechnete Plötzlichkeit die gehässige Ungerechtigkeit unterstreicht.

Dieser Überfall, den nichts zu entschuldigen vermag und der begonnen hat, bevor eine Kriegserklärung ihn uns angekündigt hätte, ist der letzte Akt eines Planes, dessen Ursache und Ziel ich vor unserer Demokratie und vor der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt festzustellen beabsichtige.

Infolge des abscheulichen Verbrechens, das dem Erzherzog-Thronfolger von Österreich-Ungarn und der Herzogin von Hohen-

berg das Leben gekostet hat, sind zwischen dem Wiener und dem Belgrader Kabinett Schwierigkeiten entstanden.

Die meisten Mächte sind davon bis Freitag, den 24. Juli, nur halbamtlich unterrichtet worden, an welchem Tage ihnen die österreichisch-ungarischen Botschafter ein Rundschreiben zugestellt haben, welches die Presse veröffentlicht hat.

Dieses Rundschreiben sollte dazu dienen, ein am Vorabend vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad an Serbien gerichtetes Ultimatum zu erklären und zu rechtfertigen.

Indem es die Mitschuld zahlreicher serbischer Untertanen und Vereinigungen am Verbrechen von Sarajewo darlegte, sprach dieses Ultimatum die Verdächtigung aus, daß sogar die offiziellen serbischen Behörden ihm nicht ferngestanden hätten.¹⁾ Es verlangte bis Sonnabend, den 25. Juli, abends 6 Uhr, von Serbien eine Antwort.

Die verlangten Genugtuungen oder wenigstens mehrere von ihnen verletzten unbestreitbar die Hoheitsrechte eines selbständigen Staates. Trotz ihres übertriebenen Charakters erklärte sich Serbien am 25. Juli bereit, sich ihnen fast vorbehaltlos zu unterwerfen.

An dieser Unterwerfung, die für Österreich-Ungarn einen Erfolg, für den europäischen Frieden eine Garantie bildete, waren die in Belgrad vom ersten Augenblick an erteilten Ratschläge Frankreichs, Rußlands und Großbritanniens nicht unbeteiligt.

Diese Ratschläge waren um so wertvoller, als die österreichisch-ungarischen Forderungen den Kanzleien des Dreiverbandes verheimlicht worden waren, denen in den drei vorhergehenden Wochen die österreichisch-ungarische Regierung zu wiederholten Malen die Versicherung gegeben hatte, ihre Forderungen würden außerordentlich mäßig sein.

Mit berechtigtem Erstaunen vernahmen deshalb die Pariser, Petersburger und Londoner Kabinette am 26. Juli, daß der österreichische Gesandte in Belgrad die serbische Antwort nach einer Prüfung von einigen Minuten als unannehmbar erklärt und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen habe.

Dieses Erstaunen wurde durch die Tatsache noch gesteigert, daß der deutsche Botschafter schon am Freitag, den 24. Juli, zum französischen Minister des Äußern gekommen war, um ihm eine

¹⁾ Die heute erwiesene Verantwortlichkeit des serbischen Generalstabsobers *Dimitriewi* für die Ermordung des Thronfolgers und die durch die Enthüllungen von *Ljuba Jovanovi* bekanntgewordene Mitwisserschaft der serbischen Regierung haben die Richtigkeit dieser „Verdächtigung“ bestätigt. Aus dem VIII. Band der neuen österreichischen Dokumente geht auch hervor, daß auf Grund des in Wien bekannten Materials eine „Verdächtigung“ der serbischen Behörden durchaus berechtigt war.

mündliche Note vorzulegen, in der erklärt wurde, der österreichisch-serbische Konflikt müsse ohne Intervention der Großmächte örtlich beschränkt bleiben, widrigenfalls „unberechenbare Folgen“ zu befürchten wären. Ein ähnlicher Schritt wurde Sonnabend, den 25. Juli, in London und in St. Petersburg gemacht.²⁾

Ist es notwendig, meine Herren, Sie darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die bedrohlichen Worte des deutschen Botschafters in Paris³⁾ mit den versöhnlichen Gefühlen im Widerstreite standen, von denen die Mächte des Dreiverbandes durch die Serbien erteilten Ratschläge zur Unterwerfung Zeugnis abgelegt hatten?

Nichtsdestoweniger haben wir, ohne uns durch die ungewöhnliche Art des deutschen Schrittes abhalten zu lassen, im Einverständnis mit unseren Verbündeten und unseren Freunden unverzüglich die Versöhnungsaktion eingeleitet und Deutschland eingeladen, sich daran zu beteiligen.⁴⁾

Zu unserem Bedauern mußten wir von Anfang an wahrnehmen, daß unsere Absichten und unsere Bemühungen in Berlin kein Echo fanden.

Nicht nur schien Deutschland keineswegs geneigt, Österreich-Ungarn die freundschaftlichen Ratschläge zu erteilen, die seine Stellung ihm erlaubt hätte, zu geben, sondern von diesem Augenblick an und noch mehr in den folgenden Tagen schien es sich auch zwischen die Wiener Regierung und die von den anderen Mächten herrührenden vermittelnden Vorschläge zu stellen.^{4a)}

Dienstag, den 28. Juli, erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Diese Kriegserklärung, die in einem Zeitraum von drei

²⁾ Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Der Schritt der deutschen Botschafter in Paris, London und Petersburg erfolgte bei allen drei Regierungen am 24. Juli auf Grund eines Runderlasses des Reichskanzlers vom 21. Juli 1914. (Vgl. Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 100, 154, 157 und 160.)

³⁾ Von „bedrohlichen Worten“ konnte nicht die Rede sein. Der deutsche Botschafter in Paris, Freiherr von Schoen, hat ebenso wie seine Kollegen in London und Petersburg im Auftrag seiner Regierung darauf hingewiesen, „daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handle, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken, das ernste Bestreben der Mächte sein müsse“. D.D. Nr. 100.

⁴⁾ Viviani hat leider nicht angegeben, welche Versöhnungsaktion er im Auge hatte. Es ist nicht bekannt, daß durch die Initiative der französischen Regierung auch nur eine Vermittlungsaktion eingeleitet worden ist.

^{4a)} Deutschland hat sehr energisch auf die Wiener Regierung im Sinne einer Beschränkung des Konflikts eingewirkt. (Vgl. Deutsche Dokumente Nr. 384, 385, 395 und 396.)

Tagen die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen geschaffene Lage der Dinge verschlimmerte, ließ auf einen überlegten Kriegswillen, auf einen systematischen Plan zur Unterjochung Serbiens schließen.

So stand nicht nur die Unabhängigkeit eines tapferen Volkes, sondern auch das durch den Bukarester Vertrag vom Jahre 1913 festgelegte und durch die moralische Zustimmung sämtlicher Großmächte geweihte Gleichgewicht der Balkanstaaten auf dem Spiele.

Auf die Anregung der britischen Regierung, die stets aufs äußerste auf die Erhaltung des europäischen Friedens bedacht war, wurden jedoch die Verhandlungen fortgesetzt oder, genauer ausgedrückt, versuchten die Mächte des Dreiverbandes sie fortzusetzen.

Aus diesem gemeinsamen Wunsche ist der Vorschlag einer Aktion von England, Frankreich, Deutschland und Italien zu vieren entstanden, der bestimmt war, Österreich alle rechtmäßigen Genugtuungen zuzusichern und eine billige Beilegung des Konfliktes herbeizuführen.⁵⁾

Am Mittwoch, den 29., verfügte die russische Regierung, nachdem sie das fortdauernde Scheitern ihrer Bemühungen festgestellt hatte, angesichts der Mobilisation⁶⁾ und der Kriegserklärung Österreichs, in Befürchtung einer militärischen Vernichtung Serbiens, als Vorsichtsmaßregel die Mobilisation von Truppen aus vier Militärbezirken, d. h. ausschließlich von längs der österreichisch-ungarischen Grenze staffelweise aufgestellten Formationen.⁷⁾

Gleichzeitig war sie darauf bedacht, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, daß diese Maßnahmen, Österreich gegenüber begrenzt und ohne offensiven Charakter, in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet seien.

In einer Unterredung mit dem russischen Botschafter in Berlin machte der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts keinerlei Schwierigkeiten, dies anzuerkennen.

Andererseits stießen alle von Großbritannien mit der Zustimmung Rußlands und der Unterstützung Frankreichs gemachten Versuche, unter dem moralischen Patronat Europas die Verbindung

⁵⁾ *Diesem Vorschlag einer Vermittlung zu vieren, hat die Berliner Regierung bereits am 25. Juli ihre Unterstützung zugesichert.*

⁶⁾ *Es handelt sich hier lediglich um die am 25. Juli abends angeordnete Mobilmachung Österreich-Ungarns gegen Serbien.*

⁷⁾ *Die russische Teilmobilmachung umfaßte 55 russische Infanterie-Divisionen, während nur 28 österreichisch-ungarische Infanterie-Divisionen gegenüber Serbien mobil gemacht waren. Außerdem hatte Rußland seine ganze Flotte, auch die in den baltischen Gewässern, mobil gemacht.*



René Viviani
1914 französischer Ministerpräsident

zwischen Österreich und Serbien herzustellen, in Berlin auf eine ablehnende Voreingenommenheit, wofür die diplomatischen Telegramme den unumstößlichen Beweis liefern.⁸⁾

Es war dies eine beunruhigende Situation, die das Vorhandensein gewisser Hintergedanken in Berlin wahrscheinlich erscheinen ließ. Einige Stunden später sollten sich diese Vermutungen und Befürchtungen in Gewißheit umsetzen.

In der Tat verwandelte sich Deutschlands ablehnende Haltung sechsunddreißig Stunden später in geradezu bedrohliche Entschlüsse: am 31. Juli schnitt Deutschland durch die Verkündung des „Kriegsgefahrzustandes“ die Verbindungen zwischen sich und dem übrigen Europa ab und verschaffte sich dadurch alle Freiheit, seine Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich in aller Heimlichkeit fortzusetzen,⁹⁾ die, wie Sie gesehen haben, nichts zu rechtfertigen vermochte.^{10a)}

Schon seit mehreren Tagen und unter schwer zu erklärenden Umständen hatte Deutschland den Übergang seiner Armee vom Friedens- auf den Kriegsfuß vorbereitet.

Schon am Morgen des 25. Juli, d. h. selbst vor dem Ablauf der Serbien von Österreich gegebenen Frist, hatte es die Garnisonen Elsaß-Lothringens konsigniert. Am nämlichen Tage hatte es die Verteidigungswerke an der Grenze in Kriegsbereitschaft gesetzt. Am 26. Juli hatte es den Eisenbahnen die vorbereitenden Konzentrationsmaßnahmen vorgeschrieben. Am 27. Juli hatte es die Requisitionen durchgeführt und seine Deckungstruppen aufgestellt. Am 28. Juli wurde mit den persönlichen Reservisteneinberufungen

⁸⁾ Die deutsche Regierung hat mit Ausnahme des von ihr abgelehnten Konferenzvorschlages alle übrigen von London mitgeteilten Vermittlungsvorschläge angenommen. Von sich aus hat die deutsche Regierung die beiden aussichtsreichsten Vorschläge gemacht, nämlich den Vorschlag direkter Verhandlungen Wien-Petersburg und den Vorschlag des „Halt in Belgrad“.

⁹⁾ Der nach Eintreffen der amtlichen Meldung über die russische allgemeine Mobilmachung angeordnete Zustand drohender Kriegsgefahr war keine „bedrohliche Entschließung“. Durch diesen Befehl wurden lediglich die wichtigsten, vor Erlaß der Mobilmachung zu treffenden militärischen Maßnahmen zur Ausführung gebracht. Die dem deutschen Zustand drohender Kriegsgefahr entsprechende französische „ordre de départ en couverture“ war bereits am 30. Juli, 4,55 Uhr nachmittags, angeordnet worden.

^{10a)} Es ist bezeichnend, daß auch hier der Grund für die deutsche Anordnung des „Kriegsgefahrzustandes“, die russische allgemeine Mobilmachung, nicht mitgeteilt wird. Vergl. den Aufsatz von Wegerer: „Die systematische Verfälschung der russischen allgemeinen Mobilmachung“ im Juliheft dieser Zeitschrift.

begonnen und die von der Grenze entfernten Truppenteile wurden an sie herangeschoben.¹⁰⁾

Konnten uns diese mit unerbittlicher Konsequenz ausgeführten Maßnahmen über Deutschlands Absichten noch im Zweifel lassen?

So war die Lage, als am Abend des 31. Juli die deutsche Regierung, die seit dem 24. durch keine positive Handlung an den Vermittlungsbemühungen des Dreiverbandes teilgenommen hatte, unter dem Vorwande, Rußland habe die allgemeine Mobilisation seiner Armeen angeordnet, an die russische Regierung ein Ultimatum richtete und innerhalb einer Frist von zwölf Stunden die Einstellung der Mobilisation verlangte.

Diese Forderung, die um so verletzender in ihrer Form war, als Kaiser Nikolaus II. einige Stunden vorher in einer Anwendung spontanen Vertrauens den Deutschen Kaiser um Vermittlung angerufen hatte, wurde in dem Augenblick gestellt, wo auf Ersuchen Englands und mit Wissen Deutschlands die russische Regierung eine Formel annahm, die geeignet war, eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes und der österreichisch-russischen Schwierigkeiten durch die gleichzeitige Einstellung der militärischen Operationen und Vorbereitungen in die Wege zu leiten.¹¹⁾

An demselben Tage gesellten sich zu diesem wenig freundschaftlichen Schritt gegenüber Rußland ausgesprochen feindselige Vorbereitungen gegen Frankreich: Abbruch des Straßen-, Eisenbahn-, Telegraph- und Telephonverkehrs, Beschlagnahme der französischen Lokomotiven bei ihrer Ankunft an der Grenze, Aufstellung von Maschinengewehren auf dem Schienenstrang, der zuvor abgeschnitten war, Zusammenziehung der Truppen an dieser Grenze.

Von diesem Augenblick an war es uns nicht mehr erlaubt, an die Aufrichtigkeit der Friedensbeteuerungen zu glauben, mit denen uns Deutschlands Vertreter fortwährend überschüttete.

¹⁰⁾ Die hier von Viviani aufgestellten Behauptungen über deutsche militärische Vorbereitungen sind nicht zutreffend. Bis zum 27. Juli sind von deutscher Seite keine vorbereitenden Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Erst an diesem Tage wurde für Metz die Zurückberufung der Ernteurlauber des bayerischen Kontingents angeordnet und am gleichen Tage wurden die Festungen Metz und Diedenhofen außer durch die ständigen Wachkompagnien durch Fußartillerie und Maschinengewehre besetzt. Es ist nicht zutreffend, daß am 28. Juli Reservisteneinberufungen in Deutschland stattgefunden haben. Der Befehl zur Rückberufung der Urlauber erging in Deutschland erst am späten Abend des 29. Juli. Frankreich hat bereits am 27. Juli die beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften bei den fünf Grenzkorps zurückgerufen.

¹¹⁾ Die russische allgemeine Mobilmachung hat die Auswirkung der Vermittlungsvorschläge, für deren Erfolg sich die deutsche Regierung so stark eingesetzt hat, unmöglich gemacht.

Wir wußten, daß Deutschland im Schutze des verkündeten „Kriegsgefahrzustandes“ mobilisierte.^{11a)}

Wir erfuhren, daß sechs Reservistenklassen einberufen worden waren und daß die Konzentrationstransporte selbst für in beträchtlicher Entfernung von der Grenze liegende Armeekorps fortgesetzt wurden.^{11b)}

In dem Maße, wie sich diese Begebenheiten abspielten, traf die achtsame und umsichtige Regierung von Tag zu Tag und selbst von Stunde zu Stunde die Verteidigungsmaßnahmen, die die Lage erforderte. Die allgemeine Mobilisation unserer Armeen zu Land und zu Wasser wurde angeordnet.

An demselben Abend 7½ Uhr erklärte Deutschland Rußland den Krieg, ohne sich durch die von dem Petersburger Kabinett erfolgte Annahme des englischen Vorschlages, von dem ich weiter oben gesprochen habe, davon abhalten zu lassen.

Tags darauf, Sonntag, den 2. August, überschritten die deutschen Truppen, ohne Rücksicht auf die außerordentliche Mäßigung Frankreichs, im Widerspruch mit den friedlichen Erklärungen des deutschen Botschafters in Paris, ungeachtet der Vorschriften des Völkerrechts, an drei verschiedenen Punkten unsere Grenze.

Zu gleicher Zeit fielen sie, unter Verletzung des 1867er Vertrages, durch den mit Preußens Unterschrift die Neutralität von Luxemburg gewährleistet wird, in das Gebiet des Großherzogtums ein und veranlaßten so den Einspruch der luxemburgischen Regierung.

Endlich wurde selbst Belgiens Neutralität bedroht: der deutsche Gesandte überreichte am Abend des 2. August der belgischen Regierung ein Ultimatum mit der Einladung, die militärischen Maßnahmen gegen Frankreich zu erleichtern, unter dem lügenhaften Vorwande, die belgische Neutralität werde von uns bedroht. Die belgische Regierung wies diese Zumutung zurück und erklärte, sie sei entschlossen, ihre Neutralität, die von Frankreich geachtet werde und durch die Verträge, im besonderen durch den König von Preußen verbürgt sei, energisch zu verteidigen.

Meine Herren, seither haben sich die Angriffe wiederholt, vermehrt und verschärft. An mehr als fünfzehn Stellen ist unsere Grenze verletzt worden.¹²⁾ Gewehrschüsse wurden gegen unsere

^{11a)} Die Auffassung war unzutreffend.

^{11b)} Die Nachrichten waren nicht richtig.

¹²⁾ Grenzverletzungen haben in den ersten Augusttagen auf beiden Seiten stattgefunden. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 25. Juni 1919 Nr. 297 hat Graf Montgelas eine Liste von 56 französischen Grenzverletzungen veröffentlicht, die nach den Originalmeldungen der Grenztruppen zusammengestellt worden ist.

Soldaten und Grenzwächter abgegeben. Es gab Tote und Verwundete. Gestern hat ein deutscher Militärflieger drei Bomben auf Lunéville geworfen.^{12a)}

Der deutsche Botschafter, dem wir, wie allen Großmächten, diese Vorfälle zur Kenntnis brachten, hat sie nicht in Abrede gestellt und darüber sein Bedauern nicht ausgesprochen. Dagegen kam er gestern Abend zu mir, um seine Pässe zu verlangen und uns den Kriegszustand zu notifizieren, wobei er wider alle Wahrheit auf feindselige Handlungen hinwies, welche französische Flieger auf deutschem Boden im Eifelgebiet und sogar an der Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg begangen haben sollen. Hier das Schreiben, das er mir bei diesem Anlaß überreichte:

„Herr Präsident,

Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl von ausgesprochen feindseligen Handlungen festgestellt, die von französischen Militärfliegern auf deutschem Gebiete begangen wurden. Mehrere dieser Flieger haben offenkundig die belgische Neutralität verletzt, indem sie belgisches Gebiet überflogen; der eine hat versucht, Bauten bei Wesel zu zerstören, andere wurden über dem Eifelgebiet gesichtet, ein dritter hat auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben abgeworfen.

Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß angesichts dieser Angriffe das Deutsche Reich sich im Kriegszustand mit Frankreich betrachtet, veranlaßt durch diese letztere Macht.

Gleichzeitig habe ich die Ehre, zur Kenntnis Ew. Exzellenz zu bringen, daß die deutschen Behörden die französischen Handelsschiffe in deutschen Häfen zurückbehalten, sie jedoch freigeben werden, wenn innerhalb 48 Stunden volle Reziprozität zugesichert wird.

Da meine diplomatische Mission hiermit beendet ist, erübrigt mir noch, Ew. Exzellenz zu bitten, mir meine Pässe zuzustellen und die von ihr als nützlich erachteten Maßnahmen zu treffen, um mir und meinem Botschaftspersonal sowie dem Personal der bayerischen Gesandtschaft und des deutschen Generalkonsuls in Paris die Rückkehr nach Deutschland zu sichern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Schoen.“

^{12a)} Vergleiche hierzu die Ausführungen von Alfred von Wegerer: „Der Bombenabwurf über Lunéville am 3. August 1914“, Berliner Monatshefte, 1927, Seite 667 ff.

Brauche ich, meine Herren, bei der Absurdität dieser Vorwände zu verweilen, die man als Beschwerden hinstellen möchte? Nie ist ein französischer Flieger in Belgien eingedrungen, kein einziger französischer Flieger hat, weder in Bayern noch in irgendeinem anderen Teile Deutschlands, irgendeine feindselige Handlung begangen. Die Meinung Europas hat bereits über diese erbärmlichen Erfindungen zu Gericht gegessen.

Gegenüber diesen, alle Gesetze der Gerechtigkeit und alle Regeln des öffentlichen Rechtes verletzenden Angriffen haben wir sofort alle nötigen Maßnahmen ergriffen; ihre Durchführung erfolgt in strengster Methodik und absoluter Kaltblütigkeit.

Die Mobilmachung des russischen Heeres vollzieht sich ebenfalls mit bemerkenswerter Energie und unter rückhaltloser Begeisterung.

Die in der Stärke von 250 000 Mann mobilisierte belgische Armee schickt sich an, von herrlicher Kampfeslust beseelt, die Neutralität und Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen.

Die ganze englische Flotte ist mobilisiert und der Befehl zur Mobilmachung des Landheeres ist erlassen.

Seit 1912 hatten zwischen dem englischen und französischen Generalstab Besprechungen stattgefunden,¹³⁾ die in einem Briefwechsel zwischen Sir Edward Grey und Herrn Paul Cambom ihren Abschluß fanden. Der Staatssekretär des Äußern hat gestern abend im englischen Unterhause die gewechselten Briefe mitgeteilt, und ich habe die Ehre, im Einverständnis mit der britischen Regierung hiermit den Inhalt dieser beiden Schriftstücke zu Ihrer Kenntnis zu bringen:

„Foreign Office.

London, den 22. November 1912.

Mein lieber Botschafter!

Im Laufe der letzten Jahre haben die Generalstäbe des Heeres und der Marine Frankreichs und Großbritanniens zu wiederholten Malen ihre Ansichten ausgetauscht. Es wurde dabei immer angenommen, daß dieser gegenseitige Gedankenaustausch in keiner Weise die Freiheit der einen oder anderen Regierung beeinträchtige, in irgendeinem späteren Zeitpunkt sich darüber schlüssig zu machen, ob sie der andern mit ihrer bewaffneten Macht beistehen soll oder nicht. Wir haben an-

¹³⁾ Wir wissen heute, daß die militärischen Besprechungen zwischen England und Frankreich bereits im Januar 1906 eingesetzt und im Laufe der Jahre zu einer Militärkonvention zwischen den beiden Staaten geführt haben.

genommen, daß ein Meinungs austausch zwischen Fachleuten keine Verpflichtung bedeute und auch nicht als eine solche betrachtet werden dürfe, wodurch die eine oder andere Regierung dazu genötigt werde, in einem gegebenen Falle zu intervenieren, der noch nicht eingetreten ist und möglicherweise nie eintreten wird. So beruht z. B. die gegenwärtige Verteilung der französischen und englischen Flotten nicht auf der Verpflichtung eines Zusammenwirkens in Kriegszeit.

Sie haben indessen darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe dafür hätte, einen Angriff ohne Herausforderung seitens einer dritten Macht zu befürchten, es für sie wesentlich würde, zu wissen, ob sie in diesem Fall auf die militärische Hilfe der andern Macht zählen könnte.

Ich bin einverstanden, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe dafür hat, einen Angriff ohne Herausforderung seitens einer dritten Macht oder sonst einen den allgemeinen Frieden bedrohenden Vorfall zu befürchten, diese Regierung sofort mit der anderen zu prüfen hätte, ob sie nicht beide zusammen vorgehen sollten, um den Angriff zu verhindern und den Frieden zu erhalten, und in diesem Fall nach den Maßnahmen zu suchen, die sie gemeinsam zu treffen geneigt wären. Sollten diese Maßnahmen eine militärische Aktion in sich schließen, so würden sofort die Pläne der Generalstäbe in Betracht gezogen werden, und die beiden Regierungen würden alsdann beschließen, welche Folgen ihnen zu geben sich empfehle.

Ihr ergebener

gez. E. Grey.“

Auf dieses Schreiben antwortete unser Botschafter, Herr Paul Cambon, unterm 23. November wie folgt:

„London, den 23. November 1912.

Lieber Sir Edward!

Durch Ihr Schreiben von gestern, dem 22. November, haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär- und Marinebehörden Frankreichs und Großbritanniens sich von Zeit zu Zeit besprochen hätten; dabei sei immer angenommen worden, daß diese Besprechungen die Freiheit der beiden Regierungen nicht beschränkten, später sich darüber schlüssig zu machen, ob sie sich gegenseitig mit bewaffneter Macht beistehen wollten; diese Besprechungen unter Fachleuten seien beiderseitig nie so aufgefaßt worden und dürften nicht so aufgefaßt

werden, als ob sie unsere Regierungen in gewissen Fällen zum Einschreiten verpflichten sollten; ich hätte Sie indessen darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe hätte, seitens einer dritten Macht einen Angriff ohne Herausforderung zu befürchten, es für sie wesentlich würde, zu wissen, ob sie auf den bewaffneten Beistand der andern Macht zählen könnte.

Ihr Schreiben enthält die Antwort auf diese Bemerkung, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß in dem Falle, wo eine unserer beiden Regierungen einen ernsten Grund hätte, sei es den Angriff einer dritten Macht, sei es irgendeinen den allgemeinen Frieden bedrohenden Vorfall zu befürchten, diese Regierung im Verein mit der andern sofort zu prüfen hätte, ob die beiden Regierungen gemeinsam vorgehen sollten, um dem Angriff vorzubeugen oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden beide Regierungen über die Maßnahmen beraten, die sie gemeinsam zu treffen geneigt wären; sollten diese Maßnahmen eine militärische Aktion in sich schließen, so würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Betracht ziehen und alsdann beschließen, welche Folgen ihnen zu geben seien.

Ihr ergebener

gez. Cambon.“

Der Staatssekretär des Äußern hat im Unterhaus, unter dem Beifall der Abgeordneten, in schwungvollen und warmen Worten von Frankreich gesprochen, und seine Sprache hat in allen französischen Herzen schon starken Widerhall gefunden. Es liegt mir sehr daran, im Namen der französischen Regierung der englischen Regierung von der Tribüne herab für ihre herzlichen Worte zu danken, und das französische Parlament wird sich dieser Gefühlsäußerung anschließen.

Der Staatssekretär des Äußern hat insbesondere folgende Erklärung abgegeben:

„In dem Falle, daß das deutsche Geschwader in den Kanal eindringen oder die Nordsee hinauffahren sollte, um die britischen Inseln in der Absicht zu umschiffen, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, so würde das englische Geschwader eingreifen, um der französischen Flotte seinen ganzen Schutz zu gewähren, so daß von diesem Augenblicke an England und Deutschland sich im Kriegszustande befänden.“

Die englische Flotte deckt also von jetzt an unsere Nord- und Ostküste gegen einen deutschen Angriff.

Das, meine Herren, sind die Tatsachen. Ich glaube, in ihrer engen Verkettung genügen sie, um die Handlungen der Regierung der Republik zu rechtfertigen. Ich will immerhin aus dieser Darstellung den Schluß ziehen und die wahre Bedeutung des unerhörten Angriffs, dessen Opfer Frankreich ist, klarlegen.

Die Sieger von 1870 haben, wie Sie wissen, zu wiederholten Malen den Wunsch gehabt, die Schläge, die sie uns beigebracht haben, zu verdoppeln. Im Jahre 1875 ist der Krieg, der das besiegte Frankreich zugrunde richten sollte, einzig durch das Eingreifen der beiden Mächte verhindert worden, mit denen uns nachher Bündnis und Freundschaftsbande verbinden sollten, durch die Intervention Rußlands und Großbritanniens.

Seither ist es der französischen Republik durch die Wiederherstellung ihrer nationalen Kräfte und den Abschluß diplomatischer Übereinkommen, die sie immer treulich beobachtete, gelungen, sich von dem Joche zu befreien, unter das Bismarck selbst mitten im Frieden Europa zu beugen verstanden hatte.

Sie hat das europäische Gleichgewicht, den Bürgen der Freiheit und der Würde eines jeden, wieder hergestellt.

Meine Herren, ich weiß nicht, ob ich mich täusche, aber es scheint mir, als ob es dieses Werk friedlicher Wiederherstellung der Befreiung und der Würde, das in den Jahren 1904 und 1907 unter der genialen Mitwirkung des Königs Eduard VII. von England und der Regierung der Krone endgültig besiegelt wurde, ist, was das Deutsche Reich heute durch einen kühnen Gewaltstreich zerstören möchte.

Deutschland kann uns nichts vorwerfen.

Wir haben dem Frieden ein Opfer ohnegleichen gebracht, indem wir die uns von Deutschland geschlagene Wunde während eines halben Jahrhunderts stillschweigend von unserer Seite ertrugen.

Wir haben noch in andere Opfer eingewilligt bei all den Verhandlungen, welche die Kaiserliche Diplomatie seit 1904 systematisch heraufbeschwor, sei es in Marokko, sei es anderswo, 1905 wie 1906, 1908 wie 1911.

Auch Rußland hat anläßlich der Ereignisse von 1908, wie in der gegenwärtigen Krise, eine große Mäßigung bewiesen.

Es hat, und mit ihm der Dreiverband, die gleiche Mäßigung beobachtet, als in der orientalischen Krise von 1912 Österreich und Deutschland sowohl gegenüber Serbien als gegenüber Griechenland

Forderungen stellten, die, wie die seitherige Entwicklung zeigte, immerhin diskutierbar waren.

Unnütze Opfer, unfruchtbare Vergleiche, vergebliche Bemühungen, da wir und unsere Verbündeten heute mitten in der Verständigungsaktion unversehens überfallen wurden.

Niemand kann heute in gutem Glauben uns für die Anstrengungen halten. Vergeblich sucht man die heiligen Grundsätze von Recht und Freiheit, welche die Völker wie die einzelnen Menschen leiten, zu verwirren: Italien, im klaren Bewußtsein des lateinischen Genius, hat uns erklärt, daß es neutral zu bleiben gedenke.

Diese Entschließung hat in ganz Frankreich ein Echo der aufrichtigsten Freude gefunden. Ich habe mich zum Dolmetsch dieser Freude dem italienischen Geschäftsträger gegenüber gemacht und ihm gesagt, wie sehr ich mich glücklich schätze, daß die beiden lateinischen Schwesternationen, die denselben Ursprung und dasselbe Ideal haben und auf eine gemeinsame ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken, sich nicht im Gegensatz zueinander befinden.

Was man angreift, meine Herren — wir erklären es laut und deutlich —, das ist diese Unabhängigkeit, diese Würde, diese Sicherheit, die der Dreiverband dem Dienste des Friedens im Gleichgewicht wiedererworben hat.

Was man angreift, das sind die Freiheitsrechte Europas, deren Verteidiger zu sein Frankreich, seine Verbündeten und seine Freunde stolz sind.

Diese Freiheitsrechte wollen wir verteidigen; denn sie sind im Spiele, und alles übrige war bloß Vorwand.

Das ungerecht herausgeforderte Frankreich hat den Krieg nicht gewollt; es hat alles getan, um ihn abzuwenden. Nachdem er ihm aber aufgedrängt wurde, wird es sich gegen Deutschland und gegen jede andere Macht verteidigen, die ihre Gesinnung noch nicht kundgetan hat, und die sich an der Seite der letztgenannten Macht am Kriege zwischen den beiden Mächten beteiligen sollte.

Ein freies und starkes Volk, das einem Jahrhunderte alten Ideal treu bleibt und geschlossen zusammensteht für die Erhaltung seiner Existenz; eine Demokratie, die es verstanden hat, ihrer militärischen Kraftanstrengung die richtige Bahn zu weisen und die letztes Jahr vor neuen Lasten nicht zurückschreckte, um auf die Rüstungen des Nachbarstaates zu antworten;¹⁴⁾ eine Nation in

¹⁴⁾ *Vergleiche zu dieser Behauptung die Ausführungen von Alfred von Wegerer in „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese“ Seite 122 ff.*

Waffen, die für ihr eigenes Dasein und für die Unabhängigkeit Europas kämpft — das ist das Schauspiel, das den Zeugen dieses furchtbaren Kampfes, der seit einigen Tagen in aller Ruhe und Ordnung sich vorbereitet, darzubieten wir uns die Ehre machen. Wir sind ohne Fehl; wir werden auch ohne Furcht sein.

Frankreich hat schon wiederholt unter weniger günstigen Verhältnissen bewiesen, daß es der gefürchtetste Gegner ist, wenn es, wie es heute der Fall ist, für Recht und Freiheit kämpft.

Indem wir Ihnen, meine Herren, die Sie unsere Richter sind, unsere Handlungen unterbreiten, haben wir, um die Last dieser schweren Verantwortung zu tragen, den Trost eines guten Gewissens und die Gewißheit erfüllter Pflicht.

Sasonows Rede in der Duma am 8. August 1914.

Meine Herren Mitglieder der Reichsduma!

In den schwierigen Stunden verantwortungsvoller Entscheidungen schöpfte die Regierung ihre Kraft aus dem Gefühl ihrer vollkommenen Übereinstimmung mit der Meinung des Volkes.

Ich habe die feste Überzeugung, daß das unparteiische Urteil der Weltgeschichte einst zu unseren Gunsten ausfallen wird. Rußland mußte die freche Herausforderung seiner Feinde annehmen. Es konnte den besten Traditionen seiner Geschichte nicht untreu werden. Es durfte nicht aufhören, das große Rußland zu sein. Unsere Feinde bemühen sich, die Verantwortung für die Plage, die gegenwärtig Europa heimsucht, auf uns zu wälzen; aber ihre Verleumdungen werden niemand irreführen, der aufmerksam und gewissenhaft die Politik Rußlands in den letzten Jahren und in diesen letzten Tagen verfolgt hat.

Im Bewußtsein der gewaltigen Aufgabe, die ihm bevorsteht, und durch die Arbeit seiner inneren Ausgestaltung in Anspruch genommen, hat Rußland seit langem zahlreiche Beweise aufrichtiger Friedensliebe gegeben. Diesem Umstand allein ist es zu verdanken, daß Europa in den Jahren 1912—1913, zur Zeit des Balkankrieges, den Gefahren einer allgemeinen Verwicklung entgangen ist.

Nicht Rußland und die russische Politik waren es also, die den Weltfrieden bedrohten. Niemals hat das große Rußland im eitlen



S. D. Sasonow
1914 russischer Außenminister

Waffengeklirr, in der Mißachtung der Würde anderer und des Rechtes der Schwachen Mittel gesehen, um sein Ansehen zu behaupten.

Die ruhige und friedliche Machtstellung Rußlands ließ seine Feinde nicht zur Ruhe kommen.

Ist es nötig, all die Versuche Oesterreich-Ungarns, um Rußlands Stellung auf dem Balkan zu untergraben, in Ihr Gedächtnis zurückzurufen? Die Stunde ist gekommen, wo ich rückhaltslos erklären kann, daß Oesterreich-Ungarn es gewesen ist, das den Bruderstreit zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten herbeigeführt hat.

Aber, obwohl sie schwere Prüfungen zu überstehen hatte, wird die Einigung der orthodoxen Balkanvölker, so Gott will, einmal Wirklichkeit werden.

Sie kennen den Anlaß zum Kriege. Durch innere Unruhen zerrissen, suchte Oesterreich einen Schlag zu führen, der gleichzeitig seine Kraft beweisen und uns demütigen sollte. Dafür mußte Serbien herhalten, dieses Serbien, mit dem uns die Bande der Geschichte, sowie gemeinsame Abstammung und Glauben vereinigen.

Sie kennen die Umstände, unter welchen das Ultimatum an Serbien gerichtet wurde. Hätte sich Serbien diesen Bedingungen unterzogen, so wäre es Oesterreichs Vasall geworden. Ein gleichgültiges Verhalten unsererseits hätte die Aufgabe unserer Jahrhunderte alten Rolle als Beschützer der Balkanstaaten bedeutet. Gleichzeitig hätten wir damit zugegeben, daß der Wille Oesterreichs und des hinter ihm stehenden Deutschland für Europa Gesetz wäre; weder wir, noch Frankreich, noch England konnten es geschehen lassen.

Ebenso wie wir, bemühten sich unsere tapferen Verbündeten, mit aller Kraft den Frieden zu erhalten. Unsere Feinde täuschten sich, als sie diese Bemühungen für einen Beweis der Schwäche ansahen. Sogar nach Oesterreichs Herausforderung lehnte Rußland keinen Versuch zur friedlichen Beilegung des Konflikts ab. In diesem Sinne waren alle Bemühungen, die von uns und unseren Verbündeten gemacht werden konnten, ehrlich bis zuletzt. Sie werden sich davon überzeugen, wenn Sie die Dokumente, die wir veröffentlichen werden, kennen und die sich auf den Lauf der Verhandlungen beziehen¹⁾. Nur eine Bedingung hielten wir fest aufrecht: bereit, jeden Kompromiß, der von Oesterreich genehmigt

¹⁾ *Sasonow spricht hier von dem russischen Orangebuch, das am 7. August 1914 ausgegeben wurde und 79 Dokumente umfaßte. Die späteren Publikationen von russischer Seite haben gezeigt, in wie hohem Maße dieses Orangebuch gefälscht war.*

werden konnte, ohne sein Ansehen zu verletzen, anzunehmen, schlossen wir alles das aus, was der Souveränität und der Unabhängigkeit Serbiens Eintrag bringen konnte.

Von Anfang an haben wir Deutschland unsere Ansicht darüber nicht verhehlt. Es steht außer Zweifel, daß das Berliner Kabinett, wenn es gewollt hätte, seinen Verbündeten durch ein Machtwort hätte zurückhalten können, wie es dies während der Balkankrise getan hatte. Aber in Wirklichkeit stieß Deutschland, trotzdem es noch bis in den letzten Tagen ständig den Wunsch wiederholt hatte, seinen Einfluß auf Wien geltend zu machen, die gemachten Vorschläge, einen nach dem andern, zurück, wobei es seinerseits nur leere Versicherungen gab.²⁾

Die Zeit verging; die Verhandlungen schritten nicht vorwärts. Oesterreich bombardierte Belgrad mit Erbitterung. Es war ein von der Regierung organisierter Pogrom, eine natürliche Fortsetzung jener nach dem Verbrechen von Sarajevo gegen die wehrlose serbische Bevölkerung gerichteten Hetzen. Der augenscheinliche Zweck war, durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen und Europa und uns vor die vollendete Tatsache zu stellen: Die Demütigung und Vernichtung des serbischen Staates.³⁾

Unter diesen Umständen konnten wir nicht anders, als natürliche Vorsichtsmaßregeln treffen, um so mehr als Oesterreich schon die Hälfte seiner Armee mobilisiert hatte.⁴⁾ Als die Mobilisierung in Rußland angeordnet wurde, gab unser Kaiser dem deutschen Kaiser sein kaiserliches Wort, daß Rußland nicht von den Waffen Gebrauch machen werde, solange noch Hoffnung auf eine friedliche Lösung war unter den oben angegebenen gemäßigten Bedingungen.⁵⁾

²⁾ Deutschland hat mit Ausnahme des Konferenzvorschlages alle übrigen Vermittlungsvorschläge angenommen und aus eigener Initiative den sehr aussichtsreichen Vorschlag direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg gemacht.

³⁾ Die Integrität und Souveränität Serbiens war von Österreich-Ungarn ausdrücklich zugesichert worden. Vergl. Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des Österreich-Ungarischen Ministeriums des Äußern, Band 8, Nr. 10 615.

⁴⁾ Die österreichische Teilmobilmachung gegen Serbien umfaßte 23 Infanterie-Divisionen und 3 Kavallerie-Divisionen, während die am 29. Juli von Rußland angeordnete Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn 55 Infanterie- und 8½ Kavallerie-Divisionen aufbot.

⁵⁾ Auf die Gründe für die allgemeine russische Mobilmachung geht Sasonow mit keinem Wort ein.

Diese Stimme wurde nicht gehört. Deutschland erklärte erst uns, dann unserm Verbündeten den Krieg. Jede Herrschaft über sich verlierend, trat es die geheiligten Rechte zweier Staaten mit Füßen, deren Neutralität es im Verein mit andern Mächten feierlich durch seine Unterschrift garantiert hatte.

Man kann sich nur beugen vor dem Heroismus des belgischen Volkes, das sich nicht gefürchtet hat, gegen die ungeheure deutsche Armee zu kämpfen. Das Verfahren Deutschlands hat in der ganzen zivilisierten Welt und vor allem im ritterlichen Frankreich, das sich mit uns zur Verteidigung des Rechts und der Gerechtigkeit erhoben hat, die tiefste Entrüstung erregt. Ist es nötig, hinzuzufügen, daß England von den gleichen Gefühlen beseelt ist? Es wallte auf und sah die Notwendigkeit ein, Deutschlands Anmaßung, ganz Europa seine drückende Herrschaft aufzuzwingen, zu zerbrechen.

Das Ereignis, das die Ursache des Konflikts war, rückt von nun an in den Hintergrund; und die Angelegenheit nimmt für einen jeden von uns und für unsere Verbündeten eine eigene Bedeutung an.

Deutschland hat uns den Krieg am 1. August erklärt, Oesterreich 5 Tage später, indem es seinen Entschluß damit begründete, daß wir in den österreichisch-serbischen Konflikt eingegriffen und die Feindseligkeiten gegen Deutschland eröffnet hätten; das, behauptet es, hätte es veranlaßt, uns zu bekriegen.

Der Feind ist auf unseren Boden eingedrungen. Wir kämpfen für unser Vaterland. Wir kämpfen für sein Ansehen und seine Stellung als Großmacht. Wir wollen das Joch Deutschlands und seines Verbündeten über Europa nicht annehmen. Dieselben Beweggründe leiten unsere Verbündeten. Wir suchen keinen eiteln Ruhm. Wir wissen, daß sich harte Prüfungen auf unserm Wege finden können. Jetzt schon zählen unsere Feinde darauf. Da sie Rußland nicht kennen und seine Vergangenheit mißachten, glauben sie an eine mögliche Feigheit unsererseits. Aber Gott, der Rußland nicht in den tragischsten Augenblicken seiner Geschichte verlassen hat, wird es nicht in der jetzigen Stunde im Stich lassen, wo es sich in einmütiger Liebe und Selbstverleugnung um seinen Herrscher schart.

Erfüllt mit Demut und Vertrauen in den göttlichen Beistand, unterstützt von einem unerschütterlichen Glauben an Rußland, wendet sich die Regierung an Sie, Erwählte des Volkes, voll glühenden Vertrauens, überzeugt, daß in Ihnen sich das Bild des großen Vaterlands, daß sich von seinen Feinden Achtung zu erzwingen weiß, widerspiegelt.

Greys Rede im englischen Unterhaus am 3. August 1914.

Letzte Woche habe ich erklärt, daß wir nicht nur für den Frieden dieses Landes, sondern für die Erhaltung des Friedens ganz Europas arbeiten. Heute überstürzen sich die Ereignisse derart, daß es ungemein schwer ist, mit einiger technischer Genauigkeit die augenblickliche Lage festzustellen. Das eine aber ist klar, daß der Friede Europas nicht mehr zu retten ist. Rußland und Deutschland jedenfalls haben sich gegenseitig den Krieg erklärt.

Bevor ich darauf übergehe, die Stellungnahme Seiner Majestät Regierung zu erörtern, möchte ich dem Verständnis den Weg ebnen und das Haus ganz genau wissen lassen, welche Verpflichtungen die Regierung oder, man kann auch sagen, das Haus bei der Beschlußfassung in dieser Angelegenheit sich vor Augen zu halten hat, ehe ich dem Hause unsere Haltung in der gegenwärtigen Krise auseinandersetze. Vor allem möge es mir erlaubt sein, ganz kurz zu sagen, daß wir einmütig und mit allem erdenklichen Eifer auf die Erhaltung des Friedens hingearbeitet haben. Das Haus kann mit uns in dieser Beziehung zufrieden sein. Wir haben es immer getan. Es würde keine Schwierigkeit bereiten, nachzuweisen, daß Seiner Majestät Regierung, soweit sie in Betracht kam, in diesen letzten Jahren stets danach gehandelt hat. Es ist allgemein anerkannt, daß wir während der ganzen Balkankrise für den Frieden gearbeitet haben. In der Balkankrise erwies sich das Zusammenwirken der europäischen Großmächte zur Erhaltung des Friedens erfolgreich. Freilich fiel es einigen der Mächte sehr schwer, ihren Standpunkt aufzugeben. Es bedurfte vieler Zeit, Mühe und Erörterungen, um zu einem Ausgleich zu gelangen, doch war der Friede schließlich gesichert. Denn der Friede war das Hauptziel aller, und alle waren bereit, es sich lieber Zeit und Mühe kosten zu lassen, als durch Überstürzung die Gegensätze zu verschärfen.

In der momentanen Krise war es nicht möglich gewesen, den Frieden Europas zu bewahren, weil nicht die Zeit dazu blieb und weil — wenigstens in gewissen Lagern, die ich hier nicht näher bezeichnen will — die den Frieden mindestens gefährdende Neigung bestanden hat, rasch zu einem Ergebnis zu gelangen, was, wie wir jetzt wissen, dazu geführt hat, daß die Friedenspolitik, was die Großmächte im allgemeinen anbelangt, wirklich in Gefahr ist. Ich will mich nicht damit aufhalten und nicht weiter ausführen, wem nach unserem Ermessen die Schuld zuzuschreiben ist, welche

Mächte für den Frieden waren und welche am ehesten dazu neigten, den Frieden zu opfern oder zu gefährden, denn ich möchte, daß das Haus der Krise, in der wir uns befinden, völlig unbefangen und ohne leidenschaftliche Erwägung der Frage, warum der Frieden nicht erhalten blieb, gegenüberrete und sich einzig und allein von der Rücksicht auf Großbritanniens Interessen, Ehre und Verpflichtungen in seinen Beschlüssen leiten lasse.

Wir werden, sobald wir können, die Akten über die Ereignisse der letzten Woche veröffentlichen, während welcher wir für den Frieden gearbeitet haben. Wenn diese Papiere veröffentlicht sein werden, wird wohl — ich bezweifle es nicht — jedes menschliche Wesen daraus zu erkennen vermögen, wie angestrengt wir aufrichtig und mit ganzem Herzen bestrebt waren, den Frieden zu bewahren. Und ich glaube, sie werden auch die Allgemeinheit befähigen, sich ein Urteil darüber zu bilden, welche Kräfte am Werke waren, den Frieden zu stören. Ich komme jetzt zunächst auf die Frage der Verpflichtungen Großbritanniens zu sprechen. Ich habe dem Hause versichert — und der Premierminister hat es mehr als einmal getan —, daß wir im Falle des Ausbruches einer Krise wie der gegenwärtigen würden vor das Haus treten und ihm sagen können, es sei frei, über die Haltung Großbritanniens zu entscheiden. Ich sagte, wir würden das Haus nicht mit irgendwelchen Geheimabkommen überraschen und ihm sagen, es bestehe, weil wir ein solches Abkommen getroffen hätten, eine Ehrenpflicht für das Land. Ich will zunächst diesen Punkt ganz klarstellen.

Es hat in Europa zwei diplomatische Gruppen gegeben: den Dreibund und jene, die man in den letzten Jahren allgemein als die „Triple-Entente“ bezeichnet hat. Die Triple-Entente war kein Bündnis, sie war nur eine Mächtegruppe in diplomatischem Sinne ¹⁾. Das Haus wird sich daran erinnern, daß es auch im Jahre 1908 eine Krise gegeben hat, auch eine Balkankrise, die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina heraufbeschworen worden war. Der russische Außenminister, Herr Iswolski, kam nach London, oder, besser gesagt, befand sich zufällig in London, denn sein Besuch war schon lange vor Ausbruch der Krise geplant. Ich sagte ihm damals ganz bestimmt, dies sei eine Balkankrise, eine reine Balkanaffäre, und meiner Beurteilung nach würde uns die

¹⁾ Die Triple-Entente war nicht nur eine Mächtegruppe in diplomatischem Sinne, sondern weit stärker noch in militärischem Sinne. Es bestanden zwischen England und Frankreich eine Militär- und Marinekonvention, die über die diplomatischen Abmachungen, die in dem Briefwechsel zwischen Grey und Paul Cambon vom 22. und 23. November 1912 niedergelegt waren, hinausgingen.

öffentliche Meinung dieses Landes nicht berechtigen, mehr als unsere diplomatische Unterstützung zu versprechen. Mehr war nie von uns verlangt worden, mehr haben wir nie geboten und mehr haben wir nie versprochen.

Auch in der gegenwärtigen Krise haben wir bis zum gestrigen Tage nicht mehr versprochen als unsern diplomatischen Beistand. Jetzt muß ich diese Frage der Verbindlichkeiten dem Hause ausinandersetzen. Ich muß dazu bis auf die erste Marokkokrise vom Jahre 1906 zurückgreifen. Es war dies die Zeit der Algeciraskonferenz. Sie kam für Seiner Majestät Regierung zu einer sehr ungelegenen Zeit, da gerade die allgemeinen Wahlen stattfanden und die Minister über das Land zertreut waren. Mir, der ich drei Tage der Woche in meinem Wahlbezirke und drei im Foreign Office verbrachte, wurde damals die Frage gestellt, ob wir, wenn aus dieser Krise ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland entstände, bewaffneten Beistand leisten würden. Ich sagte damals, ich wäre nicht imstande, irgendeinem fremden Lande eine Zusage zu geben, wenn es nicht sicher wäre, daß eine solche im gegebenen Augenblicke die volle Zustimmung der öffentlichen Meinung finden würde. Ich gab meiner Ansicht Ausdruck, daß die öffentliche Meinung dieses Landes sich darauf einigen würde, Frankreich materielle Unterstützung zu gewähren, wenn Frankreich wegen der Marokkofrage, also wegen einer Frage, in der es eben zu einem beiderseits sehr populären Abkommen zwischen uns und Frankreich gekommen war, der Krieg aufgedrängt werden würde.

Ich gab damals kein Versprechen, wohl aber dieser Ansicht Ausdruck, und zwar, soviel ich mich erinnere, in nahezu gleichen Worten sowohl dem französischen als auch dem deutschen Botschafter gegenüber. Ich gab kein Versprechen und sprach keine Drohung aus; ich gab bloß diese meine Meinung kund. Die französische Regierung fand sich mit dieser Lage ab, doch sagte sie mir damals — wie ich meine, sehr berechtigter Weise —: „Wenn Sie glauben, die öffentliche Meinung Großbritanniens würde Sie vielleicht im Falle einer plötzlich auftretenden Krise berechtigen, Frankreich den bewaffneten Beistand zu leihen, den Sie im vorhinein nicht versprechen können, so müssen Sie bedenken, daß Sie gegebenenfalls gar nicht imstande wären, diesen Beistand zu leihen, wenn nicht bereits vorher gewisse Besprechungen zwischen militärischen und maritimen Fachleuten stattgefunden hätten.“ Es lag eine überzeugende Kraft darin. Ich stimmte zu und gab meine Einwilligung, daß solche Besprechungen stattfinden sollen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß nichts, was zwischen den militärischen und maritimen Fachleuten vorginge, eine der Re-

gierungen verpflichten oder in ihrer Freiheit beschränken dürfe, erst gegebenenfalls eine Entscheidung zu treffen, ob sie gewillt sei, die Hilfe zu gewähren, oder nicht.

Wie ich dem Hause schon mitgeteilt habe, standen damals gerade die allgemeinen Wahlen vor der Türe. Ich mußte die Verantwortung für diesen Schritt ganz allein übernehmen. Das Kabinett konnte nicht zusammenberufen, eine Antwort aber mußte gegeben werden. Ich befragte Sir Henry Campbell-Bannerman, den Premierminister, Lord Haldane, der damals Kriegsminister war, und den jetzigen Premierminister, der damals Schatzkanzler war. Das war das Äußerste, was ich tun konnte. Sie stimmten meinen Verfügungen mit dem ausdrücklichen Vorbehalte bei, daß der Regierung für den Fall des Ausbruchs einer Krise völlige Handlungsfreiheit gewahrt bleiben müsse. Die Tatsache, daß Besprechungen zwischen militärischen und seemännischen Sachverständigen stattgefunden hatten, ist später — ich glaube viel später, weil die Krise vorüberging und die Sache ihre Dringlichkeit verlor —, ist jedenfalls später dem Gesamtkabinett zur Kenntnis gebracht worden.

Die Agadir-Krise kam — wieder eine Marokkokrise — und während ihrer ganzen Dauer habe ich dieselbe Linie eingehalten wie im Jahre 1906²⁾. Später aber, im Jahre 1912, wurde nach Erörterungen und Beratungen im Kabinett beschlossen, daß wir, wenn auch nur in der Form eines privaten Briefwechsels, das Einverständnis schriftlich festlegen sollten, nach welchem die stattgehabten Besprechungen für keine der beiden Regierungen eine Verpflichtung darzustellen hätten, die ihre Handlungsfreiheit beeinträchtigen könnte. Am 22. November 1912 schrieb ich dem französischen Botschafter einen Brief, den ich jetzt dem Hause vorlesen werde. Ich erhielt dann von diesem einen ähnlich gehaltenen Brief als Antwort. Folgender Brief, den ich dem Hause vorzulesen habe, wird der Öffentlichkeit als ein Beweis dafür dienen, daß die Besprechungen zwischen den militärischen und maritimen Sachverständigen, was immer sie auch enthalten mögen, für die Regierung in keiner Weise verbindlich sind:

Mein lieber Botschafter! — In den letzten Jahren haben sich von Zeit zu Zeit die französischen und britischen Marine- und Militär-Sachverständigen miteinander beraten. Es geschah dies

²⁾ Diese Behauptung ist in dieser Form nicht zutreffend. Während der zweiten Marokkokrise hat Sir Edward Grey sich ganz eindeutig auf die Seite Frankreichs gestellt und durch die von ihm gebilligte Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 Deutschland zu verstehen gegeben, daß England für den Fall eines deutsch-französischen Krieges nicht neutral bleiben werde.

unter der steten Voraussetzung, daß solche Beratungen jeder der beiden Regierungen für alle Zukunft volle Freiheit der Entscheidung lassen, ob sie der anderen Waffenhilfe leisten wolle oder nicht. Wir sind übereingekommen, daß die Beratungen der Fachleute kein Engagement der Regierungen bedeuten und auch nicht als ein Engagement angesehen werden sollen, einander in irgendeinem Streitfalle, der noch nicht eingetreten ist und vielleicht nie eintreten wird, beizustehen. So basiert zum Beispiel die Verteilung der französischen und britischen Seestreitkräfte im gegebenen Augenblicke nicht auf einer Verpflichtung zum Zusammenwirken im Kriegsfall.

Sie haben jedoch darauf hingewiesen, daß es für jede der beiden Regierungen höchste Bedeutung erlangen könnte, zu wissen, ob sie auf die Waffenhilfe der anderen zählen dürfe, wenn sie schwerwiegende Gründe hätte, anzunehmen, daß ein nicht provozierter Angriff einer dritten Macht zu befürchten sei.

Ich stimme Ihnen bei, daß jede der beiden Regierungen, sobald sie triftige Gründe hat, einen nicht provozierten Angriff seitens einer dritten Macht oder sonst eine Bedrohung des allgemeinen Friedens zu erwarten, sogleich mit der anderen Regierung zu besprechen hätte, ob sie vereint handeln sollen, um einen Angriff abzuwehren und den Frieden zu erhalten, und welche Maßnahmen sie gegebenen Falles gemeinsam zu treffen bereit wären³⁾.

Zwischenruf Lord Charles Beresfords: „Welches ist das Datum dieses Briefes?“

Antwort Sir E. Greys: „Der 22. November 1912.“

Dies ist für die Regierung der Ausgangspunkt bezüglich der gegenwärtigen Krise. Ich denke, der Brief beweist ganz klar, was ich und der Premierminister dem Hause gesagt haben, nämlich, daß wir vollkommene Freiheit haben, darüber zu entscheiden, welche Haltung wir in dieser Krise einnehmen wollen, ob wir eingreifen oder uns abseits halten sollen. Unsere Regierung hat ihre volle Freiheit behalten und ebenso a fortiori das House of Commons. Das sage ich, um die Frage der Verpflichtungen ganz klarzustellen. Ich hielt es für geziemend, dem Unterhause jetzt unseren guten Willen zu beweisen, ihm volle Aufklärung zu geben und ihm zu sagen, daß wir, wie meiner Meinung nach aus dem eben verlesenen Briefe hervorgeht, keinerlei früheres Moment unserer diplomatischen Beziehungen zu andern Mächten mit dieser Angelegen-

³⁾ Grey hat bei der Zitierung seines Briefes an Paul Cambon im Unterhaus den sehr wichtigen Schlußsatz ausgelassen, der folgendermaßen lautete: „Sollten diese Maßnahmen militärische sein, dann würden die Ansichten der beiderseitigen Generalstäbe eingeholt werden müssen, um nach Ermessen der Regierungen zu einer Entscheidung zu kommen.“



Viscount Grey of Fallodon
1914 britischer Staatssekretär des Äußern



heit in eine Verbindung zu bringen wünschen, welche die freie Entscheidung der Regierung über die gegenwärtig einzunehmende Haltung oder die Freiheit des Unterhauses, über diese Haltung zu entscheiden, in irgendwelcher Weise einschränken würde.

So, meine Herren, nun will ich noch weitergehen und Ihnen folgendes sagen: Die Lage in dieser Krise ist nicht vollkommen dieselbe wie in der Marokko-Krisis. Damals handelte es sich um einen Streitfall, der Frankreich anging, vor allem Frankreich anging, — um einen Streitfall, in den Frankreich, wie uns scheinen wollte, wegen eines aller Welt bekanntgemachten Vertrages hineingezogen worden war, durch den wir uns verpflichtet hatten, mit Frankreich diplomatisch gemeinsame Sache zu machen. Zweifellos waren wir nur zu diplomatischem Beistand verpflichtet, jedenfalls aber waren wir durch eine bestimmte, veröffentlichte Abmachung verpflichtet, mit Frankreich in dieser Angelegenheit diplomatisch gemeinsame Sache zu machen.

Die gegenwärtige Krise hat eine ganz andere Ursache. Es handelt sich nicht um Marokko. Sie ist nicht durch irgendeinen Umstand hervorgerufen worden, auf den sich ein besonderes Abkommen mit Frankreich anwenden ließe oder der Frankreich unmittelbar anginge. Ihre erste Ursache war ein Streit zwischen Österreich und Serbien. Ich kann es mit vollster Überzeugung aussprechen, keine Regierung und kein Land wünscht es weniger, wegen Österreich und Serbien in einen Krieg verwickelt zu werden als die Regierung und das Volk Frankreichs. Sie sind durch ihre in einem klar ausgesprochenen Bündnisse mit Rußland festgelegte Ehrenpflicht hineingezogen worden⁴⁾. Es ist nur billig, dem Hause zu sagen, daß das Bestehen einer Ehrenpflicht in unserem Falle nicht behauptet werden kann. Wir gehören nicht zur Französisch-Russischen Allianz. Wir kennen nicht einmal den Inhalt dieses Bündnisvertrages. So glaube ich denn, die Frage eventueller Verpflichtungen in aller Aufrichtigkeit vollständig bereinigt zu haben⁵⁾.

⁴⁾ Vergl. zu diesen Ausführungen von Grey die Darlegungen von Graf Max Montgelas in diesem Heft auf S. 708 ff.

⁵⁾ Anderer Ansicht als Grey hinsichtlich der Unterstützung Frankreichs durch England war sein engster Mitarbeiter, der ständige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Sir Arthur Nicolson. Als am 31. Juli Grey dem französischen Botschafter erklärte, er könne ihm keine positive Zusage über das Eingreifen Englands machen, ging Nicolson zu Grey und fragte ihn, „ob es wirklich wahr sei, daß England sich geweigert habe, Frankreich im Augenblick größter Gefahr beizustehen“. Grey machte nur eine verzweifelte Gebärde. „Sie bedecken vor allen Völkern unseren Namen mit Schmach“, erklärte Nicolson zornig“. Harold Nicolson: „Die Verschwörung der Diplomaten“, Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt/M. 1930, S. 439.

Ich gelange nun dazu, auszusprechen, was die Situation unsererseits erfordert. Seit vielen Jahren haben wir eine lange bestehende Freundschaft mit Frankreich gepflegt.

Zwischenruf eines Abgeordneten: „Und mit Deutschland!“

Ich erinnere mich deutlich der Stimmung dieses Hauses und meiner eigenen — denn ich glaube, ich sprach zum Gegenstande, als die Regierung vor uns zu der Verständigung mit Frankreich gelangte —, ich erinnere mich jenes warmen und herzlichen Gefühls, das von der freudigen Erkenntnis ausgelöst wurde, daß die beiden Länder, die in früheren Zeiten so oft im Streite miteinander gelegen hatten, nunmehr allen Streit begraben haben.

Ich glaube, mich zu erinnern, gesagt zu haben, daß irgendeine gütige Gewalt die Atmosphäre von Herzlichkeit geschaffen haben müsse, die das möglich gemacht habe. Aber wie weit diese Freundschaft — es war ein Freundschaftsverhältnis zwischen Völkern und von diesen gutgeheißen — eine Verpflichtung mit sich bringt, darüber möge jeder einzelne sein Herz und sein Empfinden befragen, um selbst das Maß der Verpflichtungen einschätzen zu können. Ich selbst bemesse sie nach meinem eigenen Empfinden, aber ich möchte niemanden dazu überreden, sie höher einzuschätzen, als es ihm sein eigenes Gefühl eingibt. Jedes einzelne Mitglied des Hauses und dessen Gesamtheit mögen dies selbst beurteilen. Ich spreche von meinen eigenen Ansichten und habe dem Hause mein eigenes Empfinden in dieser Angelegenheit dargelegt.

Die französische Flotte ist augenblicklich im Mittelmeer, und die nördliche und die westliche Küste Frankreichs sind völlig unverteidigt. Da die französische Flotte im Mittelmeer konzentriert ist, stellt sich die Lage ganz anders dar, als sie früher war; denn die Freundschaft, die sich zwischen den beiden Ländern herausgebildet hat, gab Frankreich ein Gefühl der Sicherheit, weil von unserer Seite nichts mehr zu befürchten war. Die Küsten Frankreichs liegen völlig ungeschützt da. Die französische Flotte befindet sich im Mittelmeer und war infolge des zwischen den beiden Nationen bestehenden freundschaftlichen Vertrauens schon seit mehreren Jahren ständig dort konzentriert⁶⁾. Meine eigene Empfin-

⁶⁾ Die französische Flotte befand sich keineswegs wegen des zwischen den beiden Nationen bestehenden freundschaftlichen Vertrauens im Mittelmeer, sondern war dorthin auf Grund der englisch-französischen Marinekonvention vom August 1912 verlegt worden. Der erste Lord der britischen Admiralität, Winston Churchill, war sich bereits bei Abschluß der Marinekonvention über die Bedeutung dieser französischen Flottenverlegung so vollkommen klar, daß er am 23. August 1912 an Grey schrieb: „Bedenken Sie, was für eine furchtbare Waffe Frankreich in der Hand haben würde, um unseren Beistand

dung geht dahin, daß wir, wenn in einem Kriege, den Frankreich nicht gesucht hat und bei dem es nicht der Angreifer war, eine fremde Flotte den englischen Kanal herabführe und die unvertheidigten Küsten Frankreichs bombardierte, nicht abseits stehen und dies nicht gewissermaßen als teilnahmlose Zuschauer und mit verschränkten Armen vor unseren Augen geschehen lassen dürfen, ohne etwas dagegen zu tun! Ich glaube, daß dies auch das Empfinden unseres Landes sein dürfte. Es gibt Zeiten, wo man das Gefühl hat, dieses Empfinden würde sich mit unwiderstehlicher Gewalt über das ganze Land ausbreiten, wenn derartige Umstände eintreten.

Aber ich wünsche auch die Dinge ohne Sentimentalität vom Standpunkte britischer Interessen aus zu betrachten, und dieser soll mir zur Begründung und Rechtfertigung alles dessen dienen, was ich jetzt dem Hause sagen will. Wenn wir in diesem Augenblicke stille halten, was soll dann Frankreich mit seiner Flotte im Mittelmeer tun? Läßt es sie dort, ohne daß wir erklären, was wir vorhaben, so bleibt seine Nord- und Westküste vollkommen ungeschützt und auf Gnade und Ungnade einer den Kanal herabkommenden deutschen Flotte ausgeliefert, die dort in einem Kriege, der ein Krieg auf Leben und Tod zwischen den beiden sein wird, tun könnte, was sie will. Wenn wir stillschweigen, so kann es auch sein, daß die französische Flotte abgerufen wird. Wir stehen vor einer Feuersbrunst in Europa. Ist irgend jemand imstande, ihre Grenzen und Folgen vorauszusehen? Nehmen wir an, wir stellten uns heute in neutraler Haltung abseits und sagten: „Nein, wir können keine Verpflichtung übernehmen, einer der streitenden Parteien zu helfen.“ Nehmen wir an, die französische Flotte sei aus dem Mittelmeer zurückgezogen worden, und nehmen wir an, daß die unabsehbaren Folgen des Krieges, die um jene Zeit selbst über die noch im Frieden lebenden Länder schon fürchterliches Leid gebracht haben werden — tatsächlich werden sie ziemlich die gleichen sein, ob sich nun ein Land im Kriege oder im Frieden befindet —, es plötzlich nötig machen, daß wir zur Verteidigung britischer Lebensinteressen in den Krieg ziehen müssen; nehmen wir ferner an, was durchaus möglich ist, daß Italien, das augenblicklich neutral ist (Zwischenruf eines Abgeordneten: „Hört, hört!“), weil es, wie ich denke, den gegenwärtigen Krieg als einen

zu erzwingen, wenn es sagen könnte: „Auf den Rat und auf die Veranlassung Eurer Marinesachverständigen haben wir unsere Nordseeküsten von Streitkräften entblößt; wir können unmöglich rechtzeitig zur Stelle sein.“ Churchill: „Weltkrisis“ Deutsche Ausgabe, K. F. Köhler, Leipzig 1924, S. 93 ff.

Angriffskrieg ansieht, während der Dreibund ihm nur im Falle eines Verteidigungskrieges Verpflichtungen auferlegt, durch unvorhergesehene Folgen gezwungen würde, in durchaus berechtigter Wahrung seiner eigenen Interessen seine neutrale Haltung aufzugeben, und das zu einer Zeit, wo wir selbst um britische Lebensinteressen zu kämpfen hätten — wie würde dann die Lage im Mittelmeere sich gestalten? Es könnte sehr wohl sein, daß in einem kritischen Momente Folgen dieser Art uns aufgezwungen würden, weil unsere Handelswege im Mittelmeer für das Land eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen können. Niemand kann einen Handelsweg nennen, dessen Offenhaltung in den nächsten paar Wochen für das Land keine Lebensfrage wäre. Wie wäre dann unsere Lage im Mittelmeer? Wir hätten dort keine Flotte gehalten, die allein mit einer Kombination anderer Mittelmeerflotten fertig werden könnte. Es würde vielleicht gerade der Augenblick sein, wo wir keine weiteren Schiffe ins Mittelmeer detachieren könnten. Dann aber hätten wir durch unsere untätige Haltung in diesem Augenblicke das Land den schrecklichsten Gefahren ausgesetzt. Ich sage das vom Standpunkte des britischen Interesses aus. Wir fühlen aber auch im Innersten, daß Frankreich ein Anrecht darauf hat, zu erfahren — und sofort zu erfahren! —, ob es im Falle eines Angriffes auf seine unbeschützte Nord- und Westküste auf britische Unterstützung zählen dürfe. In dieser Not und unter dem Zwange dieser Verhältnisse habe ich gestern nachmittag dem französischen Botschafter folgende Erklärung abgegeben:

„Ich bin ermächtigt, zu versichern, daß die britische Flotte allen in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren wird, wenn die deutsche Flotte durch den Kanal oder die Nordsee käme, um die Feindseligkeiten gegen die französische Küste oder die französische Schifffahrt zu eröffnen. Diese Zusicherung ist selbstverständlich an die Zustimmung des Parlamentes zu der Politik Seiner Majestät Regierung gebunden und darf nicht als eine Verpflichtung Seiner Majestät Regierung zu irgendwelchem Vorgehen aufgefaßt werden, ehe eine Handlung der deutschen Flotte im obenerwähnten Sinne dazu Anlaß gibt.“

Was ich dem Hause vorgelesen habe, ist keine Kriegserklärung, beinhaltet keine sofortige Angriffshandlung unsererseits, aber es verpflichtet uns zu einer Angriffshandlung, wenn sich der oben genannte Fall ergäbe. Die Dinge überstürzen sich, von Stunde zu Stunde laufen neue Nachrichten ein, und ich kann daher das Folgende nicht in offizieller Weise bekanntgeben. Soviel ich aber

verstanden habe, wäre die deutsche Regierung, wenn wir uns zur Neutralität verpflichteten, bereit, zuzugestehen, daß ihre Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen werde. Ich habe erst knapp bevor ich in das Haus kam davon gehört, aber es ist ein viel zu eng umschriebenes Versprechen für uns. Und, meine Herren, es gibt noch einen ernsten Umstand zu erwägen — einen Umstand, der von Stunde zu Stunde schwerwiegender wird —, das ist die Frage der belgischen Neutralität.

Ich werde dem Hause unser Verhältnis zu Belgien ziemlich ausführlich darstellen müssen. Der Hauptfaktor ist der Vertrag vom Jahre 1839, doch das ist ein Vertrag mit einer eigenen Geschichte — einer seither erworbenen Geschichte. Im Jahre 1870, als es Krieg zwischen Frankreich und Deutschland gab, wurde auch die Frage der Neutralität Belgiens wieder aufgeworfen, und es wurden gar viele Dinge darüber gesagt. Unter anderem hat Fürst Bismarck Belgien in Bestätigung seiner mündlichen Zusicherung eine schriftliche Erklärung abgegeben, die er mit Bezug auf den bestehenden Vertrag als überflüssig bezeichnete und die besagte, der Deutsche Bund und seine Verbündeten würden unter der steten Voraussetzung, daß auch die andern Kriegführenden es täten, die Neutralität Belgiens respektieren. Dies ist als eine im Jahre 1870 erfolgte Anerkennung der Heiligkeit dieser Vertragsrechte wertvoll.

Was war unsere eigene Haltung? Die Männer, welche die Haltung der britischen Regierung vertraten, waren im House of Lords der Lord Granville und im House of Commons Mr. Gladstone.

Lord Granville gebrauchte am 8. August 1870 folgende Worte:

„Wir hätten dem Lande und den fremden Nationen erklären können, daß unserem Dafürhalten nach unser Land weder moralisch noch durch internationale Abmachungen dazu verpflichtet, noch auch durch das eigene Interesse dazu veranlaßt wäre, Belgiens Neutralität aufrechtzuerhalten. Wenn aber auch ein solches Vorgehen bequem gewesen und uns leicht gefallen wäre, wenn es uns vielleicht auch vor irgendeiner unmittelbaren Gefahr bewahrt hätte, konnte Seiner Majestät Regierung sich doch nicht dazu entschließen, diesen Weg im Namen des Landes bei gebührender Rücksichtnahme auf des Landes Ehre und des Landes Interessen einzuschlagen.“

Zwei Tage später sprach Mr. Gladstone wie folgt:

„Ich gebe zu, daß Vertragspflichten bestehen. Es ist nicht notwendig, und die Zeit würde es mir auch nicht erlauben, mich auf die verworrene Frage der Art dieser Vertragspflichten einzulassen. Doch bin ich nicht in der Lage, mich der Doktrine

jener Herren anzuschließen, die in diesem Hause geradezu die Behauptung vertreten haben, daß die einfache Tatsache einer bestehenden Garantie für jede der beteiligten Parteien unbekümmert um die besonderen Verhältnisse, in denen sie sich zur Zeit befinden mag, wo sich die Gelegenheit ergibt, die Garantie wirksam werden zu lassen, verbindlich ist. Die großen Autoritäten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, auf die ich zu hören gewöhnt war, wie Lord Aberdeen und Lord Palmerston, haben sich meines Wissens nie dieser starren und, wenn ich so sagen darf, nicht aufrechtzuhaltenden Auffassung des Begriffes Garantie angeschlossen. Der Umstand, daß bereits ein Garantievertrag in Geltung ist, bildet naturgemäß einen wichtigen Faktor und ein schwerwiegendes Element des Falles, dem wir volle und weitgehende Beachtung schenken müssen. Es gibt aber noch eine weitere Erwägung, deren Bedeutung wir voll ermessen müssen, das ist die Verfolgung des gemeinsamen Interesses, das übermäßige Anwachsen irgendeiner Macht zu verhindern.“

Der Vertrag ist alt — er stammt aus dem Jahre 1839 —, und das war die Ansicht darüber im Jahre 1870. Er ist einer jener Verträge, die nicht nur dem Vorteile des Hauptbeteiligten, in diesem Falle Belgiens, sondern auch dem Interesse aller Garanten dienen. Unser Ehrgefühl und unsere Interessen sprechen heute ebenso laut wie im Jahre 1870, und wir können uns nicht zu einer engern oder weniger ernsten Auffassung unserer Verpflichtungen bekennen als die Regierung Gladstones im Jahre 1870, und dürfen auch die Wichtigkeit dieser Verpflichtungen nicht unterschätzen.

Ich werde dem Hause vorlesen, was in dieser Beziehung vorige Woche geschehen ist. Als die Mobilmachung begann, begriff ich, daß diese Frage in unserer Politik eine große Rolle spielen und einen wichtigen Gegenstand der Beratungen des Unterhauses bilden werde. Sofort telegraphierte ich gleichzeitig identische Noten nach Paris und Berlin, des Inhaltes, daß es für uns wesentlich wäre, zu wissen, ob die beiden Regierungen bereit wären, die Verpflichtung einzugehen, Belgiens Neutralität respektieren zu wollen. Darauf kamen folgende Antworten.

Von der französischen Regierung erhielt ich die Antwort:

„Die französische Regierung ist entschlossen, die Neutralität Belgiens zu respektieren, nur im Falle der Verletzung dieser Neutralität durch eine andere Macht könnte sich Frankreich zur Verteidigung seiner eigenen Sicherheit gezwungen sehen, anders zu handeln. Diese Zusicherung ist bereits öfters gegeben worden.

Der Präsident der Republik sprach davon mit dem König der Belgier, und der französische Gesandte in Brüssel hat dem belgischen Minister des Äußern heute spontan eine gleiche Zusicherung abgegeben.“

Der deutschen Regierung Antwort war:

„Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes kann unmöglich eine Antwort geben, bevor er mit dem Kaiser und dem Reichskanzler darüber gesprochen hat.“

Sir Edward Goschen, dem ich gesagt hatte, es käme sehr auf eine baldige Antwort an, teilte mir mit, er hoffe, daß die Antwort nicht lange auf sich warten lassen würde. Der deutsche Außenminister gab dann Sir Edward Goschen zu verstehen, er bezweifle, daß sie überhaupt antworten könnten, da eine Antwort im Kriegsfall den unerwünschten Effekt haben könnte, ihren Feldzugsplan wenigstens teilweise zu enthüllen. Gleichzeitig telegraphierte ich an die belgische Regierung nach Brüssel, von wo mir durch Sir Francis Villiers folgende Antwort zukam:

„Der Minister des Äußern dankt mir für meine Mitteilungen und antwortet, Belgien werde bis zum Äußersten an seiner Neutralität festhalten und hoffe, die andern Mächte würden sie achten und beschützen. Er bat mich hinzuzufügen, daß die Beziehungen Belgiens zu den Nachbarstaaten vorzügliche seien, weshalb man keinen Grund hätte, deren Absichten zu mißtrauen. Die belgische Regierung sei überdies der Ansicht, daß sie in der Lage wäre, die Neutralität ihres Landes gegen einen Angriff zu verteidigen.“

Aus Nachrichten, die ich heute erhalten habe — sie sind mir erst vor ganz kurzem zugekommen, und ich bin noch nicht ganz sicher, ob sie mir auch ganz genau übermittelt worden sind —, ginge hervor, daß Deutschland Belgien ein Ultimatum habe zukommen lassen, in dem es Belgien freundschaftliche Beziehungen anbietet, falls dies den Durchmarsch deutscher Truppen durch sein Gebiet gewährleistet⁷⁾. Wohlan, meine Herren, bevor diese Dinge nicht ganz genau festgelegt sind, möchte ich bis zum letzten Momente nicht alles sagen, was ich zu sagen verleitet wäre, wenn ich dem Hause vollkommen beglaubigte, lückenlose Berichte über

⁷⁾ *Deutschland hatte Belgien in seiner Sommatation für den Fall der Neutralität die territoriale Integrität garantiert und sich bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens bereit erklärt, „alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte“. Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 376.*

den Fall vorlegen könnte. Man hat uns im Laufe der letzten Woche sondiert, ob wir uns mit einem Garantieverprechen zufriedengeben würden, daß Belgiens Integrität nach dem Kriege gewahrt werden würde. Worauf wir antworteten, wir könnten über unsere mit Belgiens Neutralität verknüpften Interessen oder Pflichten nicht schwächern.

Kurz bevor ich das Haus betrat, wurde ich benachrichtigt, daß unser König — König Georg — vom König der Belgier folgendes Telegramm empfangen hat:

„In Erinnerung an die zahlreichen Freundschaftsbeweise Eurer Majestät und Eurer Majestät Vorfahren sowie an die freundschaftliche Haltung Englands im Jahre 1870 und an die uns eben wieder bezeugte Freundschaft richte ich einen letzten Appell an Eurer Majestät Regierung, die Unverletzlichkeit Belgiens durch diplomatische Intervention zu schützen.“

Die diplomatische Intervention ist schon vorige Woche unsererseits erfolgt. Was kann eine solche jetzt noch nützen? Wir haben ein großes Interesse an der Unabhängigkeit Belgiens, wobei die Integrität die geringste Rolle spielt. Wenn Belgien gezwungen wird, eine Verletzung seiner Neutralität über sich ergehen zu lassen, so ist die Lage ganz klar. Selbst wenn es in einem Abkommen die Verletzung seiner Neutralität zuließe, würde es nur unter Zwang handeln. Die kleineren Staaten in dieser Region Europas verlangen nur eines, sie wollen ihre Ruhe und Unabhängigkeit bewahren. Was sie fürchten, ist nicht so sehr eine Bedrohung ihrer Integrität als die ihrer Unabhängigkeit. Wenn in dem Kriege, der Europa bevorsteht, ein Neutralitätsbruch eines dieser Staaten sich ereignete, wenn zum Beispiele die Truppen eines der Kriegführenden die Neutralität eines Landes verletzten, ohne Widerstand zu finden, so wäre am Schlusse des Krieges die Unabhängigkeit dieses Landes jedenfalls dahin, wie immer es auch mit seiner Integrität stünde ⁸⁾).

⁸⁾ *Belgiens Unabhängigkeit bestand seit den „conventions anglo-belges“ aus dem Jahre 1906 nicht mehr im vollen Umfang. Wir wissen heute, daß es England selbst gewesen ist, das die Unabhängigkeit Belgiens im starken Maße beeinträchtigt hat. Vergl. dazu Carl Hosse: „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkriege.“ Eine militärische Studie über die „Conventions anglo-belges“ mit neuen Dokumenten. Amalthea-Verlag, Wien 1930, sowie den in dem Werk von Harold Nicolson veröffentlichten Schriftwechsel zwischen Sir Arthur Nicolson und dem britischen Gesandten in Brüssel vom 30. Dezember 1912 und 11. Januar 1913. Harold Nicolson a. a. O., S. 419 ff.*

Ich muß noch ein anderes Zitat bringen, das Mr. Gladstones Gedanken über die Unabhängigkeit Belgiens wiedergibt. Es findet sich im „Hansard“, Band 203, Seite 1787. Ich habe nicht Zeit gefunden, die ganze Rede durchzulesen und den Zusammenhang festzustellen, aber die Stelle erscheint mir so klar, daß kein Zusammenhang ihre Bedeutung zu beeinflussen vermag. Mr. Gladstone sagte:

„Unser Interesse an der Unabhängigkeit Belgiens geht weit über die buchstäbliche Einhaltung des Garantievertrages hinaus. Es wird durch die Antwort auf die Frage umschrieben, ob unser Land gegebenenfalls trotz all seines Einflusses und seiner Macht beiseite stehen und zuschauen soll, wie das schwärzeste Verbrechen begangen wird, das je die Blätter der Weltgeschichte befleckt hat, und ob es sich dadurch zum Mitschuldigen machen soll.“

Nein, meine Herren, wenn es der Fall ist, daß Belgien irgendeine Art von Ultimatum gestellt worden ist, welches das Ansinnen enthält, es solle seine Neutralität opfern oder brechen, und das geschähe wirklich, dann wäre es mit seiner Unabhängigkeit aus, was immer ihm auch dafür geboten würde. Und wenn Belgiens Unabhängigkeit dahin ist, dann folgt die Unabhängigkeit Hollands. Ich ersuche das Haus, vom Gesichtspunkte britischer Interessen aus zu beurteilen, was da auf dem Spiele steht. Wenn Frankreich geschlagen würde, wenn es besiegt auf seinen Knien läge, seine Großmachtstellung verloren hätte und zum Knechte eines Größern und Mächtign geworden wäre — ich setze das nicht voraus, weil ich gewiß bin, daß Frankreich die Macht besitzt, sich mit jener Energie, Geschicklichkeit und Vaterlandsliebe zu verteidigen, die es schon so oft bewiesen hat —, wenn das alles aber dennoch geschähe und Belgien, Holland und Dänemark nacheinander dem Einfluß derselben Macht verfielen, würde dann nicht Gladstones Wort wahr werden, daß wir einem gemeinsamen Interesse an der Verhinderung des übermäßigen Anwachsens einer einzelnen Macht gegenüberständen?

Man könnte vielleicht sagen, wir sollten beiseite stehen, unsere Kräfte sparen und erst zu Ende des Krieges, was immer auch sein Verlauf brächte, wirkungsvoll eingreifen, um die Dinge in Ordnung zu bringen und nach unserem Ermessen richtigzustellen. Wenn wir uns aber in einer Krise wie der gegenwärtigen allen Verpflichtungen entzögen, die unsere Ehre und unser Interesse uns bezüglich des belgischen Vertrages auferlegen, dann zweifle ich, daß alle materielle Macht, die wir zu Ende noch besäßen, aufwiegen könnte, was wir an Achtung eingebüßt hätten. Und glauben Sie nicht, daß

eine Großmacht zu Ende dieses Krieges noch imstande sein wird, ihre Übermacht geltend zu machen, ob sie nun an diesem teilnimmt oder nicht. Wir mit unserer mächtigen Flotte, die wir für befähigt halten, unseren Handel, unsere Küsten und unsere Interessen zu beschützen, werden durch eine Anteilnahme am Kriege nicht viel mehr leiden, als wir auch leiden würden, wenn wir beiseite stünden.

Ich besorge, wir werden in diesem Kriege jedenfalls fürchterlich zu leiden haben, ob wir daran teilnehmen oder nicht. Der auswärtige Handel wird brachgelegt werden, nicht weil die Handelswege gesperrt sein werden, sondern weil es am andern Ende derselben keinen Handel geben wird. Die Festlandnationen, deren Völker, deren gesamte Energien und Reichtümer durch das verzweifelte Ringen in Anspruch genommen sein werden, werden außerstande sein, ihren Handel mit uns in dem Maße aufrechtzuerhalten, das wir vom Frieden her gewöhnt sind, ob wir nun selbst Kriegsteilnehmer sein werden oder nicht. Ich kann nicht einen Augenblick lang glauben, daß wir zu Ende dieses Krieges, wenn wir auch beiseite stünden und nicht hineingezogen werden würden, in der Lage, nämlich in der materiellen Lage, wären, unsere Macht entscheidend zu gebrauchen, um ungeschehen zu machen, was der Krieg bewirkt hat, und, im Falle die Entscheidung so gefallen wäre, zu verhindern, daß das ganze uns gegenüberliegende Westeuropa unter die Herrschaft einer einzigen Macht geriete. Dagegen bin ich vollkommen überzeugt, daß wir in diesem Falle unser ganzes moralisches Ansehen eingebüßt haben würden. Ich will nur noch sagen, daß ich die belgische Frage etwas hypothetisch behandelt habe, weil ich noch nicht alle Tatsachen genau kenne. Wenn aber die bisherigen Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, so ist es ganz klar, daß dem Lande die Pflicht erwächst, sein Äußerstes zu tun, um die Folgen abzuwenden, zu denen diese Tatsachen führen müßten, wenn sie unbestritten blieben.

Ich habe dem Hause die einzigen Verpflichtungen mitgeteilt, die wir bis jetzt endgültig im Sinne eines bewaffneten Eingreifens übernommen haben. Ich glaube, dem Hause die Mitteilung zu schulden, daß wir bis jetzt keinerlei Verpflichtung übernommen haben, ein Expeditionskorps aus dem Lande zu schicken. Die Flotte ist bereits mobilisiert; die Mobilmachung der Armee ist im Gange; aber wir sind bis jetzt noch keine Verpflichtung eingegangen, weil ich fühle, daß wir bei einer Feuersbrunst, wie sie in Europa noch nie dagewesen, angesichts unserer ungeheuren Verantwortlichkeiten in Indien und andern Teilen des britischen Weltreiches sowie in den von Großbritannien besetzten Ländern und angesichts einer Unzahl unbekannter Faktoren mit der Entsendung und Verwendung eines

Expeditionskorps sehr vorsichtig sein müssen, bis wir wissen, wie wir wirklich stehen. Noch eines möchte ich sagen.

Ein Lichtpunkt in dieser schrecklichen Lage ist Irland. Das öffentliche Empfinden in ganz Irland, und ich möchte das im Auslande wohl verstanden wissen, macht die irische Frage nicht zu einer solchen, mit der wir jetzt zu rechnen hätten. Ich habe dem Hause bereits gesagt, wie weit wir gegangen sind, und ihm die Verhältnisse dargelegt, die unsere Politik beeinflussen, und ich habe dem Hause besonders ausführlich auseinandergesetzt, wie wichtig für uns die Neutralität Belgiens ist.

Welch andere Politik könnte das Haus einschlagen wollen? Es gäbe für die Regierung im gegenwärtigen Augenblicke nur einen Weg, der die Sicherheit böte, daß wir nicht in den Krieg hineingezogen würden, das wäre eine sofortige Erklärung unbedingter Neutralität. Aber das können wir nicht tun. Das Versprechen, das wir Frankreich gegeben und das ich dem Hause vorgelesen habe, verbietet es uns. Wir haben auch zu bedenken, daß Belgien uns die Erklärung einer unbedingten Neutralität unmöglich macht. Wenn sich nicht alle diese Fragen in absolut zufriedenstellender Weise lösen lassen, dürfen wir nicht davor zurückschrecken, von allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch zu machen. Wenn wir den Standpunkt einnehmen, daß wir unter keiner Bedingung etwas mit der Sache zu tun haben wollen, daß uns die aus dem belgischen Vertrag entspringenden Pflichten, daß uns die Möglichkeit einer für britische Interessen schädlichen Gestaltung der Mittelmeerlage, daß uns ein durch das Ausbleiben unserer Hilfe verschuldetes Schicksal Frankreichs, daß uns all das nichts anginge, und wir beiseite stünden, dann würden wir, glaube ich, die Achtung, die wir genießen, unsern guten Namen und unser Ansehen vor aller Welt opfern und doch nicht den ernstesten und schwersten wirtschaftlichen Nachteilen entgehen.

Mein Zweck war es, die Ansicht der Regierung zu entwickeln und das Haus in die Lage zu versetzen, daraus seine Schlüsse zu ziehen und danach seine Wahl zu treffen. Nach allem, was ich gesagt habe, und nach den dem Hause gegebenen, wenn auch unvollständigen Informationen über Belgien, will ich nicht einen Augenblick verhehlen, daß wir bereit sein müssen und bereit sind, die Folgen der Anwendung aller uns augenblicklich zur Verfügung stehenden Mittel auf uns zu nehmen — und, wir wissen nicht wie bald schon, an unsere eigene Verteidigung zu denken und unsern Teil auf uns zu nehmen. Wenn ich auch verkündet habe, daß wir unsererseits keine Angriffshandlung beabsichtigen, daß wir, da wir

die Sachlage noch nicht genau kennen, noch keinen Beschluß gefaßt haben, zu sofortiger Gewaltanwendung zu schreiten, so wissen wir doch, daß wir dazu gezwungen werden würden, wenn meine Darstellung den Tatsachen entspräche. Was die Streitkräfte der Krone anbetrifft, so sind wir bereit. Ich glaube, der Premierminister und mein sehr ehrenwerter Freund, der Erste Lord der Admiralität, hegen keinerlei Zweifel, daß die Schlagfertigkeit und die Ausbildung dieser Streitkräfte niemals auf einer höheren Stufe standen als heute und daß es niemals eine Zeit gegeben habe, in der das Vertrauen in die Macht unserer Flotte, unsern Handel und unsere Küsten zu verteidigen, gerechtfertigter gewesen wäre. Wir denken immer an das Elend und die Leiden, die mit dem Kriege verbunden sind und denen kein europäisches Land entgehen wird, vor denen auch uns keine Zurückhaltung und Neutralität bewahren könnte. Der Schaden, den feindliche Schiffe unserem Handel zufügen können, ist verschwindend gering gegen den Schaden, den uns die auf dem Kontinente geschaffene Wirtschaftslage bringen muß.

Die Entscheidung darüber, welche Haltung dem House of Commons angeraten werden soll, bürdet der Regierung die allerschwerste Verantwortung auf. Wir haben nun dem Hause unsere Meinung gesagt. Wir haben dem Hause unsere Schlußfolgerungen und die uns zugegangenen Nachrichten mitgeteilt und ihm hoffentlich klargemacht, daß wir bereit sind, der Situation die Stirne zu bieten, und daß wir der Situation die Stirne bieten werden, wenn sie sich so entwickeln sollte, wie es wahrscheinlich ist. Wir haben bis zum letzten Augenblicke und über den letzten Augenblick hinaus für den Frieden gearbeitet. Wie hart, ausdauernd und unermüdlich wir in den letzten Wochen um den Frieden gerungen haben, wird das Haus aus den Akten entnehmen können, die ihm werden vorgelegt werden.

Was den Frieden Europas anbelangt, hat es jetzt damit ein Ende. Wir stehen jetzt einer gegebenen Situation und allen Folgen gegenüber, die sie zeitigen mag. Ich glaube, daß wir die weiteste Unterstützung des Hauses finden werden, was immer die Folgen sein mögen und was immer die Maßregeln sein werden, die uns durch die Entwicklung der Ereignisse oder durch die Handlungen anderer werden aufgezwungen werden. Ich glaube, das Land hat sich so plötzlich vor diese Situation gestellt gesehen, daß es ihrer noch nicht ganz bewußt werden konnte. Es denkt vielleicht immer noch an den Streit zwischen Österreich und Serbien und ist der Weiterungen noch nicht gewahr geworden, die sich aus diesem Streite zwischen Österreich und Serbien ergeben haben. Rußland und Deutschland befinden sich, wie wir wissen, im Kriege. Wir

wissen noch nicht amtlich, ob sich Österreich, der Verbündete Deutschlands, dem es beizustehen hat, schon im Kriege mit Rußland befindet. Wir wissen, daß an der französischen Grenze schon einiges geschehen ist. Wir haben aber noch nicht gehört, daß der deutsche Botschafter Paris verlassen hätte.

Die Lage hat sich mit solcher Geschwindigkeit entwickelt, daß es mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse technische Schwierigkeiten bereitet, zu sagen, was sich bis jetzt tatsächlich ereignet hat. Ich wünschte, den Untergrund der Dinge, die unsere eigene Haltung und unsere Politik bestimmen könnten, aufzudecken und unsere Folgerungen klarzustellen. Ich habe dem Hause das Wesentliche vorgetragen und ich glaube, wenn wir, was nicht unwahrscheinlich ist, gezwungen werden, bald schon gezwungen werden sollten, zu den Ereignissen Stellung zu nehmen, dann wird das Land erkennen, was auf dem Spiele steht, was die Ereignisse wirklich bedeuten und wie groß die uns im Westen Europas drohenden Gefahren sind, die ich dem Hause zu beschreiben versucht habe. Ich glaube, daß wir dann nicht nur die Unterstützung des Unterhauses finden, sondern daß uns das ganze Land mit Entschlossenheit, Mut und Ausdauer zur Seite stehen wird.

MONATSBERICHT.

DEUTSCHLAND.

Öffnung der russischen Archive.

„Vossische Zeitung“, 13. Juli 1930, Nr. 166.

In Ergänzung der auch von uns bereits gebrachten Ankündigung der ersten Bände der russischen Aktenpublikation bringt die „Vossische Zeitung“ weitere Mitteilungen auf Grund von Informationen aus Moskau. Darin heißt es: „Nach den Methoden der zaristischen Regierung zu schließen, ist als sicher anzunehmen, daß neben den russischen Staatsdokumenten sich auch zahlreiche dechiffrierte Geheimberichte aus den Botschaften der verbündeten Mächte finden werden. Es ist ja bekannt, daß man in Petersburg in dieser Hinsicht keine falsche Scham kannte, und sich trotz freundschaftlichster Gefühle nicht davon abhalten ließ, den geheimen Überwachungsapparat auf der ganzen Linie der diplomatischen Vorgänge einzusetzen. Die Publikation wird also das ganze Netz der offiziellen und verdeckten Beziehungen zwischen den Akteuren der Vorkriegspolitik bloßlegen.

Von dem gesamten Material des russischen Zentralarchivs sind bisher nur wenige Akten ans Licht gezogen worden. Die ersten Veröffentlichungen erfolgten noch während des Krieges, als der damalige Außenkommissar Trotzki mit großer Geste die Entlarvung des Imperialismus ankündigte und unter anderm einige Vorgänge zwischen den Entente-Kabinetten enthüllte. Später wurden dann noch über einige Sondergebiete, wie z. B. die Meerengenfrage, Dokumente herausgegeben. Aber alle diese Publikationen erfolgten nur vereinzelt und völlig systemlos. Sie können nicht einmal als Vorarbeit zu dem geplanten Aktenwerk gelten, das zu mindestens 90 v. H. neues Material bringen wird.

Österreich-Ungarns Außenpolitik. Von Dr. Karl Schwendemann.

„Hochland“, Juli 1930.

In seinem Überblick über die österreichische Aktenpublikation schreibt Dr. Schwendemann: „Die historische Bedeutung der neuen Dokumentensammlung herauszuarbeiten, wird gründliche Studien nötig machen. Was die Kriegsschuldfrage angeht, so werden die österreichischen Dokumente das Schuldkonto der Donaumonarchie, das auch objektive Forscher bisher erheblich belastet haben, kräftig vermindern. Vergleichen wir zum Beispiel, was der bekannte amerikanische Professor S. B. Fay in seinem zweibändigen Standardwerk über die Kriegsursachen (*The Origins of the World War*, Newyork, Macmillan 1928) über die Verantwortlichkeit Österreichs schreibt, mit den neuen österreichischen Dokumenten, so können wir nicht umhin, festzustellen, daß Fay die Verantwortlichkeit Österreichs beträchtlich überschätzt hat. Diese Feststellung soll aber nicht verhindern, mit Genugtuung die Tatsache zu begrüßen, daß Fays Werk kürzlich im Verlag von Scherl, Berlin, in einer gut gelungenen deutschen Übersetzung herausgekommen ist und damit auch des Englischen weniger kundige Kreise dieses Werk lesen können, das man als das beste zur Zeit vorhandene über die Kriegsursachen bezeichnen muß.“

Poincarés Antworten auf die Fragen René Gerins. Von Alfred Wegerer.

„Deutscher Offizier-Bund“, 25. Juli 1930, Nr. 21.

In seiner Charakterisierung der Diskussion Poincaré—Gerin geht Wegerer insbesondere auf die Nummer 118 des französischen Gelbbuches ein, auf die verfälschte Meldung über die russische allgemeine Mobilmachung. Er zitiert dann das Eingeständnis Poincarés, daß dieses Dokument abgeändert veröffentlicht worden ist. „Mit

diesem Eingeständnis Poincarés — schreibt Wegerer — fällt eine der fundamentalsten Begründungen für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung endlich offiziell fort. Wer sich aber einbildet, daß Poincaré nun die notwendige selbstverständliche Folgerung zieht, daß damit die „Versailler Kriegsschuldthese“ in einem der wesentlichsten Punkte über den Haufen geworfen ist, wird gründlich enttäuscht. Auch hat Poincaré kein Wort der Entschuldigung dafür, daß dieser Irrtum, der seit 1926 durch die Herausgabe des von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ veröffentlichten französischen Gelbbuches von 1914 bekannt war, ihn nicht veranlaßt hat, dem Irrtum nachzugehen und ihn zu berichtigen.“

Englands endgültige Option gegen Deutschland 1904—1907. Von Otto Haintz.

**„Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung“,
Jahrg. 1930, 3. Heft.**

Haintz legt seiner wissenschaftlichen Studie den 3. Band der britischen Akten zugrunde. Er geht aus von dem Memorandum des Hilfsunterstaatssekretärs im Foreign Office, Sir Eyre Crowe, das Friedrich Thimme im Augustheft 1929 der „Berliner Monatshefte“ kritisch beleuchtet hat. Haintz bezeichnet dieses Memorandum als „den Schlüssel zum Verständnis der hinter den Akten des 3. Bandes stehenden politischen Kräfte“. Haintz ist der Ansicht, daß die englischen Akten die deutsche Situation in dem Kampf um die Schuld am Kriege, insbesondere durch die weiteren Enthüllungen über die französisch-englischen und englisch-belgischen Militärbesprechungen von Anfang 1906 weiterhin verbessern. „Es ist zunächst mit Sicherheit und unwiderleglich festgestellt, daß die erwähnten militärischen Besprechungen auf Akten der offiziellen Politik beruhen. Denn die verantwortlichen Staatsmänner Frankreichs und Englands treten hierbei stark hervor und die belgischen lassen die Besprechungen der Militärs gern gewähren. Zweitens geht aus den englischen Akten höchst charakteristisch hervor, daß alle Beteiligten den allergrößten Wert auf tiefstes Geheimnis legten. Das hatte seine Ursache nicht nur darin, daß man die parlamentarischen Instanzen umgehen wollte. Sondern alle Beteiligten hatten ohne jeden Zweifel das klare Gefühl, daß diese militärischen Abreden keineswegs friedenfördernd seien, und daß die europäische Öffentlichkeit, falls sie bekannt werden sollten, sie als Komplotte gegen den Frieden auffassen würde.“

Die endgültige Option Englands gegen Deutschland sieht Haintz in dem Abschluß der russisch-englischen Konvention vom

31. August 1907 gegeben. „Diese Tatsache mußte die stärksten Wirkungen auslösen, sobald der russische Partner die Schwachzustände nach seiner ostasiatischen Niederlage überwunden hatte und wieder sein riesiges natürliches Schwergewicht in die Wagschale der großen politischen Entscheidungen werfen konnte.“

Die Steuben-Gesellschaft im Berliner Rathaus.

„Der Tag“, 19. Juli 1930.

Bei dem Empfang der amerikanischen Steuben-Gesellschaft im Berliner Rathaus hielt der Führer der Steuben-Gesellschaft, Präsident Hoffmann, eine Ansprache, in der er in Vertretung der Steuben-Gesellschaft die aufrichtigsten Wünsche für einen gerechten und dauernden Frieden überbrachte. Dies könne aber nur möglich sein, wenn die Kriegsschuldfrage abgelehnt und dadurch eine Revision des Vertrages erfolgen würde.

Kriegsschuldkundgebungen der Deutschen Studentenschaft.

Wie in den Vorjahren, veranstalteten auch in diesem Jahr die örtlichen Studentenschaften an allen deutschen Hochschulen am 28. Juni Kundgebungen gegen die Kriegsschuldfrage und gegen das Versailler Diktat. An allen Hochschulen gestalteten sich die Gedenkfeiern zu mächtigen Kundgebungen. Besonders zu erwähnen ist die Kundgebung der Studentenschaften im Berliner Lustgarten, an welcher 6000 Studenten der Berliner Hochschulen teilnahmen. Die Reden wurden von dem Leiter des Kreises X, Herrn Hoppe, und von Herrn Dr. Kleo Pleyer vom Politischen Kolleg gehalten und gipfelten in der Feststellung, daß die Studentenschaft nicht aufhören wird, gegen die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege Stellung zu nehmen.

*

ENGLAND.

„The Daily Telegraph“ and the Kaiser. Lord Burnham's Revelations. Truth about the famous interview Emperor's own footnote to signed typescript.

„The Daily Telegraph“, 7. Juli 1930.

Viscount Burnham, der 1908 einer der Eigentümer des „Daily Telegraph“ war, berichtet zum erstenmal über die näheren Umstände, unter denen das Kaiser-Interview zustande gekommen ist. Wenn auch Viscount Burnham die politischen Folgen und die Bedeutung dieses Interviews sehr stark unterschätzt, so geben wir

doch nachstehend den wesentlichsten Inhalt seiner Ausführungen als interessanten Beitrag zu einem so viel erörterten Ereignis der Vorkriegsgeschichte in Übersetzung wieder:

„Wenn ich“, schreibt Viscount Burnham, „auf das Vierteljahrhundert zurückblicke, in dem ich praktisch für die Leitung des „Daily Telegraph“ verantwortlich gewesen bin, so zweifle ich nicht, daß das wichtigste und folgenschwerste Ereignis einer an Aufregungen reichen Zeit das sog. Kaiser-Interview gewesen ist, das am 28. Oktober 1908 veröffentlicht wurde. Tatsächlich glaube ich ohne Übertreibung sagen zu können, daß es in seinen weltpolitischen Rückwirkungen die folgenreichste Veröffentlichung einer Zeitung — sei es zum Guten oder zum Bösen — in der Geschichte des modernen Journalismus gewesen ist. Das Kaiser-Interview, mit dem Weltkrieg im Hintergrund, hat fraglos den Lauf des Weltgeschehens beeinflußt, obwohl es ihn nicht bestimmend abgelenkt hat, weil eben das Schicksal der Völker doch nicht von solchen persönlichen Ausbrüchen abhängt.

Während jener Jahre war es meine Gewohnheit, meine Ferien in Yorkshire zu verbringen. 1908 bereitete ich mich auf meine Abreise vor, als ich einen Brief von meinem Freund, dem Obersten und späteren Generalmajor Stuart Wortley, erhielt, mit der Mitteilung, er besitze Notizen über einige Unterhaltungen mit dem deutschen Kaiser. Er wollte sie veröffentlichen und fragte, ob ich sie für den „Daily Telegraph“ annehmen würde, da er glaubte, daß dadurch die internationale Lage fühlbar verbessert werden könnte. Ich würdigte sofort die Bedeutung des Vorschlages sowohl vom nationalen Gesichtspunkt als auch vom Standpunkt eines Zeitungsverlegers, und am nächsten Tag besprach ich diese Angelegenheit mit dem Chefredakteur Sir John Le Sage, der dem „Daily Telegraph“ in mehr als 60 Jahren treu gedient hat. Wir beide stimmten darin überein, daß, falls wir das Interview bringen sollten, seine Echtheit und Genauigkeit über jeden Zweifel erhaben sein müsse. Darauf besuchte auf unsere Anweisung Mr. Firth in London den Oberst Stuart Wortley, von dem er die Notizen über seine Gespräche mit dem deutschen Kaiser, die Oberst Wortley mit gewissenhafter Sorgfalt und unbedingt gutgläubig aufgezeichnet hatte, ausgehändigt erhielt. In gemeinsamer Arbeit brachten beide Herren die Notizen in die Form eines Zeitungsartikels, und dann kehrte Mr. Firth mit dem Artikel auf die Redaktion zurück. Der Chefredakteur und ich hielten es für notwendig, uns vollständig vor dem Verdacht zu sichern, das Interview zurechtgestutzt oder gefärbt zu haben; deshalb ließen wir das Manuskript setzen und auf Redaktionspapier abziehen, indem wir einen breiten Rand für Zu-

sätze oder Berichtigungen ließen. Es wurden zwei Abzüge angefertigt, einer ist, wie ich glaube, noch im Besitz des „Daily Telegraph“, während der andere dem Oberst Stuart Wortley mit dem Ersuchen übersandt wurde, ihn zur Billigung und Autorisation an den deutschen Kaiser weiterzuleiten. Der Umstand, daß der ganze Artikel besonders sorgfältig gesetzt wurde, ist bemerkenswert wegen der Entschuldigungen, die später das Deutsche Auswärtige Amt vorbrachte. Zur Verteidigung des Monarchen war nämlich behauptet worden, das Manuskript sei unleserlich geschrieben gewesen, während es in Wahrheit nicht nur in der klarsten Type gesetzt war, sondern auch noch Raum für Einfügungen besaß, falls der Kaiser solche wünschen sollte. Der Abzug kam erst nach mehreren Wochen zurück, offiziell vom Kaiser unterzeichnet, der in seiner eigenen Handschrift einen Schlußsatz hinzugefügt hatte, in dem er zum Ausdruck brachte, daß die Veröffentlichung hoffentlich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern werde.

Wir hatten nun das Datum der Veröffentlichung festzusetzen, und es belustigte mich später, die verschiedenen Vermutungen über die verborgenen Beweggründe für unsere Wahl zu lesen; man nahm allgemein an, sie sei erfolgt, um die Gehässigkeiten der deutschen Politik zu durchkreuzen. Tatsächlich wählte ich nur einen Termin, der günstig zu meinen Ferien lag. Da der Kaiser die Angelegenheit mehrere Wochen verschleppt hatte, schien mir der Tag der Publikation nicht mehr sehr bedeutsam zu sein. Ich muß nun ein Geständnis machen. Obwohl ich vorhersah, daß das Interview die Regierungen Europas in Aufruhr bringen würde, glaubte ich doch nicht an solche Stürme der Erregung und der Agitation, wie sie nun einsetzten. Noch weniger träumte ich von der Möglichkeit, durch die Veröffentlichung die Deutschen derart gegen den Kaiser aufzubringen, daß er beinahe zur Abdankung gezwungen wurde. Es ist schwer, sich heute die Ereignisse vom Herbst 1908 ins Gedächtnis zurückzurufen. Trotz allen Kassandra-rufen war nämlich damals die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der europäischen Gegensätze noch nicht erloschen. Nun wurde im Oktober 1908 das Interview veröffentlicht, und jede Zeitung der Welt druckte es wörtlich ab. Der Herausgeber der „Times“ bat unseren Chefredakteur um die Erlaubnis, es Wort für Wort nachzudrucken — was bis dahin noch niemals in den Annalen unserer Zeitung vorgekommen war. Wochenlang beschäftigte sich die Weltpresse ausschließlich mit dem Kaiser-Interview.

Am nächsten Tag nach der Veröffentlichung wurde mir berichtet, daß Graf Paul Metternich, damals hier deutscher Bot-

schafter und vertrauter Freund meines Vaters, sich beim Lesen des Artikels an seine Beamten gewandt und gesagt habe: „Nun können wir so ungefähr den Laden zumachen!“ (Now, we may as well shut up shop!) So wenig täuschte er sich über die Wirkung des Interviews auf die öffentliche Meinung. Sofort setzte auch ein lebhaftes Raten nach dem Autor ein, und seltsame Vermutungen tauchten über dessen Persönlichkeit auf. So wurde der Name des Lord Lonsdale genannt, aber die Mehrheit riet auf meinen Freund I. A. Spender, damals Herausgeber der „Westminster Gazette“. Niemand verfiel damals auf den Namen des wirklichen Autors, und niemals wurde ein Geheimnis besser gewahrt; erst die Enthüllungen des deutschen Kronprinzen über den Krieg verbreiteten Licht über die Rolle des Generals Stuart Wortley, die bis dahin auf der Welt verborgen geblieben war.

*

FRANKREICH

Albert Ier chez Guillaume II, Potsdam, Novembre 1913. Von Baron Beyens.

„Revue des deux Mondes“, 15. Juni 1930.

Der ehemalige belgische Gesandte in Berlin, Baron Beyens, veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über den Besuch des Königs Albert von Belgien beim Kaiser in Potsdam am 5. und 6. November 1913. Dieser Besuch hat eine besondere Bedeutung durch die Unterredungen zwischen dem König und dem Kaiser sowie zwischen dem König und dem deutschen Generalstabschef von Moltke gewonnen. Aus dem französischen Gelbbuch von 1914, das am 1. Dezember 1914 der Öffentlichkeit übergeben wurde, erfuhr man erstmalig, daß der König von Belgien von den Unterredungen, die er mit dem Kaiser und mit Moltke gehabt hatte, tief beeindruckt gewesen ist und zu der Überzeugung gekommen war, daß der deutsche Kaiser „nicht mehr der Verfechter des Friedens“ sei. (Französisches Gelbbuch Nr. 6.)

Sofort nach Erscheinen des Gelbbuches wandte sich in den ersten Dezembertagen 1914 der Staatssekretär von Jagow an Moltke und bat ihn um Aufklärung über die Unterredung, die Moltke im November 1913 mit dem König von Belgien im Neuen Palais in Potsdam gehabt hatte. Moltke antwortete Herrn von Jagow in einem Schreiben vom 18. Dezember 1914. Moltke führte aus, daß er dem belgischen König gegenüber seiner Überzeugung Ausdruck gegeben habe, „daß die Kraft des deutschen Volkes sich in einer die Welt überraschenden Weise zeigen werde, wenn Deutschland angegriffen werden sollte“. Er stelle es aber auf

das bestimmteste in Abrede, daß er gesagt habe, er „halte den Krieg für notwendig und unvermeidlich, und ebenso, daß wir jetzt ein Ende machen müßten“. (Deutsches Weißbuch 1919, Seite 86.)

Baron Beyens schildert nun die Tage in Potsdam, seine eigenen Beobachtungen während der Unterredung, die sein Souverän mit dem Generalstabschef von Moltke hatte. Am Morgen darauf hat König Albert dem Baron Beyens ausführlich Mitteilung über seine Unterredung mit dem Kaiser und mit Moltke gemacht, deren Quintessenz die Feststellung des König war, daß nach seiner Ansicht der Kaiser einen Krieg Deutschlands gegen Frankreich für unvermeidlich halte, und daß auch Moltke an einen nahe bevorstehenden Krieg glaube.

Auf Bitten des belgischen Gesandten autorisierte König Albert den Baron Beyens, das von ihm soeben Gesagte dem französischen Botschafter Jules Cambon mitzuteilen. Baron Beyens entledigte sich dieses Auftrages sehr bald, und so kam die Depesche Cambons vom 22. November 1913 zustande, die in der Kriegsschuldliteratur, insbesondere in der Propaganda während des Krieges eine so hervorragende Rolle gespielt hat und die noch 1922 Raymond Recouly in seinen „Heures tragiques d'avant-guerre“ als „cette admirable dépêche du 22 novembre 1913, qui serait toute entière à citer dans les manuels diplomatiques comme le modèle du genre“ bezeichnet hat.

Neu in der Darstellung des Baron Beyens ist ein Bericht des belgischen Militärattachés in Berlin, Major de Melotte, an das belgische Kriegsministerium vom 25. November 1913. Melotte hatte gleichfalls Gelegenheit, bei dem Diner im Neuen Palais mit Moltke zu sprechen, und auch sein Bericht spricht die gleiche Überzeugung aus, daß Moltke den Krieg mit Frankreich für unvermeidlich gehalten habe.

Da von deutscher Seite keinerlei Aufzeichnungen über die Unterredungen in Potsdam vorliegen, ist es schwer, zu den Behauptungen, die von belgischer Seite vorgebracht werden, Stellung zu nehmen. Aber das eine kann wohl mit Sicherheit gesagt werden, daß weder der Kaiser noch Moltke einen Präventivkrieg in Frankreich gewünscht oder gesucht haben. Wenn die Ausführungen des Königs von Belgien und der Bericht des belgischen Militärattachés in dem einen Punkte übereinstimmen, daß sie beide zum Ausdruck bringen, daß der Kaiser und Moltke einen Krieg mit Frankreich für unvermeidlich gehalten haben, so darf man wohl annehmen, daß sowohl der Kaiser wie auch Moltke der Ansicht gewesen sind, daß angesichts der sich immer mehr verschärfenden und sich immer stärker zuspitzenden Gegensätze

innerhalb der beiden europäischen Mächtegruppen ein Krieg auf die Dauer nicht zu vermeiden sei. Mit dieser Ansicht standen Kaiser und Moltke ja gewiß nicht allein, sie war in jener Zeit Gemeingut der europäischen Politik.

Scharf zurückgewiesen werden muß aber in diesem Zusammenhang die Behauptung, die teilweise durch die deutsche Presse gegangen ist und die z. B. vom „Dortmunder Generalanzeiger“ vom 17. Juni 1930, Nr. 164, veröffentlicht worden ist, daß der Kaiser erklärt habe, „daß Deutschland im Falle des Krieges keine Rücksichten nehmen werde. Seine Armee werde durch Belgien marschieren!“ Davon ist in den Ausführungen des Baron Beyens mit keinem Wort die Rede, und die Schlußfolgerung, die der „Dortmunder Generalanzeiger“ zieht, daß Wilhelm II. das wichtigste militärische Geheimnis seines Landes den künftigen Kriegsgegnern in die Hände gespielt habe, entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.

L'Eclair avant l'orage, par Raymond Poincaré.

„L'Illustration“, 28 juin 1930.

Es war zu erwarten, daß Poincaré die günstige Gelegenheit der Veröffentlichungen des Barons Beyens benutzen würde, um auch seinerseits dazu Stellung zu nehmen. Sehr eingehend berichtet er, daß er 1913 nicht ohne starke Beunruhigung das Telegramm Jules Cambons vom 22. November 1913 gelesen habe, und daß König Albert bei seinem einige Monate später stattgefundenen Besuch in Paris ihm selbst vertraulich, aber mit der größten Offenheit, noch einmal seine Eindrücke in Potsdam geschildert habe.

Wenn aber Poincaré in seiner Schlußfolgerung so weit geht, daß er die Unzulänglichkeit des französischen Kriegsmaterials sowie den Mangel an schwerer Artillerie in Frankreich damit begründet, daß sich die französische Regierung gegenüber dem König von Belgien verpflichtet habe, über die Potsdamer Unterhaltungen zu schweigen, so ist diese Schlußfolgerung wenig glaubhaft. Poincaré kennt die Gründe der mangelnden Kriegsbereitschaft Frankreichs, insbesondere an schwerer Artillerie, zur Genüge. Er hat im 4. Band seiner Memoiren sie sehr ausführlich beschrieben und genauen Bericht gegeben über die Enthüllungen, die der Senator Humbert im Senat in den ersten Julitagen 1914 gemacht hat, aber er hat mit keinem Wort in diesem Zusammenhang auf die Potsdamer Unterhaltungen hingewiesen.

Wir möchten abschließend sowohl Baron Beyens wie Herrn Poincaré auf den Bericht aufmerksam machen, den der deutsche Militärattaché in Brüssel, Major von Klüber, am 7. Mai 1914 an das Preußische Kriegsministerium gesandt hat. Major von Klüber

berichtet hier über seine Abschiedsaudienz bei König Albert und teilt über die Unterredung, die zwischen dem König und ihm stattgefunden hat, folgendes mit. Er habe auch die Sprache darauf gebracht, daß leider in deutschen militärischen Kreisen mit einer deutschfeindlichen Haltung Belgiens im Kriegsfall gerechnet würde, „und daß man im besonderen der Ansicht sei, daß größere Bahnzerstörungen, auch auf belgischem Gebiet, bei Beginn eines deutsch-französischen Krieges als eine feindliche Haltung angesehen werden müßten“.

Der König sagte darauf sehr lebhaft: „Ich weiß, was Sie mit der sofortigen Bedrohung meinen. Sie sind sehr gut orientiert. Es ist bestimmt richtig, daß die Franzosen früher einen Handstreich auf Namur im Moment des Kriegsbeginns geplant haben. Aber ich weiß auch sicher, daß dieser Plan vor kurzem geändert worden ist, wie ich vermute, infolge der belgischen Heeresreform. Jetzt spionieren sie wieder mehr im Semois-Tal herum, wie wir sehr genau wissen. Ich habe auch sehr gut verstanden, was mir der General von Moltke in Potsdam gesagt hat und was Sie mir wiederholen. Auch ich halte die französische Gefahr für die größte und mit mir der Adel und die große Mehrheit der klerikalen Partei.“

Wir sind der Ansicht, daß diese Worte des Königs die beste Widerlegung aller weitgehenden Kombinationen darstellen, die an die Unterredungen in Potsdam im November 1913 geknüpft worden sind.

Histoire d'un viol impossible, par Gabriel Gobron.

„Le Réveil Ouvrier“, Nancy, 19 juillet 1930.

Gobron bespricht in sehr eingehender Form das Werk von Carl Hosse: „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkriege.“

★

ÖSTERREICH.

Deutschland-Österreich-Ungarn auf der Etappe von Versailles 1919 bis Haag 1930. Verletzung des internationalen Rechtes durch die Friedensverträge. — Völkerrechtswidrige Eigentums-konfiskationen durch Friedensverträge.

„Gerichts-Zeitung“, Wien, 15. Juli 1930, Nr. 14.

Dr. Lefford veröffentlicht den vorstehenden Aufsatz als Auszug aus einem Ende d. J. erscheinenden Buche: „Die Gefahren der Verletzungen des internationalen Rechts durch die Friedensverträge für den Frieden, Zivilisation und internationalen Kredit“.

Er behandelt zunächst die reinen Rechtsverletzungen, wie sie durch die Friedensverträge von 1919 geschaffen worden sind. „Den heutigen sittlichen und Rechtsanschauungen entspricht es nicht, daß heute Friedensverträge beliebigen Inhalts diktiert werden können, daß vielmehr gewisse objektive Grundsätze zum Schutze aller gegen alle eingehalten werden müssen.

Reichskanzler Dr. Wilhelm Marx sagt daher mit Recht: „Die Friedensverträge entreechten politisch, verstoßen gegen die Grundbegriffe der Völkermoral, namentlich schlagen sie den elementarsten Regeln des Völkerrechts über Beendigung von Kriegen und Wiederherstellung des Friedens ins Gesicht. Sie entfernen sich in der Art des Zustandekommens und inhaltlich von dem, was als Recht angesehen wurde. Der internationale Rechtsgedanke wurde schwer verletzt, weil die Pariser Verträge seinen wesentlichen Kern, den Grundsatz der Gerechtigkeit, dauernd mißachten, wozu in erster Linie Gleichberechtigung und Gleichbehandlung gehören. Um so mehr als internationale gleiche Gerechtigkeit ausdrücklich zur Grundlage der Friedensregelung proklamiert wird: Eine Hinwegsetzung über die Grundsätze objektiven Völkerrechts in dem empfindlichsten Punkte, der Vertragstreue. Die feierlichen Versprechungen vor der Waffenstreckung wurden nicht erfüllt.“ Im zweiten Kapitel geht Lefford auf die rechtlichen Konsequenzen der allgemeinen Völkerrechtsverletzungen über und kommt zu der Schlußfolgerung, daß durch die Friedensdiktate alle völkerrechtlichen Grundrechte verletzt worden sind.

Ein besonderes Kapitel widmet Lefford der Kriegsschuldthese. Wir geben diesen Abschnitt im Wortlaut wieder:

Die Kriegsschuldthese.

Um die Verletzung aller vertraglichen Zusagen und alle Verletzungen des Völkerrechts zu begründen, wurde die Kriegsschuldthese aufgestellt. Eine großartige Konzeption des Rechtsgedankens: Der Krieg durch Verschulden — ein Verbrechen. . . .

Poincaré am 27. Dezember 1920: Die Kriegsschuld ist die gesetzliche Basis des Pariser Vertrages. Und am 2. Juli 1922: Versailles ist nicht basiert auf Deutschlands Niederlage, sondern seiner Verantwortlichkeit. Lloyd George am 3. März 1921: „Für die Alliierten ist die Verantwortlichkeit für den Krieg das Entscheidende; sie ist die Basis, auf welcher die Konstruktion aller Friedensverträge errichtet ist. Wenn sie zurückgewiesen oder als nicht richtig betrachtet wird, fällt der Vertrag. Sie ist daher ein für allemal cause jugée.“

Krieg nicht als souveränes Recht jedes Staates, sondern als Verbrechen am internationalen Recht, ist dessen höchste Entwicklung und damit der Sieg des Rechtsgedankens und der Humanität.

Leider wurde der großartige Rechtsgedanke nur als Kriegslist — *ruse de guerre* — benützt, um die Moral der Mittelmächte zu untergraben (der tschechische Schriftsteller Kerner rühmt dies in seiner Beschreibung der Memoiren von Masaryk und Benesch in den *Foreign Affairs* 1929 als Realpolitik), und eine Justizkomödie unter Mißachtung aller in zivilisierten Staaten geltenden Rechtsgrundsätze aufgeführt: Es wurde von einer nur aus Alliierten und Assoziierten bestehenden, ad hoc eingesetzten Kommission am 29. März 1919 ein Verdikt im geheimen Verfahren ohne Anhörung des Gegners und ohne Beweiserhebung gefällt.

Daher Verstoß gegen die allgemeinen Rechtsregeln: *Nullum crimen sine lege praevia*, niemand Richter in eigener Sache — *no one may act as a judge in his own case* —, und — der Richter führt die Gesetze des Gesetzgebers aus, ist aber nicht Gesetzgeber.

So wichtig die Widerlegung der Kriegsschuldlüge vom Standpunkte der juristischen Konstruktion der Friedensverträge ist, — weshalb nach Zittelman mit der Widerlegung die juristische Grundlage fällt; ebenso der ungarische Vorkämpfer der Revision Geza Lukacs in seinem Werke *Revision der Friedensverträge*: die Friedensverträge fallen mangels ihrer rechtlichen Grundlagen — so wichtig sie vom Standpunkte der öffentlichen Meinung ist, weshalb der jahrelange Kampf gegen diese Lüge unter Führung Wegerers ein unermessliches Verdienst am deutschen Volke wie am Recht ist, so leidet der juristische Tatbestand an und für sich an insanabler Nichtigkeit. Kriegsschuld ist überhaupt kein völkerrechtlicher Schuldtatbestand, er könnte erst ein solcher künftig werden, wenn er von nun an allgemeines Völkerrecht ist. Nicht einmal in dem jetzt abgeschlossenen Kellogg-pakt ist der juristische Tatbestand halbwegs eindeutig präzisiert.

Abgesehen davon aber sind die Friedensverträge ungültig, soweit ihre Bestimmungen gegen zwingendes objektives Völkerrecht verstoßen.

Schon 1819 entscheidet der amerikanische Oberste Gerichtshof unter Chief justice Marshall: Das internationale Recht, welches internationales Gesetz geworden ist, müsse geachtet werden. Das Gefühl von Recht und Gerechtigkeit, das von der ganzen zivilisierten Welt anerkannt und gefühlt wird, würde durch seine Verletzung zu Tode getroffen. Und knapp vor dem Kriege 1913 England in den Rechtseinwendungen gegen die Konfiskation des Eigentums englischer Kongregationen durch Portugal: Der Respekt des

internationalen Rechtes (erworbener Rechte), das ist der Rechtsgrundsatz aller zivilisierten Völker. Die Sicherheit, welche es gewährt und das Vertrauen, das es einflößt, ist es, worauf die Beziehungen der Völker untereinander basiert sind. — So erklärt schon Thomas von Aquino im XIII. Jahrhundert als ewiges internationales Gesetz: ohne Vertragstreue ist ein menschenwürdiges und irgendwie geordnetes menschliches Zusammenleben nicht denkbar.

Weder die Sicherheit der Person, noch des Eigentums, noch irgendein Menschenrecht, noch eine Völkergemeinschaft ist ohne Einhaltung eines gleichen und unverbrüchlichen internationalen Rechtes denkbar.

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

Stefani, Guisepppe: „Il Dramma di Serajevo e la Responsabilità Serbe“. Tipografia del Littorio, Roma 1930, 20 Seiten.

Von dem neuen Buche Albert Moussets ausgehend, das die Vorgeschichte der Mordes von Sarajewo in stark serbenfreundlichem Sinne behandelt, unterzieht der Verfasser die Frage an Hand der Untersuchungen der letzten Jahre einer kritischen Betrachtung. Er schließt sich im ganzen den Forschungsergebnissen Friedrich Wiesners („Die Schuld der serbischen Regierung am Mord von Sarajewo“ im Aprilheft des Jahrgangs 1928 dieser Zeitschrift) an und formuliert seine Auffassung dahin, daß — in genauer Umdrehung der offiziellen serbischen, auch von Mousset vertretenen These — die moralische Verantwortung für das Attentat auf Belgrad fällt, die materielle auf das „junge Bosnien“.

Verhulst, Raf: „The Question of the Belgian Francs-Tireurs“, A Reply — directly to Professor Mayence of Louvain, and directly to the Rev. Père Dom Nieuwland and M. Tschoffen of Dinant. Printed by C. A. Geerardijn, 2e Zandstr. Sint Andries-Brugge, 1930, 91 Seiten.

Ziekursch, Johannes: „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs“. 3 Bände, 362, 484 und 487 Seiten. Frankfurt a. M., 1925, 1927 und 1930, Frankfurter Sozietätsdruckerei.

Von den größeren Arbeiten über die Geschichte des neuen Deutschen Reiches, die auf Grund der Aktenveröffentlichungen und

der zahlreichen anderen neuen Quellen von der deutschen Geschichtsschreibung in Angriff genommen worden sind, hat Johannes Ziekursch als erster ein umfangreiches Werk vollendet. Seine „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs“ stellt in drei starken Bänden, wobei allerdings der letzte Teil umfänglich etwas zu kurz kommt, die Tragödie des Aufstiegs und Niedergangs der Bismarckschen Schöpfung dar. Einen besonderen Reiz erhält das bedeutende Werk durch eine klare, unabhängige und öfters vom Herkömmlichen abweichende Stellungnahme zu den Persönlichkeiten, Ereignissen und Strömungen der von ihm dargestellten Epoche. Ein weiterer Vorzug liegt in der glänzenden Verarbeitung der politischen Ideen und der verschiedenen Seiten des geschichtlichen Lebens zu einem Gesamtbilde, in dem besonders die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik und sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung sichtbar werden. Diese Darstellungsart zeigt Ziekursch als Geschichtsschreiber, der nicht nur über tiefes Wissen verfügt, sondern auch aufs innigste mit dem deutschen Volksleben verbunden ist. Wenn auch ein Eingehen auf die hier in dieser Zeitschrift in erster Linie interessierenden Probleme bewußt streng vermieden erscheint, so ist es doch außerordentlich wertvoll, die Ansicht kennenzulernen, die sich der Verfasser aus ungewöhnlicher Kenntnis des ja zum größten Teil auch von der Kriegsschuldforschung benutzten Quellenmaterials erarbeitet hat.

Der I. Band, der von der „Reichsgründung“ handelt, geht zurück auf den Beginn der neuen Ära und den Krieg von 1859 und stellt dar, wie „die stolze Burg des neuen deutschen Kaiserreichs“ erbaut wurde, „nicht wie fast alle Monarchien der Weltgeschichte durch einen genialen Herrscher geschaffen, auch nicht von einem Volke in revolutionärem Sturm gegen Fremdherrschaft und Tyrannenmacht erkämpft“, sondern „dem Geist der Zeit entgegen“ von Bismarck „durch List und Gewalt, in schwerem Ringen mit seinen Gegnern im Ausland wie im Inland, unter Verfassungsbruch und Bürgerkrieg, über den Kopf seines widerstrebenden Königs hinweg und gegen den Willen eines großen Teiles des deutschen Volkes, der Bismarcks Wege nicht wandeln wollte“, errichtet. Nach der Meinung des Verfassers — und damit tritt seine Grundeinstellung hervor — haben sich im Lauf der Geschichte nur zwei Verfassungsformen bewährt: der Absolutismus und das parlamentarische Regiment, die darin übereinstimmen, daß sie einer Instanz alle Macht einräumen und so die Möglichkeit schaffen, die Reibungen im Innern auszuschalten und nach innen wie nach außen in entscheidenden Tagen großzügige und geschlossene Politik zu

treiben. Die konstitutionelle Monarchie ist „ein Produkt der Studierstube“; historisch war sie von größter Bedeutung, weil sie den Übergang vom Absolutismus zum Parlamentarismus verlangsamt und erleichterte. An den inneren Hemmungen, dem im Laufe der Jahrzehnte nicht ausgeglichenen Widerstreit „zwischen dem alten Preußen und dem neuen Deutschland, den unerfüllbaren Aufgaben, die dem Herrscher die Verfassung stellte, und der Leistungsfähigkeit der Dynastie, zwischen der bevormundenden Verfassung und dem die Welt erfüllenden demokratischen Zeitgeist“ ist schließlich das Reich nach kurzer Blüte in einem Heldenkampf ohnegleichen wieder zugrunde gegangen.

Im einzelnen führt Ziekursch über die preußische Heeresreform, den Verfassungskonflikt, den Kampf um Schleswig-Holstein, die Zertrümmerung des Deutschen Bundes und die Lösung der deutschen Frage zum Schlußstein des Bismarckschen Werkes: zur Einigung durch den deutsch-französischen Krieg. Bismarck hat die spanische Kandidatur nicht um einen Krieg mit Frankreich unter allen Umständen betrieben; Napoleon hätte durch einen leichten Druck auf die spanische Regierung die Thronbesteigung des Hohenzollern verhindern, sogar einen „schönen diplomatischen Erfolg“ erringen können. Als Bismarck aber sah, daß Frankreichs politische Leiter den Zwischenfall trotz der von ihm versuchten Behandlung der Hohenzollernkandidatur als Familiensache zur gründlichen Abrechnung mit dem neuen Deutschland benutzen wollten, da suchte er nach den Emser Demütigungen den Krieg „mit allen Mitteln zur Wahrung deutscher Ehre“. Nach den erfolgreichen, wenn auch schwierigen Einigungsverhandlungen mit den Südstaaten ist Bismarck „nur mit innerem Widerstreben unter dem Druck der Militärs und der öffentlichen Meinung“ an die Annexion Elsaß-Lothringens gegangen; innerpolitisch konnte man sich mit der Lösung abfinden, aber „die außenpolitische Belastung war fürchterlich“.

Der II. Band, der „das Zeitalter Bismarcks“ von 1871—1890 in zwei Teilen: „Die deutsche Außenpolitik“ und „Die innere Entwicklung Deutschlands“ darstellt, hat nach seinem Erscheinen kaum wie der I. Band Veranlassung zur Auseinandersetzung gegeben, da die vom Herkömmlichen abweichende Stellung des Verfassers weniger zutage tritt und das Gesamtbild nur gering von der bisherigen Zeichnung absticht. Mit der Reichsgründung war der Wendepunkt in Bismarcks Außenpolitik gekommen; „ihr einziges Ziel war nunmehr, Deutschland den Frieden zu erhalten, freilich bedeutete für ihn die Sicherung des Errungenen nicht geistlosen Stillstand, sondern stete Arbeit, ständigen Ausbau der Fun-

damente, der Streben und Stützen, der Vorbauten und Außenwerke“. Dabei war mit der französischen Todfeindschaft als fester politischer Größe zu rechnen; ein Präventivkrieg gegen Frankreich kam aber für den Kanzler nicht in Frage. Es genügte, die Republik in der Vereinsamung zu erhalten, und diesem Ziele diente die klug erwogene Sicherungspolitik, die durch ein verwickeltes Bündnis-system in politische Taten umgesetzt wurde. Wirklich bindende Kraft maß dabei Bismarck nur dem Zweibund mit Österreich bei, dem Staat, dem gegenüber es galt, im Vertrauen auf die zur Zeit zu bejahende Lebensfähigkeit eine konservierende Politik zu treiben. Der Sinn des Dreikaiserbündnisses war: „Solange Frankreich auf Rache sann, mußte Rußland von Frankreich ferngehalten, ein kriegerischer Zusammenstoß mit Rußland möglichst vermieden und deshalb der russische Tatendrang gebändigt oder im Notfall nach dem Balkan auf Konstantinopel und die Meerengen hin abgelenkt werden, damit er sich nicht gegen Österreich und Deutschland wandte.“ Zuletzt bildete die Pflege der Beziehungen zu Rußland für Deutschland „das Mittel, England zur Rücksicht auf Deutschland zu zwingen“, was besonders in der Zeit der Begründung des deutschen Kolonialreiches gegenüber einer abgünstigen Haltung Englands von Wert war. Beim Rückversicherungsvertrag galt es, „den Zaren als den Leiter des Staates und das einzige Hindernis für die zum Bündnis mit Frankreich und zum Kriege mit den Mittelmächten drängenden russischen Parteien vertragsmäßig derart zu fesseln, daß er dem auf ihn ausgeübten Druck widerstand“.

Bismarck fiel „wie der gehörnte Siegfried an der einzigen Stelle, an der er verwundbar war, in seiner Abhängigkeit von dem Monarchen“. Als er von seinem Amte zurücktreten mußte, hinterließ er eine Staatsmaschine, die niemand mehr zu leiten und zu lenken vermochte.

Deutschlands politischer Niedergang und der Weltkrieg sind der Gegenstand des III. Bandes über „das Zeitalter Wilhelms II.“. Mit schärfster Kennzeichnung der führenden Staatsmänner durch eine große Charakterisierungskunst zeichnet Ziekursch die von Jahr zu Jahr wachsende Verschlechterung der Lage Deutschlands. Entscheidende Fehler der deutschen Reichsleitung — freilich nicht im Sinne der Versailler Schuldthese, sondern gesehen vom Standpunkt einer tieferen geschichtlichen Verantwortung gegenüber dem Volksschicksal — werden schonungslos aufgedeckt; die kriegslüsternen Elemente der Gegenseite rücken ins helle, unbarmherzige Licht.

Den Beginn des deutschen Machtverfalls bildete die vom „Neuen Kurs“ ohne inneren Zwang vollzogene Lösung der letzten Freundschaftsbande mit Rußland, die der deutschen Außenpolitik die

Beweglichkeit raubte, die ihr Bismarck erhalten hatte. Als Gegengewicht gegen die Zange Frankreich-Rußland war nur ein gutes Verhältnis zu England möglich. Da aber England und Deutschland sich gegenseitig mißtrauten, ihre Bewegungsfreiheit auch nicht opfern wollten, versandeten die deutsch-englischen Verhandlungen der Jahrhundertwende. Die sich steigernde Abneigung England erwuchs nicht aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Völker, sondern aus der deutschen Burenpolitik und aus dem deutschen Flottenbau. Hätte freilich England die Freiheit der Meere anerkannt und hätte man einer solchen Zusicherung Glauben schenken dürfen, so wäre einer der wichtigsten Gründe für den deutschen Flottenbau weggefallen. Die Algeciraskonferenz offenbarte vor aller Welt die Vereinsamung Deutschlands, die Brüchigkeit des Dreibundes und die Festigkeit der englisch-französischen Entente. Seitdem die europäischen Mächte in zwei Bündnisgruppen geschieden waren, lag eine finstere Kriegswolke über dem Erdteil. Bethmann erbt eine „unlösbare Aufgabe“, als er Deutschland allmählich aus der Gefahrenzone herausführen wollte. „Als nun gegen die immer heftiger nachdrängenden Feinde die Mittelmächte wieder einmal Front machten, wurden sie in den Weltkrieg verstrickt, auf den weder Deutschland noch gar Österreich-Ungarn im Innern vorbereitet waren.“

Die Julikrise 1914 wird in ihren Hauptzügen klar herausgearbeitet. Österreich mußte gegen Serbien vorgehen, um der südslawischen Gefahr Herr zu werden. Für den herrschenden russischen Panlawismus aber hatte Serbien eine derartige Bedeutung erlangt, daß die russische und österreichische Politik miteinander unvereinbar geworden waren. Rußland wurde in seiner Entschlossenheit zum Kriege durch Englands begünstigende Haltung bestärkt. Grey wurde wohl zunächst zum Vermittler, aber zu einem an eine der beiden streitenden Parteien gebundenen Vermittler. Die überstürzte allgemeine russische Mobilmachung brachte die Entscheidung. Rückblickend muß betont werden, daß „das führende Glied der Entente“ Frankreich gewesen war, „zu der französischen Revanchelust hatte sich die russische Eroberungsgier und dann erst die englische Sorge vor der deutschen Flotte gesellt“.

Über den weiteren Verlauf der Krise äußert Ziekursch eine vom Üblichen recht abweichende Meinung. Er sieht einen schwerwiegenden Fehler in der starren Festlegung Deutschlands auf einen militärischen Operationsplan, bei dem die Staatsmänner nicht gehört worden waren und der politische Folgen nach sich ziehen mußte, die gerade im Jahre 1914 mit Rücksicht auf die besondere politische

Lage vermieden werden mußten. „Die Politik heischte im Sommer 1914 von den Deutschen Verteidigung im Westen, Schonung Belgiens um Englands willen und Angriff auf die Russen, um Österreich durch Erfolge im Felde zu kräftigen und die Italiener und Rumänen von Angriffen auf ein siegreiches Österreich abzuschrecken; die militärische Maschine war aber anders eingestellt. So mußte im Widerspruch mit der Lehre Clausewitz' der politische Gesichtspunkt dem militärischen untergeordnet und die Politik nach militärischen Zwecken eingenenkt werden.“ Ziekursch sieht nun im späteren Gesamtverlauf des Weltkriegs eine Bestätigung dafür, daß in der Heerführung die Ermattungsstrategie vorherrschte. Ein ihr von vornherein Rechnung tragender Operationsplan hätte die schweren politischen Fehler (Kriegserklärungen, Einmarsch in Belgien), die durch die Zwangslage entstanden waren, vermieden und es der gegnerischen Propaganda nicht möglich gemacht, durch ihre furchtbaren Waffen, Deutschland vor den Augen der Welt als den Angreifer zu brandmarken. Das Wichtigste aber war, daß der deutsche Plan Grey und den britischen Imperialisten die gierig ersehnte Handhabe bot, um das englische Volk in den Krieg hineinzutreiben. „So reihte der Schlieffensche Operationsplan von den ersten Tagen an England unter die Feinde Deutschlands ein.“ „Der Krieg hatte einen anderen Charakter erhalten; er zielte auf die Vernichtung der deutschen Großmacht.“

Die Darstellung endet mit dem 9. November 1918. —

Georg Hanke.

Berichtigung.

In dem Aufsatz von Alfred von Wegerer: „Die systematische Verfälschung der russischen allgemeinen Mobilmachung“ ist auf Seite 649 des Juliheftes durch ein Versehen folgender Satz stehen geblieben, der von dem Verfasser bereits in der Korrektur gestrichen war: „Und gar nicht zu verstehen ist, daß ausweislich der Britischen Dokumente die Meldung am 1. August schon 10 Minuten vor der Absendung, d. h. um 3 Uhr nachmittags eingetroffen sein soll.“



innenmatt 15-100 Watt

„Ostland“

Monatschrift vom geistigen Leben der Auslandsdeutschen

V. Jahrgang

Das „Ostland“ macht sich zur Aufgabe, sämtliche Deutschen der Minderheitsgebiete im Osten geistig zu vereinen in der Idee des Großdeutstums. Es erscheint in Hermannstadt, dem geistigen Mittelpunkt der Siebenbürger Sachsen und stützt sich auf die hervorragendsten Kräfte des Deutstums in Rumänien, im Baltikum, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien

Herausgeber Dr. Richard Csaki Schriftleiter Dr. Walther Schreiber

Bezugsbedingungen: „Ostland“ erscheint am 1. eines jeden Monats und ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den Ostland-Verlag, Hermannstadt, Rumänien. — Jahresbezug für Rumänien 360 Lei, für das Ausland 9 RM., für Österreich 15 Schillinge. — Die Bezugspreise verstehen sich einschließlich Postversand. — Zahlungen sind zu leisten im Inland auf das Konto des Deutschen Kulturamtes, an die Hermannstädter allgemeine Sparkassa, die Bodentreditanstalt, beide in Hermannstadt, oder an den Verlag selbst. Im Ausland an die Deutsche Landmannbank A.-G., Berlin W 9, Röhrener Straße 40-41, oder auf unser Postcheckkonto Berlin NW 1563/68.

Österreich-Ungarns letzter Krieg

Amtliche Darstellung der Kämpfe Österreich-Ungarns im Weltkrieg 1914—1918

Das Werk wird sechs Bände umfassen, von denen der erste zu Weihnachten 1929 erschienen ist. Je ein weiterer Band erscheint in den Jahren 1930 bis 1934.

Preis pro Band in Ganzleinen gebunden mit einer Kassette für die Beilagen Mk. 29.—, auch zahlbar in Raten

**Verlag der
„Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“**

Wien, I., Stubenring 1

Prospekte auf Verlangen kostenlos

Pressestimmen:

Neue Freie Presse, 2. März 1930. „... Aufbau und lebendige, oft packende Schilderung des Verlaufes der Ereignisse machen das Buch nicht nur zu einer befriedigenden Lektüre, sondern auch kraft seiner klaren, nie einen Zweifel lassenden Darstellung zu einem verlässlichen, ersten Studienbehelf.

Lektüre und Studien werden wertvoll unterstützt durch die zahlreichen, ausgezeichneten, bis ins Detail genau jede Lage darstellenden Skizzen und Karten, die an sich allein schon ein plastisches, leicht zu erfassendes Bild über die Vorgänge und Begebenheiten des Feldzuges im ersten Kriegsjahre geben. Ich möchte diese höchst willkommenen graphischen Beilagen nach Wert, Inhalt und Schönheit als das vollkommenste bezeichnen, was es auf diesem Gebiete gibt — sie sind eine wertvolle und würdige Ergänzung des stattlichen ersten Bandes des vom österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv zur Ausgabe gelangenden großangelegten Werkes: „Österreich-Ungarns letzter Krieg.“

Generaloberst Artur Baron Arz.

Neues Wiener Tagblatt, 5. Juni 1929. „Das amtliche österreichische Kriegswerk wird trotz der Not des Tages auch in der Ausstattung durch Karten und Skizzenbeilagen den besten Vorkriegsüberlieferungen gerecht, was bei dem billigen Preis, zu dem das Werk bezogen werden kann, besonders anerkannt werden muß.“

Deutschösterreichische Tageszeitung, 27. August 1929. „Was die Ausstattung des Werkes mit Karten und Plänen betrifft, so ist sie für den Rahmen desselben ausreichend, in Anbetracht des Preises geradezu glänzend. Jedenfalls hat sich der rührige Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“ ein großes Verdienst erworben.“

Wiener Neueste Nachrichten, 9. Juni 1929. „... Nicht vergessen werden darf auch der zahlreichen prächtigen Karten und Skizzen, an deren vollendete Ausführung keines der Kriegswerke des Auslandes heranreicht.“

SOMMERKURORTE

in denen die „Berliner Monatshefte“ ausliegen!

OSTSEEBAD ARENDSEE

in Mecklenburg

Geschützte Lage durch herrl. Nadel- und Laubwälder — Vielseitige Unterhaltungen — Dampferausflüge — Segeln, Rudern, Tennis — **Ermäßigte Kurtaxe** — Baden am Strand und in der Seebadeanstalt kostenlos — Reichsbahnstation

Man verlange Führer von der Badeverwaltung **Ostseebad Arendsee** in Mecklenburg

DEUTSCHES NORDSEEBAD

Büsum

in Schleswig-Holstein, Reichsbahnstation auf einer in die Nordsee vorspringenden Landzunge. Kurzeit: Mai bis Oktober; bis Ende Mai keine, in der Vor- und Nachsaison ermäßigte Kurtaxe.

Frühjahrs-, Herbst- und Winterkuren.

Auskunft und Führer kostenlos durch die Badeverwaltung.

BAD MEINBERG



Teutoburger Wald

Schwefelmoor- und radioaktive Kohlensäure-Bäder, Inhalatorium, Trinkkuren. Kurzeit vom 15. April bis 15. Oktober. Gegen Gicht, Rheuma, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten.

Badeschrift durch die Kurverwaltung.

Bad Salzig

am Rhein
bei Boppard

Kohlensäurereiche Thermalquellen. / Heilanzeigen: Gicht, Rheumatismus, Erkrankungen des Herzens, alle Stoffwechsel-leiden. / Bade- und Trinkkur. Luft- u. Sonnenbad. / Kurmusik. Geringe Kurtaxe

Waldreiche Umgebung. / Herrliche Partien am Mittelrhein. Billige Pensionspreise. / Prospekte frei durch die Badeverwaltung

SOMMERKURORTE

in denen die „Berliner Monatshefte“ ausliegen!

Schierke am Brocken

650—1142 m ü. d. M.

Der alpine Luftkurort des Harzes

SOMMER- UND WINTERKUREN

Indikationen: Anämien / Zirkulationsstörungen / Skrofulosen
Funktionelle Neurosen / Bronchitiden / Basedow

Prospekte und Auskunft durch die Kurverwaltung — Verkehrs-
amt — der Gemeinde Schierke im Harz / Tel. 50

Bad Suderode

„im Sonnenlande des Harzes“ gelegen mit
seinem wundervollen Klima und seiner all-
heilenden **Calciumsolquelle** wirkt Wunder bei:
Arterienverkalkung, Herz-, Nerven-, Nieren-,
Drüsen-, Stoffwechsel- und Frauenleiden.

Unser Prospekt erzählt Ihnen davon.

Kostenlos durch die Kur-Verwaltung.

BAD WARMBRUNN

das Thermal- und Moorbad des Riesengebirges
heilt

Rheuma, Gicht, Ischias,

Alterserscheinungen und Verkalkung

430—570 m

ü. d. Meere

WILDBAD

23 000 Gäste

im Schwarzwald

Naturwarme **Heilquellen** gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven-
leiden u. a. / Luftkurort / Bergbahn auf den Sommerberg

Prospekte u. Auskunft durch Badeverwaltung od. Kurverein, sowie
sämtliche Reisebüros / In Berlin eigene Auskunftsstelle im Kiosk,
Rankestraße 1, bei der Gedächtniskirche / Tel.: Bismarck 3506

Ein fesselndes Buch!



Unter drei Zaren

Die Memoiren der Hofmarschallin
Elisabeth Narischkin-Kurakin

Herausgegeben von
René Fülöp-Miller

280 Seiten. 63 Abbildungen. Geheftet RM. 6.—, Leinen RM. 10.—

Ein einzigartiges Dokument von höchstem Interesse und Reiz. Auf jeder Seite fesselnde Einblicke in das Hofleben, in politische Geschichte und kulturelle Zustände. Die Verfasserin lebte während der nachnapoleonischen Restaurationsepoche in Paris, kam nach Rußland und auch dort alsbald mit der Elite der russischen Geisteswelt zusammen. Sie erlebt am Kaiserhof die großen Ereignisse der Weltpolitik, sieht Alexanders II. Regierung, Ausbruch des Weltkrieges, Rußlands Zusammenbruch und die Schreckensherrschaft der Bolschewiken. Hierzu gesellt sich überdies ein herrliches, bisher gänzlich unveröffentlichtes Bildmaterial aus den kaiserlichen Privatsammlungen und aus den Archiven vieler hervorragender Persönlichkeiten der russischen Gesellschaft.

Amalthea-Verlag

Zürich · Leipzig · Wien

NATION UND STAAT

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von

Jacob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann,
Johannes Schmid-Wodder

Ganzjährig RM. 20.—, Halbjährig RM. 10.—, Einzelheft RM. 2.—

3. JAHRGANG

bringt Aufsätze über aktuelle und allgemeine Minderheitenfragen, Berichte über Tagungen und Institute und ständige Lageberichte über die Minderheiten in:

Elsaß-Lothringen, Estland, Eupen-Malmedy, Lettland, Litauen, Memelgebiet, Nordschleswig, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Südslawien, Südtirol, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Wolhynien

JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, LEIPZIG:

„Einen Überblick über dieses große, insbesondere uns Deutsche nicht bloß interessierende, sondern wahrhaft auf den Fingern brennende Problem konnte selbst der eifrigste Forscher nur schwer gewinnen; hier wird er geboten. Die Zeitschrift bekennt sich als eine wissenschaftlich-politische; sie versucht es ebenso sehr, rein wissenschaftlich die rechtliche Seite des Problems zu behandeln, als sie auch nicht vor politischer Ausdeutung desselben innehält, wie dies ja auch der Stellung der Herausgeber als Vorkämpfer ihres Volkes entspricht.“
Hofrat Prof. Dr. Karl Brockhausen, Wien

PROBEHEFTE KOSTENLOS

ETHNOPOLITISCHER ALMANACH 1930

Ein Führer durch die europäische Nationalitätenbewegung

Im Auftrage des „Institut für Grenz- und
Auslandstudien“ herausgegeben von

OTTO JUNGHANN und MAX HILDEBERT BOEHM

8^o VIII, 182 Seiten, Ganzleinen RM 5,50

„Durch die berufensten Sachverständigen sind in knappen Darstellungen die Grundfragen des Nationalitätenproblems, ferner die vorhandenen organisatorischen Bestrebungen behandelt worden. Angefügt sind dann die wesentlichsten internationalen Dokumente und eine Uebersicht über die völkliche Zusammensetzung der Staatsbürger der europäischen Staaten und über die politische und juristische Lage der Minderheiten in diesen Ländern.“

„Der Ring“, Berlin

WILHELM BRAUMÜLLER, WIEN, LEIPZIG

Die Ostdeutschen Monatshefte

Herausgeber: Carl Lange

XI. Jahrgang

Die wertvolle Kulturzeitschrift für den deutschen Osten

Aus dem Inhalt: Reichbebilderte Aufsätze über alle Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft; Novellen, Erzählungen, Skizzen, Gedichte, Bücherschau und wertvolle literarische Beilagen in zwangloser Folge.

Vierteljährlich 3 Hefte zu 3,75 RM.

Aus Kritiken der führenden Blätter der letzten Zeit:

Die Ostdeutschen Monatshefte haben ihren elften Jahrgang angetreten. Der Herausgeber stammt aus der Heimat Wilhelm Raabes und hat mit ihm das tiefe deutsche Gemüt gemeinsam. Da das Herz immer noch die bedeutendste Macht ausübt und den rechnenden Verstand überwiegt, so mag es kommen, daß die Zeitschrift trotz der Notzeit an Lesern zunimmt. Ja, man konnte es wagen, die Zeitschrift neu auszustatten, Literarische Beilagen hinzuzufügen, und so erscheint sie mit neuem Umschlag, neuem Format und wirkungsvollen Bildern . . .

Carl Lange hat dies Fingerspitzengefühl. Er meidet mit sicherem Takt alles was spaltet und klüftet; er will zusammenführen, zusammenschließen. So steht seine Zeitschrift über den Konfessionen und über den Parteien. Man kann schon dem arbeitsfrohen, feinfühligsten und aristokratischen Führer für die Zukunft ein tapferes Ausharren im Osten und seiner nunmehr weiter ausgebauten Zeitschrift, die fernerhin den Geist innerer Wahrhaftigkeit atmen möge, ein weiteres Blühen und Gedeihen wünschen; schon um unserer selbst willen.

Zu beziehen durch den Buchhandel, durch die Post oder den Verlag Georg Stilke, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 65

Zeitschriften

der Verlagsbuchhandlung Dr. Walther-Rothschild,
Berlin-Grunewald

Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie

Herausgegeben von *Leopold Wenger*, München, *Wilhelm Sauer*,
Königsberg i. Pr., *Goetz Briefs*, Berlin.

Jeder Jahrgang (4 Hefte) M. 24.—

Deutsch-Französische Rundschau

Herausgegeben von *Otto Grantoff*, *Heinrich Eduard Jacob*,
Rudolf Meerwarth, *Fritz Norden*, *Gottfried Salomon*, *Edgar*
Stern-Rubarth, *Maurice Boucher*, *Edmond Jaloux*, *Henri*
Lichtenberger.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Die Justiz

Monatsschrift zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens.
In Verbindung mit *Wolfgang Mittermaier*, Gießen, *Gustav*
Radbruch, Heidelberg, *Hugo Sinzheimer*, Frankfurt a. M.
Herausgegeben von *Wilhelm Kroner*, Berlin.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Eisenbahn- und Verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen

Zeitschrift für Eisenbahn- und Verkehrsrecht. Redigiert von
Gerhard Eger, Berlin, *Roderich v. Kienitz*, Berlin, *Kurt*
Gordan, Berlin.

Jeder Band (4 Hefte) M. 20.—

Europa-Wirtschaft

Monatshette für den wirtschaftlichen Aufbau Europas.
Herausgegeben von *Wilhelm Grotkopp*

Halbjährlich (6 Hefte) M. 5.—

Europäische Gespräche

Monatshette für auswärtige Politik. Herausgegeben von
A. Mendelssohn Bartholdy, Hamburg.

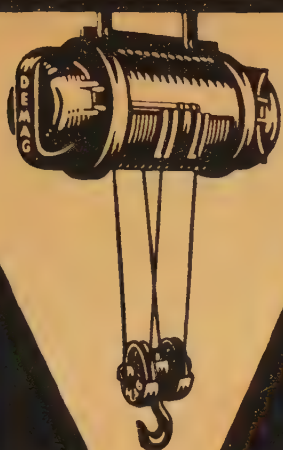
Halbjährlich (6 Hefte) M. 12.—

Markenschutz und Wettbewerb

Monatsschrift für Marken-, Patent- und Wettbewerbsrecht.
Herausgegeben von *Martin Wassermann*, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 18.—

Mehrere 100 Werke aus den durch die Zeitschriften bezeichneten Gebieten
Verlagsverzeichnis zu Diensten



Das betriebssicherste
**Elektro-
 Hebezeug**
 ist der

**DEMAG
 ZUG**

**¼-10 tons Tragfähigkeit, wetter-
 fest gekapselt, daher unempfind-
 lich gegen Regen und Staub.**

DEMAG
 AKTIENGESellschaft DUISBURG.

Breußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
 zur preiswerten Anfertigung
 sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen
 Zeitschriften / Zeitungen
 Werke

Sehmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 11, Postschließfach 57

Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123 — 3125

Österreich-Ungarns letzter Krieg

Amtliche Darstellung der Kämpfe Österreich- Ungarns im Weltkrieg 1914—1918

Das Werk wird sechs Bände umfassen, von denen der erste zu Weihnachten 1929 erschienen ist. Je ein weiterer Band erscheint in den Jahren 1930 bis 1934.

Preis pro Band in Ganzleinen gebunden mit einer Kassette für die Beilagen Mk. 29.—, auch zahlbar in Raten

Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“

Wien, I., Stubenring 1

Prospekte auf Verlangen kostenlos

Pressestimmen:

Neue Freie Presse, 2. März 1930. „... Aufbau und lebendige, oft packende Schilderung des Verlaufes der Ereignisse machen das Buch nicht nur zu einer befriedigenden Lektüre, sondern auch kraft seiner klaren, nie einen Zweifel lassenden Darstellung zu einem verlässlichen, ersten Studienbehelf.

Lektüre und Studien werden wertvoll unterstützt durch die zahlreichen, ausgezeichneten, bis ins Detail genau jede Lage darstellenden Skizzen und Karten, die an sich allein schon ein plastisches, leicht zu erfassendes Bild über die Vorgänge und Begebenheiten des Feldzuges im ersten Kriegsjahre geben. Ich möchte diese höchst willkommenen graphischen Beilagen nach Wert, Inhalt und Schönheit als das vollkommenste bezeichnen, was es auf diesem Gebiete gibt — sie sind eine wertvolle und würdige Ergänzung des stattlichen ersten Bandes des vom österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv zur Ausgabe gelangenden großangelegten Werkes: „Österreich-Ungarns letzter Krieg.“

Generaloberst Artur Baron Arz.

Neues Wiener Tagblatt, 5. Juni 1929. „Das amtliche österreichische Kriegswerk wird trotz der Not des Tages auch in der Ausstattung durch Karten und Skizzenbeilagen den besten Vorkriegsüberlieferungen gerecht, was bei dem billigen Preis, zu dem das Werk bezogen werden kann, besonders anerkannt werden muß.“

Deutschösterreichische Tageszeitung, 27. August 1929. „Was die Ausstattung des Werkes mit Karten und Plänen betrifft, so ist sie für den Rahmen desselben ausreichend, in Anbetracht des Preises geradezu glänzend. Jedenfalls hat sich der rührige Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“ ein großes Verdienst erworben.“

Wiener Neueste Nachrichten, 9. Juni 1929. „... Nicht vergessen werden darf auch der zahlreichen prächtigen Karten und Skizzen, an deren vollendete Ausführung keines der Kriegswerke des Auslandes heranreicht.“



Heiße Kugeln rollen

über die Haut: Massage und Wärme steigern sich gegenseitig in ihrer heilenden Wirkung. Täglich sollten Sie so alle Schlacken aus den Geweben Ihres Körpers entfernen, wenn Sie gesund bleiben oder schlanker werden wollen. Die Thermomassage, vor 30 Jahren von dem bekannten Kliniker Goldscheider empfohlen, ist heute vorbildlich gelöst im schnurlosen PROTOS-Thermoroller



Er kostet RM. 25,— und ist ein

SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS

Überall im Einzelhandel

I N H A L T

	Seite
Gustav Roloff: Die Entstehung der englisch-russischen Entente . . .	805
Paul Herre: Kaiser Franz Joseph zum Gedächtnis	820
Carl Graf Moy: Was mir Minister Witte erzählte	824
Freiherr von Griesinger: Die kritischen Tage in Serbien	838
M. Inagaki: Pan-Europa und die Kriegsschuldfrage	856
Gottlieb von Jagow: Monsieur Poincaré (engl. Übersetzung)	858
Alfred von Wegerer: Herr Jovan M. Jovanović über „Die Verantwortung für den Weltkrieg“ ,	869
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	876

Die Entstehung der englisch-russischen Entente.

Der vierte Band der Britischen Dokumente¹⁾.

Von Gustav Roloff.

Wie der Untertitel angibt, behandelt dieser Band im wesentlichen die Entstehung des Vertrags vom 31. August 1907; alle anderen gleichzeitigen Vorgänge wie die englisch-japanischen Beziehungen treten dagegen weit zurück. Leider machen sich die oft gerügten Mängel der Publikation in diesem Bande besonders stark geltend. Obgleich die relative Einheitlichkeit des Inhalts auf chronologische Anordnung des Stoffs gradezu hindrängte, sind die Akten doch wieder in zahlreiche „sachliche“ Gruppen zerrissen, die es dem Benutzer außerordentlich schwer machen, den Boden der Verhandlungen festzuhalten. Z. B. gibt es ein Kapitel „Die allgemeinen englisch-russischen Beziehungen 1903—1907“, das wieder in mehrere Unterabteilungen zerfällt, daneben werden Tibet, Persien und Afghanistan, die Gegenstände des Abkommens, wieder in besondere Abschnitte zusammengefaßt. Natürlich berührt sich der Inhalt der verschiedenen Gruppen aufs engste, oft sind die Verhandlungen über den einen Gegenstand gar nicht zu verstehen, wenn man nicht die gleichzeitigen anderen kennt. Man muß sich daher mühsam erst selbst ein chronologisches Schema herstellen, ehe man zum eigentlichen Studium übergehen kann. Sollte es nicht möglich sein, daß die Herausgeber ihr verfehltes Editionsprinzip in den späteren Bänden fallen lassen?

Ohne den Anspruch zu erheben, den reichen Inhalt der 550 Akten zu erschöpfen, wollen wir hier versuchen, die Hauptmomente, die England und Rußland zusammengeführt und dem Abkommen seinen Charakter gegeben haben, herauszuheben.

Wie die englisch-französische Entente ist auch die englisch-russische das Erzeugnis mehrjähriger Bemühungen, die vorsichtig tastend begonnen haben und erst in den letzten Stadien schneller

¹⁾ Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges. Bd. 4. Die englisch-russische Annäherung. Deutsche Übersetzung, herausgegeben von Hermann Lutz. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin, Leipzig 1930 LXXX und 1076 S.

gefördert worden sind. Der Gedanke, alle zwischen den beiden Mächten bestehenden Streitigkeiten auszugleichen, wurde bereits von Frankreich während der englisch-französischen Verhandlungen im Jahre 1903 geäußert (Britische Dokumente Bd. 2, Nr. 242), und zugleich wurde auch der Zweck einer solchen Vereinbarung deutlich gekennzeichnet. Die russisch-englische Verständigung sollte die Ergänzung der französisch-englischen bilden, und da das Abkommen zwischen den Westmächten auf die Ausschaltung Deutschlands aus Marokko und auf seine allgemeine Einschränkung ausging (Brit. Dokumnte, Bd. 2, Nr. 322, 330), so mußte die Erweiterung der Entente durch Rußland notwendig in demselben Sinne in verstärktem Grade wirken. Das Lodoner Kabinett wich diesem Gedanken nicht aus. Es zog sofort, sobald die Verhandlungen mit Frankreich vorwärts gingen, die Möglichkeit einer Annäherung an Rußland in Erwägung und bereitete sich vor, bei Erörterungen über koloniale Dinge auch die orientalischen Angelegenheiten zu besprechen, um eine allgemeine Verständigung herbeizuführen. Es war kein Zweifel, daß Rußland Forderungen in bezug auf die Beherrschung der Meere stellen werde, hatte es doch im letzten Jahrzehnt seine Schwarze Meer-Flotte außerordentlich verstärkt, um jederzeit zur Aktion gegen Konstantinopel bereit zu sein. Der Verteidigungsausschuß erörterte daher unter Vorsitz des Ministerpräsidenten unverzüglich die Folgen, die eine Besetzung Konstantinopels und der Dardanellen für die Sicherheit des britischen Imperiums haben könne, und kam zu dem Schluß, daß dies „die gegenwärtige strategische Lage im Mittelmeer nicht fundamental ändern würde“ (Februar 1903 Nr. 55. Anlage).

Wenn so in Europa kein unübersteigliches Hindernis für eine Annäherung vorhanden war, so boten die asiatischen Dinge erhebliche Schwierigkeiten. Von Ostasien, das ja durch den heraufziehenden Krieg mit Japan in eine neue Entwicklungsphase trat, können wir hier absehen, aber in Zentralasien stießen die Interessen aufeinander. Zunächst in Afghanistan. Hier hatten sich der englische und russische Einfluß längst bekämpft. Zwar stand der Emir im britischen Solde, und offiziell galt Afghanistan als zur englischen Interessensphäre gehörig, aber trotz aller englischen Wachsamkeit hatte russisches Geld bei Behörden und im Volke Eingang gefunden, eine Eisenbahn war von Merw aus bis hart an die afghanische Grenze geführt worden, und die russischen Grenztruppen hatten sich erheblich vermehrt. Während des Burenkrieges hatte die russische Regierung gar begonnen, von Buchara aus mit den afghanischen Behörden in offiziellen Verkehr zu treten, und alle Vorstellungen Englands, daß dies mit der England zustehenden Kontrolle

der auswärtigen Beziehungen Afghanistans unvereinbar sei, unbeachtet gelassen. (Nr. 465). Offenbar ebenfalls im Vertrauen auf Rußlands Schutz wies sogar nach einem Thronwechsel der neue Emir im Jahre 1901 das übliche englische Jahrgeld zurück und lehnte die Einladung zu einem Besuche in Indien ab (S. 855). Kurz, Afghanistan drohte aus einer Vormauer Indiens eine russische Dependenz, vielleicht gar ein Aufmarschgebiet zu werden. Nicht minder heikel waren die Beziehungen in Persien. Man sah, daß Rußland durch Vorschüsse, durch Errichtung zahlreicher Konsulate, durch Entsendung von Offizieren in die persische Armee systematisch die Regierung des Schah unter seine Leitung zu bringen trachtete und nicht nur auf die wichtige, an Afghanistan und Beludschistan angrenzende Provinz Seistan die Hand legen, sondern auch nach Südpersien übergreifen und einen Hafen am Golf gewinnen wollte. England sah hierdurch seine große politische und wirtschaftliche Stellung in Südpersien, deren Aufrechterhaltung zur Sicherung Indiens notwendig war, gefährdet. Mit Hilfe der schwachen persischen Regierung diesem Vordringen Einhalt zu tun, war ausgeschlossen, da Teheran von Transkaukasien aus leichter zu beeinflussen war als von Indien aus: man mußte sich also auf einen Zusammenstoß mit Rußland gefaßt machen, wenn es nicht gelang, es zur Teilung der Herrschaft über Persien zu bestimmen. Endlich stand Tibet zwischen den beiden Mächten; allerlei Chikanen gegen den englischen Handel und andere nachbarliche Widerwärtigkeiten wurden von der englischen Regierung auf russische Intrigen zurückgeführt.

Die größte akute Bedeutung unter diesen Schwierigkeiten hatte die afghanische, zumal hier Rußland eine Änderung des bestehenden Rechtszustandes anstrebte und sich einer offenbaren Unhöflichkeit schuldig gemacht hatte. England hatte umso weniger Anlaß, diese Behandlung durch den aggressiven Nachbar hinzunehmen, als seine politische Lage sich verbesserte: der Burenkrieg wurde siegreich beendet (Mai 1902), das Bündnis mit Japan (Januar 1902) stärkte seine allgemeine Stellung, und vor allem gewann die Londoner Regierung aus den Bündnisverhandlungen mit Japan die Überzeugung, daß es über kurz oder lang zum Bruch zwischen Japan und Rußland kommen werde. Infolgedessen wurden die englischen Vorstellungen im Laufe des Jahres 1902 immer dringender, und schließlich konnte Rußland einer ernststen Verhandlung nicht mehr ausweichen. Sobald die Besprechungen eröffnet wurden, blieb es nicht bei der Erörterung einzelner Streitpunkte. Lansdowne, der Minister des Auswärtigen im konservativen Kabinett Balfour-Chamberlain, warf bald die Frage nach einem allgemeinen Ab-

kommen auf, und König Eduard drang persönlich in den Grafen Benckendorff, den russischen Botschafter, „ein besseres Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen über die verschiedenen Streitpunkte herzustellen“ (November 1903, Nr. 182).

Aber alle Versuche waren einstweilen vergebens. Monatelang gingen die Verhandlungen zwischen Petersburg und London hin und her, der drängende Teil war England; Rußland ließ seinen Partner bald lange auf Antwort warten, bald formulierte es einzelne Ansprüche z. B. in Afghanistan so schroff, daß die englische Regierung seine Noten „peremptorisch“ und „fast grob“ nannte (Okt. 1903 Nr. 181b Nr. 466), bald verhiess es im freundlichsten Tone Entgegenkommen (S. 854), aber stets wich es einer klaren und bindenden Antwort über seine Ziele aus. Beim Ausbruch des japanischen Krieges waren die Mächte einander noch nicht nähergekommen. England mußte nach wie vor mit der Absicht eines russischen Protektorats über Afghanistan und Persien rechnen, und als es seine Expedition nach Tibet unternahm (Herbst 1903), erhob Rußland dagegen Einspruch, zog sich freilich eine schroffe Abweisung zu. Es komme ihm, sagte Lansdowne dem Botschafter, „über alle Maßen sonderbar vor, daß diese Proteste von der Regierung einer Macht erhoben würden, die nie gezaudert habe, auf der ganzen Welt Übergriffe ihren Nachbarn gegenüber zu begehen, wenn die Umstände das zu erheischen schienen“ (1. November 1903. Nr. 289 Europ. Geschichtskal. 1904 S. 215). Es war kein Zweifel, der ostasiatische Krieg mußte auch über alle diese Fragen mitentscheiden. Ein Sieg Rußlands rief gewiß eine verschärfte zentralasiatische Offensive hervor.

Mit dem Abschluß des englisch-französischen Aprilvertrags und den ersten russischen Unfällen setzte eine neue Phase ein. König Eduard sondierte in Gesprächen mit Iswolski in Kopenhagen und mit Benckendorff in London (April 1904. Nr. 183 und Lee, King Edward VII, S. 287), ob Rußland nachgiebiger geworden sei, und obgleich einstweilen die russische Regierung noch siegessicher war, kam es unter französischer Vermittlung wenigstens zu befriedigenden Auseinandersetzungen über Tibet, den Punkt, der die geringste politische Bedeutung hatte. Gegen die rückhaltslose Zustimmung Rußlands zu den Abmachungen Englands und Frankreichs gab England die Versicherung, daß es eine dauernde Einmischung in die inneren tibetanischen Angelegenheiten nicht beabsichtige und seine bewaffnete Mission zurückziehen werde, sobald es Genugung für seine Beschwerden erlangt habe. Nicht einmal eine ständige Handelsmission wolle es in Tibet errichten (Juni 1904. Nr. 293 ff). Allerdings waren noch nicht alle Schwierigkeiten hiermit behoben.

Rußland ließ sich diese Erklärung gefallen, war aber mit dem Vertrag zwischen England und Tibet (September 1904. Europ. Geschichtskal. 1904 S. 337), der den Engländern die Kontrolle der auswärtigen Politik Tibets vorbehielt, unzufrieden, und für die allgemeinen Verhandlungen war es ungünstig, daß England den russischen Wünschen nach einer Dardanellendurchfahrt mit Rücksicht auf Japan einstweilen widersprechen und damit eine wichtige Kompensationsmöglichkeit aus der Hand geben mußte (April 1904 Nr. 43).

Der Zwischenfall an der Doggerbank rief in London keine Sinnesänderung hervor. Allerdings bringen die Akten hierüber recht lückenhafte Mitteilungen, das Vorspiel mit der „Kamschatka“ (vgl. „Berliner Monatshefte“, März, S. 238) wird nicht erwähnt, und über die Schlußverhandlungen erfährt man fast nichts. Aber so viel läßt sich deutlich erkennen, daß dies Ereignis die Bestrebungen nach einer allgemeinen Verständigung mit Rußland nicht aufgehoben, eher sogar verstärkt hat. Der Botschafter in Petersburg, Sir Charles Hardinge, warnte dringend, die Sühneforderungen zu hoch zu spannen; ein Krieg gegen England sei in Rußland populär: „wenn es zu einem solchen Kriege käme, würde die russische Regierung meiner Überzeugung nach die erste Gelegenheit ergreifen, um einen Frieden mit Japan zusammenzuflicken, so einem äußerst unpopulären Kriege ein Ende zu setzen und damit die russische Armee für eine Zusammenfassung ihrer ganzen Energie und Kräfte zu einem entschlossenen Angriff auf Indien freizumachen.“ Die Transportschwierigkeiten wären in diesem Falle geringer als im ostasiatischen Kriege, und Japan werde nicht zur Verteidigung Indiens verpflichtet sein (November 1904, Nr. 26). König Eduard dachte offenbar wie der Botschafter: „ein sehr interessanter Bericht, der hinsichtlich gewisser Eventualitäten zu ernststen Betrachtungen Anlaß gibt“, bemerkte er dazu. Wie bekannt, ist die englische Regierung in der Tat der russischen in der Erledigung des Falles weit entgegengekommen, obgleich sie bei der damaligen Abneigung der öffentlichen Meinung gegen das Zarenreich versucht sein konnte, Rußland eine schwere Demütigung aufzuerlegen oder es gar zum Bruche zu treiben. Mit dieser Strömung innerhalb des englischen Ministeriums vereinigten sich die Anstrengungen des Ententefreundes. Die französischen Botschafter in London und Petersburg bemühten sich, der englischen Regierung klarzumachen, daß sie für eine gemäßigte Sprache der Presse sorgen müsse, weil die Beziehungen zwischen England und Rußland während des nächsten Menschenalters von der Haltung Englands in den im nächsten Jahre zu erwartenden japanisch - russischen Friedensverhandlungen abhängen werde:

Deutschland allein habe von der englisch-russischen Spannung seit Kriegsbeginn Vorteil gezogen und die Stellung in Rußland wiedergewonnen, die es dort seit dem Berliner Kongreß verloren habe. Damit war das Losungswort gesprochen, daß eine Verständigung zwischen England und Rußland ebenso zum Nachteil Deutschlands ausschlagen müsse wie die zwischen den Westmächten. „Ein höchst bedeutsames Gespräch“, bemerkte der König zu diesen Äußerungen des französischen Botschafters in Petersburg. (Dezember 1904 Nr. 58).

Aber so wenig die englische Regierung einen Bruch mit Rußland hervorrufen wollte, so wenig wollte sie hinter die früher gehaltene Linie zurückweichen. Wie Rußland während des Burenkrieges seine afghanische Offensivpolitik betrieben hatte, so benutzte sie jetzt die Lahmlegung Rußlands, um ihre Stellung in dem streitigen Gebiet zu befestigen und die Russen zurückzudrängen. Eine Abordnung der indischen Regierung ging nach Kabul (Ende 1904) und zwang den Emir, der jetzt von Rußland nichts erwarten konnte, sich abermals gegen eine Pension unter englische Vormundschaft zu stellen (Februar 1905). Diese Vorgänge, die von der Öffentlichkeit viel beachtet wurden (Europ. Geschichtskal. 1905 S. 309), gaben der russischen Regierung zu der Frage Anlaß, ob etwa England afghanisches Gebiet annektieren oder dauernd besetzen wolle, aber es ging aus den Besprechungen hervor, daß man in Petersburg jetzt weit weniger offensiv als früher gestimmt war: Graf Benckendorff gab zu verstehen, daß Rußland Afghanistan als englisches Interessengebiet ansehen wolle und nur die Möglichkeit eines Verkehrs zwischen russischen und afghanischen Grenzbeamten in unpolitischen Angelegenheiten zu erlangen wünsche (Februar 1905 Nr. 466). Lord Lansdowne war grundsätzlich bereit, hierauf einzugehen, falls er jene Anerkennung schriftlich erhielt, aber zur wirklichen Verhandlung kam es noch nicht, weil Graf Lamsdorff, der russische Minister des Auswärtigen, keinen Schritt weiter tun wollte, so lange die ostasiatische Frage schwebte, in der Besorgnis, die ohnehin höchst erregte russische öffentliche Meinung durch Konzessionen in Zentralasien noch mehr zu entflammen. Einen Anlaß, die Angelegenheit zu beeilen, sah man in London nicht, da man nicht annahm, daß die militärische Lage Rußlands in Ostasien sich bessern werde, und die Abneigung gegen den Krieg im Volke immer mehr um sich griff, wenn auch nach den Berichten des Botschafters der Zar und eine Militärpartei die Fortsetzung des Kampfes noch betrieben (April 1905, Nr. 67). Die Gefahr für Indien verminderte sich mit den Ereignissen in der Mandschurei und Rußland von Tag zu Tag, zumal Japan seinen Entschluß, am Bündnis festzuhalten, beteuerte und

sogar ein Angebot, Indien mitzuverteidigen, hören ließ (März 1905 Nr. 111).

Nach der Seeschlacht von Tschusima (27./28. Mai 1905) gingen die englischen Hoffnungen auf weitere Nachgiebigkeit der Russen in Erfüllung. Obgleich die englische Regierung in mehreren parlamentarischen Kundgebungen (Europ. Geschichtskal. 1905 S. 186, 193) ihren festen Vorsatz, in Afghanistan den Russen keinerlei Einfluß zu gestatten, aufs neue bekräftigt hatte, regte Graf Lamsdorff nach dem Eintreffen der Unglücksbotschaft beim britischen Botschafter neue Verhandlungen über ein allgemeines Abkommen nach dem Muster des französischen an: er muß sich also bereits innerlich mit der Preisgebung Afghanistans abgefunden haben, denn ohne diese war auf einen solchen Vertrag nicht zu hoffen (29. Mai Nr. 189). In denselben Wochen kamen noch andere günstige Nachrichten aus Petersburg. Witte, der künftige Unterhändler mit Japan, äußerte sich höchst unfreundlich über Deutschland, das während der letzten 10 Jahre systematisch Zwietracht zwischen Japan und Rußland gesät habe, um beide zu schwächen (Mai 1905 Nr. 69). Wenige Wochen darauf berichtete der Botschafter, dieselbe Anschauung herrsche auch in der russischen Diplomatie, fügte freilich hinzu, daß die kühle Stimmung gegen Deutschland nur vorübergehend sein werde, da es die einzige Macht sei, vor der sich Rußland wirklich fürchte (Juni Nr. 190). Mochte die Furcht vor Deutschland verbreitet sein oder nicht, alle diese Nachrichten sprachen dafür, daß man in Rußland ein gutes Verhältnis zu England zu schätzen wissen werde, und daß die Deutschfeindlichkeit innerhalb der russischen Regierung kein Hindernis für intime Verhandlungen war, beweist die Bemerkung des Königs zu jenen Äußerungen Wittes, gegen die wir die deutsche Politik hier nicht zu verteidigen brauchen: „Herrn Wittes Bemerkungen sind sehr zutreffend“ (S. 128). In den nächsten Monaten war allerdings eine fruchtbare Verhandlung über Zentralasien nicht möglich, da für beide Mächte die ostasiatische Angelegenheit im Vordergrund stand. Aber ungefähr zu gleicher Zeit kamen sie damit zum Schluß. Rußland schloß Frieden (5. September 1905) und England erweiterte sein Bündnis, das ihm jetzt in der Tat den Beistand japanischer Truppen gegen einen Angriff auf Indien sicherte (12. August).

Lansdownes Erwartung, daß Rußland sich immer mehr zu England hingedrängt fühlen werde, ging bald in Erfüllung. Als Sir Charles Hardinge dem Grafen Lamsdorff seine Glückwünsche zum bevorstehenden Friedensschlusse aussprach, erwiderte dieser, er hoffe, „daß der Friede unsere auf eine loyale und aufrichtige Annäherung unserer Länder gerichteten Bemühungen mächtig fördern

und daß nichts eine Verständigung zu ihrem beiderseitigen Wohle hindern wird.“ (2. September Nr. 159). Natürlich hatte Lansdowne nichts gegen eine allgemeine Erörterung einzuwenden. Um sie durch einen Akt der Courtoisie zu erleichtern, erklärte er sich bereit, den Text des englisch-japanischen Bündnisses vor der offiziellen Veröffentlichung in Petersburg mitzuteilen (Nr. 164).

Mit welcher Gesinnung man in Petersburg zu rechnen hatte, ging aus einer Äußerung Hartwigs, des Direktors im Ministerium des Auswärtigen, „der rechten Hand Lamsdorffs“, hervor, daß die Verständigung „Rußland für den drohenden Kampf mit Deutschland an den Ufern des Bosphorus freie Hand lassen würde“ (26. September 1905, Nr. 192). Freilich kamen auch andere Nachrichten. Ein allgemeines Abkommen, sagte Benckendorff kurz darauf, dürfe keine Feindseligkeit gegen Deutschland enthalten (5. Oktober Nr. 196). Es war offenbar, daß die russische Regierung noch keine feste Stellung in der neuen Lage gefunden hatte, denn zugleich nahm Lamsdorff das englisch-japanische Bündnis übel auf; die Hereinziehung Japans in zentralasiatische Fragen, die England und Rußland allein angingen, sagte er, werde die Regelung der schwebenden Fragen erschweren (Okt. 1905. Nr. 195). Diesen Worten gaben Nachdruck allerlei Nachrichten aus Petersburg und Paris über deutsche Versuche, ein Abkommen zwischen den Festlandsmächten und den Vereinigten Staaten gegen England und Japan herbeizuführen. Aber die englische Regierung, die Näheres über die tatsächlichen Vorgänge, den Vertrag von Björköe und die sich daran schließenden deutsch-russischen Verhandlungen nicht erfuhr (vgl. auch die Biographie Lansdownes von Newton), blieb solchen Gerüchten gegenüber kühl. Sie war überzeugt, daß sich Frankreich zu einem derartigen Verträge nie herbeilassen werde. — Bompard, der französische Botschafter in Petersburg, bemühte sich eifrig, der russischen Presse das englisch-japanische Bündnis annehmbar zu machen und sie für den Gedanken der englischen Entente zu gewinnen — und damit war jede Möglichkeit des festländisch-amerikanischen Pakts ausgeschlossen. Lansdowne und Hardinge sahen in der Kritik des englisch-japanischen Bündnisses nur den Ausdruck des Ärgers, daß den Russen eben durch das Bündnis ein Druck auf Indien erschwert sei und ihre beste Waffe für die kommenden Verhandlungen an Wucht verloren habe (S. 342). Man sah so keinen Grund, das russische Unbehagen durch erläuternde Erklärungen über den japanischen Vertrag zu beschwichtigen, wie die ängstliche französische Regierung, die eine Annäherung zwischen Rußland und Deutschland besorgte, wünschte. Eine solche Erklärung werde Mißtrauen in Tokio erregen, meinte man in London. (Okt. 1905.

Nr. 197. S. 347.) Man zog es vor, ruhig abzuwarten, und die Kaltblütigkeit bewährte sich: schon nach zwei Wochen äußerte sich der Zar so entgegenkommend über seine zentralasiatischen Absichten, daß nach dem Urteil des Botschafters bei sorgsamer Pflege der englisch-russischen Beziehungen zur rechten Zeit Früchte zu erwarten seien (24. Okt. 1905. Nr. 202).

Der Regierungswechsel in England (Dez. 1905) brachte keine Änderung in den Beziehungen zu Rußland hervor. Grey, der neue Minister des Auswärtigen, schritt auf Lansdownes Bahnen weiter und regte kurz nach seinem Amtsantritt eine allgemeine Erörterung an, aber einstweilen ohne Erfolg. Jetzt war es nicht die auswärtige, sondern die innere Politik, die Rußland zur Zurückhaltung zwang; es könne in seiner augenblicklichen Lage, sagte Benckendorff, unmöglich bestimmte Verpflichtungen übernehmen, und die englische Regierung hütete sich zu drängen, um nicht den Verdacht zu erwecken, daß sie sich die augenblickliche Ohnmacht Rußlands zunutze machen wolle. Aber für später behielt man sich die Fortsetzung der Verhandlungen vor, und die russische Regierung gab zu erkennen, daß sie ihre politische Segelstellung gründlich zu ändern entschlossen sei. Sie deutete an, daß sie durch den Verzicht auf jede militärische Stellung im Persischen Golf einen Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen wolle, wenn dafür England auf ein Dardanellen-Abkommen eingehe. Damit war ausgesprochen, daß Rußland die Konsequenzen aus der ostasiatischen Niederlage ziehen und sich wieder der orientalischen Politik zuwenden wolle: England erhielt also die Möglichkeit, mit Hilfe von Zugeständnissen oder Versprechungen im Orient seine zentralasiatischen Interessen zu fördern (Dezember 1905 bis März 1906. Nr. 204 ff. Anhang S. 1023). Man einigte sich, wie Iswolski später einmal sagte, „stillschweigend“ jede Verhandlung zu verschieben, bis in Rußland stabile Verhältnisse eingetreten seien und solange den status quo in den umstrittenen Gebieten bestehen zu lassen.

Nach einigen Monaten hielt es Grey für notwendig, die Frage wieder anzuschneiden, weil Deutschland möglicherweise eine Anleihe an Persien gewähren werde, und weil dann England und Rußland sich dort Deutschland in ähnlicher Weise gegenüber finden könnten, „wie es Frankreich in Marokko widerfuhr“. Unter Hinweis auf diese Gefahr und auf die Notwendigkeit, Stellung zur gemeinsamen Beteiligung an der Bagdadbahn zu nehmen, wozu Deutschland wohl demnächst auffordern werde, ließ Grey Iswolski, der seit Mai 1906 die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernommen hatte, zu neuen Verhandlungen drängen: „die Bagdadbahn und die gegenwärtigen Vorgänge in Persien, bei denen Rußland und England

zusammengehen müßten, seien zwei sehr wichtige Angelegenheiten, die uns einem allgemeinen Abkommen ein Stück Wegs näherbringen könnten“ (23. Mai 1906. Nr. 216). Iswolski zögerte anfangs, das englische Begehren zu erfüllen, weil er sich vor der Brüskierung Deutschlands scheute, aber als er vom deutschen Botschafter die Zusicherung erhalten hatte, daß Deutschland einer englisch-russischen Annäherung mit Sympathie gegenüberstehe, vorausgesetzt, daß die deutschen Interessen vornehmlich hinsichtlich der Bagdadbahn, nicht geschädigt würden, war er zur Erörterung der beiden Gegenstände bereit. Die Verhandlungen verliefen zwar infolge der inneren Zustände Rußlands noch immer langsam, aber man einigte sich bald auf den Grundsatz, daß man eine deutsche Anleihe an Persien verhüten und überhaupt Deutschland nach Möglichkeit aus Persien ausschalten müsse (August 1906. Nr. 336). Grey stand der weiteren Entwicklung so zuversichtlich gegenüber, daß er seine Forderungen bereits zu formulieren begann: Afghanistan ausschließlich englisches Einflußgebiet und Teilung Persiens in eine englische, russische und neutrale Zone. Die Absorbierung ganz Persiens durch Rußland bei Preisgebung Nordpersiens fürchtete er nach den Ereignissen der letzten Jahre nicht mehr; selbst mit einem russischen Hafen wollte er sich abfinden in der festen Überzeugung, von Südpersien und Afghanistan aus, gestützt durch das Bündnis mit Japan, jede russische gefährliche Aktion verhindern zu können (Sept. 1906. Nr. 350).

Die Verhandlungen begannen mit der persischen Frage, stockten aber bald wieder, da Iswolski mit dem Widerspruch von militärischen Instanzen gegen die Teilung Persiens zu kämpfen hatte und sich noch näher über die Stellung Deutschlands vergewissern wollte. Eine Reise nach Paris und Berlin brachte dann einen weiteren Aufschub für einige Wochen (Okt. 1906). In Paris stellte sich die französische Regierung selbstverständlich wieder mit Eifer in den Dienst des Ententegedankens, die englische lud sogar den Minister nach London ein, um ihn persönlich zu bearbeiten, aber er lehnte zu großem Bedauern des Königs ab (Nr. 233 und Große Politik Bd. 22, Nr. 7364) und blieb einstweilen bei seiner Reserve. Daß unter diesen Umständen sein Aufenthalt in Berlin Mißtrauen in London hervorrief, ist begreiflich; „Deutschland arbeitet sicher gegen uns — hinter unserm Rücken“, schrieb König Eduard, und Grey äußerte sich ähnlich (Nr. 232, 235). Es war ein überflüssiges Mißtrauen, denn in Berlin, wo Iswolski über die Verhandlungen Mitteilung machte (Gr. Pol. Nr. 7364), erhielt er von neuem Gewißheit, daß Deutschland in Persien keine politischen, nur kommerzielle Absichten vertrete und daher auch eine englisch-russische

Verständigung, die die „Offene Tür“ bewahrte, nicht stören werde. So einer drückenden Sorge ledig, ging der Minister nach seiner Heimkehr mit größerem Eifer als bisher an die Besprechung, zu der England sofort wieder drängte (31. Okt. Nr. 235./366).

Natürlich machten die Hauptarbeit Afghanistan und Persien, über Tibet einigte man sich bald auf gegenseitige politische und wirtschaftliche Enthaltksamkeit. Iswolski knüpfte an seine früher schon erhobenen Bedenken an; er wies wieder auf die Abneigung der Generale, die russische militärische Stellung in beiden Ländern zu beschränken, hin, und fragte weiter, wie man es mit dem Grundsatz der von Deutschland und anderen Mächten mit Recht beanspruchten „Offenen Tür“ vereinigen könne, den Vertragsschließenden besondere Zonen in Persien zu reservieren. Grey war um die Lösung des Widerspruchs nicht verlegen: „Es würde genügen“, schrieb er, „wenn wir beide vereinbarten, in dem besonders bezeichneten, dem anderen vorbehaltenen Bezirk weder Einfluß zu erlangen zu suchen noch ihn aufrechtzuerhalten. Nach Abschluß unseres Übereinkommens mit Rußland könnten wir von Persien eine Verpflichtung erlangen, in unserem besonders bezeichneten Bezirk keiner dritten Macht Konzessionen zu gewähren, die irgendeinen politischen Charakter hätten. Rußland könnte desgleichen für sich tun und aus dem von uns und Rußland getroffenen Übereinkommen würde folgen, daß keiner von uns dem anderen entgegentreten würde, wenn er ein solches Sonderabkommen mit der persischen Regierung schlosse. Eine derartige Regelung zwischen Rußland und uns würde keinem anderen Lande irgendwie die Gelegenheit oder den Vorwand geben, zu sagen, daß die Regelung den Grundsatz der Offenen Tür verletzt habe.“ (Nov. 1906, Nr. 370.)

Den anderen Mächten sollte also die offene Tür zugeschlagen werden, ehe sie etwas dagegen tun konnten. Und die innere Unwahrhaftigkeit des Vorschlags tritt noch krasser hervor, wenn man sich klarmacht, daß das ganze Abkommen motiviert werden sollte mit der Absicht, die Unabhängigkeit Persiens aufrechtzuerhalten: in demselben Atem wurde Persien der freien Verfügung über zwei Drittel seines Gebiets beraubt. Es ist dasselbe gewaltsame Hinwegschreiten über die Rechte anderer, wie in Marokko.

Um so größere Hoffnungen setzte Grey nach diesen Eröffnungen auf das Zustandekommen des Vertrags, als die russische Regierung zugleich mit ihren Dardanellenwünschen hervortrat: die englische antwortete, in unmittelbarer Verbindung mit den zentralasiatischen Dingen lasse sich diese Frage nicht regeln, aber Rußland möge seine Wünsche formulieren und England werde sie „höchst sorgfältig und so freundlich wie möglich in Erwägung ziehen“

(28. November 1906. Nr. 242). Welche Wirkung diese Verheißung auf die Zukunft in Petersburg hatte, läßt sich nicht feststellen, tatsächlich ging es seitdem schneller vorwärts. Eine besondere Kommission zur Bearbeitung dieser Fragen wurde in Rußland eingesetzt, und Graf Benckendorff, ein eifriger Befürworter der Entente, wurde nach Petersburg berufen, um an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen und mit seiner Sachkenntnis dem Minister gegen etwaige Opposition des Generalstabs und sonstiger Kreise zur Seite zu stehen. Ein Ministerrat beriet nach Benckendorffs Ankunft die Angelegenheit und schloß sich Iswolskis Ansicht an, daß man in Persien auf den Boden der englischen Vorschläge treten müsse, da die frühere Politik, ganz Persien unter russischen Einfluß zu bringen und am Golf „eine befestigte Station zu errichten“, durch den japanischen Krieg und die Revolution unausführbar geworden sei. Auch dem Ausschluß dritter Mächte aus den reservierten Zonen stimmte das Kabinett zu, nur wurde für die Rußland zugewiesene eine Vergrößerung verlangt. Auch die künftige Stellung Afghanistans wurde besprochen, und hier wollte man noch nicht völlig die früheren Hoffnungen aufgeben: Afghanistan sollte ein „Pufferstaat“ zwischen beiden Machtgebieten werden, was den Gedanken nicht ausschloß, es zu einer selbständigen Macht zu erheben. Außerdem sollten russische Handelsagenten zugelassen werden, womit die Möglichkeit verbunden war, den Emir unter kommerziellem Deckmantel politisch zu beeinflussen, und endlich hielt man selbstverständlich an dem lokalen Verkehr der Grenzbehörden fest (1. Februar. Siebert).

Noch ein halbes Jahr lang sind Noten über diese Differenzen gewechselt worden, aber den Gang dieser Verhandlungen im einzelnen zu verfolgen, müssen wir uns hier versagen. Nur auf wenig sei verwiesen. Es stellte sich bald heraus, daß man auch über Persien nicht ganz eines Sinnes war. Zwar über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären einigte man sich unter gegenseitiger Nachgiebigkeit bald, aber der Golf machte größere Schwierigkeiten. England beehrte, daß sich Rußland zur Aufrechterhaltung des status quo im Persischen Golf verpflichte, d. h., daß es nicht nur selbst auf eine befestigte Niederlassung verzichte, sondern auch gemeinsam mit England jede andere Macht an einer derartigen Anlage hindere. Grey und Hardinge hatten die Stirn, diese mit der Unabhängigkeit Persiens wie mit der „Offenen Tür“ gleich unvereinbare Bestimmung als „Selbstentsagung“ zu bezeichnen, da man ja darauf verzichte, ganz Persien zum englischen Gebiete zu machen, und über ihr wahres Motiv sprachen sie sich untereinander ohne Scheu aus. Wenn man auf eine solche Bindung

der Russen verzichte, führte Hardinge aus (3. Mai, S. 752), könnten nicht nur die Russen, sondern auch die Deutschen beanspruchen, eine Eisenbahn nach dem Persischen Golf zu bauen, und durch den Erwerb eines Endpunktes für die Bagdadbahn an der persischen Seite des Golfs würden sie uns daran hindern können, ihnen beim Bau der Bahn ohne unsere Beteiligung und Genehmigung Hindernisse in den Weg zu legen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben.“ Vermutlich würden die Russen über den ihnen angesonnenen Verzicht auf einen solchen Bahnbau nach dem Golf nicht erfreut sein, „aber“, hieß es weiter, „ich glaube, daß sie sich in vollem Umfange die Gefahr, die Deutschen hineinzulassen, gegenwärtig halten, und aus diesem Grunde ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie diese Bestimmung annehmen werden“. Indessen diesmal täuschte man sich. Iswolski wollte sich nicht binden und wies abermals auf die Schwierigkeiten hin, die man mit Deutschland wie in Marokko haben werde, wenn man in dieser Weise über fremde Rechte verfüge (24. Juni 1907. 28. Juni. Nr. 428, 431). Er verwarf sogar die Erwähnung des Persischen Golfs in dem Vertrage überhaupt, da hierdurch immer andere Mächte berührt werden könnten, und Grey mußte sich damit begnügen, daß Rußland eine neben dem Vertrag abgegebene Erklärung Englands, ein besonderes Interesse zur Aufrechterhaltung des status quo am Persischen Golf zu besitzen, anerkannte. Mit diesen Worten hielt die englische Regierung ihren Anspruch, die allein maßgebende Macht im Golf zu sein, aufrecht, und die russische war moralisch verpflichtet, ihn nicht nur zu achten, sondern auch zu unterstützen, wenn er angefochten wurde. Auch Frankreich erhielt davon Kenntnis: die ganze Entente sollte also festgelegt werden. (August, Sept. 1907. Nr. 455. 462.)

In den Verhandlungen über Afghanistan schob England sogleich den Ausdruck „Pufferstaat“ als zu vieldeutig beiseite (Nr. 478, 481); die Russen gaben dagegen ihrer Besorgnis Ausdruck, daß England Afghanistan, wenn es ganz seiner Einflußsphäre überwiesen sei, besetze und als Aufmarschgebiet gegen Rußland organisiere (Nr. 473), worauf die Engländer mit der Zusage, den Zustand des Landes nicht ändern zu wollen, antworteten. (Nr. 481). In der Frage der Handelsagenten mußten die Russen nachgeben, aber hartnäckig hielten sie an dem Vorsatz fest, die Beziehungen zwischen dem Emir und England in möglichst engen Schranken zu halten. Aber da kam den Engländern die Verbindung mit der orientalischen Frage zu Hilfe. Wiederholt hatte Iswolski während der Verhandlungen die Frage der Öffnung der Meerengen zugunsten Rußlands angeschnitten und stets die Vertröstung er-

halten, alles werde sich nach dem Abschluß des asiatischen Vertrags finden. Jetzt, als die Russen immer wieder die afghanisch-indischen Beziehungen zu lockern suchten, spielte Grey einen Haupttrumpf aus: „Seiner Majestät Regierung“, mußte der englische Botschafter in einer Denkschrift Iswolski erklären, „hofft aufrichtig, daß die kaiserlich russische Regierung erkennen wird, daß indirekt größere Dinge auf dem Spiel stehen als die direkt mit diesem Abkommen verknüpften, denn Seiner Majestät Regierung hegte durchweg die Erwartung und den Glauben, daß ein Abkommen über ihre beiderseitigen Interessen in Asien, wenn in freundschaftlicher Weise ausgeführt, die Stimmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien derart beeinflussen würde, daß dadurch freundschaftliche Beziehungen in Fragen, die in Zukunft anderwärts auftauchen können, ermöglicht werden würden. Ohne ein solches Abkommen muß diese Erwartung vereitelt werden.“ (27. August 1907. Nr. 510.) Englands Position bei der Verknüpfung der orientalischen und asiatischen Dinge war ungleich stärker als die Rußlands. Diesem war Englands Wohlwollen unentbehrlich, um in der Meerengenfrage einen Erfolg zu erzielen und eine aktivere Orientpolitik betreiben zu können; England konnte den augenblicklichen Zustand in Europa wie in Asien in der Schwebe lassen, ohne auf absehbare Zeit etwas befürchten zu müssen. Daher hatte der schwach verschleierte Hinweis auf die Dardanellenfrage sofortige Wirkung: einen Tag nach der Überreichung dieses freundschaftlichen Ultimatums stimmte der russische Ministerrat den britischen Forderungen zu (28. August 1907, Nr. 511).

Mit Befriedigung blickte Grey auf sein Werk zurück. „Jedermann hinter den Kulissen weiß“, schrieb er an Nicolson, der seit 1906 als Botschafter in Petersburg mit großem Eifer die Idee der Entente verfochten hatte, „daß das, was wir strategisch gewonnen haben, realer Art ist, während die scheinbaren Opfer, die wir in wirtschaftlicher Hinsicht gebracht haben, nicht realer Art sind.“ (Febr. 1908. Nr. 550.) Allerdings könne die Vereinigung zwischen England, Frankreich und Rußland im europäischen Konzert nur schwach sein, da Rußlands innere Angelegenheiten noch nicht gesichert seien und Frankreich in Marokko gefesselt sei, aber „in zehn Jahren mag eine Vereinigung von Britannien, Rußland und Frankreich imstande sein, die Politik des nahen Ostens zu beherrschen, und innerhalb dieses Zeitraumes werden es die Ereignisse immer klarer machen, daß es im russischen und in unserem Interesse liegt, zusammen zu arbeiten: aber wir müssen langsam vorgehen.“

Diese Worte bestätigen noch einmal, welche Bedeutung das Abkommen in bezug auf den Orient haben sollte, und es ist ver-

ständig, daß Rußland i. J. 1908 die Dardanellenfrage aufwarf in der Zuversicht, von England unterstützt zu werden. Freilich entwickelten sich die Dinge dann weniger glatt als Iswolski gehofft hatte: ein unerwartetes Ereignis, die jungtürkische Revolution, veranlaßte die englische Regierung, ihre früheren Verheißungen einstweilen wenigstens zu verleugnen, und brachte neue Probleme und Kombinationen hervor. Es ist bekannt, daß diese Seite des englisch-russischen Einvernehmens je länger desto mehr den Charakter einer Offensive gegen die Mittelmächte angenommen hat, in Asien zeigte sich die entsprechende Seite sofort. Allerdings hatten sich Enland und Rußland während der Verhandlungen gelegentlich versichert, daß ihr Abkommen keine Feindseligkeit gegen Deutschland oder eine andere Macht enthalten solle, aber wir wissen bereits aus den angeführten Zeugnissen, was solche Versicherungen wert sind. Die praktische Politik nahm unverzüglich eine Wendung gegen Deutschland in Persien und im Gebiete der Bagdadbahn: sprachen es doch Benckendorff und Sasonow später mit dürren Worten aus, daß infolge des Abkommens von 1907 Rußland und England an der Verdrängung Deutschlands aus Persien arbeiteten und der Bagdadbahn Hindernisse zu bereiten bestrebt seien (17. August 1910, 26. Febr. 1911, Okt. 1912, Siebert, Diplomatische Aktenstücke). In Deutschland erkannte man bald, daß die russische Politik eine antideutsche Wendung genommen habe: „Wir dürfen uns keinerlei Hoffnungen hingeben“, schrieb Graf Pourtalès (März 1908), „daß die Dienste, die wir in den letzten Jahren Rußland erwiesen haben, . . . irgendwie ins Gewicht fallen werden.“

Kaiser Franz Joseph zum Gedächtnis. *)

Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages (18. August).

Von Paul Herre.

Der 18. August ist der Tag, der 68 Jahre lang in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie als der Geburtstag des Herrschers überall in festlichen Veranstaltungen gefeiert wurde. Er jährt sich jetzt zum hundertsten Male, und es ist wohl angebracht, an diesem Tage des Monarchen zu gedenken, dessen Regierung zur Schicksalwende für die Völker des habsburgischen Kaiserstaates geworden ist.

Kaiser Franz Joseph gehört weder nach Veranlagung noch nach Wirksamkeit zu den überragenden Gestalten der Geschichte. Er war vor allem ein Mensch mit gesundem Verstand und nüchternem Urteil. Ganz ungeistig und fremd aller Abstraktion sah er die Probleme des staatlichen Lebens nur im Rahmen des greifbaren politischen Lebens. Er kannte nichts als den unmittelbaren Fall und verausgabte sein Können und Wollen in der allem wegweisenden Führertum abgewandten gleichmäßigen Tagesarbeit der Regierungsgeschäfte. Trotzdem darf er zu den fürstlichen Erscheinungen von historischer Bedeutung gerechnet werden. Und dies deswegen, weil er mit einer Pflichttreue, die keine Grenze kannte, als bewußte Verkörperung der Tradition seiner Dynastie und seines Staates unbeirrt seinen Weg ging und so eine geschichtliche Periode repräsentierte.

Zwei Menschenalter lang, von der Revolution des Jahres 1848, die das Dasein der habsburgischen Monarchie bis in die Grundfesten erschütterte, bis in das Toben des Weltkriegs, dessen Ausgang dem Völkerstaat an der Donau den Untergang brachte. Als achtzehnjähriger Jüngling trat Franz Joseph seinen schweren Herrscherberuf an, und erst dem 86 jährigen Greis nahm der Tod das Szepter aus den müden Händen. Welch ein ungeheurer Wechsel in den Dingen des Staates, der Gesellschaft, der Kultur und der Technik ist in dieser Zeitspanne beschlossen! Und doch hat er den Kaiser innerlich fast unverändert gelassen. Am Anfang wie am

*) Wir veröffentlichen den nachstehenden Aufsatz mit liebenswürdiger Genehmigung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die den Artikel in ihrer Ausgabe vom 17. August 1930, Nr. 381, erstmalig gebracht hat.

Die Schriftleitung.



Kaiser Franz Joseph von Österreich empfängt aus den Händen eines wallachischen Buben eine Bittschrift

Ende fühlte sich Franz Joseph als Herrscher von Gottes Gnaden, nicht mit mystischer Gebärde, aber doch in der vornehm-ritterlichen Haltung echter Majestät; trotz eines leutseligen Sichgebens, zumal den einfachen Menschen gegenüber, unnahbar und in kühler Ferne. Indem er sich in starker Betonung mit seinem hohen Amt gleichsetzte, erhob er sich wie ein Symbol über seinen Völkern, und das Unpersönliche seines Wesens, das sich, selten genug, nur wenigen Vertrauten erschloß und mit dem eine merkwürdige Härte gegen seine nächsten Ratgeber verknüpft war, entsprach in eigenartiger Weise der Stellung, die er an der Spitze einer Völkervielheit einnahm.

Bei aller Zurückhaltung war Franz Joseph nicht unbeliebt, in den letzten Jahren beinahe populär. Das verdankte er nicht nur seiner schlichten Art im Umgang mit den Untertanen, sondern auch dem richtigen Empfinden, daß sich hinter der kühlen Reserviertheit des Herrschers die reine Gesinnung eines pflichttreuen, wenn auch gefühlsarmen Mannes verbarg. Später aber brachten ihn die zahlreichen Unglücksfälle und Schicksalsschläge, die ihn als Menschen und Monarchen durch das ganze Leben begleiteten, dem Volke nahe, obschon auch damals in den oberen Schichten die Kritik nicht verschwand, von der Opposition bei den staatsfeindlichen Nationalitäten zu schweigen. Zumal im Bereiche der Familie trafen ihn Heimsuchungen, deren tragische Kette wohl Mitgefühl erwecken konnte. Daß die Liebeshe, die der junge Kaiser 1854 mit der ebenso schönen wie geistig hochstehenden und kunstsinnigen Prinzessin Elisabeth von Bayern einging, in schwerer Entfremdung endigte, daran trägt er freilich eine erhebliche Mitschuld, die durch die Versöhnung in den Schicksalsjahren 1866/67 und den späteren Ausbruch einer seelischen Erkrankung der schließlich sinnlos hingemordeten Gemahlin nicht aufgehoben wurde. Eine furchtbare Katastrophe dagegen war für Franz Joseph der tragische Selbstmord seines wenig gefestigten Sohnes Rudolf. Die häufigen Enttäuschungen, die ihm die Angehörigen seiner degenerierten Dynastie bereiteten, trafen ihn nicht nur rein menschlich, sondern auch in seiner Empfindlichkeit als Oberhaupt des alten Erzhauses. Kein Wunder, daß die Einsamkeit das Kennzeichen seiner letzten Jahrzehnte war. Diese wurde noch geflissentlich von seiner Umgebung genährt, die um seine für die Monarchie kostbare Gesundheit besorgt, die Anstrengungen der Repräsentation von ihm fernzuhalten suchte.

Man kann zweifeln, ob diesen menschlichen Erlebnissen gegenüber die politischen schwerer wogen. Das steht jedoch fest: für das Tun und Lassen auf staatlichem Gebiete trug der Kaiser nahezu allein die Verantwortung. Will man das Ziel seiner Regierungs-

tätigkeit mit einem Worte umschreiben, so darf man sagen, daß die Wahrung der kaiserlichen Machtstellung das politische Hauptziel Franz Josephs war. Über alle Sprünge und Widersprüche hinweg bildete der Glaube an Österreich die Grundlage seines staatlichen Handelns. Dieses Österreich aber war bei allem Wandel der Dinge nach seiner inneren Überzeugung der alte zentralistische, durch den Kitt der deutschen Kultur, Sprache und Gesittung zusammengehaltene und deutsch geführte Kaiserstaat, mit dem sich weder Nationalitäten-Föderalismus noch österreichisch-ungarischer Dualismus als etwas Dauerndes vertrug.

In dieser unverrückbaren politischen Grundanschauung lag das Statische des geschichtlichen Wirkens Franz Josephs. Im normalen Gang der Ereignisse gewährleistete es die ruhige Funktion der Staatsmaschine, zumal nach der verwaltungsmäßigen Seite, aber hinsichtlich der Aufgaben, die eine neue Zeit an die Führung des überalterten Völkerreiches stellte, setzte es dies Gefahren aus, denen es früher oder später erliegen mußte. Es war ein Verhängnis, daß der Kaiser, damals noch ein jugendlicher unerfahrener Regent, aus der großen Umwälzung der Revolutionsjahre nur die Überzeugung von der Notwendigkeit des Absolutismus in sich aufnahm und unter dem Einfluß älterer Ratgeber sich den Reformen verschloß, die der bekannte Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstags im Sinne eines Neubaus des habsburgischen Kaiserstaats im Verein mit den Völkern erstrebte. So folgte dem stolzen Sieg über die Revolution eine Kette von Niederlagen.

Die Wandlung brachte die Katastrophe von 1859, und in starker äußerer Anpassungsfähigkeit war Franz Joseph nun bereit, sich mit den neuen Zeitgewalten des Nationalismus und Liberalismus zu verständigen. In der Periode von 1866/71 suchte er, aus Italien ausgewiesen, die Entwicklung in Deutschland noch einmal zugunsten der Wiederherstellung seiner kaiserlichen Macht auszunutzen, aber die Reichseinigung von Versailles ließ ihn als nüchternen Rechner sich mit dem Unabwendbaren abfinden. Das Bündnis mit dem neuen deutschen Nationalstaat bot ihm, der sich zeitlebens als „deutscher Fürst“ fühlte, einen Ersatz für das, was verlorengegangen war, und blieb die unveränderliche Basis seines außenpolitischen Regierungssystems.

Innerpolitisch aber verharrte der Kaiser auf seinem Standpunkt. Gewiß wurde er diesseits und jenseits der Leitha ein konstitutioneller Herrscher, aber da der Parlamentarismus sich in dem von auseinanderstrebenden Tendenzen erfüllten Völkerstaat als arbeitsunfähig erwies, blieb Franz Joseph in der österreichischen Reichshälfte tatsächlich beinahe ein Monarch alten Rechts, nur mit dem

Unterschied, daß die Deutschen mehr und mehr aus der Stellung des Staatsvolkes verdrängt wurden. In Ungarn aber gingen die Dinge den entgegengesetzten Weg. An sich war die Aufrichtung des Dualismus in der Lage von 1866/67 unvermeidlich, aber er durfte nur eine Durchgangsstation sein. Die Entwicklung zum Nationalitätenstaat ging unaufhaltsam vorwärts, und es war mit dem Interesse des Gesamtstaats nicht vereinbar, daß die ungarische Reichshälfte dem Machtwillen des madjarischen Herrenvolkes preisgegeben blieb. Nachdem die Unhaltbarkeit der Lösung in den 80er und 90er Jahren sich klar herausgestellt hatte, war es die Aufgabe der Generation um die Jahrhundertwende, den inneren Umbau der Monarchie planvoll und auf weite Sicht in Angriff zu nehmen. Daß Franz Joseph weder den Willen noch die Schöpferkraft besaß, diesen lebensnotwendigen Prozeß einzuleiten, ist seine geschichtliche Schuld.

Außenpolitisch versank das kaiserliche Regiment zuletzt in Passivität. Den Vorstoß Aehrenthals in der Annexionskrise von 1908/09 hat Franz Joseph nur zugelassen, weil er die Monarchie durch die Umgestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan bedroht sah, und vollends die Entscheidung vom Juli 1914, aus der der Weltkrieg hervorstach, war ihm nur eine defensive Maßnahme. Man hat diese konsequente Friedenspolitik der letzten Jahrzehnte gerühmt und getadelt. Der objektive Betrachter wird zugeben müssen, daß es Österreichs geschichtliches Recht gewesen wäre, gegenüber der gefährlichen Umstellung von Ost und Süd in starkem Vorstoß sich rechtzeitig Luft zu machen. Aber er wird ebenso entschieden hinzufügen, daß das nur in Verbindung mit einer wirklichen Neugestaltung der Monarchie auf der Grundlage föderalistischer Prinzipien hätte geschehen dürfen. Das bleibt der Kernpunkt der österreichisch-ungarischen Frage der Vorkriegszeit.

Der Mord von Sarajewo und der Ausgang des Weltkriegs haben verhindert, daß der Versuch von einer jüngeren, neuen politischen Ideen zugewandten Herrscherpersönlichkeit unternommen wurde. Statt dessen brach der habsburgische Kaiserstaat zusammen. Aber niemand wird behaupten wollen, daß durch das Diktat von St. Germain eine staatliche Lösung geschaffen worden ist, die den Lebensbedürfnissen der Völker an der Donau entspricht. Hier liegt die viel größere geschichtliche Schuld jener gedankenarmen Machthaber der Siegerstaaten, die sich vermaßen, ein nach neuen Gestaltungsprinzipien drängendes Europa mit den alten Mitteln einer hohlen Machtpolitik zu sanieren.

Was mir Minister Witte erzählte.

Von Carl Graf Moy.¹⁾

In den kritischen Tagen des Juli 1914 bin ich mit dem körperlich und geistig wuchtigen Minister Grafen Witte in Salzschlirf bei Fulda zusammengetroffen, wo er die Badekur brauchte ebenso wie ich. Vorher war ich dem gewaltigen Manne nicht nähergetreten; im Laufe der Jahre 1893—98 war ich ihm zwar öfters bei Festlichkeiten in Petersburg begegnet, aber der mit Geschäften überlastete Finanzminister wandte dem bayerischen Legationssekretär nicht eben viel Interesse zu und verkehrte sehr wenig in den Salons der Hauptstadt, die seiner Frau nicht ganz ohne Grund verschlossen waren; als ich in den Jahren 1906—1909 als Gesandter in Rußland weilte, war Witte in Ungnade gefallen und verbrachte den größten Teil des Jahres außerhalb Petersburgs. In Salzschlirf fand ich aber gleich eine gemeinsame Bekannte, die uns zusammenbrachte; schon die erste Begegnung war sehr interessant, wenn auch nicht eben gemütlich; der russische Bär ließ mich zunächst seine Tatzen fühlen. Er fing davon an, daß ein Journalist nach Salzschlirf gekommen sei, um ihn auszuforschen; er habe ihn aber mit der Redensart abgespeist, er glaube an die Erhaltung des Friedens und mir könne er auch nichts anderes sagen; bald aber enthüllte er mir die ganze Sorge, welche ihm die augenblickliche Lage einflößte; die maßlosen Rüstungen aller europäischen Staaten verhinderten diese, auf das Wohl der ärmeren Volksschichten Bedacht zu nehmen, deren Los sich andauernd verschlechterte; die Franzosen hätten sich sogar dahin treiben lassen, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen, ihr Land werde aber höchstens 2 bis 3 Jahre ohne die größten Schädigungen des Erwerbslebens eine solche verlängerte Dienstpflicht ertragen; innerhalb dieser Zeit werde also wahrscheinlich der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrechen. Mein Hinweis auf die statistisch bewiesene Aufwärtsbewegung in der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters verfiel nicht; auch meine Behauptung, daß Deutschland, was die Zahl der ausgehobenen Rekruten anlangt, hinter seinen beiden Nachbarn nachhinkte, wurde abgelehnt; schließlich wollte

¹⁾ Graf Moy war von 1903—1906 bayerischer Gesandter in Paris und von 1906—1909 Gesandter in Petersburg. Von 1910—1918 vertrat er Bayern in Stuttgart.

Die Schriftleitung.



Graf Sergei Juljewitsch Witte
Russischer Ministerpräsident 1905—1906

ich aber auch nicht den Anschein erwecken, als ob in Deutschland die Aussicht auf einen Krieg mit maßlosem Schrecken betrachtet werde und sagte, es sei ja vielleicht notwendig, daß die Luft in Europa durch einen Krieg der Großmächte gereinigt würde, aber die Gefahr bestehe darin, daß es wohl kaum bei einem Kriege bleiben würde, da meist ein Krieg noch weitere im Gefolge habe. Graf Witte richtete sich hoch auf und sagte mir: „Sie irren sich; man wird die Besiegten so zahlen lassen, daß sie keine Lust haben werden, wieder anzufangen.“ Wer nach seiner Ansicht die „Besiegten“ sein würden, war aus dem Tone seiner Rede zu entnehmen, wenn er auch nach dem, was er vorher über die verlängerte Dienstpflicht Frankreichs gesagt hatte, unmöglich den Deutschen die Schuld für das „Anfangen“ des Krieges aufbürden konnte. Seine Vorhersagung ist ja eingetroffen, aber doch anders, als er es gemeint hatte.

Bei unseren späteren, immer häufiger werdenden Gesprächen ist Graf Witte nie mehr so ausfallend geworden und es hat sich ein freundschaftlicher Ton herausgebildet, so daß ich mit Vorliebe die etwas abgelegene Allee zu meiner Morgenpromenade aufsuchte, in welche Witte gewöhnlich seine schweren Schritte lenkte. Er hatte nur seinen Enkel, ein keines Kind, bei sich und ging im allgemeinen den Menschen aus dem Wege; Russen waren nicht viele in Salzschlirf und die meisten von ihnen mieden den Grafen Witte; hat mir doch eine russische Fürstin dort schwere Vorwürfe gemacht, daß ich mit einem Menschen verkehre, der sein Vaterland verraten habe; wieso Witte sein Vaterland verraten haben solle, ist mir nie klar geworden; aber er war damals nicht in Übereinstimmung mit der herrschenden politischen Strömung, und solchen Männern ist zu allen Zeiten nachgesagt worden, daß sie ihr Vaterland verraten hätten.

Das Jahr 1914 war so mit Hochspannung geladen, daß es an Anknüpfungspunkten für die Konversation nie fehlte. Einmal kam Witte ganz bestürzt mit der Nachricht, daß Rasputin von einer Frau schwer verwundet worden war; er meinte, es könnte gewaltige Folgen für Rußland haben, wenn Rasputin nicht wieder genesen würde, und es würde jedenfalls die Kaiserin durch das Ereignis so erschüttert werden, daß sie den Verstand verlieren könnte. Ob wohl Witte ahnte, daß Rasputin damals der einzige Mann in Rußland war, der den Zaren im Sinne des Friedens hätte beeinflussen können? Nur so ist mir die Bedeutung erklärlich, die Witte dem Attentate auf Rasputin beilegte. Eines Tages machte er mich in schwerer Sorge auf die Zeitungsberichte über den Empfang des Präsidenten Poincaré in Petersburg aufmerksam. Er ent-

nahm aus denselben, sowie aus den bei dieser Gelegenheit gewechselten Toasten, daß man dort gar keine Rücksicht mehr auf Deutschland nehme und er sah darin ein Symptom für die allergrößte Kriegsgefahr.

In die lebhafteste Erregung aber versetzte den Grafen Witte das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien. Von dem Augenblicke an hielt er den Krieg für unvermeidlich und es war auffallend, wie diese Aussicht ihn verjüngte und seine Lebensgeister entflammte. Gewöhnlich sprach er mit Resignation von Rußland, das auf seine Stimme nicht mehr hören wolle; aber der Krieg, den er nicht gewünscht hatte, erfüllte ihn mit neuer Hoffnung auf eine Tätigkeit von weltgeschichtlicher Bedeutung; er sah sich wohl schon in der Rolle eines Friedensvermittlers, wie er sie in Portsmouth gespielt hatte. Dazu ist es leider nicht gekommen; er ist vorher gestorben, bevor er seinem Vaterlande den größten Dienst hätte leisten und dem unsinnigen Kriege ein Ende machen können. Die Sasonow, Paléologue und Buchanan fürchteten sich vor ihm und atmeten, wie Paléologue schrieb, erleichtert auf, als die Nachricht von seinem Tode eintraf; sie hatten recht, denn bei ihm stand die Existenz Rußlands höher im Werte als der Sieg der Entente, und er wäre für einen vernünftigen Frieden für Deutschland zu haben gewesen.

Dabei ist er wahrhaftig kein Deutschlandfreund gewesen; das habe ich in den vielen Konversationen feststellen können, die ich mit ihm hatte und in denen natürlich das Verhältnis von Rußland zu Deutschland die Hauptrolle spielte. So wäre ihm im wirtschaftlichen Kampfe mit Deutschland jedes Mittel recht gewesen, das die Position Rußlands gestärkt hätte; sagte er mir doch einmal, Rußland müsse in den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit der Maßregel drohen, daß es seinen Arbeitern verbieten könne, sich zur Feldbestellung nach Deutschland zu verdingen; die ostdeutsche Landwirtschaft werde in die größte Verlegenheit kommen ohne die Hilfe der sogen. Sachsengänger. Auf meinen Einwand, daß es doch auch sehr hart gegenüber seinen russischen und polnischen Arbeitern sein würde, wenn Rußland sie verhinderte, sich ihren reichlichen Verdienst in Deutschland zu suchen, erwiderte der russische Gewaltmensch, er habe auch dafür schon einen Ausweg vorgeschlagen, daß man nämlich die Arbeiter aus Rußland nach Frankreich leite, welches durch die Wiederaufnahme der dreijährigen Dienstzeit so viel für die gemeinsame Sache leiste und sich dadurch einen schweren Mangel an Arbeitskräften auflade.

Witte wollte allerdings einen Bund mit Deutschland, aber nicht ohne, daß Frankreich daran beteiligt sei und an letzterer Voraus-

setzung sind alle seine diesbezüglichen Bemühungen gescheitert. Er hatte schon in seiner Stellung als Finanzminister bei seinem Souverain und bei Kaiser Wilhelm in diesem Sinne gewirkt und hat, als er nach Abschluß des Friedens von Portsmouth (1905) in Rominten zu Gast war, bei Kaiser Wilhelm ein williges Ohr für seine politische Lieblingsidee gefunden; er hat sich damals bereit erklärt, Frankreich zu einem Anschlusse an die Bündniskombination zu veranlassen, wenn sein Herrscher ihn als Botschafter nach Paris entsenden wolle; aber der deutsche Kaiser, der wohl schon wußte, daß er als Ministerpräsident für Rußland in Aussicht genommen war, sagte ihm, er werde zunächst in seinem Vaterlande gebraucht werden. Witte glaubte noch 1914, die Aufgabe, Frankreich für das kontinentale Mächtebündnis mit Deutschland zu gewinnen, wäre damals, nämlich 1905, nicht unmöglich gewesen, obwohl die Marokkofrage schon so viel Schaden gestiftet hatte; seither aber seien durch Iswolsky alle Brücken zwischen Deutschland und Rußland abgebrochen worden und jedes Bemühen im Sinne seines politischen Ideals aussichtslos geworden; auch Iswolskys Nachfolger, Sasonow, von dessen geistigen Fähigkeiten Witte nicht viel hielt, sei im Banne deutschfeindlicher Ideen. Auf meine Äußerung, daß allerdings gegenwärtig die ganze öffentliche Meinung Rußlands sich feindlich zu Deutschland stelle, antwortete der Mann, dem eine nicht unbeträchtliche Kenntnis Rußlands zuzutrauen war, eine öffentliche Meinung gebe es in Rußland nicht, es seien höchstens 10 000 Menschen dort, die einer politischen Idee fähig seien, und diese könne eine energische Regierung, wenn sie wolle, in drei Monaten umstimmen.

Kaiser Wilhelm habe grobe Fehler in seiner Politik gegenüber Rußland gemacht und wenn ein großer europäischer Krieg ausbräche, werde ihm die Nachwelt den Vorwurf machen, daß er ihn nicht zu verhindern verstanden habe. Witte gab mir zwar zu, daß andere Souveraine und Staatsmänner größere Vorwürfe verdienten als unser Kaiser, aber er ließ es sich nicht nehmen, daß der Fehler des Kaisers Wilhelm darin bestanden habe, sich nie zu einem festen Anschlusse entweder an Rußland oder an England entschlossen zu haben. Im Jahre 1914 hat mir diese Ansicht des großen russischen Staatsmannes einen solchen Eindruck gemacht, daß ich sie mir im Wortlaute notiert habe, und noch heute, nachdem sie so ziemlich zur allgemeinen Überzeugung geworden ist, kann ich mich nicht enthalten, diese lapidaren Worte hier zu wiederholen: „L'histoire va faire un grand reproche à Votre Empereur de n'avoir pas su se décider entre la Russie et l'Angleterre.“

Sehr günstig seien die Chancen für eine intime Verständigung zwischen Deutschland und Rußland im Jahre 1905 nach dem russisch-japanischen Kriege gewesen, in welchem Rußland es hoch zu schätzen wußte, daß Deutschland ihm die Möglichkeit gewährte, seine europäische Grenze von Truppen zu entblößen, aber Deutschland hätte sich dafür mit einem für uns sehr günstigen Handelsvertrage bezahlen lassen, dessen nachteilige Wirkung auf den russischen Wohlstand im Laufe der Zeit verstimmend gewirkt habe.

Witte war überzeugt, daß weder Kaiser Wilhelm noch Zar Nikolaus den Krieg wollten, ersterer, weil er dabei die Ererungenschaften seiner 25jährigen Regierung aufs Spiel setze, letzterer, weil er sich dessen erinnere, was ihm der Krieg gegen Japan gebracht habe; allerdings werde der Zar leichter zum Kriege zu verleiten sein, weil ihm die Hoffnung lächeln müsse, die Scharte des japanischen Krieges wieder auszuwetzen; die Hauptgefahr für den Frieden bestehe darin, daß die Politiker namentlich in Frankreich den Krieg einem langsamen Verbluten vorziehen würden, zu dem die Rüstungsausgaben führen müßten.

Der Kriegswille Rußlands muß ihm doch schon ein paar Monate vor dem Juli 1914 große Sorge gemacht haben, denn Witte erzählte mir, daß er vor seiner Reise ins Ausland eine Audienz beim Zaren nachgesucht habe, um ihn vor dem Kriege zu warnen; er verstehe zwar nichts von der militärischen Rüstung, sei aber zu der Überzeugung gekommen, daß sein Vaterland finanziell für den Krieg nicht gerüstet sei. Sein Nachfolger Kokowzew habe den großen Fehler gemacht, den obersten Beamten des Finanzministeriums zu erlauben, in die Aufsichtsräte der großen Banken einzutreten; schließlich hätten nur mehr diese Geldinstitute prosperiert, aber nicht mehr die Staatsfinanzen. Kokowzew habe die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol maßlos vermehrt und gar nichts mehr zur Bekämpfung der Trunksucht getan; unter seiner, Wittes, Verwaltung, welche das Branntweinmonopol geschaffen hat, habe dieses höchstens 500 Millionen Rubel jährlich getragen; Kokowzew aber habe daraus bis zu einer Milliarde jährlich gezogen. Durch die übertriebene Ausschlachtung des Branntweinmonopols sei das ganze Steuergelände Rußlands zu einem ungerechten geworden; zu den Einnahmen des Monopols steuerten hauptsächlich die unteren Klassen bei, dazu kämen weitere 500 Millionen, welche die kleinen Leute, namentlich die Bauern, an direkten und indirekten Steuern aufzubringen hätten; die übrigen Volksklassen Rußlands mit ihrer größeren Steuerkraft würden nur mit 500 Millionen herangezogen, wenn man den jährlichen Steuereingang mit ungefähr 2 Milliarden annehme. Witte hatte deshalb eingegriffen

und rühmte sich mir gegenüber, beim Zaren persönlich erreicht zu haben, daß der Minister Kokowzew in ziemlich unverhelter Ungnade entlassen wurde.

Die Prognosen für den täglich wahrscheinlicher werdenden Krieg stellte Graf Witte verschieden, je nach seiner momentanen Stimmung; einmal sagte er mir, wenn Deutschland den Krieg vor sieben Jahren angefangen hätte, so hätte es 80 Prozent Wahrscheinlichkeit eines Sieges für sich gehabt, vor drei Jahren wären es noch 60 Prozent gewesen, in 1914 seien es nicht mehr 50 Prozent. Ein andermal meinte er, wenn Rußland in einen Krieg gegen den Dreibund verwickelt würde, so werde es bei uns zu einem Zwangskurse für die Banknoten, in Rußland aber zu einem Staatsbankrott kommen, auch sei eine Revolution und die Loslösung verschiedener Fremdstämme von Rußland zu fürchten. Er rechnete nämlich noch immer damit, den Dreibund vereint gegen die Entente auftreten zu sehen, zitierte allerdings einmal das Wort eines alten Diplomaten, man müsse immer Italien im Frieden gegen sich haben, dann werde man es im Kriege für sich haben. England liebte Witte zu wenig, als daß er auf seinen Beistand im Kriege gerechnet hätte; er fürchtete es und meinte, wenn es zu einem europäischen Kriege komme, so werde das Inselreich der einzige gewinnende Teil sein, ob es sich daran beteilige oder nicht. England werde Rußland hineinlegen, wie es dies auch schon mit dem Abkommen über Persien getan habe; die südliche Zone von Persien gehöre zu der Interessensphäre Englands; dieses habe aber auch seinen Einfluß auf die nördliche Zone nicht aufgegeben, weil in Teheran die beiden Mächte ihre Einwirkung auf die persische Regierung auszuüben das Recht hätten und weil dort England stärker sei als Rußland. Die russische Regierung habe in Persien überhaupt unglücklich abgeschnitten; auch die Abmachungen Rußlands mit Deutschland betreffend den Ausbau der Bagdadbahn und ihren Anschluß an Persien verurteilte Graf Witte; er meinte, die Folge dieser Vereinbarung werde sein, daß die deutschen Waren den ganzen persischen Markt beherrschen würden und daß Rußland davon ausgeschlossen sein werde, da sein Export dem deutschen gegenüber nur dann konkurrenzfähig sei, wenn er besonders geschützt sei.

Das einzige Moment, auf welches er in jenen Tagen noch Friedenshoffnungen stützte, waren die guten Beziehungen zwischen den beiden Kaisern. Die letzten Begegnungen seien freundschaftlich verlaufen und der Zar habe sich eine gewisse Hinneigung zu Kaiser Wilhelm bewahrt. Witte rühmte sich, in dieser Beziehung einen guten Einfluß ausgeübt zu haben; Fürst Bülow habe ihn einmal gefragt, was denn zu machen sei, damit die Beziehungen

zwischen den beiden Souveränen bessere würden und namentlich auch die Zarin Alexandra weniger abwehrend gegen unsere kaiserliche Familie sich stellte. Witte gab nun den Rat, man möge von Berlin aus den Großherzog von Hessen so freundlich wie möglich behandeln, das werde den besten Einfluß auf die Zarin und damit auch auf den Zaren ausüben. Bülow habe später dem Grafen Witte für seinen Rat gedankt, dessen Ausführung einen unleugbaren Erfolg gehabt habe.

Man solle aber in Deutschland sich nicht der Illusion hingeben, meinte Witte 1914, daß man in absehbarer Zeit Rußland dazu bringen könne, von Frankreich abzurücken; Rußland werde noch lange auf französisches Kapital angewiesen sein und werde auch dann noch, wenn es kapitalkräftig genug für seine eigenen Bedürfnisse geworden sei, Frankreichs Hilfe brauchen, um aus politischen Gründen anderen Staaten Geld zu leihen oder zu verweigern; dies habe sich erst kürzlich gezeigt, als den Bulgaren der französische Markt verschlossen werden mußte. Frankreich sei noch für lange Zeit der Kassier von Europa.

Je trüber die Ausblicke in die Zukunft waren, um so lieber verweilte Witte in seinen Gedanken bei der Vergangenheit, und wenn er in guter Stimmung war, so brauchte man nur wenig an dem Faden seiner Erzählung zu spinnen; die Spule lief von selbst ab. Ich hatte dabei eine ausgezeichnete Partnerin, die Frau des englischen Admirals Wemyß, eine Tochter des englischen Botschafters Sir Robert Morier, die trotz der Feindschaft, mit der Bismarck ihren Vater verfolgte, starke Sympathien für Deutschland hatte; sie schloß sich unseren Spaziergängen gerne an und verstand es, den alten Herrn dazu zu bringen, aus den reichen Schätzen seiner Erinnerung auszukramen. Es schien ihn selbst einmal zu wundern, wieviel er mir erzählte und er sagte mir: „Ich weiß nicht, warum ich Ihnen das alles erzähle; vielleicht weil Sie der Schwiegersohn des Fürsten Radolin sind, den ich sehr gerne habe.“ Die Engländerin machte mir gegenüber einmal die etwas boshafte Bemerkung, Graf Witte erinnere sie an eine alternde Schöne, welche von ihren Erfolgen erst dann zu sprechen beginne, wenn keine Aussicht auf deren Wiederholung bestehe. Natürlich erzählte der listenreiche Staatsmann mit Vorliebe von seinen Erfolgen, namentlich von seiner Glanzzeit, als er nach Abschluß des Portsmouther Friedens nach Europa zurückkehrte; er war etwas subjektiv, aber immer interessant, und es lohnte sich jedesmal, den etwas langatmigen, in stockendem Französisch vorgebrachten Ausführungen zu lauschen. Ich will versuchen, sie in Folgendem chronologisch geordnet aus den Notizen zusammenzustellen, die ich

mir jeden Abend nach den Spaziergängen mit dem Grafen Witte gemacht habe.

Nachdem bei der Moskauer Krönung 1896 ein Defensivvertrag zwischen Rußland und China abgeschlossen worden war, hat bei seinem Besuche in Petersburg Kaiser Wilhelm den Kaiser Nikolaus gefragt, ob er etwas dagegen hätte, wenn Deutschland Kiautschou nehmen würde. Der Zar antwortete: Nein; hatte aber bald das Gefühl, überrumpelt worden zu sein und besprach die Sache nur mit dem Großfürsten Alexei, seinem Onkel, aber nicht mit den Ministern. Als Witte, der damals nur Finanzminister war, dem aber die Pflege der Beziehungen zu China besonders am Herzen lag, davon erfuhr, daß Deutschland im Begriffe war, Kiautschou zu besetzen, veranlaßte er die Einberufung eines Kronrates, um die Stellungnahme Rußlands festlegen zu lassen. Witte sprach energisch dagegen, daß Rußland seine Zustimmung gäbe und der Zar sagte immer noch nicht, was zwischen ihm und dem Kaiser Wilhelm vorgefallen war; es wurde damals im Kronrat verlangt, daß Rußland Port Arthur nehmen müsse, wenn Deutschland Kiautschou nehme; auch dagegen wendete sich Witte mit aller Energie. Bei Aufhebung des Kronrates beauftragte der Kaiser den Minister Witte, das Protokoll über die Sitzung zu machen und erlaubte ihm, gleich auf die deutsche Botschaft zu gehen, um den energischen Wunsch auszusprechen, daß die Besetzung von Kiautschou unterbleibe. Der Botschafter, Fürst von Radolin, war abwesend und der Botschaftsrat von Tschirschky nahm die Mitteilung entgegen. Die Besetzung von Kiautschou wurde aber nicht rückgängig gemacht, sondern dem Minister Witte gelegentlich von deutscher Seite gesagt, er wisse wohl nicht, daß eine Besprechung dieser Angelegenheit zwischen den beiden Kaisern stattgefunden habe. Witte hatte dies inzwischen durch den Großfürsten Alexei erfahren, hatte aber so lange als möglich sich den Anschein gegeben, es nicht zu wissen; ändern konnte er nichts mehr, nachdem ihn sein Kaiser durch Schwäche und Unaufrichtigkeit in eine falsche Situation gegenüber der deutschen Botschaft gebracht hatte. Das geschehene Unglück wurde nach seiner Ansicht dadurch vergrößert, daß nun Graf Murawjew, der Minister des Äußern, dem Zaren glauben machte, daß die Engländer Port Arthur besetzen würden, wenn Rußland es nicht nehme. So ließ sich Kaiser Nikolaus bewegen, dem Admiral Dubassow den Auftrag zur Besetzung von Port Arthur zu geben; es waren dort aber chinesische Truppen, und es wäre nicht ohne Blutvergießen und ohne Krieg abgegangen. Da versuchte Witte den Weg der Bestechung und ließ durch den Gesandten Pokotilow eine große Summe an Li-Hung-Tschang und

an einen anderen hohen chinesischen Beamten (Tschang?) auszahlen. Was sich dann am chinesischen Hofe abspielte, weiß Witte nicht. Aber Port Arthur wurde von den Chinesen geräumt und von den Russen besetzt. Li-Hung-Tschang verlor von da allen Einfluß in China, und der kleinere Beamte wurde gehängt. Natürlich wurden die Chinesen durch diesen Treubruch verbittert gegen Rußland, ebenso aber auch die Japaner, welche man ein paar Jahre vorher gezwungen hatte, Port Arthur zu räumen, das sie erobert hatten. Die Wolken im fernen Osten zogen sich immer dichter zusammen; das hinderte aber nicht die Herren Alexejew, Besobrasow und Großfürst Alexander Michailowitsch, eine Gesellschaft zu gründen, welche Mandschurei und Korea für Rußland gewinnen sollte, ebenso wie die India Company Indien allmählich dem englischen Reiche zugeführt hat. Witte tat, was er nur konnte, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten, und er bekannte mir gegenüber, daß er in jener Zeit mehrfach seinem Kaiser in einer Weise entgegengetreten sei, über die er sich jetzt noch Vorwürfe machen müsse; aber er setzte es durch, daß der Freihafen Dalny bei Port Arthur eingerichtet wurde, um die Engländer zu befriedigen, und daß der Verzicht auf den russischen Einfluß in Korea ausgesprochen wurde, um die Japaner zu beruhigen. Endlich war aber der Zar dieser Opposition gegen seine Pläne müde und enthob Witte seiner Stellung als Finanzminister; allerdings ernannte er ihn gleichzeitig zum Vorsitzenden des Ministerrates, als welcher er gar keinen Einfluß mehr auf die große Politik hatte; Witte war die Treppe hinaufgeworfen worden. Da kam das, was er hatte verhindern wollen, der Krieg gegen Japan, und im Gefolge davon die Revolution; auch der Zar hatte den Krieg nicht gewollt und ihn bis zu seinem Ausbruche für unmöglich gehalten.

Als die Not Rußlands aufs höchste gestiegen war, griff man auf Witte zurück und schickte ihn zum Abschluß der Friedensverhandlungen mit Japan nach Portsmouth; er hat dort seine schwere Aufgabe mit Erfolg erfüllt, wenn auch seine Feinde in der Heimat dies nicht gelten lassen wollten. Das war der Höhepunkt seines Lebens, namentlich, als er bei seiner Rückkehr nach Europa die Einladung des Königs Eduard nach England und des Kaisers Wilhelm nach Rominten fand. Zunächst mußte er aber in Paris mit dem Finanzminister Rouvier wegen Abschluß einer Anleihe verhandeln, die für Rußland eine Lebensfrage geworden war. Rouvier sagte ihm, daß die Anleihe in diesem Augenblicke wenig Aussicht bei den französischen Kapitalisten hätte, weil die Verhandlungen mit Deutschland über Marokko die Gemüter zu sehr erregten; wenn aber Witte eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in dieser

Frage erreiche, so sei die Anleihe gesichert. Witte ging darauf zum deutschen Botschafter, dem Fürsten Radolin, der ihm sagte, er könne in dieser Angelegenheit nichts machen, da man aus Berlin einen Vertreter des Auswärtigen Amtes, Herrn Rosen, geschickt habe, um über Marokko mit Frankreich zu verhandeln; es fand nun eine Unterredung zwischen Witte, Radolin und Rosen statt, in der ersterer bemerkte, daß Rosen das große Wort führte. Der Botschafter aber erklärte persönlich dem Grafen Witte, daß er ganz bereit sein würde, die Verhandlungen mit Frankreich im Sinne der Verständigung zu führen. Witte sprach darüber mit Rouvier und riet ihm, die Entscheidung der Marokkofrage einer Konferenz zu überlassen; Rouvier ergriff diese Idee mit Freuden und bat den Grafen Witte, sie beim Kaiser Wilhelm zu vertreten. Was nun die oben erwähnte Einladung der Souveräne anlangte, so lehnte Witte es ab, nach England zu gehen, obwohl der Rat der dortigen russischen Botschaft, Poklevsky, eigens nach Paris kam, um ihn zu der Reise zu bewegen und ihm zu sagen, daß König Eduard ihm eine Entente zwischen England und Rußland vorschlagen wolle; Witte erwiderte, er könne jetzt nicht nach England gehen, weil er zunächst seinem Kaiser über die Verhandlungen in Portsmouth mündlich Bericht erstatten müsse; auch werde er, wenn er Minister werden sollte, den vom König vorgeschlagenen Vertrag nicht unterschreiben, da er nicht wolle, daß Rußland sich in eine deutschfeindliche Politik drängen lasse — eine Entente mit England müsse Rußland aber in Schwierigkeiten mit Deutschland bringen —, auch würde sein Kaiser so unmittelbar nach dem russisch-japanischen Kriege aus guten Gründen zu einer Entente mit England nicht zu haben sein. Noch in Paris erhielt Witte den Befehl aus Petersburg, die Einladung des Kaisers Wilhelm anzunehmen und sich auf der Fahrt nach Petersburg in Rominten aufzuhalten. Dort war der Kaiser für ihn von der größten Liebenswürdigkeit und ehrte ihn in jeder Weise, sprach sich auch mit ihm sehr offen aus. Witte bat den deutschen Kaiser, den Franzosen wegen Marokko keine weiteren Schwierigkeiten zu machen, und Kaiser Wilhelm schrieb vor ihm ein Telegramm, in dem er den Reichskanzler beauftragte, in die vorgeschlagene Konferenz zu willigen. Die Konferenz hat in Algeciras stattgefunden, und Witte hat seine Anleihe vom französischen Geldmarkte gezeichnet erhalten.

(Hier muß ich die Erzählungen des Grafen Witte unterbrechen, um festzustellen, daß ihn sein Gedächtnis in diesem Punkte im Stich gelassen hat; er hat in seinen in den Jahren 1907 bis 1912 geschriebenen Erinnerungen, die 1923 in deutscher Übersetzung erschienen sind, die vorstehende Episode seines Lebens in der gleichen

Weise beschrieben, wie er sie mir 1914 erzählt hat; aber die Konferenz von Algeciras war nicht seinem Geiste entsprungen und ist nicht von den Franzosen angeregt worden; sondern der Plan zu einer Konferenz ist von Herrn von Holstein ausgeheckt und von Deutschland mit aller Macht durchgedrückt worden.)

In seinen Erzählungen über das Jahr 1905 kam Graf Witte mehrfach auf eine Episode zu sprechen, die damals noch ziemlich unbekannt war, jetzt aber Allgemeingut geworden ist; es war der Vertrag von Björkoe: Kaiser Wilhelm und der Zar hatten sich in den Gewässern Finnlands begegnet und hatten auf Veranlassung des Kaisers ein Dokument unterschrieben, wonach sowohl Deutschland als Rußland sich am Kriege beteiligen mußten, wenn einer von ihnen durch eine dritte europäische Macht angegriffen würde. Die Gegenzeichnung des Dokuments durch den damaligen Gesandten von Tschirschky und durch den russischen Marineminister Birilew verstärkte weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich die Bedeutung dieser Defensivallianz. Witte erklärte mir immer wieder, er begriffe nicht, wie Kaiser Nikolaus dazu kam, einen solchen Vertrag abzuschließen, der im Widerspruch stand mit dem russisch-französischen Bündnisse und mit den Militärkonventionen zwischen Rußland und Frankreich, welche jedes Jahr erneut vom Zaren unterschrieben wurden. Der Vertrag enthielt allerdings die Bestimmung, daß der Kaiser von Rußland sein Möglichstes tun würde, um Frankreich als Dritten zu dieser Allianz zu gewinnen, aber die Wirksamkeit des Vertrages war nicht von dem Eintritte Frankreichs abhängig gemacht, sondern der Vertrag sollte gleichzeitig mit dem Friedensschlusse zwischen Rußland und Japan in Kraft treten. Kaiser Wilhelm sagte in Rominten dem Grafen Witte nur, er freue sich, daß dessen Idee einer Verständigung zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich nun sich zu verwirklichen scheine, erzählte ihm aber keine Einzelheiten des Vertragsabschlusses. Auch der Zar sagte in Petersburg dem Grafen Witte nur, daß er einen Vertrag mit Kaiser Wilhelm abgeschlossen habe, und Witte, der den Vertrag nicht kannte, sprach seine Freude darüber aus. Graf Lamsdorff aber, der Minister des Äußern, war über den Vertrag unglücklich und zeigte ihn dem Grafen Witte, der sofort einsah, daß dieser Vertrag nicht in Geltung treten dürfe, weil der Zar sonst Frankreich gegenüber als wortbrüchig erschienen wäre. Witte besprach sich mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, der damals den größten Einfluß auf den Zaren hatte, und sie gingen zusammen zu Kaiser Nikolaus, um ihm die Lage darzustellen. Dieser erlaubte dem Grafen Witte, den Vertrag rückgängig zu machen und sich zu diesem Behufe an den Fürsten Bülow zu



Graf Witte und Graf Moy auf der Kurpromenade
in Bad Salzschlirf Juli 1914

wenden. Der Reichskanzler aber antwortete ihm, der Vertrag sei unterschrieben und es müsse wohl dabei bleiben. Da griff Witte zu der Drohung, er werde seinem Kaiser raten, den Vertrag von Portsmouth nicht zu ratifizieren, weil dann auch der Vertrag von Björkö nicht in Geltung trete. Gleichzeitig schrieb aber Witte auch an den Fürsten Eulenburg, weil Kaiser Wilhelm ihm in Rominten gesagt hatte, er solle sich an den Fürsten wenden, wenn er etwas besonderes habe und den Weg über Botschafter und Reichskanzler dabei nicht beschreiten wolle. Daraufhin wurde der Vertrag annulliert; aber Kaiser Wilhelm, der anscheinend annahm, der Graf Lamsdorff sei daran schuld, bat den Zaren, diesen Minister zu entlassen. Das geschah auch und der Zar ernannte Iswolsky zum Nachfolger des Grafen Lamsdorff, weil unmittelbar vorher Kaiser Wilhelm den Gesandten Iswolsky sich als russischen Botschafter nach Berlin ausgebeten und damit den Zaren noch besonders auf diesen Staatsmann aufmerksam gemacht hatte. So war Kaiser Wilhelm selbst daran schuld, daß Iswolsky russischer Minister des Äußern wurde; dieser unterschrieb sofort die Entente, die König Eduard dem Grafen Witte vergeblich angetragen hatte, und arbeitete jeden Tag dahin, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu verschlechtern.

Witte ist bald nach seiner Rückkehr aus Portsmouth Vater des Oktobermanifests geworden, durch welches der Zar dem russischen Reiche eine Art von Konstitution gegeben hat; aber dieser Versuch entsprach nicht den Hoffnungen und Witte wurde entlassen. Es kann ihm der Vorwurf nicht erspart werden, daß er in dieser Periode seiner Amtstätigkeit die nötige Energie weder nach links noch nach rechts aufgewendet hat; mir aber hat er seinen Abgang nur damit erklärt, daß er die Zügel der Regierung in seiner Hand in einer Weise vereinigen wollte, wie sie seinem Kaiser nicht genehm war. In die äußere Politik hat Witte nach dem Jahre 1905 nicht mehr eingegriffen; natürlich hat er mir auch von seiner Tätigkeit in der inneren Politik erzählt; aber ich habe mir darüber leider keine Notizen gemacht; seine Ausführungen über seine Kämpfe als Prügelknabe zwischen Duma und autokratischen Tendenzen waren so durchsetzt mit persönlichen Angriffen gegen alle Menschen, die damals eine Rolle in Rußland spielten, daß augenscheinlich die Objektivität fehlte; seine oben schon erwähnten Erinnerungen sind in dem gleichen Stile abgefaßt und bieten deshalb eine nur mit großer Vorsicht anzuwendende Geschichtsquelle.

Aus seinem späteren Leben hat mir Witte noch ein Ereignis erzählt, das recht interessant ist; ich möchte aber nicht die Ver-

antwortung dafür übernehmen, daß es sich genau so zugetragen hat. Er war im Jahre 1907 in Brüssel, wo sein Schwiegersohn Naryschkin Sekretär der russischen Gesandtschaft war. Dort traf er den Prinzen Napoleon, der ihn zu einem intimen Dejeuner einlud; zunächst konstatierte dabei Graf Witte, daß der Prinz von seiner ziemlich zahlreichen Umgebung mit Majestät tituliert wurde. Nach dem Dejeuner nahm ihn der prinzliche Prätendent auf die Seite und fragte ihn um seinen Rat. Seine Umgebung schlage ihm vor, jetzt nach Paris zu fahren und sich von seinen Anhängern zum Kaiser ausrufen zu lassen; sie sagten ihm, seine Aussichten seien jetzt besonders günstige, weil das demokratische Regime in Frankreich immer weiter zum Sozialismus hintreibe und weil die besitzenden Klassen dort diese Gefahr zu erkennen anfangen. Graf Witte riet dem Prinzen Bonaparte, keinen Putsch zu versuchen, und sagte ihm, daß alle Franzosen, selbst der gefürchtete Clémenceau, wenn sie zur Regierung kämen, ihre sozialistischen Theorien aufgäben und eine gemäßigte Politik machen würden. Prinz Napoleon sagte, daß das auch seine Ansicht sei, und er ist dem Rate seiner Umgebung nicht gefolgt. Witte aber war, als er mir dies erzählte, stolz darauf, die Verhältnisse eines fremden Landes so richtig beurteilt zu haben.

Gelegentlich machte er eine Bemerkung, die ungemein bezeichnend für ihn selbst und für die russischen Verhältnisse ist: Er hatte mir erzählt, daß er als Kind eine französische und eine deutsche Bonne gehabt habe; als ich ihn darauf fragte, ob ich nicht ebensogut deutsch wie französisch mit ihm reden könne, antwortete er: Nein; deutsch habe er nicht lernen wollen, weil er mit seinem deutschen Namen nie seine Karriere gemacht hätte, wenn er deutsch gesprochen hätte. Witte hatte recht. Unter Alexander III. und Nikolaus II. konnten noch Deutschstämmige, die dem baltischen Adel angehörten, einzelne hohe Posten im Staate und namentlich im Hofdienste erreichen; aber die Deutschen, welche diesem geschlossenen Kreise nicht angehörten, hatten kaum Aussicht, gehobene Stellungen in Rußland zu erringen. Witte, der im Süden Rußlands geboren ist, stammte wahrscheinlich aus einer der dortigen deutschen Kolonien, und er besaß Charaktereigenschaften, welche auf diese Abstammung hinwiesen; so hatte er eine Zielstrebigkeit, die unter den Russen selten ist, andererseits hatte er ein Anpassungsvermögen, das wieder eine speziell russische Eigentümlichkeit ist. Er litt sein ganzes Leben lang an diesem inneren Konflikte, daß er sich als Russe fühlte, daß er aber von seinen Landsleuten nicht als Vollrusse angesehen wurde. Er hat auch nie die Politik gebilligt, die seit dem Tode Alexanders II.

gegen die Fremdstämmigen in Rußland, gegen Balten, Polen und Juden getrieben wurde; damit machte er sich den „echt russischen Leuten“ immer wieder verhaßt und verdächtig. Er nahm den Kampf mit diesen Kreisen und mit dem ganzen russischen grundbesitzenden Adel auf, wenn er ihn im Interesse des Staates für notwendig hielt; aber er machte dann doch wieder Konzessionen, weil er einsah, daß er in diesem Kampfe persönlich unterliegen mußte. Dieses fortwährende Lavieren hat einem gewalttätigen Menschen, der er war, ungeheure Selbstbeherrschung gekostet; manchmal aber versagten seine Nerven und es entlud sich seine ganze gallige Bitterkeit gegen seine Gegner. Er hat seinem Vaterlande zweifellos außergewöhnlich große Dienste geleistet, und wenn das weniger anerkannt wurde, als er es wohl verdient hätte, so kam das daher, daß er selbst keine liebenswürdige Natur war und daß ihm die Nebenmenschen auch nicht mehr Liebenswürdigkeit entgegenbrachten, als sie bei ihm fanden.

In den letzten Tagen des Juli löste sich unser kleiner Kreis auf, der sich bei gutem Wetter zu Spaziergängen und bei Regen zu einer Whistpartie zusammenfand; Admiral Wemyß, der einen französischen Chauffeur hatte, fürchtete jeden Tag, die Grenze könnte für die Franzosen gesperrt werden; er fuhr am 28. Juli mit seiner Familie nach Frankreich und hat wohl nicht wieder mit einem Deutschen an einem Tische gesessen, bis er 1918 im Walde von Compiègne den deutschen Unterhändlern als Vertreter der englischen Marine bei den Waffenstillstandsverhandlungen entgegentrat. Witte hatte bereits am 26. Juli Salzschlirf verlassen und kehrte über Frankreich in seine Heimat zurück. Ich habe ihn nicht mehr gesehen; er starb im März 1915 in Petersburg. Vielfach ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß er von der Kriegspartei, die ihn haßte und fürchtete, umgebracht worden ist; ich kann das Gegenteil nicht behaupten, aber er scheint den Keim eines baldigen Todes schon 1914 in Salzschlirf in sich getragen zu haben; ich entnehme dies einer Äußerung des Arztes, der dort ihn ebenso wie mich behandelt hatte; als ich vor meiner Abreise in die Sprechstunde kam, sagte ich dem Arzte, ich sei in letzter Zeit nicht mehr ausgiebig gegangen, weil ich meist den Grafen Witte bei seiner Brunnenpromenade begleitet und dieser ein sehr langsames Tempo angeschlagen hatte; der Arzt antwortete, es sei auch sehr erwünscht, daß Graf Witte nicht schnell gehe, denn er sei viel kränker, als man es ihm sagen dürfe, ohne ihn überängstlich zu machen. Seine Feinde haben ihm gewiß den Tod gewünscht; aber wenn der Wunsch töten könnte, wäre in damaliger Kriegszeit außer Witte noch gar mancher Staatsmann gestorben.

Die kritischen Tage in Serbien.

Erinnerungen von
Freiherrn v. Griesinger, Gesandter z. D.

Die nachstehende Veröffentlichung ist erstmalig im Oktoberheft 1920 der „Deutschen Revue“ erschienen. Da die Erinnerungen des Freiherrn von Griesinger, der bei Kriegsausbruch 1914 deutscher Gesandter in Belgrad war, leider sehr wenig bekanntgeworden sind, haben wir es für notwendig erachtet, sie durch einen Nachdruck in den „Berliner Monatsheften“ einem weiteren Kreis zugänglich zu machen. Der Nachdruck erfolgt mit Genehmigung des Freiherrn von Griesinger sowie der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart.

Die Schriftleitung.

Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen, die sich in jüngster Zeit mit dem Ausbruch des Weltkriegs beschäftigten, ist mir wiederholt die Frage vorgelegt worden, wie sich denn die Ereignisse an dem Ort abgespielt haben, an dem der Funke aufsprang. Die leidenschaftliche Erregung, die sich beim Bekanntwerden des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien aller Teile Europas bemächtigte, hatte mit einem Schlage die gewaltigen Gegensätze unter den Großmächten in die Erscheinung treten lassen. Was sich an Unzufriedenheit und Mißgunst, insbesondere gegenüber dem emporgewachsenen Deutschland, aufgespeichert hatte, brach elementar hervor. Der österreichisch-ungarische Schritt, als Sühne für zweifellos erlittene Unbill und als Zukunftssicherung gedacht, war mit so wenig staatsmännischer Überlegung und einem solch rücksichtslosen Draufgehen erfolgt, daß ihm von vornherein die Sympathien der Welt fehlen mußten. Kein Wunder, wenn es so leicht gelang, das Ultimatum als brutalen Gewaltakt der übermächtigen Großmacht gegen den schwachen Nachbarn darzustellen, die beutegierig ihre Hand nach serbischem Besitz ausstreckte. Der österreichisch-ungarisch-serbische Konflikt war nur noch äußerer Anlaß, seine Lokalisierung eine Unmöglichkeit geworden. Es mag daher angesichts des verlorenen Krieges müßig erscheinen, die Frage aufzuwerfen, ob sich nicht vielleicht bei geringerer Rücksichtnahme auf die Großmacht-empfindlichkeit des Bundesgenossen ein geschicktes Dazwischentreten in zwölfter Stunde die Katastrophe hätte vermeiden lassen. Immerhin will ich versuchen, auf Grund meiner Erinnerungen möglichst getreu die einzelnen Momente in den kritischen Tagen zu erzählen.

I.

Es war am Sonnabend, den 25. Juli 1914. Ich hatte eben meinem österreich-ungarischen Kollegen, der die auf das Ultimatum erteilte Antwort Serbiens für unbefriedigend erklärt hatte, das Geleite zur Bahn gegeben. Die Straßen dahin waren voll zahlreicher Menschengruppen, die sich lebhaft gestikulierend hin und her schoben, und auf dem Bahnhof selbst hatte ich manchen den Zug besteigen sehen, der sich früher nicht genug in Serbophilie hatte leisten können und jetzt vorzog, dem bedrohten Lande den Rücken zu kehren. Die Stimmung war eine unruhige, zugleich aber unverkennbar gedrückte. Das Ultimatum der Donaumonarchie war wie eine Bombe eingeschlagen; nichts war vorbereitet, und die Abreise des Gesandten galt der Bevölkerung als der Auftakt für den sofortigen Einmarsch der österreichisch-ungarischen Armee. Noch war der Wortlaut der serbischen Antwort nicht veröffentlicht, aber man wußte, daß sie nach serbischen Begriffen bis an die Grenze des Möglichen gegangen war. Als ich in die deutsche Gesandtschaft zurückgekehrt war, fand ich verschiedene meiner Kollegen dort vor. Die serbische Regierung hatte uns wissen lassen, daß sie mit Rücksicht auf die exponierte Lage der Landeshauptstadt an der Landesgrenze die sofortige Verlegung des Regierungssitzes nach Nisch beschlossen hatte, und schon auf dem Bahnhof hatte ich einen Zug mit geheizter Lokomotive bereitstehen gesehen, der die Minister im Laufe der Nacht nach Nisch bringen sollte. Das diplomatische Korps hatte die Aufforderung erhalten, die Regierung nach Nisch zu begleiten, und war eingeladen worden, noch vor Mitternacht, für welche Zeit der Beginn der serbischen Mobilisierung angesagt war, sich zur Fahrt bereitzumachen.

Im Kreis der bei mir versammelten Kollegen herrschte, als wir eingehend und in Ruhe die serbische Antwort besprachen, übereinstimmend die Ansicht, daß Baron Giesl seine Abreise übereilt habe. Uns allen schien das Entgegenkommen Serbiens ein sehr weites, und die Frist, die sich unser österreichisch-ungarischer Kollege zum Studium und der Überprüfung der ihm gegebenen Antwort genommen hatte, eine unverhältnismäßig kurze. Wir waren alle der Meinung, daß wir dazu länger gebraucht hätten, und wir konnten uns schon damals des Eindrucks nicht erwehren, daß er von vornherein dahin instruiert war, einfach abzureisen, wenn das Ultimatum nicht sozusagen glatt geschluckt würde. Die mittlerweile erfolgten Veröffentlichungen bestätigten auch die Richtigkeit unserer Auffassung.

Dagegen war die Täuschung, der wir uns mit unseren Annahmen nach anderer Richtung hingaben, um so vollständiger.

Nahezu vier Wochen waren seit dem verabscheuungswürdigen Attentat von Sarajevo vergangen. Nichts war in dieser Zeit aus Wien verlautet über die Genugtuung, die man sich zu verschaffen gedachte. Da war plötzlich das Ultimatum eingetroffen, das mit einer Gründlichkeit und Schärfe Bedingungen formulierte, an deren glatte, widerstandslose Annahme selbst das naivste Gemüt nicht zu glauben vermochte. So erschien es uns nahezu selbstverständlich, daß gleichzeitig mit der Vorbereitung des diplomatischen Schrittes in nicht minder gründlicher Weise der zu dessen Durchsetzung bestimmte militärische vorgesehen sein mußte. Erst vor kurzem hatte der österreichische Militärattaché in Belgrad, der zu den bosnischen Manövern befohlen war, von deren glänzendem Verlauf begeisterte Schilderungen entworfen. Dort stand also eine geschulte Truppenmacht bereit, und diese zusammen mit den anderen Truppenkörpern an der serbischen Grenze konnte nach unserem Laienverstand doch genügen, um sich das erforderliche Faustpfand zu sichern und dadurch Serbien zur Gewährung der geforderten Genugtuung zu zwingen. Wer den Zweck wollte, der mußte die nötigen Mittel zur Erreichung bereithalten. Aus diesen Erwägungen heraus nahmen wir den alsbaldigen Einmarsch der Österreicher in sichere Aussicht, zumal diese ja wissen mußten, daß Serbien unvorbereitet und ungerüstet war. Dementsprechend traf ich meine Maßnahmen; ich beschloß, mit der Regierung, die für 11 Uhr abends dem diplomatischen Korps einen Extrazug nach Nisch angeboten hatte, dorthin in Begleitung des Militärattachés und des Dragomans zu fahren. Legationssekretär, Konsul und Kanzleibeamte mit ihren Familien blieben in Belgrad, ebenso meine Frau. Nun galt es, noch vor Abgang des Zugs nach Nisch die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutze der deutschen und österreichisch-ungarischen Kolonie zu treffen, deren Interessen mir nach Abreise der österreichisch-ungarischen Vertretung übertragen waren — übrigens das einzige informative Lebenszeichen, das mir in der ganzen Zeit vom Sarajevo-Attentat bis zu meiner Abreise aus Serbien von meiner Regierung zuing. Es erschien einerseits nicht ausgeschlossen, daß bei Beginn der Feindseligkeiten sich Ausschreitungen der Belgrader Bevölkerung gegen die Staatsangehörigen der Zentralmächte ereignen könnten, andererseits bestand im Falle einer Beschießung der Stadt durch die österreichischen Donaumonitore Lebensgefahr für unsere verstreut an den Flußufern der Donau und Save und auf dem Höhenrücken der Stadt wohnenden Landsleute. Glücklicherweise befanden sich die beiden Gesandtschaften der Zentralmächte in unmittelbarer Nachbarschaft und war österreichischerseits allgemein bekannt, daß

ihre Lage durch eine hohe, weithin sichtbare Pappel gekennzeichnet war. So war zu hoffen, daß bei Belegen der Stadt mit schwerem Feuer dieser Teil schonende Berücksichtigung finden würde. Ich vereinbarte daher mit den zurückbleibenden Beamten, daß für den Fall eines Bombardements die deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen nach Möglichkeit in den beiden Gesandtschaften und den dazugehörigen Gebäulichkeiten untergebracht werden sollten. Auch standen für die äußerste Not die beiden großen Gärten zur Verfügung, da wir uns ja mitten im Sommer befanden. Diese Maßnahme hat sich als durchaus zweckmäßig erwiesen, wenngleich die Durchführung in der Folge zu allерhand unerquicklichen Begleiterscheinungen geführt hat. Man hatte eben bei allem, was man vorauszubestimmen und vorzukehren hatte, immer mit einer verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit gerechnet. Man erwartete den österreichischen Einmarsch, der uns angesichts der bereits so weit getriebenen Aktion als das einzig mögliche erschien, und dies bot mir die beruhigende Gewähr, die mir anvertrauten Interessen alsdann in Sicherheit zu wissen.

Wie hatte es aber in Wirklichkeit ausgesehen? Nichts war vorgesehen, nichts war vorbereitet, nichts gerüstet. In Semlin, am Sitze eines Brigadestabs, befanden sich am 25. Juli — sage und schreibe! — zwei Kompagnien Infanterie mit ein paar Maschinengewehren und eine Eskadron Kavallerie. Die Donauflotte lag in Neusatz an der ungarisch-slowakischen Grenze.

Bald nach 10 Uhr fuhr ich zur Bahn. In den Straßen herrschte dichtes Gedränge; der Platz vor dem Bahnhof schwarz von Menschen, durch die sich der Wagen mit Mühe seinen Weg bahnte. Nur langsam gelang es mir und meinen Begleitern, auf den Bahnsteig zu gelangen. Und dort welcher Anblick! Männer, Frauen, Kinder, alles wirr durcheinander, bepackt mit allem denkbaren Hausgerät vom einfachen Teppich bis zum Vogelbauer mit dem unvermeidlichen Kanarienvogel darin, Hunde, Katzen, Hühner, Badewannen, Koffer, Kisten, Tragsäcke, Bettstücke, an denen man sich vorsichtig vorbeiquetschte. Kurz, das Bild der panikartigen Flucht einer kopflosen Bevölkerung! Als der für das diplomatische Korps bestimmte Zug in die Halle fuhr, war er plötzlich von den verängsteten Menschen gestürmt, die bereits die Österreicher und die ihnen so wenig grünen Ungarn im Nacken fühlten. Nur mit äußerster Anstrengung und dank dem vermittelnden Eingreifen des Handelsministers gelang es mir und sechs Kollegen, in einem Abteil zweiter Klasse Unterkunft zu bekommen in der Weise, daß zunächst mein Diener von uns hochgehoben durch das Fenster in das Abteil

kletterte, wir ihm unser Gepäck nachreichten und dann einer nach dem anderen denselben Weg einschlug.

Gegen Mitternacht endlich setzte sich unter den verwünschten Zurufen der Zurückbleibenden der Zug in Bewegung, vollbesetzt bis auf die Puffer der Lokomotive und die Trittbretter und Dächer der Waggonen. Zu neun saßen wir in unserem Abteil zusammengepfercht mit hochgezogenen Beinen; die Zwischenräume zwischen den Sitzen waren mit Gepäck ausgefüllt. Friedlich schlummerten im Laufe der Nacht müde Häupter auf den Schultern späterer Feinde.

II.

Um 8 Uhr früh trafen wir mit völlig zerschlagenen Gliedern in Nisch ein. Der Zug mußte sofort geräumt werden. Das Gepäck wurde einfach auf den Bahnsteig gestellt, der sich wie eine Auswandererhalle ausnahm. Mit der Gestellung des Zuges war die Fürsorge der serbischen Regierung für das diplomatische Korps erschöpft. Man hatte uns nach Nisch gebracht, nun mochte jeder sehen, wo er unterkam. Nisch war natürlich auf einen derart starken Fremdenzuzug nicht gefaßt, und die wenigen, halbwegs beziehbaren Gasthäuser waren in einem Nu besetzt. Vorsichtigerweise hatte ich noch am Vorabend an den Verweser des österreichisch-ungarischen Konsulats telegraphiert und ihn um Quartier gebeten. Das Telegramm war zwar nicht angekommen, aber als ich mich mit meinen zwei Begleitern auf dem Konsulat einstellte, fanden wir dort gastliche Aufnahme. Ich übernahm sofort Wohnung und Geschäfte von dem Konsul, und im Laufe des folgenden Tages verließ er mit seiner Frau Serbien, nachdem es unseren vereinten Bemühungen gelungen war, noch für eine Anzahl österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger die Erlaubnis zur Ausreise zu erwirken. Nicht so gut wie uns Deutschen war es meinen Kollegen ergangen. Soweit ihre Staaten keine konsularische Vertretung in Nisch besaßen, hatten sie sich auf die Suche nach Unterkunft begeben müssen, und nur ein Teil war im Gasthause untergekommen. Ganz erschöpft erschien gegen Mittag mein italienischer Kollege bei mir und bat um Unterstand, der ihm auch gewährt werden konnte. Bis zu meinem Weggang aus Nisch haben wir friedlich und schiedlich zusammen gehaust, und in einer sentimentalcn Anwandlung hat er bedauernd eines Tages versichert: „Moi, je ne fais pas la politique de mon pays.“ Der Grieche fand Unterschlupf bei einem Apotheker, der Türke bei einem Arzt. England und Frankreich allein kamen im Hotel unter. Nur für den russischen Geschäftsträger hatte die serbische Regierung Räumlichkeiten im alten Schloß zur Verfügung gestellt, aber sehr komfortabel war es nicht. Denn Herr

v. Strandtman gab uns am zweiten Tage bereits eine drastische Schilderung über den gesunden Appetit der zahlreichen Ratten, die sich in der vergangenen Nacht mit seinen Stiefeln beschäftigt hatten.

Die befestigte Stadt Nisch liegt in einer weiten Ebene, umkränzt von hohen kahlen Bergen. Nach Osten, Bulgarien zu, sind diese mit modernen Forts versehen, während nach der Nordwestseite, von der der Angriff der Österreicher erwartet wurde, die Stadt nur ungenügend durch die alte Festung geschützt ist. In der Stadt herrschte am Sonntag, den 26. Juli, dem Tag unserer Ankunft, ein lebhaftes Treiben. Der Bevölkerung war der Gedanke, daß der Krieg vor der Türe stehe, noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Überall sah man geputzte Menschen. Die Wirtshäuser und Cafés waren voll. Zigeuner fiedelten an allen Orten und Enden, und sogar ein wirkliches Theater neben einem Kino spielte uns abends im Garten des Hotel Europa eine chauvinistische Komitadschikomödie vor, deren Text aus der Feder des Herrschers der Schwarzen Berge stammen sollte.

III.

Auf Montag, den 27., war die Eröffnung der Skupschtina im Saale des Militärkasinos anberaumt. Als ich mich zu Fuß dahin begab, begegnete ich unterwegs dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister Patschu, einem körperlich schwerfälligen, geistig aber um so regeren Mann, der wie Clemenceau in seiner Jugend die Ärztepraxis mit der Politik vertauscht hatte, und mit dem ich stets besonders gute Beziehungen unterhalten hatte. Er forderte mich auf, in seinen Wagen zu steigen, und ließ diesen einen längeren Umweg fahren, um so ungestört unter vier Augen die augenblickliche Lage mit mir zu besprechen. Er leitete das Gespräch mit der Versicherung ein, daß Serbien in seiner Antwort bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen sei und nahezu in allen Punkten weitestes Entgegenkommen bewiesen habe, und polemisierte dann sehr scharf gegen das österreichische Vorgehen. Mein österreichischer Kollege habe einfach „Nein“ gesagt und durch seine Abreise den Faden abgerissen, ohne daß man jetzt wisse, wo man ihn wieder anknüpfen könne. Das kategorische Nein der Österreicher stehe der eingehend formulierten serbischen Antwort gegenüber, die nach seiner Ansicht einen durchaus geeigneten Ausgangspunkt zu einer Verständigung biete. So wie die Dinge jetzt liegen, sei es an Österreich-Ungarn, klar zu sagen, welcher Teil der Antwort nicht befriedigt habe, und erneute Forderungen zu stellen. Im Zusammenhang damit stellte er mir die Frage: „Ob ich denn keine Instruktionen zum Verhandeln habe?“

Ich bestärkte meinerseits den Minister in seinem Vorsatz, mit neuen Vorschlägen hervortreten, und wies ihn darauf hin, daß die Lage doch eine zu ernste sei, um sich durch formale Bedenken beeinflussen zu lassen. Ich sei zwar ohne Weisung, zweifle aber keinen Augenblick, daß meine Regierung, wenn sie darum gegangen würde, ihre guten Dienste und ihren Rat gerne gewähren würde. Das würde nur dem Haager Protokoll entsprechen. Gleichzeitig erklärte ich mich bereit, jederzeit Vorschläge der serbischen Regierung meiner Regierung zu übermitteln. Herr Patschu dankte mir für mein Anerbieten und erwiderte, er würde sofort mit Pasitsch reden.

Es ist mir zweifelhaft, ob Patschu damals schon die Antwort des Zaren auf das Telegramm des Thronfolgers Alexander vom 24. Juli kannte. Bekanntlich hatte der Prinzregent nach Überreichung des Ultimatums im selben Augenblick, als sein Ministerpräsident die englische Intervention angerufen hatte, an den Zaren eine flehentliche Depesche gerichtet, Serbien so schnell als möglich zu Hilfe zu kommen. Dabei hatte er versprochen, nicht nur alle mit der Stellung eines souveränen Staats vereinbarten Bedingungen Österreich-Ungarns anzunehmen, sondern darüber hinaus auch diejenigen, deren Annahme der Zar Serbien anrate. In seiner Antwort hatte der Zar gesagt: „Solange noch die geringste Hoffnung besteht, ein Blutvergießen zu verhindern, sollten alle unsere Anstrengungen auf diesen Teil gerichtet sein. Wenn wir trotz unseres aufrichtigen Wunsches erfolglos bleiben, kann Eure Hoheit sicher sein, daß Rußland sich in keinem Fall an dem Schicksal Serbiens desinteressieren wird.“

Jedenfalls würde die Anregung Patschus eher dafür sprechen, daß das berühmte an die serbische Regierung zu gleicher Zeit gerichtete russische Telegramm der viertausend Ziffern, das übrigens meines Wissens bis heute nicht in seinem authentischen Wortlaut veröffentlicht ist, keine sofortige aktive Teilnahme Rußlands an einem österreichisch-ungarisch-serbischen Krieg zugesichert, sondern nur in stark verklausulierter Form eine allgemeine Unterstützung in Aussicht gestellt hat. Deshalb wollte der vorsichtige Patschu alle Mittel erschöpfen, ehe er es zum Krieg kommen ließ, und rechnete, wohl aus den Erinnerungen der Annexionskrise heraus, nicht ganz so sicher mit der sofortigen Hilfe Rußlands wie die um den Thronfolger versammelte Militärpartei. Der inbrünstige Dank, den Prinz Alexander an den Zaren auf dessen Antworttelegramm richtete, zeigt deutlich, daß auch auf serbischer Seite diejenigen die Oberhand behielten, die einer friedlichen Beilegung die Entscheidung durch das Schwert vorzogen.

Dieses mein Gespräch mit Patschu fiel ungefähr in dieselbe Zeit, als von Berlin aus in Wien mit ziemlich energischen Worten die Frage gestellt wurde, wohin eigentlich die Reise ginge, da man nicht Lust habe, sich ohne weiteres in einen europäischen Konflikt hineintreiben zu lassen. Wäre es nun so illoyal oder inkorrekt gewesen, gleichzeitig die serbische Regierung zu sondieren, ob und nach welcher Richtung sie weiteres Entgegenkommen zu zeigen bereit sei? Daß der Boden für einen derartigen Schritt, der immerhin im Rahmen einer Vorfrage für den Fall des Angebots guter Dienste in Gemäßheit des Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 gehalten werden konnte, kein unfruchtbarer war, erweist die Haltung des Herrn Patschu. Wenn an maßgebender Stelle in Berlin die Ansicht vorherrschte, die Serben seien in ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den österreichisch-ungarischen Forderungen so weit gegangen, daß über den Rest der letzteren eine Verständigung nicht ausgeschlossen erscheine, war es doch zu viel des Zartgefühls, wenn man, wo so viel auf dem Spiele stand, mit allen Mitteln die Lokalisierung des Konflikts durchzusetzen zögerte. Es ist ja verschieden die Anschauung hervorgetreten, daß es sogar den Österreichern gar nicht so fatal gewesen wäre, wenn sie einem leichten Druck hätten weichen müssen. Denn die Eingeweihten und Einsichtsvollen unter ihnen mußten sich doch vergegenwärtigen, daß mit den Mitteln, die sie Serbien gegenüber zur praktischen Durchsetzung der österreichischen Forderungen bereitgestellt hatten, für das österreichische Prestige nichts zu erreichen war.

Leider ist es bei dieser einen Unterredung mit Herrn Patschu geblieben, und die gute Absicht des einsichtsvollen Mannes ist durch die sich überstürzenden Ereignisse der nächsten 24 Stunden vereitelt worden.

Als wir im Kasino ankamen, stellte sich heraus, daß wegen der durch die Mobilisierung unterbrochenen Bahnverbindungen das Plenum nicht zusammengebracht werden konnte. So mußten wir, nachdem wir noch mit verschiedenen Abgeordneten gesprochen hatten, unverrichteter Dinge wieder abziehen. Überall — das war nicht zu leugnen — herrschte an diesem Tage große Nieder geschlagenheit. Allgemein war für die Nacht vom Sonntag auf Montag der Sturm der Österreicher auf Belgrad und dessen Einnahme erwartet worden, namentlich fürchtete man sich vor den Madjaren, denen alles denkbar Schlechte nachgesagt wurde. Keine der zahllos ausgesprengten Nachrichten war töricht genug, um nicht Gläubige zu finden. Am Abend des Montag wurde der Vorschlag der Botschaftskonferenz bekanntgegeben, wovon uns der Ministerpräsident Pasitsch schon nachmittags andeutungsweise und

offenbar erleichtert in Kenntnis gesetzt hatte. Trotzdem blieb die Stimmung eine gedrückte, da mittlerweile Nachrichten eingelaufen waren, daß die Bulgaren unter türkischer Konnivenz die Bevölkerung in den neuserbischen Landesteilen zu insurgieren suchten. Man erinnerte sich der Vorgänge im Frühjahr 1914, als ein ganzes Regiment dort den Fahneneid auf König Peter zu leisten sich geweigert hatte, und fürchtete für den Gang der Mobilisierung — eine Besorgnis, die sich hinterher als unbegründet herausstellte.

IV.

Der Dienstagmorgen (28. Juli) verlief verhältnismäßig ruhig; es meldeten sich wiederholt österreichisch-ungarische und reichsdeutsche Staatsangehörige, um meinen Schutz bzw. die Erwirkung der Erlaubnis zur Heimreise über Bulgarien oder Mazedonien von mir zu erbitten. Soweit Reichsdeutsche in Betracht kamen, ist diesen bis zum Tage meiner Abreise — und ich glaube auch noch kurze Zeit nachher — die Abreise in die Heimat anstandslos gewährt worden. Dagegen erklärte mir die serbische Regierung auf wiederholtes dringendes Ersuchen, sie sei nicht imstande, den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen das Verlassen des serbischen Staatsgebiets zu gestatten, da die österreichisch-ungarische Regierung ihrerseits den serbischen Staatsangehörigen die Rückreise nach Serbien verbiete. Um diesen meinen Schutzbefohlenen, namentlich den Heerespflichtigen, in der Folge Weiterungen und Unannehmlichkeiten zu ersparen, wurde mit jedem einzelnen, der sich auf der Gesandtschaft in Nisch meldete, ein Protokoll aufgenommen, worin der Grund seiner Nichtgestellung angegeben wurde. Diese sämtlichen Protokolle habe ich später bei meiner Durchreise durch Sofia der dortigen österreichisch-ungarischen Vertretung übergeben und bei dieser Gelegenheit auch die Übermittlung von Geldbeträgen nach Nisch zur Unterstützung der bedürftigen Österreicher und Ungarn angeregt.

Am Nachmittag des Dienstag wurden plötzlich Gerüchte laut von einem bei Pasitsch eingetroffenen Telegramm des Grafen Berchtold, wonach Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt habe. Um uns über die Richtigkeit dieser Gerüchte zu orientieren, gingen mein italienischer Kollege und ich in die Präfektur, in der der Ministerrat seine Sitzungen abhielt. Kaum war ich Herrn Pasitsch gemeldet worden, als er mich in den Ministerrat bitten ließ und mir mit den Worten „Ist Ihnen hierüber etwas bekannt?“ eine französische Depesche aus Wien, aufgegeben vormittags 11 Uhr 10, angekommen Nisch 12 Uhr 30 nachmittags, zum Lesen gab. Sie enthielt die mittlerweile durch die verschiedenen



Die gesprengte Eisenbahnbrücke Semlin - Belgrad

Staatsveröffentlichungen allgemein bekanntgewordene Kriegserklärung. Auf meine verneinende Antwort meinte Herr Pasitsch, er finde die Form der Kriegserklärung mittels Telegramm so ungewöhnlich, daß er fast an eine Mystifikation zu glauben geneigt sei. Die direkte telegraphische Verbindung mit Österreich-Ungarn über Serbien sei zerstört; jedenfalls müsse erst nachgeforscht werden, wie und auf welchem Wege das Telegramm hergekommen sei — zumal im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Mediation im Gange sei. An den Gesichtern der um den Tisch sitzenden übrigen Minister merkte ich indes, daß sie keinen Zweifel an der Echtheit des Telegramms hatten und daß sie sich über den Ernst der Situation vollständig klar waren. Es brauchte in der Tat auch nicht lange, bis die Authentizität des Telegramms festgestellt war und die Regierung sich entschloß, dem Volk die Kriegserklärung offiziell kundzutun. Dies geschah durch ein von allen Ministern unterzeichnetes Manifest, das mit den Worten schloß: „Verteidigt mit aller Kraft Euren Herd und Euer Vaterland!“

Nun setzte ein fieberhaftes Rüsten ein. Zwar bangte Heer und Volk schwer vor der gefährvollen Zukunft; man war sich seiner Unzulänglichkeit sowohl nach der Seite der Zahl als nach der der Vorbereitung und Ausbildung voll bewußt. Nisch selbst verwandelte sich immer mehr zu einem Heerlager. Unaufhörlich strömten die einberufenen Soldaten in die Festung. Teilweise brachten sie ihre Familienangehörigen mit, die auf den freien Plätzen und in den Straßen kampierten. Ihr Nachtquartier schlugen diese mit Vorliebe auf den Treppenstufen der Hauseingänge auf, und nur mit vorsichtigem Wegsteigen über Männlein und Weiblein gelangten wir des Nachts in unsere Wohnung. Pferde und Zugvieh wurden zusammengetrieben, Vorrat für die Truppen und Futter herbeigeschafft und in der Festung aufgehäuft. Täglich zogen zusammengestellte Formationen ins Feld, und spaßhaft war es anzusehen, wenn dem einzelnen Truppenteil die merkwürdigsten Gespanne, mitunter von Hunden gezogen und von kreischenden Weibern getrieben, als Train nachfolgten.

Je mehr die Mobilisierung voranschritt, um so mehr hob sich der Mut. Jeder Tag, den der serbische Boden frei von österreichischen Truppen blieb, wurde als Gewinn registriert und vermehrte die Begeisterung, gegen den verhaßten „Schwaba“ zu ziehen. Ich war mit dem Militärattaché in der Festung spazieren gegangen, wo sich uns ein jüngerer serbischer Offizier anschloß. Der erklärte uns sein größtes Erstaunen, daß die Österreicher noch nicht in Nisch seien: „Wir sind jetzt mit unserer Mobilisation fertig; nun

mögen sie kommen, wir erwarten sie und werden Sieger sein.“ Drei Tage vorher hätte der junge Mann nicht so gesprochen.

Am Mittwoch früh trafen die ersten Nachrichten aus Belgrad ein. Die Eisenbahnbrücke über die Save war von den Serben in der Nacht gesprengt worden. Von den Österreichern hörte man nur, daß sie mit ihren Donaumonitoren Teile der Stadt Belgrad beschossen, sonst sich aber eher rückwärts konzentriert haben sollten. Jedenfalls von einem energischen Zugriff war keine Rede.

Die Serben, die anfänglich die Stadt von Truppen ganz entblößt hatten, begannen solche wieder in stärkeren Massen heranzuziehen, befestigten die umgebenden Hügel und erwiderten von der Festung aus kräftig das feindliche Feuer.

Skrupellos, aber mit besonderer Fertigkeit arbeitete der serbische Pressedienst unter Leitung des bekannten Historikers und Parteipolitikers Stefanowitsch-Wilowski. Mit Flugblättern und inspirierten Leitartikeln in den zahlreichen, in Nisch erscheinenden Zeitungen wurde die zögernde Haltung Österreich-Ungarns verhöhnt und offen als Furcht vor den siegreichen Helden des Balkankriegs ausgelegt. Gleichzeitig wurde die Nachricht von der Mobilisierung ganz Rußlands verbreitet. Dies wirkte mächtig auf die Phantasie des Serben, und überall wurde offen von dem Siegeszug durch Ungarn gesprochen, den man sich anzutreten anschickte, um in Budapest den russischen Brüdern die Hand zu reichen. Mit einer geradezu verblüffenden Schnelligkeit war infolge der kraftlosen Haltung Österreichs die gedrückte Stimmung ins Gegenteil umgeschlagen.

V.

Es war nunmehr gelungen, die Skupschtina zusammenzubringen, und am Morgen des Mittwoch verlas der Thronfolger Alexander die Thronrede. Sie begann mit dem Hinweis auf die Festung Nisch als den Ort der Einberufung. Darin liege schon der deutlichste Beweis für die Bedeutung der gegenwärtigen Ereignisse. Hieran schloß sich die Erwähnung des Ultimatus und der Antwort Serbiens. Die Regierung habe sich bemüht, alles zur Vermeidung des Kriegs zu tun, was irgendwie mit der Würde eines souveränen Staats verträglich sei. Zum Lohne dafür werde das kleine Serbien von dem mächtigeren Nachbar überfallen. Serbien stehe übrigens in seinem Kampfe nicht allein. Nicht bloß, daß sich sofort das stammverwandte Brudervolk der Montenegriner an seine Seite gestellt habe; seine Sache erfreue sich auch der Sympathien Frankreichs und Englands, und vor allem besitze es die Zusage des mächtigen Rußlands, das Serbien in keinem Falle im Stiche lassen werde. Wurde schon die Erwähnung der ersten beiden Groß-

mächte von der Versammlung mit lebhaften Akklamationen begrüßt, so durchbrausten wahrhaft frenetische Ziviorufe den Saal, so oft der Name des Zaren und Rußlands genannt wurde. Die Begeisterung kannte keine Grenzen mehr und der russische Geschäftsträger konnte sich kaum retten vor den Händedrücker und Umarmungen der serbischen Volksvertreter.

Wenn man von den barmherzigen Wendungen, die nun einmal unzertrennlich von der serbischen Psyche sind, absieht, so läßt sich den verschiedenen Kundgebungen der serbischen Regierung in der kritischen Zeit und schon vorher eine große Geschicklichkeit der Redaktion nicht absprechen. Sie haben weder nach innen noch außen ihre Wirkung verfehlt.

Während bis zur Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die serbischen Sympathien beständig zwischen Österreich und Rußland hin und her geschwankt hatten, war es der zielbewußten und energischen panslawistischen Politik, welche die russischen Vertreter in Belgrad zusammen mit der radikalen Partei und deren Führer Pasitsch trieben, gelungen, Serbien vollständig in das russische Fahrwasser zu bringen und zur russischen Vormacht auf dem Balkan zu machen. Der geschickteste, aber auch der skrupelloseste Exponent dieser Politik war Herr v. Hartwig. Er besaß als früherer Direktor des asiatischen Departements im russischen Ministerium des Äußern eine geradezu staunenswerte Kenntnis der Balkanfragen und aller — auch der dunkelsten Persönlichkeiten, die in ihnen eine Rolle spielten. Später längere Zeit in Persien tätig, hatte er dort gewisse Satrapengewohnheiten angenommen, die er mit Erfolg in Serbien fortsetzte. Unbeschränkt in den Geldmitteln, die ihm seine Regierung aufs freigebigste zur Verfügung stellte, wußte er sich bald eine völlig gefügige Presse zu schaffen, und wenn König, Minister und Diplomaten noch so schonungslos in den Blättern angepöbelt wurden, vor Herrn v. Hartwig machte man halt. Mit dem Mann der offenen Hand durfte man es nicht verderben. Neben der Presse war er eifrig bemüht, die Offiziere und Beamten auf seine Seite zu ziehen. Dies erreichte er dadurch, daß er mit russischen Geldern ein großes, ungemein reich assortiertes Warenhaus ins Leben rief, worin jene bei mäßigen Preisen alle ihre Bedürfnisse befriedigen konnten. Wer nicht bar bezahlte, dem wurde in großzügiger Weise kreditiert — und war der Kredit erschöpft, so blieb ein Gang zu Herrn v. Hartwig selten erfolglos. Dazu schmeichelte Herr v. Hartwig der serbischen Eitelkeit in jeder Weise, weissagte den serbischen Abgeordneten und seinen Balkankollegen ganz offen den bevorstehenden Zusammenbruch der Donaumonarchie und verteilte diese unter die

einzelnen Liebhaber. Kein Wunder, daß Herr v. Hartwig allmählich einen alles andere in den Schatten stellenden Einfluß gewann, dem die Donaumonarchie und ihre Vertreter nichts entgegenzusetzen verstanden. Vielmehr trieben sie mit ihrer kleinlichen Politik des Paßzwangs und der veterinär-polizeilichen Maßnahmen bei der Serbien so lebensnotwendigen Schweineausfuhr nur Wasser auf die Mühlen Herrn v. Hartwigs, und durch die Erbitterung, die sie mit ihren Grenzvorkehrungen erzeugten, unterstützten sie selbst die panslawistische Hetze. Willig ließ man den Sirenentönen des russischen Verführers sein Ohr: „Ihr habt das mächtige Rußland hinter Euch; Ihr könnt Euch alles erlauben!“ Trotzdem glaube ich, daß Herrn v. Hartwig die Entwicklung der Dinge verfrüht gekommen ist. Nicht bloß sein Ausruf: „Espérons que ce ne sera pas un Serbe“, als ihm das Sarajevoer Attentat gemeldet wurde, bestärkt mich in dieser Auffassung, sondern noch mehr die Tatsache, daß die Vorbereitungen, zu denen er die Serben mittelbar und unmittelbar antrieb, nicht in der Weise fortgeschritten waren, wie sie seinen Wünschen und Zielen entsprachen. Das Projekt der Donau-Adria-Bahn, das ihn besonders lebhaft beschäftigte, lag noch in den Windeln. Die Erbauung der Donaubrücke mit dem großen Umschlagshafen in Prachowo, wodurch die direkte Verbindung Serbiens mit Rumänien hergestellt wurde, war eben erst vertragsmäßig vereinbart; die Bahn, die vom rumänischen Ufer direkt bis zur russischen Grenze weitergeführt werden sollte, war noch nicht über die Trassierung hinaus. Ebenso stand es am anderen Ende dieser strategischen Umgehungsbahn. Die Arbeiten der Fortsetzung von Üsküb-Monastir bis zur albanischen Grenze waren kaum vergeben. Auf den zu wählenden Adriahafen vermochte man sich nicht zu einigen; einer war so schlecht und ungeeignet wie der andere. Dadurch entfiel die Möglichkeit, im Kriegsfall mit der Donaumonarchie russische Truppen zur sofortigen Unterstützung nach Serbien zu werfen. Auch war man ja mit Rumänien noch nicht so weit, wo der goldene Esel des russischen Kollegen des Herrn v. Hartwig noch nicht genügend vorgearbeitet hatte, um auf sichere Mitwirkung zählen zu können. So war es ein schwerer Schlag für die Serben, als mitten in diesen kritischen Tagen der schon lange schwer herzleidende Herr v. Hartwig einem plötzlichen Schlaganfall erlag. Natürlich knüpften sich an seinen Tod die tollsten Gerüchte, an denen jedoch kein Wort wahr ist. Ich habe den Toten zehn Minuten nach seinem Verschenden in Gegenwart des Leibarztes des Königs Peter, Dr. Simonowitsch, gesehen, der mir sagte, er habe bei der Entartung des Herzmuskels dieses Ende schon seit längerer Zeit befürchtet. Wie groß die

Verehrung für Herrn v. Hartwig war, wie sehr er sich das Vertrauen der Serben aller Kreise zu erwerben verstanden hatte, bewies sein Begräbnis. Einem Nationalheiligen gleich wurde er zu Grabe gebracht, und Ehrungen, die keinem serbischen Woiwoden oder Fürsten je dargebracht worden waren, wurden ihm zuteil.

Auch ich habe persönlich aufrichtige Bewunderung für Herrn v. Hartwigs staatsmännische Eigenschaften, seine Energie und sein Zielbewußtsein empfunden. Seine Bestrebungen aber, die auf Schwächung bzw. Zertrümmerung der Donaumonarchie abzielten, mußten von dem seiner Verantwortung bewußten deutschen Vertreter entschlossen bekämpft werden, solange die auf dem Dreibund begründete Bundesgenossenschaft bestand. Denn letzten Endes ging es um deutsche Interessen. Bei der Unzuverlässigkeit Italiens war nach dem Zerfall Österreich-Ungarns die Einkreisung vollendet. Wie gesagt, hatte sich die serbische Politik derart mit Herrn v. Hartwig identifiziert, daß jede Ablehnung ihm gegenüber beinahe wie eine unfreundliche Haltung Serbien gegenüber erschien. Soweit serbische Velleitäten auf Kosten der Donaumonarchie nicht in Frage kamen, hat Deutschland und seine Vertretung in Belgrad allen Wünschen der serbischen Regierung das weiteste Verständnis und Entgegenkommen gezeigt. Als sich im Jahre 1913 die letztere bei der Assimilierung und wirtschaftlichen Erschließung der in den Balkankriegen eroberten mazedonischen Provinzen um Unterstützung an uns wandte, wurden sofort drei bewährte Sachverständige von den zuständigen deutschen Behörden mit größter Sorgfalt ausgewählt, einer für landwirtschaftliche Fragen allgemeiner Art, einer für Viehzucht sowie einer für Forstwirtschaft, und der serbischen Regierung zur Verfügung gestellt. Sie hatten anerkanntermaßen durch ausgezeichnete Fachberichte und praktische Ratschläge der serbischen Regierung wertvolle Dienste geleistet. Ebenso war die Errichtung einer Zentralstelle für die Landwirtschaft unter Leitung eines deutschen Landwirts (aus Schleswig-Holstein) in die Wege geleitet, als der Krieg ausbrach. Daneben war die Reform des serbischen Post-, Telegraphen- und Telephonwesens durch einen erfahrenen deutschen Postbeamten geplant.

Nach dieser Abschweifung, die als Beleuchtung der serbischen Politik und unserer Stellung zu ihr vielleicht nicht ohne Interesse sein dürfte, kehre ich zur Darstellung der Ereignisse zurück, wie sie sich nach der Skupschtinaeröffnung weiter entwickelt haben.

VI.

Aus Belgrad kamen keine besonders alarmierenden Nachrichten. Man schoß weiter über Donau und Save herüber und hinüber, die

mittlerweile von Neusalz herbeordnete Donauflotte auch in die Stadt hinein. Einer der ersten Schüsse hatte die Rückwand des in der Nähe der Festung gelegenen Konstantinowitschschen Hauses, das die englische Gesandtschaft gemietet hatte, eingeschlagen. Infolgedessen bat der dort zurückgebliebene Sekretär, in das Kutscherhaus der deutschen Gesandtschaft übersiedeln zu dürfen, was ihm auch gewährt wurde. Menschenleben wurden bei dem Bombardement weniger gefährdet, dagegen wurde um so mehr Materialschaden, namentlich am Bahnhof und den zahlreichen Fabrikgebäuden an der Save sowie auf der Therasia, dem auf der Höhe der Stadt gelegenen freien Platz, auf dem das aus russischem Kapital errichtete Hotel Moskwa steht, angerichtet. Alltätlich des Nachmittags erschien bei den in der deutschen Gesandtschaft versammelten Damen und Herren, zu denen sich sogar Serben gesellt hatten, Prinz Georg zu Besuch, und berichtete bei Kaffee und Zigaretten über die neuesten Vorkommnisse und Nachrichten.

Von einem Eindringen der Österreicher auf serbischen Boden war nirgends etwas zu spüren. Was hatte also die unausgesetzte Betonung der österreichischen Vertreter im Ausland und den Bundesgenossen gegenüber für einen Sinn, man müsse die begonnene Aktion vollständig durchführen und Serbien eine ernsthafte Lektion erteilen, die eine gewisse Gewähr für die Zukunft bieten könnte, wenn nichts vorbereitet war und man sich zu keiner energischen Handlung aufrufen konnte? Nur ein sofort und wuchtig geführter Schlag konnte das schwer gefährdete Prestige der Donaumonarchie heben, nicht aber eine drei Wochen dauernde Mobilisierung der gesamten Streitkräfte. Es mutet hinterher merkwürdig an, wenn Sir Edward Grey in diesen Tagen dem deutschen Botschafter sagte, er sehe nicht ein, wie Rußland zu einer Unterbrechung der militärischen Maßnahmen bewogen werden könne, „wenn Österreich-Ungarn dem Vorrücken seiner Truppen in Serbien nicht irgendeine Grenze setze“. Die Grenze war damals immer noch die alte Landgrenze, und nach Absicht der Zerschmetterung Serbiens, von der Sasonow an den russischen Botschafter nach London telegraphierte, sah die — man möchte fast sagen — gemütlich betriebene Beschießung der serbischen Landeshauptstadt wirklich nicht aus. Wer so vorging, der dachte unmöglich an den Erwerb einer „dominierenden Stellung“, sondern spielte vielmehr die Rolle eines Mannes, der froh ist, wenn er sich seiner Haut wehren kann. In dieser Weise hatte auch der gelehrige Schüler des Herrn v. Hartwig, Herr Spalaikowitsch, dem ersterer zum Dank für die ihm in Belgrad stets bezeugte Willfährigkeit den Petersburger Gesandtenposten verschafft hatte, die Österreicher eingeschätzt, wenn

er bei seiner Mitteilung der österreichischen Kriegserklärung an Sasonow beifügte: „Dieser Akt breche den Frieden Europas und empöre sein Gewissen. Es sei daher zu hoffen, daß Österreich-Ungarn von der Kulturwelt und von Rußland, der Schützerin Serbiens, streng bestraft werde.“ Herr Spalaikowitsch drehte einfach den Spieß um: nicht mehr sollte Serbien für seine intellektuelle Mitschuld am Attentat zu Sarajewo Buße leisten, sondern Österreich-Ungarn, weil es solche in Anspruch nahm. Bei einer solchen Denkweise, die durch die zögernde Haltung Österreichs auch in Nisch immer mehr Anhänger gewann, gab es natürlich keinen Raum für die deutsche und österreichische Auffassung, wonach die Kriegserklärung nichts an der Möglichkeit ändere, daß Wien in Petersburg Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in unanfechtbarer und befriedigender Weise darlege. Der Kamm war den Serben bereits allzu sehr geschwollen, und niemand wollte mehr etwas von Verhandeln hören. Herr Patschu kam mir gegenüber nicht bloß nicht mehr auf seinen Vermittlungsvorschlag zurück, sondern bezeichnete mit tiefer Entüstung das Bombardement Belgrads gegen wehrlose Weiber und Kinder als eine Schmach und Völkerrechtsverletzung, und rief emphatisch aus: „Wir werden zugrunde gehen, aber die Rächer werden uns nicht fehlen!“ In dem Augenblick, als man des russischen Schutzes sicher war und der Zar wie Sasonow Serbien hatten wissen lassen, daß serbische Interessen russische Interessen seien, war es auch eine reine Formalität, wenn Pasitsch Sir Edward Grey dafür danken ließ, daß er in seiner Rede im Unterhaus die serbische Antwort als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnet habe. Denn damals waren die Dinge schon so weit gediehen, daß der überwiegende, jedenfalls aber der ausschlaggebende Teil der Serben nur noch an kriegерische Auseinandersetzung dachte. Mochte Europa in Flammen aufgehen, wenn nur der serbische Expansionsdrang dabei seine Rechnung fand.

Über die folgenden Tage kann ich nur wenig Interessantes berichten. Infolge der Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland und Frankreich wurde der Verkehr mit den Kollegen dieser Länder begreiflicherweise abgebrochen. Ebenso vermieden natürlich die anderen Kollegen, die über die Stellungnahme ihrer Länder nicht recht Bescheid wußten, längere Aussprachen. Ich saß mit meinen beiden Herren in Nisch gleichsam in der Mausefalle. Ausländische Zeitungen gab es kaum, und was darin stand, war längst durch die Ereignisse überholt. Was die serbische Presse brachte, war unzuverlässig und jedenfalls einseitig gefärbt. Die serbische Regierung,

die bis zur österreichischen Kriegserklärung uns gegenüber eine korrekte Haltung bewahrt hatte, fing immer mehr an, mir die kalte Schulter zu zeigen. Man erfand alle möglichen Vorwände, um mir die telephonische und telegraphische Verbindung mit Belgrad zu erschweren und zu sperren. Nur durch die freundschaftliche Vermittlung des englischen Geschäftsträgers gelang es mir, wenigstens von Zeit zu Zeit spärliche Nachrichten über die Insassen der deutschen Gesandtschaft in Belgrad zu bekommen. Über die dortigen Vorgänge im einzelnen gibt übrigens ein von dem Legationsrat v. Scharfenberg sorgfältig geführtes Tagebuch interessante Auskunft. Offene und selbst chiffrierte Telegramme wurden von dem Telegraphenamte zwar anstandslos angenommen, wie sich später aber herausstellte, samt und sonders nicht befördert. Was für mich eintraf, wurde mir nicht ausgefolgt. In diese Zeit fällt auch der schnöde Scherz eines serbischen Journalisten, der in die Welt die Nachricht von meiner Ermordung hinaustelegraphiert hatte. Dabei war weder mir noch einem der Herren meiner Begleitung je ein Haar gekrümmt worden, und ich muß es zur Ehre der Serben bekennen, daß mit Ausnahme meiner Abreise mir nie eine rücksichtslose oder verletzende Behandlung von serbischer Seite zuteil wurde.

Ich sah, daß es mit meinem Bleiben in Nisch zu Ende ging. Aus Berlin ging nach wie vor nichts ein außer Aufträgen, unsere Kriegserklärungen der serbischen Regierung bekanntzugeben. Diese nahm von Tag zu Tag eine immer unfreundlichere Haltung ein. Herr Pasitsch war entweder nicht da, wenn ich ihn zu sprechen wünschte, oder ließ sich verleugnen. Nur der erwähnte Pressechef war stets auf seinem Posten und regalierte mich mit phantasievollen Erzählungen. So kam der 6. August heran, an dem mir von einem Sekretär des auswärtigen Ministeriums ein Schreiben überbracht wurde, worin die serbische Regierung mir mitteilte, sie stehe auf der Seite Rußlands und seiner Alliierten, und damit sei meine Mission in Serbien beendet. Der folgende Freitag, der 7., wurde mir zur Abreise über die bulgarische Grenze bestimmt. Gleichzeitig erhielt ich die Erlaubnis, die nötigen Weisungen nach Belgrad wegen Abreise der dort zurückgebliebenen Gesandtschafts- und Konsulatsmitglieder zu erteilen. Meine Bitte, deren Ankunft in Nisch abwarten und mit ihnen gemeinschaftlich das Land verlassen zu dürfen, wurde abschlägig beschieden. Genau zur festgesetzten Stunde am Freitag nachmittag trat ich mit meiner Frau, die zwei Tage zuvor unter dem Schutze des englischen Legationssekretärs in Nisch eingetroffen war, dem Militärattaché und dem Dragoman die Abreise nach Sofia an — bis an die serbische

Landesgrenze geleitet von dem früheren serbischen Geschäftsträger in Berlin, Dr. Boghitschewitsch — in einem an einen endlosen Güterzug angehängten Personenwagen. Als praktische Leute hatten uns die Serben das Schnellzugfahrgeld erster Klasse bis Zaribrod abverlangt. Verschiedene deutsche Staatsangehörige durften sich uns anschließen. Nach einer wunderschönen, freilich sattsam langsamen Fahrt durch das reichgesegnete Land kamen wir gegen 8 Uhr abends an der bulgarischen Grenze an, wo uns ein von der bulgarischen Regierung gestellter Extrazug erwartete. Was uns allen auffiel, war, daß man von Krieg oder Kriegsvorbereitung auf den einzelnen Stationen nahezu nichts merkte. Freilich, Serbien stand seit zwei Jahren unausgesetzt im Krieg. Um so erstaunlicher war, wie wenig es darunter gelitten hatte; denn überall an allen Haltepunkten boten uns serbische Bäuerinnen zwei hartgesottene Eier, ein großes, gutgebackenes Weißbrot und das so teure Salz für zusammen 25 Para — etwa 20 Pfennig — an.

In Sofia erwarteten wir die Mitglieder der Gesandtschaft und des Konsulats aus Belgrad sowie die übrigen dort zurückgebliebenen Reichsdeutschen mit ihren Familien. Sie waren in Nisch bei ihrer Durchreise freundlich im Auftrag des Herrn Pasitsch von einem Mitglied des auswärtigen Ministeriums begrüßt worden. Sogar zu einer entschuldigenden Erklärung wegen der brüskten Art und Weise, in der meine Abreise in Szene gesetzt worden war, hatte man sich noch aufgerafft, und mir danken lassen für das, was ich während des Balkankrieges im serbischen Interesse getan hatte.

Damit kann ich meine Erinnerungen an die kritischen Tage in Serbien beschließen. Sechs Jahre sind seitdem verflossen. Wilder als über irgendein anderes Land ist der Kriegssturm über Serbien dahingebraust, und jahrelang war die Hauptstadt des Landes in fremden Händen. Aber treu und zäh hatten Regierung und Volk an ihrer gegen die Mittelmächte gerichteten Bündnispolitik festgehalten und, als diese zusammenbrachen, haben sich die serbischen Wünsche in einer Weise erfüllt, wie ich sie je kaum von den leidenschaftlichsten Panslawisten äußern hörte. Das Ideal der Serben, die Errichtung eines großserbischen Reichs im Umfange desjenigen, das Stefan Duschan, der Große genannt, um die Mitte des 14. Jahrhunderts beherrscht hatte, ist erreicht. Werden sie es zusammenhalten, werden sie es behaupten können?

Pan-Europa und die Kriegsschuldfrage.

M. Inagaki.

Wir bringen den nachstehenden, in deutscher Sprache abgefaßten Aufsatz unseres bekannten japanischen Mitarbeiters Morikatsu Inagaki, obwohl er mit der Kriegsschuldfrage nur in losem Zusammenhang steht, weil aus den Gedanken des Verfassers mit großer Klarheit hervorgeht, wie sehr das Problem der Kriegsschuldfrage mit den großen Fragen der Gegenwart im Zusammenhang steht.

Die Schriftleitung.

Der pan-europäische Gedanke ist, wenn er nicht kontinental-imperialistisch gedacht ist, eine Idee der Solidarität der Menschheit und bedeutet ihre Zusammenarbeit. In diesem Sinne drückt er nichts weiter als den Gedanken des Völkerbundes aus.

Ein idealer Völkerbund wird nicht da sein, bevor die Staaten moralisch gleich gestellt werden, d. h., bevor man die „Versailler Kriegsschuldthese“ geändert hat. Gleiches kann man von dem pan-europäischen Gedanken sagen: es gibt keine europäische Solidarität, solange man einige Staaten als Verbrecher beurteilt. Moralische Gleichstellung muß die Grundlage sein.

Die Frage einer „europäischen Staatenföderation“ ist weder die Frage ja oder nein, noch die Frage der Möglichkeit oder des Sollens. Die Frage dreht sich um das Wort „Europa“. Man will eine besondere Bedeutung in diesem Wort suchen — in dem Wort, das heute keine besondere Wichtigkeit mehr besitzt. Es gibt europäische Staaten, aber nicht mehr Europa. Geographisch hat es Europa gegeben, aber selbst in bezug auf den Verkehr existiert Europa nicht mehr im alten Sinne — man denke an die Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftverkehr und Radio!

Es ist nicht schwer, ein rein geographisches Europa zu bestimmen. Dieses Europa nimmt aber keine Rücksicht auf die Staatsgrenzen und die wirtschaftliche Einheit. Es ist ein großer Fehler, zu glauben, daß man das Europa politisch und wirtschaftlich bestimmen könnte. Die Frage der Abschaffung der Zollmauern könnte man vielleicht zuerst zwischen den sich verhältnismäßig in einem nachbarschaftlichen Verhältnisse befindlichen Staaten studieren. Trotzdem kann die wirtschaftliche Frage ohne Mitwirkung der übrigen Welt nicht gelöst werden.

Es handelt sich nicht um eine neue Organisation, sondern um eine verstärkte Bestrebung im Rahmen des Völkerbundes, um die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Europa zu verbessern. Es handelt sich nicht etwa um einen besonderen euro-

päischen Gedanken oder um Europa, sondern um die Probleme zwischen den Staaten, die sich geographisch in Europa befinden.

Das Wort „Europa“ führt das Problem irre, nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch geistig. Gibt es geistig eine europäische Einheit?

Hier kann man zwei Seiten des geistigen Zusammenhanges betrachten; Freundschaft und Zivilisation.

Zwischen den europäischen Staaten existieren Haß und Mißverständnisse viel stärker als bei den anderen Weltteilen. Es ist klar, daß der Friedensgedanke in Europa fortschreiten muß. Aber man kann nicht behaupten, daß in Europa irgendeine besondere günstige Bedingung für den Frieden existiert. Es gab keine Vorbedingungen für die europäische Einheit, weder politisch noch geistig. Die einzelnen europäischen Staaten suchten sehr oft ihre Freunde nicht in der Nähe, sondern in der Ferne. Frankreich mit Rußland, England mit Japan. Rußland kämpfte mit Japan, Deutschland mit Frankreich. Da gibt es weder Europa noch Asien. Anfang des Weltkrieges wollte England die Vereinigten Staaten von Nordamerika holen, um Deutschland zu unterdrücken? Hat Deutschland nicht gewünscht, Japan auf seine Seite zu ziehen, um Frankreich zu schlagen? Kann man sagen, daß die Sympathie zwischen Deutschland und Frankreich stärker ist als diejenige, die zwischen Japan und diesen beiden Nationen besteht? Die rein geographische Verteilung der Kontinente steht mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten in keinem Zusammenhang.

Meiner Meinung nach kann man die Bedeutung der Zivilisation in dieser Frage nicht übertreiben. Die Tatsache ist, daß die europäischen Nationen heute nicht mehr allein die europäische Zivilisation verstehen und genießen. Die europäische Zivilisation wird heute manchmal von den außereuropäischen Nationen besser verstanden und angewandt als von den Europäern selbst. Die europäische Zivilisation bildet heute eine Weltzivilisation, nicht allein, sondern in einer dauernden Zusammenwirkung mit den asiatischen und amerikanischen Zivilisationen.

Es ist eine Tatsache, daß die verschiedenen Zivilisationen sich immer mehr vereinigen und weiter entwickeln. Die Tatsache, daß die Nationen die gleiche Zivilisation oder die gleiche Religion besitzen, bildet keinen Faktor bei der politischen Freundschaft oder bei einer Staatenvereinigung. Außerdem kann man nicht leugnen, daß die europäischen Nationen, trotz der gemeinsamen Zivilisation, sich gegenseitig wenig kennen und verstehen. Z. B. wir Japaner verstehen nicht weniger von der deutschen Kultur als die Franzosen. Man denke an die japanischen Universitäten und an alle

Organisationen in Japan! Für uns Japaner existiert heute keine europäische oder asiatische Kultur, sondern es gibt für uns nur „eine Zivilisation der Welt“. Die Betonung der europäischen Zivilisation ist nunmehr die Behauptung der Personen, die die heutige Welt nicht klar sehen können.

Der Europäer kann nicht mehr auf seine Zivilisation stolz sein. Europa kann die Welt nicht mehr führen. Durch den Weltkrieg und durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit hat Europa seine Autorität in der Welt vollständig verloren. Die europäischen Staaten können moralisch keinen Einfluß auf Kolonien mehr ausüben. Europa hat moralisch einen Bankrott erlitten. Der Weltkrieg ist eine natürliche Konsequenz der zwischenstaatlichen Verhältnisse gewesen. Will Europa die Wahrheit nicht anerkennen? Die Sieger behaupten, daß die Besiegten am Kriege schuldig wären. Dadurch hat „Europa“ seinen Fehler verdoppelt. Statt neu zu organisieren, hat es angefangen, sich selbst zu zerschneiden. Wo liegt der „europäische Gedanke“?

Monsieur Poincaré. *)

By Gottlieb von Jagow.

Im Hinblick auf das große Interesse, das die Ausführungen des Staatsministers von Jagow gefunden haben und mit Rücksicht auf die zahlreichen amerikanischen und englischen Leser unserer Zeitschrift bringen wir den Aufsatz „Herr Poincaré“ hier noch einmal in englischer Übersetzung.

Wir bemerken ferner, daß der Aufsatz in der in Budapest erscheinenden „Revue de Hongrie“ vom 15. Juli in französischer und in der in Sofia erscheinenden Zeitschrift „Mir“ am 21., 22. und 23. Juli in bulgarischer Sprache erschienen ist.

Die Schriftleitung.

M René Gerin has put fourteen questions concerning the outbreak of the war to M. Poincaré, the former President of the French Republic which the latter has answered.¹⁾ The controversy is grouped mainly around the question as to what obligations arose for France out of her alliance with Russia, whether M. Poincaré was acting solely on his own authority in exceeding these obliga-

*) In the following essay Herr von Jagow, German Secretary of State for Foreign Affairs in 1914, in response to our request, defines his attitude to certain statements made by M. Poincaré in his recently published book "Les Responsabilités de la Guerre". The Editor.

¹⁾ "Les Responsabilités de la Guerre." Payot, Paris 1930.

tions in 1912 and 1914, and to what extent mobilisation as such is to be considered a threat tantamount to war.

The old treaties of alliance were based on the hypothetical case of an attack without immediate provocation, i. e., they were theoretically intended for wars of a defensive character. In practice, however, a situation may arise in which it is impossible to answer according to the letter the question whether it is a case of challenge, aggression or defense. The case may then arise that a member of this or that group may variously interpret his obligations and do so in the sense which seems to serve best the member's interests. Vide Italy which — at any rate honestly, has adopted as its rule the principle of *sacro egoismo*. In his replies M. Poincaré does not go to the bottom of things and his account develops into the astute pleading of a skilful lawyer in which by artful construction and interpretation of notes, speeches and excuses, he defends his thesis: "The Enemy is to blame" — Q.E.D.

However nonsensical and contrary to the scientific practice of historians it may be to deduce a "moral guilt" from a war and to draw political conclusions from it, the person who assumes judicial authority must at least examine and take into account the development of the events which led to the war. As M. Poincaré in M. Gerin's fourteen points gives a representation of the outbreak of the war, I also should like to review shortly the events which led to the catastrophe of 1914.

In June 1914, the heir to the Austrian throne perished at *Serajevo* by the hand of Serbian murderers. (Even if they were of Austro-Hungarian nationality.) The threads of the conspiracy led to *Belgrade*. The horrible deed illuminated like a flash of lightning the political activity in *Belgrade* and its objects, aiming as it did at the foundation of a Pan-Serbian State inimical to the existence of the Danube monarchy.

There can be no doubt, then,—and in 1914 it was already clear to the Vienna Government—that the Serbian authorities were accomplices in the murder. Serbia long ago promised to refute the declaration of the Minister *Ljuba Jovanovich*, but no such refutation has yet appeared.

The fact therefore remains that M. *Pasitch* and members of his Cabinet were informed that young men had crossed the border to carry out an attempt on the life of the Archduke. Further, that the Serbian Government, although this was known to them, took no steps to inform or warn the Vienna Government of this plan.²⁾

²⁾ Vide the essay by Alfred von Wegerer: "The Serbian Warning" („Die serbische Warnung“), „Berliner Tageblatt“ Nr. 214. May 8, 1930.

It is therefore amazing for M. Poincaré to say even to-day, that all investigation during and after the war had in no way proved that the Serbian Government had played a part in the murder of the Archduke and his Consort.

It is likewise incorrect for M. Poincaré to write that solely the privity of subordinate agents of the two organisations, The Black Hand and the Narodna Odbrana had been established.³⁾ The leaders of the conspiracy against the Archduke were by no means subordinate agents but Colonel Dragutin Dimitrievich, who was a member of the Serbian General Staff and at the same time a leader of the Black Hand, as well as Major Tankosich.⁴⁾ For the Danube Monarchy it was a question of its very existence. The responsible rulers of the state recognised the necessity — it was not only their right but their duty—to put a stop to the dangerous intrigues of their little neighbour. They informed us of their decision. We were forced to recognize the necessity of a punitive action. It was a case of self-defense.

I have read with special interest the extracts from the letter which Sir F. Cartwright, the British Ambassador at Vienna, wrote on Jan. 31, 1913, to Sir Arthur Nicolson and which the Hon. Harold Nicolson now publishes in the biography of his father.⁵⁾ It confirms our conception. Sir F. Cartwright wrote at that time:

"Serbia will some day set Europe by the ears, and bring about an universal war on the Continent. I cannot tell you how exasperated people are getting here at the continual worry which that little country causes to Austria under encouragement from Russia. It will be lucky if Europe succeeds in avoiding war as a result of the present crisis. The next time a Serbian crisis arises I feel sure that Austria-Hungary will refuse to admit of any Russian interference in the dispute and that she will proceed to settle her difference with her little neighbour coûte que coûte."

We declared the conflict to be a question concerning solely Austria and Serbia. It was however, a *casus foederis*, for us should the affair assume greater proportions and should Russia, which without any particular justification had assumed the protectorate

³⁾ "Les Responsabilités de la Guerre" Page 160, as above.

⁴⁾ c. f. in re. investigations concerning the Sarajevo murder the essays of Friedrich von Wiesner in the "Berliner Monatshefte" Volume 1926, p. 369 ff.

⁵⁾ The Hon. Harold Nicolson: "Sir Arthur Nicolson, Bart. First Lord Carnock. A Study in the old Diplomacy." Constable and Co. Ltd., London 1930.

of all the Slavonic Balkan States, throw her sword into the balance and attack Austria. Austria issued an Ultimatum which was only partly accepted by Serbia. Austria prepared for execution. Russia threatened intervention and placed herself before the Serbian murderers. Now the negotiations of the Cabinets began. M. Sasonow said to the French Ambassador at St. Petersburg: "Jusqu'au dernier moment, je négocierai."⁶⁾ But even while the negotiations were proceeding—we had directed them into the channel of direct conversations between Vienna and St. Petersburg,—Russia suddenly ordered the general mobilisation; this threatened us, the mediators, with war. Our geographical and strategic situation compelled us to draw the sword in defence.

With France we had no quarrel and just as little desire to be involved in a war with her. She was, however, the ally of Russia. Should France take the side of Russia, we were faced with a war on two fronts. We were opposed by forces of considerable superiority. Our only salvation lay in quickness of action, i. e., we had to try to beat first the one adversary and then turn against the other: Defensive by means of offensive to one side. The only question was whether we should turn first to the east or to the west. The Schlieffen-Moltke plan of campaign for a war on two fronts had selected the West, because Russia, if her armies, as in 1912 retreated into the interior, could only be got at slowly and with great difficulty.

The dictum "La mobilisation c'est la guerre" has been recognised as true by the generals Boisdeffre, Miribel, Obrutcheff and Dobrorolsky.⁷⁾ General Gurko has said: "For Germany the mobilisation automatically implied not only the declaration of war but the immediate opening of hostilities. To act differently would have amounted for the German Army and its leaders to a renunciation of the enormous advantages presented to them by the possibility of getting their own armies ready for war much more quickly than the Russian army was capable of preparing."⁸⁾ M. Sasonow was aware of this and, urged on by the military authorities, he wrested from the Tsar the order for general mobilisation. Nikolas the Second likewise was aware of the consequences: "Please consider that this means sending thousands

⁶⁾ The French Yellow Book of 1914. Contributions to the Guilt Question, edited by the Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Nr. 5, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, Nr. 102 II.

⁷⁾ Documents diplomatiques. L'alliance franco-russe, Imprimerie Nationale, Paris 1918, No. 71, Page 95.

⁸⁾ General Gurko: "Russia 1914—1917. War and Revolution."

and thousands of men to their death."⁹⁾ Everyone who has the slightest idea of strategy must recognise the difficult position in which Germany was placed owing to the necessity of conducting a war on two fronts, but to declare this difficult position equivalent to an alleged German plan for a preventive war as M. Poincaré does is an accusation without any foundation whatsoever and one which must be dismissed in the strongest terms. It is entirely beside the point, too, for M. Poincaré to declare in this connection that Germany could have remained on the defensive and watched the mobilisation of France and Russia, standing at attention under arms. It is even less possible to agree with M. Poincaré's statement that Germany even then would have been fighting on equal terms. The extent of the numerical superiority of the French and Russian mobile forces as opposed to those of Germany and Austria in 1914 should be known to M. Poincaré. According to Count Montgelas's calculations it was no fewer than 1,700,000 men. Furthermore, our eastern frontier was as good as unprotected, as the Russian invasion of East Prussia was soon to show.

M. Poincaré admits that the negotiations of General Boisdeffre were at the time approved of by President Felix Faure. He knew, too, from the approval of Tsar Alexander III that apart from the French President, the highest and most autocratic authority in Russia had adopted General Boisdeffre's standpoint.¹⁰⁾

No French Government, he goes on to say, adopted this view of General Boisdeffre's. The military theory was limited by the constitution which demanded the consent of Parliament to a declaration of war as opposed to Russia and Germany. It is true that in Germany it was for the Kaiser (with the consent of the Federal Council) to declare war, but the granting of War Credits was the right of the Reichstag. No war can be conducted without money; no Emperor and no Chancellor could have entered the war without being sure of the consent of the representatives of the people. M. Poincaré pretends not to have been aware of the result of the conversations between the Russian and the French General Staffs.¹¹⁾ Did he, perhaps, like Sir Edward Grey, not wish to know them, because he did not wish thereby to implicate the Government for outward appearances? But Sir Edward, too, was

⁹⁾ Paléologue: *La Russie des Tsars*, 1, p. 39.

¹⁰⁾ In 1887 President Grévy answered General Boulanger when he asked for an order of mobilisation: "Your proposal is mad. Don't you know that it means war?"

¹¹⁾ It must be noted, however, since 1911 the minutes were laid before the Government!

forced to recognise that by his arrangement with France (exchange of letters with M. Cambon), although it was much less binding than the Franco-Russian Treaty of Alliance and although, its terms preserved for the British Government freedom of decision, England (im deutschen Text fehlt das Subjekt England) was far more deeply implicated than he himself wished to believe. M. Cambon said to Mr. Steed: "I am waiting to learn whether the word honour must be struck out of the English dictionary."¹²) Did M. Poincaré not have the same idea concerning France's obligations to Russia as the Ambassador had concerning those of England to France?

M. Poincaré has said that the mobilisation was "un acte intérieur" which left to the power ordering it the liberty to give it bloody consequences or not. As an example he advances the case of Switzerland, but as M. Poincaré says: "Comparaison n'est pas raison." If Switzerland or Holland mobilised in view of an European conflagration, certainly no one could attribute to them aggressive intentions; everyone was convinced that this was done for reasons of security. It is quite a different thing when a Great Power mobilises its large army in the middle of peace and deploys them along the frontier. The neighbouring state cannot but look on this as a threat. M. Poincaré's assertion,—I hope he will forgive me for saying so,—is a piece of sophistry.

Moreover, M. Poincaré himself refutes his own ideas for he reports that the French generalissimo, Marshal Joffre, in view of the German proclamation of a state of danger of war had on the morning of August 3 urgently demanded the French mobilisation which was readily granted. From this it appears that Marshal Joffre and with him the French Government did not even consider the state of danger of war, which can by no means be interpreted as a mobilisation, as an acte intérieur. Mobilisation can only then be looked upon as an acte intérieur when its object is to combat a revolutionary or an insurrectionist army.

It is true that the situations of France and Germany were entirely different. Menaced Germany had to secure her one advantage, that of quick action, and had immediately to go over to the attack. France could wait. It was even to her advantage to temporise, for each day of procrastination helped the Russian deployment and brought nearer the moment when we on our right and left flank would be surrounded by two highly efficient armies. This idea, as well as the wish to leave to the adversary the odium

¹²) The Hon. Harold Nicolson, p. 440.

of the first declaration of war or the first rupture of peace, dominated political tactics in Paris. According to a report of M. Isvolsky; M. Poincaré expressly declared to the Russian ambassador on the evening of August 1st that he would prefer 'if the declaration of war did not come from France but from Germany.¹³⁾

As evidence of the peaceful intentions of the French Government M. Poincaré cites the order not to cross the ten kilometre line from the frontier. The world, however, knows that this measure was not actuated by the wish to preserve peace but was merely prompted by anxiety to keep on good terms with England. In his order of July 30, General Joffre accounts for it with "diplomatic reasons" while in his telegram of August 1st the War Minister expresses himself even more clearly when he declares: "In order to assure ourselves of the collaboration of our English neighbours, it is necessary not to let patrols or small detachments cross the general line fixed by telegram N. 129 — 3/11 of July 30, except in a clear case of attack."¹⁴⁾

The fear that military mobilisation against us by Russia might make war inevitable,— an apprehension that proved to be only too well founded—had prompted us to issue a timely warning: We might be able to look on at a partial mobilisation of Russia against Austria but not at one directed also against ourselves. Not only St. Petersburg but also Paris and London were informed of this.¹⁵⁾

The fact of Russian general mobilisation, says M. Poincaré, only became known in Paris when it was reported there on July 31st by our ambassador. Of the seriousness of the situation, however, the authorities there must have known through the telegrams of M. Jules Cambon of July 27 and July 30.¹⁶⁾ Furthermore it is established to-day that the French Government, even before our ambassador's conversation with M. Viviani had received three reports about the ordering of the Russian general mobilisation:

¹³⁾ The Russian Orange Book of 1914. Contributions to the Guilt Question edited by the Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Nr. 4. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925, Nr. 170.

¹⁴⁾ Les Armées Françaises dans la Grande Guerre, tome 1, 1^{er} volume annexe, No. 25, p. 66.

¹⁵⁾ The German Documents Concerning the Outbreak of the War, Nos. 219, 342, 491 and 492.

¹⁶⁾ French Yellow Book, Nos. 67 and 109.

Through two telegrams of M. Jules Cambon and through a telegram of the Havas agency from Berlin.

M. Poincaré wishes to brush aside our warnings with the observation that Germany liked to play "la politique de bluff". He says further that the French Government had repeatedly warned St. Petersburg not to take any military measures which might render the crisis more acute. In the French Yellow Book there is only one single telegram,—that cited by M. Poincaré, which contains advice of this kind.¹⁷⁾ It is dated July 30 and according to M. Paléologue's notes, it was received in St. Petersburg at 6,00 p. m.¹⁸⁾ The Russian mobilisation had already been ordered two hours previously by the Tsar. M. Viviani says in the telegram that in his opinion it was advisable "for Russia not to take any steps in the precautionary and preventive measures she might believe necessary which might provide Germany with an excuse for a whole or partial mobilisation of its forces". The latter had already been ordered by Russia! M. Viviani's advice is further illustrated by the report wired by the Russian military attaché on the same day after a discussion between M. Poincaré, M. Viviani and the War Minister. He said that he had been told: "We may declare that in the higher interests of peace we are prepared provisionally to retard our preparations for mobilisation, which of course would not prevent us from continuing our preparations and increasing them, refraining of course as far as possible from big troop movements."¹⁹⁾ Does that not throw peculiar light on Franco-Russian collaboration? The attitude, or perhaps better the reserve, of Paris is only explained by the conclusion of the telegram which M. Sasonow sent on July 27th to the Paris Ambassador: "Whenever there was talk of employing moderating influence in St. Petersburg, we turned the suggestion down from the outset . . ."²⁰⁾

M. Poincaré insists again and again that France was only bound by her treaty to help Russia if she were attacked by us. What was to happen, however, if Russia forced us to attack? Could not the President of the French Republic have declared in favour of neutrality, if he was as peace-loving as he makes out, and if treaty bound him only in the case of (spontaneous) attack—? The war that Russia had conjured up would have been localised and peace would have been preserved for France. How little we desired to be involved in a war with France is proved by

¹⁷⁾ French Yellow Book, as above, No. 101.

¹⁸⁾ Paléologue: "La Russie des Tsars" 1, p. 39.

¹⁹⁾ The Russian Orange Book, as above, No. 116.

²⁰⁾ As above, No. 42.

our offer of August 1st in London according to which we, in the event of France remaining neutral, guaranteed to desist from any attack on her and to use our troops elsewhere.²¹⁾

The Russian military attaché in Paris was able to report after a Cabinet Council on July 31st: "The French Minister of War disclosed to me in a cordial manner that the Government were firmly resolved in favour of war, etc."²²⁾ That was, mark you, sixteen hours before we declared war on Russia and two and a half days before our declaration of war on France.

In his replies M. Poincaré rehashes once more the German frontier violations which the French Government attempted already in those critical days to exploit in London. At least the same number of violations were committed, according to the results of our investigations by the French,—despite the ten kilometre line.²³⁾ This or that report from there and there may have been founded on error, based on hallucinations, such as are common in times of great excitement. Thus our report of the airmen who were alleged to have dropped bombs on the railway at Karlsruhe and Nuremberg have, as we must admit, turned out to be erroneous.

France, too, however, as appears from a report of M. Cambon of July 31st and as was pointed out by Dr. von Wegerer in the May 1930 number of the „Berliner Monatshefte“ reported by mistake measures taken by the German frontier guards as having taken place on French territory. As we now learn through Mr. Nicolson, his report called forth the greatest anxiety in London and was used to influence the attitude of the Conservatives. On the actual course of events, the frontier violations had no decisive influence.

M. Poincaré thinks to see evidence of our desire for war in the circumstance that the wording of our Summatory Note to Belgium was already drawn up on July 26 (p. 76). Fears of an imminent war were at that time filling all Cabinets. Complete preparations for all contingencies is surely the right of every authority, efficient division of labour demands it. The Hon. Harold Nicolson relates²⁴⁾ that after England had declared war, the officials at the Foreign Office on the evening of August 4 only had to fill in the word Germany in the notices warning British Consuls.

²¹⁾ German Documents 111, Nos. 575 and 578.

²²⁾ Russian Orange Book, as above, No. 147.

²³⁾ c. f. Count Montgelas: "Frontier violations before the Outbreak of War 1914." *Berliner Monatshefte*, Vol. 1927, pp. 977 et seq.

²⁴⁾ Nicolson, as above, p. 443.

The forms had been ready for years. Would M. Poincaré perhaps see in this a proof of a long-nurtured desire for war on the part of England? I certainly should not. It is a very different matter as regards the Anglo-French military conversations with neutral Belgium which had been going on for years and years. When Sir Arthur Nicolson writes to the Ambassador at Brussels at the beginning of January 1913²⁵⁾ asking him to ascertain what the attitude of Belgium would be in case French and British forces found themselves compelled to violate Belgian neutrality; the military authorities considered it important to know whether in this case they would have friends or unreliable enemies on their left flanks —is that not a preparation for war?

It was easy for the French Government to add to the manifesto of August 1st the sentence: "La mobilisation n'est pas la guerre." What was that except an intentional deception of the enemy, their own people and of England!

In conclusion I should like to discuss the statements with which M. Poincaré raises doubts as to the genuineness of the Russian document of November 21st, 1912 (p. 109/110). The document contains the minutes of a conference of Russian generals and contains the cancellation of the Order of March 29/11, April 1912 concerning the suspension of the rule that mobilisation was simultaneously to be regarded as the opening of hostilities against Austria or Russia. This measure was motivated as follows:

"It may be found advantageous to deploy without commencing hostilities in order that the enemy may not irrevocably lose hope of a war still being avoided. Our measures could be masked by skilful diplomatic negotiation to lull the fears of the enemy. If such measures present the opportunity of²⁶⁾ gaining a few days, they must certainly be taken."

The original is in the possession of the German State Archives. M. Poincaré will be able to examine the authenticity of the document by referring to the facsimile of it published in this number. Perhaps he will also revise his conception of the harmlessness of the Russian mobilisation.

I have here only repeated things known long ago. I recapitulate: The conflict was caused by Serbia's intrigues. Russia pro-

²⁵⁾ Nicolson, as above, p. 419/20.

²⁶⁾ Gunther Frantz: "Russia's Entry into the World War." Berlin 1924. Appendix 82, c. f. also the essay by Gunther Frantz in this number.

voked the war. She it was that put the spark to the powder. Not the first declaration of war was the decisive event, but the action which made war inevitable. This action was Russia's general mobilisation which threatened us.²⁷⁾ Our declaration of war under these circumstances became a mere formality.²⁸⁾ Mobilisation, menace, attack or defence, as the case may be, cannot be easily distinguished in their effect. Their connection and their coercive influence depend on the accompanying circumstances.

Through four years of war and twelve years of peace we have had to fight the lie of our guilt disseminated by enemy propaganda. Now the peoples are beginning to realize that they have been deceived. The thesis of Germany's sole guilt was only a well-calculated political stratagem. They begin to feel ashamed of the verdict of Versailles. Only M. Poincaré holds headstrong to his Crucifige. I would gladly believe that in 1914 he acted as he was convinced that his country's interests demanded. If "*victrix res deis placuit*", he can count himself among the gods. But why, despite all proofs to the contrary, does he still set his face against a better understanding of the compelling motives of his adversary? The dictate of Versailles is built up on the thesis of "German guilt". The shackles which this has imposed upon us the politician Poincaré does not wish at any price to have loosened. To the aid of the politician he summons the lawyer Poincaré to plead for a verdict "Guilty".

²⁷⁾ Count Montgelas: "Elements of the War Guilt Question." („Leitsätze zur Kriegsschuldfrage.") No. 16, p. 8.

²⁸⁾ Alfred von Wegerer: "A Refutation of the Versailles War Guilt Thesis", Alfred Knopf, New York 1930, p. 267.

Herr Jovan M. Jovanović über „Die Verantwortung für den Weltkrieg“.

Alfred von Wegerer.

In der Belgrader „Politika“ vom 25. und 26. Juli 1930 nimmt der ehemalige serbische Gesandte in Wien, Herr Jovan M. Jovanović, zur Frage über „Die Verantwortung für den Weltkrieg“ Stellung. Er geht dabei von meinem im Juniheft der „Berliner Monatshefte“ erschienenen Aufsatz „Die serbische Warnung“ aus. Es ist nicht unsere Absicht, auf alles zu antworten, was Herr Jovanović in diesen beiden Aufsätzen erwähnt, da es genügt, auf die bisherigen Aufsätze, die in unserer Zeitschrift hierüber erschienen sind, hinzuweisen.¹⁾ Nur über zwei Punkte aus dem Aufsatz von Herrn Jovanović soll einiges gesagt werden, über die Warnung und die Mitwisserschaft der serbischen Regierung.

Die Warnung.

Zunächst müssen wir eine kleine Ungenauigkeit feststellen. Herr Jovan M. Jovanović zitiert unter Anführungszeichen folgende Stelle aus meinem Aufsatz: Herr von Wegerer bleibt dabei, „daß die Unterredung, die Anfang Juni 1914 zwischen dem serbischen Gesandten und dem gemeinsamen Finanzminister Dr. Bilinski über das Unzeitige der Reise Franz Ferdinands zu den bosnischen Manövern stattfand, keinen amtlichen Charakter hatte“. Einen derartigen Satz habe ich nie geschrieben, sondern nur auf Seite 545 des Juniheftes der „Berliner Monatshefte“ folgendes gesagt:

„Was den amtlichen Charakter der Warnung des Herrn Jovanović anbelangt, so mag der Ausdruck von Herrn von Wiesner „gewissermaßen privat“ vielleicht ein klein wenig zu weit gehen, aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Jovanović in seinem Aufsatz im „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 28. Juni 1924 selbst gesagt hat, daß die Warnung von ihm „ausgegangen“ und seiner „Initiative“ entsprungen ist.“

¹⁾ Siehe insbesondere „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 1923, Oktoberheft Seite 82; Jahrgang 1924, Januar/Februarheft Seite 28, Juniheft Seite 208; Jahrgang 1925, Maiheft Seite 293 ff.; und „Berliner Monatshefte“, Jahrgang 1930, Juniheft Seite 539; ferner siehe Wegerer: „Der Anlaß zum Weltkrieg“, „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 1925, Seite 553; Wegerer: „Neue Ausschnitte zum Attentat von Sarajewo“, „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 1926, Seite 400; Friedrich von Wiesner: „Die Schuld der serbischen Regierung am Mord von Sarajewo“, „Die Kriegsschuldfrage“, 1928, Seite 307.

Ich stimme aber mit dem Gesandten Jovanović vollkommen darüber überein, wenn er weiter schreibt, „auch hier ist nicht die Form des Gesprächs zwischen dem serbischen Gesandten und Dr. Bilinski die Hauptsache, sondern, daß überhaupt ein solches Gespräch stattgefunden hat“. Und ich füge hinzu: das Wesentlichste bleibt natürlich der Inhalt des Gesprächs.

Wenn Herr Jovanović aber dann fortfährt und sagt, die Bedeutung dieser Tatsache — nämlich, daß das Gespräch stattgefunden hat — „wird auch dadurch nicht verringert, daß Bilinski sie in seinen Memoiren nicht erwähnt hat“, so kann ich dem nicht ganz zustimmen. Es liegt doch auf der Hand, daß, wenn Herr Bilinski dem Gespräch die Bedeutung beigemessen hätte, die ihm Herr Jovanović zu geben wünscht, er die Unterhaltung nicht nur in seinen Memoiren erwähnt, sondern sie wahrscheinlich auch an maßgebende Stelle weitergegeben hätte.

Nun kommen wir aber zur Hauptsache. Herr Jovanović schreibt weiter:

„Die Warnung steht fest und wurde dem berufensten Beamten, dem Minister für Bosnien und Herzegowina, gegenüber von amtlicher serbischer Seite ausgesprochen, und zwar vor dem Attentat.“²⁾ („Opomena postoji i izrecena je najpozvanijemu cinovniku, ministru za Bosnu i Hercegovinu, od sluzbene srpske strane i to pred atentat.“)

Den letzten Satz stellt Herr Jovanović gewissermaßen meiner Formulierung entgegen, „daß nur eine Warnung vor den Manövern, nicht aber vor dem Attentat erfolgt sei“.

Das Interessanteste ist aber, welche neuen Gründe Herr Jovanović für diese Version seiner Warnung mitteilt. Wir müssen uns hierbei zunächst ins Gedächtnis zurückrufen, wie Herr Jovanović seine Unterredung mit dem Finanzminister Bilinski bisher dargestellt hat. Im „Neuen Wiener Tagblatt“ Nr. 177 vom 28. Juni 1924 schrieb Herr Jovanović folgendes:

„Ich erklärte dem Minister Bilinski ganz offen, was ich erfahren hätte, nämlich, daß die Manöver in Bosnien an der Drina, also gerade gegenüber von Serbien, abgehalten werden sollen und der Erzherzog Franz Ferdinand sie selbst kommandieren werde. Ich sagte dem Minister Bilinski: „Wenn das wahr ist, dann kann ich Euer Exzellenz versichern, daß dies größte Unzufriedenheit bei den Serben erregen wird, welche dies als einen Akt der Provokation betrachten müssen. Manöver unter solchen Umständen sind gefährlich. Unter der serbischen Jugend kann sich jemand finden, der in sein Gewehr oder in seinen Revolver nicht ein blindes, sondern ein wirkliches Geschloß steckt, und das er dann abfeuert. Und diese Kugel könnte den Herausforderer treffen. Deswegen wäre es gut und vernünftig, daß Erzherzog Franz Ferdinand nicht nach Sarajewo geht und daß die Manöver nicht am Vidovdan und nicht in Bosnien abgehalten werden.“

²⁾ Sperrung von mir.

In seinem jetzigen Aufsatz in der „Politika“ sucht Herr Jovanović eine Übereinstimmung mit seinem Abraten von den Manövern mit einer Warnung vor den Attentätern in Sarajewo herbeizuführen, indem er sagt: „Das scharfe Geschoß aus dem Gewehr irgendeines Soldaten ersetzte das scharfe Geschoß aus dem Browning Gavrilo Princip.“ Und um seine Auffassung, daß seine Warnung vor den Manövern gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Warnung vor dem später in Sarajewo stattfindenden Attentat noch stärker zu begründen, schreibt Herr Jovanović: „Die Manöver fanden am 25., 26. und 27. Juni statt, das Sarajewoer Attentat aber am 28. Juni 1914 — etwas anderes wäre es, wenn sich das Attentat einige Tage später ereignet hätte, so war es aber am 4. Tage der Manöver.“

Vielleicht gelingt es uns, Herrn Jovanović das Unzulängliche seiner Behauptung durch ein Beispiel zu erklären: Ich warne jemanden, er solle am Sonntag nicht in eine Wahlversammlung gehen, weil ihm aus der Reihe seiner eigenen Genossen ein Unglück zustoßen könne. Ich weiß, daß dem Betreffenden dort nichts passiert, habe aber Nachrichten, daß auf dem Nachhauseweg eine Gruppe von Leuten, die nichts mit der Wahlversammlung zu tun haben, auf ihn lauert, und ihn umbringen will. In der Versammlung passiert dem Betreffenden auch nichts, aber er wird auf dem Nachhauseweg von den Leuten totgeschlagen. Nach Ansicht von Herrn Jovanović hätte ich den Betreffenden dadurch auch vor dem Totgeschlagenwerden nach der Versammlung gewarnt, weil ich ihm abgeraten hätte, überhaupt am Sonntag in die Wahlversammlung zu gehen.

Wir können uns demnach der neuerlichen Auslegung des Herrn Jovanović über den Inhalt seiner Warnung nicht anschließen und bleiben bei unserer These, daß er wohl vor den Manövern, nicht aber vor dem Attentat gewarnt hat. Dabei möchte ich nicht in Abrede stellen, daß Herr Jovanović selbst vielleicht die Absicht hatte, daß seine Warnung vor den Manövern von Herrn Bilinski auch so aufgefaßt werden sollte, als ob er gleichzeitig zum Ausdruck bringen wollte, daß gegen den Erzherzog irgendetwas im Gange sei. Der praktische Erfolg dieser Warnung war aber jedenfalls nicht ausreichend und deshalb hätte er bei seinem zweiten Besuch seine Warnung noch einmal deutlicher und unmißverständlicher vorbringen müssen.

Wenn Herr Jovanović etwas für die Aufklärung der Warnung beitragen will, so können wir nur erneut empfehlen, dies nicht durch den Versuch erreichen zu wollen, der Unterhaltung zwischen ihm und Bilinski eine Deutung zu geben, wie sie späteren Wünschen

entspricht, sondern dafür einzutreten, daß der Bericht veröffentlicht wird, den er über seine Warnung nach Belgrad geschickt hat. Sollte ein derartiger Bericht überhaupt nicht vorliegen, so können wir allerdings nicht umhin, auch hieraus den Schluß zu ziehen, daß er selbst damals seiner Warnung nicht die Bedeutung beigemessen hat, die er ihr jetzt zu geben versucht.

Die Mitwisserschaft der Regierung Pasić.

In dem zweiten Teil seines Aufsatzes hebt Herr Jovanović sehr richtig hervor, daß das Wichtigste bei der ganzen Warnung die Frage ist, wieweit die Regierung Pasić von den Vorbereitungen zum Attentat wußte. Herr Jovanović geht dann näher auf die Tätigkeit des Major Tankosić und des Eisenbahnbeamten Ciganović ein und versucht, die Mitwirkung beider an dem Attentat zu begründen. Das Kapitel Ciganović ist in unserer Zeitschrift schon genügend behandelt worden und wird durch die Ausführungen von Herrn Jovanović in seinem Aufsatz keineswegs entkräftet.³⁾ Aus den neuen österreichischen Dokumenten geht vielmehr mit erneuter Klarheit hervor, wie sehr man in Serbien bemüht war, die Mitwirkung von Ciganović an dem Attentat zu verschleiern.

Die Mitwisserschaft der Regierung Pasić beruht aber weniger auf der Teilnahme von Tankosić und Ciganović am Attentat, obgleich die Belgrader Regierung sicherlich Gelegenheit gehabt hätte, von Ciganović, als Konfident der serbischen Regierung, Näheres über das Attentat zu erfahren. Die Mitwisserschaft der Regierung Pasić beruht nach wie vor auf den bis jetzt trotz aller Versuche nicht entkräfteten Äußerungen des serbischen Ministers Ljuba Jovanović in seiner bekannten Schrift „Blut des Slawentums“. Da die Veröffentlichung dieser Schrift in unserer Zeitschrift schon einige Zeit zurückliegt,⁴⁾ geben wir die beiden wesentlichsten Stellen hier noch einmal in neuer verbesserter Übersetzung wieder:

„Ich erinnere mich nicht, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, als uns eines Tages Herr Pasić sagte — diese Dinge bearbeitete er meist nur mit Stojan Protić, der damals Minister des Innern war, aber so viel sagte er auch uns anderen —, daß einige sich vorbereiteten, nach Sarajewo zu gehen und Franz Ferdinand, der am St. Veitstage dort eintreffen und feierlich empfangen werden sollte, umzubringen. Wie man mir später sagte, gingen diese Vorbereitungen von einem Kreise heim-

³⁾ Siehe Friedrich von Wiesner: „Milan Ciganović †“, „Die Kriegsschuldfrage“, Jahrgang 1927 Seite 1041.

⁴⁾ Die vollständige Übersetzung des Aufsatzes wurde unter dem Titel „Die Mitwisserschaft der serbischen Regierung an der Ermordung Franz Ferdinands zugegeben“ in „Die Kriegsschuldfrage“, Februarheft 1925, Jahrgang III, Seite 68 ff. veröffentlicht.

lich organisierter Leute und von patriotischen bosnisch-herzegowinischen Studentenkreisen in Belgrad aus. Herr Pasić und wir übrigen meinten, und Stojan stimmte zu, es wäre eine Verfügung an die Grenzbehörden an der Drina zu erlassen, daß sie den Übergang der jungen Leute, die zu diesem Zwecke Belgrad verließen, verhindern sollten. Aber diese Grenz„behörden“ waren selbst in der Organisation drin und führten die Verfügung Stojans nicht aus, sondern meldeten ihm — was er später wieder uns mitteilte —, seine Weisung habe sie zu spät erreicht, denn diese jungen Leute wären bereits über den Fluß gesetzt.

So schlug der Versuch der Regierung, die Ausführung des vorbereiteten Attentats zu verhindern, fehl, wie auch der Versuch fehlgeschlug, den unser Gesandter in Wien, Herr Jotza⁵⁾ Jovanović, beim Minister Bilinski auf eigene Initiative unternahm, den Erzherzog von der geplanten verhängnisvollen Reise abzubringen. So wurde das Attentat in Sarajewo ausgeführt, und zwar in schrecklicherem Umfange, als vor auszusehen war, und mit Folgen, die sich damals niemand hätte träumen lassen.“

Und weiter heißt es:

„Als aus Wien verlautete, ein Beamter des serbischen Bautenministeriums, Milan Ciganović, habe die Attentäter nach Sarajewo gebracht, fragte Pasić Herrn Jotza Jovanović,⁶⁾ der dieses Ressort damals innehatte, was das für ein Beamter von ihm sei; aber weder Herr Jotza noch sonst jemand in seinem Ministerium wußte etwas von ihm. Auf Drängen von Herrn Pasić wurde Ciganović nach vieler Mühe in irgend einer kleinen Verwaltungsstelle bei der Eisenbahndirektion ausfindig gemacht. Ich erinnere mich, daß jemand (Stojan oder Pasić), als Jotza uns das mitteilte, sagte: „Da hast du es! Es ist wirklich ganz so, wie man sagt: wenn einer Mutter ihr Sohn verlorengeht, mag sie ihn bei der Eisenbahndirektion suchen.“ Später hörten wir von Herrn Jotza, daß Ciganović aus Belgrad verschwunden sei. Auch Stojan seinerseits führte eine Untersuchung. Unter anderem wurde auf der Belgrader Post eine postlagernde Karte aus Sarajewo gefunden, die einer der Attentäter vor dem Veitstage an einen Freund in Belgrad geschickt hatte.

Nach alledem konnte man erwarten, daß es Wien nicht gelingen werde, zwischen dem offiziellen Serbien und dem Ereignis an der Miljatzka⁷⁾ irgendeine Verbindung festzustellen. Deshalb hoffte Herr Pasić, wir würden uns schon aus dieser Krise heraushelfen, und war in Gemeinschaft mit uns, seinen Kollegen, bemüht, die Beziehungen, die wir uns bis dahin verschafft hatten, nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, damit Serbien bei der Gewährung jener unglückseligen Satisfaktionen an Österreich-Ungarn glimpflich davonkäme und sich möglichst von dem Schlage erhole, der ihm bei dieser Gelegenheit sicher war.“

Durch Anführung dieser beiden Stellen möchte ich der Bemerkung von Herrn Jovanović entgegenreten, mit der er den

⁵⁾ Jotza — familiäre Form von „Jovan“.

⁶⁾ Bautenminister Jotza Jovanović, zu unterscheiden von dem gleichnamigen Wiener Gesandten.

⁷⁾ In der Nähe der Lateinerbrücke, die über die Miljatzka führt, wurde der Mord begangen.

zweiten Teil seines Aufsatzes beginnt: „Es heißt Pasić beleidigen, wenn Herr von Wegerer, die Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen und andere Historiker behaupten, daß Pasić um die Vorbereitungen des Sarajewoer Attentats gewußt habe, daß er es hätte verhindern können usw.“ Es ist selbstverständlich niemals die Aufgabe der Kriegsschuldforschung, irgend jemand, der während der Julikrisis 1914 an entscheidender Stelle gestanden hat, zu beleidigen. Unser Ziel beschränkt sich darauf, die Tatsachen aufzudecken und die Verantwortlichkeit am Weltkrieg klarzustellen. Abgesehen hiervon müssen wir uns aber diesen Satz des Herrn Jovanović doch etwas näher ansehen.

Wie wir aus den erwähnten Äußerungen des serbischen Ministers Ljuba Jovanović gesehen haben, war die serbische Regierung über das geplante Attentat unterrichtet. Aber wenn wir dies einmal aus dem Spiel lassen wollen, so drängt sich die Frage auf, warum Herr Jovanović, der nach seinen eigenen Angaben über die Vorbereitung des Attentats unterrichtet gewesen ist, denn wie hätte er sonst vor dem geplanten Attentat warnen können, seinem Vorgesetzten, Ministerpräsident Pasić, keinerlei Mitteilung gemacht hat? Unseres Erachtens hätte Herr Jovanović — der besonders nach dem zweiten Besuch bei Herrn Bilinski den Eindruck gewonnen hat, daß seine Warnung nicht den entsprechenden Eindruck hinterlassen hat — die Pflicht gehabt, nun seinerseits schleunigst Herrn Pasić mitzuteilen, daß er von einem Komplott erfahren hat und sein Versuch, den Thronfolger von der Reise zu den Manövern abzubringen, nicht gelungen sei.

Wir wären Herrn Jovanović sehr dankbar, wenn er Gelegenheit nehmen würde, uns hierüber Auskunft zu geben. Wir möchten aber hierbei gleich vorweg bemerken, daß, wenn Herr Jovanović Herrn Pasić von den Vorbereitungen zu dem Attentat und von seiner Warnung unterrichtet hat, das von uns bereits erwähnte Interview, das Herr Pasić im „Az Est“ gegeben hat, den Tatsachen nicht entsprechen könnte. Herr Pasić hat ausweislich der neuen österreichischen Dokumente zum Kriegausbruch gegenüber dem Vertreter des „Az Est“ folgendes geäußert:

„Auch die Nachricht ist falsch, daß Serbien vorher Kenntnis von den Vorbereitungen zu dem Attentat hatte und daß es deshalb auch eine Warnung ergehen ließ“ (Dokument Nr. 10 152).

Wie uns von Reisenden berichtet worden ist, scheinen die ersten Anfänge für die Herausgabe von serbischen Dokumenten eingeleitet zu sein. Darin würde fraglos ein Fortschritt zur Klärung

der Kriegsschuldfrage liegen. Allerdings hörten wir auch, daß vorläufig die hierfür eingesetzten Kräfte so unzureichend seien, daß es voraussichtlich noch recht lange dauern würde, bis die ersten Dokumente das Licht der Welt erblicken.

* * *

Zusammenfassung.

Der Auffassung des Herrn Jovanović, daß seine Warnung vor den Manövern gleichbedeutend mit einer Warnung vor einem Attentat in Sarajewo gewesen sei, können wir mangels einer entsprechenden Begründung nicht zustimmen. Um eine Übereinstimmung über die entgegengesetzten Auslegungen seiner Warnung herbeizuführen, ist die Veröffentlichung des Berichts von Herrn Jovanović an seine Regierung erforderlich.

Wenn Herr Jovanović einen Bericht über seine Warnung nach Belgrad geschickt hat, so wäre hieraus zu folgern, daß Pasić, abgesehen von anderen Mitteilungen, auch durch Herrn Jovanović über die Vorbereitung eines Attentats gegen den Erzherzog unterrichtet worden ist.

Hat Herr Jovanović aber keinen Bericht über seine Warnung nach Belgrad geschickt, so geht einmal daraus hervor, daß er der Unterredung mit Herrn Bilinski nicht die Bedeutung beigemessen hat, die er ihr jetzt zu geben versucht. Weiter geht daraus hervor, daß Herr Jovanović sich eines Versäumnisses schuldig gemacht hat, weil er die ihm über das Attentat zugegangenen Nachrichten nicht an seine Regierung weitergegeben hat. Dieses Versäumnis belastet ihn um so schwerer, als er auf Grund seiner zweiten Unterredung den Eindruck hatte, daß seine Warnung nicht den entsprechenden Erfolg gehabt hat.

Den Vorwurf einer Beleidigung des Herrn Pasić weisen wir zurück, weil wir keine Veranlassung haben, Herrn Pasić mehr Glauben zu schenken wie Herrn Ljuba Jovanović, im Gegenteil dem Zeugnis von Ljuba Jovanović unter Berücksichtigung aller Nebenumstände die größere Wahrscheinlichkeit zuerkannt werden muß.

Der Versuch, eine Übereinstimmung der Äußerungen von Pasić, Ljuba und Jovan Jovanović herbeizuführen, ist ebenso unmöglich, wie aus einem meßbaren Dreieck einen Punkt zu machen.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Sarajevo Sixteen Years After.

„The Indianapolis Times“, 12. Juli 1930.

Wir geben den Aufsatz um seiner Bedeutung willen nachstehend im Wortlaut in deutscher Übersetzung wieder:

„Sechzehn Jahre waren es am Sonnabend her, daß Gavriilo Princip, ein schwindsüchtiger Bosniakenjüngling, in Serajewo auf das Trittbrett des königlichen Wagens gesprungen war und die Körper des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gattin mit Kugeln durchlöchert hatte. Diese Tragödie am St.-Veits-Tage wuchs sich zum Weltkrieg aus mit seiner Hinschlachtung von Millionen, der Verstümmelung von weiteren Millionen von Menschen und der Verarmung und Entwürdigung der westlichen Zivilisation.

Niemals hat die geschichtliche Wissenschaft eine größere Wandlung kennen gelernt als die, die durch den Gegensatz gekennzeichnet wird zwischen dem, was wir über den Mord im Jahre 1914 bisher glaubten und dem, was wir jetzt als Wahrheit erkannt haben.

Im Jahre 1914 glaubten wir den leidenschaftlichen Beteuerungen serbischer Staatsmänner, daß Serbien in bezug auf heimliche Mitwirkung an dem Attentat vollkommen unschuldig war. Wir glaubten, daß Österreich den großen Störenfried spielte und das letzte Pfund Fleisch von ihm forderte.

Wir hatten angenommen, daß Serbien alle österreichischen Forderungen angenommen, daß Österreich, nur um einen größeren europäischen Krieg anzuzetteln, Serbien den Krieg erklärt hatte. Wir waren der Meinung gewesen, daß Österreich dies alles auf den Rat und unter dem Drucke Deutschlands getan hatte.

Schließlich war uns erzählt worden, daß, als Österreich in elfter Stunde nachzugeben schien, Deutschland in die Bresche sprang und durch eine verfrühte und ungerechtfertigte Kriegserklärung an Rußland für den sicheren Ausbruch eines europäischen Krieges sorgte. Kein Mensch zweifelte daran, daß Rußland moralisch verpflichtet war, Serbien, seinem kleinen slawischen Bruder, zu Hilfe zu kommen. Das war Ehrensache.

Was haben wir nun an Stelle dieser frommen Sage, die aus dem Krieg zugunsten „des armen kleinen Serbien“ einen ritterlichen Kreuzzug gemacht hatte, inzwischen erfahren?

Der Leiter des Nachrichtendienstes des serbischen Generalstabes hat den Plan, Franz Ferdinand zu ermorden, entworfen, die Mörder im Pistolenschießen und Bombenwerfen ausgebildet und sie über die Grenze nach Bosnien geschmuggelt.

Das serbische Kabinett wußte einen Monat vor dem Mord bereits von dem geplanten Attentat, tat aber nichts, um es zu verhindern und Österreich zu warnen. Führende Russen der Petersburger Militärclique wußten ebenfalls von der Verschwörung und drängten die Serben zum Handeln.

Das österreichische Ultimatum war nicht das Werk eines Provokateurs. Es war das mindeste, was Österreich-Ungarn an Sicherheiten gegen serbische Anschläge nötig hatte. Serbien lehnte jegliches Zugeständnis in bezug auf die ernstlichen Forderungen der Österreicher ab. Österreich wollte keinen europäischen Krieg. Um einen solchen zu vermeiden, wartete es mit der Absendung seines Ultimatums, bis Poincaré aus Rußland fort war.

Deutschland drängte sich Österreich nicht auf, erst nach dem 27. Juli trat es dafür ein, die Armee zurückzuhalten und mit Rußland zu verhandeln. Deutschland hat mit Rußland nicht zuerst angefangen. Seine Kriegserklärung war lediglich eine Antwort auf die vorausgegangene und äußerst ungerechtfertigte Generalmobilmachung Rußlands, die, wie jeder führende Mann in Europa wußte, die deutsche Kriegserklärung nach sich ziehen mußte.

Schließlich hat Rußland auch gar keine Ehrenverpflichtung Serbien gegenüber anerkannt. Vielmehr war es im Jahre 1908 bereit, die serbischen Interessen den Österreichern zu opfern, desgleichen 1911 den Türken.

Kurz und gut, die unmittelbare Ursache des Ausbruches des Weltkrieges war ein trauriges Kapitel und ein übles Durcheinander; kein zivilisiertes Land kann stolz darauf sein, damit etwas zu tun gehabt zu haben. Mag Serbien den Mördern Denkmäler errichten; die aufgeklärte Weltmeinung wird in dem Vorfall des 28. Juni 1914 einen weiteren sehr triftigen Grund sehen, um die Forderung auf einen besseren internationalen Schutz gegen die Wiederholung eines solchen Unglücks für die Menschheit zu erheben.“

Morrow Minimizes German War Guilt.

„New York Times“, 7. Juni 1930.

Wir haben bereits im Juliheft (Seite 689) auf die Rede, die der Senator Morrow gehalten hat, hingewiesen. Wir bringen nachstehend aus der „New York Times“ den für die Kriegsschuldfrage bedeutungsvollen Satz noch einmal nach dem Wortlaut der „New York Times“.

„Allgemein glaubte man im Volke“, sagte Mr. Morrow, „Deutschland die ganze Verantwortlichkeit für den Weltkrieg aufbürden zu können. Das ist eine unfaire Auffassung, denn der Krieg ging von der Furcht und dem Druck der Seekriegsrüstungen aus. Jeder einzelne ging mit der Behauptung hausieren, daß die anderen Länder alles Mögliche täten, um einen Krieg vorzubereiten.“

„It was the popular thought“, said Mr. Morrow, „first to place the blame on Germany for all the responsibility for the World War. This is an unfair attitude, for the war started by the fear and pressure of naval competition. Every one was running around in circles telling what the other nations were doing in preparing for war.“

*

DÄNEMARK.

Endlich? — von Professor Karl Larsen.

Politiken, 1. Juni 1930.

In dem vorstehenden Aufsatz bespricht der bekannte dänische Historiker das Werk Harold Nicolsons über seinen Vater, Sir Arthur Nicolson. Larsen sieht in der Schlußfolgerung, zu der Harold Nicolson gelangt, die „kaltblütigste Rechtfertigung Deutschlands“, die mit einer fast an Zynismus grenzenden Selbstverständlichkeit vorgetragen werde. „Es ist gleichsam so, als hörte man einen Mann, der mit dabei gewesen ist, als ein anderer gelyncht wurde (ohne deshalb an der Aufregung des lynchenden Mobs teilzuhaben), jetzt am Grabe des Gelynchten sagen: „Selbstverständlich wurde er ungerechterweise umgebracht, aber umgebracht werden mußte er, das forderte mein Selbstinteresse. Eine anständige Grabschrift soll er aber haben, denn ich bin ein fairer Mann.“

Über den sehr aufschlußreichen und bedeutungsvollen Briefwechsel zwischen Sir Arthur und dem britischen Gesandten in Brüssel hinsichtlich der wahrscheinlichen Haltung Belgiens im Falle eines britischen Einmarsches schreibt Larsen: „Belgien war der geladene Revolver, der zwischen den beiden streitenden Parteien auf dem Tische lag; wer ihn zuerst ergriff, hatte eine Chance, die Überhand zu gewinnen; das wußte man auf beiden Seiten vor dem Kriege. Und in der Atmosphäre der beiden Briefschreibenden aus der Neujaarszeit 1913 gibt es keine Bedenken, sondern nur Bedachtsamkeit. Es waren ja auch Diener eines jahrhundertealten Eroberungsstaats, die dort saßen, in stillen Räumen, die Feder in vornehm gepflegten Händen, die sich ihre Auffassungen klarzumachen versuchten, während die robuste Lebenserfahrung weithin sich folgender Geschlechter über die Papiere hinschaute.“

DEUTSCHLAND.

Kampf gegen Geschichtslügen.

„Vossische Zeitung“ vom 9. August 1930, Nr. 373.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, hat das Internationale Komitee für Geschichtswissenschaft, das die Historiker von vierzig dem Völkerbundinstitut für geistige Zusammenarbeit angeschlossenen Ländern umfaßt, den lobenswerten Beschluß gefaßt, Schulbücher für Geschichte von allen Geschichtslügen zu befreien. Es wurde eine besondere „Schulkommission“ unter der Führung des Historikers der Pariser Sorbonne, Professors Glotz, eingesetzt, die die kritische Untersuchung unternehmen soll.

Die Untersuchung wird sich zunächst auf die Lehrbücher der Volksschule und später auf die der höheren Schulen erstrecken. Der Geschichtsunterricht, erklärte Professor Glotz in einem Interview, dürfe kein Katechismus sein, weder in nationaler noch in internationaler Hinsicht. Gleichzeitig teilte er mit, daß er auf dem nächsten Kongreß für Geschichtswissenschaft in Budapest die Gründung einer internationalen Bibliothek von Geschichtslehrbüchern beantragen werde, um so die Revisionsarbeit der Schulkommission zu erledigen.

Die 40 dem Komitee angeschlossenen Länder haben sich verpflichtet, den Kritikern der internationalen Zensur sofort Rechnung zu tragen. Bei den übrigen Ländern hofft man auf diplomatischem Wege Abhilfe schaffen zu können.

Raymond Poincaré. Von Dr. Leo Stahl.

„Vossische Zeitung“, 20. August 1930, Nr. 390.

In seiner Charakterisierung, die Dr. Leo Stahl Poincaré zu dessen 70. Geburtstag widmet, schreibt er:

„Die Rolle, die Poincaré in der Vorgeschichte des Krieges gespielt hat, ist heute noch zu umstritten, um ein objektives Urteil zu ermöglichen. Er selbst hat sich stets mit fanatischer Leidenschaft gegen den auch im eigenen Lande gegen ihn erhobenen Vorwurf der Mitschuld am Kriege zur Wehr gesetzt. Durch sein dickleibiges Memoirenwerk, das mit professoraler Gründlichkeit kein, auch noch so nebensächliches diplomatisches oder politisches Geschehnis unerwähnt läßt, zieht sich von der ersten bis zur letzten Seite, wie ein roter Faden, das krampfhafte Bemühen um den „Nachweis“, daß Frankreich unschuldig „überfallen“ worden sei, und daß niemand in Europa mehr für die Erhaltung des Friedens getan und geopfert habe als Frankreich und seine Regierung, an deren Spitze in den Jahren vor Kriegsausbruch Poincaré gestanden hat. Wie weit ihm tatsächlich eine aktive Mitverantwortung am

Kriege zur Last gelegt werden kann, wird erst die wissenschaftliche historische Forschung entscheiden können, und auch sie wird dazu erst in der Lage sein, wenn Frankreich seine bisher nur auszugsweise veröffentlichten diplomatischen Archive geöffnet haben wird.

Poincaré selbst zitiert im fünften Bande seiner Memoiren die Äußerung Delcassés, mit der dieser kurz nach Kriegsausbruch seine Forderung nach dem Portefeuille des Auswärtigen begründete: „Meine Politik ist es, die heute triumphiert. Wie oft hat man mir vorgeworfen, Deutschland eingekreist zu haben! Ich habe die Entente mit England, die Entente mit Italien, die erste Entente mit Spanien unterzeichnet; ich habe aus der russischen Allianz ein brauchbares Instrument gemacht!“ Diese Politik der systematischen Einkreisung Mitteleuropas, die Deutschland mit einem Netz geheimer Bündnisse und Militärkonventionen umspann, war es in der Tat, die das Pulverfaß zur Explosion brachte, und an dieser Politik hat auch Poincaré seinen Anteil gehabt.

Man wird Poincaré glauben dürfen, daß auch er den Krieg „nicht gewollt“ hat. Was aber hat er getan, um seinen Ausbruch zu verhindern? Die von der Pariser Regierung angeordnete Zurücknahme des französischen Grenzschutzes um 10 Kilometer, auf die Poincaré und die französischen Historiker immer wieder pochen, war ein ausschließlich auf die öffentliche Meinung berechnetes politisch-taktisches Manöver, das gegebenenfalls die alleinige Schuld Deutschlands an der Eröffnung der Feindseligkeiten „beweisen“ sollte. Hätte die französische Regierung, wozu sie sehr wohl in der Lage gewesen wäre, statt dessen in Petersburg ihren Einfluß und ihre nicht geringe Autorität geltend gemacht, um die russische Mobilisierung gegen Österreich zu verhindern, der drohende Kriegsausbruch hätte wahrscheinlich noch in letzter Stunde angehalten werden können.

Vielleicht war es nicht so sehr Poincarés persönliche Schuld, als vielmehr die Schuld seiner ganzen Generation, die, unter dem Eindruck der Niederlage von 1870 aufgewachsen, den Konflikt mit Deutschland — nicht gesucht — aber von frühester Jugend an für unvermeidlich gehalten und auf ihn alle ihre Hoffnungen auf „Wiedergutmachung des Frankreich angetanen Unrechts“ gesetzt hat. Es war danach nur logisch, daß sie, als die Leitung der französischen Politik in ihre Hände überging, alles daransetzte, Frankreich für diese „unvermeidliche“ Auseinandersetzung mit Deutschland starkzumachen, um ihm im voraus alle Trümpfe zu sichern. Die Politik der unablässigen Kriegsvorbereitungen und der systematischen Verhetzung, die daraus folgte, mußte unabwendbar das Pulverfaß eines Tages zur Explosion bringen.“

Der Denkmalsredner Poincaré. Von August Abel.

„Der Jungdeutsche“, Nr. 188, 14. August 1930.

Zu der letzten Denkmalsrede Poincarés schreibt Abel:

„Die deutsche öffentliche Meinung hat zu den Ausführungen Poincarés nur in ziemlich oberflächlicher Weise Stellung genommen, und zwar wahrscheinlich deshalb, weil Poincaré augenblicklich nicht an der Macht ist und weil man glaubt, daß er auch vorläufig nicht zur Macht zurückkehren werde. Selbst wenn das letztere der Fall sein sollte, was aber niemand vorhersagen kann, so darf man die Zugkraft Poincarés in der öffentlichen Meinung Frankreichs keineswegs unterschätzen. Selbst nach der vernichtenden Kritik, die ihm der tote Clemenceau durch seine Memoiren zuteil werden ließ, glaubt der weitaus überwiegende Teil des französischen Volkes, Poincaré habe Frankreich vor der Inflation gerettet; man nennt ihn den „Retter der Franken“. In Wirklichkeit wurde der Franken allerdings ausschließlich durch das deutsch-französische Wirtschaftsbündnis gerettet, aber Poincaré hat es verstanden, das Volk glauben zu lassen, er sei der Retter gewesen. Daher sein Prestige, das bis zum heutigen Tage weder durch die einwandfreien Beweise über seine ungeheure Kriegsschuld, noch durch den von Clemenceau angetretenen Beweis über seine eklatante Unfähigkeit hat erschüttert werden können.“

*

FRANKREICH.

L'Incident inqualifiable. La Statue de la „Délivrance“ sera respectée, sinon le „Matin“ exigera qu'elle lui soit restituée.

„Le Matin“, 13. August 1930.

Während der Zusammenkunft der Mitglieder der internationalen Liga für Frieden und Freiheit in Straßburg kam es zu einem Zwischenfall. Die Teilnehmer an der Versammlung wurden von dem Straßburger Magistrat im Rathaus empfangen. In einem der Säle des Rathauses steht eine Bronzestatue, die der Stadt von dem „Matin“ gestiftet worden war und die die Befreiung Straßburgs symbolisieren soll. Diese Statue trägt die Inschrift: „Zur Erinnerung an den Sieg des Rechtes über die Gewalt und der Zivilisation über die Barbarei.“ („En souvenir de la victoire du droit sur la force et de la civilisation sur la barbarie.“)

Den Mitgliedern des Kongresses, die über diese Inschrift entrichtet waren, wurde von seiten der Straßburger Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die Inschrift beseitigt werden würde.

Dagegen erhebt nun seinerseits der „Matin“ scharfen Einspruch und teilt mit, er habe an den Bürgermeister von Straßburg geschrieben, daß die Statue in der Form, wie sie der „Matin“ 1919 gestiftet habe, stehen bleiben müsse. Eine Verstümmelung dieses „Symbols des französischen Widerstandes gegen den Angreifer und des Heroismus in der Verteidigung der Zivilisation und der nationalen Freiheit“ werde der „Matin“ nicht zulassen. Eher werde er die kommunistische Stadtverwaltung von Straßburg auffordern, die Statue der Freiheit zurückzugeben.

★

ITALIEN.

Sedici anni dopo 3 Agosto 1914 — 3 Agosto 1930! von Alberto Lumbroso. „Giornale di Genova“, 3. August 1930.

Unter diesem Titel veröffentlicht Alberto Lumbroso, der bekannte italienische Kriegsschuldforscher, einen Erinnerungsartikel an die Tage des Kriegsausbruchs, in dem er aber darüber hinaus noch einmal eine Reihe der hauptsächlichsten gegen Deutschland geschleuderten Anklagen auf Grund der bisherigen Forschungsergebnisse zurückweist. Lumbroso schreibt:

„Wenn man in Gedanken zu jenen Tagen zurückschweift, an dem durch den Entschluss Groß-Britanniens, am Kriege teilzunehmen, ganz Europa in Flammen aufging, dann ist die erste Frage, die sich aufdrängt, ein schmerzendes und bedrücktes: Warum?

Auf diese Frage gibt es zwei Antworten: Diejenige des Jahres 1914, die sich beim Ausbruch des Krieges in unserem Gewissen widerspiegelte, und diejenige, die langsam von 1918 bis heute zur Formulierung gelangt ist.

Beide Antworten auf die Frage: warum? stehen sich entgegengesetzt, und die neuen diplomatischen Urkunden, die sich täglich in den Büchereien der Forscher aufhäufen, lassen immer mehr die erste Frage in das Gebiet der Legenden eingehen, die zweite in dasjenige der Geschichte. Aber dieser Unterschied besteht nur in den Köpfen und in den Gewissen derjenigen, die jene Dokumente lesen und sich bemühen, sie zu verstehen. Das große Publikum klammert sich stattdessen an die Legenden und findet es bequemer, sein Gehirn nicht mit der Suche nach Wahrheit zu belasten. Zu stark sind überdies die im Spiele befindlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen, zu stark die Verantwortlichkeiten, zu groß die Lügen. Die öffentliche Meinung verliert sich also nicht in eingehende Diskussionen, sondern zieht „die offizielle Wahrheit des

Jahres 1914“ vor, die ihr einen langen und mühsamen Revisionsprozeß erspart.

In den Völkern herrscht aber ein unbewußter Drang nach Gerechtigkeit, nach Wahrheit. Man findet einen Beweis hierfür in der Behandlung der sogenannten Verteidiger der Zivilisation, der sogenannten Streiter für die Freiheit, der Komödianten von Politik und Diplomatie, die der Franzose Margueritte in seinem bekannten Buche als „die Verbrecher“ bezeichnet hat.

Wie haben sich in der Tat die siegreichen Völker gegenüber ihren Staatsmännern vom Jahre 1914 und gegenüber den Organisatoren des Sieges betragen?

In England sind Grey und Lloyd George aus der Regierung entfernt worden; in Frankreich wurde Poincaré nicht mehr zum Präsidenten der Republik gewählt und dem sich zu seinem Nachfolger vorstellenden Clemenceau wurde der völlig farblose Deschanel vorgezogen. Wilson wurde nicht mehr wiedergewählt und der Senat hat sich geweigert, die von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu billigen. Ein dunkles Gefühl allgemeinen Mißtrauens hat überall die Staatsmänner der Jahre 1914 bis 1918 aus der Macht entfernt. Aus denselben Gründen wollte Italien nicht mehr den Präsidenten zur Zeit der Kriegserklärung, Salandra, noch denjenigen zur Zeit der Unterzeichnung des Friedens, Orlando, an der Regierung sehen.

Wenn diese Tatsache sich nur bei einem der siegreichen Völker zeigen würde, dann könnte man sie der Undankbarkeit zuschreiben. Aber da es sich um ein einmütiges Gefühl bei allen Siegernationen handelt, ist es klar, daß die Völker keinerlei Dankbarkeit gegenüber ihren sogenannten Rettern empfinden.

Prüfen wir nun die hauptsächlichsten Elemente der berühmten Kriegslegende, der Frucht einer nicht weniger berühmten Kriegspropaganda. Ich verwende hier eine schematische Form, um in den Grenzen eines Zeitungsartikels bleiben zu können. Der Leser mag jedoch sicher sein, daß mir nicht der geringste Beweis für jede Behauptung fehlt, die ich aufstelle.

Die Behauptungen, die eine von der Presse unterstützte Diplomatie im Jahre 1914 von London und Paris aus über den ganzen Kontinent verbreiten ließ, waren in der Hauptsache folgende:

1. 1914 lebte Europa in Frieden. Mit Ausnahme der Zentralmächte dachte niemand an Krieg. Die Staaten der Entente — England, Frankreich, Rußland — wurden unvorbereitet und unbewußt der Gefahr von Deutschland angegriffen, das sich seit 40 Jahren für den erstrebten Kampf vorbereitete.

2. Der Beweis, daß der Krieg von den beiden Zentralmächten gewollt war, ist gegeben durch die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich und durch das Ultimatum Österreichs an das schwache und friedliebende Serbien.

3. Monarchien sind kriegerisch, Republiken friedliebend gesinnt. Die Kriegslust der Monarchien wurde 1914 personifiziert durch Wilhelm II., die Friedensliebe der Republiken durch Poincaré.

4. 1914 hatte kein Staat der Entente von einem Kriege zu gewinnen, der lediglich im Interesse Deutschlands lag.

Die Geschichte hat unermüdlich 12 Jahre hindurch gearbeitet, und es sind gerade die Forscher in den Siegerländern, die die Leere und die Unbegründetheit der vorstehenden Behauptungen erwiesen haben. Während das große Publikum und der Mann auf der Straße sich weiter an diese Behauptungen klammern, ist die leidenschaftslose Forschung zu gerade entgegengesetzten Schlüssen gekommen.

1. Das Europa von 1914 lebte nicht in Frieden, sondern bereitete sich auf den Krieg. Das empfand gerade Wilson, der wenige Monate vor seinem Ausbruch seinen Freund House vergeblich nach Europa schickte, um in London und Berlin ein amerikanisch-englisch-deutsches Bündnis vorzuschlagen, das die entsprechenden Bundesgenossen Japan, Italien und Österreich nach sich gezogen und auf diese Weise den europäischen Frieden gesichert hätte. Das Bündnis ging, wie House selbst erzählt, in Rauch auf durch den Widerstand Greys, d. h. Londons, und nicht durch den Widerstand des Kaisers, d. h. Berlins.

Was das sogenannte französisch-russische Unvorbereitetsein betrifft, genügt es, zu erinnern, daß Frankreich kurz vorher das Dreijahresgesetz angenommen und durchgeführt hatte und daß Rußland in einem Ministerrat von 1913 unter dem Vorsitz des Zaren feststellte, daß das nationale Ziel der Beherrschung Konstantinopels nur durch einen allgemeinen europäischen Krieg erreicht werden könne. Daß im übrigen Deutschland sich seit 40 Jahren auf diesen Krieg vorbereitete, ist Unsinn, denn gerade in dieser Zeit hatte Bismarck versucht, ein Bündnis mit England herbeizuführen, und Wilhelm II. hatte in Bjorkoe dem Zaren ein franko-russisch-deutsches Bündnis vorgeschlagen. Alle Urkunden der 40 Bände der Großen Politik beweisen, daß Deutschland, sei es unter Bismarck, unter Bülow und Bethmann Hollweg, nur den Frieden wünschte. Den Frieden wollen, d. h. friedliebend sein, bedeutet aber nicht, Pazifist sein, und es war ganz natürlich, daß ein starkes und von einem Zweifrontenkrieg bedrohtes Volk danach strebte, ein Heer und eine Flotte zu besitzen, die imstande waren, es zu schützen. Daß das deutsche Volk als Volk der Organisatoren

besser ausgerüstet war als seine Gegner, ist ein Zeichen seiner Tugend und nicht seines Blutdurstes. Denn je schwächer es war, desto mehr war es der französischen Revanche und den immer mehr steigenden Fluten des Panslawismus ausgesetzt. Dann ist aber noch daran zu erinnern, daß Deutschland und Österreich, auch wenn Großbritannien neutral geblieben wäre, an Streitkräften der frankorussischen Gruppe unterlegen waren. Die Deutschen mußten daher durch Ausrüstung und Bewaffnung die zahlenmäßige Unterlegenheit ausgleichen. Auch dies war nur ihr einziger Rettungsanker.

2. Es ist richtig, daß Deutschland die Kriegserklärung Frankreichs und Rußlands nicht abwartete, sondern sie im Gegenteil diesen übersandte. Aber nicht immer derjenige will den Krieg, der ihn erklärt, und derjenige kann den Krieg erklären, der von seinem Gegner dazu gezwungen wird. So erklärte Wien den Krieg an Piemont, und doch war es Cavour, der nach Verwirklichung des Bündnisses Viktor Emanuels mit Napoleon III. den Krieg wollte; so erklärte Paris im Juli 1870 Berlin den Krieg, aber das Preußen Bismarcks wollte ihn. Ultimatum und Kriegserklärung können sehr wohl provoziert werden. So war es auch Serbien, das durch das Attentat von Sarajewo 1914 das österreichische Ultimatum provozierte. Im übrigen hat wohl die Nachkriegszeit genügend bewiesen, was für ein ruhiger und bequemer Nachbar Serbien und was für ein friedliebendes Volk das jugoslawische ist.

3. Daß der Kriegsgeist 1914 durch Wilhelm II. personifiziert wurde und die Friedensliebe durch Poincaré, konnte man 1914 noch glauben. Heute nicht mehr. Vor 16 Jahren glaubten wir aufrichtig, daß die Zivilisation den Krieg gegen das Barbarentum führe, um Europa von der deutschen Herrschaft zu erretten. Nachdem das deutsche Heer und die deutsche Flotte verschwunden bzw. vermindert worden sind, mußte logischerweise jedes Herrschaftsstreben verschwunden sein. Aber von 1918 bis heute haben wir den ständigen Beweis, daß diese Drohung ausgerechnet von dem Lande herrührt, das 1914 durch den friedliebenden Poincaré regiert wurde. Als 1914 der Krieg ausbrach, waren die beiden Herrscher Nicolaus II. und Wilhelm II. betrübt und entsetzt, während es einen frohen und lächelnden Präsidenten der Republik gab: Poincaré. Die Legende ist also tot und begraben, daß Republiken den Frieden sichern und Monarchien nur dem Kriege fröhnen. Und es ist aus der Katastrophe auch bewiesen worden, daß die Monarchien vom Kriege alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hatten.

4. Es ist nicht weniger irrtümlich, ja sogar falsch, zu glauben, daß 1914 die einzigen Staaten, die Interesse am Kriege hatten, die

Zentralmächte gewesen wären. Deutschland konnte sich Kolonien ohne Krieg durch Verträge sichern, wie dies bereits Frankreich, England, Belgien und Italien getan hatten. Österreich konnte sich die Ruhe an seiner serbischen Grenze durch einen lokalisierten Krieg sichern, und für Serbien war es weder recht noch nützlich, daß Frankreich und England intervenierten. Wenn Rußland nicht zuerst mobilisiert hätte, dann wäre auch Deutschland nicht gezwungen gewesen, zu mobilisieren, d. h. der Krieg wäre nicht ausgebrochen.“

★

JUGOSLAWIEN.

Das Kennzeichen der Stelle entfernt, von der aus Princip schoß.

„Hrvatski List“, 7. August 1930.

Die „Jugoslavenska Pošta“ schreibt: „Die Stelle, von der aus Princip auf Franz Ferdinand schoß, war bis vor kurzem durch vier Steinwürfel bezeichnet. Anläßlich der neulichen Asphaltierung des Gehsteigs wurde dieses Zeichen ausgegraben und der Gehsteig so mit Asphalt überzogen, daß die Kennzeichnung der Stelle, wo diese historische Tat geschah, verloren ging.“

Die „Jugoslavenska Pošta“ erhebt ihre Stimme dagegen und verlangt, daß das frühere historische Zeichen durch ein dauernderes und besseres ersetzt werde.

★

ÖSTERREICH.

Kaiser Franz Joseph. Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages. Von Joseph Redlich.

„Neue Freie Presse“, 17. August 1930, Nr. 23 681.

Über die Stellung, die Franz Joseph und seine Regierungszeit einmal in der Geschichte einnehmen werden, schreibt Redlich: „Seine Regierung ist nur zu verstehen als ein langes, haltendes Rückzugsgefecht des alteuropäischen monarchischen Staatsgedankens, wie ihn das achtzehnte Jahrhundert eigentümlich ausgereift hat, gegen die neue Zeit, die mit Luther und Calvin anhebt und über Voltaire und Rousseau hinaufführt bis zu Mazzini und Karl Marx. Franz Joseph ist jedoch gewiß kein Mann des achtzehnten Jahrhunderts gewesen: selbst die persönliche Vermittlung mit dessen Geist, die er durch die mündlichen Vorträge des Staatskanzlers Fürsten Clemens Metternich empfang, vermochte nicht etwas von der Ideenfreudigkeit des Ancien Régime, von der Liebe und dem hohen Vertrauen der unsterblichen Denker dieses Zeit-

alters zur realen Produktivität der menschlichen Ideenbildung, zur Menschenbeglückung durch die Phantasie der „reinen Vernunft“ auf das nüchterne, ganz im Herkömmlichen befangene Denken und Empfinden des siebzehnjährigen Sprossen des Erzhauses zu übertragen. Ihm fehlte von jeher und durch sein ganzes Leben das innige, ja oft leidenschaftliche Vertrauen zur Schöpferkraft des Ideellen, das die Zeitgenossen und unmittelbaren Schüler Montesquieus, Humes, Edmund Burkes, Friedrich v. Schillers, Kants und Fichtes erfüllte und oft geradezu berauschte. Seltsam genug, daß in jener Aera der die ganze Welt erobernden Ideologie Franz Josephs Vorfahr, Joseph II. es gewesen ist, der unter allen Herrschern von dieser am stärksten und fruchtbarsten erfaßt worden ist. Allerdings, der „Schätzer der Menschheit“ hatte sich schon vergebens bemüht, seinen Neffen und Nachfolger, den späteren „guten Kaiser Franz“, auch zum Erben seiner Geistesart zu erziehen. Von diesem, von dem Wesen seines Großvaters hat Franz Joseph viel, nur allzu viel geerbt. Von dieser Seite überkam ihm aus dem ganzen geistigen Rüstzeug des „josefinischen“ Weltalters nur die ausgesprochene Nüchternheit des Empfindens und Denkens, der unschöpferische, aller „Vernünftelei“ abholde Rationalismus, der allerdings auch ein Grundelement des Josefinismus bildete, welches diesem in seinem zeitweilig überschwenglichen Hang zur „ideologischen“ Politik feste Maße gab und seine Ziele begrenzte.“

*

UNGARN.

Franz Josephs Außenpolitik. Von Berthold Molden.

„Pester Lloyd“, 17. August 1930.

Über die Ostpolitik der Donaumonarchie schreibt Molden in seinem Aufsatz:

„Wer über die Ostpolitik der Monarchie urteilen will, darf nicht vergessen, wie ungeheuer verwickelt ihre Aufgabe war und daß überdies die wachsenden inneren nationalen Streitigkeiten die Lage immer mehr erschwerten. Der wichtigste Teil der Aufgabe nach außen hin war, Rußland an der Umklammerung der Monarchie zu verhindern und doch mit ihm nicht in Krieg zu geraten. Ferner mußte dafür gesorgt werden, daß ihre südslawischen Gebiete gegen Bedrohungen geschützt blieben, die nach dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft von ihren Nachbarn ausgehen könnten, daß aber Österreich-Ungarn dabei doch, was ebensowohl eine außenpolitische, wie eine innerpolitische Voraussetzung und Forderung war, nicht als Feind der südslawischen Bestrebungen auftrat; mit

anderen Worten, es mußte die Verwirklichung dieser Bestrebungen teilweise selbst in die Hand nehmen, teilweise ihnen entgegentreten. Im Vergleich mit so viel Kompliziertheit war die Erreichung des Zieles, das sich Rußland gestellt hatte: Ersetzung der in jeder Hinsicht veralteten türkischen Herrschaft über die orthodoxen Balkanslawen durch russische Vormundschaft und Eroberung Konstantinopels, zumal hinter dieser Politik geschlossen die öffentliche Meinung des russischen Volkes stand, fast einfach zu nennen. Doch konnte Österreich-Ungarn in den ersten Phasen der Entwicklung meistens ahnen, daß die Wege der englischen Politik mit den seinigen parallel gingen, und verlassen konnte es sich darauf, daß es im äußersten Falle eine Stütze an Deutschland fand.“

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

Ché lard, Raoul: „Responsabilité de la Hongrie dans la Guerre Mondiale (1914—1918).“ Editions Bossard, Paris, 1930, 192 Seiten.

„Erinnerungen an Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, apostolischer König von Ungarn.“ Herausgegeben von Eduard Ritter von Steinitz. Mit 16 Bildtafeln. Verlag für Kulturpolitik, Berlin, 1930, 438 Seiten.

Kriege, Dr., Wirklicher Geheimer Rat: „Die Haltung Deutschlands auf den Haager Friedenskonferenzen.“ Im Werk des Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstages. Erste Reihe. 5. Band, Seite 161—221.

Im Maiheft der „Berliner Monatshefte“ hat Dr. Egon Gottschalk eine Arbeit über „Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen“ veröffentlicht, die sich im wesentlichen auf den 5. Band der ersten Serie des Gesamtwerkes des Untersuchungsausschusses stützt. Da die von Dr. Gottschalk vertretenen Ansichten in einigen Punkten von den Anschauungen des Sachverständigen des Untersuchungsausschusses, Geheimrat Dr. Kriege, abweichen, bringen wir nachstehend aus dem Gutachten von Kriege einige Auszüge, um unsere Leser auch mit den Ansichten Kriege vertraut zu machen.

Über die Stellung Deutschlands zur internationalen Schiedssprechung im allgemeinen ist Kriege der Ansicht, daß zur Zeit der

kaiserlichen Regierung Deutschland „dem Gedanken der internationalen Schiedssprechung stets wohlwollend gegenübergestanden“ habe. Für den ernsthaften Willen der deutschen Regierung sprechen nach Kriege insbesondere folgende Tatsachen:

1. Die Schiedsklausel in deutschen Einzelverträgen.

„Deutschland hat in einer Reihe von Verträgen mit einzelnen anderen Staaten die Schiedsklausel für die Auslegung und Ausführung dieser Verträge aufgenommen. Dies gilt in erster Linie für mehr als ein Dutzend Verträge technischer Natur, wie insbesondere für die Handels- und Schiffahrtsverträge mit Bulgarien, den Niederlanden, Portugal und Schweden, die Zusatzverträge zu den Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien sowie die Telegraphenverträge mit Norwegen und den Niederlanden.

Weiter ist die Schiedsklausel aber auch in so wichtigen politischen Verträgen wie in den deutsch-französischen Abkommen über Marokko und über Äquatorialafrika vom 4. November 1911 vereinbart worden. Bedenkt man, daß die deutsch-französische Spannung, die jahrelang Europa den schwersten Krisen aussetzte, in den durch diese Abkommen geregelten Fragen ihren Kulminationspunkt fand, so erscheint es verständlich, daß ein neutraler Staatsmann mir gegenüber gelegentlich die Ansicht äußerte, die Schiedsklausel dieser Abkommen sei mehr wert als alle Schiedsverträge der Welt. In der Tat sind denn auch auf Grund dieser Klausel die später auftauchenden Meinungsverschiedenheiten, insbesondere die Frage der Bergwerksgerechtsame in Marokko, die bereits einen sehr bedenklichen Charakter angenommen hatten, schiedsgerichtlicher Regelung zugeführt und dadurch weitere Verwicklungen vermieden worden.

2. Allgemeine obligatorische Schiedsabkommen Deutschlands mit Einzelstaaten.

Allgemeine Schiedsabkommen über streitige Rechtsfragen hat Deutschland mit zwei Staaten, nämlich mit England und den Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar beide im Jahre 1904, abgeschlossen. Das Abkommen mit England, das zweimal erneuert worden ist, hat bis unmittelbar vor dem Ausbruch des Weltkrieges in Geltung gestanden, ohne daß freilich England, wie weiterhin zu erwähnen sein wird, seiner Anrufung durch Deutschland Folge gegeben hat. Das Abkommen mit den Vereinigten Staaten ist, wie später gleichfalls ausgeführt werden soll, lediglich an dem Einspruch des amerikanischen Senats gescheitert. Wenn Deutschland vor

dem Weltkriege weitere allgemeine Schiedsabkommen nicht abgeschlossen hat, so hatte dies seinen Grund in den Erfahrungen, die von ihm wie von anderen Staaten mit derartigen Vereinbarungen gemacht worden sind.

Während des Krieges haben übrigens zwischen Deutschland und der Türkei Verhandlungen über den Abschluß eines obligatorischen Schiedsabkommens stattgefunden, die bereits zur Aufstellung eines auf anderer Grundlage abgefaßten ausführlichen Entwurfs geführt hatten und nur infolge des Ausgangs des Krieges nicht haben zu Ende gebracht werden können.

3. Die Schiedsgerichtsbarkeit in den unter Beteiligung Deutschlands geschlossenen Kollektiv- und Weltverträgen.

Deutschland hat sich an den Bestrebungen, die Schiedsgerichtsbarkeit in Kollektiv- und Weltverträgen zur Geltung zu bringen, nicht nur lebhaft beteiligt, sondern auch auf den wichtigsten Gebieten geradezu die Führerrolle übernommen.

Einmal hat es der Aufnahme der Schiedsklausel in verschiedenen von ihm mitabgeschlossenen Weltverträgen zugestimmt, so in dem Weltpostvertrage von 1878, dem Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr von 1890, der Brüsseler Generalakte zur Unterdrückung des Sklavenhandels von 1890 und dem funken-telegraphischen Vertrage von 1912. Sodann hat es auf der zweiten Friedenskonferenz das Zustandekommen des Weltabkommens über die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden, wonach dem Schuldnerstaate gegenüber keine Waffengewalt ohne vorherige Anrufung eines Schiedsgerichts angewendet werden darf, sowie die Aufstellung des Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines Weltschiedsgerichtshofs nach Kräften gefördert.

Vor allem aber hat Deutschland auf der Zweiten Friedenskonferenz die Initiative zur Errichtung eines Internationalen Prisen-gerichtshofs ergriffen, der der Sache nach als ein obligatorisches Weltschiedsgericht mit ernsthaften Kautelen für die politisch und militärisch so wichtigen Prisensachen anzusehen ist, und in dem Professor Zorn „die vollendetste Ausgestaltung des Schiedsgedankens, die jemals in der Welt hervorgetreten ist, und damit zugleich die höchste theoretische Entwicklung des Völkerrechts seit Hugo Grotius“ erblickt. In jedem Falle wäre durch die Einführung dieses Weltgerichtshofs in Verbindung mit der Inkraftsetzung der bald darauf vereinbarten Londoner Seekriegsrechts-

erklärung ein außerordentlicher Fortschritt im Völkerrecht erzielt worden, wenn nicht England, das sich auf der Konferenz an den Arbeiten lebhaft beteiligt hatte, die Ratifikation hinterher zurückgehalten und dadurch das Zustandekommen des Werkes vereitelt hätte; die Bedeutung des Abkommens erhellt schon daraus, daß es im Weltkrieg aller Wahrscheinlichkeit nach die Neutralen vor der völkerrechtlichen Vergewaltigung ihres legitimen Seehandels durch unsere Gegner und infolgedessen auch vor den Wirkungen der deutschen Vergeltungsmaßregeln bewahrt haben würde. Ferner hat auf der Zweiten Haager Wechselrechtskonferenz die Deutsche Delegation die Anregung dazu gegeben, daß die Konferenz einstimmig den Wunsch aussprach, für das Weltwechselrecht einen Weltgerichtshof zu errichten, dem im Laufe der Zeit auch eine große Zahl anderer für die obligatorische Schiedssprechung geeigneter Gegenstände, wie insbesondere der internationale Rechtsschutz der Angehörigen der Vertragsmächte, hätte übertragen werden können, und der ein ernsthaftes internationales Gericht dargestellt hätte. Zur Durchführung dieses Problems beabsichtigte Deutschland, wie weiterhin näher auszuführen sein wird, auf der in Aussicht genommenen Dritten Haager Friedenskonferenz wiederum die Initiative zu ergreifen.“

Über das Abrüstungsproblem nach dem Weltkriege schreibt Kriege:

„Schließlich wird man wohl die Frage aufwerfen können, wo denn die Abrüstung bleibt, nach dem der deutsche Widerstand dagegen geschwunden ist. Nach der Präambel zu dem die Abrüstung Deutschlands bis zur Wehrlosigkeit festsetzenden Titel V des Versailler Friedensvertrages sollte bekanntlich die deutsche Entwaffnung die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein; dementsprechend stellt auch die im Friedensvertrag enthaltene Völkerbundssatzung im Artikel 8 eine Reihe von Grundsätzen über die Herabsetzung der Rüstungen auf. Diesen abrüstungsfreundlichen Vertragsbestimmungen ist aber bisher so gut wie keine praktische Folge gegeben worden. Umgekehrt sind die Siegerstaaten wie die infolge des Krieges neu entstandenen Staaten, entgegen der Tendenz des Friedensvertrages und der Völkerbundssatzung, durchweg bemüht, alle militärischen Erfahrungen des Weltkrieges und alle technischen Fortschritte für die Stärkung der Kampfkraft ihrer Heere und Flotten oder für den Neuaufbau ihrer Streitmacht nach Möglichkeit nutzbar zu machen; insbesondere hat Frankreich durch seine neueste Gesetzgebung die ganze Nation so weitgehend als möglich militarisiert und sämtliche Hilfsmittel des Landes zu Zwecken des Krieges dienstbar gemacht.

Ganz in diesem Sinne hat Frankreich auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz von 1921/22 sich schon einer Erörterung der Frage wegen Beschränkung der Landrüstungen, obwohl dieser Punkt auf dem Programm stand, auf das nachdrücklichste widersetzt und die Erörterung in der Tat verhindert. In der dritten Vollsetzung am 21. November 1921 erklärte Briand, daß Frankreich im Hinblick auf Deutschland nicht in der Lage sei, irgendeine Beschränkung seiner Rüstungen zu Lande ins Auge zu fassen; ebensowenig wollte es einer Rüstungsbeschränkung in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in Rumänien zustimmen, da die Heere dieser Staaten notwendig seien, um Deutschland in Schach zu halten. Auch die auf der Völkerbundsversammlung vom Herbst 1925 beschlossene Vorbereitung zu einer allgemeinen Entwaffnungskonferenz hat bis jetzt zu greifbaren Ergebnissen nicht geführt, da man sich auf der seit Frühjahr 1926 tagenden vorbereitenden Abrüstungskonferenz nur über einige nebensächliche Fragen zu einigen vermochte, während eine grundsätzliche Verständigung über die wirklichen Kernpunkte der Abrüstung anscheinend noch in weitem Felde liegt; denken doch die an dieser Konferenz hauptsächlich beteiligten Mächte offenbar weniger an Abrüstung als daran, wie sie für sich selbst eine möglichst günstige Rüstungs- und Machtgrundlage sichern und diese ihre Absicht durch Vorschläge verdecken können, die irgendwie ernsthafte Abrüstungsverpflichtungen nicht enthalten und insbesondere auch vom deutschen Standpunkt als völlig abwegig erscheinen müssen; dies haben die im Februar und März 1928 in Genf geführten Verhandlungen über Abrüstung und Sicherheit zur Genüge erwiesen. Daß unter den Seemächten auch das Wettrüsten zur See, wenngleich infolge des Washingtoner Seeabrüstungsabkommens von 1922 vorläufig nur in Ansehung der leichten Seestreitkräfte, seinen ungestörten Fortgang nimmt, ist bereits oben im Abschnitt I 2 a dargelegt worden.

Diese durchaus ablehnende Haltung in der Abrüstungsfrage wird von unseren ehemaligen Gegnern, vor allem von Frankreich, trotz der von ihnen im Versailler Friedensvertrag und im Völkerbundsvertrag übernommenen Verpflichtungen gegenüber dem wehrlos daniederliegenden Deutschland beobachtet. Dem Deutschen Reiche aber mutete man seinerzeit zu, sich auf Abrüstungsverhandlungen einzulassen, während ihm zwei mächtige benachbarte Reiche in ungebrochener Kraft und in voller Rüstung, die seine und seiner Bundesgenossen Rüstung erheblich übertraf, als voraussichtliche Kriegsgegner gegenüberstanden. Wenn Deutschlands Haltung gegenüber dem Abrüstungsproblem auf den Haager

Friedenskonferenzen noch einer weiteren Rechtfertigung bedurfte, so würde eine solche durch das jetzige Verhalten seiner ehemaligen Kriegsgegner zur Genüge dargetan sein.“

Die gegen Deutschland wegen seiner angeblich fehlenden pazifistischen Einstellung erhobenen Vorwürfe weist Kriege in den nachstehenden Ausführungen zurück:

IV. Das Schiedsgerichtsproblem nach dem Weltkrieg.

„Gegen die Haltung Deutschlands in der Schiedsgerichtsfrage auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz ist gelegentlich geltend gemacht worden, daß das Schiedsgerichtsproblem nach dem Weltkrieg, insbesondere auch von Deutschland, gelöst worden sei und daher auch auf der Zweiten Friedenskonferenz hätte gelöst werden können. In der Tat hat Deutschland seit dem Jahre 1921 eine Reihe von Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen mit Nachbarländern und anderen europäischen Staaten abgeschlossen, worin für Rechtsstreitigkeiten ein Schiedsverfahren vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag oder vor einem besonderen Schiedsgericht mit obligatorischer Wirkung, für politische Streitigkeiten ein Vermittlungsverfahren (Vergleichsverfahren) vor einer ständigen Vergleichskommission, wenn auch ohne obligatorische Wirkung, vereinbart ist. Ferner hat Deutschland am 23. September 1927 die fakultative Bestimmung des Zeichnungsprotokolls zum Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofs, die sogenannte Fakultativklausel, angenommen, wonach deren Unterzeichner für ihre Rechtsstreitigkeiten untereinander die obligatorische Zuständigkeit dieses Gerichtshofes begründen, damit also solche Streitigkeiten der obligatorischen Schiedssprechung unterwerfen.

Diese Lösungen unterscheiden sich aber grundsätzlich von den auf der Zweiten Friedenskonferenz gemachten Vorschlägen, indem sie im Gegensatze zu dem Konferenzentwurf, dessen Bestimmungen nach den obigen Darlegungen zum Teil unklar waren und der erforderlichen völkerrechtlichen Bindung entbehrten, sich ihrerseits durch volle Klarheit und scharfe Bindung auszeichnen. Denn während einmal der Konferenzentwurf keine Entscheidung für den Fall traf, daß von einer Vertragspartei der Charakter der Streitigkeit als einer Rechtsstreitigkeit und damit die Voraussetzung der obligatorischen Schiedssprechung bestritten wurde, lassen die neuen deutschen Schiedsverträge ebenso wie die Fakultativklausel diese Frage gegebenenfalls durch das Schiedsgericht selbst entscheiden, geben auf diese Weise allerdings dem Gericht auch die nicht unbedenkliche Möglichkeit, unter Umständen über

einen vitalen politischen Interessenkonflikt, den es als Rechtsstreitigkeit auffaßt, ein Schiedsverfahren mit obligatorischer Wirkung herbeizuführen. Während ferner der Konferenzentwurf mit seiner Ehrenklausel die Rechtsfragen, die nach Auffassung einer Partei ihre Lebensinteressen oder ihre Unabhängigkeit oder ihre Ehre berühren, von der obligatorischen Schiedssprechung ausnahm und damit die Ausführung des Schiedsvertrags in das Belieben jeder Partei stellte, haben die neuen deutschen Schiedsverträge, wenigstens die späteren, und ebenso die Fakultativklausel den Unterschied zwischen Ehrenfragen und anderen Rechtsfragen fallen lassen und alle Rechtsstreitigkeiten der obligatorischen Schiedssprechung unterworfen. Während weiter der Konferenzentwurf mit seiner Senatsklausel das Zustandekommen der im einzelnen Falle zu vereinbarenden besonderen Schiedsordnung (des Kompromisses) von der Zustimmung beliebiger, in den Gesetzgebungen der Parteien einseitig vorgesehener Stellen abhängig machte und dadurch den obligatorischen Charakter der Schiedssprechung nahezu aufhob, haben die neuen deutschen Schiedsverträge sowie die Fakultätsklausel die mit dem Kompromiß zusammenhängenden Schwierigkeiten beseitigt, indem sie jeder Partei nötigenfalls die Anrufung einer zur Herstellung des Kompromisses besonders berufenen Instanz oder die unmittelbare Anrufung des Schiedsgerichts gestatten. Während endlich der Konferenzentwurf die Fragen offen ließ, wie die Wirkung internationaler Schiedssprüche gegenüber ablehnenden Beschlüssen parlamentarischer Körperschaften der beteiligten Partei oder gegenüber abweichenden Urteilen ihrer nationalen Gerichte völkerrechtlich zu beurteilen und wie gegebenenfalls der streitige Zustand während der Schiedsgerichtsverhandlungen zu regeln sei, besteht nach den neuen deutschen Schiedsverträgen wie nach der Fakultätsklausel kein Zweifel mehr, daß die Schiedssprüche entgegenstehenden Parlamentsbeschlüssen und Gerichtsurteilen vorgehen, und daß das Schiedsgericht selbst den streitigen Zustand während der Verhandlungen regeln kann.

Die Frage, warum Deutschland entsprechende Vorschläge nicht bereits auf der Zweiten Friedenskonferenz vorgebracht habe, ist dahin zu beantworten, daß die damalige Zeit für derartig radikale Lösungen des Schiedsgerichtsproblems noch keinerlei Verständnis zeigte, und daß ihre Vorbringung auf der Konferenz Deutschland nur in den Verdacht der Heuchelei gebracht haben würde. Die ganze Konferenz war darüber einig, daß von der obligatorischen Schiedssprechung die mit den Lebensinteressen, der Unabhängigkeit oder der Ehre der beteiligten Nation zusammenhängenden Fragen aus-

genommen werden sollten; diese Auffassung mußte zur Ehrenklausel sowie logischerweise zur Ablehnung jedes Vorschlags auf schiedsgerichtliche Auslegung dieser Klausel führen. Wie wenig aber auch sonst die Konferenz geneigt war, der obligatorischen Schiedssprechung einen wirklich völkerrechtlich bindenden Charakter zu verleihen, erhellt schon aus dem bereits erwähnten Umstande, daß von ihr der deutsche Vorschlag, die Feststellung des Kompromisses nötigenfalls dem Schiedsgerichte selbst zu übertragen und dadurch ein Scheitern der Schiedssprechung zu verhüten, abgelehnt und umgekehrt die von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagene Senatsklausel angenommen wurde, die jeder Umgehung eingegangener Schiedsverpflichtungen Tür und Tor öffnete.

Am deutlichsten aber ergibt sich der ablehnende Standpunkt der ehemals feindlichen Großmächte zu dem Gedanken einer wirklich bindenden obligatorischen Schiedssprechung aus der von ihnen nach dem Weltkriege in der Schiedsgerichtsfrage eingenommenen Haltung. Insbesondere haben sie es vermieden, in die Völkerbundssatzung irgendwelche völkerrechtliche Bindung schiedsgerichtlicher Art aufzunehmen, da diese Satzung keinerlei Verpflichtung zu schiedsgerichtlicher Erledigung rechtlicher oder gar politischer Streitigkeiten, sondern nur das Prinzip der fakultativen Schiedssprechung enthält. Allerdings weist das Zeichnungsprotokoll zum Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofs die vorstehend erwähnte Fakultativklausel auf, die ihre Unterzeichner zur Unterstellung von Rechtsstreitigkeiten unter die obligatorische Schiedssprechung verpflichtet; diese Klausel ist aber, abgesehen von Deutschland, von keiner Großmacht angenommen worden, da die Unterzeichnung durch Frankreich nur unter dem Vorbehalt der Annahme des sogenannten Genfer Protokolls erfolgte, also bei dessen Ablehnung ohne Bedeutung war. Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen, anstatt durch Annahme der Fakultativklausel wirklich bindende Schiedsverpflichtungen einzugehen, sich anscheinend auch jetzt wieder auf den Abschluß von Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen nach den Roosevelt-Taftschen Schiedsvorschlägen und dem Bryanschen Vergleichsvorschläge beschränken, die ihnen ernstliche völkerrechtliche Bindungen kaum auferlegen. Die britische Regierung endlich hat die Unterzeichnung der Fakultativklausel mit der eigenartigen Begründung abgelehnt, daß das Britische Reich infolge seiner besonderen Lage und der Menge der sich daraus ergebenden Verwicklungen derartige Verpflichtungen nicht übernehmen könne, während man umgekehrt glauben sollte, daß zur friedlichen Erledigung dieser zahlreichen Streitigkeiten die Fakultativklausel besonders am Platze sein

würde. Aus all diesen Tatsachen dürfte unschwer zu folgern sein, wie es auf Seiten unserer ehemaligen Gegner, die sich auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz als die enthusiastischen Vertreter der Schiedsidee gebärdeten, mit der Einstellung zum Schiedsgerichtsproblem in Wirklichkeit aussah, und welches Schicksal entsprechende deutsche Vorschläge auf der Zweiten Friedenskonferenz gehabt haben würden.

C. Die Vorwürfe gegen Deutschland wegen fehlender pazifistischer Einstellung.

Die Frage, ob nicht eine Schuld Deutschlands wegen seiner Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen in einer falschen seelischen Einstellung zum Pazifismus zu finden sei, ist in den Gutachten des Dr. Wehberg und des Dr. Thimme sowie bei den Ausschußverhandlungen insbesondere von Professor Schücking behandelt worden. Dr. Wehberg wirft der deutschen Regierung geradezu Verkennung, wenn nicht gar Mißachtung der in den Friedenskonferenzen, und zwar vor allem in dem Weltschiedsvertrag, zum Ausdruck kommenden machtvollen Friedenskundgebungen vor und zieht aus diesen Kundgebungen den Schluß, daß die Regierung den Weltschiedsvertrag, mit welchen Mängeln er immerhin nach ihrer Ansicht behaftet sein mochte, doch unter allen Umständen im Interesse des Friedens hätte annehmen sollen. Bei einer ähnlichen, wenn auch wesentlich milderer Kritik vermißt Professor Schücking in der Stellungnahme Deutschlands zum Abrüstungs- wie zum Schiedsgerichtsproblem die seelische Einstellung auf das den Friedenskonferenzen zugrunde liegende neue Gedankensystem, das im Gegensatz zu dem bisherigen System der Souveränität der einzelnen Staaten und der einzelstaatlichen Machtpolitik eine neue politische Organisation der Kulturwelt, nämlich „die dauernde Etablierung der Herrschaft des Rechts statt der Waffengewalt“, herbeiführen wollte; diesen Vorwurf macht übrigens Professor Schücking nicht nur Deutschland, sondern auch den anderen Großmächten, wenn nicht gar allen Konferenzstaaten, so daß danach Deutschland eine besondere Schuld kaum treffen würde. Dr. Thimme endlich wirft ebenfalls die Frage auf, ob sich nicht für Deutschland eine Politik pazifistischer Einstellung empfohlen hätte, kommt aber zu dem Ergebnis, daß eine solche Politik bei der damaligen Lage zu kühn und gewagt gewesen wäre, auch im deutschen Volke schwerlich den nötigen Rückhalt gefunden hätte, und daß jedenfalls von einer Schuld Deutschlands angesichts der Haltung der anderen Mächte keine Rede sein könne. Auch nach meiner Auffassung sind die gegen Deutschland vom Standpunkte

des Pazifismus erhobenen Vorwürfe nicht begründet, da in Deutschlands Haltung weder eine Schuld noch eine Mitschuld zu erblicken sein dürfte

Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen war aufrichtig und zielbewußt. Auf eine vertragmäßige Beschränkung unserer Rüstungen konnten wir, von Feinden rings umgeben, uns nicht einlassen. Dagegen waren wir bereit, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit nach Kräften zu fördern, und sind in diesem Sinne mit Erfolg tätig gewesen, allerdings nur in dem Sinne, eine klare und ernstliche Bindung zustande zu bringen. Versprechungen auf diesem Gebiete abzugeben oder entgegenzunehmen, die wir oder unsere Vertragsgegner nicht halten konnten oder wollten, hätte weder unserer Würde noch dem guten Glauben entsprochen, würde auch von ehrlichen Friedensfreunden schwerlich gutgeheißen worden sein.“

Simpson, I. Y.: „The Saburow Memoirs or Bismarck and Russia.“ Cambridge 1929, University-Press.

Das Buch umfaßt neben einem Überblick über Leben und Wirksamkeit des russischen Diplomaten Saburow diejenigen seiner Schriften und Aufzeichnungen, die sich mit dem Verhältnis Rußlands zu Deutschland beschäftigen. Dabei nehmen die Verhandlungen, die zu dem Dreikaiser-Bündnis von 1881 führten und an denen Saburow zuerst in außerordentlicher Mission, später als Botschafter in Berlin, hervorragenden Anteil hatte, den breitesten Raum ein. Vorangestellt ist diesen Verhandlungsberichten ein Artikel Saburows: „Russie, France, Allemagne“ (1870—1880), der am 15. März 1912 in der Revue de Paris erschien und gleichsam die Vorgeschichte dieser Verhandlungen gibt. Dieser Artikel gewährt Einblick in die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen seit 1870, die bei anfangs großer Herzlichkeit verschiedentlich getrübt wurden. Einmal, als Rußland sich 1875 auf einen Alarmruf Frankreichs hin, das sich bedroht glaubte, zum Einschreiten in Berlin veranlassen ließ. Und zwar ging Gortschakow gemeinsam mit dem britischen Botschafter vor, was die Eindringlichkeit dieses Schrittes unangenehm verstärken mußte, während Kaiser Alexander eine Unterredung mit seinem Oheim Wilhelm I. hatte. Dann gab Gortschakow der Welt bekannt, daß „der Friede gesichert sei“. Bis mark habe, meint Saburow, dieses Vorgehen Gortschakows nie vergessen und in den folgenden Jahren ein gewisses Mißtrauen gegen Rußland gezeigt und stärkere Bindung mit Österreich gesucht, besonders nach dem Berliner Kongreß. Ein eigenartiges Licht auf die Angelegenheit von 1875 wirft der von Saburow angeführte

Bericht des „Times“-Korrespondenten in Paris, von Blowitz, der nach zweimaligem Ersuchen durch die französische Regierung einen Artikel über drohende Kriegsgefahr in der „Times“ erscheinen ließ, welcher in allen europäischen Zeitungen abgedruckt wurde, eine allgemeine Börsenpanik hervorrief und sicherlich nicht ohne Einfluß auf Kaiser Alexander II. blieb, dessen Auffassung sonst von der seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in deutschen Fragen wesentlich abwich. Blowitz erhielt das Band der Ehrenlegion. Auf die verschiedenen Strömungen innerhalb der damaligen russischen Politik wirft Saburows Aufsatz manches interessante Streiflicht. Während Fürst Gortschakow das Deutsche Reich, dessen Begründung er wohlwollend gegenüber gestanden hatte, nicht allzu mächtig werden lassen wollte und infolge seiner mißtrauischen Politik Rußland in den folgenden Jahren in eine gewisse Verein-samung hineinmanövrierte, hatten der Zar und einige seiner Ratgeber, darunter vor allem Saburow, eine andere Gefahr vor Augen. Sie fürchteten vor allem eine Wiederkehr der Koalition der Westmächte und Österreichs, die Rußland die schwere Niederlage im Krimkrieg verursacht hatte. Saburows gesamte politische Einstellung, die ihn dazu trieb, ein enges Zusammengehen Rußlands mit Deutschland anzustreben, alle Argumente, die er seiner Regierung gegenüber zugunsten eines deutsch-russischen und später des Dreikaiserbündnisses gebraucht, lassen sich auf die Erfahrungen des Krimkrieges zurückführen. England ist der Hauptgegner. Mit allen Mitteln muß verhindert werden, daß es auf dem Kontinent Verbündete findet. Die Sorge, daß man sich in Berlin nach andern Alliancen umsehen könnte, nachdem man in Petersburg nicht mehr das gewohnte freundschaftliche Entgegenkommen fand, besonders aber die engen Beziehungen, die Bismarck 1879 mit Österreich angeknüpft hatte, gaben den eigentlichen Anlaß zum Beginn der Verhandlungen, die zum Vertrage von 1881 führten. Bei diesen Verhandlungen spielt das Bemühen, Deutschland und Österreich von den Westmächten fernzuhalten, die wichtigste Rolle.

Eigenartig ist dabei die russische Politik nach den englischen Wahlen von 1880, die Gladstone wieder ans Ruder brachten. Man arbeitete mit England zusammen an der Lösung der montenegrinischen Frage, während man gleichzeitig durch die Verhandlungen mit Deutschland und später Österreich seine Interessen am Bosphorus gegen England zu sichern suchte. Das führt uns zu dem Inhalt des Vertrages von 1881, dessen III. Artikel ausschließlich der Dardanellenfrage gewidmet ist. Dieser Artikel erkennt die Schließung der Dardanellen, wie sie in verschiedenen Verträgen und zuletzt auf dem Wiener Kongreß ausgesprochen ist, als völkerrecht-

lich bindend an. Die drei Mächte verpflichten sich, darüber zu wachen, daß die Türkei zugunsten keiner Regierung eine Ausnahme mache. Sollte sie einer kriegführenden Macht die Meerengen öffnen, so würden die drei Höfe sie als im Krieg mit der bedrohten Macht befindlich betrachten und den ihr im Berliner Vertrag zugesicherten Schutz ihres territorialen Bestandes als hinfällig ansehen. Sehr gut ist der Überblick über die verschiedenen Dardanellenverträge in der Aufzeichnung Saburows vom 25. Februar 1880, von dem für Rußland günstigen Vertrag von Unkiar-Skelessi 1833 an, der die Einfahrt fremder Flotten in die Meerengen und das Schwarze Meer unmöglich macht, zum Vertrag von London 1841, der zugleich die Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer sperrt, bis zu den Bestimmungen des Vertrages von 1871 (ganze Flotten dürfen passieren, wenn der Sultan es für nötig hält) und des Berliner Kongresses, der grundsätzlich die Schließung wieder anerkennt, aber die Wahrung dieses Prinzips dem Ermessen des Sultans anheimstellt. (So legte es wenigstens der englische Bevollmächtigte aus.) Wichtig für uns ist vor allem die Stellungnahme Bismarcks, der in den zum Dreikaiserbündnis führenden Verhandlungen durchweg die russische Auffassung der Dardanellenfrage unterstützt, auch gegenüber dem zögernden Österreich, und der nach einem Brief Saburows an Giers vom 13. November 1880 äußerte: „Ich teile das Vorurteil der übrigen Kabinette nicht, die eine Gefahr darin sehen, Konstantinopel Rußland zu überlassen.“

Die übrigen Balkanfragen sind im Vertrag nur gestreift worden, dagegen werden sie in dem ebenso wichtigen Zusatzprotokoll ausführlich behandelt. Von Interesse für die spätere, zum Weltkrieg führende Entwicklung ist vor allem das Schicksal Bosniens und der Herzegowina sowie des Sandschaks. Für die beiden ersteren Gebiete sprach schon der Berliner Vertrag Österreich das Recht späterer vollständiger Besitzergreifung zu, was das Zusatzprotokoll zum Dreikaiserbündnis noch einmal ausdrücklich bestätigt. Hinsichtlich der Sandschaks von Novibasar, den der Leiter der österreichischen Politik Haymerle, seinem Lande ebenfalls gern gesichert hätte, bleiben die Bestimmungen des 1878 von Andrassy und Gortschakow zu Berlin unterzeichneten Abkommens bestehen. Rußland ist einverstanden, wenn Österreich gelegentlich im Einverständnis mit der Pforte den Sandschak besetzt und in Verwaltung nimmt, nicht aber mit einer vollständigen Besitzergreifung.

Der Vertrag von 1881 war darauf berechnet, einen Ausgleich der russischen und österreichischen Interessen auf dem Balkan herbeizuführen. War ein solcher Ausgleich aber möglich, wo die letzten Ziele der Beteiligten so weit voneinander abwichen? In

Österreichs Interesse lag es, zwar seine Einflußsphäre möglichst weit über die Balkanhalbinsel auszudehnen, aber doch die Türkei in einem gewissen Umfange zu erhalten, um ein Gegengewicht gegen den östlichen Nachbarn zu haben. Rußlands letztes Streben aber war auf das Herz der Türkei, Konstantinopel und die Meerengen, den „Schlüssel zum russischen Hause“ gerichtet. Simpson spricht einmal von der „Tragik der russischen Dardanellenpolitik. Die offenen Meerengen setzten Rußland Mißgeschicken wie bei Sewastopol aus. Die geschlossenen Meerengen hielten es im Schwarzen Meer wie in einem Gefängnis eingeschlossen“. Die Lösung für Rußland war die Besitznahme Konstantinopels — oder die Internationalisierung der Meerengen. Diese zweite Möglichkeit faßte aber damals noch niemand ernstlich ins Auge.

Zur Zeit der Verhandlungen blieb dieses letzte russische Ziel noch stark im Hintergrunde. Das Streben Rußlands, zu gutem Einvernehmen mit Österreich, vor allem mit Deutschland, zu kommen, war ehrlich, denn Rußland brauchte Ruhe und mußte erst wieder Kräfte sammeln. Viel mißtrauischer zeigte sich Österreich. Weniger der Kaiser Franz Joseph, der zuletzt den Abschluß des Vertrages beschleunigen half, als sein Minister Haymerlé. Gedeckt durch den deutsch-österreichischen Geheimvertrag von 1879 verspürte er wenig Lust, sich Rußland gegenüber zu binden. Verärgert durch Haymerlés dauerndes Ausweichen, zog sich Bismarck zeitweilig von den Verhandlungen zurück. Seine energische Sprache in Wien erreichte es, daß der Vertrag schließlich in dem Sinne und fast durchweg in dem Wortlaut angenommen wurde, den er und Saburow vereinbart hatten.

Es ist zu bedauern, daß Simpson den deutsch-österreichischen Vertrag von 1879, auf den er so vielfach in seinem Buche anspielt, dessen Inhalt Saburow aber nur zum Teil kannte, soweit Bismarck nach dem damaligen Stande der Dinge ihm Einblick gewähren konnte, nicht im Anhang beigelegt, oder wenigstens dessen Hauptbestimmungen genannt hat. (In diesem Vertrage versprachen sich beide Mächte u. a., im Falle eines russischen Angriffs einander mit ihrer gesamten Macht zu Hilfe zu kommen.) Simpson erhebt in diesem Zusammenhang gegen Bismarck den Vorwurf unehrlichen Spieles Saburow gegenüber und sieht in der späteren Bekanntgabe aller Bestimmungen dieses Vertrages an Schuwalow den Hauptgrund zur Änderung der russischen Politik seit 1887. Aber Bismarck suchte ehrlich das dauernde, vertraglich gesicherte gute Einvernehmen mit Rußland, aus demselben Grunde, wie Saburow ehrlich ein gesichertes Freundschaftsverhältnis mit Deutschland anstrebte. Beide ängstigte der „Alpdruck der Koalitionen“: Sabu-

row die Möglichkeit einer Wiederkehr der Konstellation von 1854, Bismarck der Gedanke, daß Frankreich sich Rußland nähern und seinen Beistand gewinnen könnte. Und da sowohl die Erhaltung der Donaumonarchie wie eines befreundeten starken russischen Zarentums letzterem für Deutschland wichtig zu sein schien, lag ihm die Aussöhnung seiner beiden östlichen Nachbarn am Herzen. Zudem war es sein Leitsatz: „Immer einer von dreien gegen zwei zu sein, solange es fünf Großmächte in Europa gab.“ Und in diesem Dreikaiserbündnis wußte er die lange, durch keine natürlichen Bollwerke geschirmte Ostgrenze Deutschlands gesichert, die ihm soviel Sorgen machte. Genau dieselbe Sorge um die offene Grenze spielt eine sehr wichtige Rolle in den Erwägungen Saburows. Erwähnt sei die Vermutung Saburows, daß im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen „die Wiederherstellung des von jahrhundertealtem Haß (gegen Rußland) erfüllten Polen für Deutschland eine notwendige Sicherungsmaßnahme bedeuten würde“.

Neben den realpolitischen Gründen der verantwortlichen Staatsmänner steht das freundschaftlich-verwandtschaftliche Verhältnis der beiden Monarchen Wilhelm I. und Alexander II. Unter dem Nachfolger, Alexander III., gewannen dann andere Strömungen in Rußland die Oberhand. Auch Gortschakow schon stand ja mit seiner Deutschland in den letzten Jahren seiner Tätigkeit wenig entgegenkommenden Politik durchaus nicht vereinzelt da. Saburow hatte im Gegenteil mit seinen Bestrebungen im eigenen Lande einen schweren Stand. Er sei ganz im Banne Bismarcks, des „Tigers“, sagte Gortschakows vertrauter Mitarbeiter Jomini von ihm. Aber Saburow war ein sehr klar denkender und rechnender Mann, durchaus nicht leicht zu „bannen“. Er sah im Dreikaiserbündnis die Möglichkeit, durch Deutschland einen gewissen Druck auf Österreich, den Rivalen im nahen Osten, auszuüben und auch für den Fall neuer Wirren mit oder in der Türkei sich zu sichern. Zumindest sagte Artikel I des Bündnisses dem im Kriege mit einer vierten Großmacht befindlichen Staate die wohlwollende Neutralität der Bundesgenossen zu, doch war auch aktive Unterstützung nicht ausgeschlossen. Saburow dachte bei der vierten Großmacht an England resp. die Türkei, Bismarck an Frankreich. Interessant ist hierbei ein Ausspruch Saburows: „Es ist doch sehr denkbar, daß England sich auf die Seite Frankreichs stellen würde, wenn Deutschland aus strategischen Gründen die Neutralität Belgiens verletzte.“ Der Russe faßt im Falle eines deutsch-französischen Krieges hier also eine Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland als unter Umständen gegeben und notwendig auf, sieht allerdings auch klar die Rückwirkung auf die englische Politik voraus. — Was beide Staatsmänner

damals erreichen wollten, ein Zusammengehen der drei Kaiser-mächte, das den Frieden Europas, im eigensten Interesse der Be-teiligten, auf lange hinaus sichern sollte, fand im Vertrag von 1881 seine Bekräftigung. Daß dies Zusammengehen kein dauerndes blieb, lag vor allem an den allzu starken Reibungsflächen der beiden Ost-mächte. „Die Entwicklung der politischen Geschichte Europas folgte eigenen Gesetzen, die selbst der Genjus eines Bismarck nicht zu ändern vermochte.“

Eva Freiin von Plotho.

Wegerer, Alfred von: „A Refutation of The Versailles War Guilt Thesis.“ Translated from the German by Edwin H. Zeydel Introduction by Harry Elmer Barnes. Alfred A. Knopf Publisher New York and London, 1930. 386 Seiten.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Althoff: „Siedlungsarbeit in der Freien Stadt Danzig 1920 bis 1930.“ Verlag und Druck von A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig, 1930, 20 Seiten.

Barabas, Andreas: „Das erste Dezennium des Ungarischen Unterrichtswesens in Rumänien von 1918—1928.“ Husvéth & Hoffer, Lugos, 131 Seiten.

„Entscheidungen des ständigen internationalen Gerichtshofes“ in deutscher Übersetzung, herausgegeben von dem Institut für internationales Recht in Kiel. A. W. Sijthoff's Uitgeversmaatschappij N. V.-Leiden, o. J.

Hoetzsch, Otto: „Die weltpolitische Kräfteverteilung seit den Pariser Friedensschlüssen.“ 5. umgearbeitete und erweiterte Auflage mit drei Kartenskizzen. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin, 1930, 60 Seiten.

Pehle, Max, und Silberborth, Hans: „Erläuterungen zu Putzgers Historischem Schulatlas Neue Ausgabe.“ Verlag von Velhagen & Klasing, Bielefeld, 1930, 101 Seiten.

Peiser, Kurt: „Danzig's Shipping and Foreign Trade.“ Printed by A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig, 1930, 35 Seiten.

Rheinbaben, Werner von: „Die zweite Nachkriegsepoche.“ (Vom Dawes-Plan zum Haager Abkommen.) Zentralverlag G. m. b. H., Berlin, 1930, 23 Seiten.

Strunk, H.: „Kulturpolitik und Kulturleistung in der Freien Stadt Danzig 1920—1930.“ Verlag und Druck von A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig, 1930, 35 Seiten.

Voranzeige.

Der Große Brockhaus, Band VI.

Wie wir erfahren, wird Ende Juli der 6. Band des „Großen Brockhaus“ erscheinen. Das Werk ist nicht nur deshalb bedeutsam, weil es dem Menschen von heute zuverlässig jede gewünschte Auskunft aus Wissen und Leben erteilt, sondern auch weil es durch die starke Illustrierung ein unerschöpfliches Bilderwerk unserer Zeit ist. Die Beschaffung von Bildvorlagen für den „Großen Brockhaus“ ist besonders schwierig, weil nur solche Bilder gebracht werden, die ein wahrheitsgetreues Abbild der vielgestaltigen Lebenserscheinungen geben. Oft eignet sich unter 100 Bildern eines Gegenstandes nur eins für die Aufnahme in das Werk. Die Herbeischaffung der Vorlagen ist gleichsam eine aufregende, wundervolle Jagd nach dem Leben selbst. Um zum Beispiel die Abbildungen für die Tafeln „Feuerlöschwesen“ zu beschaffen, wurde vor kurzem in Leipzig ein Probealarm der Feuerwehr abgehalten, um dem Zeichner des Verlags Gelegenheit zu lebenswahren Darstellungen zu geben. Dieser eine Fall zeigt, wie sehr der „Große Brockhaus“ Wert auf enge Verbundenheit mit dem Leben legt. Man darf daher dem neuen Band wieder mit Spannung entgegensehen.

Kleine Mitteilung.

Bei Besprechung der Diskussion Poincaré—Gerin hatte ich die Verantwortung nicht nur für die erstmalige Fälschung wichtigster Telegramme des französischen Gelbbuches, sondern auch für den späteren Gebrauch dieser Fälschungen in der Nachkriegszeit ausschließlich den Beamten des Quai d'Orsay zur Last gelegt (Augustheft S. 725 f.). Dazu wird mir von nichtdeutscher Seite geschrieben:

„Man muß sich doch die Frage vorlegen, wie Herr Poincaré, der vor seinen bekannten Vorträgen über den Kriegeausbruch alles genau durchgestöbert hatte, die zwei vielleicht wichtigsten Telegramme übersehen konnte, die ihm zugegangen waren. In der „Union Sacrée“ erzählt er selber, daß ihm alle eingehenden und abgehenden Telegramme vorgelegt wurden (z. B. S. 372, 376, 378, 383, 386, 404 usw.), und von dem Telegramm Paléologues über die russische Mobilmachung sagt er: „Ich habe noch in Händen l'exemplaire triplicata bis du déchiffrement“ (S. 445). Wie soll man sich erklären, daß er nicht daran gedacht haben sollte, sich in erster Linie der Dokumente zu bedienen, die sich in seinem Besitze be-

fanden, da er doch zugibt, daß die Gelbbücher die Gewohnheit haben, den Wortlaut wegen des Zifferngeheimnisses „ein wenig“ zu verändern? Wie sollte er bei seinem guten Gedächtnis und scharfen Verstand nicht erstaunt gewesen sein, im Gelbbuch Dokumente zu finden, die so wenig den Originalen ähnlich waren, die er gelesen hatte?“

Ich muß zugeben, daß diese Kritik meiner Ausführungen gerechtfertigt ist.

Max Graf Montgelas.

Wir suchen dringend!

„Berliner Monatshefte“ (Die Kriegsschuldfrage) Jahrgang II (1924) April- bis Oktoberheft.

„Ostland“

Monatschrift vom geistigen Leben der Auslandsdeutschen

V. Jahrgang

Das „Ostland“ macht sich zur Aufgabe, sämtliche Deutschen der Minderheitsgebiete im Osten geistig zu vereinen in der Idee des Großdeutstums. Es erscheint in Hermannstadt, dem geistigen Mittelpunkt der Siebenbürger Sachsen und stützt sich auf die hervorragendsten Kräfte des Deutstums in Rumänien, im Baltikum, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien

Herausgeber Dr. Richard Csaki Schriftleiter Dr. Walther Schreiber

Bezugsbedingungen: „Ostland“ erscheint am 1. eines jeden Monats und ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den Ostland-Verlag, Hermannstadt, Rumänien. — Jahresbezug für Rumänien 360 Lei, für das Ausland 9 RM., für Österreich 15 Schillinge. — Die Bezugspreise verstehen sich einschließlich Postversand. — Zahlungen sind zu leisten im Inland auf das Konto des Deutschen Kulturamtes an die Hermannstädter allgemeine Sparkasse, die Bodenkreditanstalt, beide in Hermannstadt, oder an den Verlag selbst. Im Ausland an die Deutsche Landmannbank A.-G., Berlin W 9, Köthener Straße 40—41, oder auf unser Postscheckkonto Berlin NW 1563/68.

Soeben erschienen!

REGISTER

für die Zeitschrift

DIE KRIEGSSCHULDFRAGE

Jahrgang I - VI (1923 - 1928)

Soeben erschienen!

Im Auftrage der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen
zusammengestellt von
Studienrat Dr. Karl Haenchen

Preis RM 10.— kartonniert

Zu beziehen von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen
Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a / Postscheckkonto: Berlin Nr. 25 558

So urteilt man über „Schönere Zukunft“

Kürst Alois Löwenstein: „Von allen Zeitschriften, die ich kenne, erscheint mir die ‚Schönere Zukunft‘ als die bestgeleitete, inhaltsreichste, wertvollste.“

Bischof Dr. Groß: „Schönere Zukunft‘ wird bald alle Katholiken von Intelligenz an sich ziehen.“

Schriftsteller Hermann Bahr: „Die wunderbar große Haltung, in der ‚Schönere Zukunft‘ sich niemals beirren läßt, reizt mich immer wieder zu freudiger Bewunderung hin.“

Univ.-Prof. Dr. Hermann Gesele: „Schönere Zukunft‘ ist die reichste, bestunterrichtete Zeitschrift, die ich kenne; die einzige lebendige, weil sie den Mut zu Radikalismen hat; weil sie weiß, daß alles Leben aus dem Kampf kommt.“

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Hermelink (Protestant): „Eberles ‚Schönere Zukunft‘ ist der aktivste Propagandist des Glaubens, daß der Katholizismus die Erfüllung der Gegenwart sei.“

Father Markert S. V. D.: „Schönere Zukunft‘ ist eine journalistische Tat ersten Ranges, die vielfach an die Leistungen des alten Joseph von Görres, den Napoleon die fünfte Großmacht nannte, erinnert.“

„Rottenburger Monatschrift“: „Schönere Zukunft‘ erfreut sich des größten Ansehens in allen gebildeten Kreisen Mitteleuropas.“

„Niederrheinische Landeszeitung“: „Schönere Zukunft‘ besitzt einen Mitarbeiterstab, wie ihn wohl keine zweite Zeitschrift deutscher Zunge aufzuweisen hat.“

„Zentralschweizerisches Volksblatt“: „Schönere Zukunft‘ ist unstreitig die großartigste katholische kulturelle Zeitschrift des deutschen Sprachgebietes.“

„The Commonweal“: „Schönere Zukunft‘ ist geradezu ein Muster unabhängiger Pressearbeit. Vielleicht ist diese Offensive katholischer Kräfte im alten Wien die Bewegung, die, langerwartet und ernstlich herbeigesehnt, schwanken den Seelen zur Rettung wird.“

„Schönere Zukunft“ ist die größte und verbreitetste Zeitschrift der gebildeten Katholiken deutscher Sprache. (Wochenauflage 19200.) Verleger und Herausgeber Dr. Joseph Eberle, Druck und Versand Friedrich Pustet. Die Zeitschrift bringt aus allerersten Federn programmatistische Aufsätze über alle aktuellen Fragen der Kultur, Politik und Volkswirtschaft und sammelt in großen Rundschau das interessanteste und wertvollste Material aus der Weltpresse zu den Fragen von Religion, Wissenschaft, Erziehung, Literatur, Kunst, Theater, Film, Rundfunk, Politik und soziale Frage.

Bestellungen (Preis pro Vierteljahr RM. 4.50) nimmt jede Postanstalt entgegen. Vom Verlag selber (Wien XIX, Nußwaldgasse 14, Österreich) können Sie unentgeltlich Probenummern, eventuell einen verbilligten vierteljährigen Probebezug (Preis RM. 3.—) beziehen.

..... Hier abtrennen

Ich bitte um viermalige kostenlose Zusendung von „Schönere Zukunft“ (Nichtabbestellung nach dieser Probezusendung gilt als Bezugsanmeldung.)

Name:

Ort, Land und Datum:

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT

Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark

HAUPTSITZ BERLIN

Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande

Schnelle und zuverlässige Erledigung
aller bankmäßigen Geschäfte

An- und Verkauf von Effekten, Devisen,
ausländischen Geldsorten, Verwahrung
und Verwaltung von Wertpapieren
Vermietung von Schrankfächern in
unserer Stahlkammer, Aufbewahrung
verschlossener Depots

*Korrespondenten
an allen bedeutenden Plätzen der Welt*

NATION UND STAAT

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von

Jacob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann,
Johannes Schmid-Wodder

Ganzjährig RM. 20.—, Halbjährig RM. 10.—, Einzelheft RM. 2.—

4. JAHRGANG

bringt Aufsätze über aktuelle und allgemeine Minderheitenfragen, Berichte über Tagungen und Institute und ständige Lageberichte über die Minderheiten in:

**Elsaß-Lothringen, Estland, Eupen-Malmedy, Lettland, Litauen,
Memelgebiet, Nordschleswig, Österreich, Polen, Rumänien,
Sowjetunion, Südslawien, Südtirol, Tschechoslowakei,
Ukraine, Ungarn, Wolhynien**

JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, LEIPZIG:

„Einen Überblick über dieses große, insbesondere uns Deutsche nicht bloß interessierende, sondern wahrhaft auf den Fingern brennende Problem konnte selbst der eifrigste Forscher nur schwer gewinnen; hier wird er geboten. Die Zeitschrift bekennt sich als eine wissenschaftlich-politische; sie versucht es ebenso sehr, rein wissenschaftlich die rechtliche Seite des Problems zu behandeln, als sie auch nicht vor politischer Ausdeutung desselben innehält, wie dies ja auch der Stellung der Herausgeber als Vorkämpfer ihres Volkes entspricht.“

Hofrat Prof. Dr. Karl Brockhausen, Wien

PROBEHEFTE KOSTENLOS

Im Oktober erscheint

DIE ANSCHLUSSFRAGE

in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen
Bedeutung

Herausgegeben von

FRIEDRICH F. G. KLEINWAECHTER und HEINZ VON PALLER

Mit 15 Karten im Text

Gr. 8^o ca. 640 S.

Ganzleinen ca. RM. 22.—

An diesem großangelegten Werk, das zum erstenmal zusammenfassend alle den deutsch-österreichischen Zusammenschluß betreffenden Probleme in Aufsätzen der besten Fachkenner behandelt, arbeiten u. a. mit: Bauer, Drexel, Eibl, Enderes, Gebert, Geramb, Haushofer, Hugelmann, Kniesche, Lach, Loesch, Merkl, Morocutti, Neubacher, Oehler, Riedl, Rohan, Schiffer, Schumy, Slosson, Streeruwitz, Tietze, Verdross, Winkler, Wotawa, Ziegler

WILHELM BRAUMÜLLER / WIEN / LEIPZIG

Ein fesselndes Buch!



Unter drei Zaren

Die Memoiren der Hofmarschallin
Elisabeth Narischkin-Kurakin

Herausgegeben von
René Fülöp-Miller

280 Seiten. 63 Abbildungen. Geheftet RM. 6.—, Leinen RM. 10.—

Ein einzigartiges Dokument von höchstem Interesse und Reiz. Auf jeder Seite fesselnde Einblicke in das Hofleben, in politische Geschichte und kulturelle Zustände. Die Verfasserin lebte während der nachnapoleonischen Restaurationsepoche in Paris, kam nach Rußland und auch dort alsbald mit der Elite der russischen Geisteswelt zusammen. Sie erlebt am Kaiserhof die großen Ereignisse der Weltpolitik, sieht Alexanders II. Regierung, Ausbruch des Weltkrieges, Rußlands Zusammenbruch und die Schreckensherrschaft der Bolschewiken. Hierzu gesellt sich überdies ein herrliches, bisher gänzlich unveröffentlichtes Bildmaterial aus den kaiserlichen Privatsammlungen und aus den Archiven vieler hervorragender Persönlichkeiten der russischen Gesellschaft.

Amalthea-Verlag

Zürich · Leipzig · Wien

Zeitschriften

der Verlagsbuchhandlung Dr. Walther-Rothschild,
Berlin-Grunewald

Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie

Herausgegeben von *Leopold Wenger*, München, *Wilhelm Sauer*,
Königsberg i. Pr., *Goetz Briefs*, Berlin.

Jeder Jahrgang (4 Hefte) M. 24.—

Deutsch-Französische Rundschau

Herausgegeben von *Otto Grantoff*, *Heinrich Eduard Jacob*,
Rudolf Meerwarth, *Fritz Norden*, *Gottfried Salomon*, *Edgar*
Stern-Rubarth, *Maurice Boucher*, *Edmond Jaloux*, *Henri*
Lichtenberger.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Die Justiz

Monatsschrift zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens.
In Verbindung mit *Wolfgang Mittermaier*, Gießen, *Gustav*
Radbruch, Heidelberg, *Hugo Sinzheimer*, Frankfurt a. M.
Herausgegeben von *Wilhelm Kroner*, Berlin.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Eisenbahn- und Verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen

Zeitschrift für Eisenbahn- und Verkehrsrecht. Redigiert von
Gerhard Eger, Berlin, *Roderich v. Kienitz*, Berlin, *Kurt*
Gordan, Berlin.

Jeder Band (4 Hefte) M. 20.—

Europa-Wirtschaft

Monatshefte für den wirtschaftlichen Aufbau Europas.
Herausgegeben von *Wilhelm Grotkopp*

Halbjährlich (6 Hefte) M. 5.—

Europäische Gespräche

Monatshefte für auswärtige Politik. Herausgegeben von
A. Mendelssohn Bartholdy, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 12.—

Markenschutz und Wettbewerb

Monatsschrift für Marken-, Patent- und Wettbewerbsrecht.
Herausgegeben von *Martin Wassermann*, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 18.—

Mehrere 100 Werke aus den durch die Zeitschriften bezeichneten Gebieten
Verlagsverzeichnis zu Diensten



DIE ERSTEN ZWEI SEITEN

die die allwöchentlich mit Spannung erwarteten

ZEITGÄNGE

enthalten, fesseln immer neue Leser an „Das Neue Reich“.

Das einmütige Urteil der Leserschaft:
Scharf geschaut und meisterhaft geschrieben!
Wie die Zeitgänge so die Aufsätze und Rund-
schauen dieser einzigartigen, modernen kultur-
politischen Wochenschrift.

Verlangen Sie von der Verwaltung des „Neuen
Reiches“, Wien, VI., Mariahilferstraße 49, die
kostenlose Probezusendung des Blattes durch
4 Wochen.

● Hier abtrennen und als Drucksache einsenden!

An die Verwaltung „Das Neue Reich“

Wien, VI., Mariahilferstraße 49

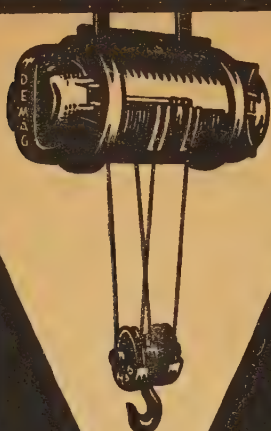
Ich wünsche ein **kostenloses** Probeabonnement für 4 Wochen.
(Erfolgt nach Ablauf dieses Probeabonnements keine Abbestellung,
so gilt dies als Bezugsanmeldung.)

Name: _____

Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Datum: _____



Das betriebssicherste
**Elektro-
 Hebezeug**
 ist der

**DEMAG
 ZUG**

¼-5 tons Tragfähigkeit, wetter-
 fest gekapselt, daher unempfind-
 lich gegen Regen und Staub.

DEMAG
 AKTIENGESELLSCHAFT DUISBURG.

Breußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
 zur preiswerten Anfertigung
 sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen
 Zeitschriften / Zeitungen
 Werke

Sezmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 11, Postschließfach 57

Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123 — 3125

„Ostland“

Monatsschrift vom geistigen Leben der Auslandsdeutschen

V. Jahrgang

Das „Ostland“ macht sich zur Aufgabe, sämtliche Deutschen der Minderheitsgebiete im Osten geistig zu vereinen in der Idee des Großdeutstums. Es erscheint in Hermannstadt, dem geistigen Mittelpunkt der Siebenbürger Sachsen und stützt sich auf die hervorragendsten Kräfte des Deutstums in Rumänien, im Baltikum, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien

Herausgeber Dr. Richard Csaki

Schriftleiter Dr. Walther Schreiber

Bezugsbedingungen: „Ostland“ erscheint am 1. eines jeden Monats und ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen und durch den Ostland-Verlag, Hermannstadt, Rumänien. — Jahresbezug für Rumänien 360 Lei, für das Ausland 9 RM., für Österreich 15 Schillinge. — Die Bezugspreise verstehen sich einschließlich Postverwand. — Zahlungen sind zu leisten im Inland auf das Konto des Deutschen Kulturamtes an die Hermannstädter allgemeine Sparkassa, die Bodenreditanstalt, beide in Hermannstadt, oder an den Verlag selbst. Im Ausland an die Deutsche Landmannbank A.-G., Berlin W 9, Röhrener Straße 40-41, oder auf unser Postscheckkonto Berlin NW 1563/68.

Soeben erschienen!

REGISTER

für die Zeitschrift

DIE KRIEGSSCHULDFRAGE

Jahrgang I - VI (1923 - 1928)

Soeben erschienen!

Im Auftrage der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

zusammengestellt von
Studienrat Dr. Karl Haenchen

Preis RM 10.— kartonniert

Zu beziehen von der
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen
Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a / Postscheckkonto: Berlin Nr. 25 558

„Sudetendeutschland“

Zeitschrift der Sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Die Monatszeitschrift „Sudetendeutschland“, die schon im 11. Jahrgange erscheint und das Blatt des Sudetendeutschen Heimatbundes ist, tritt für das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes und vor allem der 3^{1/2} Millionen Sudetendeutschen ein, die gegen ihren Willen in den tschechoslowakischen Staat hineingezwungen wurden. Sie unterrichtet in vorzüglicher Weise über die tatsächlichen Verhältnisse im tschechischen Staate.

Schriftleitung und Verwaltung: Wien 8, Fuhrmannsgasse 18 a
Bezugsgebühr für Einzelbezieher ganzjährig RM. 2,50 / Postschek-
amt Berlin Konto 156 823 / Probehefte auf Verlangen kostenlos

DIE HILFE

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

„Die Hilfe“, die am 1. Januar 1929 ihren 35. Jahrgang begonnen hat, wurde von *Friedrich Naumann* als Organ der national-sozialen Bewegung gegründet. Nach Naumanns Tode von *Anton Erkelenz* und *Gertrud Bäumer* weitergeführt, steht „Die Hilfe“ heute wie früher im Dienst national-freiheitlicher Aufbaupolitik. Sie umfaßt alle Gebiete des öffentlichen Lebens und berücksichtigt gleichmäßig auswärtige und innere Politik, wirtschaftliche und soziale Fragen, Literatur, Kunst und Musikleben. Das besondere Interesse des politischen Teils gehört dem Grenz- und Auslandsdeutschtum, über das Sachverständige aus den einzelnen Gebieten berichten. Im Geist ihres Begründers räumt „Die Hilfe“ den lebendigen religiösen Kräften der Zeit, vor allem der Friedensarbeit der Kirchen, größeren Platz ein. Die „politischen Notizen“ aus der Feder eines führenden Journalisten orientieren regelmäßig über den Gang der Politik, fortlaufende Berichte über Theater, bildende Kunst und Musik über die Entwicklung der künstlerischen Gegenwartskultur.

Die Hefte erscheinen jeweils am 1. und 15. des Monats.
Die Bezugsgebühr beträgt 4,50 RM für das Vierteljahr
Probehefte kostenlos durch die

Sieben Stäbe - Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H.,
Berlin NW6



•N•



Einen behaglich warmen Platz

auch im sonst kühlen Raum schafft der PROTOS-Wärmestrahler. Er schützt vor Erkältungen und ihren oft so ernsten Folgekrankheiten, besonders an kalten Vorfrühlings- und Herbsttagen. Der anheimelnd rot-leuchtende Kupferreflektor wirft sofort seine Wärme an jede gewünschte Stelle des Raumes. Am kugelförmigen Griff ist der Strahler nach oben und unten verstellbar. Der PROTOS-Wärmestrahler kostet RM. 24,—. Er ist ein

SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS

Überall im Einzelhandel

I N H A L T

	Seite
Eine neue Resolution des Senators Shipstead zur Kriegsschuldfrage. (Englisch, deutsch und französisch)	905
Harry Elmer Barnes: Die Kriegsschuldfrage, eine Zeitfrage allerersten Ranges	911
Ernst Kabisch: England und die Annexionskrise 1908/09	915
N. Cyprian Bridge: The Anglo-Belgian Military Convention. (Englisch)	932
Arthur Rosenberg: Die französische Außenpolitik zu Beginn des Jahrhunderts	936
Alfred von Wegerer: Hat der Quai d'Orsay den „Matin“ gelesen? (Deutsch und französisch)	953
Der erste Balkankrieg. (Dokumente)	964
Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft	974
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	981

Eine neue Resolution des Senators Shipstead zur Kriegsschuldfrage.

Der Senator Shipstead, der bereits am 3. Mai 1928 eine Resolution zur Aufhebung des Artikels 231 im amerikanischen Senat eingebracht hatte (vergl. „Berliner Monatshefte“, 1929, S. 80 ff.) und am 19. Januar 1929 im Senat den Antrag auf Veröffentlichung von Aufsätzen über die Kriegsverantwortlichkeit in den „Congressional Records“ stellte, hat am 18. Juni d. J. erneut eine Resolution im Senat eingebracht, die dem Auswärtigen Ausschuß des Senats zur weiteren Erledigung überwiesen worden ist.

Es ist sehr erfreulich und anerkennenswert, daß der amerikanische Senator mit zäher Energie an seinem Ziel festhält. Das deutsche Volk hat allen Anlaß, das Vorgehen Shipsteads mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut dieser neuen Resolution und geben sie gleichzeitig in deutscher und französischer Übersetzung wieder.

Die Schriftleitung.

71ST CONGRESS
2D SESSION

S. CON. RES. 32

IN THE SENATE OF THE UNITED STATES

JUNE 18, 1930

Mr. SHIPSTEAD submitted the following concurrent resolution; which was read twice and referred to the Committee on Foreign Relations

CONCURRENT RESOLUTION

Whereas article 231 of the treaty of Versailles declares as follows:

“The allied and associated powers affirm, and Germany acknowledges, that Germany and its allies are guilty of having caused all losses and damages which the allied and associated governments and their nations suffered in consequence of the war, which was forced upon them by Germany and its allies”; and

Whereas said article was founded on a judicial opinion of the Entente Commission of Fifteen appointed by the victors on January 25, 1919, "to determine the responsibility of the war and punishment therefore"; and

Whereas the American Government was a party to said judicial opinion, which was approved and signed by its two delegates on the said commission, namely, Robert Lansing, chairman of the commission, and James Brown Scott; and

Whereas such a judgment, to have had any legal or moral authority, should have been pronounced by an impartial tribunal after careful study of the evidence and hearing both sides; and

Whereas since the formation of the treaty of Versailles abundance of testimony has appeared from the archives of the Allied as well as the Central Powers, and from other sources, showing that the said article 231 was based on hysteria, hypocrisy, and falsifications "forged in the fires of war"; and

Whereas distinguished historians and statesmen of the United States, Great Britain, Canada, Italy, Russia, France, and Serbia, as well as Germany and Austria, have declared that the evidence now available is sufficient to warrant a just and reasonable attitude on the part of the victors and a reconsideration of the judgment, which they allege was manifestly unjust, violative of judicial principles and legal procedure, and a grave obstacle to international understanding; and

Whereas the establishment of the facts and the truth as to the origin of the war is vital to a reconciliation of the peoples of Europe and to their moral disarmament: Therefore be it

1 *Resolved by the Senate (the House of Representatives*
2 *concurring)*, That the Committee on Foreign Relations of the
3 Senate and the Committee of Foreign Affairs of the House of
4 Representatives are hereby authorized and directed (1) to hold
5 an inquiry, either separately or jointly, for the purpose of deter-
6 mining whether in view of the new evidence and other official
7 material the time is appropriate for the American Government,
8 inspired by the sense of justice and fair play, to recommend
9 to the Allied Powers either to amend article 231 of the treaty
10 of Versailles without further delay or to announce severally
11 their intention to disregard it and to propose to the Allied
12 Powers that the question of the responsibility for the World
13 War be submitted to a commission of neutrals, and (2) to
14 report to the Congress the result of such inquiry on or before
15 March 4, 1931.

71ST CONGRESS } S. Con. Res. 32
2D SESSION }

CONCURRENT RESOLUTION

To provide for a joint congressional inquiry concerning the action to be taken by the American Government with respect to article 231 of the treaty of Versailles.

By Mr. SHIPSTEAD

JUNE 18, 1930

Read twice and referred to the Committee on Foreign Relations

Deutsche Übersetzung.

27. Kongreß.
2. Sitzung.

Gleichlautender Senatsbeschluß 32.

Im Senat der Vereinigten Staaten wurde

am 18. Juni 1930

von Mr. Shipstead nachstehender gleichlautender Beschluß zur Vorlage gebracht; es erfolgte die zweimalige Lesung und Überweisung an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Gemeinschaftlicher Beschluß:

Angesichts des wie nachstehend lautenden Artikels 231 des Versailler Vertrages, nämlich: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“;

Angesichts ferner der Tatsache, daß der angeführte Artikel auf ein juristisches Gutachten des „zum Zwecke der Feststellung der Verantwortlichkeit für den Krieg und Festsetzung der Strafe dafür usw.“ am 25. Januar 1919 von den Siegern eingesetzten Fünfzehnerausschusses der Entente zurückzuführen ist;

Angesichts weiter des Umstandes, daß sich die Amerikanische Regierung diesem, von seinen beiden Beauftragten in genanntem Ausschuß, nämlich Robert Lansing, Vorsitzender des Ausschusses, und James Brown Scott, gebilligten und unterzeichneten Rechtsgutachten angeschlossen hatte;

Angesichts der fernereren Tatsache, daß ein solches Urteil, um irgendwelche gesetzmäßige oder moralische Anerkennungskraft zu besitzen, von einem unparteiischen Gerichtshof nach sorgfältiger Prüfung des Tatbestandes und der Anhörung der beiden Parteien hätte ausgesprochen werden müssen; und

weil weiter auch seit dem Zustandekommen des Versailler Vertrages überreichliches Beweismaterial aus den Archiven der Verbandsmächte wie auch der Mittelmächte, desgleichen aus anderen Quellen zum Vorschein gekommen ist, woraus hervorgeht, daß der erwähnte Artikel auf Hysterie, Heuchelei und Fälschungen, „die im Feuer des Krieges“ entstanden waren, zurückzuführen ist; und

nachdem maßgebliche Geschichtsforscher und Staatsmänner der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Kanadas, Italiens, Rußlands, Frankreichs und Serbiens wie auch Deutschlands und Österreichs erklärt haben, daß das nunmehr vorhandene Beweismaterial ausreichend ist, um eine gerechte und vernünftige Haltung seitens der Sieger zu gewährleisten, wie auch eine Nachprüfung des Urteils, das nach ihrer Behauptung offenkundig ungerecht war, die Grundsätze der Rechtsprechung und des prozessualen Verfahrens verletzte und ein schweres Hindernis für die Verständigung unter den Völkern war; und

weil schließlich die Feststellung der Tatsachen und der Wahrheit hinsichtlich der Kriegsursachen für die Wiederversöhnung der Völker Europas und ihrer moralischen Abrüstung ausschlaggebend an Bedeutung ist:

hat der Senat (und das Repräsentantenhaus gleichlautend) beschlossen, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Senats wie auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegen-

heiten des Repräsentantenhauses hiermit Ermächtigung und Auftrag erhalten, jeder für sich oder gemeinsam eine Untersuchung anzustellen zum Zwecke der Feststellung, ob angesichts des neuen Tatsachenmaterials und weiterer amtlicher Unterlagen nicht die Zeit geeignet ist, daß die Amerikanische Regierung, vom Geiste der Gerechtigkeit und Anständigkeit beseelt, den alliierten Mächten vorschlagen soll, entweder ohne weiteren Verzug Art. 231 des Versailler Vertrages zu ändern, oder ihnen einzeln ihre Absicht, ihn außer Betracht zu lassen, bekanntzugeben und den Alliierten Mächten vorzuschlagen, die Frage der Verantwortlichkeit für den Weltkrieg einem Ausschuß von Neutralen zu unterbreiten und über das Ergebnis dieser Untersuchung dem Kongreß bis spätestens 4. Mai 1931 zu berichten.

Französische Übersetzung.

71^{me} Congrès.
2^{me} Session.

Projet de Loi 32.

Le 18 juin 1930

M. Shipstead a soumis le projet de loi suivant au Sénat des Etats-Unis.

Projet de Loi.

Attendu que l'article 231 du Traité de Versailles déclare:

»Les Gouvernements alliés et associés déclarent et l'Allemagne reconnaît que l'Allemagne et ses alliés sont responsables, pour les avoir causés, de toutes les pertes et de tous les dommages subis par les Gouvernements alliés et associés et leurs nationaux en conséquence de la guerre, qui leur a été imposée par l'agression de l'Allemagne et de ses alliés«;

Attendu que l'article précité se fondait sur une consultation de droit de la Commission des Quinze nommée le 25 janvier 1919 par les vainqueurs »pour déterminer la responsabilité de la guerre et son châtiment«; et

Oktober 1930

Attendu que le gouvernement américain participait à cette consultation de droit qui fut approuvée et signée par ses deux délégués à ladite commission, savoir Robert Lansing, président de la commission et James Brown Scott; et

Attendu qu'un pareil jugement, pour exercer une autorité légale et morale, aurait dû être prononcé par un tribunal impartial après une étude approfondie des preuves et après avoir entendu les deux parties; et

Attendu que depuis la conclusion du traité de Versailles les archives des Alliés et des Puissances Centrales et d'autres sources ont fourni des preuves abondantes démontrant que l'article 231 se basait sur de l'hystérie, de l'hypocrisie et des falsifications »forgées dans les feux de la guerre«; et

Attendu que des historiens et hommes d'Etat éminents aux Etats-Unis, en Grande-Bretagne, au Canada, en Italie, en France, en Serbie, en Allemagne et en Autriche ont déclaré que les preuves sont maintenant suffisantes pour garantir une juste et raisonnable attitude des vainqueurs et une révision du jugement; que le jugement qu'ils allèguent était manifestement injuste et violait les principes du droit et de la procédure légale et constituait un grave obstacle au rapprochement international; et

Attendu que l'établissement des faits et de la vérité concernant l'origine de la guerre est d'un intérêt vital pour la réconciliation des peuples en Europe et leur désarmement moral: Pour cette raison le Sénat (Chambre des représentants) est invité de voter, que le comité pour les affaires étrangères du Sénat et le Comité pour les affaires étrangères de la Chambre des Représentants seront autorisés et obligés (1) de faire une enquête, séparément ou ensemble, dans le but de savoir, si en vertu des nouvelles preuves et d'autres documents officiels le temps est propice pour le Gouvernement Américain, inspiré de l'idée de justice et de fair play, de recommander aux Puissances Alliées de corriger immédiatement l'article 231 du Traité de Versailles ou d'annoncer leur intention de le refuser et de proposer aux Puissances Alliées de soumettre la question de la responsabilité de la guerre mondiale à une Commission de neutres et (2) de rapporter au Congrès sur le résultat de cette enquête le 4 mars 1931 ou avant cette date.

Die Kriegsschuldfrage, eine Zeitfrage allerersten Ranges.

Von Harry Elmer Barnes.

Professor Harry Elmer Barnes hat der soeben im Verlag von Alfred Knopf herausgegebenen amerikanischen Ausgabe des Buches von Alfred von Wegerer „A Refutation of the Versailles War Guilt Thesis“ (Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese) eine Einführung vorangestellt, in der er erneut auf die Bedeutung der Kriegsschuldfrage hinweist. Wir bringen diesen Teil seiner Ausführungen nachstehend in deutscher Übersetzung.

Die Schriftleitung.

Häufig wird behauptet, die Frage, wer im Jahre 1914 den Weltkrieg verursacht habe, sei heute nur noch von rein akademischem Interesse. Sie stehe in keinem unmittelbaren Zusammenhange mit europäischen Problemen des Tages. Das heutige Europa sei nicht auf den Voraussetzungen der Versailler Regelung errichtet. Das ist heutigentags in den Vereinigten Staaten eine weitverbreitete Annahme, die besonders von Dr. Raymond Leslie Buel und Professor R. C. Binkley verfochten wird, deren Erklärung die ist, selbst wo Artikel 231 des Versailler Vertrags ausdrücklich besage, daß Deutschland und seine Verbündeten allein für den Weltkrieg verantwortlich seien, hätten die Väter des Vertrags doch in Wirklichkeit nicht gemeint, was sie geschrieben hätten. Dabei scheinen die genannten Herren aber vergessen zu haben, daß Poincaré im Dezember 1920 folgendes schrieb: „In der Tat, wenn es nicht die Zentralmächte gewesen sind, die den Krieg verursacht haben, warum sollen denn gerade sie verurteilt sein, den Schaden zu bezahlen? Aus einer geteilten Verantwortlichkeit folgt notwendiger- und gerechterweise auch eine Aufteilung der Kosten!“

In ähnlichem Sinne sagte Lloyd George im Jahre 1921: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Es ist die Basis, auf der der Bau des Vertrages von Versailles errichtet worden ist. Wenn dieses Eingeständnis abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag zerstört.“

Eine andere Gruppe führt an, wenn der Versailler Vertrag etwa auch auf der Voraussetzung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege gegründet worden sei, so sollten wir das auf sich beruhen lassen. Daran sei nun nichts mehr zu ändern. Es werde zu nichts führen, wenn man daran rüttelte. Im Gegenteil, auf diese Weise werde nur die Kriegsgegnerschaft wieder entfacht und das die alten Gegner Trennende in den Vordergrund gestellt. Friede über die ganze Welt hin, das sei, was wir wollten, und davor müßten alle anderen Erwägungen zurücktreten.

Die meisten verständigen Leute werden zugeben, daß der Friede der Welt etwas Größeres und Wichtigeres ist als die Klärung der Frage, wer den Weltkrieg angefangen hat. Ließe es sich erweisen, daß ein Stillschweigen über die Frage der Kriegsschuld rascher zu einer gesicherten Befriedung der Welt führe, dann würden wir es für unsere Pflicht halten, stille zu schweigen, und sei das den Zentralmächten angetane moralische Unrecht noch so groß. Doch will es dem Verfasser dieser Zeilen bedünken, daß, wer sich heute einer Aussprache über die Kriegsursachen widersetzt, eine unlogische und unhaltbare Stellung einnimmt.

Hoffnung auf Befriedung Europas kann nicht bestehen, ehe nicht die normalen und materiellen Ungerechtigkeiten¹⁾ der Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly aus der Welt geschafft sind und Europa in Einklang mit Gerechtigkeit und ehrlichem Wollen (decency) neu entsteht. Der Sämling von Locarno kann in dem Versailler Topfe nicht gedeihen. Die Tatsachen und Grundsätze, auf denen diese beiden Abmachungen beruhen, stehen in unüberbrückbarem Gegensatz zueinander.

Ohne eine entsprechende internationale Ordnung kann es kaum Frieden in Europa geben, wo statt der im Jahre 1914 bestehenden achtzehn Nationalstaaten heute ihrer dreißig eine Gefahr für den Frieden bilden. Europa wird schwerlich zur Ruhe kommen können, wo Deutschland und seine Verbündeten entwaffnet worden sind und wegen ihrer alleinigen Schuld an dem großen Ringen erdrückende Entschädigungen zahlen müssen, während die bis an die Zähne bewaffneten Ententemächte darauf aus sind, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten teilweise erlassen zu bekommen oder sich ihnen mit der Begründung zu entziehen, sie hätten uns vor ewiger Fron unter der harten Hand der Hunnen bewahrt.

Europa kann nicht eher auf Frieden rechnen, als bis das zum Himmel schreiende Unrecht wieder gutgemacht ist, das

¹⁾ Normal and material injustices — darunter kann man sich schwer etwas vorstellen. Aber vielleicht ist „normal“ ein Druckfehler für „formal“. — Der Übersetzer.

Siebenbürgen, Tirol, Bessarabien, Mazedonien, der polnische Korridor, das Saargebiet und Schlesien bedeuten, um nur einige wenige der allerübelsten Früchte von Versailles zu nennen. Sonst werden die vergewaltigten Völker nur auf eine günstigere Gruppierung der europäischen Mächte warten, um von neuem den Versuch zu machen, durch List und Gewalt zu ihrem Rechte zu kommen. Deutschland hat recht daran getan, daß es in der vergangenen Woche gelegentlich seiner Antwort auf Briands Vorschlag zur Bildung eines europäischen Bundes die gesamte Welt an diese Tatsache erinnert hat.

Soweit die Nachkriegsregelung mit ihren vorstehend in aller Kürze aufgeführten Auswüchsen auf der dem Kriegsgeiste entsprungenen Behauptung und der Versailler Beschuldigung von der alleinigen Schuld Deutschlands an der Entfesselung des Weltkriegs fußte, ist sie ebensowenig von Bestand und ebenso ungesichert wie der Grundstein, auf dem sie errichtet wurde. Wenn wir heute aber auch ein für allemal wissen, daß Artikel 231 des Versailler Vertrags nicht einen Funken Wahrheit enthält, so besteht doch keine Möglichkeit, dieses unheilvolle Vertragswerk anzufechten, das bei der Beurteilung der Tatsache so schwer wiegt, wer es nun eigentlich gewesen ist, der Europa im Jahre 1914 in die vier Jahre eines beispiellosen Blutvergießens gestürzt hat, denen weitere zehn Jahre voller Wirrungen, voller Elend und Vergewaltigung gefolgt sind.

Eine weitere förderliche und sachliche Veranlassung zur Nachprüfung der Kriegsschuldfrage ergibt sich aus der Hoffnung, die dämmernde Erkenntnis des Umstandes, wie böse wir Amerikaner über die wahre Lage der Dinge in Europa während der Jahre 1914 bis 1918 getäuscht worden sind, möge dazu dienen, uns bei einer neuen europäischen Sintflut allem Liebeswerben gegenüber bedeutend vorsichtiger und zurückhaltender zu machen. So würde vielleicht in stärkerem Maße der Trieb in uns geweckt werden, den Dingen ernstlich auf den Grund zu gehen und zu vermeiden, auf gewandte ausländische Zeitungsleute und glattzüngige Redner hereinzufallen.

Es läßt sich auch nicht gut behaupten, daß die Ententemächte der Jahre 1914—1918 die einzigen Mächte in Europa seien, die versuchen könnten, uns zu täuschen. Alle an einem großen Kampfe Beteiligten sind gezwungen, ihr Bestes zu tun, um unsere Unterstützung und unsere Freundschaft zu gewinnen. In der Zukunft könnten vielleicht England und Deutschland einmal verbündet sein. Dann würde Englands Beherrschung der Meere den Deutschen die Anwartschaft auf unser Entgegenkommen sichern, die ihnen in den Jahren 1914—1918 versagt blieb, und in einem solchen Falle müßten

wir dem deutschen Werben gegenüber vielleicht ebenso zurückhaltend sein wie wir es gegenüber französischen und englischen Parteigängern im Großen Kriege hätten sein sollen.

Wie die Dinge nun aber einmal liegen, müssen wir prüfen, wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland uns über die Tatsachen im Zusammenhange mit dem Ausbruche des Weltkriegs und über die Ziele getäuscht haben, um die der Kampf ging. Eine richtige Würdigung dieser Tatsachen sollte unbedingt viel dazu beitragen, daß wir bei einem neuen europäischen Brande irgendwelchen europäischen Völkern oder Völkerbünden die Kastanien nicht so bereitwillig aus dem Feuer holen.

Und schließlich sollten die Tatsachen über den Weltkrieg und dessen Ergebnisse die Sache des Friedens dadurch fördern, daß sie Klarheit darüber gebracht haben, wie aussichtslos die Hoffnung ist, daß der Krieg durch Krieg aus der Welt geschafft werden kann. Kriegsgeist und Kriegsart führen zu einer seelischen Einstellung der beteiligten Kämpfer, die es fast unmöglich macht, bei Beendigung des Kampfes auf etwas wie aufbauende, weitschauende oder großmütige Gedanken zu rechnen.

Die hohe Staatskunst taucht nicht urplötzlich im Gefolge wüsten Kriegsgetümmels auf. Wenn wir Frieden haben wollen, so muß er in friedlichen Zeitläufen gewonnen, aber nicht als Nachfrucht des Krieges erhofft werden. Das schönste, was Präsident Wilson während des Krieges gesagt hat, waren seine Worte, es könne keinen Frieden von Bestand geben, der nicht „ein Frieden ohne Sieg“ sei. Wenn es uns gelingt, durch Aufhellung der Tatsachen über die Kriegsschuld und die Nachkriegsverträge eine so machtvolle Bewegung moralischer Abkehr und moralischen Abscheues hervorzurufen, daß eine Revision der Nachkriegsverträge in Einklang mit den Tatsachen und mit der Gerechtigkeit erzwungen wird, dann werden wir mehr erreicht haben, als selbst von dem gewaltigsten Kriege zu erhoffen ist.

Deshalb dürfte die Frage, wer den Weltkrieg verursacht hat, ein Problem von höchster Bedeutung und eine Zeitfrage allerersten Ranges sein. Und das ist sie in der Tat,

1. weil die verabscheuungswürdigen Verträge, die der Beendigung des Krieges folgten, auf den Lügen der Kriegszeit aufgebaut sind;
2. weil die Wahrheit über die Ursachen des Weltkriegs die maßgebende vernünftige moralische Unterlage für eine Revision dieser Verträge bildet;
3. weil eine europäische Befriedung und ein europäischer Bund nur als Ergebnis der Revision der Verträge zustandekommen können;

4. weil das Studium der während der Jahre 1914 bis 1918 betriebenen Kriegspropaganda den bestmöglichen Schutz dagegen bietet, daß wir uns ein zweites Mal so gröblich und so vollständig täuschen lassen;

5. und weil das Ergebnis des Krieges es für alle Zeiten klarstellt, wie aussichtslos die Erwartung ist, daß der Krieg durch Krieg aus der Welt geschafft werden kann, und weil es uns zeigt, daß, wenn wir Frieden haben wollen, wir in Zeiten friedlicher Verhältnisse dafür arbeiten müssen.

England und die Annexionskrise 1908/09*).

Ernst Kabisch.

Aehrenthals These: Man schlägt auf den Sack und meint den Esel.

Im Januarheft der „Berliner Monatshefte“ hat Eduard von Glaise-Horstenau über die „Außenpolitik“ berichtet. Er hebt auf Grund der dort veröffentlichten Dokumente zur Annexionskrise hervor „die geradezu vehemente Feindseligkeit, mit der Eduard VII. in allen Zentren Europas, in Petersburg wie in Konstantinopel und in Paris sowie in Rom gegen das Habsburgerreich schürt und wühlt Hier setzt die besondere Tragik der österreich-ungarischen Außenpolitik ein: die enge Verquickung mit dem deutsch-englischen Gegensatz, die seit der Ischler Begegnung jedem Tun und Lassen des Ballhausplatzes als Bleigewicht anhängt.“ Glaise-Horstenau macht sich damit eine auch von Friedjung vertretene These des Freiherrn von Aehrenthal zu eigen, eine These, die in jenen Tagen, zweifellos auf Grund von Informationen, die vom Ballplatz ausgingen, in der österreich-ungarischen wie in der reichsdeutschen Presse Verbreitung fand. Sicherlich hat die Auffassung, England wolle durch schlechte Behandlung Österreich-Ungarn vom Dreibund absprengen, die „Sack- und Eseltheorie“, sehr dazu beigetragen, in der öffentlichen Meinung der Zentralmächte das Mißtrauen gegen England zu vermehren, es in die Rolle des europäischen Störenfrieds hineinzudenken. Sie hat aber auch in Österreich-Ungarn dahin

*) Wo in nachstehendem Aufsatz Belegzahlen ohne Zusatz ausgeführt sind, beziehen sie sich auf die Nummern des Aktenwerkes „Österreich-Ungarns Außenpolitik“, das durchzählt, während die Verbindung mit B. die Dokumentennummer in dem V. Bande des Werkes „British Documents on the Origins of the War 1898—1914“ bezeichnet.

gewirkt, sich als unschuldig betroffenes Opfer der deutschen Außenpolitik zu betrachten; eine Auffassung, die auch nach dem Kriegausbruch in weiten Kreisen Österreich-Ungarns herrschend blieb und die Anerkennung des bundestreuen Verhaltens Deutschlands beeinträchtigte. Die „Außenpolitik“ läßt uns erkennen, wie jene Ansicht entstanden ist — gestattet also, ihre subjektive, zeitgebundene Berechtigung nachzuprüfen. Die „Documents“ ihrerseits gestatten uns auf Grund des Vol. V die Kritik, die Ermittlung der objektiven Berechtigung; die zahlreichen Weisungen und Unterweisungen des Staatssekretärs Sir E. Grey und des ständigen Unterstaatssekretärs Sir Ch. Hardinge an die Botschafter und Gesandten, ihre Randbemerkungen zu den Berichten jener, auch die Bemerkungen König Eduards VII. geben völligen Aufschluß über die Beweggründe, die damals die englische Außenpolitik leiteten, und über die Art, wie diese sich auswirkte.

Freiherr von Aehrenthal hat seiner Ansicht ausführlichen Ausdruck gegeben in einem Schreiben vom 30. November 1908 (681) an den Botschafter in London, Graf Mensdorff: „England hetze in der Türkei, in Rußland, in Serbien, kurz überall gegen Österreich-Ungarn . . . Das Haupt-Gravamen gegen mich liegt darin, daß ich ein Werkzeug Deutschlands sei . . . Gegen die Evidenz der Tatsachen bleibt man in London dabei, daß wir die Politik der Wilhelmstraße machen und, indem man Berlin meint, wird auf Wien rücksichtslos darauf losgedroschen . . . Ich fange an zu glauben, daß eine Züchtigung Serbiens nicht notwendig wird, vorausgesetzt, daß englischerseits mit dem bisherigen System des unverantwortlichen haßerfüllten Hetzens gebrochen wird.“ England habe Österreichs direkte Verhandlungen mit Konstantinopel vereitelt und den türkischen Boykott aufgestachelt. „Trotz Ablehnung der offiziellen Kreise halte ich daran fest, hinter der Haltung Kiamil Paschas die Ränke Englands zu erblicken.“ Bald darauf (768) gibt er Mensdorff noch einige Erläuterungen. Infolge der Berichte des „unfähigen Goschen“ seien seinerzeit die englischen Staatsmänner der Anschauung gewesen, das österreichische Projekt einer Bahn durch das Sandschak sei von Deutschland „befohlen“ worden. „Die politische Arbeit Englands wird durch drei Faktoren betrieben: die Regierung, die Presse und die ‚Reisenden‘ . . . Die Regierung nimmt naturgemäß einen kühlen, vornehmen Standpunkt ein, um den unsrigen absichtlich zu verkennen. Die Presse, die sich weniger Zwang aufzuerlegen braucht, bedient sich aller auf die öffentliche Meinung anwendbaren Reizmittel bei der Verbreitung absichtlich entstellter und erfundener Tatsachen. Die ‚Reisenden‘, die manchen diplomatischen und halbamtlichen

Agenten zu ihrem Verbande zählen, besorgen am Balkan das übrige, praktische Werk“... König Eduard soll nach ihm zugegangener geheimer Meldung den Jungtürkenführer Achmed Riza in Audienz mit den Worten begrüßt haben: „Capital trick, your boycott; go on!“ Es könne kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß England auf eine regelrechte Allianz mit Rußland und Frankreich hinarbeite, wobei „Clemenceau sich bei den Haaren herbeiziehen läßt aus dem guten Grunde, weil ihm England zu arm an Soldaten erscheint. An seiner Weigerung ist bisher die Sache gescheitert.“

Eine offizielle Verlautbarung dieser seiner Ansichten gab Aehrenthal in einem (von Friedjung verfaßten?) Aufsatz in der „Neuen Freien Presse“ am 6. Januar 1909. Aus der englischen Übersetzung (B. 503) seien nur einige Sätze hier rückübertragen: „Alle Teile der Monarchie sind sich völlig einig in der einen Meinung, daß alles Leid, das uns seit der Annexion angetan ist, von England kommt, das es zum Teil hervorgerufen, im Geheimen ermutigt, zum Teil sogar selbst uns zugefügt hat. Englands Handlungsweise kann nicht Rechtfertigung finden in der Tatsache, daß es für die Erhaltung seiner eigenen Lebensinteressen kämpfe. Nein: Englands Zweck ist, uns zu erniedrigen, indem es durch ein schlagendes Beispiel zeigt, daß keine Nation dem Deutschen Reiche Treue halten kann, ohne sich selbst zu schaden. Das ist das herrschende Gefühl, das die gegenwärtige britische Politik beeinflusst, und die einzige bewegende Kraft, die jetzt ihre ganze Diplomatie antreibt.“ —

Gründe für Aehrenthals Urteil.

Wenn wir den Gründen für diese Auffassung Aehrenthals nachgehen, so brauchen wir die Tatsächlichkeit einer feindseligen englischen Presse nicht erst nachzuprüfen. Was sie schrieb, lag aller Welt vor. Daß für sie offiziöse Weisungen eine Rolle spielten, mußte nach einem Bericht des Baron Forgách aus Belgrad (870) angenommen werden, der mit einem Mr. Browne, Sonderkorrespondent der „Times“ dort, Rücksprache über die unfreundliche Haltung der englischen Presse genommen hatte. „Mr. Browne gab mir vertraulich zu, daß dies auf ein mot d'ordre seitens des Foreign Office nach der Annexion erfolgt sei.“ Demgegenüber mußte es unaufrichtig wirken, wenn Grey im Gespräch mit Mensdorff jeden Zusammenhang mit der Presse bestritt und deren Unabhängigkeit von der Regierung wiederholt betonte. Man muß bei solchen Erklärungen englischer Staatsmänner den stenographischen Wortlaut vor sich haben, um sie richtig bewerten zu können. Vermutlich wird Grey durch vorsichtige Formulierung die Verantwortung

nicht für die allgemeine Auffassung der Lage in der englischen Presse, sondern für die Formulierung im einzelnen abgelehnt haben. — Besonders bemerkbar durch unwahrhafte Berichte machte sich der Wiener Times-Korrespondent Steed (bekannt durch seine späteren phantastischen Berichte über Kaiser Wilhelm — Erzherzog Franz Ferdinand) und ein Mr. Maxwell (Morningpost?).

Über die „Reisenden“ berichtet wieder Forgách, wobei besonders ein Mr. Buxton eine Rolle spielt, der angeblich in Serbien Millionen für die antiösterreichische Bewegung ausgeteilt haben sollte. Da es sich bei diesen „Reisenden“ durchweg um Agentennachrichten handelt, brauchen wir uns um sie nicht sehr zu kümmern. Eine gewisse Tätigkeit jungtürkenfreundlicher und slawenfreundlicher Engländer wird man ohne weiteres annehmen können, ebenso aber auch, daß diese in den Agentenberichten stark übertrieben wurde. Aehrenthal schreibt selbst einmal, daß er an die „Millionen“ des Mr. Buxton nicht glaube.

Aehrenthal gewann seine Ansicht in erster Linie natürlich aus der britischen Antwort auf die Mitteilung von der Annexion: England weigere sich vorläufig, sie anzuerkennen. Österreich-Ungarn habe durch sie den Berliner Vertrag eigenmächtig geändert. Eine solche eigenmächtige Änderung verstoße gegen den Londoner Vertrag vom 17. Januar 1871, den Österreich mit unterzeichnet habe und der besage, bei internationalen Verträgen sei keine Macht berechtigt, ohne Zustimmung aller beteiligten Parteien eigenmächtig vom Vertrage zurückzutreten oder ihn abzuändern. Des weiteren berichtet namentlich der Pariser Botschafter Baron Khevenhüller dauernd in dem Sinne, daß England die treibende Kraft sei, während Frankreich zu hemmen suche; am 11. November (550) wußte er sogar zu berichten, England suche Frankreich zum Krieg gegen Deutschland zu treiben, weil Österreich jetzt am Balkan gebunden sei. Der russische Außenminister Iswolski bemühte sich wenigstens anfänglich ebenfalls, England vorzuschieben. Am 12. Oktober (257) schrieb Graf Mensdorff über ihn: „Il a le plus vif désir de trouver une issue de cette crise actuelle dans un sens amical. Il m'a répété continuellement qu'il s'efforçait ici de l'amener, que l'attitude de l'Angleterre était beaucoup plus intransigente que celle du gouvernement russe“ etc. Am 20. Oktober (445) berichtete Mensdorff, Grey solle dem serbischen Außenminister „moralische Unterstützung“ versprochen haben. Szögyény drahtete am 25. Oktober aus Berlin (394), nach einem Telegramm Marschalls aus Konstantinopel sei die Unterbrechung der direkten Verhandlungen des österreich-ungarischen Botschafters in Konstantinopel, Markgrafen Pallavicini, mit der Pforte auf Eingreifen des englischen Bot-



Graf Albert von Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein
österreich-ungarischer Botschafter in London 1904—1914

schafters zurückzuführen. Tittoni hat angedeutet (489), England „werde nicht davor zurückschrecken, seinen Botschafter in Wien abzuuberufen und ein Geschwader in die Adria zu entsenden.“ Der englische Botschafter in Wien soll die Botschafter der übrigen Mächte dort aufgefordert haben, eine serbische Beschwerde über Truppenkonzentrierungen Österreichs an der serbischen Grenze zu überreichen (623). König Karl von Rumänien spricht am 25. Dezember (799) von den „Intrigen, die England gegen Österreich-Ungarn eingefädelt hat“. Besonders geschickt wußten die Franzosen ihre Rolle zu spielen. Pichon werde, berichtet Khevenhüller am 14. November (571), auf Rußland mäßigend einwirken, wenn die österreichischen Interessen dort beleidigt werden sollten. Clemenceau stehe weit mehr unter englischem als russischem Einfluß. Aber „über diesen Rücksichten steht der natürliche Trieb der Selbsterhaltung, welchen kein französisches Kabinett zugunsten König Eduards Feindschaft gegen Kaiser Wilhelm außer acht lassen kann“. Auch Clemenceau (572), ursprünglich im Interesse der Jungtürken gegen Österreich eingenommen, „a changé d'opinion“. Am 28. November (670) glaubt Khevenhüller Frankreichs Stellung so umgrenzen zu sollen: Unterstützung Österreichs gegen serbische Forderungen, Bereitschaft, zwischen ihm und Rußland zu intervenieren, im Dilemma mit der Türkei alle Sympathien auf deren Seite. Am 23. Januar (922) kann er dann berichten, man sei in Frankreich eifersüchtig auf den englischen Einfluß in Konstantinopel geworden, worauf der „Temps“ einige Aufsätze gebracht habe, England solle seine aggressive, Österreich feindselige Politik mäßigen. Daraufhin habe König Eduard persönlich eingegriffen und Tardieu sagen lassen, er gefährde die Entente. „Aus derselben Quelle, aus welcher mir vorstehende Darstellung zukam, ist mir mitgeteilt worden, daß der englische Gesandte in Belgrad die serbische Regierung mehrfach gegen uns influenziert habe . . . der freche Ton, den man sich gegen uns in Belgrad angewöhnt hat, ist nicht zum geringsten Teil in dem Bewußtsein gelegen, daß England den sogenannten slawischen Stammes-Revindikationen sympathisch gegenüberstehe.“ Aus B 475 aber erfahren wir, daß Clemenceau anregte, Österreich durch Verdächtigung der deutschen Zuverlässigkeit zu zügeln!

Abweichende Auffassung des österreichischen Botschafters in London.

Wesentlich ruhiger hinsichtlich Englands war die Auffassung des Grafen Mensdorff. Am 12. November (558) berichtete er über ein Gespräch mit dem eben aus Italien zurückgekehrten Lord

Rosebery über die Lage. Auch dieser billigt rückhaltlos die Politik, sich die Jungtürken zu Freunden zu machen. Die prorussische Strömung solle man nicht überschätzen; im englischen Publikum sei keine Sympathie für Rußland. Dagegen sei man ganz toll für die Entente cordiale mit Frankreich aus „lächerlicher Angst vor Deutschland Er beklagt das Wachsen des anglo-deutschen Antagonismus als eine der größten Irrungen der Zeit.“ Am 27. November (660) spricht Mensdorff sehr klar seine eigene Ansicht aus. Man habe „den sehr tugendhaften und dankbaren Standpunkt, die Heiligkeit der Verträge zu wahren und das jungtürkische Regime um jeden Preis zu fördern und zu schützen, mit aller Rücksichtslosigkeit manifestiert, möchte es aber nicht zu ernstern Komplikationen kommen lassen“. Einen Balkankonflikt wolle die Regierung sicher nicht. „Die Rücksicht auf die Türkei und die Erhaltung der türkischen Sympathien ist die allererste Sorge der englischen Politik, aber auch Rußland wünscht man zu schonen. Das im vorigen Frühjahr zustande gekommene Abkommen mit Rußland ist ein Werk, an dem Grey und Hardinge mit besonderer Zärtlichkeit hängen. Englands Hinneigung zum Slawentum sei im Wachsen, hauptsächlich wohl infolge alberner Vorstellungen von der unglaublich überschätzten Gefahr eines falschverstandenen Pangermanismus. Bei der augenblicklichen Lage aber müsse man an die Türkei und in etwas geringerem Maße an Rußland denken.“ Noch am gleichen Tage berichtet er (661), Grey habe „direkte Verständigung der Hauptbeteiligten“ — d. h. Österreich-Ungarn und Türkei — gewünscht und endlich (663), der neue Botschafter für Wien (Sir Fairfax Cartwright, Nachfolger des nach Berlin versetzten Goschen), habe ihm „die bündigste Erklärung abgegeben, daß sowohl König Eduard als Sir E. Grey aufrichtig wünschen, daß die gegenwärtige internationale Krise glücklich und ohne kriegерische Komplikationen überwunden werde“. Eindruck machte er auf Aehrenthal nicht (vergl. oben 681).

Persönliche Verstimmungen in London gegen Aehrenthal.

Die „Documents“ beweisen nun, daß Aehrenthal die britische Politik von Anfang bis zu Ende falsch beurteilt hat. Schon in den vorhergehenden Korrespondenzen über das österreichische Sandschakbahn-Projekt zeigt sich nirgends bei der britischen außenpolitischen Leitung die Auffassung, daß Berlin hinter dieser Absicht stehe. Grey war verärgert, weil er darin einen Versuch sah, die Reformbestrebungen der Mächte für Mazedonien selbstsüchtig auszunützen, in dem Sinne: „Man kann nicht gleichzeitig von der Pforte sich eine Konzession bewilligen lassen und ihr Reformen auf-

drängen, die ihr lästig sind; also liegt hier ein Geheimhandel auf Kosten der anderen Mächte vor.“ Ein verständlicher Argwohn. Noch vor der bosnischen Annexion, am 30. September 1908, spricht Hardinge den Verdacht aus, Österreich hetze die Bulgaren zur Selbständigkeitserklärung auf, um dann im Trüben zu fischen (B 274). Als persönliche Hinterhältigkeit Aehrenthals empfand es Grey, daß jener „3 Tage vor Bulgariens Unabhängigkeitserklärung“, über die es bestimmt unterrichtet gewesen sei, es dem britischen Botschafter gegenüber für „unfreundlich“ erklärt habe, die Bulgaren vor solchem Schritt zu warnen (wie Grey wünschte), die doch keinerlei Beweis für solche Absichten gegeben hätten (B 289); hätte er damals offen gesprochen, es sei zu spät, so würde er selbst nicht so verärgert sein; freilich verstatte er solchen persönlichen Dingen keinen Einfluß auf die Politik (B 487). So etwas wirkt aber eben doch auf die Politik! Goschen und das Foreign Office müssen sich gekränkt fühlen, so hinterhältig (with such bad faith) behandelt worden zu sein, schreibt Grey am 5. Oktober an Goschen nach Wien. „Auch die Information, die uns zugegangen ist, Österreich habe die Zustimmung der anderen Mächte zur Annexion von Bosnien und Herzegowina erhalten, blieb nicht bei der Wahrheit. Ich wünsche nicht, solche Dinge zum Gegenstand irgendwelcher offiziellen Vorstellung zu machen, halte es aber für gut, daß Sie meine Gefühle kennen und habe nichts gegen ein unofficialles Ausprechen dessen, was Ihr Gefühl Ihnen eingeben mag (B 299).“ Daß König Eduard ebenfalls es als Kränkung empfunden hat, nicht andeutungsweise vorher eingeweiht worden zu sein, tritt deutlich auch aus Mensdorffs Berichten hervor. Nach den „Documents“ bemerkte er am 14. Oktober (B 381) sehr scharf unter einem Goschenschen Bericht: „Ich kann nicht an Herrn v. Aehrenthals Feststellung „Auf Ehrenwort“ glauben, da die Tatsachen Lügen strafen“, und ein andermal (B 508) nennt er seine Sprache gegen England „Ochse-im-Porzellanladen-Stil.“

Englands Rücksicht auf die Türkei.

In weit höherem Maße aber, als durch solche persönlichen Verstimmungen, wurde Englands Haltung beeinflußt durch die Rücksicht auf das jungtürkische Regime. Als die bosnische Annexion auftaucht, erwähnt Goschen (Schreiben an Grey vom 4. Oktober; B 291), sie werde in Verbindung mit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens wahrscheinlich dem wachsenden Ansehen der jungtürkischen Partei einen Schlag versetzen. — Die Lage war doch so: Die jungtürkische Revolution wurde in England ganz allgemein mit großer Sympathie aufgenommen — aus ehr-

licher innerer Abneigung gegen die verrottete Regierungsmethode Abdul Hamids und sicherlich auch als Stoß gegen die führende Stellung Deutschlands in Konstantinopel, Grund genug, Österreichs Vorgehen, noch dazu in Verbindung mit Bulgarien, sehr unangenehm zu empfinden. Das neue Regime hatte seine Erhebung gegen das alte gerade damit begründet, daß dem dauernden Gebietsraub an der Türkei ein Ende gemacht werden müsse! Auch auf die Gefühle seiner zahlreichen mohammedanischen Untertanen mußte England Rücksicht nehmen. So war denn König Eduards erste Frage an Mensdorff: „Ist die türkische Regierung einverstanden?“ Und genau so sagte Grey zu ihm: „Ja, wenn Sie das vorher mit der Türkei abgemacht hätten, wäre nichts einzuwenden. Wie soll man aber die tiefe Verletzung des türkischen Selbstgefühls darüber wieder gutmachen, daß die Regierung in Konstantinopel überhaupt nicht informiert und vor ein *Fait accompli* gestellt wurde!“ (228). Daß aber Greys Standpunkt dabei durchaus sachlich blieb, geht aus dem hervor, was er andererseits 5 Tage vorher, am 5. Oktober, dem türkischen Botschafter auf seine Frage, ob die Türkei zum Krieg schreiten solle, sagte (B 296): . . . „daß wir nicht irgendeiner Macht das Recht zugestehen könnten, einen internationalen Vertrag ohne Zustimmung der anderen Parteien zu ändern. Wir würden deshalb ablehnen, das Geschehene anzuerkennen, bevor die Ansichten der anderen Mächte, insbesondere der am meisten betroffenen Türkei, bekannt seien. Ich könnte aber nicht sehen, wie ein Krieg dem neuen Regime helfen könne; was die Türkei am meisten brauche, sei Zeit und Geld. Krieg werde ihr beides rauben. Die Unabhängigkeit Bulgariens und die Annexion Bosniens seien keine materiellen Verluste für die Türkei.“ Er suggeriert dann den Türken, eine Kompensation in Geld zu fordern, und verspricht „faire“ Berücksichtigung der schlecht behandelten Türkei. Hieran hat er stets festgehalten, so z. B. wenn er (B 388) an den Botschafter in Konstantinopel schreibt, die Türken sollten nicht hinter einem Schatten herjagen, sondern eine kräftige Geldkompensation ausschlagen. Aufschlußreich über Greys wahre Einstellung ist auch eine Depesche an Sir A. Nicolson nach Petersburg vom 5. Oktober (B 301): „Wenn, wie ich erwarte, die Türkei sich mit einem Protest gegen das bulgarische und österreichische Vorgehen begnügt, aber eine Kompensation für seine Interessen fordert, so hoffe ich, daß wir mit Rußland im Einverständnis sein werden bei Einnahme einer freundlichen Haltung zur Türkei. Hier hat man das Gefühl, daß das neue Regime in der Türkei schlecht behandelt worden ist und Berücksichtigung verdient.“ Diesen Äußerungen entsprechend wird dann die englische Presse instruiert

worden sein, wie der Times-Korrespondent in Belgrad das angedeutet hatte, und der Erfolg wurde von Mensdorff sehr plastisch geschildert (288): „England ist wieder einmal von einem der hier sporadisch auftauchenden Indignationsanfälle erfaßt, und diesmal richtet sich derselbe gegen uns. Dieser Bewegung liegt naturgemäß das Gefühl zugrunde, daß die Kreise der englischen Politik gestört worden, die Beziehungen zu Rußland möglicherweise geschädigt und der Erfolg der hier jetzt vergötterten Jungtürken in Frage gestellt werden könnte. Das alles wird nun in eine moralische Entrüstung gekleidet, welche die ganze öffentliche Meinung erfaßt hat usw.“

Vertragsverletzung.

Grey erwähnt dem Türken gegenüber die einseitige Abänderung internationaler Verträge. Gemeint ist der Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878, der die Okkupation von Bosnien usw. festgesetzt hatte. Die englische Regierung beruft sich auf den Londoner Vertrag vom 13. März 1871. In dem diesem beigelegten, von Österreich mit unterzeichneten Protokoll vom 17. Januar 1871 war auf Antrag Lord Granvilles vereinbart worden, daß internationale Verträge nur mit Zustimmung aller Kontrahenten aufgehoben oder abgeändert werden könnten; einseitiger Rücktritt oder einseitige Änderung war also verboten. England „fühlte sich seit Napoleons Zeiten als Hüterin der Verträge“. Daß Aehrenthal gegen diese Vereinbarung verstoßen hatte, ist unbestreitbar. Übrigens waren die Engländer durchaus nicht die einzigen, die hieran dachten. Greys Depesche an Goschen mit dem Auftrage, Aehrenthal an den Londoner Vertrag zu erinnern, ist am 5. Oktober 8³⁰ p. m. abgegangen (B 302). Zweifellos vorher hat er am 5. Oktober einen Besuch des französischen Botschaftsrats Herrn Fleuriau erhalten, der im Auftrage des erkrankten Paul Cambon vortrug (B 306): Iswolski (der gerade in Paris war und über seine Abmachungen mit Aehrenthal unwahrhaftig sprach (B 292), fordere Kompensationen für Rußland, die Balkanstaaten und die Türkei, und zwar durch Änderung der Kapitulationen. „Herrn Cambons persönliche Meinung sei, daß eine solche Verletzung des Berliner Vertrages nicht so ohne weiteres durchgehen dürfe; und er weise hin auf das von Lord Granville vorgeschlagene und unter andern Mächten auch von Österreich unterzeichnete Protokoll auf der Konferenz von London 1871“ usw. Dieser Schritt Cambons lag durchaus in derselben Linie, wie man sie Anfang Oktober in Paris einnahm und Clemenceau sie Sir F. Bertie am 4. Oktober abends auseinandersetzte (B 294): „Er denke nicht, daß Frankreich und Eng-



Graf Ladislaus Szögyény-Marich
österreich-ungarischer Botschafter in Berlin 1892—1914

land das österreichische Vorgehen ohne ernststen Protest hinnehmen sollten. Es sei ein grober Bruch einer Vertragsverpflichtung und eine Beleidigung der öffentlichen Moral, die einen sehr schlechten Präzedenzfall darstellen würde, wenn man sie durchgehen ließe. Natürlich könne keine Rede davon sein, daß Frankreich oder England etwas täten oder sagten, was sie zur Gewaltanwendung verpflichte, aber er meine, sie sollten in ihrer Sprache sehr fest sein und die Anerkennung des österreichischen Vorgehens ablehnen; er meine, eine Konferenz der Vertragsmächte über dieses Thema sei wünschenswert.“ Hieraus geht klar hervor, daß Khevenhüller die französische Einstellung erheblich zu günstig eingeschätzt hat, und daß von einem Aufhetzen durch England weder bei Clemenceau noch bei Iswolski die Rede sein kann, ganz zu schweigen von dem spontanen Entrüstungsturm in Rußland und Serbien, der auch Iswolski überraschte.

Die Dardanellenfrage.

Die eigentliche Komplikation für England ergab sich aus den Kompensationswünschen Iswolskis. Bei Abschluß der Entente England-Rußlands am 31. August 1907 war auch für einen späteren — noch unbestimmten — Zeitpunkt eine Öffnung der Dardanellen für die russischen Kriegsschiffe vorgesehen. In Buchlau hatte Iswolski für seine Zustimmung zur Annexion Bosniens sich versprechen lassen, daß Österreich jener Öffnung keinen Widerstand entgegenzusetzen wolle. Als er aber nun in London diese „Kompensation“ glaubte einstreichen zu können, stieß er auf unvermuteten, aber unüberwindlichen Widerstand. Grey eröffnete ihm sofort (12. Oktober; B 364), verschiedene neuerliche (hier gleichgültige) Vorgänge in Persien hätten die englische öffentliche Meinung Rußland gegenüber so nachteilig beeinflußt, daß der Augenblick für ein Abkommen über die Straßen, das einseitig Rußland begünstige, sehr ungeeignet sei und vor der öffentlichen Meinung nicht zu rechtfertigen sein werde. Rußland solle seinen guten Willen zeigen ohne direkten eigenen Vorteil; das würde in England einen sehr guten Eindruck machen. — War schon das englische Volk im allgemeinen nicht guten Willens, so war der türkische Großvezier einem russischen Privileg für die Dardanellenstraße, das letzten Endes wieder die türkische Souveränität einschränken mußte und nicht ungefährlich war (B 349), durchaus entgegen (B 375). Trotzdem Asquith und Grey im Interesse der englisch-russischen Beziehungen und um Iswolski aus seiner heiklen Lage der erregten russischen öffentlichen Meinung gegenüber zu helfen, ein Eingehen auf seine Wünsche befürworteten, auch König Eduard dafür wirkte, lehnte

ein Kabinettsrat das bestimmt ab (B 372). Die Gründe sind von Grey in einem Iswolski überreichten (B 394) Memorandum ausführlich auseinandergesetzt (B 377); sie sind vom englischen Standpunkt aus völlig einleuchtend. Weitere Darlegungen an Nicolson (B 379 — vom König gebilligt), an Graf Metternich (B 385), an Iswolski (B 387) bringen nichts Neues. Iswolski war tief gekränkt; er erachtete seine Stellung als in Rußland völlig kompromittiert, empfand die englische Haltung als einen Bruch des Geistes der Entente und drohte (B 379) mit einer Verschlechterung der guten Beziehungen zu England — was die britische Regierung durchaus vermeiden wollte.

„Unsere ganze Zukunft in Asien!“

Die Stellung Englands zu Rußland wird scheinwerferartig beleuchtet durch den letzten Absatz eines Briefes, den Sir Ch. Hardinge am 4. Januar 1909 an Nicolson schrieb (B 500, Ed. Note): „Der König und die Königin werden in der zweiten Februarwoche nach Deutschland gehen. Es ist zu hoffen, daß das in Deutschland einen guten Eindruck machen wird. Auf alle Fälle vertraue ich darauf, daß die Russen nicht einen Augenblick denken werden, daß wir unsere Beziehungen zu Deutschland auf ihre Kosten verbessern wollten. Zwischen uns und Deutschland schwebt nichts als die Frage des Flottenbaus, während unsere ganze Zukunft in Asien fest verknüpft ist mit der Notwendigkeit, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland zu erhalten. Wir können in keiner Weise das Opfer unserer Entente mit Rußland zugestehen — auch nicht für ein eingeschränktes Flottenbauprogramm (sc. deutsches). Ich bin nicht autorisiert, Sie zu veranlassen, das Iswolski zu sagen, denn ich habe Grey nicht gesehen, der für einige Zeit verreist ist; aber ich bin völlig überzeugt, daß auch er dieser Meinung ist. Wenn sich deshalb die Gelegenheit bietet und Sie eine solche Sprache gebrauchen, so wird er sie, dessen bin ich sicher, billigen.“ Hier haben wir den leitenden Gesichtspunkt für die britische Politik unter Sir E. Grey ganz klar herausgestellt; der Kenner der „Documents“ weiß, daß diese Sorge um Asien noch die Stellungnahme des Foreign Office vor Kriegsausbruch wesentlich beeinflußt hat. Zusammengehen mit Rußland sichert Indien, Trennung von Rußland gibt Deutschland die Möglichkeit, im Verein mit Österreich, Rußland und Türkei unsere indische Stellung anzugreifen, war die Überzeugung Nicolsons, wie aus der von seinem Sohne geschriebenen Biographie hervorgeht. Darum ist die Einigkeit mit Rußland wichtiger als deutsche Flottenzugeständnisse! An dieser Mauer mußten Aehrenthals Bemühungen

zerschellen. Daß er sie nicht erkannte und dafür den Haß gegen Deutschland als britisches Motiv unterlegte, war ein begreiflicher, aber sehr bedauerlicher Irrtum.

Englands Tätigkeit im Interesse der russischen Wünsche.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß England nach Ablehnung des Dardanellenwunsches in jeder Weise Iswolski zu stützen suchte, obschon sowohl Sir F. Bertie (B 293) wie Sir A. Nicolson (B 303) sofort trotz seiner bzw. seines Petersburger Vertreters Ausflüchte erkannten, daß er sich mit Aehrenthal ausgiebig über die Annexion verständigt hatte, und demgemäß nach London berichteten. „Wir würdigen hier vollständig die Schwierigkeiten von Iswolskis Stellung, und Sie können darauf rechnen, daß wir alles tun, ihm zu helfen, denn wir fühlen, daß er sich uns gegenüber in vielen Fragen so außerordentlich gut benommen hat“ (Hardinge an Nicolson B 522). Persönlich geschah das durch einen sehr schmeichelhaften offiziellen Brief Greys an ihn und einen Brief des Königs an den Zaren (B 414); sachlich durch eine Unterstützung der Kompensationswünsche der Serben, die weit über das, was Grey selbst für nötig hielt, hinausging. Seine eigentliche Meinung kennzeichnete dieser am 27. Oktober gegen Nicolson so (B 412): „Ich selbst habe nicht viel Sympathie mit dem Geschrei der Serben und Montenegriner nach territorialen Kompensationen. Wenn sie Österreichs Fortschreiten fürchten, täten sie besser, sich still zu verhalten, ihre eigenen Häuser in Ordnung zu bringen, Freundschaft mit der Türkei zu schließen und zu hoffen, daß sie unter dem neuen Regime erstarkt. Aber ich will nicht Iswolski die kalte Schulter in der serbischen Frage zeigen, wenn die Russen darauf erpicht sind, und ich will mein Bestes tun, ihn zu unterstützen.“ Augenblicklich stünden die österreichischen und bulgarisch-türkischen Schwierigkeiten im Vordergrund. „Trotzdem wird es für mich nützlich sein, zu wissen, wie weit Iswolski in der Unterstützung Serbiens gehen will.“ Der kritische Punkt war ja, daß Rußland einem bewaffneten Konflikt nicht gewachsen war. Das wußten seine Freunde. Bei Frankreich löste dies Bewußtsein größte Zurückhaltung aus, bei England eine sehr energische diplomatische Unterstützung, soweit diese eben nicht zum Äußersten trieb. „Ich habe Rußland meiner diplomatischen Unterstützung bei der Kompensation für Serbien und Montenegro versichert, und Sie können Iswolski zusichern, daß ich meine Absicht nicht geändert habe“ (Grey an Nicolson 23. Januar 1909; B 528). Keine Rede aber davon, daß das Foreign Office von vornherein hetzerisch aufgetreten sei. Am 5. Oktober beschränkt sich Grey, als er die Ansicht des ser-

bischen Gesandten zur Kenntnis nimmt, auf die Bemerkung, er halte den Augenblick für Österreichs Vorgehen für schlecht gewählt, unter Hinweis auf die Türkei — was König Eduard billigte (B 308). Am 8. Oktober läßt er der serbischen Regierung dringend in ihrem eigenen Interesse raten, Mäßigung zu zeigen und korrekte Haltung zu bewahren (B 337). Als der serbische Gesandte Gruitsch u. a. als Kompensation eine Grenzberichtigung nach Bosnien fordert, erwidert er, eine solche würde von Österreich-Ungarn schwer zu erhalten sein (10. Oktober, B 356). Ein Besuch des Kronprinzen Danilo von Montenegro in London wird von Grey abgelehnt, ebenso von König Eduard: „oder der Kronprinz von Serbien würde auch kommen“ (B 415). Zugleich teilt Grey nach Montenegro mit: „Kein Staat, der einen Konflikt hervorruft, kann von uns Unterstützung oder Sympathie erwarten.“ Dem serbischen Minister Milanowitsch erklärt er (B 416), England würde Rußland in den serbischen Wünschen unterstützen, sie sollten aber nicht erwarten, daß es die Dinge bis zum Konflikt treiben werde. König Eduard lehnt es ab, Milanowitsch zu empfangen. Offensiv-Alliance-Gedanken gegen Österreich werden entmutigt (B 451, B 468). Sobald Österreich der Türkei ein Geldangebot macht, wird das von britischer Seite hin für sehr befriedigend erklärt (B 516). Privatim schreibt Hardinge an Nicolson, Iswolski habe keinen Grund, über das Arrangement Österreich—Türkei sich zu beunruhigen (B 522), während Nicolson findet, Iswolski habe den Serben zu viel versprochen (B 525). Iswolski wiederum ist oft sehr unzufrieden mit England und droht am 15. Februar 1909, falls Rußland gezwungen wäre, passiv einer Besetzung Serbiens oder einem Einmarsch in Serbien zuzusehen, so müsse es prüfen, ob es nicht ganz seinen Kurs ändern und Alliance wie Entente aufgeben müsse (B 572).

England und Deutschland.

Man muß auch anerkennen, daß der britische Standpunkt Deutschland gegenüber durchaus ruhig und sachlich ist. Grey „billigt“ zwar die Haltung der Zentralmächte nicht, aber er „versteht“, daß Deutschland den Alliierten unterstützt. Am 18. Februar gibt er Graf Metternich zu, England würde an Deutschlands Stelle auch Österreich unterstützt haben (B 583). Am 10. Februar spricht Hardinge persönlich Bülow den offiziellen Dank der britischen Regierung für Deutschlands mäßigenden Einfluß in einem kritischen Augenblick der Balkanaffären aus (B 583, Ed. Note). Nicolson berichtet am 13. Februar (B 567) an Grey: „Ich sagte Iswolski, ich glaube, tatsächlich reihe sich Deutschland Schritt für Schritt an die Seite der Mächte, die eine friedliche Lösung wünschten, und

löse sich so weit als möglich von der Abenteuerpolitik des Barons v. Aehrenthal“, worauf Grey antwortet (B 586), Deutschlands Ansichten schienen jetzt mehr mit denen Englands, Frankreichs und Rußlands zusammenzufallen als mit denen Österreichs. Einzig die britischen Botschafter in Wien, Goschen und dann Cartwright, sind es, die deutsche Intrigen wittern. So will Goschen nicht an Deutschlands Nichtmitwisserschaft bei der Vorbereitung der Annexion glauben (B 381), während Sir F. Cartwright heraustüfelt, die ganz persönlich Aehrenthalsche These vom Sack und Esel sei deutschen Ursprungs. Der erwähnte Aufsatz in der „Neuen Freien Presse“ vom 6. Januar sei von Deutschland inspiriert. Man sei in Berlin so besorgt, es könne Großbritannien gelingen, Österreich-Ungarn vom Dreibund abzusprenken, daß es für nötig halte, auf jede Weise, „fair or foul“, eine antibritische Stimmung in Österreich zu schaffen (B 503). In einem späteren Brief (B 508) beschwert er sich über die „falschen Behauptungen“ der österreichischen Presse hinsichtlich englischer Intrigen in Serbien, und behauptet: „All diese Verwirrung kommt tatsächlich aus Berlin, wo sie alles, was in ihrer Macht liegt, tun wollen, um zu verhüten, daß die öffentliche Meinung hier unsere freundlichen Dispositionen gegenüber Österreich-Ungarn anerkennt.“ Daß diese Beschuldigungen Eindruck in London gemacht hätten, ist nach den „Documents“ nicht anzunehmen. Aber man fragt sich beklommen: Aus welchen Quellen schöpften die britischen Botschafter in Wien, um zu einer derartig die Dinge auf den Kopf stellenden Auffassung zu gelangen? Saßen nicht doch am Ballplatz oder in der Hofburg Elemente, die heimlich gegen Deutschland intrigierten?

Den ersten Anstoß zu seinem Irrtum mag Cartwright vielleicht dadurch erhalten haben, daß es ein Berliner Blatt war, in dem zuerst Österreichs Bündnis mit Deutschland als Grund für Englands Verhalten gegen Österreich genannt wurde: in einem Aufsatz von Heinrich Friedjung in der „Vossischen Zeitung“ (28. Okt. 1908). Freilich eine sehr dürftige Grundlage bei den bekannten Beziehungen Friedjungs zum Ballplatz. Fürst Bülow bezeichnete den Aufsatz als „perfide und unbequem“, verbot aber eine Presseentgegnung, um Wien zu schonen und den Westmächten und Rußland nicht in die Hände zu arbeiten (Gr. Pol. 9077).

Nicolsons große Furcht.

Die spätere Entwicklung der Annexionskrise gehört nicht mehr in den Rahmen dieses Aufsatzes. Nur soweit gegen Ende noch einmal die Sorge um die englisch-russischen Beziehungen klar hervortritt, soll darauf hingedeutet werden. Das Eingreifen

Deutschlands, hervorgerufen durch den Wunsch, Iswolski aus seiner unmöglich gewordenen Position ohne persönliche Katastrophe herauszuhelfen, wurde durch diesen umgefälscht in einen Gewaltschritt, dem er habe nachgeben müssen. Sein plötzlicher Umfall desavouierte die englische Politik, die bisher ihr Möglichstes für seine serbischen Wünsche getan und sich dabei vielleicht über das ursprünglich beabsichtigte Maß festgelegt hatte, empfindlich. Sir A. Nicolson schrieb darüber am 24. März an Grey (B 764): „... Meine feste Überzeugung ist, daß Deutschland und Österreich beide eine sorgfältig vorbereitete und erdachte politische Linie durchführen. Algeciras soll gerächt, der „Ring“ durchbrochen, die Tripleentente aufgelöst werden. Die französisch-deutsche Verständigung war der erste Schritt . . . Rußland . . . muß aus der Entente herausgeschreckt werden . . . Die Hegemonie der Zentralmächte wird in Europa errichtet und England wird isoliert werden . . . Die letzten Gedanken Deutschlands sind zweifellos Erwerb der Vorherrschaft über Europa, und sobald es stark genug ist — und augenscheinlich macht es sehr ernste Anstrengungen, es zu werden —, wird es in den Streit mit uns um die Herrschaft auf dem Meere eintreten. In vergangener Zeit haben wir mit Holland, Spanien und Frankreich um diese Herrschaft kämpfen müssen, und ich persönlich bin überzeugt, daß wir früher oder später denselben Kampf mit Deutschland werden wiederholen müssen.“

Die Umkehr der Aehrenthalschen Annahme auf Deutschland und ins Phantastische erweitert! Der Mann, der so dachte, wurde einige Jahre später als ständiger Unterstaatssekretär im Foreign Office Greys rechte Hand, übte beherrschenden Einfluß auf die britische Politik im Juli 1914 aus. Das Ende kann nicht wundernehmen.

Schlußfolgerung.

Aehrenthals These, daß England seiner Politik Steine in den Weg lege aus Haß gegen Deutschland und um Österreich von ihm abzuziehen, war falsch. Die britische Politik wurde beherrscht durch die Rücksicht auf die Türkei und in ganz überragender Weise durch den Wunsch, um Asiens willen Rußland in guter Stimmung zu halten. Auch seine, allerdings durch die Berichte österreichischer Gesandter genährte Auffassung, England habe alle Schwierigkeiten erst hervorgerufen, wird durch die „Documents“ widerlegt. Graf Mensdorffs ruhigere und richtigere Lagenbeurteilung hätte ihm die Augen öffnen können; freilich hätte er sich dann eingestehen müssen, daß er die bewegenden Kräfte in der europäischen Politik falsch eingeschätzt, seinen Schritt falsch aufgebaut habe. Nicht eine

Stärkung, sondern eine Schwächung der Stellung der Habsburgischen Monarchie war das Ergebnis seiner Politik, lawinenartiges Anwachsen des serbischen Hasses, Zerschlagen der Entente mit Rußland. Deutschland brachte sie neben Schmälerung der türkischen Freundschaft eine Erweiterung der Kluft, die das russische Volk mehr und mehr vom deutschen trennte, und ein neues Anzeichen des britischen Mißtrauens. Ein bedenkliches, nicht gewolltes, aber unvermeidliches Ergebnis der britischen Politik war eine Verankerung der serbischen Zuversicht, im Kampf gegen Österreich-Ungarn letzten Endes auch auf den Rückhalt des mächtigen England mit Sicherheit zählen zu können.

Rückschauend wird man bedauern müssen, daß man in Berlin nicht im März 1909 den Dingen ihren Lauf ließ, statt durch allzu gewaltsames Einsetzen für die Vermeidung eines Krieges sich selbst schwer zu kompromittieren.

The Anglo-Belgian Military Convention.

N. Cyprian Bridge.

Eine deutsche Übersetzung dieses Aufsatzes erscheint im
nächsten Heft. Die Schriftleitung.

It is not surprising that Major Carl Hosse's book „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg“ has received but little notice in England because, to the student of military art at any rate, his exposition of the steps by which an understanding between the representatives of the General Staffs of Great Britain and Belgium was finally concluded so clearly fixes upon the British Government, which was fully aware of these negotiations, a great share in the moral responsibility for the world war, that naturally all who are desirous of perpetuating the lying thesis that upon Germany lies the sole guilt of having provoked it, must desire to divert attention from this convincing proof of the untenableness of their position. The author of this book rightly admits that the General Staff of any country is in duty bound to work out in a general way plans to meet all the hypothetical situations which might arise with regard to military operations undertaken against or in conjunction with neighbour States, but that is a very different thing to entering into detailed arrangements of this

nature with certain of these neighbours to the exclusion of others and moreover on the assumption that those between whom these arrangements are made will find it necessary to take concerted action against one or other of those who are thus excluded. As Herr Hosse points out, Germany was just as much a guarantor of the neutrality of Belgium as were Great Britain and France so why therefore, if such conventions were necessary for the protection of Belgium was it not as imperative to conclude one with Germany as with France and Belgium herself? Why was no plan drawn up between the General Staffs of Great Britain and Germany for the defence of Belgium in the event of the invasion of the latter by France? The answer which our apologists would give is that there was no reason to apprehend that France would ever commit such a "crime". But we may ask, what proof was there that Germany would commit it either? By acting upon the hypothesis that Belgium had cause to fear Germany but not to fear France, the military experts of Great Britain, France and Belgium, or rather the governments which inspired them, produced exactly the psychological conditions which they professed a desire to obviate, and it is significant that the chief negotiator on behalf of Great Britain in 1906 was an influential General, who was generally identified in England with that school of thought which held war with Germany to be inevitable — a school of thought which found strong support in the London War Office at that time and indeed during all the ten years or so immediately preceding the war.

The direct result was that in official circles, at any rate, in England, France and Belgium there was created an expectation of just the situation which did arise when the war broke out and it is not difficult to show that expectations of this nature generally find fulfilment. Belgium was educated to regard Germany with suspicion or indeed to look upon the violation of her neutrality by Germany under certain contingencies as being beyond doubt, and therefore was persuaded to abandon the spirit of neutrality herself and to throw herself into the arms of certain of her neighbours in a manner which practically bound her irrevocably to them as an ally in the event of either or both of them becoming involved in her good name, by no means unwillingly, one of the chief factors in bringing about just the conditions against which the Anglo-Belgian Convention pretended to be a safeguard.

The military experts of the three countries in question of course knew very well that in the event of war between France and Germany one or other or both of these belligerents would violate the neutrality of Belgium since it was practically necessary

to do so in order to get at the enemy and although they had to hold up their hands in pious horror at Germany's "crime" when she was actually the first to do so they had secretly but scant respect for the hypocrisy voiced in the press and the utterances of their public men on this subject. Major Hosse has done well to point out how hypocritical the outcry was by quoting the note of the British military attaché in Brussels in which he calmly proposes that the British expeditionary force to be despatched to Belgium should violate Dutch territory if it proved expedient to do so, supporting his proposal by declaring that it was not to be expected that the Dutch would offer active resistance to such a proceeding but would merely make a verbal protest in order to „save face“. Why, then was it any more immoral for Germany to plan to invade Belgium than for the British to plan to invade Holland, and why should Belgium any more than Holland be expected to offer active resistance unless indeed she was instigated thereto and promised assistance? How much regard the English entertained for the rights of neutrals during the war was manifested when, owing to "military necessity", they walked into Greek territory despite the lively protests of King Constantine and his government. If "military necessity" could be invoked as justification in this latter case it was much more justifiable with regard to Germany's advance into Belgium.

It is plain then that the Anglo-Belgian Convention was not an agreement designed to protect Belgium from invasion but one whose purpose was to bring about an invasion by one or other of certain potential belligerents and to use her territory either as a cockpit for the contending armies of France and Belgium on the one hand and of Germany on the other with a British force cooperating with the former; or as a base from which to invade Germany. Either contingency manifests a fine disregard of Belgium's rights and obligations as a neutral and this moreover by two of the Powers bound by treaty to maintain those rights. That Belgium acquiesced in these plans brands her with a great measure of responsibility for the war. The proper course for her to have taken was to have refused to fall in with them and if France and England had then attempted to force them upon her to have made this known to Germany as a third Guarantor of her neutrality. This would not only have served to check the growth of the expectations of war which the action of the two Entente Powers was creating but would also have opened Germany's eyes to the fact that should she at any time attempt to invade Belgium she would have to reckon not merely with a verbal protest by Belgium,

Great Britain and France but also with the actual armed opposition of all three of these Powers. But we learn that Germany was kept in complete ignorance of the plan concerted between Great Britain and Belgium just as at the present time Europe is being kept in ignorance of the terms of the military convention concluded for an obvious purpose between France and certain of the newly created minor States.

When certain Powers guarantee the neutrality of a lesser State it is manifestly incumbent upon the latter to observe an absolutely impartial spirit of neutrality towards all of those Powers at least, and such a spirit is not compatible with the conclusion of special military agreements with one or more of them directed against any of the others. By entering into such an agreement with Great Britain Belgium, whether the agreement was kept secret or not, forfeited her privileged position as a State whose neutrality was guaranteed. Every military expert must surely smile when it is suggested that no arrangements for combined action existed between two countries whose General Staffs had mutually furnished each other with all the details of their vital secret military organization and plans. This interchange rendered the two armies practically one.

It is of course true that so far as diplomacy was concerned Germany was kept in ignorance of these arrangements but it cannot, however, be pretended that, in common with all the other military Powers of Europe, she had not a shrewd suspicion regarding their existence and nature, and that being so how nauseating is the cant indulged in by her adversaries regarding the "scrap of paper" seeing that it was they who were the first to take practical steps towards the nullifying of the treaty which guaranteed the neutrality of Belgium when it should suit their purpose.

The late Mr. E. D. Morel exposed the elaborate preparations made by Great Britain in 1906 for the employment of a British force in Belgium when the bad faith of France with regard to Morocco threatened to involve her in a war with Germany (a Dispute be it said from which Great Britain should have held herself wholly aloof) but European public opinion was at that time so completely under the hypnotic influence of the unscrupulous propaganda conducted during the war when isolated Germany was unable to reply effectively to it that these revelations produced very little effect. All lovers of Truth and justice rejoice that at last this influence is weakening everywhere even in England and France, and that impartial investigators who are prepared to accent the evidence

of facts in place of more partisan assertions are multiplying in every land. That the governments and official classes of the Entente Powers and the influential press that supports them will hold on tenaciously to the great lie regarding the responsibility for the war until the last possible moment is only to be expected because its relinquishment of course entails the pulling to pieces of the iniquitous Treaty of Versailles and the adjustment of all the injustices to which it gave birth. But the revision of that treaty is an imperative first step towards the establishment of lasting peace and the formation of the European Federation which M. Briand professes so ardently to desire, and therefore it is a cause for satisfaction to know that this has been made unmistakably clear in the German Government's reply regarding the French statesman's proposal.

Die französische Außenpolitik zu Beginn des Jahrhunderts.

Auf Grund der französischen diplomatischen Dokumente.

Artur Rosenberg.

Der neu erschienene Band der französischen Dokumente, der erste der 2. Reihe, umfaßt die Dokumente des Jahres 1901.

Der Rausch der Begeisterung, den das Bündnis mit Rußland in Frankreich erweckt hatte, war verflogen. Ungefähr gleichzeitig hatten Gründe der äußeren wie der inneren Politik die Änderung bewirkt: Faschoda hatte gezeigt, daß Rußland nicht den erwarteten Schutz gegen alle Fährnisse der äußeren Politik zu bieten vermochte. Andererseits hatte die innerpolitische Annäherung, die Orientierung der republikanischen Formen an das autokratische Regime Rußlands, wie sie die ersten Jahre nach Abschluß des Bündnisses gebracht hatten, durch ihre Übersteigerung in der Dreyfus-Affäre einen Zusammenbruch erfahren. In Frankreich besann man sich auf Art und Wesen der republikanischen Erfordernisse; in Rußland empfand man wieder, „daß in Frankreich alle Parteien von zersetzenden Bestrebungen durchseucht seien“ (G. P. Bd. 18, Nr. 5899).¹⁾ Wie früher die Außenpolitik auf die Orientierung

¹⁾ G. P.: Große Politik der europäischen Kabinette. — Hinweise auf Dokumente im besprochenen Band der Documents Diplomatiques Français enthalten nur die Nummer des Dokuments.

im Innern eingewirkt hatte, so machte nun der umgekehrte Einfluß sich geltend. — Man begann mit klaren Augen zu sehen und erkannte Schwächen und Gefahren des Bündnisses.

Die Situation des französisch-russischen Bündnisses war für die gesamte französische Außenpolitik bestimmend.

Eine schwere Belastung des Bündnisses bildete zunächst das übermäßige Anwachsen der finanziellen Inanspruchnahme Frankreichs durch Rußland. — Am 25. Mai wurde Caillaux, damals Finanzminister, beim Außenminister Delcassé vorstellig (251): 7—8 Milliarden russischer Wertpapiere seinen in Frankreich untergebracht; dies müsse um so größere Bedenken erwecken, weil Frankreich fast der einzige Staat ist, der russische Werte aufnimmt; andererseits ist fast ein Drittel des französischen Spargutes in russischen Anlagen investiert. Erst nach hartnäckigem Widerstand gab Caillaux im Mai 1901 die Zustimmung zu einer weiteren Anleihe von 425 Millionen. Der Erlös der Anleihe war — nach Versprechen Wittes an Delcassé — zum Teil für den Bau der großen strategischen Bahnlinie (Bologoje—Sielce) bestimmt, den die Chiefs des französischen und des russischen Generalstabes am 25. April als unerlässlich bezeichnet hatten (329). Witte stellt in Aussicht, er werde für die Beendigung des Bahnbaues äußerstenfalls erst in zwei bis drei Jahren weitere 250—300 Millionen von Frankreich benötigen. Doch schon nach zwei Monaten forderte Rußland abermals 200 Millionen Rubel. Damals waren nach Angabe Delcassés keine flüssigen Mittel vorhanden; dennoch wurde die Auflegung der Anleihe auf Betreiben Delcassés vom Ministerrat mit Rücksicht auf politische und militärische Erwägungen unter der Bedingung bewilligt, daß der Erlös hauptsächlich für den Bau der strategischen Linie Verwendung finde. — Es ist offenbar, daß Rußland seine finanziellen Ansprüche bei dem widerstrebenden Frankreich nur noch zu decken vermag, indem es die Flüssigmachung der Mittel mit Aufwendung für solche militärische Zwecke verknüpft, an denen Frankreich besonders interessiert ist.

Die größten Bedenken der französischen Diplomatie aber mußte die allgemeine Politik Rußlands erwecken. — Die Politik, die Rußland verfolgte — oder richtiger —, die verschiedene russische Persönlichkeiten teils in diplomatischer Mission, teils von verschiedenen Stellen beauftragt, teils auf eigene Faust im Auslande betrieben, mußte zunächst wegen ihrer Inkohärenz das Mißfallen der französischen Diplomaten finden, deren Aktionen in der Regel wie Teile eines Uhrwerkes ineinandergriffen. Die Klage über das Widerspruchsvolle, Zusammenhanglose und Unberechenbare der russischen Außenpolitik zeigt sich in der gesamten Korrespondenz

der französischen Diplomaten, soweit sie bis jetzt zugänglich ist. Besonders kennzeichnend in diesem Sinne ist der Bericht des französischen Gesandten in Bukarest, Henry, vom 5. August (347):

„Diese Vorfälle geben mir Anlaß, Eure Exzellenz über die Verhältnisse der russischen Diplomatie in Bukarest zu unterrichten. Sie hat ihr Schwergewicht keineswegs in der Gesandtschaft, die seit zehn Jahren Herr von Fonton leitet. Sie ergänzt sich, oder richtiger gesagt, sie verwickelt sich durch die Tätigkeit einer Reihe von Agenten, die, voneinander unabhängig, verschiedene bzw. entgegengesetzte Einflüsse vertreten und — wie dies in solchen Fällen stets geschieht — Mittel zur Anwendung bringen, die einander oft widersprechen; den besten Teil ihrer Tätigkeit wenden sie darauf, gegenseitig einander anzugreifen oder sich zu entschuldigen. Der Gesandte, Herr von Fonton, erhielt den Auftrag oder machte sich zur Aufgabe, durch freundliches Vorgehen, Wohlwollen und Anschein von Vertrauen gute Beziehungen zwischen den beiden Staaten herzustellen. Er wendet darauf viel Eifer, Erfahrung und Überzeugung; . . . die Gegner des Herrn von Fonton machen geltend, daß seine ganze Zurückhaltung und sein ganzes Entgegenkommen die Rumänen nur kühn gemacht hat, da sie bezüglich der Folgen ihrer wachsenden Intimität mit Österreich beruhigt wurden. In diesem Sinne äußert sich der militärische Vertreter Rußlands, Oberst Leontowitsch, der die Politik des Leiters der Gesandtschaft offen angreift. Er behandelt die Rumänen äußerst barsch und rücksichtslos. Er zeigt sein Einvernehmen mit Serben und Bulgaren, dies in der bedrohlichsten und aggressivsten Weise. Sein Gegensatz zu Herrn von Fonton hat bis zum Bruch geführt. — Eine dritte Persönlichkeit, vielleicht noch einflußreicher als die beiden offiziellen Vertreter Rußlands, wirkt seit mehreren Jahren im geheimen in Bukarest: Oberst Grabo, dessen geheime Mission darin besteht, die russische Regierung über alle wissenswerten Tatsachen nicht nur in Rumänien, sondern am ganzen Balkan zu unterrichten. Er ist in Verbindung mit der Gesandtschaft in Bukarest, korrespondiert jedoch direkt mit Petersburg.“

Bedenklicher noch mußten die Methoden der russischen Vertreter auf die französischen Diplomaten wirken. Über die Persönlichkeit des vorerwähnten Obersten Grabo meldete der französische Gesandte im gleichen Bericht:

„Grabo verfügt über bedeutende Mittel, nicht nur für Zwecke der Information, sondern auch für Zwecke der Aktion in allen Formen. Er überwacht auch gewisse Teile von Österreich-

Ungarn, besonders die Strecke Budapest—Belgrad—Sofia—Konstantinopel, auf der er beständig einen Vertreter hat. Als ich einmal den serbischen Handelsminister Milowanowitsch fragte, wie seine Regierung mit Oberst Grabo stehe, schien er sehr überrascht, daß ich informiert war und verbarg mir nicht seine Beziehungen mit dem Chef der russischen Polizei am Balkan. Er fügte hinzu: Das ist ein furchtbarer Mensch, zu allem bereit, ein wahrer Teufel. Als das Attentat gegen König Milan erfolgte, verdächtigte man selbstverständlich Grabo der Urheberchaft; man sagte es ihm mit einigem Umschweifen. Er beschränkte sich auf die Äußerung: Wenn ich mit dem Mord zu tun gehabt hätte, wäre er gelungen.“

Beachtenwert zur Kennzeichnung der russischen politischen Mittel sind auch die Äußerungen des Fürsten Ferdinand von Bulgarien zum französischen Gesandten in Sofia, über die dieser am 19. November nach Paris berichtete (519):

„Ich bin den Russen verhaßt, weil ich immer darauf hingewirkt habe und hinwirke, Unabhängigkeitssinn und Nationalgefühl der Bulgaren zu stärken. Die russischen Vertreter in Mazedonien erklären der Bevölkerung: solange der gegenwärtige Fürst da ist, dürft Ihr nicht auf Rußland zählen. — Das ist eine Prämie für meine Ermordung. Das Ziel (dieser Umtriebe) ist mein Verschwinden in irgendeiner Form und die Internierung meines Sohnes Boris in einem Kloster.“

Der französische Gesandte meinte zwar beschwichtigend, daß der Fürst gewissen Erscheinungen übergroße Bedeutung beimesse. Berücksichtigt man jedoch den Bericht des französischen Gesandten über die Persönlichkeit, der vor allem die russischen Interessen am Balkan anvertraut waren, so wird man die Befürchtungen des Fürsten Ferdinand nicht als grundlos bezeichnen können. — Es erscheint nach den französischen Dokumenten außer Zweifel, daß ein befugter und einflußreicher Vertreter der russischen Außenpolitik den Mord als zulässiges Mittel seiner Aktion betrachtet hat.

Neben Einwänden gegen Inkohärenz und Unberechenbarkeit Brutalität und Skrupellosigkeit der russischen Politik erhob die französische Diplomatie Bedenken gegen die politischen Ziele des Zarenreiches: Rußland lege in unbedachter Weise und entgegen den französischen Interessen seine Kräfte fast völlig in Ostasien fest.

Mit Genugtuung berichtet der französische Gesandte in Sofia zu Beginn des Jahres (24), verschiedene Anzeichen ließen darauf schließen, daß Rußland sein Augenmerk wieder dem Balkan zuwende; — „endlich!“ vermerkt Delcassé auf dem Schriftstück.

Tatsächlich war es Rußland gelungen, eine Zusammenkunft des Fürsten von Bulgarien mit dem König von Serbien und eine Annäherung der beiden verfeindeten Staaten herbeizuführen, die nun — nach Absicht Rußlands — zusammen mit Montenegro die russische Position am Balkan vertreten sollten. Doch war die offizielle russische Politik in diesen Gebieten nicht sehr aktiv, die nicht-offizielle Politik wirkte — nach Behauptung des Fürsten Ferdinand — herausfordernd auf die Bulgaren.

Wie immer auch das Verhältnis Rußlands zu Bulgarien und Serbien sein mochte, so bot diese Freundschaft doch keinen wirklichen Gewinn, weil automatisch mit der Annäherung dieser Staaten an Rußland andererseits Rumänien und Griechenland sich um so enger an den Dreibund anschlossen, um das Gleichgewicht in den Machtverhältnissen am Balkan zu erhalten. Der französische Gesandte in Bukarest berichtete am 29. Januar (57): Die russische Unterstützung für Bulgarien, die Tatsache, daß in Serbien russischer Einfluß an die Stelle des österreichischen getreten ist, bestärke in Rumänien das Gefühl der Einkreisung. Alle Politiker in Bukarest haben wie auf ein Losungswort den Wert einer engen Verbindung ihres Landes mit Deutschland und Österreich-Ungarn gefeiert (vgl. bes. 179, 403, 414). Etwaige immer wieder in Rumänien auftauchende Tendenzen zu rußlandfreundlicher Orientierung wurden durch Barschheit und Brutalität der russischen Diplomatie zunichte gemacht. Als König und Regierung von Rumänien auf Anraten des russischen Botschafters den Großfürsten Alexander, der eben im benachbarten Bulgarien weilte, zu einem Besuch aufforderten, wurde die Einladung durch das Organ des Grafen Lambsdorff abgewiesen. „Ein empfindliches Mißgeschick für den Stolz des Königs“ urteilt der französische Gesandte (347).

So hatte die russische Aktivität am Balkan, die in Frankreich so sehr herbeigewünscht worden war, eher negative Ergebnisse gezeitigt.

Um so eifriger war Rußland im fernen Osten am Werk. Zu Beginn des Jahres schlossen russische Bevollmächtigte mit China ein Abkommen, das die Mandschurei dem russischen Einfluß ausliefern sollte. (Allerdings wurde dieses Abkommen nicht ratifiziert.) Mit einem Schlage hatte Rußland die Eifersucht aller Rivalen wachgerufen: Grenzenlos war die Erregung in Japan, groß der Unwille in Amerika und England. Der Ruf nach Krieg durchtobte ganz Japan. Dazu war Iswolski, damals Gesandter in Tokio, bei der ersten Erregung bereits so heftig mit dem japanischen Außenminister aneinander geraten, daß er nicht weiter verhandeln zu können erklärte (63). Die Lage für Frankreich

war schwierig; es stand zwischen dem verbündeten Rußland und dem befreundeten Japan, einer der wenigen Mächte, bei denen es damals auf Sympathien rechnen durfte. Überdies fühlte Frankreich sich bezüglich seines indochinesischen Imperiums von Japan abhängig. Weit größer aber waren die französischen Besorgnisse bezüglich der Wirksamkeit des Zweibundes in Europa, falls Rußland in Ostasien in einen gefährlichen Krieg verwickelt wäre. Sehr übersichtlich ist das französische Interesse im Berichte des Herrn Beau, des französischen Gesandten in Peking, zusammengefaßt (310):

„Die Möglichkeit eines Konfliktes und die Rolle, die wir dabei spielen sollen, verdient um so aufmerksamere Beachtung, als die zuverlässigsten Sachverständigen, einschließlich russischer Militärs, der Ansicht sind, daß Japan zu Land und zu Wasser die besten Aussichten hat. Eine solche Möglichkeit ist für uns nicht gleichgültig, ob wir das Prestige unseres Bundesgenossen in Erwägung ziehen, dem eine solche Niederlage empfindlich schaden würde, oder das Gleichgewicht in Europa, das durch die Entsendung einer russischen Armee nach Ostasien zum Schaden Frankreichs gestört würde. . .“

Die französische Diplomatie bot alles zur Regelung des Konfliktes auf. Als die Beilegung mit viel Mühe tatsächlich gelungen war, berichtete der französische Gesandte in Tokio (202):

„Mein russischer Kollege war während der Krisentage pessimistisch. Er glaubte einen Krieg unmittelbar bevorstehend. Seine nächste Umgebung, die übrigens zu wenig ihre Verachtung der Japaner und ihren Widerwillen gegen diese verbirgt, kündigte offen ihre Vorbereitungen für die Abreise an. Ich teilte nicht die Auffassung des Herrn Iswolski und war darauf bedacht, mich von Kundgebungen fernzuhalten, die ich für unangebracht hielt. Da diese Eindrücke und diese Tendenzen weiterbestehen, habe ich mich bemüht, meinen Kollegen zu einer ruhigeren Auffassung zu bekehren; doch bemerke ich bei ihm immer noch den Gedanken, ich möchte beinahe sagen, das Verlangen eines Bruches.“

Methoden und Ziele der russischen Diplomatie haben den Wert des Bündnisses für Frankreich beeinträchtigt; gleichzeitig war aber auch das Vertrauen in die Bündniswilligkeit Rußlands erschüttert. Immer wieder fürchtete man die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg und die Anziehungskraft des monarchischen Deutschland auf das autokratische Rußland. Diese Nervosität fand ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, daß der Zar

den deutschen Flottenmanövern im September beizuwohnen beabsichtige. Besonders kennzeichnend ist das Telegramm Delcassés vom 25. Juni an den Botschafter in Petersburg (299):

„Die französische Regierung, die mit unbedingter Korrektheit alle ihre internationalen Verpflichtungen erfüllt, würde es begrüßen, wenn andererseits ihr Bundesgenosse, Rußland, die seinen erfüllte. Sie erkennt alle Erfordernisse der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg an, doch meine ich, daß es Fragen gibt, in denen Frankreich besonders empfindlich ist. Die kaiserliche Regierung kann darüber nicht verstimmt sein, da Graf Murawiew selbst vor kurzem Ihnen erklärt hat, daß unser Bündnis keinen Sinn mehr hätte, sobald wir erklären, daß wir den Verlust der 1871 abgetretenen Provinzen als endgültig betrachten. Ich glaube auch, daß das Bundesverhältnis, nicht nur das Verwandtschaftsverhältnis seine Ansprüche stellt. Wenn der Kaiser sich schon damit abfinden muß, den deutschen Flottenmanövern beizuwohnen, so wird er sich sicher freuen, das verbündete Heer zu inspizieren und hier Schneid, Zusammenhalt und Kraft festzustellen.“

Rußland, die einzige Macht, auf deren Unterstützung Frankreich vertragsmäßige Ansprüche erheben konnte, war gehemmt und anderwärts gebunden. Politische Freundschaften besaß Frankreich nicht, selbst die Sympathien für die Republik waren im Ausland nur gering.

Das Verhältnis zu England litt noch unter den Nachwirkungen von Faschoda; doch war es in Besserung begriffen. — Die französischen Berichte wiederholen immer wieder ihr Erstaunen, daß die Manifestationen der französischen Politik nicht mehr jenes verletzende Mißtrauen erwecken wie noch kurz zuvor. Der Londoner Botschafter, Paul Cambon, schreibt dies vorzüglich der Person des Außenministers Delcassé zu, die in England mit viel Sympathie betrachtet werde. Wenn Cambon nach verschiedenen Berichten über die andauernde Besserung der englischen Dispositionen gegenüber Frankreich und Rußland zu Ende des Jahres mit Befriedigung berichtet, „die Zeiten haben sich stark geändert“ (569), so ist ihm dabei fremd, daß die Annäherungsbestrebungen Englands an den Zweibund restlos der Kurve der Entfremdung zwischen Berlin und London gefolgt waren.

Unendlich günstiger stellte sich nach Schilderung der französischen Diplomaten die Lage Deutschlands dar.

Von Rußland hatte Deutschland — nach Auffassung der französischen Diplomaten — trotz des Bündnisses mit Frankreich nichts

zu befürchten. Mit Bedauern stellt der Geschäftsträger in Petersburg fest, daß in Rußland die Ansicht vorherrsche, der Zweibund sei ein reines Defensivbündnis, beide Gruppen müßten nunmehr auf jeden Gedanken einer Änderung der seit 30 Jahren bestehenden Ordnung verzichten. Eine solche Auffassung sei den Russen sehr angenehm, weil sie ihnen völlige Sicherheit im Westen und damit die Möglichkeit gewähre, ihren Eroberungsabsichten im Fernen Osten und auf den Zugangswegen nach Indien nachzugehen (410). — Die öffentliche Meinung in Deutschland konnte daher im Gefühl der Sicherheit die Reise Delcassés nach Petersburg und den Zarenbesuch in Frankreich ruhig hinnehmen, während die Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Wilhelm in Frankreich äußerste Nervosität hervorrief.

Die deutschen Bündnisverhandlungen mit England waren zwar in Frankreich unbekannt geblieben; doch wurde die ausgezeichnete Stimmung, die zu Beginn des Jahres in England für Deutschland und Kaiser Wilhelm herrschte, mit Neid beobachtet. Der Botschafter in Berlin, Marquis de Noailles, schrieb am 28. Januar 1901 (54):

„Als Wilhelm II. nach Osborne ging, um seiner Großmutter in ihren letzten Tagen zur Seite zu stehen, erfüllte er eine Familienpflicht. Die Verlängerung seines Aufenthaltes bedeutet eine Aktion von großer politischer Tragweite. Wenn auch mancher Engländer bei sich die Persönlichkeit des Kaisers etwas hemmend empfindet, hütet man sich doch, es auszusprechen. Bürgertum und Volk bewundern ihn, die Presse kriecht vor ihm und streut ihm Weihrauch. Bei den Leichenfeierlichkeiten ist er der Löwe.“

Und am 30. Januar 1901 schrieb der Londoner Botschafter (60):

„Bei der allgemeinen Verwirrung (anlässlich der Leichenfeierlichkeiten für die Königin Viktoria) bietet der deutsche Kaiser alles auf, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen... Die vernünftigen Engländer, denen man begegnet, lassen sich durch diese Zurschaustellung von Sympathien nicht ködern und sprechen ganz leise das Wort „Komödie“ aus; doch, sie sind selten und die Masse des Volkes ist dem deutschen Herrscher dankbar für die Kundgebungen, die der Eitelkeit so schmeicheln. Die ernstesten Blätter, wie die „Times“, sehen darin eine Bürgschaft des guten Einverständnisses zwischen Deutschland und Großbritannien.“

Gegen Ende des Jahres, nach Abbruch der Verhandlungen mit Deutschland, berichtet die französische Diplomatie über Miß-

stimmung gegen Deutschland und wachsende Neigung zur Annäherung an Rußland und Frankreich.

Die Stimmung in Deutschland gegenüber Frankreich wird von den französischen Diplomaten als korrekt mit freundlichen Tendenzen geschildert. Der Geschäftsträger in Berlin stellt fest (393), daß Deutschland sich in Erinnerung an die Kampfgemeinschaft der deutschen und französischen Truppen 1900 in China bei der Sedanfeier die größte Zurückhaltung auferlegt habe. Die offiziellen Blätter wiesen darauf hin, daß die Sedanfeier keinen Groll in Frankreich zu erwecken brauche; sie symbolisiere für Deutschland nur mehr die Begründung der Einheit des Reiches. Wiederholt wird über Äußerungen des Kaisers und des Kanzlers berichtet, die Bereitwilligkeit zu einer Annäherung zeigen: Deutschland und Frankreich müssen zusammenstehen, erklärt Kaiser Wilhelm dem französischen Botschafter in Berlin (114); von der Gemeinsamkeit der deutschen und französischen Interessen spricht Bülow zum Botschafter (69). — Paul Cambon, der Botschafter in London, stellt diese Annäherungsbestrebnungen sogar als übermäßig und zudringlich hin. Er berichtet am 6. Februar (67) über eine Begegnung mit Kaiser Wilhelm:

„Sie kennen bereits mein Gefühl für Ihr Land — so erklärte der Kaiser —; ich betrachte Frankreich als unerläßlich für das Gleichgewicht in Europa; wir brauchen ein starkes Frankreich; ich habe es erklärt, und wenn Sie Schwierigkeiten haben, rechnen Sie auf mich, ich stehe Ihnen zur Seite. — Dieses Auftreten als Protektor und dieses Angebot von Hilfe, das übrigens zu nichts verpflichtet, sind ganz nach Art des Kaisers Wilhelm; da ich nicht den Gedanken aufkommen lassen wollte, daß wir irgend jemand ausgeliefert wären, erwiderte ich: ich bin sehr gerührt von den Gefühlen Eurer Majestät und werde darüber nach Paris berichten. Doch verlangt Frankreich nur, in Frieden zu leben, und ich hoffe und glaube, daß es niemals die Hilfe Eurer Majestät benötigen wird.“

Diese Beispiele und der Gesamteindruck aus den Dokumenten zeigen, daß die französische Diplomatie den Gebrauch, den Deutschland von seiner günstigen Stellung gemacht hat, nicht als Provokation empfunden hat.

Wie hat sich die französische Diplomatie Deutschland gegenüber verhalten? Es wurde früher auf zwei Stellen hingewiesen, in denen daran erinnert wird, daß das französisch-russische Bündnis nicht den Zweck habe, den status quo, wie er durch den Krieg 1870/71 geschaffen wurde, aufrecht zu erhalten; es wurde ferner auf die schroffe Ablehnung eines Annäherungsversuches des Kaisers durch

Cambon hingewiesen; dennoch ergibt sich — unter Absehung der noch zu behandelnden Aktion Barrères — aus der Gesamtheit der diplomatischen Berichte das zusammenfassende Urteil, daß die französische Diplomatie in der betrachteten Periode im allgemeinen der deutschen Diplomatie nicht entgegengearbeitet hat, noch ihr feindselig gegenübergetreten war. Es wäre jedoch unrichtig, daraus auf ein freundliches oder entgegenkommendes Verhalten zu schließen; es bleibt bei einem höflichen aber kalten und gemessenen Abwarten der Entwicklung.

Die politische Lage Frankreichs war schwierig. Die französische Diplomatie fühlte sich in die Defensive gedrängt; ihre Tätigkeit war mehr expeditiver als initiativer Art. Aus dieser allgemeinen Haltung der französischen Diplomatie fällt die Aktion des französischen Botschafters in Rom heraus.

1897 war Camille Barrère als Botschafter nach Rom gekommen. Nichts aus seiner Vorgeschichte läßt auf eine deutschfeindliche Gesinnung schließen. Als Zwanzigjähriger hatte er am Aufstand der Kommune teilgenommen. Um der Deportation zu entgehen, mußte er fliehen; er wählte nach kurzem Aufenthalt in London Berlin zum Asyl. Dort entdeckte der französische Außenminister Waddington gelegentlich des Berliner Kongresses seine Begabung und führte ihn in die diplomatische Laufbahn ein. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, schrieb am 17. April 1901 über ihn: „Barrères Wunsch soll es gewesen sein, seinerzeit Botschafter in Berlin zu werden, und, meint man in wohlunterrichteten Kreisen, es würde dieser unzweifelhaft bedeutende Diplomat es für einen point d'honneur angesehen haben, eine Annäherung Frankreichs an Deutschland zu bewerkstelligen, wie es seinem Geschick gelungen ist, eine solche mit Italien zustande zu bringen (G. P. Bd. 18, Nr. 5833).

Als Barrère sein Amt antrat, waren die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien die denkbar schlechtesten. Ein zehnjähriger Zoll- und Finanzkrieg hatte Italien an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes gebracht; dazu war die Stimmung der Italiener, die in Erinnerung an Tunis eine plötzliche Besetzung von Tripolis befürchteten, überaus gereizt. — Doch schon ein Jahr nachdem Barrère seinen Posten bezogen hatte, war es ihm gelungen, den Wirtschaftskrieg durch einen Handelsvertrag zu beenden (21. November 1898). Doch hätte — so führte Barrère rückschauend am 10. Januar 1901 aus (17) — die französische Politik, die zum Handelsvertrag geführt hat, nicht Sinn noch Bedeutung gehabt, wenn sie sich nicht bemühte, die Gründe der politischen Verstimmung zu beseitigen, die zur Trennung der beiden Völker beigetragen haben.

Tatsächlich war es im Dezember 1900 zu dem bekannten Austausch von Briefen zwischen Barrère und Visconti-Venosta gekommen, die Italien bezüglich Tripolitaniens Beruhigung bieten sollten. Diese Briefe sind in dem betreffenden französischen Gelbbuch mit einem erläuternden Schreiben vom 10. Januar 1901 abgedruckt. Doch fehlt darin die folgende Stelle, die über die wahren Gedanken Barrères Aufklärung gibt (17):

„Es ist recht unwahrscheinlich, daß Italien veranlaßt sein wird, ein Unternehmen gegen Tripolis zu versuchen, auch wenn wir uns Marokkos bemächtigen . . . Aber selbst wenn es sich auf ein solches Unternehmen einläßt, würde es mit unabweislicher Notwendigkeit nicht nur unsere Zustimmung, sondern unser Wohlwollen benötigen, da jede Ausdehnung am Mittelmeer Italien uns gegenüber gewissermaßen in Abhängigkeit bringen muß.“

So war die Lage zu Beginn des Jahres 1901. Wohin strebte nun Barrère? — Ein erstes Ziel war die Beseitigung der Bestimmung des Dreibundvertrages, durch die Italien im Falle eines französischen Angriffes zur Waffenhilfe an Deutschland verpflichtet war. Die Frage zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Korrespondenz. — Immer wieder drängt der Botschafter seinen Vorgesetzten, den Außenminister Delcassé, zu energischer und eindeutiger Stellungnahme in dieser Frage:

„Es wäre gut, . . . wenn Sie gegenüber dem italienischen Botschafter nachdrücklich darauf hinweisen, daß Sie unter Beseitigung der Offensivbestimmung im Vertrag mit den germanischen Mächten jene Bestimmung meinen, die Italien verpflichtet, Deutschland seine militärische Unterstützung zu gewähren, wenn wir den Krieg erklären, dies selbst dann, wenn Italien nicht angegriffen ist. Hier liegt der Kern der ganzen Frage; denn nur diese Klausel ist im gegenwärtigen Vertrag enthalten. Eine solche Bestimmung ist vor allem offensiv, weil sie es Deutschland, wie 1870, ermöglicht, zum Krieg herauszufordern, ohne ihn erklärt zu haben. Wenn die Frage von Ihnen und von mir nicht in eindeutiger Weise aufgeworfen wird, könnte man später den Versuch machen, an dem Begriff offensiv zu deuten“ (284).

Doch Barrère begnügt sich nicht mit einer Modifikation der Bündnisbestimmungen; er will den Dreibund sprengen und Italien zum Anschluß an Frankreich veranlassen. Zunächst legt er nach häufigem Diplomatenbrauch seine Wünsche und Ansichten Dritten in den Mund: der König habe bei seiner Politik andere Kombinationen in Reserve. Barrère „hört sogar sagen“, Italien beginne



Camille Barrère
französischer Botschafter in Rom 1897—1924

seinen Austritt aus dem Dreibund vorzubereiten und Frankreich werde dann sehen, was es machen solle (118).

Doch beschränkt Barrère sich nicht darauf, die angeblichen italienischen Wünsche nach Auflösung des Dreibundes zu registrieren. Er tut selbst sein Möglichstes, das Ende des Bündnisses herbeizuführen. Die schwache Stelle, an der Italien zu fassen ist, bildet Österreich. Am 9. Januar schreibt Barrère (12):

„Die französische Presse hat sich in der letzten Zeit mit dem Interessengegensatz Italiens und Österreichs in Trentino und in Albanien beschäftigt. Dieser Gegenstand ist sehr würdig, Ihre Aufmerksamkeit zu wecken. Wenn unsere Blätter voraussagen, daß das österreichisch-italienische Bündnis sich auflösen wird, ohne einen Grund dafür anzugeben, tun unsere Blätter mehr übel als gut. Sie machen die Italiener scheu, die in aggressiven und schlecht aufgemachten Artikeln ein Manöver zu ihrer Isolierung sehen. Dadurch fühlen sich jene behindert, die ihren irredentistischen Gefühlen freien Lauf lassen wollen und es nicht wagen, aus Furcht, den Anschein zu erwecken, als machten sie gemeinsame Sache mit wenig wohlwollenden Ausländern. Eine solche Art zu schreiben ist gegen unser Interesse, weil dadurch die Äußerungen des Widerstrebens verhindert werden, von dem beinahe alle Italiener erfüllt sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß unsere Blätter nicht die Gründe für den materiellen und politischen Gegensatz zwischen Österreich und Italien darlegen sollen. Im Gegenteil, das ist sehr wichtig; es ist ersichtlich in unserem Interesse, diese Frage zu erörtern und hervorzuheben. Wenn das Amt auf wichtige Zeitungen und Zeitschriften in diesem Sinn einwirken könnte, würde ich darin einen großen Vorteil erblicken. Nicht geringer wäre der Eindruck von Ausführungen aus zuverlässiger Feder in einem der vorerwähnten Blätter („Debats“, „Temps“ oder „Figaro“) über die klägliche Lage Italiens an der Adria zum Vorteil Österreichs auf Grund der politischen Verträge, die tatsächlich Österreich das Feld überlassen, ferner die Darlegung der österreichischen Propaganda in Albanien durch Schule und Geistlichkeit sowie die Schilderung, was alles Italien an der Adria, im Orient und in den Julischen Alpen verloren hat oder verlieren wird, wenn es in seiner törichten Politik beharrt, die es in dauernde Abhängigkeit von Österreich bringen muß“ (12).

Als Österreich, beunruhigt über die französisch-italienische Annäherung, den Versuch unternimmt, eine vorzeitige Erneuerung des Dreibundes oder Sicherheit für die spätere Erneuerung zu

erhalten, setzte sich Barrère mit Nachdruck diesen Bestrebungen entgegen: „Ich habe nicht gezögert, die mir zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um solchen Versuchen Hindernisse zu bereiten; ich hatte die Genugtuung, festzustellen, daß diese Versuche eingestellt wurden“ (132).

Daß der Angriff nur Österreich als dem Punkt des geringsten Widerstandes galt, Deutschland aber getroffen werden sollte, zeigt der Bericht Barrères vom 12. April (185): „Ich hätte keinerlei Klage, wenn nicht mehrere französische Blätter, noch dazu recht namhafte, mit bedauerlicher Leichtfertigkeit der Ansicht Ausdruck gegeben hätten, daß der Dreibund erneuert wird und daß er vereinbar sei mit den neuen guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Man kann kaum einen Gedanken ausdenken, der unpassender wäre und stärker den Interessen unserer Politik widerspräche.“

Nachdem der Besuch der italienischen Flotte in Toulon (8.—13. April) und die Begegnung des Präsidenten Loubet mit einem Mitglied der italienischen Königsfamilie der Änderung in den Beziehungen der beiden Staaten eklatanten Ausdruck verliehen hatte, faßte Barrère mit großer Selbstbefriedigung das Ergebnis seiner vierjährigen Bemühungen zusammen: „Was immer auch eintreten mag, heute steht bereits fest, daß die italienische Politik in eine Entwicklung getreten ist, die sie unvermeidlich von jenen Kombinationen entfernt, die bisher Grundlage ihrer Außenpolitik gebildet haben“ (201). Drastischer noch äußert sich der französische Botschafter in Wien, Marquis de Reverseaux: Italien bilde im Bündnis nur mehr eine tote Last für Deutschland und Österreich (187). — Die späteren Ereignisse haben Barrère recht gegeben.

Ist daraus zu schließen, daß damals bereits die verantwortlichen Staatsmänner Italiens die Absicht hatten, den Vertrag zu brechen? — Eine solche Absicht wäre noch verwerflicher nach den Erklärungen, die der italienische Außenminister Prinetti wiederholt dem deutschen Botschafter gegeben hat, so im Dezember 1911: „Ich kann Ihnen die feierliche Versicherung geben, und zwar auch im Namen meines Königs, daß ich wohl bereit bin, die Freundschaft Frankreichs für den Dreibund zu opfern, niemals aber den Dreibund für die Freundschaft Frankreichs.“ (G. P., Bd. 18, Nr. 5842.)

Unter den verschiedenen nicht immer völlig übereinstimmenden Äußerungen Prinettis, die in den französischen Dokumenten wiedergegeben sind, scheint jenen die stärkste Zeugniskraft für die Absichten des italienischen Außenministers zuzukommen, in denen er

dem Wunsch nach einem großen europäischen Bündnissystem Ausdruck gibt, das dem deutschen Gedanken eines Kontinentalbundes entsprechen dürfte. Laut Bericht Barrères vom 2. Juli (311) erklärte Prinetti:

„Gewaltige diplomatische Ereignisse bereiten sich vor. Ihr Bündnis mit Rußland ist fester denn je. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland haben eine tiefe Veränderung erfahren. Ihre Landsleute mögen im Herzen die Erinnerung an das vergangene Unglück bewahren; die Notwendigkeit zwingt sie jedoch, mit größerer Sicherheit die verschiedenen möglichen Kombinationen ins Auge zu fassen. Der deutsche Kaiser nährt ein tiefes Verlangen, einen Boden für eine Verständigung mit Frankreich zu finden. Es ist nicht gewagt, die Vereinigung gewisser kontinentaler Mächte zu einem einzigen Verbands vor auszusehen.“

Prinetti — so führt Barrère weiter aus — habe zu verstehen gegeben, Italien würde in einer kontinentalen Kombination einen Stützpunkt gegen die britische Vorherrschaft im Mittelmeer suchen. — Über ähnliche Äußerungen des Außenministers zum russischen Geschäftsträger berichtet der französische Geschäftsträger am 9. September (391). Danach habe Prinetti dem russischen Diplomaten gegenüber den Wunsch ausgesprochen, daß die beiden europäischen Bündnissysteme sich eines Tages zusammenschließen.

Über die nächstliegenden Ziele der damaligen italienischen Außenpolitik scheint die Äußerung des italienischen Botschafters in Wien zum französischen Botschafter die glaubwürdigste Aufklärung zu enthalten. Marquis de Reverseaux berichtet darüber am 14. März (140): „Nach Ansicht meines italienischen Kollegen hat die Zurückhaltung (Prinettis) den Zweck, auf die Kabinette von Berlin und Wien in Hinblick auf die Erneuerung der Handelsverträge, die der italienischen Regierung große Sorge bereitet, Eindruck zu machen. Das bedeutet nicht eine neue politische Orientierung, und unsere Blätter haben zu früh gejubelt.“ — Daß übrigens Barrère sich nicht wirklich, mindestens nicht dauernd, über die Absichten Prinettis täuschte, geht am besten daraus hervor, daß er ernstliche Erwägungen anstellte (277), den Sturz Prinettis zu veranlassen. — Der Eindruck wird zwingend, daß die verantwortlichen Regierungskreise in Italien damals nicht die Absicht hatten, den Vertrag zu brechen oder auch nur das Bündnis zu lösen; sie wollten vielmehr Italien durch die französische Freundschaft erhöhte Geltung innerhalb des Dreibundes verschaffen; in weiterer Folge mochten sie daran denken, Italien könnte, zwischen zwei Gruppen

stehend, die schöne Rolle eines Mittlers für eine Verschmelzung der beiden großen Staatengruppen übernehmen. — Auch Rußland, das Barrère heranziehen wollte, um auf Italien gegen den Dreibund zu wirken (176), lehnte höflich, doch entschieden ab: „Es kann keine Rede davon sein, die Zerstörung des Dreibundes zu suchen . . . wir würden darin mehr Gefahr als Vorteil finden.“ — In England hatte die italienisch-französische Freundschaft Mißstimmung ausgelöst, weil dadurch der englische Schutz für die Italiener seine Berechtigung fast ganz verloren hat (277). Barrère, der bei seinen Bemühungen um die Freundschaft Italiens England ebenso wie Deutschland treffen wollte, verzeichnet dies mit dem größten Beihagen, jedoch — nach den Berichten des Londoner Botschafters zu schließen — mit stark betonten Farben.

Die Wirkung der Bemühungen Barrères im Ausland entsprach nicht völlig den Absichten, auch nicht immer den Vorstellungen ihres Urhebers. Andererseits fand diese Aktion damals auch innerhalb der französischen Diplomatie wenig Sympathie. Delcassé (der nach Bericht des deutschen Botschafters — G. P., Bd. 18, Nr. 5890 — im Kabinett und unter den Beamten des Quai d'Orsay als unbedingter Anhänger Rußlands ziemlich allein stand), sah zwar das Vorgehen Barrères nicht ungern; doch griff er niemals initiativ ein; im Gegenteil mußte Barrère wiederholt sich bemühen, seinen Vorgesetzten mitzuziehen. Bei den diplomatischen Kollegen hat der Vorstoß des römischen Botschafters wenig Unterstützung gefunden.

Die französische diplomatische Korrespondenz dieser Periode erweckt in ihrem Zusammenhang den Eindruck abwartender Zurückhaltung. Gründe der Innen- wie der Außenpolitik zwangen dazu: die Linke war erst kurz am Ruder; sie konnte es nicht wagen, in der Außenpolitik wesentliche Änderungen vorzunehmen. Überdies legte die oft hervortretende Meinungsverschiedenheit zwischen Delcassé und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts überall Mäßigung und Zurückhaltung auf. — Dazu kamen Gründe der Außenpolitik. Die Tragfläche der französischen Außenpolitik, das russisch-französische Bündnis, erschien unzuverlässig. Der Gegensatz der inneren Orientierung der beiden Staaten, der noch im Wachsen begriffen war, konnte ernste Spaltungen hervorrufen. Sicher hätte eine gegen Deutschland gerichtete Politik damals in Rußland keine Unterstützung gefunden. Im übrigen machten Inkohärenz und Unberechenbarkeit der russischen Politik jedes feste politische Kalkül unmöglich. Dazu weckten Brutalität und Ungeschicklichkeit der russischen Außenpolitik fast überall Unwillen und belasteten mittelbar auch Frankreich. Aber selbst wenn Rußland gewillt gewesen wäre, seine Bündnispflichten restlos zu

erfüllen, war die Möglichkeit fraglich. Schon damals hatte es den Schwerpunkt seiner Aktivität nach dem fernen Osten verlegt, schon damals betrachtete die französische Diplomatie einen plötzlichen Konflikt mit Japan als möglich, eine starke Einbuße Rußlands an Prestige und Macht als wahrscheinlich.

An die Möglichkeit eines Zusammengehens mit England schien man damals in Frankreich noch nicht zu denken; keinerlei Anzeichen in den Dokumenten lassen einen solchen Schluß zu. — Dadurch war das Verhalten gegen Deutschland bestimmt. Vernunftgründe legten das Aufgreifen des Gedanken eines Kontinentalbundes nahe. Das Gefühl war nicht dabei. So kam Frankreich Deutschland gegenüber nicht über eine gemessene Zurückhaltung hinaus, bei der es stets auf eine Initiative von der anderen Seite wartete. Bei der französischen Diplomatie ist eine Aktion zur Annäherung nicht zu finden, vereinzelt eine Disposition.

Aus dem Gesamtwerk der französischen Diplomatie, durch abwartende Zurückhaltung gekennzeichnet, tritt der Vorstoß Barrères gegen den Bestand des Dreibundes als Einzelercheinung hervor. Als Barrère jenes Freundschaftsverhältnis zu Italien einleitete, mit dem er nicht nur Deutschland und Österreich-Ungarn sondern auch England vor den Kopf stoßen konnte, bedeutete sein Versuch im Hinblick auf die außenpolitische Gesamtlage ein großes Wagnis. Persönliches Bedürfnis nach Aktivität und eigene Erwägungen waren dabei zweifellos stärker wirksam als planmäßiger Einfluß der Pariser Zentralstelle oder Koordination in das Gesamtwerk der französischen Diplomatie. Es ist jedoch möglich, sogar wahrscheinlich, daß Barrère schon damals jenen Plan der Einkreisung und Isolierung Deutschlands vor Augen hatte, der später die gesamte französische Diplomatie beherrschte. Wie dem auch sei, sicher hat er — auch wenn die italienischen Staatsmänner sich zunächst nur unbewußt zum Werkzeug seiner Pläne darboten — den Grund gelegt, nicht nur zur Sprengung des Dreibundes, sondern auch für die Voraussetzungen zu jener Einkreisungspolitik, die im Weltkrieg ihre Probe bestanden hat.

Hat der Quai d'Orsay den „Matin“ gelesen?*)

Eine Frage an Herrn Raymond Poincaré.

Alfred von Wegerer.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß das französische Außenministerium am Quai d'Orsay sich seit dem Ausbruch des Krieges auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung eine Folge der österreichischen allgemeinen Mobilmachung und geheimer deutscher Rüstungen gewesen sei. Diese Auffassung fand in dem gefälschten Telegramm Nr. 118 des französischen Gelbbuchs von 1914 ihren scheinbaren dokumentarischen Niederschlag. An Stelle des kurzen Telegramms von Paléologue vom 31. Juli abends: „Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet“ wurde bekanntlich der nachstehende erfundene Wortlaut gesetzt:

„St. Petersburg, den 31. Juli 1914.

Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim, aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr sich weiter zuvorkommen lassen kann; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben.

Paléologue.“

Daß am 30. Juli, dem Tag, an dem die russische Mobilmachung angeordnet worden ist, von deutscher Seite weder geheime noch offene Rüstungen betrieben worden sind, ist verschiedentlich nachgewiesen worden.¹⁾ Die Behauptungen sind daher auch von französischer Seite in letzter Zeit nicht mehr wiederholt worden. Dagegen hielt man bis vor kurzem an der Auffassung fest, daß die

*) Der Aufsatz ist ohne die Anlage zur gleichen Zeit in der „Berliner Börsen-Zeitung“ erschienen.

¹⁾ Siehe Wegerer: „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese“, Reimar Hobbing, Berlin 1928, Teil XVII, Seite 80. Amerikanische Ausgabe „A Refutation of the Versailles War Guilt Thesis“ A. Knopf, New York 1930, Seite 120.

österreichische allgemeine Mobilmachung vor der russischen erfolgt sei. Erst durch seine Diskussion mit Gerin sah sich Poincaré veranlaßt, für die Fälschung von Gelbbuch 118, soweit die österreichische Mobilmachung in Frage kommt, eine Erklärung abzugeben. Er sagte hier folgendes:²⁾

„Als das Gelbbuch in den ersten Wochen des Krieges zusammengestellt wurde, ist es wohl wahrscheinlich, daß die Redakteure es für möglich hielten, die Worte, in denen Sie (gemeint ist Gerin) eine Fälschung sehen, hinzuzufügen, um die chronologische Reihenfolge der Ereignisse, so wie man sie für richtig hielt, genau festzuhalten. Ich habe diese Hinzufügung nicht gekannt, aber sie entsprach der tiefen Überzeugung des Ministers und verdient daher keineswegs die Schärfe Ihrer Beurteilung“

Das will sagen, Viviani und der Quai d'Orsay hätten 1914 die Auffassung gehabt, daß die chronologische Reihenfolge der Mobilmachungen, wie sie in dem gefälschten Dokument Nr. 118 angegeben worden ist — d. h. daß die österreichische allgemeine Mobilmachung vor der russischen erfolgt ist —, für zutreffend gehalten worden sei.

In einem im Septemberheft der „Current History“ erschienenen Aufsatz „Poincaré's Important Admission“ konnte ich bereits geltend machen, daß Poincaré, Viviani und der Quai d'Orsay über den Zeitpunkt der Anordnung der österreichischen allgemeinen Mobilmachung sich orientieren konnten, wenn sie von der Meldung ihres Wiener Militärattachés Kenntnis genommen hätten.³⁾ Wenn man hiergegen vielleicht noch einwenden könnte, daß es im Drange der Geschäfte nicht ausgeschlossen ist, daß auch einmal die Meldung eines Militärattachés in jenen aufgeregten Tagen übersehen wird, so sind wir heute in der Lage, neue Beweise beizubringen, aus denen mit voller Klarheit hervorgeht, daß die Auffassung von Poincaré, Viviani sei über die Reihenfolge der österreichischen und

²⁾ „Les Responsabilités de la Guerre.“ Quatorze questions par René Gerin, quatorze réponses par Raymond Poincaré. Payot, Paris, 1930, Seite 155.

³⁾ Vgl. Poincaré, Memoiren, „Der Ausbruch der Katastrophe“, S. 498, wo Poincaré die Meldung auszugsweise wiedergibt:

„Wien, 31. Juli, Nr. 131, 6 Uhr abends, eingegangen 20,30 Uhr. Die allgemeine Mobilmachung aller Leute vom 19 bis 42 Jahren ist von der österreichisch-ungarischen Regierung befohlen. Mein russischer Kollege glaubt noch, diese Maßnahme stehe nicht in offenem Widerspruch mit Graf Berchtolds Erklärungen. Er nimmt an, daß Österreich durch diesen Aufmarsch seiner Truppen an der Grenze die Lokalisierung des Konfliktes zu erzwingen sucht, gibt aber zu, daß das Wiener Kabinett Gefahr läuft, durch dieses Zwangsmittel die Krise, die es angeblich verhüten will, herbeizuführen. Die öffentliche Meinung in Wien hält den allgemeinen Zusammenstoß für dicht bevorstehend. . . .“

EN RUSSIE

SAINT-PÉTERSBOURG, 31 juillet. — Une mobilisation générale a été ordonnée.

Jamais, de mémoire d'homme, la Russie n'a vécu une journée d'aussi intense émotion.

C'est tard hier soir que le gouvernement a décidé la mobilisation générale. Cette mesure lui a été imposée par les préparatifs militaires de l'Allemagne et par des considérations de stratégie.

Il était devenu manifeste que l'Allemagne retardait à dessein l'annonce officielle de sa mobilisation en vue de mettre la Russie dans une situation d'infériorité. Hésiter plus longtemps aurait été courir au-devant d'un désastre.

De brèves affiches sur papier rose annoncent que le souverain a décidé de placer toutes les forces de l'armée sur le pied de guerre et d'ordonner aux réservistes sans distinction de présenter au plus prochain jour au service armé.

Ces affiches sont collées sur tous les murs à tous les coins.

Une seconde affiche, sur papier blanc, annonce que les réservistes qui ont été payés pour leur service aux corps et pour le transport de leur famille à mi-chemin.

Le siasme guerrier ne se manifeste pas seulement chez les Russes proprement dits, mais encore chez toutes les nationalités qui habitent l'empire.

Les préjugés de race paraissent être oubliés. Plus de 3.000 réservistes tchèques habitant Kiev ont été demandés aux autorités locales et appelés comme sujets russes dans les régiments du front.

Sur 20.000 tchèques résidant à Kiev, on a demandé à 10.000 de se joindre à l'armée.

Les tchèques ont répondu avec enthousiasme.

Le Matin

LES CHANCES DE GUERRE L'ALLEMAGNE EST EN ETAT DE SIÈGE
LA MOBILISATION EST DEVENUE GÉNÉRALE, HIÉR MATIN EN AUTRICHE, HIÉR SOIR EN RUSSIE
POURTANT, ON NÉGOCIE ENCORE

M. JAURÈS
a été assassiné
hier soir

EN ANGLETERRE
Le Parlement de Westminster
a voté
une loi
pour
la
mobilisation
de
l'armée
et
de
la
marine
et
de
l'air
et
de
la
force
publique
et
de
la
police
et
de
la
sûreté
et
de
la
protection
et
de
la
conservation
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de
la
gestion
et
de
la
direction
et
de
la
surveillance
et
de
la
contrôle
et
de

russischen Mobilmachung nicht genau unterrichtet gewesen, als unmöglich zurückgewiesen werden muß. Diese Beweise finden sich in Nr. 11 113 des „Matin“ vom Sonnabend, den 1. August 1914. Hier stehen auf der vierten Spalte der ersten Seite folgende beiden Telegramme. Das eine stammt aus Petersburg, das andere aus Wien. Beide melden über die allgemeine Mobilmachung. Wir geben das erste Telegramm auszugsweise, das zweite im vollen Wortlaut wieder: ⁴⁾

„St. Petersburg, 31. Juli. — Eine allgemeine Mobilmachung ist angeordnet worden. . .

Die Regierung hat gestern am späten Abend (d. h. am 30. Juli. Der Verf.) die allgemeine Mobilmachung beschlossen. Sie ist infolge der militärischen Vorbereitungen in Deutschland und aus strategischen Gründen zu dieser Maßnahme gezwungen worden. . . .“

Unmittelbar unter der Petersburger Meldung findet sich nachstehende Meldung aus Wien:

„Wien, 31. Juli, 4,30 Uhr abends. — Die Mobilmachung in Österreich-Ungarn ist auf Kaiserlichen Befehl allgemein geworden.

Die diese Mobilmachung betreffenden Plakate werden soeben angeschlagen. (Havas).“

Aus den Meldungen aus Petersburg und Wien geht demnach klar hervor, daß die russische allgemeine Mobilmachung am 30. Juli abends, die österreichische allgemeine Mobilmachung erst am folgenden Tage, dem 31. Juli, angeordnet wurde. Die allgemeine russische Mobilmachung ist daher nicht, wie im Gelbbuch Nr. 118 behauptet wird, auf Grund der allgemeinen österreichischen Mobilmachung erfolgt. Der Zeitunterschied zwischen den beiden Mobilmachungen beträgt, da eine Mobilmachung stets nur mit einem Kalendertag beginnt, volle 24 Stunden.

Wir möchten daher an Herrn Poincaré die Frage richten:

Hält Herr Poincaré auch nach Kenntnis dieser Tatsachen seine Behauptung aufrecht, daß die Fälschung von Gelbbuch 118 auf einer irr tümlichen Auffassung der chronologischen Reihenfolge der russischen und österreichischen Mobilmachung beruht?

Um ganz genau zu sein, möchten wir noch feststellen, daß der „Matin“ in der fraglichen Ausgabe vom 1. August, in der die beiden angeführten Meldungen enthalten sind, eine Überschrift gebracht hat, die der Verwirrung über die chronologische Reihenfolge dieser beiden Ereignisse Vorschub leistet. Die Überschrift lautet:

⁴⁾ Siehe auch den Anhang.

„Die Mobilmachung ist allgemein geworden, gestern Morgen in Österreich, gestern Abend in Rußland.“ („La mobilisation est devenue générale, hier matin en Autriche, hier soir en Russie.“)

Die Reihenfolge der Mobilmachungen wurde demnach bereits in der Überschrift falsch wiedergegeben, obgleich die Meldung der Korrespondenten aus Petersburg und Wien die Reihenfolge chronologisch richtig mitgeteilt hatte. Wir nehmen selbstverständlich an, daß Herr Poincaré, Herr Viviani, Herr Berthelot und die Redakteure des Gelbbuchs sich ihre „tiefe Überzeugung“ von der Chronologie der Mobilmachungen nicht auf Grund der Überschriften des „Matin“ angeeignet haben, sondern wenn der „Matin“ überhaupt am Quai d'Orsay gelesen wurde, sie von den Meldungen selbst Kenntnis genommen haben.

Die aufgeworfene Frage ist von größter Bedeutung, weil die Fälschung des Gelbbuchs 118 den Kardinalpunkt der Kriegsschuldfrage berührt. Nach französischer Auffassung war die russische allgemeine Mobilmachung ein Akt der Verteidigung, hervorgerufen durch die österreichische allgemeine Mobilmachung und geheime Rüstungen Deutschlands, während nach unserer Auffassung die allgemeine russische Mobilmachung ein Akt des Angriffs war, da Deutschland am 30. Juli keine geheimen Mobilmachungsvorbereitungen getroffen hatte, und die österreichische allgemeine Mobilmachung noch nicht angeordnet war.

Wird für die Fälschung des Gelbbuchs 118 eine befriedigende Aufklärung nicht gegeben, bleibt als Tatsache bestehen, daß der Quai d'Orsay durch bewußte Fälschung eines Dokuments die russische Regierung entlastet hat zu dem Zweck, die Schuld für die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung und damit die Schuld am Kriege auf Deutschland und Österreich abzuschieben.

Das deutsche Volk hat Anspruch darauf, hierüber die volle Wahrheit zu erfahren! —

Anhang.

Deutsche Übersetzung der beiden Meldungen des „Matin“ aus Petersburg und Wien über die Mobilmachung vom 31. Juli 1914.

In Rußland.

St. Petersburg, 31. Juli. — Eine allgemeine Mobilmachung ist angeordnet worden.

Seit Menschengedenken hat Rußland niemals einen Tag von solcher starken Bewegung erlebt.

Die Regierung hat gestern abend spät die allgemeine Mobilmachung beschlossen. Sie ist zu dieser Maßnahme durch die militärischen Vorbereitungen in Deutschland und aus strategischen Gründen gezwungen worden.

Es war bekannt geworden, daß Deutschland absichtlich die offizielle Ankündigung seiner Mobilmachung hinauszögerte, um Rußland in eine unterlegene Lage zu bringen. Ein noch längeres Zögern würde zu einer Katastrophe geführt haben.

Kurze Anschlagzettel auf rosa Papier verkünden den Entschluß des Zaren, sämtliche Kräfte des Reiches — ungefähr vier Millionen Menschen — auf Kriegsfuß zu setzen, und geben den Reservisten Befehl, sich ohne Unterschied beim nächsten Polizeibüro am Sonnabendmorgen um 6 Uhr zu stellen.

Diese Zettel sind auf den Mauern an allen Straßenecken angeschlagen.

Ein zweiter ebenfalls kurz gefaßter Anschlag auf weißem Papier informiert die Reservisten darüber, daß ihnen für Schuhwerk, Leibwäsche und selbst für Taschentücher, die sie bringen würden, Entschädigungen von 15 Kopeken bis 5 Rubel gezahlt würden. Diese Zettel sind um Mitternacht angeschlagen worden.

Bereits seit mehreren Stunden werden In- und Auslands-telegramme mit Ausnahme der offiziellen Depeschen aufgehalten, und ich verdanke es nur der Höflichkeit der russischen Behörden, daß ich diese Depesche absenden kann.

Diese Vorsichtsmaßregeln sind offensichtlich notwendig und von größter Wichtigkeit während der Zeitspanne, die zwischen der Ankündigung der Mobilmachung und dem Beginn der Feindseligkeiten liegt.

Ich bin heute durch die Stadt gegangen und hatte Gelegenheit, inmitten größerer Truppenbewegungen die Haltung der großen Masse des Volkes zu beobachten. Überall zeigte sich die Entschlossenheit, zu kämpfen und zu siegen.

Der Zar hat von einem Grundbesitzer aus Kuban namens Patalakha folgendes Telegramm erhalten:

„Majestät, ich besitze 100 Pferde und 100 ausgerüstete Reiter. Wohin soll ich sie senden nach Eurem Befehl?“

Der Zar hat telegraphisch seinen Dank übermittelt.

Nach der „Nowoje Wremja“ zeigt sich der Kriegsenthusiasmus nicht nur bei den Vollrussen, sondern bei allen Nationalitäten des ganzen Reichs.

Alle Rassenvorurteile scheinen vergessen zu sein. Mehr als 3000 tschechische Reservisten, die in Kiew wohnen, haben bei den

Lokalbehörden beantragt, zu russischen Untertanen ernannt und in die Regimenter des Zaren eingereiht zu werden.

Von 20 000 österreichischen Reservisten, die in Kiew wohnen, haben nur 3000 ihre Pässe verlangt.

Die augenblicklich in Rußland weilenden deutschen Reservisten sind infolge der verzögerten deutschen Mobilmachungserklärung noch nicht einberufen worden.

Es ist zweifelhaft, ob sie jetzt noch ihre Regimenter erreichen werden, denn alle Eisenbahnverbindungen nach Süden und Westen sind unterbrochen.

Die Lage der Deutschen in Rußland, die sich auf mehrere Millionen belaufen, ist, wie man glaubt, außerordentlich ernst, vor allem deswegen, weil die Meinung sehr verbreitet ist, es existiere in Rußland ein deutscher Spionagedienst.

Der britische Militärattaché, Colonel Knox, und der General Tatitschew sind heute morgen angekommen. Der letztere, der dem deutschen Kaiser attachiert gewesen ist, ist der Überzeugung, daß es diesem sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein wird, jetzt noch die Haltung seiner Regierung gegenüber dem österreichisch-serbischen Konflikt aufzugeben.

Die Nachricht, daß Japan im Falle eines Krieges seinen Verbündeten tatkräftig unterstützen würde, ist nach der „Nowoje Wremja“ in russischen Diplomatengkreisen mit großer Befriedigung aufgenommen worden.

St. Petersburg ruft die Namen der Offiziere aus, die an die Front abfahren.

Das Personal der deutschen und österreichischen Botschaften bereitet die Abfahrt vor.

In diesem Augenblick findet eine außerordentliche Minister-sitzung in Peterhof statt, und man erwartet eine öffentliche Erklärung darüber.

Die Mobilmachung ist allgemein in Österreich.

Wien, 31. Juli, 4 Uhr 30 abends. — Die Mobilmachung ist in Österreich-Ungarn allgemein geworden auf kaiserlichen Befehl.

Die diese Mobilisation betreffenden Plakate sind soeben angeschlagen worden.

(Französische Übersetzung.)

Le Quai d'Orsay a-t-il lu „Le Matin“?

Une question à M. Raymond Poincaré.

Alfred von Wegerer.

C'est un fait généralement connu que, dès le début de la guerre, le ministère des Affaires étrangères de France, c'est-à-dire le Quai d'Orsay, a adopté le point de vue que l'ordre de mobilisation générale russe a été une conséquence de la mobilisation générale autrichienne et d'armements allemands secrets. Cette interprétation a trouvé son expression documentaire trompeuse dans le télégramme falsifié n° 118 du Livre jaune français de 1914. Au bref télégramme de M. Paléologue, du 31 juillet au soir, portant: «La mobilisation générale de l'armée russe est ordonnée» on a — comme tout le monde le sait — substitué le texte, forgé de toutes pièces, que voici:

«Saint-Pétersbourg, le 31 juillet 1914.

En raison de la mobilisation générale de l'Autriche et des mesures de mobilisation prises secrètement, mais d'une manière continue, par l'Allemagne depuis six jours, l'ordre de mobilisation générale de l'Armée russe a été donné, la Russe ne pouvant, sans le plus grave danger, se laisser davantage devancer; en réalité, elle ne fait que prendre des mesures militaires correspondant à celles prises par l'Allemagne.

Pour des raisons stratégiques impérieuses, le gouvernement russe ne pouvait plus, sachant que l'Allemagne s'armait, retarder la conversion de sa mobilisation partielle en mobilisation générale.

Paléologue.»

Il a été différentes fois démontré que le 30 juillet, jour où la mobilisation russe a été ordonnée, on n'avait procédé, du côté allemand, ni à des armements secrets ni à des armements publics.¹⁾ C'est pourquoi, du côté français, on a, d'ailleurs, renoncé, dans les derniers temps, à formuler ces allégations. Par contre, jusqu'à une date toute récente, on a maintenu l'interprétation suivant laquelle la mobilisation générale autrichienne aurait eu lieu avant la mobilisation russe. Ce n'est qu'à l'occasion de sa discussion avec Gerin que M. Poincaré s'est vu amené à reconnaître la falsification du Livre jaune (télégramme 118 et, en tant qu'il s'agit de la mobilisation autrichienne, à faire la déclaration suivante:²⁾

«Lorsque le «Livre jaune» a été rédigé, dans les premières semaines de la guerre, il est donc probable que, pour préciser dans un sens qu'on croyait exact la chronologie des événements, les rédacteurs ont jugé

¹⁾ Voir Wegerer «Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese». Reimar Hobbing, Berlin 1928, p. 80, édition américaine «A Refutation of the Versailles War Guilt Thesis». A. Knopf, New York 1930, p. 120.

²⁾ «Les Responsabilités de la Guerre. Quatorze questions par René Gerin, quatorze réponses par Raymond Poincaré. Payot, Paris, 1930, p. 155.

possible d'ajouter au télégramme publié sous le n° 118 les mots où vous (M. Gerin) voyez un faux. Je n'ai pas connu cette addition, mais elle répondait à la croyance profonde du ministre (Viviani) et ne mérite point, par conséquent, la sévérité de votre qualificatif.»

Cela signifie que Viviani et le Quai d'Orsay auraient estimé, en 1914, que la succession chronologique des mobilisations, telle qu'elle a été indiquée dans le document falsifié n° 118 — c'est-à-dire la succession selon laquelle la mobilisation générale autrichienne aurait eu lieu avant la mobilisation générale russe — aurait été considéré comme exacte.

Dans un article publié par la «Current History» (fascicule de Septembre) sous le titre: «Poincaré's Important Admission», j'ai eu déjà l'occasion de faire valoir que M. Poincaré, Viviani et le Quai d'Orsay auraient pu apprendre la date à laquelle a été ordonné la mobilisation générale autrichienne, s'ils auraient pris connaissance de la dépêche de leur attaché militaire à Vienne.³⁾ Si l'on objectait peut-être encore à cela qu'il n'est pas impossible qu'étant donné l'accumulation des affaires urgentes et l'excitation de ces jours de fièvre, une dépêche de l'attaché militaire ait une fois passé inaperçu, nous sommes aujourd'hui à même d'apporter des preuves nouvelles d'où il ressort avec une clarté absolue que l'on doit rejeter comme inadmissible la façon de voir de M. Poincaré, suivant laquelle Viviani n'aurait pas été exactement informé de l'ordre de succession des mobilisations autrichienne et russe. Les preuves se trouvent dans le n° 11 113 du «Matin», samedi, 1^{er} août 1914. On peut y lire, à la quatrième colonne de la 1^{ère} page, les télégrammes ci-après. Le premier émane de Pétersbourg, l'autre de Vienne. Tous deux annoncent la mobilisation générale. Nous reproduisons des extraits du premier télégramme et en entier le texte du second.

«Saint-Petersbourg, 31 juillet. — Une mobilisation générale a été ordonnée.

C'est tard hier soir que le gouvernement a décidé la mobilisation générale. Cette mesure lui a été imposée par les préparatifs militaires de l'Allemagne et par des considérations de stratégie . . .»

³⁾ Cf. Poincaré «L'Union sacrée», p. 459, où M. Poincaré reproduit en partie la dépêche en question:

«Vienne, 31 juillet, 6 heures soir, reçu 20 h. 30 (N° 131). La mobilisation générale atteignant tous les hommes de dix-neuf à quarante-deux ans est décrétée par le gouvernement austro-hongrois. Mon collègue russe estime encore que cette mesure n'est pas nettement en contradiction avec les déclarations du comte Berchtold. Il suppose qu'au moyen de cette interposition des troupes à ses frontières, l'Autriche cherche à obtenir une localisation forcée du conflit, mais il reconnaît que, par cette contrainte, le cabinet de Vienne risque de provoquer la crise qu'il prétend vouloir éviter. L'opinion à Vienne est qu'une conflagration générale est imminente . . .»

Immédiatement au dessous du communiqué de Pétersbourg se trouve le communiqué suivant, venant de Vienne:

«Vienne, 31 juillet, 4. h. 30 du soir.

La mobilisation est devenue générale en Autriche-Hongrie, par ordre impérial . . .

Les placards relatifs à cette mobilisation viennent d'être affichés à l'instant même. (Havas).»

Des communiqués de Pétersbourg et de Vienne il ressort donc clairement que la mobilisation générale russe a été ordonnée le 30 juillet au soir et que la mobilisation générale autrichienne ne l'a été que le jour suivant, à savoir le 31 juillet. Ce n'est donc nullement en raison de la mobilisation générale autrichienne — comme il est affirmé dans le Livre jaune n° 118 — que la mobilisation générale russe a été ordonnée. Etant donné que le début d'une mobilisation s'établit uniquement par la date du jour où elle a été fixée, le laps de temps qui a séparé les deux mobilisations dont il s'agit a été de 24 heures pleines.

C'est pourquoi nous désirons poser à M. Poincaré la question suivante:

M. Poincaré, persiste-t-il, même après avoir pris acte de ces faits, à affirmer que la falsification du Livre jaune (télégramme 118) provient d'une interprétation erronée de la succession chronologique des mobilisations russe et autrichienne?

Pour être tout à fait exact, nous tenons encore à constater que «Le Matin» — dans l'édition en question du 1^{er} août 1914, où sont contenus les deux communiqués précités — a publié un titre qui contribue à brouiller la succession chronologique de ces deux événements. Cette vedette est ainsi conçue:

«La mobilisation est devenue générale, hier matin en Autriche, hier soir en Russie.»

La succession chronologique des mobilisations a donc déjà été inexactement reproduite dans la vedette du Matin, et cela bien que le communiqué des correspondants de Petersbourg et de Vienne eût fait connaître exactement au point de vue chronologique l'ordre de ces successions. Nous ne supposons évidemment point que M. Poincaré, M. Viviani, M. Berthelot et les rédacteurs du Livre jaune aient basé leur «croyance profonde» de la chronologie des mobilisations sur les titres du Matin, mais nous estimons que — si tant est que le Matin ait été lu au Quai d'Orsay — ils ont pris connaissance du texte même des communiqués.

La question posée est de la plus haute importance, car la falsification du livre jaune (n° 118) touche au point cardinal de la

responsabilité de la guerre. D'après l'interprétation française, la mobilisation générale russe était un acte de défense provoqué par la mobilisation générale autrichienne et par les armements secrets de l'Allemagne, tandis que, suivant notre façon de voir, la mobilisation générale russe était un acte d'agression, étant donné qu'au 30 juillet, l'Allemagne n'avait fait aucun préparatif secret de mobilisation et que la mobilisation générale autrichienne n'était pas encore ordonnée.

Si aucun éclaircissement satisfaisant n'est apporté à la falsification du Livre jaune n° 118, un fait reste acquis: Le Quai d'Orsay, en falsifiant d'une façon consciente un document, a voulu décharger le Gouvernement russe dans le but de rejeter sur l'Allemagne et sur l'Autriche la responsabilité de l'ordre de mobilisation russe générale et conséquemment la responsabilité de la guerre.

Le peuple allemand a le droit d'apprendre à ce sujet toute la vérité! —

Annexe.

Texte des télégrammes de Saint-Pétersbourg et de Vienne concernant la mobilisation en Russie et en Autriche d'après le «Matin» du 1er Août 1914.

En Russie.

Saint-Pétersbourg, 31 juillet. — Une mobilisation générale a été ordonnée.

Jamais, de mémoire d'homme, la Russie n'a vécu une journée d'aussi intense émotion.

C'est tard hier soir que le gouvernement a décidé la mobilisation générale. Cette mesure lui a été imposée par les préparatifs militaires de l'Allemagne et par des considérations de stratégie.

Il était devenu manifeste que l'Allemagne retardait à dessein l'annonce officielle de sa mobilisation en vue de mettre la Russie dans une situation d'infériorité. Hésiter plus longtemps aurait été courir au-devant d'un désastre.

De brèves affiches sur papier rose annoncent que le souverain a décidé de placer toutes les forces de l'empire — environ quatre millions d'hommes — sur le pied de guerre et donnent l'ordre aux réservistes sans distinction de se présenter au plus proche bureau de police samedi matin à six heures.

Ces affiches sont placardées sur les murs à tous les coins de rue.

Une seconde affiche également concise, sur papier blanc, informe les réservistes que des indemnités variant de 15 kopecks à 5 roubles leur seront payées pour les chaussures, le linge de corps et même les mouchoirs qu'ils apporteraient. Ces affiches ont été placées à minuit.

Depuis plusieurs heures déjà, tous les télégrammes de l'étranger et de l'intérieur, à l'exception des dépêches officielles étaient interceptés, et c'est seulement à la courtoisie des autorités russes que je dois de pouvoir vous adresser cette dépêche.

Ces précautions sont manifestement nécessaires et de toute importance pendant l'intervalle qui s'écoule entre l'annonce de la mobilisation et le commencement des hostilités.

J'ai parcouru aujourd'hui la ville et j'ai eu l'occasion de remarquer, au milieu de mouvements de troupes importants, l'attitude de l'énorme masse du peuple. Tous montrent leur détermination de combattre et de vaincre.

Le tsar a reçu d'un propriétaire foncier de Kouban, nommé Patalakha, le télégramme suivant :

« Sire, j'ai 100 chevaux et 100 cavaliers accomplis. Où me donnez-vous l'ordre de les envoyer? »

Le tsar a répondu par un télégramme de remerciements.

D'après le « Novoïe Wremya », l'enthousiasme guerrier ne se manifeste pas seulement chez les Russes proprement dits, mais encore chez toutes les nationalités qui habitent l'empire.

Les préjugés de race paraissent être oubliés. Plus de 3.000 réservistes tchèques habitant Kiew ont demandé aux autorités locales à être appelés comme sujets russes et incorporés dans les régiments du tsar.

Sur 20.000 réservistes autrichiens résidant à Kiew, 3.000 seulement ont demandé leurs passeports.

Les réservistes allemands qui sont actuellement en Russie n'ont pas encore été convoqués, en raison du retard apporté à la mobilisation allemande.

Il est douteux qu'ils puissent maintenant rejoindre leurs régiments, car toutes les communications par voie ferrée dans la direction du sud et de l'ouest sont interrompues.

La situation en Russie des Allemands — qui sont au nombre de plusieurs millions — est, croit-on, extrêmement sérieuse, en raison principalement de l'opinion, très répandue, qu'il existe en Russie un service d'espionnage allemand très étendu.

L'attaché militaire britannique, le colonel Knox, et le général Tatitchew sont arrivés ce matin. Ce dernier, qui a été attaché à la personne de l'empereur d'Allemagne, a la conviction qu'il

sera difficile, sinon impossible, à ce dernier de revenir maintenant sur l'attitude que son gouvernement a prise au sujet du conflit austro-serbe.

D'après le «Novoïe Wremya», on a éprouvé dans les milieux diplomatiques russes une grande satisfaction à la nouvelle que le Japon, au cas où une guerre éclaterait, donnerait son concours actif à son alliée.

Saint-Pétersbourg acclame les officiers qui partent pour le front.

Les personnels des ambassades d'Allemagne et d'Autriche se préparent au départ.

Une réunion extraordinaire des ministres a lieu en ce moment à Péterhof et on s'attend à ce qu'un manifeste soit lancé. («Times.»)

La mobilisation est générale en Autriche.

Vienne, 31 juillet, 4 h. 30 du soir. — La mobilisation est devenue générale en Autriche-Hongrie, par ordre impérial.

Les placards relatifs à cette mobilisation viennent d'être affichés à l'instant même. (Havas.)

Der erste Balkankrieg.

Wir haben in den „Berliner Monatsheften“ im Jahrgang 1929, S. 699, 779 und 899, sowie im Mai- und Juniheft dieses Jahres die russischen Dokumente über die Vorbereitung des Balkankrieges veröffentlicht. Wir beginnen nachstehend mit der Veröffentlichung der Dokumente über den ersten Balkankrieg, soweit sie in anderen Publikationen, insbesondere in dem von Friedrich Stieve herausgegebenen „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis“ noch nicht enthalten sind.

Die Dokumente selbst sind der russischen historischen Zeitschrift „Krasny Archiv“, Band 15 und 16, entnommen.

Die Schriftleitung.

Geheimtelegramm des Gesandten in Sofia.

Sofia, 1. (14.) Mai 1912, Nr. 49.*)

Der Außenminister**) las mir gestern den französischen Text des Vertrages zwischen Bulgarien und Griechenland vor, der von Athen vorgeschlagen worden ist und aller Wahrscheinlichkeit nach

*) Übersetzung aus dem Französischen.

**) I. E. Geschow, d. Übers.

von König Ferdinand in extenso angenommen werden wird. Im einleitenden Teil wird erklärt, daß der Vertrag ausschließlich Defensivcharakter trägt und die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan und den Schutz der Rechte beider Nationen in der Türkei bezweckt. Punkt 1. Beide vertragschließenden Parteien verpflichten sich, einander mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften im Falle eines Angriffs seitens der Türkei zu Hilfe zu kommen, unabhängig davon, ob der Angriff unmittelbar erfolgt oder in Form offener und systematischer Verletzungen der sich aus dem Vertrage ergebender Rechte oder der Grundprinzipien des Völkerrechts durch die Türkei. Punkt 2. Gegenseitige Unterstützung zum Schutze bestimmter, von ihren Volksgenossen in der Türkei erworbener Rechte — letzteres als bestes Mittel zur Erhaltung des status quo. Punkt 3 und 4. Geheimhaltung des Vertrages und der Vertragsdauer auf drei oder fünf Jahre, nach dem Wunsche von Bulgarien. Eine besondere Ergänzungsklausel stellt fest, daß die Kretaangelegenheiten in diesem Falle keinen casus foederis darstellen.

Der Schluß des ersten Punktes erscheint mir ziemlich gefährlich. Nekljudow.

Geheimtelegramm des Gesandten in Sofia.

Sofia, 8. (21.) Mai 1912, Nr. 52.

Beziehe mich auf Telegramm Nr. 51. *)

Ich halte die Erklärungen Geschows für vollkommen aufrichtig. Man muß aber nichtsdestoweniger schon vorher damit rechnen, daß Bulgarien unter ihm günstig scheinenden Umständen nicht anstehen wird, sich einen Anlaß zu aktivem Vorgehen zunutze zu machen. Diese Erwägung betrifft sowohl den serbisch-bulgarischen wie den griechisch-bulgarischen Vertrag. Der letztere ist noch nicht unterschrieben. **) Es bestehen einzelne Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Textes: die Griechen wollen aus dem Punkt 2 jede Erwähnung der Rechte der mazedonischen Bevölkerung auf Verwaltungsautonomie streichen, während Geschow darauf Wert legt. Nekljudow.

*) Im Telegramm Nr. 51 vom 8. (21.) Mai berichtete Nekljudow über den Inhalt seiner Unterredung mit Geschow über den griechisch-bulgarischen Vertrag. Geschow versicherte Nekljudow, daß Bulgarien sich sehr vorsichtig zu allen aufreizenden Aktionen Athens verhalten werde.

**) Der Vertrag wurde am 16. Mai 1912 unterzeichnet; der Text ist bei I. Geschow „Der Balkanbund“ 1915, S. 96—98, veröffentlicht.

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Cetinje.

Cetinje, den 7. (20.) Juni 1912 Nr. 89.

Gestern besuchte mich der montenegrinische Außenminister und übermittelte mir die Bitte des Königs, der Kaiserlichen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß es ihm, dem König, nach seiner Meinung bei der augenblicklichen politischen Lage in der nächsten Zeit schwer sein wird, den Friedenszustand mit der Türkei aufrechtzuerhalten. Ich antwortete dem Minister, daß ich nicht zögern werde, das dem Kaiserlichen Ministerium mitzuteilen, wobei ich noch einmal auf die dem Bestande Montenegros drohende schwere Gefahr hinwies — gegen die klar ausgesprochenen, auf die Erhaltung des status quo auf dem Balkan zielenden Bemühungen Rußlands und der Mehrzahl der übrigen Mächte, mit irgendwelchen aktiven Plänen hervorzutreten, die das kleine und schwache Königreich in Gegensatz zu der immer noch mächtigen Türkei bringen können, welche letztere ihrerseits in Anbetracht der inneren Gärung und der albanischen Unruhen Montenegro wohl kaum einen ernsthaften Anlaß zu einem bewaffneten Zusammenstoß geben dürfte. Nach den von mir zur Vermeidung von Mißverständnissen unter der Hand angestellten Informationen ist der wieder aufgeflamnte Kriegsenthusiasmus der montenegrinischen Regierung auf die dem König von den Rädelsführern des albanischen Aufstandes gegebenen Zusicherungen, sich der Angliederung eines Teils von Nordalbanien an Montenegro unter der Voraussetzung, daß sie im Kampf gegen die Türkei tatkräftig unterstützt werden, nicht zu widersetzen, zurückzuführen.

Kopie nach Konstantinopel.

In Rom am 10. Juli 1912 unter Nr. 1374 übergeben.

Obnorski.

Geheimtelegramm des stellv. Außenministers an die Gesandten in Athen, Belgrad und Sofia.

St. Petersburg, den 10. (23.) Juli 1912, Nr. 1378.

Wollen Sie gegebenenfalls der örtlichen Regierung erklären, daß wir die augenblickliche verworrene innere Lage*) der türkischen Regierung und die durch die erneute Attacke der Dardanellen hervorgerufene Erregung als Momente betrachten, welche für irgendwelche Aktionen, die den status quo erschüttern und die Er-

*) In diesen Tagen spitzten sich die Beziehungen zwischen dem jung-türkischen Komitee und der auf die Auflösung des Parlaments und den Rücktritt der Regierung ausgehenden Offiziersliga außerordentlich zu.

haltung des Friedens gefährden können, besonders ungünstig sind. Ohne Ihren Worten den Charakter eines offiziellen Schritts zu geben, warnen Sie die Regierung vor Unbedachtsamkeiten.

Neratow.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Gesandten in Sofia.

St. Petersburg, den 14. (27.) August 1912, Nr. 1655.

Mitgeteilt nach Belgrad, Athen, Cetinje, Konstantinopel, Paris, London und Wien.

Unter Bezugnahme auf Ihr Telegramm Nr. 97 *) unterrichtete mich der türkische Botschafter **) gestern vertraulich von der ablehnenden Haltung der Türkei gegenüber dem österreichischen Schritt und von dem niederdrückenden Eindruck, den der „Dezentralisations“-Gedanke in Konstantinopel hervorgerufen hat.

Ich halte daher jegliche Schritte der Mächte dort gegenwärtig für zwecklos und schon vorher zum Mißerfolg verurteilt; dieser Gesichtspunkt wird anscheinend auch von Frankreich und England geteilt.

Man darf nicht übersehen, daß von der Autonomiegewährung an die Albanier jetzt keine Rede mehr ist und daß ein aktives Vorgehen der Balkanstaaten zum Schutze der christlichen Bevölkerung in der Türkei nicht notwendig und daher ungerechtfertigt ist; es könnte nur zu überaus betrüblichen Resultaten für den Angreifenden führen, gegen den sich die öffentliche Meinung Europas wenden würde, da diese fest entschlossen ist, keinen bewaffneten Konflikt auf dem Balkan zuzulassen, bzw. ihn gleich zu Beginn zu ersticken.

Meinerseits betonte ich Turchan-Pascha gegenüber in freundschaftlichster Form und ohne jeden Zusammenhang mit Berchtolds Schritt, wie wünschenswert es im eigenen Interesse der Türkei sowie zur Erleichterung der von den Mächten übernommenen Aufgabe, beruhigend auf die Balkanstaaten einzuwirken, sei, wenn die Türkei aus eigenem Antriebe ihren christlichen Untertanen gewisse Befriedigungen gewähren würde, die geeignet wären, der unter ihnen herrschenden Gärung ein Ende zu bereiten.

Sasonow.

Vertraulicher Brief des Geschäftsträgers in London.

London, den 15. (28.) August 1912.

Ich hatte die Ehre, telegraphisch A. A. Neratow mitzuteilen, daß Sir Edward Grey sich auf eine allgemeine Antwort auf den

*) Nekljudows Telegramm Nr. 97 fehlt in den Akten.

**) Turchan Pascha, d. Übers.

Vorschlag Graf Berchtolds, dessen Wortlaut ihm vom österreichischen Geschäftsträger mitgeteilt worden war, beschränkt hat. Der bisher von London abwesende Minister hat Sir Louis Mallet angewiesen, Graf Trauttmannsdorff*) mitzuteilen, daß er jederzeit bereit sei, alle Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, welche die Wiederherstellung und Sicherung der Ruhe auf dem Balkan bezwecken.

Indem er mich hiervon verständigte, fügte Sir L. Mallet hinzu, daß der Staatssekretär des Auswärtigen um jeden Preis auch nur den Schatten eines Druckes auf die Türkei oder einer Aktion — besonders einer gemeinsamen —, die als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei angesehen werden könnte, vermeiden möchte.

Bei meiner nächsten Zusammenkunft mit Herrn Mallet bemerkte er, daß der Minister mit großer Befriedigung von der gleichen Stellungnahme Eurer Hohen Exzellenz zu der Frage Kenntnis genommen habe. Er fügte hinzu, daß das Londoner Kabinett in Erwartung, daß Graf Berchtold die von ihm in Fluß gebrachte Frage nunmehr genauer entwickeln werde, seinerseits die Absicht habe, diese Frage überhaupt nicht aufzuwerfen, und es für überaus wünschenswert und notwendig halte, daß Rußland, England und Frankreich rechtzeitig ihre Stellungnahme sowohl zum österreichischen Vorschlag wie auch zu ihrer weiteren gemeinsamen Handlungsweise in Einklang brächten.

Das Foreign Office teilt vollkommen die Ansicht Tewfik-Paschas, daß Ratschläge der Mächte an die Pforte über die Richtung ihrer Innenpolitik zum Sturze der Regierung Muchtar-Paschas führen würden, den man hier für den einzigen Staatsmann hält, der fähig wäre, die Dinge noch etwas in Ordnung zu bringen. Mit Befriedigung hat man hier daher von der Erklärung Kenntnis genommen, die auch der türkische Botschafter in Wien Graf Berchtold gemacht hat, daß der von ihm vorgeschlagene Meinungsaustausch nicht zur Stärkung der Regierung, sondern im Gegenteil zu ihrem Sturze führen würde. Nach jedem Gespräch mit Mallet überzeuge ich mich davon, daß man hier von dem Wunsche beseelt ist, jene vertrauensvolleren Beziehungen zur Türkei aufrechtzuerhalten, die sich nach dem Sturze des alten Regimes zum Schaden des vorherrschenden deutschen Einflusses angebahnt und entwickelt haben.

Bekanntlich wird Muchtar-Pascha**) für einen Englandfreund

*) Österr. Botschaftsrat in London, d. Übers.

**) Großvezier, d. Übers.

gehalten, und die in London zutage tretenden Bemühungen, ihn zu unterstützen, sind um so verständlicher.

Der Rücktritt Hilmi-Paschas hat hier, als ein scheinbares Vorzeichen einer allgemeinen Ministerkrise, einen ungünstigen Eindruck gemacht.

Infolgedessen wünscht das Londoner Kabinett, das jederzeit bereit ist, an mäßigenden, der Pforte zu erteilenden Ratschlägen teilzunehmen, anscheinend, sich bei Vorkommen von Grenz- oder internationalen Zwischenfällen vollkommen zurückzuhalten von irgendwelchen Schritten in Konstantinopel betr. Fragen der Innenpolitik oder des politischen Aufbaus der Türkei.

Aus den Worten Sir L. Mallets schließe ich, daß Sir Edward Grey sich im allgemeinen eher ablehnend zur Initiative des österreichisch-ungarischen Ministers verhält, sie jedenfalls für unzeitgemäß ansieht.

Abgesehen davon, daß Sir Mallet (und zweifellos auch Sir E. Grey) den Vorschlag sehr unbestimmt und unklar findet, scheint ihm die Erwähnung der „Dezentralisation“ besonders unangebracht und unvorsichtig, da sie geeignet ist, die Gemüter der verschiedenen Balkanvölkerschaften eher zu reizen als zu beruhigen.

Nichtsdestoweniger will es mir scheinen, daß man hier nicht geneigt ist, in dem Schritt des Grafen Berchtold geheime Absichten zu sehen, da man der Ansicht ist, daß Österreich gegenwärtig auf alle Fälle die Möglichkeit hat, bei Ausführung irgendwelcher Anschläge auf die Albanier zu rechnen, die durch die Erweiterung ihrer ursprünglichen Rechte zeitweilig befriedigt sind.

Was die Erhaltung der Ruhe unter den übrigen Nationalitäten in Mazedonien und Alt-Serbien anbetrifft, ist man hier ebenfalls anscheinend der Ansicht, daß die vom Wiener Kabinett vorgeschlagene Handlungsweise eher zu umgekehrten Resultaten führen kann.

Die Ratschläge zur Besonnenheit mit Hinweisen auf das Beispiel Albaniens wie auch auf die ungewisse Möglichkeit der Erlangung ähnlicher Rechte in Zukunft können für sie wohl kaum schwerwiegende Argumente darstellen, und das um so mehr, als auch die christlichen Balkanvölker gegenwärtig schwerlich auf die Sympathie und Hilfe der Albanier rechnen können.

Ich erlaube mir eine ganz vertrauliche Mitteilung des französischen Geschäftsträgers hinzuzufügen, daß nämlich nach den in der Botschaft vorliegenden Nachrichten der Schritt Graf Berchtolds angeblich durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, die zwischen den Balkanstaaten zustande gekommene Annäherung und unter anderem auch durch den Abschluß der Marinekonvention,

die der hiesige deutsche Botschafter als „unmittelbar und ausschließlich“ gegen Österreich-Ungarn gerichtet bezeichnet, hervorgerufen worden ist. Vor seiner Abreise aus London zum Urlaub hat sich Baron Marschall, wie sich herausstellt, in diesem Sinne gegenüber zwei hier lebenden österreichischen Journalisten ausgesprochen, von denen der eine naturalisierter Engländer ist.

Genehmigen Sie usw.

N. Etter.

P. S. Soeben habe ich Herrn Mallet von dem Inhalt Ihres heute morgen eingetroffenen Telegramms Nr. 1655 in Kenntnis gesetzt. Herr Mallet dankte für die Mitteilung des Wesentlichen aus der Unterhaltung Eurer Exzellenz mit Turchan-Pascha und fügte hinzu, daß Sir Eduard Grey ohne Zweifel die erhaltenen Unterlagen bei seiner bevorstehenden Zusammenkunft mit Tewfik-Pascha *) benutzen wird. Er bekräftigte hierbei aufs neue, daß alle von Ihnen ausgesprochenen Erwägungen voll und ganz den Ansichten des Staatssekretärs entsprechen, der eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei mehr denn je für gefährlich hält.

Die in der Presse erschienene Erklärung Djavid-Beys, daß die Mächte unmittelbar nach dem Sturze des jungtürkischen Ministeriums die von ihnen unter Abdull-Hamid angewandte Methode der Einmischung wieder aufgenommen hätten, bestätigt nach Ansicht Sir Louis Mallets die Richtigkeit Ihres Standpunktes.

Geheimtelegramm des Gesandten in Sofia.

Sofia, den 16. (29.) August 1912, Nr. 104.

Ich beziehe mich auf mein vorhergehendes Telegramm.**)

Kopie nach Konstantinopel mit der Post.

Ich habe mich soeben mit Danew *** und Geschow unterhalten. Danew sagte, daß die Mitteilung für ihn nach seinem Gespräch mit Ihnen nichts Überraschendes enthalte, daß er die Gründe und Erwägungen der Kaiserlichen Regierung vollkommen verstehe und seine Haltung nach Möglichkeit mit unseren kategorischen Ratschlägen in Einklang bringen werde, daß aber die in Bulgarien herrschende Stimmung sehr ernst sei und zu einer starken Unzufriedenheit mit dem Kabinett und besonders mit dem König führen könne, den man jetzt schon öffentlich der Kleinmütigkeit und der Nicht-

*) Türkischer Botschafter in London, d. Übers.

**) In seinem vorhergehenden Telegramm Nr. 103 vom 16./29. August 1912 berichtete Nekljudow über den Eingang des Telegramms Nr. 1655 und über die Erregung, welche bei ihm die in Bulgarien herrschende Stimmung verursacht hat.

***) Präsident der Sobranje, d. Übers.

achtung der nationalen Interessen beschuldige. Geschow war in der Tat durch meine kategorische Mitteilung sehr erregt und bemühte sich, mir zu beweisen, daß ein Vorgehen der Bulgaren im Verein mit den Serben, Montenegrinern und Griechen keinen allgemeinen europäischen Brand entfachen könne, wenn nur die Balkanstaaten keine Veränderung des territorialen status quo, sondern die Gewährung der im § 23 des Berliner Traktats *) vorgesehenen Rechte an die Mazedonier auf ihr Banner schrieben.

Bei einer derartigen Behandlung der Frage würde Rumänien nach Geschows Ansicht sich nicht gezwungen sehen, Bulgarien anzugreifen. Ferner sprach Geschow die Befürchtung aus, daß die Serben und Montenegriner den Krieg beginnen könnten, und es in diesem Falle natürlich unmöglich sein würde, hinter den Bundesgenossen zurückzustehen. Nach Geschows Informationen werden gegenwärtig in Konstantinopel wichtige Entscheidungen getroffen, weswegen auch der hiesige serbische Gesandte vorgestern dorthin abgereist sei. In entschiedenster Weise erklärte ich ihm, daß wir unter keinen Umständen mit einem Vorgehen Bulgariens und der anderen einverstanden sein und hierin eine wirkliche und große Gefahr für die rechtgläubigen Staaten der Halbinsel sehen würden, daß wir ohne Zweifel wissen werden, die leichtsinnigen Entschlüsse in Belgrad und Cetinje zu verhindern, und daß Bulgarien jedenfalls, wenn es den Krieg beginne, das auf eigene Gefahr und Verantwortung tue und kein Recht habe, auf irgendwelche Hilfe unsererseits zu rechnen. Die oben erwähnten Ausführungen Geschows lassen mich argwöhnen, daß zwischen den Bulgaren, Serben und Nikolai von Montenegro ein gemeinsamer Aktionsplan schon ausgearbeitet ist. Die Reise des von jeher kriegerisch gestimmten Spalaikowitsch und Koluschews Eintreffen hier aus Cetinje bringe ich mit diesem Plan in unmittelbaren Zusammenhang. Überdies herrscht tatsächlich Unzufriedenheit und Erregung im Lande und im Offizierkorps. Die Regierung macht sich das zunutze, um auf die Pforte und auf uns einen gewissen Druck auszuüben, doch bedeutet es zweifellos auch eine Gefahr für die Stabilität des jetzigen Kabinetts und die Lage des Königs. In meiner Unterhaltung mit Danew und Geschow verfehlte ich nicht, auf Ihre und Giers' ständige und nachdrückliche Vorstellungen bei der Pforte zur

*) Gemäß § 23 des Berliner Traktats verpflichtete sich die Pforte, das organische Statut von 1868 auf der Insel Kreta sorgfältig anzuwenden und gleichzeitig eine analoge Lage in den übrigen Gebieten der Europäischen Türkei herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sollten in jeder Provinz Spezialkommissionen gebildet werden, in denen die örtliche Bevölkerung stark vertreten sein sollte.

Sicherung und Erleichterung der Lage der mazedonischen Christen hinzuweisen. Ich erwähnte auch ihre immer betonten Gefühle der Liebe und Verehrung für Rußland und bat sie nachdrücklich, keine Entschlüsse zu fassen, die nicht nur für die Bulgaren selbst gefährlich werden, sondern auch letzten Endes zu einer Entfremdung zwischen ihnen und Rußland führen könnten.

Nekljudow.

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in London.

London, den 24. August (6. September) 1912, Nr. 225.

Grey hat Mallet angewiesen, dem österreichischen Geschäftsträger morgen auf Berchtolds Ergänzungsvorschlag *) zu antworten, daß der Minister mit der auf die Erhaltung des Friedens und des status quo im Zusammenhang mit der Durchführung der Reformen gerichteten Politik sympathisiere.

Aus der Mitteilung, die Pallavicini vom Großvezier erhalten hat, geht hervor, daß die Pforte die Durchführung administrativer Reformen bereits im Auge hat, aus welchem Grunde Grey es für zweckmäßiger hält, wenn die Mächte dieses Projekt nur moralisch unterstützen und sich wohlwollend dazu verhalten, aber keine gemeinsamen Vorstellungen unternehmen. Indem Grey die Ansicht Berchtolds, daß eine gleichmäßige Vertretung nach den Nationalitäten im Parlament wünschenswert sei, ebenfalls teilt, schlägt er aber vor, sich auf eine wohlwollende Beurteilung der Bemühungen der Pforte selbst zur Erzielung eines unbeeinflussten Wahlergebnisses zu beschränken. Schließlich billigt Grey vollauf die anlässlich des Meinungsaustausches von Berchtold auf sich genommene Initiative und spricht die Hoffnung aus, daß die vollkommene Übereinstimmung der Mächte in ihrem Vorgehen durch

*) Graf Berchtolds Ergänzungsvorschläge waren in der zweiten Denkschrift der österreichisch-ungarischen Botschaft dargelegt, die dem russischen Außenministerium am 20. August/2. September 1912 übergeben wurde. In der Denkschrift war darauf hingewiesen, daß ein kollektives Vorgehen der Botschafter in Konstantinopel keineswegs in der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung liege: in der Annahme, daß der neue Kurs der türkischen Politik eine friedliche Beilegung der im Lande entstandenen Konfliktskonjunktur erhoffen lasse, beabsichtigte Graf Berchtolds, der Pforte bei ihrem neuen politischen Kurs „moralische Unterstützung“ zu gewähren. Es hieß in der Denkschrift: „Was die mögliche Beteiligung der Mächte betrifft, so glaubt Graf Berchtold, daß nur von freundschaftlichen Sonderschritten der Botschafter und Gesandten die Rede sein könne, von Schritten, die bei jedem geeigneten Anlaß wiederholt werden müßten und die somit am besten das einheitliche Streben Europas nach Erhaltung des Friedens zeigen würden.“

nichts gestört werden wird. Diese Antwort entspricht im Wesentlichen der französischen, doch wäre Grey sehr dankbar, die Meinung Eurer Hohen Excellenz kennen lernen zu können. Grey rechnet damit, daß eine solche allgemeine Antwort weitere Verhandlungen über die von Graf Berchtold aufgeworfene Frage unterbinden wird. Etter.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Geschäftsträger in London.

Moskau, den 27. August 1912.

Ihr Telegramm Nr. 225 erhalten.

Ich habe auf den zweiten österreichischen Vorschlag geantwortet, daß ich in ihm mit Befriedigung den Beweis erblicke, daß Österreich nicht gewillt ist, sich in den den Balkan betreffenden Fragen von den übrigen Mächten zu trennen. Indem ich meine vollkommene Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen aussprach, verhehlte ich nichtsdestoweniger nicht meine Befürchtung wegen ihrer Realisierbarkeit in Anbetracht der unvermeidlichen Schwierigkeiten seitens der Türkei. Sasonow.

Abschrift eines Chiffriertelegramms des Militäragenten in Montenegro an den Generalquartiermeister der Hauptverwaltung des Generalstabes.

Cetinje, den 3./16. September 1912, Nr. 925.*)

In Ergänzung von 919.**)

Die zwischen Montenegro und Bulgarien in Form eines Meinungsaustausches abgeschlossene Militärkonvention befindet sich zur Zeit zur Bestätigung in Sofia; ihr Inhalt ist kurz folgender: beide Seiten verpflichten sich, den Krieg mit allen Kräften zu beginnen, — Montenegro nicht später als am 15. September, Bulgarien nicht später als einen Monat darauf; Montenegro ist verpflichtet, einen möglichst großen Teil der türkischen Streitkräfte zu beschäftigen, Bulgarien zahlt ihm für jeden Kriegsmonat 70 000; in Anbetracht der noch nicht beendeten Bereitschaft Bulgariens ist ein Aufschub des Beginns der Kriegsoperationen möglich.

*) Am gleichen Datum dem Außenminister übersandt.

**) Im Telegramm vom 29. VIII. 1912, Nr. 919 berichtete General Potapow über die kriegerischen Vorbereitungen Montenegros und über die von Bulgarien und Griechenland erhaltenen Zusicherungen, betreffend nicht nur militärische, sondern auch finanzielle Hilfe.

Es ist beschlossen, Serbien von dem Bündnis mit Bulgarien und der Absicht, den Krieg zu beginnen, als von einer vollendeten Tatsache in Kenntnis zu setzen; unser Außenministerium muß von dem Obigen in Kenntnis gesetzt werden sowie von dem hier bereits begonnenen Transport von Kriegsmaterial zur Grenze.

Das Original ist von Generalmajor Potapow unterschrieben.

In Übereinstimmung mit dem Original:

Oberstleutnant im Generalstabe Stachowitsch.

Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft.

Im Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin, ist soeben ein neuer vom Reichsarchiv bearbeiteter Band „Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft“ herausgekommen, in dem die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges dargestellt wird. Am Schluß des Bandes findet sich ein Rückblick, der einen guten Überblick über die deutsche Rüstungspolitik der Vorkriegszeit gibt und den wir hier im Wortlaut wiedergeben.

In einem Ergänzungsband sind die wesentlichsten Dokumente über die militärischen Rüstungen des Reiches von 1867—1914 wiedergegeben.

Die Schriftleitung.

Rückblick.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen war die schöpferische Tat, durch die General v. Scharnhorst vor mehr als hundert Jahren die Grundlagen des neuen Volksheeres legte; erst durch die freie Entfaltung der lebendigen Volkskräfte konnte der Befreiungskampf siegreich bestanden werden. Der Grundsatz, daß es nicht nur die Pflicht, sondern das vornehmste Recht eines jeden wehrfähigen Staatsbürgers sei, durch das persönliche Opfer der Wehrpflicht eine Mitverantwortung für die Sicherheit und den Bestand des Staates zu übernehmen, wurde zu einer Quelle sittlicher Kraft für das gesamte preußische Volk.

In der Reichsverfassung vom 16. April 1871 war die allgemeine Wehrpflicht als Grundlage der neuen deutschen Wehrbestimmungen zwar festgelegt worden, es sollte indessen unter Übernahme der betreffenden Bestimmung der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1867 im Frieden vorläufig nur ein

bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung zur Ausübung dieser vaterländischen Pflicht herangezogen werden. Aus dieser vorübergehenden Einschränkung des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht wurde in der Folge ein Dauerzustand; große Teile der wehrfähigen Bevölkerung blieben von der militärischen Ausbildung ausgeschlossen. Dies konnte im Laufe der Jahrzehnte bei der anhaltenden Zunahme der Bevölkerungszahl Deutschlands verhängnisvolle Auswirkungen zeitigen.

Solange Fürst Bismarck die Geschicke des Reiches leitete, konnte auf eine volle Ausnutzung der Wehrkraft des Volkes um so eher verzichtet werden, als in dem ersten Jahrzehnt nach Aufrichtung des Reiches die Gefahr eines das Dasein Deutschlands gefährdenden Angriffs der Nachbarn nur gering war. Zudem war es der Bismarckschen Staatskunst gelungen, die Rüstungspolitik in die Gesamtpolitik des Reiches, dessen Stütze und Rückhalt das Heer bildete, stets organisch einzugliedern und ihr innerhalb dieses Rahmens die Bahnen ihrer Entwicklung zu weisen.

Die Gefahren, die dem Bestande des jungen Reiches mit seinen nach Ost und West offenen Grenzen inmitten Europas drohten, traten aber allmählich um so deutlicher hervor, je mehr seine Nachbarn in Nachahmung der allgemeinen Wehrpflicht ihre Volkskraft ausnutzten und damit ihre zahlenmäßige Überlegenheit immer mehr zunahm. Angesichts dieser ernsten Lage war es der Preußische Kriegsminister, General v. Verdy, der im Frühjahr 1890 mit einem großzügigen, auf lange Sicht berechneten Rüstungsprogramm hervortrat, das die allgemeine Wehrpflicht im neuen Deutschland voll zur Geltung bringen sollte. Solange andere Sicherheiten noch nicht bestanden, konnte das Reich nur bei strenger Durchführung dieser Forderungen die Kraft gewinnen, einen etwaigen Kampf um seinen Bestand siegreich zu bestehen. Freilich war die allgemeine Wehrpflicht im vollen Umfange und auf die Dauer kaum durchführbar ohne gleichzeitigen Übergang von der dreijährigen zur zweijährigen Dienstzeit; nicht nur finanzielle und politische, sondern auch militärische Gründe waren es, die diese Reform der Wehrpflicht zu jenem Zeitpunkt dringlich erscheinen lassen mußten.

Infolge der Verkennung der Bedeutung dieses entscheidenden Wendepunktes in der deutschen Rüstungspolitik wurde eine große Gelegenheit verabsäumt, die Zukunft des Reiches wehr- und machtpolitisch auf lange Sicht zu sichern. Vollends seit dem Abschluß des russisch-französischen Bündnisses war die Notwendigkeit der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht um so zwingender geworden, als deren immer zielbewußtere Anwendung

erst in Frankreich, dann auch in Rußland im Laufe der Jahre eine neue europäische Lage geschaffen hatte.

In den nachfolgenden beiden Jahrzehnten entfernte sich die Wehrpolitik des Reiches immer mehr von der gesunden Grundlage des Scharnhorst'schen Gedankens. Das vornehmste Ziel der auswärtigen Politik des Reiches war auch in diesen Jahrzehnten wie bisher die Erhaltung des europäischen Friedens. Sicherheit des Erfolges aber bot solche Politik nur, wenn sie jederzeit von einem die volle Wehrkraft des gesamten Volkes verkörpernden Heere gestützt wurde. So sehr nach der Jahrhundertwende die Schlagkraft des Heeres durch verbesserte Organisation, Bewaffnung, technische Ausrüstung und Ausbildung gefördert wurde, so waren diese Jahre, gemessen an der wachsenden Leistungsfähigkeit und Bevölkerungszunahme des deutschen Volkes und der gleichzeitigen Wehrentwicklung seiner Nachbarn — trotz aller Verbesserungen im einzelnen —, nicht eine Zeit wehrpolitischen Fortschritts, sondern des Stillstandes. Die Zahl der diensttauglichen Wehrfähigen überstieg von Jahr zu Jahr mehr die der tatsächlich Eingestellten, ebenso sehr blieb die Gesamtzahl der deutschen Streitkräfte hinter der der voraussichtlichen Gegner zurück. Während Frankreich im Jahre 1910 rund 83 Prozent seiner Wehrpflichtigen militärisch ausbildete, wurden deutscherseits nur noch etwa 51 Prozent in die Armee eingestellt, so daß die verbündeten Streitkräfte Frankreichs und Rußlands denen Deutschlands und Österreich-Ungarns bereits damals um annähernd 1½ Millionen Streiter überlegen waren. In der Besorgnis, eine Heeresvermehrung bei voller Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht könne den inneren Wert der Landmacht beeinträchtigen, war man in jenen entscheidenden Jahren geneigt, bei allen organisatorischen Neuerungen das Hauptgewicht auf die Erhaltung der Güte des Heeres zu legen. Zahl oder Güte, so war damals die Fragestellung, auf die die rechte Antwort im Schlieffen'schen Sinne lauten mußte: Zahl und Güte! Hiernach hatten Deutschlands Nachbarn im Westen und Osten gehandelt, und insbesondere in Frankreich war es gelungen, neben Wahrung des inneren Wertes des Heeres auch die Kopfstärke erheblich zu vermehren. So berechtigt die im Kriegsministerium seinerzeit vertretene Auffassung von der Notwendigkeit einer Beschränkung des Wettrüstens zwischen den europäischen Mächtegruppen an sich sein mochte, so war doch eine einseitige Anwendung dieses Grundsatzes auf Deutschland, ohne internationale Bindungen, angesichts seiner militärpolitisch gefährdeten Lage inmitten Europas mit offenen Landesgrenzen und bei der immer stärker an-

wachsenden Überlegenheit seiner voraussichtlichen Gegner nicht unbedenklich. Es war daher verständlich, daß nach der ersten Marokkokrise dem verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik, Fürsten Bülow, ernste Bedenken kamen, ob die vom Kriegsminister geübte rüstungspolitische Zurückhaltung noch länger zu verantworten sei. Sein Mahnruf zu einem stärkeren Heeresausbau fand indessen im Kriegsministerium nicht den nötigen Widerhall. So kam es, daß hinsichtlich des zahlenmäßigen Ausbaues des Landheeres die Jahre von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1912 beinahe als sogenannte „Rüstungsfeierjahre“ zu bezeichnen waren. Gegenüber dieser von der Deutschen Regierung freiwillig und einseitig geübten Rüstungsenthaltsamkeit zu Lande erscheint Deutschlands ablehnende Haltung auf den beiden Haager Konferenzen der Jahre 1899 und 1907 um so unverständlicher, als sie der deutschen Politik das Mißtrauen fast des gesamten Auslandes eintrug.

Rückschauende Betrachtung der deutschen Rüstungspolitik jener Jahre wird freilich erkennen, daß ein stetiger Ausbau der Wehrmacht zu Lande im Sinne der allgemeinen Wehrpflicht durch den gleichzeitigen Aufbau der in jenen Jahren erstehenden jungen Seemacht wesentlich erschwert wurde. Es soll hier nicht entschieden werden, ob die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und die Finanzkraft des Reiches die gleichzeitige Lösung der beiden großen Aufgaben, Erhaltung und Fortentwicklung einer starken Landmacht und Schaffung einer starken Seemacht, ermöglichte. Für die Beantwortung dieser Frage wäre als Maßstab vor allem ein Vergleich der Ausgaben der führenden Militärmächte Europas für den Unterhalt von Heer und Flotte in der Zeit vor Ausbruch des Krieges heranzuziehen, aus der sich ergibt, daß die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung durch Rüstungsausgaben in Deutschland stets geringer war als in Frankreich oder England.

Wenn man zur Sicherung der deutschen Küsten und des Überseehandels die Schaffung einer stärkeren Seemacht nicht entbehren zu können glaubte, so war die Vorbedingung hierfür ein Landheer von solcher Stärke, daß es alle Angriffe möglicher Gegner abzuwehren vermochte und diese vor einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland bis zur beendeten Durchführung des Flottenausbauers zurückschrecken ließ. Daß der großzügige und schnell durchgeführte Flottenbau, der kurz vor der Jahrhundertwende einsetzte, nicht nur finanzpolitisch, sondern auch außenpolitisch eine starke Belastung des Reiches bedeutete, unterlag keinem Zweifel; über die Gefahren während der zu erwartenden

„Risikozeit“ konnte nur die Stärke des Landheeres hinweghelfen. Das Schicksal des Reiches in einem Kampfe um seinen Bestand wurde zu Lande entschieden. Solange nicht der Weg internationaler Verständigung über Einschränkung der militärischen Rüstungen beschritten war, mußte daher oberstes Gesetz sein, daß die Gesamtpolitik des Reiches getragen wurde von einem Landheere, dessen Schlagkraft und Größe die Sicherheit des Reiches jederzeit und unter allen Umständen — auch im Kampfe nach zwei Fronten — zu gewährleisten vermochte.

Bei dem Ausgleich zwischen den Anforderungen von Heer und Flotte wurden aus solcher Erkenntnis indes nicht die notwendigen Folgerungen gezogen. Das Fehlen einer den Kaiser beratenden, den obersten Behörden übergeordneten, ausgleichenden militärischen Organisation für die einheitliche Bearbeitung aller Fragen der Landesverteidigung, wie sie Frankreich in dem Obersten Landesverteidigungsrat und England in dem Reichsverteidigungskomitee besaßen, machte sich immer nachteiliger fühlbar.¹⁾

Als in den Jahren vor dem Weltkriege durch fortgesetzte schwere außenpolitische Krisen und schließlich durch den Ausbruch des Balkankrieges die drohende Gefahr offenkundig geworden war, wurde die Kriegsbereitschaft des Reiches einer erneuten Nachprüfung unterzogen, und zwar jetzt nicht nur auf militärischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Dank der vorausschauenden Arbeit der Führer des deutschen Finanzwesens sowohl des Reiches und der Bundesstaaten wie der Privatwirtschaft war die finanzielle Mobilmachung schon seit Jahren sorgfältigst vorbereitet worden; die Finanzen des Reiches befanden sich seit der Reichsfinanzreform in der Gesundheit, so daß bei Kriegsausbruch — an den damaligen Erkenntnissen gemessen — eine nahezu lückenlose finanzielle Rüstung bestand.

Anders lagen die Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung steckte bei Ausbruch des Krieges noch in ihren ersten Anfängen. Die großen Probleme der Kriegswirtschaft waren zwar eingehend durchdacht, aber die Durchführung einschneidender Maßnahmen war nicht in Angriff genommen worden; Mobilmachungsvorbereitungen der Industrie und Landwirtschaft waren nur in unzulänglichem Umfange getroffen, insbesondere fehlte es an Vorbereitungen personeller und

¹⁾ Die seit dem Jahre 1873 bestehende und seit 1888 nicht mehr berufene deutsche Landesverteidigungskommission hatte sich lediglich mit Fragen der Landesbefestigung zu befassen.

organisatorischer Art und an Maßnahmen zur Sicherstellung von Rohstoffvorräten selbst auf kurze Zeit.

Eine wirtschaftliche Mobilmachung des Deutschen Reiches mußte selbst den ungünstigsten Fall berücksichtigen: eine lange Dauer des Krieges und völlige Absperrung der Zufuhr. Die Gefahren einer so ernsten Lage hätten aber selbst durch Aufstapelung gewaltiger Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln kaum gebannt werden können. Eine solche Maßnahme mußte vielmehr die Friedenswirtschaft in ihrer freien Entwicklung hemmen, ja, sie konnte sie unter Umständen erheblich schwächen. Zudem drohte eine durchgreifende wirtschaftliche Rüstung neben der militärischen die Finanzen des Reiches schwer zu erschüttern. Die wichtigste Vorbedingung eines erfolgreichen Wirtschaftskrieges bestand aber gerade in der Gesunderhaltung der gesamten deutschen Friedenswirtschaft. Finanzen, Industrie und Landwirtschaft mußten möglichst stark in den Krieg eintreten. Nur dann bestand Aussicht, daß die Wirtschaft der gewaltigen Schwierigkeiten, vor die ein langer Krieg sie stellte, und deren ganze Größe im Frieden kaum zu übersehen war, Herr wurde. Nicht unberechtigt erscheint daher die von Sachkennern heute vertretene Auffassung, daß die Überwindung der der deutschen Wirtschaft im Kriege erwachsenden überaus schwierigen Aufgaben am ehesten gewährleistet war, wenn die Friedenswirtschaft vor etwaigen sie schwächenden und in ihren Folgen unübersehbaren Experimenten einer durchgreifenden, auch die Anhäufung großer Vorräte umfassenden wirtschaftlichen Mobilmachung, wie sie ein lange dauernder Krieg an sich notwendig erscheinen ließ, bewahrt blieb. Fühlbar werdende Lücken der Kriegsbereitschaft ließen sich dann dank der Gesundheit, Stärke und Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die allein eine schnelle Umstellung von der Friedens- zur Kriegswirtschaft ermöglichten, auch während des Krieges ausgleichen, vorausgesetzt, daß hierfür bereits im Frieden vorbereitende organisatorische Maßnahmen getroffen waren.

Aus dem Bestreben, die wirtschaftlichen Gefahren und Schwierigkeiten nach Möglichkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen, ergab sich für die militärische Kriegsrüstung die Forderung der Schaffung eines möglichst schlagkräftigen und starken Heeres, das durch rasche, wuchtige Schläge eine schnelle Kriegsentcheidung herbeizuführen vermochte. Dieser Forderung konnte nur durch einen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit gesteigerten Ausbau der Wehrmacht genügt werden. Die Heeresvorlagen der Jahre 1912 und 1913 waren in großzügiger Weise bestrebt, Versäumtes nachzuholen und Lücken zu schließen. Aber sie kamen zu spät,

um bis zum Ausbruch des Weltkrieges noch voll wirksam werden zu können, zumal da man sich trotz der dauernd gespannten außenpolitischen Lage und trotz aller Mahnungen des Generalstabes auch jetzt noch nicht zur vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hatte entschließen können.

Bei Kriegausbruch verfügten die Gegner der Mittelmächte über eine zahlenmäßige Überlegenheit von annähernd drei Millionen Streitern, während allein in Deutschland über fünf Millionen im wehrpflichtigen Alter stehende Männer vorhanden waren, die keinerlei militärische Ausbildung genossen hatten.

Wenn der im Jahre 1890 von General von Verdy erhobenen Forderung der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in vollem Umfange entsprochen worden wäre, so hätte das deutsche Heer im Jahre 1914 eine solche zahlenmäßige Stärke besessen, daß Deutschlands Gegner wohl kaum einen Waffengang gewagt haben würden. Statt dessen war die deutsche Wehrpolitik in jenen Jahrzehnten — weit entfernt von jedem Gedanken einer politisch-offensiven oder gar präventiven Verwendung des Kriegsinstrumentes — allein von dem passiv-defensiven Bestreben geleitet, in ihren Rüstungen, wie General von Verdy schon im Jahre 1890 betonte, „nicht allzusehr hinter dem Rüstungsausbau der Nachbarn zurückzubleiben“.

Auch Reichskanzler von Caprivi hatte im Frühjahr 1892 warnend geschrieben: „Wir müßten von der Überlegenheit der deutschen Führung, des inneren Wertes unserer Truppen zuviel erwarten, wenn wir nicht anerkennen wollten, daß unsere Chancen nicht gut stehen. Zu Anfang eines Feldzuges hat die Qualität der Truppen viel Gewicht, auf die Dauer aber kommen die größeren Zahlen zu ihrem Recht . . .“

Wenige Monate vor Ausbruch des Weltkrieges hatte eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der alten Armee gleichfalls ihre mahnende Stimme erhoben²⁾: „Die Gefahren unserer Lage inmitten Europas mit offenen Grenzen zwischen Romanen und Slawen liegen klar zutage, und der Angriff wird kommen in dem Augenblick, wo wir schwach sind oder unsere Feinde uns schwach wähnen. Wenn die Kriegsgeschichte des 19. Jahrhunderts uns eine Lehre gibt, so ist es die: Seid stark und wachsam, dann wird man gerecht gegen Euch sein und Euren Frieden nicht stören.“

Diese unerbittliche Schlußfolgerung ist nicht rechtzeitig gezogen worden. Die schöpferischen Volkskräfte, die in schicksals-

²⁾ Freiherr von der Goltz, „Kriegsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert“, II. Band, Berlin 1914, S. 622.

schwerer Zeit ein Scharnhorst durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erweckt hatte und denen Preußen und das Deutsche Reich ihr Dasein verdankten, waren seit dessen Neugründung nicht in gleichem Maße lebendig geblieben, während seine Nachbarn in West und Ost sich diese Kräfte in vollem Umfange zu eigen gemacht hatten. Das Deutsche Reich trat in den Weltkrieg mit einem Landheer, das durch Organisation, Bewaffnung, technische Ausrüstung, Ausbildung und inneren Wert einen hohen Grad von Schlagkraft erreicht hatte; selten wohl hatte ein Feldherr im Kriege über ein Werkzeug von solcher Leistungsfähigkeit, solcher Hingabe, so unvergleichlichem seelischen Schwung und so hohem kriegerischen Können verfügen dürfen. Allein die Unterlegenheit an Zahl war so groß, daß nur eine geniale Führung einen Ausgleich zu schaffen und im Kampfe gegen die Überlegenheit den Sieg zu erringen vermochte.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Publishers Preface. By Eugene J. Deuth.

„American News“, East Prussia Number, September 1930.

Der Herausgeber der „American News“, der einzigen in Europa gedruckten amerikanischen Zeitschrift, stellt der „Ost-Preußen Nummer“ eine Einführung voran, in der er ganz bestimmte Forderungen für eine Revision der Friedensverträge aufstellt. Bezüglich der Kriegsschuldfrage verlangt er folgendes: den formellen Widerruf der von den Westmächten erhobenen Anklage, daß Deutschland für den Weltkrieg allein verantwortlich ist, mit anderen Worten, eine Widerlegung der Versailler Kriegsschuldlüge. („The formal withdrawal by the Western Powers of the accusation that Germany alone was responsible for the World War — in other words, the refutation of the War Guilt Lie.”)

Origins of the World War: I. Documents of Allies' Pre-War Plans. Stella-Margold. II. Poincarés Important Admission. A. von Wegerer.

„Current History“, New York, September 1930.

Der erste Aufsatz enthält die englische Übersetzung der Berichte russischer Militärattachés zu Beginn des Jahres 1912, die im Oktoberheft 1929 der „Berliner Monatshefte“ abgedruckt sind.

Der Aufsatz Wegerers behandelt einige wesentliche Punkte aus der Diskussion Poincaré — Gerin.

The End of the House of Austria. By Joseph Redlich.

„Foreign Affairs“, New York, July 1930, Nr. 4.

Anläßlich der 100 jährigen Wiederkehr des Geburtstages von Kaiser Franz Joseph gibt der Wiener Universitätsprofessor Joseph Redlich einen Überblick über die Geschichte des Hauses Habsburg. Zum Schluß seines Aufsatzes schreibt Redlich folgendes:

„Die Politik des Kaisers versagte in jeder Hinsicht: Infolge der überheblichen Haltung der Magyaren gegenüber allen nicht magyarischen Rassen in Ungarn, infolge der unnachgiebigen Stellungnahme der deutschen Parteien und der führenden Bürokratie gegenüber den Tschechen und Südslawen nach dem Zusammenbruch des von Graf Taaffe angestellten langjährigen Versuches der Wiederversöhnung der Völker, sowie als Folge des ständigen Kampfes zwischen den verschiedenen Nationalitäten untereinander und ihrer aller gegen die herrschende zentrale Bürokratie. Die Besetzung der beiden türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina im Jahre 1878 in Form der Einleitung einer neuen, aber nur eine halbe Maßnahme darstellenden „aktiven Politik“ Österreichs im Balkan, hatte die dauernde Feindschaft des zarischen und panslawistischen Rußland mit sich gebracht und führte zu der Annektierung dieser Länder, wodurch bewiesen wurde, daß das Bündnis der Häuser Habsburg-Lothringen und Hohenzollern die letzte diplomatische und militärische Sicherung für die Erhaltung des Reiches bedeutete. Als schließlich der in seinem Ursprung auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns zurückzuführende Weltkrieg ausbrach, war der Glaube an die Möglichkeit der Erhaltung des Bestandes der Doppelmonarchie innerhalb wie außerhalb des Reichs schon ins Wanken geraten. So wurde nach dem Tode Franz Josephs der Zerfall des alten Hauses Österreich unvermeidlich, trotz des Schleiers, mit dem ihn die starre Diktatur der Kriegsregierung zu verdecken suchte.

Die Grundlage der Daseinsberechtigung der Doppelmonarchie schien bereits zerstört, als zu Beginn des Krieges Ungarn sich um die Hungersnot im Westen des Reichs überhaupt nicht kümmerte, und gar erst recht, als im letzten Kriegsjahr die kümmerlichen Lebensmittelbestände den Gegenstand ständiger Streitereien zwischen den österreichischen Provinzen und zwischen den Städten und dem Land bildeten. Als dann die Hoffnungen, welche die Entente in den Gemütern der Polen, Tschechen und Jugoslawen erweckt hatte, sich zu verwirklichen begannen, fing auch die zuverlässige Gesinnung innerhalb des Heeres, das, wie die Dinge lagen,

letzten Endes doch das Reich und seine Dynastie verkörperte, zu schwinden an.

Die zusammenhanglosen und sich widersprechenden Versuche des unerfahrenen jungen Nachfolgers Franz Josephs, welche darauf ausgingen, dessen politisches System durch eine Umbildung des Reichs in eine freiwillige Zusammenfassung getrennter nationaler Staaten zu ersetzen, scheiterten von vornherein an der feindlichen Einstellung der Führer in Deutschland und am Einspruch der Magyaren. Als dann schließlich die militärische Kraft Deutschlands zusammenzubrechen anfang, konnte auch nichts mehr das Abschlußstadium des Auflösungsprozesses der Doppelmonarchie aufhalten. Von der alten übernationalen (d. h. über den Völkern der Monarchie stehenden) Herrschaft der Habsburger blieb nichts mehr übrig: dann traten wie durch die Bewegung eines Zauberstabes hervorgerufen die von der britischen, französischen und italienischen Propaganda proklamierten neuen Nationalstaaten aus dem Nebel heraus, der in jenen letzten Wochen den endgültigen Abstieg der Mittelmächte auf dem Wege zur Vernichtung verhüllt hatte.

Der demokratische Nationalismus, vier Kriegsjahre hindurch wild gemacht, brachte schließlich die alte dynastische Verbindung, welche der magyarische Dualismus schon fünfzig Jahre lang innerlich unmöglich gemacht hatte, zum plötzlichen Auseinanderfallen. Und jetzt sehen sich die Völker und Regierungen der Nachfolgestaaten einer großen Aufgabe gegenüber: nämlich den Weg zu einer neuen mitteleuropäischen Union zu finden, in einer Form, die den neuzeitlichen Begriffen von der Freiheit und Gleichheit aller Völker entspricht. Das Haus Österreich im neunzehnten Jahrhundert ist sich über diese Frage niemals klar geworden und hat niemals ernsthaft versucht, sie zu lösen. Das Schicksal der Demokratie in diesem Teil Europas hängt von dessen Bereitschaft und Fähigkeit ab, eine Lösung zu finden für eine Aufgabe, die das ausgelöschte Haus Österreich ungelöst hinterlassen hat.“



BELGIEN.

Assez de Mensonges!

„Le Soir“, Brüssel, 30. August 1930.

„Le Soir“ wendet sich gegen einen Aufsatz, den Wilhelm Schaer in der „Kölnischen Zeitung“ über die belgische Neutralität geschrieben hat (siehe den Aufsatz unter Deutschland). Das Urteil Schaers über die Verletzung der belgischen Neutralität versucht „Le Soir“ dadurch abzuschwächen, indem er eine Äußerung des

Frankfurter Völkerrechtlers Professor Dr. Strupp aus seinem „Wörterbuch des Völkerrechts“ erwähnt, in dem Strupp die Auffassung vertritt, daß die „Conventions anglo-belges“ die Verletzung der belgischen Neutralität nicht entschuldigen könnten. Dies ist auch unsere Auffassung, aber es ist eine andere Frage — und hierauf geht „Le Soir“ nicht ein —, inwieweit Belgien durch seine militärischen Abmachungen mit England die Aufgaben und Pflichten einer neutralen Macht selbst verletzt hat.



DEUTSCHLAND.

„Ehrliche französische Friedensworte.“

„Germania“, Berlin, 6. September 1930, Nr. 414.

Bei dem Katholikentag in Münster hielt der französische Priester Abbé Demulier eine Rede, in der er unter anderem folgendes sagte:

„Es gibt im französischen Volk keinen Haß gegen Deutschland, sondern es gibt nur ein sehr großes Mißverständnis, nämlich, daß die Franzosen glauben, daß Deutschland die Alleinschuld am Kriege habe. Täglich lassen noch heute die französischen Zeitungen die Franzosen in ihrem Glauben. Mit erhobener Stimme fuhr der Abbé fort, wir sollen für Frankreich beten, daß auch die Franzosen die Demut haben, sich als schuldig am Kriege zu bekennen. Im Jahre 1917 hat Papst Benedikt XV. in seinem Friedensprogramm dem Wunsche Ausdruck gegeben: Deutschland und Frankreich möchten sich über die elsaß-lothringische Frage verständigen, daß der Krieg ohne Entschädigung erledigt werden solle, weil das Wort Reparationen eine moralische Schuld voraussetzte. Er sagte, daß der Krieg ohne Entschädigung beendet werden solle, daß die Abschaffung des Kriegsbudgets ein Ersatz für den Verzicht auf die Entschädigung sein solle. Und heute sehen wir, wie Frankreich jährlich einen Betrag von etwa 15 Milliarden für sein Kriegsbudget aufwendet. Der Verzicht auf die Entschädigung hätte nicht soviel gekostet. Mehrfach habe ich in Frankreich Vorträge für die deutsch-französische Verständigung gehalten, aber ich kann den Franzosen nicht den Glauben geben, ich kann den Franzosen nicht die Nächstenliebe, nicht den Opfermut, die Demut geben. Beten Sie bitte für Frankreich. Gestern sagte ein Redner, daß nach dem Kriege des Jahres 1870 auf dem Mont-Martre eine Kirche zu Ehren des heiligen Herzens Jesu gebaut worden wäre mit der Inschrift: Büßendes Gallien. Heute sollen die Deutschen Buße tun, nicht indem sie eine Kirche bauen, sondern indem sie für Frankreich beten.“

Die Ablehnung des englischen Bündnisvertrags (1898—1901). Von Konrad Lehmann.

„Preußische Jahrbücher“ Band 221, Heft 2, August 1930.

Ein neuer Beitrag zur Frage der sogenannten deutsch-englischen Bündnisverhandlungen. Wir erwähnen den Aufsatz hier nicht wegen seiner besonderen Bedeutung, sondern weil wir uns mit den hier zum Ausdruck gebrachten Auffassungen nicht ganz einverstanden erklären können. Ausgehend von einem teils miß-, teils halbverstandenen Bismarck verurteilt der Verfasser die deutsche, angeblich von Anfang an die englischen Bündnisangebote stur ablehnende Haltung. Die in den Akten hierfür angeführten Gründe bezeichnet der Verfasser als Vorwände. Der wahre Grund sei die großenwahnsinnige deutsche Weltpolitik-Manie gewesen, inauguriert und mit säbelrasselnden Reden durch Wilhelm II. geschürt, der in dem — vielleicht sogar von ihm selbst erfundenen — Schlieffen-Plan das Allheilmittel zur schnellen und siegreichen Erledigung des Daseinskampfes in der Hand zu haben wähnte und es darum ruhig riskierte, durch die Flottenpolitik sich England zum unversöhnlichen Gegner zu machen.

Zum Problem selbst verweisen wir auf unsere mehrfache Stellungnahme in Aufsätzen und Besprechungen.

In einer Besprechung in der „Deutschen Literaturzeitung“ Nr. 29 vom 19. Juli 1930 hat Prof. Gerhard Ritter die Fragestellung ausgezeichnet mit folgenden Worten präzisiert: „Die Kontroverse beginnt erst in der Beurteilung der englischen Politik: war von jenseits des Kanals jemals mehr zu erwarten als Bereitschaft zu einem Zusammengehen in eng begrenzten Einzelfällen, mit rein taktischen Augenblicksfällen? Bestand zu irgendeinem Zeitpunkt die Möglichkeit, eine deutsch-englische Interessengemeinschaft von so dauerhaftem Charakter zu begründen, daß Deutschland im Moment europäischer Krisen zum mindesten auf Englands wohlwollende Neutralität rechnen durfte? Und war der Abschluß einer solchen dauernden Interessengemeinschaft seit der Begründung des russisch-französischen Zweibundes wirklich für Deutschland lebensnotwendig, weil der einzige Ausweg aus einer verfahrenen Lage? Bot er zum mindesten bessere Chancen als der Versuch, den Zweibund durch Rückkehr zum Bismarckschen System deutsch-russischen Einverständnisses zu lockern, seiner gefährlichen anti-deutschen Spitze zu berauben?“

Die Diskussion dreht sich demnach nicht mehr um die Möglichkeit eines Bündnisses. Darauf müssen wir seit Erscheinen der englischen Akten von 1901 verzichten, sondern es handelt sich

höchstens um eine Entente. Es war gewiß nicht so, wie der Verfasser dieses Aufsatzes noch anzunehmen scheint, daß aller guter Wille bei den Engländern, eine Ablehnung nur bei den Deutschen lag. Die englischen Akten beweisen einwandfrei, daß Deutschland die Gegenseite umwarb. Es ist auch völlig abwegig, wenn Lehmann Wilhelm II. wegen seiner persönlichen Abneigung gegen Eduard VII., die von ihm in gleicher Weise erwidert wurde, zum enragierten Englandfeind stempelt. In der Phase 1901 hat man Wilhelm II. fast unorientiert gelassen, so daß der Kaiser gar nicht in die Lage versetzt wurde, entsprechend einwirken zu können.

Was Lehmann über den Schlieffen-Plan in diesem Zusammenhang sagt, ist nicht ganz verständlich. Da demnächst die Veröffentlichung von Erinnerungen eines ehemaligen deutschen Diplomaten neue Aufschlüsse über die Entstehung des Schlieffen-Plans bringen werden, dürfte sich erübrigen, jetzt schon näher darauf einzugehen.

Es wird heute sehr viel und unbedacht von der „Torheit der deutschen Politik“ berichtet, aber nur die wenigsten nehmen sich die Mühe, ihre sachlichen Voraussetzungen zu ergründen und ihre vielfachen Schwierigkeiten unbefangen zu prüfen. Nur auf diesem Wege aber können wir hoffen, zu neuen Erkenntnissen in der Vorgeschichte des Weltkrieges vorzudringen.

Wie der Dreibund gesprengt wurde. Das Meisterstück Camille Barrères. Von Dr. Arthur Rosenberg.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 23. August 1930, Nr. 391.

Auf Grund des 1. Bandes der 2. Reihe der französischen Aktenpublikation untersucht Rosenberg die Rolle, die Barrère als Botschafter in Rom um die Jahrhundertwende gespielt hat.

„Appomatox und Locarno.“ Eine friedenswissenschaftliche Analyse. Von Heinrich Rogge.

„Nord und Süd“, August 1930.

Heinrich Rogge interpretiert sehr eingehend die Rede, die Professor Nicholas Murray Butler im April im deutschen Komitee für internationale Aussprache gehalten hat. Rogge geht ausführlich auf den Unterschied zwischen dem Versailler Vertrag und dem Nachfrieden von Locarno ein und betont hierbei, daß der Locarno-Vorspruch nicht mehr von Kriegsschuld und Verbrechen des Krieges redet.

„Das Diktat von Versailles und die Kriegsschuldlüge.“ Von Oberst a. D. Dr. h. c. Bernhard Schwertfeger.

„W. S. C.-Nachrichten“, August 1930.

Schwertfeger gibt eine gedrängte Zusammenstellung der wichtigsten Etappen der Vorgeschichte des Weltkrieges und schließt seine Ausführungen mit den Worten:

„Schwer, unendlich schwer ist es, eingerottete Vorurteile und Irrmeinungen wieder zu beseitigen, die in einer unübersehbar großen Literatur schon ihren geschichtlichen und damit endgültig scheinenden Niederschlag gefunden haben. Uns deutsche Menschen dürfen aber die zu überwindenden Hindernisse nicht schrecken. Wie wir im Weltkriege, dicht aneinander geschart, Jahre hindurch einer immer drückender werdenden Übermacht standgehalten haben, ohne von den Armeen der Entente in der Mitte Europas erdrückt zu werden, so werden wir auch durch das Gestrüpp der Weltlüge einen befreienden Ausweg finden. In diesem Sinne bedeutet die Größe unserer Leistungen im Weltkriege und das stolze deutsche Bewußtsein unserer glorreichen Vergangenheit den besten Aufbaufaktor für unseren Wiederaufstieg. Niemals war es deutsche Art, zu verzagen. Aufwärts und vorwärts, zu neuen Zielen!“

„Die psychologische Wirkung der Aktenpublikation.“ Von Friedrich Stieve.

„Süddeutsche Monatshefte“, August 1930.

Friedrich Stieve schildert, welche ungeheure psychologische Wirkung von dem zur Tat gewordenen Entschluß der deutschen Regierung, die diplomatischen Urkunden aus den Jahren 1871 bis 1914 der Öffentlichkeit zu unterbreiten, ausgegangen ist. Wie Stieve feststellt, hat sich diese Wirkung nicht nur in schönen Überlegungen geäußert, sondern auch in dem Entschluß eines großen Teiles der übrigen Länder, ebenfalls ihrerseits Vorkriegsdokumente herauszugeben. Der Verfasser schließt seine Ausführungen mit den Worten:

„... Die Dokumenten-Bücher der anderen sind und werden im gleichen Maße eine Fundgrube für das Wesen der anderen, für die Einsicht in ihre Sonderheit. Hier eröffnet sich ein neues Feld für gegenseitiges Erkennen und Verstehen, denn das Material, das uns geboten wird, ist von einer bisher in der Geschichte nie dagewesenen Fülle und Unmittelbarkeit. So kann die größte Katastrophe, die die Völker zerriß, mit der Zeit dazu führen, sie innerlich einander näher zu bringen, wenn ein reines Streben nach Wahrheit langsam, umsichtig und tiefgreifend im Bewußtsein der Denkenden eine Brücke

baut. Dann wird zwar nicht die Schuld im veralteten Sinne von 1919 allmählich getilgt, wohl aber jene, die Schiller die „ewige Schuld der Zeiten“ nennt, die allein durch menschliches Begreifen Stein für Stein abgetragen werden kann. Niemals hat die Kunst der Geschichte — und bei den Griechen war Geschichte mit Recht eine Kunst und keine Wissenschaft — eine schönere Aufgabe gehabt als jetzt, da es für sie gilt, im geistigen Bewußtsein einem besseren Europa den Weg zu bereiten.“

Die Lebendigerhaltung der Kriegsschuldfrage. Von Professor Dr. H. Hennig.

„Der Deutschen-Spiegel“, Berlin, 29. August 1930, Heft 35.

Professor Dr. Hennig tritt für die Lebendigerhaltung der Kriegsschuldfrage ein und weist auf das besonders rege Interesse hin, das der Kriegsschuldfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika entgegengebracht wird.

Der Verfasser beschwert sich über das geringe Interesse der deutschen Öffentlichkeit für die Kriegsschuldfrage. Seine Ausführungen erscheinen uns übertrieben.

Eine Sondernummer der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ zur Kriegsschuldfrage.

„Bergisch-Märkische Zeitung“ (Elberfeld), 31. August 1930, Nr. 204.

Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ veröffentlicht eine Sondernummer zur Kriegsschuldfrage. Sie enthält in ihrem Hauptteil eine Arbeit von Rolf Lichnowski: „Deutschland ist unschuldig! Ein Merkblatt für das deutsche Volk und ein Appell an die Nationen der zivilisierten Welt.“ Lichnowski versucht, eine Antwort auf folgende drei Fragen zu geben: 1. Wer hat den Plan zum großen Koalitionskriege gegen Deutschland ersonnen? 2. Wie ist der Krieg planmäßig vorbereitet worden? 3. Wie ist die Auslösung des Krieges erfolgt?

Gestützt auf den diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis und im wesentlichen auf das Buch von Harry Elmer Barnes, das nur in französischer Sprache erschienen ist: „L'Angleterre et la Guerre Mondiale“ kommt Lichnowski zu dem Ergebnis, daß Grey, Poincaré und Iswolski für den Plan, die Vorbereitung und die Auslösung des Krieges verantwortlich sind. Sehr ausführlich behandelt er die Entstehung des Attentats von Sarajewo und benutzt hier als Quellen das Werk von Boghitschewitsch: „Die Auswärtige Politik Serbiens 1903—1914“ und die in dieser Zeitschrift erschienenen Arbeiten über Sarajewo, insbesondere den Aufsatz von Wegerer: „Der Anlaß zum Weltkrieg“ aus dem Jahrgang 1925.

Den zweiten Teil dieser Sondernummer bildet ein Aufsatz „Europa und die Kriegsschuld“, der in fünf Sprachen veröffentlicht wird und sich in seinem Hauptinhalt gegen den Pan-Europa-Plan Briands wendet, der nicht zu verwirklichen sei „ohne Tilgung des erzwungenen Kriegsschuldbekenntnisses“.

Neue Ergebnisse der Kriegsschuldforschung. Von Wilhelm Schaer.
„Kölnische Zeitung“, 24. August 1930, Nr. 461.

Schaer widmet der Schrift des Major a. D. Hosse „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg“ eine ausführliche Besprechung und kommt zu folgender Schlußfolgerung:

„Aus dem urkundlich Feststellbaren geht eindeutig hervor, daß Belgien die Verpflichtung aus dem Artikel VII des Neutralitätsvertrags gröblich verletzte, die ihm gleiche Wahrung der Neutralität nach allen Seiten hin und daher mindestens die Pflicht auferlegte, entweder von den Versuchen der beiden anderen Bürgemächte oder den mit ihnen gepflogenen Besprechungen Deutschland in Kenntnis zu setzen oder aber mit diesem ähnliche Verhandlungen zur Wahrung seiner Neutralität einzuleiten. Wenn man hieraus auch vielleicht nicht auf einen unmittelbaren Bruch der Neutralität schließen kann, so doch auf einen groben Bruch des Vertrauens, das Deutschland im Glauben auf eine unparteiische Wahrung der Neutralität Belgien entgegenbrachte, auf eine Preisgabe des Geistes einer solchen Neutralität.“



FRANKREICH.

Paroles Impies. (Gottlose Worte.)

„Le Temps“, Paris, 12 Septembre 1930.

Der „Temps“ nimmt unter der Überschrift „Paroles Impies“ zu der Rede des Abbé Demulier auf dem deutschen Katholikentag in Münster Stellung. Der Hauptteil der Rede, der die Kriegsschuldfrage betrifft, ist im Wortlaut wiedergegeben. Anschließend daran schreibt der „Temps“: „Man kann sich denken, mit welchem Beifall diese Rede aufgenommen worden ist, von der M. Gaston Moesch in der „France de l'Est“ mit Recht schreibt, daß sie „an Hochverrat grenzt“.“ Der Abbé Demulier habe viel von sich reden gemacht durch seine „correspondance franco-allemande“, die sehr deutschfreundlich eingestellt sei, er sei ferner bekannt durch seinen Briefwechsel während des Krieges mit dem Dr. Ricklin, der als Freiwilliger in der deutschen Armee diene. Ohne Zweifel sei seine persönliche Einstellung von sehr geringer Bedeutung. Der „Temps“

schließt seine Ausführungen mit einer Frage: „Wer hat den Abbé Demulier zum Katholikentag des Reichs gesandt? Welche Organisation vertrat er? Wir glauben keinen Augenblick, daß ihn der Katholikenbund (Fédération des catholiques) beauftragt hat. Ebenso wenig glauben wir, daß der Abbé Demulier das Sprachrohr der französischen Kirchenbehörden gewesen ist. Welches war also sein Auftrag? Und von wem erhielt er ihn? Und wie konnten die offiziellen Delegierten eine solche Rede mit anhören, ohne dazwischen zu treten und diese unerhörten gegen Frankreich gerichteten Anschuldigungen zurückzuweisen?“

Monsieur Poincaré. Gottlieb von Jagow.

„Evolution“, Août 1930.

Eine vollständige französische Übersetzung des Aufsatzes von Staatssekretär von Jagow aus der Julinummer der „Berliner Monatshefte“.

Réponse à M. Georges Demartial. Emil Ludwig.

Réponse à M. Emil Ludwig. G. Demartial.

„Evolution“, Août 1930.

★

ÖSTERREICH.

Leopold Mandl †.

Am Montag, den 15. September, ist Leopold Mandl knapp vor Vollendung seines 70. Lebensjahres heimgegangen. Sein Buch „Die Habsburger und die serbische Frage“, das bereits 1918 im Verlag von Moritz Perles in Wien erschien, gab nach dem Kriege die ersten Aufschlüsse zur Geschichte des Gegensatzes zwischen Serbien und der Doppelmonarchie. Mandl war kein Historiker im eigentlichen Sinne, aber ein geistvoller Schriftsteller, der den Balkan kannte und sein Österreich liebte.

Nach dem Kriege verfolgte er mit besonderem Interesse alles, was über die Schuldfrage geschrieben wurde. In der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ trat er dem serbischen Gesandten Jova Jovanović verschiedentlich entgegen. Unseren Bestrebungen stand Leopold Mandl sympathisch gegenüber.

In den letzten Jahren hatte der alte Herr die Gewohnheit, schon in den frühen Morgenstunden im Café Impérial in Wien zu sein, wo er seine zahlreichen Freunde empfing, die der Weg nach Wien führte, und die mit ihm ein Stündchen verplaudern wollten. Unser Wunsch, er möchte sein reiches Wissen noch einmal in einem neuen Werk zusammenfassen, ist durch seinen Tod leider unerfüllt geblieben.

RUSSLAND.

Nikolaus Valeriewitsch Tcharykow †.

Am 12. September 1930 ist in Konstantinopel der ehemalige russische Botschafter bei der Pforte Nikolaus Valeriewitsch Tcharykow gestorben. Tcharykow, der einen Teil seiner Jugend auf der Royal High School in Edinburg verbrachte, trat im Jahre 1875 in das Außenministerium in Petersburg ein. Nach kurzer Tätigkeit als Attaché der diplomatischen Kanzlei des Reichskanzlers Gortschakow nahm er als Freiwilliger am russisch-türkischen Kriege 1877/78 teil und kehrte nach Beendigung des Krieges in den diplomatischen Dienst zurück. Nachdem Tcharykow verschiedene Posten in Zentralasien bekleidet hatte, kam er 1893 als Botschaftsrat nach Berlin. Die weiteren Etappen waren: Ministerresident beim Vatikan, Gesandter in Serbien und in Holland. 1909 als Botschafter nach Konstantinopel versetzt, trieb Tcharykow in den folgenden für die Balkangeschichte bedeutsamen drei Jahren eine Politik, die ihn in Gegensatz brachte zu den panslawistischen Strömungen, und im Besonderen zu seinem Kollegen Hartwig in Belgrad. Während letzterer seine Aufgabe in dem Zustandebringen eines gegen die Türkei und Österreich gerichteten Bundes der slawischen Balkanstaaten erblickte, trat Tcharykow für eine Balkanföderation mit Einschluß der Türkei ein. Hartwigs Politik siegte; der Balkanbund, als dessen eigentlichen Vater man Hartwig bezeichnen kann, wurde geschlossen und führte wenige Monate später zum Ausbruch des ersten Balkankrieges. Diese Ereignisse sahen Tcharykow nicht mehr auf seinem Posten in Konstantinopel, bereits im März 1912 war er abberufen und unter Ernennung zum Senator kaltgestellt worden. Eine kurze politische Tätigkeit war ihm noch im Jahre 1918 beschieden, als während der deutschen Okkupationszeit in der Krim eine Provinzialregierung gebildet wurde, in der Tcharykow Chef des auswärtigen Amtes wurde. Die letzten zehn Jahre seines Lebens verbrachte er in Konstantinopel.



UNGARN.

Monsieur Poincaré. Par M. Gottlieb de Jagow, ancien secrétaire d'Etat au Ministère des Affaires Etrangères d'Allemagne.

„Revue de Hongrie“, Budapest, 15. Juli/15. August 1930.

Die „Revue de Hongrie“ bringt eine französische Übersetzung des Aufsatzes von Staatssekretär von Jagow aus dem Juliheft der „Berliner Monatshefte“.

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

„Der Weltkrieg 1914—1918.“ Bearbeitet im Reichsarchiv.
Erster Band: Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. E. S. Mittler
& Sohn, Berlin 1930, 486 S.

Die französischen Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges 1911—1914. Herausgegeben von der „Kommission für Veröffentlichung der Dokumente zur Entstehungsgeschichte des Krieges 1914—1918“ in Paris. Vom französischen Ministerium des Äußeren einzig berechtigte deutsche Ausgabe, übersetzt und herausgegeben von Dr. Artur Rosenberg, Paris. I. Band (4. November 1911 bis 7. Februar 1912). Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1930.

Eine deutsche Ausgabe der französischen Aktenpublikation ist zu begrüßen, weil hiermit weiteren Kreisen des deutschen Volkes Gelegenheit gegeben ist, sich mit dem französischen Aktenmaterial vertraut zu machen. Die äußere Aufmachung des Werkes ist sehr geschmackvoll, der Druck klar und übersichtlich.

Die autorisierte deutsche Ausgabe wird den Inhalt der Originalausgabe vollständig wiedergeben und die Zeit vom 4. November 1911 (Marokkoabkommen) bis zum 3. August 1914 (Kriegsausbruch) in 8—10 Bänden von je 500—600 Seiten umfassen.

Nach der Anzeige des Verlags im „Buchhändler-Börsen-Blatt“ werden jährlich etwa zwei Bände erscheinen. Daraus würde hervorgehen, daß der letzte Band der französischen Aktenpublikation, der über den Kriegsausbruch handelt, etwa in 5 Jahren vorliegen wird. In Anbetracht der vielen Fälschungen, die sich über den Kriegsausbruch im französischen Gelbbuch von 1914 vorfinden und die eine der Hauptursachen der Kriegsschuldlüge gewesen sind, wäre es dringend erwünscht, wenn die Pariser Kommission für Veröffentlichung der Dokumente sich entschließen würde, dem Beispiel von Deutschland, England und Rußland folgend, den Band über den Kriegsausbruch so schnell als möglich und nicht zu allerletzt herauszugeben.

Dr. H. E. Enthoven, „Van Tanger tot Agadir.“ Kemink en Zoon N. V., Utrecht 1929, 218 S.

— „De Val van Delcassé.“ Kemink en Zoon N. V., Utrecht 1930, 26 S.

Giuriati, Giovanni: „La Vigilia (Gennaio 1913 — Maggio 1915).“
Collezione italiana di diari, memorie, studi e documenti per
servire alla storia della guerra del mondo, diretta da angelo
gatti. Verlag Mondadori, Mailand, 1930.

Der ehemalige Arbeitsminister Mussolinis bringt hier zum ersten Male Aufschlüsse über Organisation, Arbeitsweise und Wirkungsgrad des italienischen Irredentismus in der Zeit vom Januar 1913 — als er zum Präsidenten der Organisation „Trento-Trieste“ gewählt wurde — bis zum Mai 1915 —, dem Eintritt Italiens in den Krieg. — Während dem Bund „Dante Alighieri“ die kulturelle Arbeit in der irredentistischen Bewegung oblag, fiel der ersteren die Aufgabe zu, für die Gewinnung der österreichischen Gebietsteile italienischer Zunge die politischen Vorbereitungen zu treffen. Wir begegnen einer großen Reihe von Führern der Bewegung, die hüben und drüben die Fäden in der Hand haben, die von Italien nach den beiden österreichischen Provinzen laufen. Durch geheime Kundschafter, Briefe und Telegramme in Geheimschrift werden Botschaften, Anordnungen und Verhaltensmaßregeln erteilt. Es enthüllt sich hier dasselbe unterwühlende und aufreizende Treiben einer geheimen Organisation an der Südwestecke der Donaumonarchie, wie wir es an ihrer Südostecke von serbischen geheimen Verbänden her bereits kennen, allerdings ohne deren gewalttätigen Charakter, aber mit der gleichen Verwandtschaft und auch der Sympathie in den Zielen. Dies kommt wohl am besten zum Ausdruck in dem auch hier gegenüber Österreich-Ungarn elementar zum Durchbruch kommenden abgrundtiefen Haß, der am Tage der Ermordung des Thronfolgers, beim Empfang des Telegramms selbst den sonst so kühlen Giuriati mitreißt. „Ich konnte mich nicht enthalten, vor Freude aufzuspringen und zu rufen: Es lebe Italien. Es war nicht die Freude über den Tod dieses hartnäckigen und unerbittlichen Feindes meines Vaterlandes, sondern über die Gewißheit seiner Folgen; denn Österreich konnte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne einen von seinem Standpunkt aus unvermeidlichen Krieg herbeizuführen.“

Zur Kriegsschuldfrage bringt Giuriati nichts neues. Seine Ausführungen über die Ursachen des Kriegausbruchs beschränken sich auf die Behauptung des österreichischen Kriegswillens, sowie auf dessen Unterstützung durch Deutschland in den Potsdamer Besprechungen vom 5. und 6. Juli. Für ihn und die von ihm geleitete Bewegung ist die Donaumonarchie der geschworene Feind Italiens, sind die beiden Zentralmächte die Kriegsschuldigen. In seiner Beweisführung stützt er sich ausnahmslos auf die Memoiren des Feldmarschalls Conrad, dem er neben dem ermordeten Thronfolger

die schwärzesten Absichten hinsichtlich Italiens unterschiebt. Für ihn ist im übrigen die Kriegsschuldfrage auch ganz belanglos. „Ich huldige nach dieser Hinsicht vielleicht mittelalterlichen Ansichten, jedenfalls solchen, die himmelweit entfernt sind von denen Wilsons oder der anderen Moralprediger, die sich mit ihm um den Tisch von Versailles gesetzt haben. Ich habe es stets als lächerlich empfunden, die Schuld am Kriege in der Verletzung eines Rechts zu erblicken, das niemals geschrieben wurde und niemals geschrieben werden kann. Denn alle Kriege sind, solange die Welt besteht, aus der Bewertung politischer Situationen, von Zufälligkeiten oder von gegenwärtigen bzw. künftigen Staatenbeziehungen entstanden, d. h. als Folge eminent praktischer Überlegungen und nicht aus abstrakten oder juristischen Kriterien. Die Schuld am Kriege trifft nach meiner Ansicht diejenigen, die ihn verloren haben.“

Aufschlußreich ist das Buch für die Haltung der italienischen Regierung vor und nach der Neutralitätserklärung. Bis zum August 1914 wird sie von den Führern der irredentistischen Bewegung mit Verachtung bestraft. Der damalige Außenminister San Giuliano entgeht wegen seiner korrekten Haltung gegenüber der Donaumonarchie in ihrer Abwehr des Irredentismus, wegen der vorzeitigen Erneuerung des Dreibundes nur knapp dem Vorwurf eines Feiglings und Verräters. Dies ändert sich vom Tage der Neutralitätserklärung ab. „Diese Erklärung konnte nach meiner Auffassung nur ein vorbereitender Akt für den späteren Kriegseintritt auf seiten der Entente sein. Der Bund „Trento-Trieste“ hätte seine Daseinsberechtigung verleugnet, wenn er jetzt nicht alle Initiative ergriffen hätte, um das Land auf diese Entscheidung vorzubereiten und die Regierung zum Kriege gegen Österreich zu zwingen.“ Dieses letztere Ziel sollte erforderlichenfalls durch einen Handstreich in den beiden österreichischen Provinzen erfolgen. Vorher mußte man sich aber über zwei Dinge klar werden: über die wirklichen Absichten der Regierung und über die Haltung der Ententemächte Frankreich und England. Der Versuch, letztere zu ergründen, wurde am 25. August durch eine Unterredung in der französischen Botschaft gemacht, aber nicht mehr weiter verfolgt, da man trotz ermutigender Antworten des Botschaftsrats de Billy — der Botschafter Barrère ließ sich verleugnen — in den Kreisen der irredentistischen Bewegung Bedenken hatte. Die Stimmung der Regierung wurde durch Vertrauensmänner kontrolliert, von denen einer, der Abgeordnete Brandolin, schon im August melden konnte: „Die Absichten der Regierung sind gut, sie wird am Kriege teilnehmen, aber die politische und militärische Vorbereitung fordert noch einige Monate Geduld.“

Es beginnt nun eine systematische Bearbeitung des Volkes, den Krieg nicht nur zu erwarten, sondern ihn zu wollen. In Triest, Ystrien, Dalmatien und Trient werden die Irredentisten zu einem Komitee zusammengeschlossen mit dem Sitz in Venedig. Ein reger geheimer Verkehr kommt in Gang, der sich die Aufgabe setzt, Aufstände vorzubereiten, zu Desertionen aus dem österreichischen Heere zu verleiten und die Deserteure zu einer Legion zusammenzustellen und auszubilden.

Am 3. Dezember sollte der Handstreich in Szene gesetzt werden, um den Kriegsfall herbeizuführen. Da berief Ende November Ministerpräsident Salandra, der von dem Vorhaben Kenntnis erhielt, Giuriati zu sich und machte ihm klar, daß Italien noch nicht bereit sei und er evtl. mit Gewalt das Vorhaben vereiteln müsse. Er bat ihn, alles zu tun, um die Pläne nicht zur Erfüllung kommen zu lassen, worauf Giuriati erwidert: „Ich könnte Erfolg haben, wenn Sie mich ermächtigen, meinen Freunden zu erklären, daß ich mich nach dieser Unterredung fest von der beabsichtigten Teilnahme Italiens am Kriege überzeugt habe.“ Worauf Salandra nach kurzer Überlegung antwortet: „Ich ermächtige Sie, diese Erklärung als Ihre Überzeugung abzugeben, über meine Ansichten wird man im geeigneten Augenblick erfahren. Und dann wird man sehen, wie ich unseren Idealen — Euren Idealen (korrigierte er schnell) gedient habe und bis zu welchem Punkte diese die meinigen gewesen sind.“ Er erklärte dann weiter, daß der Krieg unter den bestmöglichen Bedingungen geführt werden müßte und daß wir ja das Glück hätten, den Zeitpunkt selbst zu wählen. Daß das Heer noch nicht so ausgebildet sei, wie dies einige Monate später der Fall wäre, und daß das Leben der Soldaten nicht aufs Spiel gesetzt, sondern bis zu dem Tage geschont werden müsse, „an dem wir alle, Republikaner oder Monarchisten, nur denselben Gedanken haben“.

Eine neue Welle des Aufruhrs und der Verzweiflung durchflutet die Reihen der Irredentisten, als die Mission des Fürsten Bülow scheinbar Erfolg verspricht. Erneut wird unter der Parole: „An die Front!“ der Versuch erörtert, diese Verhandlungen zu durchkreuzen. Und erneut warnt Salandra, warnen die Vertrauensleute der Irredentisten Barzilai und Corradini vor verhängnisvoller Überstürzung. Die Regierung müsse diese Verhandlungen weiterführen, um die zur moralischen und militärischen Vorbereitung des Krieges noch erforderliche Zeit zu gewinnen. „Die uns zugehenden Informationen über die Absichten Salandras und Sonninos sind die bestmöglichen und ermahnen uns, keine Dummheiten zu begehen.“ Welches diese Absichten waren, erfuhr Giuriati bald aus dem italienischen Grünbuch.“ In der Urkunde 11, die auf drei Unter-

redungen unseres Außenministers mit den Vertretern der Zentralmächte Bezug nimmt, konnte ich den Satz lesen: „Ich fügte hinzu, daß das Gefühl des italienischen Volkes sich nicht allein mit dem Trentino begnügen würde und daß dauernde Beziehungen der Herzlichkeit zwischen Österreich und Italien nur hergestellt werden könnten durch völlige Ausschaltung der irredentistischen Formel „Trient und Triest“.

Giuriati hat in seinem Buch leider vergessen, die heutige irredentistische Formel „Südtirol“ zu erwähnen. Welche Bewunderung man seiner Schilderung des zähen und opferreichen Kampfes der italienischen Irredenta auch entgegenbringen mag, Verständnis und Sympathie könnte sie nur erwecken, wenn sie in demselben Maße für die Rechte und die Freiheiten der Südtiroler eintreten würde, gegen deren Vergewaltigung durch die faschistische Regierung die Behandlung der italienischen Irredentisten in Trient und Triest durch die Donaumonarchie ein Kinderspiel war. W. S.

Glaise-Horstenau, Edmund von: „Franz Josephs Weggefährte.“ Das Leben des Generalstabschefs Grafen Beck. Nach seinen Aufzeichnungen und hinterlassenen Dokumenten. Mit 94 Abbildungen. Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien. 508 S.

Je mehr die Erforschung der Vorgeschichte des Weltkrieges fortschreitet, um so deutlicher zeigt es sich, wie notwendig es ist, nicht nur die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorhergehenden Ereignisse und Wechselwirkungen zu betrachten, sondern auch die weiter zurückliegenden Vorgänge in den Kreis der historischen Forschung einzubeziehen. Während für die Geschichte des Deutschen Reiches die Große Aktenpublikation ein fast überreiches Material aus der Zeit von 1871—1914 enthält, kommen die österreichischen Akten nur für die letzten sechs Jahre vor Kriegsausbruch in Betracht, für die frühere Zeit müssen wir unsere Kenntnis der politischen Geschichte der Donaumonarchie aus anderen Quellen schöpfen, die aber gerade im letzten Jahr sehr reichlich geflossen sind. Unter diesen Veröffentlichungen nimmt das vorliegende Werk Glaise-Horstenaus, des Direktors des Wiener Kriegsarchivs, eine Sonderstellung ein. Was dem Buch seinen besonderen Reiz verleiht, ist der Umstand, daß das Lebenswerk Graf Becks, des Weggefährten Franz Josephs, seinen Abschluß zu einer Zeit bereits fand, als die letzten, die Weltkriegskatastrophe auslösenden europäischen Krisen noch nicht eingetreten waren. So entrollt sich vor uns in meisterhafter Darstellung ein Leben, dessen Auswirkungen zwar im Weltkrieg münden, das aber selbst in einer Zeit verlief,

die die Habsburgmonarchie noch in ihrem vollen Glanze zeigt und das gleichsam wie in einem Spiegel alle Licht- und Schattenseiten des alten Österreich wiedergibt.

Wie Glaise-Horstenau mit Recht in der Einleitung sagt, mußte die Lebensbeschreibung Friedrich Becks, der nach mehr als fünfzigjähriger Dienstzeit 1920 als Generaloberst Graf Beck-Rzikowsky die Augen für immer schloß, „ein Stück Geschichte des francisco-josephinischen Österreichs werden“. Ohne Einschränkung muß festgestellt werden, daß Glaise-Horstenau ein Werk von bleibendem Wert geschaffen hat, das jeder immer wieder zur Hand nehmen wird, der sich in die Geschichte Alt-Österreichs von 1848 bis kurz vor dem Weltkrieg versenken will. Es ist hier nicht der Ort, auf die Schilderungen aus Becks Frühzeit im österreichischen Venetien, auf die „schöne, wilde Leutnantszeit“ im Schatten Benedeks, auf Magenta und die Feldzüge von 1859 und 1866 einzugehen. Erst mit der Schilderung der Ereignisse nach Königgrätz beginnen sich die Knoten zu schürzen, die zur Schicksalsgemeinschaft Deutschlands und Österreichs mehr als fünfzig Jahre später führen sollten. Als Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist die Dreikaiserzusammenkunft von 1872 in Berlin anzusehen, anläßlich welcher Glaise-Horstenau schreibt (S. 176):

„Die Freundschaft mit dem neuen Deutschen Reiche wurde in dem Kreise, dem Beck persönlich nahestand, sicherlich nicht mit ungeteiltem Empfinden zur Kenntnis genommen. So hatte sich, wie auch Beck betont, zumal der Erzherzog Albrecht noch keineswegs mit dem Gedanken zu befreunden vermocht, durch enge Beziehungen mit Berlin das Siegel unter das geschichtliche Urteil von Königgrätz zu drücken. Von allen außenpolitischen Möglichkeiten hätte dieser streng konservative Mann einem Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland unbedingt den Vorzug gegeben. Mit dem Zarenreiche zusammen sollte Preußen-Deutschland und sollte die innere Revolution im Zaume gehalten werden . . . Ein solches österreichisch-russisches Bündnis gegen Deutschland spielte in den Plänen der damaligen Wiener Regierung wohl kaum jemals eine Rolle. Wohl aber wurde seit der Berliner Begegnung ernsthaft mit dem Wiederaufleben der Heiligen Allianz in der Form eines Dreikaiserbündnisses gerechnet, und dabei gab es auch Zeitphasen, in denen der Weg von Wien über Petersburg nach Berlin gangbarer zu sein schien als der über Berlin nach Petersburg.“

Als Franz Joseph und in seiner Begleitung Beck zwei Jahre später in Petersburg weilten, war es das Bestreben des russischen

Reichskanzlers Gortschakow, sich mit dem österreichischen Außenminister Andrassy gut zu stellen, und auch dieser war bemüht, alle Differenzen mit dem Zarenreiche zu vermeiden, und soll damals sogar versichert haben, „er denke nicht an Bosnien und die Herzegowina“. Im Gegensatz hierzu stand Beck auf dem Standpunkt, „daß mit einer Erhebung der Vasallenfürsten Serbiens und Montenegros gegen die Türkei zu rechnen sei und die Donaumonarchie in einem solchen Falle unbedingt auf die Erwerbung Bosniens bis zu den Gebirgskämmen zwischen Bosna und Drina bestehen müsse; anders wäre die dalmatinische Küste zu völligem Absterben verurteilt“.

Wie ähnlich damals Mitte der 70er Jahre die Lage an der Südostgrenze der Monarchie derjenigen im Sommer 1914 war, zeigt ein Ausspruch des Generals Mollinary, des Höchstkommmandierenden in Agram. Als dieser nämlich von der für das Frühjahr 1875 geplanten Kaiserreise nach Dalmatien erfuhr, sagte er zu Beck und anderen Herren: „Dann brennt's.“ Die Prophezeiung ging damals allerdings nicht in Erfüllung.

Von dieser Reise weiß Glaise-Horstenau ein pikantes Detail zu berichten. In der Lehrerbildungsanstalt von Borgo Erizzo entdeckte Beck auf einer Wandkarte Österreich-Ungarns feine Striche, „die das südliche Tirol, Istrien und Dalmatien gegen Norden hin abgrenzten und offenkundig erinnern sollten, daß diese Gebiete ‚unerlöstes‘ italienisches Land seien“.

Die Reise festigte in Beck die Überzeugung, daß Bosnien und die Herzegowina zu Österreich kommen mußten, da andernfalls nicht nur Dalmatien, sondern auch Kroatien-Slavonien für die Monarchie verloren gehen würden. Dabei hielt er eine den Interessen Österreichs wie auch Rußlands gerecht werdende Lösung für möglich:

„Für Österreich-Ungarn Saloniki, für Rußland der Ostbalkan — das mochte die Formel für eine Politik auf weite Sicht sein, auf deren Grundlage dem General eine Einigung denkbar zu sein schien. Ging hingegen Rußland darauf aus, mit Hilfe von Serbien und Montenegro auf dem Westbalkan einen slawischen Wall zu errichten, der die Donaumonarchie gegen Osten hin abschloß, und auch ihren eigenen südslawischen Besitz schwer bedrohte, dann kam es hart auf hart — eine Wendung, die Friedrich von Beck nach Möglichkeit vermieden wissen wollte und die zu verhindern, er seinen ganzen Einfluß einzusetzen gedachte.“

Mit größter Sorge verfolgte Beck während des russisch-türkischen Krieges die in ungarischen Kreisen wachsende Kriegs-

neigung. In einer Aufzeichnung über eine lange Unterredung mit dem Kaiser Franz Joseph heißt es (S. 200):

„Dann fragte ich: ‚Für welches Prinzip soll dieser Krieg geführt werden? Fordern Eure Majestät die halbe Türkei bis Saloniki, so weiß man, wofür man kämpft. Für die Vertreibung der Russen allein ist es nicht genügend. Was soll mit dem Chaos werden? Der Krieg wird mehr als 600 Millionen verschlingen. Das hiesige Parlament votiert sie nicht, die Minister müssen demissionieren . . .‘ Der Kaiser war sehr nachdenklich und meinte, er glaube, der Friede sei noch zu erhalten. Ich bemerkte, das Ganze sei ungarische Politik, ein Revanchekrieg für Vilagos. Nachdem ich so mein Herz ausgeschüttet hatte, fühlte ich mich von einem Alp befreit.“

Die zahlreichen von Beck im Laufe der Jahre verfaßten Denkschriften zeigen, wie richtig er in der Regel die politische Entwicklung beurteilt hat. So verweist er in einer im März 1880 verfaßten Denkschrift auf das Rüstungsfieber, „von dem ganz Europa ergriffen war, und gedachte der wahrscheinlichen Gruppierung, die die Mächte für den Fall eines Zusammenstoßes einnehmen mochten: Deutschland und Österreich-Ungarn als Vertreter des konservativen Prinzips auf der einen Seite, das republikanische Frankreich, das von Nihilismus unterwühlte Rußland und das zahlreiche revolutionäre Elemente bergende Italien auf der anderen. Österreich-Ungarn müsse sonach auf einen Dreifrontenkrieg gegen Rußland, Italien und den Balkan gefaßt sein, wobei nicht abzusehen sei, inwieweit man auf die Unterstützung Deutschlands gegen Rußland rechnen dürfe“.

Wie Beck stets den Wert des Bündnisses mit Italien gering einschätzte und in seiner Arbeit als Chef des Generalstabes immer mit dem Kriegsfall gegen Italien rechnete, so war auch das Abkommen mit Rumänien für ihn von zweifelhaftem Wert, denn er erkannte richtig, „daß das Abkommen mit Rumänien nur auf die zwei Augen des hohenzollernschen Herrschers gestellt war“. Er war daher stets bemüht, sich Klarheit über den Umfang der von Deutschland zu erwartenden Waffenhilfe zu verschaffen. Er bot seinen ganzen Einfluß auf, um jede irgendwie aggressive Handlung der Regierung zu verhindern, da Bismarck oft genug betont hatte, daß nur ein angegriffenes Österreich-Ungarn auf Deutschlands Waffenhilfe rechnen dürfe. Österreich glaubte der Hilfe Deutschlands keineswegs sicher zu sein, und besonders Bismarck gegenüber verhielten sich viele Österreicher mißtrauisch. Zu diesen zählte auch der Erzherzog Albrecht, der in einem Brief an Beck vom 29. November 1887 schreibt:

„Dabei würden wir, abgesehen von dem Zustande, in welchen in diesem Fall unsere Armee versetzt würde, nur einen zögernden, widerwilligen Bundesgenossen an Kaiser Wilhelm wie Bismarck bekommen und könnten, wenn uns Bismarck im Laufe des Feldzuges in altpreußisch-historischer Weise plötzlich sitzen läßt, das Bad allein ausgießen. Jedenfalls sind wir in einer niederträchtigen, zwickmühlartigen Situation mit dem elastischen *Casus foederis*, dessen Auslegung in Bismarcks Händen liegt . .“

Wie weitsichtig Beck in seiner Beurteilung der russischen Politik war, zeigt eine Denkschrift vom Jahre 1896, in der er Rußlands Berechtigung, sich bei einer durch die Lage erzwungenen Aufteilung der europäischen Türkei der Westküste des Schwarzen Meeres und der Meerengen zu versichern, freimütig anerkennt. Er vertrat den Standpunkt, daß das Vordringen Rußlands gegen Konstantinopel durch Kriege vielleicht verzögert, nie aber ganz verhindert werden könnte. Er erachtete es daher für Österreich-Ungarn als zweckmäßig, „sich an den Gebieten jenseits der Gebirgswälle östlich vom Morawa- und Vardartale als desinteressiert zu erklären und auch auf dem Westbalkan keine andere Gebietserwerbung als die von Bosnien und der Herzegowina samt den nötigen Teilen von Novibasar zu verlangen“.

Schwer hatte Beck in seiner Tätigkeit als Chef des Generalstabes an den Hemmungen zu tragen, die sich dem von ihm zur Sicherung der Monarchie erstrebten Ausbau der Wehrmacht entgegenstellten. Mehr als einmal deutet es Glaise-Horstenau an, daß es die Politik Ungarns war, die nicht nur die wehrgesetzliche Entwicklung hemmte, sondern zeitweilig sogar die normale Mannschaftsergänzung in Frage stellte.

Wie vielen treuen Staatsdienern ist auch Beck die Bitternis des erzwungenen Abganges vom Schauplatz der öffentlichen Tätigkeit nicht erspart geblieben. Ergreifend weiß Glaise-Horstenau die Tragik seines Sturzes zu schildern. Beck ist es nicht vergönnt gewesen, im Vollbesitz der Schaffenskraft sein Lebenswerk selbst im Ernstfalle erproben zu können. Glaise-Horstenau schließt sein Werk mit den Worten:

„Mit dem Untergang Alt-Österreichs versank auch sein (Becks) Lebenswerk in den Orkus der Vergangenheit. Dennoch war es wert, die Erinnerung daran in diesem Buche noch einmal wachzurufen. So wenig das francisco-josephinische Österreich aus der Geschichte Europas gestrichen werden könnte, so wenig wäre die Gestalt Becks, des Weggefährten Franz Josephs, aus diesem Österreich hinwegzudenken.“

V. A. W.

Orr, John: „The Broken Pledge.“ Williams and Norgate, London 1930.

Ein Appell an den gesunden Menschenverstand des englischen Volkes und besonders seiner Führer, dem „Krieg im Frieden“, d. h. dem durch Versailles geschaffenen Zustand ein Ende zu bereiten. Der Verfasser vergleicht die nüchterne Politik britischer Staatsmänner bei der Beendigung früherer Kriege mit dem kurz sightigen, vom Haß des eben abgeschlossenen Kampfes erfüllten Geiste, aus dem das Versailler Diktat hervorging. Das Buch ist geschrieben aus dem Gesichtswinkel des ihm als Motto vorausgeschickten Ausspruchs Asquiths: „Dies ist nicht der reinliche Frieden, durch den ich und andere den Krieg mit diesem Kriege zu beschließen meinten.“

Nach einer eingehenden Untersuchung der englischen und französischen politischen Ziele während der letzten drei Jahrhunderte, kommt Orr auf die ursprünglichen englischen Kriegsziele zu sprechen. Er zeigt an der Hand von Aussprüchen englischer Staatsmänner die langsame Wandlung in der englischen Politik, die schließlich zur völligen Unterordnung Großbritanniens unter Frankreichs Haßpolitik führte. Mit dieser schnöden Aufgabe aller englischen Prinzipien bei der Formulierung der ungerechten Bestimmungen des Versailler Vertrages setzten sich die englischen Machthaber über alle Versprechungen hinweg, die sie ihren eigenen Soldaten gegeben hatten. Diese glaubten für Freiheit und Gerechtigkeit, für einen wirklichen Frieden zu kämpfen. Nichts von alledem ist erreicht worden: Der Krieg geht weiter, wenn auch mit anderen Mitteln.

Heute wie vor 250 Jahren ruft Frankreich heuchlerisch nach „Sicherheit“. Damals schritt es zur Verwüstung der Pfalz, von Heidelberg, Speyer, Trier und Worms, und Marschall Villars berichtet in seinen Memoiren, daß man so dem König von Frankreich „die Überzeugung beibrachte, daß die Sicherung (sécurité) des Staates von der Schaffung von Wüsten zwischen unseren (den französischen) Grenzen und den Heeren unserer Feinde abhing“. Aber der Vorwand der Sicherheit, meint Orr, war im Jahre 1689 ebenso unbegründet, wie die gleiche von den Franzosen gebrauchte Ausrede es in der Gegenwart ist. Der Vorwand wurde in dem einen wie in dem anderen Falle zur Rechtfertigung der Exzesse eines unersättlichen Militarismus benutzt. Für Frankreichs Sicherheit gibt es nur eine einzige und wirklich schwerwiegende Gefahr: Seine eigene Politik. Und diese zeigt sich überall; in der Völkerbundspolitik, bei der Reparationsfrage, in den Rüstungen, in der Demütigung Deutschlands durch den Kriegsschuldparagraphen

— alles beruhend auf dem Versailler Diktat und nur zu oft mit der Billigung Englands.

Zur Frage der Schuld am Kriege meint Orr, daß die Alliierten durch den Artikel 231 „Deutschland zwangen, etwas zu unterschreiben, was es als eine falsche und demütigende Beschuldigung gegen sich selbst betrachtete“. Auch der britische und vor allem der französische Militarismus („Die französische Politik war die des Militarismus“) hatte seinen Anteil am Ausbruch des Krieges. „Die französische Diplomatie war allerdings 1914 so schlau wie vor 1475 und wie sie es seit 1918 ist. Im Jahre 1870 machte Frankreich den schweren Fehler, sein Verlangen nach Krieg und sein Vertrauen auf dessen Ausgang offen zu zeigen. Es stellte sich hierdurch vor der Welt ins Unrecht und es war zu weise, diesen Fehler zu wiederholen. Aber von allen Leidenschaften, die in den Herzen der Völker brannten, war keine so ungestüm wie die Entschlossenheit der Franzosen, ihre Niederlage von 1871 zu rächen. Wie sehr auch dieses Verlangen verschleiert und geschickt beherrscht wurde, spielte es doch eine große Rolle bei der Herbeiführung des Krieges. Für den Friedenszweck war es nicht notwendig, eine falsche oder wenigstens umstrittene und herausfordernde Beschuldigung gegen einen völlig geschlagenen Feind in den Vertrag aufzunehmen.“

Propyläen-Weltgeschichte, herausgegeben von Walter Goetz, Bd. V, Das Zeitalter der religiösen Umwälzung, Reformation und Gegenreformation 1500—1660. Im Propyläen-Verlag, Berlin 1930, 633 S.

Von dem großen Unternehmen, dessen ersterschienener Band im Januarheft angezeigt wurde, liegt nun nach Halbjahresfrist der zweite vor. Er behandelt das Zeitalter der Reformation und Gegenreformation. Eine Epoche, erfüllt von unendlich reichem, dramatisch bewegtem Leben, getragen von einer großen Zahl gewaltiger Menschen. In ihr bilden sich die modernen Staaten, schon seit dem späteren Mittelalter national geschlossen, durch, im Kampf mit den Ständen dem Absolutismus zustrebend. Hier wie auf geistigem Gebiet der Zug zum Individualismus. Die große Politik ist beherrscht von dem Weltgegensatz zwischen Frankreich und Habsburg, in dem vorläufig noch Spanien triumphiert, und vom Ringen um die Herrschaft über die Ostsee. Beide Machtkämpfe reichen über die Epoche hinaus. Dennoch ist sie fest zu einer Einheit geschlossen durch die religiöse Idee, die führende des Zeitalters. Aller Inhalt der Zeit ist durchtränkt, verknüpft mit der großen religiösen Bewegung, die ihr die weltgeschichtliche Signatur verleiht. Auch damals ringen nackte politische Interessen miteinander, aber über

dem Politischen und Materiellen steht das Geistige. Die religiöse Idee treibt die Massen, gibt die Schlachtrufe, an ihr scheiden und sammeln sich auch die politischen Welparteien. Der religiöse Strom reißt noch alles mit sich. Zwei große seelische Mächte, zwei Weltanschauungen kämpfen den geistlich-geistigen Kampf, zu dem Luther aufgerufen aus deutscher Not in deutscher Geistigkeit. Nach dieser ungeheuren Leistung sinkt Deutschland auf lange tief erschöpft zurück. Calvin tritt an Luthers Stelle. Aber ihm erstet der gewaltige Gegner: Ignatius von Loyola und Philipp II., das Schwert der Gegenreformation. Die Tat Luthers ist das Neue, das in die Geschichte eintritt. Der Geist erweist sich als das Gestaltende. Aber das Neue bricht erst eben durch, es vollendet sich erst im Zeitalter der Aufklärung, die aber ohne die Reformation, den Protestantismus, nicht zu denken ist. Unabhängig von Troeltsch scheinen mir die einzelnen Abschnitte sich seiner Auffassung vom Beginn der Neuzeit anzunähern. Aus den Übergangerschütterungen steigt die Befruchtung für das geistig-politische Leben auf. Darin fühlt sich unsere Zeit jener Epoche innerlich verwandt. Die Impulse der Reformation haben die ganze Kulturwelt ergriffen, aber auch der konfessionelle Gegensatz, den sie geschaffen, bewegt uns noch heute aufs tiefste. Die Zerklüftung Deutschlands hat nicht die Reformation verschuldet, aber sie hat die schon vorhandene hundertfache Zerspaltung weiter getrieben und verschärft. Noch immer geht das geistige Ringen fort.

Wiederum liegen die Hauptteile in den Händen hervorragender Repräsentanten ihres Fachs. Nach der zusammenhaltenden Einleitung von Walter Goetz hat Paul Joachimsen, der vor kurzem verstorbene Münchener Historiker, die Reformation, Erich Marcks, der berühmte Berliner Gelehrte, mit der ganzen Feinheit seiner vergeistigenden Charakterisierungskunst die westeuropäische Gegenreformation, Wilhelm Mommsen in Marburg die vier Jahrzehnte europäischer Krieg 1618—1660 dargestellt. Goetz gibt noch ein Kapitel über die Gegenreformation in Deutschland, und Hans Heinrich Schaefer skizziert den osmanischen Staat von seiner Entstehung bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts. Schöne und echte historische Leistungen liebevoller Ausdeutung der Tatsachen werden hier geboten. Mögen sie für historisches Verständnis werben.

Erneut muß man hervorheben: In einer Zeit, wo an glänzend ausgestatteten Büchern kein Mangel ist, nimmt diese Weltgeschichte in ihrer buchtechnischen Vollendung, ihren unübertrefflichen, wirklich belehrenden Beilagen eine Sonderstellung ein.

Dr. Werner Frauendienst.

Renard, Albert, „Paix ou Guerre?“ Préface de M. Raymond Poincaré. Librairie Félix Alcan, Paris 1930, 217 S.

Sforza, Carlo Count: „Makers of Modern Europe.“ Portraits and Personal Impressions and Recollections. The Bobbs-Merill Company, Indianapolis 1930, 420 S.

Simonatti, Mario, „On prépare un Crime: La Guerre Franco-Italienne.“ Editions de la „Revue Mondiale“, Paris 1930, 217 S.

Viereck, George Sylvester, „Spreading Germs of Hate“. Horace Liveright, New York 1930, 327 S.

George Sylvester Viereck, der zu den wenigen Deutsch-Amerikanern zählt, die während des Weltkrieges unerschrocken und unbeirrt den über Deutschland verbreiteten Lügen entgegengetreten ist, gibt in dem vorstehenden Werk einen vorzüglichen Überblick über die Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten. Viereck bringt in seinem Buch auch viele Illustrationen, die in anschaulicher Weise über die Bildpropaganda unterrichten. Der mit Wilson befreundete Colonel Edward M. House hat zu dem Buch ein Vorwort geschrieben. Vierecks Buch ist ein Seitenstück zu Ponsonbys „Falsehood in War-Time“.

Es wäre sehr erwünscht, daß dieses Buch auch in französischer Sprache herausgegeben werden könnte. Nur wenn in allen Ländern die heranwachsende Generation erfährt, zu welchen niedrigen Kampfmitteln während des Krieges gegriffen wurde, um die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuhetzen, wird vielleicht in Zukunft Ähnliches vermieden werden.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Martel, René: „Deutschlands blutende Grenzen.“ Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg i. O. 1930, 173 S.

Public Control of Power. A series of addresses and papers presented at the semi — annual Meeting of the Academy of Political Science, April 11, 1930. Published by the Academy of Political Science, Columbia University, New York 1930, 210 S.

Sassmann, Hanns, „Metternich“. Schauspiel in fünf Akten. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1930, 141 S.

Der Ring

Wochenschrift für Politik

Herausgeber:

Heinrich von Gleichen

„Der Ring“ ist das führende Organ einer überparteilichen konservativen Politik, die die Gegenwartsprobleme mit geistiger Initiative angreift. In grundsätzlichen Aufsätzen wird Stellung genommen zu den Zeitereignissen und zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen. Damit sollen die Kräfte der maßgebenden Oberschicht politisch aktiviert werden auch zu dem verfassungspolitischen Ziel, die Unabhängigkeit der Staatsführung von Massenherrschaft und Interessenwirtschaft wiederherzustellen.

Politische Wochenschrift

Monatsbezug RM. 3.50

Preis des Einzelheftes RM. 1.—

Durch Buchhandel und Post zu beziehen

Probehefte vom Verlag

„Der Ring“, Schriftenvertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 8

So urteilt man über „Schönere Zukunft“

Kürst Alois Löwenstein: „Von allen Zeitschriften, die ich kenne, erscheint mir die ‚Schönere Zukunft‘ als die bestgeleitete, inhaltsreichste, wertvollste.“

Bischof Dr. Groß: „Schönere Zukunft‘ wird bald alle Katholiken von Intelligenz an sich ziehen.“

Schriftsteller Hermann Bahr: „Die wunderbar große Haltung, in der ‚Schönere Zukunft‘ sich niemals beirren läßt, reizt mich immer wieder zu freudiger Bewunderung hin.“

Univ.-Prof. Dr. Hermann Gesele: „Schönere Zukunft‘ ist die reichste, bestunterrichtete Wochenschrift, die ich kenne; die einzige lebendige, weil sie den Mut zu Realismen hat; weil sie weiß, daß alles Leben aus dem Kampf kommt.“

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Hermelink (Protestant): „Eberles ‚Schönere Zukunft‘ ist der aktivste Propagandist des Glaubens, daß der Katholizismus die Erfüllung der Gegenwart sei.“

Father Markert S. V. D.: „Schönere Zukunft‘ ist eine journalistische Tat ersten Ranges, die vielsach an die Leistungen des alten Joseph von Görres, den Napoleon die fünfte Großmacht nannte, erinnert.“

„Rottenburger Monatschrift“: „Schönere Zukunft‘ erfreut sich des größten Ansehens in allen gebildeten Kreisen Mitteleuropas.“

„Niederheinische Landeszeitung“: „Schönere Zukunft‘ besitzt einen Mitarbeiterstab, wie ihn wohl keine zweite Zeitschrift deutscher Bunge aufzuweisen hat.“

„Zentralschweizerisches Volksblatt“: „Schönere Zukunft‘ ist unstrittig die großartigste katholische kulturelle Wochenschrift des deutschen Sprachgebietes.“

„The Commonweal“: „Schönere Zukunft‘ ist geradezu ein Muster unabhängiger Pressearbeit. Vielleicht ist diese Offensive katholischer Kräfte im alten Wien die Bewegung, die, langerwartet und ernstlich herbeigesehnt, schwankenden Seelen zur Rettung wird.“

„Schönere Zukunft“ ist die größte und verbreitetste Wochenschrift der gebildeten Katholiken deutscher Sprache. (Wochenausgabe 19200.) Verleger und Herausgeber Dr. Joseph Eberle, Druck und Versand Friedrich Pustet. Die Wochenschrift bringt aus allerersten Federn programmatische Aufsätze über alle aktuellen Fragen der Kultur, Politik und Volkswirtschaft und sammelt in großen Rundschau das interessanteste und wertvollste Material aus der Weltpresse zu den Fragen von Religion, Wissenschaft, Erziehung, Literatur, Kunst, Theater, Film, Rundfunk, Politik und soziale Frage.

Bestellungen (Preis pro Vierteljahr RM. 4.50) nimmt jede Postanstalt entgegen. Vom Verlag selber (Wien XIX, Rußwaldgasse 14, Österreich) können Sie unentgeltlich Probenummern, eventuell einen verbilligten vierteljährigen Probebezug (Preis RM. 8.—) beziehen.

..... Hier abtrennen

Ich bitte um viermalige kostenlose Zusendung von „Schönere Zukunft“ (Nicht-
abbestellung nach dieser Probezusendung gilt als Bezugsanmeldung.)

Name:

Ort, Land und Datum:

Schierke am Brocken

650—1142 m ü. d. M.

Der alpine Luftkurort des Harzes

SOMMER- UND WINTERKUREN

Indikationen: Anämien / Zirkulationsstörungen / Skrofulosen
Funktionelle Neurosen / Bronchitiden / Basedow

Prospekte und Auskunft durch die Kurverwaltung — Verkehrs-
amt — der Gemeinde Schierke im Harz / Tel. 50

430—570 m

ü. d. Meere

WILDBAD

23 000 Gäste

i m S c h w a r z w a l d

Naturwarme **Heilquellen** gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven-
leiden u. a. / Luftkurort / Bergbahn auf den Sommerberg

Prospekte u. Auskunft durch Badeverwaltung od. Kurverein, sowie
sämtliche Reisebüros / In Berlin eigene Auskunftsstelle im Kiosk,
Rankestraße 1, bei der Gedächtniskirche / Tel.: Bismarck 3506

„Sudetendeutschland“

Zeitschrift der Sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Die Monatszeitschrift „Sudetendeutschland“, die schon im 11. Jahrgange erscheint und das Blatt des Sudetendeutschen Heimatbundes ist, tritt für das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes und vor allem der 3 $\frac{1}{2}$ Millionen Sudetendeutschen ein, die gegen ihren Willen in den tschechoslowakischen Staat hineingezwungen wurden. Sie unterrichtet in vorzüglicher Weise über die tatsächlichen Verhältnisse im tschechischen Staate.

Schriftleitung und Verwaltung: Wien 8, Fuhrmannsgasse 18 a
Bezugsgebühr für Einzelbezieher ganzjährig RM. 2,50 / Postcheck-
amt Berlin Konto 156 823 / Probehefte auf Verlangen kostenlos

NATION UND STAAT

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von

Jacob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann,
Johannes Schmid-Wodder

Ganzjährig RM. 20.—, halbjährig RM. 10.—, Einzelheft RM. 2.—

4. JAHRGANG

bringt Aufsätze über aktuelle und allgemeine Minderheitenfragen, Berichte über Tagungen und Institute und ständige Lageberichte über die Minderheiten in:

Elsaß-Lothringen, Estland, Eupen-Malmedy, Lettland, Litauen, Memelgebiet, Nordschleswig, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Südslawien, Südtirol, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Wolhynien

JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, LEIPZIG:

„Einen Überblick über dieses große, insbesondere uns Deutsche nicht bloß interessierende, sondern wahrhaft auf den Fingern brennende Problem konnte selbst der eifrigste Forscher nur schwer gewinnen; hier wird er geboten. Die Zeitschrift bekennt sich als eine wissenschaftlich-politische; sie versucht es ebensosehr, rein wissenschaftlich die rechtliche Seite des Problems zu behandeln, als sie auch nicht vor politischer Ausdeutung desselben innehält, wie dies ja auch der Stellung der Herausgeber als Vorkämpfer ihres Volkes entspricht.“

Hofrat Prof. Dr. Karl Brockhausen, Wien

PROBEHEFTE KOSTENLOS

Soeben erscheint das grundlegende Handbuch:

DIE ANSCHLUSSFRAGE

in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung

Herausgegeben von

Dr. FRIEDRICH F. G. KLEINWAECHTER und Dr. v. HEINZ PALLER

Mit 15 Karten im Text

Gr. 8° XXVIII, 656 Seiten Brosch. RM. 20.—, Gzl. RM. 23.50

Das erste großangelegte wissenschaftliche Werk, das in umfassender Weise alle den österreichisch-deutschen Zusammenschluß betreffenden Probleme in Aufsätzen von 45 der besten Fachkenner aus Österreich, Deutschland und dem Ausland behandelt und damit ein unentbehrliches Handbuch und Nachschlagewerk darstellt

Ausführlicher Prospekt kostenlos

WILHELM BRAUMÜLLER, WIEN IX, LEIPZIG



Kultur- und literarhistorische Neuerscheinungen



Eugen Lennhoff

Politische Geheimbünde

2 Bände. Ca. 1000 Seiten. Geh. ca. RM. 32.—, Leinen ca. RM. 40.—

Zum erstenmal eine umfassende Schilderung von Entstehung, Geschichte und Wirken zahlreicher Geheimbünde der ganzen Welt, die auf das geschichtliche Geschehen von ausschlaggebendem Einfluß waren.

Carl Dumba

Die Ententepolitik vor dem Weltkriege

Ca 500 Seiten. Geh. ca. RM. 16.—, Leinen ca. RM. 20.—

Ein glänzend geschriebenes, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich aufschließendes Werk von bleibendem Wert. Botschafter Dumba charakterisiert Politik und Hofleben in Bukarest, Belgrad, Wien, Petersburg, Stockholm, London usw.

Die Memoiren des Grafen Tamás von Erdödy Habsburgs Weg von Wilhelm zu Briland

(Vom Kurier der Sixtusbriefe zum Königsputschisten)

Von *Paul Szemere* und *Erich Czech*

320 Seiten, 40 Illustrationen und 5 Faksimiles.

Geh. ca. RM. 7.—, Leinen ca. RM. 10.—

Ein Buch voll aufwühlenden Erlebens und zweifellos ein glänzend geschriebenes Werk über die politischen Vorgänge und die deutsch-österreichischen Verhältnisse während und nach dem Weltkriege.

Korv.-Kapt. Max Valentiner

Der Schrecken der Meere

(Meine U-Boots-Abenteuer als „kaiserlich deutscher Pirat“)

Ca. 350 Seiten und 16 Bilder. Geh. ca. RM. 6.—, Leinen ca. RM. 8.50

Kapitän Valentiner, einer der berühmtesten noch heute lebenden U-Boots-Kommandanten schildert die phantastischen Abenteuer seiner Kaperfahrten als „kaiserlich deutscher Pirat“ um die halbe Welt.

Nikolaus Basseches

Die Sowjet-Diplomatie im Kampfe um ihre Anerkennung

Ca. 500 Seiten. 200 Abbildungen. Geh. ca. RM. 22.—, Leinen ca. RM. 28.—

Es beginnt der Kampf der Sowjetdiplomatie um ihre Anerkennung, und diesen schildert Ing. Basseches, seit elf Jahren als Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, „Vossischen Zeitung“, Berlin, und der „Neuen Freien Presse“, Wien, wie kein Zweiter berufen, das erschöpfende und authentische Werk über Entwicklung, Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik Sowjetrußlands zu schreiben.

Amalthea-Verlag * Zürich / Leipzig / Wien

Zeitschriften

der Verlagsbuchhandlung Dr. Walther-Rothschild,
Berlin-Grunewald

Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie

Herausgegeben von *Leopold Wenger*, München, *Wilhelm Sauer*,
Königsberg i. Pr., *Goetz Briefs*, Berlin.

Jeder Jahrgang (4 Hefte) M. 24.—

Deutsch-Französische Rundschau

Herausgegeben von *Otto Grautoff*, *Heinrich Eduard Jacob*,
Rudolf Meerwarth, *Fritz Norden*, *Gottfried Salomon*, *Edgar*
Stern-Rubarth, *Maurice Boucher*, *Edmond Jaloux*, *Henri*
Lichtenberger.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Die Justiz

Monatsschrift zur Erneuerung des deutschen Rechtswesens.
In Verbindung mit *Wolfgang Mittermaier*, Gießen, *Gustav*
Radbruch, Heidelberg, *Hugo Sinzheimer*, Frankfurt a. M.
Herausgegeben von *Wilhelm Kroner*, Berlin.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 10.—

Eisenbahn- und Verkehrsrechtliche Entscheidungen und Abhandlungen

Zeitschrift für Eisenbahn- und Verkehrsrecht. Redigiert von
Gerhard Eger, Berlin, *Roderich v. Kienitz*, Berlin, *Kurt*
Gordan, Berlin.

Jeder Band (4 Hefte) M. 20.—

Europa-Wirtschaft

Monatshette für den wirtschaftlichen Aufbau Europas.
Herausgegeben von *Wilhelm Grotkopp*

Halbjährlich (6 Hefte) M. 5.—

Europäische Gespräche

Monatshette für auswärtige Politik. Herausgegeben von
A. Mendelssohn Bartholdy, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 12.—

Markenschutz und Wettbewerb

Monatsschrift für Marken-, Patent- und Wettbewerbsrecht.
Herausgegeben von *Martin Wassermann*, Hamburg.

Halbjährlich (6 Hefte) M. 18.—

Mehrere 100 Werke aus den durch die Zeitschriften bezeichneten Gebieten
Verlagsverzeichnis zu Diensten

Österreich-Ungarns letzter Krieg

Amtliche Darstellung der Kämpfe Österreich-Ungarns im Weltkrieg 1914—1918

Das Werk wird sechs Bände umfassen, von denen der erste zu Weihnachten 1929 erschienen ist. Je ein weiterer Band erscheint in den Jahren 1930 bis 1934.

Preis pro Band in Ganzleinen gebunden mit einer Kassette für die Beilagen Mk. 29.—, auch zahlbar in Raten

Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“

Wien, I., Stubenring 1

Prospekte auf Verlangen kostenlos

Pressestimmen:

Neue Freie Presse, 2. März 1930. „... Aufbau und lebendige, oft packende Schilderung des Verlaufes der Ereignisse machen das Buch nicht nur zu einer befriedigenden Lektüre, sondern auch kraft seiner klaren, nie einen Zweifel lassenden Darstellung zu einem verlässlichen, ersten Studienbehelf.“

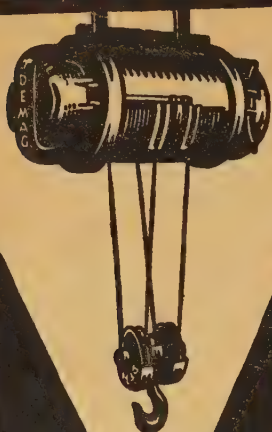
Lektüre und Studien werden wertvoll unterstützt durch die zahlreichen, ausgezeichneten, bis ins Detail genau jede Lage darstellenden Skizzen und Karten, die an sich allein schon ein plastisches, leicht zu erfassendes Bild über die Vorgänge und Begebenheiten des Feldzuges im ersten Kriegsjahre geben. Ich möchte diese höchst willkommenen graphischen Beilagen nach Wert, Inhalt und Schönheit als das vollkommenste bezeichnen, was es auf diesem Gebiete gibt — sie sind eine wertvolle und würdige Ergänzung des stattlichen ersten Bandes des vom österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv zur Ausgabe gelangenden großangelegten Werkes: „Österreich-Ungarns letzter Krieg.“

Generaloberst Artur Baron Arz.

Neues Wiener Tagblatt, 5. Juni 1929. „Das amtliche österreichische Kriegswerk wird trotz der Not des Tages auch in der Ausstattung durch Karten und Skizzenbeilagen den besten Vorkriegsüberlieferungen gerecht, was bei dem billigen Preis, zu dem das Werk bezogen werden kann, besonders anerkannt werden muß.“

Deutschösterreichische Tageszeitung, 27. August 1929. „Was die Ausstattung des Werkes mit Karten und Plänen betrifft, so ist sie für den Rahmen desselben ausreichend, in Anbetracht des Preises geradezu glänzend. Jedenfalls hat sich der rührige Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“ ein großes Verdienst erworben.“

Wiener Neueste Nachrichten, 9. Juni 1929. „... Nicht vergessen werden darf auch der zahlreichen prächtigen Karten und Skizzen, an deren vollendete Ausführung keines der Kriegswerke des Auslandes heranreicht.“



Das betriebssicherste
**Elektro-
 Hebezeug**
 ist der

**DEMAG
 ZUG**

$\frac{1}{4}$ -5 tons Tragfähigkeit, wetter-
 fest gekapselt, daher unempfind-
 lich gegen Regen und Staub.

DEMAG
 AKTIENGESELLSCHAFT DUISBURG.

Breußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich
 zur preiswerten Anfertigung
 sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen
 Zeitschriften / Zeitungen
 Werke

Sehmaschinen * Stereotypie * Rotationsdruck * Flachdruck

Berlin SW 11, Postschließfach 57

Fernsprecher: Amt F 5, Bergmann Nr. 3123—3125

A stylized, high-contrast illustration in a halftone or screen-print style. It depicts a person from the waist up, wearing a dark garment, with their arms raised as if holding an iron. The background is dark with some geometric shapes, including a large circle. The overall aesthetic is mid-20th-century graphic design.

**Das
denkende**

PROTOS-Super-Automatic-
Bügeleisen stellen Sie mit Fingerdruck auf
die erforderliche Bügeltemperatur ein. Dann
hält es sich automatisch auf dieser Temperatur.
Also flotteres Arbeiten und keine Brandgefahr.
Preis Mark 16.80, ohne Aufsteller und Anschlußschnur.

SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS



I N H A L T

	Seite
M. Pokrowski: Die russischen Dokumente des imperialistischen Krieges	1005
Paul Herre: Fürst Bülow und seine Denkwürdigkeiten	1024
Freiherr Ludwig Rüdts von Collenberg: Die deutschen Heeresverstärkungen von 1871 bis 1914	1043
Alfred von Wegerer: Zwei weitere Fragen an Herrn Poincaré. (Deutsch und französisch)	1066
Der erste Balkankrieg. (Fortsetzung)	1070
Eine Kriegsschuldenquête der „World Tomorrow“.	1079
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	1084

Aus den geöffneten russischen Archiven.

Die russischen Dokumente des imperialistischen Krieges.*)

M. P o k r o w s k i.

Die schon im Jahre 1928 beschlossene Herausgabe der Dokumente des imperialistischen Krieges beginnt greifbare Gestalt anzunehmen. Wenn auch bis zum Erscheinen des ersten Bandes noch ziemlich viel Zeit verbleibt, so sind bereits zwei Bände endgültig druckreif (der I. und IV. Band); weitere drei Bände (II, III und V) sind, was die Auswahl der Dokumente anbetrifft, vollständig vorbereitet, es bedarf nur noch der Durchsicht der Bemerkungen zu diesen Bänden seitens der Kommission.

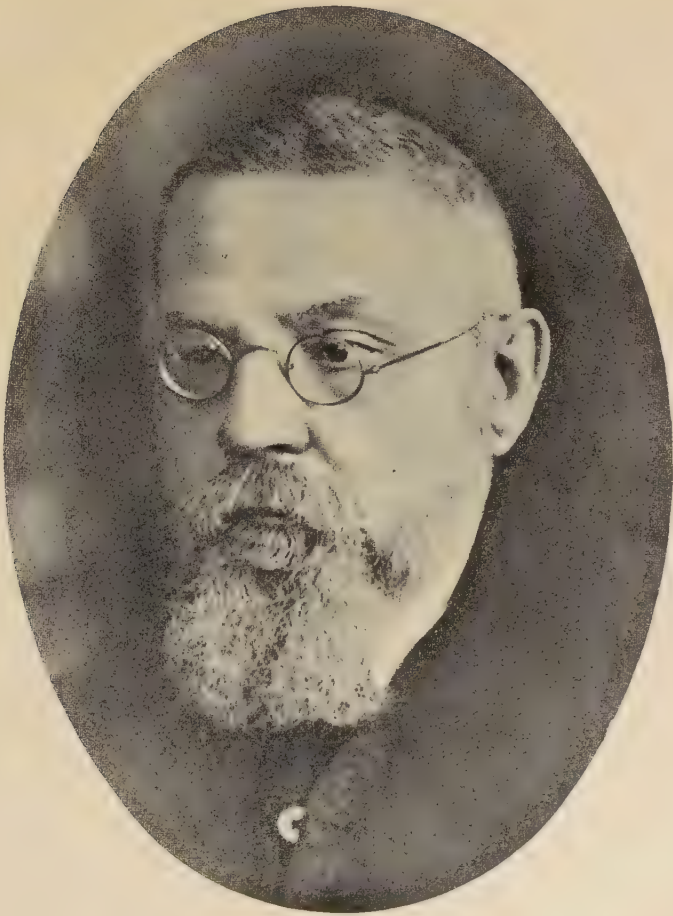
Leider wird der erste dieser Bände erst im November erscheinen. So lautet die Vereinbarung zwischen unserer Kommission und dem Staatsverlag mit dem deutschen Verlag, dem das Übersetzungsrecht in andere Sprachen und die Verbreitung der Übersetzung im Auslande übertragen worden ist. Dieser Vertrag ist für uns überaus wichtig, denn er sichert die Veröffentlichung vor dem Nachdruck in anderen Ländern durch irgendwelche literarischen Marodeure — nicht nur vor dem ganz abgabefreien Nachdruck, sondern auch vor dem Nachdruck in einer dem Marodeur beliebigen Form mit willkürlichen Auslassungen, Anmerkungen usw. Der deutsche Verlag verpflichtet sich, Wort für Wort das zu übersetzen, was ihm gegeben wird. Da aber die Übertragung in andere Sprachen Zeit beansprucht, so ist unser Kontrahent begreiflicherweise dagegen, daß der Originaltext früher erscheint als die Übersetzung: es unterliegt keinem Zweifel, daß in diesem Fall die interessantesten Dokumente sofort von den Zeitungen der ganzen Welt veröffentlicht werden würden, und die „Frische“ der ausländischen Ausgabe wäre in bedenklichster Weise in Frage gestellt. Original und Übersetzung müssen gleichzeitig erscheinen, und nach den Bedingungen der Übersetzung kann das nicht früher als im November 1930 sein.

Weiter ist es bedauerlich, daß die vorbereiteten 5 Bände eigentlich an der Schwelle des Krieges stehen bleiben: sie umfassen die Zeit vom 1. Januar bis zum 4. August 1914. Der Krieg war nicht im Juli 1914 beschlossen worden, sondern wesentlich früher. Der genaue Zeitpunkt dieses Beschlusses kann natürlich nicht festgestellt

*) Übersetzung aus „Istorik-Marxist“ Band 17.

werden: einen solchen Zeitpunkt hat es einfach nicht gegeben — niemand der Teilnehmer könnte sagen, wann eben der Beschluß gefaßt worden ist, überhaupt nicht zu kämpfen, das mag viele Jahre vor 1914 beschlossen worden sein, unbekannt bleibt, wann beschlossen wurde, gerade im Sommer dieses Jahres den Krieg zu beginnen. Nachdem die Mine einmal gelegt war, war der Moment ihrer Explosion auch denen nicht bekannt, die sie gelegt hatten. Aber die objektive Sachlage, deren Ergebnis nur ein europäischer Krieg in nächster Zukunft sein konnte, hatte sich endgültig im Winter 1913/14 gebildet. Wäre damals jemand im Besitz aller politischen und militärischen Informationen gewesen (diese Kenntnis hatte tatsächlich nicht einer der Staatsmänner der zum Kriegseintritt bereiten Mächte, einschließlich Englands und Deutschlands), so hätte er die Explosion „mit der Uhr in der Hand“ erwarten können. Das ist der Grund, warum die Herausgeber beschlossen, die erste Serie der Dokumente mit dem 1. Januar 1914 beginnen zu lassen. Hätte man einen früheren Zeitpunkt gewählt, so wäre es sinnlos gewesen, beim Herbst 1913 stehen zu bleiben; warum dann nicht 1912 oder 1911? Ein späterer Beginn, wie ihn fast alle Publizisten gewählt haben, hätte die Entscheidung der „Schuldfrage“ vorweggenommen. Wenn die Engländer ihren Vorkriegsband mit der Zusammenkunft Nikolais und des rumänischen Königs in Konstanza und derjenigen Wilhelms und Franz Ferdinands in Konopischt beginnen ließen, so hatte das seinen ganz bestimmten Sinn: Deutschland und Rußland haben den Krieg begonnen, England war nur „gezwungen sich einzumischen“. Ein Beginn mit den Verhandlungen über die englisch-russische Marinekonvention hätte natürlich ein ganz anderes Bild ergeben.

Wollte man mit dem greifbarsten Anlaß zum Kriege beginnen, so wäre der St. Veitstag 1914, der 15./28. Juni der geeignetste Ausgangspunkt gewesen, der Tag des Todes des Thronfolgers der österreich-ungarischen Monarchie durch die Hand serbischer Nationalisten. Das wäre aber ein rein äußerlicher und formaler Ausgangspunkt: des weiteren werde ich ein Dokument anführen, welches besagt, daß Serbien (Pasic) sich bereits am 20. Januar alten Stiles berechtigt fühlte, an die russische Regierung mit der inständigen Bitte um Versorgung der serbischen Armee mit Bekleidung, Waffen und Kriegsmaterial heranzutreten. Was das zu bedeuten hat, ist auch wiederum jedem klar: schon Ende Januar—Anfang Februar fühlte man in Serbien das unmittelbare Nahen eines neuen Krieges. Die russische Regierung verzögerte die Antwort, denn sie wünschte nicht, daß die Serben zu schießen anfangen, bevor nicht die Unterstützung durch England sichergestellt



Professor M. Pokrowski

war, das aber war nicht nur im Januar nicht der Fall, sondern auch noch nicht im März. Im Lichte dieser Tatsache tritt der Tag der Ermordung Franz Ferdinands (der tatsächliche „Beginn der Kriegsoperationen“) in den Hintergrund.

Alle diese „Schicksalstage“ und „Schicksalswochen“, denen die bürgerlichen Historiker und Herausgeber der Dokumente eine so große Bedeutung beimessen, haben für uns nur eine solche dritten Ranges, da wir wissen, daß der Krieg nicht der Ausfluß des bösen Willens einzelner Personen und einzelner Gruppen war, sondern sich mit eiserner Notwendigkeit aus dem Wirtschaftssystem der letzten Jahrzehnte, dem System des monopolistischen Kapitalismus, ergab. Das bedeutet aber keineswegs, wie manche naiven Leute meinen, daß es somit keine „Schuldigen“ gegeben hat, daß es nicht lohnt, sie zu suchen. Die räuberischen Gelüste aller imperialistischen Regierungen führten zum Kriege, aber keine von ihnen wollte und will es bis heute eingestehen; alle wollen sie nämlich Opfer fremder Zugriffe gewesen sein. Es genügt nicht, einfach a priori die Raublust aller imperialistischen Regierungen und Gruppierungen festzustellen, wohl aber heißt es eine Aufgabe von gewaltiger Bedeutung lösen, wenn man, ausgehend von der Voraussetzung, daß sie Räuber sein mußten, das feststellt, auf Grund einwandfreien, für alle verbindlichen dokumentarischen Materials. Für den Kampf mit dem Imperialismus ist es notwendig, zuverlässig und bis ins einzelne zu wissen, wie er handelt, welches seine Systeme und Methoden sind. Und wenn die räuberische Tätigkeit des Imperialismus durch eine Reihe unwiderlegbarer Dokumente einwandfrei klaggestellt wird, dann erhalten wir natürlich eine Anklageschrift, aber keine Anklageschrift gegen eine einzelne Person oder besonders gegen ein einzelnes Land, sondern gegen eine Klasse, die Klasse, die in allen großen Staaten im Jahre 1914 die Macht besaß und in der Mehrzahl von ihnen bis heute besitzt.

Die russischen Dokumente geben natürlich ein besonders reiches Material zur Enthüllung der räuberischen Politik des russischen Imperialismus, eines im Grunde genommen militärisch-feudalen Imperialismus, der aber schon begann in einen kapitalistischen überzugehen. Wenn der russische Konsul in Astrabad naiv schreibt, daß „die Einmischung des (russischen) Truppenkontingents in die örtlichen Angelegenheiten die unvermeidliche und natürliche Folge der Anwesenheit des Kontingents und unseres Einflusses ist und das elementare Mittel zur Stärkung dieses Einflusses darstellt“, so haben wir damit das einfachste Beispiel eines militärisch-feudalen Imperialismus; wenn aber die russische Regierung darauf ausgeht, die englische Bank in Persien ihrer Privilegien zu berauben und

sie der russischen Bank zu übertragen, wenn sie mit der englischen Regierung über die Trassierung der transpersischen Eisenbahn streitet, so haben wir kleine Beispiele für die übliche imperialistische Politik neuester Prägung. Die eine Form geht in die andere über, und es lohnt sich nicht darüber zu streiten, welcher imperialistischen Entwicklungsstufe die subjektiven Motive des einen oder anderen Räubers zuzuschreiben sind, und wessen Interessen sie objektiv zum Ausdruck brachten. Und hier bieten nun die zur Veröffentlichung kommenden Dokumente die Möglichkeit, genau die Gebiete abzugrenzen, wo die Interessen des wegen der Monopolstellung mit der imperialistischen Politik anderer Mächte konkurrierenden russischen Imperialismus allein herrschend waren und wo die russische Politik nur ein Ausfluß der Interessen stärkerer imperialistischer Staaten war, wo also das zarische Rußland einfach nur als Vasall der letzteren auftrat.

Wenn wir uns auf die Dokumente des ersten Bandes beschränken, der, um es vorweg zu nehmen, verhältnismäßig wenig umfangreichere Dokumente, die früher noch nicht veröffentlicht worden sind, enthält (wenn auch hier die Mehrzahl der Dokumente ganz neu sind), so sehen wir ganz deutlich diese beiden Richtungen, wir sehen die diplomatischen „Rayons“, in denen der russische Imperialismus für eigene Rechnung hervortrat, wo er für seine Monopolstellung kämpfte, ja sogar auch gegen seine Verbündeten, und die „Rayons“, wo die unmittelbaren Interessen des russischen Imperialismus wesentlich schwieriger aufzuspüren sind, wo die Imperialisten der Staaten, deren Lebensinteressen gerade hier auf dem Spiel standen, die Drahtzieher waren.

Der russische Imperialismus brauchte weder auf Persien, noch auf den Fernen Osten mit der Nase gestoßen zu werden, von wo dieser Imperialismus sich auch nach dem Zusammenbruch von 1904/05 keineswegs zurückzog; durch den Mißerfolg klug geworden, operierte er nur vorsichtiger, bemüht, nicht mit Japan aneinander zu kommen und dessen Einflußsphäre nicht zu berühren. Er gab aber keineswegs die Hoffnung auf, „festen Fuß zu fassen“ in der Mongolei und in der Nordmandschurei. Allein nach den Dokumenten des ersten Bandes¹⁾ kann man eine kleine Untersuchung über dieses Thema schreiben: und das ist indessen nur ein kleiner Teil der langen Dokumentenreihe, die sich durch alle vorhergehenden Jahre zieht und ihre Fortsetzung in den folgenden Bänden des Jahres 1914 findet.

¹⁾ Nr. 10, 46, 65, 91, 119, 136, 142, 179, 191—193, 216, 230, 254, 271, 278—281, 307—308, 330, 357, 363, 389, 391, 405—406, 431, 439—440, 444 u. a.

Für die unmittelbare Entstehung des Weltkrieges ist ein anderer ähnlicher Abschnitt noch wichtiger, derjenige, der die Geschichte der englisch-russischen Beziehungen um Persien²⁾ behandelt. Wir wollen aus dieser Serie nur einige Beispiele herausgreifen, um zu zeigen, inwiefern die englisch-russische „Freundschaft“ wenige Monate vor Kriegsbeginn das dialektische Gesetz „der Einheit der Gegensätze“ bestätigte.

An die Spitze der Maßnahmen der russischen Politik muß man den Landerwerb oder, grob ausgedrückt, den Landraub stellen. Der Ausdruck stammt nicht — von uns: er wird mit aller Kaltblütigkeit gebraucht in einem so verantwortlichen Dokument, wie es „der vertrauliche Brief des Außenministers an den Gesandten in Teheran vom 1. Februar a. St. 1914“ ist. „Was nun den Landerwerb in diesen Rayons durch uns anbetrifft, so kann er bei seinem rein kulturell-wirtschaftlichen Charakter nur der persischen Regierung dienlich sein.“^{2a)} Der Brief beginnt mit dem „prinzipiellen Einverständnis“ des Ministers mit der Ansicht des temporären Vertreters des Gesandten Sablin, der am 10. Januar telegraphierte: „In der Annahme, daß die Schutzherrschaft und die weitere Ausdehnung des russischen Landbesitzes in Persien eine der wichtigsten unserer hiesigen Aufgaben ist, sowohl aus politischen wie auch wirtschaftlichen Erwägungen, erachte ich die Methode Iwanows (russischer Konsul in Astrabad M. P.), Land zu kaufen in den Provinzen Masanderan und Astrabad und es an russische Untertanen zu verpachten als der hiesigen Sachlage für angemessen. Der Widerstand der Regierung (der persischen — M. P.) ist durchaus verständlich (!) und wenn die Bestimmungen der Akte von Turkmentschai³⁾ ihr recht zu geben scheinen, so ist der Schariat⁴⁾ für uns sehr günstig.“^{4a)} Im Besitz der Anerkennung seines unmittelbaren Vorgesetzten und seines Ministers betrachtete der Konsul Iwanow diese persischen Provinzen ganz einfach als russische Kolonie, wobei er in jeder Beziehung die Vorzüge der „Okkupation“ lobte, die nicht nur die Möglichkeit bot, „als Kornkammer für das wasserarme transkaspische Gebiet und Turkestan zu dienen, dessen fruchtbare Ländereien beim Import von billigem Getreide aus ersterem in

²⁾ Nr. 25, 28, 59—60, 83, 90, 96, 112, 121, 150—152, 164, 167, 178, 181, 189, 194, 206—208, 232, 248, 253, 255, 260, 282, 297, 319, 331, 349, 352—353, 359, 361, 372, 373, 375, 383, 392—393, 397—398, 402, 412—413, 419, 441, 443 u. a.

^{2a)} Band I Nr. 255.

³⁾ Der russisch-persische Vertrag, der den russisch-persischen Krieg von 1826—1828 beendete.

⁴⁾ Das mohammedanische bürgerliche Recht.

^{4a)} a. a. O. Nr. 90.

großem Maßstabe für die Baumwollkultur genutzt werden könnten, sondern auch für sich allein ein gewaltiges Tätigkeitsfeld für uns bietet, wenn wir diese Provinzen mit ihrem feuchten an Niederschlägen reichen Klima und ihrem reichen Boden zur Kultur hochwertiger subtropischer und sogar tropischer Pflanzen, vorwiegend Baumwolle ausnutzen“.⁵⁾

Die Aufgabe, Zentralasien mit Getreide zu versorgen, die die Sowjetregierung durch den Bau der turkestan-sibirischen Bahn gelöst hat, wollte die zarische Diplomatie durch Okkupation eines Teiles von Persien lösen. Ich wiederhole, das war nicht die Idee eines hinterwäldlerischen diplomatischen Beamten, sondern der Plan wurde von dem Leiter der russischen Außenpolitik voll und ganz gebilligt. „Prinzipiell stimme ich der Ansicht des Kollegienrats Sablin und des Staatsrats Iwanow zu, daß es wünschenswert ist, mit Hilfe der uns zur Verfügung stehenden Mittel den russischen Landbesitz in Nordpersien zu erweitern, und bin der Meinung, daß das besonders im Rayon Gürgen wichtig ist“, schrieb Sasonow.⁶⁾ „Abgesehen davon, daß die Entwicklung der Baumwollkultur in diesem Gebiet und die Ausnutzung der wertvollen Holzbestände für uns von großem wirtschaftlichem Interesse sind, glaube ich, daß auch vom politischen Standpunkte die Durchdringung gerade dieses Rayons mit russischen Elementen für uns große Bedeutung haben kann.“ Die von Sasonow der „Erweiterung des russischen Landbesitzes“ gesetzten Beschränkungen hatten sozusagen technischen Charakter und übertrafen in ihrer Kühnheit weit den Plan Iwanows. „Der Erwerb großer Landgebiete (bis 15 000 Dessjatinen) durch Personen, die offensichtlich nicht über die zur Verwirklichung großer Unternehmungen erforderlichen Mittel verfügen, ist unzweifelhaft eine unerwünschte Erscheinung. Diese Personen beabsichtigen aller Wahrscheinlichkeit nach ihre zu niedrigen Preisen erworbenen Ländereien weiter zu verkaufen, oder die Siedler, die sich auf ihren Ländereien ansetzen, auszubeuten. Dieser Ansicht waren auch die in diesen Tagen zu einer Beratung zusammengetretenen Vertreter der interessierten Ressorts; diese kamen überein, daß der wünschenswerteste Ausweg aus der entstandenen Lage der Aufkauf aller im Rayon von Astrabad-Gürgen freien Ländereien durch den russischen Staat sei (!), im Falle das aber unmöglich sein sollte, durch unsere persische Diskont- und Kreditbank, und zwar in der Weise, daß die Besiedlung dieser Ländereien dann auf rationeller Grundlage unter Mitwirkung erfahrener Beamter der Ansiedlungsverwaltung zu erfolgen hätte.“

⁵⁾ a. a. O. Anmerkung 1.

⁶⁾ a. a. O. Nr. 255.

Die der russischen Grenze nächstliegenden persischen Provinzen wurden förmlich als russische Kolonie angesehen, und man braucht, um das Bild abzurunden, nur hinzuzufügen, daß einer der größten russischen „Landbesitzer“ der Konsul Iwanow selbst war. Der russischen Okkupation setzte die persische Bevölkerung natürlich Widerstand entgegen, wobei sie ihre Hoffnungen auf die setzte, die sie als die Konkurrenten der Russen ansah. „Ich weiß aus zuverlässiger Quelle — schrieb derselbe Konsul Iwanow —, daß das Hauptthema bei den Unterredungen der Belgier“) und der uns feindlichen persischen Kreise die Hoffnung ist, daß England und Deutschland zu diesem Zweck („um besonders unsere Stellung in Persien zu erschüttern“) eingreifen werden, und daß die englische Mission in Teheran bestrebt ist, die Belgier zu ihrem Werkzeug zu machen.“⁸⁾

Wir sehen somit, wie der den russischen Räubern „feindliche“ Teil der persischen Bevölkerung auf das mit Nikolai II. verbündete England hoffte und der dem letzteren und gleichfalls Rußland feindliche wiederum auf Deutschland. Wir sehen, welch eine Verflechtung imperialistischer Interessen hier entstanden war. Es war dieses keine Illusion der örtlichen Bevölkerung. Welche Schärfe der Gegensatz zwischen den russischen und englischen Interessen damals angenommen hatte, zeigt der Schriftwechsel zwischen Petersburg und London in der Frage der transpersischen Bahn.

Bei der Projektierung der letzteren ließ man sich russischerseits von demselben Prinzip leiten wie seinerzeit so erfolglos bei den russischen Bahnprojekten in Bulgarien während der 80er Jahre: die persischen Bahnen sollten an das russische und in der Folge an das indische Netz angeschlossen werden; jede Verbindung mit den nach Westen führenden Schienenwegen wurde für unerwünscht angesehen; die Zustimmung zum Bau der Zweiglinie Teheran—Chanikin war eine Sonderkonzession an Deutschland. Daher das Streben, die transpersische Magistrale vom Nordwesten (Transkaukasien) nach Südosten (Afghanistan und Indien) zu trassieren. Die Engländer erklärten sich mit dieser Richtung keineswegs einverstanden. „Bei uns sind alle einstimmig gegen die Linienführung östlich Bender-Abbas“, erklärte Grey an Benckendorff (Telegramm des letzteren vom 23. Januar/5. Februar 1914, I, Nr. 181). In Petersburg war man dadurch äußerst erbittert. „Wir haben dem Londoner Kabinett wiederholt und kategorisch erklärt, daß für uns und die

7) In den Händen belgischer „Ratgeber“ befand sich die persische Finanzverwaltung.

8) Dokument Nr. 248.

Société d'Etudes⁹⁾ die Richtung auf Bender-Abbas überhaupt und auf Isfahan-Schiras—Bender—Abbas im besonderen vollkommen unannehmbar ist“, schrieb Sasonow an Benckendorff. „Als Begründung hierfür dienten so wichtige Motive, wie die unnötige Verlängerung des Transitweges um einige hundert Werst, der doch nur dann ein solcher werden kann, wenn er in der kürzesten Route verläuft; ferner wäre die Annäherung dieser Linie an die Bagdadbahn keineswegs wünschenswert, da diese mit der Zeit den Transitverkehr an sich ziehen könnte, und schließlich wären meridionale Bahnlinien überhaupt unseren Handelsinteressen in Nordpersien sehr abträglich.“¹⁰⁾

Die Lage wurde dadurch noch besonders verwickelt, daß die Bahn nicht nur als „Transitweg“ dienen sollte, sondern auch als Okkupationsmittel, das vielleicht noch großartiger war als das, welches Konsul Iwanow in Nordostpersien projektierte.

„Bekanntlich ist die Frage der transpersischen Bahn eng mit der Frage von Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze eines gewaltigen, teils in der englischen, teils in der neutralen Zone gelegenen Gebietes verknüpft; für diese Konzession interessiert sich ein gewisses englisches Syndikat.

Die Société d'Etudes bemerkte, daß die Transpersische Bahn diesen Raum durchschneiden kann, und hob zutreffenderweise hervor, daß sie auf Grund der in allen nicht kultivierten Ländern geltenden Ordnung notwendigerweise über eine gewisse Landzone verfügen müsse, von annähernd 100 Kilometer zu beiden Seiten des Schienenstrangs, da ohne diese Bestimmung die Realisierung der für den Bahnbau erforderlichen Kapitalien auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen werde. Das Londoner Kabinett berief sich darauf, daß das erwähnte Syndikat ihm seinen Wunsch geäußert und das Versprechen der Unterstützung erhalten habe. Das Kabinett hielt es daher nicht für möglich, sich auf den Standpunkt der Société d'Etudes zu stellen und erklärte sich nur bereit, irgendein Kompromiß zwischen den beiden Gesellschaften zu fördern. Im Endergebnis erklärte sich das Syndikat bereit, der Transpersischen Bahn ein Drittel jenes Teiles seiner Konzession zur Verfügung zu stellen, der auf die neutrale Zone entfallen sollte, unter der Bedingung, daß die Société d'Etudes sich proportionell an der Anzahlung von 100 000 Pfund Sterling beteilige, die der Regierung des Schah vom Syndikat versprochen worden waren. Dieser Vorschlag befriedigte, wie zu erwarten war, die Société d'Etudes nicht, die

⁹⁾ Die „Erforschungsgesellschaft“ der transpersischen Bahn.

¹⁰⁾ Dokument Nr. 152.

ihrerseits unterstrich, daß sie eigentlich an der Bergwerkskonzession überhaupt nicht interessiert sei, sondern es nur für notwendig halte, sich die erwähnte Zone zu sichern, wo immer die Bahn durchgehen würde (!), wobei sie im Falle der Gewährung einer solchen sich ihrerseits nicht weigern würde, sich proportionell an der erwähnten Anzahlung zu beteiligen.“¹¹⁾

Mithin sollte ein Fetzen persischen Territoriums von 200 Kilometer Breite und einigen hundert Kilometer Länge, wo auch immer sich dieser Teil befinden sollte (sei es selbst in der auf Grund der Vereinbarung vom Jahre 1907 geschaffenen „englischen“ Zone) in russische Hände übergehen. Der erbitterte Widerstand der Engländer gegen dieses Projekt ist mehr als begreiflich. Und zwischen den in Zukunft, nach einem halben Jahre, verbündeten Staaten des Weltkrieges fand im Laufe von sechs Monaten auf dieser Grundlage ein außerordentlich lebhafter Meinungsaustausch statt.

„In meinen Gesprächen mit Sir J. Buchanan über diese Fragen“, heißt es weiter in dem Briefe Sasonows, „verheimlichte ich ihm gegenüber nicht, daß die in dieser Angelegenheit zutage tretenden Schwierigkeiten, insbesondere bezüglich der Richtung der Bahn, mir ernste Befürchtungen einflößten, daß das ganze Unternehmen der Transpersischen Bahn scheitern könne. Ich äußerte hierbei die Ansicht, daß dieser Umstand ohne Zweifel einen sehr schweren Eindruck hervorrufen würde, da er zum größten Jubel der uns mißgünstig gesinnten Leute die Unsicherheit der Pfeiler, auf denen das englisch-russische Einvernehmen in Persien beruhe, bekunden würde. Ich fügte hierbei hinzu, daß in den Bedenken, die von Sir E. Grey geäußert würden, meines Erachtens eine allzugroße Furcht vor der anglo-indischen öffentlichen Meinung hindurchklinge, die bedauerlicherweise noch immer nicht sich von der phantastischen Furcht vor einem russischen Einfall in Indien befreien könne. Endlich hielt ich es nicht für überflüssig, dem Botschafter zu verstehen zu geben, daß im Falle des Zerfalls der Société d'Etudes die ganze Situation sich radikal ändere und aller Wahrscheinlichkeit nach sich eine neue Gesellschaft bilden werde, die sich mit der Erbauung der von uns geplanten Bahnen, sowohl in der russischen wie in der neutralen Zone, befassen werde, ohne jegliche Beschränkungen, d. h. auch in dem Rayon in der Nähe der persisch-afghanischen Grenze.“¹²⁾

¹¹⁾ a. a. O.

¹²⁾ a. a. O.

Es kam mithin schon im Januar 1914 zu direkten Drohungen. Dabei war die Transpersische Bahn bei weitem nicht der einzige Punkt, wo sich die russisch-englischen Interessen auf diesem Theater kreuzten, wenn auch vielleicht der wichtigste. Die russische Regierung war offenkundig bestrebt, das persische Aserbeidschan an sich zu reißen, und begünstigte auf jegliche Weise die separatistischen Bestrebungen des Gouverneurs von Aserbeidschan, Schodsha-ud-Doule. In einem geheimen russischen Memorandum vom 20. Februar alten Stils, in welchem die Forderungen dargelegt werden, die man den Engländern im Austausch für Zugeständnisse in der Tibetfrage stellen müsse, heißt es direkt und unzweideutig: „In den persischen Angelegenheiten könnten wir desgleichen von den Engländern einige Gefälligkeiten erreichen. Zum Beispiel könnten sie sich uns gegenüber verpflichten, der Bildung eines de facto autonomen Aserbeidschans unter der lebenslänglichen Herrschaft Schodsha-ud-Doules und unter unserem Protektorat, nicht hinderlich zu sein, wobei an Aserbeidschan die einst zu Rußland (unter Peter I. — M. P.) gehörenden Giljan, Masanderan und Astrabad angegliedert werden würden.“¹³⁾ Indessen war Grey äußerst beunruhigt „durch die neuen von Schodsha hervorgerufenen Umstände, die durch das Abkommen (vom Jahre 1907) nicht vorgesehen waren, die eine vollständige Revision der Grundlagen des Abkommens unter außerordentlich schwierigen Bedingungen notwendig machten“, und beschloß, unverzüglich und vertraulich sich mit Benckendorff in einem solchen Tone zu unterhalten, daß Benckendorff Sasonow anflehte, „unverzüglich und kategorisch“ auf jegliche Unterstützung Schodshas zu verzichten.¹⁴⁾

Wenn wir hinzufügen, daß während derselben ersten Monate des Jahres 1914 die Versuche begannen, die Steuererhebung in der russischen Einflußsphäre in russische Hände zu bringen — Versuche, die späterhin viel Platz in dem diplomatischen Briefwechsel der ersten Hälfte des Jahres 1914 einnehmen werden —, wobei die Sache von vornherein den Charakter einer Konkurrenz zwischen den in Persien tätigen russischen und englischen Banken annimmt,¹⁵⁾ so erhalten wir eine solche Zahl von Konflikten, die den die Dokumente Studierenden vor die Frage stellen können: warum ist im Jahre 1914 der Krieg nicht zwischen Rußland und England, sondern zwischen Rußland und Deutschland ausgebrochen? Hierauf

¹³⁾ Dokument Nr. 384.

¹⁴⁾ Geheimtelegamm Benckendorffs vom 22. Februar/5. März 1914, Nr. 392.

¹⁵⁾ Nr. 345, 349, 383 u. a.

kann es nur eine Antwort geben. Der imperialistische Krieg war nicht ausschließlich oder auch nur hauptsächlich eine russische Angelegenheit. Der russische Imperialismus war auf dem Welttheater zweiten oder sogar dritten Grades, und einen europäischen Krieg, der von Anbeginn an die Tendenz hatte, zum Weltkriege zu werden, soweit als Teilnehmer Japan — de facto und de jure — und die Vereinigten Staaten — de facto — hervortraten, denn sie wurden sofort die Haupt-Industriebasis einer der kriegsführenden Seiten, konnte nur ein imperialistischer Konflikt ersten Grades auslösen. Ersten Grades war — oder schien — die militärische Macht Rußlands, und dieser Umstand erbrachte ihm eine solche Stellung in dem Konflikt, die seiner wirtschaftlichen Bedeutung in keiner Weise entsprach.

Die Dokumente, die in dem ersten Bande abgedruckt werden, enthalten vor allen Dingen eine Fülle von Nachklängen aus den vorangegangenen Kriegen — dem italienisch-türkischen, dem griechisch-türkischen, dem serbisch-bulgarischen. Die ersten beiden machen von sich reden hauptsächlich durch die Frage der Ägäischen Inseln.¹⁶⁾ Ein Register, das seiner Länge nach, wie wir sehen, dem Fernen Osten nicht nachsteht und Persien nur wenig. Der Sinn der Frage bestand für die russische Regierung in der Verteilung jener ägäischen Inseln, die unmittelbar an die Dardanellen sich anschlossen — hauptsächlich Lemnos, das bei der modernen Artillerie den Ausgang aus der Meerenge verschließt. England bestand darauf, daß Lemnos in die Hände Griechenlands übergehe — wiederum zum großen Verdruß seines zukünftigen Bundesgenossen, der sich sehr bemühte, diese Schlüsselinsel, sei es selbst in den Händen ihres alten Besitzers zu belassen. Bei der Teilung des türkischen „Erbes“ wäre es leicht gewesen, Lemnos an sich zu nehmen, während kein Vorwand vorhanden war, die Insel den Griechen abzunehmen und angesichts der Unterstützung Griechenlands durch die Engländer auch keine Möglichkeit. Als Nikolai erläutert wurde, daß die für die russische Regierung vorteilhafteste Kombination nicht durchgehe, war er sehr erbittert und schrieb auf das entsprechende Telegramm Iswolskis: „das ist sehr unangenehm“.¹⁷⁾ Diese Tatsache war weit hin bekannt und wurde von den Türken, die die russische Unterstützung suchten, ausgenutzt. Der Großwesir betonte im Gespräch

¹⁶⁾ Nrn. 1, 11, 41, 43, 51, 64, 67, 74—76, 95, 104 bis 105, 113, 116, 121, 124, 172—174, 184, 195, 197, 201, 204, 215, 217, 219, 231—234, 236, 249, 262, 264, 265, 268, 274, 283, 289, 292, 301, 306, 309, 311, 318, 321, 327, 356, 370, 371, 374, 382, 414.

¹⁷⁾ Dokument Nr. 11.

mit dem russischen Geschäftsträger, daß „der Übergang der erwähnten (ägäischen) Inseln und insbesondere der Insel Lemnos an Griechenland den russischen Interessen nicht entsprechen kann“.¹⁸⁾ Aber England unterstützte seinen Klienten hartnäckig und war bestrebt, Lemnos für Griechenland zu erhalten, offenkundig aus denselben Gründen, die Rußland veranlaßten, die „Rechte“ der Türkei zu verteidigen: die Frage drehte sich darum, wer der wirkliche Herr in den Dardanellen wird. Dieser Konflikt zieht sich bis tief in den Krieg hinein und endet — und zwar doch nur scheinbar — durch das Märzabkommen vom Jahre 1915.

Die Verwandlung Griechenlands in den Wächter der Dardanellen schuf sehr delikate Beziehungen zwischen dem englischen Klienten und dem englischen Verbündeten in Osteuropa. In Petersburg verfolgte man mit großer Nervosität die Marinerrüstungen Griechenlands. In einem Memorandum, das Sasonow Nikolai am 13./26. Januar 1914 vorlegte, war ein sehr interessantes Programm der mit Venizelos zu führenden Gespräche entworfen, dessen Ankunft in Petersburg für die allernächste Zeit erwartet wurde. Sasonow schlug vor, in diesen Gesprächen „nicht weiter zu gehen, als zum Ausdruck allgemeiner, wohlwollender Gefühle, von denen sich Rußland unveränderlich gegenüber dem Königreich der Hellenen hat leiten lassen. Sollte, was nicht unmöglich ist, der demnächst in Petersburg zu erwartende Premierminister Venizelos die Frage einer engeren Annäherung an Rußland berühren und die Möglichkeit des Abschlusses einer Marinekonvention mit uns andeuten, so würde es mir am zweckentsprechendsten erscheinen, mit wohlwollender Aufmerksamkeit alles anzuhören, was er in diesem Anlaß sagen sollte und gleichzeitig eine uns bindende Antwort zu vermeiden.“ Nikolai schrieb auf dies Memorandum: „einverstanden“.¹⁹⁾

Wir sahen, daß in diesem Konflikt, der seinem Wesen nach wiederum ein Konflikt zwischen Rußland und England war, die Türkei sich als Bundesgenosse selbst zuerst anbot. Charakteristisch ist es, daß diese Note zum ersten Male schon im Februar durchklang. Im Juni war die Sache bis zu dem bekannten Angebot Talaats an Sasonow in Livadia, betr. des Abschlusses eines Bündnisses gediehen, und im August bis zu einer Reihe Angebote Envers an den russischen Militäragenten, schon in durchaus konkreter Form.²⁰⁾ Die unmittelbar mit der türkischen Regierung in Be-

¹⁸⁾ Dokument Nr. 318.

¹⁹⁾ Dokument Nr. 104.

²⁰⁾ Siehe die Sammlung der Aufsätze „Der imperialistische Krieg“, Seite 173 ff.

rührung kommenden russischen Diplomaten waren stets für die Annahme dieser Angebote. Unter Nr. 265 veröffentlichen wir ein außerordentlich interessantes Memorandum Gulkewitschs (der den in Urlaub abgereisten Giers vertrat), der es versuchte, Sasonow auseinanderzusetzen, daß der Staat der Jungtürken was ganz anderes als das Reich Abdul Hamids sei und daß es nicht angehe, „in alter Weise“ auf die Türkei zu blicken und sie „in alter Weise“ zu behandeln. Gulkewitsch schlug vor, an Stelle eines Angriffs auf die Türkei oder an Stelle der Versuche sie einzuschüchtern, die gegenüber dem neuen türkischen Regime keinerlei Erfolg versprächen, sich mit den Türken zu einigen. Diese Idee war nicht ganz neu — die Meerengen konnten de facto in den russischen Händen auch im Falle eines festen Bündnisses mit der Türkei sein: eine der zwei Linien Nikolai des Ersten bewegte sich gerade in dieser Richtung. Eine wirtschaftliche Basis für ein solches Bündnis war, worauf auch Gulkewitsch hinwies, nicht so schwer zu finden. Aus einer Barriere auf dem Wege der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei (Hindernisse bei der Erbauung kleinasiatischer Bahnen usw.) konnte Rußland leicht kraft seiner geographischen Lage, theoretisch gedacht, sich in einen der mächtigsten Faktoren dieser Entwicklung verwandeln. Aber dies ist eben nur eine theoretische Betrachtung. Die Grundbasis des militär-feudalen Imperialismus war gerade die Frage der Meerengen — und der militär-feudale Imperialismus kannte nur Methoden des außerwirtschaftlichen Druckes. Die Meerengen mußten erobert werden und in diesem Falle ging das Rußland Nikolai des Zweiten auf keinerlei Kompromisse ein. Die Angebote der Türken und die Ratschläge der russischen Botschaft in Konstantinopel waren in gleicher Weise fruchtlos.

Die Geschichte der Vorbereitung zur Aneignung der Meerengen durch Rußland beginnt nicht und endet nicht mit den Dokumenten, die zum ersten Band der vorliegenden Serie gehören. Hier haben wir wiederum nur das Ende eines solchen Versuchs — jenes, der mit dem Namen Liman von Sanders verbunden ist. Das Hauptdokument — die Beratung vom 31. Dezember a. St. — das, wie auch die übrigen wichtigsten Dokumente, die sich auf diese Episode beziehen, längst veröffentlicht ist, wird in den vorhergehenden Band aufgenommen werden. Ich zitiere nur die Dokumente, die bisher nicht veröffentlicht worden sind. Wie nahe die Verwirklichung dieses Versuchs war, zeigt der von uns unter Nr. 84 veröffentlichte Brief Suchomlinows an Sasonow vom 9./22. Januar 1914, wo sogar von einem „Vorrücken . . . der erforderlichen Anzahl Truppen in das Wilajet Erzerum“ gesprochen wird — d. h. von einer direkten Verletzung der Integrität des türkischen Territoriums — als von

einer der „zu verwirklichenden Maßnahmen“. Was störte die „Verwirklichung“? Vor allen Dingen natürlich die diplomatische Gewandtheit der Jungtürken, die sehr schnell in der formellen Frage nachgaben. Dies nahm Sasonow und Suchomlinow einen formellen Vorwand für eine Einmischung. Ferner kam hinzu, daß bei völliger Bereitschaft der Landtruppen die Seestreitkräfte offenkundig im Rückstand waren — was eingehend in einem Memorandum des Marineministers Grigorowitsch illustriert wird.²¹⁾ Die Hauptsache aber war offenbar die Ungewißheit bezüglich der Position, die England einnehmen würde, und der Umstand, daß Frankreich gerade im gegebenen Moment nicht vorbereitet war, sich in einen europäischen Krieg einzulassen. Bezüglich des letzteren Umstandes informiert uns ein bisher nicht veröffentlichter Brief Iswolskis an Sasonow v. 17./30. Januar, wo wir lesen:

„Ich freue mich sehr über die glückliche Beendigung des Zwischenfalls mit der deutschen Militärmission und beglückwünsche Sie von Herzen zu dem erzielten vollen Erfolge . . . Hier ist offenbar den Franzosen ein Stein vom Herzen gefallen, und obgleich die französische Regierung, wie Ihnen bekannt ist, fest entschlossen war, uns in dieser Frage to the bitter end zu unterstützen, ist sie, begreiflicherweise, sehr zufrieden, daß dieser Kelch an ihr vorbeigegangen ist.“

Obleich Iswolski selbst eine derartige Stimmung dadurch erklärt, daß für die Franzosen es hier in erster Linie um die türkische Anleihe ging, konnte natürlich diese Kleinigkeit Frankreich nicht vor einem Eintritt in einen europäischen Krieg zurückhalten. Wesentlicher war etwas anderes, nämlich, daß „die Lage des Kabinetts Doumergue“, eines verhältnismäßig „linken“ Kabinetts, „sich merklich gefestigt hatte“, und daß die bevorstehenden Wahlen, die dieses Kabinett durchzuführen hatte, „einen Sieg den äußersten radikalen Elementen zum Schaden einer gemäßigten Gruppe, an deren Spitze der Präsident der Republik selbst steht“ verhiessen. Poincaré fühlte sich nicht als Herr der Situation und wartete, um Krieg zu führen, solche Wahlen ab, die für ihn ein nicht formelles Vertrauensvotum erbringen würden: späterhin, im Jahre 1916, wiederholte sich dieselbe Situation mit Wilson. Damals, zu Beginn des Jahres 1914, war ihm ein Krieg ungelegen. Und endlich wird die Situation Englands sehr eindrucksvoll in einem Briefe Benckendorffs an Sasonow vom 29. Januar resümiert.²²⁾ Grey entzog sich der Unterhaltung, und der russische Botschafter mußte sich auf ein

²¹⁾ Nr. 50, vgl. den Brief Gulkewitschs an Sasonow unter Nr. 155.

²²⁾ 11. Februar 1914, Nr. 232.

Gespräch mit Nicolson beschränken, der laut Benckendorff buchstäblich folgendes sagte:

„Was das Bündnis (mit Rußland) anbelangt, so hat Nicolson mir gegenüber nicht verheimlicht, daß dies auch voll und ganz seine Meinung ist. Und er steht lange nicht allein. Möglich ist es, daß auch Grey persönlich nicht abgeneigt ist. Aber Nicolson fügte sofort hinzu — und ich teile vollkommen seine Ansicht —, daß gegenwärtig dies (d. h. ein Bündnis mit Rußland) unmöglich ist. Das Land (d. h. England) ist weder für ein Bündnis mit Frankreich, noch mit Rußland vorbereitet und ist eher sogar bei dem Gedanken an seinen fernen Bundesgenossen, Japan, ermüdet. Ich füge hinzu, daß das jetzige Kabinett, das schon so lange an der Macht ist und eine Krise durchmacht, die sich entweder hinschleppen oder mit dem Sturze des Kabinetts enden wird, nicht über eine genügende moralische Autorität für eine so wichtige Angelegenheit verfügt.“

Den Lesern dieses Aufsatzes ist genau bekannt, daß England zu der Zeit schon längst der Bundesgenosse Frankreichs war, und Nicolson hat offenkundig die Unkenntnis Benckendorffs über diese Tatsache ausgenutzt. Aber der Bundesgenosse Rußlands wollte es noch nicht sein, und aus welchem Grunde, das ist genügend klar für jeden, der dies Dokument liest. Nicolson begann hierauf sofort über die Transpersische Bahn zu sprechen. Der englisch-russische Konflikt wegen Persien war entschieden von ernsterer Bedeutung als es vielen Politikern damals erschien und scheinbar auch vielen Historikern bis auf den heutigen Tag.

Ohne sich durch feste Bande mit dem Eroberer Persiens zu binden, auf den man möglicherweise noch Deutschland hetzen konnte,²³⁾ wollte man ihn doch nicht aus seiner Botmäßigkeit entlassen, kühlte aber dessen heiße Erwartungen allzu ab. Schon Ende Dezember 1913 besuchte Oberst Repington seinen Kollegen, den russischen Militäragenten in London, und hatte mit dem russischen General eine Unterredung, die es sich verlohnt vollständig wiederzugeben.

„Melde, daß mich dieser Tage der militärische Korrespondent der „Times“, Oberst Repington, besucht hat und folgendes mitteilte. Die englische öffentliche Meinung, die sich bisher aus Unverständnis ziemlich gleichgültig zu der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel verhalten habe, beginnt jetzt die

²³⁾ Vgl. „Historiker — Marxist“ Nr. 15 (Gespräche Greys mit dem Oberst House).

vielen unvorteilhaften Seiten und Gefahren zu begreifen, die mit dieser Mission nicht nur für Rußland, sondern auch für Großbritannien verbunden sind. Die nächstliegende Gefahr für England besteht darin, daß, da England einen bedeutenden Teil seiner Lebensmitteleinfuhr aus Südrußland durch die Meerengen erhält, eine Festsetzung des deutschen Einflusses am Bosphorus schließlich dazu führen wird, daß, wie sich Repington ausdrückte, „ein deutscher General sozusagen in seinen Händen die Verpflegung Englands halten wird“ und im Falle eines Krieges Englands mit Deutschland die Möglichkeit haben wird, England durch die Einstellung seiner Lebensmitteleinfuhr, d. h. einfach durch Hunger, zu bedrohen.

Außer der oben dargelegten sehr ernststen Gefahr für England wird auch jene hervorgehoben, daß nämlich der deutsche Einfluß am Bosphorus zu einer Stärkung Deutschlands in Kleinasien führen wird und zu einem Druck Deutschlands auf die englischen Verbindungen mit Indien. Bezüglich der Übernahme der türkischen Flotte in die Hände englischer Marineoffiziere, sagte mir Oberst Repington, daß die „Times“ mit dieser Idee nicht vollständig sympathisiere, da hierdurch die ganze Angelegenheit kompliziert würde, daß aber auf jeden Fall, wenn die deutsche Mission in Konstantinopel verbleibe, es besser sei, daß die türkische Flotte in den Händen Englands sei, da sonst Deutschland auch diese in seine Hände nehmen werde. Bezüglich des von der Türkei gekauften Dreadnoughts „Rio Janeiro“, sagte mir Repington, daß nach seinen Informationen der Dreadnought zwecks Abnahme im Mai d. J. vollständig fertiggestellt und armiert sein werde. Die Vorbereitung und Ausbildung der türkischen Besatzung werde aber nicht weniger als 6 Monate in Anspruch nehmen, so daß der Dreadnought die Kampagne erst im Oktober 1914 beginnen könne. — Repington fügte hinzu, daß in der Redaktion der „Times“ die Überzeugung herrsche, daß Deutschland Enver bestochen habe.“²⁴⁾

Daß diese Information eines außerordentlich einflußreichen englischen Militärs und Journalisten nichts anderes war als eine Anstiftung dazu, damit Rußland tiefer in den Konflikt hineingerate, wobei man ihm Hoffnungen — ohne jegliche formelle Garantie — bezüglich der Hilfe Englands machte, dies ist ohne jegliche weiteren Erklärungen klar. Aber die Regierung Nikolais des Zweiten war nicht so einfach, wie man in London dachte.

Aus allen Dokumenten, die wir bisher zitiert haben — wir haben dabei alle wichtigen Gruppen von Dokumenten in Betracht

²⁴⁾ Dokument Nr. 4.

gezogen — ist eins in keiner Weise zu ersehen: nämlich der deutsche Imperialismus. Dies bedeutet natürlich keineswegs, daß diese Kraft, die zu den entscheidenden Kräften auf dem Theater der Weltdiplomatie gehörte, zu dieser Zeit etwa fehlte. Wohl aber bedeutet dies ohne Zweifel, daß sie auf dem russischen Abschnitt dieses Theaters zu der gegebenen Zeit keine aktive Rolle spielte. Darüber war man sich übrigens auch in Petersburg vollkommen im klaren, wie der nachstehende Brief Sasonows an den Marineminister Grigorowitsch beweist.

„Durch Schreiben vom 3. Februar d. J. haben Ew. Hohe Exzellenz, unter Berufung auf eine Reihe in letzter Zeit in der deutschen Presse erschienener Artikel, die Rußland feindlich sind und im Speziellen sich auf unsere Baltische Flotte beziehen, geruht, mich um eine Meinungsäußerung darüber zu ersuchen, ob nicht etwa diese Kampagne der deutschen Presse eine von der deutschen Regierung organisierte Vorbereitung der öffentlichen Meinung zu einem möglichen aktiven Hervortreten gegen uns darstellt. Ohne die Möglichkeit zu haben, behaupten zu können, daß das Berliner Kabinett an der gegenwärtig von den deutschen Zeitungen uns gegenüber bekundeten unfreundlichen Richtung unbeteiligt sei, trage ich doch Bedenken, darin eine direkte Vorbereitung der deutschen Regierung zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit uns zu erblicken. Eine Erklärung hierfür muß man meines Erachtens eher in der überhaupt jetzt zu beobachtenden aggressiven Richtung eines Teiles der deutschen Gesellschaft und speziell in der Erregung suchen, die in Deutschland durch den äußerst deutschfeindlichen Ton unserer Presse hervorgerufen ist.“²⁵⁾ Der Deutsche dachte noch nicht daran, anzugreifen, aber die kleinen Bundesgenossen Rußlands erwarteten nichtsdestoweniger den Krieg, und zwar in allernächster Zukunft. Unter Nr. 161 drucken wir den Brief des serbischen Premiers Pasic an Sasonow ab, der die erste Fassung der Bitte um Versorgung der serbischen Armee aus russischen Vorräten enthält. Die Bitte selbst ist schon längst bekannt und veröffentlicht; aber in dem jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Briefe ist eine Stelle charakteristisch. „Serbien muß sich bis zum nächsten Frühjahr mit der außerordentlich notwendigen Menge an Gewehren und Geschützen eindecken“, schrieb Pasic. Und obgleich er sich konkret auf die aggressiven Absichten Bulgariens beruft, tut er dies nur um zu sagen, daß letzteres „Gewehre und Kriegsmaterial aus den Militärdepots Österreich-Ungarns erhält.“

²⁵⁾ Dokument Nr. 267.

Bulgarien allein, das eben erst im Jahre 1913 zertrümmert war, fürchtete Serbien, das sich auf seine Balkanverbündeten Griechenland und Rumänien stützte, nicht.

Ich erwähnte bereits, daß die russische Regierung sich nicht damit beeilte, das serbische Gesuch zu erfüllen. Erfüllt wurde es und obendrein nur zum Teil erst nach der Ermordung Franz Ferdinands. Daß sich dies nicht durch Geiz erklärt, zeigt ein anderes interessantes Dokument, das von uns unter Nr. 196 veröffentlicht wird. Hier handelt es sich schon nicht mehr um ein Schreiben Pasic', sondern um ein Schreiben an ihn, und zwar nicht von Sasonow, sondern von Kokowzew. Der letztere erinnert an eine kleine Schuld, nominell an die Internationale Bank, de facto an die russische Regierung — von seiten der serbischen Offiziersvereinigung „Sadruga“. Die „Sadruga“ war der legale Deckmantel, hinter dem sich allerhand serbische Offiziersorganisationen verbargen, und für den in die Geheimnisse der russisch-serbischen Beziehungen Nichteingeweihten ist es schwer zu verstehen, warum die russische Regierung es für nötig befunden hatte, serbischen Offizieren eine Anleihe von nicht mehr und nicht weniger als 4 Millionen Franken (in Gold) zu beschaffen. Demjenigen aber, der diese Beziehungen kennt, sagt der Brief Kokowzews ²⁶⁾ sehr viel.

Vor allen Dingen zeigt er uns aber das Gesicht Kokowzews. Beinahe unmittelbar vor jenem Tage, wo diese serbischen Offiziersorganisationen außerordentlich notwendig, unentbehrlich für die russische Regierung werden mußten, einen kleinlichen Streit wegen lumpiger vier Millionen Franken zu entfachen! Um derartige Taktlosigkeiten zu begehen, mußte man die Aufgaben der russischen Außenpolitik in der damaligen Zeit in keiner Weise begreifen. Natürlich mußte Kokowzew entfernt werden, und er wurde auch gerade wegen dieses Nichtbegreifens der Aufgaben der Außenpolitik entfernt.

Dies erfahren wir aus zwei zufälligen, aber außerordentlich vielsagenden Dokumenten unserer Kollektion.²⁷⁾ Es handelt sich um zwei „aufgegriffene“ (alias „dechiffrierte“) Telegramme des soeben erst nach Petersburg ernannten französischen Botschafters Paléologue an Doumergue vom 13. und 14. Februar. Aus dem „außerordentlich vertraulichen“ (très confidentiel) Zusatz des ersten Telegramms erfahren wir, daß Paléologue nach Rußland in ein und demselben Waggon mit dem bekannten Orlow

²⁶⁾ Dokument Nr. 196.

²⁷⁾ Nrn. 250 und 256.

gefahren war, einem der Nikolai besonders nahestehenden Leute, der aus dem Briefwechsel zwischen Nikolai und Alexandra Feodorowna gut bekannt ist, die eine große Freundin Orlow's war. Orlow teilte dem französischen Diplomaten die Entlassung Kokowzew's mit.

„Der Kaiser“, fügte er hinzu, „hat mir schon vor vier Monaten von seinem Entschluß Mitteilung gemacht. Seine Majestät macht Herrn Kokowzew zum Vorwurf, daß er stets die allgemeine Politik und Außenpolitik den finanziellen Interessen unterordnet.“ Im nächsten Telegramm, am anderen Tage, teilte Paléologue weitere, noch interessantere Einzelheiten mit. „Die Sache geht nicht nur um den Verzicht auf die Finanzpolitik des Herrn Kokowzew, der der Kaiser in erster Linie seine Aufmerksamkeit zugewandt hat, sondern um eine neue Orientierung der allgemeinen Politik. Es geht in der Tat das Gerücht, daß der Kriegsminister (nicht mit absoluter Sicherheit dechiffriert) und der Minister der Volksbildung in allernächster Zeit abgehen. Die Stellung des Ministers des Äußern ist erschüttert. Man versichert mir, daß Herr Goremykin (der neuernannte Präsident des Minister-rats — M. P.), der die Ansichten des Großfürsten Nikolai und des Herrn Hartwig teilt, Herrn Sasonow schwere Vorwürfe gemacht hat, weil dieser allzu gefügig gegenüber den Ratschlägen“ . . . (das weitere ist nicht dechiffriert).

Hofklatsch, wird man sagen. Aber der Hinweis auf Nikolai den „Großen“ und Hartwig, den faktischen Leiter der serbischen Politik zu jener Zeit, klingt doch außerordentlich wahrheitsgemäß. Sasonow „besserte sich“ und konnte sich halten, Kokowzew war unverbesserlich und flog . . .

Wie wir sehen, gibt schon der erste Band unserer Kollektion, ohne erstklassige neue „Enthüllungen zu bringen“, eine große Zahl sehr interessanter Einzelheiten über das, was bereits früher bekannt war. In den weiteren Bänden wächst die Menge des neuen Materials bedeutend an.

Fürst Bülow und seine Denkwürdigkeiten¹⁾.

Von Paul Herre.

I.

Wer sich schon seit der Vorkriegszeit mit der geschichtlichen Persönlichkeit des Fürsten Bülow befaßt hat und seinen Äußerungen in der Nachkriegszeit, soweit das möglich war, gefolgt ist, kann über Wesen und Charakter der nun zur Öffentlichkeit gelangenden Denkwürdigkeiten nicht überrascht sein²⁾. Im Grunde auch nicht über den geringen geschichtlichen Wert, den zum mindesten der bisher vorliegende erste Band darstellt. Wenn manche Menschen und Kreise heute das Erinnerungswerk des Kanzlers Wilhelms II. mit Erstaunen und Befremden zur Kenntnis nehmen, so beruht das darauf, daß sie sich von einer glänzenden äußeren Schale haben blenden lassen und es unterlassen oder nicht vermocht haben, zum Kern vorzudringen.

Die große Rolle, die Bülow als der staatsmännische Hauptrepräsentant der wilhelminischen Ära gespielt hat, macht eine eingehende Beschäftigung mit seinen Denkwürdigkeiten geboten. Die einzelnen Bände sollen hier hinsichtlich dessen, was sie uns neu sagen oder verschweigen, genau geprüft werden, und es ist selbstverständlich, daß dabei nur ein wissenschaftlicher Maßstab zur Anwendung gelangt. Zuvor bedarf es jedoch einiger allgemeiner Angaben und Bemerkungen.

Die Denkwürdigkeiten werden insgesamt vier Bände umfassen und erscheinen in der Reihenfolge ihrer Fertigstellung seitens des Verfassers. Der jetzt herausgekommene erste Band, der den Jahren 1897—1903 gewidmet ist, steht zeitlich erst an zweiter Stelle, denn der zuletzt niedergeschriebene und zur Veröffentlichung gelangende, behandelt nachholend die Jugend und Diplomatenjahre. Angesichts seines hohen Alters kam es Bülow darauf an, sich über die Zeit seines Staatssekretariats und seiner Reichskanzlerschaft wie über die Zusammenhänge dieser Vorgänge

¹⁾ Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten. Erster Band: Vom Staatssekretariat bis zur Marokko-Krise. Herausgegeben von Franz von Stockhammern. Berlin, Verlag Ullstein (1930). XXIV u. 634 S.

²⁾ Zum Vergleich darf ich auf meinen Nachrufsaufsatz „Fürst Bülow“ im Dezemberheft 1929 dieser Zeitschrift (Jahrgang VII S. 1154—1167) hinweisen.

mit der Entstehung und dem Ausgang des Weltkriegs zu verbreiten, bevor sein Mund verstummte. Der zweite Band wird sich mit der Periode von der ersten Marokkokrise bis zur Verabschiedung Bülow's (1904—1909), der dritte mit dem Weltkrieg und dem Zusammenbruch beschäftigen. Wie man hört, sollen die drei weiteren Bände dem ersten jedesmal im Abstände von wenigen Monaten folgen, so daß das umfassende Memoirenwerk bis zum Sommer nächsten Jahres abgeschlossen vorliegen würde.

Als Herausgeber fungiert der Ministerialdirektor Franz von Stockhammern, der während der letzten Jahrzehnte zu dem Fürsten in enge Beziehungen getreten war. Er ist zwar noch vor Beginn der Drucklegung am 27. Februar 1930 gestorben, aber hatte noch zu Lebzeiten das Vorwort geschrieben, das den Leser über die technische Seite der Publikation wie über Zweck und Absicht des Verfassers orientieren soll. Wir erfahren da, daß Bülow fünf Jahre³⁾ auf das Diktat und drei weitere auf die sorgfältige und mühevollen Überprüfung des Textes verwendet hat. Jeder Name, jedes Datum und jedes Zitat sei mehrmals durch Nachschlagen verifiziert, jeder Satz wieder und wieder sorgsam abgewogen und gefeilt worden. Durch das unvergleichliche Gedächtnis des Kanzlers sei die Arbeit wesentlich unterstützt worden. „Material im eigentlichen Sinne des Wortes“ habe wenig vorgelegen; die Briefe des Kaisers habe Bülow nach seinem Rücktritt spontan dem Zivilkabinett ausgehändigt. Mehr wird über die technischen Voraussetzungen der Memoiren nicht gesagt. Man darf danach annehmen, daß der Darstellung tagebuchmäßige Notizen nur ausnahmsweise zugrunde liegen, so daß die zahlreichen ausführlichen Berichte, die Bülow von seinen Unterhaltungen mit dem Kaiser, von Ministerbesprechungen, diplomatischen Verhandlungen usw. gibt, ohne Unterlagen in den Nachkriegsjahren entstanden sind. Das ergibt einen Tatbestand, der bei aller Würdigung des erstaunlichen Gedächtnisses zu größter Vorsicht mahnt. Es ist bedauerlich, daß über diesen Punkt, dessen methodische Bedeutung in die Augen springt, nicht ganz genaue Angaben gemacht worden sind.

Hinsichtlich seines eignen Anteils an der Veröffentlichung hüllt sich der Herausgeber ganz in Schweigen. Es scheint, daß er sich

³⁾ Nach der ergänzenden Vorbemerkung des Verlags waren es die Jahre 1921—1926, doch deutet die Bemerkung auf S. 492 über die Verleihung des Schwarzen Adlerordens darauf hin, daß das Diktat schon 1920 im Gange war. Vermutlich arbeitete Bülow bereits an den Erinnerungen, als er die Verhandlungen mit dem Verlag aufnahm, die am 15. Januar 1921 zum vertraglichen Abschluß gelangten.

in der Hauptsache auf die Gruppierung des Stoffes während der gemeinsamen Arbeit beschränkte, denn es bedurfte sicherlich der Freundeshilfe, den ewig plaudernden Verfasser bei der Stange zu halten. Gegen alle derartige redaktionelle Mitarbeit, die weder die mitgeteilten Tatsachen noch Urteil und Auffassung berührt, ist nichts einzuwenden. Anders läge es, wenn die Erwägungen des Herausgebers, von denen der Verlag in seiner Vorbemerkung Mitteilung macht und die wohl auf seine Anregung zurückgingen, zur Ausführung gelangt wären: schärfere Äußerungen Bülow's über die politischen Führer des republikanischen Deutschland zu mildern oder auszumerzen, weil er im dritten Bande seiner Denkwürdigkeiten über Ebert anerkennende Worte gefunden hat. Der vorzeitige Tod Stockhammers hat diesen bedenklichen Eingriff verhindert; der Verlag selbst hat, durch die vertraglichen Abmachungen und durch noch darüber hinaus gegebene Erklärungen gebunden, den Text unverändert lassen müssen.

Wenn das schönfärbende Vorwort des Herausgebers recht hätte, trügen die Denkwürdigkeiten, die nur Selbsterlebtes und Selbstgehandeltes bringen sollen, den Stempel der Wahrheit und Gerechtigkeit. Das erweise sich vor allem darin, daß der Fürst trotz des Drängens seiner Freunde und Verehrer an dem Entschluß festgehalten habe, sie erst nach seinem Tode veröffentlichen zu lassen. Die damit erstrebte Unabhängigkeit der Meinung in Ehren: daß das Erscheinen der Denkwürdigkeiten noch zu Lebzeiten des Kaisers möglich war, dürfte keines unvoreingenommenen Beurteilers Beifall finden. Auch das, was der Herausgeber über die Wilhelm II. darin zuteil gewordene Behandlung sagt, dürfte auf weiter Front heftigem Widerspruch begegnen. Die Bülow nachgerühmte Gerechtigkeit des Urteils über seinen Kaiser ist trotz manchen Anscheins in Wahrheit nicht vorhanden. Offensichtlich hat das Beispiel, das Bismarck mit dem dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ gegeben hat, das sich jedoch wohl-gemerkt nicht auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung erstreckt (denn er trägt für das Erscheinen zu Lebzeiten des Kaisers keine Verantwortung), Verfasser und Herausgeber zu der Überzeugung gebracht, daß sie dasselbe tun dürften und müßten. Man wird dabei in fataler Weise an das lateinische Sprichwort erinnert: *si duo faciunt idem, non est idem*.

Es liegt nahe, die beiden autobiographischen Werke des Reichsgründers und des Kanzlers Wilhelms II. miteinander zu vergleichen, doch sind die Maße der beiden Schreibenden allzu ungleich. Man kann nur sagen, daß die Äußerungen des einen ebenso bismarckisch sind, wie die des andern bülowisch. Die grundverschiedenen Per-

sönlichkeiten, mögen sie auch im Verhältnis des Lehrers und Schülers zueinander gestanden haben, spiegeln sich in ihren Memoiren: schwerwichtig grübelnd und in tiefem Ernst schreibend die eine, anmutig plaudernd und unterhaltend die andere; wurzel-echt-unreflektiert, den Erdgeruch deutschen Landes ausströmend die eine, im Prisma einer schillernden Zivilisation vielfach gebrochen und gesellschaftlich verflacht die andere. Heinrich von Treitschke hat in seiner „Politik“ einmal nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, die der Salon für die Menschen der Diplomatie bedeutet. Bülow, der mit ausgezeichnetem psychologischem Scharfblick, ungewöhnlicher Klugheit und großer politischer Veranlagung ausgestattete Diplomat, ist ein besonders charakteristisches Beispiel für die Berechtigung dieser Warnung. Auch in den Denkwürdigkeiten redet kein männlich-charaktervoller Staatsmann, sondern nur ein vielgewandter, in allen Tiefen und Untiefen politischen Kampfes sich auskennender, ewig lächelnder Meisterdiplomat.

Der erste Band beschäftigt sich, wie gesagt, mit den drei Jahren des Staatssekretariats und den ersten drei Jahren der Reichskanzlerschaft Bülows. Aber die Darstellung bewegt sich nur sehr locker an diesem chronologischen Faden vorwärts, und nicht das Thema, sondern die Abschweifung wird zur Hauptsache. Das ständige Sichverlieren in anekdotische Einzelheiten ist vielleicht der hervorstechendste Zug der Memoiren. Man fasse das nicht als eine senile Äußerung auf. Wer Bülow gekannt und mit ihm eingehende Unterhaltung gepflogen hat⁴⁾, konnte schon in früheren Jahren dieselbe Feststellung machen. Immer waren seine Erzählungen mehr amüsierende Plauderei als sachliche Mitteilungen, und die Denkwürdigkeiten mit dem erdrückend hervortretenden Interesse am unterhaltenden Detail illustrieren nur wieder den sprudelnden Causeur und Charmeur, als den sich der Fürst im persönlichen Zusammensein zeigte. Bezüglich seines staatsmännischen Ernstes freilich kann diese Art von vornherein nur starke Zweifel erwecken. Wenn man dazu hält, daß sachliche Probleme in dem Memoirenwerk nur eine geringe Rolle spielen und daß sich die großen Gegensätze eigentlich immer in persönliche Gegnerschaften auflösen, so bestätigt diese Feststellung das ungünstige Bild, das der unvoreingenommene Leser von dem Schreibenden gewinnt.

So drängt sich für den wissenschaftlichen Beurteiler bei der Lektüre der Denkwürdigkeiten immer wieder der Literat Bülow

⁴⁾ Ich darf bemerken, daß ich selbst in mehrstündigen Gesprächen, die die wilhelminischen Menschen und Dinge zum Gegenstand hatten, mir einen genauen Eindruck von Bülows Persönlichkeit, Betrachtungsweise und Ideenwelt habe verschaffen können.

störend in den Vordergrund. Es muß an sich zugegeben werden, daß der Fürst zu erzählen versteht. Eine Fülle plastischer Bilder und geistreicher Bemerkungen durchzieht das Werk ⁵⁾). Zahlreiche Menschen, im Sinne der Abschweifungen mehr, als eigentlich der wilhelminischen Bühne angehören, werden uns lebendig vor Augen gestellt, und es gibt kaum eine Seite, die nicht durch die Wiedergabe irgendeiner interessanten, nicht selten auch pikanten Einzelheit unterhält. Aber schon äußerlich schadet sich der Verfasser durch das Zuviel dieser anekdotischen Mitteilungen, und der Stich ins Seichte und Klatschige, in einzelnen Fällen sogar ins Geschmacklose ⁶⁾) berührt peinlich. Ebenso verstimmt das Schwelgen in Zitaten, das Bülow ja auch im Gespräch und in der Rede eigen war ⁷⁾). Das ermüdende Aufmarschierenlassen aller Geister der Weltliteratur stellt der Belesenheit des kultivierten Diplomaten zwar ein rühmendes Zeugnis aus, bringt aber allzu deutlich die Absicht zum Ausdruck, als der Weltmann zu erscheinen, der wohl als sein Persönlichkeitsideal gelten darf. Zumal hier sieht man überall den Salon, das Unechte und Literatenhafte durchschimmern, und vergeblich sucht man die Lust am Flachen und Äußerlichen mit der ernsten und verantwortungsvollen Arbeit des Staatsmannes auf einen Nenner zu bringen.

Läßt schon die literarische Aufmachung trotz aller darauf verwandten Mühe und Veranlagung zu wünschen übrig, so erst recht der Inhalt. Auf Schritt und Tritt drängt sich dem nachprüfenden Leser die Erkenntnis auf, daß die Denkwürdigkeiten durchaus keine vom Streben nach Objektivität getragene reine Quelle sind. In dem Kampf aller gegen alle, der für die Umgebung des Kaisers bezeichnend war, herrschten Eifersucht, Mißtrauen und Intrige, und Bülow stand alledem keineswegs fern. Vollends der Verlust der kaiserlichen Gnade und die schließliche Entlassung machten ihn zur Partei, und mit glühendem Haß verfolgte er die einstigen Freunde, die sich von ihm wandten. Die Charakteristik, die er von diesen gibt, ist einseitig und ungerecht, wenn auch manche der unerquick-

⁵⁾ Ich weise beispielsweise auf den Vergleich Philipp Eulenburgs hinsichtlich des Kaisers mit jenem Engländer hin, der dem berühmten Tierbändiger Beatty überallhin nachreiste, um zu erleben, wie der Löwe schließlich einmal über seinen Herrn herfallen und ihn auffressen würde (S. 464).

⁶⁾ Vgl. etwa die Mitteilungen über die Hühneraugen des Prinzregenten Luitpold (S. 120) und die Liebesbedürftigkeit der Großfürstin Helene (S. 549).

⁷⁾ Nicht unerwähnt bleibe, daß diese Zitate, zumal die historischen Gepräges, mancherlei Irrtümer und Ungenauigkeiten aufweisen. Über Bülows Beziehungen zu Büchmanns „geflügelten Worten“ vgl. seine eigenen Bemerkungen (S. 130).



Fürst Bülow mit seinem militärischen Begleiter Hauptmann von Schwartzkoppen
auf einem Spazierritt im Tiergarten in Berlin

lichen Züge und Einzelheiten, die mit dem scharfen Auge der Abneigung gesehen sind, nicht abgestritten werden können. Unerfreulich bleibt das Bild, das diese Männer der wilhelminischen Ära bieten, hier wie dort, von welcher Seite aus man auch an das Gesamtmilieu herantritt⁸⁾, und zumal in dem System der Umschmeichelung, um dessen willen Bülow beispielsweise über den Grafen Monts aburteilt (S. 125—128, 481—483 und 524—525), spielte der Fürst durchaus nicht nur eine passive Rolle. Auch seine Denkwürdigkeiten, im besonderen die Dutzende von Druckseiten umfassende Wiedergabe von Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben, die ihm bei Ernennungen und Einzelerfolgen zuzingen, und das Sichsonnen in dem Glück seiner wunderbaren Rednergabe, lassen erkennen, wie stark er an der Hypothek der Eitelkeit trug, über die er sich nach dem Vorbild Bismarcks mit Worten lustig macht. Ein Urteil wie das über den Fürsten Max Fürstenberg und dessen Stellung beim Kaiser ist jedoch leider nur allzu berechtigt.

Man gewinnt zu dem Erinnerungswerk Bülows den richtigen Standpunkt, wenn man sich klar macht, was es bezweckt. Gelegentlich einer Attacke gegen die deutsche Wissenschaftlichkeit (S. 286) schreibt der Verfasser folgenden Satz: „Bei unglücklichen Ereignissen liebt der Durchschnittsdeutsche zehn, fünfzig, auch hundert Jahre zurückzugreifen, um zunächst einmal die letzte Ursache eines Unglücks ‚wissenschaftlich‘ festzustellen.“ Es liegt auf der Hand, daß er bei dieser Bemerkung an seinen eigenen Fall denkt. Die Vorwürfe, die von dem unglücklichen Kriegsausgang her gegen seine Politik gerichtet worden sind, haben ihm die Feder in die Hand gedrückt, und so sind seine Memoiren, mehr noch, als das im Charakter dieser Literaturgattung begründet ist, zu einer reinen Rechtfertigungs- und Verteidigungsschrift geworden. Daraus erklären sich Geist und Tendenz der Denkwürdigkeiten, erklären sich die Methoden des Angriffs, die als beste Verteidigungswaffe rücksichtslos gehandhabt werden, erklärt sich die Zurückhaltung, die hinsichtlich der eigenen Person und ihres Wirkens geübt wird.

Tatsächlich erzählt Bülow überhaupt nicht, was er getan hat, wie er zu seinen Handlungen oder Unterlassungen gekommen ist, welchen Zweck sie verfolgt haben. Sachliche Aufschlüsse, die unsere Kenntnis von den Vorgängen der sieben Jahre verbessern oder ergänzen, werden demgemäß nur in geringfügigem Maße gegeben. Das einzige Ziel, dem er nachstrebt, ist, den Eindruck zu erwecken, als ob in der Zeit, da er als Leiter der deutschen Politik

⁸⁾ Ich denke an die Werke von und über Philipp Eulenburg, Waldersee, Kiderlen-Wächter, Alexander Hohenlohe usw.

die Verantwortung für den Kurs des Staatsschiffes trug, alles in schönster Ordnung war, während vor und nachher die Unfähigkeit der damaligen Führer nur Unheil stiftete. Und noch mehr. Die Welt soll erfahren, daß die großen Erfolge, die er als Staatssekretär und Kanzler errang, zustande gekommen sind, obschon die Torheiten und Fehlgriffe des Kaisers überall hinderlich waren. In der Brandmarkung Wilhelms II. liegt das Schwergewicht der Denkwürdigkeiten; von ihr soll sich das eigene Verdienst um so strahlender abheben.

Es ist eine Art von System, das zur Erreichung dieses Zieles angewendet wird. Beileibe darf die dahinter stehende Gehässigkeit und Ungerechtigkeit nicht erkennbar sein, darf nicht zum Ausdruck kommen, daß hier wegen der schnöden Entlassung eine späte Rache geübt wird: mit Tricks und Mätzchen, die des einstigen Kanzlers wenig würdig sind, wird der wahre Sinn der furchtbaren Bloßstellung verschleiert. So wird beinahe Seite für Seite von Großsprechereien, Taktlosigkeiten, Mißgriffen und Entgleisungen des Kaisers berichtet, und oft wird auf die nachteiligen Folgen, die sie hatten, hingewiesen. Aber jedesmal, wenn das geschieht, folgt eine Bemerkung der Anerkennung sympathischer menschlicher Seiten oder des Bedauerns über das schwere Schicksal, das den Herrscher schließlich getroffen hat, oder eine noch absprechendere Bemerkung über Menschen und Dinge des republikanischen Deutschland: ein Verfahren, das im Ausspielen der Gegengewichte tatsächlich die erstrebte Wirkung nicht verfehlt hat, wie die Stellungnahme der Parteipresse rechts und links zu den Denkwürdigkeiten in beinahe komischer Weise erkennen läßt, und das so zu einem letzten „Sieg“ des listigen Diplomaten geführt hat. Aber alle solche Manöver können den wissenschaftlichen Beurteiler, der nicht nach Äußerungen des wilhelminischen Staatsmannes für oder gegen das monarchische System sucht, sondern im Dienste der geschichtlichen Wahrheit rein sachlich prüft, über die wirklichen Absichten Bülows nicht hinwegtäuschen. In der Verfolgung seines Zieles scheut sich dieser nicht einmal vor niedrigen Häßlichkeiten⁹⁾; ja er ist sogar so taktlos, seinem kaiserlichen Herrn an Hand Eulenburgischer Sarkasmen bis ins Ehebett nachzugehen (S. 460).

Das Bild, das so entstanden ist, darf ohne Übertreibung als

⁹⁾ Dazu rechne ich besonders die Bemerkung S. 346 über die kühle Behandlung, die Wilhelm auf seiner Rückreise von England 1899 den beiden holländischen Königinnen als „ärmeren Verwandten“ zuteil werden ließ, und den böswilligen Hinweis auf die Zuflucht, die der Kaiser 19 Jahre später bei diesen fand.

erschütternd bezeichnet werden. Wir erfahren im Grunde über die Persönlichkeit Wilhelms II. und sein politisches Versagen nichts wesentlich Neues,¹⁰⁾ aber in der schonungs- und lückenlosen Aneinanderreihung der von ihm verschuldeten Zwischenfälle mit mehr oder weniger unheilvollen Folgen wirkt das alles furchtbar. Ein dokumentarisches Zeugnis für die starke Selbstüberhebung des Kaisers liefert Bülow mit dem Abdruck des Briefes, den Wilhelm zwei Monate nach Bismarcks Tod Ende September 1898 an seine Mutter geschrieben hat (S. 235—237). Am erschütterndsten aber ist vielleicht die Einheitlichkeit, mit der Familie, Hof und Staatsmänner über die Unfähigkeit des Kaisers zu geregelter sachlicher Regierungstätigkeit urteilen. Man lese das Promemoria nach, das Philipp Eulenburg, der vertraute Freund Wilhelms, dem neu ernannten Staatssekretär sozusagen als Instruktion für seinen Umgang mit dem Herrscher auf den Weg gegeben hat (S. 5), oder das Wort Miquels, daß der Kaiser „politisch farbenblind“ sei (S. 296); man beachte die wiederholt geäußerten Befürchtungen des greisen Fürsten Hohenlohe, daß Wilhelm geisteskrank sei (z. B. S. 140), die taktlosen Bemerkungen des früheren Erziehers Hinzpeter (S. 104—107) oder die Warnungen des Königs Albert von Sachsen (S. 491), deren Wortlaut aber wohl nicht über jeden Zweifel erhaben ist. Es ist sicherlich ein Verdienst Bülows, daß er manche Voreiligkeit und Unüberlegtheit des Kaisers verhindert und nachteilige Wirkungen begangener Fehlgriffe mit diplomatischem Geschick ausgeglichen hat.

Aber ist der Kanzler berechtigt, vor die Nachwelt zu treten, alle Schuld an der späteren Katastrophe für sich abzulehnen und mit dem Kapuziner in Wallensteins Lager (S. 136) zu erklären: „das Ärgernis kam von oben“? Alle offene und versteckte Anklage der Denkwürdigkeiten gegen den Kaiser kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Bülow in der Zeit seiner Amtsführung, da er die oberste Verantwortung nach innen und außen trug, niemals die Konsequenz aus seiner Erkenntnis gezogen hat. Ganz im Gegenteil. Mit nachsichtigem Optimismus und mit einer an Leichtfertigkeit grenzenden Lässigkeit, der neben einem gutmütigen auch ein zynischer Zug nicht abzusprechen ist, hat er den Herrscher gehen lassen. Hinterher wirft er diesem (S. 94) Mangel an Logik vor und erblickt in ihm einen Neurastheniker, der jäh wechselnden Stimmungen unterliegt und dessen innere Unsicherheit durch Renommisterei und Illusionismus verdeckt werde (S. 140): als es

¹⁰⁾ Als eine interessante Einzelheit möchte ich die Äußerung kaiserlicher Eifersucht gegen Tirpitz herausheben, von der Bülow S. 211 Mitteilung macht.

darauf ankam, hatte es mit sanften Vorhaltungen, die dem Kern der Dinge auswichen, sein Bewenden.

In dem erwähnten Promemoria von 1897 (S. 5) informierte Philipp Eulenburg den neuen Leiter der politischen Geschäfte: der Kaiser nehme alles persönlich, nur persönliche Argumente machten auf ihn Eindruck; er wolle andere belehren, lasse sich aber ungern belehren; er vertrage keine Langeweile; schwerfällige, steife, allzu gründliche Menschen gingen ihm auf die Nerven und erreichten nichts bei ihm; Wilhelm II. wolle glänzen und alles selbst machen und entscheiden. Hat der Freund des Kaisers Bülow deshalb bis zur höchsten Spitze lanciert, weil dieser die Eigenschaften besaß, die nach seiner wohlbegründeten Meinung für ein Auskommen und Zusammenarbeiten mit der schwierigen Herrscherpersönlichkeit erforderlich waren? Jedenfalls nahm der neue Staatssekretär und Reichskanzler fast gleichmütig die Gefahren hin, die die Sprünge und Ausbrüche Wilhelms den deutschen Staatsinteressen bereiteten, und auch in dem leisen Zureden nach der einen Seite wie in dem redengewandten Beschwichtigen nach der anderen bemühte er sich, nicht „allzu gründlich“ zu sein.

Ja, mehr als das. Man halte die folgenden beiden Äußerungen Bülows nebeneinander. Gelegentlich einer Erörterung der Bedeutung, die das „Sehen was ist“ in der Politik besitze, macht er in seinen Denkwürdigkeiten (S. 397) die Bemerkung, es sei das zumal neben einem Monarchen notwendig gewesen, der im Gegensatz zu seinem nüchternen Großvater „mehr Phantasie als bon sens besaß“. Derselbe Mann aber hat am 15. Februar 1898, also mehr als ein halbes Jahr nach Übernahme des Staatssekretariats, seinem Freunde Philipp Eulenburg nachstehenden Brief¹¹⁾ geschrieben: „Ich hänge mein Herz immer mehr an den Kaiser. Er ist so bedeutend! Er ist mit dem großen König und dem großen Kurfürsten weitaus der bedeutendste Hohenzoller, der je gelebt hat. Er verbindet in einer Weise, wie ich es nie gesehen habe, Genialität, echtste und ursprünglichste Genialität mit dem klaren bon sens. Er besitzt Phantasie, die mich mit Adlerschwingen über alle Kleinigkeiten emporhebt, und dabei den nüchternen Blick für das Mögliche und Erreichbare. Und dabei welche Tatkraft! Welches Gedächtnis! Welche Schnelligkeit und Sicherheit der Auffassung!“ Man darf in Rechnung stellen, daß dieser Erguß dazu bestimmt war, nicht nur das Wohlwollen des kaiserlichen Vertrauten wachzuhalten, sondern auch dem Herrscher selbst zu Gesicht zu kommen, und daß er

¹¹⁾ Johannes Haller: Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Berlin 1923. S. 240.

deshalb in der schwülen Atmosphäre ungesunder gegenseitiger Beweihräucherung bewußt mehr sagte, als er wahr haben wollte. Trotzdem: Ist man, wenn man sich diesen unüberbrückbaren Gegensatz der Äußerungen eines und desselben Menschen vor Augen hält, berechtigt, der Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit dieses Menschen im kleinen wie im großen irgendwelches Vertrauen entgegen zu bringen? Handelt es sich nicht vielmehr um den listigen und fast betrügerischen Versuch, mittels einer billigen nachträglichen Kritik und Anklage die Last einer schweren geschichtlichen Schuld von der eigenen verantwortlichen Schulter auf eine andere unverantwortliche abzuwälzen?

Man wundert sich danach nicht mehr, daß unter der Leitung Bülows ein erfolgreicher Schritt zur Zurückdämmung kaiserlichen Überregiments auf verfassungsmäßige Verhältnisse unmöglich war. Zweimal innerhalb des im ersten Bande der Denkwürdigkeiten behandelten Zeitraumes wurde ihm, wie er selbst berichtet, ein solcher Vorstoß nahegelegt. Als ihm Eulenburg den Brief übermittelte, den Wilhelm nach dem Tode Bismarcks an seine Mutter geschrieben hatte und von dem bereits die Rede war, gab ihm der kaiserliche Vertraute anheim, das Schreiben „wie durch ein Versehen“ in die Presse gelangen zu lassen (S. 234), doch lehnte Bülow eine solche Maßnahme ab, die zu einem reinigenden Gewitter führen konnte, aber ihn selbst wohl seine Stellung gekostet hätte. Bedeutsamer war die zweite Anregung, die aus dem Schoße des Volkes kam (S. 600—601). Im Anschluß an die Reichstagsdebatten über die Reden des Kaisers (19. bis 20. Januar 1903) überreichten Graf Limburg-Stirum, Bassermann und Graf Hompesch namens der konservativen, nationalliberalen und Zentrumspartei dem Reichskanzler eine Denkschrift, die von diesem Vorsorge verlangte, daß der Kaiser sich in Reden und Auftreten größere Zurückhaltung auferlege. Der Fürst erzählt, daß er unter Berufung auf sein monarchisches Empfinden, die traditionelle Stellung der Monarchie in Deutschland und den Geist der Verfassung sich geweigert habe, die Denkschrift entgegenzunehmen, jedoch versprochen habe, im Sinne des an ihn gerichteten Appells bei dem Kaiser ernste Vorstellungen zu erheben. Das sei durch einen Brief geschehen, über den die Denkwürdigkeiten einige Mitteilungen machen und der in der Bemerkung gegipfelt haben soll, daß, wenn Wilhelm sich nicht in Reden und Auftreten eine größere Reserve auferlege und sein Temperament besser zügele, es früher oder später zu einer Katastrophe kommen könne. Der Bericht über den wichtigen Vorgang endet mit der Angabe, der Kaiser habe den Brief nicht übelgenommen, aber erklärt, daß er sich nicht ändern könne und man

dem lieben Gott das weitere anheimstellen solle. Es muß auffallen, daß Bülow dieses höchst interessante Quellenstück nicht im Wortlaut abgedruckt hat. Sollte er davon kein Konzept zurückbehalten haben? Einmal stutzig geworden, kann sich der mißtrauische Leser nicht des Gefühls erwehren, daß an der Sache oder an der Art, wie sie dargestellt wird, irgendetwas nicht in Ordnung ist.

In seinen Denkwürdigkeiten sagt der Fürst einmal (S. 342), er habe, wenn König Eduard VII. mit seinem kaiserlichen Neffen über Politik sprach, die Empfindung gehabt, daß ein dicker und boshafter Kater mit einer Spitzmaus spiele. Um im Bilde zu bleiben, würde ihm selbst die Rolle eines Kätzchens zuzuerkennen sein. Selbst der schreibende und rückblickende Kanzler bewahrt Wilhelm II. gegenüber im Grunde eine wohlwollend- und nachsichtig-überlegene Haltung, die keine Entrüstung und Empörung kennt, sondern in der Aneinanderreihung für sich selbst sprechender Entgleisungen und Fehlgriffe ihr Ziel zu erreichen sucht. Erst unter einem mit geschickten Händen ausgebreiteten Schleier kommt die wahre Natur des Verfassers zutage.

Geben die Denkwürdigkeit hinsichtlich der Behandlung des historischen Problems „Kaiser Wilhelm II.“ zu starken Bedenken Anlaß, so lassen sie auch bezüglich einer andern offenen Frage der wilhelminischen Ära in hohem Maße unbefriedigend: der Rolle des Geheimrats von Holstein, des geheimnisvollen Beherrschers des Auswärtigen Amtes während 1½ Jahrzehnten. Gerade hierfür hatte man wesentliche Aufschlüsse erwartet, aber die wenigen Mitteilungen, die Bülow über die Persönlichkeit und ihre Stellung macht, lassen sie nur noch rätselhafter erscheinen. Als er das Staatssekretariat übernahm, wußte er, daß Holstein die treibende Kraft im Kampfe gegen den Kaiser war, doch sah er ihn als diplomatisch unersetzlich an.¹²⁾ So blieb „die graue Eminenz“, und während das Erinnerungswerk gegen Wilhelm II. scharf zu Felde zieht, kommt Holstein gegenüber die Taktik des Schweigens und Ausweichens zur Anwendung. Nur einige wenige Ausfälle werden gemacht. Bei Besprechung der Doppelpolitik, die Holstein in der Kiautschou-Angelegenheit trieb, erhält dieser (S. 186) den Ehrennamen eines „von pathologischem Mißtrauen erfüllten Ränkeschmieds“. Beim Tode Bismarcks erscheint er Bülow „wie ein heimtückischer Wolf, der hinter das Gitter gehört, nicht ins Freie“ (S. 229). Nach dem Bombardement Apias durch die englisch-amerikanische Flotte legte Holstein seinem Chef den Abschied nahe,

¹²⁾ Bülow an Philipp Eulenburg. Rom, 20. März 1896. Reinhold Conrad Muschler: Philipp Eulenburg, sein Leben und seine Zeit. Leipzig 1930. S. 431.

natürlich um danach im Bereich der Außenpolitik um so mächtiger zu sein, wurde aber sofort „verständig“, als Bülow davon sprach, daß er in diesem Falle den verhaßten Herbert Bismarck als seinen Nachfolger empfehlen würde (S. 282—283). Bei Beurteilung Radolins, der als „geistiger Knecht Holsteins“ hingestellt wird, weil er nichts als die buchstäbliche Ausführung von dessen Weisungen kenne, berichtet Bülow (S. 497) von den „meist hastigen und unüberlegten bisweilen ganz verfehlten Weisungen“ Holsteins und erwähnt vorwegnehmend, daß infolge des Gebrauches der Holsteinschen, in Bismarckscher Zeit zugestandenen Privatchiffre, die eignen politischen Weisungen, speziell in der Marokkofrage, teils verschleppt, teils umgangen, teils falsch ausgeführt worden seien. An einer anderen Stelle (S. 498) spricht er von dem Zuge der durch Holstein Gestürzten, der mit dem Grafen Harry Arnim beginnend und mit Philipp Eulenburg endigend, auch den Gewaltigen aus dem Sachsenwalde umfaßt habe. Und schließlich charakterisiert er (S. 510) seinen Mitarbeiter — und vielleicht Beherrscher — dahin, daß Holstein bei hoher politischer Begabung, reicher Erfahrung und unbegrenzter Arbeitsfreudigkeit in seiner sprunghaften, hier und da morbiden Weise nur zu oft die nötige Stetigkeit und Abgewogenheit habe vermissen lassen.

Mit Absicht sind hier die gesamten Äußerungen über Holstein, die in den Denkwürdigkeiten enthalten sind, zusammengestellt. So dürftig sie sind, so laut sprechen sie, und vergebens sucht man nach einer Erklärung, wie es möglich war, daß der Staatsmann, dessen eigentliches Arbeitsfeld die Außenpolitik war, eine solche Persönlichkeit ohne Widerstand unter sich, neben sich, ja über sich dulden konnte. Wieder begegnen wir jener olympischen Lässigkeit¹³⁾, die das Verhältnis des Kanzlers zum Kaiser beherrschte und der zuletzt wohl die Rechnung Bülows zugrunde lag, daß er mit seiner diplomatischen Geschicklichkeit immer zu rechter Zeit den Ausgleich schaffen könne und daß sein Stern dann um so heller aufleuchten werde. Die immer wieder gepriesene Elastizität war ihm, zusammen mit der ebenso oft als notwendiges diplomatisches Requisit gerühmten unbeirrbaren Ruhe und Gelassenheit, das Allheilmittel, das in keiner Situation versagen würde. Dem unvoreingenommenen deutschen Leser kann vor diesem niemals

¹³⁾ Die öfter auftretende Vermutung, daß das eigenartige Verhältnis Bülows zu Holstein in irgendwelchen dunklen, bisher unbekannten Bindungen, durch die der Geheimrat die Gewalt über seinen Chef hatte, zu erklären sei, vermag ich nicht zu teilen. Der Begriff der Furcht ist sicherlich nicht ganz auszuschalten, bedarf aber nicht einer solchen weitgehenden Begründung.

aus der Fassung zu bringenden Olympiertum, das aus jeder Zeile des Erinnerungswerkes spricht und das wahren Führertum völlig fremd ist, noch hinterher angst und bange werden, und er begreift nicht, wie diese Sorglosigkeit mit der echten Vaterlandsliebe verträglich war, die den Fürsten unzweifelhaft beseelte.

Dem souveränen Standpunkt des Verfassers entspricht die Behandlung, die die einzelnen politischen und diplomatischen Vorgänge in den Denkwürdigkeiten erfahren. Nur selten geht die Darstellung in die Tiefe, häufig ist sie ein Ausweichen, dessen Absichtlichkeit wohl außer Zweifel steht, in einzelnen Fällen auch ein Behaupten, das mit dem uns zur Verfügung stehenden dokumentarischen Kontrollmaterial sich in Widerspruch befindet. Generell darf der kurzen Prüfung dieser Einzelheiten die Bemerkung vorangestellt werden, daß von ihnen aus auch noch eine Einschränkung der gegen den Kaiser gerichteten Anklagen vorzunehmen ist. Denn wie uns im besonderen die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes erkennen läßt, ist die deutsche Außenpolitik durchaus nicht in der kaiserlichen Selbstherrlichkeit geführt worden, wie das in der Darstellung Bülow's manchmal erscheint. Zumal für sie trägt auch im buchstäblichen Sinne der Kanzler die Verantwortung.

Was zunächst die Anfänge Bülow's als Staatssekretär angeht, so hat er an sich das volle Recht, auf die Ungunst der Lage hinzuweisen, in der er die auswärtigen Geschäfte übernahm. Er erwähnt da an erster Stelle (S. 44—46 und 449) die schädlichen Folgen, die der „inkommensurable Fehler“ der Kündigung des Rückversicherungsvertrags mit Rußland¹⁴⁾ und die Krüger-Depesche¹⁵⁾ hatten, und reibt sich an der Ostasienpolitik Holsteins, die er jedoch eigentlich nur fortsetzte. Das eigene Programm, das er in Form von Erwägungen, die er vor dem Amtsantritt auf dem Semmering veranstaltet habe, und von Gesprächen mit dem Kaiser mitteilt, erscheint als das Programm einer Friedenspolitik unter Wahrung der deutschen Rechte, dessen Mittelpunkt die Regelung des Verhältnisses zu Rußland und England bildete. Danach sollte mit Rußland enge Fühlung gehalten werden, jedoch unter Beobachtung aller Vorsicht gegenüber England, gegen das durch den Flottenbau die weltpolitische Gleichberechtigung Deutschlands

¹⁴⁾ Es verdient Beachtung, daß auch Fürst Hohenlohe diesen Schritt als „die größte Sottise, die unsere Politik seit sieben Jahren gemacht hat“, bezeichnete (S. 9) und daß nicht nur der österreichisch-ungarische Botschafter Szögyényi-Marich (S. 143) die Nichterneuerung des Vertrags als einen Fehler verurteilte, sondern selbst von russischer Seite Worte des Bedauerns darüber fielen (S. 93).

¹⁵⁾ Über deren Entstehung wird eine unhaltbare kaiserliche Version (S. 473—474) mitgeteilt.

durchzudrücken war, während Frankreichs Gegnerschaft als feste Größe in der Rechnung stand, und für alles sollte der Dreibund die Grundlage sein. Bülow ist berechtigt, sich der Einzelerfolge zu rühmen, die ihm bei Verfolgung dieses Weges zufielen, und der Anerkennung und des Vertrauens zu gedenken, die ihm auf Grund seiner lebenswürdigen persönlichen Art und seines geschickten Auftretens in mitunter überschwenglichem Maße entgegengebracht wurden.

Aber die Mitteilungen über die Flottenvorlage, mit der der weltpolitische Kurs eingeleitet wurde, lassen erkennen, wie sehr Tirpitz dabei der Bestimmende war. Wir erfahren auffällig wenig von den Hintergründen der Verhandlungen, von dem Anteil der staatlichen und der maritimen Seite, von der politischen Arbeit Bülows selbst. Und doch hätte hier viel Neues mitgeteilt werden können, denn unser Wissen über diese Dinge ist verhältnismäßig äußerlich. Als wesentlich verdient nur die Mitteilung Erwähnung, daß Bülow sich vergeblich um eine Modifikation der Vorlage zugunsten der Kreuzer statt der Schlachtschiffe bemühte, und daß er bei der Hervorkehrung des Risikogedankens, der den defensiven Charakter des Flottenbaus zum Ausdruck bringen sollte, die Initiative hatte (S. 108—117). Auch unter militärischen Gesichtspunkten will der Fürst von Anfang an der maritimen Einseitigkeit widerstrebt haben; mehrmals spricht er als seine Überzeugung aus, daß das Schwergewicht der deutschen Verteidigung und Rüstung auf dem Lande liegen müsse. Ob und wie diese Auffassung geltend gemacht worden ist, läßt sich aus den Denkwürdigkeiten nicht ersehen.

Die Türken- und Orientpolitik, die seit den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts immer stärker in den Vordergrund trat, wird nur flüchtig berührt. Bülow erzählt, teilweise mit überlegenem Spott, eingehend von der Palästinareise, die er in Begleitung des Kaisers mitmachte, und bemerkt (S. 251—252), daß die Eindrücke, die er in Konstantinopel und in der Türkei gewonnen hätte, ihn in dem Bestreben bestärkt hätten, „den zu weit gehenden Enthusiasmus des Kaisers und seinen übertriebenen Eifer für alles Türkische und Mohammedanische zu mäßigen und zu zügeln“. Als Beweis für dieses Bemühen hat er jedoch nur den mißlungenen Versuch anzuführen (S. 258), die Veröffentlichung der berühmten Damaskus-Rede zu verhindern, in der Wilhelm die 300 Millionen Mohammedaner versicherte, daß der deutsche Kaiser zu allen Zeiten ihr Freund sei. Im übrigen rühmt er (S. 572) mit Stolz sein Verdienst an dem Zustandekommen des Bagdadbahnbaus, verbreitet sich über dessen wirtschaftliche Bedeutung, enthält sich aber geflissentlich aller Er-

örterung der Folgen, die sich nicht nur für das Verhältnis zu England, sondern vor allem für die Beziehungen zu Rußland daraus ergaben. Auch sonst lassen die Denkwürdigkeiten nirgends erkennen, daß Bülow der Festsetzung Deutschlands im Orient Widerstand leistete, wie denn die Akten des Auswärtigen Amtes ja durchaus das Gegenteil erweisen.

Im Vordergrund der außerpolitischen Darlegungen stehen die Verhandlungen mit England um die Jahrhundertwende, und für diesen Punkt nehmen sie sogar den Charakter der problematischen Erörterung an. Bülow hat diese Kapitel seiner Denkwürdigkeiten zu einem Zeitpunkt diktiert, als die deutsche Forschung unter dem einseitigen und sogar irreführenden Eindruck der Enthüllungen Eckardsteins an nachdrückliche und aufrichtige Werbungen Englands glaubte und der deutschen Regierung die Ablehnung der vermeintlichen britischen Bündnisangebote aufs schwerste vorwarf. Auf diese Anklagen, die heute nicht mehr aufrechterhalten werden können, sind die Ausführungen des Fürsten eingestellt und auch die Quellenstücke, die er abdruckt, dienen der Stützung seiner These von der Haltlosigkeit solcher Vorwürfe.¹⁶⁾ Das Persönliche dieser Mitteilungen kommt darin zum Ausdruck, daß die Verhandlungen von 1898 und 1901, auf denen das Schwergewicht lag, verhältnismäßig knapp behandelt werden (S. 275—278, 436 und 511 ff.), während die von 1899, die nur als Zwischenspiel zu werten sind, stärker in den Vordergrund treten, offenbar weil sie von Bülow während seines Aufenthaltes in England an der Seite des Kaisers persönlich geführt worden sind (S. 303 ff.). Der Fürst rechtfertigt seine damalige Stellungnahme vor allem damit, daß die Neigung zu einer Verbindung mit Deutschland auf britischer Seite eigentlich nur bei Chamberlain persönlich bestand und daß dieser dabei noch von dem Bestreben erfüllt war, Deutschland gegen Rußland auszuspielen, und bezeichnet als unerläßliche Bedingung für den Vertragsabschluß die Zustimmung der beiden Parlamente und die Verpflichtung Englands, Deutschland im Falle eines russischen Angriffs auf Oesterreich oder eines französischen Angriffs auf Italien beizustehen, wenn Deutschland eine Garantie für die englischen Besitzungen übernehmen sollte. Es ist von Interesse, daß er dabei auf die einmütige Haltung des Auswärtigen Amtes — neben Hol-

¹⁶⁾ Eine Ergänzung der in der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes vereinigten Stücke bilden die Schreiben Hatzfeldts an Bülow vom 27. Juni 1898 und 11. und 19. November 1899 (S. 276—278, 303—304 und 309—311), Holsteins Aide-Memoire für den Kaiser aus dem November 1899 (S. 311—313) und Richthofens Denkschrift vom 3. und Brief an Bülow vom 5. Februar 1901 (S. 510 ff.).

stein, der damals Bülow ganz in der Hand hatte,¹⁷⁾ waren es Hohenlohe, Richthofen, Lichnowsky und der Botschafter Hatzfeldt — hinweisen kann. Trotzdem bleibt für den kritischen Beurteiler der Eindruck bestehen, daß in der Behandlung der englischen Kombination Fehler begangen worden sind, ohne die Englands Wendung zu Frankreich vielleicht nicht eingetreten wäre.

An Einzelheiten, in denen unser Wissen hinsichtlich dieser Vorgänge bereichert wird, sei auf die Ausführungen aufmerksam gemacht, die sich auf das persönliche Verhältnis des Kaisers zum Marquis Salisbury (S. 69—70) und die Rolle des Admirals von Senden-Bibran (S. 68—70) beziehen. Von Interesse sind auch Mitteilungen über Flottenstützpunktpläne Tirpitz' (S. 188—189), die Bülow als „phantastisch“ ablehnt, während er sich die Erwerbung Samoas und der Karolinen als ein besonderes Verdienst anrechnet (S. 282 ff.). Von einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der Frage nach dem Wert oder Unwert dieser Weltpolitik zur Erwerbung kolonialer Brocken ist natürlich keine Rede. Von der Richtigkeit seiner Zurückhaltung in der gleichzeitigen Burenfrage ist der Kanzler nach wie vor überzeugt und er ist verschwenderisch mit Vorwürfen und Mahnungen hinsichtlich einer Gefühlspolitik, wie sie die öffentliche Meinung Deutschlands damals wünschte. Er verschweigt, daß er trotz der entschiedenen Verfolgung einer Neutralitätspolitik der populären Stimmung immer wieder Konzessionen machte.

Die Haager Friedenskonferenz von 1899, die innerhalb dieser Spanne deutsch-englischer Auseinandersetzungen eine nicht unbedeutende Rolle spielte, wird (S. 346—347) nur ganz flüchtig erwähnt. Bülow kennzeichnet (S. 346) die deutsche Politik dahin, daß sie darauf ausging, alles zu akzeptieren und zu begrüßen, was ohne Gefährdung der deutschen Sicherheit dem Weltfrieden diene, und zu vermeiden, als Hemmnis pazifistischer und liberaler Bestrebungen dazustehen. Auch hier bleibt unausgesprochen, daß sich, gerade mit der Schuld der Wilhelmstraße, die deutschen Vertreter sich im Sinne berechtigter Interessen unnötig exponierten und Deutschland das Odium aufluden, als die alleinige Verkörperung einer gefährlichen Machtpolitik zu erscheinen.

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen Bülows über seine Österreichpolitik. Deuten die zahlreichen Ausfälle, die er in den Abschweifungen gegen die Abhängigkeit seiner Nachfolger von dem österreichisch-ungarischen Verbündeten macht, schon an, daß es ihm darauf ankommt, mit einer Politik der Nibelungentreue,

¹⁷⁾ Vgl. Eulenburgs Anmerkung zu seinem Schreiben vom 21. März 1901 an Bülow. Muschler a. a. O. 535.

die Deutschland in den Weltkrieg geführt habe, nichts zu tun zu haben, so rühmt er es namentlich bei Besprechung der Erneuerung des Dreibundvertrages (S. 578—579) als sein Verdienst, sich dem Wiener Leitseil entzogen zu haben. Es war uns bisher nicht bekannt, daß Österreich-Ungarn damals 1901/02 den Versuch gemacht hat, eine Modifikation des Vertrages durchzusetzen, die Deutschland im Falle österreichischer Differenzen mit Rußland und den Balkanstaaten noch stärkere Verpflichtungen auferlegt hätte. Wenn das zutrifft, entsprach es zweifellos dem deutschen Interesse, daß Bülow diese Zumutung ablehnte. Aber es ist eine völlig unangebrachte Generalisierung, diesen Vorgang als grundsätzlich kennzeichnend für seine Haltung gegenüber der Donaumonarchie hinzustellen. Es ist bekannt, wie sehr gerade Bülow in der Balkankrise von 1908 bereit war, den österreichisch-ungarischen Interessen auf dem Balkan Vorschub zu leisten.¹⁸⁾ Seine Bemerkung: „Alt-Österreich gehörte zu den Pferden, bei denen, wer sie reiten will, ab und zu die Kandare anziehen muß“, ist offensichtlich von der Tendenz getragen, nachträglich gegenüber den „furchtbaren Fehlern“ der Bethmann und Jagow Abstand zu markieren. In denselben Zusammenhang gehört es, wenn er (S. 537) hinterher von dem „Narrenschiff“ der Wiener Diplomatie spricht, an das Preußen-Deutschland 1914 gefesselt worden sei.¹⁹⁾ In welchem Maße österreichfreundlich sich der Fürst als Leiter der deutschen Außenpolitik zu geben pflegte, geht aus den Aufzeichnungen Sigmund Münz' hervor, die um die Jahrhundertwende auf dem Semmering entstanden und die auch den Satz enthalten: „Das Bündnis mit Österreich-Ungarn war für ihn ein Stück politische Religion.“²⁰⁾ Dem andern Verbündeten der Vorkriegszeit gegenüber fehlt von einer solchen nachträglichen Animosität jede Spur. Gegen Italien fällt kein unfreundliches Wort und dessen Bestrebungen, die Bindungen zu dem Dreibundgenossen zu lockern, werden mit leichter Hand als im Grunde verständlich behandelt. Wie Bülow (S. 579) bei Darstellung der Bemühungen Prinettis um eine weitgehende Änderung des Dreibundvertrages erklärt, schien es ihm am zweckmäßigsten, Italien gegenüber alles zu vermeiden, was nach scharfem

¹⁸⁾ Ich nehme auf meinen früher erwähnten Aufsatz in dieser Zeitschrift, Jahrg. VII, S. 1164—1165, Bezug.

¹⁹⁾ Es mag erwähnt werden, daß, wenn Bülows Mitteilung (S. 624 bis 629) richtig ist, die Freundlichkeiten, die der Kaiser gelegentlich seiner Wiener Reise im Herbst 1903 der Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand erwies und die ihm die Zuneigung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers verschafften, auf des Kanzlers Ratschläge zurückgingen.

²⁰⁾ Sigmund Münz: Fürst Bülow, der Staatsmann und Mensch. Berlin 1930, S. 54—55.

Zwang oder gar enger Bindung aussah. „Ich war immer der Ansicht, daß es weniger auf den Buchstaben ankomme als auf den Geist, nicht auf diesen oder jenen Einzelpunkt, sondern auf die Gesamtpolitik.“ Gerade angesichts der systematischen Entwertung, die der Dreibund durch die bewußte Herauslockerung Italiens erfuhr, erweist sich diese tief sinnige Bemerkung als eine auf Täuschung des Lesers berechnete leere Redensart.

Auch hinsichtlich dieser Zusammenhänge begegnen uns einige Einzelheiten, die als neue Aufschlüsse Erwähnung verdienen. In das Kapitel der persönlichen Beziehungen Bülows gehört die Mitteilung bezüglich der Ernennung Monts' zum Botschafter in Rom im Frühjahr 1903 (S. 606—607): er sei von italienischer Seite gebeten worden, davon Abstand zu nehmen, habe jedoch daran festgehalten. Der Kanzler bezeichnet die Ernennung des späteren Abtrünnigen hinterher als argen Mißgriff. Daß Monts sie vor allem den reichlichen Schmeicheleien verdankte, mit denen er seinen eiteln Vorgesetzten traktierte, muß nach Lage der Dinge als sicher gelten, obschon Bülow gerade diesen Beweggrund ausgeschaltet haben möchte. Zwei weitere Aufschlüsse betreffen den Vatikan. Als ein Dokument von ebenso persönlichem wie geschichtlichem Interesse nimmt die Aufzeichnung Kaiser Wilhelms über sein Gespräch mit Papst Leo XIII. vom Mai 1913 (S. 613—615) unsere Aufmerksamkeit in Anspruch, ebenso ein Bericht des ausgezeichneten Kardinals Kopp vom 4. August 1913 über das Konklave, aus dem Pius XI. hervorging (S. 619—623); Bülow räumt dabei mit der Legende auf, daß Deutschland die Exklusion des franzosenfreundlichen Kardinals Rampolla betrieben habe.

Der Streifzug durch die Denkwürdigkeiten beschränkt sich mit Absicht auf die Mitteilungen, die Bülow über die Vorgänge seiner Amtsführung in den Jahren 1897—1903 macht. Es ist zwar richtig, daß sie nur die Hälfte des Erinnerungswerkes füllen, aber es erscheint nicht die Aufgabe ernster Forschung, auch an die — sagen wir ruhig — noch leichter geschürzte andere Hälfte die kritische Sonde zu legen. Allzusehr geben Freude an der Anekdote und Ressentiment diesen Abschweflungen das Gepräge. Trotzdem darf eine kurze Bemerkung über das, was sie hinsichtlich der zum Weltkrieg führenden Ereignisse enthalten, nicht unterdrückt werden, obschon es Sache einer späteren Erörterung ist, sich an Hand der weiteren Bände mit diesen Fragen näher zu befassen. Was der Fürst für diese Dinge im Vorbeigehen vorbringt und wie er es tut, berührt sich nahe mit den sieben Punkten, die er in einem Briefe an den Chefredakteur des Berliner Tageblattes, Theodor Wolff, als seine Anschauungen über die wesentlichsten Ereignisse der

Kriegsausbruchs- und Kriegsgeschichte wiedergegeben hat,²¹⁾ und erinnert in fataler Weise an die undisziplinierten Ausbrüche des Fürsten Lichnowsky.

Über die deplacierte Kritik, die Bülow am Auswärtigen Amt nach seiner Entlassung übt (S. 13), und die unhaltbare Lesart, die er (S. 243) von der Entstehung des Daily-Telegraph-Interviews von 1908 gibt, kann für heute hinweggegangen werden. Ebenso über die These (S. 327 ff. und 413), daß der Abschluß eines Bündnisses Deutschlands mit England überflüssig war, weil sich die Beziehungen zwischen den beiden Großmächten in den Jahren vor dem Ausbruch des Weltkrieges so weit gebessert hatten, daß die Gefahrenzone als bereits durchschritten gelten konnte. Zumal über diesen Punkt wird noch eingehend zu sprechen sein.²²⁾ Dagegen verdienen die mehrmals wiederholten höchst ausfälligen Bemerkungen über die Fehler, auf Grund deren Deutschland in den Krieg gestolpert sei, schon hier eine entschiedene Zurückweisung. Ohne Zweifel hat die politische Leitung in den Kriegsausbruchswochen eine Reihe von verhängnisvollen Fehlern begangen, aber es ist eine tief bedauerliche, aus persönlicher Gehässigkeit hervorgegangene Entgleisung, die Dinge so hinzustellen, als ob Deutschland ohne diese Fehler der Krieg erspart geblieben wäre. Dieses Verfahren des Diebes, der flüchtend seine Verfolger durch den Ruf „Haltet den Dieb“ abzulenken sucht, ist weder mit hoher menschlicher Gesinnung, noch mit Vaterlandsliebe verträglich. Man wird sich die in Betracht kommenden Stellen — S. 273, 318, 414 und 432 über den Kriegsausbruch im allgemeinen, S. 570 über die kaiserlichen Randbemerkungen, S. 287 und 537 über Deutschlands Abhängigkeit von Österreich-Ungarn und S. 213 über das Ultimatum an Serbien — merken und die Begründung der darin vertretenen Auffassung in den weiteren Bänden abwarten müssen, bevor man genauer zu ihr Stellung nimmt.

So ist das Erinnerungswerk des Fürsten Bülow für einen jeden, dem nicht nur um ein oberflächliches Amusement oder eine kitzelnde Sensation zu tun ist, eine einzige große Unerfreulichkeit, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es niemand mehr schadet als dem Andenken des Verfassers selbst.

²¹⁾ Vgl. Jahrg. VII S. 1128—1129 dieser Zeitschrift.

²²⁾ Ich habe in meinem Nachrufsaufsatz für Tirpitz zu diesem Problem erst jüngst Stellung genommen. Vgl. Jahrg. VIII S. 401 ff. dieser Zeitschrift.

Die deutschen Heeresverstärkungen von 1871 bis 1914.

Von Freiherr Ludwig Rüd't von Collenberg.

I. Die Heeresorganisation von 1871/74 und die Weiterentwicklung bis 1890.

Der Krieg von 1870/71 hatte die deutschen Einzelstaaten zu einem geeinten Reich zusammengeschlossen. Die Aufgabe der folgenden Friedenszeit war es, den neuen Bundesstaat zu festigen und die Regierungsmacht so weit zu vereinheitlichen, als es die als notwendig erkannte Rücksicht auf die Eigenart der einzelnen Stämme zuließ. Dazu gehörte auch das Streben, die Wehrmacht nach dem Muster des führenden Staates, Preußens, zu organisieren.¹⁾

Durch Militärkonventionen und die Bestimmungen der Reichsverfassung war den Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht, der Einführung der preußischen Militärgesetzgebung, der obersten Befehlsgewalt des Kaisers als Bundesfeldherrn allgemein Anerkennung verschafft worden. Dabei behielten Sachsen und Württemberg besondere Militärverwaltung durch eigene Kriegsministerien. Das bayrische Kontingent blieb, ebenfalls mit eigenem Kriegsministerium, als völlig in sich geschlossener Bestandteil des Bundesheeres bestehen. Daneben gab es noch mancherlei andere Vorbehalte und Rücksichten,²⁾ aber es war doch eine Basis geschaffen, die die Entwicklung des deutschen Heeres nach einheitlichen Grundsätzen ermöglichte. Das Reichs-Militär-Gesetz von 1874 wirkte in der gleichen Richtung.

Ein Widerspruch allerdings blieb in der Gesetzgebung: Trotz des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht wurde die Friedensstärke der Armee, die sog. „Friedenspräsenzstärke“, durch die Ver-

¹⁾ Ich verweise allgemein auf das Werk des Reichsarchivs: „Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft“, Band I, Mittler & Sohn, Berlin 1930, und auf meine Schrift „Die deutsche Armee von 1871—1914“, Mittler & Sohn, Berlin 1922. Die angeführten Zahlen bringe ich in Übereinstimmung mit dem Werk des Reichsarchivs. Unterschiede gegen früher von mir auf Grund anderer Quellen mitgeteilter Zahlen sind für den vorliegenden Zweck ohne Bedeutung.

²⁾ Bzgl. der Organisation der Heeresverwaltung beziehe ich mich auf meinen Aufsatz „Die staatsrechtliche Stellung des preußischen Kriegsministers von 1867 bis 1914“ in „Wissen und Wehr“ 1927, 5. Heft.

fassung auf die feste Zahl von 401 659 Unteroffiziere und Mannschaften beschränkt. Das bedeutete, daß eine ganze Anzahl wehrpflichtiger und wehrfähiger junger Deutscher nicht zum Heeresdienst eingezogen werden konnten, da die Zahl sonst überschritten worden wäre. Diese Bestimmung galt zunächst bis 1874; für die spätere Zeit sollte die Friedenspräsenzstärke im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt werden. Das Reichs-Militär-Gesetz hielt an dieser grundsätzlichen Regelung fest, ebenso an der genannten Stärke, die weitere 7 Jahre (Septennat), also bis 1881, bestehen bleiben sollte. Daraus ergab sich, daß man in Deutschland wohl eine grundsätzliche, nicht aber praktisch eine allgemeine Wehrpflicht hatte.

Die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit zerfiel in Heer, Marine und Landsturm, das Heer in stehendes Heer (mit seiner Reserve) und die Landwehr. Der Landsturm umfaßte alle Wehrpflichtigen, die weder dem Heere noch der Marine angehörten.

Die Stärke des stehenden Heeres an höheren Verbänden (Armeekorps, Divisionen) ergibt sich aus der Anlage.

Die Kriegsstärke betrug nach dem Stande von 1875: rd. 761 000 Mann Feldtruppen, 267 000 Mann Ersatztruppen und 317 000 Mann Besatzungstruppen, zusammen etwa 1 345 000 Mann. —

Die Vorteile zu würdigen, die eine schlagkräftige, überlegene Armee dem Staate gewährt, war wohl niemand besser in der Lage als Fürst Bismarck. Mit ihrer Hilfe hatte er die die Entwicklung Deutschlands hemmende preußisch-österreichische Rivalität überwunden, mit ihr den Widerstand Frankreichs gegen unsere Einigung beseitigt. Dennoch lag ihm das, was man heute mit „Militarismus“ bezeichnet, völlig fern. Die Wehrmacht war ihm niemals ein in sich abgeschlossener Faktor innerhalb der Staatsorganisation, deren einseitigen und übertriebenen Ausbau er erstrebt hätte. Die Sicherheit des Staates sollte seine Gesamtpolitik gewährleisten, innerhalb deren die Rüstungspolitik nur ein wichtiges Glied war. Gewiß konnte und wollte er den Rückhalt an der Armee nicht entbehren. Was jedoch dem Reiche selbst an militärischer Kraft gegen mehrere Gegner fehlte, suchte er in erster Linie durch die Bildung des Dreibundes, darüber hinaus aber auch durch verständnisvolle Behandlung und Beeinflussung der mutmaßlichen Gegner zu ersetzen. Dazu bedurfte es allerdings genialer Begabung, die es schließlich fertigbrachte, gleichzeitig in Vertragsbeziehungen zu zwei Staaten zu stehen, Österreich-Ungarn und Rußland, zwischen denen ein scharfer Gegensatz bestand.

Aber die militärische Entwicklung in Europa legte auch Bismarck schon Ende der 70er Jahre den Gedanken an eine Verstärkung des

Heeres nahe. Rußland, das nach dem Vorspiel von 1875 seit dem Berliner Kongreß eine unfreundliche Haltung einnahm, hatte 1874 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und im Anschluß hieran seine Wehrmacht wirksam gefördert. Zwar konnte wegen der weiten Ausdehnung seines Landes und der noch wenig entwickelten Verkehrswege sein Aufmarsch nur verhältnismäßig langsam vonstatten gehen. Aber die Tatsache einer vorhandenen erheblichen Streitmacht bestand, und 1879/80 sah Graf Moltke sich veranlaßt, das so weit zu berücksichtigen, daß er bei einem etwaigen Zweifrontenkriege zunächst gegen Osten offensiv zu werden und im Westen defensiv zu bleiben sich entschloß. In Frankreich war die Armee viel schneller wieder auf die Höhe gebracht worden, als vorausgesehen worden war. Ende der 70er Jahre war ihre Friedenspräsenzstärke mit 433 000 Mann um über 30 000 Mann höher als die deutsche; ihre größere Zahl an Friedenskadern sicherte schnelle Mobilmachung, und die französische Gesamtkriegsstärke wurde der deutschen gegenüber als um 4—500 000 Mann überlegen berechnet. Welche Stimmung würde in Frankreich herrschen, wenn ein umgekehrtes Verhältnis zwischen ihm und uns heute bestände? Auf Bismarcks Initiative ist es zurückzuführen, daß für das neue, vom 1. April 1881 ab laufende Septennat eine, wenn auch mäßige Verstärkung der Armee um rd. 22 400 Mannschaften erfolgte.³⁾

Erheblich schwieriger wurde die Lage durch die bekannte Krise in der 2. Hälfte der 80er Jahre. Das europäische Staatensystem war erschüttert; die Gefahr des Zweifrontenkrieges stand greifbar vor Augen. Dabei aber befriedigte die Wehrfähigkeit des österreichischen Bundesgenossen keineswegs. „Zweifellos“, schrieb der Kanzler damals, „ist mir, daß wir ein politisches und militärisches Interesse daran haben, daß Österreich stark gerüstet sei, und nicht minder zweifellos, daß Österreich unsern berechtigten Erwartungen bisher nur unvollkommen entspricht, weil es mehr seine finanziellen und parlamentarischen Bequemlichkeiten als seine kriegsgerische Schlagfertigkeit in Erwägung zieht und sich zu sehr auf den Anteil verläßt, den wir an einem gemeinsamen Kampfe nehmen sollen.“^{3a)}

In dieser Lage hielt er eine namhafte deutsche Heeresverstärkung für ein eindruckvolles Mittel, um abkühlend auf kampf lustige Gemüter jenseits der Grenzen zu wirken, während er gleichzeitig in Wien nachdrücklich zu politischer Zurückhaltung mahnte. Der Ablauf des Septennats wurde diesmal nicht abge-

³⁾ s. Anlage.

^{3a)} Rüdts: „Die deutsche Armee“ S. 30.

wartet, sondern bereits am 1. April 1887 eine Verstärkung um rund 36 700 Mann vorgenommen. 1888 erfolgte dann eine Erweiterung des Wehrpflichtsystems durch Einführung der Landwehrdienstpflicht II. Aufgebots und Verlängerung des Landsturmdienstes bis zum 45. (vorher bis zum 42.) Lebensjahre. Frankreich und Rußland ergriffen jedoch gleichzeitig ähnliche Maßnahmen, so daß ein Vorsprung nicht erreicht wurde. Zwar trat eine namhafte Vermehrung der bei einem Kriegausbruch verfügbaren Mannschaften ein; aber es handelte sich dabei nur um ältere Jahrgänge, während jährlich über 100 000 junge Leute unausgebildet blieben. —

Nach Abschluß der Krise legte man sich in deutschen militärischen Kreisen, insbesondere im Generalstabe, die Frage vor, welcher Lage man sich gegenübersehen hätte, wenn es nicht gelungen wäre, den Frieden zu erhalten. Diese Frage war um so ernster im Zusammenhang mit der weiteren, ob es sich jetzt vielleicht nicht nur um eine vorübergehende Entspannung handele und der Krieg über kurz oder lang doch unvermeidlich sein werde. Die rückschauende Betrachtung wird dieser Erwägung gewisse Berechtigung nicht absprechen können, da zwei Jahrzehnte später der Bosnischen Krise der Weltkrieg sehr bald folgte. Die Betrachtung der militärischen Lage zu Ende der 80er Jahre führte nun keineswegs zu beruhigenden Ergebnissen; insbesondere die französischen Anstrengungen zogen die Aufmerksamkeit auf sich. Das preußische Kriegsministerium (K.M.) berechnete die Gesamtzahl der militärisch Ausgebildeten beim westlichen Nachbarn mit 3,22 Millionen Mann fast gleich hoch wie bei dem volkreichen Rußland mit 3,5 Millionen. Letzteres war zudem bereits seit einem Jahrzehnt bestrebt, die Mängel seiner Transportverhältnisse in bezug auf den Aufmarsch dadurch auszugleichen, daß es seine Truppen schon im Frieden in einer bedrohlichen Weise an unserer Grenze massierte.⁴⁾ Demgegenüber verfügte Deutschland nur über 2,8 Millionen, Österreich-Ungarn über 1,8, Italien über 1,2 Millionen Ausgebildeter. Der Unterschied zwischen Drei- und Zweibund betrug also rund 1 Million Mann zugunsten des letzteren. Das bedeutete natürlich nicht, daß die beiderseitigen Feldheere sich in den ersten Schlachten in diesem zahlenmäßigen Mißverhältnis gegenüberstehen würden, aber es bedeutete doch eine Kraftdifferenz, die nicht unbeachtet bleiben durfte. Hinzu kam noch, daß die große militärische Stärke der italienisch-französischen Alpengrenze in Betracht gezogen werden mußte, da hier nur eine verhältnismäßig geringe Zahl fran-

⁴⁾ Vgl. dazu meine Aufsätze im „Deutschen Offizierbund“ 1927 Nr. 10 „Bismarck und die militärische Sicherung Ostpreußens 1880“ und Nr. 19 „Graf Schlieffen und die Sicherung Ostpreußens 1893/94“.

zösischer Truppen durch die Italiener gebunden werden konnte, und was von den Italienern am Rhein erscheinen sollte, konnte keinen Ausgleich bedeuten gegen die auch hier sehr starken französischen Grenzbefestigungen. Die Aussichten für einen erfolgreichen Krieg erschienen also fraglich.

Angesichts dieser Lage erhoben sich Zweifel, ob die Politik des alten Kanzlers den Zeitverhältnissen noch entspräche. Infolge Einwirkung auf den jungen Kaiser wurde 1889 in General von Verdy du Vernois ein Kriegsminister ernannt, von dem zu erwarten war, daß er sich nachdrücklich für Verstärkung der Armee einsetzen werde; der Kanzler war dabei nicht gefragt worden. General von Verdy erfüllte die in ihn gesetzten Hoffnungen insofern, als er mit Forderungen durchaus nicht schüchtern war — aber er mußte bereits nach einem Jahr wieder zurücktreten. Bismarck zeigte sich den Plänen „des Kaisers und seines Verdy“ nicht geneigt. Aber auch der Kaiser selbst rückte bald von den ersten Schritten ab, die die volle Durchführung des Scharnhorstschen Gedankens einer wirklichen allgemeinen Wehrpflicht zum Ziele hatten. Ebenso wenig war der Reichstag bereit, einem solchen Projekt zuzustimmen. So beschränkte man sich noch zur Zeit Bismarcks auf ein Gesetz, das die Zahl der Armeekorps um zwei vermehrte. Die Formationen für diese Korps wurden aus Truppen gebildet, die bereits bei anderen Armeekorps über den Etat vorhanden waren. Nach Bismarcks Abgang kam dann im Sommer 1890 noch eine Erhöhung der Mannschaftszahl um rund 15 000 Mann zugleich mit einer größeren Verstärkung der Feldartillerie; hierfür war auch Bismarck noch besonders eingetreten.

Wenn sich gegen Ende der Kanzlerschaft des Fürsten die Kritik des Generalstabschefs Graf Waldersee gegen ihn erhoben hat, so ist das angesichts der militärischen Lage nicht ganz unverständlich. Die Möglichkeiten, Sicherheiten und Ausgleiche durch seine geniale Außenpolitik zu schaffen, übersah letzten Endes Bismarck nur allein. Dem jungen Kaiser mangelte es an Erfahrung, um die Gesamtsituation überblicken zu können. So ergab sich schließlich eine Lage, in der Bismarck glaubte, sich dagegen verteidigen zu müssen, daß er ein „Feind der Armee“ gewesen sei.⁵⁾ Das war gewiß nicht der Fall; bis zu seinem Rücktritt hat er darüber gewacht, je nach Bedürfnis antreibend oder zurückhaltend, daß das deutsche Heer stets gerade so stark war, um als Garant seiner Friedenspolitik und seiner Politik des Gleichgewichts und der Gleichberechtigung der Mächte zu dienen.

⁵⁾ Gedanken und Erinnerungen, Neue Ausgabe, 1913, II., S. 354.

II. Die Weiterentwicklung bis zur Jahrhundertwende.

Daß Bismarcks Ausscheiden aus dem Amt einen erheblichen Verlust für die deutsche Außenpolitik bedeutete, wurde trotz aller Gegnerschaft bald erkannt. Die Rückversicherung mit Rußland war ja auch sogleich hinfällig geworden, und man hatte an ihre Stelle etwas anderes, geschweige denn Besseres nicht zu setzen vermocht. Hinzu kam, daß der neue Generalstabschef, Graf Schlieffen, der Meinung Ausdruck gab, unsere Armee sei ihrer Stärke nach einem Zweifrontenkriege gegen die überlegenen Gegner nicht gewachsen. Der systematische weitere Ausbau der Armee schien unerläßlich und dabei geboten, das Projekt des Kriegsministers von Verdy im Auge zu behalten, wenn man ihn selbst auch hatte fallen lassen. Bald aber ergab sich, daß die Schwierigkeiten für ein so umfangreiches Programm doch zu groß waren. Die nach umständlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung zustande gekommene Vorlage stieß dann immer noch auf unüberwindlichen Widerstand beim Reichstag, der aufgelöst werden mußte. Der neue Reichstag nahm schließlich mit schwacher Mehrheit ein Kompromiß an.

Der Gedanke der wirklichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht war, wenn nicht ausdrücklich, so doch tatsächlich aufgegeben worden. Es blieb im Grunde nichts als eine Erhöhung der Präsenzzahl in der gleichen Art, wie sie die vorhergehenden Heeresgesetze auch gebracht hatten. Allerdings war diese Erhöhung eine wesentliche, wenngleich die Regierung in einen Abstrich des Reichstages von 13 000 Mann (ausschließlich Unteroffiziere) hatte einwilligen müssen. So wurde denn die Friedenspräsenzstärke um rund 60 000 Mann vermehrt.

Das Gesetz brachte aber noch eine weitere Verstärkung dadurch, daß für die Fuß- und fahrenden Truppen (nicht für Kavallerie und reitende Feldartillerie) die zweijährige Dienstzeit eingeführt wurde. Dies hatte man der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung zuzugestehen sich entschlossen; zugleich aber bedeutete das eine weitere Erhöhung des Rekrutenkontingents, also der Gesamtzahl der auszubildenden Mannschaften. Die Friedenspräsenzstärke teilte sich jetzt nicht mehr in drei, sondern in der Hauptsache nur noch in zwei Jahrgänge. Die Zahl der jährlich einzustellenden Mannschaften erhöhte sich denn auch von rund 190 000 auf rund 250 000 Mann (ausschließlich Einjährigfreiwilliger). Die Unteroffizierstellen wurden künftig jährlicher Etatsbewilligung unterworfen, wie dies bis dahin nur für die Offizier- und Beamtenstellen vorgesehen war. Als Friedenspräsenzstärke im Sinne der

Heeresgesetze rechnete nur noch die Mannschaftszahl, und zwar als Jahresdurchschnittsstärke.

Zu dem Entschluß zur zweijährigen Dienstzeit hatte man sich nicht ohne Schwierigkeiten durchgerungen. Bedenken, daß der qualitative Wert der Armee zugunsten einer quantitativen Vermehrung nicht unbedenklich zurückgehen könne, waren nachdrücklich erhoben worden. Zu den Kritikern gehörte auch Bismarck, der sich in den „Hamburger Nachrichten“ zu der Frage äußerte.⁶⁾ Er ging dabei aber von der Voraussetzung seines eigenen politischen Könnens aus, das eben nicht mehr gegeben war. Seine Nachfolger konnten nicht vermeiden, den Ersatz dessen, was ihnen an politischer Geschicklichkeit fehlte, durch Stärkung der Machtmittel zu erstreben. Man muß es ihnen als Verdienst anrechnen, daß sie diese Notwendigkeit erkannt haben.

Dabei suchte die Regierung nicht etwa Konflikte mit den Nachbarn. Der Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau stellte zur Erwägung, ob die vorgesehene starke Anspannung der Volkskraft nicht als „Anzeichen aktueller politischer Absichten aufgefaßt“ werden würde und daher „statt — wie beabsichtigt — eine erhöhte Friedensgewähr zu schaffen, gerade das Gegenteil herbeiführen“ könne. Es ist gewiß beachtenswert, daß diese Überlegung bei uns von militärischer Seite kam. Tatsächlich ist das Heeresgesetz von 1893 ja nicht — wie die Vorlagen von 1887 und 1888 — unter dem Druck einer außenpolitischen Gefahr entstanden, sondern aus dem Bedürfnis, solchen Gefahren vorzubeugen. Es hat aber eine außenpolitische Friktion auch nicht zur Folge gehabt. Daraus könnte sich ergeben, daß nicht die Rüstung an sich die Gefahren hervorbringt, sondern die Politik, die — auf sie gestützt — geführt wird, und daß weniger das Gleichgewicht zu Gefahren Anlaß gibt, sondern eher ungleiche Rüstungen zu „aktuellen politischen Absichten“ anreizen. Die Jahre 1886/87 und 1914 sind treffende Beispiele hierfür.

Im Anschluß an das vorstehend Besprochene brachte ein weiteres Gesetz von 1896 ohne Erhöhung der Friedenspräsenz die Umwandlung von 173 Halbbataillonen in 86 Vollbataillone, die in Infanterieregimenter zu zwei Bataillonen zusammengefaßt wurden. Die Halbbataillone waren 1893 als vierte bei den Regimentern geschaffen worden, eine Maßnahme, die sich als unzweckmäßig erwiesen hatte. Das so geänderte Gesetz behielt Gültigkeit bis 1899, da man 1893 vom „Septennat“ zur fünfjährigen Gültigkeit der Heeresgesetze (Quinquennat) übergegangen war; fünf Jahre entsprachen der Legislaturperiode des Reichstags.

⁶⁾ Hofmann: „Fürst Bismarck 1890—1898“, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1914, II, S. 162 ff.

Inzwischen waren die Nachbarn nicht müßig gewesen. Frankreich vermehrte die Zahl seiner Chargen erheblich, um bei Mobilmachung die Reserveformationen mit tüchtigen Führern ausstatten zu können, eine zweckmäßige Maßnahme, die Deutschland erst kurz vor dem Weltkriege nachmachte. Die Zahl der Feldbatterien war vermehrt worden, und 1897 erging ein Gesetz, das die Neuauftellung von 145 Infanteriebataillonen anordnete. Die Durchführung dieser letzteren Vermehrung stieß allerdings wegen Mannschaftsmangels auf Schwierigkeiten, aber zunächst war sie im Gange. Die Zahl der französischen Friedensarmee korps (20) war seit 1898 der deutschen gleich. Rußland hatte mittlerweile in Europa und im Kaukasus 24 Armeekorps und zwei Kavalleriekorps mit 52 Infanteriedivisionen, 23 Kavalleriedivisionen und 52 Feldartilleriebrigaden formiert; hinzu kamen die Truppen in Sibirien sowie in Stärke von 31 000 Mann die militärisch organisierte Grenzwache (Zoll- und Polizeitruppe). In Österreich-Ungarn waren auch einige Fortschritte gemacht worden, aber seine Friedenspräsenzstärke (rund 330 000 Mann) entsprach nur etwa einem Drittel der russischen (rund 1 Million Mann). Die italienische Armee hielt sich im allgemeinen in ihrer bisherigen Stärke.

In dieser Lage schien es geboten (1897/98), bei Erneuerung des deutschen Quinquennatsgesetzes wieder eine Verstärkung des Heeres vorzunehmen. Das Kriegsministerium hatte ursprünglich mit einer Neuforderung von etwa 30 000 Mann gerechnet, ermäßigte diesen Ansatz aber mit Rücksicht auf die erfolgte Flottenverstärkung und die mit ihr verbundenen Kosten auf rund 23 000 Mann. Von diesen strich dann der Reichstag noch weitere 7000 ab, so daß letzten Endes eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke nur noch um ungefähr die Hälfte der zuerst vorgesehenen Zahl erfolgte. Von dem Gedanken der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, der in Frankreich mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden war, war bei uns keine Rede mehr. Hingegen brachte das Gesetz eine wesentliche Organisationsverbesserung durch Neuformierung von drei Armeekorps und fünf Divisionen sowie eine Verstärkung der Feldbatterien um 80. Zugleich wurden die Feldartilleriebrigaden in den Divisionsverband eingegliedert und damit eine zweckmäßigere taktische Verwendung und ein innigeres Zusammenwirken der Waffen im Kampf gewährleistet. So war, wenn auch mancherlei berechtigte Wünsche hatten zurückgestellt werden müssen, die deutsche Armee zu Ende des Jahrhunderts in bester Entwicklung begriffen.

Zugleich aber ergab sich im Zusammenhang mit ihr eine politische Schwierigkeit von ernster Bedeutung. Die deutsche Heeres-

verwaltung war bestrebt, aus Gründen der Kostenersparnis und des Eindrucks bei den anderen Mächten, den Ausbau in einem möglichst ruhigen Tempo zu halten. Bisher waren alle Vermehrungen und Neuformationen stets sofort nach Inkrafttreten der Gesetze vorgenommen worden. Dieses Mal entschloß man sich, die betr. Maßnahmen auf 3 Jahre (bis zum 1. Oktober 1902) zu verteilen. Die gehoffte außenpolitische Entlastung brachte das aber nicht. Vom 18. Mai 1899 ab tagte im Haag die Friedenskonferenz. Ein fünfjähriger Rüstungsstillstand stand zur Erörterung. Wäre das am 25. März beschlossene Gesetz, wie es entsprechend früher üblich gewesen war, zum 1. April durchgeführt worden, so war die Stellung unserer Haager Delegation eine wesentlich einfachere. Die Schwierigkeit, die darin bestand, daß die Durchführung des beschlossenen Gesetzes erst am 1. Oktober 1899 und auch da erst teilweise beginnen sollte, veranlaßte den Oberst von Schwarzhoff zu seiner bekannt Rede.⁷⁾ In dieser bemerkte er, nachdem er ganz allgemein seiner Skepsis bezüglich der Möglichkeit, durch ein internationales Abkommen zur Rüstungsbeschränkung gelangen zu können, Ausdruck gegeben hatte, daß gerade die Eigenart des geltenden Militärgesetzes (von 1899) es Deutschland ganz unmöglich mache, in den nächstfolgenden Jahren die Präsenziffer nicht zu erhöhen. Diese Rede wird uns noch heute vorgehalten, obwohl die Erfahrungen, die man mit der Abrüstungsfrage nach dem Weltkriege gemacht hat, zu einem zurückhaltenderen Urteil veranlassen könnten. An eine Zurücknahme unseres Heeresgesetzes hätte angesichts der bestehenden militärpolitischen Lage gar nicht gedacht werden können, ganz abgesehen davon, daß der russische Vorschlag die Entwicklung der Kolonialarmeen freilassen wollte. Das bedeutete, daß Frankreich in Nordafrika, Rußland in Sibirien ihre Wehrkraft beliebig steigern und im Konfliktsfalle an die deutschen Grenzen transportieren konnten, während wir an den Rüstungsstillstand gebunden sein sollten!

Im Anschluß an das besprochene Heeresgesetz ergaben sich vom Sommer 1899 bis Frühjahr 1900 interessante Auseinandersetzungen zwischen dem Kriegsministerium und dem Generalstabschef Graf Schlieffen über die Kriegsformation der Armee.⁸⁾ Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß sich die Auffassungen des Kriegsministeriums seit Verdy nicht nur notgedrungen, sondern

⁷⁾ Ich beziehe mich auf meinen Aufsatz „Abrüstungskonferenz vor 30 Jahren“ in „Wissen und Wehr“, 1929, 1. Heft.

⁸⁾ Vgl. meinen Aufsatz „Graf Schlieffen und die Kriegsformation der deutschen Armee“, ebenda 1927, 10. Heft.

grundsätzlich geändert hatten. Das Heeresgesetz von 1893 kann immer noch als ein Ausfluß der Aera Verdy und das Gesetz von 1899 gewissermaßen als ihr Abschluß angesehen werden. Der Hauptvertreter der neuen Auffassung war der Chef der Armeeabteilung und spätere Kriegsminister von Einem, der von Herbst 1898 bis 1909, also über 10 Jahre, die maßgebendsten Stellen im Ministerium innehatte. Er vertrat die Meinung, daß eine Erweiterung des Rahmens der Armee fernerhin („für absehbare Zeit“) nicht mehr vorzunehmen sei, sondern die Aufmerksamkeit allein auf Verbesserung ihrer Qualität und das Ausfüllen vorhandener Lücken⁹⁾ gerichtet werden müsse. Er ging dabei von der Erwägung aus, daß „das deutsche Heer in der Kriegsformation jetzt einen Umfang angenommen hat, welcher die Grenzen einer gesunden Entwicklung bereits überschritten hat“. Es schien ihm zweifelhaft, ob die Massen operativ noch geleitet werden könnten, und die zahlreichen Reserve- und Landwehrformationen, die ebenfalls dem Feldheer angehörten, hielt er für eine nachdrückliche Kampfführung überhaupt nicht geeignet.

Die Auffassungen des Generalstabschefs stimmten hiermit insofern überein, als auch er für die eigentliche Schlachtentscheidung nur die mobilgemachten aktiven Truppen für befähigt hielt. Die Reserveformationen aber wollte er für „Nebenaufgaben“ verwenden, die „für die Durchführung der Operation keineswegs nebensächlich“ waren, nämlich für den Schutz der Heeresflanken, das Halten ruhigerer Fronten u. a. Auch den Landwehrverbänden sollten wichtige Aufgaben zufallen, wie die Sicherung rückwärtiger Verbindungen u. dergl. Im ganzen brauchte er nicht nur „gute“, sondern auch „zahlreiche“ Truppen, und er war weit von der Befürchtung entfernt, daß die operative Leitung eines Massenheeres nicht möglich sein sollte. Seine Vorschläge zur Organisation des Feldheeres, die natürlich von operativen Gesichtspunkten bestimmt waren und besonders die Zusammenfassung der überschießenden Divisionen und Brigaden zu neuen Armeekorps im Auge hatten, ließen zugleich die „Lücken“ so deutlich vor Augen treten und darüber hinaus auch noch neue Lücken entstehen, daß dadurch ein wesentlicher Antrieb gegeben werden sollte, im Wege der Heeresgesetzgebung neue Formationen zu schaffen, also die Friedensorganisation der Armee nicht als abgeschlossen zu betrachten. Er wies dabei immer wieder auf die Überlegenheit der voraussichtlichen Kriegsgegner in personeller und materieller Hinsicht hin.

⁹⁾ Errichtung der den sog. „kleinen“ Infanterieregimentern fehlenden dritten Bataillone, Ergänzung der Artillerie, Ausbau der technischen Truppen und dergl.

Dies veranlaßte den Oberst von Einem zu folgender bemerkenswerter Stellungnahme ¹⁰⁾: „Jede europäische Kontinentalmacht ist bei der Schaffung ihrer Militärorganisation und Stärkung ihrer Wehrmacht von den Maßnahmen ihrer Nachbarmächte stark beeinflußt worden. Auch die deutsche Heeresverwaltung ist stets bestrebt gewesen, sich den Vortritt zu sichern. Aber dieses Wett-rüsten muß doch einmal ein Ende nehmen, ¹¹⁾ und es muß der Augenblick kommen, wo der zur Vermehrung der Streitkräfte treibende und anregende Chef des Generalstabes sich mit dem begnügen muß, was ihm die Heeresverwaltung zur Verfügung stellen kann. Jede gesunde Organisation hört auf, wenn jede Truppenvermehrung des mutmaßlichen Gegners ohne weiteres bei uns eine solche nach sich zieht.“

Diese Auffassung stimmte im Grunde mit der überein, die auch Fürst Bismarck vertreten hatte; nur war damals die Heeresorganisation lediglich eine Ergänzung des von ihm beherrschten außenpolitischen Systems der Sicherheit und des Gleichgewichts gewesen, in welchem es nur zwei Reibungspunkte von wesentlicher Bedeutung gab, Elsaß-Lothringen (d. h. das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland ganz allgemein) und der Balkan. Unterdessen hatten die außenpolitischen Reibungspunkte sich vermehrt, die Bindung mit Rußland war hinfällig, das Verhältnis zu England unsicher geworden und Italien begann mit seinen „Extratouren“. Der Führung der deutschen Politik fehlte die Meisterhand, und die Kriegsbereitschaft sowie die Heeresverstärkungen hatten in ganz Europa zugenommen, am wenigsten jedoch bei unseren Verbündeten. Die Bismarcksche Einstellung war also auf die bestehende Lage nicht ohne weiteres anwendbar.

Die Kriegsformation wurde schließlich ungefähr in dem Sinne vorbereitet, wie Graf Schlieffen es gewünscht hatte. Seine Anregungen zur Weiterentwicklung der Friedensorganisation der Armee wurden erwogen, aber nicht zur Durchführung gebracht.

Das Kriegsministerium errechnete für das Jahr 1900 die Kriegsstärken folgendermaßen:

	Millionen Mann		Millionen Mann
Deutschland	3,2	Frankreich	3,5
Österreich-Ungarn . . .	1,7	Rußland	4,0
Italien	1,5		
Dreibund	6,4	Zweibund	7,5

¹⁰⁾ Vgl. auch meinen Aufsatz „Das preußische Kriegsministerium als Gegner des Wettrüstens“ in der „Kriegsschuldfrage“, September 1928.

¹¹⁾ Von mir gesperrt.

Frankreich verfügte also noch immer über mehr Kräfte als Deutschland. Dabei lag kein Grund vor, eine besondere qualitative Überlegenheit Deutschlands ohne weiteres anzunehmen, besonders da fraglich erschien, ob wir mit unserem Geschützmaterial auf der Höhe waren. Bezüglich der Mitwirkung Italiens auf unserer Seite aber hatte Graf Schlieffen nur noch die Worte: „Welche Illusion!“ Damit mußte der Kampf „gegen ein durch Befestigungen wohlgeschütztes Land, in dem der Volkskrieg organisiert werden soll“ (wie Schlieffen schrieb), sehr schwierig werden.^{11a)} Deutschland konnte jedoch auch an seiner Ostfront auf Truppen nicht völlig verzichten, um so weniger, als die Donaumonarchie den Russen gegenüber erheblich unterlegen war. Je länger der Krieg dauerte, um so furchtbarer mußte sich das Übergewicht von einer Million (und, wenn man Italien nicht mitrechnete, um 2½ Millionen) Mann zugunsten des Zweibundes auswirken. Graf Schlieffen — der dem Kriegsministerium geschrieben hatte: „Wir sind schwerlich wohl vorbereitet“ — hatte also seine Gründe, wenn er einen Kriegsplan entwarf, von dem er hoffte, durch einen überraschenden, wenn auch durch das neutrale Belgien führenden Angriff zu einem möglichst schnellen Erfolg kommen zu können.

III. Das Heeresgesetz von 1905.

Der Reichstag hatte sich bei seiner Zustimmung zum Gesetz von 1899 bereit erklärt, die Nachbewilligung der von ihm gestrichenen 7000 Mann erneut in Erwägung zu ziehen, falls sich die Unmöglichkeit ergeben sollte, mit der herabgesetzten Mannschafszahl die zweijährige Dienstzeit aufrechtzuerhalten. Das Kriegsministerium war noch im Sommer 1899 der Meinung, es werde unvermeidlich sein, diese Erwägung schon bald herbeizuführen. Bei näherer Prüfung aber ergaben sich noch mancherlei Wünsche, die eine höhere Forderung notwendig gemacht hätten. Hiermit im Laufe des Quinquennats hervorzutreten, hielt man nicht für zweckmäßig.

Hingegen wurde erwogen, den Anregungen des Generalstabschefs insofern entgegenzukommen, als gelegentlich des bevorstehenden Quinquennatsgesetzes (1904) fünf neue Divisionen aus überschießenden Truppen schon in Frieden gebildet werden sollten. Zusammen mit den sonstigen Plänen, die man hatte, hätte dies rd. 13 000 Mann erfordert, wobei noch mancherlei Lücken in den

^{11a)} Quelle: Frhr. Rüd, „Graf Schlieffen und die Kriegsformation“, S. 615 und 619, Anm. 48; vgl. auch W. Förster, „Graf Schlieffen und der Weltkrieg“, Berlin, Mittler u. Sohn, 1921, I. S. 13 Anm.

neuen Divisionen geblieben wären. Aber von diesem Plan kam man wieder ab; ja, man entschloß sich, zunächst auf sämtliche Forderungen zu verzichten und das laufende Quinquennatsgesetz um ein Jahr, bis zum 31. März 1905, zu verlängern. Im Zusammenhang damit führte der Kriegsminister von Einem am 29. Januar 1904 im Haushaltsausschuß aus: er sähe die Entwicklung des Heeres im wesentlichen als abgeschlossen an. Die Zahl unserer Kadres genüge, ebenso reiche die Präsenziffer zu einer angemessenen Etatsstärke und zur Ausbildung der für die Reserve- und Landwehrformationen erforderlichen Mannschaften aus. Die Organisation der Armee weise allerdings Schwächen und Lücken auf, die ausgeglichen werden müßten. Im ganzen ergebe sich ein Mehrbedarf von etwa 10 000 Mann.

Diese 10 000 Mann brachte das Gesetz von 1905. Die Errichtung der neuen Truppenteile wurde diesmal über den ganzen Gültigkeitszeitraum verteilt, in Wirklichkeit sogar über diesen hinaus, da die letzten Neuformationen erst zum 1. Oktober 1910 erfolgten. Dadurch erhielt das sogenannte „Quinquennat“ wiederum eine Dauer von sechs Jahren.

Für die Zurückhaltung der Heeresverwaltung war nicht nur die Rücksicht auf die Flotte maßgebend, sondern auch der Umstand, daß die Umbewaffnung der Infanterie mit Gewehr 98 und der Artillerie mit neuen Geschützen im Gange war, wodurch ebenso wie für Festungsbauten an der Westgrenze natürlich auch entsprechende Kosten entstanden. Ferner sollten die Versorgungsgebührrnisse und für die Unteroffiziere die Dienstbezüge erhöht werden. Daß Deutschland damals dennoch instande gewesen wäre, die erforderlichen Geldmittel für den organisatorischen Ausbau der Armee aufzubringen, kann keinem Zweifel unterliegen.

Das Ende des Jahres 1905 brachte das Ausscheiden des Grafen Schlieffen aus dem Dienst. Er benutzte die letzten Wochen seiner amtlichen Tätigkeit, um das Kriegsministerium und seinen Nachfolger auf die Notwendigkeit, die Entwicklung der Armee zu fördern, hinzuweisen. Dem ersteren schrieb er nach einer Kritik der Äußerung vom 29. Januar 1904 und nach nochmaligem Eintreten für den Weiterausbau der Kriegsformation: „Unsere Lage erfordert dringend, daß alle Kräfte zusammengefaßt werden. Das Königliche Kriegsministerium wird sich dieser Auffassung nicht entziehen können.“ Dem General von Moltke hinterließ er die Mahnung: „Wir pochen noch immer auf unsere hohe Einwohnerzahl, auf die Volksmassen, die uns zu Gebote stehen; aber diese Massen sind nicht in der vollen Zahl der Brauchbaren ausgebildet und bewaffnet. Die Tatsache, daß Frankreich mit 39 Millionen Einwohner

995 Bataillone zum Feldheer stellt, Deutschland mit 56 Millionen aber nur 971, spricht eine vernehmliche Sprache.“

Dann wurde die Persönlichkeit, die in besonderem Maße befähigt war, das Feldheer zu führen, in den Ruhestand versetzt, während die Konferenz von Algeciras vor der Tür stand.

Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts hatten Deutschland eine ausgesprochen günstige militär-politische Lage geboten. Rußland war durch den ostasiatischen Krieg gebunden, angesichts unseres militärischen Ansehens infolgedessen ein Angriff Frankreichs trotz etwa gleicher Stärke nicht zu besorgen. Diese Situation veranlaßte uns sofort, in unseren Rüstungen äußerst zurückhaltend zu sein. Die Bedrohung, die für uns in der neu abgeschlossenen Entente cordiale lag, blieb dabei unbeachtet. Den Gedanken, uns durch einen Präventivkrieg Luft zu schaffen, auch nur zu erwähnen, hätte man bei uns für Frevel gehalten. Sollte demgegenüber 1914 auf der Gegenseite der Wunsch, eine günstige Gelegenheit zum Losschlagen wahrzunehmen, nirgends eine Rolle gespielt haben?

Auch nach 1905 zeigte die Reichsregierung kein Rüstungsbedürfnis. Allein der Reichskanzler wurde im Sommer 1906 für seine Person unsicher, ob nicht etwas mehr geschehen müsse. Es war der Kriegsminister (!), der ihn schnell wieder beruhigte.

Auf aggressive Absichten Deutschlands deutet das alles nicht.

IV. Die Heeresverstärkungen bis zum Weltkriege.

Wenn sich Graf Schlieffen in einem teils ausgesprochenen, teils zum mindesten fühlbaren Gegensatz zum Kriegsministerium befunden hatte, so war das bei seinem Nachfolger zunächst weniger der Fall. Den Argumenten des Grafen allerdings konnte sich auch General von Moltke nicht entziehen; aber er zeigte sich doch mehr bereit, sich mit den Auffassungen des Kriegsministeriums nicht nur notgedrungen abzufinden, sondern ihnen in mancher Beziehung auch zuzustimmen.

So erging unter dem 12. April 1907 ein Schreiben des Generalstabschefs an das Kriegsministerium, in dem bemerkt war, der Rahmen der Armee könne auf längere Zeit als stetig angesehen werden. Damit war der Standpunkt des Kriegsministeriums angenommen; das Schreiben fuhr aber fort: „Die Zahl hat heute mehr denn je ihre Berechtigung, wo wir über kurz oder lang gezwungen sein können, gegen mehrere Gegner gleichzeitig um den Bestand des Staates kämpfen zu müssen. Je geringer die Aussichten auf See sind, um so mehr müssen wir uns zu Lande nicht nur behaupten,

sondern den siegreichen Ausgang des Krieges zu erzwingen imstande sein. Alle bis aufs gewissenhafteste geprüften Operationen ergeben aber denselben Schluß: Sie müssen erlahmen, weil die an den Operationslinien festgelegten Feldtruppen nicht rechtzeitig durch rückwärtige Formationen freigemacht werden können.“

Die Erwägungen Moltkes deckten sich also mit denen Schlieffens. Dieser aber war, wenngleich er das „feu sacré“ des Feldherrn in sich fühlte, der auch unter schwierigen Verhältnissen zu siegen hoffen durfte, von dem Kriegsministerium als der unangenehm „zur Vermehrung der Streitkräfte drängende Generalstabschef“ bezeichnet worden. General von Moltke besaß dieses „feu sacré“ nicht; er hätte sich bei der Forderung nach Machtmitteln um so weniger bescheiden sollen. Die beiden angeführten Stellen seines Schreibens widersprechen sich; da der Generalstabschef aber das Prinzip der Sparsamkeit angenommen hatte, so verfolgte er mit dem 2. Teil nur den Zweck, daß die Ersatzformationen in ihrer Organisation verbessert würden mit dem Gedanken, sie im Bedarfsfalle auch geschlossen und in höhere Verbände zusammengefaßt in die Kampffront an geeigneter Stelle einsetzen zu können. Die Meinung des Grafen, daß „die fortgesetzte Weiterentwicklung der Armee zur Erhaltung des Staates unabweisbar“ sei, fand dabei aber nicht die genügende Berücksichtigung.

Die Wende 1908/09 brachte die nicht ungefährliche Bosnische Krise; sie ähnelte in mancher Beziehung der von 1886/87. Es ist darauf hingewiesen worden, daß im Anschluß an letztere Generalstab (Waldersee) und Kriegsministerium (Verdy) in ernster Sorge nachdrücklich, wenn vielleicht auch übertrieben und deshalb mit nur teilweisem Erfolg, sich für den Ausbau der Armee einsetzten. Die Bosnische Krise hingegen löste bei uns nicht das Bedürfnis aus, besorgt zu prüfen, ob wir einem etwa bald folgenden neuen Konflikt militärisch gewachsen sein würden. Der Kriegsminister führte vielmehr am 13. Januar 1909 in der Finanzkommission des Reichstages aus: Die in der Presse vielfach angekündigte große Militärvorlage für 1909 sei nicht gekommen und werde auch für 1910 nicht kommen. Nach Ablauf des gültigen Friedenspräsenzgesetzes müsse natürlich für 1911 ein neues Gesetz eingebracht werden, durch welches vor allem die bei den technischen Truppen noch vorhandenen Lücken ausgefüllt werden müßten. Hoffentlich erreichten die Technik und mit ihr die Ausgaben für das Heer bald einen gewissen Beharrungszustand.

Auch für 1911 kam keine große Militärvorlage, man beschränkte sich auf die Forderung von rd. 9500 Mann, die geringste

seit Bestehen des Reichs. Sie kam der Artillerie und den Verkehrstruppen zugute. Die Hoffnung allerdings, daß „die Technik bald einen gewissen Beharrungszustand erreichen möge“, ist nicht in Erfüllung gegangen. Die Bemühungen des Generalstabschefs, im Rahmen der bestehenden Heeresorganisation die Kriegsförderung, besonders der Reserve- und Landwehrverbände, zu verbessern, hatten auch nur teilweisen Erfolg.

Die ersten Bedenken, ob die Stärke der Armee der bestehenden Lage noch entspräche, hatte im Sommer 1910 der Kaiser geäußert. Der neue Kriegsminister von Heeringen hatte ihm jedoch, offenbar in Übereinstimmung mit Kanzler und Generalstabschef, vorgetragen, daß eine ungünstige Änderung der militärpolitischen Lage Deutschlands „zur Zeit“ nicht als vorliegend angenommen werden könne. Dieses „zur Zeit“ läßt immerhin auf eine gewisse Unsicherheit schließen; aber erst die handgreiflichen Eindrücke der Marokkokrise im Sommer 1911 führten die Regierung der Erkenntnis näher, daß die Zeiten sich gewandelt hatten.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts waren die europäischen Rüstungen allgemein nur wenig gefördert worden. Frankreich stellte längst jeden tauglichen Mann ein; Rußland war durch Krieg und Revolution in Anspruch genommen. Die Dreibundmächte zeigten sich militärisch zurückhaltend. Insbesondere standen die österreichisch-ungarischen Bemühungen, sich zu kräftigen, im umgekehrten Verhältnis zu seinem Geltungsbedürfnis als Macht und zu den Erfordernissen seiner Sicherheit; 1907/08 mußte der Kriegsminister mehrfach im Parlament erklären: „Die Armee verdorrt!“

Der politischen Neuorientierung durch die Entente cordiale folgte als erstes die Reorganisation der englischen Armee seit 1906 durch Haldane. Diese gewiß zunächst noch bescheidenen, aber immerhin auf einen Koalitionskrieg gegen Deutschland zugeschnittenen Bestrebungen sind als Auftakt zu der folgenden allgemeinen europäischen Aufrüstung zu werten. Rußland zeigte sich begreiflicherweise bestrebt, seine zerrüttete Wehrmacht neu aufzubauen. Die Spitze gegen Deutschland trat aber sehr unverhüllt hervor.¹²⁾ In Frankreich erfolgte zunächst eine moralische Aufrüstung, der „nouveau esprit“, ein ebenfalls bedenkliches Vorzeichen, das aggressive Tendenzen in sich barg. Nicht weniger Aufmerksamkeit verlangte die gleichzeitig beginnende militärische Ausnutzung seiner farbigen Untertanen. Seit dem Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts ging so eine militärische

¹²⁾ Vgl. Aktenpublikation des Ausw. Amtes Bd. 27 II, Nr. 9950 ff.

Bewegung durch Europa; das große Rüsten begann. Dieser Erkenntnis konnte sich schließlich auch die deutsche Regierung nicht mehr verschließen. Noch immer blieb sie zwar eifrig bestrebt, die großen Machtgegensätze durch Sonderabkommen mit Rußland und England unwirksam zu machen;^{12a)} aber sie mußte nun doch in Betracht ziehen, daß ein stärkerer Rückhalt an der Wehrmacht sich als notwendig erweisen könne. Im Herbst 1911 begann ein eingehender Meinungs austausch zwischen den Regierungsstellen. Auch der Generalstab legte dem Reichskanzler eine größere Denkschrift vor, die gegen Ende die bezeichnenden Sätze enthält: „Alle bereiten sich auf den Krieg vor, den alle über kurz oder lang erwarten. Nur Deutschland und das mit ihm verbündete Österreich-Ungarn nehmen an diesen Vorbereitungen nicht teil.“

Um diese Zeit war das militärische Kräfteverhältnis zwischen den Mittelmächten und der Entente, wobei Italien hier außer Betracht bleiben soll, folgendes:

1. Friedensstand (ohne Kolonialtruppen).

	Armeekorps	Infanterie-Divisionen	Kavallerie-Divisionen
Deutschland	23	48	1
Österreich-Ungarn . . .	16	41	6
Mittelmächte	39	89	7
Frankreich	21	44	8
Rußland	37	70	24
England	—	6	—
Entente	58	120	32

2. Kriegsstand.

	Armeekorps	Infanterie-Divisionen	Reserve-Divisionen	Kavallerie-Divisionen
Deutschland	26	51	28	11
Österreich-Ungarn . . .	16	32	16	9 $\frac{1}{2}$
Mittelmächte	42	83	44	20 $\frac{1}{2}$
Frankreich	21	45 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{2}$	8
Rußland	37	70	33	34
England	—	6	—	1
Entente	58	121 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$	43

^{12a)} Die Bemühungen um Arrangements bezüglich Persiens, der Bagdadbahn u. a. hatten von deutscher Seite nicht nur den Zweck, diese Einzelheiten zu regeln, sondern es wurde erstrebt, auf diesem Wege die allgemeine Spannung zu mildern.

Die Gesamtfriedenstärke der Mittelmächte an Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften betrug	989 880
Der Entente (davon Rußland: 1 240 000)	2 030 450
Die Kriegsstärke des mobilen Feldheeres betrug:	
der Mittelmächte	3 152 000
der Entente.	4 010 000
Die Gesamtkriegsstärke (einschl. Besatzungstruppen):	
der Mittelmächte	5 504 000
der Entente	7 638 000

Im Kriegsministerium wurde nun ein Plan über Maß und Umfang einer beschleunigten Heeresverstärkung aufgestellt. Er betraf die Formierung von zwei neuen Armeekorps, die Aufstellung der fehlenden dritten Bataillone bei der Infanterie, Etatserhöhungen, Bildung technischer Formationen. Die Kosten wurden überschläglich auf 225 Millionen Mark berechnet. Der Kriegsminister erklärte sofort, daß mit dieser Summe ernsthaft nicht gerechnet werden könne. Er legte einer neuen Bearbeitung die Summe von 140 Millionen zugrunde, die letzten Endes dann noch auf 100 Millionen herabgemindert wurde. Dabei handelte es sich, nach den Ausführungen des Ministers in einer Denkschrift, nicht, „wie z. B. bei den Heeresvorlagen von 1911 und von 1905, um eine bei Ablauf eines Präsenzgesetzes sich bietende Gelegenheit, vorhandene Lücken zu schließen und durch den Fortschritt der Technik notwendig gewordene Ergänzungen vorzunehmen — Maßnahmen, die, im Verhältnis zur Heeresstärke gering an Umfang, unter ruhigen politischen Verhältnissen nicht zu beschleunigter Durchführung drängen und die ihrer Art nach Verteilung auf eine Reihe von Jahren vertragen. Es handelt sich vielmehr um die aus ernsten politischen Verwicklungen sich ergebende Staatsnotwendigkeit einer nachdrücklichen Verstärkung der Wehrkraft nach Kopfbzahl und Gliederung“.

Gleichzeitig wurde eine Marinenovelle ausgearbeitet. Die Hoffnungen, die man auf die Mission Haldane Anfang 1912 setzte, veranlaßten den Kanzler, beide Vorlagen noch zurückzustellen. Als die Hoffnungen sich nicht erfüllten, wurden die Gesetze eingebracht. Das Heeresgesetz erging Mitte Juni 1912. Es brachte eine Vermehrung um rund 28 900 Mann, zwei neue Armeekorps, eine Anzahl neuer Infanteriebataillone und Feldbatterien und auch bei den anderen Waffen einige Verstärkungen.

Mittlerweile hatte der Weltkrieg im eigentlichen Sinne durch den italienischen Angriff auf die Türkei bereits begonnen. Es folgte 1912 die ernste Krise des ersten Balkankrieges. Zunächst allerdings

ließ man sich in Berlin nicht weiter beunruhigen. Man hielt sich für stark genug und glaubte nicht an Krieg, weil man ihn nicht wollte. Bald aber spannte sich die Lage, als die russischen „Probemobilmachungen“ einer tatsächlichen Mobilmachung recht ähnlich wurden und Frankreich keinen Zweifel darüber ließ, daß es Rußland gegebenenfalls Waffenhilfe leisten werde. Die befreundete Türkei war schwer getroffen, und der erstarkte Balkanbund konnte leicht „kehrtmachen“ und die österreichisch-ungarische Südfront bedrohen. Dennoch setzte bei der deutschen Regierung kein „Rüstungsfieber“ ein. Der Gedanke der Heeresverstärkung drängte sich allerdings auf; aber er führte zunächst erst wieder zu umständlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung. Noch in der zweiten Novemberhälfte endete eine Rücksprache mit dem Kanzler mit der Feststellung des Kriegsministers, wenn jener politisch und finanziell eine weitere Heeresvorlage für möglich halte, so wäre er dazu bereit. Das klang gewiß nicht aufgeregt; der Kanzler behielt sich weitere Erwägungen vor. Kurz darauf stand die Kriegsgefahr unmittelbar vor der Tür, und der Generalstabschef sah sich zu der Feststellung veranlaßt: „Wir müssen allein in der Stärke, die wir unserer Wehrkraft im Frieden geben, die Sicherheit suchen und die Gewähr dafür finden, daß der Feind nicht an Unternehmungen¹³⁾ denkt, die unsere Schwäche kennzeichnen. . . Die Frage, ob wir zur Zeit die Stärke besitzen, die dazu ausreicht, muß ich verneinen.“

Gegen Jahresende legte dann der Generalstab eine neue Denkschrift vor. Er errechnete dabei eine Unterlegenheit Deutschlands an der Westfront von:

192 Inf.-Bataillonen, 18 Eskadronen und 244 Feldbatterien,
dagegen eine Überlegenheit von

71 schweren Batterien;

an der Ostfront eine Unterlegenheit der Mittelmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien) von

274 Inf.-Bataillonen, 219 Eskadronen und 82 Feldbatterien,
dagegen eine Überlegenheit von

41 schweren Batterien.

Eine Anzahl österreichischer und rumänischer Formationen war dabei als an der serbischen Grenze stehen bleibend angenommen.

¹³⁾ Nämlich an überraschenden Einfall; auch der Kriegsminister konstatierte kurz darauf: „Nicht nur im Osten, sondern auch im Westen hat uns ein plötzlicher Überfall gedroht, dem wir trotz aller Vorkehrungen zur schnellen Einberufung des Beurlaubtenstandes nur unvollkommen hätten begegnen können.“

Das Rüstungsprogramm des Generalstabes sah Etatserhöhungen, Verbesserungen der Formationen zweiter Linie, Ergänzung und Verbesserung der Heeresausrüstung und Verstärkung der Grenzfestungen vor; letzteres schien besonders im Osten angesichts der Erstarkung der russischen Armee auch in bezug auf ihre Belagerungstruppen dringend erforderlich. Was die Heeresorganisation anlangte, so forderte der Generalstab als wichtigstes die Formierung von „mindestens“ drei neuen Armeekorps. Über diese Frage wurde lange verhandelt, und es blieb nicht immer ganz klar, ob General von Moltke die Bildung dieser Verbände sofort für notwendig hielt oder ob sie nicht auf später verschoben werden konnte. Anfang März 1913 allerdings hob der Generalstabschef auf Grund der um diese Zeit eingelaufenen Nachrichten über die beabsichtigten Heeresverstärkungen in Frankreich und Rußland nochmals hervor, daß alle seine Forderungen, einschl. der Neuformierung der drei Korps, das mindeste seien, was für die Ausgestaltung des Heeres geschehen müsse. Aber Kanzler und Kriegsminister erklärten, dieser Neuformierung nicht zustimmen zu können. Der Kanzler hatte außerdem schon vorher zur Bedingung gestellt, daß keine Marinevorlage gemacht werde.

Anfang Juli wurde die Vorlage Gesetz; sie brachte eine Vermehrung um rd. 117 000 Mann, die größte seit Bestehen des Reichs. Dabei blieb bei der Aushebung des Jahres 1913 aber immer noch ein Überschuß von rd. 38 000 Volltauglichen, 75 000 Mann wurden als bedingt tauglich der Ersatzreserve überwiesen, mehr als 600 000 zurückgestellt. Von rund 1,3 Millionen Gestellungspflichtiger ¹⁴⁾ wurden auch nach dem neuen Heeresgesetz im Oktober 1913 nur 340 000 Mann eingestellt. Die Volkskraft ist bei uns also nicht übermäßig angespannt worden. Dabei gelangte auch dieses Gesetz nicht sogleich zur vollen Durchführung. Die tatsächliche Stärke des deutschen Heeres betrug im Winter 1913/14 rund 599 000 Mann (ausschließlich Unteroffiziere und Einjährig-Freiwillige). Am 1. Oktober 1914 sollte eine Etatsstärke von rund 655 500 und erst am 1. Oktober 1915 die durch das Gesetz endgültig vorgesehene Stärke von rund 661 500 Mann erreicht werden. Auch eine Anzahl der neu zu errichtenden Formationen (Maschinengewehr-Kompagnien, Fußartillerie-, Pionier-, Verkehrstruppen-Bataillone u. a.) war im Herbst 1913 noch nicht aufgestellt worden.

Es bleibt die Frage, wie sich nun das Kräfteverhältnis zu den mutmaßlichen Gegnern gestaltete. Wiewohl die Präsenzstärke der Mittelmächte gegenüber der französischen und russischen zusammen

¹⁴⁾ Nur 5 Prozent waren völlig untauglich.

noch immer erheblich unterlegen war, wurde die Stimmung in Frankreich aufs heftigste erregt. Man entschloß sich zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren, die Präsenzstärke also um rd. 50 Prozent zu erhöhen. Was das für die Schlagkraft bei Ausbruch eines Krieges bedeutete, liegt auf der Hand. In der Tat betrug denn auch im Sommer 1914 die deutsche Präsenzstärke an Unteroffizieren und Mannschaften rd. 775 000, die französische nach Angaben des Generals Buat 813 000 Mann. Die russische Friedensstärke bezifferte der „Temps“ im Februar 1913 normalerweise auf rd. 1,4 Millionen Mann, infolge Zurückhaltung eines Reservistenjahrganges betrug sie aber damals nach derselben Quelle 1,7 Millionen. Hinzu kamen England und die in Frage kommenden kleineren Staaten, während Österreich-Ungarn eine Friedensstärke von 414 000 Mann besaß.

Sprechen diese Zahlen schon für sich, so war weiter in Betracht zu ziehen, daß Rußland ein Wehrprogramm aufgestellt hatte, das seine Friedensstärke in absehbarer Zeit im Sommer auf 1,8, im Winter auf 2,2 Millionen Mann erhöhen mußte, während Frankreichs militärische Anstrengungen für dieses eine derartige wirtschaftliche und soziale Belastung bedeuteten, daß sie vermutlich nicht auf längere Zeit ertragen werden konnte. Es stand also zu erwarten entweder ein schmerzlicher militärischer Abbau oder der Krieg.

Im Falle des letzteren konnten die Chancen für die Gegenseite nur günstig erscheinen, wenn gemeinsames Losschlagen der Ententestaaten gewährleistet war. Das personelle Kräfteverhältnis bei Kriegsausbruch errechnet sich folgendermaßen:

	Einwohnerzahl in Millionen	Gesamte Kriegsstärke des Heeres	davon Feldheer	Gesamtzahl der vorhandenen Ausgebildeten
Deutschland	67	3 823 000	2 398 000	4 900 000
Österreich-Ungarn . .	51,3	2 500 000	1 421 000	3 034 000
	118,3	6 323 000	3 819 000	7 934 000
Frankreich	39,6	3 580 000	1 867 000	4 980 000
Rußland	173,3	4 800 000	3 420 000	6 300 000
England	45,3	350 000	155 000	1 000 000
Belgien	7,4	222 000	117 000	400 000
Serbien	4	300 000	240 000	400 000
	269,6	9 252 000	5 799 000	13 080 000

Das Verhältnis der höheren Verbände und Geschütze betrug:

	Infanterie- Divisionen	Kavallerie- Divisionen	Feldgesch.	Schwere Gesch. des Feldheeres
Deutschland	85 $\frac{1}{3}$	11	5 358	578
Österreich-Ungarn . .	57	11	2 370	168
	142 $\frac{1}{3}$	22	7 728	746

Frankreich	73	10	4 108	232
Rußland	118 $\frac{1}{3}$	40	6 812	360
England	6	2	462	28
Belgien	6	1	468	—
Serbien	10	1	360	40—50
	213 $\frac{1}{3}$	54	12 210	660—670

Diesen Zahlen, die das Ergebnis der Rüstungen zum Weltkriege darstellen, braucht nichts weiter hinzugefügt zu werden.

Si vis pacem, para bellum war ein in ganz Europa viel gebrauchtes Wort. Im Sinne eines systematischen Aufbaues der Wehrmacht hatte es sich bei uns in den ersten drei Jahrzehnten nach der Reichsgründung bewährt. Als nach der Jahrhundertwende der Druck auf unsere Grenzen vorübergehend nachließ, glaubten wir, es nicht mehr nötig zu haben, uns besonders zu bemühen; auch wir gingen dazu über, „mehr unsere finanziellen und parlamentarischen Bequemlichkeiten in Erwägung zu ziehen“. Das „Wettrüsten“ sollte ja aufhören und, vielleicht etwas anspruchsvoll, scheinen wir der Meinung gewesen zu sein, daß wir nur mit gutem Beispiel voranzugehen brauchten. Seit etwa 1910 aber verloren die europäischen Rüstungen plötzlich ihren ruhigen Charakter, und, als wir dies 1912 bemerkten, waren wir unversehens ins Hintertreffen geraten. Die Schwächung der Türkei und die Erstarkung des ehrgeizigen Balkans kamen hinzu. Europa sah sich nun in einer ausgesprochenen Wechselwirkung von politischen Krisen und gesteigerten Rüstungen, ein Vorgang, der in dieser Form allerdings gefährlich war.

Die Rüstungen würden aller Wahrscheinlichkeit nach schnell wieder in ein ruhigeres Tempo gekommen sein, wenn es gelungen wäre, die politischen Spannungen wirklich auszugleichen. Warum dies nicht gelang, kann hier nicht untersucht werden. Nur das eine ist hervorzuheben, daß Österreich-Ungarn und mit ihm Deutschland sich seit 1912 lebensgefährlich bedroht fühlten. Ob das bei den Ententestaaten auch notwendig der Fall sein mußte, darf füglich dahingestellt bleiben.

Dennoch glaubte man bei uns bis zuletzt, daß es sich um ein Sichstarkmachen handele, um den Frieden zu wahren. In Frankreich und Rußland ist man sich wohl erheblich mehr darüber klar gewesen, daß man nicht mehr für den Frieden, sondern zum Kriege rüstete.

Anlage.

Gesetz vom	Gültig vom ... bis ...	Friedenspräsenz- stärke	Zahl der		
			Armee- Korps	Divisionen Infan- terie	Kaval- lerie
2. 5. 74 (Reichs- Milit.-Gesetz)	1. 1. 75 bis 31. 12. 81	401 659 = 56 094 Unteroffiziere und 345 565 Mann	18	37	3
6. 5. 80	1. 4. 81 bis 31. 3. 88	427 274 = 59 307 Unteroffiziere und 367 967 Mann	18	38	4
11. 3. 87	1. 4. 87 bis 31. 3. 94	468 409 = 63 754 Unteroffiziere und 404 655 Mann	18	40	3
27. 1. und 15. 7. 90	1. 10. 90 bis 31. 3. 94	486 983 = 67 021 Unteroffiziere und 419 962 Mann	20	43	1
3. 8. 93	1. 10. 93 bis 31. 3. 99	479 229 Gemeinde	20	43	1
25. 3. 99	1. 10. 99 bis 31. 3. 04	495 500 Gemeinde	23	48	1
22. 2. 04	bis 31. 3. 05	unverändert			
15. 4. 05	1. 4. 05 bis 31. 3. 10	505 839 Gemeinde	23	48	1
27. 3. 11	1. 4. 11 bis 31. 3. 16	515 321 Gemeinde	23	48	1
14. 6. 12	1. 4. 12 bis 31. 3. 16	544 211 Gemeinde	25	50	1
3. 7. 13	1. 10. 13 bis 31. 3. 16	661 478 Gemeinde	25	50	1

Zwei weitere Fragen an Herrn Poincaré

Alfred von Wegerer.

Im vorigen Heft dieser Zeitschrift hatte ich in einem Aufsatz „Hat der Quai d'Orsay den „Matin“ gelesen?“ an Herrn Poincaré die Frage gerichtet, ob er seine Behauptung, daß die Fälschung von Gelbbuch Nr. 118 auf einer irrtümlichen Auffassung der chronologischen Reihenfolge der österreichischen und russischen Mobilmachung beruht, aufrecht erhalte, nachdem er von mir daran erinnert worden ist, daß der „Matin“ vom 1. August 1914 die richtige Reihenfolge der Mobilmachungen wiedergegeben hat. Eine Antwort auf meine Frage ist weder von Herrn Poincaré noch von dritter Seite erfolgt. —

Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Herausgeber der „Evolution“, Herr Armand Charpentier, in der Pariser Zeitung „La Volonté“ vom 25. September aus der Diskussion Poincaré—Gerin das Zugeständnis Poincarés herausgestellt hat, daß die russische allgemeine Mobilmachung vor der österreichischen erfolgt sei. Charpentier knüpft hieran die Folgerung, daß mit diesem Zugeständnis Poincarés die Versailler Kriegsschuldthese, wie sie im § 231 zum Ausdruck kommt, aufs schwerste erschüttert sei. Aus dieser Tatsache folgert er weiter, es sei im höchsten Interesse aller Völker, daß die Friedensverträge revidiert würden.

Poincaré hat von dem Aufsatz der „Volonté“ Kenntnis genommen und daraufhin von seinem Landsitz in Sampigny an den Vertreter der „New York Times“ eine Mitteilung geschickt, die das amerikanische Blatt in der Nummer vom 27. September im Wortlaut wiedergegeben hat. „Es ist richtig“, sagt Poincaré, „daß ich in meinem im vergangenen Mai bei Payot erschienenen Buch über die Kriegsverantwortlichkeiten entgegen unserer bisherigen Auffassung in Frankreich¹⁾ erklärt habe, daß die russische Mobilmachung nicht später als die österreichische erfolgte; wie Sie aber aus dem gleichen Werk ersehen können, habe ich deutlich nachgewiesen, daß diese Tatsache die Verantwortlichkeiten von Österreich und Deutschland nicht berührt.“¹⁾

Die Äußerung von Poincaré enthält zwei Unrichtigkeiten.

1. Poincaré wiederholt hier die gleiche Auffassung wie in der Diskussion mit Gerin, daß man in Frankreich die Auffassung gehabt

¹⁾ Sperrdruck vom Verfasser.

hätte, die österreichische allgemeine Mobilmachung sei vor der russischen allgemeinen Mobilmachung erfolgt. Wir haben schon in dem vorerwähnten Aufsatz „Hat der Quai d'Orsay den „Matin“ gelesen?“ nachgewiesen, daß diese Auffassung von Poincaré nicht zutreffen kann, da das genannte Blatt am 1. August zwei Meldungen gebracht hat, die die richtige Reihenfolge der österreichischen und russischen Mobilmachung wiedergegeben hat. Außerdem hatten wir erwähnt, daß Poincaré durch die Meldung seines Militärattachés über den Zeitpunkt der Anordnung der österreichischen allgemeinen Mobilmachung genau unterrichtet war.

Die irrtümliche Auffassung, daß die österreichische allgemeine Mobilmachung vor der russischen allgemeinen Mobilmachung stattgefunden hat, erfuhr bekanntlich erst dadurch eine allgemeine Verbreitung, daß durch das gefälschte Dokument Französisches Gelbbuch Nr. 118 die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung damit begründet wurde, daß ihr die österreichische allgemeine Mobilmachung vorangegangen sei.

2. Wenn Herr Poincaré weiter sagt, daß diese Tatsache die Verantwortlichkeiten von Österreich und Deutschland nicht berühre, widerpricht er seiner eigenen Auffassung, wie er sie am 1. August 1914 dem britischen Botschafter in Paris, Herrn Bertie, gegenüber geäußert hat. Poincaré sagte damals zu dem Botschafter: „daß deutsche Regierung versuche, Schuld für kritische Lage auf Rußland zu schieben; daß Kaiser von Rußland allgemeine Mobilmachung erst nach Erlaß der allgemeinen Mobilmachung in Österreich angeordnet habe“. ²⁾ Diese Mitteilung Herrn Poincarés an Herrn Bertie war eine Irreführung. Herr Poincaré hatte, wie er selbst auf Seite 480 seiner „Union Sacrée“ sagt, den dritten Durchschlag der richtigen Meldung Paléologues über die russische allgemeine Mobilmachung in Händen. Da das gefälschte Gelbbuch Nr. 118 zu jener Zeit noch nicht vorlag, mußte Poincaré angeben können, wer ihm die falsche Mitteilung, daß die österreichische Mobilmachung vor der russischen erfolgt sei, zukommen ließ. Wenn Herr Poincaré hierfür keine überzeugende Erklärung beibringen kann, wird er das Odium nicht los werden, daß er dem englischen Botschafter eine unrichtige Mitteilung gemacht hat, um die Schuld für die russische allgemeine Mobilmachung auf Österreich und Deutschland abzuschieben. Auch würde Herr Poincaré dann selbst als der intellektuelle Urheber der Fälschung von Gelbbuch Nr. 118 in Frage kommen.

²⁾ Britische Dokumente XI, Nr. 403.

Wir richten daher an Herrn Poincaré zwei Fragen:

1. Worauf stützte sich die Mitteilung Herrn Poincarés an den britischen Botschafter, daß die österreichische Mobilmachung vor der russischen erfolgt sei?

2. Welche Unterlagen haben die Redakteure des Gelbbuches gehabt, um die nach seiner Auffassung bona fide erfolgte Fälschung von Gelbbuch Nr. 118 vorzunehmen?

Französische Übersetzung.

Deux autres questions à M. Poincaré.

Alfred von Wegerer.

Dans un article intitulé «Le Quai d'Orsay a-t-il lu le *Matin*?», paru dans le précédent fascicule de ce périodique, j'avais demandé à M. Poincaré s'il persistait à affirmer que la falsification du Livre jaune (no. 118) provenait d'une conception erronée de la succession chronologique des mobilisations autrichienne et russe, en dépit du fait-lui rappelé par moi dans cet article — que le „*Matin*“ du 1er août avait exactement reproduit l'ordre chronologique de ces deux mobilisations. — Il n'a été répondu à ma question ni par M. Poincaré ni par un tiers.

On a appris, entretemps, que l'éditeur de l'«*Evolution*», M. Armand Charpentier, dans le journal parisien «*La Volonté*» (no. du 25 septembre 1930) a fait ressortir que de la discussion Poincaré-Gerin se dégageait l'aveu fait par M. Poincaré, que la mobilisation générale russe avait précédé l'autrichienne. M. Charpentier en conclut que cet aveu de M. Poincaré ébranle de la façon la plus forte la thèse de la responsabilité de la guerre telle qu'elle est formulée dans l'article 231 du traité de Versailles. De ce fait M. Charpentier tire encore une autre conclusion, à savoir que tous les peuples seraient intéressés au plus haut point à ce que les traités de paix fussent révisés.

M. Poincaré à pris connaissance de l'article de la «*Volonté*» et de son domaine de Sampigny, il a adressé au correspondant du «*New York Times*» une note dont ce journal américain a reproduit la teneur dans son no. du 27 septembre dernier. «Il est exact, dit M. Poincaré, que, dans mon livre paru, en mai dernier, chez Payot, au sujet des responsabilités de la guerre, j'ai déclaré, contraire-

ment à l'opinion qui a régné jusqu'ici en France¹⁾ que la mobilisation russe ne s'est point effectuée ultérieurement à la mobilisation autrichienne; mais, comme vous pouvez vous en convaincre par mon livre, j'ai clairement démontré que ce fait laisse intactes les responsabilités de l'Autriche et de l'Allemagne.»¹⁾

La déclaration de M. Poincaré contient deux inexactitudes:

1. M. Poincaré répète ici la même affirmation qu'il avait déjà formulée dans sa discussion avec Gerin, à savoir qu'en France on aurait cru que la mobilisation générale autrichienne avait précédé la mobilisation russe.

Or, dans l'article, rappelé plus haut, que nous avons publié ici-même sous le titre «Le Quai d'Orsay a-t-il lu le *Matin*?», nous avons déjà démontré que cette affirmation de M. Poincaré ne pourrait être exacte, étant donné que le «*Matin*», en date du 1er août 1914, a publié deux communiqués reproduisant la succession chronologique exacte des mobilisations russe et autrichienne.

Nous avions, en outre, fait remarquer que M. Poincaré avait été exactement informé, par la dépêche de son attaché militaire, de la date à laquelle avait été donné l'ordre de mobilisation générale autrichienne.

L'idée fausse suivant laquelle la mobilisation générale autrichienne aurait eu lieu avant la mobilisation générale russe n'a pu — comme l'on sait — se répandre d'une façon générale qu'en raison du fait que la falsification du document no. 118 du Livre jaune français a fait paraître l'ordre de mobilisation générale russe comme motivé par une prétendue mobilisation générale autrichienne antérieure.

2. Lorsque M. Poincaré prétend, en outre, que ce fait laisse intactes les responsabilités de l'Autriche et de l'Allemagne, il émet une assertion qui est en contradiction avec la façon de voir qu'il a lui-même exprimée, le 1er août 1914, à M. Bertie, alors ambassadeur de Grande-Bretagne à Paris. M. Poincaré a, en effet, dit alors à l'ambassadeur que «le gouvernement allemand s'efforçait de rejeter sur la Russie la responsabilité de la situation critique; que le Tsar n'avait ordonné la mobilisation générale de ses armées qu'après l'ordre de mobilisation générale de l'Autriche».²⁾ Cette communication de M. Poincaré à M. Bertie induisait celui-ci en erreur. En effet, M. Poincaré — ainsi qu'il le dit lui-même à la page 480 de son «*Union Sacrée*» — avait entre les mains la

¹⁾ Passages soulignés par le rédacteur du présent article.

²⁾ Documents britanniques XI, no. 403.

troisième copie dactylographique de la dépêche véridique de M. Paléologue concernant la mobilisation générale russe. La falsification du no. 118 du Livre jaune n'ayant pas encore eu lieu à cette date, M. Poincaré devrait pouvoir indiquer quelle est la personne qui lui a fait parvenir la fausse nouvelle que la mobilisation autrichienne avait été opérée avant la mobilisation russe. Si M. Poincaré ne peut apporter à ce sujet des explications convaincantes, il ne pourra se soustraire à l'odieux d'avoir fait à l'ambassadeur anglais une communication inexacte dans le dessein de rejeter sur l'Autriche et l'Allemagne la responsabilité de la mobilisation générale russe. Et, en outre, l'on serait peut-être justifié à se demander si M. Poincaré lui-même ne pourrait pas être considéré comme l'auteur au moins intellectuel de la falsification du no. 118.

Nous posons donc à M. Poincaré les deux questions suivantes:

1. Sur quoi se fondait la communication de M. Poincaré à l'ambassadeur anglais, suivant laquelle la mobilisation autrichienne aurait précédé la mobilisation russe?

2. Quels documents les rédacteurs du Livre jaune ont-ils eu sous les yeux pour opérer — de bonne foi, d'après M. Poincaré — la falsification du Livre jaune (no. 118)?

Der erste Balkankrieg.

(Fortsetzung.)

Es war uns leider wegen Raummangels nicht möglich, schon in diesem Heft die ganzen Balkandokumente, die bei den historisch gebildeten Lesern unserer Zeitschrift besonderes Interesse gefunden haben, zu bringen. Der Rest folgt bestimmt im Dezemberheft.

Die Schriftleitung.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Geschäftsträger in Wien.

St. Petersburg, den 4./17. September 1912, Nr. 1829.

Mitgeteilt nach Konstantinopel.

Ergänzung meines Telegramms Nr. 1827.*)

Ich entbat den österreichischen Geschäftsträger zu mir und machte ihn mit dem Inhalt dieses Telegramms bekannt. Ich lenkte die Aufmerksamkeit Herrn Szilassys darauf, daß ich mich bei dem Vorschlag, mit dem ich mich an die Mächte wenden zu müssen

glaubte, von der Erkenntnis des besonderen Ernstes des gegenwärtigen Zeitpunktes habe leiten lassen. Mir liegt jeder Wunsch fern, die Initiative Graf Berchtolds an mich zu reißen, auf dessen Zustimmung zu dem vorliegenden Vorschlag wir um so mehr rechnen, als er auf dieselben Beweggründe zurückgeht, die wir in dem kürzlichen Schritt des Leiters der österreichischen Politik erblicken.

Ich sagte meinem Partner, daß ich es für notwendig halte, mich im gegenwärtigen Zeitpunkt an alle Mächte zu wenden, aber vor allem die Feststellung einheitlicher Anschauungen zwischen uns und Österreich, als den an der Lage auf dem Balkan am interessiertesten Mächten, für das Wichtigste ansehe. Die mögliche Übereinstimmung der Ansichten halte ich sowohl in der Hoffnung, Verwicklungen zu vermeiden, wie auch zur Sicherung der unmittelbaren Interessen beider Mächte für gleich wichtig.

Herr Szilassy drückte mir seine lebhafteste Zustimmung zu dem von mir Gesagten aus und erbat mein Einverständnis, Wien davon in Kenntnis zu setzen, wobei er von sich aus hinzufügte, daß Graf Berchtold keineswegs das Monopol der Initiative im Auge gehabt habe.

Wollen Sie Ihrerseits in den Unterhaltungen mit Graf Berchtold unseren Wunsch nach einer möglichst weitgehenden Übereinstimmung der Ansichten mit dem Wiener Kabinett unterstreichen.

Sasonow.

Geheimtelegramm des Außenministers an die Gesandten in Sofia und Belgrad.

St. Petersburg, den 5./18. September 1912, Nr. 1840.

Mitgeteilt nach Wien und Konstantinopel.

Wollen Sie der Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, folgende vertrauliche Mitteilung machen.

Die Kaiserliche Regierung hat seinerzeit aus vollem Herzen der Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien zugestimmt und

*) Im Telegramm Nr. 1827 vom 4. IX. 1912 beauftragte Sasonow die Botschafter in Paris, Berlin, London, Wien, Rom und Konstantinopel, den betreffenden Regierungen vorzuschlagen, bei der Pforte in einer nicht den Charakter eines gemeinsamen Schritts tragenden Form vorstellig zu werden wegen der Notwendigkeit einer sofortigen Durchführung der Reformen in Mazedonien. Das Telegramm ist in den „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen“, 1910—1914, herausgegeben vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, S. 276, veröffentlicht.

das Ende des Bruderzwistes zwischen zwei slawischen Völkern warm begrüßt.

Um die Verwirklichung dieser Annäherung nicht zu hindern, haben wir gegen die Erwähnung Rußlands in der uns mitgeteilten Akte als oberstem Schiedsrichter bei den eventuell entstehenden Meinungsverschiedenheiten keinen Einwand erhoben. Diese Erwägungen haben uns auch veranlaßt, einzelne andere Punkte mit Stillschweigen zu übergehen, obwohl wir ernste Bedenken dagegen hegten.

In der Annahme, daß die Annäherung zwischen den beiden slawischen Völkern um so inniger sein wird, je weniger ein Druck von außen erfolgt, haben wir von Anfang an in dem serbisch-bulgarischen Abkommen nur einen Akt des gegenseitigen Schutzes und der Anerkennung der beiderseitigen Interessen gesehen.

Wenn aber beide Staaten jetzt ungeachtet unserer nachdrücklichen Warnungen beschließen, ihr Abkommen zu einem gemeinsamen Angriff gegen die Türkei auszunutzen, einem Angriff, der den Bestand und die Unabhängigkeit dieser bedroht, so halten wir es für unsere Pflicht, die beiden Staaten offen *) darauf hinzuweisen, daß wir uns in diesem Falle nur von der Sorge um die direkten und unmittelbaren Interessen Rußlands leiten lassen werden.

Sasonow.

Geheimtelegramm des Außenministers an den stellv. Außenminister.

London, den 18. September/1. Oktober 1912, Nr. 244.

Ich habe dem hiesigen österreichischen Botschafter gesagt, daß ich im Hinblick auf die zugespitzte Lage auf dem Balkan dem Verhalten Österreichs zu den heranreifenden Ereignissen besondere Bedeutung beimesse, da die weitere Entwicklung in einem beträchtlichen Grad hiervon abhängen wird. Auf Grund der in der letzten Zeit mehrfach von Österreich abgegebenen Erklärungen will ich hoffen, daß es sich auf alle Fälle einer separaten Einmischung in die auf dem Balkan vor sich gehende Krisis enthalten wird. Rußland beabsichtigt seinerseits, sich ebenfalls zur Beschwichtigung der Balkanstaaten auf diplomatische Schritte zu beschränken. Der österreichische Botschafter versprach, meine Worte nach Wien weiterzugeben, wo sie nach seiner Versicherung Zustimmung finden werden.

Mitgeteilt nach Wien.

Sasonow.

*) Das Wort „offen“ ist mit Bleistift hinzugeschrieben.

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Berlin.

Berlin, den 18. September/1. Oktober 1912, Nr. 121.

Der Staatssekretär des Auswärtigen†) betonte heute erneut seine Bereitschaft, jeden Vorschlag zu prüfen, der die Lokalisierung des auf dem Balkan drohenden Konflikts oder, wenn möglich, die Abwendung desselben bezweckt. Er wird die Initiative nicht ergreifen, erwartet eine solche von Rußland und Österreich. Dem Minister mitgeteilt.

Bronevski.

Geheimtelegramm des stellv. Außenministers an den Außenminister. *)

St. Petersburg, den 19. September/2. Oktober 1912, Nr. 2016.

Die Telegramme aus London Nr. 244 und aus Wien Nr. 74 **) erhalten.

Ich komme zu der Überzeugung, daß die Entwicklung der Ereignisse die schnellste Einleitung von wirksamen Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett erfordert, die auf der Grundlage eines konkreten Vorschlages zur Lokalisierung des Krieges und für eine Erklärung an die Kriegführenden über die Unzulässigkeit der Veränderung des territorialen Status quo vor sich zu gehen hätten.

Würden Sie es in Anbetracht dessen, daß die Erreichung einer solchen Verständigung Zeit erfordert, nicht für angebracht halten, unseren Botschafter in Wien und das Ministerium mit entsprechenden Weisungen zu versehen? Ich fürchte, daß ein Aufschub bis zu Ihrer Rückkehr riskant wäre.

Die genaue Klarstellung der österreichischen Haltung wäre für die Richtung unserer weiteren Bemühungen überaus wichtig, und zwar sowohl auf politischem Gebiet wie auch in bezug auf die mit der Sicherung unserer Interessen und der entsprechenden Ausarbeitung marinemilitärischer Maßnahmen zusammenhängenden Fragen.

Aus den vorläufigen Unterlagen geht hervor, daß die Landung von zwei unserer Korps in bulgarischen Häfen bei Sicherstellung ihrer Bewegungsfreiheit zwei Monate erfordern würde.

Neratow.

Geheimtelegramm des Außenministers an den stellv. Außenminister.

Paris, den 21. September/4. Oktober 1912 Nr. 216.

Ich telegraphiere nach Berlin, Wien, London, Rom und Konstantinopel. Nr. 2.

†) von Kiderlen-Wächter, *Die Schriftleitung.*

*) In Paris.

**) Das Telegramm von Giers Nr. 74 fehlt in den Akten.

Text: Die Mächte bringen zur Kenntnis der Balkanstaaten und der Türkei: 1. daß sie entschieden jede Maßnahme verurteilen, die zur Verletzung des Friedens führen kann, 2. daß sie, im Falle zwischen der Pforte und den Balkanstaaten der Krieg trotzdem ausbricht, nach Beendigung desselben keine Veränderung des gegenwärtigen territorialen status quo zulassen werden; daß sie auf Grund des Punktes 23 des Berliner Traktats im Interesse der christlichen Bevölkerung die Verwirklichung der administrativen Reformen in der europäischen Türkei unter der Bedingung auf sich nehmen, daß diese Reformen in keiner Weise die territoriale Integrität des ottomanischen Reiches berühren. Es versteht sich von selbst, daß sich die Mächte durch diese Deklaration nicht des Rechtes berauben, in Zukunft die Reformfrage gemeinsam auszuarbeiten.

Sasonow.

Geheimtelegramm des Geschäftsträgers in Berlin.

Berlin, den 21. September (4. Oktober) 1912 Nr. 126.

Ich habe dem Staatssekretär den Inhalt des ersten Meinungsaustausches Eurer Hohen Exzellenz mit Poincaré mitgeteilt. Er billigt die vorgeschlagene Formel für die Erklärung an die Balkanstaaten unter der Voraussetzung, daß der erste Teil der Formel, der davon handelt, daß „die Mächte eine Verletzung des Friedens nicht zulassen können“, nicht die Verpflichtung involviere, einer solchen Verletzung mit Zwangsmaßnahmen entgegenzutreten; augenscheinlich fürchtet er, daß durch derartige Verpflichtungen das Hauptziel — die Lokalisierung des Konflikts — kompromittiert werden könnte. Seiner Meinung nach kann man der Türkei erklären, daß ihr über die Einführung der Reformen gegebenes Versprechen von den Mächten zur Kenntnis genommen ist und nicht vergessen werden wird, sowie ferner, daß territoriale Erwerbungen im Falle kriegesischer Operationen nicht zugelassen werden. Hinsichtlich der Reformen könnte auch den Balkanstaaten erklärt werden, daß die Mächte ihre Durchführung billigen, und zwar auf Grundlagen, welche die Mächte ausarbeiten werden, nachdem jede Gefahr eines Konflikts beseitigt ist. Hierbei fügte er ergänzend hinzu, daß die sofortige Zusammenstellung des Reformprogramms allzuviel Zeit erfordern würde und außerdem von den Reformen wohl nicht in den phantastischen Ausmaßen gesprochen werden kann, wie das die Balkanstaaten gegenwärtig tun. Wie der Staatssekretär heute nach Wien telegraphiert hat, ist es ihm gleichgültig, ob diese Erklärungen von allen fünf Mächten oder von Rußland und Österreich im allgemeinen Namen abgegeben werden; in Anbetracht der Schnelligkeit gibt er dem letzteren Modus übrigens

einen gewissen Vorzug, da ein Zeitgewinn gegenwärtig wesentlich ist. Die vom Staatssekretär an Cambon erteilte Antwort ist ein wenig kürzer, stimmt im allgemeinen aber mit dem oben Dargelegten überein. Dem Minister mitgeteilt. Bronewski.

Geheimtelegramm des stellvertr. Außenministers an den Außenminister.

St. Petersburg, 22. September (5. Oktober) 1912 Nr. 2062.

Den Botschaftern in Berlin, Wien und Konstantinopel mitgeteilt. Telegramm Nr. 214 erhalten. Beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 1988 und auf das Telegramm von Giers Nr. 765.*)

Aus einem Hinweise Turchan Paschas schließe ich, daß sich die Türkei im Kriegsfall Aktionsfreiheit im Schwarzen Meere vorbehalten will. Daher wird eine in Form eines Wunsches ausgesprochene Erklärung, daß sie sich kriegerischer Operationen im Schwarzen Meer enthalten solle, kaum Erfolg haben.

Der einzige Schutz unserer politischen und wirtschaftlichen Interessen würde nach Beginn des Krieges und ohne vorhergehende Verhandlungen in einer kategorischen Erklärung an die Pforte bestehen, die Unzulässigkeit von Kriegsoperationen im Schwarzen Meere anzuerkennen.

In Anbetracht ihrer Bedeutung könnte eine solche Erklärung nur nach vorhergehender Verständigung Österreichs abgegeben werden, welche unsere gegenseitigen Beziehungen während des bevorstehenden Krieges zu präzisieren hätte.

Rußland und Österreich als Nachbarn der Türkei sind neben der Unverletzlichkeit des territorialen Status quo und der Lokalisierung des Krieges daran interessiert, daß einzelne Gebiete aus dem Rayon der Kriegsoperationen ausscheiden, und zwar Rußland hinsichtlich des Schwarzen Meeres und Österreich hinsichtlich des nördlichen Teiles vom Sandschak Novibazar.

Im Falle das Wiener Kabinett darauf hinweisen sollte, daß die beiden Gebiete ihrer Bedeutung nach einander nicht entsprechen, könnten wir entgegnen, daß auch die in Frage kommenden Interessen einander nicht entsprechen. Indem Rußland die Unverletzlichkeit des territorialen Status quo erklärt, beseitigt es die Mög-

*) Im Telegramm vom 20. 9. 1912 Nr. 214 weist Sasonow auf die Notwendigkeit hin, die Pforte zu bewegen, sich des Gedankens an kriegerische Operationen im Schwarzen Meer zu entschlagen. Im Telegramm vom 18. 9. 1912 Nr. 1988 spricht Neratow von der Notwendigkeit „der Stärkung des unmittelbaren Kontakts“ mit Österreich zur Abschwächung und Lokalisierung der Balkankrisis. Das Telegramm von Giers Nr. 765 fehlt in den Akten.

lichkeit, es egoistischer Absichten zu verdächtigen. Denn durch den Ausschluß des Schwarzen Meeres aus dem Rayon der Kriegsoperationen sichern wir unsere Interessen und die des internationalen Handels überhaupt nur zum Teil, welch letzterer ohne Zweifel infolge der gefährdeten Durchfahrt durch die Meerengen gewaltige Verluste erleiden wird. Demgegenüber besteht das unmittelbare Interesse Österreichs wohl nur in der Absonderung seiner kurzen Landgrenze mit der Türkei vom Rayon der Kriegsoperationen, welcher auf eine gewisse Entfernung weitergerückt wird. Wenn wir die Anerkennung unserer erwähnten Interessen durch Österreich erreichen, so können wir ohne allzu großes Risiko bei Beginn des Krieges der Pforte erklären, daß unsere Interessen die Ausscheidung des Schwarzen Meeres aus dem Kriegsgebiet erfordern.

Je kategorischer der Ton unserer Erklärung gehalten sein wird, um so weniger riskieren wir, daß unsere Forderung von seiten der Türkei nicht erfüllt wird. Um so weniger darf man die Möglichkeit vorhersehen, daß die Türkei sich ablehnend verhalten wird; das wirksamste Argument gegen eine Ablehnung seitens der Türkei würde die ihr bekannte Bereitschaft unserer Flotte sein. Um daher die Verhandlungen mit der Türkei erfolgreich zu gestalten, wäre es das beste, unsere Schiffe in der Nähe der bulgarischen Küste kreuzen zu lassen und gleichzeitig unsere Forderung, nachdem die Kriegsoperationen begonnen haben, vorzubringen.

Im Falle einer vorhergehenden Verständigung mit Österreich würde ein solches aktives Vorgehen von den europäischen Mächten ruhig aufgenommen werden, während die Türkei faktisch wohl kaum riskieren würde, unseren Kriegsschiffen auf dem Meere zu begegnen.

Hinsichtlich der Abgrenzung der Operationssphäre im Adriatischen Meere habe ich die Botschafter in Wien und Rom angewiesen, Ihnen nach Berlin Mitteilung zugehen zu lassen.

Eine Kriegsschuldenquôte der „World Tomorrow“.

Eine der ersten New Yorker Zeitschriften „The World Tomorrow“ widmet ihre Oktobernummer fast ausschließlich der Schuld am Kriege. Die Zeitschrift bietet in diesem Heft einen ausgezeichneten Überblick über den Stand der Kriegsschuldfrage in den Vereinigten Staaten.

Wir bringen nachstehend den Leitartikel im vollen Wortlaut und aus dem übrigen Material einige Auszüge. Alle Aufsätze wiederzugeben — so interessant und nützlich dies auch wäre — erlaubt leider nicht der zur Verfügung stehende Raum.

Die Schriftleitung.

Die Kriegsschuldfrage.

Wer hat den Krieg veranlaßt? Die Antwort auf diese Frage ist von äußerster politischer Bedeutung. Der Vertrag von Versailles ruht auf dem Eckstein der alleinigen Kriegsverantwortlichkeit Deutschlands und seiner Verbündeten und seine Gültigkeit hängt von der Festigkeit seines Unterbaues ab. Durchdachte Folgerungen wissenschaftlicher Forschung scheinen die Säulen des Friedensvertrages zu unterhöhlen. Die aus der Kriegszeit stammende Lehre von der Alleinschuld der Mittelmächte wird von maßgebenden Geschichtsforschern, die das verfügbare Beweismaterial gründlich durchgearbeitet haben, beschleunigt fallen gelassen. Wenn Deutschland aber nicht alleinschuldig ist, auf welcher ethischen Grundlage beruhen dann noch Schadenersatz- oder Wiedergutmachungsforderungen? Warum soll dann noch das deutsche Volk sich unter den von ihm verlangten ungeheueren Jahreszahlungen krümmen? Welche Berechtigung hat der Danziger Korridor, der Ostpreußen von dem übrigen deutschen Vaterlande trennt? Warum sollen Deutschland Kolonien und Mandate versagt bleiben? „In der Tat“, schrieb Poincaré im „Temps“ vom 27. Dezember 1920, „wenn es nicht die Zentralmächte gewesen sind, die den Krieg verursacht haben, warum sollen denn gerade sie verurteilt sein, den Schaden zu bezahlen? Aus einer geteilten Verantwortlichkeit folgt notwendiger- und gerechterweise auch eine Aufteilung der Kosten!“ Ebenso hieß es im „Figaro“: „In der Tat, wenn Deutschland nicht schuldig ist, so ist der Frieden ungerecht. Er ist es selbst dann, wenn die Verantwortlichkeit geteilt ist.“

Man kommt auch nicht um die Frage herum, indem man sagt, die Sache ist erledigt und hat jetzt nur noch akademisches Inter-

esse. Hundert Millionen Menschen empfinden mit Leidenschaft, daß die Verträge auf Falschheit beruhen und werden niemals Ruhe geben, bis ein gründlicher Wandel eingetreten ist. Leidenschaftserfüllte Reden über die Kriegsverantwortlichkeit aus beiden Richtungen über den Rhein geschrieen. Sollen die Ungerechtigkeiten der Friedensbedingungen durch Überredung und Übereinkommen ausgeglichen werden, oder wollen die Sieger solange zögern, bis die Opfer in ihrer Verzweiflung ihre Zuflucht zur Gewalt nehmen? Zu behaupten, daß die Mittelmächte macht- und hilflos sind, hieße eine gefährliche Haltung einnehmen. Politische Konstellationen sind bekanntlich unsicher. Schon zeigen sich scharfe Risse in den Reihen der Alliierten. Die italienische Regierung hat unlängst den Wunsch nach Änderung der Friedensverträge ausgesprochen. Diejenigen, welche Gegner eines gewaltsamen Umsturzes und eines Krieges sind, müssen unbedingt friedliche Mittel und Wege finden, solch unheilbringende Probleme zu lösen. Der Dauerfriede wird in dem Umfange sogar gefährdet, daß die Regelung der politischen Verhältnisse in Europa auf Falschheit und Ungerechtigkeit beruht. Das Williamstown Institut wurde vor einigen Wochen durch die Vorhersage, daß ein neuer Krieg in der Zeit zwischen 1935 und 1940 ausbrechen würde, in Unruhe versetzt. Wenn wir diese Prognose auch für nicht allzu ernst zu nehmenden Pessimismus halten, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Spannung heute in Europa bei weitem schärfer ist als man auf dieser Seite des Ozeans im allgemeinen annimmt.

Ein neuerer deutscher Schriftsteller¹⁾ hat sich dahin geäußert: „Will man Revolutionen oder Kriege in Zukunft vermeiden, gibt es nur ein Mittel, auf friedlichem Wege eine Neuordnung der unhaltbaren und ungerechten Verhältnisse herbeizuführen. Wird dies Mittel nicht rechtzeitig ergriffen, so werden die Dinge eines Tages von selbst explodieren. Es ist heute so, als ob man die Explosion dadurch verhindern will, daß man den überheizten europäischen Kessel dauernd mit Drähten umspannt, anstatt die Ventile zu öffnen. Die Drähte sind die Nachkriegsverträge und die Ventile bedeuten eine Revision der Friedensdiktate.“ Die Friedensverträge werden schließlich doch einmal gründlich geändert — durch welche Mittel? Sie werden niemals in friedlicher Weise geändert werden, es sei denn unter dem ständigen Druck einer scharf aufpassenden und aufgeklärten öffentlichen Meinung. Die Bildung und Lenkung dieser öffentlichen Meinung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung. Europäer werfen den

¹⁾ Alfred von Wegerer: „A refutation of the Versailles War Guilt Thesis.“ S. IX. Alfred Knopf, New York 1930. Die Schriftleitung.

amerikanischen Friedensbestrebungen häufig Sentimentalität und Neigung vor, die schmutzige Wirklichkeit zu übersehen. Es hieße das Unheil fördern, wenn wir unsere Köpfe in den Sand der Nachlässigkeit und Feindlichkeit stecken wollten.

Ferner aber hängt die Verhütung eines nochmaligen großen Krieges in beträchtlichem Umfange von der klaren Erkenntnis der Ursachen des letzten Weltenbrandes ab. Solange wir der Sündenbock-Theorie anhängen und versuchen, den Krieg damit zu erklären, daß wir die Schuld auf „die Kaiser- und die Potsdamer Clique“ schieben, wird es uns nicht gelingen, die erforderlichen Änderungen in den internationalen Einstellungen und Praktiken zu bewirken. Das ganze Programm der Heeres- und Marinebereitschaft geht von der Annahme aus, daß wir in der Gefahr eines Angriffs einer „tollwütigen Nation“ schweben. Nicht eher gelangen wir zu einer Annahme der Maßnahmen, die allein uns Sicherheit bieten, bis wir erkennen, daß unsere Gefährdung vielmehr auf ein System, als etwa auf die verruchten Pläne irgendeiner Nation zurückzuführen ist.

Aus diesen Gründen erscheint es von Bedeutung, die augenblickliche Stimmung in den Vereinigten Staaten von Amerika hinsichtlich der Frage der Kriegsverantwortung näher kennen zu lernen. Die Überschrift unseres Leitaufsatzes in dieser Nummer gibt seinen Zweck an: „Äußerungen zur Kriegsschuldfrage“ mit dem Ton auf „Äußerungen“ (i. S. von „Stichproben“). In diesem Artikel wird nicht versucht, irgend etwas zu beweisen. Er sucht lediglich die Einstellung derjenigen Personen wiederzugeben, die den Fragebogen beantwortet haben. Wir versuchten Antworten zu bekommen von Männern und Frauen verschiedener Berufe, und zwar aus dem Bestreben heraus festzustellen, wie weit die Ergebnisse geschichtlicher Forschung unter den Führern der öffentlichen Meinung allgemein bekannt geworden sind.²⁾ Wir sind niemals auf den Gedanken gekommen, uns einzubilden, daß diese verschiedenartigen Antworten ein wissenschaftliches Gutachten darstellten, wie es scheinbar bei einigen unserer Freunde, die an unserem Meinungsaustausch teilgenommen haben, der Fall gewesen ist. Die Schlußsätze des Artikels heben auch gewisse Grenzen des Fragebogens-Verfahrens hervor. Der Hauptzweck der Zusammenstellung der Antworten und der beigefügten Meinungsäußerungen ist, die Anregung zu einer mehr auf intellektueller Grundlage

²⁾ Vgl. auch Alfred von Wegerer: „Das Ausland urteilt!“ Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener, Japaner, Russen, Neutrale gegen das Versailler Urteil. Verlag Georg Stilke, Berlin 1929. Die Schriftleitung.

beruhenden Erörterung dieses außerordentlich schwierigen Problems zu geben.“

Eine Zusammenfassung von 429 Urteilen.

„Die Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten wird nur von 48 Personen unter den 429 Führern der öffentlichen Meinung, die auf meinen Fragebogen, den ich an etwa 1200 Männer und Frauen verschiedener Berufe verschickt habe, behauptet.

Weniger als die Hälfte der Antworten lautete dahin, daß Deutschland hinsichtlich der Verursachung des Weltkrieges mehr Schuld habe als irgendeine andere Macht.

Als in erster Linie verantwortlich wird bezeichnet: Österreich von 90 Personen, Rußland von 39, Frankreich von 15, Serbien von 15, Großbritannien von 2 und Rom (nicht Italien) von 1 Person.

Von einer Gruppe von 100 Geschichtsprofessoren vertreten nur noch drei die Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten; 32 glauben, daß Deutschland mehr Schuld habe als irgendeine andere der kriegführenden Mächte; 42 sind für Streichung der Kriegsschulden, und 65 sind der Ansicht, daß der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg eine vernünftige Handlung war. Die Namen dieser hundert Geschichtsprofessoren sind nachstehend aufgeführt, aber ohne die Namen der Verfasser der Antworten mitzuteilen.

Die 429 Männer und Frauen, welche Antworten schickten, sind Vertreter folgender Berufe: 215 Professoren, 37 Schulleiter, 58 Redakteure, 71 Wohlfahrtspfleger, Geistliche usw., 13 Arbeiterführer, 22 Rechtsanwälte und Geschäftsleute, 13 Offiziere des Heeres und der Marine. Die Anzahl der Vertreter der letztgenannten Gruppen ist unzureichend, weil nur ein kleiner Prozentsatz von Leuten, deren Ansichten wir gern gehört hätten, sich bewogen fühlte, zu antworten. Fragebogen wurden versandt an 87 Arbeiterführer, 137 Bankiers und Finanzleute, 103 Rechtsanwälte und 98 Offiziere von Heer und Marine.“

Ein Urteil von 100 Professoren.

„Glauben Sie, daß Deutschland und seine Verbündeten allein für die Ursachen des Weltkrieges verantwortlich sind?“

Ja: 3; Nein: 95; Unentschieden, 1; keine Antwort: 1.

„Glauben Sie, daß Deutschland für die Ursache des Weltkrieges mehr verantwortlich ist als irgend eine andere Macht?“

Ja: 32; Nein: 56; Unentschiedene: 11; keine Antwort: 1.

„Sind Sie für allgemeine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen?“

Ja: 42; Nein: 43; Unentschiedene: 15.

„Sind Sie auf Grund des zur Zeit vorliegenden Beweismaterials der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten verständig handelten, als sie in den Krieg gegen Deutschland eintraten?“

Ja: 65; Nein: 14; Unentschiedene: 21.“

Reihenfolge der Verantwortlichkeit.

„Viele von denen, die geantwortet haben, empfanden es als unzweckmäßig, eine Abstufung der Mächte in Reihenfolge ihrer Kriegsverantwortlichkeit vorzunehmen. „Das wäre ein törichtes Beginnen!“ ruft ein Schriftsteller aus, während ein Lehrer (Studienrat) schreibt: „Das kommt mir ebenso müßig vor, als wenn ich irgend eine turnerische Übung machen würde.“ Ein Geistlicher sagt: „Ich habe die Dezimalstellen nicht ausgerechnet.“ Eine ganze Anzahl von Antworten dagegen ordnet die Mächte in Reihenfolge ihrer Verantwortlichkeit. Eine Gesamtzahl von 299 meint, daß Deutschland mehr Schuld als irgendeine andere Nation habe. An erster Stelle wird Österreich von 90 Personen, Rußland von 39, Frankreich von 15, Großbritannien von 2 und Rom von 1 Person genannt.

An zweiter Stelle kam Rußland mit 64, Österreich mit 58, Deutschland mit 44, Frankreich mit 28, Serbien mit 14, Großbritannien mit 8 Stimmen.

An dritter Stelle: Rußland 68, Frankreich 49, Deutschland 33, Großbritannien 10, Serbien 8 und Belgien 9 Stimmen.

An vierter Stelle: Frankreich 57, Großbritannien 26, Deutschland 24, Rußland 12, Österreich 8, Serbien 6, Italien 2, Japan 2 Stimmen. Großbritannien erhielt 46 Stimmen an fünfter Stelle und 24 an fünfter und letzter Stelle. Splitterstimmen für andere Mächte sind in diesen Positionen mit enthalten.“

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

Paris Papers backs Pact Revision Move.

„The New York Times“, 27. September 1930.

Die „New York Times“ veröffentlicht die wesentlichsten Partien des unter dem Abschnitt „Frankreich“ dieses Monatsberichtes wiedergegebenen Aufsatzes von Charpentier in der Pariser „Volonté“. Dem Korrespondenten der „Times“ ist nur ein Irrtum unterlaufen: er behauptet, daß der von Charpentier erwähnte Satz Poincarés über die Priorität der russischen Mobilmachung sich in dem Memoirenwerk Poincarés befinde. Das ist ein Irrtum. Er steht in der Diskussion Poincaré—Gerin auf S. 153.

Poincaré confirms Quotation on War.

„The New York Times“, 28. September 1930.

Poincaré hat dem Pariser Korrespondenten der „New York Times“ von seinem Landsitz in Sampigny aus folgende Erklärung zu dem Aufsatz der „Volonté“ zugehen lassen:

„Es ist richtig, daß ich in meinem, im vergangenen Mai bei Payot erschienenen Buch über die Kriegsverantwortlichkeit, entgegen unserer bisherigen Auffassung in Frankreich, erklärt habe, daß die russische Mobilmachung nicht später als die österreichische erfolgte; wie Sie aber aus dem gleichen Werke ersehen können, habe ich deutlich nachgewiesen, daß das mit der Verantwortlichkeit von Deutschland und Österreich nichts zu tun hat.“

Dazu bemerkt die „New York Times“: „Wir dürfen jedenfalls bestimmt annehmen, daß der ehemalige Ministerpräsident in seinem nächsten Buch, das sich mit der Kriegsverantwortlichkeit beschäftigt, sehr viel näher auf die Darstellung des historischen Irrtums hinsichtlich der Priorität der österreichischen Mobilmachung eingehen wird sowie auf die Auswirkung dieses Irrtums auf die ganze Frage der Kriegsschuld, so, wie viele Geschichtsforscher dies erkannt haben.“

War Guilt Again.

„The Cleveland Press“, 2. Oktober 1930.

Zu den vorstehend zitierten Angaben Poincarés über die Ausführungen der „Volonté“ schreibt die „Cleveland Press“:

„Wenn Frankreich zugibt, und wenn es jemals zuläßt, daß seine eigenen Handlungen zu dem Verbrechen von 1914 beigetragen

haben, muß das ganze Reparationsproblem zusammenbrechen und müssen auch die territorialen Wiederherstellungen gemacht werden. Frankreich kann nicht die Reparationen nach dem Young-Plan und allein territoriale Tribute als Siegespreis fordern; es kann das nicht tun und gleichzeitig den Krieg vermeiden. Der europäische status quo ruht auf der alleinigen Schuld der Mittelmächte am Kriege.“

Sees Germany „The European Mooney Case“. Von Harry Elmer Barnes. „New York Telegram“, 27. September 1930.

In dem vorstehenden Aufsatz schreibt Barnes:

„Kein wohlunterrichteter und halbwegs intelligenter Mensch kann heute noch die Ansicht vertreten, Deutschland trüge einzig und allein die Verantwortung für den Weltkrieg. Ja, es kann nicht einmal mit Bestimmtheit behauptet werden, daß es in erster Linie schuldig ist.

Ist Deutschland nicht schuldig, so ist die angebliche Strafe für seine Schuld sinnlos. Man könnte Deutschland eigentlich als den europäischen „Mooney Fall“ *) bezeichnen. Es ist ungefähr ebenso lang und in ebenso ungerechter Weise bestraft worden. Kein internationales System kann auf einer offenkundigen Lüge weiterbestehen. Es ist höchste Zeit, daß die Welt die Entstellungen und Beschuldigungen beseitigt, welche 1918 vielleicht unvermeidlich waren und die europäische Lage durch Wahrheit und Gerechtigkeit regelt.“

A Diplomatist of the Old School as Seen by His Son. Von Friedrich Rosen. „The New York Times“, 14. September 1930.

In einer kritischen Würdigung des Buches von Harald Nicolson über dessen Vater Sir Arthur Nicolson (Lord Carnock) schreibt der frühere deutsche Außenminister Rosen:

„Ein Hauptvorzug des Werkes H. Nicolsons ist das gründliche Wissen um die geschichtlichen Tatsachen. Dadurch wird es dem Leser ermöglicht, bei jeder neuen Wendung der Erzählung einen klaren Umriß der politischen Lage zu erhalten. Es wird dem Leser die Situation verständlich gemacht, ohne daß er gezwungen ist, andere Geschichtswerke zu Hilfe zu nehmen.

Dieser Vorzug, so bedeutend er auch sein mag, läßt sich aber nicht mit demjenigen der Offenheit und Objektivität vergleichen, womit der Verfasser Fragen heikler Natur behandelt. Fragen, die die persönlichen Gefühle mancher noch lebenden Staatsmänner

*) *Mooney ist ein Kanadier, der nach Ansicht der amerikanischen öffentlichen Meinung einem Justizmord zum Opfer gefallen ist. Die Schriftleitung.*

berühren können und die einigen vielleicht sehr unangenehm wären, die es lieber sehen würden, wenn der Schleier noch nicht gelüftet würde. Harold Nicolson gibt ganz offen die Schande und Dummheit des südafrikanischen Krieges zu und auch die zweideutige Haltung der englischen Staatsmänner in ihren Verhandlungen mit Deutschland. Er ist, soviel ich weiß, der erste englische Schriftsteller, der offen über das Doppelspiel der britischen Regierung spricht gelegentlich der Unterzeichnung eines geheimen Übereinkommens im August (nicht Oktober) 1898, welches die mögliche Teilung der portugiesischen Kolonien vorsieht, und über die Unterzeichnung eines Geheimvertrages mit Portugal im Jahre 1899, worin es Portugal tatsächlich gegen die Aktionen des englisch-deutschen Vertrages in Schutz zu nehmen verspricht. Er fügt hinzu: Die Deutschen erfuhren von dem zweiten Vertrag und betrachteten ihn als eine beispiellose Perfidie. Holstein vor allem war außer sich. „Mit diesen Leuten“, bemerkte er einem seiner Sekretäre gegenüber, „kann man keine Verträge schließen.“ H. Nicolson beruft sich darauf, diese Information von mir erhalten zu haben. Sie stimmt auch tatsächlich, es war aber nicht der sogenannte Windsor-Vertrag selbst, der die deutsche Regierung so entrüstete, sondern die Reden, welche in Lissabon gehalten wurden und die sich auf die englisch-portugiesische Allianz bezogen. Die Tatsache, daß der Vertrag, auf Grund dessen Großbritannien Portugal alle seine Besitzungen garantierte, im Jahre 1899 zustande kam, wurde von dem Verfasser dieses Artikels entdeckt, als er im Herbst des Jahres 1913 deutscher Gesandter in Portugal war. H. Nicolson ist sich des Doppelspiels Deutschland gegenüber wohl bewußt und ebenso über die spätere Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen.“

*

DEUTSCHLAND

Das Bismarckbild der Gegenwart. Von Maximilian von Hagen.

Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung 1930, Heft 6.

In Ergänzung und Erweiterung seiner Schrift: „Das Bismarckbild in der Literatur der Gegenwart“ untersucht Hagen an Hand der neuen Materialien, wie sich das Bismarckbild der Gegenwart darstellt. Nach seiner Ansicht hat das Erscheinen der Großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes jeder unhistorisch-posthumen Kritik einen Riegel vorgeschoben und für das Gebiet der Bismarckschen Außenpolitik seit 1871 authentisches Material und feste Maßstäbe geliefert. Vielleicht erschien die Wirkung dieser Bismarckakten im Inland nicht so einheitlich wie im Ausland, „das

durch sie nur wenige Jahre nach dem Versailler Schuldspruch über das von der Kriegspropaganda verbreitete Zerrbild Bismarcks endgültig eines Besseren belehrt worden ist“. Zum Beweis führt Hagen die Werke von Fay, Japikse und dem Professor in Zürich Werner Naef an.

Bismarck und die Skobelew-Episode. Von Hans Herzfeld.

„Historische Zeitschrift“, Band 142, Heft 2 (1930).

Herzfeld schildert die Belastungsprobe, die Bismarcks Politik Rußland gegenüber durch das chauvinistische Auftreten des panslawistischen Generals Skobelew in Paris im Jahre 1882 erfuhr, und zeigt, wie Bismarcks Zurückhaltung, an der er im Gegensatz zu den Wünschen Kaiser Wilhelms I. und des österreichischen Außenministers Kalnóky unbeirrt festhielt, schließlich dazu beitrug, eine „gewisse Reinigung der Atmosphäre“ herbeizuführen.

Hat Fürst Bülow den Windsor-Vertrag gekannt?

„Berliner Tageblatt“, 9. Oktober 1930, Nr. 476.

In dem ersten Band seiner Memoiren sagt Fürst Bülow, einer der Gründe, die ihn zum Mißtrauen gegenüber dem Bündnisangebot Chamberlains bewogen hätten, sei der sogenannte Windsor-Vertrag gewesen. Durch diesen Vertrag garantierte England Portugal die Integrität seiner Kolonien, während es mit Deutschland eine eventuelle spätere Aufteilung der portugiesischen Kolonien vereinbarte. Hat Fürst Bülow bereits um die Jahrhundertwende den Windsor-Vertrag gekannt? Theodor Wolff hatte in seiner Kritik der Bülow-Memoiren im „Berliner Tageblatt“ vom 2. Oktober diese Frage verneint und gesagt, daß der Vertrag erst sehr viel später durch den Gesandten Friedrich Rosen in Berlin bekanntgeworden ist.

Rosen bestätigt diese Behauptung in dem nachfolgenden Brief, den er an Theodor Wolff gesandt hat:

„In Ihrem Artikel über Fürst Bülows Denkwürdigkeiten im „B. T.“ vom 2. Oktober sprechen Sie Zweifel daran aus, ob Fürst Bülow tatsächlich zu der Zeit der englischen Bündnisverhandlungen um die Jahrhundertwende den sogenannten Windsor-Vertrag gekannt hat, in welchem die englische Regierung Portugal den Besitz derselben Kolonien garantierte, über deren Teilung in Interessensphären sie im Jahre zuvor einen Vertrag mit Deutschland abgeschlossen hatte. Ich kann Ihre Ansicht nur bestätigen, ebenso die, daß der sogenannte Windsor-Vertrag erst viel später durch meine Berichterstattung der Deutschen Regierung bekanntgeworden ist.

Der deutsch-englische Vertrag über die portugiesischen Kolonien datiert vom 31. August 1898. Der englisch-portugiesische Vertrag, der in der Form der Erneuerung alter Bündnisverträge vom Jahre 1642 und

1661 zwischen den beiden Staaten geschlossen wurde, ist am 14. Oktober 1899 unterzeichnet worden. Nicht allein hat die englische Regierung hierüber dem deutschen Vertragspartner damals keine Mitteilung gemacht, sondern sie ist auch so weit gegangen, die Existenz eines solchen Vertrages in Abrede zu stellen. Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeld, hat dies ausdrücklich berichtet (vgl. Große Aktenpublikation Bd. 37, I, S. 84). Dagegen sind im Dezember 1900 Ereignisse eingetreten, welche die Deutsche Regierung an der Vertragstreue der Britischen Regierung irre machen mußten und zu einer Anfrage in London führten. Dies wurde englischerseits in einer Weise beantwortet, die vielleicht keine nachweisbare Unwahrheit, darum aber nicht minder irreführend war. Die Erinnerung an diese unerfreulichen Vorfälle ist tatsächlich zu einem erheblichen Teil für das Mißtrauen verantwortlich, das Holstein bei seinen späteren Verhandlungen mit England beherrschte.

Diese ganze Frage ist aber so kompliziert, daß sie nicht wohl in dieser kurzen Zeitungsnotiz klargelegt werden kann. Bei ihrer großen Wichtigkeit für die Beurteilung einer deutsch-englischen Verständigung in den Jahren vor und nach der Jahrhundertwende habe ich mich entschlossen, sie in meinen politischen Erinnerungen eingehend zu besprechen.

Meine dienstliche Tätigkeit in Portugal begann im Sommer 1912. Mein Bericht über den Windsor-Vertrag ist vom 23. Oktober 1913 datiert. Er ist abgedruckt in der Großen Deutschen Aktenpublikation Band 37, I., Seite 83.

Aus dieser Aktensammlung ist zu ersehen, daß ich trotz des von mir aufgedeckten Widerspruches in der englischen Kolonialpolitik an der Einigung mit dem britischen Reich mit Bezug auf Mittelafrika und Mesopotamien unentwegt festgehalten habe. Ich kann hinzufügen, daß ich auch jetzt noch der Ansicht bin, daß wir nicht in der Lage waren, irgendwelche englischen Angebote einer Verständigung oder eines Bündnisses zurückzuweisen oder dilatorisch zu behandeln. Friedrich Rosen.“

Kaiser und Kanzler. Das Kaiser-Interview im „Daily Telegraph“ vom 8. Oktober 1908 und Fürst Bülow.

Deutscher Offizierbund, 15. September 1930.

Der Verfasser (unter dem Pseudonym „Cincinnatus“) gibt eine eingehende Darstellung der „Daily-Telegraph“-Affäre unter Benutzung des amtlichen Dokumentenmaterials und des Aufsatzes von Viscount Burnham im „Daily Telegraph“ vom 7. Juli 1930. Der Verfasser wendet sich sehr scharf gegen Bülow und wirft die Frage auf, ob Bülow das Interview nicht vielleicht doch gelesen hat.

Die historische Rheinpolitik der Franzosen. Von Prof. Dr. Georg Küntzel. „Rheinischer Beobachter“, Septemberheft 1930.

Die von Prof. Küntzel bei der Rhein- und Saargebiet am 10. August 1930 im Reichstag gehaltene Rede wird hier im Wortlaut wiedergegeben. Küntzel bringt hierbei zum Ausdruck, „daß heutigen Tages nach Eröffnung der deutschen, russischen, englischen und österreichischen Archive kein Unparteiischer mehr

ernsthaft die Kriegsschuldanklage des Artikels 231 des Versailler Friedens wiederholen könnte.“

Geschichtliche Einkreisungen. Von Richard Fester.

„Deutsche Rundschau“, Oktober 1930.

Der frühere Hallenser Universitätsprofessor Richard Fester, der unter anderem im Aprilheft 1928 einen sehr interessanten Aufsatz in der „Deutschen Rundschau“ über „Verantwortlichkeiten von der Paulskirche zum Weltkrieg“ verfaßt hat, beginnt in der „Deutschen Rundschau“ eine neue Aufsatzreihe „Geschichtliche Einkreisungen“. Im Oktoberheft behandelt Fester zunächst die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges. Wir kommen auf die Aufsätze, sobald sie vollständig vorliegen, zurück.

„Die Wandlung des operativen Gedankens in Rußland von 1908 bis 1912.“ Von Gunther Frantz.

„Deutscher Offizier-Bund“, Berlin, 5. Oktober 1930, Nr. 28.

Der über die militärischen Verhältnisse der Vorkriegszeit besonders unterrichtete Verfasser stellt in einem sehr übersichtlich gehaltenen Aufsatz die Wandlungen des operativen Gedankens in Rußland von 1908 bis 1912 dar. Den Aufmarsch von 1908 bezeichnet der Verfasser als defensiv. Nach dem Aufmarschplan zog sich die russische Hauptmacht von den Grenzen zurück, und die Russen begaben sich jeder Initiative. Auch der Aufmarschplan von 1910 trug noch defensiven Charakter. Die Massierung einer Hauptgruppe um Bialystok—Brest fiel fort, und das Schwergewicht wurde ausgesprochen nördlich des Sumpfgebietes verlegt. Im Mai 1912 ist die russische Heeresleitung zu einem Offensiv-Aufmarsch und Operationsplan übergegangen. Die Frage, ob die russische Armee hierfür schon reif war, ist nach Ansicht des Verfassers zu verneinen. Die Gründe, die den Kriegsminister Suchomlinow veranlaßt haben, die Verantwortung für diesen Plan zu übernehmen, werden wohl immer ungeklärt bleiben. Nach Auffassung von Gunther Frantz hat die gespannte politische Lage mitgesprochen, und der Kriegsminister selbst sei wohl nicht die treibende Kraft gewesen.

Italiens Abkehr vom Dreibund 1901—1903. Von Maximilian Claar.

Italiens Rückversicherung 1902 ein Vertragsbruch? Von Italicus.

Europäische Gespräche, August—September 1930.

Die „Europäischen Gespräche“ bringen in ihrem Doppelheft 8/9 zwei interessante Untersuchungen, die sich mit dem um die Jahrhundertwende vollzogenen Kurswechsel der italienischen Außen-

politik nach der Ententesseite, speziell nach Frankreich hin, beschäftigen. Maximilian Claar, von 1897—1915 teils Pressechef der österreich-ungarischen Botschaft, teils Auslandsredakteur des „Popolo romano“ und Vertreter von deutschen und österreichischen Zeitungen, untersucht aus eigenen, ihm aus dieser Zeit zu Gebote stehenden Quellen die Gründe für „die Abkehr Italiens vom Dreibund und das Kabinett Zanardelli-Prinetti 1901—1903“. Claar zieht bei seiner Untersuchung die entscheidende Rolle hervor, die die italienische Innenpolitik auf die Gestaltung der Außenpolitik gespielt hat. So war die erste Annäherung an Frankreich nach dem Sturz Crispis, die 1896—1898 das Kabinett Rudini vollzog, in erster Linie der Preis, den der Ministerpräsident der dreibundfeindlichen Linken dafür zahlen mußte, daß sie ihm gegenüber der Partei Crispis zu einer Mehrheit verhalf. Wenn es damals Rudini und seinem Nachfolger Pelloux (1898—1900) noch nicht gelang, das Steuer der italienischen Außenpolitik völlig herumzuwerfen, so lag dies einmal wieder an innerpolitischen Kämpfen, die das Kabinett nicht zur Ruhe kommen ließen, sodann aber namentlich in der festen Haltung des dreibundfreundlichen Königs Humbert. Der Königs-mord in Monza im Juli 1900 brachte den Umschwung in der Nachfolge des Königs Viktor Emanuel, der — wieder aus innerpolitischen Erwägungen — die Führer der Opposition zur Regierung berief: Zanardelli, Giolitti und Prinetti. Während Giolitti als Innenminister sich zurückhielt, um seine Zeit abzuwarten —, sie kam bekanntlich von 1903 bis 1914 in einer zehnjährigen Parlamentsdiktatur —, eröffneten der König, Zanardelli — ein geschworener Feind des Dreibundes und namentlich der Donaumonarchie — sowie Prinetti nunmehr ihre Politik der Annäherung an Frankreich. Um den Willen zu stärkerer Unabhängigkeit vom Dreibunde zu dokumentieren, machte zunächst Viktor Emanuel seinen ersten Besuch nicht in Wien oder in Berlin, sondern in Petersburg. Gleichzeitig begann Prinetti jene Verhandlungen mit dem französischen Botschafter Barrère, die ein Jahr später schon zu den entscheidenden Abmachungen vom 1. November 1902 führten, die bereits den Keim der italienischen Neutralität vom 3. August 1914 enthielten. Auch hierbei spielten — neben den persönlichen Motiven des Königs und seiner beiden Minister — innerpolitische Gründe mit hinein. Das Kabinett hatte keine feste Mehrheit, und es genügte, daß bei irgendeiner Gelegenheit eine beliebige Gruppe zur Opposition überging, um die Regierung in die Minderheit zu setzen. Die Politik Prinettis fand nun aber den begeisterten Beifall der äußersten Linken, sei es, weil sie dreibundfeindlich war, sei es, weil sie sich gegen die Politik Crispis richtete.

Prinetti hatte aber im Gegensatz zu Zanardelli, der seinem Haß gegen die Donaumonarchie am liebsten durch Provokationen und Demonstrationen gerne freien Lauf gelassen hätte, immerhin noch ein Gefühl der Loyalität. Im Januar 1903 aber machte ein Schlaganfall seiner Tätigkeit ein Ende. Und als im Juni 1903 auch noch Giolitti zurücktrat, hatte Zanardelli freie Hand. Es begann jene Reihe von Demonstrationen aller Art gegen Österreich-Ungarn, die im September 1903 in den sogenannten Königsmanövern von Udine gipfelten, wo mit voller Zustimmung der italienischen Regierung dem König Deputationen aus Triest und Istrien vorgeführt wurden, die erklärten, gekommen zu sein, um „ihrem“ König zu huldigen, während der Pöbel auf der Straße sich in gröblichen Beschimpfungen Kaiser Franz Josephs ergehen konnte.

Erst als im November 1903 Giolitti sein neues Kabinett bildete, trat in den Beziehungen zu den Verbündeten wieder Ruhe ein, wenn allerdings auch weder er noch sein Außenminister Tittoni an den dreibundfeindlichen Abmachungen mit Frankreich etwas änderten.

Von rein juristischen Gedankengängen geht die zweite Untersuchung aus: „Italiens Rückversicherung 1902, ein Vertragsbruch?“ Der ungenannte Verfasser „Italicus“ hat 1928 bereits eine größere Arbeit veröffentlicht: „Italiens Dreibund 1870—1890“, und hierbei den Versuch unternommen, den ersten Abschnitt dieser Periode der italienischen Vorkriegsgeschichte zu klären.

Vorstehend handelt es sich nun um das Neutralitätsabkommen vom 1. November 1902 und um die Frage, ob es mit den Verpflichtungen Italiens aus den Dreibundverträgen vereinbar war, Darlegungen und Untersuchungen einer Reihe von praktischen Fällen, in denen Italien auf Grund des Dreibundvertrages zum Eingreifen gegen Frankreich verpflichtet war, so, wie die Gegenüberstellung dieser Verpflichtungen mit denjenigen des Abkommens ergeben, daß tatsächlich zwischen beiden Abmachungen unlösbare Widersprüche bestanden. Die ganze Bedeutung, die Frankreich den Abmachungen von 1902 gab, lautete eben dahin, daß Italien in keinem irgendwie gearteten Falle gegen Frankreich zu Felde ziehen sollte. Es war daher vollkommen von der Stimmung und der Persönlichkeit der jeweiligen italienischen Politiker (ebenso von den Erfolgsaussichten) abhängig, welche von den sich widersprechenden Abmachungen Geltung haben sollte.

Die Illoyalität der 1902 vom Kabinett Zanardelli-Prinetti inaugurierten Politik ist übrigens von deren Nachfolgern wie Giolitti, Luzzatti und Tittoni zugegeben worden; rückgängig gemacht wurde sie jedoch von diesen nicht.

Italicus kommt daher zu dem Schluß, daß die Abmachungen von 1902 in verschiedenen Punkten mit den früheren und zugleich bestehenden Verpflichtungen Italiens nicht in Einklang zu bringen waren. Die italienische Rückversicherung von 1902 war dem Worte und dem Sinne nach ein Bruch des Dreibundvertrages.

Wiener Kongresse.

„Germania“, 28. September 1930, Nr. 452.

Auf der Wiener Tagung der deutschen Historiker hielt der Rektor der Wiener Universität, Professor Dr. Uebersberger, einen Vortrag über die Entstehungsgeschichte und die Bedeutung der österreichischen Aktenpublikation. Die „Germania“ faßt ihren Eindruck über diesen Vortrag in den Worten zusammen: „Wer je erlebt hat, welche ungeheure Rolle der Begriff der Kriegsschuld noch heute in allen aktuellen politischen Auseinandersetzungen, vor allem in der Meinung der breiten Masse in allen Völkern spielt, der erkannte bei dieser Tagung jäh die Geschichte nicht nur als ein Gebiet der Wissenschaft, sondern als eine, wenn auch nur dem Wissenden offenbare, so doch unwiderstehlich wirkende politische Kraft, die Vergangenheitsforscher aber als Träger einer Gegenwarts macht, der kein moderner Staatsmann je entraten könnte.“

★

FRANKREICH.

Revision des traités ou guerre des gaz. Par Armand Charpentier.

La Volonté, 25. September 1930.

Charpentier, der Herausgeber der „Evolution“ führt in seinem Aufsatz aus, daß die sich immer gebieterischer stellende Frage die der Revision der Friedensverträge sei. Die in der Stunde zitternden Hasses geborenen Verträge müßten abgelöst werden durch einen Frieden der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Wahrheit. Nach einem Vergleich mit der Affäre Dreyfus sagt Charpentier, die Frage sei, ob die Verträge auf legalem Wege revidiert werden könnten und müßten. Er bejaht diese Frage, denn es gebe zugunsten der Revision eine alte und eine neue Tatsache. Die alte beruhe auf dem illegalen Charakter der Verträge, die den Besiegten aufgezwungen worden seien, die neue Tatsache bestehe in einem sehr bedeutsamen Zugeständnis in der Schuldfrage, das Poincaré in seiner Diskussion mit René Gerin loyalerweise gemacht habe. Poincaré habe geschrieben:

„Die österreichische Mobilmachung ist also nicht der russischen Mobilmachung vorausgegangen . . .

In Paris waren der Außenminister und seine Mitarbeiter 1914 in gutem Glauben der Ansicht, daß die österreichische Mobilmachung der russischen vorausgegangen sei.“

Nach diesem Zugeständnis Poincarés, sagt Charpentier, könne der Artikel 231 des Versailler Vertrages nicht mehr aufrechterhalten werden. Man könne also nicht nur sagen, daß die Revision der Verträge möglich sei, sondern, daß sie sich direkt im vitalen Interesse der Völker aufdränge.

Heute gebe es für die Völker nicht mehr die Frage: Krieg oder Frieden, sondern nur: Leben oder Tod. Der Krieg von morgen werde der Gaskrieg sein, der sich nicht auf die Armeen beschränke, sondern die Völker selbst vernichten werde. Wenn die Massen wüßten, daß ein neuer Krieg für sie unweigerlich den Tod bedeuten würde, so würden sie keinen Augenblick zaudern und einen dauernden Frieden fordern durch die Revision der Friedensverträge.

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

D'Abernon, Viscount: „Ein Botschafter der Zeitwende.“ Paul List, Verlag, Leipzig 1930, 3 Bände.

Viscount d'Abernon, der von 1920—1926 britischer Botschafter in Berlin war, hat aus seinen Tagebüchern wertvolle Aufzeichnungen veröffentlicht, die auch auf die politische Behandlung der Kriegsschuldfrage in den letzten Jahren interessante Schlaglichter werfen. Aus Unterredungen, die der Botschafter in Berlin mit führenden deutschen Staatsmännern und Diplomaten der Vorkriegszeit gehabt hat, treten gleichfalls einige neue Momente hervor, die für die Beurteilung der Julikrise 1914 nicht ohne Interesse sind.

D'Abernon selbst sieht die Hauptmängel des Versailler Vertrages darin, daß der Vertrag Deutschland aufgezwungen worden ist. „Die Verpflichtungen, die Deutschland unter dem Druck der Notlage übernahm, wurden von der deutschen öffentlichen Meinung nicht als bindend empfunden.

Zweitens ist die deutsche Verpflichtung der Wiedergutmachung auf die Behauptung gestützt worden, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei. Die Alleinschuld Deutschlands am Kriege wird von allen maßgebenden deutschen Stellen mit Recht oder Unrecht bestritten, und da diese Behauptung sich durch eine unparteiische Entscheidung oder eine überzeugende Feststellung nicht beweisen läßt, ist sie zu einer gefährlichen Basis für eine vertragliche Verpflichtung geworden.“ (I, S. 36.)

D'Abernon hat einmal versucht, ein Urteil auf Grund der deutschen und österreichischen Akten zu fällen. Er kam dabei zu folgendem Ergebnis:

„Erstens, daß ein gewaltiger Teil der Schuld den österreichischen Generalstab und insbesondere Conrad von Hötzendorf trifft, und zweitens, daß der Größenwahnsinn des Kaisers, seine feindselige Einstellung gegen England, die ursprünglich auf den Haß gegen den König Eduard zurückging (Zedlitz berichtet, daß er ihn nur immer „der Satan“ nannte), sein eigensinniges Festhalten an der deutschen Flottenpolitik, seine Abhängigkeit von dem technisch sehr tüchtigen, aber politisch vollkommen blinden Tirpitz so belastende Momente waren, daß sie eine vollkommene Freisprechung Deutschlands von jeder Kriegsschuld verhindern.“ (I, S. 105.)

Aber D'Abernon hat selbst das Empfinden, daß diese Schuldverteilung dem Problem der Kriegsschuld nicht gerecht wird. Grey stand seiner Ansicht nach „allzusehr unter russischem Einfluß und war vom Glanz der scheinbaren Macht Rußlands geblendet. Er wurde im Foreign Office von Leuten unterstützt, die fraglos der russischen Freundschaft eine übertriebene Bedeutung beimaßen“. (I, S. 106.) Der Botschafter denkt hier wohl in erster Linie an Sir Arthur Nicolson, den späteren Lord Carnock, der während der Julikrise, wie aus seinen Randbemerkungen zu den amtlichen Dokumenten hervorgeht, nicht müde wurde, Grey die russische Gefahr vor Augen zu führen. D'Abernon erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Verhandlungen, die im Sommer 1914, kurz vor Kriegsausbruch, zwischen England und Rußland über den Abschluß einer Marinekonvention geführt wurden. Er glaubt, „daß die Besorgnis über dieses Abkommen eine der Ursachen war, die die Rechtspartei in Deutschland stärkte und die Friedensfreunde und Befürworter des Abwartens schwächte“. Diese Bemerkung ist unbedingt zutreffend und vielleicht sogar in ihrer Formulierung nicht weitgehend genug. Es waren gerade die amtlichen deutschen Kreise, an ihrer Spitze der Kanzler, die in den englisch-russischen Verhandlungen eine starke Bedrohung Deutschlands erblickten.

Einige interessante Mitteilungen gibt D'Abernon über die politische Seite der Kriegsschuldfrage und ihre Behandlung in den Jahren 1923—1926. Während der Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin im November 1922 saßen bei einem Abendessen der französische Vertreter Barthou, der Reichskanzler Wirth und Lord D'Abernon zusammen. Barthou gab dem Kanzler den guten Rat, keine Zeitungen zu lesen oder aber nur das, was ihm von einem verlässlichen Freund vorgelegt werde. Clemenceau habe

ihm einmal diesen Rat gegeben und gesagt: „Les journeaux, je m'en fiche, je ne les lis pas.“ Wirth entgegnete, daß er um 7 Uhr morgens anfangs, Zeitungen zu lesen, und er sehe sie alle selbst durch. Aber Barthou hatte noch einen anderen Rat für Wirth. Er sagte ihm:

„Halten Sie sich die Frage der Kriegsschuld vom Leibe! Was hat es für einen Sinn, sie immer von neuem aufs Tapet zu bringen. Überlassen Sie sie der Geschichte. Ihre letzte Rede hat Poincaré einen bitteren Angriff eingebracht und außerdem Viviani bewogen, seine teuflischen Memoiren zu schreiben. Was kommt denn dabei heraus? Ein solches Ausgraben der Vergangenheit rührt nur alles Feindselige von neuem auf und schürt den gegenseitigen Haß.“

Wirth: „Glauben Sie mir, meine letzte Rede war absolut notwendig aus Gründen der Innenpolitik. Wieviel Reden hat Poincaré über dasselbe Thema gehalten! Ich habe ihm nur durch eine einzige geantwortet.“

Barthou: „Ich hoffe, daß dies, Herr Reichskanzler, heißt, daß Sie keine zweite halten werden. Glauben Sie mir, es ist eine unfruchtbare und gefährliche Diskussion, wir wollen lieber diese Streitaxt ein für allemal begraben.“ (II, S. 152 f.)

Die hier genannte Rede hatte Reichskanzler Dr. Wirth bei einem Empfang ausländischer Journalisten am 30. September 1922 über die Fälschungen des russischen Orangebuches gehalten, anläßlich der Herausgabe der Romberg-Broschüre, die den diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis aus dem Juli 1914 erstmalig in ihrem Originalwortlaut brachte.

Wenn Barthou gegenüber Wirth den Standpunkt vertrat, die Streitaxt zu begraben und die Kriegsschuldfrage nicht weiter zu berühren, so muß doch daran erinnert werden, daß es gerade Barthou war, der als Berichterstatter der Kammer in der Kommission zur Prüfung und Ratifizierung des Versailler Vertrages am 6. August 1919 einen Bericht vorlegte, an dessen Spitze er für den ganzen Vertrag die Kriegsverantwortlichkeit Deutschlands stellte, die, wie er in seinem Bericht sagte, „la base la plus forte aux conditions de la paix“ darstelle.

Nach der Annahme des Dawesplans durch den Reichstag hatte die deutsche Regierung eine Kundgebung erlassen, in der sie erklärte, daß es eine gerechte Forderung des deutschen Volkes sei, von der Bürde der falschen Schuldanklage befreit zu werden. Diese Kundgebung erfolgte am 29. August 1924. Die Regierung versprach, „diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis

zu bringen“. Die Kundgebung erfuhr im Ausland die schärfste Zurückweisung. Wie die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Nummer vom 8. September 1924 (Nr. 635) meldete, hatte am Tage zuvor der französische Botschafter de Margerie dem Staatssekretär des Auswärtigen von Maltzan mitgeteilt, daß die beabsichtigte Absendung der Note in Frankreich einen unangenehmen Eindruck hervorrufen werde. Ergänzend erfahren wir nun aus der Tagebucheintragung Lord D'Abernons vom 8. September 1924:

„Maltzan, der augenblicklich das Auswärtige Amt allein leitet, begriff, wie sinnlos oder zum mindesten wie wenig angebracht ein solcher Schritt wäre. Er hat auf eigene Verantwortung die Absendung der Note unterlassen, aber ich habe das Gefühl, daß er es jetzt mit der Angst bekommen hat, ob er nicht allzuweit gegangen sei und mehr getan habe, als Stresemann lieb ist. Er suchte mich heute morgen auf und bat mich, Stresemann bei seiner Rückkehr klarzumachen, daß die Verzögerung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig war. Er hätte mich nicht darum gebeten, wenn er nicht besorgt gewesen wäre.

Stresemann selbst war immer ein Verfechter der Kriegsschuldfrage.*) Abgesehen von seiner persönlichen Einstellung sind in letzter Zeit seine Meinungsverschiedenheiten mit der Deutschnationalen Partei beigelegt worden, und er möchte nicht die neugeborene Freundschaft gleich im Anfang umbringen. Er wird sich daher nicht gern zu etwas hergeben, was wie ein Bruch eines Versprechens gegenüber den neugewonnenen Alliierten aussieht.“ (III, S. 114.)

Eine ähnliche Situation ergab sich vor Locarno. Am 26. September 1925 übergaben die deutschen Botschafter in London und Paris eine Note über die Annahme der Konferenz in Locarno. Gleichzeitig waren die Botschafter beauftragt, zu dieser Note gewisse Erklärungen abzugeben und diese in schriftlicher Form als Verbalerklärung zu überreichen. Diese Verbalerklärung betraf die Räumung der Kölner Zone und die Zurückweisung der Kriegsschuldanklage. Die scharfen Antworten der Mächte sind bekannt. Lord D'Abernon geht in seiner Tagebucheintragung vom 27. September 1925 auf diese Verbalerklärung ein und schreibt, der deutsche Botschafter in Paris habe Briand erklärt, „daß die Note nichts Neues enthalte und nur eine Wiederholung der früheren

*) Im englischen Original lautet dieser Ausdruck: „a partisan of denial“. Die Übersetzung müßte also lauten: „ein Verfechter der ‚Ablegnung‘“. Die Übersetzung „ein Verfechter der Kriegsschuldfrage“ verkehrt den Sinn gerade in das Gegenteil.

Erklärungen des Memorandums sei, das den Mitgliedern des Völkerbundes im September 1924 überreicht wurde, wie auch der von Marx am 29. August 1924 präzisierten Stellungnahme. Die deutsche Regierung habe die Zustimmung der Parteien zur Annahme der Einladung nur unter der ausdrücklichen Bedingung bekommen, daß sie eine solche Erklärung abgeben würde. Es blieb ihr daher nichts anderes zu tun übrig.“ (III, S. 222 f.)

In seiner Eintragung vom 28. September 1925 fügt der Botschafter hinzu: „Ich höre aus einer vertraulichen Quelle, daß die Erklärung über die Kriegsschuld unter dem beharrlichen Druck von Hindenburg erfolgt ist. Er ließ sich von dieser Forderung nicht abbringen.“ (III, S. 224.)

Über die Julikrise 1914 enthalten die Aufzeichnungen von Lord D'Abernon neben mancherlei unbedeutenden oder auch falschen Mitteilungen eine interessante Eintragung, die Wiedergabe eines Gespräches, das D'Abernon Ende Januar 1924 mit Kühlmann gehabt hat. Kühlmann war 1914 Botschaftsrat in London. Er kehrte am 2. August von seinem Urlaub zurück.

„Lichnowsky schickte ihn sofort zum Foreign Office, aber es gelang ihm nicht, an Grey heranzukommen, der fast die ganze Zeit in Kabinettsitzungen verbrachte. Am Nachmittag ging er zu Lord Haldane, bei dem Grey wohnte, um dessen Rückkehr abzuwarten. Er traf zufällig Haldane auf der Straße, und sie gingen eine Zeitlang vor dem Hause auf und ab. Haldane schien den Eintritt Englands in den Krieg keineswegs als beschlossen anzusehen. Jedenfalls bekam Kühlmann diesen Eindruck. Grey kam später hinzu und war ganz entgegengesetzter Meinung. Obwohl er sich geduldig Kühlmanns Argumente anhörte, glaubte er offensichtlich, daß die Würfel bereits gefallen waren und daß England um seiner Ehre willen gezwungen sei, sich am Kriege zu beteiligen.“ (III, S. 507.)

D'Abernon stellte Kühlmann die Frage: „Meinte Grey, daß England es als seine Ehrenpflicht ansehe, Belgien zu verteidigen oder mit Frankreich zusammenzuarbeiten?“ Kühlmann erwiderte: „Er meinte wohl eher die Zusammenarbeit mit Frankreich.“

D'Abernon ist anderer Ansicht. Er glaubt, daß ohne den deutschen Einmarsch in Belgien England im ersten Stadium neutral geblieben wäre oder zumindest hätte neutral bleiben können. Diese Annahme trifft wohl nicht ganz zu, denn Lichnowsky hat ja am 1. August Grey die Frage gestellt, ob England neutral bleiben werde, wenn Deutschland nicht durch Belgien gehen werde. Grey ist einer Beantwortung dieser Frage ausgewichen und hat

erklärt, daß er sich nicht binden könne. Zur Stützung seiner Annahme erwähnt d'Abernon, daß er am 3. August bei einem Frühstück neben Asquith gesessen habe, als der Hilferuf des Königs von Belgien eingetroffen sei. Asquith habe ihm das Telegramm herübergereicht und gesagt: „Das wird unser Verhalten entscheiden.“ Er habe den bestimmten Eindruck gehabt, daß Asquith „bis zur Ankunft dieses Telegramms noch immer entweder auf die Beilegung des Konfliktes hoffte oder wenigstens auf die Möglichkeit einer Nichtbeteiligung Englands am Krieg“. Lord d'Abernon vergißt hier, daß Grey im Einverständnis mit dem Kabinett bereits am Vormittag des 2. August dem französischen Botschafter die offizielle Erklärung abgegeben hatte, daß England den Schutz der französischen Nordseeküste übernehme und keinen Angriff deutscherseits auf diese Küste dulden werde. A. B.

Bülow, Bernhard Fürst von: „Denkwürdigkeiten.“ Erster Band: Vom Staatssekretariat bis zur Marokko-Krise. Herausgegeben von Franz von Stockhammern. Im Verlag Ullstein, Berlin 1930, 634 S.

S. die Besprechung dieses Bandes von Paul Herre in dem Textteil des Heftes.

Mémoires du Chancelier Prince de Bülow. Tome I: Le Secrétariat d'Etat des Affaires Etrangères et les premières années de Chancellerie. Traduit de l'allemand par Henri Bloch. Librairie Plon, Paris 1930.

Deimling, Berthold von: „Aus der alten in die neue Zeit.“ Verlag Ullstein, Berlin 1930, 284 S.

Schmitt, Bernadotte E.: „The Coming of the War, 1914.“ Charles Scribner's Sons. New York 1930, 2 Vols.

The present formidable work of a thousand pages in two volumes is the result of an unbiased effort to find where the mountain of newly revealed facts lead. It is the last frantic effort so to select, present and interpret these facts as to confirm prophetic intuitions of pre-war vintage. This passion to sustain the verdict of 1914 has gone beyond his own written work. As editor of the Journal of Modern History Professor Schmitt has excluded source-material of the highest importance from its columns when detrimental to the Entente legend.

No one can fully understand Professor Schmitt's material unless he is acquainted with the emotional overtone which pervades

it. This is a passionate Anglo-mania which amounts to nothing less than a fixed idea. Professor Schmitt has been bitterly accused of being aggressively anti-German and anti-Austrian, but this is probably unjust. His polemics against Germany and Austria and his apologetic efforts in behalf of France and Russia are not due primarily to hatred of Germany and Austria or love of France and Russia. They are produced by the intense driving desire to whitewash Grey and the British. This can be done only at the expense of Germany and Austria and the elevation of Britain's allies, Russia and France.

Professor Schmitt was a Rhodes scholar at Oxford from 1905 to 1908. Here he came to see international affairs through English eyes to a degree which makes Walter Hines Pages seem almost an anglo-phobe by comparison. We do not have to stoop to innuendo or inference in this matter. Back in 1916, when he brought out his "England and Germany", he frankly stated that "As a beneficiary of the Rhodes Trust I was imbued with the idea of Anglo-Saxon solidarity". If anybody might be inclined to think that he was merely "kidding" his readers let them read the book.

This "sense of Anglo-Saxon solidarity" has never since abated a white indeed, it remains an obsession which completely paralyzes Professor Schmitt's perceptive powers. This is a severe charge. It requires substantiation. The reading of Professor Schmitt's two volumes will amply supply this, but we shall not desert the subject with any such generalized assertion.

It is admitted by all writers in the field that the most absurd statement ever made by any writer dealing with war guilt appears in Vol. I, p. 313 of Lord Grey's "Twenty-five Years". This is Grey's famous meteorological hypothesis of war responsibility. He here states that he believes that Germany was planning a war in 1914 because it was in the summer, which was the same season of the year that she launched the attack (which she did not launch) on France in 1870. This is the nadir point of of all the trash and nonsense which the war guilt controversy has provoked.

But, incredible as it seems, we find Professor Schmitt seriously defending its plausibility (Vol. II, p. 136, note). The reviewer was prepared to find almost anything in Professor Schmitt's volumes, but this actually compelled him to lay off his reading for an hour. Nor does one need to single out this particular item, revealing and damning though it may be. Throughout the book Professor Schmitt cites Grey's utterly untrustworthy "Twenty-five Years" as though it was one of the official British documents of 1914. Indeed, only the trained observer can tell at times whether Schmitt is citing

Grey in 1914 or Grey in 1925. The author seems to believe that one has as great documentary value as the other.

While Professor Schmitt has assured the newspapers that he read some 35,000 documents to arrive at his conclusions, the solemn fact remains that there is not a single major proposition in the thousand pages that has not been elaborately developed in Professor Schmitt's earlier writings, in the renegade anti-German and anti-Austrian classics of Grelling, Kanner, Kantorowicz, and in the anti-Austrian diatribes of "the father of Jugo-Slavia", Robert William Seton-Watson. This foundation-material is obscured to the casual reader under the most impressive array of footnotes which have ever decorated a manual on war guilt, but this will deceive no informed student of the subject. The parentage of the dominating ideas of the work is as plain as the Alps to the tourist ascending from northern Italy. Whatever his protests and caresses, Professor Schmitt can never be more than their step-father.

If the guiding theme has been derived from a few writers, no one can accuse Professor Schmitt of being niggardly with respect to the scope and number of the authors he has cited. All sources appear of equal value to the author, provided they are anti-German, anti-Austrian or pro-British and fit his theories. Grey, Szögyeny, Lichnowsky, Kanner, the French Yellow Book, Sazonov, Poincaré, Seton-Watson, and Raymond Turner are as trustworthy as the foreign office documents of 1914. It is not unjust to Professor Schmitt to say that, with the exception of the Holy Bible, no other work has included within its cover a more heterogeneous collection of authors and materials. And all of these miscellaneous sources are cited when in point regardless of time, bias, relevance or authenticity.

Even in using documents Professor Schmitt selects the particular collection which best suits his purposes. For example, the new Austrian documents (Vol. III, pp. 436—7) prove that the Wiesner Report arrived in Vienna late in the afternoon of July 13th, 1914, in ample time to influence Count Tisza before his conversation with the German Ambassador on the 14th. Professor Schmitt, who knows all about this, uses instead the Austrian Red Book of 1919 which gives no exact figures on the time of the arrival of documents. By using the Red Book he is enabled to make the reader believe that Tisza was influenced by the German Ambassador and not by the Wiesner Report on Serbian responsibility for the murder of the Archduke.

Let us now turn to some concrete examples of the results of Professor Schmitt's methods. His treatment of the background of

the War may be illustrated by his analysis of the annexation of Bosnia and Herzegovina, perhaps the most important event lying back of July, 1914. The scheme was initiated by Izvolski, his proposals were accepted, and he left Buchlau in July, 1908, happy and content. Britain later blocked his plans for the Straits, but he did not dare vent his rage on England at the time. In Schmitt's version (Vol. I, pp. 121 ff.) the whole episode was a devilish plot of Aehrenthal and the Austrians. Izvolski is tucked away innocently in a single sentence at the end, with no intimation whatever of Russian initiative in the affair. This one example is enough to discredit the Book with any honest and informed man, and the same procedure goes on through the next nine hundred pages.

Austria and Germany are broadly condemned chiefly on the ground of the allegation that they were the first to be willing to test the alliances by risking war. Schmitt says nothing of the British encouragement of war at Reval in 1908 and in Lloyd George's Mansion House Speech of 1911; nothing of the French urging of the Russians to go ahead in November, 1912; nothing of Russia's real plans in the Balkan League of 1912—14 or in the Ministerial Conference of February, 1914.

Austria is held to have been bulldozed into war by Germany in 1914, though it is clear that all the important Austro-Hungarian statesmen except Tisza were on the war side before July 5th 1914; and Tisza was not converted by Germany but by Dr. von Wiesner's report on Serbian responsibility for the murder plot. In his frantic efforts to prove this crucial point of German domination of Austria in 1914, Professor Schmitt not only resorts to the Red Book subterfuge mentioned above, but gives us at least a hundred outright mistranslations of the documents, in every case designed to make the Austro-German policy seem more drastic than it really was. We may cite a few representative examples. On page 273 of Vol. I he translates „Wie stellen Sie sich's vor?“ as “What are you thinking of?” implying that Conrad thought Berchtold was crazy. The correct translation would be “How do you plan to do that?” which gives quite a different significance to the passage. On page 293 he renders “definitiv” as “definite”, instead of “final” as it should be. This permits him to misrepresent the Kaiser's response. On page 294 he translates “Auch in diesem Falle” as “in this case also” implying a continuous policy of German support of Austria which did not exist. It should be translated “even in this case” meaning something out of the ordinary. On page 305 he translates “hinter” as “at our side”, when it should be “behind us”. This enables him to make Germany appear to be supporting an attack

on Serbia when it really meant that Germany would back Austria if attacked by Russia. On page 197 in Vol. II he translates the singular noun "Schritt" as plural (advances), thus enabling him to hold that Germany desired to reject all British mediation efforts and not the particular one in question. On page 213 he deliberately omits the adjective military. This makes it possible for him to put the blame on the German civil government and make it appear that Moltke controlled the civil government. What is even more illuminating is that when these phrases are not important for his immediate argument he translates them correctly.

The plan for a sudden Austrian attack on Serbia was not designed to precipitate a European war but to prevent it by localizing the struggle every informed student knows this and we may well wish that it had been the plan actually followed by Austria in 1914. It is doubtful if the World War would have come.

Professor Schmitt gets into the illogical position of holding that the Austrian ultimatum was completely unacceptable by the Serbians, and yet maintaining Serbia did accept nine-tenths of it. As an actual matter of fact, it was acceptable but Serbia rejected the only important points (five and six) out of the ten contained in the ultimatum.

The old nonsense about German rejection of all mediation plans is still solemnly asserted and still on the long-exploded Szögyény Myth (his letter of July 27th, 1914). On this let anybody consult chapter VIII and IX of Professor Fay's work.

The crux of Professor Schmitt's effort to saddle Germany with immediate responsibility for the coming of war in 1914 is his attempt to prove that Germany decided on war before she heard of the Russian general mobilization on July 31st. Professor Fay disposed forever of this persistent item in the Entente Legend, but Professor Schmitt is unregenerate and once more drags out the badly decayed corpse.

Just how his emotions utterly cloud his vision is never more apparent than at this point. On the bottom of one page (Vol. II, p. 198) he tries to prove, on the basis of very questionable evidence, that on the afternoon of July 30th Bethmann Hollweg promised to decide for or against the declaration of a state of "threatening danger of war" by noon on the next day (the 31st). On the top of the very next page this decision to postpone until the 31st any final decision about a step which might lead to war becomes a decision for war made on the 30th. The only pertinent query here is "can you beat it?" At least nobody has to date. And this is the

whole foundation for the allegation that Germany was not led into her military action by Russian general mobilization.

Another thriller is Professor Schmitt's novel discovery that what alarmed the Germans was news about the fortification of Liège, not the massing of the armed Russian hordes on the eastern German frontier. It seems never to have occurred to him that Liège had no significance for Germany unless war came and that war could come to Germany only as a result of Russian general mobilization.

While Grey's post-War apologetics are cited as though they were 1914 documents, Schmitt fails to tell us that in his post-War memoirs Sazonov frankly informs us that he never paid any real attention to any mediation or arbitration plans after July 28th. All through we are presented by Schmitt with a sincere Sazonov clutching like a "last straw" every proposal for peace right down to August 1st 1914.

Another and final comment on Professor Schmitt's method is in order. Whenever he mentions the alleged aggressive actions of the Central Powers he goes in for heavy moralizing. Whenever he has to mention an apparent sin of the Entente he insists that the Central Powers were mistaken as to the real attitude of France, Russia or England (e. g. Vol. I, pp. 454—5; Vol. II, 21, 29).

We may say, in conclusion, that not a single major contention in this last and final effort of the "Salvagers" to rehabilitate the Entente Legend possesses the slightest validity. The whole structure crumbles at the slightest touch of the informed and critical finger.

On the whole, the book will do little harm. The general public will be scared off by its bulk and the disconcerting footnotes. The experts in the field will use it only for the purposes of refutation and as illustration of most of the biases to which an historical writer may capitulate. The Salvagers will have a moment of ecstasy, but this will be short-lived. The dissection of the work by experts will cast them finally into the abyss of despond.

And well it may, for with the passing of Schmitt there also passes the last hope of resisting the truth relative to the great crisis of 1914. Schmitt has given ten years of unrelenting labor to the defense of that great tissue of falsehoods and misrepresentations which is the Allied Epic. There is no informed man worth his salt who cannot topple the result in ten minutes of analysis.

H. E. Barnes.

Stein, Ludwig: „Aus dem Leben eines Optimisten.“ Brückenverlag, Berlin 1930, 330 S.

Prof. Ludwig Stein, der „Diplomaticus“ der „B. Z. am Mittag“, der am 13. Juli d.J. kurz nach seinem 70. Geburtstag starb, war in Ungarn geboren, in Holland erzogen, studierte in Berlin, war Ordinarius der Philosophie in der Schweiz. War er auch weder in Philosophie noch in Soziologie schöpferisch, so war er doch sehr kenntnisreich. Anhänger der Völkerverständigung, vielsprachig und weitgereist, weltgewandt und mit vielen führenden Männern der Wissenschaft, Literatur und Politik näher bekannt, war er zum Journalismus internationalen Stils um so mehr bestimmt, als er finanziell völlig unabhängig war. Die von ihm mit neuem Leben erfüllte Zeitschrift „Nord und Süd“ und der Ullstein-Verlag gaben ihm Gelegenheit zur Betätigung. Vor allem aber die von ihm während des Krieges mitbegründete „Mittwochsgesellschaft“, deren politischer Einfluß nicht unterschätzt werden darf. Dort trafen sich Politiker, Wirtschaftler, Intellektuelle aller Parteien und Richtungen. Seiner Betriebsamkeit gelang es auch, fast alle prominenten Ausländer, die Berlin besuchten, zu Vorträgen und Diskussionen dort zu gewinnen.

Außenpolitik wird ja nun nicht allein von den zünftigen Diplomaten gemacht. Sehr viele Außenstehende würden überrascht sein, wenn sie erführen, wie viel Männer und gelegentlich auch Frauen aller Kreise mit internationalen Beziehungen im großen Spiele hinter den Kulissen ihren Ländern Dienste leisten. Zu diesen politischen Agenten gehörte auch Stein. Er kann daher auch in seinem Erinnerungsbuche viel Interessantes über fast alle Staatsmänner der Vorkriegszeit ausplaudern, manches über die journalistische Vorbereitung der Haldanemission, einiges über Friedensfühler im Weltkriege, die Konferenz in Genua u. ä. m. erzählen. Nicht immer fand seine Tätigkeit ungeteilten Beifall. Er rühmte sich z. B. im Jahre 1912 erreicht zu haben, daß sowohl der Zar wie der Kaiser im Einverständnis mit ihren Bundesfreunden in Trinksprüchen von einem „Eilvernehmen zwischen Entente und Allianz“ gesprochen hätten. Der Widerhall dieser beiden Trinksprüche, deren Hintergrund nur den Kabinetten bekannt war, habe in der Weltpresse zu enthusiastischen Kundgebungen geführt. Graf Pourtalès habe ihm aber unter die Nase gerieben, daß Wilhelm II. entgegen seiner Warnungen das Wort „Entente“ in den Mund genommen habe. Das bisher in den Akten vermiedene Wort sei jetzt hoffähig geworden und anerkannt. Wieweit alle Einzelheiten des Steinschen Buches zutreffen, läßt sich natürlich nicht kontrollieren. Gewisse Unrichtigkeiten fallen beim Lesen auf, andere entsprechen

für den Wissenden der Wahrheit. Stein war, wenn er auch betont, daß er Orden und Titel ablehnte — Theodor Barth hat immer gesagt, wenn man abgelehnte Orden im Knopfloch tragen könnte, würde niemand einen annehmen —, mit der Hypothek der Eitelkeit schwer belastet. Er treibt daher mit dem Worte „mein Freund“, das er allzugern berühmten Namen voransetzt, gelegentlich Mißbrauch. Er nennt sein Buch „Aus dem Leben eines Optimisten“. Und es scheint, daß er seine eigene Bedeutung aus der Perspektive dieses Optimismus allzu freundlich austeilt. Aber die Rolle, die er im politischen und gesellschaftlichen Leben gespielt hat, soll nicht verkleinert werden, weil er selbst sie offensichtlich überschätzt.

Ludwig Herz.

Szemere, Paul, und Czech, Erich: „Die Memoiren des Grafen Tamas von Erdödy. Habsburgs Weg von Wilhelm zu Briand.“ Mit 40 Bildern und 5 Faksimiles. Amalthea-Verlag, Wien 1930, 320 S.

Graf Erdödy, der Jugendfreund Kaiser Karls, berichtet über die Separatfriedensverhandlungen Kaiser Karls 1918.

Zechlin, Egmont: „Bismarck und die Gründung der deutschen Großmacht.“ J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Berlin 1930, 650 S. mit 15 Tafeln und fünf Kartenskizzen.

Bei der Schriftleitung eingegangen:

Bibl, Prof. Dr. Viktor, „Das Deutsche Schicksal.“ Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1930, 221 S.

Am Schluß seines Buches kommt Bibl zu folgenden Betrachtungen:

„Doch nun, da es gilt, Deutschland wieder aufzurichten, heißt es, die traurigen Lehren aus der Geschichte zu nutzen: nur in der lebendigen Mitarbeit aller seiner Bürger, in einer glücklichen Synthese des Geistes von Potsdam und von Weimar ruht die Gewähr für eine gedeihliche Zukunft. Und in der Eintracht der verschiedenen Klassen und Stämme unseres Volkes. ‚Wir gehören alle zusammen,‘ um ein prächtiges Wort Franz Wuessings anzuführen, ‚der echte Aristokrat, der echte Liberale, der echte Sozialist sind Kinder der gleichen schmerzvoll geprüften Mutter Deutschland, sind Menschen, Sprossen vom selben Baum des Lebens . . .‘ Suchen wir alles Wertvolle und Große aus unserer

Vergangenheit uns zu bewahren, weiterzuentwickeln und alles Fehlerhafte und Entartete auszumerzen. Die Gesinnung vaterländischer Hingabe, die in den Befreiungskriegen und im Frankfurter Parlament so stark und lebendig aufleuchtete, sei uns Vorbild — auch das hohe Ziel, das den Männern von damals vor Augen schwebte: der große deutsche Volksstaat.“

Borries, Kurt, „Preußen im Krimkrieg.“ Mit 12 Bildtafeln. Verlag von W. Kohlhammer, Stuttgart 1930, 420 S.

Das Buch enthält mehr, als es im Titel verspricht. Der Verfasser, Privatdozent an der Universität Tübingen, vermittelt einen ausgezeichneten Einblick in die preußische Politik in den Jahren 1853—1856. Die führenden Persönlichkeiten sind lebendig gezeichnet und treffend charakterisiert. Die Akten des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem und des Brandenburg-Preußischen Hausarchivs sind von Dr. Borries für seine Arbeit herangezogen worden. Auch in die Akten des Württembergischen Staatsarchivs in Stuttgart hat der Verfasser Einsicht genommen. In den Anlagen gibt Borries mehrere Briefe und Promemorias im Wortlaut wieder. Dem geschmackvoll herausgegebenen Werk sind mehrere Bildtafeln und die faksimilierte Wiedergabe eines Handbilletts Friedrich Wilhelms IV. beigelegt.

Dotation Carnegie pour la Paix Internationale. Publications de la Conciliation Internationale. Bulletin Nos 1 et 2: „La Politique Etrangère des Etats Unis et l'Amérique Latine“ par M. Graham Stuart. Bulletin Nos 3 et 4: „La Conduite de la Politique Extérieure dans les Démocraties.“ Conférences de M. Joseph Barthélemy. Bulletin No 5: „Les Soviets et la Dette russe en France“ par M. Francis Delaisi. „Les Soviets et les Organisations de la Paix“ par M. René Cassin. „France et Russie“ par M. Stéphane Lauzanne.

Herre, Paul: „Deutsche Walhall.“ Eine Auseinandersetzung und ein Programm. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Potsdam 1930. 63 Seiten.

In einem einleitenden Kapitel bringt Professor Herre Grundsätzliches über Heldenverehrung in Bildwerken und gibt dann eine ausführliche Darstellung der Regensburger Walhalla und ihrer Geschichte. Auch werden die 175 Persönlichkeiten angeführt, deren Namen in der Walhalla verewigt sind. Herre tritt für eine Erneuerung dieses Denkmals an Haupt und Gliedern ein und weist hierfür neue Wege, um aus der Regensburger Walhalla ein großes

deutsches Ehrenmal zu schaffen. Was Herre vorschwebt, drückt sich am Schluß seiner Arbeit in folgenden Worten aus:

„Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es kommt nur darauf an, die Erneuerung der Walhalla wirklich zu wollen: alles weitere ergibt sich von selbst. Die Entscheidung liegt zur Zeit allein beim bayerischen Staat. Der Konservatismus, der seine Haltung gegenüber König Ludwigs Werk bisher bestimmt hat, und dem man weitgehendes Verständnis entgegenbringen kann, ist der Initiative zu einer durchgreifenden Umgestaltung nicht günstig. Aber die Voraussetzungen, auf denen sich das moralische und juristische Besitzrecht Bayerns gründet, werden in hoffentlich nicht allzu ferner Zeit nicht mehr bestehen. Das großdeutsche Ehrenmal geht nach dem letzten Willen des Erbauers an dem Tage, wo ein neues großdeutsches Staatsgebilde entsteht, rechtmäßig in dessen Eigentum über, und welcher Deutsche sehnte nicht die Stunde herbei, da sich Österreichs heißer Wunsch „Heim ins Reich“ verwirklicht? Ist es nicht eine wundervolle Aufgabe für das stammverwandte Land, den ihm anvertrauten Ruhmestempel für den Tag der Wiedervereinigung aller Deutschen, wie sie dem hochsinnigen König in echtem nationalen Empfinden vor Augen stand, zu neuem Leben zu erwecken? Könnte die Walhalla, innerlich erneuert, nicht das Symbol sein für ein großes deutsches Vaterland, das nach manchen Irrungen in neuer Gestalt geschichtliche Wirklichkeit wird? Bayern sollte es als Ehrenpflicht ansehen, dieses Werk zu schaffen, bevor das Ehrenmal seinen Händen entgleitet. Es wäre ein Geschenk an das deutsche Volk, nicht weniger würdig als das, mit dem sein König vor nunmehr hundert Jahren die Nation beglückte.“

Vibraye, Régis de, „Allemagne 1930.“ Feret et Fils, Bordeaux 1930. 158 Seiten.

Das Buch enthält einen allgemeinen Überblick über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Vibraye wünscht eine Versöhnung der beiden großen Nachbarvölker Deutschland und Frankreich als erste Bedingung für einen europäischen Frieden. Er vermeidet es, auf die Kriegsschuldfrage einzugehen: „Wir haben das schwierige Problem der Verantwortlichkeiten hier nicht zu diskutieren.“ Vibraye stellt lediglich fest, daß der Deutsche heute im Durchschnitt nicht mehr an die völlige Schuldlosigkeit seines Landes glaube, sondern an geteilte Verantwortlichkeit. Und das sei ein Fortschritt! Andererseits müsse der Deutsche den Vorwurf der „alleinigen Verantwortlichkeit“ von sich weisen. Dieser „psychologischen Tatsache“, meint Vibraye, werde die zukünftige Politik Frankreichs Rechnung tragen müssen.

Volkmann, E. O., Archivrat im Reichsarchiv: „Revolution über Deutschland.“ Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O. 1930. 393 Seiten.

Volkmann gibt einen Überblick über die Vorgänge auf Schillig Reede im Oktober 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920, der auf eingehenden Archivstudien beruht.

Zingarelli, Italo: „Das Erbe von Versailles.“ Almathea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien. Mit 28 Abbildungen und 1 Karte. 405 S.

Auf Grund örtlicher Studien gibt Zingarelli anschauliche, das Wesen der Dinge treffende Schilderungen aus dem Rheinland, Saargebiet, der Tschechei, Ungarn, Jugoslawien u. a. und erörtert die in diesen Ländern durch den Versailler Vertrag entstandenen Probleme. Die Darstellung gibt ein überzeugendes Bild von dem Widersinn der in Versailles geschaffenen Karte Europas.

Kleine Mitteilungen.

Graf Max Montgelas bittet uns um folgende Mitteilung:

In Hans Delbrück: „Der Friede von Versailles“ ist bei dem Zitat S. 32 Nr. 34 zu setzen für „Poincaré IX S. 258“ „Poincaré IV, S. 258“ und auf S. 31 bei dem Zitat Nr. 25 ist zu setzen für „Ebendort S. 118 ff.“ „Pokrowski: „Drei Konferenzen“, S. 39“.

Herr General Ratzenhofer macht uns darauf aufmerksam, daß das Bild der Savebrücke, wie wir es im vorigen Heft auf Seite 847 gebracht haben, nicht den Zustand der Brücke nach der Sprengung durch die Serben, sondern den Zustand der Brücke vom Dezember 1914 darstellt. Die Serben hatten in der Nacht vom 28. zum 29. Juli 1914 nur unbedeutende Beschädigungen an der Brücke zuwege gebracht, der Träger nahe des serbischen Landpfeilers hing etwas herab und störte das Gleichgewicht der Brücke, so daß der Bahnverkehr ausgeschlossen war. Für Fußgänger, also auch für Infanterie, war die Brücke jedoch noch passierbar.

Berichtigung.

Auf Seite 909 des Oktoberheftes der „Berliner Monatshefte“ muß es in der vorletzten Zeile des deutschen Textes der Resolution Shipstead nicht 4. Mai, sondern 4. März heißen.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlages Reimar Hobbing über „Die Französischen Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges“ bei, den wir der Beachtung unserer Leser empfehlen möchten.



DIE ERSTEN ZWEI SEITEN

die die allwöchentlich mit Spannung erwarteten

ZEITGÄNGE

enthalten, fesseln immer neue Leser an „Das Neue Reich“.

Das einmütige Urteil der Leserschaft:

Scharf geschaut und meisterhaft geschrieben!
Wie die Zeitgänge so die Aufsätze und Rundschauen dieser einzigartigen, modernen kulturpolitischen Wochenschrift.

Verlangen Sie von der Verwaltung des „Neuen Reiches“, Wien, VI., Mariahilferstraße 49, die kostenlose Probezusendung des Blattes durch 4 Wochen.

● Hier abtrennen und als Drucksache einsenden!

An die Verwaltung „Das Neue Reich“
Wien, VI., Mariahilferstraße 49

Ich wünsche ein kostenloses Probeabonnement für 4 Wochen.
(Erfolgt nach Ablauf dieses Probeabonnements keine Abbestellung,
so gilt dies als Bezugsanmeldung.)

Name: _____

Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Datum: _____

So urteilt man über „Schönere Zukunft“

Fürst Alois Löwenstein: „Von allen Zeitschriften, die ich kenne, erscheint mir die ‚Schönere Zukunft‘ als die bestgeleitete, inhaltsreichste, wertvollste.“

Bischof Dr. Groß: „Schönere Zukunft‘ wird bald alle Katholiken von Intelligenz an sich ziehen.“

Schriftsteller Hermann Bahr: „Die wunderbar große Haltung, in der ‚Schönere Zukunft‘ sich niemals beirren läßt, reizt mich immer wieder zu freudiger Bewunderung hin.“

Univ.-Prof. Dr. Hermann Gesele: „Schönere Zukunft‘ ist die reichste, bestunterrichtete Wochenschrift, die ich kenne; die einzige lebendige, weil sie den Mut zu Realismen hat; weil sie weiß, daß alles Leben aus dem Kampf kommt.“

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Hermelink (Protestant): „Eberles ‚Schönere Zukunft‘ ist der aktivste Propagandist des Glaubens, daß der Katholizismus die Erfüllung der Gegenwart sei.“

Vater Markert S. V. D.: „Schönere Zukunft‘ ist eine journalistische Tat ersten Ranges, die vielfach an die Leistungen des alten Joseph von Görres, den Napoleon die fünfte Großmacht nannte, erinnert.“

„Rottenburger Monatschrift“: „Schönere Zukunft‘ erfreut sich des größten Ansehens in allen gebildeten Kreisen Mitteleuropas.“

„Niederrheinische Landeszeitung“: „Schönere Zukunft‘ besitzt einen Mitarbeiterstab, wie ihn wohl keine zweite Zeitschrift deutscher Zunge aufzuweisen hat.“

„Zentral-schweizerisches Volksblatt“: „Schönere Zukunft‘ ist unstreitig die großartigste katholische kulturelle Wochenschrift des deutschen Sprachgebietes.“

„The Commonweal“: „Schönere Zukunft‘ ist geradezu ein Muster unabhängiger Pressearbeit. Vielleicht ist diese Offensive katholischer Kräfte im alten Wien die Bewegung, die, lang erwartet und ernstlich herbeigesehnt, schwankenden Seelen zur Rettung wird.“

„Schönere Zukunft“ ist die größte und verbreitetste Wochenschrift der gebildeten Katholiken deutscher Sprache. (Wochenaufgabe 19200.) Verleger und Herausgeber Dr. Joseph Eberle, Druck und Versand Friedrich Pustet. Die Wochenschrift bringt aus allerersten Federn programmatische Aufsätze über alle aktuellen Fragen der Kultur, Politik und Volkswirtschaft und sammelt in großen Rundschau das interessanteste und wertvollste Material aus der Weltpresse zu den Fragen von Religion, Wissenschaft, Erziehung, Literatur, Kunst, Theater, Film, Rundfunk, Politik und soziale Frage.

Bestellungen (Preis pro Vierteljahr RM. 4.50) nimmt jede Postanstalt entgegen. Vom Verlag selber (Wien XIX, Nußwaldbasse 14, Österreich) können Sie unentgeltlich Probenummern, eventuell einen verbilligten vierteljährigen Probebezug (Preis RM. 3.—) beziehen.

..... Hier abtrennen

Ich bitte um viermalige kostenlose Zusendung von „Schönere Zukunft“ (Nicht-abbestellung nach dieser Probezusendung gilt als Bezugsanmeldung.)

Name:

Ort, Land und Datum:

Schierke am Brocken

650—1142 m ü. d. M.

Der alpine Luftkurort des Harzes

SOMMER- UND WINTERKUREN

Indikationen: Anämien / Zirkulationsstörungen / Skrofulosen
Funktionelle Neurosen / Bronchitiden / Basedow

Prospekte und Auskunft durch die Kurverwaltung — Verkehrs-
amt — der Gemeinde Schierke im Harz / Tel. 50

430—570 m
ü. d. Meere

WILDBAD

23 000 Gäste

i m S c h w a r z w a l d

Naturwarme **Heilquellen** gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven-
leiden u. a. / Luftkurort / Bergbahn auf den Sommerberg

Prospekte u. Auskunft durch Badeverwaltung od. Kurverein, sowie
sämtliche Reisebüros / In Berlin eigene Auskunftsstelle im Kiosk,
Rankestraße 1, bei der Gedächtniskirche / Tel.: Bismarck 3506

„Sudetendeutschland“

Zeitschrift der sudetendeutschen Freiheitsbewegung

Die Monatszeitschrift „Sudetendeutschland“, die schon im 11. Jahrgange erscheint und das Blatt des Sudetendeutschen Heimatbundes ist, tritt für das Recht auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes und vor allem der $3\frac{1}{2}$ Millionen Sudetendeutschen ein, die gegen ihren Willen in den tschechoslowakischen Staat hineingezwungen wurden. Sie unterrichtet in vorzüglicher Weise über die tatsächlichen Verhältnisse im tschechischen Staate.

Schriftleitung und Verwaltung: Wien 8, Fuhrmannsgasse 18 a
Bezugsgebühr für Einzelbezieher ganzjährig RM. 2,50 / Postschek-
amt Berlin Konto 156 823 / Probehefte auf Verlangen kostenlos

NATION UND STAAT

Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem

Herausgegeben von

Jacob Bleyer, Rudolf Brandsch, Paul Schiemann,
Johannes Schmid-Wodder

Ganzjährig RM. 20.—, halbjährig RM. 10.—, Einzelheft RM. 2.—

4. JAHRGANG

bringt Aufsätze über aktuelle und allgemeine Minderheitenfragen, Berichte über Tagungen und Institute und ständige Lageberichte über die Minderheiten in:

Elsaß-Lothringen, Estland, Eupen-Malmedy, Lettland, Litauen, Memelgebiet, Nordschleswig, Österreich, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Südslawien, Südtirol, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Wolhynien

JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, LEIPZIG:

„Einen Überblick über dieses große, insbesondere uns Deutsche nicht bloß interessierende, sondern wahrhaft auf den Fingern brennende Problem konnte selbst der eifrigste Forscher nur schwer gewinnen; hier wird er geboten. Die Zeitschrift bekennt sich als eine wissenschaftlich-politische; sie versucht es ebenso sehr, rein wissenschaftlich die rechtliche Seite des Problems zu behandeln, als sie auch nicht vor politischer Ausdeutung desselben innehält, wie dies ja auch der Stellung der Herausgeber als Vorkämpfer ihres Volkes entspricht.“

Hofrat Prof. Dr. Karl Brockhausen, Wien

PROBEHEFTE KOSTENLOS

Soeben erschien das grundlegende Handbuch:

DIE ANSCHLUSSFRAGE

in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung

Herausgegeben von

Dr. FRIEDRICH F. G. KLEINWAECHTER und Dr. v. HEINZ PALLER

Mit 15 Karten im Text

Gr. 8° XXVIII, 656 Seiten Brosch. RM. 20.—, Gzl. RM. 23.50

Das erste großangelegte wissenschaftliche Werk, das in umfassender Weise alle den österreichisch-deutschen Zusammenschluß betreffenden Probleme in Aufsätzen von 45 der besten Fachkenner aus Österreich, Deutschland und dem Ausland behandelt und damit ein unentbehrliches Handbuch und Nachschlagewerk der Anschlussfrage darstellt

Ausführlicher Prospekt kostenlos durch jede Buchhandlung

WILHELM BRAUMÜLLER, WIEN IX, LEIPZIG

ZWEI WICHTIGE STANDARDWERKE



Eugen Lennhoff

Politische Geheimbünde

560 Seiten und 156 Bilder

Geh. RM. 17.—

Leinen RM. 22.—

Der Autor des erfolgreichen Werkes „Die Freimaurer“ schildert zum erstenmal Entstehung, Geschichte und Wirken zahlreicher Geheimbünde der ganzen Welt. Er legt die Hintergründe der Legende von der „Weltverschwörung“ der Freimaurer und Illuminaten bloß, beleuchtet den Kampf der Carbonari für das geeinte Italien und beschreibt die Erhebung der Dekabristen. In dramatischer Weise entrollt er ein Kolossalgemälde des gigantischen Freiheitsringens der irdischen Geheimbünde, das zur Erhebung einer Nation wurde; nicht minder fesselnd sind die Darlegungen über die religiösen Fanatismus mit politischen Umsturzplänen paarenden chinesischen geheimen Sekten. Glänzend geschildert sind auch die „Schwarze Hand“ und deren Führer, der in den Belgrader Königsmord von 1902 und die Tragödie von Sarajevo so tief verstrickte Oberst Dimitriewić-Apis, nicht minder der Ku-Klux-Klan und dessen Kommerzialisierung von Vorurteilen und Haß.

Eugen Lennhoff

Die Freimaurer

5. bis 9. Tausend / 500 Seiten Text und 150 Abbildungen.

Geh. RM. 14.—, Leinen RM. 18.—

„Vossische Zeitung“, Berlin: „Verfaßt von einem Freimaurer, erstrebt das Buch dennoch in erster Linie, fern aller philosophischen Betrachtung oder subjektiven Kampfstellung, die oft geforderte Aufklärung über Tatsachen und eine Darstellung der Absichten der Freimaurer.“

A M A L T H E A - V E R L A G
Z Ü R I C H / L E I P Z I G / W I E N

Dr. Walther Rothschild / Berlin-Grünwald

Soeben erschien:

Der angeklagte Staatsanwalt

Geschichte der Verurteilung eines Unschuldigen
(Fall Frieders)

Von

Dr. J. Jastrow

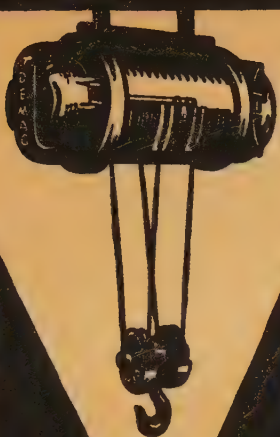
Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

IV und 232 Seiten / Groß-Oktav / 10 M.

Ein Mann von der Bedeutung und den Jahren Jastrows fühlt sich in seinem Gewissen verpflichtet, seine wertvolle Arbeitskraft einem einzelnen Rechtsfall zu widmen. Oktober 1926 wurde Oberstaatsanwalt Dr. Frieders in Weimar wegen fahrlässigen Falscheides zu Gefängnis verurteilt. In Wirklichkeit handelt es sich um das klassische Beispiel eines Milieu-Urteils: An Frieders Unschuld ist ein begründeter Zweifel nicht mehr möglich. Der Justizirrtum ist klargestellt; es sind die dunklen Machenschaften aufgedeckt, die in erkennbarem Interesse darauf hingearbeitet haben, den Irrtum hervorzubringen.

Jastrows Buch, sachlich von der ersten bis zur letzten Zeile, ist nicht nur die erste ausführliche Darstellung dieses mit so viel Erregung besprochenen Falles, sondern zugleich eine Erörterung, was geschehen muß, um ähnliche Irrtümer in Zukunft zu verhüten. Ohne die juristische Seite des Strafprozesses zu vernachlässigen, spricht der Verfasser als Lehrer der Staatswissenschaften, der die Justiz als ein Gesundheitselement des gesamten Staatskörpers aufgefaßt wissen will, und als Historiker, der die Methoden der Wahrheitsermittlung in der Geschichte auch dem Gerichtsverfahren zugute kommen lassen möchte.

Ausführlicher Prospekt mit Briefen des früheren Reichsjustizministers Prof. Dr. Radbruch und des Strafverteidigers Justizrat Dr. Mamroth steht kostenlos zur Verfügung.



Das betriebssicherste
**Elektro-
 Hebezeug**
 ist der

**DEMAG
 ZUG**

¼-5 tons Tragfähigkeit, wetter-
 fest gekapselt, daher unempfind-
 lich gegen Regen und Staub.

DEMAG
 AKTIENGESELLSCHAFT DUISBURG.

REFUTATION of the VERSAILLES WAR GUILT THESIS

by

Dr. Alfred von Wegerer

Translated from the German by E. H. ZEYDEL

"One of the most interesting war books from
 Germany this year."

Sunday Express

"Germany emerges from his researches completely
 vindicated."

Morning Post

"A book full of facts and of documents which after
 ten years throws new light on the whole war
 question Sets out to attempt to establish
 world peace on a fair and firm basis."

The Precentor of Trinity in the Cambridge Daily News

400 pp. 12s. 6d. illustrated

Alfred A. Knopf 37 Bedford Sq. London W. C. 1 England

Österreich-Ungarns letzter Krieg

Amtliche Darstellung der Kämpfe Österreich- Ungarns im Weltkrieg 1914—1918

Das Werk wird sechs Bände umfassen, von denen der erste zu Weihnachten 1929 erschienen ist. Der zweite Band erscheint im Februar 1931, je ein weiterer in den Jahren 1932 bis 1935.

Preis pro Band in Ganzleinen gebunden mit einer Kassette für die Beilagen RM. 36.—, auch zahlbar in Raten

**Verlag der
„Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“**

Wien, I., Stubenring 1

Prospekte auf Verlangen kostenlos

Pressestimmen:

Neue Freie Presse, 2. März 1930. „... Aufbau und lebendige, oft packende Schilderung des Verlaufes der Ereignisse machen das Buch nicht nur zu einer befriedigenden Lektüre, sondern auch kraft seiner klaren, nie einen Zweifel lassenden Darstellung zu einem verlässlichen, ernstesten Studienbehelf.

Lektüre und Studien werden wertvoll unterstützt durch die zahlreichen, ausgezeichneten, bis ins Detail genau jede Lage darstellenden Skizzen und Karten, die an sich allein schon ein plastisches, leicht zu erfassendes Bild über die Vorgänge und Begebenheiten des Feldzuges im ersten Kriegsjahre geben. Ich möchte diese höchst willkommenen graphischen Beilagen nach Wert, Inhalt und Schönheit als das vollkommenste bezeichnen, was es auf diesem Gebiete gibt — sie sind eine wertvolle und würdige Ergänzung des stattlichen ersten Bandes des vom österreichischen Bundesministerium für Heereswesen und vom Kriegsarchiv zur Ausgabe gelangenden großangelegten Werkes: „Österreich-Ungarns letzter Krieg.“

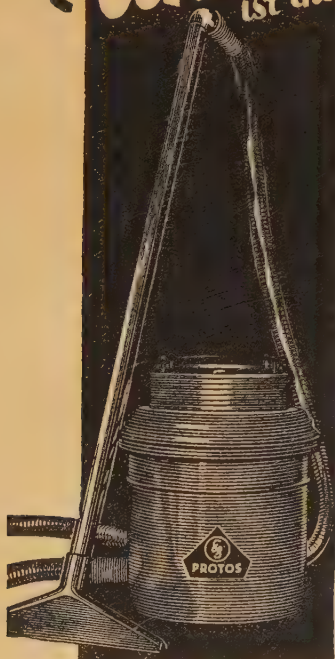
Generaloberst Artur Baron Arz.

Neues Wiener Tagblatt, 5. Juni 1929. „Das amtliche österreichische Kriegswerk wird trotz der Not des Tages auch in der Ausstattung durch Karten und Skizzenbeilagen den besten Vorkriegsüberlieferungen gerecht, was bei dem billigen Preis, zu dem das Werk bezogen werden kann, besonders anerkannt werden muß.“

Deutschösterreichische Tageszeitung, 27. August 1929. „Was die Ausstattung des Werkes mit Karten und Plänen betrifft, so ist sie für den Rahmen desselben ausreichend, in Anbetracht des Preises geradezu glänzend. Jedenfalls hat sich der rührige Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen“ ein großes Verdienst erworben.“

Wiener Neueste Nachrichten, 9. Juni 1929. „... Nicht vergessen werden darf auch der zahlreichen prächtigen Karten und Skizzen, an deren vollendete Ausführung keines der Kriegswerke des Auslandes heranreicht.“

Unerreicht ist die Summe der Vorzüge des PROTOS-Staubsaugers



**Verbessert
und verbilligt**

neuer Preis RM 150,—

Schlaufe im Doppelfilter
zum bequemen Umstülpen
und Ausschütteln.

SIEMENS-SCHUCKERT-ERZEUGNIS

Große Saugkraft: für feine und grobe Gewebe richtig abgestimmt.

Schonung der Gewebe: Kein Bürsten und kein Klopfen.

Gleich hohe Reinigungswirkung auf Fußböden, Möbeln, Wänden und Gardinen.

Unmittelbarer Übergang von der Fußboden- zur Wandreinigung oder vom Saugen zum Blasen.

Doppelfilter: Hält auch Feinststaub und Bakterien zurück.

Geräumiger Staubbehälter: Aus Stahlblech, innen und außen emalliert.

Kein Nachlassen der Reinigungswirkung, weil das Protos-Filter nicht Staub sammeln muß und somit nicht verstopft wird.

Geringster Stromverbrauch: Da hoher Wirkungsgrad bei allen Reinigungsarten.

Großes Windrad und langsam laufender Motor — nicht umgekehrt! Deshalb geräuscharm u. von langer Lebensdauer.

Vielseitige Verwendung: Zubehörteile für alle Zwecke.

Ganzmetall: Weder Pappe noch Kunststoff, deshalb hohe Widerstandsfähigkeit gegen Stoß und Fall.

**Also das dauerhafteste
Gebrauchsgerät.**



I N H A L T

	Seite
Die Diskussion im Club du Faubourg	1107
Egon Gottschalk: Die „Conventions anglo-belges“ und das Völkerrecht	1108
Adolf Diehl: Pariser Blätter über die Mobilmachungen	1128
Rudolf Kiszling: Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien	1130
„Slovenski Jug“	1142
Gunther Frantz: Die Wiederherstellung Polens im Rahmen der russischen Kriegsziele	1156
Norbert von Baumbach: Die Bedrohung Schwedens durch die russische Flotte bei Kriegsausbruch	1163
Die deutschen militärischen Maßnahmen vor Anordnung der Mobil- machung	1169
Alfred von Wegerer: „Die Tragödie der Bundesgenossen“	1179
Der erste Balkankrieg (Fortsetzung)	1184
Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau	1195

*

Die Diskussion im Club du Faubourg.

Die Streichung des § 231 ein Gebot der Gerechtigkeit!

Die Diskussion im Club du Faubourg ist wohl das Bedeutendste, was sich 1930 in Frankreich in der Kriegsschuldfrage ereignet hat.

Die Schriftleitung.

Am 8. November 1930 hat im Club du Faubourg unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Herrn Léo Poldès, eine Diskussion über die Kriegsschuldfrage stattgefunden, die von der „Neuen Pariser Zeitung“ mit Recht als eine „historische Tat“ bezeichnet wird. Den Ausgangspunkt der Diskussion bildete das bekannte Buch von Poincaré und Gerin „Les Responsabilités de la Guerre“, das wir im Juliheft der „Berliner Monatshefte“ eingehend besprochen haben. Nach den Gepflogenheiten des Klubs war Gerin die Aufgabe gestellt worden, die in seinem Buch niedergelegten Ansichten zu verteidigen. Nach der „Neuen Pariser Zeitung“ vom 12. November führte Herr Gerin dabei folgendes aus:

„Jeder muß das Recht haben, seine Meinung frei zu äußern. Diese Diskussion bedeutet ein Suchen nach Wahrheit. Denn die These der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege ist eine Lüge und Infamie. Die französische Regierung hatte den Krieg gewünscht und von langer Hand vorbereitet . . .

Die Dokumente hat man am Quai d'Orsay gefälscht, um damit eine Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege beweisen zu können. Diese Tatsache ist ein Verbrechen gegen Wahrheit, Gerechtigkeit und Moral, und Frankreichs unwürdig. Das Wachsen der radikalen Strömungen in Deutschland stellt ein Wiedererwachen des deutschen Nationalbewußtseins dar. Das kann niemand Deutschland zum Vorwurf machen. Um so mehr müssen diese Angriffe auf die Ehre Deutschlands im Interesse eines dauernden Friedens vermieden werden. Die Streichung des Paragraphen, der von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege spricht, hat nichts mit Schwäche zu tun, sondern ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Einer Gerechtigkeit, die für ein humanes Land, wie Frankreich, Selbstverständlichkeit sein sollte, und worin es sich nicht von einem anderen Lande, etwa von Amerika, zuvorkommen lassen darf. Frankreich darf seine Hand nicht länger zu einem Verbrechen im Namen der Brüderlichkeit bieten.“

Die „Conventions anglo-belges“ und das Völkerrecht.*)

Von Egon Gottschalk.

I.

Die im 3. Band der englischen Aktenpublikation veröffentlichten Dokumente über die Besprechungen zwischen dem britischen Militärattaché in Brüssel, dem Oberstleutnant Barnadiston, und dem belgischen Generalstabschef Ducarne zu Beginn des Jahres 1906, die Veröffentlichung der Memoiren Lord Carnocks (Sir Arthur Nicolson¹⁾) und die Arbeit Hosses²⁾ haben erneut die Frage nach der Bedeutung der 1914 in Brüssel aufgefundenen „Conventions anglo-belges“ aufwerfen lassen. Hat Hosse die Notwendigkeit betont, die bisher mehr politische Wertung der belgischen Dokumente vom militärischen Gesichtspunkt aus einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, so wird man nicht umhin können, die auf Grund des heute vorliegenden Tatsachenmaterials gewonnenen Feststellungen politisch-militärischer Natur erneut auch in rechtlicher Hinsicht auf ihre Bedeutung für die Neutralitätsfrage zu untersuchen. Nach den ausführlichen Betrachtungen, die gerade an dieser Stelle den „Conventions anglo-belges“ in letzter Zeit zuteil geworden sind,³⁾ konnten die folgenden Darlegungen im wesentlichen auf die ergänzenden rechtlichen Gesichtspunkte des Problems beschränkt werden.

Die Beurteilung, die die „Conventions anglo-belges“ bisher gefunden hatten, war keineswegs zu allen Zeiten eine gleiche. In den ersten Veröffentlichungen der „Conventions“ in der „Norddeutschen

*) Sonderdrucke dieses Aufsatzes sind zum Preise von 0,50 RM. durch den Quaderverlag G. m. b. H., Berlin NW 6, zu beziehen.

¹⁾ Sir Arthur Nicolson, Bart. First Lord Carnock. By Harold Nicolson, London 1930.

²⁾ Carl Hosse, Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg, Amalthea Verlag, 1930.

³⁾ Vgl. die Aufsätze von Schwertfeger, Entente cordiale, Marokkokrisis und die „Conventions anglo-belges“ von 1906 im Juli-Heft 1929 der Berliner Monatshefte und von August Bach. Die „Conventions anglo-belges“ im Lichte neuer Dokumente, Berliner Monatshefte Juni 1930 S. 547 ff.

Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Oktober und 25. November 1914, die bekanntlich unter keinem glücklichen Stern standen und durch Übersetzungs- und Flüchtigkeitsfehler der feindlichen Propaganda wirksame Gegenwaffen in die Hand spielten, war der Standpunkt vertreten worden, daß die belgische Regierung „sich eine schwere Verletzung der ihr als neutraler Macht obliegenden Pflichten hat zuschulden kommen lassen“. Die aufgefundenen Dokumente würden das militärische Vorgehen Deutschlands rechtfertigen.⁴⁾ Während am 27. August 1915 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die ausdrückliche Feststellung getroffen wurde, „daß deutscherseits ein Versuch, den deutschen Einmarsch in Belgien nachträglich mit dem schuldhaften Verhalten Belgiens zu rechtfertigen, niemals gemacht worden ist“,⁵⁾ wurde jedoch in Deutschland eine solche Rechtfertigung des Einmarsches während des Krieges mehrfach, vor allem von wissenschaftlicher und publizistischer Seite, versucht. In der Note der deutschen Regierung an die neutralen Regierungen vom 11. Januar 1917 wurde betont, daß die belgische Regierung nicht immer die Pflichten beobachtet habe, die ihr ihre Neutralität auferlegte. „Schon vor dem Kriege hat Belgien unter Einwirkung Englands sich militärisch an England und Frankreich angelehnt und damit den Geist der Verträge selbst verletzt, die seine Unabhängigkeit und seine Neutralität sicherstellen sollten.“⁶⁾ In der von der deutschen Friedensdelegation am 27. Mai 1919 in Versailles überreichten Denkschrift von Hans Delbrück, Max Weber, Max Graf Montgelas und Albrecht Mendelssohn Bartholdy wurde bedauert, daß „eine nachträgliche Rechtfertigung des deutschen Einmarsches versucht wurde“, und auch Bernhard Schwertfeger kam nach sorgfältiger Würdigung des vorliegenden Materials in seinem 1919 veröffentlichten Buche „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität“ zu dem Schluß, „daß es deutscherseits besser gewesen wäre, die „Conventions anglo-belges“ nicht in dem Sinne auszuwerten, wie es deutscherseits im übereilenden Drange der ersten Kriegsmomente geschehen ist.“⁷⁾ Der Frage, ob auf Grund des neu hinzugekommenen Materials eine Revision dieser Beurteilung notwendig ist, seien zunächst die allgemeinen rechtlichen Grundsätze, die für das Problem von maßgebender Bedeutung sind, vorangeschickt.

⁴⁾ Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1885 bis 1914, 2. Kommentarband (gleichzeitig zweite Auflage des 1919 erschienenen Buches von Bernhard Schwertfeger, „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität“) S. 96 f. Dieser Band ist im Folgenden kurz als „Belg. Dokum.“ zitiert.

⁵⁾ Belg. Dokum. S. 113.

⁶⁾ Belg. Dokum. S. 115.

⁷⁾ Schwertfeger a. a. O. S. 94, Belg. Dokum. S. 64.

II.

Im Gegensatz zu der freiwillig im konkreten Fall von einem Staat erklärten Neutralität wird durch die Neutralisation ein Staat vertraglich verpflichtet, dauernd in Kriegs- und Friedenszeiten Neutralität zu bewahren, d. h. an Kriegen anderer Staaten in keiner Weise teilzunehmen. Durch die Unverletzlichkeit seines Staatsgebietes soll der neutralisierte Staat allen Feindseligkeiten entzogen sein. Die wesentlichste Beschränkung seiner Souveränität ist der Ausschluß des Kriegsführungsrechts (*ius belli ac pacis*). Im Gegensatz zu älteren Anschauungen, denen ursprünglich auch die belgische Landesverteidigung Rechnung trug, ist es vor dem Kriege herrschende Meinung gewesen, daß der neutralisierte Staat zur Verteidigung der ihm auferlegten Neutralität verpflichtet ist und daher schon in Friedenszeiten sein Verteidigungssystem auf alle Kriegseventualitäten, die eine Verletzung seiner Neutralität zur Folge haben könnten, in wirksamer Weise einstellen muß.⁸⁾ Die bewaffnete Verteidigung ist nicht Verletzung, sondern Erfüllung der Neutralitätspflichten.⁹⁾ Aus dem Begriff der dauernden Neutralität, insbesondere ihrer Zweckbestimmung, wobei auch ihre Entstehungsgeschichte nicht ohne Bedeutung ist, ergeben sich die einzelnen Rechte und Pflichten des dauernd neutralen Staates. Der Ausschluß des Kriegsführungsrechts mit Ausnahme des Rechts und der Pflicht der Verteidigung hat eine entsprechende Beschränkung des Bündnisrechts für den neutralisierten Staat zur Folge. Es entspricht dies dem wesentlichen Begriffsinhalt der Neutralität, der Pflicht zur absoluten Unparteilichkeit.¹⁰⁾

Dem Verbot des Offensivkrieges entspricht die Unzulässigkeit des Abschlusses von Offensivbündnissen.¹¹⁾ Nicht unbestritten ist dagegen die Frage des Rechts neutralisierter Staaten auf Abschluß von Defensivbündnissen. Keinesfalls darf ein neutralisierter Staat ein Bündnis zur Verteidigung eines anderen Staates abschließen.

⁸⁾ Vgl. Despagnet, *Cours de traité international public*, Paris 1899, S. 183; Piccioni, *Essai sur la neutralité perpétuelle*, Paris 1902, S. 111 f.; Bonfils, *Manuel de droit international public*, Paris 1914, S. 229; Krauel, *Neutralität, Neutralisation und Befriedung im Völkerrecht* 1915 S. 45 f.; Art. 3 des V. Haager Abkommens v. 18. Okt. 1907.

⁹⁾ Funck-Brentano et Sorel, *Précis du droit des gens*, Paris 1877, S. 368.

¹⁰⁾ Krauel a. a. O. S. 47; Hatschek, *Völkerrecht als System rechtlich bedeutsamer Staatsakte*, 1923, S. 322; Oppenheim, *International Law*, London 1921, II., S. 401 f., 422 ff.

¹¹⁾ „Jede angriffsweise militärische Aktion oder deren diplomatische Vorbereitung ist ihm untersagt.“ (Moye, *le droit des gens moderne*, Paris, 1920, S. 196.)

Fraglich ist dagegen die Zulässigkeit eines Defensivbündnisses zum Schutze des neutralisierten Staates unter der Voraussetzung einer Verletzung der Neutralität. Namentlich die belgische Völkerrechtstheorie erklärte solche Bündnisse als vereinbar mit dem Wesen dauernder Neutralität. Belgien könne Bündnisse schließen, „welche zum Ziele seine eigene Verteidigung und die Aufrechterhaltung seiner Neutralität haben.“¹²⁾ ¹³⁾ Diese von der belgischen Völkerrechtswissenschaft der Vorkriegszeit vertretene, aus der ungemein schwierigen militärisch-politischen Lage des unter seiner Neutralität mehr und mehr leidenden Belgien leicht erklärliche Auffassung ist jedoch überwiegend und mit Recht auf Ablehnung gestoßen. Der leitende, dem Wesen dauernder Neutralität abgewonnene Grundsatz ist die Verpflichtung des neutralisierten Staates, schon in Friedenszeiten jede Politik und jede vertragliche Verpflichtung zu vermeiden, die ihn auch nur im geringsten der Gefahr aussetzt, dem Zweck seiner Neutralisation entgegen in einen Krieg verwickelt zu werden. Diesem Grundsatz würde die Zulässigkeit des Abschlusses von Defensivbündnissen widersprechen. Mit besonderer Schärfe ist diese Auffassung vor allem von französischen Völkerrechtsgelehrten wie Fauchille, Despaget, Piccioni, Funck-Brentano-Sorel zum Ausdruck gebracht worden. Der neutralisierte Staat darf „keinen Bündnisvertrag, noch im allgemeinen irgendwelche Verpflichtungen eingehen, welche die Staaten in Hinsicht auf den Krieg verpflichten. . . Er soll infolgedessen jede politische Handlung vermeiden, welche ihn zu derartigen Verpflichtungen führen würde.“¹⁴⁾ Der entscheidende Gesichtspunkt hierbei ist die Gefahr, durch das Defensivbündnis zu sehr durch Rücksichtnahme auf die Politik des Verbündeten gebunden zu werden. Dies ist vor allem von Fourgassié sehr gut zum Ausdruck gebracht worden:

„Wenn ein Staat in der Lage Belgiens jederzeit mit einer gegebenen Macht übereinkommen könnte, daß diese seine Neutralität in dem Falle, wo sie aufs Spiel gesetzt sein wird, verteidigen solle, hätte die Schlußfolgerung aus einem solchen Ver-

¹²⁾ Arendt, *Essai sur la neutralité de la Belgique*, Brüssel und Leipzig 1845, S. 91 ff.

¹³⁾ Vgl. ferner Nys, *Le droit international*, II., S. 428: „Ein Vertrag, dessen unmittelbare Folge die Beteiligung an Kriegshandlungen sein würde, ist mit dem Wesen der dauernden Neutralität selbst zweifellos unvereinbar. Keineswegs liegt es aber ebenso bei einem Vertrag, dessen unmittelbare Wirkung einzig und allein der Schutz vor einem anderen Staate sein soll, welcher seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat, die dauernde Neutralität nicht zu achten.“ Ebenso Rivier, *Lehrbuch des Völkerrechts*, 1899, § 48, IV.

¹⁴⁾ Funck-Brentano-Sorel a. a. O. S. 153.

trag zum unvermeidlichen Ergebnis, daß man den Mitkontrahenten auf den neutralen Staat einen übermäßigen Einfluß gewinnen läßt, welcher unvereinbar mit dem Wesen der Neutralität ist, nämlich das Gleichgewicht der Mächte in ihren Beziehungen zu dem neutralisierten Staat zu schützen. Noch mehr, in diesem Falle würde der Neutrale zwangsläufig dahin geführt, eine Außenpolitik zu verfolgen, die derjenigen seines Verbündeten angepaßt ist, und würde auf diese Weise, wenn nicht von Rechts wegen, so doch zum mindesten tatsächlich die Unabhängigkeit verlieren, die unerläßlich ist, um stets im Frieden bleiben zu können.“¹⁵⁾

Es ist daher davon auszugehen, daß grundsätzlich dem neutralisierten Staat jedes Defensivbündnis untersagt ist.¹⁶⁾ Nur im Falle eines bereits erfolgten oder unmittelbar bevorstehenden Angriffs auf den neutralisierten Staat ist der Abschluß eines Defensivbündnisses zulässig.¹⁷⁾ Dies entspricht dem Recht und der Pflicht der Verteidigung. Kommt als Bundesgenosse wie bei Belgien nur eine Garantiemacht *de facto* in Frage und als präsumtiver Verletzer der Neutralität ebenfalls nur der eine oder andere Garant, so bringt der mit einem Bündnis verbundene Austausch der geheimsten militärischen und strategischen Absichten des Neutralisierten eine mit Unparteilichkeit unvereinbare Bevorzugung einer einzelnen Garantiemacht mit sich. Endlich darf auch nicht vergessen werden, daß entstehungsgeschichtlich Belgien im europäischen Interesse gegenüber den Annexionsbestrebungen Frankreichs die Neutralität auferlegt worden war als „die letzte, unerwartete Modifikation, der Abschluß des alten Barriersystems.“¹⁸⁾ Dieser Rechtslage entsprach im übrigen die von dem belgischen Generalstabschef Ducarne selbst im Jahre 1900 vertretene Auffassung, daß sich für den dauernd neutralen Staat nicht nur der Abschluß irgendeiner Offensivallianz, sondern in gleicher Weise auch jedes Defensivbündnis verbiete.¹⁹⁾

Was für das förmliche Bündnis gilt, muß ebenso für den Abschluß einer Militärkonvention gelten, die ja ein Bündnis voraussetzt oder in sich schließt. Militärkonventionen bezwecken die ins

¹⁵⁾ Fourgassié, *De la neutralité de la Belgique*, Paris 1902, S. 135 ff.

¹⁶⁾ Vgl. Liszt, *Lehrbuch des Völkerrechts*, 1918, S. 56; Krauel a. a. O. S. 43; Hatschek a. a. O. S. 64; Gareis in *Wörterbuch des Völkerrechts u. d. Diplomatie*, II., S. 120; v. Kirchenheim, *WdV. I.*, S. 33.

¹⁷⁾ So ausdrücklich Piccioni a. a. O. S. 100; Fourgassié a. a. O. S. 133, 136, Bonfils a. a. O. S. 228.

¹⁸⁾ Fourgassié a. a. O. S. 8; vgl. auch zu der ganzen Frage Gottschalk, *Frankreich u. das neutralisierte Belgien, Völkerrechtliche Studien zur Verletzung der belgischen Neutralität*, 1926, S. 109 ff.

¹⁹⁾ *Mémoire Ducarne*, Belg. Dokum. S. 42.

einzelne gehende Vorbereitung und Planung kooperativen militärischen Handelns bei Eintritt des casus foederis. Sie sind die militärischen Ergänzungen der politischen Vereinbarungen. Sie bedürfen, wie jeder Staatsvertrag, wenn sie bindend sein sollen, der Zustimmung der für ihren Abschluß völkerrechtlich und staatsrechtlich legitimierten Staatsorgane. Es erhebt sich daher in erster Linie die Frage, ob eine Militärkonvention im Rechtssinn in den „Conventions anglo-belges“ überhaupt erblickt werden kann. Hosse hat diese Frage bejahen zu müssen geglaubt.²⁰⁾ Die Frage nach der Bindung der „Conventions“ läßt sich rein formal nicht beantworten. Eine nähere Betrachtung der Militärkonventionen im Hinblick auf die durch die Staatenpraxis gestellten Anforderungen für eine die Kontrahenten bindende Verpflichtung ist unerlässlich.

III.

Die französisch-russische Militärkonvention vom 17. August 1892 beruhte auf einem diplomatischen Abkommen, abgeschlossen durch Briefwechsel zwischen dem russischen Minister des Äußern von Giers (9./21. Aug. 1891), dem russischen Botschafter in Paris Baron Mohrenheim (15./27. Aug. 1891) und Ribot (15./27. Aug. 1891). Dieses diplomatische Abkommen war zwischen den völkerrechtlich legitimierten Staatsorganen, dem Zaren und der russischen Regierung einerseits, dem Präsidenten und der Regierung Frankreichs andererseits, durch ausdrückliche Zustimmungserklärung abgeschlossen worden. Die Militärkonvention selbst wurde durch den Briefwechsel zwischen von Giers vom 15./27. Dez. 1893 und dem französischen Botschafter in Petersburg de Montebello vom 23. Dez. 1893/4. Jan. 1894 als bindende Vereinbarung in Kraft gesetzt. Die militärisch zuständigen Instanzen hatten die Konvention nur als Entwurf abgeschlossen und abschließen können. Rechtlich bindend wurde die Konvention erst durch die in dem erwähnten Briefwechsel ausdrücklich festgestellte Genehmigung der kompetenten politischen Organe. Auch die Erneuerung der französisch-russischen Allianz ist gleichzeitig mit der Erneuerung der Militärkonvention durch förmlichen diplomatischen Briefwechsel zwischen dem russischen und französischen Minister des Äußern vom 28. Juli/9. August 1899 erfolgt. Ebenfalls von den völkerrechtlich zum Abschluß von Staatsverträgen zuständigen Organen wurde die russisch-bulgarische Militärkonvention vom Dezember 1909 abgeschlossen. Das gleiche gilt von der bulgarisch-serbischen Militärkonvention vom 29. August 1912. Nach Art. IV des vorangegangenen bulgarisch-serbischen

²⁰⁾ Hosse a. a. O. S. 47.

Freundschafts- und Bündnisvertrages vom 29. Februar 1912 wurde die Militärkonvention „zur vollständigen und zweckmäßigsten Erfüllung“ dieses Vertrages abgeschlossen und sollte als integrierender Bestandteil des Vertrages gelten. Nach dem französisch-russischen Briefwechsel vom 28. Juli/9. Aug. 1899 stellte die Militärkonvention „die Ergänzung“ des diplomatischen Abkommens dar. An dieser Zweckbestimmung ist auch für die Beurteilung der „Conventions“ festzuhalten.

Militärkonventionen sind nach der Staatenpraxis Teil oder Ausfluß von Allianzen, ihre Zulässigkeit beurteilt sich nicht anders wie die Zulässigkeit der Bündnisschließung überhaupt und ihre rechtliche Wirksamkeit ist abhängig von der Zustimmung der zum Vertragsschluß völkerrechtlich berufenen Staatsorgane. Während im Kriegsfall die militärischen Oberbefehlshaber weitgehend zum Abschluß von sogenannten Kriegsverträgen legitimiert sind, gilt dies nicht für in Friedenszeiten abgeschlossene Militärkonventionen, die ohne Zweifel weitestgehenden und bindend wirkenden Einfluß auf die Außenpolitik der beteiligten Staaten ausüben. Wie steht es bei Anwendung dieser Grundsätze mit den „Conventions“? Man würde dieser Frage nicht gerecht werden, wenn man nicht gleichzeitig auch die englisch-französischen Militär- und Marinebesprechungen der Vorkriegszeit auf ihren verpflichtenden Charakter hin einer Prüfung unterziehen würde.

IV.

Nahezu gleichzeitig wie die englisch-belgischen Besprechungen, in der Gewitterschwüle des Vorabends der Konferenz von Algeciras (16. 1. 1906), sind auch die offiziellen Besprechungen zwischen den Generalstäben und Admiralitäten Englands und Frankreichs in die Wege geleitet worden. Eine inoffizielle Fühlungnahme zwischen dem französischen Militärattaché in London und dem Militärberichterstatler der „Times“, dem Oberst a. D. Repington, war kurz zuvor vorangegangen. Da das englisch-französische Marokko-Abkommen vom 8. April 1904 England nur zur diplomatischen Unterstützung Frankreichs verpflichtete, richtete am 10. Januar 1906 der französische Botschafter in London, Paul Cambon, die entscheidende Frage an Grey, ob Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs auf Englands Waffenhilfe zählen könne. Infolge der Abwesenheit der übrigen Kabinettsmitglieder von London wegen der bevorstehenden englischen Wahlen lehnte es Grey ab, mehr als seiner persönlichen Ansicht Ausdruck zu geben. Cambon erklärte, daß ihn ein Neutralitätsversprechen nicht befriedige und er nach den Wahlen seine Frage wiederholen werde.

Auf Einzelheiten dieser historisch so bedeutsamen Vorgänge soll hier nicht eingegangen werden. Wichtig im vorliegenden Zusammenhang ist jedoch, daß Cambon bei dieser ersten Unterredung am 10. Januar 1906 den Vorschlag eines inoffiziellen Gedankenaustausches zwischen der britischen Admiralität, dem britischen Kriegsministerium und dem französischen Marine- und Militärattaché machte, wie er bereits in gewissem Sinne schon stattgefunden hätte und fortgesetzt werden könnte, und zwar darüber, „was zweckmäßig zu geschehen hätte, falls die beiden Länder in einem solchen Kriege verbündet wären“. „Dadurch würde keiner Regierung eine Verpflichtung auferlegt.“ Grey „widersprach dieser Ansicht nicht“.²¹⁾ Auf der ihm am nächsten Tage von Cambon vorgelegten Kopie des von letzterem nach Paris über die Unterredung gesandten Schreibens vermerkte Grey, er sei damit einverstanden, daß der Gedankenaustausch „in gehöriger Weise fortgesetzt wird, d. h. mit Wissen der offiziellen Chefs der Admiralität und des Kriegsministeriums Der Austausch darf lediglich provisorisch und muß unverbindlich sein“.²²⁾

Als Cambon am 31. Januar 1906 die Frage wiederholte, konnte Grey bereits feststellen, daß seit der ersten Unterredung „ein erheblicher Fortschritt gemacht worden sei“. Die Militär- und Marinebehörden der beiden Länder hätten miteinander in Verbindung gestanden, und er nehme an, „daß alle Vorbereitungen getroffen seien, so daß, wenn eine Krise entstände, mangels einer formellen Verpflichtung keine Zeit verlorengegangen wäre“.²³⁾ Grey erklärte sich im übrigen außerstande, eine förmliche Verpflichtung der englischen Regierung eingehen zu können, ohne die Frage dem Kabinett vorzulegen, was Schwierigkeiten ergeben könnte. Auch könne eine Umwandlung der „Entente“ in ein Defensivbündnis dem Parlament nicht verheimlicht werden. Aber seine persönliche Ansicht über etwaige englische Waffenhilfe ging doch so weit, daß Cambon von dem Ergebnis der Unterredung durchaus zufrieden war.²⁴⁾

Für unsere Betrachtung ist aus diesen Vorgängen festzuhalten einmal, daß die englisch-französischen Militär- und Marinebesprechungen Ausfluß eines zwar nicht formalrechtlich bestehenden, jedoch hypothetisch zugrunde gelegten Defensivbündnisses waren, ferner bereits bis zum 31. Januar zu einem Abschluß gelangt waren, der sachlich einer rechtlich verpflichtenden Kon-

²¹⁾ Britische Dokum. III, Nr. 210 a, S. 273 (deutsche Ausgabe).

²²⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 212, Anl. 2, S. 277.

²³⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 219, S. 287.

²⁴⁾ Memorandum von Lord Sanderson, Brit. Dokum. III, Nr. 220 b, S. 293.

vention in allem gleichkam, und daß endlich außer Grey der Premierminister Campbell Bannerman, der Kriegsminister Haldane und auch der englische König ²⁵⁾ Kenntnis von diesen Besprechungen erhalten hatten. Die übrigen Kabinettsmitglieder sind 1906 von Grey nicht unterrichtet worden, ebenso auch nicht die Mitglieder des Reichsverteidigungsausschusses.²⁶⁾ Eine rechtsverbindliche Militär- und Marinekonvention im formellen Sinn ist also 1906 nicht abgeschlossen worden. Grey wollte formell dem Kabinett „freie Hand“ lassen, eine Auffassung, der Grey dahin Ausdruck gab, daß Bündnisse, insbesondere kontinentale Bündnisse, mit den englischen Traditionen nicht im Einklang seien, England jedoch bei einem aus dem Marokkoabkommen entspringenden Krieg nicht beiseite stehen könnte.²⁷⁾ Auch noch in dem späteren, so bedeutungsvollen Briefwechsel zwischen Grey und Cambon vom 22. und 23. November 1912 wird an der These festgehalten, „daß die Beratungen der Fachleute kein Engagement der Regierungen bedeuten und auch nicht als ein Engagement angesehen werden sollen, einander in irgendeinem Streitfalle, der noch nicht eingetreten ist und vielleicht auch nie eintreten wird, beizustehen“.

Unter diesem formalrechtlichen Vorbehalt wurden die militärischen und maritimen Besprechungen geführt, die zu ganz konkreten Abmachungen, wie die 1912 erfolgte Verteilung der französischen und britischen Seestreitkräfte, führten, zu „Plänen der Generalstäbe“, die nur noch der Entscheidung der Regierungen im Streitfall harrrten, „in welchem Ausmaß sie durchzuführen seien“. Diese „Pläne der Generalstäbe“, wie der Briefwechsel Grey-Cambon besagt, waren de facto nach den Worten Poincarés nichts anderes wie „Militär- und Marinekonventionen“ („Les Origines de la Guerre“, Paris 1921, S. 80). Die Form des Briefwechsels steht einer staatsvertraglichen Vereinbarung nicht entgegen, wenn er die Zustimmung der völkerrechtlich kompetenten Staatsorgane gefunden hat. Der Briefwechsel Grey-Cambon hat am 30. Oktober 1912 die Billigung des britischen Kabinetts gefunden. Er stellte völkerrechtlich eine bindende Vereinbarung dar. Cambon ging 1906 davon aus, daß selbst eine mündliche Zusage der britischen Regierung für eine Bündnisschließung ausreichend sei, dem gegenüber Grey lediglich den Einwand erhob, das Kabinett würde sich sagen, „das sei eine zu ernste Sache, um durch eine mündliche Zusage erledigt zu

²⁵⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 219, S. 290 u. Nr. 220 b, S. 295.

²⁶⁾ Vgl. die Erklärung von Lord Sydenham vom 19. Juli 1927, Brit. Dokum. III, Nr. 221 a, S. 295 f.

²⁷⁾ Grey an den britischen Botschafter in Paris Sir F. Bertie am 15. 1. 1906 Brit. Dokum. III, Nr. 216, S. 283.

werden, dies müsse vielmehr schriftlich geschehen“. Auch sei der Abschluß eines Defensivbündnisses eine zu ernste Sache, um vor dem Parlament geheimgehalten zu werden. „Die Regierung könne es ohne die Zustimmung des Parlaments schließen, aber es würde später veröffentlicht werden müssen.“ Dies entsprach dem englischen Staatsrecht, wonach der formelle Vertragsschluß zwar ausschließlich Sache der königlichen Prerogative ist, den Staat belastende Verträge jedoch eines besonderen Gesetzgebungsaktes zu ihrer Durchführung bedürfen.²⁸⁾ Der Briefwechsel Grey-Cambon stellte die Grenze dar, „bis zu der die Regierung sich fraglich binden könne, ohne das Parlament in irgendeiner Weise von den Verpflichtungen in Kenntnis zu setzen, die sie eingehe“.²⁹⁾ Rechtlich bestand lediglich die Verpflichtung, in den vorausbestimmten Fällen die Frage gemeinsamen Vorgehens zu prüfen, nicht dagegen die Verpflichtung, in diesen Fällen gemeinsam vorzugehen. Da jedoch für den Bejahungsfall alle erforderlichen militärischen und maritimen Vereinbarungen bis in alle Einzelheiten vorbereitet waren, bedeutete der ganze formalrechtliche Vorbehalt politisch betrachtet eine unhaltbare Zweideutigkeit. Die materielle Bedeutung der Besprechungen hat treffend vor allem E. D. Morel hervorgehoben.³⁰⁾ Die Auffassung, daß die Besprechungen tatsächlich bindenden Charakter hatten, wurde von den maßgebenden Personen allgemein geteilt. So hat Iswolski in seinem Bericht aus Paris vom

²⁸⁾ Vgl. Hatschek, WdV. II, S. 657.

²⁹⁾ Memorandum von Lord Sanderson vom 2. Februar 1906, Brit. Dokum. III, Nr. 220, b, S. 294.

³⁰⁾ „Unter Diplomaten bedeuten ‚Besprechungen‘ Erörterungen, Verhandlungen, kurz Gespräche, die vielleicht zu Handlungen führen, vielleicht aber auch nicht. Dagegen sind ‚Besprechungen‘ zwischen Militärs verschiedener Länder, die die Bewegungen großer Truppenkörper in praktischen Einzelheiten auszuarbeiten haben, *H a n d l u n g e n*, die wieder andere Handlungen nach sich ziehen und in hundert verschiedenen Zentren eine komplizierte und heikle Maschinerie in Bewegung setzen. Wenn zwei Regierungen ihre General- und Admiralstäbe ermächtigen, sich über eine eventuelle Aktion zu Lande und zu Wasser gegen einen gemeinsamen möglichen Gegner zu besprechen, dann setzen sie die gesamte Kriegsmaschinerie in Bewegung. Dabei wird eine Wechselbeziehung von besonders intemem Charakter geschaffen, die auf unendlich vielen direkten und indirekten Wegen auf die Politik der beiden Regierungen zurückwirkt. Man übernimmt damit gegenseitige Verpflichtungen in materiellem, nicht offiziellem Sinne. Regierungen, die zu solchen ‚Besprechungen‘ ihre Ermächtigung erteilen, haben einen endgültigen Schritt unternommen, den sie nur widerrufen können, indem sie damit freundschaftliche Beziehungen in unfreundliche verwandeln . . .“ E. D. Morel, „Truth and the War“, London, 1918, deutsche Ausgabe: E. D. Morel, Der Mann und sein Werk, 1925, S. 224 ff., S. 430, zit. bei Hermann Lutz, Lord Grey und der Weltkrieg. Berlin 1927, S. 74.

5. Dezember 1912 in richtiger Erkenntnis der Tragweite der „Besprechungen“ gegenüber dem britischen Vorbehalt der Handlungsfreiheit hervorgehoben, daß die „bestehenden Abmachungen“ zu Lande und zu Wasser in allerletzter Zeit eine noch größere Erweiterung erfahren hätten, „so daß augenblicklich die englisch-französische Militärkonvention ebenso in allen Einzelheiten ausgearbeitet und erschöpfend ist wie die französisch-russische. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die erstere nur die Unterschrift der Chefs der beiden Generalstäbe trägt und daher gewissermaßen für die Regierung nicht bindend ist“.³¹⁾ Paléologue sprach von „Abkommen“,³²⁾ Haldane, mit dessen Zustimmung 1906 die Besprechungen eingeleitet worden sind, von „Kontrakt“.³³⁾ Durch die Besprechungen und die daraus hervorgegangenen militärischen und maritimen Abmachungen, wie die Entblößung der französischen Nordküste von französischen Seestreitkräften, wurde England de facto genau so gebunden wie durch ein formelles Defensivbündnis, es war mit den Worten Austen Chamberlains vom 8. Februar 1922 „ehrempflichtig derart gebunden, wie es nie zuvor gebunden war“.³⁴⁾ Die „lediglich provisorisch und unverbindlich“ geführten „conversations“ als typische Folgeerscheinung einer die große, aber beengende Form des Staatsvertrages beharrlich vermeidenden, von den Verhandlungspartnern als eine durchaus befriedigende Übung hingenommenen Außenpolitik bewirkten zwangsläufig ihrem ganzen Wesen nach zwar keinen völkerrechtlich verpflichtenden „Pakt“, wohl aber eine „Ehrenverpflichtung“.

³¹⁾ Iswolski an den russischen Außenminister am 22. Nov./5. Dez. 1912, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, Bd. 2 Nr. 608 S. 377 ff.

³²⁾ Diplomat. Schriftwechsel, Bd. 4 Nr. 1344 S. 115, vgl. Lutz a. a. O. Note 79, S. 298.

³³⁾ Viscount Haldane, „Before the War“, London 1920, S. 35, vgl. hierzu vor allem die eingehende Materialzusammenstellung bei Lutz a. a. O. S. 66 ff. und die entsprechenden Fußnoten. Vgl. vor allem auch die Auffassung des Zaren. Als am 3. 4. 1914 der britische Botschafter in Petersburg Buchanan den Zaren auf die Undurchführbarkeit seiner Anregung eines englisch-russischen Defensivbündnisses hinwies, bemerkte der Zar, England könnte „jedenfalls ein ähnliches Übereinkommen schließen, wie es zwischen S. M. Regierung und der Regierung der französischen Republik bestünde“. Brit. Dokum. z. Ausbruch d. Weltkriegs I Nr. 125, S. 150.

³⁴⁾ Vgl. Lutz a. a. O. S. 76 ff. und Note 109 S. 301 mit zahlreichen Belegen für das Vorliegen einer „Ehrenverpflichtung“; ferner auch Lord Morleys Memorandum on Resignation, Berliner Monatshefte, Januar 1929, S. 11, vor allem S. 8: „Wir seien zu keiner unmittelbaren Angriffshandlung gebunden, außer bei einem feindlichen Vorgehen gegen Frankreich im Kanal oder in der Nordsee.“ (Grey im Kabinettsrat am 2. August 1914.)

Französische Grenzbefestigungen 1914



Erläuterung: Die Skizze veranschaulicht die starken französischen Grenzbefestigungen im Jahre 1914 und veranschaulicht somit die strategische Notwendigkeit des Durchmarsches durch Belgien und Luxemburg.

V.

Diese Feststellung ist auch entscheidend für die Beurteilung der „Conventions anglo-belges“, die nicht nur gleichzeitig mit den englisch-französischen Besprechungen, sondern sogar durch das gleiche Schriftstück, das Schreiben Lord Sandersons, des Permanenten Unterstaatssekretärs im Foreign Office, vom 15. Januar 1906⁸⁵⁾ in die Wege geleitet wurden. Der britische Militärattaché in Brüssel, Oberstleutnant Barnadiston, erhielt im Einverständnis des Außenministers (Grey) und des Kriegsministers (Haldane) den Auftrag, an die belgischen Militärbehörden „ähnliche Anfragen“ über die Art und Weise zu richten, „wie Belgien zur Verteidigung seiner Neutralität notfalls britische Hilfe am wirksamsten geleistet werden könnte“. Dieser Gedankenaustausch dürfe „lediglich provisorisch und unverbindlich“ sein. „Dies sind seine genauen Worte, und Sie müssen sich streng auf den Spielraum seiner Weisungen beschränken“, teilte am 16. Januar der britische Generalstabschef Grierson an Barnadiston mit.⁸⁶⁾ Die Militärbesprechungen Englands mit Frankreich und Belgien hatten demnach den gleichen einheitlichen Ausgangspunkt, dienten dem gleichen Ziele eines hypothetischen Bündnisfalles und standen bezüglich ihres bindenden Charakters unter den gleichen formalen Vorbehalten seitens Englands.

Bereits am 18. Januar 1906 suchte Barnadiston auftragsgemäß den belgischen Generalstabschef auf. Ducarne erklärte, zuvor den Kriegsminister unterrichten zu müssen, da „diese Interventionsfrage ebensosehr in das politische Gebiet falle“,⁸⁷⁾ worauf Barnadiston erwiderte, daß der britische Gesandte in Brüssel, Phipps, „die Angelegenheit auch dem Außenminister gegenüber erwähnt habe“ und ihn bat, „im Auge zu behalten, daß, da unsere „pourparlers“ lediglich zwischen den beiden Generalstäben stattfanden, wir keinerlei Verpflichtung hätten, und es sei sehr wünschenswert, daß nichts davon bekannt und die Sache möglichst wenig Leuten gegenüber erwähnt würde.“⁸⁸⁾ Bereits am 19. Januar konnte Ducarne mitteilen, daß er mit dem Kriegsminister gesprochen habe, „der über die Möglichkeit einer Hilfe Englands erfreut sei“ und ihn zur Besprechung mit Barnadiston ermächtigt habe.⁸⁹⁾ Daß nicht nur der Kriegsminister, dem 1906 der Generalstabschef noch unterstellt war, sondern auch der belgische Außenminister von den „pour-

⁸⁵⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 214, S. 281.

⁸⁶⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 217 b, S. 285 f.

⁸⁷⁾ Belg. Dokum., S. 100.

⁸⁸⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221 c, 1, S. 299.

⁸⁹⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 1, S. 299 f., Barnadiston an Grierson am 19. 1. 1906.

parlers“ unterrichtet worden war, ergibt auch der Bericht des belgischen Gesandten in Berlin, des Barons Greindl, vom 5. April 1906, der ja nur durch den Außenminister unterrichtet sein konnte.⁴⁰⁾ Nach dem Bericht Barnadistons vom 17. März 1906 waren zu jener Zeit außer ihm selbst und Ducarne noch der britische Gesandte in Brüssel, der belgische Kriegs- und Außenminister unterrichtet. Es steht demnach fest, daß die verantwortlichen Regierungsstellen in Belgien genaue Kenntnis von den Besprechungen hatten, die zwar unter dem Vorbehalt „provisorisch und unverbindlich“ geführt wurden, nichtsdestoweniger jedoch inhaltlich, wie namentlich Hosse an Hand der militärischen, teilweise bisher unveröffentlichten Dokumente nachwies, eine Militärkonvention zum Gegenstand hatten. Die Vorbereitungen zu kooperativem Zusammenarbeiten der belgischen und englischen Armee waren bis in die technischen Einzelheiten getroffen und nicht weniger eingehend wie die gleichzeitig geführten englisch-französischen Besprechungen.⁴¹⁾ Ihre Aufzählung mag sich hier erübrigen. Es bedarf nur des Hinweises auf die eigene Auffassung Barnadistons, der am 14. April 1906 nach London berichten konnte: „Tatsächlich verbleibt jetzt nur noch wenig zu regeln, außer Einzelfragen.“⁴²⁾ Es war nicht anders wie mit den englisch-französischen Militärbesprechungen, bezüglich deren Grey bereits am 31. Januar feststellen konnte, „daß alle Vorbereitungen getroffen seien, so daß, wenn eine Krise entstände, mangels einer formellen Verpflichtung keine Zeit verlorengegangen wäre“. Grierson und Barnadiston haben in ihrem Briefwechsel im übrigen selbst von ihrem militärischen Gesichtspunkt aus für die „Pourparlers“ den wahren Namen der Vereinbarungen mehrfach gebraucht. So wies Grierson am 27. Februar 1906 unter Beifügung der mit den Franzosen getroffenen Nachschubabmachungen Barnadiston an, mit den Belgiern „entsprechende Vereinbarungen“ treffen zu wollen,⁴³⁾ und Barnadiston teilte am 17. März mit, er habe bereits „vereinbart“, daß die britischen Truppen das Requisitionsrecht bekommen sollen,⁴⁴⁾ und hielt wegen der Wahrung des Geheimnisses bezüglich

⁴⁰⁾ Belg. Dokum. S. 31.

⁴¹⁾ Vgl. z. B. die Note des franz. Generalstabs an den brit. Generalstab vom 13. 2. 1906, Brit. Dokum. III, S. 719 ff. Die „Pourparlers“ hatten die Aufgaben einer formellen Militärkonvention erschöpfend erfüllt, wie auch ein Vergleich mit den übrigen Militärkonventionen der Vorkriegszeit ergibt.

⁴²⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 12, S. 319, Barnadiston an Grierson am 14. 4. 1906.

⁴³⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221 c, 5, S. 308, Grierson an Barnadiston am 27. 2. 1906.

⁴⁴⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221 c, 7, S. 311, Barnadiston an Grierson am 17. 3. 1906.

der zollfreien Zulassung von Vorräten, Proviant, Vieh usw. „derartige Abmachungen“ noch nach Eintreffen des Etappenstabes für möglich. Abschließend erklärt er am 14. April: „Wir können uns beglückwünschen, daß wir mit den Belgiern zu einer befriedigenden allgemeinen Vereinbarung (a satisfactory general agreement) über eine gemeinsame Aktionslinie gelangt sind und daß wir unsere Kenntnis davon, was sie zu tun bereit sind, sehr wesentlich bereichert haben.“⁴⁵⁾ Ebenso hat ja Ducarne eigenhändig den Umschlag, in dem die „Pourparlers“ Aufnahme fanden, mit der Aufschrift „Conventions anglo-belges“ versehen. So trugen auch die „Conventions“ das Zeichen innerer Unwahrhaftigkeit der von Grey geführten Politik der „freien Hand“.

Wäre 1906 zwischen Deutschland und Frankreich ein Krieg ausgebrochen, so hätten die „Pourparlers“ ohne Zweifel die Wirkung einer förmlichen Militärkonvention gehabt. Es steht fest, daß ebenso wie zwischen England und Frankreich auch zwischen England und Belgien weder ein Bündnis noch eine Militärkonvention im Rechtssinn zum Abschluß kam. Damit ist aber die Frage, ob Belgien durch die „Conventions“ nicht doch seinen durch die dauernde Neutralität ihm obliegenden Verpflichtungen zuwidergehandelt hat, keineswegs verneint. Das Verbot der Bündnisschließung in Friedenszeiten ist ein aus dem Wesen dauernder Neutralität sich ergebender Rechtssatz. Alle Maßnahmen, durch die die Erfüllung der Neutralitätspflichten erschwert werden, insbesondere jedoch die Vorbereitung an sich verbotener Handlungen sind dem neutralisierten Staat untersagt.

„Der dauernd neutralisierte Staat ist gezwungen, in Friedenszeiten jede Verhandlung mit fremden Mächten zu vermeiden, welche direkt oder indirekt seine Neutralität im Kriegsfall beschränken oder in diesem Fall seine Pflichten der Unparteilichkeit und der Enthaltung schwieriger gestalten könnte.“⁴⁶⁾

Ducarne selbst hat in seiner Denkschrift von 1909 den Standpunkt vertreten, daß der neutralisierte Staat auch während des Friedens und mit fremden Mächten jede Art von Unterhandlungen (toute négociation) zu vermeiden habe, die direkt oder indirekt seine Neutralität im Kriegsfall kompromittieren könnten. Dem widersprach Ducarnes Verhalten 1906, und er war sich dessen auch durchaus bewußt, bat er doch Barnadiston eindringlich, der von ihm ausgearbeitete Aufmarschplan möge, wenn und sobald er den Franzosen mitgeteilt werden würde, als vom englischen Generalstab ausgehend angesehen werden, denn es wäre gut, wenn außer ihm

⁴⁵⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 12, S. 319, Barnadiston an Grierson am 14. 4. 1906.

⁴⁶⁾ Fourgassié a. a. O. S. 92.

und Barnadiston niemand wußte, „daß der belgische Generalstab etwas mit der Sache zu tun gehabt hat“. ⁴⁷⁾

Bei dem heute erkannten Charakter der „Conventions“ als Entwurf einer Militärkonvention, dem nur die staatsvertragliche Bindung fehlte, um einer normalen Militärkonvention gleichzustehen, müssen die „Conventions“ als unvereinbar mit den Belgien als neutralisiertem Staat obliegenden Verpflichtungen angesprochen werden. Wenn demgegenüber der belgische Außenminister Baron Beyens am 10. März 1917 erklärte: „Die beiden Offiziere waren nicht befugt, Verträge zu schließen, durch die die beiden Staaten gebunden worden wären, und waren sich dessen auch bewußt Das belgische Ministerium des Äußern hatte damals keine Gelegenheit, sich mit der Angelegenheit zu befassen“, so war die letztere Behauptung tatsächlich unrichtig, während das erstere Argument zwar formalrechtlich richtig, jedoch für die Frage der Verantwortlichkeit der belgischen Regierung nicht entscheidend war, da die belgische Neutralität von Belgien auch durch andere Handlungen als Vertragsschluß verletzt werden konnte. Ducarne handelte als Generalstabschef und damit als Staatsorgan. Er handelte weiterhin innerhalb seiner Zuständigkeit und mit Genehmigung seines unmittelbaren Vorgesetzten, des Kriegsministers, und seine Tätigkeit war auch rechtzeitig, d. h. vor Abschluß der Verhandlungen, zur Kenntnis der politisch zuständigen Stelle, des Ministers des Äußern, gelangt. ⁴⁸⁾ Unter der Voraussetzung, daß die „Conventions“ als solche einen neutralitätswidrigen Akt darstellten, würde, selbst wenn es sich um Handlungen Privater gehandelt hätte, das Geschehenlassen nach Kenntniserlangung seitens der zuständigen amtlichen Organe die staatliche Haftung begründet haben. Nach den Grundsätzen völkerrechtlicher Deliktshaftung haftete Belgien für die kompetenzgemäßen wie kompetenzwidrigen Handlungen seiner Staatsorgane. Die Führung der „Conventions“ ist also in jedem Falle dem belgischen Staat als eigenes Handeln zuzurechnen. ⁴⁹⁾ Es ist vor allem die Einseitigkeit, die die „Conventions“ mit dauernder Neutralität, deren Hauptwesenszug absolute und strikte Unparteilichkeit in Friedens- und Kriegszeiten ist, ⁵⁰⁾ unvereinbar macht. Nach

⁴⁷⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 11, S. 319, Barnadiston an Grierson am 31. 3. 1906.

⁴⁸⁾ Greindl nimmt bereits am 5. April 1906 von Berlin aus — also noch während der „Pourparlers“ — zu dem Schritt Barnadistons kritisch Stellung. Belg. Dokum., S. 31; vgl. ferner Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 7, S. 212, Barnadiston an Grierson am 17. 3. 1906.

⁴⁹⁾ Vgl. hierzu z. B. Strupp, Das völkerrechtliche Delikt, 1920, S. 45 ff.

⁵⁰⁾ S. Fußnote 10.

Art. 7 des Vertrages vom 19. April 1839 war Belgien verpflichtet, „dieselbe Neutralität gegenüber allen anderen Staaten zu beobachten“. Nun war zwar die in den „Conventions“ vorgesehene Intervention Englands ausdrücklich durch die vorherige Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland bedingt, und Belgien selbst hatte zweifellos das Recht und die Pflicht, diese Hypothese in Betracht zu ziehen und alle zur Verteidigung erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das gleiche gilt aber auch von der Hypothese einer Neutralitätsverletzung durch Frankreich. Die außerordentliche strategische Notlage Deutschlands ließ allerdings die zweite Hypothese zurücktreten.

„Angesichts der Entente zwischen England und Frankreich wurde zu unserem wirklichen etwaigen Feinde hauptsächlich unser östlicher Nachbar; der wahrscheinlichste Eindringling mußte er sein; und hauptsächlich ihn zu bekämpfen, richteten wir uns ein, dabei aber immer der Annahme einer Verletzung unserer Neutralität durch Frankreich die ihr gebührende Wichtigkeit beimessend.“⁵¹⁾

In einem Artikel in der Brüsseler „Chronique“ erklärte Ducarne am 15. Dezember 1912 „die Wohltat eines Vorstoßes durch Belgien für die Franzosen ebenso gegeben wie für die Deutschen“.⁵²⁾ Um so weniger durfte Belgien, so groß sein Interesse an vorzeitiger Sicherung seiner Landesverteidigung durch die Hilfe der Garantemächte sein mochte, nachdem als hypothetischer Gegner jeweils nur ein Garant seiner Neutralität in Frage kam, seine geheimsten militärischen Absichten dem einen Garanten zum Nachteil eines anderen Garanten offenbaren, ohne damit den Grundsatz strengster Unparteilichkeit zu verletzen, denn, wie Hosse richtig bemerkt, stellten die „Conventions“ nicht nur die Schaffung einer Verteidigungslinie, sondern auch eine gleichermaßen zur Offensive geeignete Ausfallstellung dar. Allein der England gegebene Aufschluß, daß die belgische Armee sich nicht auf Antwerpen als Zufluchtsstätte kampfflos zurückziehen, sondern sich dem Eindringling zum Kampfe entgegenstellen werde, war eine Mitteilung von höchster militärischer und politischer Bedeutung, glaubte doch noch 1914 die deutsche Regierung an die Möglichkeit, daß die Belgier nach anfänglichem Widerstand der Übermacht weichen und dem Durchmarsch freie Bahn geben würden (deutsches Ultimatum an Belgien vom 2. und 9. [!] August 1914). „Daß Belgien uns nicht

⁵¹⁾ Belg. Dokum. S. 132, Denkschrift Ducarnes vom 20. 2. 1909.

⁵²⁾ „Le bénéfice d'une poussée par la Belgique serait aussi indiqué pour eux que pour les Allemands.“ Belg. Dokum. S. 61.

durchließ, wurde zu seinem und unserem Schicksal.“⁵³⁾ Mit Recht meinte daher am 14. April 1906 Barnadiston, der britische Generalstab könne sich beglückwünschen, seine Kenntnis davon, was die Belgier zu tun bereit sind, sehr wesentlich bereichert zu haben.⁵⁴⁾ War einmal Belgien in die Operationspläne der Entente einbezogen, so hätten, wie die britischen Dokumente mit aller Deutlichkeit beweisen, seitens Englands keine Skrupel bestanden, notfalls selbst über die belgische Neutralität hinwegzugehen. Dies kam nicht nur in der bekannten Unterredung des britischen Militärattachés Oberstleutnant Bridges mit dem belgischen Generalstabschef Jungbluth am 23. April 1912 zum Ausdruck, sondern vor allem auch in der Stellung Englands zur holländischen Neutralität, die zu verletzen England fest entschlossen war, teilte doch am 16. Januar 1906 Grierson an Barnadiston über die britischen Operationspläne mit: „Wir werden . . . , wenn die Beherrschung der See gesichert ist, unsere Basis nach Antwerpen verlegen.“⁵⁵⁾ Da der Unterlauf der Schelde holländisches Staatsgebiet ist, seine Benutzung eine Verletzung der holländischen Neutralität bedeuten und die Verteidigungspflicht auslösen würde, beauftragte Grierson Barnadiston, von Ducarne auch über die mutmaßliche Haltung der Holländer Aufschluß zu erhalten zu versuchen, „falls wir ihre Gewässer benutzten, um Antwerpen zu unserer Basis zu machen.“⁵⁶⁾ Barnadiston bezeichnete diese Frage als eine „kitzlige Sache“, über die sich eine absolute Gewißheit nicht verschaffen lasse.⁵⁷⁾ Ausrichten könnten die Holländer seiner Ansicht nach nichts. „Die Befestigungen an der unteren Schelde sind wertlos. Selbst wenn die Holländer eine feindselige Haltung gegen uns einnehmen, so vermag ich mir nicht vorzustellen, daß sie mehr tun würden als zu protestieren, vielleicht mit einer kleinen Entfaltung von Marinestreitkräften, um ihr Gesicht zu wahren.“⁵⁸⁾

Es mag auch an die Entrüstungskampagne erinnert werden, die sich 1910/11 in England und Frankreich gegen die von Holland durchaus rechtmäßig geplante Befestigung Vlissingens erhob.⁵⁹⁾ Daß Eng-

⁵³⁾ Schwertfeger in Belg. Dokum. S. 89.

⁵⁴⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 12, S. 319.

⁵⁵⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 217, b, S. 286, Grierson an Barnadiston am 16. 1. 1906.

⁵⁶⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 5, S. 307, Grierson an Barnadiston am 27. 2. 1906.

⁵⁷⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 6, S. 309, Barnadiston an Grierson am 3. 3. 1906.

⁵⁸⁾ Brit. Dokum. III, Nr. 221, c, 7, S. 311, Barnadiston an Grierson am 17. 3. 1906.

⁵⁹⁾ Vgl. hierzu Gottschalk a. a. O. S. 120 ff.; derselbe in „Die Kriegsschuldfrage“, Februar 1927, S. 152 ff.

land gegebenenfalls auch ohne deutsche Neutralitätsverletzung in Belgien einzumarschieren entschlossen gewesen wäre, ergibt auch der in letzter Zeit veröffentlichte Brief Sir Arthur Nicolson an den britischen Gesandten in Brüssel, Sir Francis Villiers, vom 30. Dezember 1912, in dem Nicolson auch für den Fall Aufschluß über die mutmaßliche Haltung Belgiens wünscht, daß England und Frankreich in die Lage kommen könnten, „Truppen über die belgische Grenze marschieren zu lassen, um dem Anmarsch deutscher Streitkräfte auf der anderen Seite zu begegnen“.⁶⁰⁾ Es sei von größter Wichtigkeit für die militärischen Führer, „zu wissen, daß sie auf ihrem linken Flügel mit Freunden und nicht mit unsicheren Feinden rechnen können“. Rücksicht auf die Heiligkeit der Verträge und die Moral der Völker kannten die nüchternen strategischen, nur durch Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit bestimmten Erwägungen des britischen Generalstabes nicht. Konnte der 1855 von England und Frankreich vergeblich unternommene Versuch, Belgien zur Teilnahme am Krimkrieg zu bestimmen, angesichts eines europäischen Brandes nicht und gegebenenfalls mit Gewalt wiederholt werden und mußte Deutschland mit all diesen Gefahren nicht rechnen?

VI.

Vom rechtlichen Gesichtspunkt aus ergibt sich, daß die „Conventions“ auch ohne Vorliegen einer förmlichen Militärkonvention auf Grund der durch sie begründeten „Ehrenverpflichtung“ bindende Wirkung hatten und Belgien zum mindesten 1906 als militärischen Verbündeten in die Operationspläne der Entente einordnete. Belgien übernahm für den zur Bedingung erhobenen, aber noch nicht eingetretenen, also nur hypothetischen Fall der Verletzung seiner Neutralität durch Deutschland bis ins einzelne ausgearbeitete Rechte und Pflichten eines Kriegführenden unter einseitiger Offenbarung der eigenen Operationsabsichten und einseitiger Berücksichtigung der englisch-französischen Operationsinteressen. Nach der hier vertretenen strengen Auffassung der Neutralitätspflichten waren die „Conventions“ unvereinbar mit dem Wesen dauernder Neutralität und stellten eine Verletzung der Belgien obliegenden Verpflichtungen Deutschland gegenüber dar. Zugunsten Belgiens darf jedoch nicht seine politisch und strategisch schwierige Lage und vor allem der Umstand unberücksichtigt bleiben, daß die Frage der Zulässigkeit des Abschlusses von Defensivallianzen keine ein-

⁶⁰⁾ „to move troops across the Belgian frontier in order to meet the approach of German troops on the other side.“ Vgl. ausführlich hierzu von Wegerer, „Sir Arthur Nicolson und Englands Weg in den Weltkrieg“, Berliner Monatshefte, Mai 1930, S. 429 f.

hellige Beantwortung in der Völkerrechtswissenschaft erfahren hatte und Belgien sich gerade auf eigene Völkerrechtsautoritäten zur Rechtfertigung seiner Handlungsweise berufen konnte. Angesichts der überwiegenden völkerrechtlichen Meinung und der Gefährlichkeit des tatsächlichen Beginnens hätte Belgien sich jedoch auch rechtlich vielleicht zweifelhafter Handlungen korrekterweise enthalten müssen. Dafür dagegen, daß auch 1914 de facto eine englisch-belgische Militärkonvention bestand, läßt sich auf Grund des bis heute vorliegenden Materials kein Beweis erbringen. Auch die von Hosse angeführte Unterredung zwischen dem britischen Generalstabsschef Wilson und dem belgischen Oberst Hagemanns im Jahre 1913 läßt auf neutralitätswidrige Verhandlungen zwischen den beiden Generalstäben keinen Schluß zu. Hagemanns hat offenbar selbst sich verpflichtet gefühlt, Auskünfte über die Absichten der belgischen Regierung für den Kriegsfall abzulehnen, und hat sich durchaus korrekt dahin geäußert, daß seiner persönlichen Ansicht nach die Belgier weder die Beute der Franzosen noch der Deutschen sein wollten. Gegen militärische Abmachungen zu dieser Zeit spricht auch das Schreiben Nicolsons an Villiers vom 30. Dezember 1912,⁶¹⁾ ebenso auch die an Hagemanns gerichtete Frage Wilsons, ob denn die belgische Regierung eine Landung englischer Truppen in Belgien überhaupt wünsche. Für das Jahr 1909 bestätigt dies im übrigen auch ein Bericht Ducarnes an den belgischen Kriegsminister vom 26. Januar 1909.⁶²⁾ Die Antwort Villiers auf den Brief Nicolsons vom 11. Januar 1913 weist weiter darauf hin, daß England des belgischen Bündnisses für alle Fälle keineswegs sicher war, die belgische Regierung vielmehr nach der Auffassung Villiers als auch des britischen Militärattachés in Brüssel einen Einmarsch britischer Truppen in Belgien „vor dem tatsächlichen Einmarsch der Deutschen in Belgien oder jedenfalls ohne das Einverständnis der belgischen Regierung oder ohne von dieser aufgefordert zu sein“ als eine Verletzung der Neutralität durch England angesehen und England als Feind behandelt haben würde. Einseitige und damit neutralitätswidrige Begünstigung eines Garanten stellte jedoch wiederum das dem englischen Militärattaché in Brüssel eingeräumte Recht der Besichtigung der belgischen Festungen und Flugplätze dar.

⁶¹⁾ von Wegerer a. a. O. S. 429 f.

⁶²⁾ „Was wird England tun und was wird es tun können? Wir waren über den letzten Punkt im Jahre 1906 ganz klar; wir sind es nicht mehr, weil unsere damaligen Beziehungen keine Fortsetzung erfahren haben.“ Belg. Dokum. S. 51.

Den deutschen Einmarsch vermögen die „Conventions“ nicht zu rechtfertigen. Der deutsche Einmarsch galt nicht der Geltendmachung der aus völkerrechtlichem Delikt — Verletzung der Belgien obliegenden Neutralitätspflichten Deutschland gegenüber — begründeten Rechte. Auch konnte Beligen durch einen einseitigen Akt seine Neutralisation nicht zur Aufhebung bringen. Eine nachträgliche Rechtfertigung des Einmarsches als Repressalie geht nicht an. Diese Rechtfertigung ergibt sich einzig und allein aus der ungeheuren strategischen Notlage Deutschlands, für die allerdings die „Conventions“ ein unschätzbares Beweismittel darstellen. Nur in diesem Sinne hätten die „Conventions“ während des Krieges mit Erfolg propagandistisch ausgewertet werden können und dürfen. Die Verletzung der belgischen Neutralität galt als sicher und zwangsläufig, und zwar nicht nur bei den Militärs, sondern auch, wie der Schritt Greys von 1906 beweist, bei den leitenden Staatsmännern der Entente. England hatte 1906 und in den folgenden Jahren weder die belgische noch die holländische Neutralität aus rechtlichen oder moralischen Gründen als Schranke seiner operativen Absichten bei einem Festlandskrieg betrachtet, und 1914 war es auch, wie Grey am 3. August 1914 im Unterhaus offen zugab, nicht die Verletzung der belgischen Neutralität, sondern in erster Linie die aus den englisch-französischen, „provisorisch und unverbindlich“ seit 1906 geführten, militärisch-maritimen „conversations“ hervorgegangene „Ehrenverpflichtung“, die Englands Eintritt in den Krieg an der Seite Frankreichs und Rußlands unvermeidbar machte. Auch vor den neuesten Dokumenten muß Englands Gloriole als Verteidiger von Recht und Moral dahinschwinden. Es war kein Zufall, daß die „Conventions“ zur gleichen Stunde wie das englisch-französische Militärbündnis entstanden sind. England und Belgien hatten erkannt, daß mit der Begründung des Dreiverbandes die belgische Neutralitätsbarrikade bei einem Zusammenstoß im europäischen Raum ihre historische Bedeutung verloren hatte. Die unlösbare Verkettung, die aus den Militärbesprechungen für die Führer der Politik der beteiligten Staaten erwachsen war, ist auch der entscheidende Maßstab für die Beurteilung der wahren Bedeutung der „Conventions anglo-belges“.

Pariser Blätter über die Mobilmachungen.

Von Adolf Diehl.

Die Nummer des „Matin“ vom 1. August, die Dr. von Wegerer im Oktoberheft der Berliner Monatshefte so wirksam gegenüber den Bearbeitern des französischen Gelbbuches ausgewertet hat, löst eine neue Frage aus. Wie kommt es, daß entgegen dem Inhalt der beiden Telegramme in der Überschrift die falschen Angaben über die Mobilmachungen stehen: „Die Mobilmachung ist allgemein geworden, gestern morgen in Österreich, gestern abend in Rußland“? Es fällt schwer, an ein bloßes Versehen zu glauben, man wird also für den Widerspruch eine andere Erklärung suchen müssen.

Was wußten andere Pariser Zeitungen an jenem Tage zu berichten? Mir sind zugänglich: „Le Journal“, „Le Petit Parisien“ und „Action Française“. Von ihnen bringt „Le Journal“ dieselbe Wiener Meldung wie der „Matin“, allerdings mit etwas anderem Wortlaut im zweiten Satz.¹⁾ Dabei fehlt aber die Angabe von Tag und Stunde des Abgangs. Daran schließt sich folgendes Telegramm aus Wien, 31. Juli: „Die Zeitungen von Wien und Budapest werden morgen das folgende veröffentlichen:

Nach einer amtlichen Mitteilung vom 31. Juli hat der Kaiser die allgemeine Mobilmachung des Heeres, der Kriegsmarine und der beiden Landwehren, ebenso wie die Einberufung (appel sous les armes) des Landsturmes befohlen. Das Dekret ist durch die von Rußland befohlene Mobilmachung begründet. Es handelt sich nur um eine vorbeugende Maßnahme, um die Monarchie absolut zu sichern.“

Dieses Telegramm kehrt auch in den beiden anderen Zeitungen wieder. „Le Petit Parisien“ schreibt nun außerdem am 1. August in einem Artikel über die Lage: „Österreich hat gestern nachmittag an allen Grenzen mobilisiert.“ Also auch hier die richtige Zeitangabe wie im „Matin“. Über Rußland findet sich in dem Artikel nur die ganz unbestimmte Angabe: „Rußland hat seine Mobilmachung fortgesetzt.“

Vergebens sucht man in den drei Blättern nach einer direkten Meldung über die allgemeine Mobilmachung in Rußland. Sie bringen nur am 1. August übereinstimmend eine Londoner Meldung, daß Asquith im Parlament erklärt habe, er habe aus Deutschland, nicht aus Rußland, Nachricht über die russische Mobilmachung. Dann bringen sie in der Nummer vom 2. August ein Petersburger

¹⁾ Der Satz lautet: En ce moment les placards relatifs à cette mobilisation viennent d'être affichés.

Telegramm mit der Schilderung der Tätigkeit in den Mobilisierungsbüros von Petersburg. Außerdem enthält „Le Petit Parisien“ unmittelbar unter dem Wiener Telegramm, „Action Française“ unter den letzten Nachrichten folgendes Telegramm: „St. Petersburg, 31. Juli. Der Einberufungsbefehl (ordre d'appel) der Petersburger Reservisten ist heute morgen angeschlagen worden.“ Dieser Befehl konnte nur auf Grund des Befehls zur allgemeinen Mobilmachung ergehen. So gab diese lokale Nachricht, richtig gedeutet, einen Anhalt dafür, daß die allgemeine Mobilmachung in Rußland noch am Abend des 30. Juli befohlen war.

Die Bearbeiter des Gelbbuches mußten also auch im „Petit Parisien“ die richtigen Zeitangaben finden wie im „Matin“. Wenn sie trotzdem die Nr. 118 fälschten, mußten sie sich sagen, daß sie der Entlarvung ausgesetzt waren. Sie rechneten aber offenbar mit einem kurzen Gedächtnis der Leser des Gelbbuches und damit, daß niemand diese amtliche Dokumentensammlung mit den Tageszeitungen verglichen werde.

Mit der Flüchtigkeit der Leser rechnete aber auch der „Matin“, wenn er in seiner Überschrift Zeitangaben machte, die mit den beiden darunter stehenden Telegrammen nicht übereinstimmten. Wäre nur noch zu klären, ob die Schriftleitung aus eigenem Antriebe zu dieser Irreführung ihrer Leser kam oder ob sie auf den Wink einer amtlichen Stelle handelte. Das Petersburger Telegramm des „Matin“ ist aus der „Times“ übernommen. Waren die russischen Behörden gegen einen englischen Pressevertreter so entgegenkommend, daß sie seine Nachricht passieren ließen, so ist nicht anzunehmen, daß sie französischen Vertretern weniger Entgegenkommen bewiesen. Es müßte also auch von diesen die wichtige Nachricht von der Gesamtmobilmachung nach Paris gelangt sein. Wie kommt es, daß keine der vorliegenden Zeitungen eine solche Nachricht brachte? Es drängt sich mindestens die Vermutung auf, daß hier kein Zufall waltete, sondern daß schon am 1. August 1914 planmäßig auf die Verdunkelung des Tatbestandes hingearbeitet wurde.²⁾

²⁾ Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ war geeignet, bei ihren Lesern den Eindruck zu erwecken, als ob die österreichische Gesamtmobilmachung der russischen um Tage vorausgegangen wäre. Denn am 30. und 31. Juli gab sie folgende Liste der schon mobilisierenden Mächte: „Österreich, Serbien, Rußland (16 von 27 Korps)“; am 1. August lautete die Liste: „Rußland, Österreich, Serbien“. Da so bei Rußland zwischen der Teilmobilmachung und der Gesamtmobilmachung unterschieden war, während bei Österreich keine solche Unterscheidung gemacht wurde, mußte notwendig der Eindruck entstehen, als ob es sich hier schon am 30. um Gesamtmobilmachung gehandelt habe.

Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.

Von Rudolf Kiszling.

Eine der umstrittensten Fragen des Kriegsschuldproblems ist zweifellos die Kriegserklärung, die am 28. Juli 1914 vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern an Serbien abgesandt wurde. Ließen sich doch schon in jenen kritischen Julitagen gewichtige Stimmen der späteren Feindmächte dahinlautend vernehmen, daß durch diese Handlung die damals im Gange befindlichen Vermittlungsaktionen zur Verhinderung eines Waffenganges zwischen der Donaumonarchie und Serbien unmöglich gemacht worden seien. Jedenfalls sind die von Berlin und London ausgegangenen Bemühungen zur Lokalisierung des Krieges auf die beiden genannten Staaten durch die Kriegserklärung Österreich-Ungarns erschwert worden, bis diese Aktionen durch das Hinzutreten anderer Umstände, insbesondere durch die Mobilisierung Rußlands, schließlich scheiterten. Es scheint daher nicht unangebracht, vorurteilsfrei zu untersuchen, ob und inwieweit durch die Kriegserklärung an Serbien die Verantwortlichkeit des ehemaligen Donaureiches für die Entfesselung des Weltkrieges belastet wurde.

Als Serbien den ihm durch die befristete Demarche Österreich-Ungarns vom 23. Juli abgeforderten Zusicherungen in den wesentlichen Punkten nicht zustimmte, stand in Wien der Entschluß fest, das Nachbarkönigreich für seine seit dem Jahre 1908 gegen den Bestand der Donaumonarchie gerichteten Treibereien, die in der Ermordung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin ihren Höhepunkt erreichten, mit den Waffen zu züchtigen. Deshalb wurde noch am 25. Juli abends für einen beträchtlichen Teil der Heeresmacht Österreich-Ungarns die Mobilmachung angeordnet und hierzu der 27. als erster Alarmtag, der 28. als erster Mobilmachungstag bestimmt¹⁾. Infolge dieser Verfügung und namentlich wegen der Alarmierung, die unter anderem auch die Sicherung der Reichsgrenze gegen Serbien und Montenegro durch die ihr zunächst befindlichen Truppen vorsah, mußte man Grenzgefechte bereits in den nächsten Stunden gewärtigen.

¹⁾ Kriegsarchiv: „Österreich-Ungarns letzter Krieg“, (Wien 1930). I. Bd., S. 17.

Schon am 26. Juli nachmittags besprach der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Berchtold mit dem Chef des Generalstabes General der Infanterie Freiherr von Conrad die Kriegserklärung an Serbien, wobei er den Wunsch äußerte, sie möglichst bald abzusenden²⁾. Berchtolds Gründe hierfür waren: die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit des Waffenganges mit dem Nachbarkönigreich und die Besorgnis diplomatischer Hinausziehung zwecks gegnerischer militärischer Bereitstellung. Die beiden Momente erscheinen mit den Erfahrungen aus den Kriegen 1908/09 und 1912/13 hinlänglich begründet. Hinzu kam noch das Drängen des deutschen Verbündeten, wie es dem Grafen Berchtold durch Pressestimmen aus dem Reiche und durch Berichte des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szögyény, bekannt wurde³⁾. Im besonderen lag von Szögyény eine am 25. Juli um 8 Uhr abends eingelangte Depesche vor, in der der Botschafter berichtete,

„daß man hier [in Berlin] allgemein als sicher voraussetzt, daß auf eventuelle abweisende Antwort Serbiens sofort unsere Kriegserklärung, verbunden mit kriegerischen Operationen, erfolgen werde. Man sieht hier in jeder Verzögerung des Beginns der kriegerischen Operationen große Gefahr betreffs Einmischung anderer Mächte. Man rät uns dringend, sofort vorzugehen und Welt vor ein fait accompli zu stellen.“⁴⁾

Im Gegensatz zu Berchtolds Wunsch nach baldiger Absendung der Kriegserklärung, der aber nach der Auffassung Berlins ein sofortiger Angriff zu folgen gehabt hätte, riet General Conrad die Kriegserklärung erst zum Zeitpunkt der erlangten Operationsbereitschaft der gegen Serbien aufgebottenen Armeen, also etwa am 12. August zu überreichen. Der Außenminister bezweifelte jedoch, daß die diplomatische Situation so lange halten werde auch vermutete er, daß es an der Grenze bald zu Gefechten kommen werde. Conrad meinte dagegen, „daß in diesem Falle die Dinge von selbst ins Rollen kommen würden, und schlug vor, eine Kriegserklärung jetzt noch hinauszuschieben“⁵⁾. Jedenfalls erachtete er die Absendung noch nicht als dringend.

Unterdessen waren anscheinend, wie Berchtold auch erwartet hatte, an der Grenze die Gewehre bereits losgegangen. Wenige Minuten nach Mitternacht zum 27. Juli erhielt der Chef des General-

²⁾ Conrad: „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918“, (Wien 1923), IV. Bd., S. 131 f.

³⁾ Goos: „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“, (Wien 1919), S. 171.

⁴⁾ „Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914“ [weiterhin zitiert als: Österr. Aktenwerk], VIII. Bd., Nr. 10 656.

⁵⁾ Conrad: IV. Bd., S. 132.

stabes vom IV. Korpskommando (Budapest) eine Meldung, in der es unter anderem hieß:

„Temes-Kubin: Serbische Soldaten auf Schiff auf eigene Truppen Feuer eröffnet, großes Geplänkel, Anzahl Tote und Verwundete nicht bekannt.“⁶⁾

Diese Meldung wurde dem Minister des Äußern übermittelt, worauf sie mit der am 27. Juli, 12 Uhr 15 nachmittags, erteilten Zustimmung Conrads dem Korrespondenzbüro zur Veröffentlichung übergeben wurde. Die Wiener Nachmittagszeitungen des 27. berichteten hierauf von einem größeren Geplänkel bei Temes-Kubin.

Nunmehr erachtete der Außenminister aber auch den Zeitpunkt für die Kriegserklärung an Serbien für gekommen. Ihr Entwurf hatte nachstehenden Wortlaut:

«Le Gouvernement Royal de Serbie n'ayant pas répondu d'une manière satisfaisante à la Note qui lui avait été remise par le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade à la date du 23 juillet 1914, le Gouvernement Impérial et Royal se trouve dans la nécessité de pourvoir lui-même à la sauvegarde de ses droits et intérêts et de recourir à cet effet à la force des armes, et cela d'autant plus que des troupes serbes ont déjà attaqué près de Temes-Kubin un détachement de l'armée Impériale et Royale. L'Autriche-Hongrie se considère donc de ce moment en état de guerre avec la Serbie. Le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie, Comte Berchtold.»⁷⁾

Dem noch in Ischl weilenden Kaiser Franz Joseph wurde der Entwurf mit einem schriftlichen Vortrag übersandt, in dem als Begründung angeführt wurde:

„Mit Rücksicht auf die dem k. u. k. Gesandten Baron Giesl am 25. d. M. durch Herrn Pasic übergebene, sehr geschickt verfaßte Antwortnote der serbischen Regierung, welche inhaltlich zwar ganz wertlos, der Form nach aber entgegenkommend ist, halte ich für nicht ausgeschlossen, daß die Tripleententemächte noch einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird. Einer Meldung des 4. Korpskommandos zufolge haben serbische Truppen von Donaudampfern bei Temes-Kubin gestern unsere Truppen beschossen, und es entwickelte sich auf die Erwiderung des Feuers hin ein größeres Geplänkel. Die Feindseligkeiten sind hiermit tatsächlich eröffnet worden, und es erscheint daher um so mehr geboten, der Armee in völkerrechtlicher Hinsicht jene Bewegungsfreiheit zu sichern, welche sie nur bei Eintritt des Kriegszustandes besitzt. Die Notifikation des Kriegszustandes an die neutralen Mächte würde, vorbehaltlich der Allerhöchsten Genehmigung Eurer Majestät, gleichzeitig mit der Kriegserklärung an deren hiesige Vertreter abgesendet werden. Ich erlaube mir zu erwähnen, daß Seine k. u. k. Hoheit der Oberkommandant der Balkanstreitkräfte, Erzherzog Friedrich, sowie der Chef des Generalstabes gegen die Ab-

⁶⁾ Kriegsarchiv: Feldakten 1914.

⁷⁾ Österr. Aktenwerk, VIII. Bd., Beilage zu Nr. 10 855.

sendung der Kriegserklärung morgen Vormittag nichts einzuwenden hätten.“⁸⁾

Der Kaiser genehmigte den Entwurf der Kriegserklärung, der am 28. Juli wieder am Ballhausplatze einlangte. Doch ungeachtet dieser Genehmigung durch den Monarchen wurde der endgültige Text der Kriegserklärung nicht im präzisen Wortlaute des vorgelegten Entwurfes abgesandt. Graf Berchtold sah sich nämlich genötigt, den Satz „et cela d'autant plus que des troupes serbes ont déjà attaqué près de Temes-Kubin un détachement de l'armée Impériale et Royale“ aus dem bereits genehmigten Entwurfe zu streichen und diese nachträgliche Änderung dem Monarchen gegenüber mit der folgenden Argumentation in einem schriftlichen Vortrage vom 29. Juli wie folgt zu begründen:

„Nachdem die Nachrichten von einem Gefechte bei Temes-Kubin keine Bestätigung erfahren haben, hingegen bloß eine Einzelmeldung über ein geringfügiges Geplänkel bei Gradište vorlag, die wohl nicht geeignet erschien, zur Begründung eines gewichtigen Staatsaktes herangezogen zu werden, habe ich es in Anhoffnung der nachträglichen Allerhöchsten Genehmigung Eurer Majestät auf mich genommen, aus der an Serbien gerichteten Kriegserklärung den Satz über den Angriff serbischer Truppen bei Temes-Kubin zu eliminieren.“⁹⁾

Da die Drahtverbindung Wien—Belgrad bereits außer Tätigkeit gesetzt war, nahm die Kriegserklärung den Weg über Czernowitz—Bukarest. Am 1. August langte in Wien aus Nisch auch die Bestätigung ein, daß das die Kriegserklärung enthaltende Telegramm am 28. Juli, 1 Uhr 20 nachmittags, vom serbischen Außenministerium übernommen wurde. — Hiermit war der Kriegszustand zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eingetreten.

Was waren nun die Wirkungen dieses folgenschweren Schrittes? Sie äußerten sich naturgemäß fürs erste in Rußland, das stets seine starken Arme schirmend über seinen serbischen Schützling gehalten hatte. Über die Stimmungswandlung, die die Nachricht von der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am Zarenhofe hervorgerufen hatte, berichtete der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, Oberst von Chelius, in einer am 29. Juli in den ersten Nachmittagsstunden nach Berlin gerichteten Depesche:

„In Umgebung Kaisers war man noch gestern voller Hoffnung auf friedliche Lösung, heute nach der Kriegserklärung hält man einen allgemeinen Krieg für fast unvermeidlich; während man vor Erscheinen der Antwortnote Serbiens für den Gedanken Verständnis zeigte, daß Österreich berechtigt sei, von Serbien Genugtuung zu verlangen, ist man nunmehr nach Ablehnung der nach hiesiger Ansicht sehr entgegen-

⁸⁾ Österr. Aktenwerk, VIII. Bd., Nr. 10 855.

⁹⁾ Österr. Aktenwerk, VIII. Bd., Nr. 11 015.

kommenden Antwort Serbiens der Überzeugung, daß Österreich mala fide gehandelt hat, den Krieg sucht und will.

Dies hat die Stimmung sehr zugunsten Serbiens gehoben, welches gegen das schroffe und ungerechte Vorgehen Österreichs zu schützen Rußland für seine Pflicht halte, ungeachtet der schweren Folgen, welche hierdurch eintreten werden. Man will keinen Krieg und möchte ihn noch vermeiden und bedauert, daß es keiner Macht gelungen ist, Österreich von dem gefährvollen Schritt abzuhalten.“¹⁰⁾

Fand schon Kaiser Wilhelm, wie eine von ihm dieser Depesche beigefügte Randbemerkung zeigt, seine Befürchtung von der russischen Auslegung über seines Verbündeten Kriegsabsichten gegen Serbien ihre Bestätigung, so leistete die österreichisch-ungarische Kriegserklärung — sicherlich ganz unbeabsichtigt — der Petersburger Kriegspartei noch Vorspanndienste dazu, um den noch schwankenden Zar zur Anordnung der Mobilmachung geneigt zu machen.¹¹⁾

Wie es Graf Berchtold wünschte, wurde durch die Kriegserklärung an Serbien den österreichisch-ungarischen Balkanarmeen uneingeschränkte Handlungsfreiheit eingeräumt. Dies wirkte sich, von unbedeutenden Kugelwechseln am 28. Juli über die Donau und Save bei Gradište und bei zwei anderen kleinen Orten abgesehen, dahin aus, daß wegen Beschießung österreichisch-ungarischer Handelsdampfer durch serbische Truppen Feldbatterien der österreichisch-ungarischen 14. Infanteriebrigade von Semlin und drei Donaumonitoren am 29. Juli früh die serbische Radiostation und Befestigungsarbeiten auf dem Topčider nächst Belgrad beschossen. Als aber das der 14. Brigade vorgesetzte 7. Infanteriedivisionskommando noch schwere Geschütze vor Belgrad in Stellung bringen ließ, um die serbische Hauptstadt zu bombardieren, und hierzu eine Fliegererkundung einleitete, verbot dies General von Conrad am 31. Juli durch nachstehenden Drahtbefehl:

„Beschießung von Belgrad überflüssig und völkerrechtswidrig, daher unbedingt unterlassen. Auch alte Festung nur dann, wenn nötig, beschießen. Nur wenn Feind Feuer eröffnet, ist dieser bei unbedingter Schonung der Stadt zu bekämpfen. Flieger nur im Maße unbedingter Notwendigkeit verwenden“

Und als Erläuterung zu obigem Befehl eröffnete der Chef des Generalstabes:

„daß ein Bombardement Belgrads Anlaß bieten könnte, daß russische Kavallerie und die französischen und englischen Flotten die Feindseligkeiten überraschend eröffnen. Beides ist derzeit nicht erwünscht.“¹²⁾

¹⁰⁾ „Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914“, Berlin, II. Bd., Nr. 344.

¹¹⁾ Dobrorolski: „Noch einiges von der russischen Mobilmachung 1914“, Die Kriegsschuldfrage, 1924, S. 85.

¹²⁾ Kriegsarchiv: Feldakten 1914.

Mag diese Nachricht einerseits als Beweis dafür gelten, daß die österreichisch-ungarische Heeresleitung die Feindseligkeiten auf den Balkankriegsschauplatz beschränken wollte, so zeigt sie auch, wie sehr man zu dieser Stunde in Wien schon alle Ursache hatte, das Eingreifen der Ententemächte besorgen zu müssen. Hatte doch der Draht die Nachricht von der ersten Beschießung der serbischen Hauptstadt in alle Welt und auch nach Petersburg getragen. Sie wurde dem russischen Außenminister Sasonow just in jenem Augenblick telephonisch mitgeteilt, als er sich am 29. nachmittags eben mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szapáry „in vertraulichem Gedankenaustausch“ über die geplanten russischen Mobilisierungsmaßnahmen befand. Über den Stimmungsumschwung, den diese Nachricht bei Sasonow auslöste, berichtete der Botschafter hierauf ungesäumt wie folgt nach Wien:

„... Er [Sasonow] war wie ausgewechselt, suchte alle seine bisherigen Argumente in einer jede Logik ins Gesicht schlagenden Weise wieder aufzunehmen und meinte, er sehe jetzt, wie Kaiser Nikolaus recht gehabt habe. ‚Sie wollen nur Zeit mit Verhandlungen gewinnen, aber Sie gehen vorwärts und beschießen eine ungeschützte Stadt! Was wollen Sie eigentlich noch erobern, wenn Sie die Hauptstadt in Besitz haben‘, und dergleichen kindische Aussprüche mehr. Das Argument, daß ein solches Vorgehen gegen Serbien das Gegenteil einer Bewegung gegen Rußland bilde, störte den Minister wenig. ‚Was wollen wir noch konversieren, wenn Sie so vorgehen!‘ sagte er...“¹³⁾

Nach diesem heftigen Wortwechsel verließ Graf Szapáry den äußerst aufgeregten russischen Außenminister. Der Zar hatte bereits am 28. Juli den Ukas für die allgemeine Mobilmachung unterzeichnet. Als die Nachricht von dem Bombardement Belgrads eintraf, erleichterte dies Sasonow, dem Kriegsminister Suchomlinow und dem Chef des Generalstabs, den Zaren zu bestimmen, die Einwilligung für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu geben. Kurz darauf wurde durch eine vom deutschen Kaiser eingelangte Depesche die allgemeine Mobilmachung verübergehend in eine teilweise, nur gegen die Donaumonarchie gerichtete Mobilmachung umgewandelt.¹⁴⁾ Immerhin waren aber durch Rußlands Vorgehen die Aussichten auf eine Lokalisierung des Krieges um ein Beträchtliches verringert worden.

Als Graf Szapáry, nachdem nach seiner etwas plötzlichen Verabschiedung von Sasonow der persönliche Verkehr zwischen der österreichisch-ungarischen Botschaft und der Sägerbrücke zwei Tage lang unterbrochen geblieben war, auf Weisung Berchtolds wieder beim russischen Außenminister erschien,¹⁵⁾ um den ab-

¹³⁾ Österr. Aktenwerk, VIII. Bd., Nr. 11 003, letzter Absatz.

¹⁴⁾ Frantz: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“, Berlin 1924, S. 66 f.

¹⁵⁾ Goos, 297 ff.

gerissenen Faden der Verhandlungen erneut aufzunehmen, hatte sich das Gesicht der Welt schon wesentlich verändert. Rußland hatte am Vortage — nunmehr endgültig — die allgemeine Mobilmachung verfügt, worauf die Donaumonarchie am 31., mittags, mit der gleichen Maßnahme und Deutschland zunächst mit der Anordnung der „drohenden Kriegsgefahr“ antworteten. — Der an der österreichisch-ungarisch-serbischen Grenze entstandene Kriegsbrand begann mit unheimlicher Schnelligkeit bereits auf die anderen Fronten überzugreifen.

Doch nicht nur der russische Außenminister, sondern auch der Zar berief sich in seinen diplomatischen Aktionen auf das aggressive Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien. So schrieb er in der Antwortdepesche, die er in Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages am 1. August nachts an den König Georg von Großbritannien richtete, auf Vorschlag des englischen Botschafters in Petersburg, Sir George Buchanan, unter anderem wie folgt:

„Österreichs Kriegserklärung an Serbien zwang mich, eine teilweise Mobilmachung anzuordnen“

weiter:

„Ich war schließlich zu diesem Schritt infolge der österreichischen Gesamtmobilmachung,¹⁷⁾ der Beschießung von Belgrad, der Zusammenziehung österreichischer Truppen in Galizien¹⁸⁾ und geheimer militärischer Vorbereitungen Deutschlands genötigt.“¹⁷⁾

Doch es wäre übertrieben und ungerecht, dies alles der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien zuschreiben zu wollen. Da der Wunsch Rußlands und Frankreichs feststand, jede auf dem Balkan sich bietende Gelegenheit zur großen Abrechnung auszunützen,¹⁸⁾ hätte sich nach der Ablehnung des österreichisch-ungarischen Ultimatums durch Serbien der Weg zum Weltkrieg wahrscheinlich auch in einer anderen Form gebahnt. Das Maß der formellen Verantwortlichkeit für die Auslösung des Waffenkonflikts hätte sich dann aber verschoben, und der wegen seiner Objektivität in Angelegenheiten der Kriegsschuldforschung bekannte amerikanische Professor Fay hätte dann in seinem Werke „The Origins of the World War“¹⁹⁾ nicht schreiben können:

¹⁸⁾ Diese beiden Maßnahmen waren weder zur Stunde der Anordnung der russischen Teilmobilmachung noch zu jener der allgemeinen Mobilisierung schon erfolgt gewesen.

¹⁷⁾ „Die Britischen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898—1914“, Berlin 1926, Nr. 490. — Vergl. auch Wegerer: „Die systematische Verfälschung der russischen allgemeinen Mobilmachung“, Berliner Monatshefte, Nr. 7 von 1930, S. 645 ff.

¹⁸⁾ Barnes: „Die Entstehung des Weltkrieges“, deutsche Ausgabe, Berlin 1928, S. 88 ff, 163.

¹⁹⁾ Auszug im Jännerheft dieser Zeitschrift vom Jahre 1929, S. 66.

„Österreich trägt für den unmittelbaren Ausbruch des Krieges eine größere Verantwortlichkeit als irgendeine andere Macht . . .“

und einige Zeilen später:

„Um allen Vermittlungsversuchen zuvorzukommen, erklärte er [Graf Berchtold] Serbien in aller Eile den Krieg.“

Eben diese Hast, mit der Graf Berchtold die Kriegserklärung absandte, ist es, die selbst die Kritik von Vorkämpfern um die Bereinigung der Kriegsschuldfrage, die dem Lager der Mittelmächte angehören, auslöst. So schreibt Graf Montgelas in einer Einführung in das Kriegsschuldproblem im Zusammenhange mit dem „Halt in Belgrad“ von „voreiliger Kriegserklärung“,²⁰⁾ und auch August Bach bezeichnet in einer kritischen Auseinandersetzung mit Poincarés Denkwürdigkeiten die österreichisch-ungarische Kriegsansage an Serbien als „übereilt“ und das Vorgehen der Wiener Diplomaten am 27. Juli angesichts der für die Doppelmonarchie anfänglich günstigen politischen Lage als „sehr leichtfertig“. ²¹⁾

Wir stehen also vor einer weitverbreiteten Auffassung, die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien sei voreilig gewesen, und es bleibt nun zu untersuchen, welche Folgen diese Voreiligkeit auf militärischem und auf politischem Gebiete zeitigte.

Nach dem ganzen Entwicklungsgang des Kriegsausbruches zu urteilen, wird man kaum verneinen können, daß der ursprüngliche, dann aber nicht weiter verfolgte Vorschlag des Generals von Conrad, die Kriegserklärung nicht vor erreichter Schlagfertigkeit des österreichisch-ungarischen Balkanheeres zu überreichen, zweckmäßiger gewesen wäre. Dies um so mehr, als vom diplomatischen Standpunkt, dem der Chef des Generalstabes damals überraschenderweise den Vorrang einräumte, keine Nötigung zu so frühzeitiger Absendung der Kriegserklärung bestand. Diese und die durch sie ausgelöste vorzeitige Beschießung von Belgrad hatten aber Rußland sehr bald die Möglichkeit zu dem von ihm gewünschten militärischen Eingreifen geboten. Deshalb mußten österreichisch-ungarische Heeresteile, die anfänglich für den Kampf gegen Serbien bestimmt waren und sich schon auf der Fahrt nach Süden befanden, in einem eisenbahntechnisch sehr ungünstigen Augenblick nach Galizien umgelenkt werden, was den Einleitungsfeldzug hier wie dort unheilvoll beeinflusste.²²⁾

²⁰⁾ Montgelas: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“, Berlin 1923, S. 110.

²¹⁾ Bach: „Poincaré und der Kriegsausbruch 1914.“ (Berlin 1929) S. 69 f.

²²⁾ Kriegsarchiv: „Österreich-Ungarns letzter Krieg.“ I. Bd., S. 21 ff.,

Das frühzeitige Absenden der Kriegserklärung hätte man vom militärischen Standpunkt nur dann gutheißen können, wenn ihr, so wie Deutschland und England es erwartet hatten und wie Rußland es anfänglich hinzunehmen geneigt zu sein schien,²³⁾ ein Angriff auf Belgrad unmittelbar gefolgt wäre. Nun war aber ein solcher überfallsartiger Angriff auf Belgrad im Jahre 1914 aus militärischen Gründen gar nicht durchführbar;²⁴⁾ im Möglichkeitsfalle hätte er aber die europäischen Kabinette noch viel mehr vor eine vollzogene Tatsache gestellt als die völkerrechtlich korrekte und doch so vielfach bemakelte Kriegserklärung.

Bei Beurteilung der durch die Kriegserklärung an Serbien bei Kriegsbeginn und nach dem Ausklinge des Weltkrieges eingetretenen politischen Folgen muß vor allem berücksichtigt werden, daß Serbien die nach der Annexionskrise 1908/09 gemachten Zusicherungen, seine gegen den Bestand der Donaumonarchie gerichtete Wühlarbeit einzustellen, keineswegs eingehalten hatte. Auch die Erfahrungen aus den Krisenjahren 1912/13, wo die Doppelmonarchie die Regelung ihrer Balkaninteressen der äußerst schleppend arbeitenden und ihr wenig wohlgesinnten Londoner Botschafterkonferenz anvertraut hatte, ließen eine Wiederholung dieses Vorganges keineswegs rätlich erscheinen. Diese Umstände mochten dem Leiter des Außenamtes am Ballhausplatz vorgeschwebt haben, als er die rasche Kriegsansage an Serbien betrieb, um der Einmischung anderer Mächte zuvorzukommen und um — wie es in seinem Immediatvortrag vom 27. Juli (Siehe S. 1132) heißt — eine „klare Situation“ zu schaffen.

Wenn nun Poincaré in seinen Denkwürdigkeiten dies eine „phrase cynique“²⁵⁾ nennt, so kann dem entgegengehalten werden, daß Österreich-Ungarn noch am 31. Juli durch seinen Botschafter in Petersburg erklären ließ, daß es nicht nur gerne bereit sei, mit Rußland auf breitester Basis zu verhandeln, sondern auch speziell den Text der an Serbien gerichteten Note einer Besprechung zu unterziehen, sofern es sich um dessen Auslegung handle.²⁶⁾ Auch im Ministerrat, der am 31. Juli in Wien zusammengetreten war,

²³⁾ Deutsche Dokumente, II. Bd., Nr. 344.

²⁴⁾ Kizling: „Die praktische Undurchführbarkeit eines Handstreiches auf Belgrad.“ („Die Kriegsschuldfrage“ 1927, S. 231 ff.); Wegerer: „Der Halt in Belgrad“ (ebendort 1923, S. 130 ff.); Nowak: „Marschall Conrad und der Krieg“ („Berliner Tageblatt“ vom 25. Januar 1924).

²⁵⁾ Poincaré: „L'union sacrée 1914.“ (Paris 1927) IV. Bd., S. 350.

²⁶⁾ Österr. Aktenwerk, VIII. Bd., Nr. 11 092 und 11 093. — Goos: S. 287 und 298.

wurde noch die prinzipielle Geneigtheit festgestellt, auf den eben eingelangten englischen Vermittlungsvorschlag einzugehen, sofern die Operation gegen Serbien, die allerdings erst am 12. August beginnen konnte, fortgesetzt, und Rußland die Aufrüstung seines Heeres einstellen würde.²⁷⁾ Denn andernfalls, so besorgten die führenden Staatsmänner der Donaumonarchie, würde man neuerlich der eigenen, Serbien gegenüber bisher geübten Nachgiebigkeit unterliegen. Als es dann doch zum Ausbruch des Weltkrieges kam, wurde ganz irrigerweise die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien als hierfür ausschlaggebend bezeichnet. Tatsächlich war es die fortgesetzte russische Mobilmachung, die den am 31. Juli ohnehin nur sehr zögernd beschrittenen Weg zu neuen Verhandlungen endgültig verschüttete.

Hätte der Weltkrieg einen für die Mittelmächte günstigen Ausgang genommen, so wären wahrscheinlich wenigstens die politischen Folgen der zweifellos voreiligen Kriegserklärung fortgefallen. Da aber das Gegenteil eingetreten ist, wurde die Doppelmonarchie mit dem Vorwurfe belastet, halsstarrig alle Vermittlungsversuche der übrigen Mächte von sich gewiesen zu haben. Die Rumpfstaaen des ehemaligen Donaureiches, Österreich und Ungarn, hat man dies bei den Pariser Friedensschlüssen bitter genug empfinden lassen, und es ist leider nur ein schwacher, moralischer Trost, wenn der streng nach Wahrheit schürfende amerikanische Professor Barnes in den Schlußfolgerungen seines ausgezeichneten Werkes über die Entstehung des Weltkrieges schreibt:

Der österreichische Krieg gegen Serbien hat an sich keineswegs einen europäischen Krieg mit sich gebracht oder notwendig gemacht. Die Einmischung Rußlands (das hierbei von Frankreich gedrängt wurde) — eine Maßnahme, die sich nicht rechtfertigen und entschuldigen läßt — ist es gewesen, die den Anstoß zu der Erweiterung des Konfliktes gab.²⁸⁾

Zum Schlusse soll noch die, von linksstehenden Politikern immer wieder gerne hervorgeholte Behauptung entkräftet werden, daß Graf Berchtold die Meldung über das Gefecht bei Temes-Kubin benutzt habe, um vom Kaiser Franz Joseph die Genehmigung zur Kriegserklärung zu erhalten.

Mit dieser Meldung hat es sicherlich eine eigene Bewandnis. Ein Gefecht fand bei Temes-Kubin gar nicht statt, sondern Strom-

²⁷⁾ Österr. Aktenwerk, VIII. Bd., Nr. 11 203.

²⁸⁾ Barnes, 166. (Sperrdruck vom Autor dieses Aufsatzes.)

wachen des dort stationierten Feldjägerbataillons Nr. 28 zwangen — wie jetzt erst bekannt wurde²⁹⁾ — einen serbischen Dampfer, auf dem sich auch einrückende serbische Reservisten befanden, zur Landung am diesseitigen Ufer. Der Dampfer kam diesem Auftrag anstandslos nach, wurde jedoch auf vom VII. Korpskommando höherenorts eingeholte Weisung hin sogar wieder freigegeben, weil Österreich-Ungarn sich mit Serbien noch nicht im Kriegszustand befunden hatte. Gewiß ein höchst korrektes Vorgehen, wie es übrigens zur selben Zeit auf Befehl des Kaiser Franz Joseph auch dem auf der Durchreise in Budapest angehaltenen serbischen Generalstabschef Woiwoden Putnik gegenüber gehandhabt wurde.

Die Meldung vom Anhalten des serbischen Dampfers bei Temes-Kubin war aber auch den Nachbarabschnitten mitgeteilt worden und ist offenbar — Genauerer läßt sich heute trotz vielseitigem Bemühen nicht mehr feststellen — auf Umwegen und aufgebauscht auch nach Budapest gelangt, von wo aus sie nach Wien weitergeleitet wurde. Nun scheint es damals in der Hast der sich überstürzenden Ereignisse gar nicht aufgefallen zu sein, daß nicht das dem Feldjägerbataillon Nr. 28 vorgesetzte VII., sondern das IV. Korpskommando dem Chef des Generalstabes diese Meldung erstattet hatte. Offenbar deshalb ist von militärischer Seite eine Nachprüfung unterlassen worden. Dagegen scheint, obwohl sich in den Akten gar keine Spuren vorfinden, vom Ballhausplatz aus eine Überprüfung dieser Meldung eingeleitet worden zu sein, denn als bis zum 28. Juli eine Bestätigung über das Gefecht bei Temes-Kubin ausgeblieben war, eliminierte — wie schon erwähnt — Graf Berchtold selbst vor Absendung der Kriegserklärung aus ihr den diese Begebenheit enthaltenden Satz.

Die Behauptung jedoch, daß der österreichisch-ungarische Außenminister die Genehmigung der Kriegserklärung dem Staatsoberhaupte abgelistet hätte, ist vollkommen haltlos. Fürs erste lag gar keine Veranlassung vor, den Kaiser zur Kriegserklärung zu überreden, dies um so weniger, als die Heeresleitung keinen Einwand erhoben hatte. Österreich-Ungarns Teilmobilmachung war schon im vollen Gange, und der Monarch wie alle übrigen maßgebenden Personen waren nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen fest entschlossen, die kriegserische Strafaktion gegen Serbien durchzuführen. Wenn nun der Frage des Gefechtes bei Temes-Kubin eine entscheidende Bedeutung zugekommen wäre, so

²⁹⁾ Schreiben des Generalmajors d. R. August Dorotka von Ehrenwall, im Jahre 1914 Kommandant des Feldjägerbataillons Nr. 28, an das österreichische Kriegsarchiv (16. Juli 1930).

würde der Kaiser bei seinem ritterlichen, jeder Unaufrichtigkeit abgeneigten Charakter sicherlich in irgendeiner Form seine Schlußfolgerungen gezogen haben.

Faßt man alles Für und Wider die Kriegserklärung der Doppelmonarchie an Serbien zusammen, so muß man zubilligen, daß sie dem Streben des österreichisch-ungarischen Außenministers entsprang, den Krieg, den man nach reiflicher Überlegung und nur mit diesem Nachbarkönigreiche zu führen entschlossen war, möglichst rasch und in völkerrechtlich korrekter Weise einzuleiten. Ob es zweckmäßig war, die Kriegserklärung zu dem damals gewählten Zeitpunkt abzuschicken, darf allerdings bezweifelt werden; denn dies hat der Monarchie sicherlich militärisch und politisch geschadet, „Vom Standpunkt der Moral“, schreibt Graf Montgelas im Augustheft dieser Zeitschrift,³⁰⁾ „war die Kriegserklärung Österreichs an Serbien nicht verwerflicher, sondern angesichts der panserbischen Wühlereien mehr gerechtfertigt als die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland 1870, der Krieg Rußlands gegen die Türkei 1877, der Krieg Englands gegen die Buren, die Eroberung Marokkos durch Frankreich und der Angriff Italiens auf Tripolis.“ — Es war ein tragisches Geschick des österreichisch-ungarischen Außenministeriums, daß es im Jahre 1914 gerade das, was es verhindern wollte, die Einmischung anderer Mächte in die Straffaktion gegen Serbien, durch die Kriegserklärung beschleunigt hatte.

³⁰⁾ Montgelas: „Ein zweites Plädoyer Poincarés.“ („Berliner Monatshefte“ 1930, Heft 8, S. 727.)

„Slovenski Jug“

Provisorisches Statut

der Organisation zum Zwecke der Befreiung der Südslaven (Slovenen, Kroaten und Serben).*)

Auf vielseitigen Wunsch geben wir im nachstehenden die provisorischen Statuten der Organisation zum Zwecke der Befreiung der Südslaven (Slovenen, Kroaten und Serben) — „Slovenski Jug“ — wieder, wie sie in der von Georg Nastitsch veröffentlichten Broschüre „Finale . . .“ enthalten sind. Die Broschüre selbst, die 1908 im Verlag von Daniel A. Kajon, Sarajewo, herauskam, ist vollständig vergriffen. Wir behalten uns vor, auf die Bedeutung dieser provisorischen Statuten für die Beurteilung der südslawischen Bewegung in einem späteren Aufsatz zurückzukommen. In der Broschüre „Finale . . .“ sind die Statuten faksimiliert wiedergegeben.

Die Schriftleitung.

I. Einleitung.

a) Über die Situation.

Die Knechtschaft des Volkes slawischen Blutes im slawischen Süden ist so ausgesprochen und so allgemein bekannt, daß es keiner Beweise bedarf. Zerstückelt und zersetzt auf verschiedene Einflußsphären anderer größerer Völker, diesen unterworfen, ausgenützt, im kleineren Teile halb befreit, im größeren absolut unterjocht, kann sich unser Volk nicht nur kulturell nicht entwickeln, Fortschritte machen und erstarken, ja selbst sich nicht einmal halten und seine Individualität und nationale Existenz bewahren, es kann sein Dasein nicht mehr fristen, und insofern es dies im besten Falle auch könnte,

*) **Inhalt:** I. Einleitung: a) Über die Situation, b) Erklärung über die Einheit. II. Name der Organisation. III. Zweck der Organisation. IV. Charakter der Organisation. V. Gebiet, auf welchem die Organisation durchgeführt werden soll. VI. Plan der Arbeit: a) Arbeit an der Propaganda, b) Vorbereitungsarbeiten, c) Verhältnis zu den Regierungen, Parteien usw., d) Verhältnis zum Auslande, e) Anschaffung der Geldmittel, f) Geheimhalten der Arbeit, g) Aktion in der österreichisch-ungarischen Armee. VII. Expositur in Amerika. VIII. Gliederung: a) Mitgliedschaft, b) Hauptverwaltung, c) Landesorganisationen, d) Provinzorganisationen, e) Gemeindeorganisationen, f) Selbständige Komitees, g) Vertrauensmänner, h) Rechte und Pflichten der Ausschüsse (Komitees). IX. Vorgang bei der Gründung der Organisationen. X. Taktik der Organisation. XI. Schlußwort.

so verwendet es seine ganze Kraft nur zur Verteidigung, zur Wahrung seines nationalen Seins! Es genügt, dies zu betonen, um unsere große nationale Tragik zu begreifen, um zu verstehen, in welch großem Gegensatze dieser Zustand zur Aufgabe steht, die unserem Volke wie auch jedem anderen zukommt zu seiner Mission, welche es ruft, sich in die große Weltkultur einzureihen und als gleichberechtigtes Mitglied mit seinen speziellen Eigenschaften zur Erfüllung der großen Aufgabe der Menschheit beizutragen!

Der intelligente Teil unserer Nation, die geistig höher Stehenden, ihre Führer und Patrioten, sind sich dieses tragischen Zustandes bewußt und bemühen sich, das Volk auf den Weg der Freiheit und des Fortschrittes zu leiten. Sie erreichen es durch verschiedene Arten des Kampfes, in kulturellen, politischen und anderen verschiedenen Organisationen; dort, wo wir abhängig sind, und dort, wo wir unabhängig sind, wird dieser Kampf nebst der privaten Triebkraft vom ganzen Apparate der staatlichen Gewalt unterstützt. Dieser Kampf ist nützlich und auch nicht ohne Erfolg, aber er kann unsere schwere verworrene politische Situation nicht vollkommen lösen. Das ist ganz klar und wir wissen das alle recht gut. Die Schaffung dieser Organisation entspricht darum einem allgemeinen, täglichen Bedürfnisse unserer Nation, sie begründet sich auf dem Instinkte unserer Masse und auf der letzten Einsicht uns Intelligenteren. Diese Organisation wird den nationalen Qualen ein Ende machen, sie wird unsere nationale Frage zur letzten Austragung führen. Sie bedeutet einen mächtigen Schritt nach vorwärts, in den jetzigen schweren Zeiten eine hehre und erlösende Heldentat!

b) Erklärung über die nationale Einheit.

Die schwere und unglückliche Situation unseres Volkes entspringt hauptsächlich aus einer Zerstückeltheit, aus der selbstsüchtigen Aufteilung in verschiedene Stammesaspirationen. Diese selbstsüchtigen Stammesaspirationen zersetzen und zerspalten unsere ohnehin schwache nationale Kraft, sie verwickeln sie in ein Durcheinander gegenseitiger Streitigkeiten und dies alles zu unserem Schaden und zum Vorteil unserer großen Feinde. Diese Zerrissenheit, die gegenseitigen Streitigkeiten und Konflikte sind nur eine Folge der Verirrungen einzelner Stämme, und insoweit dies nicht der Fall ist, werden sie von außen herausgefordert, um die einzelnen Teile unserer gemeinsamen Nation zu zerstückeln und dieselben in fortwährende gegenseitige Reibungen zu verwickeln. Nachdem wir das einsehen und wissen, daß die verschiedenen Stämme des ganzen Volkes durch Sprache, Gebräuche, durch die nationale Psyche, die

Situation und das Schicksal, die Vergangenheit und die Gegenwart, die anthropologischen Eigenschaften unserer Stämme nur eine einheitliche Nation bilden, so vertritt diese Organisation in erster Reihe die südslawische nationale Einheit.

II. Name der Organisation.

„Südslawische revolutionäre Organisation.“

III. Ziel der Organisation.

Vollkommene Befreiung der Südslawen, staatliche, politische, soziale, kulturelle und nationale Vereinigung in eine Gemeinschaft auf der Grundlage vollkommen freier, demokratischer Prinzipien, mit Gleichberechtigung und Aufrechterhaltung aller besonderen Rechte und Prärogative der Länder und Stämme, in welchen die Südslawen leben, insofern diese beansprucht werden und insofern diese Rechte die Vereinigung nicht beeinträchtigen.

Diesem Zwecke entspricht am besten eine föderative staatliche Gemeinschaft mit Länderautonomien — ein großer Bund von Republiken, in welchem die Völkerrechte in dem breitesten Umfange verfassungsmäßig garantiert werden. Eine solche Gemeinschaft ist das Ideal der Organisation.

IV. Charakter der Organisation.

Die Organisation ist revolutionär. Sie gelangt zu ihrem Ziele durch die Vorbereitung, Aufwiegelung und Einführung breiter Volksmassen in eine allgemeine, große, nationale Revolution. Die Organisation ist überzeugt, daß mit Rücksicht auf die kleine Anzahl und auf die große kulturelle und materielle Armut unserer Intelligenz, viel mehr aber noch der breiten Massen, mit Rücksicht auf die psychologischen Eigenschaften, auf den Charakter und das ganze Naturell unseres Volkes, mit Rücksicht auf die Unvorbereitetheit der Seelen, auf ihre moralische Uniformität, — die aktive terroristische Revolution der einzelnen, die sogenannte Revolution mit Attentaten für unsere Verhältnisse nahezu unmöglich und ergebnislos ist. Das Fehlen aller obigen Faktoren für diese Art der Revolution (besonders das Fehlen der psychologischen Eigenschaft unseres Volkes) spricht am deutlichsten zugunsten der Organisation in unserem Sinne, welche die Geister und alle Mittel vorbereitet, um nach Beendigung dieser Vorbereitungen die Revolution mit einem Schlage auszuführen, mit Inanspruchnahme der ganzen Nation zum aktiven, physischen revolutionären Kampfe.

Die Organisation verneint nicht und schließt absolut nicht aus, im Gegenteil, sie anerkennt und macht sich zu eigen, daß die Not-

wendigkeit eintreten könne, in der revolutionären Arbeit in einzelnen Ländern und Fällen den an erster Stelle erwähnten Charakter anzunehmen: die terroristische Aktion der einzelnen. Die Entscheidung in diesem Sinne ist eine taktische Frage und wird von Zeit zu Zeit angewendet, aber immer nur insoweit, als dies für die Ausdehnung und den Fortschritt der Revolution in unserem Sinne von Nutzen sein kann.

Eine so schwere und große Arbeit kann nur so gelingen, wenn sie auf breite Massen aufgebaut ist und wenn sie einzig und allein von ihrer Idee (Ziel) geleitet wird. Die Organisation weist deshalb schon den Gedanken einer Unterstellung gegenüber Kabinetten, Höfen oder anderen Faktoren zurück. Sie ist eine vollkommen demokratische souveräne Körperschaft, von niemandem abhängig und vollkommen selbständig in allen ihren Entschlüssen.

Mit Rücksicht auf die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Teilen, Ländern, in welchen unsere Nation lebt, und auf die Verschiedenheit der Arbeit, die je nach diesen Verhältnissen notwendig sein wird, ist eine einheitliche Organisation in allen Ländern nicht möglich. Die Verhältnisse z. B. in Serbien, welches frei ist, in Bosnien, welches unter Österreich steht, im Sandschak, welches der Türkei gehört, in Ungarn, wo die Magyaren herrschen usw., sind nicht die gleichen und kann auch darum die Arbeit nicht die gleiche sein. In allen diesen Ländern wird die Organisation ihren besonderen Typus und ihre besondere Aufgabe haben müssen, trotzdem das angestrebte Ziel dasselbe sein wird. Die Organisation wird also nebst ihrem demokratischen und souveränen, teilweise auch einen föderalistischen Charakter haben, was soviel heißt, daß sie als ein Bund der einzelnen Landesorganisationen mit einer gemeinsamen, starken, zentralen Leitung zu betrachten sein wird.

V. Gebiet, auf welchem die Organisation durchgeführt werden soll.

Bei den Verhältnissen, die heute im slawischen Süden herrschen, und die nicht näher erörtert zu werden brauchen, weil sie uns allen wohl bekannt sind, ist für jetzt eine gemeinsame Arbeit in unserem Sinne mit den Bulgaren unmöglich. Die Organisation wird darum nur in jenen Ländern und Gegenden durchgeführt, wo Slowenen, Kroaten und Serben leben. Die Organisation hofft, daß diese Verhältnisse sich ändern werden und daß mit der Zeit eine gemeinsame Arbeit auch mit den Bulgaren möglich sein wird. Sie wird in dieser Richtung hin wirken und, sobald diese Zeit eintritt, ihre Tätigkeit auch auf jene Länder und Gegenden ausbreiten, wo die Bulgaren leben.

Infolgedessen wird die Organisation in Serbien, Bosnien und Herzegowina, Dalmatien, Montenegro, Kroatien und Slawonien, Istrien, Slowenien, in den Alpengegenden, wo Slowenen leben, in Ungarn, Altserbien, Mazedonien und in der Folge in den Kolonien der obenbenannten Völker, überall wo es solche gibt, in Europa und Amerika, durchgeführt. (Darunter verstehen wir auch die Jugend unserer Nation an allen großen europäischen Schulen.)

VI. Plan der Arbeit.

Nach dem bisher Gesagten und nach Erwägung der einzelnen Punkte der Statuten sind die Arbeiten dieser Organisation die folgenden und müssen nach diesem Plane durchgeführt werden:

a) Arbeit an der Propaganda.

Die erste und Hauptaufgabe der Organisation, besonders am Anfang, ist die, die Leute für ihre Idee zu gewinnen, eine starke Propaganda zur Verbreitung ihrer revolutionären Grundidee. Dieser Aufgabe dienen:

1. Persönliche Agitation der Mitglieder in allen Orten und unter allen Verhältnissen.

2. Broschüren, in denen die Notwendigkeit der Revolution nachgewiesen wird, Beispiele aus den Freiheitskämpfen anderer Nationen aufgezählt werden und überhaupt die Verbreitung der Revolutionsidee im schriftlichen Wege.

3. Die Presse: Ausnützung der nationalen Presse, die schon besteht, und, soweit die Verhältnisse dies erlauben, Gründung und Wachrufung besonderer Zeitschriften revolutionären Inhaltes.

b) Vorbereitungsarbeiten für die Revolution.

Gleichzeitig mit der Vorbereitung der revolutionären Ideen müssen die Vorbereitungsarbeiten zum Beginne und zur Führung der Revolution eingeleitet werden. Hierzu gehören:

1. Ausarbeitung eines Planes für die Revolution. Dieser Plan muß alle notwendigen Daten betreffend die eigene Stärke und die Stärke des Feindes vollkommen und ausführlich enthalten sowie dementsprechende notwendige Einzelheiten zum erfolgreichen Beginne und zur Führung der Revolution besitzen. Hierher gehören die politischen, geographischen, topographischen, ökonomischen und statistischen Daten aller unserer und der feindlichen Länder, ein militärisch-strategischer Plan mit genauer Angabe geeigneter Kampfplätze, mit Anführung der feindlichen Zentren und Operations-

richtungen, unter Beteiligung der militärischen Kraft Serbiens und Montenegros, mit befestigten Kommunikationsverbindungen zwischen den aufständigen Zentren und den Operationslinien usw. Der Plan muß so ausgearbeitet werden, daß derselbe allen möglichen Eventualitäten entspreche. Derselbe muß bis zu den kleinsten Einzelheiten alles enthalten, was an allen Punkten und in allen Richtungen des Gebietes, auf welches sich das Ringen erstrecken wird, notwendig sein kann.

2. Verteilung der Rollen: Hierher gehört, dem obigen Plane gemäß, die Verteilung der Pflichten unter die einzelnen Mitglieder und Teile der Organisation, Einübung in die verteilten Rollen, wie z. B. in der Verfertigung von Bomben, in der Handhabung derselben und anderer Waffen, Unterricht in der Zerstörung der Kommunikationen, Brücken, in der Beförderung der Post usw.

3. Vorbereitung der Mittel: Darunter ist die Beschaffung aller materiellen Mittel zu verstehen, die zur Führung des Aufstandes notwendig sind (Waffen, Munition, Bomben, Geld usw.). Hierzu gehört auch, im Sinne des obigen Planes, die Etablierung von Orten, wo die Aufspeicherung der Mittel erfolgen wird.

c) Verhältnis zu den Regierungen, Parteien und anderen Faktoren von Macht und Einfluß in unserer Nation.

Infolge ihres Charakters, ihres hehren aufständigen Zieles, im Sinne des bisher auseinandergelegten Ideenganges wird die Organisation trachten, immer rein, offen, frei und erhaben zu bleiben und von niemandem abhängig zu sein. Das heißt aber nicht, daß die Organisation mit obigen Faktoren in keinerlei Verbindung treten darf.

Im Gegenteil, rechnend mit Einfluß und Macht dieser Faktoren bei unserem Volke, wird die Organisation trachten, dieselben auszunützen und diese für die große Idee, für die sie kämpft, zu gewinnen, ohne aber zuzugeben, daß sie bei dieser Tendenz zum Werkzeug der erwähnten Faktoren werde. Sie wird mit ihnen in Freundschaft, in Eintracht und in gemeinschaftlicher Arbeit leben, solange diese ihr an die Hand gehen, es ist aber nur konsequent und logisch, daß sie gegen diese Faktoren, wenn sie ihre Arbeit stören wollten, den heftigsten Kampf führen wird.

Die Organisation betrachtet jeden als den ihrigen und als Freund, der mit ihr ist, hingegen ist jeder aber fremd und Feind, der gegen sie ist, ohne Rücksicht auf den Stand, Charakter, Glauben und die Nationalitäten!

d) Verhältnis zum Auslande.

1. Gewinnen der öffentlichen Meinung der gebildeten Welt für die Arbeit der Organisation.

Die Organisation kann nur dann mit Erfolg arbeiten, wenn sie nebst der Arbeit, im Schoße unserer Nation, für ihre Ziele auch bei allen gebildeten Nationen des Auslandes vorbaut, die uns nicht gerade feindlich gestimmt oder sogar geneigt sind. Die Organisation wird darum trachten, im Wege der Presse und durch andere Mittel der Agitation die öffentliche Meinung der Kulturvölker für alle unsere Fragen zu gewinnen.

2. Anknüpfung und Erhaltung von Verbindungen mit ähnlichen Organisationen im Auslande.

Außerdem ist es von großer Wichtigkeit, daß mit jenen Elementen der Kulturwelt Verbindungen angeknüpft werden, die in ähnlichen Organisationen inmitten ihrer Völker in derselben oder in ähnlicher Richtung tätig sind wie die unsere. Die Organisation wird sich mit diesen bekannt machen, sie wird von ihnen vieles lernen und vielleicht auch Unterstützung, nicht nur moralische, sondern auch materielle, an Geld und Leuten, erhalten.

Solche Organisationen im Auslande sind die international-sozialistischen, und zwar in erster Reihe die revolutionären, anarchistischen und nihilistischen Organisationen, die in der Welt bestehen. Beispielsweise: die italienische Irredenta, die russischen revolutionären Organisationen usw.

3. Ausschüsse, Vertrauensmänner in den revolutionären und anderen großen Kulturzentren der Welt.

Die im Punkt 1 und 2 bezeichnete Aufgabe erheischt, daß in einzelnen Kulturzentren der Welt und besonders in den revolutionären eigene Ausschüsse gegründet oder dorthin Vertrauensmänner entsendet werden, welche die oben gekennzeichneten Aufgaben verrichten sollten. Diese werden zugleich auch die Aufgabe haben, mit der in Amerika zu errichtenden Expositur die Verbindung aufrechtzuerhalten.

e) Beschaffung der Geldmittel.

1. Durch Beiträge der Mitglieder, welche je nach den Verhältnissen und nach Möglichkeit festgestellt werden. Diese Beiträge sind Pflicht für jedes Mitglied der Organisation.

2. Durch freiwillige Beiträge der Mitglieder der Organisation, welche diese nach freiem Ermessen spenden.

3. Durch Geschenke, die auf verschiedene Art und Weise von Nichtmitgliedern der Organisation gesammelt werden.

4. Durch Einnahmen von den Broschüren, revolutionären Schriften usw.

5. Durch verschiedene andere Arten, auf die man im Laufe der Arbeit kommen wird.

f) Geheimhalten der Arbeit.

Die ganze Arbeit der Organisation wird vollkommen geheimgehalten. Die Mitglieder der Organisation sind nach außen unbekannt, gegenseitig kennen sie sich in beschränktem Maße, wie dies aus dem Gefüge der Organisation ersichtlich ist. Die Übermittlung von Nachrichten, Verfügungen und von allem, was zur Funktion des Organisationsapparates notwendig ist, wird persönlich von Mitgliedern verrichtet. Schriftliche Korrespondenzen müssen auf das allerkleinste Maß beschränkt sein. Diese können nur bei weniger wichtigen Fällen angewendet werden, aber auch dann nur in Chiffren, die je nach den Verhältnissen und nach dem Bedürfnisse zusammengestellt werden. Der Ort und die Zeit der Zusammenkünfte der Organisation werden streng geheimgehalten.

g) Aktion in der österreichisch-ungarischen Armee.

Nachdem nach der geographischen Lage unseres Volkes die Macht des österreichisch-ungarischen Reiches sozusagen der einzige Feind der revolutionären Bewegung ist, mit welchem unsere Organisation rechnen muß, wird dieselbe auf die in dieser Armee zu unternehmende revolutionäre Aktion ihre besondere Aufmerksamkeit lenken müssen. Im Wege unserer Konnationalen, die sich unter der Mannschaft, den Unteroffizieren und den Offizieren dieser Armee in großer Anzahl befinden, wird sich die Organisation die nötigen Daten über dieselbe verschaffen. Durch die Organisierung dieser Elemente zum Zwecke der Revolution und durch die Gewinnung für die revolutionäre Idee wird sich die Kraft des Feindes empfindlich schwächen, die der Organisation aber für die ersten Tage zum entscheidenden Kampfe stärken.

Diese Arbeit der Organisation ist sehr wichtig, darum wird derselbe hier am Schlusse auch besonders erwähnt.

VII. Expositur in Amerika.

Damit die Arbeit der Organisation besser geheimgehalten werde und damit die Aufmerksamkeit vom revolutionären Gebiet gegen das Ausland, weit entfernt von den Mitten unserer Nation, in welchen die Organisation in Wirklichkeit ihre Tätigkeit entfalten

wird, abgelenkt erscheinen, mit einem Worte, damit die Spuren des Bestehens und der Entfaltung der Organisation verloren gehen, wird in Amerika eine besondere Expositur gegründet, die mit einem Blatte revolutionären Inhaltes offen vor die Welt tritt, in welchem sie sich als die Urheberin und Gründerin der revolutionären Bewegung unter den Südslawen den Augen der Öffentlichkeit bloßstellt. Außerdem ist diese Expositur auch aus anderen Gründen notwendig. Obwahr die Organisation zu ihrer Unantastbarkeit volle Offenherzigkeit, Gleichberechtigung und Gleichheit der Nationen gemacht hat, mit denen sie zusammen arbeiten wird, wird doch von verschiedenen Seiten der Erfolg ihrer Arbeit, wie dies auch bis jetzt immer geschehen ist, durch an die Adresse Serbiens und an ihre Rolle in der revolutionären Bewegung gerichteten Angriffe und Beschuldigungen untergraben.

Einerseits wird Serbien vor Europa als Urheber des Umsturzes beschuldigt und werden seiner internationalen Lage Unannehmlichkeiten gemacht; andererseits werden gewisse slowenische, kroatische und mohammedanische Elemente, die für die gemeinsame Arbeit der Befreiung auch bis jetzt sich nicht ereiferten, weil sie sich vor der sogenannten serbischen Propaganda zugunsten Großserbiens fürchteten, von der Organisation sich abwenden.

Durch die Gründung dieser Expositur in Amerika, an deren Spitze je ein Kroat, ein Slowene und ein Serbe stehen soll, und die fortwährend die Souveränität der Organisation über alle Faktoren von Macht und Einfluß in der Nation hervorheben wird, werden alle diese an die Adresse Serbiens gerichteten Verdächtigungen wegfallen. Ganz offen vor der ganzen Welt werden jeden Tag Beweise geliefert, daß die revolutionäre Idee eine aufrichtige, die Aktion frei und unabhängig, niemandem untergeordnet sei.

Diese Expositur wird auch den Nutzen bringen, daß sie mit ihrem Blatte die Propaganda zum Zwecke der Organisation verbreiten wird, und als eine richtig getroffene Körperschaft unserer Revolutionäre wird sie zugleich ein Zentrum aller jener Arbeiten sein, welche die Organisation im Auslande unternehmen muß.

Diese Expositur könnte in welchem Orte immer des fortschrittlichen Westens errichtet werden. Amerika eignet sich hierzu darum, weil die dortigen Verhältnisse für diese Arbeit die günstigsten sind, Amerika ist das Land größter Freiheiten, es leben dort viele Slawen, und besondes viele unserer Konnationalen, Südslawen. Die Expositur in Amerika wird vollkommene Aktionsfreiheit und einen für die Herausgabe des Blattes genügenden Kundenkreis haben. Dabei wird sie aber auch die große Aufgabe haben, im freien Amerika

unser dortiges Volk zum Zwecke unserer Organisation zu erziehen. Unsere durch Armut und Mißgeschicke von ihrem Herde vertriebenen Amerikaner bilden vielleicht das geeignetste Element für solche Organisation.

Die einzige mißliche Seite der amerikanischen Expositur ist die große Entfernung vom Revolutionsgebiete. Dieser Nachteil verschwindet im Hinblick auf die vielen guten Seiten. Derselbe wird beseitigt durch das Herstellen der Verbindungen zwischen der Expositur und dem revolutionären Gebiete mittels der Ausschüsse und Vertrauensmänner, die in den kulturellen revolutionären Zentren Europas ohnedies bestehen müssen. Wenn sich die Organisation gekräftigt haben und über die notwendigen Mittel verfügen wird, kann diese Expositur in irgendeinen anderen Ort Europas, näher dem revolutionären Gebiete, verlegt werden.

VIII. Gliederung.

Auf der besprochenen souveränen, demokratischen, föderalistischen Grundlage und nach dem oben gekennzeichneten Arbeitsplane wird diese Organisation in folgender Weise gegründet:

a) Mitgliedschaft.

Mitglied der Organisation ist jedes Mitglied unseres Volkes des slowenischen, kroatischen und serbischen Stammes. Es gibt aktive und passive Mitglieder. Aktive Mitglieder sind jene, die davon überzeugt sind, daß die Revolution notwendig ist und für dieses Ziel auf welche Art und Weise immer arbeiten. Passive Mitglieder sind jene, die weder der Aufgabe bewußt noch mit den Zielen bekanntgemacht sind.

b) Hauptverwaltung.

An der Spitze der ganzen Organisation steht die Hauptverwaltung. Dieselbe besteht aus einem Ausschusse, welcher folgenden Namen trägt: „Hauptverwaltungsausschuß der südslawischen revolutionären Organisation.“ Die Anzahl der Mitglieder dieses Ausschusses ist unbestimmt. Die Landesorganisationen entsenden in diesen Ausschuß je zwei Mitglieder; Mitglieder des Ausschusses sind auch die Mitglieder der Expositur.

c) Landesorganisationen.

Jedes Land, jede Provinz und Gegend, z. B. Kroatien für sich, Bosnien für sich, Serbien für sich usw., bilden eine selbständige Landesorganisation, an deren Spitze ein Landesausschuß steht mit

dem Namen: „Südslawischer revolutionärer Landesausschuß in Bosnien, Serbien, Kroatien usw.“ Die Mitglieder, welche die Landesorganisationen in den Hauptverwaltungsausschuß entsenden, müssen Mitglieder dieser Landesausschüsse sein. Die Zahl der Mitglieder der Landesausschüsse wird je nach den Verhältnissen bestimmt, darf aber 15 nicht überschreiten.

d) Provinzorganisationen.

In jeder Gegend, Provinz und in jedem Lande werden für jedes einzelne Komitat, Bezirk usw. besondere Provinzausschüsse gebildet, mit Ausschüssen an der Spitze, die folgenden Namen führen: „Südslawischer revolutionärer Provinzausschuß in Syrmien, in der Lika, im Banat, in der Batschka, in Bocche di Cattaro usw.“ Die Zahl der Mitglieder dieser Ausschüsse wird je nach den Verhältnissen bestimmt und darf zehn nicht überschreiten. Die Mitglieder dieser Provinzausschüsse wählen aus ihrer Mitte die Mitglieder des Landesausschusses, und zwar je nach der Anordnung.

e) Gemeindeorganisation.

In jeder Gemeinde, in welche die revolutionäre Arbeit vordringen ist, wird eine Gemeindeorganisation gebildet mit einem Ausschusse, welcher den Namen führt: „Südslawischer revolutionärer Ausschuß der Gemeinde . . .“ Die Anzahl der Mitglieder darf fünf nicht überschreiten. Die Mitglieder der Gemeindeausschüsse wählen die Mitglieder der Provinzausschüsse. Wie viele, wann und welcher Gemeindeausschuß zu wählen hat, erfährt man von den Provinzausschüssen.

f) Selbständige, abgesonderte Organisationen und solche mit speziellen Aufgaben.

Diese werden in solchen Orten gebildet, die weit entfernt von der Masse unseres Volkes liegen und in welchen mitten in der Fremde, wie z. B. in Wien, Berlin, Paris usw., Mitglieder unserer Nation leben (die Jugend auf den Hochschulen) oder in welchen aus irgendwelchen besonderen Gründen eine Organisation zu einem besonderen Zwecke notwendig ist, z. B. wegen Herstellung einer Verbindung mit ähnlichen Organisationen im Auslande, wegen Aufrechterhaltung des Verkehrs mit der Expositur usw. In die Reihe dieser Organisationen gehören auch einige in unseren Ländern, wie z. B. in der österreichisch-ungarischen Armee, bei den Eisenbahnen, an den Grenzen, in den Orten, wo ein Lager mit Kriegsmaterial sich befindet usw., die irgendeine spezielle Aufgabe haben. An der Spitze

dieser Organisationen stehen Ausschüsse, die je nach den Verhältnissen und nach der Aufgabe zusammengestellt und die auch je nachdem benannt werden.

g) Vertrauensmänner.

In solchen Orten und unter solchen Umständen, wo es anders nicht möglich oder dies aus besonderen Ursachen notwendig ist, können an Stelle der Gemeindeausschüsse Vertrauensmänner an die Spitze der Organisation gestellt werden.

h) Rechte und Pflichten der Ausschüsse, Ordnung und Arbeit derselben, Würden, Wahlen.

1. Gleichberechtigung: In den Ausschüssen sind die Mitglieder, jeder in seinem Wirkungskreise, vollkommen gleichberechtigt.

2. Würden: In jeder Sitzung eines jeden Ausschusses präsidiert jedesmal ein anderes Mitglied. Die Reihenfolge des Präsidiums wird nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Mitglieder bestimmt. Jeder Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Sekretär, der im Ausschusse als Schriftführer fungiert, und einen Kassierer, welcher das Geld verwaltet. Die Pflichten dieser zwei dauern auch in den Zwischenzeiten, wo keine Zusammenkünfte abgehalten werden.

3. Verteilung der Arbeit: Bei den Zusammenkünften verteilen die Ausschüsse ihre Aufgaben, bestimmen die Arbeit der Mitglieder und nehmen ihre Berichte entgegen, sie erteilen denselben neue Aufträge oder wählen andere. Diese Arbeiten sind verschiedenartig und werden je nach dem Bedarf und nach den Verhältnissen im Sinne des im Statute ausgelegten Arbeitsplanes festgesetzt.

4. Wahlen: Jede Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung. Die Mitglieder und die Würdenträger werden auf zwei Jahre gewählt.

5. Wirkungskreis der Ausschüsse und ihr Verhältnis zueinander: Die Ausschüsse redigieren die ganze Tätigkeit der Organisation in ihren Wirkungskreisen im Sinne dieser Statuten und gemäß den Aufklärungen und Anweisungen, die sie von den höheren Ausschüssen erhalten, die Gemeindeausschüsse von den Provinzausschüssen, diese von den Landesausschüssen, und diese wieder vom Hauptverwaltungsausschuß, welcher das Haupt und der Anführer der ganzen Organisation ist. Die Ausschüsse bestimmen die Taktik, nach welcher die Arbeit verrichtet werden muß, je nach den Verhältnissen und Ländern, der Hauptverwaltungsausschuß verfügt speziell auf Grund der erhaltenen Daten über die Taktik der ganzen Organisation und bringt die Arbeit der einzelnen Teile in Zusammenhang.

6. Verfahren in Streitfragen: Wenn in irgendeiner Organisation ein Streit ausbricht, bringt darüber der Ausschuß durch seine Macht die Entscheidung. Die Beschwerden sind an den höheren Ausschuß zu richten und der Hauptverwaltungsausschuß hat das entscheidende Wort. Die Entscheidung erfolgt durch geheime Abstimmung und das Gericht wird vom ganzen Ausschusse gebildet. Konflikte zwischen den Mitgliedern der Ausschüsse werden vom höheren Ausschusse entschieden und das Beschwerderecht ist bis zum Hauptverwaltungsausschusse zulässig. Konflikte zwischen den Mitgliedern des Hauptverwaltungsausschusses oder Beschwerden, die gegen dieselben erhoben werden, sind von einem besonderen Gerichte zu entscheiden, welches für solche Fälle erst gebildet wird.

7. Zusammenkünfte der Ausschüsse: Die Ausschüsse treten je nach Bedarf zusammen. Eine neue Sitzung wird immer in der abgehaltenen angesagt.

IX. Vorgang bei Gründung einer Organisation.

Die Versammlung der Vertrauensmänner der nicht organisierten revolutionären Masse, wie sie jetzt ist, konstituiert sich als provisorischer Hauptverwaltungsausschuß, nimmt dieses Statut an, bestimmt die Aufgaben ihrer Mitglieder, führt mit den Gleichgesinnten die Landes-, Provinz- und Gemeindeorganisationen durch und beginnt auf diese Weise die eigentliche Arbeit.

Die Wirksamkeit dieses provisorischen Hauptverwaltungsausschusses ist auf zwei Jahre, von seiner ersten Zusammenkunft berechnet.

Auf dieselbe Weise, wie der Hauptausschuß, werden auch die übrigen Ausschüsse provisorisch auf zwei Jahre gegründet, nach welcher Zeit die Verwaltung von den konstanten, nach den Bestimmungen des Statutes gewählten Ausschüssen übernommen wird.

X. Taktik der Organisation.

Aus allem, was bisher über das Ziel, die Aufgabe, den Charakter der Organisation, über den Plan und ihre Gliederung gesagt worden ist, ist genügend ersichtlich, welche Taktik die Organisation bei ihrer Arbeit zu befolgen hat. Nachdem aber die Taktik bei dieser Arbeit von besonderer Wichtigkeit ist, so wird dieselbe speziell hier in einigen Worten beleuchtet, damit sie jedem Mitgliede noch klarer und verständlicher sei.

Die Taktik der Organisation ist eine freie, dehnbare, sie kann nicht in ein Dogma gefaßt werden, sie ändert sich von Zeit zu Zeit und ist am ganzen revolutionären Gebiete nicht dieselbe. Sie hat die Tendenz, für die Ziele der Organisation alles auszunützen. In

Serbien, wo die Freiheit und Volksregierung herrscht, wird die Aufgabe der Organisation darin bestehen, Mittel und Leute für sich zu finden, dort braucht sie nicht gegen die Regierung zu kämpfen. Dort wird sie sich auf jene Elemente stützen, welche die Macht des Volkes noch auszudehnen trachten. In Ungarn, wo man nicht an einen revolutionären Kampf denkt und wo dieser auch nicht möglich ist, wird die Arbeit der Organisation darin bestehen, das Bewußtsein des Volkes zu wecken und zu stärken sowie die Mittel aufzubringen usw. Sie wird den politischen Kampf der Nation und ihre Verteidigung der Rechte unterstützen. In Bosnien, wo das Volk gar keine Rechte hat, und besonders in der Türkei, wo es noch sogar physisch geknechtet ist, wird die Organisation, sich auf die extremen demokratischen Elemente stützend, den Kampf gegen die Regierungsgewalt aufnehmen, dortselbst wird sie auch auf terroristische Aktion übergehen, in der Zeit, wo anderlands Ruhe herrschen wird. In Kroatien und Dalmatien wird die Organisation die Politik jener Elemente fördern, die für die Vereinigung dieser Länder und für die Unabhängigkeit auf Basis der brüderlichen Gleichberechtigung der Kroaten und Serben sind. In den slowenischen Ländern wird sie den Kampf der freidenkenden nationalen Elemente gegen die österreichischen Klerikalen unterstützen und in Montenegro wird sie mit aller Kraft, sogar durch terroristische Aktion, gegen das alte Regime in Kampf treten.

Je nachdem wie die Verhältnisse in den genannten Ländern sich gestalten, wird auch die Taktik der Organisation ihr Aussehen wechseln. Dort, wo sie heute still war, kann sie morgen die aktivste sein und umgekehrt.

Ähnlich wird sie auch gegenüber dem Auslande vorgehen. Sie wird jene unterstützen, die im Interesse unserer Nation zu wirken streben und gegen die uns feindlichen Strömungen in Kampf treten.

Die Propaganda verbreitend, die Mittel sammelnd, Verbindungen anknüpfend, an einem Orte aktiv im weitesten Sinne des Wortes, am anderen still und unsichtbar soll die Taktik (?) die Arbeit redigieren im Sinne der im Statute niedergelegten Ideen und mit der starken und festen Tendenz, daß sobald als möglich das Terrain zum offenen Kampfe vorbereitet werde, d. h. zum Beginn der großen, allgemeinen Völkerrevolution am ganzen Gebiete und auf allen Linien des revolutionären Terrains, wie dies das Statut vorschreibt.

XI. Schlußwort.

In diesem Statute sind nur in großen Zügen die Grundlinien der Organisation niedergelegt. Es wird die Aufgabe des provisorischen

Hauptverwaltungsausschusses sein, unter Mitwirkung der anderen Ausschüsse und auf Grundlage dieses Statutes, den Verhältnissen und den sich ergebenden Bedürfnissen entsprechend ein ausführliches gründliches Statut auszuarbeiten, welches die Lücken dieses provisorischen Statutes ausfüllen wird.

Dieses neue Statut ist der Versammlung des ersten ordentlichen Hauptverwaltungsausschusses vorzulegen, welcher dieses anstatt dem provisorischen in Kraft setzen wird.

Indem dieses Statut der Konferenz zur Erwägung und Annahme vorgelegt wird, ist es wohl unnötig, zu betonen, daß die erste und größte Notwendigkeit sei, daß die Organisation einmal schon zustande komme, daß sie einmal schon zu leben und wirken beginne. Man verzeihe und übersehe deshalb die Mängel dieses provisorischen Statutes, man vergeude nicht die Zeit mit Dazutun und Ergänzungen, man nehme das bereits Gebrachte an und mache damit schon endlich den ersten von uns allen so sehnsüchtig erwarteten Schritt für die Gründung stehende Organisation.

In diesem Namen Glück auf!

Die Wiederherstellung Polens im Rahmen der russischen Kriegsziele.

Von Gunther Frantz.

Die Eroberung Galiziens bis zum Dunajec und die Erfolge des Großfürsten in Südwestpolen im Oktober 1914 zwangen die Regierung in Petersburg, in irgendeiner Form zum polnischen Problem Stellung zu nehmen. Bisher war die polnische Frage nur durch das Polenmanifest des Großfürst-Höchstkommandierenden Nikolai Nikolajewitsch vom 14. August 1914 öffentlich und amtlich berührt worden. Die russische oberste Heeresleitung fühlte sich verpflichtet, ihren Versprechungen nunmehr auch seitens der Regierung irgendwelche Schritte folgen zu lassen. Der Generalstabschef, General Januschewitsch, legte deshalb dem Ministerpräsidenten Goremykin nahe, von Versprechungen zu Taten überzugehen. Die Folge waren mehrere Kabinettsberatungen in der Zeit vom 2. bis 28. November 1914, die, wie auch alle späteren Konferenzen, zu keinem positiven Ergebnis führten, immerhin aber doch bezeichnend sind für die Gedanken, die man sich im Kabinett über die Möglichkeiten einer Lösung des polnischen Problems machte.

Bedeutsam für uns heute sind die damals geäußerten Erwägungen um so mehr, als sie bis in unsere Tage hinein für die Politik und Stellung Polens zwischen Deutschland und Rußland charakteristisch sind und darüber hinaus im Zusammenhange mit Rußlands großen Annektionsplänen beweisen, daß für Frankreich und Rußland der Krieg ein Eroberungskrieg war. Die zwischen Paris und Petersburg vereinbarten Kriegsziele lassen daran keinen Zweifel.

Der Vorsitzende des Ministerrats, Staatssekretär Goremykin, legte also der „vom Generalstabschef angeregten Frage große Bedeutung bei“ und war mit ihm der Auffassung, „daß es zeitgemäß wäre, den Polen einen Beweis der Absicht zu geben, ihren Wünschen entgegenzukommen.“ Der Ministerrat kam dann ferner in den Novembersitzungen zu dem Ergebnis, daß neben der Freiheit der Konfession, der Sprache und der Selbstverwaltung dem künftigen Polen zugebilligt werden müßten: „die jetzigen Gouvernements des Generalgouvernements Warschau und auch das polnische Land, das, sofern Gott die russischen Waffen mit dem Siege belohne, von Deutschland und Österreich-Ungarn zu Rußland kommen würden. Die künftigen Grenzen Polens sollten nach ethnographischen Gesichtspunkten bestimmt werden.“

Wie schwer es ist, ethnographische Grenzen festzulegen, wissen wir heute zur Genüge. Aber damals schon entstanden in Petersburg Zweifel: ist das Gouvernement Suwalki, ist Ostgalizien seinem Volkstum nach polnisch?

Es ist bedeutsam, daß die drei Minister, die in dieser Frage ressortmäßig am meisten interessiert sein mußten: der Justizminister Schtscheglowitow, der Innenminister Maklakow und als Vertreter des Kultusministers Kasso sein Gehilfe Baron Taube, grundsätzlich eine andere Auffassung geltend machten, als die übrige Mehrheit der Kabinettsmitglieder. Sie schlossen sich dem allgemeinen Sitzungsprotokoll nicht an, sondern legten ihre Ansicht in einem Sonderbericht nieder. Mochte das, was als Ansicht der Mehrheit des Kabinettsrates in dem Sitzungsprotokoll reichlich verschwommen und vieldeutig seinen Niederschlag gefunden hatte, aus einem Gremium hervorgehen, das weder in positivem noch negativem Sinne zu einer klaren Stellungnahme zu dem Problem entschlossen war, so rückten die drei Minister, die abseits standen, der Frage klar und eindeutig, und zwar in negativem Sinne zu Leibe. Sie dachten als Russen: wir verbitten uns etwaige Ansprüche der Polen auf historische Grenzen, wir verbitten uns die Einmischung Frankreichs in die polnische Frage und können die polnische Frage nur im Gesamtrahmen der russischen Interessen und der russischen Kriegsziele behandeln, und zwar hier an letzter Stelle.

Sie stellen die berechnigte Frage an die Spitze, „inwieweit die Vereinigung der drei polnischen Gebietsteile im rein russischen Interesse überhaupt erwünscht oder zweckmäßig sei“, und sie kommen zu dem Schluß, daß dieses Kriegeziel für das Zarenreich an letzter Stelle stehen müsse; es gäbe eine ganze Menge anderer durch den Krieg zu lösender Aufgaben, denen im Interesse Rußlands unbedingt der Vorrang gebühre: vor allem die Erwerbung der Meerengen mit Konstantinopel, der Zusammenschluß aller Russen, einschließlich Ostgaliziens und Karpathenrußlands (das heute zur Tschechoslowakei gehört!) und die politische Zertrümmerung Deutschlands. Diesen Zielen stehe aber die Errichtung eines geeinten großen Polens teilweise im Wege.

Sie formulieren ihre Kriegeziele folgendermaßen:

- „1. Abschluß des historischen Prozesses der Vereinigung aller russischen Volksteile durch Vereinigung Ostgaliziens, der Nordbukowina und Karpathen-Rußlands mit Rußland;
2. Verwirklichung der historischen Aufgaben Rußlands am Schwarzen Meer durch Gewinnung Zargrads (Konstantinopel) mit den türkischen Meerengen;
3. Grenzverbesserungen des Reiches nach Preußen auf Kosten seines Ostteiles und nach der asiatischen Türkei;
4. Ausgiebige innere Schwächung Deutschlands durch völlige territoriale Umgestaltung nach neuen Grundsätzen mit Verkleinerung preußischen Territoriums zugunsten Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, Dänemarks und der kleinen deutschen Staaten, vielleicht Errichtung von Königreichen Hannover, Hessen-Nassau, usw.;
5. Vereinigung und Befreiung Polens in möglichst weiten, aber auf jeden Fall ethnographischen und nicht historischen Grenzen, was den Fundamentalinteressen der ganzen russischen Geschichte direkt widersprechen würde;
6. Befreiung der übrigen österreichischen Slawen.“

Es wird in der Sonderschrift der drei Minister ferner zum Ausdruck gebracht, daß durch die Einbeziehung Posens und Westgaliziens die westliche Grenzföhrung Rußlands strategisch noch ungünstiger wird, und schließlich sind es auch noch etwas seltsam anmutende Gesichtspunkte, die den drei Ministern Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Vereinigung Polens unter russischem Szepter aufkommen lassen. Sie schreiben nämlich: „Dieser Zweifel wird noch dadurch vertieft, daß bei der unzweifelhaft erheblichen Schwächung Deutschlands nach einem unglücklichen Kriege, namentlich in Verbindung mit den darauf abzielenden, aber schon

angedeuteten ernsteren Maßnahmen, der Verbleib eines slawischen Elements innerhalb der deutschen Grenzen, das Deutschland feindlich gesonnen ist und es haßt, offenbar mehr der endgültigen inneren Schwächung als seiner Stärke dienen würde. Nur bei völligem Zusammenbruch und Zerfall Deutschlands, und wenn es deshalb in der Tat unmöglich ist, um die Lösung der polnischen Frage herumzukommen, ist es natürlich vorzuziehen, die polnischen Gebiete unter russischer Herrschaft zu vereinigen als sie außerhalb der Kontrolle durch die russische Staatsregierung zu lassen.“

Bezüglich der künftigen Grenzföhrung Polens hatten die drei Minister das durch die spätere Entwicklung bestätigte und richtige Gefühl für die kommenden Schwierigkeiten. Sie schrieben damals: „Was alsdann die tatsächliche Abgrenzung eines „ethnographischen“ Polens betrifft, so bietet sie an sich unzweifelhafte Schwierigkeiten und wird aller Wahrscheinlichkeit nach für die Mehrheit der polnischen Intelligenz unannehmbar sein, die in der nahen Zukunft leicht bestrebt sein kann, immer mehr und mehr Zugeständnisse seitens der russischen Regierung zu erlangen, und zwar um so mehr, als im Aufruf des Höchstkommmandierenden von dem „Lebenden Leib Polens“ die Rede gewesen ist, der er „vor anderthalb Jahrhunderten war“.

Ganz schroff lehnten sie eine Einmischung Frankreichs in die polnische Frage ab. Sie meinten, man sollte sich doch zu einer überstürzten Wiederherstellung Polens nicht etwa drängen lassen, „weil fremde Mächte, die zwar augenblicklich noch mit uns befreundet sind, den Versuch machen könnten, uns zur bleibenden Wiederherstellung Polens zu veranlassen — auf die Gefahr hin, daß wir Russisch-Polen verlieren; denn die Geschichte kennt kein Beispiel dafür, daß eine Macht nach einem siegreichen Kriege zu Gebiets-einschränkung gezwungen werden könnte. Die polnische Frage, die wir in den sechziger Jahren selbständig trotz der feindlichen Haltung fast ganz Europas zu lösen wußten, kann und darf einer Lösung nur ganz allein von Rußland in voller Übereinstimmung mit den russischen Reichsinteressen entgegengeführt werden¹⁾.“

In diesem Punkt verfolgte später auch das Außenministerium die hier angedeutete Richtung. Es kam bekanntlich im März 1917, als schon der Zar gestürzt war, nach Versuchen persönlicher Einwirkung der Franzosen in Petersburg durch Albert Thomas und Viviani im Mai 1916 und durch Doumergue im Februar 1917 sowie

¹⁾ Verlauf der Kabinettsbesprechungen dargestellt nach: „Die russisch-polnischen Verhandlungen.“ Herausgegeben vom Zentralarchiv. Moskau-Leningrad 1926. Vgl. auch: „Deutscher Offizier-Bund“, Nr. 21—23. Juli-August 1929.

nach langwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Rußland zu dem Kompromiß auf Kosten Deutschlands, daß nämlich Rußland volle Freiheit bei der Bestimmung seiner westlichen Grenzen erhielt, nachdem es seinerseits den französischen Wünschen über Regelung der französisch-deutschen Grenzen zugestimmt hatte²⁾. Praktisch war damit Frankreichs Einmischung in die Regelung der polnischen Frage ausgeschlossen, und ein diplomatischer Meinungsaustausch hatte seinen Abschluß gefunden, dessen Anfänge bis in den September 1914 zurückreichen. Damals, bald nach dem unerwarteten Erfolge an der Marne Anfang September 1914, hatten sich Sasonow, Paléologue und Buchanan in Petersburg über die Kriegsziele unterhalten, und Paléologue berichtete am 14. des Monats nach Paris, daß nach dem Vorschlage Sasonows Rußland den unteren Lauf des Njemen und Ostgalizien beanspruche, Polen aber das östliche Posen, Schlesien und Westgalizien annektieren würde³⁾. Diese Dokumente aus dem September 1914 beweisen ferner, daß die erwähnte, von den drei Ministern in der Polenkonferenz gewählte Formulierung der russischen Kriegsziele nicht etwa einer Phantasievorstellung von drei besonders reaktionären oder imperialistischen Männern entsprang, sondern daß sie sehr reale Voraussetzungen in den Unterhaltungen zwischen Paris, London und Petersburg seit Kriegsbeginn hatte. Schon damals war von der Erwerbung der Meerengen mit Konstantinopel und von der Zertrümmerung Deutschlands durch Gebietsabtretungen an Frankreich, Rußland, Belgien, Dänemark, ferner auch von der Wiedererrichtung des Königreichs Hannover die Rede. Es scheint, daß sich diese Wahngebilde von dem, was Rußland im Verein mit der Entente durch den Krieg zu erreichen hoffte, weit über die offiziellen und amtlichen Kreise hinaus auch in den Hofkreisen und in den Schichten der „Gesellschaft“ festgesetzt hatten. Bezeichnend in dieser Richtung ist ein Brief des Großfürsten Nikolai Michailowitsch, der, — seine Mutter war eine Prinzessin von Baden —, dank seiner historischen Arbeiten über den Zaren Alexander I. ein gewisses Ansehen als Mann der Wissenschaft genoß und Ehrendoktor der Berliner Universität war. Er schrieb am 8. August 1916 an den Zaren⁴⁾: „Mir scheint, daß alle Blicke und Anstrengungen auf Deutschland zusammengefaßt werden müssen, wenn man von den verbündeten Zentralmächten spricht. Führt man die volle Auf-

²⁾ Stieve: „Iswolski im Weltkriege.“ S. 213—215.

³⁾ Die „Kriegsschuldfrage“, September 1927, S. 872.

⁴⁾ Aus der russischen Schrift: „Nikolai II. und die Großfürsten.“ Staatsverlag Leningrad. Vgl. auch: Gunther Frantz: „Rußland auf dem Wege zur Katastrophe“, Moskau 1925. Seite 312.

teilung Österreichs durch, so erhält man folgendes Bild: Ungarn wird selbständig, möglicherweise auch Böhmen; Galizien und ein Teil der Bukowina werden Rußland zufallen, Siebenbürgen wahrscheinlich Rumänien, alles übrige aber werden die Serben, Montenegriner und besonders die Italiener nehmen. Was also wird von Österreich übrigbleiben? Krain, Kärnten, Tirol und besonders das Erzherzogtum Österreich. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland in Ermangelung eines besseren auf diese Provinzen seine Hand legen und sein Gebiet auf Kosten seines Verbündeten vergrößern wird.“

„Ein Diplomat des 19. Jahrhunderts hat gesagt: „Si l'Autriche n'existait pas — il faudrait la créer.“ Mir scheint, er hatte recht, da es vorteilhafter ist, in Mitteleuropa ein verschiedenstämmiges und schwaches Österreich als ein starkes Deutschland zu haben. Bei einem vollen Siege muß man also an die Demütigung und Aufteilung Deutschlands gehen, Schleswig-Holstein Dänemark geben, Elsaß-Lothringen an Frankreich, Luxemburg an Belgien, einen Teil der Rheinmündung an Holland, Posen an Polen; einen Teil Schlesiens (das sächsische) und einen Teil Bayerns an Österreich; die Flotte muß auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden; man darf sich alsdann aber nicht in Deutschlands innere Angelegenheiten einmischen, da alle diese Prinzen und Fürsten sich miteinander verfeinden werden, ebenso wie die Bürger und Sozialisten, die Gelehrten und Bierbrauer — kurz: alle Vertreter von „Deutschland über alles“.

„Das zu schreiben und zu sagen genügt aber nicht. Historische Beispiele sind auch nach hundert Jahren nützlich. Im Jahre 1815 wurden in Frankreich Besatzungskorps von Rußland, Preußen, Österreich und England bis 1818, das heißt drei Jahre lang, gelassen, bis alles erfüllt und bezahlt war. Jetzt wird man dasselbe tun, sich aber auch jetzt bereits darüber verständigen müssen. Bis zur Erfüllung des Vertrages wird man im Innern Deutschlands je ein Korps von Rußland, Frankreich, England, Italien, Japan, Serbien und Belgien, im ganzen also sieben Korps lassen müssen.“

Um die Psyche der Polen zu verstehen, die nicht nur damals im Kampfe für ihre staatliche und völkische Freiheit ihr Handeln bestimmte, seien folgende Argumentationen Dmowskis in der Konferenz vom 3. Juni 1915 erwähnt⁵⁾. Er erklärte, daß man die polnische Frage nur vom Gesichtspunkte der gemeinsamen polnischen und russischen Interessen aus behandeln müsse. Polen, als altes Kulturland mit Tradition, müsse die Möglichkeit haben, „seine historischen Aufgaben, treu sich selbst, Rußland und dem ganzen

⁵⁾ Aus: „Die russisch-polnischen Verhandlungen.“

Slawentum zu erfüllen“. Er habe schon lange vor dem Kriege die feste Überzeugung gehabt, daß „eines der Hauptziele Deutschlands die Ausrottung der polnischen Nationalität sei, daß die einzige Rettung Polens in der Macht Rußlands liege und daß das richtig verstandene staatliche und nationale Interesse Rußlands nicht auf der Vernichtung Polens, sondern im Gegenteil auf der Entwicklung seiner nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte beruhe, damit Polen in der Lage sei, mit Erfolg einen Damm gegen die seit vielen Jahrhunderten nach Osten andringende deutsche Woge zu bilden. Diese Woge werde nicht allein mit Waffen aufgehalten; sie habe die Fähigkeit gezeigt, schnell auch auf dem Wege der friedlichen Eroberung vorzudringen, der wirtschaftlichen und kulturellen und mit Hilfe der deutschen Kolonisation. Auch wenn Deutschlands militärische Macht in diesem Kriege gebrochen werde, woran er nicht zweifele, würde das Volk von fünfundsiebzig Millionen dank seiner Zahl, Kultur, Energie, dank seiner inneren Organisation, die es höher zu treiben verstand, als sogar seine westlichen Nachbarn, nicht aufhören, eine gewaltige Gefahr für die benachbarten Völker, besonders die slawischen, zu bilden, denen auch weiterhin eine Eroberung auf friedlichem Wege von seiten des deutschen Volkes drohe.“

„Angesichts dessen“, so führt Dmowski weiter aus, „gebietet es das Interesse des ganzen Slawentums, mit Rußland an der Spitze, unweigerlich dafür zu sorgen, daß die slawischen Völker an den Grenzen Deutschlands Voraussetzungen finden, die ihnen gestatten, mit Erfolg den wirtschaftlichen und kulturellen Kampf gegen das Germanentum zu führen, ihr Land gegen die Deutschen und deutsche Einflüsse zu verteidigen. Das ist es, weshalb die gemeinsame Sache der Verteidigung gegen die deutsche Gefahr — gemeinsam in ihr ist das Interesse, das Polen, Rußland und das ganze Slawentum daran haben —, den Glauben aufkommen läßt, daß die Frage der künftigen polnisch-russischen Beziehungen durch gemeinsame, harmonische Anstrengungen der Polen, der russischen öffentlichen Meinung und der russischen Regierung entscheidend bestimmt wird.“

Um schließlich die ganze Polenaktion im Rahmen der russischen Reichsinteressen voll zu würdigen, sei der Vollständigkeit halber auch noch ein Gesichtspunkt zur Sprache gebracht, den der Ministerpräsident Stürmer bei einem Vortrage beim Zaren geltend machte. Er hat über diesen Vortrag vom 3. September 1916 aufgezeichnet ⁶⁾:

⁶⁾ Aus: „Die Monarchie vor dem Zusammenbruch“. Staatsverlag Moskau-Leningrad, 1927.

„Die Publikation eines Manifestes über die Verleihung der Autonomie an Polen wird jetzt kein Verständnis im Volke finden, das nicht begreifen wird, wodurch ein solches Manifest hervorgerufen wird, das nur eine Völkerschaft des Reiches berührt. Sollte die Veranlassung in der Verwüstung Polens durch die deutschen Truppen gesucht werden, so waren solcher Verwüstung auch andere Völkerschaften ausgesetzt: die Letten, Esten und andere, die dafür keine Vorrechte erhalten. Das ganze russische Volk hat für die Verteidigung der Heimat dieselben Opfer an Gut und Söhnen gebracht. Ich persönlich hielte es für erwünscht, daß das Manifest über die Autonomie Polens zusammenfiel mit dem Einrücken russischer Truppen in polnisches Gebiet, oder aber, daß diesem Manifest ein anderer Staatsakt vorausginge, der das ganze russische Reich betrifft.“

Die Bedrohung Schwedens durch die russische Flotte bei Kriegsausbruch.

Von Norbert v o n B a u m b a c h.

Wenn die sensationellen Meldungen, die über die russischen Überfallsabsichten gegen Schweden im letzten Jahr durch die Presse liefen ¹⁾, auch nicht bis zum letzten Buchstaben richtig waren, so enthielten sie doch einen richtigen Kern, der darin bestand, daß der russische Flottenchef in der zweiten Kriegswoche tatsächlich mit sämtlichen Streitkräften gefechtsbereit aus dem Finnischen Meerbusen auslief mit der Absicht, den Krieg mit Schweden vom Zaun zu brechen. Die Einzelheiten dieses Vorfalls lassen sich auf Grund einer ausführlichen, amtlichen Schilderung ^{1a)} der Tätigkeit der russischen Flotte in dem ersten Kriegsmonat ziemlich genau feststellen. Der russische Flottenchef, Admiral von Essen, glaubte am 4. August auf Grund einer Meldung des Chefs des Marinegeneralstabs annehmen zu müssen, daß Schweden zu den mutmaßlichen Feinden zählen werde und daß ein schwedisch-deutscher Marinevertrag abgeschlossen

¹⁾ Vgl. „Wilhelmshavener Zeitung“, 2. Oktober 1929, Nr. 231.

^{1a)} Aus dem Sammelheft Nr. 2 der Marinekommission für Erforschung und Auswertung der Erfahrungen aus dem Seekrieg 1914/1918. Verfasser Viktor Emme.

sei²⁾, in dem Schweden sich verpflichtete, gegen Rußland ins Feld zu rücken, wenn England am Kriege teilnehme. Als am gleichen Tage mittags die Meldung von der englischen Kriegserklärung bei dem russischen Flottenstabe eintraf, entwickelte sich dort eine gefährliche militärische Krisis, die durch die äußerst mangelhafte Versorgung mit richtigen Nachrichten verschärft wurde. Man beschäftigte sich unaufhörlich mit dem Gedanken eines vermeintlichen schwedischen Angriffs und fühlte sich in höchst unbequemer Weise von Skandinavien her in der Flanke bedroht und in der Entschlußfreiheit beeinträchtigt. Beunruhigende Agentenmeldungen über eine schnelle Mobilmachung der schwedischen Flotte, ihren Aufenthalt bei Gotland³⁾ und den eines deutschen Geschwaders in der Nähe von Stockholm schienen die Bedrohung ebenso zu verstärken wie die offen deutschfreundliche Einstellung der schwedischen Öffentlichkeit. An dieser russischen Auffassung änderte in der Psychose der ersten Kriegstage die Bekanntmachung des schwedischen Außenministers, daß Schweden entschlossen sei, seine Neutralität zu wahren und nur bei einem Angriff auf schwedisches Gebiet oder einem Gewaltstreich der kriegführenden Mächte in den Krieg einzutreten, sonderbarerweise wenig oder gar nichts. In der russischen Darstellung der Seekriegsgeschichte wird allerdings berichtet, es hätte bei der Meldung von dieser Bekanntmachung zugleich geheißen, daß Schweden neben den genannten Fällen seine Neutralität bei einer Teilnahme Englands am Kriege aufgeben werde, da es sich dann zwischen Hammer und Amboß befände. Nachdem daher in den ersten Kriegstagen die Bereitschaft der Ostseeflotte hergestellt, Minensperren in der Finnischen Bucht gelegt und Vorposten- und Bewachungslinien eingerichtet waren, entschloß sich Admiral von Essen zu einem rücksichtslosen Schritt, um der vermeintlichen schwedischen Sphinx die Maske vom Antlitz zu reißen und allen Überraschungen zuvorzukommen. Er ging von dem Gedanken aus, daß ein Eingreifen Schwedens in den Krieg auf deutscher Seite sicher zu erwarten sei. Zunächst ließ er durch eine Expedition unter dem Befehl des stellvertretenden Chefs des Nachrichtendienstes den auf einer kleinen Schäre in Richtung auf Schweden weit ins Meer vorgeschobenen Leuchtturm

²⁾ Tatsächlich trat Deutschland erst am 5. August an Schweden mit der Anregung heran, den schwedischen Teil der südlichen Sunddurchfahrt zu sperren. Schweden lehnte dies ab. *Marinerundschau* 1930, S. 51.

³⁾ Nach der schwedischen Zeitschrift „*Var flotta*“ 1929, Oktober, stand die schwedische Kriegsflotte Ende Juli 1914 im Begriff, ein größeres Manöver zwischen Gotland und Stockholm auszuführen. Als die politische Krisis sich verschärfte, wurde die Übung aufgegeben. Die Flotte ging auf ihre Ausgangsstellung in Stockholm zurück.

Bogskär als Beobachtungsposten einrichten, dem ein Geheimkode übergeben wurde, der schwedische Worte und Sätze zur Nachrichtenübermittlung verwandte. Auf diese Weise konnten feindliche oder schwedische Schiffe durch einen Satz in schwedischer Sprache nach den Aalandsinseln gemeldet werden. Von dort lief die Meldung weiter an den Flottenstab. Da die Funkstationen Bogskär und Mariehamn schon im Frieden in regem Verkehr in schwedischer Sprache über Proviant und Schifffahrt standen, schien dies eine besonders unauffällige Methode.

Obwohl der König von Schweden und der schwedische Minister des Äußern in privaten Gesprächen mit dem russischen Gesandten in Stockholm immer wieder ihre Absicht betonten, freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten und, obwohl sie ausdrücklich darauf hinwiesen, daß ihre sämtlichen Maßnahmen lediglich der Wahrung der Neutralität, nicht irgendwelchen aggressiven Zwecken dienten, sah der russische Flottenchef in merkwürdiger Verblendung und Verbohrtheit, die sich psychologisch durch die üblen Erfahrungen Rußlands bei der Eröffnung des russisch-japanischen Krieges vielleicht erklären, die politische Lage nach wie vor als kritisch an. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die schwedische Flotte eine verhältnismäßig kleine Streitmacht war, die den russischen Seestreitkräften nicht ernsthaft gefährlich werden konnte. Auch konnte sie neben der gewaltigen deutschen Flotte als Gegner kaum ins Gewicht fallen.

Am 5. August berief in dieser Lage der russische Flottenchef eine Konferenz ein, die über die „Lösung der schwedischen Frage“ beraten sollte. Das Material über Teilnehmer und Beschlüsse dieser Konferenz ist verlorengegangen; es befindet sich nicht in den Händen der russischen Marinekommission für die Erforschung des Seekrieges. Was auch beschlossen sein mag, nach der Konferenz wurde ein Stabsoffizier zu Admiral von Essen beordert, der ihm ein versiegeltes Schreiben an den Oberkommandierenden Großfürst Nikolai mit dem Befehl aushändigte, es unverzüglich dem Großfürsten zu überbringen. Hierbei fragte der Admiral, ob er (der Stabsoffizier) über den beabsichtigten Marsch der Flotte etwas wüßte.^{3a)} Er erhielt die Antwort: „Mir ist die Absicht des Admirals, die Schweden bei Gotland anzugreifen, bekannt.“ Admiral von Essen erwiderte darauf: „Um so besser, dann brauche ich Ihnen den Inhalt des Schreibens nicht zu erklären. Ich hoffe, daß Sie mit einer guten Antwort zurückkommen.“ In der Antwort, die der Offizier am folgenden Tage in Petrograd erhielt, hieß es, es werde

^{3a)} Wiedergabe der Unterredung nach Victor Emme a. a. O.

zur Klärung der Haltung Schwedens eine Kollektivnote mit befristeter Antwort in Stockholm überreicht werden. Bei einer ungünstigen Wendung werde der Flottenchef die von ihm gewünschte Order erhalten. Diese Nachricht ging am 7. August beim Flottenkommando ein. Es wurden eilige Vorbereitungsmaßnahmen zu dem Unternehmen getroffen, das mit dem Ziel angelegt wurde, die Schweden vor einer Vereinigung mit den Deutschen zu vernichten. In den russischen Akten und Archiven finden sich keine Tagebücher oder Notizen von den höheren Persönlichkeiten des Flottenstabes, die über die näheren Umstände und Motive der Unternehmung dokumentarisch Auskunft geben könnten. Am 8. August 15 Uhr ging die Flotte in See, bestehend aus der Linienschiffsbrigade, 5 Torpedobooten der 1. Division und 8 Torpedobooten der 4. Division. Die Streitkräfte gingen gegen Abend an der Küste zu Anker und wurden durch die 1. und 2. Kreuzerbrigade verstärkt. In einer nächtlichen Sitzung auf dem Flaggschiff „Rurik“ wurde den Admiralen und Kommandanten die bevorstehende Unternehmung, die am nächsten Morgen um 4 Uhr beginnen sollte, mitgeteilt: Ein überraschender Angriff auf die schwedische Flotte, wenn das mit Petrograd vereinbarte Telegramm „Gewitter“ einging. Aus verschiedenen Gründen wurde der Marschbeginn dann auf den Morgen des 10. August verschoben. Sämtliche Schiffe gingen durch die Straße von Surop mit Westkurs in See; die Linienschiffsbrigade stand gegen Abend in der Mitte der Ostsee in der Höhe des Finnischen Meerbusens, die Kreuzerbrigade zwischen ihr und Gotland. Die Kreuzer drangen fächerförmig vor, am weitesten nach Süden der Hochseerzerstörer „Nowik“. Von diesem Boot gingen gegen Mitternacht schwer verständliche drahtlose Signale ein, die auf ein Zusammentreffen mit deutschen Streitkräften deuteten. Da sich diese Zeichen unaufhörlich wiederholten, ohne daß eine wirkliche Verständigung zustande kam und man um das Schicksal des „Nowik“ besorgt war, ließ der Admiral das Geschwader den Rückmarsch in die Einfahrt des Finnischen Meerbusens antreten und hielt es dort konzentriert. Wie sich nachträglich herausstellte, hatte „Nowik“ tatsächlich zwei deutsche Kreuzer und ein deutsches Torpedoboot gesichtet. Bevor die Operationen auf diese Streitkräfte eingestellt werden konnten, traf ein Funkspruch aus Petrograd des Inhalts ein, daß die Oberste Heeresleitung das ganze Unternehmen für unpassend halte. Der Flottenchef kehrte deshalb mit seinen Streitkräften in die Stützpunkte zurück und erhielt dort mit der Post den ausführlichen Entschluß der Obersten Heeresleitung: „Die Oberste Heeresleitung läßt bei der augenblicklichen politischen Lage keine aktiven Unternehmungen zu. Die Hauptaufgabe der Ostsee-

flotte ist Schutz der Hauptstadt, was hauptsächlich durch Aufenthalt im Finnischen Meerbusen zu erreichen ist. Wenn es möglich sein wird, wird die Oberste Heeresleitung Anweisung geben, wohin die Flotte gehen soll. Das Vorhaben in dem Schreiben ist eine Herausforderung und Beleidigung Schwedens, das sich z. Zt. loyal Rußland gegenüber verhält. Nr. 032 Altfater.“

Am Mittag des 11. August entließ der Flottenchef die Hilfsstreitkräfte in ihre Liegeplätze und ging mit dem Geschwader auf seinem alten Platz an der Ostseite von Nargön vor Reval zu Anker.⁴⁾ Nach dieser auf amtlichen russischen Grundlagen beruhenden Darstellung bleibt ungeklärt, was der von Admiral von Essen beabsichtigte Schritt eigentlich darstellte, den das Telegramm Nr. 032 der Obersten Heeresleitung als „Herausforderung und Beleidigung“ Schwedens bezeichnete. Nach Aussagen russischer Emigranten wollte der Admiral die schwedische Flotte aufsuchen, um ihr ein Ultimatum zu überreichen, das die Forderung enthielt, die schwedischen Streitkräfte unverzüglich nach Karlskrona zurückzuziehen und für die ganze Dauer des Krieges nicht mehr nach Norden vordringen zu lassen.⁵⁾ Es ist klar, daß sich aus dieser Brüskierung der schwedischen Befehlshaber sofort der Kriegsfall ergeben hätte. Der Zusammenstoß des „Nowik“ mit deutschen Streitkräften und der Eingriff der russischen Heeresleitung hat Admiral von Essen von der Ausführung seiner Absicht, die bereits begonnen hatte, abgehalten. Der Chef der russischen Ostseeflotte

⁴⁾ Nach einer Darstellung des russischen Leutnants v. Naswetewitsch, veröffentlicht in der schwedischen Zeitschrift „Var flotta“ September 1929, ist die russische Flotte in den ersten Septembertagen zum zweiten Male zum Angriff gegen die schwedische Flotte ausgelaufen. Dies hält einer sachlichen Prüfung indes nicht stand. Nach Emme ist die Ostseeflotte an den von N. genannten Tagen zwar auf eine Meldung von der Annäherung deutscher Seestreitkräfte in See gegangen, doch hat die schwedische Flotte hierbei keine Rolle gespielt. Der Anlaß hierfür war vielmehr ein groß angelegter Vorstoß der deutschen Flotte in die nördliche Ostsee.

⁵⁾ Eine andere Darstellung gibt Leutnant v. Naswetewitsch. Seine Schilderung, die indessen an anderen Stellen nicht fehlerfrei ist, erwähnt folgenden Befehl, den der Chef einer Torpedobootsflottille Kapitän zur See Iwanow für diese Unternehmung schriftlich erhalten haben soll: „Gehen Sie bis zur Einfahrt in die Stockholmer Schären. Trifft kein Gegenbefehl ein, so beschießen Sie die Küste. Zerstören Sie die Leuchttürme, Lotsenstationen, Beobachtungspunkte. Legen Sie Minen in der Fahrwinne. Bei einer Verfolgung ziehen Sie sich zurück auf Ladsund.“ Dieser Befehl wurde kurz vor der Ausführung funktetelegraphisch rückgängig gemacht. Nach „Var flotta“, Oktober 1929, hat Iwanow auch einem norwegischen Diplomaten gegenüber hiervon berichtet. Dies wird indes nicht als einwandfreie Quelle angesehen werden können, bis Kapitän Iwanow seine Erlebnisse selbst protokolliert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

war ein rastlos vorwärtsdrängender, kriegerischer Geist. Er und sein Stabschef, Vizeadmiral Kerber, waren im Juli 1914 zu den Kriegsenthusiasten zu rechnen, um der Darstellung des Leutnants v. Naswetewitsch zu folgen. Emme's Bericht bestätigt diese Charakterisierung. Er schildert, daß bereits am 25. Juli 1914 auf dem Flaggschiff „Rurik“ eine Sitzung der Admiräle und Kommandanten stattfand, in der Admiral von Essen nach Bekanntgabe des österreichischen Ultimatums feststellte, daß der Bruch zwischen Österreich und Serbien unvermeidlich sei. Rußland könne dabei nicht gleichgültig bleiben. Als weitere Komplikation sei das Eingreifen Deutschlands und anderer Staaten zu erwarten. Nach der Überzeugung des Admirals müsse es zum Krieg kommen; er ermahnte alle Anwesenden, vollkommen gerüstet zu sein, da der Krieg jede Minute ausbrechen könne. Zur gleichen Stunde, als diese von Kriegswillen und Entschlossenheit erfüllte Sitzung bei dem russischen Flottenchef stattfand, lief die deutsche Flotte mit erschöpften Kohlenvorräten, über die politische Krisis ununterrichtet, nach einer zehntägigen Übungsfahrt in norwegischen Häfen ein, von wo sie Hals über Kopf in die Heimat zurückkehren mußte.⁶⁾ Nach der Sitzung am 25. Juli traf der russische Flottenchef eine große Zahl von vorbereitenden Maßnahmen, die in Deutschland erst nach Rückkehr der Flotte am 29. Juli angeordnet werden konnten. Nach Emme's Bericht wurde der Admiral von der russischen Regierung in Kenntnis gesetzt, daß die „Kriegsvorbereitungsperiode“ am 26. Juli beginne. Die entsprechende deutsche Vorbereitungsperiode „Sicherung“ trat erst am 30. Juli in Kraft. Vergleicht man die beiderseitigen Sicherheitsmaßnahmen miteinander, so tritt klar zutage, daß auf der einen Seite größte Vorsicht und gründlichste Vorbereitung, auf der anderen Seite Unvorsichtigkeit und Sorglosigkeit herrschten.

⁶⁾ Vgl. meine diesbezügliche Darstellung „Die Kriegsschuldfrage“ 5. Jahrgang, Heft 1.

Die deutschen militärischen Maßnahmen vor Anordnung der Mobilmachung.

Die im nachstehenden wiedergegebenen Dokumente sind
im Reichsarchiv in Potsdam vorhanden.

Die Schriftleitung.

Vor Ausspruch der Mobilmachung waren für die deutsche Armee ebenso wie für die Armeen der anderen Großmächte in Zeiten politischer Spannung Anordnungen und Maßnahmen vorgesehen, um die Stärke einzelner Formationen, insbesondere, soweit sie für die Bewachung von Eisenbahnen und Kunstbauten verwandt werden sollten, auf das hierfür notwendige Maß zu ergänzen. Hierbei hatte man hauptsächlich die Zeit im Auge, in der die aktiven Formationen nach Entlassung des Jahrgangs der ausgedienten Mannschaften und durch die Einstellung der noch nicht ausgebildeten oder felddienstfähigen Rekruten geschwächt waren. Dies war im allgemeinen die Zeit vom Herbst bis zum Frühjahr. Die Ergänzungsmannschaften konnten von den Generalkommandos eingezogen werden, sobald der „Kriegszustand“, der automatisch mit der Anordnung des „Zustandes der drohenden Kriegsgefahr“ einsetzte, in Kraft getreten war. Diese Möglichkeit, vor Verkündung der Mobilmachung Mannschaften des Beurlaubtenstandes einzuziehen, hatte mit der Mobilmachung, wie fälschlicherweise vielfach angenommen worden ist, nicht das geringste zu tun.¹⁾ Am klarsten mag dies daraus hervorgehen, daß den Generalkommandos bei Anordnung des „Kriegszustandes“ und des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“ eine Pferdeaushebung noch nicht gestattet war. In der Praxis wurden 1914 die Verfügungen derartig gehandhabt, daß beispielsweise bei einem der westlichen Korps, beim XV. Armee-korps in Straßburg, bei den Infanterieregimentern je 250, bei den Kavallerieregimentern je 100 und bei den Feldartillerieregimentern je 40 Mann eingezogen wurden (vgl. die Anordnungen S. 1173). Im Osten dagegen, z. B. beim I. Armeekorps in Königsberg, wurden nur wenige Mannschaften für die Waffendepots eingezogen.

Im nachstehenden geben wir die wesentlichsten Verfügungen des Kriegsministeriums bzw. der Generalkommandos wieder, wie

¹⁾ Vgl. Wegerer „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese“ S. 80 f.

sie 1914 erlassen wurden, und die Bestimmungen, die in den Jahren vor dem Kriege als Richtlinien für diese Verfügungen aufgestellt worden waren. Wir glauben, daß dadurch den von französischer Seite, namentlich von Poincaré, wiederholt aufgestellten Behauptungen, Deutschland hätte bei der Anordnung des Zustandes drohender Kriegsgefahr Mobilmachungsanordnungen getroffen, der Boden entzogen wird. Wir wollen aber andererseits gern zugeben, daß 1914 die Ausdrücke „Zustand drohender Kriegsgefahr“ und „Kriegszustand“ recht unglücklich gewählt waren und daher leicht zu irrtümlichen Auffassungen Anlaß geben konnten. Die maßgebenden Stellen jedoch, insbesondere der französische Generalstab, wußten jedoch sicherlich sehr genau, was unter „Zustand drohender Kriegsgefahr“ zu verstehen war.

Vor Bekanntwerden der „drohenden Kriegsgefahr“ und vor Ausspruch des „Kriegszustandes“ war an militärischen Maßnahmen nur die verstärkte Bahnbewachung vorgesehen, die zunächst durch Eisenbahnbeamte ausgeführt werden sollte. Waffen sollten von den Artilleriedepots leihweise hergegeben werden.

Am 27. Juli 1914 beantragte das Kriegsministerium beim Reichskanzler die verstärkte Bahnbewachung für die deutsche Eisenbahn, die durch Verfügung des Reichskanzlers an das Reichseisenbahnamt angeordnet werden sollte.

Der Reichskanzler richtete in Ausführung dieses Antrages folgendes Schreiben an den Kriegsminister:

Der Reichskanzler

Berlin, den 27. 7. 1914.

Rk. 3339.

An den Kriegsminister, Generallt. v. Falkenhayn, Exzellenz,
Eigenhändig.

Zufolge des Antrages E. E. vom 27. 7. 14 — 10 gg Ai — habe ich die verstärkte Bahnbewachung für die deutschen Eisenbahnen in dem von E. E. angegebenen Umfange durch Verfügung an das R.-Eis.-Amt angeordnet. Die Bewachung hat sich demnach auf die der Grenze naheliegenden Gebiete und den Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin, im übrigen nur auf die ganz besonders wichtigen und schwer wieder herzustellenden Kunstbauten zu erstrecken. Ich darf anheimstellen, dem Herrn Chef des Generalstabes der A. hiervon Kenntnis geben und das Weitere veranlassen zu wollen.
gez. von Bethmann Hollweg.

Am folgenden Tage sandte der Kriegsminister zur näheren Ausführung seines Antrages auf verstärkte Bahnbewachung nach-

folgende Schreiben an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, an den Minister der öffentlichen Arbeiten, an den Preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, an den Preußischen Minister des Innern und an die Generalkommandos:

K. M. Berlin, 28. 7. 14.
Nr. 10 gg Ai

1. An den Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern.

Der Herr Reichskanzler hat auf meinen Antrag die verstärkte Bahnbewachung pp. angeordnet.

Zweck dieser Maßnahme ist ein unauffälliger Schutz der Bahnanlagen gegen Angriffe ausländischer Agenten. Um zur Abwehr dieser Angriffe befähigt zu sein, werden die betreffenden Eisenbahnangestellten mit Karabinern aus den Heeresbeständen bewaffnet. Die Generalkdos. sind ersucht worden, eine Unterstützung der verstärkten Bahnbewachung durch öffentliche Sicherheitsorgane im Benehmen mit den Regierungsbehörden herbeizuführen. Die Linienkommandanturen, denen Wasserstraßen unterstellt sind, sind angewiesen, die Strombauverwaltungen zu ersuchen, den wasserseitigen Schutz der größeren Eisenbahn- u. Straßenstrombrücken zu übernehmen. E. E. bitte ich, sich mit den Maßnahmen einverstanden erklären u. das weitere veranlassen zu wollen.

gez. v. Falkenhayn.

Vom Reichsamt des Innern am 29. 7. 14 — I M 575 —
zugestimmt u. das Entsprechende veranlaßt.

2. An den Herrn Minister der öffentl. Arbeiten.

Abschrift von 1 mit der Bitte, das gleiche für den dortigen Geschäftsbereich anzuordnen.

Preuß. Minister der öffentl. Arbeiten
v. 29. 7. 14 — S III 2162

S. I. 12 D. 410 —

Mitteilung, daß das Erforderliche durch Erlaß v. 29. 7. 14 — gleiche Nr. — an die Wasserbauverwaltung veranlaßt ist. Gleichzeitig ist die besondere Bewachung der für die Aufrechterhaltung der Schifffahrt unentbehrlichen Anlagen, insbesondere Schleusen, Wehre, Pumpwerke, angeordnet.

3. An den Preuß. Minister des Innern.

Abschrift von 1 mit der Bitte um entsprechende Veranlassung.

Durch Erlaß an die Oberpräsidenten
vom 29. 7. 14 erledigt.

4. An die Generalkdos.

Abschrift zur Kenntnis. Die Artl.-Depots sind angewiesen, Waffen u. je 10 scharfe Patronen auf Anfordern der Eisenbahndirektionen u. Strombauverwaltungen auszugeben.

gez. v. Falkenhayn.

K. M.
Nt. 16 gg Ai.

Berlin, 29. 7. 14.

An Generalkommandos (Geheimschrifttelegramm).

Sicherung der wichtigsten Kunstbauten, soweit sie durch aktive Kommandos im Mobilmach.-Falle vorgesehen, auf Anforderung der Eisenbahnverwaltungen ausführen.

gez. v. Falkenhayn.

Für die Insel Borkum waren besondere Verfügungen vorgesehen, um die Friedensbesatzung in Zeiten politischer Spannung zu verstärken und die Insel gegen einen überraschenden Angriff zu schützen. Die für die Insel Borkum vorgesehenen Maßnahmen sind niedergelegt in dem nachstehenden Schreiben des Kriegsministeriums an das Generalkommando des X. Armeekorps vom 15. April 1912:

K. M.
M J. Nr. 561/12 Ai.

Berlin, d. 15. 4. 1912.

An Genkdo. X. A.K.

Zu Nr. Ia. 405 geh. v. 24. 12. 11

I c 14/12 geh. v. 19. 1. 12.

Die Ansicht des Kgl. Gnkdos., daß die ständige Friedensbesatzung von Borkum eine genügende Stärke haben müsse, um nötigenfalls einen überraschenden Angriff abzuschlagen, gründet sich hauptsächlich auf die Annahme, daß eine rechtzeitige Verstärkung der Friedensbesatzung in politisch bedenklicher Zeit nicht unbedingt gewährleistet ist. Diese Befürchtung kann hier nach wie vor nicht geteilt werden. Sache des Kriegsm. ist und wird es sein, in Zeiten politischer Spannung rechtzeitig die Verstärkung der Besatzung zu veranlassen. Die Möglichkeit dazu ist gegeben, nachdem Se. Majestät der Kaiser u. König beim Immediat-

vortrage am 16. 3. 12 den Kriegsminister ausdrücklich ermächtigt hat, jederzeit aus eigenem Antriebe Truppen zu Übungszwecken nach der Insel befördern zu lassen. Bei dieser Sachlage hält das Kriegsm. eine Überrumpelung der Insel für ausgeschlossen. Mit Allerhöchster Genehmigung sind deshalb statt eines geschlossenen Inftr.-Batls. nur 2 Inftr.-Komp. nach der Insel zu verlegen, so daß die dauernde Friedensbesatzung aus

2 Inftr.-Kompagnien (die 2 Komp. wurden regelmäßig halbjährlich abgelöst),

1 Festungs-Masch.-Gew.-Abtlg. und

2 Fußartl.-Batterien

besteht.

Sobald in Zeiten politischer Spannung eine Verstärkung der Besatzung angezeigt erscheint, wird das Kgl. Generalkdo. durch ein Telegramm verständigt werden. Bei Eingang dieses Telegramms ist das Kgl. Generalkdo. ohne weiteres ermächtigt, in Grenzen der Stärke der vorläufigen aktiven Kriegsbesatzung die zur Sicherheit der Insel erforderliche Verstärkung der Besatzung unter dem Vorwande einer Übung eintreten zu lassen.

gez. v. Heeringen.

Das entsprechende Telegramm des Kriegsministers an das Generalkommando des X. Armeekorps zur Verstärkung der Friedensbesatzung der Insel Borkum ist am 29. Juli 1914 abends abgegangen.

Als Kriegsbesatzung von Borkum für 1914/15 waren bestimmt:

2 Inftr.-Btle. und 2 Komp. vom Res.-Inf.-Rgt. 79 (bis zum Eintreffen blieben die beiden aktiven Kompagnien auf der Insel).

1 Inselwache. Die Inselwache war 400 Mann stark und bestand aus Landsturmmannschaften.

6 Fußartl.-Batterien	$\left\{ \begin{array}{l} \text{II. Batl. Fußartl.-Rgts. 2, 4 Battr. u.} \\ 1 \text{ Parkkomp.} \\ 1 \text{ überpl. Landw.-Fußartl.-Bttr. X. A. Ks.} \\ 1 \text{ Battr. d. Ers.-Btls. Fußartl.-Rgts. 2.} \end{array} \right.$
1 Parkkompagnie	

1 Pionierkomp. 1 mob. Landw.-Pion.-Komp. X. A. K.

1 Fest.-Masch.-Gew.-Abtlg.	$\left. \vphantom{\begin{array}{l} 1 \text{ Fest.-Masch.-Gew.-Abtlg.} \\ 2 \text{ Scheinwerferzüge} \end{array}} \right\} \text{ vom X. A. K. aufgestellt.}$
2 Scheinwerferzüge	

Am 29. Juli bat das Generalkommando des XVI. Armeekorps um die Genehmigung, den gesamten Grenz- und Bahnschutz auch ohne Erklärung des Kriegszustandes ausrücken zu lassen. Die Bitte wurde vom Kriegsministerium am 30. Juli abgelehnt.

Am 29. Juli wurde von seiten des Kriegsministeriums durch nachstehende Telegramme die Rückkehr der Urlauber und der aus den Standorten abwesenden Truppen angeordnet:

K. M. Berlin, 29. 7. 14.

M. J. Nr. 2786/14 Ai.

An alle Generalkdos.

Urlauber sind sofort zurückzuberufen.

gez. v. Falkenhayn.

Abgesandt am 29. 7. 14, 10.40 abends.

K. M. Berlin, d. 29. 7. 14.

Nr. 14 gg Ai.

An sämtliche Generalkdos.

Truppen von Übungsplätzen und Märschen in Standorte zurückbefördern.

Linienkommandanturen benachrichtigen.

Weiteres Ausrücken von Truppen einstweilen anhalten.

Abgesandt am 29. 7. 14, 1 Uhr mitt.

gez. von Falkenhayn.

Am 31. Juli, 1 Uhr mittags, wurde der „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ durch folgenden Erlaß verfügt und vom Kriegsministerium weitergegeben:

Abschrift.

Ich bestimme hiermit: Die für den Zustand der drohenden Kriegsgefahr vorgesehenen Maßnahmen sind durchzuführen.

Berlin, den 31. Juli 1914.

gez. Wilhelm R.

ggz. von Bethmann Hollweg.

An den Reichskanzler (Reichs-Marineamt) und den Kriegsminister.

Im vorstehenden Wortlaut nicht bekanntgegeben.

K. M. Berlin, 31. 7. 14.

Nr. 37/14 gg Ai.

An die Generalkdos., Kriegsminist. Dresden, Stuttgart, München usw.

Telegramm.

Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen.

gez. von Falkenhayn.

Abgesandt: 31. Juli 1914, 1 Uhr 1 Min. mittags.

Zur näheren Erläuterung der bei der Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“ notwendigen militärischen Maßnahmen hatte der Kriegsminister von Heeringen am 31. März 1914 nachstehendes Schreiben an sämtliche Generalkommandos gerichtet:

Kriegsministerium.
M. J. Nr. 380/11 Ai.

Berlin, den 31. 3. 1914.

Geheim!

Mobilmachungsvorbereitungen.

Verschiedene hier zur Sprache gekommene Zweifel in Mobilmachungsfragen veranlassen das K. M. zu nachstehenden allgemeinen Ausführungen.

Dem Gesichtspunkte, daß die Mobilmachung so einfach wie möglich sein muß, würde es am meisten entsprechen, wenn es nur eine Art der Mobilmachung gäbe und die ihr vorausgehenden Maßregeln für alle Fälle dieselben sein könnten. Dies trifft bei uns nicht zu.

Entstehen politische Verwicklungen und spitzen sich die Verhältnisse mehr und mehr zu, so daß ein Krieg unvermeidlich erscheint, so wird der Zustand der drohenden Kriegsgefahr erklärt werden. Dieser Erklärung wird voraussichtlich die Mobilmachung mehr oder weniger bald folgen; eine unbedingte Notwendigkeit, daß sie folgen muß, liegt aber nicht vor, da die politische Lage sich immerhin noch bessern kann. (! Die Schriftleitung.)

Über den Eintritt der drohenden Kriegsgefahr werden die Generalkdos. durch ein Telegramm des K. M. benachrichtigt mit dem Wortlaut: „Drohende Kriegsgefahr.“ — Dieses Telegramm, je nach den Verhältnissen offen oder in Geheimschrift abgefaßt, ist in gleicher Art weiter zu geben.

(Abschrift d. Ziffer s. Zusammenstellg. der Maßnahmen Abschnitt III.)
(§ 20, 7 Mob.-Pl. enthält die bei drohender Kriegsgefahr zu treffenden Maßnahmen.)

Um sie ausführen zu können, bedarf es teilweise einer mobilmachungsmäßigen Bereitstellung der aktiven Truppen. Hierzu gehört auch, soweit notwendig, der Pferdeankauf, nicht die Pferdeaushebung, da das Kriegsleistungsgesetz erst nach Ausspruch der Mobilmachung Gültigkeit erlangt. Hinzu kann die Einziehung von Reservisten zu Übungen bei den aktiven Regimentern und zur Unterstützung der Bezirkskommandos kommen. Vorbedingung hierfür ist aber, daß diese Mannschaften noch übungspflichtig, im Korpsbezirk ansässig sind und ihren Truppenteil, dem sie auch im

Kriege angehören sollen, leicht erreichen können. Den Umfang der Einberufungen bestimmen die Generalkommandos, wobei zu berücksichtigen ist, daß nur so viel Mannschaften, wie durchaus notwendig sind, keinesfalls aber ganze Jahresklassen eingezogen werden.

Mit den aktiven Regimentern ist der Grenz- und Bahnschutz einzunehmen, soweit diese Truppen ihn auch nach Ausspruch der Mobilmachung auszuführen haben. Eine Zersplitterung ist zu vermeiden.

Über die Deckung der entstehenden Kosten ergeht besondere Verfügung.

gez. von Heeringen.

An die sämtlichen Kgl. Generalkdos.

Nach Erklärung des Kriegszustandes waren die kommandierenden Generale ermächtigt, zum Grenz-, Bahn- und Küstenschutz Mannschaften aus dem Beurlaubtenstande einzuberufen. Die Einberufungen sollten nur in dem durchaus notwendigen Maße erfolgen. Besondere Anweisungen waren in den Jahren 1912—14 an die Generalkommandos durch nachstehende Schreiben des Kriegsministeriums ergangen:

Kriegsministerium.

Berlin, 28. 11. 12.

M. J. 2134/12 Ai.

Der Zustand einer drohenden Kriegsgefahr (§ 6, 1 Mob. Pl.) berechtigt an sich nicht zum Aufruf des Landsturmes, denn die Voraussetzungen dafür (Kriegsfall oder unmittelbare Kriegsgefahr) sind damit nicht gegeben. (§§ 23 u. 25 des Gesetzes vom 11. Febr. 1888.) Eine Einberufung des Beurlaubtenstandes bei drohender Kriegsgefahr ist indes mit Rücksicht darauf angängig, daß die Erklärung des Kriegszustandes gleichzeitig mit Ausspruch der drohenden Kriegsgefahr vorgesehen ist. (Mob. Pl. § 6, 3 b und Wehr-gesetz vom 9. 11. 1867, § 8 b.)

Daß in diesem Falle von dem Recht der Einziehung von Mannschaften des Beurlaubtenstandes nur in dem durchaus notwendigen Umfange und nur soweit dadurch die spätere Mobilmachung nicht gestört würde, Gebrauch zu machen ist, wurde bereits früher betont (Erlaß vom 31. 3. 1911 — M. J. 380/11 Ai).

Abschrift vorstehend.

I. A.:

gez. Wandel.

An die Kgl. Generalkdos.

Kriegsm.

Berlin, 28. 11. 1912.

M. J. 2134/12 Ai.

Es sind mehrfach Zweifel entstanden, ob bei drohender Kriegsgefahr auch der Landsturm einberufen werden kann. Diese Frage ist zu verneinen. Nach §§ 23 u. 25 des Gesetzes v. 11. 2. 88 kann der Landsturm nur im Kriegsfall oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr aufgerufen werden. Diese Voraussetzungen sind bei drohender Kriegsgefahr nicht erfüllt, vgl. auch § 6, 1 Mob. Pl. u. den Erlaß v. 31. 3. 1911 — M. J. 380/11 Ai —.

Der Zustand einer unmittelbaren Kriegsgefahr (Mob. Pl. § 6, 2) kann für den dortigen Korpsbereich nicht in Frage kommen.

I. A.: gez. Wandel.

An Genkdos. des Gardekorps, II., IV., VII., XI., XVIII. A. A's.

Über die Verstärkung der Truppen in Zeiten politischer Spannung geben nachstehende Erlasse des Kriegsministeriums näheren Aufschluß:

K. M.

Berlin, 26. 11. 12.

Nr. 24 geh. Ai.

An die Generalkdos.

Für den Fall, daß von Sr. Majestät dem Kaiser die Verstärkung der dortigen Friedensstärke im Winterhalbjahr angeordnet wird, wird folgendes bemerkt:

1. Wenn die vorbereitete Maßregel zur Ausführung gebracht werden soll, wird dem Generalkdo. nur nachstehendes Telegramm zugehen:

Seine Majestät haben vorbereitete Einberufungen befohlen.

2. Sollten die Einberufungen befohlen werden, so ist sogleich nach Eintreffen der Mannschaften die Kriegsgarnitur zu verpassen. Für den Friedensdienst muß eine Übungsgarnitur oder andere Bekleidungsanhelfen zur Verfügung gestellt werden.
3. Inwieweit etwa auch eine Einberufung von Offizieren des Beurlaubtenstandes erfolgen muß, wird dem Ermessen des Kgl. Genkdos. überlassen. Jedenfalls sind nur aus dem Korpsbezirk für die aktiven Formationen bestimmte Offiziere und nur in der durchaus nötigen Zahl einzuziehen.

gez. von Heeringen.

K. M.

Berlin, 11. 5. 13.

M. J. 2020/13 Ai.

Verstärkung der Truppen in Zeiten politischer Spannung.

An die Genkdos.

Wenn in dem Zeitraum zwischen Entlassung der Reservisten und der Einstellung der Rekruten in die Truppen im Winter eine so ernste politische Spannung eintritt, daß mit einem plötzlichen Ausbruch der Feindseligkeiten gerechnet werden muß, so kann bei den Grenzkorps die Notwendigkeit einer Verstärkung gem. Reichsmil.-Ges. § 63 vorliegen.

Hierfür kommen in Frage:

1. Die Reservisten des eigenen Korpsbereichs, die zur Ergänzung der aktiven Truppen des Korps bestimmt sind,
2. Reservisten anderer Korpsbezirke, die gemäß Mob.-Bestimmungen im Mob.-Falle dem Armeekorps zugeführt werden.

Folgende Ausrückestärken sollen erreicht werden: Inf.- u. Jäger-Btle.: 800 Köpfe,

Kav., Feldart.- u. schw. Feldhaubit.-Battrn.: in solcher Höhe, daß alle verfügbaren Pferde und Gespanne voll ausgenutzt werden,

aktive Fußartl.-Batterien, soweit sie zur Kriegsbesatzung treten: Kriegsstärke,

Pionierkompagnien: Kriegsstärke.

Unter den von anderen A. Ks. kommenden Reservisten sollen sich, soweit es durchführbar ist, die im Herbst von den Truppenteilen des A. Ks. entlassenen Mannschaften befinden. Diese müssen ihren bisherigen Truppenteilen wieder zugeführt werden.

Die angeordnete Verstärkung in Zeiten politischer Spannung ist als dauernde Einrichtung für den Zeitraum von der Entlassung des ältesten Jahrganges im Herbst bis zum Schluß des Mob.-Jahres vorzubereiten. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die planmäßige Mobilmachung durch die Maßnahme nicht gestört wird.

gez. v. Heeringen.

Kriegsm.

Berlin, 14. 3. 14.

M. J. 845/14 Ai.

Zustand drohender Kriegsgefahr.

An die Generalkdos.

Eine Stelle beabsichtigt, diejenigen Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die bei drohender Kriegsgefahr einberufen

werden, durch Vermerke auf den Kriegsbeordnungen anzuweisen, daß sie sich auf Grund der Erklärung des Kriegszustandes an ihrem Gestellungsort melden. Hiergegen bestehen erhebliche Bedenken, weil diese Mannschaften sich jedenfalls auch bei Erklärung des Belagerungszustandes infolge innerer Unruhen stellen würden. Es steht auch hier dem nichts entgegen, daß diese Mannschaften durch Eilbriefe beordert werden.

Unterschrift.

„Die Tragödie der Bundesgenossen.“

Von Alfred von Wegerer.

Als im Dezember vorigen Jahres die acht Bände diplomatischer Aktenstücke über „Österreich-Ungarns Außenpolitik“, die die Zeit von der bosnischen Krise 1908 bis zum Ausbruch des Weltkrieges umfassen, überraschend herausgebracht wurden, waren die Gelehrten, die sich mit der Vorgeschichte des Krieges oder der Schuldfrage publizistisch befassen, in arger Verlegenheit. Die Öffentlichkeit wollte begreiflicherweise gleich wissen, was die Dokumente enthielten, und nahm in ihrem Verlangen wenig oder gar keine Rücksicht darauf, daß es sich um mehr als 11 000 Aktenstücke handelte, deren Studium nicht von heute auf morgen vorzunehmen war. So blieb damals nichts anderes übrig, als einige besonders aufschlußreiche Dokumente herauszugreifen, und sie mit den bereits bekannten Tatsachen flüchtig zu verknüpfen. Aus diesem Vorstadium des Bekanntwerdens der österreichischen Dokumente führt uns nunmehr Friedrich Stieve in seinem soeben bei Bruckmann in München erschienenen Werk „Die Tragödie der Bundesgenossen“ jetzt heraus. Stieves Buch ist eine erste zusammenfassende Darstellung der österreichischen Außenpolitik, wie sie sich uns aus den neuen Dokumenten offenbart. Dabei war es ein glücklicher Gedanke des Verfassers, nicht eine zusammenhängende Inhaltsangabe des gewaltigen Aktenmaterials zu versuchen, sondern eine der Hauptlinien des Zeitabschnittes, die „für das Erleben unseres Volkes sehr wichtigen, wenn nicht entscheidenden Beziehungen zwischen dem deutschen Kaiserreich und der österreichisch-ungarischen Monarchie“ zu verfolgen und nach einem geschichtsphilosophischen Gesichtspunkt — der Tragödie im Leben der Völker — zu gestalten.

Ausgehend von Bismarcks Bündnispolitik gibt Stieve zunächst eine Einführung zur Beurteilung der politischen Lage zur Zeit der bosnischen Krise. Nach einer kurzen Darstellung dieser Krise, wie sie sich auf Grund der neuen Dokumente ergibt, behandelt Stieve eingehend Deutschlands Verhalten gegenüber dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen. In der Annexion von Bosnien und der Herzegowina erblickt Stieve den 1. Akt der Tragödie. Im Anschluß an die Wiedergabe der bekannten Aufzeichnung Bülow's, in der sich der Kanzler entschieden gegen eine „ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage Annexion“ ausspricht, bringt Stieve seine Auffassung über die deutsche Politik in folgenden Worten zum Ausdruck:

„Wenn man diese Worte liest, erkennt man mit einem Schlage, wie tiefgreifend die Umwälzung war, die sich in der ganzen Lage Deutschlands vollzogen hatte. Welcher Abstand von Bismarck! Welche Umkehrung des Verhältnisses zwischen den beiden Bundesgenossen! Deutschland, weit davon entfernt, die Führerrolle zu spielen, glaubt sich, aus der Gefährdung seiner eigenen Stellung heraus dazu, verpflichtet, die Balkan-Interessen der Doppelmonarchie decken zu müssen. Wir stehen vor einem entscheidenden Wendepunkt in der Vorgeschichte des Weltkrieges!“

Der Verfasser untersucht dann die Frage, ob Bülow's Entscheidung richtig und notwendig war und kommt zu dem Ergebnis, daß die Nachteile, die sich für die Bundesgenossen aus der Annexion ergaben, größer waren als die Vorteile. Zu den Nachteilen der Annexion, auf die der Verfasser ausführlich eingeht, rechnet Stieve, daß Österreich in Serbien nach der Annexion ein unversöhnlicher Feind erstanden war, der nur auf bessere Tage wartete, um sein Ziel zu erreichen. Er stellt aus den Berichten fest, daß die „russische Hypnose“ in Serbien nicht nachgelassen hatte, da man in Belgrad den Mißerfolg gegenüber der Doppelmonarchie lediglich in der Unfähigkeit Iswolskis erblickte. Weiter hebt Stieve hervor, daß gerade durch die Annexion die russischen Hegemoniebestrebungen auf dem Balkan belebt worden sind. Auch die Annäherung Roms an Petersburg war als eine „unmittelbare Folge der bosnischen Krise“ aufzufassen.

Zusammenfassend urteilt Stieve über die Bülow'sche Bündnispolitik anläßlich der Annexionskrise mit folgenden Worten:

„Das streng solidarische Auftreten der beiden Kaisermächte Deutschland und Österreich-Ungarn verursachte ferner nicht, wie man in deren Lager hoffte, eine Stärkung ihrer Stellung bis zur

Unangreifbarkeit, sondern es hatte die unmittelbare Folge, daß Rivalitäten, die früher nur einem von beiden drohten, jetzt auf beide übertragen wurden, d. h. also, daß Österreich, das mit England keine Gegensätze hatte, die seines nördlichen Bundesgenossen auf sich nehmen mußte, während für Deutschland, dem bisher wirkliche Reibungsflächen mit Rußland fehlten, die des südlichen Freundes jetzt zu eigenen wurden.“

Sehr treffend charakterisiert der Verfasser die Tatsache, daß zu jener Zeit auf beiden Seiten „herzlich schlechte Psychologen am Ruder“ waren, und es wäre nur zu entscheiden, „wer den größeren Irrtum beging: derjenige, der mit übertriebenem Schwung eine Abwehrbewegung machte, oder der andere, der das für den Anlauf zur Erringung der Weltherrschaft hielt“.

In einem weiteren Abschnitt über den Streit der Bundesgenossen zeigt Stieve, wie von den beiden Bundesgenossen nach der Annexionskrise sich jeder „auf sich selbst besann“ und versuchte, die Schäden, die ihm der enge Bund mit dem Freunde zugefügt hatte, wieder gutzumachen. Deutschland war bestrebt, „den stark verschütteten Weg nach Rußland aufs neue zu ebnen“. Jedoch gelang es Deutschland durch die Annäherungsversuche an Rußland durch die Monarchenzusammenkunft in den finnischen Schären 1909 und die Potsdamer Entrevue von 1910 nicht mehr, die „unheilvolle Starrheit der Bündnisse“ zu durchbrechen. Die von Bethmann Hollweg während der Potsdamer Besprechungen Sasonow abgegebene Erklärung, daß sich Deutschland niemals verpflichtet habe, expansive Pläne Österreich-Ungarns im Balkan zu untersuchen, wurde die Ursache der Verstimmung Wiens, die „den Politikern an der Donau die gute Laune aus der Zeit der bosnischen Krise verdorben hatte“, Österreich-Ungarn war hinfort „die schmallende Geliebte, die sich nicht genügend umworben sah“. Die Eifersucht Österreichs trat während der Marokkokrise von 1911 in der reservierten Haltung des Ballhausplatzes auch deutlich zutage. Das änderte aber alles nichts daran, daß die „verfahrene Lage Europas“, wie sie in und nach der Marokkokrise von 1911 deutlich in Erscheinung getreten war, die beiden Länder in der Mitte des Kontinents mit gebieterischer Gewalt immer wieder aufeinander verwies. Das Schicksal zwang die beiden Bundesgenossen „um der Selbsterhaltung willen, zusammen zu stehen, und der eine mußte die Bürden des anderen auf sich nehmen“.

In dem Abschnitt über die Balkankriege tritt mit voller Deutlichkeit hervor, wie man in jenen Tagen und Wochen in Berlin „einzig und allein um die Verhütung eines allgemeinen Zusammenstoßes“

rang, während der österreichische Bundesgenosse seine Stellung gegenüber den durch ihre siegreichen Kämpfe mit der Türkei erstarkten Balkanstaaten begreiflicherweise zu wahren suchte. So sehr Stieve auch anerkennt, daß „Deutschland damals der Erhaltung des Friedens zwischen den Großmächten einen entscheidenden Dienst geleistet hat“, stellt er andererseits auch fest, daß es dadurch „der Gegenseite zu einem diplomatischen Erfolg verhalf“. Die gegensätzliche Auffassung in der Beurteilung der serbischen Frage, wie sie zwischen Deutschland und Österreich bestand, tritt aus den von Stieve wiedergegebenen Äußerungen Kaiser Wilhelms und Berchtolds klar zutage. Wilhelm II. war der Ansicht, daß es im Interesse Österreichs liegt, sich mit Serbien zu vertragen und seine Entwicklung zu fördern. Stieve bezeichnet diese Auffassung sehr richtig als eine ideale, aber praktisch unmögliche Lösung. Berchtold dagegen urteilte richtiger, wenn seine Auffassung zum Ausdruck kommt, daß „der Antagonismus der serbischen Staatsauffassung zur Staatsidee des Habsburgerreiches“ zu tiefgehend war, um eine Freundschaftspolitik mit Serbien eingehen zu können. Stieve pflichtet Berchtold in diesem entscheidenden Punkt der Politik des Ballhausplatzes vollkommen bei, indem er sagt: „Berchtold hatte ganz recht, hier war ein Kompromiß ausgeschlossen, hier handelte es sich um einen klaren, unüberbrückbaren Gegensatz, der nur mit Gewalt aus der Welt geschafft werden konnte.“ Und worin dieser unüberbrückbare Gegensatz zwischen Österreich und Serbien bestand, geht aus dem folgenden Satz hervor: „Hier stritt die junge nationale Staatsidee, die seinerzeit bereits Deutschland von Österreich-Ungarn geschieden hatte, mit der alten anationalen dynastischen Staatsauffassung.“

Wenn sich, soweit Serbien in Frage kam, allmählich auch eine einheitliche Beurteilung über die Politik gegenüber dem unruhigen Balkanstaat zwischen Berlin und Wien herausbildete, gingen die Ansichten der beiden Bundesgenossen mit Bezug auf die übrigen Balkanstaaten doch noch stark auseinander. Diese Diskrepanz in der Beurteilung der Lage auf dem Balkan machte sich bei allen Fragen der Balkanpolitik stets in unangenehmer Weise zwischen den beiden Bundesgenossen geltend, und war „die Stimmung im Lager der zwei Zentralreiche gelegentlich eine äußerst gereizte, ja geradezu feindliche“.

Aus den Wirren der Jahre 1912 und 1913 gingen Rußland und mit ihm die Triple-Entente als die eigentlichen Sieger hervor und damit war, wie Stieve diesen Abschnitt beendet, „der zweite Akt der Tragödie“ abgeschlossen.

In einem weiteren Abschnitt wird gezeigt, wie nach dem Frieden von Bukarest eine Gruppierung der Balkanstaaten sich anbahnte, die in einer „Umklammerung Wiens“ auf dem Balkan zu enden drohte, wenn es nicht noch in letzter Stunde gelingen sollte, durch eine Neuorientierung und Gemeinsamkeit der Balkanpolitik der Mittelmächte das Unheil abzuwehren. Der alte Gegensatz in der Beurteilung der Balkanpolitik von Berlin und Wien dauerte fort. Berlin glaubte, das Bündnis mit Rumänien erhalten zu können und liebäugelte mit Griechenland, während die Donaumonarchie „blind auf Bulgarien lossteuerte“ und auf bessere Beziehungen zu Griechenland keinen Wert legte wegen des guten Verhältnisses, das das Königreich zu Serbien unterhielt. Die verschiedenen Vorschläge der Berliner Regierung Serbien in „irgendwelcher geeigneten Art fester an Österreich-Ungarn und dessen Mächtegruppe“ anzugliedern, trafen gänzlich ins Leere, da man Feuer und Wasser nicht miteinander vereinigen kann und weil Serbien sich längst für Rußland entschlossen hatte. Daß die Verbindung immer enger wurde, dafür sorgte der russische Gesandte am Belgrader Hof, Nikolaus Hartwig. Die Lage wurde für Österreich immer bedrohlicher als Wien von den Vereinigungsbestrebungen Montenegros mit Serbien erfuhr und der österreichische Gesandte in Bukarest, Graf Czernin, in seinen Berichten keinen Zweifel mehr ließ, daß sich die Öffentlichkeit in Rumänien für die Triple-Entente entschieden hatte. Auf Rußlands Betreiben war ein „neuer Balkanbund im Entstehen begriffen“, der sich ausschließlich und unmittelbar gegen die Donaumonarchie richtete. So hatte Czernin sicherlich recht, wenn er nach Wien berichtete: „Vor uns vollzieht sich am hellichten Tage, offen und deutlich, sonnenklar, mit schamloser Dreistigkeit, Schritt für Schritt die Einkreisung der Monarchie.“

Um die Wilhelmstraße auf diese Gefahr hinzuweisen und um dem Bundesgenossen klar zu machen, daß hinter diesen Plänen auch Frankreich und Rußland standen und sich die Politik daher auch mittelbar gegen das Deutsche Reich richtete, wurde vom Ballhausplatz eine Denkschrift ausgearbeitet, die von der Berliner Regierung die Zustimmung zu einer Neuorientierung der Balkanpolitik herbeiführen sollte. Die Balkanangelegenheiten wurden zur ausschlaggebenden Tagesfrage und die Entscheidung mußte „unbedingt fallen“.

Und diese Entscheidung fiel sehr bald, wenn auch nicht durch die beabsichtigte Neuorientierung der Balkanpolitik, indem die Mittelmächte das abtrünnig gewordene Rumänien aufgaben, um dagegen Bulgarien einzutauschen, sondern durch die Schüsse Princip's,

die den lang befürchteten Vorstoß des von Rußland gestützten slawischen Nachbarstaates vorzeitig herausforderten.

In einem abschließenden Kapitel über den Ausbruch des Weltkrieges gibt der Verfasser dann die Ereignisse bis zur Absendung des Ultimatums kurz wieder, während auf eine Wiedergabe der weiteren Vorgänge bis zum Ausbruch des Krieges als „genügend bekannt“ verzichtet wird.

In der sogenannten Blankovollmacht Deutschlands an Österreich sieht Stieve nicht „das Entscheidende“ und vergleicht die Zusage deutscher Unterstützung für den Bundesgenossen mit der Haltung der Wilhelmstraße 1908 und 1913. Die Politik von 1914 lag daher in der bisher eingehaltenen Linie.

Die Entwicklung der letzten Jahre, die „von stolzer Höhe herab zum furchtbaren Ende“ führten, faßt Stieve als „das Walten eines dunklen Schicksals“ auf, „das mit ‚Schuld‘ gar nichts zu tun hat und darum wahrhaft tragisch genannt werden muß“. —

Der erste Balkankrieg.

(Fortsetzung.)

Wie wir bereits im Novemberheft angekündigt haben, hatten wir die Absicht, in dem vorliegenden Heft die Veröffentlichung der russischen Dokumente über den ersten Balkankrieg zum Abschluß zu bringen. Infolge Raummangels war dies leider nicht möglich. Wir werden die Veröffentlichungen dieser Dokumente erst in einem der nächsten Hefte beenden können.

Die Schriftleitung.

Geheimtelegramm des Botschafters in Konstantinopel.

Bujuk-Dere, 23. September (6. Oktober) 1912, Nr. 782.

Ich telegraphiere dem Minister:

Der montenegrinische Geschäftsträger hat den Befehl erhalten, der Pforte am Dienstag morgen folgende Note zu übergeben: „Ich bedauere, daß alle freundschaftlichen Mittel zur Beilegung der laufenden Angelegenheiten und täglichen Streitigkeiten zwischen Montenegro und der Türkei erschöpft sind. Auf Befehl des Königs erkläre ich, daß alle Beziehungen zwischen Montenegro und der Türkei abgebrochen sind, und daß das Schicksal der montenegrinischen Waffen die Sache der Montenegriner, wie ihrer Brüder, deren Rechte durch Jahrhunderte begründet sind, entscheiden wird.“

Plamenatz reist unverzüglich nach Übergabe der Note ab. Er bittet, ihn der montenegrinischen Regierung gegenüber nicht zu nennen und zu erklären, daß wir die Nachricht vom Ultimatum auf geheimem Wege aus Cetinje erhalten haben. Die Gesandten der übrigen Balkanstaaten sind bisher ohne Weisungen, erwarten sie aber morgen mit dem Dampfer aus Athen. Giers.

Geheimtelegramm des Botschafters in Sofia.

Sofia, 26. September (9. Oktober) 1912, Nr. 147.

Bisher ist keine Antwort auf den russisch-österreichischen Schritt *) erfolgt. Die ausländischen Zeitungen haben eben ein Regierungscommuniqué erhalten, welches besagt, daß die Regierung zu ihrem Bedauern in der Mitteilung der beiden Gesandten „des précisions sur les réformes proposées à la Turquie et des garanties pour leur réalisations“ nicht erblicken könne, daß aber vor Fassung eines Beschlusses ein Meinungs austausch mit Belgrad und Athen stattfinden werde. Ich glaube, daß Geschows Antwort unbefriedigend sein und die Kriegserklärung in Kürze erfolgen wird. Der österreichische und die übrigen Gesandten sind derselben Ansicht. Nekljudow.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Botschafter in Paris.)**

St. Petersburg, 28. September (11. Oktober) 1912, Nr. 2131.

Wir halten es für überaus wünschenswert, schon jetzt die Frage einer Einmischung der Mächte zum Zwecke der Beendigung des Krieges nach den ersten entscheidenden Aktionen der kämpfenden Parteien zu erörtern. Die Erreichung möglicher Resultate in der Fixierung der Interventionsgrundlage wird natürlich von dem Charakter, den die Kriegsaktionen annehmen, und von dem Grade des Erfolges der einen oder anderen Partei abhängen. Wir glauben indessen, daß eine lange Kriegsdauer den Interessen der Balkanstaaten in Anbetracht ihrer beschränkten Ressourcen kaum entsprechen dürfte.

Es erscheint am zweckmäßigsten, wenn Frankreich die Fortsetzung des schon so erfolgreich begonnenen Zusammenschlusses

*) Der russisch-österreichische Schritt erfolgte in der von Poincaré angegebenen Form. Die endgültige Redaktion der russisch-österreichischen Note sandte Sasonow an Neratow im Telegramm Nr. 222 vom 23. 9. Cfr. „Materialien“ S. 282.

**) Der Text dieses Telegramms ist in veränderter und abgekürzter Form in der „Sammlung diplomatischer Dokumente, die sich auf die Ereignisse auf dem Balkan beziehen“, herausgegeben vom Außenministerium 1914 S. 20 veröffentlicht.

der europäischen Mächte auf sich nehmen würde. Besonders wichtig ist es, den Boden für eine derzeitige Intervention in England vorzubereiten, wobei die Möglichkeit in Betracht gezogen werden muß, daß es in dieser Frage ausweichen könnte, wenn die Verlängerung des Krieges für die Türkei günstig wäre.

Wir messen dieser Frage eine hervorragende Bedeutung bei, da es uns bei dem festen Willen unserer Regierung, nicht in den Krieg hereingezogen zu werden, schwer fallen wird, sich mit der öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen, wenn die Lage der Slaven kritisch werden sollte. Indessen müssen doch Frankreich und England direkt daran interessiert sein, daß Rußland vor einem aktiven Eingreifen verschont bliebe. Je früher der Krieg vor Erschöpfung der Ressourcen der beiden Parteien beendet wird, um so weniger Schwierigkeiten werden andererseits bei der Suche nach einem Kompromiß zwischen den entgegengesetzten Interessen entstehen. Belieben Sie sich in dieser Frage vertraulich mit Poincaré zu unterhalten und uns von seinem Standpunkt baldigst in Kenntnis zu setzen. Sasonow.

Mitteilung des französischen Außenministers an den russischen Außenminister.*)

Paris, 30. September (13. Oktober) 1912.

Herr Minister!

Verzeihen Sie, wenn ich in Anbetracht der Notwendigkeit, mich schleunigst an die Mächte zu wenden, die Antwort Ew. Exzellenz auf die Mitteilung, die ich den Botschafter der Republik Ihnen heute zu übergeben bitte, nicht abwarte. Die Verhandlungen, die ich mit Ihnen über die Konferenzfrage geführt habe, erlauben mir, besonders im Hinblick auf den Anschluß Englands zu diesem Projekt, zu hoffen, daß Sie das Ihrem Gutachten vorgelegte Programm, mit dem ich Herrn Iswolski schon bekannt gemacht habe, annehmen werden. Dieses Programm entspricht übrigens völlig der Note, die mir gestern Abend vom Herrn russischen Botschafter im Namen Ew. Exzellenz übergeben worden ist.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner Ergebenheit und meiner freundschaftlichen Gefühle. Poincaré.

Dem französischen Botschafter in Petersburg übergebenes Aide memoire des russischen Außenministers.)**

Das Kaiserliche Außenministerium schließt sich dem von Seiner Exzellenz Herrn Poincaré ausgesprochenen Gedanken an bezüg-

*) Das Dokument ist eine vom französischen Botschafter beglaubigte Kopie. Übersetzung aus dem Französischen.

**) Übersetzung aus dem Französischen.

lich des wünschenswerten Zusammenschlusses der Mächte zu einem Zeitpunkt, wo ernste Umstände die Notwendigkeit der Intervention seitens der Mächte zur Beendigung der Kriegsoperationen offensichtlich machen.

Das Kaiserliche Außenministerium glaubt indessen, daß der sofortige Zusammentritt der Konferenz am Vorabend des bereits fast unvermeidlichen Krieges die eigentliche Idee dieser Konferenz in Mißkredit bringen könnte, der Konferenz, der die Kaiserliche Regierung früher zugestimmt hatte.

Der augenblicklichen Situation dürfte eher ein vorhergehender Meinungs-austausch zwischen Paris, Petersburg und London entsprechen, der den Zweck hätte, die jederzeitige Übereinstimmung der Handlungen der drei Mächte sicherzustellen, sowie die konkreten Unterlagen zu fixieren, die als Basis für die Arbeit der internationalen Konferenz dienen könnten.

Das Kaiserliche Ministerium würde wünschen, daß die Regierung der Republik die Initiative eines solchen Meinungs-austausches auf sich nehme, sowie, daß der Konferenzort gegebenenfalls Paris wäre.

St. Petersburg, 1. Oktober 1912.

Geheimtelegramm des Botschafters in Berlin.

Berlin, 2. (15.) Oktober 1912, Nr. 144.)*

Nach Fühlungnahme mit dem Wiener Kabinett hat das Berliner Kabinett auf den Vorschlag Poincarés in der Konferenz- und Interventionsfrage folgende Antwort gegeben:

Die Deutsche Regierung verhält sich zustimmend zu dem auf den Kontakt zwischen den Mächten abzielenden Vorschlag Frankreichs, glaubt aber, daß der augenblickliche Zeitpunkt der Verwirklichung des französischen Projekts nicht günstig ist. Wenn Frankreich seinen Vorschlag, eine Konferenz zusammenzuberufen, später wiederholen sollte, so wird er in Berlin gern in Erwägung gezogen werden.

Kiderlen fügte hinzu, daß es ihm wünschenswert erscheine, wenn die Kabinette vorher und so schnell als möglich ihre Meinungen über diejenigen Entschlüsse austauschen würden, die die europäische Beratung bei der Liquidation der Kriegsoperationen zu fassen beabsichtigte. Man darf annehmen, daß die Deutsche Regierung der Konferenzidee nicht sehr geneigt sein wird.

Swerbejew.

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Geheimtelegramm des Gesandten in Athen.

Athen, 7. (20.) Oktober 1912, Nr. 99.

Telegramm Nr. 2240 erhalten. *)

Gestern und heute habe ich dem Außenminister erneut die überzeugendsten und energischsten Vorstellungen über die Notwendigkeit gemacht, die Meerengen vor Anschlägen der griechischen Flotte zu sichern. Unter den Gründen nannte ich ihm sogar für den Fall einer Absage die unvermeidliche Änderung unserer öffentlichen Meinung gegenüber Griechenland, auf die hier anscheinend großer Wert gelegt wird. Der Außenminister hielt strikt an seinem Standpunkt fest und flehte, Griechenland seiner Hauptwaffe — mit Hilfe seiner Flotte, sei es im Notfalle durch Einlaufen in die Meerengen, die Zufuhr türkischer Verstärkungen aus Kleinasien zu erschweren — nicht zu berauben. Seiner Ansicht nach muß der Kampf zwischen der griechischen und türkischen Flotte in kürzester Frist in der einen oder anderen Weise entschieden werden. Er sieht ähnliche Schritte seitens mehrerer Mächte voraus, deren Interessen durch den Krieg an anderen Orten berührt werden, wobei er in der Hauptsache auf Saloniki anspielte, was die Tätigkeit der griechischen Flotte endgültig paralysieren würde. Mein österreichischer Kollege, der die Weisung erhalten hatte, die griechische Regierung zu bitten, nichts zu unternehmen, was die Türkei veranlassen könnte, die Meerengen zu schließen, hat eine überaus scharfe Absage erhalten. Der französische Gesandte ist bereit, sich nach Erhalt von Instruktionen aus Paris unseren Vorstellungen anzuschließen. Wie er mir vertraulich mitteilte, besitzt er zur Zeit nur ein Telegramm Poincarés, aus dem hervorgeht, daß die französische Regierung ihre Schritte bei der griechischen Regierung betreffend die Meerengen von unseren entsprechenden Schritten hier hinsichtlich der Bucht von Alexandrette und Beyrut abhängig macht. Elliot hat noch noch gar keine Instruktionen erhalten; er zweifelt überhaupt an dem Erfolg dieser Vorstellungen.

Demidow.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

Paris, 8./21. Oktober 1912, Nr. 269.

Fortsetzung der Nr. 267.**)

Meerengen. Ich habe eingehend mit Poincaré gesprochen, der einverstanden ist, sofort und sehr energisch unsere Vorstellungen

*) Telegramm Nr. 2240 fehlt in den Akten.

**) Im Telegramm Nr. 267 vom 7./20. Oktober 1912 berichtet Herr Iswolski über seine Unterhaltung mit Paleologue in der Meerengenfrage.

in Athen zu unterstützen, ohne andere Punkte, als die Meerengen zu erwähnen. Doch wird er im Anschluß daran immerhin gezwungen sein, von Griechenland zu fordern, sich jeglicher Kriegooperationen gegen die syrischen Gestade zu enthalten, und erwartet, daß wir diese Forderung in der uns am meisten zusagenden Form unterstützen werden. Ich nahm diese Antwort ad referendum und sagte, daß ich bei Ihnen anfragen werde, ob eine derartige Behandlung der Frage für uns annehmbar sei. Erbitte Weisungen.

Iswolski.

Geheimtelegramm des Botschafters in London.

London, 8./21. Oktober 1912, Nr. 267.*)

Persönlich. Ganz Geheim.

Ich muß die hier zunehmende Unruhe hinsichtlich des möglichen Kriegsausganges und der dadurch entstehenden Verwickelungen konstatieren, sowie den sehr relativen Glauben an die Verwirklichung des von den Franzosen vorgeschlagenen Programms. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die österreichisch-russischen Beziehungen. Immer mehr festigt sich die Meinung, daß, wenn zwischen uns und Wien eine genügende Übereinstimmung — über eine aktivere Rolle der am meisten interessierten Mächte — erzielt werden könnte, dieses wohlwollend begrüßt und ernsthaft unterstützt werden würde. Diese als gesetzlich anerkannte Rolle würde außerdem ein vollständiges und zweifelloses Unterpfand der Uneigennützigkeit darstellen und nur unter dieser Bedingung wäre es möglich, die von der Kontinentalpresse hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die im anderen Falle unverzüglich auch hier zutage treten würden. Ein volles Vertrauen der großbritannischen Regierung zu uns würde sich als ungenügend erweisen. Nichtsdestoweniger ist dasselbe doch derart, daß Rußland, wie mir scheint, bei allen seinen Maßnahmen in der genannten Richtung der festen Unterstützung seitens England sicher sein kann. Wäre es nicht möglich, an Stelle des von Frankreich vorgebrachten Projekts folgenden Vorschlag in Erwägung zu ziehen: Europa bevollmächtigt Rußland und Österreich zur Intervention in den Balkanangelegenheiten zu einem ihnen günstig erscheinenden Zeitpunkt. Dieser Schritt muß gleichzeitig von den Mächten in Konstantinopel unterstützt werden. Hierbei könnten den kriegführenden Parteien annähernd folgende Grundlagen für den Friedensschluß vorgeschlagen werden: Vollkommene Erhaltung der Türkei in Konstantinopel und dem angrenzenden Rayon; Erhaltung einer

*) Übersetzung aus dem Französischen.

nominellen Souveränität der Türkei in allen übrigen Gebieten der europäischen Türkei bei Durchführung von grundlegenden Reformen unter der unmittelbaren Kontrolle der Großmächte; keinerlei Änderungen im territorialen Besitz der kriegführenden Parteien.

Meiner Ansicht nach hat ein solches Projekt folgende Vorzüge: Tatsächliche Berücksichtigung aller wirklichen Interessen Rußlands; unzweifelhafte Vergrößerung seines internationalen Prestiges und seiner Autorität in Zukunft; Friedensgarantie zwischen Rußland und Österreich; Zerstörung aller die gegenwärtige Lage vergiftenden Intrigen. Endlich ist dieser Plan bedeutend realer, und leichter zu verwirklichen als der französische. Mir fehlen die Unterlagen, um zu beurteilen, inwieweit eine volle Verständigung mit Österreich erreichbar ist, doch scheinen mir nichtsdestoweniger die augenblicklichen Umstände günstig zu sein, besonders, sofern das Wort „Autonomie“ nicht ausgesprochen wird. Auch kann ich ferner nicht beurteilen, ob nicht in Rußland selbst irgendwelche ganz anders gearteten Hindernisse entstehen werden. Immerhin glaube ich, daß Sie von seiten Englands Unterstützung erfahren werden — ich folgere dies aus sehr seriösen Unterlagen. Um eine mögliche Unzufriedenheit Frankreichs zu vermeiden, halte ich es für notwendig, vor allem ganz vertraulich Grey zu sondieren. Wenn Sie gestatten, könnte ich das anfangs ganz privatim tun. Von seiner Verschwiegenheit können Sie überzeugt sein. Erbitte Antwort.

Benckendorf.

Geheimtelegramm des Außenministers an den Botschafter in London.

St. Petersburg, 11./24. Oktober 1912, Nr. 2314.

Telegramm Nr. 267 erhalten.

Indem wir die in diesem Telegramm dargelegten grundlegenden Prinzipien, die im Zeitpunkt der Intervention von den Mächten den beiden kriegführenden Parteien mitgeteilt werden könnten, für vollkommen annehmbar halten, haben wir sie, um sie allgemein annehmbar zu machen, zur entsprechenden redaktionellen Bearbeitung nach Paris weitergegeben. Wir haben es für möglich erachtet, die Erwähnung von der Garantie der Reformen durch die Mächte auszulassen, da die direkte Kontrolle auch ohne das den Garantiebegriff in sich schließt. Gleichzeitig halten wir die Beschäftigung *) mit der unverzüglichen Ausarbeitung eines konkreten Reformprogramms, das jederzeit zur Hand ist, wenn auch mit der Möglichkeit bedeutender von der Wendung des Krieges abhängiger Veränderungen.

*) So im Original.

Wir würden gern wissen, wie weit die von Ihnen aufgezählten Prinzipien auf Grey zurückgehen, oder ob sie von Ihnen unter dem in der Unterhaltung mit ihm gewonnenen Eindruck formuliert worden sind. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß ein gemeinsames Vorgehen Rußlands nur mit Österreich, wenn auch im Namen aller Mächte, von uns als keineswegs wünschenswert und sogar unmöglich angesehen wird. Die Besserung unserer Beziehungen zu dem Wiener Kabinett gab die Möglichkeit, ein wertvolles Resultat bei der Lokalisierung des Krieges zu erreichen, doch rechnen wir bei der Festlegung der fundamentalen Aufgaben, bei der Intervention, wie auch bei der Frage der Liquidierung der Kriegsergebnisse auf eine möglichst enge Verbindung mit Frankreich, England und Italien. Sasonow.

Geheimtelegramm des Botschafters in London.

London, 8./21. Oktober 1912, Nr. 268.*)

Wenige Tage nach der Absendung des Telegramms Nr. 91 (?) **) teilte ich Nicolson ganz vertraulich den Abschluß der bulgarisch-serbischen Konvention mit. Nicolson war schon in Kenntnis gesetzt, wie man annehmen muß, durch das Pariser Kabinett. Er interpretierte diese Konvention als eine vor allem gegen mögliche Anschläge Österreichs gerichtete. Er machte keine Bemerkungen in diesem Anlaß und sagte nur, daß er der Verschwiegenheit des bulgarischen Königs mißtraut und nicht erstaunt sein würde, wenn jener Wien in diesem Anlaß eine geheime Mitteilung zugehen ließe. Benckendorf.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

Paris, 13./26. Oktober 1912, Nr. 281.

Poincaré machte mich heute morgen mit 2 Telegrammen Cambons aus Berlin bekannt, die ich Ihnen in Anbetracht ihrer Bedeutung in den Nummern 282 und 283 vollständig mitteile. Poincaré sieht in Kiderlens Vorschlag den Versuch, Rußland zu isolieren und wird unter keinen Umständen auf eine derartige Handlungsweise eingehen. Er bat Cambon, Kiderlen in dem Sinne zu antworten, daß er nicht verfehlen werde, seinen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. In demselben Telegramm fügt er zur persönlichen Kenntnisnahme und Instruktion des Botschafters wörtlich folgendes

*) Übersetzung aus dem Französischen.

**) Das Fragezeichen steht im Original. Augenscheinlich falsche Nummerangabe.

hinzu: „Die französische Regierung ist bereit, die Verhandlungen mit Berlin in dem Geiste, in dem sie seinerzeit begonnen wurden, fortzuführen und im Sinne einer Verständigung mit diesem, wie auch mit den übrigen Mächten, zum Zwecke einer möglichst baldigen Lösung der Vermittlungsfrage, sie lehnt aber jede nicht von Rußland und England ausgehende Initiative ab. In diesem Sinne werde ich in Petersburg und London handeln.“ *)

Iswolski.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

Paris, 13./26. Oktober 1912, Nr. 282.

Telegramm des französischen Botschafters in Berlin:

„Der Staatssekretär unterhielt sich heute zweimal mit mir über die Lage auf dem Balkan. Seiner Ansicht nach kann nichts entschieden werden, bevor sich der Ausgang des Krieges nicht geklärt hat; ohne prophezeien zu wollen, ist er doch der Ansicht, daß man sich gegenwärtig auf die Möglichkeit eines solchen Umschwunges vorbereiten muß, der die Aufgabe Europas bei der Lösung des augenblicklichen Konflikts außerordentlich erschweren könnte, d. h. auf die völlige Niederlage der Türkei. In Anbetracht dessen, daß diese Möglichkeit die Türkei in Anarchie stürzen könnte, meint der Staatssekretär, daß Frankreich, England und Deutschland, jedes aus seinen eigenen Erwägungen heraus, in gleicher Weise daran interessiert seien, ein derartiges Ergebnis zu verhindern. Er hat in diesem Anlaß mit meinem englischen Kollegen gesprochen und ihn gebeten, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen. Er beauftragte ihn mitzuteilen, daß Deutschland, welches ständig den Kontakt mit Frankreich aufrechterhalten hat und auch gewillt ist, das in Zukunft zu tun, gern die Anschauungen Englands kennen lernen und mit ihm in einen diesbezüglichen Meinungsaustausch treten würde. Der Staatssekretär äußerte mir gegenüber den Gedanken, daß Frankreich im Verein mit England sich mit der Frage beschäftigen müßte, welche Kompensationen den Balkanstaaten gewährt werden könnten unter der Voraussetzung, daß die Integrität des Ottomanischen Reiches aufrechterhalten bleibt. Anderseits würde die Deutsche Regierung im Einvernehmen mit uns einen ähnlichen Schritt in Wien unternehmen, und man könnte hoffen, daß Rußland einen solchen Standpunkt einnehmen wird, daß es, unter vollkommener Berücksichtigung seiner persönlichen Inter-

*) Der angeführte Text ist eine Übersetzung aus dem Französischen.
Fortsetzung in Nr. 284.

essen, möglich wäre, den Balkanstaaten einige Kompensationen zu gewähren.

Der Staatssekretär hielt es ferner für angebracht, Rußland hiervon zu verständigen, damit dasselbe wisse, daß ohne seine Kenntnis keine Verhandlungen geführt würden. Wenn Euer Exzellenz der Ansicht des Staatssekretärs zustimmen, könnten Frankreich und Deutschland in nächster Zeit den entsprechenden Schritt in Wien unternehmen.“ *)

Iswolski.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

Paris, 13./26. Oktober 1912, Nr. 283.

2. Telegramm des französischen Botschafters in Berlin:

In Berlin hat man an den Erfolg der Türkei geglaubt; daher hat der Sieg Bulgariens hier eine tiefe Enttäuschung hervorgerufen. Aus Wien sind andererseits ebenfalls recht unangenehme Nachrichten eingetroffen; Berlin liegt daran, die Gefahr von Handlungen seitens Österreichs abzuwenden, die eine Hereinziehung Deutschlands befürchten lassen würden. Diese Hinweise erklären zweifellos bis zu einem gewissen Grade den Vorschlag des Staatssekretärs, über den ich Ew. Exzellenz im vorhergehenden Telegramm berichtet habe. Ergänzend teile ich mit, daß Herr Kiderlen sich heute um 7 Uhr mit meinem österreichischen Kollegen treffen und ihm von dem Vorschlag Kenntnis geben sollte, den ich gemäß dem Schritt des Staatssekretärs Ew. Exzellenz dargelegt habe. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß es ratsam wäre, sich mit Rußland zu beraten und sich keineswegs bloß auf eine Verständigung dieser Macht zu beschränken, wie das Herr Kiderlen im Sinne hat. Tatsächlich bezweckt der Vorschlag des Deutschen Staatssekretärs festzustellen, wo nämlich die von Ew. Exzellenz vorgeschlagene und von Deutschland prinzipiell gebilligte Vermittelung verwirklicht werden könnte.“ **)

Iswolski.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

Paris, 13./26. Oktober 1912, Nr. 284.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 281.

Indem sich Poincaré fest entschlossen hat, die von Kiderlen vorgeschlagene Gruppierung Frankreich-Deutschland-England, als der an der Vermeidung einer völligen Niederlage der Türkei am

*) Der angeführte Text ist eine Übersetzung aus dem Französischen.

**) Übersetzung aus dem Französischen.

meisten interessierten Mächte, abzulehnen, glaubt er, daß es notwendig ist, diesen Schlag durch eine möglichst schnelle Intervention auf Initiative Rußlands zu parieren. Er meint daher, daß Sie sich unverzüglich mit der Bitte an Frankreich wenden sollten, den Mächten eine Mediation vorzuschlagen. Wenn Sie aus irgendeinem Grunde die offizielle Formulierung dieser Bitte vermeiden möchten, ist er bereit, die Initiative der Mediation auf sich zu nehmen, ohne die vorhergegangene Rücksprache mit Rußland bekanntzugeben. Hierbei lenkt er besonders Ihre Aufmerksamkeit auf den Hinweis Kiderlens, daß es notwendig wäre, die den Balkanstaaten zu gewährenden Kompensationen zu ermitteln, wobei die Integrität des türkischen Reiches „im Prinzip“ erhalten bleibt. Seiner Ansicht nach bietet dieser Hinweis die Grundlage zur Intervention im Geiste der drei Punkte Ihres Programms. Er telegraphiert in obigem Sinne an George Louis, dem alle in diesem Anlaß mit Berlin gewechselten Telegramme mitgeteilt worden sind. Poincaré ist heute nach Nantes abgereist, wo er morgen eine Rede hält, in der er Frankreichs Treue zum Bündnis mit Rußland und zum Abkommen mit England energisch betonen wird.

Iswolski.

Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.

Paris, 14./27. Oktober 1912, Nr. 287.

Der französische Botschafter in London telegraphiert, daß Nicolson, mit dem er in Greys Abwesenheit gesprochen hat, Poincarés Standpunkt zum Vorschlag Kiderlens vollkommen teilt, und daß auch er keinen anderen Weg sieht, diesen Schlag zu parieren, als nur ein schnelles Hervortreten mit dem Vorschlag der Mediation. Der Botschafter Cambon teilt aus Berlin mit, daß man dort durch die bulgarischen Erfolge sehr überrascht und beunruhigt ist, daß in Saloniki nach vorliegenden Meldungen unter den Türken eine Panik ausgebrochen ist und daß man Grund hat anzunehmen, die Türkei werde bald selbst die Intervention der Mächte erbitten. Poincaré kehrt heute abend zurück und hat mich und den englischen Botschafter telegraphisch gebeten, um 11 Uhr bei ihm zu sein, worauf ich telegraphieren werde.

Iswolski.

Aus unserer Karikaturen-Mappe



Die Kriegsschuldlüge.

Kladderadatsch, 6. Februar 1927, Nr. 6

Die Lawine der Kriegsschuld-Debatte.



Oh — maudite chose! Ob mich diese verdammte, von Hindenburg aufgerührte Sache nicht doch schließlich — in Mitleidenschaft ziehen wird?!“

Der zerbrochene Friedenskrug.



Dorfrichter Adam-Poincaré, der in Wahrheit Schuldige, zu Ruprecht-Michel:

Getraut Er sich
Etwas dagegen aufzubringen, was?
Bekennt Er, oder unterfängt Er sich,
Hier wie ein gottvergeß'ner Mensch zu leugnen?

Kleist, Zerbrochener Krug, V. 850—854.

Banquo's Geist.



(Erich Wilke, München)

„Alle Verbrechen, die zum Krieg geführt haben, müssen gesühnt werden!“
Banquo-Jaurès: „Und das Verbrechen an mir?“

Die Jugend, 1919, Nr. 3.

MONATSBERICHT.

AMERIKA.

British Foreign Policy, 1898—1912. Von R. Sontag.

„The Journal of Modern History“, 1930, Nr. 3.

Eine kritische Würdigung der ersten sechs Bände der Britischen Aktenpublikation.

„Poincaré and War Guilt.“ By Alfred von Wegerer, Editor „Die Kriegsschuldfrage“, „American Monthly“, Oktober 1930.

Die New Yorker Zeitschrift gibt den Aufsatz von Alfred von Wegerer aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wieder, der am 20. Juni 1930 in der Nr. 281 unter dem Titel: „Herin—Poincaré—Demartial“ erschienen ist.

*

DEUTSCHLAND.

Fürst Bülows Denkwürdigkeiten. Von Professor Dr. Fredrik Böök, Mitglied der Schwedischen Akademie in Stockholm.

„Das Freie Deutschland“, Jahrg. I Heft 2 u. 3, Oktober 1930.

Am Schluß seiner kritischen Untersuchungen, in deren Mittelpunkt er das Verhältnis des Fürsten Bülow zu Kaiser Wilhelm II. stellt, schreibt der schwedische Professor:

„Es ist ihm (Bülow) gelungen, eine Verteidigungsschrift für Deutschland zu schreiben, eine neue Widerlegung der bereits zusammengeschossenen und hoffnungslos zerfetzten Theorie von Deutschlands Schuld am Weltkrieg. Seine Denkwürdigkeiten stellen noch einmal, mit all der persönlich gefärbten Anschaulichkeit, die die Memoirenform gestattet, einen Abschnitt der Entwicklung der Weltpolitik während der Jahrzehnte dar, die dem Ausbruch des Krieges vorhergingen. Wenn man sie zu Ende gelesen hat, fragt man sich, ob es wirklich jemanden gebe, der Lust hätte, zu behaupten, daß Fürst Bülow als Leiter der Außenpolitik des Deutschen Reiches von 1897 bis 1909, bewußt auf einen Weltkrieg hingearbeitet oder sich mit Eroberungsplänen getragen habe. Der bloße Gedanke ist sinnlos bis zum Phantastischen.“

Fürst Bülow über Staatsmänner. Von Prof. Dr. Gustav Roloff, Gießen.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. Nov. 1930, Nr. 525.

Prof. Roloff gibt eine kritische Untersuchung der vom Fürsten Bülow in seinen Denkwürdigkeiten niedergelegten Urteile über ein-

zelne Staatsmänner. Wenn Bülow über seinen nächsten Mitarbeiter Holstein ein vernichtendes Urteil fällt und an ihm sozusagen kein gutes Haar läßt, wirft Roloff sehr treffend die Frage auf, warum er dann einen solchen Mann, dessen Amtsführung nach seiner Schilderung an Hochverrat streifte, nicht nur im Amt duldete, sondern ihm sogar eine bevorzugte Stellung in der Leitung der auswärtigen Geschäfte einräumte. Sehr scharf wendet sich Roloff auch gegen das von Bülow über Hans Delbrück gefällte Urteil, Delbrück sei ein ausgesprochener Pazifist gewesen, der sich für Polen begeistert und für polnische Raubpläne eingesetzt habe. Der Verfasser erinnert daran, wie Delbrück, der gerade in den zwei großen Schlachten im Teutoburger Wald und auf dem Lechfelde die Grundsteine für den Bau der deutschen Geschichte erblickte, den Pazifismus ausdrücklich wissenschaftlich bekämpft habe und die preußische Polenpolitik nicht aus sentimentalischen Gründen, sondern aus der nüchternen Erwägung heraus bekämpft habe, daß sie dem Polentum nur förderlich und demgemäß dem Deutschtum schädlich gewesen sei. An Hand der Akten kann Roloff nachweisen, daß die Bülowsche Darstellung von Zeitereignissen nicht immer mit den historischen Tatsachen übereinstimmt.

Fürst Bülow über Bismarck. Von Maximilian von Hagen.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 16. November 1930.

Hagen wendet sich gegen den vorstehenden Aufsatz von Roloff, soweit Roloff Bülows Urteile über Bismarck kritisiert hat. Während Roloff der Ansicht ist, daß auch Bismarck von Bülow „nicht geschont“ werde, vertritt Hagen die Auffassung, daß im Gegenteil bei Bülow Bismarck „beinahe außerhalb jeglicher Kritik“ bleibe.

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow. Von Friedrich Stieve.

„Münchener Neueste Nachrichten“, 13. November 1930, Nr. 309.

Stieve gibt eine Charakteristik des 1. Bandes der Bülow-Memoiren und stellt am Schluß die Frage:

„Hat der dritte Kanzler des deutschen Kaiserreiches seinem heute schwer gebeugten Volke nichts anderes zu berichten als Anklagen gegen seine Zeitgenossen, als Hofgeschichten und Anekdoten? Hat er nicht verstanden, daß er gegenüber seiner Nation im Unglück ernstere Töne anschlagen mußte? Oder war er in der Tat unfähig, ein tiefes Selbstbekenntnis abzulegen? Der zweite Band, der den Abschluß seiner politischen Laufbahn bringt, wird hierauf die endgültige Antwort geben.“

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow. Von Wilhelm Mommsen.

„Die Hilfe“, 18. Oktober 1930, Nr. 42.

Mommsen wendet sich dagegen, daß Bülow in seiner Kritik Bethmann Hollwegs und des Auswärtigen Amtes von 1914 das Amt „die Brutstätte“ nennt, „in der das Unheilsei des Ultimatums an Serbien ausgebrütet wurde“, und bemerkt dazu, „daß Bülow im Drange der Selbstverteidigung hier einen der schwersten und zugleich haltlosesten Vorwürfe der ‚Kriegsschuldpropaganda unserer Gegner‘ sich zu eigen macht, ist unverantwortlich, zumal kein Zweifel sein kann, daß er selbst von der Unrichtigkeit dieser Behauptung überzeugt sein mußte“.

Bei der Behandlung des deutsch-englischen Bündnisproblems habe man das Gefühl, daß Bülow auch nachträglich nicht gesehen habe, was wirklich war.

Fürst Bülow in seinen Erinnerungen. Von Oberst a. D. Dr. Bernhard Schwertfeger.

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Oktober 1930, Nr. 461.

Schwertfeger sieht in den Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow eine Fundgrube für die Geschichte des Wilhelminischen Zeitalters und wertet sie als eine Geschichtsquelle ersten Ranges. „Aber — fährt er fort — und darauf hinzuweisen erscheint mir Pflicht, überall müssen Bülows Darlegungen mit dem größten Ernst nachgeprüft und mit den bereits vorhandenen Geschichtsquellen in Verbindung gebracht werden.“

Graf Anton Monts †

Am 18. Oktober 1930 ist Botschafter a. D. Graf Anton Monts im Alter von 78 Jahren gestorben. Der ehemalige preußische Justizbeamte trat 1878 in die diplomatische Laufbahn über, war mehrere Jahre Gesandter in München und wurde 1902 Botschafter in Rom. Als Bülow im Jahre 1909 Reichskanzler wurde, trat Graf Monts in den Ruhestand und zog sich auf sein Gut bei München zurück. Er verfolgte mit Interesse und Besorgnis den Lauf der deutschen auswärtigen Politik, und gab seiner abfälligen Meinung über ihre Entwicklung in Briefen offen Ausdruck. In seinen „Denkwürdigkeiten“ hat Bülow mehrere dieser Briefe veröffentlicht und über den einstigen Freund, der ihm während seiner Kanzlerschaft geschmeichelt hatte, um ihn nach seinem Sturz schnell zu verlassen, mit großer Bitterkeit geurteilt.

Wie die Presse berichtet, hat Graf Monts Erinnerungen hinterlassen, die dem Verlag für Kulturpolitik zur Herausgabe übergeben worden sind.

„Gott in Frankreich?“ Von Dr. Gustav Krukenberg.

„Der Ring“, 16. November 1930.

In den sehr instruktiven Ausführungen, die sich zum Teil auch mit dem vielgelesenen Buch von Sieburg „Gott in Frankreich?“ beschäftigen, weist Krukenberg der Kriegsschuldfrage innerhalb der deutsch-französischen Beziehungen eine ganz besondere Rolle zu. — Krukenberg, der seit Jahren in Paris die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen verfolgt hat, schreibt:

„Sucht man ohne Scheu vor dem Ergebnis nach einer grundlegenden Formel für die psychologische Seite der deutsch-französischen Frage, dann wird man auf politischem Gebiet durch alle Einzelheiten zu der einen Erkenntnis gebracht: Unüberbrückt trennt noch immer Deutschland und Frankreich das Schuldanerkennen des Versailler Diktates. Ohne vorherige Lösung der Kriegsschuldfrage werden Berlin und Paris nie ins reine kommen. Sie steht an der Tür auch des kleinsten Sitzungszimmers und liegt auf dem Grunde jeder privaten Unterhaltung. So lange die Versailler These lebt, kann von einer anerkannten Gleichberechtigung zwischen unsern Völkern, die der aufrichtige Franzose auch dem einzelnen Deutschen, seinem Charakter und seinen nationalen Auffassungen gegenüber beobachtet, nicht die Rede sein. An dieser Erkenntnis kommt man, je objektiver man die Dinge prüft und je mehr man sich im Lande selbst in ihre letzten Zusammenhänge vertieft, nicht vorbei. Ihr gegenüber hilft kein Verschweigen oder Darüberhinwegsehen. Auch kann man diese Frage nicht hinter verschlossenen Türen abmachen. Nötigenfalls gilt es, zu warten, bis die Zeit für eine andere Behandlung reif wird. Deutsche oder französische Versuche, vor wirklicher Bereinigung der Kriegsschuldfrage miteinander zusammenzukommen, müssen, ganz gleich, um welche Art Arbeit es sich dabei handelt, früher oder später an den Unterschieden in der Auffassung darüber scheitern.“

Wie Poincarés Geständnis wirkt. Von Dr. Adolf Diehl.

„Staatsanzeiger für Württemberg“, 17. November 1930, Nr. 269.

Professor Diehl behandelt in diesem Aufsatz noch einmal im Zusammenhang die Fälschungen der französischen Dokumente über den Kriegsausbruch und den von Charpentier in der „Volonté“ erschienenen Aufsatz über die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge. Die in den „Berliner Monatsheften“ gebrachten Anfragen an Poincaré werden hierbei besonders hervorgehoben.

Die Kriegsschuldfrage in Frankreich.

„Kölnische Zeitung“, 11. November 1930, Nr. 617.

Der Pariser Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“ schreibt:

„Zum erstenmal seit der Aussprache kurz nach Kriegsende wurde die Frage der Kriegsschuld und der Aufrechterhaltung des Schuldspruchs in öffentlicher Versammlung in Frankreich behandelt. Das Forum bildete der Club de Faubourg. Den Anlaß bot Gerins Buch über die Schuld-

frage und Poincarés Stellungnahme dazu. Die starke Anteilnahme weiter Kreise, welche die Erörterung auf sich lenkte, wird aber nur erklärlich durch die Tatsache, daß die gesamte Öffentlichkeit in Frankreich seit mehreren Wochen die Revision des Friedensvertrags zum erstenmal ernstlich bespricht (— allerdings eben nur bespricht).

Die Mehrzahl der Redner, Vertreter des öffentlichen Lebens und der Presse, sprach sich für Aufhebung des Paragraphen 231 aus.

Die Beseitigung des Schuldspruchs sei nicht nur eine Pflicht der Gerechtigkeit, sie sei auch ein Gebot der Vernunft. Schon habe eine öffentliche Befragung in Amerika gezeigt (gemeint ist die Anfrage der „The World Tomorrow“. Die Schriftl.), daß kaum 10 v.H. der Bevölkerung an die Alleinschuld Deutschlands, wie sie im Friedensvertrag festgelegt ist, glauben; schon bereite sich im amerikanischen Senat eine Bewegung vor, um die Beseitigung des die Völker verhetzenden Schuldspruchs zu veranlassen. Wenn Frankreich warte, bis diese Anregung von Amerika verwirklicht wird, sei zu befürchten, daß die unversöhnlichen Parteien in Deutschland die Erschütterung des Schuldspruchs benutzen werden, um daraus Forderungen abzuleiten, denen die gemäßigten Kreise auf die Dauer nicht widerstehen könnten. Nicht nur Gerechtigkeit, auch Klugheit gebieten daher dringender als je, daß Frankreich selbst die Hand zur Lösung der Schuldfrage reiche.

Aus den Zurufen und Kundgebungen des vielhundertköpfigen Publikums war zu erkennen, daß weit mehr als die Hälfte der Anwesenden diesen Ausführungen zustimmte.

Das Ergebnis dieser Aussprache vor einem Publikum, das den Kreisen des gebildeten Pariser Bürgertums angehört, dessen Anschauungen die parlamentarischen Kreise sich auf die Dauer nicht zu entziehen vermögen, darf als ansehnlicher Fortschritt zur Bereinigung der Frage gewertet werden.“

Grundzüge einer aktiven deutschen Außenpolitik. Von Professor Dr. Erich Obst.

Auf Grund des stenographischen Berichts.

Bei der Gründung der Deutschen Staatspartei in Hannover am Sonntag, den 9. November 1930, hielt der Professor der technischen Hochschule in Hannover Dr. Obst einen Vortrag über die Grundzüge einer aktiven deutschen Außenpolitik. Obst führte unter anderem folgendes aus:

„Wir überzeugten deutschen Republikaner sind dessen sicher, daß sich letzten Endes auch der Druck der unerträglichen wirtschaftlichen Not nur beheben läßt, wenn wir an die Spitze des außenpolitischen Programms der Deutschen Staatspartei dieses stellen: zielbewußter Kampf gegen den Vorwurf der Ehrlosigkeit, für offizielle Zurücknahme der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege durch entsprechende Noten der einstigen alliierten und assoziierten Regierungen.

Zehn Jahre haben dazu genügt, um jeden anständigen und objektiv denkenden Menschen auch im Lager des einstigen Feindbundes davon zu überzeugen, daß die in Versailles erhobene und dokumentarisch festgelegte Behauptung, Deutschland habe den Weltkrieg mit allem Vorbedacht entfesselt und trage die alleinige Schuld für den Ausbruch der

ungeheuren Weltkriegskatastrophe, eine glatte Unwahrheit, eine tendenziöse Entstellung der geschichtlichen Wahrheit ist. Wir brauchen an dieser Stelle nicht die Fülle der das Gegenteil bezeugenden amtlichen Archivwerke anzuführen; wir brauchen nicht die große Zahl der Veröffentlichungen hervorragender Geschichtsforscher fast aller Nationen zu zitieren, um zu erhärten, was niemand abzuleugnen wagen darf: die These von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg war und ist eine Lüge.“

Rußland und die Meerengen im Weltkrieg. Von Gunther Frantz.
„Deutscher Offizierbund“, 5. November 1930, Nr. 31.

An Hand der bei Carl Reißner in Dresden erscheinenden russischen Aktenveröffentlichung schildert Frantz die Rolle, die die Meerengenfrage in der russischen Politik während des Weltkrieges gespielt hat. War doch die Eroberung der türkischen Meerengen Rußlands „historische Mission“, das Kriegsziel, „das in jedem russischen Herzen ein lautes Echo findet“, bei dessen Nichterfüllung „ganz Rußland Rechenschaft fordern würde, wofür das Blut unserer Nächsten vergossen wird“. Der Schlüssel zum vollen Verständnis der russischen Vorkriegspolitik und Rußlands Haltung im serbisch-österreichischen Konflikt ist in der Denkschrift des Kapitän Nemitz vom russischen Admiralstab vom 14. Dezember 1914 zu finden, deren Grundgedanken Frantz in die Worte faßt:

„Nicht weil sich Rußland durch die österreichische Mobilmachung von 8 Korps bedroht fühlte, nicht aus Nächstenliebe zu den serbischen Brüdern hat Rußland im Sommer 1914 zu den Waffen gegriffen, sondern weil eine Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne den Sieg Serbiens zur Voraussetzung hatte! Serbien durfte nicht geschlagen werden, weil das Meerengenproblem eine Schicksalsfrage Rußlands war.“

„Neue Risse im Kriegsschuldturm.“

„Kölnische Zeitung“, 17. November 1930, Nr. 628.

Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ in Washington berichtet zunächst über die Umfrage der Wochenschrift „The World Tomorrow“ und geht dann näher auf die Bedeutung der Arbeiten von Harry Elmer Barnes ein. Er schreibt:

„Der bekannteste unter diesen Geschichtsforschern ist wohl Barnes, der als erster sich der Wahrheit zugänglich zeigte und sie mannhaft verfocht, obgleich das damals noch ein beinahe lebensgefährliches Unterfangen war. Er hat seinen guten Kampf all die Jahre über fortgeführt, namentlich in seinen zwei Hauptwerken, der „Genesis of the World War“ und in seinem jüngsten Buch „World Politics in Modern Civilization“. Sein neuester Beitrag zur Kriegsschuldfrage ist eine kurze Einführung zu der englischen Ausgabe von Dr. von Wegerers „Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese“. Die Übersetzung stammt von Professor Edwin H. Zeydel; Verleger ist Alfred A. Knopf in New York. Was Barnes diesmal zu sagen hat, liest sich so erfreulich und erfrischend wie

das, was er früher ausgeführt hat. Er hält das Buch Wegerers für die weitaus beste Darstellung der anders gearteten Ansichten über die Kriegsschuldfrage in ihrem Verhältnis zu dem Versailler Vertrag und empfiehlt es daher der ernsthaften Erwägung amerikanischer Leser, da es mehr für den Frieden der Welt tun würde als die vereinigten Heere und Flotten von irgendwelchen zehn bestehenden Nationen.“

Professor Beazley in Berlin.

Auf Einladung der „Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen“ hat Professor Raymond Beazley von der Universität Birmingham am 28. November in der Gesellschaft einen Vortrag über „Die persische Frage — das Kernstück der englisch-russischen Entente“ gehalten. Am 26. November sprach Professor Beazley im auditorium maximum der Berliner Universität über „The German Colonial Empire, Britain, and the agreements of 1890“.

Nach dem Krieg war Beazley einer der ersten, der die Unhaltbarkeit der Versailler Kriegsschuldthese erkannte und auch den Mut fand, dies offen auszusprechen. So schrieb er bereits im Juni 1921 in der von E. D. Morel begründeten Zeitschrift „Foreign Affairs“ folgende klassischen Worte zur Schuldfrage: „Die deutsche Regierung ist von dem Vorwurf, den Krieg mit Vorbedacht angezettelt oder gewollt zu haben, freizusprechen.“ Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte Beazley eine kurz gefaßte Geschichte des 19. Jahrhunderts („Nineteenth Century Europe and Britain“), die bis in den Weltkrieg hineinführt. Seine neuerliche Auffassung über „Die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg“ hat Professor Beazley in einer Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, die 1929 in den „Berliner Monatsheften für internationale Aufklärung“ erschienen sind.

„Dr. von Wegerer über die Kriegsschuldfrage.“

„Bonner Zeitung“, 13. November 1930.

Die Allgemeine studentische Arbeitsgemeinschaft der beiden Bonner Hochschulen eröffnete am 12. November im Auditorium Maximum ihre Vortragsreihe durch einen Vortrag von Dr. h. c. Alfred von Wegerer. Der Leiter des Amtes für politische Bildung, stud. phil. Kreuzer, brachte den Willen der Studentenschaft zum Ausdruck, sich die Fragen des Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrags recht angelegen sein zu lassen und an ihrem Teil mitzuarbeiten, daß das Verständnis für diese Aufgaben immer weiter sich verbreite.

Den Inhalt des Vortrages gibt die „Bonner Zeitung“ in folgenden Worten wieder:

„Die Kriegsschuldfrage sei eine der wesentlichsten Fragen, die unser Volk zu lösen habe, und wir wüßten heute noch nicht, was aus dieser

Frage noch einmal für unser Volk und die Welt erwachsen werde. Der Vortrag galt ausschließlich der Frage, inwieweit der § 231 des Versailler Vertrags auf Fälschung beruht, so wie er das Urteil enthält, daß Deutschland die Verantwortung für den Weltkrieg durch seinen Angriff trägt. Im Kampf um die Kriegsschuld handelt es sich darum, ob der § 231, ob die Kriegsschuldthese zu halten ist, oder ob wir sie als unzutreffend beseitigen können. So wurde die Frage aufgeworfen und eingehend beantwortet, wie dieses Urteil gewonnen wurde, das zur Voraussetzung nimmt, daß Deutschland der Angreifer gewesen sei und den Krieg den Alliierten aufzuzwingen habe, absichtlich und vorsätzlich, um die Welt-herrschaft zu erreichen. Bei der Prüfung des Materials, das der Kommission vorlag, die das Urteil über Deutschlands Kriegsschuld fällte, wurde dargelegt, daß es ein völlig unzureichendes gewesen ist. Ja darüber hinaus konnte die fortschreitende forschende Tätigkeit nach dieser Richtung einwandfrei die Fälschung von Dokumenten erweisen, die zur Fälschung des Urteils gedient hatten. Als wesentliche Tatsache trat in den Mittelpunkt der Untersuchung die russische Mobil-machung, deren Werden lebendig geschildert wurde. Die Begründung dieser entscheidenden Maßnahme führte zu den Fälschungen, die von Frankreich absichtlich und bewußt — das englische Verhalten ist hier noch fraglich — vorgenommen wurden, um die Begründung der russischen Mobilmachung in ihr Gegenteil zu verkehren und Deutschland und Österreich Handlungen zuzuschreiben, die diesen Schritt begründeten. Es handelt sich also um eine Fälschung in der ganz bestimmten Absicht, dem anderen zu schaden. Die klar belegten und reich beleuchtenden Untersuchungen führten zu der einwandfreien Schlußfolgerung, daß der § 231, soweit er über die Urheberchaft am Kriege ein Urteil enthält, in den entscheidendsten Punkten auf Fälschungen beruht, die mit der Absicht vorgenommen wurden, Deutschland mit der Schuld am Kriege zu belasten. Der Arbeit der Juristen, auch studentischer Forschungsarbeit, wurde die besondere Aufgabe gestellt, die Frage zu prüfen, wie sich diese Fälschungen auf die Gültigkeit des Schuldparagraphe auswirkten. Die — wohl kaum bestreitbare — Meinung des Redners war, daß ein Paragraph, der auf Fälschungen beruhe, ungültig sei. Wir aber müßten alles dazu tun, um dieser Auffassung in der Welt Geltung zu verschaffen.“

★

FRANKREICH.

Aus der Kammerrede von Franklin-Bouillon.

In der Begründung seiner Interpellation zur auswärtigen Politik führte der Abgeordnete Franklin-Bouillon am 6. November in der Kammer folgendes aus:

„Die deutschen Wahlen haben den Triumph der Parteien der Gewalt gebracht. Ein Block von 12 Millionen Menschen hat offen zu erkennen gegeben, daß sein einziges Ziel die Zerstörung des gegenwärtigen Zustandes in Europa ist, koste es, was es wolle. Auf der anderen Seite hat der andere Block das gleiche Ziel aufgestellt, nur mit dem Unterschied, es auf diplomatischem Wege zu erreichen.

Gewiß, es gibt eine Handvoll Männer, die entschlossen sind, den Frieden auf den gegenwärtigen Grundlagen zu erhalten, aber diese

Männer sind ohnmächtig. Außer ihnen gibt es zwei Deutschland: das kluge Deutschland und das zynische Deutschland; das erste, das augenblicklich regiert, und das zweite, das nur an die Revanche durch Gewalt denkt. Sie sind einig in ihrem Kampf gegen das, was sie „die Kriegsschuldfrage“ nennen, unterstützt von einigen erbärmlichen Franzosen. Dieser Plan ist im übrigen ganz logisch: wenn es keine Verantwortlichkeit gibt, so gibt es auch keine Reparationen; das Rheinland kann wieder bewaffnet und die Revision der Grenzen durchgeführt werden.“

Glücklicherweise sind es heute nicht nur „einige erbärmliche Franzosen“, sondern die Zahl derer, die sich mit Abscheu von der durch französischen Dokumentenfälschungen möglich gewordenen Kriegsschuldfrage abwenden, ist viel größer als Franklin-Bouillon annimmt, und sie ist ständig im Zunehmen. Auch scheint Franklin-Bouillon nicht zu ahnen, daß in allen Ländern, auch des ehemaligen Feindbundes, die Erkenntnis von dem ungerechten und falschen Urteil in der Kriegsschuldfrage fast Allgemeingut der öffentlichen Meinung geworden ist. Frankreich hat sich infolge der Diktatur seiner Presse in der Kriegsschuldfrage isoliert und wird eines Tages erkennen müssen, einen wie großen Fehler es damit begangen hat.

Les Responsabilités de la Guerre. Von Henry Bellamy.

„Monde“, 15. November 1930.

Bellamy widmet seine Arbeit der Diskussion zwischen Poincaré und Gerin. Er bekennt einleitend, daß er wie so viele andere der Auffassung gewesen sei, daß die Frage der Kriegsverantwortlichkeit nur für die Historiker ein Interesse habe. Erst durch die Werke von Demartial sei er zu einer anderen Auffassung bekehrt worden. Er geht dann über zu einer sehr eingehenden Analyse der Diskussion Poincaré—Gerin. Besonders ausführlich behandelt Bellamy die Frage der Mobilmachungen 1914.

M. Briand chez Mgr Lacroix. „Revue de Paris“, 1. Oktober 1930.

Aus dem Nachlaß des ehemaligen Bischofs und späteren Direktors der Ecole des Hautes Etudes, Mgr Lacroix, wird eine Aufzeichnung über ein Tischgespräch mit Briand am 10. Februar 1915 wiedergegeben. Briands damalige Äußerungen sind auch heute noch recht interessant. Von Rußland sagte er, daß es in der letzten Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen habe, und fuhr dann fort: „Aber dieser Koloß von 175 Millionen ist beunruhigend für die europäische Zivilisation. Wer weiß, ob nicht eines Tages sich diese slawischen Massen auf die westlichen Völker stürzen werden? Die Rettung wäre ein Bündnis zwischen Deutschland, Frankreich und England. Mit einer derartigen Koalition wäre der Friede der Welt gesichert.“ Briand ist überzeugt, daß man mit ein wenig Fingerspitzengefühl zu einer deutsch-französischen Entente kommen

könne. Schon Gambetta habe ebenso gedacht, und er selbst sei bereit gewesen, diese Idee aufzugreifen, und wäre er nicht gestürzt worden, so würde er wahrscheinlich eine Zusammenkunft mit dem Kaiser oder mit Bethmann Hollweg gehabt haben.

Wir wissen, daß Briand noch im Juni 1914 die Absicht hatte, während der Kieler Regatta mit dem Kaiser zusammenzutreffen, der Plan jedoch nicht zur Ausführung kam, da Poincaré und Viviani Einspruch erhoben.

Bücherschau.

Neuerscheinungen.

Bacon, R. H., Admiral: „Lord Fisher of Kilverstone.“ Hodder and Stoughton, London 1929, two vol.

Das Wappen des Admirals auf dem Grabstein in Westminster Abbey zeigt einen Dreidecker des 18. Jahrhunderts mit zwei Löwen, die Inschrift lautet: Fear God And Dread Nought. Die Porträts, welche die Lebensbeschreibung von der ersten bis letzten Stufe seiner Laufbahn begleiten, verändern sich kaum im Gesichtsausdruck: breite Stirn und massiver Kopf, wirres kurzes Haupthaar, rundes festes Kinn, klare Augen, Mund voll Trotz und Verachtung.*) Er starb als gefürchteter Liebling des englischen Volkes, das schweigend und ehrfurchtsvoll den Weg umsäumte, der an der Nelson-Säule vorüber zur Gruft der Unsterblichen führte. Sein Leben war ein dämonischer Kampf, ohne Pause.

Der junge Seekadett, „ohne Geld, ohne Freunde, verlassen“, wie er später dem König Eduard sagt, nach frühem Tode des in Ceylon verstorbenen Vaters durch Fürsprache in die Marine aufgenommen, erlebt die Feuertaufe 1859 beim Berennen der Peihoforts durch die Schiffe des englischen Chinageschwaders, einem erfolglosen, schlecht vorbereiteten Unternehmen der alten Schule. Sein Kommandant, schwer verwundet und heimbeordert, übergibt ihn der Fürsorge des Admirals, in dessen persönlichen Dienst er den Grund zu rapidem Aufstieg legt. Glänzende Zeugnisse und Examina, unermüdliches Arbeiten bei offenem Verstand bringen ihn schnell voran. In der Offiziersmesse beliebt, mit Neigung zu derben Streichen, passiert er die Stufen der Leiter, erlernt die Kunst der

*) Den Gerüchten von einer halbsingalesischen Abstammung des Mannes ist nicht zu glauben. Seine Mutter war aus einer Londoner Kaufmannsfamilie, vom normalen Typus.

Artillerie in privatem Studium, leistet Gutes als I. Offizier, Hervorragendes als Spezialist für Artillerie, später auch Torpedos und Minenwesen. Mit 41 Jahren Kommandant des stärksten Linienschiffs bei der Beschießung von Alexandria 1882, Leiter der militärischen Besetzung, bei Hofe schon bemerkt, Queen Victoria liebt seinen Humor, König Eduard wird sein bester Freund. In der Marine kennt, fürchtet und liebt man ihn bereits: ein feuriger, rücksichtsloser Draufgänger, dabei menschlich gerecht, mit feiner Gabe für die Psyche des Mannes; harte Arbeit, hohe Leistung, gutes Essen, Spaß nach dem Dienst sind seine Mittel. 1890 Werftdirektor, 1892 2. Seelord für Werftangelegenheiten, der Tempo und Reformen um sich sprüht, ihm ist die Einführung wichtiger technischer Neuerungen zu danken, wie Wasserkessel — gegen den Widerstand aller Kollegen und des Parlaments —, Turbinen, neue Kompassse usw. Zur Zeit von Faschoda 1898 detachierter Befehlshaber in Bermuda, erwägt er den verrückten Plan, Dreyfus gewaltsam von der Teufelsinsel zu befreien und als Zankapfel unter die Franzosen zu werfen. 1899 Delegierter im Haag, der grimmigste Kämpfer, den England hat, zur Beratung der Abrüstung. Immer predigt er die Lehre: der Krieg muß Schrecken und Vernichtung auch für die Zivilbevölkerung sein, Humanisierung ist Widersinn, „Hit first, hit hard, keep on hitting“. Im gleichen Jahr Chef der Mittelmeerflotte, die er auf schärfsten Kriegsfuß erhebt. In London schätzt man ihn wenig als unbequemen und unbeherrschten Mahner, trotzdem wird er 1902 2. Seelord, reformiert die Offiziersausbildung, hebt den Ingenieur- und Maschinistennachwuchs (sein System der gemeinsamen Ausbildung für Seeoffiziere und Ingenieure scheitert später), überzeugt, daß der Technik die Zukunft gehört. 1903/4 sitzt er im Heeresreformausschuß und hilft das Kriegsministerium reorganisieren. 1904 ist das große Ziel erreicht: 1. Seelord unter McKenna und die Bahn frei für große Reformen.

Fisher hat um diese Zeit die Überzeugung von der deutschen Gefahr gewonnen und sieht in Frankreich und der Türkei sichere und nötige Verbündete. Er konstruiert die erste „Dreadnought“, wodurch das Wettrüstungstempo seinen verhängnisvollen Antrieb erhält, da alle anderen Schiffe veralten, er gründet die Reserveflotte mit Besatzungsstämmen, zieht den Schwerpunkt der Streitkräfte nach Nordsee und Atlantik, scheidet rücksichtslos alles alte Material aus. Als er später abgeht, sind „86 v. H. aller britischen Geschütze auf Deutschland gerichtet“ (Mahan). Die englische Marine schwingt sich zur höchsten Kampfbereitschaft auf. 1910 scheidet er aus dem Amt, als sein riesiges Flottenprogramm nicht durchgeht. Sein Wesen ist noch schartiger geworden, Widerspruch

verträgt er nicht mehr, seine Briefe sind indiskret, seine Formulierungen werden bizarr. Churchill als 1. Lord sucht ihn zu beschäftigen und zurückzugewinnen, er leidet in der Ferne, reist in Amerika, wirbt für die Entente. Als Vorsitzender der Ölkommission veranlaßt er die Beteiligung der Regierung an den persischen Ölfeldern. Im Oktober 1914 holt ihn Churchill wieder ins Amt.

Seine strategischen Ideen sind erratisch, seine Begriffe über Deutschland von ahnungsloser Primitivität. Hat er noch 1899 an die Möglichkeit einer deutschen Landung im Rücken der Franzosen bei Cherbourg geglaubt, so wurzelt jetzt unzerstörbar in ihm der Gedanke, mit großem Flottenaufwand (600 Schiffe) russische Truppen in Pommern zu landen und sich für die rückwärtigen Verbindungen auf Riga zu stützen, bei gleichzeitigem Scheinangriff gegen die deutschen Nordseehäfen, um die Hochseeflotte zu binden, und starken Ubootskräften in der Ostsee. In Hunderten von Briefen und Berichten wirbt er für den Plan, den niemand billigt. Greifbarer ist seine Forderung, Belgien zu besetzen und den Deutschen die Flügelstellung zu rauben. Coronel (1. 11. 1914) sieht den ersten deutschen Seesieg, Fisher entsendet die Schlachtkreuzer, die Graf Spee bei Falkland (8. 12. 1914) vernichten. Sein Ruf ist neu gefestigt, Aber mit Churchill kann er nicht arbeiten, der ebenso feurig und energisch alles selbst leiten will. Über den Dardanellen (Frühjahr 1915) kommt es zum unheilbaren Bruch. Fisher, erst von dem Gedanken angetan, fürchtet die Verluste der Flotte, zieht sich mehr und mehr zurück, während Churchill vorwärts treibt und das äußerste wagen will. Im Kriegsrat hält Fisher den Mund, er kann nur in Explosionen reden, deren nachlassende Wirkung er fühlt, er läßt sich überreden, weicht von neuem zurück, gibt seinen Rücktritt, mehrere Tage ist die Admiralität führerlos, endlich fällt Churchill, aber Balfour zieht ein, gleichfalls ein Anhänger des Unternehmens, Fishers Rücktritt ist besiegelt, als Jellicoe als 1. Seelord berufen wird. Die Politiker geben Fisher auf, er ist 74 Jahre alt, was er noch schreibt und sagt, ist eine Mischung von Flüchen, Beleidigungen und Bibelsprüchen (so auch seine „Records“ und „Memories“). Die letzten Jahre vergehen in unsteter Suche nach Beschäftigung und Briefen an die „Times“. Am 10. Juli 1920 kommt nach kurzer Krankheit das Ende. Eine vulkanische Natur ist ausgebrannt.

Der Biograph, Admiral Bacon, ist dem toten Freunde und Vorgesetzten ergeben und geht mit schonender Hand über seine Schwächen hinweg. Seine Lebensleistung ist groß genug für das englische Volk. Motto und Grabstein stehen zu Recht. Für Deutschland war er der grimmigste Feind, den wir gehabt, dessen nicht-

verantwortliche Ratschläge viel zur Verschärfung und kriegerischen Austragung des Gegensatzes mitgewirkt haben. Seine Reformen und seine Energie haben den Krieg zur See bereitet, geschürt und gewonnen. Sein Vorschlag, die deutsche Flotte im Frieden „to Copenhagen“, bleibt unvergessen.

R. Gadow, Konteradmiral a. D.

B a r n e s, Professor Harry Elmer: „Kriegsschuld und Deutschlands Zukunft.“ Verlag des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Berlin 1930, 111 S.

B r a u n, Dr. Werner: „Démarche, Ultimatum, Sommatation.“ Eine diplomatisch-völkerrechtliche Studie. Aus dem Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel. Verlag von Georg Stilke, Berlin 1930, 84 S.

G l o c k e m e i e r, Georg: „Künftige Kriege. Preußischer Militarismus.“ Zwei Betrachtungen im Anschluß an ein Schaubild aller europäischen Kriege seit 1500. Amalthea-Verlag, Wien 1931, 130 S.

H e r r m a n n, Carl: „Geheimkrieg.“ Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg 1930.

In höchst dankenswerter Weise macht der Verfasser, der während des Krieges Abteilungschef bei der Geheimen Feldpolizei der 6. Armee war, seine im Kampfe gegen die feindliche Spionage gewonnenen Erfahrungen der Öffentlichkeit zugänglich und vermittelt dadurch ein anschauliches Bild von dem Umfang und der Bedeutung des Nachrichtendienstes der Entente. Die Darstellung entbehrt jedes sensationellen Aufputzes. Schlicht und nüchtern wird eine Fülle von Fällen, die für sich selbst sprechen, unter reichlicher Belegung mit authentischem Aktenmaterial aufgeführt. Der Verfasser bietet jedoch mehr als eine Häufung von Einzelereignissen: Der enge Kausalnexus des feindlichen Spionagedienstes mit der gesamten Kriegführung der Entente ist ebenso berücksichtigt, wie der Nachweis der umfassenden und langjährigen Vorbereitungen, die zu seinem Aufbau erforderlich waren, und die weit in die Vorkriegszeit hineinreichen. Eine Reihe dieser Beispiele wirft neue und besonders überzeugungskräftige Schlaglichter auf die Kriegsschuldfrage.

Herrmanns Darlegungen kennzeichnet, im Gegensatz zur Tendenz der heutigen gesamten Spionageliteratur des Inlands wie des Auslands, die nur auf Sensation aus ist, um möglichst hohe Geldgewinne zu erzielen, das sehr ernste Streben, die Größe und die

Bedeutung des Nachrichtendienstes als politisches Instrument erster Ordnung aufzuweisen. Dieses ist ihm vollkommen gelungen. Besonders lehrreich ist der Nachweis des Einflusses feindlicher Propagandatätigkeit auf den Gang der Kriegssereignisse. Schr.

Narischkin-Kurakin, Elisabeth: „Unter drei Zaren.“ Die Memoiren der Hofmarschallin. Herausgegeben von René Fülöp-Miller. Mit 63 Abbildungen. Amalthea-Verlag, Zürich-Leipzig-Wien. 1930. 279 Seiten.

Die vorliegenden Memoiren umfassen den Zeitraum von der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur russischen Revolution im Jahre 1917. Persönliches und Kulturhistorisches steht, wie nicht anders zu erwarten, im Vordergrund der Schilderungen, doch lassen diese häufig wertvolle Schlüsse auf die innen- und außenpolitische Entwicklung Rußlands zu. So hören wir von den Agenten des russischen Botschafters in Konstantinopel, Graf Ignatiew, die das auf dem Balkan glimmende Feuer eifrig schüren, um den Boden für eine Revanche für den Krimkrieg und die Aufrichtung des griechischen Doppelkreuzes auf der Hagia Sophia vorzubereiten. Russische Würdenträger äußern ganz offen, daß ihnen das Schicksal der Südslawen ganz gleichgültig ist und daß sie immer nur an Rußland selbst denken. Bei den nahen Beziehungen der Memoirenschreiberin zum Zarenhofe ist ihr Urteil über den letzten Zaren und die Zarin von Wert. Unvorbereitet sei er mit 26 Jahren an die Spitze des Riesenreiches gestellt worden, nur durchdrungen vom Prinzip seiner unumschränkten Herrschergewalt. „Er war seiner selbst nicht sicher und glaubte nicht an sich; er spürte seine Unerfahrenheit und seine mangelnde Bildung und deshalb fing er gleich, nachdem er einen Befehl erteilt hatte, zu zweifeln an, ob es auch so richtig sei, wollte alles widerrufen und ging, wenn sich dies als unmöglich erwies, auf Kompromisse aller Art ein.“ Wer denkt bei diesen Worten nicht an die Haltung des Zaren in der Frage der Mobilmachung im Juli 1914. Die Kriegsschuldfrage selbst wird nur anläßlich einer Audienz bei der Zarinmutter, der geborenen Dänenprinzessin, gestreift, als diese sich „in den heftigsten Ausdrücken gegen Deutschland“ ergeht und Kaiser Wilhelm II. beschuldigt, „den bewaffneten Konflikt absichtlich vom Zaune gebrochen zu haben“.

V. A. W.

Foreign Relations of the United States 1916 Supplement, The World War. United States Government Printing Office, Washington 1929.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1918. Supplement. The World War. Publications of the Department of State. United States Government Printing Office, Washington 1930, 860 S.

Der „Cleveland Plain Dealer“ schreibt über das letztere Werk:
„Late in 1916 Germany was ready for peace. The government suggested that if the president of the United States were to offer his services as mediator they would not be rejected by Berlin. This is, perhaps, the most significant disclosure of the secret diplomatic correspondence of the year 1916 made public by the United States government.“ (21. Oktober 1930.)

Stieve, Friedrich: „Die Tragödie der Bundesgenossen.“ Verlag F. Bruckmann A.-G., München 1930, 188 Seiten. Siehe die Besprechung in diesem Heft auf Seite 1179 ff.

Wegerer: Dr. h. c. Alfred von: „Wie es zum Großen Kriege kam.“ Vorgeschichte des Weltkrieges. Verlag von Philipp Reclam jun., Leipzig, 1930, 78 Seiten.

Berichtigung.

Wir hatten im Novemberheft, Seite 1087, bei Zitierung der Arbeit „Geschichtliche Einkreisungen“ gesagt, daß der Verfasser „der frühere Hallenser Universitätsprofessor Richard Fester“ sei. Professor Fester bittet uns, zu berichtigen, daß es heißen müsse der „emeritierte Professor“ an der Universität Halle.

Wir suchen dringend!

„Berliner Monatshefte“ (Die Kriegsschuldfrage) Jahrgang II (1924) April- bis Oktoberheft, Jahrgang VII (1929) Januarheft.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des **Amalthea-Verlages** bei, den wir der Beachtung unserer Leser empfehlen möchten.

Der Ring

**Wochenschrift
für
Politik**

Herausgeber:

Heinrich von Gleichen

Konservative Wochenschrift

„Der Ring“ ist das führende Organ einer überparteilichen konservativen Politik, die die Gegenwartsprobleme mit geistiger Initiative angreift. In grundsätzlichen Aufsätzen wird Stellung genommen zu den Zeitereignissen und zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen. Damit sollen die Kräfte der maßgebenden Oberschicht politisch aktiviert werden auch zu dem verfassungspolitischen Ziel, die Unabhängigkeit der Staatsführung von Massenherrschaft und Interessenwirtschaft wiederherzustellen.

Preis des Einzelheftes RM. 0.75

Einzelheft mit Monatsbeilage RM. 1.50

Monatsbezug RM. 3.50

Durch Buchhandel und Post zu beziehen
P r o b e h e f t e v o m B e r l a g

**„Der Ring“, Schriftenvertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 8 * Postfach 87**

